Die

Geschichte der Welt

vor und nach Christus,

mit Rücksicht

auf die Entwicklung des Lebens in Religion und Politik, Kunst und Wissenschaft, Handel und Industrie der welthistorischen Völker.

Für

das allgemeine Bildungsbedürfnis dargestellt

von

Dr. Heinrich Dittmar.

Ergänzungsband.

Welt- und Zeitgeschichte von 1862—1890

von

Dr. Wilhelm Vogt.

Heidelberg, 1892.

Carl Winter's Universitätsbuchhandlung.

Vorrede.

Als die Verlagsbuchhandlung mir den ehrenden Antrag machte, diesen Band Welt- und Zeitgeschichte zu schreiben, wurde es mir aus wissenschaftlichen und andern Gründen nicht leicht, denselben anzunehmen; aber da mein Lehrer und Gönner Giesebrecht diese Aufgabe an mich gewiesen hatte, so wollte ich diesen seinen letzten Willen mir gegenüber nicht unerfüllt lassen. Die Geschichte seiner eigenen Zeit zu schreiben fällt dem Historiker deshalb schwer, weil es ihm nicht vergönnt ist, bis zu den Quellen vorzudringen, aus denen ein untrügliches Bild und Urteil geschöpft werden könnte: ich meine jene Akten und Schriftstücke, welche wohlverwahrt in den geheimen Staatsarchiven der Regierungen liegen und aus mancherlei Gründen der Gegenwart vorenthalten bleiben müssen. In die glückliche Lage, wie Sybel, als er sein vorzügliches Werk über die Geschichte der Begründung des deutschen Reiches durch Kaiser Wilhelm I. verfassen durfte, ist noch kein anderer Historiker versetzt worden. Allerdings wickelt sich das moderne staatliche Leben in einem viel höheren Grade als das frühere vor den Augen der Öffentlichkeit ab, aber des Verborgenen bleibt noch genug; in die geheime Werkstätte der Diplomatie bedingungslos einzutreten ist auch jetzt noch nicht dem Forscher verstattet. So muß er sich begnügen, die allerdings fast riesengroße Litteratur, im weitesten Wortsinn genommen, welche ihm von allen Seiten zufließt, zu prüfen und zusammenzufassen, und auf Grund derselben ein Zeitbild zu entwerfen suchen. Die subjektive Auffassung, der politische Gesichtspunkt des Verfassers wird unter diesen Umständen stärker in den Vordergrund treten; er wird es nicht verleugnen können noch wollen, daß er die Dinge und Menschen in dem Lichte schildert, in welchem sie ihm, dem Mitlebenden, erschienen sind. Dadurch freilich

muß er sich doppelt gedrungen fühlen, in seinem Urteile vorsichtig zu sein, um nicht ungerecht zu werden. Inwieweit es mir gelungen ist, in dieser Weise meiner Aufgabe und Absicht zu genügen, darüber haben die Leser dieses Buches zu entscheiden, ebenso auch darüber, ob die knappen Bilder, die der Auftrag in sich schloß, entsprechen. Was mich besonders angemutet hat bei der Schilderung des angegebenen Zeitraumes, war die Thatsache, daß während desselben unser deutsches Volk wieder zu Ehren und Ansehen gekommen ist, daß es die ihm gebührende Weltstellung wieder gewonnen hat und sich auf einer Entwickelungsbahn befindet, welche gewiß in die Höhe führt. Es fügte sich ferner, daß das Buch gerade in dem Jahre einzusetzen hatte, wo Bismarck die Geschäfte des preußischen Staates zu führen übernahm und daß dasselbe, hart an der Grenze unserer Tage Halt machend, am besten mit dem Rücktritt des großen Staatsmannes seinen Abschluß fand. Welch ein wunderbarer Gang deutschen Lebens und deutscher Geschichte liegt in diesen 28 Jahren beschlossen! Mich hat es mit Dank und Freude erfüllt, diesen Verlauf schildern zu dürfen. Oftmals muß der Historiker mit schmerzlicher Teilnahme den trüben Zeiten unseres Volkes nachgehen, in denen fast kein Lichtblick zu ihm dringt, sollte er nicht mit stolzer Freude die bessere Zeit beschreiben, wo dasselbe durch die Güte des allwaltenden Gottes zur sonnigen Höhe des Glückes, kämpfend und arbeitend, emporgeleitet wird?

Wilhelm Vogt.

Inhalt des Bandes.

Erstes Buch.

Deutschland von 1862 bis 1870.

Zweites Buch.

Die außerdeutschen Staaten bis zum Jahre 1870.

Drittes Buch.

Der deutsch-französische Krieg.

Viertes Buch.

Das erste Jahrzehnt nach der Wiederaufrichtung des deutschen Reiches in Deutschland und außerhalb desselben.

Fünftes Buch.

Die außerdeutschen Staaten in den achtziger Jahren.

Sechstes Buch.

Deutschlands innere und äußere Entwickelung bis zum Tod seiner zwei ersten Kaiser und dem Rücktritt seines ersten Reichskanzlers.

Erstes Buch.

Deutschland von 1862 bis 1870.

Einleitung.

Der Zeitabschnitt, welchen dieser Band zu schildern unternimmt, ist von weltgeschichtlicher Bedeutung. So lange Europa vermöge seiner kulturellen Stellung unter den Weltteilen den ersten Rang einnimmt, werden die europäischen Bewegungen, Veränderungen und Einrichtungen auch für die übrigen maßgebend sein und auf sie entscheidend einwirken. In keiner Epoche nun ist eine solche großartige und ungeahnte Verschiebung der politischen Verhältnisse, der Macht und des Gewichtes vorgekommen. Das deutsche Volk schien trotz allen redlichen Versuchen verurteilt, seinem alten Unglück der Zerrissenheit und der Ohnmacht anheimgegeben zu bleiben. Andere Nationen herrschten und geboten in Europa: das seemächtige England, das seine hauptsächlichste Aufmerksamkeit seinem Welthandel und seinem wachsenden Besitze in allen Zonen der Erde widmete; der russische Koloß, der unverwandt und unersättlich seinen Blick auf die Türkei gerichtet hielt, und das französische Kaiserreich, welches Napoleon III. wiederhergestellt und zur tonangebenden Instanz in allen mitteleuropäischen Fragen gemacht hatte, wobei er Italien mit freundlichem Zuwinken die Heilung seiner nationalen Schmerzen verhieß und gleichzeitig das höchste Interesse zeigte, in Deutschland jede nationale Ausgestaltung zu vereiteln. Hier waren alle die schönen Träume und Hoffnungen des Jahres 1848 in nichts zerronnen. Ein deutscher Kaiser war nicht erstanden, die Einheit der Nation nicht hergestellt, das Parlament wieder vom Schauplatz verschwunden. Dagegen war der unglückselige deutsche Bund zu neuem Dasein erwacht; Österreich hatte in Deutschland das Übergewicht, seitdem Preußen nach Olmütz gegangen war, allerdings eine Einigung, unter der aber deutsches Wesen und

Streben nicht zu seinem Rechte kam, sondern zu verkümmern drohte. Während Italien seinen ersten Waffengang im Jahre 1859 unternahm, um seine nationale Einigung zu vollziehen, mußte das deutsche Volk wehmütig zuschauen; denn was es thun wollte, wehrte die Fuchtel der europäischen Großmächte und ihre Befehlen gleichenden Verträge oder der Dualismus der beiden Großstaaten Österreich und Preußen. Aus diesem Labyrinth schien es keinen Ausweg zu geben; man glaubte, sie alle versucht zu haben.

Währenddem studierte ein Mann, dessen Name keinen guten Klang in Deutschland hatte, Otto v. Bismarck-Schönhausen in Frankfurt als Bundestagsgesandter die trostlose Lage Deutschlands an der besten Quelle, und Schritt für Schritt wurde es ihm klarer, daß Deutschland zu einer besseren Gestaltung seiner nationalen Verhältnisse so lange nicht kommen werde, als Österreich mit seinen teilweise deutschfeindlichen Völkerschaften und andersgearteten Interessen als leitende Macht dem Bunde angehöre, — ein Gedanke, der sich keiner Popularität erfreute; weder die Mittelstaaten noch Österreich wollten etwas davon wissen; lauter Protest war erschollen, als einmal schüchtern dieser Plan aufgetaucht war. Auch die Volksstimmung lehnte sich gegen den Ausschluß der Deutsch-Österreicher aus dem Bunde auf, der nach der allgemeinen Meinung einem Verrat an dem eigenen Fleisch und Blut gleichkam. Am meisten aber fiel ins Gewicht, daß die preußischen Könige selbst, der romantische Friedrich Wilhelm IV. und sein Stellvertreter und Nachfolger Wilhelm, obwohl beide Brüder von verschiedener Art waren und in ihren politischen Auffassungen weit voneinander abwichen, gegen eine Trennung von Österreich und seinem befreundeten Herrscherhause die stärkste Abneigung empfanden. Mit dem ersteren, welcher in ruheloser persönlicher Bethätigung vielerlei Versuche zur Besserung der deutschen Verhältnisse anstellte, kam man nicht um einen einzigen Schritt vorwärts. Wilhelm freilich rückte die stillstehende Maschine aus ihrem toten Winkel, indem er, realpolitischer gesinnt als sein schwärmerischer Bruder, sich sagte, daß ohne ein tüchtiges und wohlvorbereitetes, schlagfertiges Heer eine thatkräftige und einflußreiche Politik nicht zu machen sei und das preußische Wort ungehört wie so oft in der Luft verhalle. Diese Erwägung bewog ihn zu der Heeresreorganisation, einem Werke von grundlegender Bedeutung, das ganz ihm selbst angehörte. Aber gerade dieses Unternehmen führte den König zu einem Zerwürfnis mit der Vertretung seines Volkes und zu Bismarck hin, von dem Wilhelm annahm, daß er allein imstande sei, den Widerstand gegen diese unerläßliche Reorganisation zu beseitigen oder zu brechen. Ein

Schrei des Entsetzens ging damals durch Deutschland, als dieser verhaßte Junker an die Spitze des preußischen Ministeriums berufen wurde. Der preußische Verfassungskonflikt, der sich jetzt erst recht verdichtete, schien auf Jahre hinaus jede freie Regung lahmzulegen, denn das Abgeordnetenhaus verweigerte unerbittlich die Mittel für das Heer, Bismarck aber nahm das Geld, wo er es fand, und die Heeresreorganisation blieb aufrechterhalten. Die Verminderung dieses Machtmittels wäre gerade damals das größte Unglück gewesen, denn die schleswig-holsteinische Frage forderte mit einem Schlage eine entscheidende Lösung, während gleichzeitig eine deutsche Bundesreform hergestellt werden wollte mit Ausschluß Preußens aus dem Bunde. In diesen bösen Jahren von 1863—1866 nun bewies Bismarck eine unerreichte Meisterschaft in der Staatskunst. Alles stand wider ihn und Alle hat er überwunden. Wie er glücklich an den Klippen der europäischen Diplomatie und ihres Mißtrauens vorbeifuhr, wie er Schleswig-Holstein aus den Händen seiner dänischen Bedrücker befreite, wie er die deutsche Frage löste und das deutsche Volk zu einer festen nationalen Verbindung führte, wird im folgenden zu erzählen sein. Das deutsche Volk und die deutsche Geschichte trat wieder in den Mittelpunkt der Weltbegebenheiten. Den Erzähler, der davon zu melden hat, erhebt von vorneherein diese Thatsache zu einem höheren Gefühl; wenn dabei die übrigen weltgeschichtlichen Ereignisse, die gemeldet werden, sich in einen engeren Rahmen zusammendrängen lassen müssen, so erfüllt ihn das mit nationalem Stolze, daß die eigene Volksgeschichte einen solchen Verlauf nimmt, einen solchen Vorrang verdient. Mühelos hat das deutsche Volk diese Erhebung nicht errungen, und neidlos sahen und ertrugen sie die übrigen Völker nicht.

Auch Italien erlebte die Ziele seiner sehnsüchtigen nationalen Wünsche. Rom fiel und mit ihm der letzte Rest der weltlichen Herrschaft des Papstes; und dieser, welcher die moderne Welt in seinem vatikanischen Konzil auf Tod und Leben herausforderte, gefährdete auch die geistliche Weltherrschaft der Kirche im höchsten Grade, denn von allen Seiten drangen streitbare Kämpen gegen sie vor und eine gefährliche Bewegung griff da und dort um sich. Aber wider Erwarten bestand das Papsttum diesen Sturm; die katholische Kirche ging sogar kraftvoller und mächtiger aus diesem Kampfe hervor. Diejenigen, welche sich wider sie erhoben hatten, verstummten und unterlagen allmählich, die Massen folgten ihnen nicht geschlossen und ausdauernd. Der Bewegung mangelte die Macht des Glaubens und eines unerschütterlichen Gewissens; auf halbem Wege stehen bleibend, bestritt sie nur die päpstliche Unfehlbarkeit. Indem sie sich zwischen der römischen und evangelischen Kirche halten und

ausbreiten wollte, übersah man ganz, daß auf diesem Zwischenraum keine neue Kirche existieren könne; denn die Grenzen der alten Kirchen stießen hart aneinander; wer über die Grenzlinie der einen derselben hinausging, fand sich bereits auf dem Gebiete der andern.

Den schwersten Schlag erlitt in diesem Zeitraum Frankreich. Die Nation trieb in verblendetem Hochmut den widerwilligen Napoleon in den Krieg gegen Deutschland und als er mit seinen Heeren geschlagen und in Gefangenschaft geraten war, verjagte sie die kaiserliche Regierung und nahm wieder einmal zur republikanischen Regierungsform ihre Zuflucht. Auch die Republik hat den Haß gegen Deutschland nicht aufgegeben; die Rachegedanken haben trotz der Zeit nicht an Kraft verloren. Begierig schauen die Franzosen sich nach einem Bundesgenossen um, der ihnen beistünde, und glauben in dem autokratisch regierten Rußland diesen heiß ersehnten Helfer bald zu gewinnen. So leicht entschließt sich dieses nicht zu dieser Rolle. Denn mitten in Europa haben sich Deutschland, Österreich und Italien zu einem den Frieden schirmenden Bund zusammengeschlossen, während der Zar durch die nihilistische Verschwörung, die unausrottbar scheint, in Furcht und Schrecken gehalten wird und andrerseits nicht vergißt, daß ihm die Aufgabe gestellt ist, unverrückt auf die Türkei zu schauen.

Deutschland sucht den Frieden. Indem es bestrebt ist, seinen nationalen Bau wohnlich zu machen, hat es sich gleichzeitig vorgenommen, die die moderne Welt bis auf den Grund hinein aufwühlende Arbeiterfrage zu lösen, soweit sie gelöst werden kann, und dadurch die Massen dem Irrwahne der Sozialdemokratie zu entziehen. Welches auch der Erfolg dieses kühnen Unternehmens sein mag, ohne Segen und Frucht bleibt diese Arbeit nicht, zumal sie einem Gebot der Schrift entspricht, welche den Christen befiehlt, sich der Armen und Schwachen in brüderlicher Liebe anzunehmen. Auch noch einen andern mutvollen Schritt hat Deutschland gewagt: das neue Reich ist unter die Kolonialmächte gegangen. Zwar die besten Stücke überseeischer Erde sind längst in fremden Händen, aber eine Großmacht von der politischen und geistigen Bedeutung Deutschlands durfte sich der Arbeit, an der Verbreitung der Kultur und des Christentums thätigen Anteil zu nehmen, nicht entziehen, abgesehen von den materiellen Erwägungen, die außerdem noch maßgebend sein mußten. Vergessen wir es nicht, in welchem Zustand der Erniedrigung sich alles, was deutsch heißt, am Anfang des von uns zu beschreibenden Zeitraumes befand, so werden wir dankbar die Güte Gottes preisen, der durch Sturm und Nacht auf wunderbaren Pfaden unser Volk emporgeführt hat.

1. Kapitel. Die deutschen Verhältnisse von 1862—66.

1. Wilhelm I. König von Preußen. Seine Proklamation. Das Wesen des Verfassungskonflikts. Wachsendes Mißtrauen. Der feste Sinn des Königs. Der Zollverein und Österreich. Preußischer Handelsvertrag mit Frankreich. Drohende Auflösung des Zollvereins. Schwankungen. Handelsverein und Bundesreform. Die Stimmung in Deutschland gegen die preußische Regierung. Der demokratische Zug der Zeit. Verhandlungen im Abgeordnetenhaus. Abermalige Ablehnung der Regierungsforderungen. Bismarcks Eintritt in das Ministerium. Sein Empfang von der öffentlichen Meinung. Bismarck vor dem Abgeordnetenhaus. Schroffster Gegensatz. Der König. Kein Fortschritt. Anklage gegen das Ministerium. Diskussion über den Zollverein. Drohende Kündigung desselben. Die Bundesreform und der Fürstenkongreß in Frankfurt. Abgeordnetenversammlung daselbst.

In den ersten Tagen des Jahres 1861 machte der Tod den Leiden des geistumnachteten Königs Friedrich Wilhelm IV. ein Ende. Sein Bruder Wilhelm übernahm nun als sein königlicher Nachfolger die Regierung, die er schon seit 1858 als Stellvertreter geführt hatte. Als solcher hatte er schon 1859 die Heeresreorganisation, sein eigenstes Werk, wie er wiederholt betonte, in Angriff genommen, der Landtag von 1860 aber die Mittel hiezu verweigert. In seinem ersten Worte, das er als König an sein Volk richtete, mahnte er in richtiger Begründung der Notwendigkeit zur Bewilligung. „Es ist Preußens Bestimmung" — sagte er in dieser Proklamation —, „nicht im Genuß erworbener Güter zu leben. In Anstrengung seiner Kräfte mit Ernst, Aufrichtigkeit religiöser Gesinnung, Vereinigung in Gehorsam und Freiheit, Stärkung seiner Wehrkräfte liegen die Bedingungen seiner Macht und seines Ranges unter den europäischen Staaten. Ich halte fest an der Tradition meines Hauses, will das Recht des Staates nach geschichtlicher Bedeutung befestigen und ausbauen, von dem Vorgänger gegebene Institutionen aufrechterhalten. Treu dem bei der Übernahme der Regentschaft gegebenen Eide werde ich die Gesetze des Königreiches schirmen. Meine Pflichten für Preußen fallen zusammen mit den Pflichten für Deutschland. Als deutscher Fürst liegt mir ob, Preußen in seiner Stellung zu kräftigen, die es unter den deutschen Staaten zum Heile aller übernehmen muß. Das Vertrauen auf Europas Ruhe ist erschüttert: ich werde mich bemühen, die Segnungen des Friedens zu erhalten. Dennoch können Gefahren für Deutschland und Preußen heraufziehen; möge dann ein gottvertrauender Mut, welcher Preußen in seiner großen Zeit erhielt, sich an mir und meinem Volke bewähren, dasselbe mir auf meinem Wege in Treue, Gehorsam und Ausdauer fest zur Seite stehen." Dies

mannhafte und fast prophetische Programm brachte nicht die gehoffte Wirkung hervor: das Mißtrauen zwischen Regierung und Abgeordnetenhaus blieb bestehen. Auch im Jahre 1861 wurden die Mittel für die Heeresreorganisation nicht bewilligt. Dagegen verübte im Juli ein Student, Oskar Becker mit Namen, ein Attentat auf den König, weil derselbe „der politischen Bestimmung Deutschlands nicht gewachsen" sei. Der König wurde nur leicht verwundet. Im Oktober krönte er sich selbst in außerordentlich feierlicher Weise, um seinem Volk den Begriff von der Heiligkeit der Krone und des Königtums von Gottes Gnaden recht nahe zu legen. Eine Verminderung der bestehenden Spannung fand trotzdem nicht statt. Es handelte sich bei dem Konflikt um nichts anderes, als um die Frage, welche immer wieder auftauchen wird, so lange es gesetzliche Volksvertretungen mit wechselnden Majoritäten giebt, ob letztere das Recht haben, den Charakter und die Entschließungen der Regierungen zu bestimmen und so den Fürsten ihren Willen aufzuzwingen. Nirgends ist dieser Streit öfters ausgebrochen als in Preußen und nirgends je und je diese Zumutung energischer abgewiesen worden als in Preußen. Gerade König Wilhelm that dies von Anfang an mit soldatischer Bestimmtheit. So offen und laut er auch bei jeder Gelegenheit es selbst oder durch seine Minister aussprach, daß er zum Wohle des Staates von der Volksvertretung bereitwilligst sich mit ersprießlichem Rate unterstützen lasse, so unumwunden bekannte er auch jederzeit, daß er sich von keiner Kammermajorität wider Willen zwingen, insbesondere sich Minister aufdringen lassen werde. Diese königliche Prärogative stand ihm außer aller Frage und bildete ein unantastbares Recht des Königtums von Gottes Gnaden, dessen Definition die erwähnte feierliche Selbstkrönung in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise gegeben hatte, wie es auch jene ziemlich ungnädige Antwort that, welche er am 7. Juni 1862 auf die Adresse des Abgeordnetenhauses gab. Das Herrenhaus stand unentwegt zum König, das Abgeordnetenhaus bekundete durch die Wiederwahl seines alten Präsidiums seinen unerschütterlichen Standpunkt und griff dem König durch den Versuch, an der dreijährigen Dienstzeit zu rütteln, tief ins Herz. Alle Anzeichen, daß auch dieses neue Haus kein Entgegenkommen an den Tag lege, deuteten auf einen nahenden heftigen Kampf mit der Regierung. Am 15. Juli legte der Kriegsminister einen Gesetzentwurf über außerordentliche Bedürfnisse der Marine mit einer Forderung von 1,400000 Thalern vor. Der Antrag wurde einer eigenen Kommission von 12 Mitgliedern zur Prüfung überwiesen und der Antrag der äußersten Linken, das Budget für 1863 vorerst nicht in Betracht zu ziehen, mit großer Majorität verworfen, immerhin ein Beweis, daß

die Mehrheit sich nicht dem Radikalismus willenlos in die Arme warf —, aber die Militärgerichtsbarkeit wurde von vielen Rednern scharf angefochten, ferner die Regierung von einem Mitgliede der katholischen Partei wegen ihrer am 21. Juli erfolgten Anerkennung des Königreichs Italien hart angegriffen, das Ministerium durch den Abgeordneten v. Hennig gezwungen, den Stand des Staatsschatzes, welchen der Abgeordnete Faucher einen alten Zopf, der abgeschnitten werden müsse, genannt hatte, anzugeben (Betrag 1862: 16,235344 Thaler) und endlich die vom Herrenhaus beschlossene Kontinuität der Sitzungen mit großer Mehrheit abgelehnt.

Noch eine andere Angelegenheit beschäftigte die preußische Regierung und erregte die Gemüter in Deutschland und darüber hinaus: der Handelsvertrag Preußens, beziehungsweise des Zollvereins mit Frankreich. Die Sache war verwickelt genug. Ging der Zollverein nicht darauf ein, mit Frankreich, das seit 1860 sich dem Freihandelsystem zugewendet hatte, einen Vertrag gleich vielen andern europäischen Staaten zu schließen, so bestand für den deutschen Handel die Gefahr, vom französischen Markte ausgeschlossen zu werden. Bedingt aber war durch diesen Vertrag die Herbeiführung der Gewerbe- und Handelsfreiheit, für welche sich mehr und mehr die öffentliche Meinung auszusprechen begonnen hatte, während andrerseits Interessenten und Schutzzöllner darin den Beginn des wirtschaftlichen Ruins erblickten und dagegen agitierten: insoferne nicht ohne eine unleugbare Berechtigung, als der Vertrag — vorläufiger Abschluß desselben vom 29. März mit einer Suspensivbedingung — in vielen Punkten für Frankreich günstiger war als für Deutschland. Außerdem hatte, falls er zu stande kam, dieser Vertrag zur notwendigen Folge, daß der 1853 zwischen Österreich und dem Zollverein geschlossene Handelsvertrag hinfällig wurde, falls nicht auch Österreich sich entschloß, seinem Schutzzollsystem zu entsagen. Aber nicht blos handelspolitisch wurde Österreich in diesem Falle, sondern auch politisch von Deutschland getrennt. Für Österreich stand in letzterer Beziehung seine alte und gewohnte Machtstellung gegenüber den deutschen Staaten auf dem Spiele, die nun wie von selbst an Preußen übergehen mußte. Deshalb bot Österreich dem Zollverein an, mit diesem einen großen Handels- und Zollbund zu schließen. Allein es war dazu jetzt zu spät und Preußen lehnte den Antrag Österreichs am 20. Juli ab. Der Vertrag mit Frankreich, sagte die preußische Entgegnung, sei eine durch das eigene Interesse des Zollvereins gebotene Notwendigkeit. „Es handelte sich für uns nicht blos um einen Akt der auswärtigen Handelspolitik, sondern der innern Reform.“ Der bestehende Zolltarif habe sich

überlebt, und doch wolle ihn Österreich zur Grundlage seines bis auf das Jahr 1877 reichenden vorgeschlagenen Zollbundes machen. Die Frage war nun, wie sich die übrigen Bundes- und Zollvereinsstaaten zu der Sache stellen würden. Immer stand man in Frankfurt noch vor dem Rätsel einer Bundesreform: der Handelsvertrag mit Frankreich vermehrte die Schwierigkeiten der Reform ins ungeheure. Man fürchtete, daß Preußen Österreich aus dem deutschen Bunde drängen werde, und davon wollten die Mittelstaaten, welche mit ihren Sympathieen viel mehr zu Österreich neigten, nichts wissen. Preußen stand deshalb in Frankfurt wieder ziemlich isoliert da. Für die Regierung war es in dieser peinlichen Lage eine große Ermutigung, daß die beiden Häuser des Landtages fast einstimmig den Handelsvertrag guthießen. Die Regierung, beantragte der Abgeordnete von Sybel, solle in Sachen des Fortbestehens und der Erweiterung des Zollvereins durchaus an den Grundsätzen des Handelsvertrages mit Frankreich festhalten, keine größeren nicht-deutschen Gebiete in den Zollverein eintreten und eine zweckmäßige Organisation des Zollvereins (Zollparlament) nicht weiter hinausschieben lassen. Nun standen aber nur wenig Mittelstaaten auf Preußens Seite. Bayern, Würtemberg, Hannover, Hessen-Darmstadt lehnten den Handelsvertrag ab, woraufhin Preußen diesen Mittelstaaten am 26. August erklärte, es sei es dem Ernste der Lage schuldig offen auszusprechen, daß es eine definitive Ablehnung der Verträge mit Frankreich als den Ausdruck des Willens auffassen müsse, den Zollverein mit Preußen nicht fortzusetzen. Nicht so isoliert als den Regierungen gegenüber stand Preußen da, wenn man die öffentliche Stimmung, die Meinung des Volkes, in Betracht zog. Der Nationalverein, welcher zu Preußen hielt und für dessen dominierende Stellung in Deutschland eintrat, gewann auch außer Preußen mehr und mehr Anhänger: in Hessen-Darmstadt, in Kurhessen und Hannover fanden die Regierungen sich Oppositionen gegenüberstehen, welche von einer antipreußischen Politik nichts wissen wollten, sowohl was den Handelsvertrag als die Bundesreform betraf. Deshalb wagten die dissentierenden Mittelstaaten es nicht, dem bisher bestehenden Zollverein einen neuen mit Österreich entgegenzusetzen. Während in München auf einem Handelstag (Oktober) die Prinzipien des Freihandels und folglich der Abschluß des französischen Handelsvertrages für notwendig erklärt wurden, tagten gleichzeitig die zahlreichen Vertreter der großdeutschen Idee zu Frankfurt am Main und verlangten zwar die schleunige Schaffung einer „nationalen Vertretung" vom deutschen Bund, dagegen verwarfen sie den Handelsvertrag mit Frankreich und beschlossen die Aufnahme des gesamten österreichischen Staates in den Zollverein.

Und indem sich nun diese Frankfurter Versammlung zu einem großdeutschen „Reformverein“ mit einer ausgedehnten Organisation konstituierte, teilte sich auch die deutsche Bevölkerung in zwei Lager, von denen das eine Österreich, das andere Preußen im letzten Grunde zur Losung hatte. So hing die Frage des Handelsvereins mit der der Bundesreform eng zusammen, und die letztere war nichts anderes als die „deutsche“ Frage, d. h. die Frage nach der zukünftigen, aber nicht mehr lange verschiebbaren Neugestaltung der staatlichen Verhältnisse Deutschlands. Eine Reform des deutschen Bundes stieß aber in Österreich auf unüberwindliche Bedenken. Schon 1855 hatte Metternich in einer Denkschrift es ausgesprochen: „Der ruhige Beobachter der Dinge muß den Begriff einer Reform förmlich ausschließen, weil sich derselbe in den des Umsturzes des Gebäudes auflöst“, und: „Der Bund ist, wie er ist, und er könnte nicht anders sein, als er ist, ohne aufzuhören zu sein“. Dagegen sprach z. B. die zweite kurhessische Kammer (November) es unumwunden aus, daß „das unbestreitbare und täglich dringender werdende Bedürfnis des deutschen Volkes nach nationaler Einigung nur durch Wiederberufung eines deutschen Parlaments und Schaffung einer einheitlichen Centralgewalt befriedigt werden könne“. In Wahrheit ein gordischer Knoten!

Die Schwierigkeiten, welche sich der Regelung dieser an sich hinlänglich verwickelten Angelegenheit entgegenstellten, türmten sich freilich in jenem Augenblick berghoch auf. Der in Preußen selbst sich verdüsternde statt klärende Konflikt zwischen Regierung und Volksvertretung bildete dabei ein hauptsächliches Moment und war nicht dazu angethan, gewisse Vorurteile, welche besonders im Süden Deutschlands die Gemüter mit einer erklärlichen Kälte von Preußen zurückhielten, leicht wegzuräumen. Liest man heute, nach mehr als fünfundzwanzig Jahren, die Äußerungen der öffentlichen Stimmung nach, die sich über den damaligen Verfassungsstreit in ganz Deutschland vernehmen ließen, so gewahrt man, daß sie bis auf einen fast verschwindenden Bruchteil sich für die Sache der Volksvertretung und gegen die Regierung aussprachen. Wenn man aber daraus den Schluß ziehen wollte, daß die Schuld in der That ausschließlich der letzteren zuzuschreiben sei, so würde man ein ungerechtes, geschichtlich nicht zu rechtfertigendes Urteil fällen. Das Unglück der trübseligen Situation ist in dem unüberwindlichen Mißtrauen zu suchen, welches Volksvertretung und Regiment, den König mit eingerechnet, voneinander schied und der Entwickelung des staatlichen Lebens gerade jetzt so verhängnisvoll zu werden drohte; die beiden Faktoren, welche berufen waren, gemeinsam an dem Wohl des Staates zu arbeiten, ließen sich

durch dieses Mißtrauen zu dem bedauerlichen Irrtum verleiten, als handle es sich um nichts Geringeres als um einen gegenseitigen Kampf auf Leben und Tod. Und beide Teile mußten durch die Erinnerung an das, was noch in aller Gedächtnis war, in diesem Wahne bestärkt werden. Was jetzt vor sich ging, war also eine traurige Folge der unglückseligen Entwickelung der Dinge in Deutschland seit der Zeit der Befreiungskriege. Die Verfassungen und die darin garantierten Volksrechte hatten sich großenteils die Fürsten nur widerwillig und manchmal bis zum äußersten widerstrebend abringen lassen: manche Maßnahmen der Regierungen schienen darauf hinzudeuten, daß man beabsichtige, diese Fesseln und Beschränkungen der legitimen Gewalt bei guter Gelegenheit wieder abzuwerfen. Deshalb erkannte gerade der ernstgesinnte Volksvertreter es für seine heilige Pflicht, dieser drohenden Gefahr einer Verkümmerung der Volksrechte bei Zeiten nicht nur vorzubeugen, sondern noch darüber hinaus für eine Vermehrung derselben oder, wie man es nannte, für den Ausbau der Verfassung einzutreten. Gerade dieses Schlagwort aber machte die Regenten stutzig, denn das letzte Ziel dieses Strebens konnte nach ihrer Meinung nichts anderes als die völlige Untergrabung und Beseitigung der fürstlichen Macht, mit einem Worte die Demokratie, sein. So ganz grundlos war auch diese Meinung nicht. Ein starker demokratischer Zug lag in der Zeit; das Ansehen der Monarchie stand im allgemeinen damals nicht übermäßig hoch; im einzelnen hing es selbstredend von der Persönlichkeit des Fürsten ab. Aber man ging doch zu weit, wenn die preußische Regierung der Gesamtheit der Volksvertretung demokratische Absichten zutraute. Die Zahl derjenigen, welche so dachten, war gering, das zeigte sich bei verschiedenen Abstimmungen. Dem preußischen Volke war trotz mancher Vorkommnisse die Achtung vor der Dynastie der Hohenzollern gleichsam angeboren, und diejenigen, welche dies in Abrede stellten und den König mit Mißtrauen erfüllten und gegen sein Volk zu stimmen suchten, waren Leute, welche dem Wandel der Dinge aus eigennützigen Absichten gram waren, jene kleine Partei der Feudalen, denen um ihrer eigenen Interessen willen die Volksrechte verhaßt waren. Allerdings kam seitens der Regierung noch die Voraussicht bevorstehender kriegerischer Verwickelungen hinzu, welche es ihr zur unabweislichen Pflicht machte, sich für einen folgenschweren Entscheidungskampf zu rüsten. Indem die Regierungsvertreter, so z. B. der Geheimrat v. Mölle in der Budget-Kommission des Abgeordnetenhauses am 22. August, erklärten, die Regierung denke nicht daran, (durch die Heeresorganisation) einen Konflikt zu suchen, auch sie habe das Wohl des Landes im Auge, so kann dies nicht mehr als eine blos versöhnliche

Phrase angesehen werden, seitdem die Briefe des damaligen preußischen Bundestagsgesandten, des Freiherrn Otto von Bismarck-Schönhausen, bekannt geworden sind. Seit Jahren wies derselbe mit überzeugender Klarheit und unerschütterlicher Konsequenz darauf hin, daß die Verhältnisse des deutschen Bundes unerträglich seien und Preußen sich durch einen blutigen Waffengang eine seiner Macht und Bedeutung entsprechende Stellung in Deutschland erkämpfen, d. h., ohne Umschweif, Österreich aus dem Bunde verdrängen müsse. Am 23. August erklärte Oberst v. Bose, daß der Normaletat der Armee nach der Reorganisation (von 1860) von nun an rund 41 Millionen Thaler, d. h. $9^1/_2$ Millionen Thaler mehr als vorher, betragen werde. Aber die Kommission erklärte mit 20 gegen 3 Stimmen, daß sie die Armeereorganisation für unvereinbar mit den bestehenden Gesetzen (vom 3. September 1845) ansehe. Auch die Marinekommission verwarf die Forderungen der Regierung für Neubeschaffung, obwohl die letztere erklärte, die Verhandlungen wegen Ankaufs von drei englischen Schiffen seien bereits so weit gediehen, daß ein Rücktritt nicht mehr möglich sei. Und im Plenum löste sich die Meinungsverschiedenheit nicht, wenn auch seitens der Regierung „ausdrücklich anerkannt" wurde, „daß alle Ausgaben der Zustimmung des Landtags bedürfen". Es folgten tagelange Debatten (vom 12. September an), aber es erfolgte keine Verständigung. Am 23. September lehnten 308 Stimmen die Auslagen für die Reorganisation ab, während nur 11 Mitglieder für die volle Bewilligung der Ausgaben im Ordinarium sich erhoben. Daraufhin nahm das Ministerium seine Entlassung und an die Stelle des Prinzen Hohenlohe trat als Minister des Auswärtigen und Vorsitzender im Staatsministerium der Gesandte Otto v. Bismarck-Schönhausen am 24. September (definitiv seit dem 11. Oktober).

Am 19. September war Bismarck von Biarritz in Berlin eingetroffen; der Kriegsminister von Roon, der den ganzen Sturm der letzten Tage zu bestehen gehabt hatte, war ihm bis Frankfurt entgegengefahren und hatte ihn in die Lage eingeweiht. Bismarck wurde von der öffentlichen Meinung mit allgemeinem Mißtrauen empfangen; von einem Ministerium seines Namens besorgte man „eine kühne, allenfalls abenteuerliche auswärtige Politik und den Verfall der innern Angelegenheiten". Die politischen Antecedentien und der bekannte Charakter dieses Staatsmannes, hieß es, lassen keinen Zweifel darüber, daß die preußische Regierung, anstatt ihren Frieden mit der Landesvertretung zu schließen und dem Ausbau der verfassungsmäßigen Institutionen ihre Fürsorge zu widmen, nicht davor zurückschreckt, ohne Budget zu regieren

und sich einer abenteuerlichen Großmachtspolitik in die Arme zu werfen. Eine Großmachtspolitik unter einem Ministerium Bismarck müsse man sich ernstlich verbitten. „Es spekuliert auf die Leichtgläubigkeit, mit der das gutmütige deutsche Volk durch gewisse Schlagwörter: Schleswig-Holstein, deutsche Einheit u. s. w. in Bewegung gesetzt wird; aber es wird sich verrechnen.“ „Um durch Thaten zu glänzen — ließ sich eine andere Stimme vernehmen — muß man den Mut zum Handeln haben ..... Warten wir ab! Nur nach seinen Thaten soll er gerichtet werden — dann aber auch unerbittlich.“ Am 29. September erschien der neue Ministerpräsident vor dem Abgeordnetenhaus und zog das Budget für 1863 zurück. Eine Verständigung sei jetzt nicht möglich, die Wiederholung der Beschlußfassungen würde aber die Schwierigkeiten nur vermehren.

In den nächsten Tagen kam es zwischen dem neuen Minister und dem Abgeordnetenhause zu erbitterten Kämpfen. Bismarck reizte schon in der Budgetkommission durch dunkle, nachmals vielbesprochene Äußerungen die Gemüter. Er wies auf die Menge „catilinarischer Existenzen“ in Preußen hin, die ein großes Interesse an Umwälzungen hätten, ferner „auf die ungünstigen Grenzen Preußens“ und bekannte endlich, daß die großen Fragen der Zeit nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse, sondern durch „Blut und Eisen“ entschieden würden. Jetzt sei keine Zeit, erklärte er in der öffentlichen Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 7. Oktober, Theorie gegen Theorie zu stellen; die Frage der Militärorganisation und die Kompetenzfrage, wie weit die verschiedenen Staatsgewalten bei der Feststellung des Budgetgesetzes mitzuwirken hätten, stünden in keinem notwendigen Zusammenhang. Die letztere der beiden Fragen schwebe seit Jahren, sie könne nicht durch heftige Diskussionen, sondern nur durch die Praxis zum Austrage gebracht werden. Die Zurückziehung des Etats von 1863 sei als ein Waffenstillstand zu betrachten und enthalte keine Herausforderung zur Fortsetzung des Kampfes, da die Regierung sich bewußt sei, den Streit verfassungsmäßig beizulegen und bezüglich der regelmäßigen Vorlegung des Etats sich in keiner prinzipiellen Meinungsverschiedenheit mit dem Abgeordnetenhause zu befinden. Dieses aber ließ sich durch solche Darlegungen nicht befriedigen, sondern nahm die Anträge der Budgetkommission an, daß die Staatsregierung den Etat für 1863 noch rechtzeitig dem Abgeordnetenhause zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorzulegen habe, und daß es von der Staatsregierung verfassungswidrig sei, über eine Ausgabe zu verfügen, welche das Abgeordnetenhaus abgelehnt habe. Zwei Tage darnach wurde das Ministerium im Sinne Bismarcks neu besetzt und der König

durch Zustimmungsadressen aus verschiedenen Landesteilen zum Widerstand gegen die liberale Mehrheit des Abgeordnetenhauses aufgefordert. Als dann im gleichen Sinne das Herrenhaus sich auf die Seite des Ministeriums stellte und das Budget des Abgeordnetenhauses verwarf, war die Angelegenheit auf dem höchsten Punkt der Verwirrung angelangt. In der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses (13. Oktober) bedauerte der Präsident unter einem Beifallssturm ohnegleichen, daß ihm seine Amtskompetenz nicht die Befugnis einräume, den verfassungswidrigen Beschluß „von der Barre dieses Hauses" zurückzuweisen. Hierauf erklärte das Abgeordnetenhaus einstimmig den Beschluß des Herrenhauses für null und nichtig: die Staatsregierung könne keinerlei Recht aus demselben herleiten. Am selben Tage noch verkündete Bismarck den Schluß der Session in einer königlichen Botschaft, in welcher es hieß, die Regierung erblicke in der einmütigen Genehmigung des Handelsvertrages mit Frankreich, sowie des Gesetzes über die Eingangs- und Ausgangsabgaben eine Bürgschaft dafür, daß die darin enthaltenen Grundsätze fortan die Grundlage der Handelspolitik Preußens bilden müßten. Was aber den Zwiespalt in Sachen des Budgets zwischen dem Herren- und Abgeordnetenhaus betreffe, so sehe sich die Regierung in der Notwendigkeit, „den Staatshaushalt ohne die in der Verfassung vorausgesetzte Unterlage führen zu müssen. Sie ist sich der Verantwortlichkeit in vollem Maße bewußt, die für sie aus diesem beklagenswerten Zustand erwächst; sie ist aber ebenso der Pflichten eingedenk, welche ihr gegen das Land obliegen . . .; sie hegt die Zuversicht, daß die Ausgaben seiner Zeit die nachträgliche Genehmigung des Landtages finden werden." Auch der König sprach sich öffentlich z. B. gegenüber konservativen Huldigungsdeputationen dahin aus, daß niemand an den Bruch der Verfassung denke; dies zu behaupten, sei eine Verleumdung. „Ich halte fest an meinem Eide, halte fest an meinem Programm von 1858 . . . . Was die Militärreorganisation betrifft, so ist diese mein eigenstes Werk und mein Stolz, und ich bemerke hierbei, es giebt kein Bonin'sches und kein Roon'sches Projekt." Und bei einer anderen Gelegenheit äußerte er, die Bewegung sei nicht sowohl gegen die Reorganisation der Armee gerichtet, sondern vielmehr gegen die Armee selbst. „Die Absicht, die mit allen Mitteln verfolgt wird, ist die Einführung der parlamentarischen Regierung. Diese ist nicht durch die Verfassung verheißen, sondern nur die parlamentarische Gesetzgebung." „Das Heer hinter dem Könige will man nicht, man will ein Parlamentsheer. Damit aber wäre es mit Preußens Machtstellung aus und die Wohlfahrt des Landes auf immer gestört." Von Seiten der

beiden politischen Heerlager wurde gleichzeitig im Lande alles gethan, die Leidenschaft bis auf den höchsten Grad zu erhitzen. Daß die Regierung die Maßregelung einiger Beamten, welche zur Opposition im Abgeordnetenhaus gehört hatten, vornahm, erhöhte das Ungemütliche, um nicht zu sagen das Unheimliche der ganzen Situation, die durch die allgemeinen gegenseitigen und ungerechten Verleumdungen und Verlästerungen keine Klärung erfahren konnte.

Das wurde auch nicht anders, als am 10. Januar 1863 die Regierung die beiden Häuser des Landtages wieder berief, um ihnen das Budget für 1863 und die Novelle zum Militärgesetz von 1814 zur Beratung und Beschlußfassung wiederum vorzulegen. Beiderseits beharrte man auf seinem Standpunkt, weshalb es nur zu erneuten monatelangen Debatten, Reibereien und Anklagen kam. Laut wurden die Minister gescholten, sie handelten verfassungswidrig. Der König, welcher unentwegt zu seinem Ministerium stand, wies diese Beschuldigung als unbegründet aus voller Überzeugung zurück. Vielmehr müsse er es als „eine Überschreitung der verfassungsmäßigen Befugnisse des Hauses der Abgeordneten bezeichnen, wenn das Haus seine einseitigen Beschlüsse über Bewilligung oder Verweigerung von Staatsausgaben als definitiv maßgebend" für die Regierung bezeichnen wolle. Rheinischen Industriellen, welche in einer Adresse an den König über das Herrenhaus und die konservativen Ergebenheitsbezeugungen ein abfälliges Wort hatten einfließen lassen, drückte er sein Mißfallen über die unbegründete Kritik aus und betonte bezüglich der angefochtenen dreijährigen Militärdienstzeit, daß nach seiner langjährigen Erfahrung nichts das Heer so sehr schwächen würde als eine Verminderung derselben. Den vom Abgeordnetenhaus vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über Ministerverantwortlichkeit lehnte das Ministerium ab. Zuletzt im Mai wendete sich das Abgeordnetenhaus abermals unmittelbar an die Krone, um seine Beschwerden über das Ministerium in einer förmlichen Anklageschrift darzulegen: die Minister hätten, hieß es darin, fort und fort „verfassungswidrige Grundsätze" offen ausgesprochen und bethätigt; durch ihre Politik nach außen, durch ihr verfassungswidriges Verfahren im Innern hätten sie das Vertrauen der Völker und der Regierungen verscherzt. Preußen stehe fast allein in Deutschland, ja in Europa. Die Kluft zwischen Krone und Land könne „nicht anders als durch einen Wechsel der Personen, und mehr noch durch einen Wechsel des Systems" ausgefüllt werden. Der König ging durchaus nicht auf dieses Ansinnen ein; ohne Rückhalt bürdete er dem Abgeordnetenhaus die Verantwortung für die unhaltbaren Zustände auf. „Meine Minister besitzen mein

Vertrauen, ihre amtlichen Handlungen sind mit meiner Bewilligung geschehen, und ich weiß es ihnen Dank, daß sie es sich angelegen sein lassen, dem verfassungswidrigen Streben des Abgeordnetenhauses nach Machterweiterung entgegenzutreten." Alsbald wurde auch am 27. Mai (1863) der Landtag durch königliche Botschaft geschlossen, da jede Aussicht auf Verständigung geschwunden war, und eine königliche Ordonnanz gegen die Presse erlassen. Die Versuche, durch Deputationen seitens der städtischen Vertretungen den König umzustimmen, scheiterten an der Entschlossenheit des Ministeriums, das sich durch nichts beirren ließ.

Diese Vorgänge in Preußen beeinflußten nicht blos die öffentliche Meinung im übrigen Deutschland und zwar in einem der Regierung durchaus ungünstigen Sinne, sondern sie wirkten auch lähmend auf die in der Schwebe befindlichen Angelegenheiten, den Zollverein und die Reform des deutschen Bundes. In der Frage des Zollvereins beharrte Preußen auf seiner Alternative: entweder Annahme des Handelsvertrages mit Frankreich oder Auflösung des Zollvereins. Der Knotenpunkt der Sache blieb auch jetzt die Frage der wirtschaftlichen Ausschließung Österreichs, wozu sich, auch aus politischen Erwägungen, die Mittelstaaten nicht verstehen wollten. Bayern suchte durch eine allgemeine Konferenz der Zollvereinsstaaten zu München im Frühjahre 1863, Preußen durch eine gleiche Versammlung im November zu Berlin die Sache ins Reine zu bringen. Bezüglich der Reduktion der Tarife schien eine Einigung sich leicht herzustellen, weil diese Maßregel sich als notwendig zeigte; aber als Preußen für die Erneuerung der Zollvereinsverträge die Annahme seines Handelsvertrages mit Frankreich als die unantastbare Grundbedingung verlangte, da gerieten die Verhandlungen ins Stocken, und Preußen kündigte zuletzt die Zollverträge, was natürlich gleichbedeutend mit der Auflösung des Zollvereins gewesen wäre. Der Zollverein aber war den Patrioten in ganz Deutschland eine Einrichtung, auf welche sie die Hoffnung einer besseren Zukunft der deutschen Nation bauten. „Der Zollverein — erklärte eine Anzahl bayerischer Abgeordneter — ist diejenige Schöpfung, welche, seitdem das deutsche Volk die Fremdherrschaft von seinem Boden verjagt hat, bei weitem das meiste zu seiner Einigung und materiellen Kräftigung beigetragen hat. . . . Wir würden in der Auflösung des Zollvereines ein Nationalunglück erblicken." Daneben wurde immer wieder von der Reformfrage des deutschen Bundes gesprochen, sie bildete sozusagen eine beständige Nummer auf der Tages- und Lebensordnung des deutschen Volkes. Von einem Bundesstaat unter Preußens Führung wollte man unter den gegenwärtigen Verhältnissen im übrigen Deutschland nicht viel wissen. Das Ministerium Bismarck, als reaktionär

und volksfeindlich überall verschrieen und verabscheut, genoß nirgends eine Zuneigung. Dazu bekämpfte die österreichische Diplomatie mit Erfolg den Gedanken eines Ausschlusses, und die verfassungsmäßige Richtung, welche seit dem unglücklichen Krieg mit Italien die innere Entwickelung des Kaiserstaates eingeschlagen hatte, steigerte die Sympathie für denselben wieder in bedeutendem Maße. Österreich hielt es für angezeigt, diesen günstigen Augenblick nicht ungenützt vorübergehen zu lassen. Es nahm die Reform lebhaft und schnell in die Hand. In aller Stille wurden in Wien die Grundzüge derselben festgesetzt und vom Kaiser die deutschen Souveräne schon für den 16. August zu einem Kongreß nach Frankfurt am Main eingeladen. Der preußische König, überrascht durch die Eile wie durch das Projekt, lehnte die Einladung ab: bevor die Fürsten zusammenkämen, seien eingehende Konferenzen und Vorarbeiten der Minister unerläßlich. Bismarck aber erklärte nach Kenntnisnahme des Reformentwurfs dem preußischen Gesandten am Bund, daß derselbe weder der berechtigten Stellung der preußischen Monarchie noch den berechtigten Interessen des deutschen Volkes entspreche. Dagegen kamen die übrigen deutschen Fürsten fast ausnahmslos nach Frankfurt. Der von Österreich vorgelegte und vom Kaiser selbst vertretene Entwurf befaßte sich vor allem mit einer neuen Bundesorganisation. An die Spitze des Bundes sollte zur Leitung der Angelegenheiten, der innern sowohl wie der auswärtigen, ein Direktorium treten, neben dasselbe ein Bundesrat und eine Versammlung von Bundesabgeordneten, also eine Art Zweikammersystem. Das Direktorium sollten bilden der Kaiser von Österreich, die Könige von Preußen und Bayern und zwei wechselnde Fürsten. Im Bundesrat sollten die Bevollmächtigten derselben (auch der Reichsstädte) mit 21 Stimmen sitzen und die Bundesabgeordneten, 300 an der Zahl, zu zwei Dritteln aus den zweiten, zu einem Drittel aus den ersten Kammern der deutschen Ständeversammlungen abgeordnet werden und nur alle drei Jahre zusammentreten. Dabei war es auch auf eine häufige Wiederkehr des Fürstenkongresses abgesehen, nur dürfe dessen Abstimmung das Ergebnis der Abstimmung des Bundesrates nicht ändern. Die Bundesabgeordnetenversammlung solle mit beschließender Stimme an der Gesetzgebung des Bundes teilzunehmen haben. Österreich hatte sich den Vorsitz im Direktorium und im Bundesrate vorbehalten. Über Krieg und Frieden hat der Bundesrat mit zwei Dritteln der Stimmen zu entscheiden; einfache Stimmenmehrheit sollte aber hinreichen, wenn die Frage vorliegen würde, ob der Bund als solcher sich an dem Kriege eines Bundesgliedes beteiligen wolle, das auch außerhalb des Bundesgebietes Besitzungen habe. Eine Versammlung

von 300 Abgeordneten aus den verschiedensten deutschen Ländern, welche aus eigenem Antriebe gleichzeitig in Frankfurt tagte, sprach sich zwar zustimmend zu dem Schritt einer Bundesreform aus, erklärte aber „die Zusammensetzung und Kompetenz der Delegiertenvertretung für höchst bedenklich" und die Bildung einer von der Nation erwählten Vertretung für durchaus notwendig; von einem einseitigen Vorgehen der Regierungen sei eine gedeihliche Lösung der Nationalreform nicht zu erwarten. Am 1. September wurde trotzdem die Bundesakte von der Mehrheit endgültig festgestellt, der König von Preußen abermals zum Beitritt aufgefordert und alsdann der Fürstenkongreß vom österreichischen Kaiser geschlossen. Allein Preußen verließ seinen Standpunkt nicht; in einem Kollektivschreiben an die Fürsten werden die Bedingungen, unter denen es einer Reform beistimmen könne, dargelegt; sie sind folgende: 1) den beiden Großmächten muß wenigstens bei der Abstimmung über eine Kriegserklärung die ausschlaggebende Stimme eingeräumt, 2) Preußen muß in betreff des Vorsitzes Österreich gleichgestellt und 3) an Stelle der delegierten Bundesabgeordneten eine aus der direkten Wahl hervorgehende Nationalvertretung gesetzt werden. Die preußischen „Vorbedingungen" nannte der österreichische Minister Graf Rechberg Irrtümer und schreiende Widersprüche, in die sich, wie man leicht nachweisen könne, die preußischen Minister verworrenermaßen verwickelt hätten.

2. Schleswig-Holstein. Die Leidenszeit. Das Verhalten Deutschlands. Friedrichs VII. Tod. Christian IX. König von Dänemark. Herzog Friedrich VIII. v. Augustenburg. Nationale Begeisterung. Die Exekution des Bundes. Die deutschen Großmächte und die Mittelstaaten. Die Aktion unter Wrangel. Der Angriff. Das Danewerk. Rückzug der Dänen. Die Düppeler Schanzen. Pause. Fortsetzung des Krieges. Verwerfung einer Konferenz durch die Dänen. Jütland. Sturm auf die Düppeler Schanzen. Herrlicher Sieg. Weitere Maßnahmen. Londoner Konferenz. Letzter Waffengang. Übergang auf Alsen. Einnahme Sonderburgs. Auf Jütland. Gesinnungsänderung in Kopenhagen. Der Friede zu Wien und seine Bestimmungen. Die Stellung Preußens. Rückzug der Bundestruppen.

Während diese wichtigen Vorkommnisse die deutsche Nation in allen ihren Schichten beschäftigten, auch untergeordnetere Angelegenheiten nicht unerörtert blieben, z. B. die Forderung der Trennung der Schule von der Kirche wieder erhoben und wieder bekämpft wurde, der Handwerkertag in Frankfurt gegen die Gewerbefreiheit als Damm den Zunftzwang aufgeworfen wissen wollte, wurde durch den Tod des dänischen Königs die allgemeine Aufmerksamkeit derart auf das Herzogtum Schleswig-

Holstein gelenkt, daß mit einem Schlage das Geschick desselben alle anderen Sorgen in den Hintergrund drängte. Seit dem Londoner Traktat vom 8. Mai 1852, wodurch die Holstein-Augustenburgische Linie von der Nachfolge auf dem dänischen Throne widerrechtlich ausgeschlossen wurde, begann für die deutsch-dänischen Provinzen Schleswig-Holstein mit Lauenburg eine schwere Leidenszeit, die aber dieser deutsche Volksstamm, fast von allen verlassen, nicht nur mit Geduld ertrug, sondern auch durch seinen furchtlosen Kampf um sein Recht und seine Nationalität zu verklären wußte. Gestützt auf das genannte Protokoll, das von Österreich und Preußen, aber nicht vom deutschen Bunde anerkannt worden war, hielt sich der dänische König Friedrich VII. für berechtigt, die beiden Elbherzogtümer durch eine gemeinsame Verfassung vollständig dem Königreiche einzuverleiben. Es giebt keinen schlagenderen Beweis für die wahrhaft trostlose, ja verzweifelte Lage der deutschen Zustände als die Brutalität und den Hohn, womit angesichts von ganz Europa das kleine Dänemark Recht und Freiheit eines deutschen Volksstammes mit Füßen zu treten wagte. Mit der Härte eines Siegers ging die dänische Regierung, von dem Hasse des dänischen, besonders des Kopenhagener Pöbels gegen alles, was deutsch war, noch angefeuert, daran, das deutsche Wesen in den Herzogtümern auszurotten und durch schwere Strafen jeden Widerstand zu brechen. Unter dem Vorgeben „der Pacifikation“ suchte Dänemark diesen Gewaltstreich vor den Augen Europas zu rechtfertigen; aber während die trübseligen Verhältnisse in Deutschland jedes Eingreifen für den gequälten Bruderstamm verhinderten, führten unerschrockene Männer desselben, welche 11 an der Zahl Mitglieder des dänischen Reichstags waren, einen so mannhaften Kampf gegen die Vergewaltigungsversuche der dänischen Regierung, daß die unerschütterliche Tapferkeit, mit der sie die Gültigkeit der Verfassung und der dadurch bezweckten Einverleibung anfochten, schließlich die Aufmerksamkeit der deutschen Großmächte, die freilich für sich unbegreiflicherweise den Londoner Vertrag anerkannt hatten, auf sich zog. Diese brachten nun die Angelegenheit vor den Bund und forderten von Dänemark eine Rechtfertigung seines Vorgehens (1858). Ein langer diplomatischer Feldzug, in welchem die dänische Regierung durch allerlei Kreuz- und Querzüge sich dem Andringen des Bundes zu entziehen suchte, schien eher die Sache auf die lange Bank zu schieben, als Wandel zu schaffen. Schon hatte der Bund mehrmals mit der Exekution gedroht, aber Dänemark suchte durch schlaue und verlogene Kunststücke den wahren Sachverhalt zu verschleiern und nach Maßgabe des „Eiderdänentums“ Schleswig von Holstein zu trennen und das erstere mit Dänemark zu

einem „Eiderstaat" zu vereinigen; Holstein sollte demselben durch Personalunion angegliedert und ganz nach dänischen Interessen regiert werden. Es war nahe daran, daß dieser Gewaltakt, welcher allem Vorangegangenen die Krone aufgesetzt hätte, zur Durchführung gekommen wäre, trotzdem der deutsche Bund am 1. Oktober 1863 die Exekution beschlossen hatte, als am 15. November Friedrich VII. starb, noch bevor er jener Verfassung die königliche Sanktion hatte erteilen können. Daß dieser willenlose Mann, der letzte Regent der seit dreihundert Jahren in Dänemark und Holstein zugleich regierenden oldenburgischen Linie, diesen auch für ihn wenn nicht verhängnisvollen, so doch bedenklichen Schritt gethan haben würde, unterliegt keinem Zweifel. Ohne Sinn für Recht und Pflicht war er während seiner ganzen Regierungszeit von der fanatischen demokratischen Partei abhängig gewesen, deren vorläufiges Ziel die Zerstörung des Deutschtums in den beiden Herzogtümern war. Es stand fest, daß das deutsche Volk selbst in seiner damaligen Zerrissenheit nicht ruhig diese Vergewaltigung geschehen lassen würde; die schleswig-holsteinische Frage wurde für sie ein Ereignis von der weittragendsten Bedeutung; nichts Geringeres als ihr Ansehen, ihr politischer Kredit bei den europäischen Mächten stand auf dem Spiel; das fühlte man auch in Frankfurt; am klarsten aber wußte Bismarck, der preußische Minister, dessen weitschauende politische Befähigung freilich damals in Deutschland noch nicht erkannt wurde, daß er hier den Hebel einsetzen müsse, um für Preußens Größe, für Deutschlands Zukunft zu sorgen und zu wirken.

Christian IX. von Holstein-Glücksburg bestieg den dänischen Thron: seine erste Amtshandlung mußte der Entscheid über die Sanktion der Verfassung sein. In Kopenhagen übte eine unter der hauptstädtischen Bevölkerung angestiftete Bewegung auf den neuen König einen solchen Druck aus, daß er die Verfassung unterzeichnete und damit die Politik seines Vorgängers bestätigte. Gleichzeitig aber proklamierte der Augustenburger Herzog Friedrich VIII., auf den sein Vater seine Rechte übertragen hatte, am 16. November seinen Regierungsantritt in den vereinigten Herzogtümern Schleswig-Holstein, und in ganz Deutschland sympathisierte man öffentlich mit diesem Schritte, durch den „Schleswig-Holstein stammverwandt" sein Recht gewonnen hätte, von seinen Leiden befreit und der deutschen Nation wieder voll und ganz einverleibt worden wäre. Eine ungeheure Bewegung ergriff ganz Deutschland; die Sache der Stammesgenossen wurde im besten Sinne eine nationale, bis zu den Alpen wurde das Lied „Schleswig-Holstein meerumschlungen" der begeisterte Ausdruck der patriotischen Gesinnung, und Vereine im Sinne dieser Angelegenheit bildeten sich allenthalben. Der deutsche Bund, auf dessen Stellung alles

ankam, folgte nicht mit gleichem Schritte der Volksbegeisterung. Allerdings schloß er den dänischen Bundesgesandten von den Sitzungen aus, aber in der Frage des Erbrechts schwieg er; auch dazu ließ er sich nicht drängen, an die Stelle der Exekution die Occupation treten zu lassen. Es erfolgte also die Exekution, welche Dänemark auf Veranlassung mehrerer Großmächte noch nicht als Kriegsfall ansah. Mit den sächsischen und hannoveranischen Bundestruppen rückte am 23. Dezember (1863) der sächsische General von Hake in Holstein ein und besetzte dieses sowie Lauenburg. Bismarck hatte bereits im preußischen Abgeordnetenhause erklärt, daß die Regierung sich ihre Entscheidung über diese Frage vorbehalten müsse und sie weder dem deutschen Bunde überlassen, noch im preußischen Landtage zum Gegenstand von Erklärungen machen könne. In Frankfurt erklärten die beiden Großmächte gemeinsam sehr zurückhaltend, daß sie die Entscheidung des Bundes betreffs der Erbfolgefrage „innerhalb seiner Kompetenz“ nicht präjudizieren wollten. Diesem Vorgehen begegnete man allenthalben mit Mißtrauen und Mißbilligung. Zu Nürnberg (6. Dez.) und hernach zu Frankfurt (21. Dez.) versammelten sich Mitglieder der verschiedensten deutschen Landtage und erklärten, durch den Tod Friedrichs VII. sei die Verbindung der Herzogtümer gelöst; seine verletzte Ehre verpflichte das deutsche Volk, mit allen gesetzlichen Mitteln dahin zu wirken, daß das Recht des Herzogs von Augustenburg anerkannt werde, endlich erscheine die Errichtung eines deutschen Parlaments dringend notwendig. Auch einzelne Regierungen zögerten nicht, für die Forderungen der öffentlichen Meinung einzustehen. Maximilian II., König von Bayern, erklärte, aus Italien schleunigst zurückgekehrt, daß er die Erbansprüche des Herzogs von Augustenburg für rechtlich begründet erachte. Der Herzog von Coburg, die Großherzoge von Baden und Weimar thaten dasselbe; Würtemberg und Sachsen traten durch öffentliche Erklärung vom Londoner Protokoll zurück. Die Holsteiner selbst hatten sich alsbald für das Recht des Herzogs Friedrich ausgesprochen. Während nun die genannten Exekutionstruppen in Holstein einrückten, blieben preußische und österreichische Abteilungen, welche nachgeschickt waren, als Reserve in Hamburg und Lübeck zurück. Im Lande wurden die Bundestruppen überall mit dem größten Jubel aufgenommen, ja Herzog Friedrich erschien plötzlich in Kiel, ohne die Regierung in die Hand zu nehmen, ja nur zu beanspruchen, aber er nahm die Huldigung an. Als das neue Jahr (1864) anbrach, war alles Land bis an die Eider in den Händen der Bundestruppen, die dänischen waren ohne Schwertstreich gewichen. Indem die Bundeskommissäre gestatteten oder es wenigstens geschehen ließen, daß in den Städten und

Dörfern Friedrich als rechtmäßiger Herzog ausgerufen wurde, daß die Leute die dänischen Wappen herabrissen und die dänischen Beamten verjagten, hatte sich die Exekution von selbst in die Occupation verwandelt. Man mußte abwarten, was Preußen und Österreich, welche beide gegen die letztere gewesen waren, thun würden. Jetzt traten sie, die sich nach gemeinsamer Verabredung jeden Schritt vorbehalten hatten, mit Nachdruck auf den Plan. Am 11. Januar stellten sie wiederholt beim Bundestag den Antrag, Dänemark solle zur Aufhebung der Verfassung aufgefordert und im Falle der Ablehnung das Herzogtum Schleswig so lange vom Bund besetzt werden, bis diese Forderung erfüllt sei. Als nun der Bundestag wie vorauszusehen diesen Antrag verworfen hatte, gaben sie die gemeinsame Erklärung ab, daß „ihre besondere Stellung“ und die Dringlichkeit der Sache sie nötige, die Geltendmachung der Rechte des Bundes „in ihre eigenen Hände zu nehmen“. Der dagegen eingelegte Protest wurde nicht beachtet. Preußen und Österreich traten in die Aktion und der Bund mußte sich, ob er wollte oder nicht, dabei beruhigen.

Schon vor Ende des Monats Januar war das nachgerückte preußisch-österreichische Heer längs der Grenze Schleswigs aufgestellt. Der preußische Feldmarschall Wrangel erhielt über dasselbe den Oberbefehl, da das preußische Kontingent die Mehrzahl ausmachte. Dieses bestand nämlich aus 43,500 Mann mit 110 Kanonen unter dem Befehl des Prinzen Friedrich Karl, während die österreichische Abteilung mit 28,500 Mann und 48 Kanonen von dem Feldmarschalllieutnant von Gablenz kommandiert wurde. Wrangel fragte bei dem Führer der dänischen Truppen (30000 Mann) de Meza an, ob er gutwillig Schleswig räumen wolle, und als dies verneint wurde, überschritten die deutschen Truppen am 1. Februar die Grenzen. Die Lage der Dänen war keine günstige. Ihre Hoffnungen auf Allianzen, zunächst von Seiten Schwedens, gingen nicht in Erfüllung. Obwohl die Regierung dieses Staates ziemlich weitgehende Versprechungen gemacht hatte, so sah sie sich doch nicht in der Lage dieselben zu erfüllen, und zwar aus zwei Gründen, nämlich weil das schwedische Volk nicht die geringste Lust zeigte, für die sehr zweifelhafte Sache der Dänen Opfer zu bringen, und dann aus Rücksicht auf die knappen Geldmittel des Staates. Auch England that nichts Wirksames; denn seine geschäftige diplomatische Thätigkeit im Interesse Dänemarks erreichte schon deshalb nichts, weil man nach alter Praxis in England an kein materielles Opfer dachte, und wohlweislich hatten die verbündeten Mächte in London erklärt, daß man nicht die Absicht hege, „das Prinzip der Integrität zu verletzen“.

Unter diesen Umständen blieb dem dänischen Heere nichts übrig, als den Versuch zu machen, ob es nicht hinter den beiden großen Verschanzungslinien, dem Danewerk und, wenn dieses verloren ginge, hinter den Düppeler Schanzen den Angriff der überlegenen Feinde abschlagen könne. Das Danewerk bildete in Verbindung mit der Eider und dem Meerbusen der Schlei von Meer zu Meer eine sehr starke Verteidigungslinie des Landes, die noch dazu seit einem Jahrzehnt besonders zwischen Rendsburg und Schleswig in Vorahnung der kommenden Dinge mit einem großen Kostenaufwand fast uneinnehmbar gemacht worden war. Allein diese 11 Meilen lange Linie erforderte, um auf jeden Punkt die nötige Mannschaft stellen zu können, eine Armee von der doppelten Stärke, als sie die dänische besaß. Trotzdem setzte man in Dänemark alles Vertrauen auf dies alte Bollwerk. Nur zu bald mußte man erfahren, wie sehr man sich hierin verrechnet hatte. Die Preußen voll Kriegslust besetzten unter ihrem ritterlichen jungen Führer, dem Prinzen Friedrich Karl, am 1. Februar Eckernförde, drängten die Dänen am folgenden Tag bis hinter Missunde zurück und setzten bei Arnis auf einer fliegenden Brücke über die Schlei, während die Österreicher von Rendsburg aus sich nach heftigen Kämpfen bei Lottorf, Jagel, Oberselk und dem Königsberg bis an das Danewerk vorschoben. Man stand also in kurzem vor dem Sturm auf das Danewerk. Gelang er — und daran war nicht zu zweifeln —, so lief die gesamte dänische Armee Gefahr, aufgerieben oder gefangen genommen zu werden. Darüber war sich der dänische Befehlshaber de Meza klar. Als er aus diesem Grunde einen Kriegsrat seiner Generäle abhielt, sprachen sich mit einer einzigen Ausnahme alle Stimmen dahin aus, daß man das Danewerk räumen, den größten Teil Schleswigs preisgeben und sich auf die Düppeler Schanzen und die Insel Alsen zurückziehen müsse, um die Armee dem Vaterland zu erhalten. Nicht ohne Geschick wurde der Rückzug vollzogen: am 5. Februar vorbereitet, wurde er am 6. und in der vorhergehenden Nacht in solcher Stille vollzogen, daß die Feinde nichts davon merkten. Wie die Verfolgung begann, war es nicht mehr möglich, den abziehenden Dänen wesentlichen Abbruch zu thun. Nur die Nachhut bei Oeversee einzuholen, gelang österreichischen Husaren: auf beiden Seiten wurde in diesem Gefecht mit großer Tapferkeit und großen Verlusten gekämpft, bis es bei eintretender Dunkelheit nachrückenden österreichischen Truppen gelang, den Sieg zu gewinnen. Am 7. Februar wurde Flensburg besetzt, während die Dänen bereits die Düppeler Schanzen erreicht hatten. Als wenig Tage darauf Prinz Friedrich Karl bis zu den Schanzen vorrückte, erkannte er sofort, daß dieselben nicht ohne große

Festungsgeschütze genommen werden könnten. Da man dieselben aber erst aus weiter Ferne herbeischaffen mußte, trat in dem bis jetzt überraschend schnell gelungenen Kriegszug eine Pause ein, welche man preußischerseits noch dazu benutzte, Kolding, die erste Stadt Jütlands, zu besetzen.

Was schon geschehen war, verfehlte nicht, weithin zu wirken. In Deutschland freute man sich zwar der errungenen Siege, aber diese Freude wurde beeinträchtigt durch das Mißtrauen in die endlichen Absichten der beiden Großmächte. In Dänemark aber, vorzüglich in Kopenhagen, brach ein Sturm der Entrüstung los, welchem der Oberbefehlshaber de Meza zum Opfer fiel, indem er augenblicklich seiner Stelle enthoben wurde. Um ihrer Existenz willen konnten weder die Regierung noch der König daran denken, den voraussichtlich nutzlosen Widerstand aufzugeben. Der Krieg mußte um jeden Preis fortgesetzt werden; — so verlangte es der haßerfüllte Volkswille. Der Minister des Auswärtigen erklärte in einer Zirkulardepesche dem gesamten Europa am 12. Februar: „Vor der Occupation von Schleswig hätten wir mit Deutschland Frieden schließen können; nach diesem Ereignis bleibt der Regierung des Königs nur ein Weg übrig: den Krieg fortzusetzen bis zur Wiederherstellung der alten Ordnung der Dinge in Schleswig und bis dieses Herzogtum wieder unter die Autorität des Königs zurückgekehrt ist". Diese Hartnäckigkeit hatte wenigstens das Gute, daß die beiden Großmächte, falls sie wirklich anfangs das vorgehabt hatten, sich von der Unhaltbarkeit des Londoner Protokolls — Personalunion der Herzogtümer mit Dänemark — überzeugten. Freilich andrerseits stieg in Deutschland und am meisten im Süden die Furcht, daß das unzweideutige Recht verletzt, die Herzogtümer ihrem rechtmäßigen Herzog entfremdet und annektiert werden möchten. Insbesondere wurde König Maximilian von Bayern von eindringlichen Adressen bestürmt, mit Waffengewalt dem verletzten Recht des deutschen Bundes beizuspringen. Unter den Seelenkämpfen, welche diese Zumutung wie die ganze Situation dem kranken vortrefflichen Fürsten verursachten, brach er zusammen; er starb am 10. März.

Mit außerordentlicher Rührigkeit wurden die Vorbereitungsarbeiten für einen Sturm auf die Düppeler Schanzen während der zweiten Hälfte des Monats Februar und den Monat März hindurch betrieben und die schweren Belagerungsgeschütze aus Preußen herbeigeschafft. Daneben säumte man nicht, ringsherum Boden zu gewinnen und den Erfolg der Belagerung dadurch zu sichern. Die Besetzung der jütländischen Stadt Kolding hatte in London große Entrüstung und selbst in Wien einige Unruhe hervorgerufen, aber indem das Berliner und Wiener Kabinet

sich aufs neue über ihre Politik verständigten und die Dänen den von England gemachten Vorschlag einer Konferenz in ihrem Reichsrat verwarfen, vermochte nichts den Gang der Ereignisse aufzuhalten. Im Gegenteil, man schritt jetzt offen zur vollständigen Besetzung von Jütland, schon um dadurch Repressalien für die Wegnahme deutscher Schiffe zu nehmen. Gablenz eroberte Veile und drängte den Gegner nach Horsens zurück, die Preußen schlugen die Dänen bei Gudsö und Heisekro und bombardierten zwei Tage lang (21. u. 22. März) das stark befestigte Fredericia. Da hiedurch die Übergabe nicht erreicht wurde, so erhielt Gablenz die Aufgabe, die Stadt einzuschließen, während das preußische Heer um die Düppeler Schanzen vereinigt wurde. Hier hatte man, um vom Süden und Norden zugleich angreifen zu können, über den Ekensund eine Brücke geschlagen und die Halbinsel Broacker besetzt. Aber auch die Dänen unterließen nichts, die Schanzen durch neue Anlagen zu einer unbezwinglichen Festung zu machen und den Feind auf alle Weise, hauptsächlich auch durch ihr mächtiges Kriegsschiff „Rolf Krake“, in den Arbeiten zu stören. Es war eine harte Zeit für die Belagerungsarmee, die Ungunst der Witterung erzeugte Krankheiten und vermehrte die Beschwerden des anstrengenden Dienstes. Trotzdem verloren die Preußen den Mut nicht. Es gelang einer Abteilung derselben, auf der Insel Fehmarn zu landen und die dänische Strandwache gefangen zu nehmen. Die preußischen Strandbatterieen trieben den „Rolf Krake“ und andere dänische Kriegsschiffe in die Flucht; das Städtchen Sonderburg auf Alsen, in welchem große Kriegsvorräte und ein Pulvermagazin sich befanden, wurde beschossen und in Brand gesetzt. Am 28. März aber begann der Sturm auf die Düppeler Schanzen und schon am 29. März wurde die erste Parallele eröffnet. Unter den heftigsten Kämpfen setzte man drei Wochen lang den Sturm fort und sicherte jeden Schritt gewonnenen Bodens durch Parallelen in der Richtung vom Wenning-Bond zur Sonderburger Landstraße; am 11. April zog man die zweite, am 18. April die dritte. Jetzt standen die Preußen unmittelbar vor den sechs stärksten Schanzen. Am 18. April wurde auf sie mit stürmender Hand der Angriff unternommen. Trotz der tapfersten Gegenwehr konnten die Dänen sich nicht halten; die Schanzen wurden genommen und die Dänen mit schweren Verlusten nach Sonderburg auf Alsen zurückgeworfen. Es war ein herrlicher Sieg für die deutsche Waffenehre vor dem ganzen Europa erfochten; aber er kostete auch blutige Opfer: 1200 Preußen lagen tot oder schwerverwundet in den Laufgräben, unter ihnen 70 Offiziere. Mit Erstaunen vernahm man die Wunder der Tapferkeit, welche verrichtet worden waren. Die einzelnen Abteilungen hatten um die Ehre gelost,

in den Sturmkolonnen die ersten zu sein. Der westfälische Landwehrmann Klinke hatte an die Pallisaden, die ein unüberwindliches Hindernis darboten, ein Pulverfaß herangeschleppt, dasselbe angezündet, dadurch weithin eine Bresche eröffnet und einem antiken Helden gleich sich selbst geopfert. „Ein Sieg in des Wortes vollster Bedeutung war es, der vor Düppel errungen wurde."

Mit der Eroberung der Düppeler Schanzen war das Schicksal des Krieges besiegelt. Wrangel erhielt nun den Befehl, Jütland vollständig zu besetzen und die Festung Fredericia zur Übergabe zu zwingen. Schon am 28. April war die erste Aufgabe erfüllt und der Oberfeldherr legte der Provinz eine namhafte Kontribution für die seitens Dänemark über die deutschen Seehäfen verhängte Blokade und für die von dänischen Kreuzern weggenommenen deutschen Schiffe auf. Nirgends stieß man mehr auf Widerstand, ja in aller Stille räumten am 29. April die Dänen mit Hinterlassung eines beträchtlichen Theils ihres Geschützes die Festung Fredericia. Zu erwähnen ist noch, daß auch auf der hohen See zwei Gefechte vorfielen. Anfangs März hatte der preußische Kapitän Jachmann bei Rügen sich mit einem kleinen preußischen Geschwader rühmlich gegen die dänische Kriegsflotte gehalten und am 9. Mai wurden zwei österreichischen Schraubenfregatten in der Nähe der Insel Helgoland von den Dänen einiger Schaden zugefügt, woraus die Engländer alsbald einen „dänischen Sieg" machten. An die Stelle der kriegerischen Aktion trat nun wieder die Thätigkeit der Diplomatie.

Den Bemühungen Englands war es endlich gelungen, die Unterzeichner des Londoner Protokolls, die kriegführenden Parteien und sogar den deutschen Bund zur Beschickung einer Konferenz in London zu vermögen, um „dem Norden Europas die Segnungen des Friedens wiederzubringen". Am 25. April wurden die Sitzungen eröffnet, den deutschen Bund vertrat der sächsische Minister v. Beust. Schon der Anfang versprach wenig Gutes; man brauchte mehrere Sitzungen, nur um einen vierwöchentlichen Waffenstillstand (12. Mai bis 12. Juni) zustande zu bringen. Dänemark, das im geheimen immer noch auf England baute, benahm sich trotz der Schläge, die es erhalten hatte, trotzig und unnachgiebig: es wollte in Bezug auf Schleswig nicht das geringste Zugeständnis machen; nicht einmal die von den beiden deutschen Großmächten noch einmal, aber kaum im Ernste vorgeschlagene Personalunion war Dänemark genehm. Aber von einer Personalunion wollte auch in Deutschland weder der Bund noch die öffentliche Meinung etwas wissen. Zahllose Proteste ließen sich allerorts gegen dieselbe „als eine rechtlose Gewaltthat und einen Verrat an den Interessen und der Ehre Deutschlands" vernehmen.

In den Herzogtümern selbst waren diese Proteste noch einmütiger und erregter; um keinen Preis wollten sie unter die dänische Herrschaft zurückkehren, sie verlangten ihren rechtmäßigen Herzog. Für ihn trat auch der Bundesvertreter v. Beust ein. Die beiden kriegführenden Mächte bestanden vor allem auf ihrem kriegsrechtlichen Erfolg, und schlugen vollständige Trennung der Herzogtümer Schleswig und Holstein von Dänemark und ihre Vereinigung zu einem Staat unter der Souveränität des Erbprinzen von Augustenburg vor. Auch die neutralen Mächte konnten sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß die thörichte Hartnäckigkeit Dänemarks diesen Ausgang der Sache herbeigeführt habe. Dazu verscherzte dasselbe dadurch auch jede Aussicht auf irgendwelche Unterstützung. Ein Vorschlag Englands, Schleswig (Schlei und Danewerk) zu teilen, wurde von den verbündeten Mächten zurückgewiesen, höchstens wollten sie für Lauenburg den nördlichsten, dänisch redenden Teil von Schleswig abgeben. Bald zeigte sich, daß man zu keiner Verständigung gelangen könne, und so sah sich die Konferenz gezwungen, ihre nutzlose Thätigkeit einzustellen. Am 25. Juni wurde sie aufgelöst. Noch einmal sollten die Waffen ihr entscheidendes Wort sprechen. Die Dänen gaben immer noch nicht die Hoffnung auf, daß es ihnen doch noch gelingen werde, einen Retter in ihrer Not zu gewinnen. Allein das englische Ministerium Palmerston-Russel ließ sich weder durch die Anstrengungen der Gemahlin des Prinzen von Wales, einer dänischen Prinzessin, noch durch die leidenschaftliche öffentliche Meinung zur Teilnahme an dem fremden Kriege bestimmen. Auch Napoleon III. blieb auf seiner Weigerung bestehen trotz des Drängens der französischen Kriegspartei und des englischen Ansinnens einer gemeinsamen Unterstützung Dänemarks durch Frankreich und England. Mit einer wahrhaft prophetischen Voraussicht über sein eigenes Schicksal, von der er sich freilich sechs Jahre später nicht mehr leiten ließ, erklärte er damals: „Ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland würde der unglücklichste und gewagteste aller Kriege sein, auf welchen das Kaiserreich sich einlassen könnte".

Am 29. Juni nahmen die Preußen die Operationen wieder auf: es sollte zunächst die Insel Alsen, wohin die dänische Hauptarmee unter General Steinmann sich zurückgezogen hatte, genommen werden. Der sorgfältig vorbereitete Übergang über den Alsensund wurde unter dem Oberkommando des Prinzen Friedrich Karl an Wrangels Stelle mit derselben tapfern Kühnheit ausgeführt wie der Sturm auf die Düppeler Schanzen. Der Versuch des Dampfers „Rolf Krake", den Übergang zu stören, mißlang vollständig, das Feuer der Dänen aus den Strandbatterien und den aufgeworfenen Schützengräben war ebenfalls nicht im-

stande, die Preußen von der Landung abzuhalten. Tapfer kämpfend gewannen sie Boden und rückten unter beständigen Kämpfen (bei Kjär bei Große Moose und Bagmoose, bei den Sonderburger Höhen) vor. Sonderburg wurde stürmend genommen und der Feind in der Richtung auf Hörup verfolgt. Die Dänen wichen nach der Halbinsel Kekenis zurück, wagten aber nicht, hier den Feind zu erwarten, sondern setzten nach der Insel Fünen über. Am 1. Juli war auch die geräumte Halbinsel in den Händen der Preußen.

Auch in Jütland erging es den dänischen Truppen nicht günstiger, sie bezifferten sich dort auf ungefähr 5000 Mann und standen unter dem General Hegermann-Lindencrone. General Gablenz hatte mit dem Prinzen Friedrich Karl in Hadersleben die nötigen Schritte verabredet; es sollte der Liimfjord zwischen Lögstör und der Ostmündung überschritten werden. Nach einem Gefecht bei Lundby (3. Juli) begann der Übergang am 10. Juli, den die Dänen nicht störten. Dagegen vermochten die vereinigten Österreicher und Preußen die Einschiffung in Frederikshavn auch nicht mehr zu verhindern; Vendsyssel gelangte in ihre Gewalt. In der Nähe des Leuchtturmes von Skagen, an der Nordspitze von Jütland, wurden am Strande zum Zeichen der Besitznahme von ganz Jütland eine preußische und eine österreichische Flagge aufgezogen. Zu gleicher Zeit rückte auch das österreichische Seegeschwader dem dänischen Seekapitän Hammer, dem „Tyrannen von Sylt", welcher die westfriesischen Inseln in seinem wütenden Deutschenhaß sehr gepeinigt hatte, in der Nordsee auf den Leib. Die Inseln Römö, Sylt, Amrum, Föhr wurden gewonnen und Hammer endlich gezwungen, sich samt seinen Schiffen und ihrer Bemannung in die Kriegsgefangenschaft der Österreicher zu ergeben. Auch in der Ostsee war es zu einem kurzen Seegefecht zwischen Dänen und Preußen bei Dornbusch gekommen, das ohne Folgen blieb.

Alle diese Umstände zusammengenommen: die schweren Niederlagen, der diplomatische Mißerfolg und die drohende Gefahr einer Belagerung der Hauptstadt brachten endlich auch in Kopenhagen einen andern Sinn hervor. Man sah ein, daß der unnachgiebige Trotz und Starrsinn zu nichts anderem als zum völligen Verderben führe. Zunächst entließ der König Christian IX. das Ministerium Monrad, welches durch seine Abweisung aller bisherigen Versöhnungsversuche das Land in dieses Unglück gestürzt hatte. Das neue Kabinet wandte sich jetzt unmittelbar an Österreich und Preußen, um durch gemeinsame Verhandlungen einen Waffenstillstand und den definitiven Frieden herbeizuführen. Diese fanden in Wien statt. Am 1. August waren die Präliminarien, am 30. Oktober

bereits der Friede selbst abgeschlossen; weder der deutsche Bund noch eine Vertretung der Elbherzogtümer waren zugelassen; die beiden verbündeten Großmächte hielten sich auf Grund des Kriegsrechts für befugt, allein über das Schicksal der strittigen Herzogtümer zu entscheiden. Besonders bestand bei der preußischen Regierung keine Neigung mehr, auf die durch ehrliche Waffenthaten errungene Oberhoheit über dieselben, selbst nicht zu gunsten des Augustenburgers, Verzicht zu leisten. Ihren Antrag auf der Londoner Konferenz vom 26. Mai sah sie infolge der damaligen Abweisung als dahingefallen und nicht weiter verbindlich an und machte bedeutende Anstrengungen, in Lauenburg, Holstein und Schleswig die Volksmeinung für eine Vereinigung mit Preußen zu begeistern. Groß war allerdings der Erfolg nicht. Österreich freilich ließ seine An- und Absichten über diesen Punkt noch nicht erkennen oder war sich selbst noch nicht darüber klar, was zu geschehen habe. Im Wiener Frieden verzichtete Dänemark auf alle seine Rechte zu gunsten von Österreich und Preußen (Art. 3). Mit Schleswig müssen alle zu diesem Herzogtum gehörigen Inseln abgetreten (Art. 4) und die genau vorgezeichnete Grenzlinie (Art. 5) durch eine von den Vertragsmächten ernannte Kommission hergestellt werden (Art. 6). Von der dänischen Staatsschuld werden 29 Millionen Thaler auf die Herzogtümer übernommen (Art. 8). Die Kriegskosten hat Dänemark an Preußen und Österreich zu erstatten (Art. 12). Über das endgültige Schicksal der Herzogtümer geschieht keine Erwähnung. Preußen aber suchte nach dem Friedensschluß die „gegenstandslos" gewordene Besetzung durch die Truppen des deutschen Bundes zu beseitigen. Wenn Österreich eines Sinnes in der Herrschaftsfrage mit Preußen gewesen wäre, so hätte dies rasch geschehen können; allein dies war nicht der Fall. Preußen ließ nun seinerseits offen seine Absicht merken, daß es, wenn nötig, die Bundestruppen, mit denen es schon da und dort, z. B. in Rendsburg zu Reibungen gekommen war, mit Gewalt aus den Herzogtümern vertreiben werde. In Frankfurt stieg darüber wie über den Wortlaut des Wiener Friedensvertrages die Erbitterung auf das höchste. Oldenburg überreichte dem Bunde seine genau begründeten Ansprüche auf Schleswig-Holstein, der Herzog Friedrich von Augustenburg erhärtete und ergänzte die seinigen in einer neuen Schrift. Der 36er Ausschuß der deutschen Schleswig-Holstein-Vereine nannte in einem Rundschreiben (13. Nov.) das Verfahren ein solches, „welches die Willkür und Vergewaltigung Dänemarks nur beseitigt zu haben scheint, um die Willkür und Vergewaltigung unserer Großmächte an die Stelle zu setzen". Preußen kümmerte sich um diese Schritte und Proteste nichts, sondern besetzte die Etappenstraßen durch die Herzogtümer und verlangte am

29. November kurz und gut von Sachsen und Hannover, sie sollten „sofort und ohne Dazwischenkunft der Bundesversammlung ihre Truppen und ihre Kommissäre zurückziehen". Hannover war sogleich bereit nachzugeben, in Sachsen war man einen Augenblick zu kriegerischer Abwehr der Gewaltthat entschlossen. Da zog der Bund die Sache vor sein Forum und die Großmächte legten den Friedensvertrag mit Dänemark vor. Bei den Verhandlungen zeigte sich alsbald die gegen Preußen, das zu keiner Nachgiebigkeit bereit war, bestehende Erbitterung, und nur durch die Vermittelung Österreichs wurde ein Konflikt vermieden, zugleich von derselben Großmacht auch die Anerkennung des Herzogs Friedrich vorgeschlagen (5. Dez.). Während nun der Bund seine Truppen und Kommissäre aus dem besetzten Gebiet abberief, richtete Preußen in aller Form seine Regierung in den Elbherzogtümern ein und Oesterreich ließ sich ins Schlepptau nehmen. In der Bevölkerung herrschte ein tiefes Mißtrauen besonders gegen Preußen, das aber im berechtigten Stolz auf seine Waffenthaten und das dadurch in ganz Europa erhöhte Ansehen seiner Macht auf seinem Entschlusse fest beharrte und ruhig die Zeit abwartete, wo man in der Annexion die beste Lösung der schleswig-holsteinischen Frage erblicken würde. In Preußen selbst vollzog sich dieser Umschlag der öffentlichen Meinung auffallend rasch. Vorerst bestand ein „Condominat", die Doppelherrschaft der beiden Großmächte in den Herzogtümern. Beim hellen Lichte besehen führte freilich Preußen allein die Zügel und Bismarck hatte es meisterhaft zuwege gebracht, Österreich selbst gegen seine Interessen zu führen, wohin er nur wollte. Die Schmach von Olmütz war gesühnt, das Verhältnis beider Staaten zu einander thatsächlich umgekehrt.

2. Kapitel. Die beiden deutschen Großmächte Österreich und Preußen in ihrem gegenseitigen Verhältnis zu den eroberten Herzogtümern und zum deutschen Bund.

1. Abermalige Verweigerung der Mittel für die Heeresreorganisation seitens der preußischen Abgeordnetenkammer. Ihre Auflösung. Forderungen Bismarcks in Bezug auf die Herzogtümer. Verwickelungen in Österreich. Bismarcks Haltung. Der Ministerrat in Regensburg. Der Vertrag von Gastein. Protest gegen denselben. Unvereinbare Ansprüche.

Der neu errungene Waffenruhm weckte überall in Preußen stolze Begeisterung. Auch die immer klarer zu Tage tretende Absicht der Regierung, sich weder durch rechtliche Deduktionen und Beweise, noch durch den Druck der öffentlichen Meinung von dem durch Krieg und blutige

Opfer erstrittenen Recht auf die Nordmarken Deutschlands abdrängen zu lassen, fand bald fast allgemeine Zustimmung im Lande. So durfte die Regierung hoffen, daß der neue im Januar einberufene Landtag sich mit dem Ministerium Bismarck auf einen besseren Fuß stellen und jedenfalls der Armeereorganisation, die sich soeben vorzüglich bewährt hatte, nicht länger seine Zustimmung versagen werde. Die Thronrede, womit der König den Landtag am 14. Januar 1865 eröffnete, gab dieser Erwartung einen durch den Hinweis auf die kriegerischen Erfolge und die „berechtigten Forderungen" wohlbegründeten Ausdruck, nämlich daß „der Gegensatz, welcher in den letzten Jahren zwischen Regierung und Volksvertretung obgewaltet, seine Ausgleichung finde". Allein in dieser Hoffnung täuschte man sich. Der Haß der Mehrheit des Abgeordnetenhauses gegen das Bismarck'sche „Junkerregiment" war so groß, daß trotz der Siege die Ausgaben für die Heeresreorganisation wiederum nicht bewilligt und ebenso die Regierungsvorlage für die Marine, in welcher besonders für die Erwerbung des Kieler Hafens eine bedeutende Summe verlangt war, abgelehnt wurde. Die Regierung ihrerseits blieb ebenfalls unbewegt auf ihren Forderungen bestehen, unterstützt wie früher vom Herrenhaus, und löste den hartnäckigen Landtag am 17. Juni 1865 mit dem schweren Vorwurf auf, daß er seine Aufgabe nicht begriffen habe. Das Wohl des Vaterlandes sei nicht das oberste Gesetz und die höchste Richtschnur für alle Parteien gewesen. Dem Lande wäre nicht damit gedient, wenn seine Vertreter die Hand nach Rechten ausstrecken, die ihre gesetzliche Stellung im Verfassungsleben ihnen versage. Dem Herrenhaus wurde der ausdrückliche Dank des Königs ausgesprochen. Deshalb führte nun nach der Ansicht von der „Lücke" in der Verfassung die Regierung den Staatshaushalt wie bisher auf eigene Faust und Verantwortung weiter. Auch in der Frage nach dem legitimen Herrn der eroberten Herzogtümer beharrte trotz aller Schwierigkeiten das Ministerium auf dem eingeschlagenen Weg. Den einstimmigen Gutachten vieler deutschen juristischen Fakultäten zu gunsten des Augustenburgers setzte man das gegenteilige Gutachten der preußischen Kronjuristen entgegen. Aber Österreich wollte von einer preußischen Annexion der Herzogtümer nichts wissen, insonderheit seit der Zeit, als der willfährige Graf Rechberg dem hartnäckigeren Grafen Mensdorff als Minister hatte weichen müssen. So mußte denn Bismarck, dessen Schritte in dieser Richtung in Wien vergeblich gewesen waren, sich entschließen, dem Wiener Kabinet gegenüber seine Forderungen zu formulieren. Er that dies in einer Depesche vom 22. Februar 1865. Zunächst verlangte er, daß der neue Staat ein festes und unauflösliches Bündnis mit Preußen eingehen müsse, ferner

forderte er eine organische Verschmelzung des Heeres zu Wasser und zu Land mit dem preußischen, den Beitritt der Herzogtümer zum Zollverein, die preußische Oberaufsicht über den Nord-Ostseekanal, die Vereinigung des Post- und Telegraphenwesens mit dem preußischen. So lange diese Einrichtungen nicht in allen wesentlichen Stücken ausgeführt seien, habe selbstverständlich „die gegenwärtige Besetzung der Herzogtümer" fortzudauern. Zweifellos wäre diese Staatseinrichtung, wenn ihr Österreich seine Zustimmung gegeben hätte, von der völligen Annexion nicht weit entfernt gewesen. Österreichischerseits erklärte man, man sei bereit, Preußen jedes dem Bundesrecht angemessene Zugeständnis zu machen, aber auf diese Forderungen könne man nicht eingehen. Da dieser Schritt also gescheitert war und weitere Verhandlungen ausgeschlossen erschienen, so blieb Bismarck bei seinem Entschluß, die Erwerbung als das letzte und definitive Ziel ins Auge zu fassen. Am 24. März wurde die Verlegung der Flottenstation von Danzig nach Kiel verfügt; weitere Schritte wurden in Erwägung gezogen, hatten aber wegen der Weigerung Österreichs kein Resultat.

In Österreich hatte das Ministerium schwere Kämpfe im Abgeordnetenhause zu bestehen. Schmerling, welcher glaubte, nach Bismarcks Muster vorgehen zu können, wurde gezwungen, der verrotteten Schuldenwirtschaft durch Annahme bedeutender Abstriche am Budget ein Ende zu machen, falls er die Februarverfassung (von 1861) retten wollte. Allein gerade sie hatte mächtige Gegner, die den Kaiser zum Ausgleich mit den Ungarn zu bestimmen verstanden und dadurch dem Ministerium die Lebenswurzeln abschnitten. Schmerling und mit ihm das bei den Hofaristokraten wie den antideutschen Nationalitäten wenig beliebte Bürgerministerium nahm seine Entlassung. Es drohte eine förmliche Staatskrisis hereinzubrechen: erst nach langem Zaudern berief der Kaiser das Dreigrafen-Ministerium (Belcredi, Larisch, Mensdorff), welches an die Stelle der Reichseinheit das Prinzip der nationalen Trennung und Staatsauflösung setzte. Österreich ging dadurch bedenklichen innern Verwickelungen entgegen. Am 20. September wurde thatsächlich die Februarverfassung aufgehoben und dadurch dem deutschen Wesen im Kaiserstaat eine unheilvolle Wunde geschlagen, denn das Hauptgewicht bei der innern Entwickelung wurde auf diese Weise dem deutschen Element entzogen, in die nichtdeutschen Einzellandtage hinausgetragen und so in der That, wie einst Bismarck geraten hatte, der Schwerpunkt der Politik von Wien nach Ofen verlegt. Dessenungeachtet zeigten sich die Ungarn nichts weniger als bereitwillig; die Regierung mußte, bevor sie ein Entgegenkommen an den Tag legten, die „Rechtskontinuität" und

die Gültigkeit der Gesetze vom Jahre 1848 anerkennen, d. h. also mit der Revolution paktieren.

Diese Wirren kannte und benutzte bei der beharrlichen österreichischen Weigerung, Preußen nur das geringste Entgegenkommen zu zeigen, Bismarck: er wußte, daß Österreich vorerst nicht in der Lage war, einen neuen Krieg zu politischen Zwecken anzufangen. Von Karlsbad aus, wo er zur Kur verweilte, klagte der König Wilhelm in Wien über die schlimmen Zustände in Holstein, über die Umtriebe der dortigen Presse und Vereine und die Konnivenz des österreichischen Kommissärs; solche Zustände könne Preußen nicht länger dulden. Bismarck ließ sich gleichzeitig laut vernehmen, so gegenüber dem französischen Gesandten in Wien, Herzog v. Grammont, daß er unter den gegebenen Verhältnissen einen Krieg mit Österreich wünsche, um Preußen die ihm gebührende Hoheitsstellung in Deutschland zu erkämpfen. Auf dem jetzigen provisorischen Stand konnte man die Dinge nicht bestehen lassen. Am 21. Juli fand in Regensburg unter dem Vorsitz des Königs eine Beratung sämtlicher preußischer Minister statt, zu der auch die Gesandten am österreichischen und französischen Hof beigezogen wurden. Daß man dort selbst das Äußerste beschlossen hatte, beweist die Erklärung, welche Bismarck dem bayrischen Minister v. d. Pfordten bei ihrer Zusammenkunft in Salzburg gab, daß er den Krieg mit Österreich für unvermeidlich ansehe; Preußen erwarte von den deutschen Mittelstaaten strenge Neutralität und hoffe mit Österreich, das nicht gerüstet sei und die Mittel hierfür augenblicklich nicht besitze, ohne zu große Schwierigkeiten fertig zu werden. Die Nachricht hievon wie die am 26. Juli in Altona vorgenommene Verhaftung des Redakteurs May, der durch seine Thätigkeit als Ausschußmitglied der schleswig-holsteinischen Vereine längst den Zorn Bismarcks erregt hatte und nun in die Festung Rendsburg als Gefangener gebracht wurde, und die Ausweisung des liberalen preußischen Abgeordneten Freese aus Holstein riefen abermals laute Stimmen der Mißbilligung gegen das preußische Vorgehen in ganz Deutschland hervor, aber sie änderten nicht das Geringste an dieser zielbewußten Politik, welche wohl nur durch den König selbst insofern eine Eindämmung fand, als dieser kein Mittel unversucht lassen wollte, bevor man zur Gewalt greife. Österreich war in der That nicht in der Lage, jetzt in einen Krieg einzutreten, wie das Bismarck ganz richtig berechnet hatte, und mußte trotz inneren Widerstrebens dem Andrängen Preußens sich willfähriger zeigen, als ihm lieb war, denn auch Kaiser Franz haßte den Gedanken an einen Krieg. So kam es noch einmal zu einer Verständigung in der Gasteiner Konvention am 14. August. In derselben

wurde das Besitzrecht von Holstein auf den Kaiser von Österreich, das von Schleswig auf den König von Preußen allein übertragen. Kiel soll ein deutscher Bundeshafen unter preußischem Kommando werden, die Staatsschulden werden nach der Bevölkerungszahl von den vertragenden Mächten übernommen und Preußen sind zwei Verbindungsstraßen durch Holstein für den friedlichen und militärischen Verkehr gestattet. Lauenburg erhält Preußen gegen Zahlung von 2½ Millionen Thaler an Österreich. So war denn wenigstens die Annexion Schleswigs durchgesetzt, immerhin erst die Hälfte des Weges, aber doch ein entschiedener Fortschritt im Sinne der preußischen Absichten. Bismarck wurde zum Dank dafür von seinem König in den Grafenstand erhoben. In den Herzogtümern aber protestierten, unglücklich über die Zerreißung des Landes („up ewig ungedeelt"), die Betroffenen gegen diese neue Gewaltthat; daß man Lauenburg wie „eine Herde Vieh" um harte Thaler verschachert hatte, erregte aufs neue den Unwillen in ganz Deutschland. Der Erlanger Schleswig-Holstein-Verein, der rührigste von allen süddeutschen, nahm angesichts des Geschehenen seine Thätigkeit wieder auf und der 36er Ausschuß dieser Vereine berief auf den 1. Oktober eine allgemeine Versammlung nach Frankfurt a. M., wo mit großer Mehrheit beschlossen wurde, daß der Gasteiner Vertrag als Rechtsbruch von der Nation zu verwerfen und mit allen Mitteln dem dadurch geschaffenen Zustand, der auf das tiefste alle Rechtsordnung und Rechtssicherheit in Deutschland verletze, entgegenzuwirken sei. Man halte es auch bei diesem Anlasse für eine gebotene Pflicht, die Forderung eines deutschen Parlaments energisch zu wiederholen. Freilich stimmten diesem Beschlusse die preußischen Mitglieder der Versammlung nicht bei, und zum Beispiel Twesten schrieb ihr in völlig richtiger Vorausahnung der kommenden Dinge: „Es giebt keine Macht, die für Deutschland etwas leisten und wirken kann als Preußen", und nie werde sich im preußischen Abgeordnetenhaus eine Mehrheit finden, welche Beschlüssen zustimme, die gegen die Macht und Zukunft des preußischen Staates in die Schranken trete. Die Regierungen von Preußen und Österreich unterließen es ihrerseits nicht in Rücksicht auf die Versammlung vom 1. Oktober, dem Frankfurter Senat sehr energische Noten zuzuschicken. Man könne in Zukunft die Nachsicht gegen solche grundstürzende Bestrebungen nicht mehr dulden; der 36er Ausschuß sei nichts als ein in Permanenz erklärtes Organ der deutschen Revolutionspartei, hieß es darin. Man sieht daraus, wie sich die Kluft zwischen der öffentlichen Meinung in Deutschland und der durchaus nicht unerschütterlichen Politik der beiden Großmächte erweiterte. War es von ihnen ein Unrecht, die Schleswig-Holstein'schen Vereine und

ihre Vertreter als Revolutionäre öffentlich zu brandmarken, so fehlte sicherlich den Stimmführern in dieser Angelegenheit und in Sachen der Bundesreform das tiefere politische Verständnis, wie ehrenwert sie sonst waren. Ihre immer wiederholte Betonung des ausschließlichen Rechtes des Augustenburgers konnte in einem gewissen Sinne begriffen werden; allein so rechtswidrig waren die preußischen Einwände dagegen nicht. Preußen hatte sich ein Recht durch den Krieg erworben und fühlte mehr als jene Gefühlspolitiker seine neue Pflicht. Der bejubelte Herzog hätte Deutschland kaum aus seiner politischen traurigen Lage herauszureißen vermocht; ein neuer Kleinstaat, dazu an einer so wichtigen Grenze gelegen, würde im Gegenteil die Schwierigkeiten nur noch vermehrt haben, wenn es etwa aufs neue notwendig geworden wäre, die befreiten Herzogtümer gegen die Gelüste der Rückeroberung thatkräftig zu schützen. Die politischen Verhältnisse Deutschlands hatten sich zu einem gordischen Knoten verwickelt, der weder durch historische Rechtsdeduktionen, noch durch ein Flickwerk an dem deutschen Bund gelöst werden konnte. Es bedurfte dazu einer rücksichtslosen That, eines tiefen Schnittes in den kranken deutschen Staatenkörper. Wenn davon die Zeitgenossen im Drange der Thatsachen sich nicht überzeugen konnten, wenn von ihnen die Rücksichtslosigkeit, mit der Bismarck auftrat und auf sein richtiges Ziel lossteuerte, als Gewaltthat, als Rechtsverletzung bezeichnet wurde, so ist das wohl erklärlich. Der Gegensatz der politischen Parteimeinungen hatte sich mehr zugespitzt als je: man traute keinem konservativen Staatsmann, am wenigsten dem antiliberalen märkischen Junker eine gute Gesinnung gegen Volk und Volkswohl zu, wie andrerseits jedes Eintreten für die Volksrechte, jeder Tadel eines verdumpften und engherzigen Bureaukratismus als staatsgefährlich und revolutionär angesehen wurde. Es kann nicht geleugnet werden, daß ein starker demokratischer Zug die Gemüter von der Liebe zur Monarchie überhaupt wegwendete: der Gang der deutschen Geschichte seit den Befreiungskriegen hatte dies bewirkt. Es herrschte zwar der allgemeine Wunsch, daß die deutsche Nation wieder in einen besseren Stand versetzt, daß ihr gesunkenes Ansehen im Ausland wiederhergestellt und im Innern der erschütterte Bau voller Risse und Schäden wieder befestigt werden möchte, aber über die Mittel und Wege, wie dies geschehen solle, gingen die Meinungen außerordentlich auseinander, ein großer nationalpolitischer Gesichtspunkt fehlte den meisten, mochten sie auch sonst noch so kluge und ehrenhafte Männer sein. Die Leidensschule der Nation hatte die Gefühle stark erregt; mit Gefühlen aber lassen sich so schwerwiegende Fragen nicht lösen. Der Verlauf der Dinge hat gezeigt, daß nur eine entscheidende große That Wandel

schaffen könne, eine Operation auf Leben und Tod die einzige und letzte Aussicht auf die Möglichkeit einer Rettung gestatte. Mit mehr Einsicht und Klarheit als alle seine Zeitgenossen erkannte Bismarck, seitdem er preußischer Gesandter am deutschen Bunde in Frankfurt gewesen war, diese Notwendigkeit als den einzigen Ausweg und er begnügte sich nicht mit der theoretischen Erkenntnis; sein Entschluß war längst gefaßt; im schleswig-holsteinischen Krieg hatte er bereits den Anfang dazu gemacht: er wagte die That, eine unerhörte, blutige und rücksichtslose That, nicht wie ein gewissenloser Hazardspieler, sondern wie ein kluger Rechner, der seine Kräfte wohl zusammengezählt und die Einsätze seines Gegners genauer, wie dieser selbst, überschlagen hatte, ein Patriot, der weit hinausschaute auf die Zukunft und die lebensmögliche Gestaltung seiner Nation.

2. Die Wirkung des Gasteiner Vertrages. Unterschied der Verwaltung in den Herzogtümern. Spannung und drohendes Zerwürfnis. Thronrede und die ablehnende Haltung des preußischen Abgeordnetenhauses. Auflösung desselben. Bismarck und Italien. Österreichische Rüstungen. Die Mittelstaaten. Letzte Hoffnung auf Frieden. Rüstung auf allen Seiten. Preußischer Antrag beim Bund. Abrüstungsantrag bei demselben. Napoleon und die Franzosen. Napoleons Vorschlag eines europäischen Kongresses. Österreichs Einsprache. Gablenz' Abzug aus Holstein. Manteuffels Bekanntmachungen. Antrag Österreichs beim Bund und Abstimmung darüber. Preußische Erklärung. Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Ultimatum und Kriegserklärung in Norddeutschland. Österreichs Abschluß mit Bayern.

Der Gasteiner Vertrag war nur eine Vertagung der Streitfrage, ein Waffenstillstand, von dem es sich alsbald deutlich zeigte, daß er nicht zum Frieden, sondern zum Kriege führen werde. Preußen war entschlossen, auf den Besitz von Schleswig-Holstein um keinen Preis zu verzichten; der König und sein Minister waren auch in dieser Absicht durchaus einer Meinung. „Die Herzogtümer" — sagt das preußische Generalstabswerk über den 1866er Krieg — „lagen ganz in der Machtsphäre Preußens. Österreich konnte dort so wenig Fuß fassen, wie Preußen in Italien, wenn es z. B. gemeinsam mit Österreich Modena und Toskana erobert hätte. Der Ausweg einer Cession schien nicht unmöglich und wurde auch versucht. Kaiser Franz Joseph war indessen nicht geneigt, die Herzogtümer Schleswig und Holstein zu cediren, wenigstens nicht ohne anderweitige Landabtretung von Seiten Preußens, und da König Wilhelm von Haus aus und grundsätzlich sich auf das bestimmteste gegen jede Gebietsabtretung ausgesprochen hatte", so blieb der für die Dauer unhaltbare Zustand. Bismarck sah zugleich mit bewundernswerter Schärfe voraus, daß die Besitzergreifung der Elbherzog-

tümer der Punkt sei, von dem aus die lange verschleppte deutsche Frage gelöst werden könne und müsse. In dieser Hinsicht teilten wenige, eigentlich fast niemand in der Nation, seine Meinung; was sollte von ihm Gutes kommen? Selbst diejenigen Preußen — und ihre Zahl wuchs trotz der persönlichen Abneigung, der Bismarck im eigenen Lande ausgesetzt war, von Tag zu Tag —, welche die Annexion für notwendig erachteten, vermochten nicht einzusehen, wie dieser Schritt zum Heil führen solle: man fürchtete auch auf dieser Seite den Bruderkrieg und die daraus mit aller Wahrscheinlichkeit entstehenden europäischen Verwickelungen. Es war, so glaubte man, nicht anzunehmen, daß die europäischen Großmächte eine solche Verschiebung der Machtverhältnisse, diese Störung des berühmten europäischen Gleichgewichts, das lediglich auf der Zerrissenheit Deutschlands beruhte, ohne Einsprache geschehen lassen würden. Dazu war Österreich ein nicht zu verachtender Gegner, der trotz allem über reiche Hülfsmittel verfügte und, wenn es zum Treffen kam, auf den Beistand der weitaus größeren Anzahl der Mittelstaaten rechnen konnte. Zwar hatte Österreich in der schleswig-holsteinischen Frage den Bund, d. h. die Mittelstaaten, mit derselben Gleichgültigkeit, ja Verächtlichkeit behandelt als wie Preußen; aber man wußte doch, daß diese Behandlungsweise im letzten Grunde nicht von Österreich ausging, das zudem in dem gleichen Grade wieder Annäherungsversuche an den Bund machte, als es sich in der Verwaltungs- und Besitzergreifungsangelegenheit der Elbherzogtümer von Preußen entfernte.

Auch nach dem Gasteiner Vertrag, der Österreich die Verwaltung von Holstein allein überwies, wurde dieselbe in einem ganz andern Geiste geführt als die preußische in Schleswig. Warum sollte man nach der Beendigung des Provisoriums das Andenken rücksichtslosen Verfahrens hier im Norden zurücklassen, durch das man die Sympathie wegen der Verdienste verscherzen würde, die man sich durch die Befreiung der deutschen Nordmark vom dänischen Joche unleugbar erworben hatte? — so dachte man nicht ohne Grund österreichischerseits. Wer diese Herzogtümer dauernd besitzen werde, das hatte für Preußen ein ganz anderes Interesse als für seinen Bundesgenossen. Der österreichische Statthalter, Feldmarschall v. Gablenz, eine ritterliche und menschenfreundliche Erscheinung, sprach es auch nicht ohne einen bemerkenswerten Seitenblick offen aus, er möchte sich nicht der übeln Nachrede nach seinem Abgange aussetzen, als habe er „wie ein türkischer Pascha" regiert. Der preußische Gouverneur von Manteuffel fragte nach einem solchen Urteil nichts: er hielt die Vereine wie die Presse in der strengsten Zucht, vereitelte alle volkstümlichen Erklärungen zu gunsten des Augustenburgers, ja brand-

markte sie als „hochverräterische“ Versuche. In Holstein dagegen betrachtete man die von der öffentlichen Meinung immer wieder aufgegriffene Diskussion über das endgültige Schicksal des Landes als etwas ganz Natürliches, wogegen einzuschreiten kein Grund vorlag. Ja, als im Januar 1866 eine feierliche Landesversammlung nach Altona einberufen war und nicht nur sehr zahlreich aus den Herzogtümern, sondern auch von einigen süddeutschen Stimmführern besucht wurde zu dem Zwecke, die Zusammenberufung einer die schwebenden Angelegenheiten zu Recht ordnenden Ständeversammlung zu veranlassen, da gab nach einigem Schwanken und Bedenken der österreichische Statthalter die Erlaubnis, die Versammlung abzuhalten. Die preußische Regierung aber wollte diese Nachsicht, aus der für sie allerdings manche Schwierigkeiten entstanden, nicht länger ertragen. Deshalb richtete Bismarck am 26. Januar eine bedeutungsvolle Depesche nach Wien, in welcher das österreichische Regierungssystem in Holstein einschneidend kritisiert und als eine Stütze des revolutionären Geistes, den zu bekämpfen beide Großmächte die Pflicht übernommen hätten, hingestellt wurde. Am Schlusse vollends wurde ohne Umschweif mit dem Bruch der Allianz gedroht, falls Österreich seine Politik zu ändern nicht geneigt wäre. Aber Graf Mensdorff ließ sich dadurch nicht bestimmen, auf das preußische Ansinnen einzugehen. Am 7. Februar sprach er die Weigerung, eine Annexion der Herzogtümer zuzugeben, ganz bestimmt aus selbst auf die Gefahr eines völligen Zerwürfnisses hin. Und thatsächlich betrachtete Bismarck von nun an die Allianz als aufgelöst. Die weitgehenden Folgen dieses noch nicht offen ausgesprochenen Bruches waren dem preußischen Minister überaus klar und stellten ihm Aufgaben, von denen noch nicht vorauszusehen war, ob er die Kraft besäße, sie alle zu bewältigen; desto, man darf sagen, übermenschlicher waren seine Anstrengungen, die zugleich von einer staatsmännischen Klugheit und Überlegung begleitet waren, wie sie die Welt selten zu bewundern die Gelegenheit hatte. Zunächst war im eigenen Hause in Preußen noch keineswegs der Friede hergestellt: der Verfassungskonflikt dauerte noch fort und das Abgeordnetenhaus wich keinen Zoll breit von der Wahrung dessen zurück, was es als sein Recht ansah. Außerdem wollte die breite Masse der Bevölkerung durchaus nichts von einem Kriege wissen, der abgesehen von den mit der allgemeinen Wehrpflicht verbundenen ungeheuren Opfern und schwersten Schädigungen der vitalsten Interessen in ganz Deutschland als ein unsittlicher, rechtloser Bruderkrieg schon im voraus verdammt wurde. Es war ferner die Annahme ausgeschlossen, daß Österreich ohne Bundesgenossen in den Krieg gehen werde, wenigstens durfte es auf die Mehrzahl der Mittelstaaten mit

Sicherheit rechnen, falls es ihm gelang, den deutschen Bund völlig auf seine Seite herüberzuziehen. Am verwickeltsten aber konnte sich die Stellung der europäischen Großstaaten gestalten, wenn sie sich, wie sie es zum Teil von alter Übung her gewohnt waren, bemüssigt sahen, in die deutschen Angelegenheiten ein Wort darein zu reden: das galt in erster Linie von Frankreich und Rußland, dann vielleicht auch von England. Wir werden in Kürze den Verlauf dieser Dinge zu verfolgen haben.

Am 15. Januar wurde durch eine Thronrede, die nicht vom König, sondern von Bismarck verlesen wurde, die Sitzung des preußischen Landtags eröffnet. In derselben wurde des bestehenden Konflikts wegen der Heeresorganisation Erwähnung gethan, aber eine Wiederholung der Vorlagen nicht in Aussicht gestellt, da hiebei „für jetzt ein ersprießliches Resultat" nicht zu erwarten sei. Die Erwerbung von Lauenburg wurde dem Landtage angezeigt und von der Zukunft der Elbherzogtümer gesagt, daß die schließliche Entscheidung „nur in einer den deutschen National-interessen und den berechtigten Ansprüchen Preußens entsprechenden Weise erfolgen werde": bis dahin werde man das Pfand in Händen behalten. Weiter wurde eine Vorlage über den Nord-Ostseekanal angekündigt. Bei einer leidenschaftslosen Prüfung gäbe es der Zwecke und Ziele genug, „in denen alle Parteien sich eins wissen". Allein im Abgeordnetenhaus konnte eine friedliche Gesinnung die Oberhand nicht gewinnen; daß im vergangenen Jahre zwei Abgeordnete (Twesten und Frentzel) wegen Äußerungen, die sie im Landtag gethan hatten, in Anklagestand versetzt worden waren, erbitterte umsomehr, als sich jetzt das Obertribunal an-schickte, das durch zwei Instanzen erfolgte freisprechende Urteil zu kassieren, ja am 29. Januar es wirklich aufhob. Kein Wunder also, daß der Abgeordnete Grabow schon bei der erneuten Übernahme des Präsidiums bekannte: „Das in letzter Session aufgerollte Bild über die innere Lage des Staates hat sich seitdem noch mehr verfinstert" und daß er alle Beschwerdepunkte des Abgeordnetenhauses gegen die Regierung in scharfer Sprache der Reihe nach aufzählte. So begannen die alten Kämpfe wieder. Zunächst erklärte eine große Majorität am 3. Februar „die Vereinigung des Herzogtums Lauenburg mit der Krone Preußen für rechtsungültig, solange nicht die verfassungsmäßige Zustimmung beider Häuser erfolgt sei". Nach gereizter Debatte am 9. und 10. Februar wurde ferner mit fast demselben Stimmenverhältnis die gerichtliche Ver-folgung der Abgeordneten Twesten und Frentzel als eine Verfassungs-verletzung verdammt und dagegen Protest eingelegt, ingleichen das Ver-bot, welches im vorigen Jahre die Regierung gegen ein in Köln beab-sichtigt gewesenes Abgeordnetenfest erlassen hatte, für gesetzwidrig erklärt.

Die Regierung aber gab durchaus nicht nach, sondern wies die erhobenen Beschlüsse als Überschreitung der dem Abgeordnetenhause zustehenden Rechte zurück. Als nun vollends jede Aussicht geschwunden war, daß die für die Armee und die Marine geforderten Mehrkosten — für das Jahr 1866 — bewilligt werden würden, wurde der Landtag am 23. Februar plötzlich geschlossen. In der Thronrede wurde demselben sein ganzes Sündenregister vorgehalten: von der herausfordernden Antrittsrede des Präsidenten an bis zu dem Protest gegen die Entscheidung des Obertribunals. Unter diesen Umständen sei die Besorgnis nicht zu heben gewesen, daß „das Land ernsteren Zerwürfnissen entgegengeführt und eine Ausgleichung der bestehenden auch für die Zukunft erschwert werden würde". In größter Erbitterung ging das Haus auseinander; nur die sog. Feudalen und die Katholiken — unerhört in Preußen — stimmten in das Hoch auf den König ein. Im Lande fuhr die Regierung fort, jede Regung und Äußerung, die gegen ihr Verfahren sich richtete, mit Strenge niederzuhalten, aber gerade dadurch wurden, man kann sagen in Masse, regierungsfeindliche Demonstrationen hervorgerufen. Es sah also schlimm genug im Innern des Landes aus.

Gegen Österreich aber spitzten sich die Dinge immer mehr zu. Als bekannt wurde, daß in Berlin am 28. Februar ein großer Ministerrat, zu welchem verschiedene Generale und der Gesandte in Paris beigezogen worden waren, unter dem Vorsitze des Königs selbst stattgefunden habe, antwortete man in Wien mit der Abhaltung eines Marschallrates am 7. März, an welchem auch der Befehlshaber in Italien, Benedek, teilnahm. Bald darauf gewahrte man die Verladung ungarischer Truppen nach Böhmen und Rüstungen in Sachsen und machte in preußischen Zeitungen darauf aufmerksam. Geräuschlos aber begann Bismarck mit dem jungen Königreich Italien Unterhandlungen anzuknüpfen und führte zunächst einen Handelsvertrag herbei, den er zwischen dem Zollverein und jenem Lande durchzusetzen wußte: dies war nicht ohne Druck geschehen, denn an vielen Orten war man auf die „revolutionäre" italienische Regierung nichts weniger als gut zu sprechen. Sehr viel war von Italien nicht zu holen, da ihm seine finanzielle Not keinen großen Aufwand gestattete. Dennoch brachte Bismarck es bei den italienischen Staatsmännern dahin, daß sie ihre Armee, soweit es bei den vorhandenen Mitteln ging, in Bereitschaft stellten, um, falls zwischen Österreich und Preußen ein Krieg ausbrach, einen Angriff auf Venetien zu machen. Das förmliche italienisch-preußische Bündnis wurde erst am 8. April abgeschlossen. Der General und Staatsmann La Marmora hätte am liebsten nur Vorteile, keine Pflichten übernommen.

Diese Gefahr zwang Österreich nicht blos zur angestrengtesten Thätigkeit sich selbst zu rüsten, sondern auch sich Bundesgenossen zu suchen und vor allem die in Frankfurt verlorenen Sympathieen wiederzugewinnen. Vorerst versprach es den deutschen Mittel- und Kleinstaaten in vertraulichen Noten, dem Bunde die Entscheidung über die Elbherzogtümer anheimgeben zu wollen, freilich nicht ohne die Notwendigkeit der Mobilisierung der von ihnen zu stellenden vier Bundeskorps zu betonen. Auch Preußen sondierte das Lager der nämlichen Staaten (27. März), erhielt aber von keiner Seite eine zusagende Antwort: man verwies mehr oder minder deutlich auf den Bund. Infolge dieser nicht unbekannt gebliebenen Bemühungen trat noch einmal ein Depeschenwechsel zwischen den beiden Großmächten ein. Am 31. März verlangte Österreich unzweideutigen Aufschluß darüber, wessen es sich von Preußen zu versehen habe, da dem Kaiser nichts ferner liege als ein offensives Auftreten gegen Preußen, worauf von Berlin am 6. April entgegnet wurde, daß dem Könige „nichts ferner liege als ein Angriffskrieg gegen Österreich“. Diese Auseinandersetzung konnte nicht befriedigen und nichts ändern: schon der Ton deutete an, wieviel es geschlagen habe. Zwar muteten sich nun die beiden Gegner, denn als solche durfte man sie schon betrachten, die Abrüstung zu; aber keiner wollte dies zuerst thun. Am 18. April versprach endlich Österreich diesen Schritt, wenn Preußen am gleichen oder folgenden Tag sich ebenfalls dazu verstehe. Noch einmal schien es, als könne der Krieg durch diese Maßregel vermieden werden. Aber zum Unglück beging Österreich den Fehler — oder steckte, wie man in Berlin vermutete, eine bewußte Absicht dahinter? —, im nämlichen Augenblick offen sich für einen Krieg mit Italien zu rüsten, weil es angesichts der großen Kriegsvorbereitungen in Italien und bei den bekannten Absichten der Regierung auf Venetien österreichischerseits „eine unverzeihliche Verblendung sein würde, wenn man nicht die Pflicht ins Auge fassen würde, eine bewaffnete Invasion zurückzutreiben“. In Berlin war man nicht geneigt, in dieser Auffassung eine Abrüstung zu erblicken. Österreich, hieß es dort, müsse entweder Preußen und Italien gegenüber den völligen Friedensstand herstellen oder sich auf eine entsprechende Rüstung des preußischen Heeres gefaßt machen. Man war wieder auf dem alten Fleck angekommen, das zeigten die nächsten Tage. So wurden die letzten Hoffnungen auf ein friedliches Einvernehmen hinfällig. Der Kaiser ernannte am 5. Mai den Erzherzog Albrecht zum Befehlshaber der Südarmee und ließ die Nordarmee unter Benedek sich in Mähren und teilweise in Böhmen sammeln. Preußen mobilisierte vom 5.—12. Mai seine ganze Armee und in Italien wurde vom ganzen Volk, von allen

Parteien im Parlament einstimmig beschlossen, alle Kräfte der Nation zur Befreiung Venetiens aufzubieten.

Nur der deutsche Bund hatte noch nicht Stellung genommen: wie überall kam er auch in diesem kritischen Augenblick zu spät und wußte bei seiner Vielköpfigkeit, seiner inneren Zerfahrenheit und seinem gänzlichen Mangel an einer gemeinsamen Idee nicht, was er thun sollte. Sachsen rüstete schon seit geraumer Zeit, aber wozu? Bayern suchte Anfangs April zwischen den beiden streitenden Parteien zu vermitteln, aber vergeblich. Hernach rüstete es ebenfalls seine Heereskräfte, die keineswegs in einem kriegsbereiten Zustand sich befanden. Das gleiche thaten auch andere Staaten. Wer ihre militärischen Verhältnisse auch nur oberflächlich betrachtete, der sah ohne Trost, wie entsetzlich mangelhaft dieselben waren. Die Verwirrung im Bund zu Frankfurt, die sich niemand eingestand, deckte Preußen schonungslos auf, indem es schon am 10. April die Einberufung eines Parlaments, hervorgegangen aus direkten Volkswahlen, als den einzigen Ausweg aus der Sackgasse darstellte. Auf einen solchen radikalen Antrag, der mit allen herkömmlichen Anschauungen und dem darauf begründeten veralteten System im diametralen Widerspruche stand, war man nicht gefaßt, nicht allein in den Bundestagskreisen, sondern auch im deutschen Volk, das von seinem Glaubenssatz: „Durch die Freiheit zur Einheit" nicht weichen wollte. Der Antrag Preußens wurde der gewohnten Verschiebungsbehandlung unterzogen, die in ihrem schließlichen Resultat zu nichts führte. Bis es dahin gediehen war, rollten schon die tönenden Würfel des Kriegs und nahte der Bundestag seinem Ende.

Wie bereits angedeutet worden ist, erlangte die preußische Regierung von den Mittelstaaten für den Kriegsfall keine Zusage eines Beistandes, und doch sah man bald, daß sie keineswegs neutral bleiben würden. Von einer Bundesreform im Sinne des erwähnten preußischen Antrages, die sie mit dem teilweisen Aufgeben ihrer Souveränitätsrechte hätten bezahlen müssen, wollten sie nichts wissen. Die öffentliche Meinung unterstützte sie wenigstens in ihrer Abneigung, da man von Preußen in allen Dingen befürchtete, es werde „statt des Rechts seinen Eigenwillen mit Gewalt durchsetzen wollen". Allenthalben bewilligten die Landtage die zur Mobilmachung erforderlichen Summen, um eintreten zu können „für die gefährdeten Interessen der Nation, für das Bundesrecht und für die Selbständigkeit des eigenen Landes". Trotzdem stellten die Mittelstaaten noch einmal, am 24. Mai, den Antrag auf eine allgemeine und allseitige Abrüstung, auch Preußen hat wahrscheinlich einen letzten unmittelbaren Annäherungsversuch an Österreich unternommen; beides half nichts mehr.

Bereits hatte auch die europäische Diplomatie ihr Spiel in dieser Angelegenheit begonnen. Persönlich wollte der französische Kaiser Napoleon nichts von einer Einmischung in die deutsche Frage wissen, denn er ahnte, daß sie ihn und seine Dynastie in schwere Gefahren stürzen werde, zudem unterschätzte er die preußischen Kräfte und überschätzte diejenigen Österreichs. Allein die öffentliche Meinung fing sich in Frankreich zu rühren an und verlangte, daß die einheitliche politische Gestaltung Deutschlands nicht geduldet werde, umsoweniger als die kaiserliche Regierung schon mit ihrer Politik Italien gegenüber einen unverzeihlichen, die Machtstellung Frankreichs in Europa empfindlich schädigenden Fehler gemacht habe, der jetzt gegenüber Deutschland nicht wiederholt werden dürfe. „Von jeher ist es — sagte Thiers in der französischen Kammer am 3. Mai — das größte politische Prinzip in Europa gewesen, daß Deutschland aus unabhängigen, durch ein einfaches Föderativband untereinander verbundenen Staaten bestehe.“ Es müsse ein Mittel gefunden werden, Preußen am Krieg zu verhindern. Aber Napoleon ging auf dieses Ansinnen der Kammer, die ihm mißliebig zu werden anfing, nicht ein, sondern entschied sich für friedliche Politik, loyale Neutralität und vollständige Aktionsfreiheit; verschiedene Anzapfungsversuche, die er eines Bündnisses wegen bei Preußen gegen eine Gebietsentschädigung gemacht hatte, wurden von König Wilhelm und Bismarck energisch abgelehnt. Dies bestimmte ihn nun, sich mit den europäischen Großmächten, insbesondere mit England und Rußland, ins Benehmen zu setzen mit der Absicht, die schwebenden Fragen vor das Forum eines europäischen Friedenskongresses zu bringen. Zuerst sondierte er beide Höfe und ließ ihnen dann Mitte Mai einen Entwurf vorlegen, welcher folgende Vorschläge machte: Über das Schicksal der Elbherzogtümer solle die Bevölkerung durch Abstimmung entscheiden, die Frage der Reform des deutschen Bundes von den Mächten gemeinsam geregelt werden, Österreich an Italien gegen eine Entschädigung Venetien abtreten und dafür die Souveränität des Papstes im noch bestehenden Kirchenstaate garantieren. Die römische Frage wurde auf Veranlassung von England und Rußland sofort gestrichen und nun am 24. Mai die Einladung nach Berlin, Wien, Florenz und Frankfurt abgesendet. Während nun Preußen, der deutsche Bund und Italien dieselbe annahmen, setzte Österreich seinen Standpunkt und die bedingte Annahme, die einer Ablehnung gleich kam, auseinander. Die Bedingung bestand darin, daß keine Kombination zur Verhandlung komme, welche darauf berechnet sei, einem der eingeladenen Staaten Gebietserweiterung oder einen Machtzuwachs zuzuwenden. Mit Entschiedenheit müsse es die Zumutung einer

Abtretung Venetiens zurückweisen, denn dadurch mache sich Österreich „seiner Stellung als Großmacht für immer verlustig“. Dann werden die etwa in Frage kommenden Entschädigungen besprochen und als unzulänglich dargestellt. Wenn der Krieg unvermeidlich sei, so möchten die neutralen Mächte „wenigstens der Verteidigung ebensoviel Spielraum und Freiheit als dem Angriff gönnen“. „Stark in dem Bewußtsein unseres Rechts, rufen wir niemands Hülfe an.“ Diese Note machte es den Mächten klar, daß an eine Friedenskonferenz nicht mehr zu denken sei: sie ließen auch alsbald ihr Projekt fallen.

Österreich zeigte am nämlichen 1. Juni, von welchem die eben angeführte Note datiert ist, dem Bunde an, daß es diesem die Regelung der Verhältnisse bedingungslos übertrage und daß es seinem Statthalter in Holstein den Auftrag gegeben habe, eine Holstein'sche Ständeversammlung auf den 11. Juni nach Itzehoe einzuberufen. Darin aber erblickte Bismarck (Dep. 3. Juni) den Bruch des Gasteiner Vertrages und erklärte dem österreichischen Kabinet, daß er auf das Kondominat zurückgreife, also auf den gemeinsamen Besitz, wie er durch den Wiener Frieden festgestellt worden sei. Es sei — schrieb er am folgenden Tage an die preußischen Vertreter bei den Mächten — offenbar der Krieg in Wien ein fester Beschluß; höchstens suche man dort für sich und seine Verbündeten Zeit zu gewinnen. Am 7. Juni rückte nun General v. Manteuffel nach vorheriger Anzeige und Aufforderung, den gemeinsamen Besitz wiederanzutreten, in Holstein ein. Gablenz aber ging nicht darauf ein, sondern zog sich mit seinen Truppen unter Protest nach Altona zurück, mit ihm der Herzog von Augustenburg. Auch verließ die österreichische Besatzungstruppe die Festung Rendsburg. Die preußischen Truppen besetzten sofort Holstein, verhafteten am 11. Juni in Itzehoe den österreichischen Kommissär Lesser, der zur Eröffnung der Ständeversammlung sich eingefunden hatte, und verhinderten die eingetroffenen Abgeordneten, etwa 30 an der Zahl, öffentlich zu tagen. Dann verkündete eine Bekanntmachung des Generals von Manteuffel, daß Preußen auch Holstein von nun an verwalte, daß die österreichische Regierung aufgehört habe, daß Karl von Scheel-Plessen zum Oberpräsidenten beider Herzogtümer ernannt sei. Die politischen Vereine wurden aufgelöst, die politischen Zeitungen verboten. Feldmarschall von Gablenz kehrte mit seiner Brigade, erhaltenem Befehle zufolge, über Hannover in die Heimat zurück.

Sogleich (9. Juni) setzte Österreich von dem Geschehenen den Bund in Kenntnis, klagte Preußen wegen Gewaltthat und Selbsthülfe an (11. Juni) und verlangte die Mobilmachung sämtlicher Bundesarmee-

korps und die Ernennung eines Bundesfeldherrn auf Grund des 19. Artikels der Wiener Schlußakte. Der preußische Gesandte dagegen bestritt die Heranziehung dieses Artikels als unberechtigt. Dennoch wurde am 14. Juni über den österreichischen Antrag abgestimmt und derselbe mit 9 gegen 6 Stimmen angenommen: es stellte sich nachher heraus, daß der Vertreter der 16. Kurie, der Geheimerat Strauß von Lippe-Schaumburg, zu ungunsten Preußens sein Mandat überschritten hatte. Für Österreich hatten ihre Stimmen abgegeben Bayern, Würtemberg, Sachsen, Hannover, Kurhessen, Hessen-Darmstadt, Nassau und die 16. Kurie; für Preußen Luxemburg-Limburg, die sächsischen Herzogtümer (ohne Meiningen) und Großherzogtümer, ferner Mecklenburg, Oldenburg und die freien Städte (ohne Frankfurt). Nach Bekanntgabe dieser Abstimmung erklärte der preußische Gesandte im Namen seines Königs den Bund für gebrochen und erloschen, legte das Reformprojekt seiner Regierung auf den Tisch des Hauses nieder und verließ den Sitzungssaal. Schon am 12. Juni hatte der österreichische Gesandte Berlin verlassen, der preußische verließ die Donaustadt einige Tage später. Der Abbruch des diplomatischen Verkehrs, wie die Abstimmung in Frankfurt vom 14. Juni zeigten klar, daß der Krieg der unvermeidliche Schluß aller dieser Züge und Gegenzüge geworden sei. Am 15. Juni überreichten die preußischen Gesandten in Dresden, Hannover und Kassel gleichlautende Noten, in denen den Souveränen dieser Länder die Neutralität und ihr Besitzstand garantiert und eine Antwort bis Nachts 12 Uhr verlangt wurde. Da Sachsen das Angebot verwarf und die beiden anderen Staaten keine befriedigende Antwort gaben, so wurde noch in der Nacht allen drei Fürsten von Preußen der Krieg erklärt. Am nämlichen 14. Juni schloß auch Bayern mit Österreich eine (freilich erst am 30. Juni ratificierte) Militärkonvention in Olmütz ab. Darnach stellte dasselbe eine Armee von 40—50000 Mann unter dem Kommando des Prinzen Karl; unter demselben sollten auch laut Vereinbarung die Kontingente von Würtemberg, Baden, Hessen-Darmstadt und Nassau stehen; die Direktiven für die kriegerischen Operationen sollten vom österreichischen Oberkommando erteilt werden. Österreich verpflichtete sich, keine einseitigen Friedensunterhandlungen mit Preußen zu führen und im Falle von Territorialveränderungen Bayern vor jedem Verlust zu bewahren, beziehungsweise Entschädigungen für dasselbe zu verlangen. Schon am 15. Juni (!) sollte darnach die bayerische Armee Aufstellung in Franken und in der Nähe von Eisenbahnen genommen haben. Die Verhältnisse zwangen nun allerdings sehr bald dazu, die unerfüllbare und unter Umständen bedenkliche Aufgabe in letzterem Punkt dahin zu fassen (30. Juni), daß die bayerische Armee sich mit

dem VIII. Bundeskorps (Westkorps) zu vereinigen und die Offensive in nordwestlicher Richtung zu ergreifen habe.

3. Kapitel. Der Krieg von 1866. Der norddeutsche Bund. Die Schutz- und Trutzbündnisse mit den süddeutschen Staaten. Das deutsche Zollparlament.

1. Preußens Kriegsbereitschaft und Kriegsplan. Stärke der feindlichen Heere. Hessen-Kassel und Hannover. Der hessische Kurfürst interniert. Der Durchbruchsversuch der Hannoveraner und das Treffen bei Langensalza. Die Kapitulation des Königs Georg. Die Sachsen verlassen ihr Land. Sachsens Besetzung durch die Preußen. Benedeks Kriegsplan. Gefechte bei Hühnerwasser und Podol. Trautenau, Nachod. Die Gefechte des 28. Juni. Kampf bei Praußnitz, Skalitz. Die Einnahme von Gitschin. Gefecht bei Königinhof und Schweinschädel. Übernahme des Oberbefehls durch König Wilhelm.

Es mußte sich nun zeigen, wer von den beiden Gegnern kriegsgerüsteter dastand; davon hing nicht bloß die große Frage ab, auf welchem Boden sich der Krieg abspielen werde, und auf welcher Seite die Offensive ergriffen werden könne, sondern auch noch eine Anzahl von Nebenfragen z. B. über die Aufstellung und Aufgabe der süddeutschen Kontingente, über das Verbleiben der sächsischen Armee im eigenen Lande oder ihren Abzug. In Berlin war man entschlossen, gegen die österreichische Armee, die in Olmütz ihr Hauptquartier hatte, den größten Teil des Heeres zu konzentrieren. Man rechnete darauf, daß, wenn hier ein siegreicher Schlag gelang, dies auch auf die beiden andern feindlichen Gruppen, die hannoveranische und die süddeutsche, lähmend wirken müsse. Aus diesem Grunde wurde das ganze Rheinland fast von Truppen entblößt; nur die 13. preußische Division, aus der sich eine Armee gegen Hannover und Bayern bilden sollte, verblieb in Berlin. Schnell und in musterhafter Ordnung wurden alle übrigen preußischen Truppen nach dem südöstlichen Teil der Monarchie vorgeschoben. Es offenbarte sich bald, daß Preußen in jeder Beziehung mehr für den Kriegsfall eingerichtet war als Österreich, wo man schon am 10. Juni nicht ohne Schrecken erkannte, daß die Armee „numerisch zu schwach für ein aggressives Vorgehen gegen die preußische“ sei. Der König von Preußen, dem dies nicht entging, entschloß sich für die Aggressive, die Gegner sollten in ihrem eigenen Lande aufgesucht werden. 278600 Mann zählte die preußische Ostarmee, der die Österreicher, wenn sich die Sachsen mit ihnen vereinigten, ein Heer von 271000 Mann entgegenzustellen hatten. Aber bevor man auf dieser Seite des Kriegsschauplatzes in den Kampf miteinander geriet,

vollzog sich rasch das ungeahnte Geschick des Königreichs Hannover und des Kurfürstentums Hessen-Kassel.

In beiden Ländern hatte man trotz der feindseligen Gesinnung gegen Preußen so zu sagen gar nichts für den unvermeidlichen Krieg vorbereitet und schien sich selbst nach der Kriegserklärung noch der trügerischen Hoffnung auf einen Ausweg durch diplomatische Kunststücke hinzugeben. Aber in Preußen machte man Ernst. Von Berlin, von Holstein aus setzten sich Truppen gegen beide Länder in Bewegung. Es blieb den hannoveranischen und hessischen Truppen, da sie zum Widerstande noch nicht organisiert waren, nichts übrig, als das Land zu verlassen und womöglich sich mit den süddeutschen Kontingenten zu vereinigen. Schon hatte Manteuffel Stade besetzen lassen, und General von Falckenstein war kurzer Hand in Hannover eingezogen, wo er nicht nur die vorhandenen Kriegsvorräte, welche der mit den Truppen abziehende König nicht mehr hatte mitnehmen können, an sich nahm, sondern auch sogleich eine preußische Verwaltung des Landes einsetzte. Am 19. Juni rückte General von Beyer in Kassel ein und nahm das Land in Verwaltung. Der Kurfürst, welcher seinen Truppen nicht gefolgt war, verblieb zunächst auf der Wilhelmshöhe, wurde aber nachher, da er jede Verhandlung mit Preußen schroff und hartnäckig ablehnte, nach Minden und darauf nach Stettin abgeführt. General von Falckenstein erhielt nun Befehl, vor allen Dingen die hannoveranische Armee an der Vereinigung mit den Süddeutschen zu verhindern. So gut es ging, hatte sich diese in der größten Eile felddiensttauglich gemacht, sie betrug am 20. Juni im ganzen etwa 20000 Mann. Am gleichen Tag setzte sie sich gegen Süden in Marsch mit der Richtung nach Heiligenstadt und nach Mühlhausen. Was an Truppen aufzutreiben war, verwandten die Preußen allenthalben dazu, die Marschroute der Gegner auszukundschaften und ihnen die hauptsächlichsten Straßen zu verlegen. Am 23. Juni standen die Hannoveraner mit ihren Hauptkräften bei Langensalza, und zwar ziemlich ratlos. Es fehlte an Proviant und Pulver. Dieses Zaudern wurde verhängnisvoll, noch mehr die Hartnäckigkeit des Königs. Durch Vermittelung des Herzogs von Gotha war es zu Verhandlungen gekommen; der preußische König ließ eine Allianz auf Grund einer Bundesreform (im Sinne Preußens) vorschlagen; aber König Georg wies diese Vorschläge zu seinem Schaden von sich. Die Preußen verstärkten sich rasch und die süddeutschen Truppen konnten in ihrem noch völlig unfertigen Zustande nichts Erkleckliches thun, die bedrängten Hannoveraner an sich zu ziehen; die Versuche des Prinzen Karl von Bayern, der sich gegen Meiningen in Bewegung setzte, hatten nicht den

gewünschten Erfolg; denn die preußischen Führer beeilten sich, vor seiner Ankunft das Loos der Hannoveraner zur Entscheidung zu bringen. General Flies war „dem Feind an der Klinge geblieben" und hatte ihn nicht losgelassen. Am 28. Juni kam es zu dem Treffen von Langensalza. Man kämpfte tapfer auf beiden Seiten: die Preußen verloren an Toten und Verwundeten 41 Offiziere und 805 Mann, die Hannoveraner 102 Offiziere und 1327 Mann. Aber was die Hauptsache war, die Hannoveraner hatten sich den Preußen nicht zu entziehen vermocht; ihre Anträge eines freien Abzuges nach dem Süden wurden preußischerseits zurückgewiesen. Unter diesen Umständen gewann der König von Hannover die Überzeugung, daß die Fortsetzung des Kampfes zu nichts als zu nutzlosem Blutvergießen führen werde. Am 29. Juni kapitulierte auf seinen Befehl die hannoveranische Armee mit allen ihren Kriegsvorräten. Die Mannschaften mußten die Waffen abliefern und durften in ihre Heimat gehen. Die Offiziere behielten ihre Degen, versprachen aber auf Ehrenwort, in diesem Kriege nicht gegen Preußen zu dienen. König Wilhelm hatte in Anbetracht der Tapferkeit, welche seine Feinde an den Tag gelegt hatten, und um den „Stachel einer kränkenden Erinnerung" zu entfernen, diese Bedingungen befohlen. König Georg begab sich mit seinem Sohne, dem Kronprinzen, nach Hietzing: Land und Krone hatte er, dank seiner Verblendung und Hartnäckigkeit, rasch verloren.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz kam sehr viel darauf an, ob die Sachsen ihr Land behaupten und darin von der österreichischen Armee unterstützt würden oder nicht. Im ersteren Falle durfte die 2. Armee, welche in Schlesien unter dem Kronprinzen Friedrich stand, nicht wesentlich über die Angriffslinie der 1. von dem Prinzen Friedrich Karl kommandierten Armee vorrücken; an diese schloß sich westlich die kleinere Elbarmee unter General Herwarth von Bittenfeld an. Bald war klar, daß die Sachsen, welche von den Österreichern keine Unterstützung erhielten, sich anschickten, ihr Land zu verlassen. Schon am 15. Juni brannten sie, um den Preußen den Vormarsch zu erschweren, die große Brücke bei Riesa ab und rückten, ihren König in der Mitte, nach Pirna vor. Ungesäumt folgten die Preußen. Am 18. Juni wurde von ihnen Dresden besetzt und sofort, besonders auf der Westseite, befestigt; währenddem räumte die sächsische Armee, die sich mit den ihr gegenüberstehenden überlegenen preußischen Kräften in keinen Kampf einlassen konnte, das Land, welches mit seinen reichen Hülfsquellen dem Gegner ohne Schwertstreich in die Hände fiel.

Dadurch wurde die Situation bedeutend verändert. Denn von den süddeutschen Truppen, die weitab im Westen standen und nach der

hannoveranischen Katastrophe nicht mehr nach Belieben operieren konnten, war nichts zu befürchten: die Hauptmacht der preußischen Armee konnte also getrost gegen Böhmen marschieren. In der That erhielten am 22. Juni die beiden Armeen (das Korps des Generals von Herwarth wurde der ersten Armee beigegeben) den königlichen Befehl, in Böhmen einzurücken und ihre Vereinigung in der Richtung auf Gitschin zu suchen.

Der österreichische Feldzeugmeister Benedek hatte die Absicht, in die Nordecke Böhmens bei Josephstadt und Königinhof seine Armee vorzuschieben und den Gegnern den Einmarsch zu verwehren. Allein dieser Plan brachte in jenem schon verspäteten Augenblick die österreichische Armee in die mißliche Lage, daß sie von zwei Seiten zugleich angegriffen werden konnte: in der Front und in der rechten Flanke. Indem der Plan trotz dieses handgreiflichen Fehlers beharrlich festgehalten wurde, setzten sich die Österreicher in einen schweren Nachteil, der durch nichts mehr ausgeglichen werden konnte. Am 26. Juni kam es bereits zu den Gefechten von Hühnerwasser und Podol, letzteres an der Iser gelegen: jenes war der erste Vorstoß, den die Elbarmee machte. Trotz der erlittenen Schlappe war österreichischerseits der Befehl gegeben, Turnau und Münchengrätz um jeden Preis zu halten; allein im Grunde genommen hatte das Gefecht bei Hühnerwasser schon den Weg nach Münchengrätz gebahnt und im Gefechte von Podol hatte die 1. Armee den Paß von Podol und Turnau genommen, und schon marschierte die schlesische (2.) preußische Armee aus dem Gebirge heran, so daß die rechte österreichische Flanke stark bedroht war. Feldzeugmeister v. Benedek ordnete daher an, daß dem letztgenannten Gegner das 10. Armeekorps mit aller Energie auf den Leib gehen solle. Bei Trautenau zunächst stießen die Österreicher mit der 2. Armee am 27. Juni zusammen. Es war ein heißes und blutiges Ringen. Die österreichischen Truppenteile, welche die Höhen besetzt hielten, hatten durchweg die günstigeren Stellungen inne und konnten alle Waffen ausnützen und hauptsächlich ihre Artillerie wirken lassen. Trotz der heldenmütigen Tapferkeit, mit der das erste preußische Armeekorps unter General von Bonin gefochten hatte, war es dem Kommandanten der österreichischen Truppe, Feldmarschallleutnant v. Gablenz, gelungen, den Gegner aufzuhalten, ja ihn zum Rückzug zu zwingen. Bei dieser Gelegenheit sollen, wie behauptet, aber auch in Abrede gestellt wird, die Bewohner von Trautenau sich große völkerrechtswidrige Grausamkeiten haben zu schulden kommen lassen. Sie hätten nicht nur auf die abziehenden Preußen gefeuert, sondern auch siedendes Wasser auf sie herabgegossen. Kein Wunder, wenn dafür die empörten

Soldaten fürchterliche Rache nahmen. Die Opfer waren auf beiden Seiten sehr ansehnlich. Während die Österreicher an Toten und Verwundeten 196 Offiziere und 5596 Mann verloren, betrug die Einbuße der Preußen 56 Offiziere und 1282 Mann. Für das Ganze war freilich entscheidend, daß die Österreicher nicht mit demselben Glück bei Nachod, bei Czerwenahora und bei Oswiecim kämpften, wo am gleichen Tag ebenfalls Zusammenstöße stattfanden. Am hitzigsten ging es bei Nachod südöstlich von Trautenau her: hier zeichnete sich besonders der preußische Generalmajor v. Löwenfeld aus, der mit 5½ Bataillonen und 2 Jägerzügen das Plateau gegen 21 Bataillone behauptete. Als von allen Seiten Hülfe sich nahte und auch der preußische Kronprinz selbst herbeigeeilt war, mußten sich die österreichischen Truppen auf der ganzen Linie zurückziehen, und da der Gegner energisch nachdrang, ging der Rückzug auf Skalitz.

Der 28. Juni brachte wieder auf den verschiedenen Teilen des Kriegsschauplatzes vier Gefechte, nämlich bei Münchengrätz, bei Podkost, bei Soor und bei Skalitz. Die beiden erstgenannten fallen in den Bereich der 1. Armee, die letzteren in den der vom Kronprinzen befehligten zweiten, das bedeutendste aber unter ihnen ist das Treffen bei Münchengrätz. Der Führer der ersteren, Prinz Friedrich Karl, vermutete, daß der Gegner bei diesem Orte möglichst seine Kräfte zusammenziehe, um den weiteren Vormarsch der Preußen zu verhindern. Diese Vermutung des Prinzen erwies sich als vollständig richtig. Auf allen Punkten gelang es den preußischen Truppenteilen, welche die Avantgarden bildeten, Boden zu gewinnen: es wurde Weißlein, Haber und Kloster genommen, der Übergang über die Iser ausgeführt und Münchengrätz erreicht. Der Erfolg neigte sich wieder so entschieden auf die Seite der Preußen, daß dem Gegner nichts übrig blieb, als einen rechtzeitigen und geordneten Rückzug anzutreten: die Österreicher führten ihn auf Sobotka, die Sachsen auf Unter-Bautzen aus. Schon traf die siegreich vorrückende Armee auf meistens von den Einwohnern verlassene Dorfschaften; die Brunnen waren verschüttet, die Lebensmittel fortgeschafft. Für die Verwaltung erwuchs damit die schwere Aufgabe der ganzen Versorgung der Armee. Um den Österreichern auf der Ferse zu bleiben, wurde ihnen noch während der Nacht eine ungefähr ein Regiment ausmachende Abteilung nachgeschickt. Im Mondschein um Mitternacht und gegen den Tag kämpfte man mehreremale; bis vor Podkost drangen die Preußen fechtend nach.

Auf dem östlichen Kampfplatz war der Kronprinz Friedrich entschlossen, vor allem die tags vorher nicht geglückte Einnahme von Trau-

tenau zu erzwingen und wieder gut zu machen. Bei Anbruch des Tages hielt Gablenz noch dieses Städtchen; aber da sein Ansuchen, seinen rechten Flügel zu decken, falsch verstanden wurde, mußte er schon in früher Stunde dasselbe räumen, sich auf Praußnitz zurückziehen und dort die von Osten kommenden Stöße der Feinde unter dem Prinzen von Würtemberg parieren. Durch das hügelige Land und das hohe Getreide gedeckt stürmte im Schnellauf die preußische Infanterie gegen ihn an und brachte trotz des heftigen Artilleriefeuers, mit dem sie beschossen wurde, den Gegner dahin, sich auf Burkersdorf zurückzuziehen. Hier und bei Rudersdorf entspannen sich hitzige Gefechte: mehrere Geschütze, Trainwagen und Gefangene fielen dabei den Preußen in die Hände. Gleichzeitig wurde die österreichische Brigade nach hartnäckigem und wechselndem Kampfe vollständig gesprengt, ihr Führer geriet verwundet in Gefangenschaft. Ein Teil der Brigade entwich in nordöstlicher Richtung und wurde am nächsten Tage gefangengenommen, während der andere, welcher Trautenau zu erreichen suchte, den nachrückenden feindlichen Truppen in die Arme lief, die ihn gefangen nahmen; nur einzelne Abteilungen entkamen. Außer Trautenau wurden noch Weigelsdorf und Kaltenhof gewonnen. Die Preußen verloren hier um Soor 28 Offiziere und 685 Mann, die Österreicher 102 Offiziere und 3572 Mann. Gegen 3000 waren gefangen, eine Fahne, 8 Geschütze und eine Kriegskasse mit 10,000 Gulden erbeutet worden.

Auch südlich von Nachod fand an diesem Tage bei Skalitz ein Treffen statt. Starke Heeresmassen standen dort einander gegenüber. Beiderseits bemühte man sich zunächst, die Absicht des Feindes auszukundschaften. Der Eichenwald bei dem Gehöfte Dubno war von den Österreichern besetzt und sollte genommen werden. Nicht ohne beträchtliche Verluste gelang es den Preußen, die Feinde aus dem Wald allmählich zu verdrängen und auch das Gehöfte Dubno zu besetzen. Auch um den Eisenbahndamm bei Skalitz wurde blutig und mit hin- und herschwankendem Erfolge gerungen. Die Verluste waren beiderseits sehr groß, die Schützen kamen einander so nahe, daß sie sogar von ihrem Bajonett Gebrauch machten. Schließlich sahen sich die stark mitgenommenen österreichischen Abteilungen veranlaßt, auf den Bahnhof von Skalitz zurückzugehen. Von da zogen sie sich langsam zurück, nicht ohne das Feuer ihrer Verfolger heftig zu erwidern. Der Gesamtverlust der Preußen an Toten, Verwundeten und Vermißten berechnete sich auf 62 Offiziere und 1303 Mann, die Österreicher verloren 5899 Mann, davon waren ungefähr 2500 dem Feinde als Gefangene in die Hände gefallen. Auch 7 Geschütze hatte er eingebracht.

Die beiden preußischen Armeen waren jetzt schon einander so nahe gerückt, daß die erste derselben durch unmittelbaren Befehl des Königs beauftragt werden konnte, die zweite zu erleichtern („degagieren"), „welche sich trotz einer Reihe siegreicher Gefechte dennoch augenblicklich in einer schwierigen Lage befindet". Prinz Friedrich Karl befahl der Division des Generallieutenants von Tümpling, alsbald Gitschin wegzunehmen. Diese Aufgabe, so schwierig sie war, wurde am folgenden Tag, den 29. Juni, mit einer unvergleichlichen Tapferkeit und Ausdauer von der Division Tümpling, die im Laufe des Nachmittags von der Division Werder unterstützt wurde, in einem bis in die Nacht hineindauernden Kampfe gelöst. Die Österreicher und Sachsen wollten auf keinem Punkte zurückweichen. „Es kam in dem unübersichtlichen, äußerst schwierigen Terrain wiederholt zum erbitterten Einzelkampf der beiderseitigen Schützen, welche die Felsblöcke überklimmend, plötzlich sich einander gegenübertraten." Aber was an verfügbaren Truppen aufzubieten war, wurde preußischerseits in den Kampf geschickt, um Gitschin, das Ziel des Tages, noch zu erreichen. Erst nach 10 Uhr Nachts gelang es, bis in die Stadt vorzudringen, auf deren Marktplatz ein sächsisches Bataillon die Preußen mit Feuer empfing, auch aus den Häusern wurde auf sie geschossen, so daß man für den Augenblick die hartbedrängten Abteilungen wieder zurückziehen mußte. Eine Umgehung führte schließlich doch zum schwierigen Ziele. Erst nach Mitternacht zogen die Preußen in das mit Blut und Leichen gefüllte Gitschin ein; der Feind, durch diesen unvermuteten Ausgang hart betroffen, mußte teilweise ungeordnet seinen Rückzug antreten. Der preußische Verlust betrug 71 Offiziere und 1482 Mann, der österreichische kann nicht genau angegeben werden; aber er übertraf sicher den des Feindes beträchtlich. Waren doch über 3300 Mann in Gefangenschaft geraten.

Östlich von Gitschin war es dem Gardekorps geglückt, die Österreicher über die Elbe zurückzuwerfen und Königinhof einzunehmen, während General Steinmetz dem 10. österreichischen Armeekorps ein Gefecht bei Schweinschädel lieferte.

Die Nachrichten, welche vom böhmischen Kriegsschauplatz in Berlin einliefen, insonderheit die Meldung von der sich mehr und mehr vollziehenden Annäherung der beiden Armeen, bestimmten den preußischen König, sich persönlich am 30. Juni zu seinem Heere zu begeben und das Oberkommando zu übernehmen. Schon auf der Fahrt erteilte er der ersten Armee den Befehl, ohne Aufenthalt in der Richtung auf Königgrätz vorzugehen. Die österreichische Armee, die in den bisherigen Kämpfen zwischen 30,000 bis 40,000 Mann eingebüßt hatte, war in einer sehr

bedrohten Lage; sie mußte fürchten, von dem Prinzen Friedrich Karl in Flanke und Rücken angegriffen zu werden; deshalb faßte Benedek den Entschluß, seine Armee in der Nacht vom 30. Juni auf den 1. Juli in die Gegend von Königgrätz zurückzuführen. Daß trotzdem die preußischen Armeen, woran sie jetzt durch nichts mehr gehindert worden wären, sich nicht vereinigten, geschah aus taktischen Rücksichten. Der preußische König erließ an seine Soldaten eine Proklamation, in der er ihrer Tapferkeit seine ganze Anerkennung und die Hoffnung aussprach, daß es ihr in dem noch bevorstehenden Kampfe gelingen werde, „die sieggewohnten preußischen Fahnen zu neuen Siegen zu führen“. Es war klar, daß bald eine entscheidende Schlacht um Königgrätz folgen werde. Benedek selbst, dessen eiserner Wille größer war als seine Berechnung, wollte dies.

2. Die Schlacht von Königgrätz. Aufstellung. Kampf bei dem Walde von Maslowed. Sadowa. Höchste Zeit und Hülfe in der Not. Stürmischer Angriff der Preußen. Einnahme von Chlum. Die Division Fransecky. Die Sachsen bei Problus. Schlimme Wendung für die Österreicher. Zwischen Chlum und Rosberitz. Bei Lipa. Um die vierte Stunde Nachmittags. Rückzug der Österreicher. Verfolgung. Verwirrung auf der Flucht. Gänzliche Niederlage.

Benedek gab sich der Meinung hin, daß er es in diesem Augenblick nur mit der 1. Armee des Prinzen Friedrich Karl zu thun haben werde. Ein verhängnisvoller Irrtum. Er nahm, gedeckt von den waldigen Höhen um Chlum und Lipa und durch das sumpfige Bistrizthal, nordwestlich von Königgrätz hinter dem Bistrizbach seine Stellung, die Festung Königgrätz und die Elbe hatte er im Rücken. Der 3. Juli, ein nebeliger und trüber Regentag, brach an. Die ganze Armee des Prinzen Friedrich Karl ging vorwärts und das bald erfolgende bedeutende Artilleriefeuer, das die Kolonnen an der Spitze empfingen, bewies unzweideutig, daß man den Feind schon erreicht habe. Vorerst ließ der Prinz dasselbe nur schwach erwidern, bis der König selbst ankam und, von einer österreichischen Batterie mit seinem Gefolge beschossen, auf einer Anhöhe Halt machte. Jetzt wurde dem Ganzen der Befehl zum Angriffe gegeben. Waren auch die Österreicher augenblicklich noch an Zahl überlegen, so hatten die Preußen doch die Aussicht, daß bald der Kronprinz mit seiner ganzen Armee eintreffen und daß noch vorher sein erstes Korps Hülfe leisten werde.

Die ersten Kanonenschüsse hatten alle österreichischen Kräfte unter die Waffen gerufen. Sie nahmen — 206100 Mann stark — eine Aufstellung, welche von Ober-Prim bis Horenowes einen ungefähr $1^1/_2$

Meilen langen flachen Bogen beschrieb. Die preußischen Truppen, welche vorerst dagegen standen, bezifferten sich auf 123 000 Mann, zu denen im Laufe des Tages noch die Armee des Kronprinzen mit 97 000 Mann — also betrug das Ganze rund 220 000 Mann — hinzukam.

Zuerst wurde von der Elbarmee unter General Herwarth von Bittenfeld den Sachsen Lubno entrissen. Obwohl man preußischerseits bis zur Ankunft des Kronprinzen den Gegner in der ganzen Front nur beschäftigen und festhalten wollte, so sahen sich doch rasch einzelne Abteilungen in heftige Kämpfe verwickelt. So zunächst bei dem Walde von Masloweb, wo die Division Fransecky einen harten Stand bekam; sie geriet in ein heftiges Artilleriefeuer. Bei dem Ersteigen der steilen Waldabhänge ging der Zusammenhang der Bataillone verloren und nur langsam vermochte man die feindlichen Jäger und Schützen zurückzudrängen. Im Walde tobte ein blutiger Kampf, das furchtbare Granatfeuer richtete hier fast unerträgliche Verwüstungen unter den Tapferen an. Gleichwohl glückte es den Preußen, den größten Teil des Waldes zu besetzen, bis durch das Eintreffen frischer österreichischer Truppen das Gewonnene aufs neue in Frage gestellt wurde und der Kampf um diesen Wald immer größere Dimensionen annahm. Mit überlegenen Kräften machten die Österreicher von Cistowes aus einen Vorstoß, die Preußen mußten zurückweichen. Der General Fransecky, dem das Pferd erschossen wurde, war nahe daran, gefangen genommen zu werden. Gegen 6 preußische Bataillone standen 18 österreichische und zu ihnen stießen jetzt noch 19 andere hinzu. Unter diesen Umständen bedurfte es fast übermenschlicher Anstrengungen, den Wald von Masloweb zu halten. Viele wackere Kämpfer fielen, bis zum letzten Atemzuge treu aushaltend; aber nirgends wollte es gelingen, wieder Boden zu gewinnen, obwohl alle verfügbaren Truppen zum Kampf herbeigezogen waren. Drei Stunden wogte dieser verworrene Kampf bei dem Walde von Masloweb hin und her; immer noch schwebte die standhafte Division in der größten Gefahr.

Bei Sadowa war unterdessen auch schon der Kampf entbrannt; es sollten dort die Übergänge über die Bistritz genommen werden. Dies gelang. Als aber die 15. preußische Brigade den Wald von Sadowa erreicht und durchschritten hatte, wurde sie am Waldsaum von einem Hagel feindlicher Granaten empfangen. Alle Versuche, die österreichische Artillerie zum Schweigen zu bringen, scheiterten; man mußte sich auf die Defensive beschränken. Es währte lange genug, bis durch das Vorgehen der übrigen preußischen Divisionen die österreichische Artillerie sich veranlaßt sah, wenigstens ihre vorderste Aufstellung zu räumen. Um

11 Uhr vormittags stand es also so, daß bei dem Walde von Masloweb die Österreicher den preußischen Truppen überlegen sich in der Offensive befanden, während sie im Centrum und auf ihrem rechten Flügel mit ihrer vortrefflichen Artillerie unter vorteilhafter Benutzung des Höhenrandes eine wirksame Defensive ausübten und den Feind nicht vorwärts kommen ließen. Es fragte sich nur, ob die schwer bedrängte Division Fransecky nicht bald von der Armee des Kronprinzen eine Hülfe empfangen würde. Voll Erwartung waren schon seit geraumer Zeit die Blicke nach der Gegend gerichtet, von wo sie erscheinen sollte. Der weiche Boden verzögerte insbesondere den Anmarsch der Artillerie, welche durch mannshohes Getreide ihren Weg nehmen mußte, um die Straße für die Infanterie freizulassen; es wickelten sich um die Lafettenräder dicke Kränze des Getreidestrohes; dennoch ging es unaufhaltsam vorwärts. Endlich näherte sich die Hülfe. Die Infanterie des Generals v. Alvensleben, welche ihr Eintreffen auf 11½ Uhr hatte ansagen lassen, erreichte durch gesteigerte Anstrengung ihr Ziel schon um 11 Uhr. Der Kanonendonner vom Schlachtfelde her vernehmbar beflügelte den Schritt und trieb die ganze Armee des Kronprinzen, aller Hindernisse ungeachtet den Vormarsch zu beschleunigen und die Elbe zu überschreiten. Auffallenderweise entging den Österreichern völlig das Anrücken dieser Armee, die sich nun anschickte, ungehindert vom Feinde in die Entscheidung des Tages einzugreifen. Truppe um Truppe stürmte heran und schloß sich aneinander. Schon gerieten sie allenthalben an den Feind, während dessen rechter Flügel eben im Zuge war, eine große Flankenbewegung auszuführen. In zahlreichen Teilkämpfen rangen die Gegner miteinander, indem hier Tirailleure mit Tirailleuren fochten, dort eine Reiterabteilung ein abziehendes Bataillon abzufangen oder ein Carré zu sprengen suchte oder zahlreiche Batterien vereint ihre Geschütze unter die feindlichen Massen warfen. Um 2 Uhr hatte das Gardekorps festen Fuß auf der Höhe von Horenowes (Horzenowes) gefaßt, die Division Hiller das Plateau von Masloweb bestiegen, das 6. Korps die Höhe Sendraschitz besetzt und eine der Brücken, auf denen die österreichische Armee ihren Rückzug bewerkstelligen mußte. Gegen Chlum und Nedelist zugleich richtete sich nun der preußische Angriff. Der Feldzeugmeister Benedek gewahrte erst spät die Gefahr, in der sich sein rechter Flügel befand. Von Masloweb aus gingen die Preußen unter dem heftigsten Granatfeuer auf eine Schanze der Österreicher vor und eroberten 14 Geschütze. Gegen 3 Uhr war das Dorf Chlum in ihren Händen (Gen. Hiller). Auf der Straße nach Rosberitz machte eine österreichische Brigade auf preußische Infanterie einen Kavallerieangriff, wurde aber mit schweren

Verlusten abgewiesen und bald darauf Rosberitz genommen und der Feind aus dessen Nähe vertrieben. Eine österreichische Brigade, welche irrtümlich im Rücken der vordringenden Preußen verblieben war und sich nun bei Chlum durchzuschlagen suchte, wurde großenteils zersprengt und gefangen genommen. Auf dem linken Flügel der Armee des Kronprinzen gelang es, Nedelist zu überrumpeln, viele Österreicher gefangen zu nehmen und eine feindliche Batterie zu erbeuten. Infolgedessen erwies sich bereits 3 Uhr nachmittags der österreichische rechte Flügel geschlagen; er zog sich auf Wschestar, Sweti, Predmeritz, Lochenitz zurück und schloß sich der auf der Straße von Sadowa nach Königgrätz postierten Hauptreserve an, die mit zahlreicher Artillerie versehen war und über mächtige Reiterscharen gebot. Ein neuer und schwerer Kampf stand also hier bevor.

Wir haben oben gesehen, daß die 7. Division (Fransecky) im Wald von Maslowed dem vielfach überlegenen Feinde um 11 Uhr zu erliegen in Gefahr schwebte. Die Tapferkeit der erschöpften Preußen hatte hier eine furchtbare Probe zu bestehen. Soweit die letzten Kräfte noch ausreichten, hielten sie aus. Der Ruf: „Der Kronprinz kommt" flog durch die gelichteten Reihen der Verteidiger und belebte die versiegenden Kräfte der hartbedrängten Schar. Aber die Hülfe war noch fern genug. Erst zwischen 1 und 2 Uhr wurde eine Abnahme der feindlichen Angriffe bemerkbar: es war dies die Wirkung der schon geschilderten Fühlung, in welche die 2. preußische Armee mit dem rechten Flügel der Österreicher getreten war. Für die letzteren konnte es sich jetzt nicht mehr darum handeln, die 7. Division zu vernichten, sondern auf die Erhaltung der eigenen Armee bedacht zu werden. Zwar war es weit entfernt, daß etwa schon der Kampf abgebrochen worden wäre. Noch wurde in und um Cistowes hart gerungen. Aber Fransecky konnte allmählich daran gehen, die Trümmer seiner Division zu sammeln, als allenthalben endlich die preußische Garde in den Kampf eingriff. Für die 7. Division war dies eine Erlösung. Sie hatte den schwersten Kampf dieses blutigen Tages auszufechten gehabt und die größten Verluste erlitten: mehr als 2000 Mann, ein teurer aber unerläßlicher Preis, denn Maslowed war der Verbindungsknoten der ersten und zweiten preußischen Armee, die beide nicht hätten zusammenrücken können, wenn die tapfere Division nicht so todesmutig ausgehalten hätte. Die Entscheidung der Schlacht hing also von diesem Punkte ab. Während dieser Zeit hatte die erste preußische Armee die Aufgabe, um dem Kronprinzen Zeit zum Anmarsch zu lassen, in Geduld das österreichische Artilleriefeuer auszuhalten, ohne energisch anzugreifen. Es waren an 200 Feuerschlünde in wirksamster

Stellung. Aber auch die Österreicher ließen sich nicht herbei, über die für sie vorteilhafte Defensive hinauszugehen. Außerordentlich schlimm gestaltete sich die Lage für die 8. preußische Division, welche den Wald von Sadowa stark besetzt hatte. „Es bedurfte der ganzen Hingebung der Mannschaft an die mit ihrem Beispiele vorangehenden Offiziere, um sich während eines so verheerenden Artilleriefeuers mehr als fünf Stunden völlig passiv zu verhalten.“ Einzelne Vorstöße, welche die des Wartens überdrüssigen Abteilungen wagten, führten nur zu schweren Verlusten; aber auch der Versuch der Österreicher, den Wald selbst zu nehmen, wurde erfolgreich zurückgewiesen.

Die preußische Elbarmee suchte unterdessen südlich vordringend den Feinden womöglich in den Rücken zu kommen und ihre Rückzugslinie auf Königgrätz zu bedrohen. Sie stieß hiebei auf die sächsische Armee, mit welcher das 8. österreichische Korps verbunden war. General Herwarth gab den Befehl, Problus anzugreifen. Aber der sächsische Kronprinz, welcher das Vorgehen der verhältnismäßig schwachen Kräfte in großer Ausdehnung gewahr wurde, führte einen Offensivstoß in der Richtung auf Hradek aus und drängte zwei preußische Bataillone zurück, entschlossen, die günstige Situation noch weiter auszunützen. Erst die 15. preußische Division, die jetzt in den Kampf eintrat, gab der Sache allmählich eine neue Wendung. Es gelang ihr, durch einen kräftigen Vorstoß die von Ober-Prim bis Neu-Prim reichende österreichische Linie in der Mitte zu durchbrechen und dadurch eine unbeschreibliche Verwirrung in den Reihen des Gegners hervorzurufen. Es wurde eine ansehnliche Zahl von Gefangenen gemacht, ja es drohte sich alle Ordnung aufzulösen. Daß dies nicht geschah, war ein Verdienst zweier standhaft dem Feinde sich entgegenwerfender sächsischer Bataillone. Dazu kam, daß die Preußen sich in der völligen Ausnützung des günstigen Augenblickes dadurch behindert sahen, daß weder Kavallerie noch Artillerie zur wirkungsvollen Unterstützung zur Hand war. Trotzdem ließen sie nicht ab, bis ihnen die Einnahme des von Österreichern hartnäckig verteidigten Dorfes Ober-Prim geglückt war. Es gab viel Tote und Verwundete. Von Lubno aus ging man nun preußischerseits gegen Problus vor, welches den letzten Stützpunkt der auch von Nieder-Prim her bedrohten Sachsen bildete. Mit der zähesten Tapferkeit verteidigten diese das Dorf. Bei jedem Gehöfte entspann sich ein Kampf. Aber die Tapfern mußten weichen. Durch diese Erfolge der Elbarmee wurde die Rückzugslinie der Österreicher in früher Nachmittagsstunde ernstlich bedroht, ohne daß der Feldzeugmeister Benedek, ganz und gar von dem Kampf in der Front zwischen Chlum und Lipa hingenommen, dies rechtzeitig bemerkt hätte.

Als er auf die überraschende Meldung hin sich mit seinem Stabe persönlich davon überzeugen wollte, erhielt er selbst sowohl aus Chlum wie aus Rosberitz Feuer.

Die Lage war bedrohlich. Zwar verfügte Benedek noch über starke und unverletzte Reserveabteilungen, aber auch zwei Drittel der preußischen 2. Armee harrten der Thätigkeit und ein großer Teil der 1. Armee gewärtigte den Befehl zum Übergang zur Offensive. Unter diesen erschwerenden Umständen konnte es sich für den österreichischen Führer nicht mehr um die Absicht handeln, noch den Sieg zu erringen, sondern lediglich darum, „den rechten Flügel vor Vernichtung zu schützen und das Centrum überhaupt noch zurückziehen zu können“. Allein selbst dies stieß auf Schwierigkeiten. Rasch nahmen die Dinge für die Österreicher die schlimmste Wendung. Die Oberleitung war außer Stand, sich mit den Befehlshabern der einzelnen Abteilungen in Verbindung zu setzen und diese mußten für sich ihre Entschlüsse fassen. Schon um 3 Uhr bemerkte der preußische Kronprinz ein sichtliches Abnehmen des gegnerischen Artilleriefeuers und es ward vom Könige selbst der Befehl „Vorwärts!“ auf der ganzen Linie gegeben. Noch standen heftige Kämpfe auf den Flügeln bevor. Zwischen Chlum und Rosberitz wurden die nachdrängenden Preußen von einem wahren Granatenregen überschüttet und die frisch herangezogenen Kräfte der österreichischen Reserve machten stellenweise Miene, zur Offensive überzugehen. Allein die schon errungenen Erfolge des Tages erhöhten auf preußischer Seite den Mut der Soldaten außerordentlich, so daß sie selbst die tollkühnsten Vorstöße der mit der Wut der Verzweiflung kämpfenden Gegner erfolgreich abschlugen, so den Angriff österreichischer Schützen auf die westliche Höhe von Chlum. Schlag auf Schlag erfolgte nun. Bei Chlum wurde die Brigade Appiano geschlagen, eine andere vom Walde von Sadowa zurückgeworfen, eine dritte zog sich zurück und eine vierte wurde zersprengt. Ein Glück war es noch, daß die treffliche österreichische Artillerie tapfer ihre Stellungen behauptete und den Rückzug der Infanterie mutig deckte. Auch um den Besitz des Dorfes Lipa, in welchem sich zurückziehende Truppenteile wieder gesammelt hatten, wurde heftig gestritten. Die Verluste entsprachen beiderseits der Erbitterung; der Erfolg aber neigte sich wieder auf die Seite der Preußen, welche auch noch eine ruhmvoll aushaltende Batterie von zehn Geschützen vor dem Dorfe erbeuteten.

Inzwischen wogte auch der Kampf im Centrum, zunächst um Rosberitz. Dichte Knäuel standen hier einander gegenüber, in denen die Feuerschlünde massenhafte Verheerungen anrichteten. Im Dorfe selbst wurde auf die Entfernung weniger Schritte gekämpft. Die Preußen

mußten endlich Rosberitz räumen. Aber in einem Hohlweg vor Chlum brachte der Oberstlieutenant Graf v. Waldersee die Weichenden zum Stehen, sie sammelten sich, andere schlossen sich ihnen an, des festen Willens, keinen Schritt breit mehr zu weichen. Jedoch auch die nachdrängenden Österreicher waren auf Hindernisse gestoßen, sie wurden von feindlicher Artillerie beschossen. Alle Anstrengungen, dieselbe zu vertreiben, scheiterten, und als nun die Infanterie verstärkt von allen Seiten vorrückte, wichen die Österreicher zurück und faßten bei Rosberitz wieder Stellung, aus der sie ohne Erfolg vorzurücken sich mühten.

Bei Nedelist und Lochenitz wurden die Österreicher zum Rückzuge gezwungen und einzelne Brücken über die Elbe von den Preußen besetzt, von denen ein Teil darauf sich südwestlich gegen Rosberitz und Sweti wandte, um hier die Mauer der Gegner zu erschüttern. Schwere Opfer erheischte das, aber sie führten zum Siege. Die Feinde, von den siegesfrohen Truppen heftig gefaßt, konnten nicht mehr in ihren Stellungen aushalten; in Auflösung begann der Rückzug, der gleichzeitig auch bei Problus von der Elbarmee erzwungen wurde, obwohl die Sachsen einen zähen Widerstand leisteten.

Es war um die 4. Stunde des Nachmittags. Auf allen Punkten des ausgedehnten Schlachtfeldes wichen die Österreicher zurück. Die Verfolgung begann. Immer noch deckte die Artillerie so gut sie konnte den Rückzug; aber „die Infanterie war wie verschwunden; nur auf weitere Entfernung zeigten sich einzelne Trupps". Jetzt hatte die Kavallerie ihre Thätigkeit aufzunehmen. Da und dort stießen größere oder kleinere Reiterschwärme aufeinander, so bei Langenhof, Stresetitz, bei Problus: überall unter schweren Verlusten. Wenn es auch großen Abteilungen der österreichischen Armee durch diese hinhaltenden Reitergefechte ermöglicht wurde, sich dem Feinde zu entziehen, so fielen diesem doch schon jetzt mitunter sehr bedeutende Mengen als Gefangene in die Hände. Um 5 Uhr war die Königgrätzer Straße von Rosberitz in den Händen der Preußen. „Die beiden äußersten Flügel des preußischen Heeres hatten sich in der Umfassung des Gegners bei Wschestar und am Walde zwischen Problus und Charbusitz bis auf eine Viertelmeile genähert." Der konzentrische Angriff drängte nun die Truppen auf einen engen Raum zusammen. Sie hatten Außerordentliches geleistet, einzelne Teile nicht bloß die schwersten Kämpfe bestanden, sondern vorher weite und beschwerliche Märsche ausgeführt, ohne sich Zeit zum Ausruhen oder Abkochen zu gönnen. „Einem unmittelbaren weiteren Nachdringen setzte die Elbe ein wesentliches Hindernis entgegen. Nachdem der Feind die über diesen Fluß vorbereiteten Brücken erreicht hatte und ihm außerdem ein völlig gesicherter Übergang in die das Vor-

terrain weithin beherrschenden Festung Königgrätz zu Gebote stand, war die Verfolgung auf den Umweg über Pardubitz angewiesen." Daran war an diesem Tage nicht mehr zu denken; soweit als möglich sollte sie am folgenden der General v. Herwarth aufnehmen, die beiden Armeen mußten einen Rasttag erhalten. „Als der König vom Roskosberge aus in schnellem Vorreiten das Schlachtfeld durchschritt, waren anfangs nur Tote und Verwundete bemerkbar. Die stehengebliebenen Geschütze waren entweder zerschossen oder es lagen Bedienungsmannschaften und Pferde niedergestreckt. Alles gewährte das Bild eines geregelten Rückzuges. Weiterhin freilich zeugten fortgeworfene Käppis, Tornister, selbst Uniformen in wachsender Menge, dann auch umhergestreute Säbel und Gewehre von bedenklich gesteigerter Lockerung der Ordnung bei der Infanterie. Aber das Auftreten der Kavallerie und das lebhafte Feuer der großen Geschützaufstellung bei Racitz und Kuklena gaben den Beweis, daß wenigstens ein Teil der feindlichen Armee seine volle Widerstandsfähigkeit noch bewahrt habe." Hinter dieser Geschützlinie jedoch sah es im höchsten Grade schlimm aus. Die weichenden Armeekorps zogen sich meist auf die nördlich von Königgrätz liegenden Brücken zurück, zu ihnen stieß die Kavallerie, welche von den nachdrängenden Preußen mit Kanonengeschossen verfolgt wurde. Dadurch wurde unter den sich drängenden Massen auf dem für sie zu engen Terrain eine große Verwirrung hervorgerufen, die sich noch steigerte, als der Kommandant von Königgrätz kopflos die Thore seiner Festung zuschloß.

Das Bild, das sich jetzt darbot, läßt sich kaum beschreiben. Auf und neben der Straße lagen Hunderte von umgestürzten Wagen, der Boden war von weggeworfenen Waffen übersäet, herrenlose Pferde rannten wild einher und überall eilten in wildester Flucht Abteilungen und Haufen an den Fluß und versuchten das andere Ufer zu erreichen. Viele gingen zu Grunde. Es bestand kein Zweifel mehr: das österreichische Heer befand sich in völliger Auflösung. Noch ein Glück mochte es genannt werden, daß man auf der Seite der Sieger den Erfolg und die Niederlage in dem ganzen Umfange nicht erkannte. Von den teilweise übermenschlichen Leistungen beinahe erschöpft, mußten sie sich Ruhe gönnen, nicht einmal die Zahl der erbeuteten Geschütze und der gefangenen Feinde konnte man am Schlachttag selbst noch zuverlässig feststellen. Mit Jubel empfingen die preußischen Soldaten überall ihren König, „welcher mit dem letzten Soldaten Hunger und Durst, Anstrengungen und Gefahren des Tages geteilt hatte". Der Verlust war groß genug bei den Preußen, noch weit größer bei den Österreichern: jene zählten an Toten und Verwundeten 359 Offiziere und 8794 Mann ohne die Vermißten. „Die

Einbuße der österreichischen Armee — sagt das preußische Generalstabswerk über diesen Krieg — beträgt in der Gesamtsumme 44200 Mann, darunter an Gefangenen 19800 Mann.“ Außerdem fielen dem Sieger 161 Geschütze und fünf Fahnen in die Hände.

3. Der Krieg in Italien. La Marmora und Erzherzog Albrecht. Kopflose Unternehmung des ersteren. Schlacht von Custozza. Der westdeutsche Krieg. Prinz Karl von Bayern und Vogel von Falckenstein. Kriegsführung der Süddeutschen. Gefecht bei Dermbach. Schlappe von Hünfeld. Die Gefechte an der Saale zwischen Bayern und Preußen. Gefecht bei Laufach und bei Aschaffenburg. Gefechte bei Hundheim und Tauberbischofsheim. Kampf bei Roßbrunn. Vor Würzburg. Der Einmarsch des Großherzogs von Mecklenburg in Franken. Waffenstillstand für den westdeutschen Kriegsschauplatz. Letzte Vorkommnisse in Italien. Seeschlacht bei Lissa. Waffenstillstand mit Italien.

Die Kunde von der verlorenen Schlacht verbreitete in Wien den größten Schrecken. Eine solche Niederlage hatte man dort nicht befürchtet: im Gegenteil, die frohen Nachrichten, welche vom italienischen Kriegsschauplatze einliefen, hatten die zuversichtliche Hoffnung erweckt, daß es auch im Norden gelingen werde, den Sieg an den österreichischen Adler zu knüpfen. Italien hatte einmütig und begeistert die Waffen erhoben: der Gedanke, die verhaßte Fremdherrschaft der Österreicher in seinem letzten Winkel, den er in Venetien inne hatte, zu brechen, drängte die trennenden Parteimeinungen zurück. Am 20. Juni erklärte König Viktor Emanuel den Krieg an Österreich, das eine der edelsten Provinzen Italiens noch in Händen habe. Der König übernahm selbst den Oberbefehl und rückte, begleitet von seinem Kriegsminister La Marmora, zur Befreiung Venetiens aus. Der letztere, ein unfähiger aber eingebildeter Intrigant, vereitelte einen klaren Feldzugsplan und verschuldete durch seinen Eigensinn die Teilung der Armee. Er selbst wollte mitten in das Festungsviereck vom linken Ufer des Mincio aus hineinspringen, während Cialdini mit einer zweiten Armee über den unteren Po gehen mußte und dem alten Freiheitshelden Garibaldi an der Spitze der Freiwilligen die Aufgabe zugewiesen war, westlich vom Gardasee in Tirol einzufallen. An Zahl waren die Italiener den Österreichern weit überlegen. Allein das junge Königreich verfügte noch nicht über den Grad von Disziplin und strategischer Durchbildung seines Heeres, der einem so kriegsgewohnten Feinde gegenüber notwendig gewesen wäre. Insbesondere waren die beiden Heerführer verschiedener Meinung und wirkten infolgedessen nicht so zusammen, wie es die ernste Stunde erforderte. Cialdini traf freilich keine Schuld. Zu diesem unbegreiflichen Verhalten

der Italiener trug auch sehr viel ihre selbstvermessene Geringschätzung der Österreicher bei, zu der sie keinen hinreichenden Grund besaßen. Zweifellos war Erzherzog Albrecht ein klarer und überlegter Kriegsführer, der die Thorheit seines Gegners mit außerordentlichem Geschick auszunützen verstand. Man scheint in Berlin diese Dinge geahnt und befürchtet zu haben und hatte es deshalb nicht unterlassen, mit der italienischen Heeresführung sich über einen Feldzugsplan durch einen Herrn v. Bernhardi in Unterhandlung zu setzen. Allein der zweideutige La Marmora wollte sich nichts einreden lassen und womöglich ohne Schlacht seine Beute nach Hause bringen. So sprang denn die italienische Hauptarmee ins Festungsviereck bei Villafranca hinein, ohne sich der davor lagernden Höhen zwischen Verona und Peschiera, auf deren Abhängen in südöstlicher Richtung Custozza und Somma Campagna liegen, zu versichern. Die Österreicher kannten dieses Terrain, auf dem zuletzt Radetzky siegreich gekämpft hatte. Erzherzog Albrecht, der österreichische Führer, nutzte alsbald den Fehler seiner Gegner aus, indem er dieses gebirgige und für Angriff wie Verteidigung gleich vorteilhafte Terrain in seiner ganzen Ausdehnung in Besitz nahm. Der 24. Juni war ein glühend heißer Tag. Der Erzherzog führte aus seiner gedeckten Stellung einen Stoß mit der größten Wucht aus. Die Italiener kämpften mit rühmenswerter Tapferkeit und Entschlossenheit. Allein trotz der Opfer, die sie vom Feinde forderten und selbst brachten, gelang es diesem, sie bei Custozza zu schlagen. Als den Italienern nun mit stürmender Hand auch ihre letzten Stellungen am Monte Vento und bei der Kapelle St. Lucia auf dem rechten Tioneufer genommen waren, war das Geschick des Tages entschieden. Die Besiegten zogen sich hinter den Mincio zurück, ohne daß der Sieger vermocht hätte, ihnen nachzusetzen. Die Verluste werden auf beiden Seiten zu je 8000 Mann angegeben. Die Nachricht von dieser Niederlage bestimmte Cialdini, seinen Übergang über den Po nicht auszuführen und sich in seine frühere Stellung um Bologna zurückzuziehen. Nur Garibaldi lieferte von Rocca d'Anfo am Idrosee aus den ihm gegenüberstehenden Österreichern belanglose Gefechte mit seinen Freiwilligen.

Während dieser Schlachten in Böhmen und Oberitalien organisierten sich erst allmählich die Streitkräfte im westlichen Deutschland, um dann sich mit den Preußen zu messen. Nach Beschluß des Bundes waren vier Bundeskorps, das 7., 8., 9. und 10., mobil gemacht worden. Anfangs bestand eine Zweiteilung unter doppeltem Kommando; aber gar bald erkannte man, daß es besser wäre, diese bunte Masse, bestehend aus Bayern, Österreichern, Badenern, Hessen, Nassauern, herzoglichen

Sachsen und Schaumburgern, unter einen Oberbefehl zu stellen. Am geeignetsten, diese heterogenen Elemente zusammenzuhalten erschien durch Geburt, Kriegserfahrung und militärische Vergangenheit der bayerische Prinz Karl, der sich trotz seiner 70 Jahre noch einer entschieden körperlichen und geistigen Frische erfreute. Sein Generalstabschef war General v. d. Tann, der „in den Feldzügen 1848—50 in Schleswig-Holstein den Ruf eines tapferen und unternehmenden Offiziers gewonnen hatte". Kommandierender des 8. Korps wurde der Prinz Alexander von Hessen, der früher in russischen und dann in österreichischen Diensten gestanden war. Beiden gegenüber zog General Vogel von Falckenstein die Truppenteile der Generale Goeben, Manteuffel und Beyer zusammen und formierte so die „Mainarmee" mit 45000 Mann und 97 Geschützen, während das bayerische Kontingent 40000 Mann mit 136 Geschützen und das 8. Korps 46000 Mann mit 134 Geschützen betrug. Vorerst operierten die süddeutschen Truppen noch getrennt. Ein gemeinsam verabredeter Operationsplan fehlte gänzlich." Dieser bedenkliche Mangel ließ für das Geschick der Bundesarmee wenig Günstiges vorausahnen; im Gegenteil, trotz des guten Soldatenmaterials, aus dem sie zum Teile thatsächlich bestand, und trotz der Tapferkeit, die hernach im einzelnen oftmals bewiesen wurde, konnte ein Erfolg gegenüber so durchgebildeten, einheitlich und tüchtig geführten Truppen, wie es die preußischen waren, nicht erhofft werden. Dies zeigte sich bald in allem. Zuerst wäre eine schleunige Vereinigung der beiden Kontingente notwendig gewesen, und es wurde auch geplant, sie in Hersfeld auszuführen. Die Bayern standen im nördlichen Franken gegen Meiningen hin, das achte Armeekorps nördlich von Frankfurt: also nahe genug, um sich gegebenen Falles mit jenen schnell vereinigen zu können. Aus partikularen Interessen, die jeden Schritt leiteten und hemmten, unterließ man das unumgänglich Notwendige. Jeder Teil dachte nur an sich, wollte sein Gebiet decken und aus diesem Grunde sich ja nicht zuweit von demselben entfernen. „Die partikularen Rücksichten, welche beim Einheitsstaat wegfallen, erschwerten unstreitig in hohem Grade die Leitung der Operationen durch das Oberkommando, aber ebenso traten sie wohl auch dem Prinzen von Hessen in der freien Verfügung über sein aus fünf verschiedenen Kontingenten zusammengesetztes Korps hindernd entgegen." Während man zauderte und überlegte und statt sich zu nähern bis auf 17 Meilen auseinanderwich, faßte General von Falckenstein den Entschluß, sich zwischen die beiden Armeekörper einzuschieben und durch die Division Goeben sofort die Bayern angreifen zu lassen. Denn man sah es vom politischen Gesichtspunkt für wünschenswert an, wenigstens einen Vorteil

über die Bayern davongetragen zu haben, und vom militärischen aus fiel auf diesem Teil des Kriegsschauplatzes eigentlich nur das bayerische Kontingent in die Wagschale, weil es doch eine fest geschlossene Einheit vorstellte. Am 4. Juli erfolgten die Gefechte bei Dermbach an der Rhön, im Weimar'schen gelegen. „Mit diesem Kollektivnamen werden gewöhnlich die beiden selbständigen Gefechte zusammen bezeichnet": das von Zella (Kummer gegen Zoller) und das von Wiesenthal (Wrangel gegen Hartmann). Beide Gefechte blieben bei ziemlich gleichen Verlusten ohne wesentliche Entscheidung; diese mußte erst herbeigeführt werden. „Bayerischerseits wollte man zwar einer Schlacht, wenn sie der Feind anbot, nicht ausweichen, aber man trug Bedenken", sich mit dem achten Armeekorps zu vereinigen und beschloß hinter das schwierige Defilee von Diedorf-Kaltennordheim zurückzugehen und in günstigerer Stellung den weiteren feindlichen Angriff abzuwarten. Von Fulda aus suchte unterdessen bayerische Kavallerie die Verbindung mit dem Prinzen Alexander herzustellen. Mangel an Einverständnis führte die Schlappe von Hünfeld herbei, welche den in wilde Flucht ausartenden Rückzug der bayerischen Kavallerie zur Folge hatte. Prinz Karl suchte nun abermals eine Vereinigung mit dem achten Korps herzustellen und zwar rückwärts in der Höhe von Neustadt (a. S.) und Bischofsheim. Allein auch dies geschah nicht, da die Diplomaten in Frankfurt dem Prinzen Alexander den Schutz dieser Stadt als die wichtigste und nützlichste Maßregel ans Herz legten. So war die bayerische Armee, der die Hitze und das folgende schlechte Wetter schon stark zugesetzt hatten, auf sich allein angewiesen. Rascher als man vermutete, folgten die Preußen. Am 9. Juli hatten sie schon Brückenau inne, sich um dasselbe in einer Ausdehnung von nur zwei Meilen konzentrierend, während die Bayern in fünf Meilen langer Ausdehnung von Neustadt bis Hammelburg standen. Es entspannen sich am 10. Juli an fünf verschiedenen Punkten der Saale bei Hammelburg, Kissingen, Friedrichshall, Hausen und Waldaschach Gefechte, welche sämtlich damit endigten, daß die Preußen den Flußübergang erzwangen. Die Verluste in diesen Gefechten waren beiderseits bedeutend.

Am 11. Juli zogen sich die Bayern größtenteils auf Schweinfurt zurück, die Preußen folgten ohne Eile. Infolge der Vorgänge in Böhmen standen Friedenskonferenzen in Aussicht: preußischerseits hielt man jetzt einen Sieg, der an dem Gesamtresultat nichts geändert, aber die Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten erschwert hätte, nicht mehr für nötig, eher selbst für störend. General Falckenstein erhielt daher den Befehl, sich auf den faktischen Besitz der Länder nördlich des Mains zu beschränken, und rückte nun rechts schwenkend an den unteren Main ab,

ohne auf die bei Schweinfurt aufgestellte bayerische Armee einen Angriff auszuführen.

Jetzt gab Prinz Alexander von Hessen seine Stellung bei Frankfurt auf und „ergriff nun doch mit Lebhaftigkeit den Gedanken an eine Vereinigung mit den Bayern, auf welche er bisher keinen allzu großen Wert gelegt hatte". Er suchte Würzburg zu erreichen. Bei Laufach östlich von Aschaffenburg stieß er am 13. Juli mit den Preußen zusammen. Die Hessen zogen sich schließlich nach tapfern, aber mißlungenen Angriffen auf dieselben unter Zurücklassung fast ihres ganzen Gepäckes nach Aschaffenburg zurück. Hier zog der Befehlshaber für den kommenden Tag seine verfügbaren Truppen zusammen, insonderheit die österreichische Brigade Hase aus Frankfurt. Die Stadt Aschaffenburg wurde nach teilweise blutigen Kämpfen genommen und viele Österreicher vom Rückzug über den Main abgeschnitten und gefangen. Das Zustandekommen der Vereinigung bei Würzburg war jetzt äußerst zweifelhaft geworden. Infolge dieser militärischen Mißerfolge verließ nun der deutsche Bundestag Frankfurt und siedelte „nach dem ruhigen Augsburg über", wo er in Geduld sein unbeweintes Ende erwartete. Die Konzentration der süddeutschen Armee, jetzt am Main nicht mehr ausführbar, wurde nach Mittelfranken zurückverlegt. Die Preußen besetzten Frankfurt am 17. Juli und ihre ganze Mainarmee sammelte sich an den drei Punkten Frankfurt, Hanau und Aschaffenburg.

Da wurde General Falckenstein zur Führung der Verwaltung nach Böhmen abgerufen und das Kommando über die Mainarmee dem General von Manteuffel übertragen. Dieser beschloß, noch einmal auf die Bayern, die in der Gegend von Würzburg standen, loszugehen. Da inzwischen auch der rechte preußische Flügel über die Linie Main-Würzburg in den Gefechten von Hundheim am 23. Juli und am 24. bei Tauberbischofsheim vorgedrungen war, die Tauberübergänge in seine Gewalt gebracht hatte und die Stellung bei Würzburg vom Südwesten bedrohte, so konnte jetzt der linke preußische Flügel wieder in die Aktion gegen die Bayern eintreten. Bei Helmstadt und Gerchsheim am 25. Juli versuchte das 8. Bundeskorps noch einmal dem Vorrücken der preußischen Division Goeben Halt zu gebieten, allein abermals vergeblich. Es war klar, daß vor Würzburg die letzte Entscheidung fallen mußte und zwar gegen die schließlich doch vereinigte süddeutsche Bundesarmee. Prinz Karl erkannte, daß ihm ein Rückzug die übelste Lage bereiten würde, und entschied sich deshalb für den Angriff. Allein eine nähere Untersuchung des Zustandes des 8. Bundeskorps ergab dessen Unfähigkeit, am Kampfe teilzunehmen. So sahen sich die Bayern wieder auf ihre Kraft

allein angewiesen. Bei Roßbrunn entbrannte schon am frühen Morgen des 26. Juli der Kampf, der den ganzen Tag über heftig wütete, stellenweise hin- und herwankte und beiderseits große Opfer forderte. Die vom 8. Korps gänzlich im Stiche gelassene bayerische Armee befand sich in einer verzweifelten Lage. Der nächste Tag konnte ihr in ungünstiger Stellung Verderben bringen. Allein einen solchen Schlag zu führen, lag weder in der Absicht noch in den Interessen der Sieger. Die politischen Rücksichten überwogen bei weitem die militärischen. Der Sieg der preußischen Waffen war auch auf dem süddeutschen Kriegsschauplatz nicht mehr zu bezweifeln; auf Grund dessen konnte auch hier Preußen den Frieden diktieren — und dieser Friede sollte sich zu einem anderen Zustande auswachsen, als dazu, daß man gegenseitig nur die Waffen niederlegt und ohne blutigen Hader nebeneinander lebt. Am 27. Juli früh rückten die preußischen Truppen gegen Würzburg vor. „Die an einzelnen Punkten außerhalb der Festung noch befindlichen schwachen Abteilungen des Gegners zogen sich beim Anrücken der Tirailleurs ohne Gefechte nach dem Marienberg zurück.“ Diese Festung und die von ihr an den Main sich herabziehenden Anschlußlinien waren mit zahlreichem Festungsgeschütz armiert, und überall wie auf den freien Plätzen in und an der Stadt zeigten sich starke Truppenteile. Man beschoß sich gegenseitig mit dem schweren Geschütz, das Arsenal auf der Festung wurde in Brand gesteckt, aber zur Fortsetzung des Kampfes im großen schritten die Preußen nicht. Seiner Weisung gemäß konnte General von Manteuffel sich mit dem Errungenen begnügen; den Übergang über den Main zu erzwingen hatte jetzt keinen Wert für ihn. Wäre der Krieg fortgesetzt worden, so hätte ohnedies die bayerische Armee ihre Stellung vor Würzburg aus eigenem Antriebe aufgeben müssen, da am 23. Juli der Großherzog Franz von Mecklenburg-Schwerin von Hof aus mit 25000 Mann im nordöstlichen Bayern eingedrungen war und für ihn nach Lage der Sache keine Gefahr bestand, in seinem Vormarsche von nennenswerten Streitkräften aufgehalten zu werden. Der mißlungene Versuch von Seubottenreut bewies hernach am 29. Juli dies mehr als deutlich. Der Großherzog rückte noch bis Erlangen und Nürnberg vor Eintritt des für den 2. August abgeschlossenen Waffenstillstandes vor.

Zwischen dem preußischen und dem österreichischen Heere auf dem östlichen Kriegsschauplatz war zu dieser Zeit schon eine Waffenruhe eingetreten, der ein Waffenstillstand folgen sollte. Nach verschiedenen Verhandlungen zwischen den Oberkommandanten Prinz Karl und General v. Manteuffel, ob die Waffenruhe sich auch auf den Kriegszug am

Main beziehe, was letzterer nicht zugab, schloß man im Laufe des 31. Juli einen Vertrag: der Marienberg und das Mainviertel wurden für neutral erklärt, die Stadt Würzburg aber sollte von den Bayern am 2. August früh geräumt und durch preußische Truppen für die Dauer des Waffenstillstandes besetzt werden. Auf Befehl Manteuffels sicherten sich noch vor dem Eintritt des Waffenstillstandes von Frankfurt aus preußische Truppen den Besitz der Städte Darmstadt, Heidelberg und Mannheim.

Bevor wir zu den nun folgenden Friedensverhandlungen übergehen, haben wir noch der Fortsetzung des italienischen Krieges Erwähnung zu thun. Nach der Schlacht von Königgrätz glaubte man in Wien, den letzten österreichischen Soldaten gegen Preußen aufbieten und vor allem die in Italien beschäftigte Armee heranziehen zu müssen. Dies konnte nur geschehen, indem man sich nicht bloß des dort errungenen Kriegserfolges begab, sondern auch noch an den besiegten Gegner Venetien abtrat. Unmittelbar wollte dies der österreichische Kaiser begreiflicherweise nicht thun; deshalb bediente er sich der Vermittelung des Kaisers Napoleon, der am 5. Juli der italienischen Regierung die Abtretung Venetiens anzeigte. Allein in Italien wollte man noch mehr, auch das sogenannte Trentino sollte bei dieser überaus günstigen Gelegenheit erworben und die italienische Hauptfrage, die römische Frage, von der Erörterung bei den Verhandlungen ausgeschlossen werden. Es verschlug ja nichts, solche Bedingungen zu formulieren, da der Kaiserstaat in großer Not war. Zu Land stellte er den italienischen Truppen keine Kriegsmacht mehr entgegen: so konnte jetzt Cialdini kühn über den untern Po setzen; möglicherweise schickte sich ein Vorteil zur See, der dann erst recht zu gunsten der Forderungen ins Gewicht fallen konnte. Darum stach am 16. Juli von Ankona aus die italienische Flotte unter Admiral Persano in die See und schlug die nördliche Richtung ein. Sie dampfte nach der dalmatinischen Insel Lissa und beschoß die den Hafen beschützenden Befestigungswerke, ja sie drang sogar in den Hafen ein, vermochte aber die Landung nicht zu erzwingen. Nun nahte der Viceadmiral Tegetthoff mit der österreichischen Flotte. Obwohl Persano über weitüberlegene Kräfte gebot, wurde er doch am 20. Juli in der Seeschlacht vor Lissa von Tegetthoff auf das Haupt geschlagen, so daß er sich schleunigst in den Hafen von Ankona zurückzog. Die Versuche der italienischen Regierung, durch Ausnützung der kritischen Lage Österreichs und durch Hinziehen der Verhandlungen womöglich auch noch das Trentino zu gewinnen, scheiterten; sie mußte doch einsehen, daß unnachgiebige Hartnäckigkeit schließlich den Besitz des mit der leichtesten Mühe und nur durch die Gunst eines freigebigen Glückes gewonnenen Venetiens

gefährden könnte. So kam es erst spät, aber endlich doch zu einem Waffenstillstand zwischen Österreich und Italien am 11. August.

4. Lage nach der Schlacht von Königgrätz. Napoleonische Vermittelung. Der preußische Staat und Bismarck. Vormarsch der Preußen nach Mähren. Friedensvorschläge und -Verhandlungen. Österreich und seine Bundesgenossen. Der Friede mit Österreich. Der Friede mit den süddeutschen Staaten, geheime Abmachungen mit denselben. Der neue preußische Landtag und die Indemnität. Gründung des norddeutschen Bundes. Die Verfassung desselben. Erster norddeutscher Reichstag und die Thronrede. Französischer Zorn. Die geheime Klausel. Die Luxemburger Frage. Londoner Konferenz. Die süddeutschen Staaten. Reform des Heereswesens in denselben. Das deutsche Zollparlament. Nord- und süddeutsches Wesen. Die Eröffnung des deutschen Zollparlaments.

Niemand in der Welt hatte eine solche Wendung des Krieges in so kurzer Zeit erwartet. Allgemein hatte man Preußens Kriegstüchtigkeit zu gering angeschlagen und von dem Zustande der österreichischen Armee und ihrem Führer Vorstellungen gehegt, welche sich als gründliche Täuschungen erwiesen. Nach der Schlacht von Königgrätz lag Österreich am Boden. Welche Armee, welchen Feldherrn konnte noch der Kaiserstaat dem siegreichen Feinde entgegenwerfen, um ihm den Weg nach dem Herzen der Monarchie, nach der Hauptstadt, zu verlegen? Die letzte Aussicht auf Rettung blieb nur dadurch offen, daß man die österreichische Armee aus Italien abberief und, wie oben ausgeführt worden ist, dem besiegten Feinde die schöne Provinz in Oberitalien überließ. Indem der Kaiser Franz mit dieser Vermittelung Napoleon betraute, konnte es vielleicht gelingen, denselben nicht nur zum Friedensstifter zu machen, sondern ihn auch noch zur Teilnahme am Kampfe selbst heranzuziehen. Allein der französische Kaiser hatte von Anfang an keine Lust gezeigt, sich in diesen Streit zu mischen; und im gegenwärtigen Augenblick wäre dies sogar zu spät gewesen. Die französische Armee war durchaus nicht kriegsbereit. Für die Eitelkeit der Franzosen aber reichte es schon hin, mit Stolz zu sehen, wie ihr Kaiser von den Mächten selbst angerufen wurde, das Schiedsrichteramt in den europäischen Streitigkeiten zu üben. Diese Einbildung, welche in Paris Illumination, Beflaggung und einen wahren Siegesjubel hervorrief, täuschte sich grimmig, weil sie einen Faktor außer Berechnung ließ: Preußen und den Minister Graf Bismarck, in welchem Napoleon auf einen überlegenen diplomatischen Gegner gestoßen war. In Preußen selbst, das lehrte der Verlauf des Krieges, waltete durchgehends eine musterhafte Ordnung und entschlossenes Zusammenwirken: sobald einmal die Kriegswürfel rollten, beherrschte nur der eine Gedanke alle Gemüter: „Wir müssen siegen", und das ganze

Räderwerk des Heereswesens arbeitete mit der Sicherheit einer nie versagenden Maschine. In Österreich war das Gegenteil der Fall; der Krieg deckte die größten und folgenschwersten Schäden auf, an die niemand geglaubt hatte oder niemand hatte glauben wollen. — Wie auf dem militärischen Gebiet, stand es auf dem diplomatischen. Bismarck hatte den Krieg mit dem klarsten Bewußtsein des Zieles begonnen, das er verfolgte. Keinen Augenblick ließ er dasselbe aus dem Auge; die Erfolge verleiteten ihn keineswegs, auch nur ein Haar breit darüber hinauszugehen. Er wollte Österreich aus dem deutschen Bunde hinausdrängen und Preußen in Deutschland wie in Europa die gebührende Stellung geben — daran arbeitete er seit Jahren, das hoffte er jetzt durchzusetzen. Unter diesen Bedingungen, falls man sie als die positive Grundlage ansehen wollte, lehnte er wie sein König die französische Vermittelung nicht ab. In Paris aber waren in betreff jener Bedingungen die Meinungen geteilt: der Kaiser gab nach seiner Machtvollkommenheit den Ausschlag, indem er für dieselben stimmte mit der einzigen Einschränkung, daß die deutschen Staaten südlich des Mains nicht unter die Suprematie Preußens zu treten hätten. Während nun diese Unterhandlungen geführt wurden, rückten in den Julitagen die preußischen Truppen, ohne auf einen nennenswerten Widerstand zu stoßen, vor: sie besetzten Böhmen und Mähren. Seit dem 21. Juli hatte der preußische König sein Hauptquartier in Nickolsburg aufgeschlagen. Die Österreicher, welche nur noch die Stadt Venedig und das Festungsviereck besetzt hielten, schafften, für alle Fälle auf den Schutz Wiens bedacht, die in Italien irgend entbehrlichen Truppen an die Donau: über die zu diesem Zwecke zusammengezogenen Streitkräfte wurde Erzherzog Albrecht zum Oberbefehlshaber ernannt. Bismarck verlangte währenddem, daß seine oben angeführten Bedingungen als unbestreitbare Friedenspräliminarien angenommen würden. Österreich zögerte dies zuzugeben. Es schien deshalb eine Zeitlang, als sollte es an der Donau noch einmal zu einem blutigen Waffengange kommen. Allein die preußischen Erfolge über die süddeutschen Bundestruppen am Main und Napoleons angedeutete Stellung zu den Bedingungen Bismarcks bestimmten endlich doch Österreich, nachzugeben. Fiel es diesem schwer, auf seine Stellung im deutschen Bunde verzichten zu müssen, so hatte allerdings auch Bismarck in der Mainlinie eine unliebe Beschränkung seines Zieles, die in diesem Augenblick dem Gegner wenigstens zu einem gewissen Trost gereichte, gefunden. Aber sollte er um des Ungewissen willen den erreichten sichern Gewinn in Frage stellen lassen? Von einem so besonnenen und klugen Staatsmann durfte man einen solchen Fehler nicht befürchten. Der norddeutsche Bund, der

jetzt erstehen sollte, konnte doch die feste Grundlage abgeben für die künftige Einigung der Nation. Es mußte eben mit Geduld dem Geschick überlassen werden, den Zeitpunkt zu bestimmen, wann dies geschehen sollte.

Die Verhandlungen verliefen nicht ohne Schwierigkeiten. Preußen weigerte sich, mit Österreich zugleich auch über einen Waffenstillstand zu gunsten der süddeutschen Staaten zu unterhandeln. Und doch hatte sich der Kaiserstaat in dem Vertrag vom 14. Juni Bayern gegenüber förmlich verpflichtet, nicht für sich allein einen Frieden zu schließen; daß derselbe nicht auf seiner Zusage bestand, wurde ihm vielfach übel angerechnet, obwohl die Notlage nicht abzuleugnen und das gegebene Versprechen schwer zu halten war. Die süddeutschen Minister mußten sich daher dazu verstehen, im preußischen Feldlager zu erscheinen und ihre Sache auf eigene Faust mit Bismarck zu führen. Schon war der Waffenstillstand mit Österreich auf vier Wochen zu Stande gekommen, während am Main noch die letzten Schläge fielen und, wie wir gesehen haben, preußische Truppen schnellstens süddeutsche Landesteile besetzten. Bismarck wollte die Demarkationslinie möglichst weit nach dem Süden verlegen, um für den Fall, daß der Friede mit Österreich nicht abgeschlossen wurde, freieste Hand in Süddeutschland zu haben. Hätte die preußische Westarmee über eine stärkere Truppenmasse verfügt, so wäre es ihr nicht schwer geworden, bis zum 2. August sogar bis München, Stuttgart und Karlsruhe vorzudringen. An diesem Tage begann mit den süddeutschen Staaten ein Waffenstillstand, aber seine Dauer war nur auf 3 Wochen bestimmt. Glücklicherweise sollte das Ende desselben den Frieden bringen. Was man immer noch befürchtete, war die bewaffnete Einsprache Frankreichs. Allein trotz der Niederlagen, welche man erlitten und schwer genug empfunden hatte, hätte der national gesinnte Teil Süddeutschlands eine Demütigung Preußens nicht gestattet; der Verlauf und Ausgang des Krieges hatte doch in immer weiteren Kreisen die Erkenntnis geweckt, daß das Heil der Nation nur von Preußen komme, und daß die Träume von einer Trias und andere Souveränitätsgedanken nun und nimmermehr zu einem andern praktischen Ziele als dem des eigenen Schadens führen würden.

Am 23. August wurde auf Grund der Friedenspräliminarien vom 26. Juli der Friede zwischen Preußen und Österreich abgeschlossen. In demselben verstand sich das letztere zur Auflösung des bisherigen deutschen Bundes und zu einer neuen Gestaltung Deutschlands ohne Beteiligung des österreichischen Kaiserstaates. Der neu zu gründende norddeutsche Bund wird von ihm anerkannt und den süddeutschen Staaten anheimgestellt, sich über ihre Stellung zu diesem Bunde mit Preußen zu verständigen; sie selbst sollen einen Verein bilden, „der eine internationale

unabhängige Existenz haben wird". Preußen erhält die Herzogtümer Schleswig und Holstein zu eigen; den nördlichen Distrikten von Schleswig soll es gestattet werden, durch eine freie Abstimmung den Wunsch ihrer Vereinigung mit Dänemark zu erkennen zu geben. Sachsen tritt dem norddeutschen Bunde bei, verliert aber nichts von seinem Territorium, Österreich zahlt eine Kriegsentschädigung von 20 Millionen Thalern.

Es darf nicht Wunder nehmen, daß man mehr als 6 Wochen bis zum Abschlusse des definitiven Friedens brauchte; eigentlich begannen die Verhandlungen bereits nach der vernichtenden Niederlage bei Königgrätz. Man könnte diese Zeit den diplomatischen Feldzug Bismarcks nennen. Kaum hatten die preußischen Waffen in ungeahnter Weise den Gegner niedergeworfen, als sich diejenigen erhoben, welche dem Sieger den Preis seiner blutigen Arbeit schmälern, ihm nun, wo er für so furchtbare Opfer seinen Lohn suchen durfte, in die Arme fallen wollten. Da war es zunächst Napoleon; im Herzen gönnte er Österreich die Niederlage, aber die unerhörten Siege der Preußen machten ihm schlaflose Nächte; denn die Franzosen zeterten und schrieen, daß durch den Sieg bei Sadowa der französische Kriegsruhm in den Schatten und das Prestige der großen Nation in Frage gestellt sei. Gestatte er, daß Preußen ganz Deutschland sich einverleibe, so entstehe für Frankreich eine unerträglich gefährliche und schmachvolle Nachbarschaft. Die Kaiserin Eugenie sekundierte der öffentlichen Stimmung: sie weinte Thränen des Mitleids über das Unglück des mißhandelten Österreichs und schilderte dem Gemahl die Gefahren, womit ein unter Preußen geeinigtes Deutschland Frankreich bedrohe, so daß jedes französische Herz sich von der Dynastie abwenden würde, wenn der Kaiser nicht energisch dem preußischen Hochmut in den Weg trete. Napoleon mußte sich also in das Mittel legen. Bismarck, der in diesem Augenblick die Lage nicht noch mehr verwickeln wollte, kam ihm freundlich entgegen und nahm seine Vermittelung an, aber er verstand es, durch Höflichkeit und Entschiedenheit dem stillen Zorne Napoleons das Gift zu nehmen, ihn hinzuhalten, ihn zu Vorschlägen aufzufordern, ihm die Billigkeitsgründe auseinanderzusetzen, denen dieser nicht widersprechen konnte. Napoleon hatte seinen Meister gefunden. In unermüdlicher Arbeit faßte Bismarck alle Fäden dieses großen Netzes zusammen, bei Tag und Nacht keinen aus den Fingern lassend. Da ward in keinem Augenblick Italiens vergessen, da drängte und überredete er, um nicht das schon nahe drohende Gespenst eines europäischen Kongresses heraufzubeschwören, zu mäßigen Forderungen; er setzte sich mit dem Besiegten selbst in Verbindung und überzeugte denselben, daß er es mit keinem grausamen, auf Vernichtung sinnenden Gegner zu thun habe,

da bekämpfte er die Forderungen jener im eigenen Lager, die jetzt schon allen Gefahren zum Trotz den deutsch-nationalen Gesamtbau aufführen wollten, da bat und flehte er seinen König, sich mit Geringerem zu begnügen, damit in Bälde Größeres daraus werden könne, da lehnte er ruhig aber bestimmt den stets wiederkehrenden Gedanken des napoleonischen Gelüstes nach einer Kompensation d. h. Entschädigung durch linksrheinische deutsche Gebietsabtretung ab. Größer und umsichtiger, versöhnlicher und bestimmter hat in drangvoller Zeit kaum jemals ein patriotischer Staatsmann, ein Meister der Diplomatie gehandelt. Wir verdanken dem Historiker von Sybel eine vortreffliche aktenmäßige Darstellung dieser genialen Thätigkeit Bismarcks im 5. Band seiner Geschichte der Begründung des deutschen Reiches.

Bereits vor diesem förmlichen Frieden erfolgten zu Berlin die Friedensschlüsse zwischen Preußen und Würtemberg am 13. August, zwischen Preußen und Baden am 17., zwischen Preußen und Bayern am 22. August. Bismarck führte alle diese Verhandlungen selbst und mit der größten Meisterschaft. Auch jetzt wieder machte Frankreich, nicht ohne Aufforderung der süddeutschen Staaten, Miene, sich in diese Angelegenheiten zu mischen, um womöglich für sich einen Gewinn in Form der Abtretung eines Stückes deutschen Gebietes herauszuschlagen — im Interesse des gestörten Gleichgewichtes. Preußen lehnte eine solche Vermittelung ab, und Bismarck überzeugte durch den Hinweis auf diese drohende Gefahr die süddeutschen Minister, wo der wahre Feind Deutschlands zu suchen sei. Indem er für Preußen gar keine oder nur ganz unwesentliche Abtretungen verlangte, und die Forderungen der Kriegsentschädigung in maßvollen Grenzen hielt, milderte er die Spannung und erleichterte die Annäherung. Denn Bismarck hatte den baldigen Anschluß der süddeutschen Staaten an den norddeutschen Bund im Auge; für sie war „eine internationale unabhängige Existenz" — eine Bestimmung, die lediglich Frankreich im Einverständnis mit Österreich in den Friedensschluß hineindiktiert hatte, ohne die zunächst Beteiligten auch nur zu fragen — ein leeres und doch gefährliches Trugbild. In dem Augenblick aber, als in den Prager Frieden diese an sich so verhängnisvolle Klausel eingefügt wurde, hatte sie Bismarck in Wirklichkeit schon überwunden. Denn die Friedensschlüsse mit den süddeutschen Staaten enthielten geheime Abmachungen eines Schutz- und Trutzbündnisses mit Preußen. Darnach wurde ihnen ihr Gebiet garantiert, während sie sich verpflichteten, für den Kriegsfall mit Preußen zu gehen und ihre gesamten Streitkräfte dem Oberbefehl des Königs von Preußen zu unterstellen. Wie schnell der Umschlag erfolgt war, dafür liefert den besten Beweis der fast einstimmige Ausspruch

der zweiten bayerischen Kammer im August, „daß durch einen engen Anschluß an Preußen der Weg betreten werde, welcher zur Zeit allein dem angestrebten Endziele entgegenführen kann: Deutschland unter Mitwirkung eines freigewählten Parlaments zu einigen, die nationalen Interessen wirksam zu wahren und etwaige Angriffe des Auslandes erfolgreich abzuwehren". Bezeichnenderweise sprach sich auch der Minister von der Pfordten gegen die Bildung eines süddeutschen Staatenbundes aus. Daß in Würtemberg, wo die demokratische Gesinnung am meisten Boden gewonnen hatte, die Kammer sich gegen ein Bündnis mit Preußen aussprach, wollte umsoweniger bedeuten, als sie selbst gestehen mußte, daß ein süddeutscher Bund auf unüberwindliche Hindernisse stoßen würde.

Für das siegreiche Preußen kam es jetzt auf zweierlei an, erstens den jahrelangen, die innere Entwickelung schädigenden Konflikt zwischen Regierung und Volksvertretung zu beseitigen und zweitens den Bau des norddeutschen Bundes rasch in Angriff zu nehmen und unter Dach zu bringen. Das Abgeordnetenhaus war im ersten Beginn des Krieges aufgelöst und für den 3. Juli die Neuwahl (der Abgeordneten) angeordnet worden. Es war ein eigentümliches Zusammentreffen, daß, während das preußische Heer an diesem Tage den glänzenden Sieg von Königgrätz erfocht, die Regierung bei dieser Wahl zwar nicht siegte, aber doch aus derselben eine Volksvertretung hervorgehen sah, die ihr viel günstiger gesinnt war, als die bisherige. Am 4. August kehrte König Wilhelm nach Berlin vom Kriegsschauplatz zurück und eröffnete am folgenden Tage den Landtag durch eine Thronrede. Ohne Ruhmrederei verwies sie auf die Erfolge des Heeres, welche zur nationalen Entwickelung Deutschlands die Bahn geebnet hätten. Sie seien auch geeignet, die so schwer vermißte Verständigung im Innern wiederherzustellen; die Regierung werde dazu einen entgegenkommenden Schritt machen und für die bisher ohne Genehmigung des Abgeordnetenhauses geführte Verwaltung die „Indemnität" nachsuchen, damit „der bisherige Konflikt für alle Zeiten zum Abschluß gebracht werde". Die Indemnität wurde erteilt, die Armeereorganisation gebilligt, und zwar mit einer großen Majorität (230:75), ferner die beantragte Einverleibung von Hannover, Kurhessen, Nassau, Frankfurt und die von Schleswig-Holstein in den preußischen Staat mit einem noch günstigeren Stimmenverhältnis gutgeheißen.

Es galt nun an die Errichtung des norddeutschen Bundes zu gehen; mit gewohnter Energie und, wo es sein mußte, mit einem gewissen Druck, der die Gewalt spüren ließ, so z. B. der Fürstin von Reuß oder dem Herzog von Meiningen gegenüber, griff Bismarck sein Werk an; am

15. Dezember war dasselbe so weit gediehen, daß die Bevollmächtigten sämtlicher norddeutscher Regierungen sich zur Beratung eines Verfassungsentwurfes in Berlin versammelten: allgemeines Stimmrecht und direkte Wahlen sollten den Grund der neuen Verfassung dieses norddeutschen Bundes bilden. Sich demselben von selbst anzuschließen, machten die süddeutschen Staaten keine Miene, aber noch viel weniger dachten sie daran, einen speziell süddeutschen Bund aufzurichten: eine Förderung der nationalen Einigung mußte man von der Zeit erwarten; wenn die Umstände von ihrer Notwendigkeit mit elementarer Wucht alle, auch die Hartnäckigen überzeugte, so war dies am besten. Irgend eine stärkere europäische Erschütterung mußte ein Gefühl der Beängstigung bei den Süddeutschen hervorbringen und den Anschluß begehrenswert erscheinen lassen. Die norddeutschen Regierungen rissen sich schnell und im ganzen leichter von den hergebrachten Velleitäten los und stimmten rasch dem Verfassungsentwurf Bismarcks zu und brachten die ihrerseits unumgänglichen Opfer. Am 9. Februar 1867 wurde die Verfassung angenommen und unterzeichnet. Nach derselben stand an der Spitze des Bundes der preußische König, die Leitung der Geschäfte liegt in den Händen des von ihm zu ernennenden Bundeskanzlers; der Bundesrat besteht aus den bevollmächtigten Vertretern der Regierungen, während der Reichstag aus Abgeordneten (ohne Diäten) durch allgemeine und direkte Wahlen des Volkes gebildet wird. Ein gemeinsames Bundesheer, auch eine Marine, wird nach dem Muster der preußischen bewährten Einrichtungen geschaffen, den Oberbefehl führt der preußische König auch schon im Frieden (Militärkonventionen). Eine logische Folge davon war, daß auch die diplomatische Vertretung und die der Handels- und Geschäftswelt (Konsuln) in die Hände des Bundesfeldherrn gelegt werden mußte, ohne daß es den einzelnen Regierungen benommen wurde, an den Höfen in und außer Deutschland nach Gutdünken ihre eigenen Gesandten zu belassen oder aufzustellen. Im Innern mußte der Zerfahrenheit und Vielseitigkeit der öffentlichen Einrichtungen ein Ende gemacht werden, wenn der Bund sich als lebensfähig und gedeihlich erweisen wollte. Deshalb nahm der Bund die Zoll- und Handelsgesetzgebung an sich, ebenso das Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesen. Als nächstes Ziel war auch die einheitliche Ordnung der Münzen, des Maßes und des Gewichts ins Auge zu fassen und im gleichen Sinne das gesamte Gewerbswesen, die Heimats- und Ansässigmachungsverhältnisse zu regeln u. a. Die Ausgaben für das Heer aufzubringen, flossen die Zölle und die indirekten Steuern in die Bundeskasse, der Rest sollte durch Matrikularbeiträge getilgt werden. Unleugbar lag in diesen weiterer Aus-

bildung noch fähigen und bedürftigen Bestimmungen ein glückverheißender Anfang; der Ausbau hing von der Ausdauer und Hingebung der Nation ab.

Schon am 12. Februar fanden die Wahlen zum ersten Reichstag statt, und am 24. Februar wurde derselbe in der feierlichsten Weise vom preußischen König eröffnet. Die Thronrede zeichnete mit klassischen Worten die großartige geschichtliche Bedeutung des Augenblicks und die Aufgaben der Zukunft. Das einst mächtige deutsche Reich sank „nicht ohne Mitschuld von Haupt und Gliedern in Zerrissenheit und Ohnmacht. Des Gewichtes im Rate Europas, des Einflusses auf die eigene Geschichte beraubt, ward Deutschland zur Wahlstätte fremder Mächte, für welche es das Blut seiner Kinder, die Schlachtfelder und die Kampfpreise hergab. Niemals aber hat die Sehnsucht des deutschen Volkes nach seinen verlorenen Gütern aufgehört, und die Geschichte unserer Zeit ist erfüllt von den Bestrebungen, Deutschland und dem deutschen Volke die Größe seiner Vergangenheit wieder zu erringen." Diese Einigung müsse lediglich durch praktische Einrichtungen herbeigeführt werden, sie ist „an der Hand der Thatsachen zu suchen" und nicht dürfe wieder das Erreichbare dem blos Wünschenswerten geopfert werden. Erfreulicherweise blieben die beherzigenswerten Worte des Königs nicht ohne Eindruck. Obwohl unter den Abgeordneten alle Parteirichtungen vertreten waren, so stimmte doch eine bedeutende Majorität (230 gegen 53) schließlich für die Verfassung, die nach eingehenden Beratungen keine wesentlichen Änderungen erfahren hatte. Die Diäten, welche der Reichstag verlangte, gestand der Bundesrat nicht zu; dagegen mußte derselbe in der Militärfrage dem ersteren nachgeben, so daß die Mittel für das Bundesheer vorerst nur bis zum 31. Dezember 1871 bewilligt wurden. Man wollte dem Reichstag das Bewilligungsrecht auch bezüglich des Militäretats gewahrt wissen. Trotzdem konnte man des Erreichten, wie unfertig auch noch das Ganze war, sich von Herzen freuen. Wie hatten sich doch die Zeiten geändert! Ohne Übertreibung konnte es der König in seiner Thronrede am Schlusse des Reichstags rühmen: „Mit patriotischem Ernste haben Sie die Größe Ihrer Aufgabe erfaßt ... darum ist es uns gelungen, auf sicherm Grund ein Verfassungswerk aufzurichten, dessen weitere Entwickelung wir mit Zuversicht der Zukunft überlassen können". Man muß sagen, es war gut, daß dieser erste Wurf dem deutschen Volke nach so langer Zerfahrenheit und Zwietracht gelang; denn alle Anzeichen deuteten auf kommende starke Anfechtungen hin. In Frankreich wollte sich die öffentliche Meinung in die neuen deutschen Zustände nicht finden. Dort galt es als ein ererbtes Recht, sich in alle deutschen Fragen zu mischen, um jede

feste politische Gestaltung zu verhindern. Die Überraschung darüber, daß Bismarcks kluge Führung trotzdem den norddeutschen Bund zu Wege gebracht hatte, erregte die entzündlichen Gemüter in Frankreich auf das heftigste. Der alte Deutschenfeind Thiers machte sich im gesetzgebenden Körper in Paris zum zornigen Dolmetscher dieser Gefühle. Andere Gesinnungsgenossen sekundierten ihm nach Kräften, und die Majorität der Volksvertretung hielt es für angemessen, Preußen ein gebieterisches Halt am Main dadurch zuzurufen, daß sie eine Allianz Frankreichs mit Österreich und den süddeutschen Staaten verlangte. Aber Bismarck hatte bereits die Mainlinie überwunden und versetzte der französischen Eitelkeit durch diese neue diplomatische Niederlage einen empfindlichen Schlag. Als Antwort nämlich auf jene ungestümen politischen Angriffe erfolgte unmittelbar am 19. März 1867 die Veröffentlichung der geheimen Klausel in dem Friedensschlusse mit den süddeutschen Staaten, wonach diese sich mit dem norddeutschen Bund zu einem Schutz- und Trutzbündnis zusammengeschlossen hatten. Das war für die überschäumende Leidenschaft der Franzosen eine starke Abkühlung: der Lärm verwandelte sich plötzlich in zähneknirschendes Schweigen. Eine Genugthuung unter diesen sehr unangenehmen Umständen erblickten sie in dem Ausgange der eines Krieges von seiten Preußens nicht für wert gehaltenen Luxemburger Frage. Luxemburg und Limburg waren mit dem Königreiche Holland vereinigt, aber nur durch Personalunion. Bis zur Auflösung des deutschen Bundes hatte es auch, als deutsches Land, diesem angehört, war dem Zollverein beigetreten, und die Festung Luxemburg hatte preußische Besatzung, die Bismarck trotz des veränderten Zustandes der Dinge nicht zurückziehen wollte, obwohl das Ländchen nicht in den norddeutschen Bund aufgenommen war. Diese zweifellos verworrene und unhaltbare Lage ergriff die französische Regierung, von Holland dazu aufgefordert, mit dem höchsten Behagen, um von Preußen die Räumung der Festung und die Abtretung des Herzogtums an das Kaiserreich, d. h. die Einwilligung dazu zu verlangen. Als durch Indiskretion diese französischen Gelüste in Deutschland bekannt wurden, war die Entrüstung allgemein und hochgradig: man war, wenn es sein mußte, im Süden wie im Norden entschlossen, der französischen Anmaßung mannhaft entgegenzutreten. Diese Kundgebung verfehlte auch in Frankreich ihre Wirkung nicht. Die Regierung trug doch Bedenken, wegen dieser geringfügigen Frage einen Krieg anzufangen. Bismarck aber war schon zufrieden, wenn ein Ausweg sich finden ließ, welcher der Ehre Preußens und Deutschlands nichts Unerträgliches zumutete und doch einen Krieg zu vermeiden gestattete. Als daher nicht ohne Rücksicht auf

das erwähnte Schutz- und Trutzbündnis die französische Regierung sich geneigt zeigte, auf die Annexion von Luxemburg zu verzichten, falls Preußen die Festung räume, da zögerte Bismarck nicht, auf einer Konferenz die Streitfrage zu bereinigen. Schon nach viertägiger Thätigkeit setzte die in London tagende Konferenz am 11. Mai einen Vertrag fest, wonach Preußen die Festung räumt, Holland sich verpflichtet dieselbe zu schleifen, und das Land gegen Garantie sämtlicher Großmächte für neutral erklärt wird. Mochte immerhin nicht ganz ohne Grund hierin das französische Volk einen Abbruch, den man Preußen gethan hatte, erblicken, so konnte man in Deutschland diese Meinung um so ruhiger hinnehmen, als sich bei dieser Gelegenheit herausgestellt hatte, daß die deutschen Stämme treu zusammenhalten würden, sobald fränkischer Übermut sich beigehen ließe, irgendwie das Recht, die Ehre oder den Besitz der Nation zu gefährden. Allgemein sah man voraus, daß dieser Augenblick bald eintreten werde.

Man kann trotzdem nicht behaupten, daß mit einem Male alle deutschen Velleitäten über Bord geworfen worden wären. Nein, die sprichwörtliche doktrinäre Rechthaberei, die ihre Früchte in den demokratischen und ultramontanen Parteibildungen trieb, und die partikularistischen Neigungen einzelner Regierungen waren noch nicht abgestorben. Allein man hatte doch auch auf dieser Seite gelernt, die Politik mehr vom praktischen Gesichtspunkt anzusehen als vom theoretischen, und den thatsächlichen Verhältnissen gebührende Rechnung zu tragen. Am deutlichsten erschien dieser Wandel der Dinge bei den Schritten, welche die süddeutschen Staaten thaten, um ihrer unfertigen isolierten Lage, „internationale Unabhängigkeit“ hatte sie der Prager Friede genannt, eine Klärung zu verschaffen. Statt sich in unfruchtbare Verhandlungen über das ihnen zugemutete, in dieser Form unlösbare Rätsel, ob Sonderbund oder Eintritt in den norddeutschen Bund, allzusehr zu verwickeln, nahmen sie, getrieben von der Erkenntnis der Notwendigkeit, die praktische Angelegenheit der Reform ihres Heereswesens in die Hand. Auf einer Konferenz zu Stuttgart wurde im Februar 1867 von den vier süddeutschen Staaten der gemeinsame wichtige Beschluß gefaßt, die preußische Heeresverfassung im ganzen und großen anzunehmen, also hauptsächlich das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht einzuführen — trotz mancher Vorbehalte und Abweichungen im einzelnen ein Schritt von ungeheurer Tragweite, dem alsbald ein zweiter gleich bedeutungsvoller in der gemeinsamen, Süd und Nord umfassenden Zollverfassung folgen sollte. Der Krieg des vergangenen Jahres hatte auch die Zollverträge aufgehoben; nach demselben traten sie zwar wieder in Kraft, jedoch sollten sie

jederzeit nach vorhergegangener halbjähriger Kündigung wieder aufgehoben werden können. Es war unmöglich, bei einer so unsicheren Einrichtung zu beharren: die vitalsten Interessen der Nation, wie sie Handel und Wandel darstellen, erforderten gebieterisch eine feste und unantastbare Regelung, die notwendigerweise zu einem starken, alle Glieder umschließenden Bande werden mußte. Darauf hatte Bismarck, weitsehend wie er war, seine weiteren Hoffnungen gebaut. Im Mai 1867 lud er die süddeutschen Regierungen zu einer Konferenz in dieser Angelegenheit nach Berlin ein; sie entsandten ihre Minister dahin. Es war klar, daß die alte Zollverfassung, in allem derjenigen des vergangenen deutschen Bundes ähnlich, sich so wenig wie dieser bewährt hatte. Vor allem durfte von der Regelung dieser Angelegenheit das Volk selbst nicht mehr ausgeschlossen bleiben; dies zu verwirklichen, erschien es angemessen, den norddeutschen Reichstag durch süddeutsche, aus freier und direkter Volkswahl hervorgegangene Abgeordnete zu erweitern, ingleichen auch den Bundesrat. Im ganzen einigten sich die Regierungen ziemlich bald darüber, ein deutsches Zollparlament zu schaffen. Am 8. Juli vereinbarten sie die Verträge, die nur noch der Zustimmung der Landtage der süddeutschen Einzelstaaten bedurften, um wirksam zu werden. Daß sich bei dieser Gelegenheit wieder allerlei partikularistische Gelüste und veraltete Meinungen regen würden, konnte nicht wundernehmen und war vorauszusehen. Jedoch ließ die Stärke des Widerspruches dagegen sofort erkennen, daß die breite Masse der Bevölkerung von solchen rückschrittlichen Forderungen nichts mehr wissen wolle. Als im Oktober 1867 die bayerische erste Kammer, der Reichsrat, entgegen der Abgeordnetenkammer die Genehmigung des Vertrages von der Einräumung des alten Einspruchrechtes der einzelnen Mitglieder (liberum veto) abhängig machen wollte, da erhob sich sozusagen das ganze Land zum Sturme gegen diese Bedingung: die Industrie und das Gewerbe, fast alle Städte erhoben Einsprache gegen dieselbe, die auch Preußen ablehnte, so daß schließlich die Reichsräte sich gezwungen sahen, dem Drucke der öffentlichen Meinung nachzugeben. Bei ruhiger Überlegung konnten sich auch die eingefleischtesten Partikularisten unter ihnen sagen, daß auf diesen Gebieten nicht persönliche Neigungen, sondern das Gesetz des Thatsächlichen den Ausschlag zu geben habe. Für das materielle Leben der Völker gilt das nicht weniger als für das politische. Mochte auch die preußische Regierung dermalen noch durch ihr dem liberalen Zug der Zeit sich entgegenstemmendes System geringe Sympathieen in den bürgerlichen Kreisen genießen und der süddeutsche Volkscharakter sich zur preußischen Art wenig hingezogen fühlen, darüber vermochten Einsichtige sich kaum zu täuschen, daß der

Gang der Ereignisse zum Bunde des deutschen Südens mit dem Norden führen müsse. Die Gemeinschaft der politischen, materiellen und geistigen Güter schrieb diese Vereinigung gebieterisch vor: am schließlichen Resultat vermochten die auf die Oberfläche tretenden Antipathieen nichts zu ändern. Die Wahlen zum ersten Zollparlament fielen in Würtemberg und Bayern zwar in diesem, also im antipreußischen Sinne aus, dort demokratisch, hier vorwiegend ultramontan; allein die sich aus diesen Elementen der Absperrung bildende „süddeutsche Fraktion“ überzeugte sich bei der ersten Gelegenheit von ihrer Machtlosigkeit und Vereinzelung, als ihr der Abgeordnete Völk sein hoffnungsfrohes Wort unter dem Beifall des Hauses entgegenwarf: „Jetzt ist's Frühling geworden in Deutschland“. Die Thronrede, mit der der preußische König das Zollparlament am 27. April 1868 eröffnete, atmete einen Geist, der auch einer zurückhaltenden, frostig thuenden Gesinnung warm machte. Die Macht des nationalen Gedankens, sagte der König, habe den Zollverein von kleinen Anfängen bis zu seiner jetzigen Gestalt entwickelt. „Es ist die Frucht einer naturgemäßen Entwickelung, wenn heute Vertreter der ganzen Nation sich zur Beratung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen Deutschlands vereinigen.“ „Halten Sie das gemeinsame deutsche Interesse fest im Auge, vermitteln Sie von diesem Gesichtspunkte aus die einzelnen Interessen, und ein Erfolg, der Ihnen den Dank der Nation gewinnt, wird Ihre Anstrengung krönen.“ Brachte es das Zollparlament auch nicht zu einer einmütigen, vom gleichen Geiste getragenen Antwort auf diese königliche Rede, so wagte sich doch ein offener Widerspruch gegen den wahrhaft nationalen Inhalt derselben nicht hervor. Dagegen wurde mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität am 11. Mai der Handelsvertrag mit Österreich genehmigt, durch den eine Herabsetzung der bisher gültigen Zollsätze für eine Anzahl von Einfuhrartikeln herbeigeführt wurde. Auch ein Gesetz der Besteuerung des Tabaks wurde genehmigt, dagegen die Petroleumsteuer abgelehnt. Darauf wurde das Zollparlament (23. Mai) geschlossen. Hatte dasselbe auch noch nicht viel erreicht, so hatte es doch einen achtungswerten Anfang gemacht. Es war richtig, was die Thronrede am Schlusse aussprach: Die (erste) Session des deutschen Zollparlaments hat dazu gedient, „das gegenseitige Vertrauen der deutschen Stämme und ihrer Regierungen zu kräftigen und manche Vorurteile zu zerstören oder doch zu mindern“. Es lebe ein brüderliches Gefühl der Zusammengehörigkeit in der Gesamtheit des deutschen Volkes, das an Kraft zunehmen werde, „wenn wir allseitig bestrebt bleiben, in den Vordergrund zu stellen, was uns eint, und zurücktreten zu lassen, was uns trennen könnte.“

Zweites Buch.

Die außerdeutschen Staaten bis zum Jahr 1870.

---

1. Kapitel. Österreich nach dem Kriege des Jahres 1866.

Die veränderte Lage und Aufgabe. Ungarn. Belcredi und Beust. Der Ausgleich und die Reichsverfassung. Die ungarische Königskrönung. Innere Kämpfe. Sieg der Regierung. Beust Reichskanzler. Die päpstliche Allokution gegen die österreichische Verfassung und die Verwahrung der Regierung dagegen. Die Czechen und Polen. Der Aufstand in Dalmatien. Die Auflösung sämtlicher Landtage.

Die Ereignisse des Jahres 1866 mußten auch auf die innere Entwickelung Österreichs in der nachhaltigsten und tiefgehendsten Weise einwirken. Aus Deutschland und Italien ausgeschlossen, war das Kaiserreich nun auf sich allein an- und hingewiesen und sich selbst und seinen häuslichen Angelegenheiten zurückgegeben. Zu thun und zu ordnen gab es genug. Vor allem konnte jetzt die längst drängende Frage, wie die mannigfachen Nationalitäten in ihrem Verhältnisse untereinander und zum Ganzen zu stellen seien, tapfer in Angriff genommen werden; denn die außerdeutschen Völkerschaften wollten seit langer Zeit nichts mehr davon wissen, dem deutschen Element den Vorrang einzuräumen, obwohl sie insgesamt sowohl an Bildung als in jeder Art von öffentlicher und bürgerlicher Leistungsfähigkeit demselben nachstanden. Noch vom Jahre 1848 her unversöhnt verharrten zunächst die Ungarn in einer zurückhaltenden, oft ablehnenden Stellung, weil sie sich zurückgesetzt fühlten. Aber unentwegt hatten sie ihre Rechte ausgesprochen und unentwegt gefordert. Wenn sie, d. h. die große von Deak geführte Mehrheit, im Jahre 1866 der Verlockung gegen das habsburgische Haus eine Treulosigkeit zu üben, widerstanden hatten, so durften sie nach ihrer Meinung jetzt erst recht auf eine entsprechende

Rücksichtnahme hoffen. Der Graf Belcredi, ein Böhme, welcher an der Spitze der österreichischen Regierung stand, huldigte in der That dem Föderativgedanken, d. h. der gleichen Berechtigung und Verpflichtung der gesamten Kronländer; allein diese scheinbare Gerechtigkeit gegen die einzelnen Reichsbestandteile wurde mehr als aufgewogen durch seine anderen politischen Prinzipien: er wollte die absolute Monarchie gestützt auf den Feudaladel. Um einen solchen Preis nahmen aber voraussichtlich die Völker nicht, am wenigsten die Deutschen, diese Regelung an. Als Belcredi am 2. Januar 1867 es beim Kaiser durchsetzte, daß zur Beratung und Durchführung einer Reichsverfassung in diesem seinem Sinne ein außerordentlicher Reichstag einberufen werden sollte, erhoben die Deutsch-Österreicher lauten Protest dagegen und sprachen es offen aus, daß sie die Wahlen in diesen außerordentlichen Reichstag nicht vornehmen könnten. Auch die Ungarn wollten sich in die Grundsätze Belcredis nicht ergeben, das erkannte klar und deutlich der frühere sächsische Minister von Beust, der vom Kaiser nach dem Kriege in österreichische Dienste gezogen worden war, bei einem Besuche in Pest. Die Ungarn verlangten den schon oft begehrten Ausgleich durch Trennung in zwei Reichshälften und verfassungsmäßige Gewährleistung der Trennung und der beiderseitigen Rechte. Infolgedessen spitzte sich die Frage bald dahin zu, ob Föderalismus oder Dualismus: jenen vertrat Belcredi, diesen der neue Minister Beust. Der erstere überzeugte sich nach allem, was in Österreich und in der Welt vorging, daß seine Anschauungen nicht siegen würden. Er trat deshalb zurück, und Beust wurde am 7. Febr. 1867 vom Kaiser mit dem Vorsitz im Ministerium betraut.

Mit Eifer und unleugbarem Geschick begann er die Verhandlungen mit den Ungarn in der sicheren Erwartung, daß nur auf diesem Wege die Ungarn gewonnen werden könnten. Am 17. Februar war die Sache schon soweit gediehen, daß der Kaiser den Ungarn den Ausgleich feierlich verkündigen konnte, d. h. der Dualismus sollte von nun an die Verfassungsbasis der österreichischen Monarchie bilden, sie selbst in zwei Hälften, in eine westliche (deutsche) und in eine östliche (ungarische) geteilt werden. Dieser Ausgleich beruhte wesentlich auf folgenden Grundlagen: Ernennung eines ungarischen Ministeriums (Andrassy, Eötvös, Lonyay, Wenckheim, Festetics), Gemeinsamkeit der Diplomatie und des Heeres, getrennte Finanzverwaltung und die Geschäftsverbindung beider Reichshälften durch Delegationen. Ließen sich gegen diese Punkte vom deutsch-österreichischen Standpunkt aus auch viele Einwände erheben, so hätte man es doch nicht über sich gewonnen, ihre Erörterung in einem Reichstag von vornherein abzuschneiden. Aber die Landtage von Böhmen,

Mähren und Krain und auch der von Tyrol wollten von einem solchen Reichstag und der von ihm zu erwartenden Verfassung nichts wissen; man habe, sagten die Böhmen, keine Neigung, in dem „Staatsgebilde einer westlichen Reichshälfte aufzugehen“. Sie verweigerten die Wahl und wurden deswegen sofort aufgelöst. Die Neuwahlen ergaben eine Majorität, welche auf die Absichten der Regierung einging: der Regierungsgedanke hatte also gesiegt. Die Czechen kannten in ihrer Wut darüber kein Maß und machten ihrer Gesinnung durch eine an Hochverrat grenzende Demonstration gelegentlich der ethnographischen Ausstellung in Moskau Luft. Am 22. Mai wurde der Reichstag einberufen. Dem vollzogenen Ausgleich mit Ungarn verweigerten dem kaiserlichen Ansuchen gemäß die Deutsch-Österreicher ihre Zustimmung nicht, aber sie verlangten auch für ihre Reichshälfte Bürgschaften von dem gleichen Wert „wie jene, deren die ungarische Verfassung sich erfreut“ — die „Freiheit wie in Ungarn“. Unterdessen hatte sich Kaiser Franz in die ungarische Hauptstadt begeben, wo er am 7. Juni unter prunkhaften Feierlichkeiten und nach altungarischem Ceremoniell zum König von Ungarn gekrönt worden war.

Noch einschneidender als dieser Vorgang waren die Verfassungsbestimmungen, welche der neue Reichsrat beschloß und der Kaiser sanktionierte. Sie bedeuteten nichts anderes als den vollständigen Bruch mit der ganzen Vergangenheit. Österreich, das so lange und beinahe allein der Zeitströmung ausgewichen war, trat nun entschlossen für die modernen Staatsgedanken in seiner Verfassung in die Bahn. Die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz, volle Glaubens- und Gewissensfreiheit, Preßfreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht, Vereidigung aller Beamten auf die Verfassung, Ministerverantwortlichkeit waren fast unerhörte Neuerungen in einem Staate, in welchem man bisher mit übermäßiger Zähigkeit am Alten festgehalten hatte. Am meisten Schwierigkeit mußte das Zugeständnis der Gewissens- und Glaubensfreiheit machen in einem Lande, wo die katholische Geistlichkeit die unbedingteste Herrschaft ausgeübt und den Satz von der Glaubenseinheit (Tyrol) wie ein unantastbares Grundgesetz betrachtet hatte. Indessen zeigte es sich, daß in diesem Punkte Geistlichkeit und Bevölkerung nichts weniger als eines Sinnes war. Die letztere forderte, z. B. der Wiener Gemeinderat und der österreichische allgemeine Lehrertag, die Aufhebung des Konkordats, umsomehr als der Klerus einen hitzigen Kampf gegen die neuen Staatsgesetze eröffnete. Am 28. September versammelten sich nämlich 25 Bischöfe unter dem Vorsitze des Wiener Kardinals Rauscher in der Hauptstadt des Reiches und richteten eine unmittelbare Adresse an den Kaiser, die ganz im Geiste

der Encyklika jede Neuerung als gottlos verdammte und die buchstäbliche Aufrechthaltung des Konkordats verlangte. Die Civilehe wird als Konkubinat, die Selbständigkeit der Schule als Entchristlichung der Jugend hingestellt. „Außer Italien giebt es kein Land, wo die heiligsten Güter der Menschheit Angriffen von solcher Schamlosigkeit und Schutzlosigkeit so preisgegeben wären als in Österreich. Man wolle „eine Ehe ohne Festigkeit und Heiligung", „eine Schule ohne Religion und Ernst." Nicht bloß um die katholische Religion handle es sich, sondern um das Christentum überhaupt. Sie, die Bischöfe, hätten einst dem ewigen Richter Rechenschaft über das Seelenheil von 17 Millionen Erlösten zu geben, das zwinge sie zu einem rückhaltlosen Zeugnis. Diese Sprache rief eine Gegenbewegung hervor, die ihr an Leidenschaftlichkeit nichts nachgab. Der gesteigerte Lärm von hüben und drüben änderte indessen nichts an der Sache; sie nahm ihren Gang.

Die Regierung beabsichtigte die Revision der Februarversammlung, der Reichsrat unterstützte sie hiebei. Mit erdrückender Majorität nahm derselbe diese Revision unter der Berufung auf ein kaiserliches Antwortschreiben an den Kardinal Rauscher an, welches zeigte, daß kein Angriff die Schaffung konstitutioneller Verhältnisse in Österreich verhindern könne; Gewissensfreiheit und religiöser Friede sollte nunmehr herrschen. Dazu war auch die „Revision des Konkordates" notwendig, wie sich die fast einstimmig angenommene Adresse des Reichsrates an den Kaiser vom 5. Juni ausgedrückt hatte. Zweifellos war dies der gefährlichste Punkt, auf den man in der neuen Ära lossteuerte. Wenn der Minister v. Hye in der Debatte über diese Angelegenheit als nächste Maßnahme der Regierung den Versuch „konziliatorischer Verhandlung mit der Kirche" in Aussicht stellte (20. Juli), so erntete er mit diesem Vorschlag keineswegs den Beifall des Abgeordnetenhauses, das nicht ohne Grund der Erwartung einer Nachgiebigkeit seitens der Kurie mit gerechtem Zweifel begegnete. Es war klar, daß die konfessionellen Gesetze und die Konkordatsfrage zuerst entschieden werden mußten und daß dies nur von entschiedenen Männern geschehen konnte, denen es darnach als zweite Aufgabe zufiel, die dem Ausgleich und dem ganzen Verfassungswerk widerstrebenden Elemente, insbesondere die Czechen und Slaven, auf irgend eine Weise damit auszusöhnen.

Noch am Ende des Jahres 1867 ernannte der Kaiser das (gemeinsame) Reichsministerium und das cisleithanische Ministerium. An die Spitze des letzteren trat der Fürst Karl Auersperg, in dasselbe die Führerschaft der Majorität im Reichstag: Giskra, Herbst, Brestel, Hasner, Berger — das sogenannte Bürger- oder Doktorenministerium.

Es gelang demselben, seine Gesetzesvorlagen (Ehegesetz, Schulgesetz, interkonfessionelles Gesetz) auch im Herrenhaus durchzubringen, wenn auch nicht ohne aufregenden Kampf. Am 25. Mai 1868 sanktionierte sie der Kaiser, dem es daran lag, durch thunlichstes Entgegenkommen die Kurie womöglich milder zu stimmen. Der inzwischen zum Reichskanzler ernannte Minister Beust zeigte das Geschehene dem Nuntius an, der sofort dagegen protestierte. Deshalb ließ man sich aber nicht abhalten, durch außerordentliche Missionen (Erzbischof Haynald, darnach H. v. Meysenbug) in Rom günstige Stimmung zu machen. Freilich ohne Erfolg: denn der Papst, getrieben von seinen Hintermännern, den Jesuiten, war soweit entfernt davon, sich durch persönliche Beredungen beschwichtigen zu lassen, daß er trotz seiner schlimmen Lage es für angezeigt erachtete, dem bewährten Staat der Habsburger einen förmlichen Absagebrief zu geben, unbekümmert um das, was dadurch für ihn auf dem Spiele stand. Am 22. Juni hielt Pius IX. an die Kardinäle eine denkwürdige, gegen Österreich gerichtete Allokution. Die Regierung, sagte er, habe am 21. Dezember (1867) ein „wahrhaft unseliges Gesetz als Staatsgrundgesetz" gegeben, wodurch eine unbedingte Freiheit der Meinungen, des Glaubens und des Gewissens allen eingeräumt werde. Der Widerspruch der Bischöfe habe nichts gefruchtet; im Gegenteil, es sei noch ein Gesetz über die Mischehen gefolgt, die Civilehe eingeführt und der Kirche ihre Gerichtsbarkeit in Ehesachen entzogen worden; und endlich habe der Staat die oberste Aufsicht über die Schulen an sich genommen. Diese verabscheuungswürdigen Gesetze verletzten die Lehre, die Rechte, die Autorität und die göttliche Konstitution der katholischen Kirche. Kraft seines Amtes verdamme und verwerfe er diese Gesetze und erkläre sie für nichtig und immerdar ungültig. „Die Urheber derselben, besonders die sich Katholiken zu sein rühmen, und alle, welche jene Gesetze vorzuschlagen, zu beschließen, zu bestätigen und auszuführen sich unterfangen haben", werden auf die kirchlichen Strafen für Verletzung der Rechte der Kirche aufmerksam gemacht. Die Auffassung dieser Verwerfung und Drohung war eine verschiedene; im Lager der Klerikalen wurde der Mut des Papstes bejubelt; andere spotteten über die Ohnmacht, die sich hinter diesen hochfahrenden Worten nur schlecht verberge; wieder andere zürnten in gleich maßlosem Tadel über die hierarchische Herrschsucht und Anmaßung; der Kaiser war persönlich auf das tiefste verletzt. Die Regierung konnte sich unmöglich in Schweigen hüllen. Am 3. Juli gab der Reichskanzler Beust die schuldige Antwort. „Der heilige Stuhl dehnt — heißt es darin — seine Ansprüche auf Gegenstände aus, die seiner Autorität in keiner Weise unterworfen sind"; das müsse zurückge-

wiesen werden. Die Kurie hätte nicht vergessen sollen, daß die Gesetze ausdrücklich den Besitz der Kirche garantieren, was anderwärts keineswegs geschehen ist.

Auch im Innern behauptete die Regierung kraftvoll ihren Standpunkt. Gegenüber den sich widersprechenden Meinungen erschien eine solche Festigkeit auch dringend notwendig. Zunächst setzte sie verschiedenartigem Widerspruche zum Trotz das neue Schulgesetz auf eigene Faust durch. Die czechischen Elemente des Reiches erhoben sich mit Ungestüm gegen die ganze Neuordnung, sie bekämpften den Ausgleich, verlangten einen einheitlichen Reichsrat oder eine ähnliche Stellung, wie sie die Ungarn jetzt besaßen, auch für die „böhmische Krone". Im letzteren Falle wäre der Lieblingsgedanke ihrer Heißsporne, die gesamte deutsche Bevölkerung Böhmens um jeden Einfluß zu bringen und zu unterdrücken, sofort verwirklicht worden. Stürmische Auftritte gab es daher in und außer dem Landtag, so daß die Regierung über Prag den Belagerungszustand verhängte und der czechischen Hetzpresse Zügel anlegte. Auch die Polen in Galizien machten Versuche, für sich etwas herauszuschlagen, wenn sie auch ihre letzten nationalen Bestrebungen in kluger Weise verbargen. Weil sie für sich noch nichts erhoffen konnten, so hätten sie wenigstens die Gelegenheit gerne benutzt, die ruthenische Bevölkerung des Landes mundtot zu machen. Allein die Regierung bot zu solcher Willkür keineswegs die Hand, sondern begegnete dem Übel rechtzeitig durch unzweideutige Äußerung ihres Entschlusses. Sie hielt die störenden Elemente jeder Art mit fester Hand nieder und zwang sie zum Gehorsam. Der streitbare Bischof Rudigier von Linz wurde mit Gewalt zur Unterwerfung unter das weltliche Gericht gezwungen und im Prozeß der Barbara Ubryk den geistlichen Obern bewiesen, daß sie nicht nach ihrem Gutdünken körperliche Strafen über ihre Untergebenen verhängen könnten.

Trotzdem war man weit davon entfernt, daß der Widerspruch sich gelegt hätte. Bei jeder Gelegenheit erhoben die Czechen und Polen und die Klerikalen die Stimme ihrer Unzufriedenheit; wo sie konnten, suchten sie den ruhigen Lauf der Dinge zu hemmen. Es war trotz aller Festigkeit der Regierung noch nicht so weit, daß man glauben durfte, die neue Verfassung werde sich allmählich einleben; nicht zum mindesten trug dazu bei, daß das Bürgerministerium sowohl in seinem Verhalten innerhalb der westlichen Reichshälfte und gegenüber den darinnen vertretenen Nationalitäten wie gegenüber der ungarischen Regierung nicht genug Einheit und Festigkeit an den Tag legte, noch sich mit unwandelbarem Beharren auf das deutsche Element stützte. Dadurch wurden die Gegner in ihren antideutschen Bestrebungen nur bestärkt.

In Böhmen bestanden die Czechen auf ihrer Verneinung: sie nahmen weder an den Landtags- noch an den Reichsratsverhandlungen teil. Die Polen ließen deutlich merken, daß sie jeden Augenblick den Reichsrat zu verlassen entschlossen wären. In Krain hielten die Slovenen den deutschen Einfluß nieder. In dem unterwühlten Dalmatien war die ungebildete Bevölkerung so aufgehetzt worden, daß sie sich an einer Besatzungstruppe vergriff. Als darauf die Regierung zu ernsten Maßregeln schritt, loderten die Flammen des Aufstandes im ganzen Lande hoch empor: der Winter verhinderte, ihn sofort zu ersticken, und in Wien war man schwach genug, sich schließlich mit den Aufständischen durch den förmlichen Frieden von Knezlac zu verständigen, d. h. nachzugeben. „Nicht die Crisvocianer sind von Österreich, sondern Österreich ist von den Crisvocianern amnestiert worden" — so spottete man nicht ohne Gebühr. Diese Nachgiebigkeit erhöhte das Ansehen des Ministeriums nicht. Dasselbe bot vielmehr ein sehr trübseliges Aussehen dar; in sich gespalten, wie es war, erweiterte es seine Kluft bald bis zum öffentlichen Skandal in der Frage der direkten Reichstagswahlen. Es kam sogar dahin, daß die beiden Parteien im Ministerium sich vor aller Welt des Verfassungsbruches bezichtigten 12. Januar 1870. Die Minderheit (Taaffe, Potocki und Berger) mußte ihre Entlassung nehmen. Allein bevor das Ministerium ergänzt war, verließen die Föderalisten den Reichsrat, indem zuerst die klerikalen Tyroler davonliefen und sogleich darnach die Polen, Slovenen, Triester, Istrianer und Bukowiner. Entweder mußte auf dieses Vorgehen eine Auflösung der Landtage, aus denen die dissentierenden Abgeordneten stammten, erfolgen, oder die Entlassung des Ministeriums. Der Kaiser wählte das Letztere. Es war unschwer, die Folgen dieses Schrittes vorauszusehen. Über kurz oder lang mußte man mit den widerborstigen Nationalitäten sich in Verhandlungen einlassen und ein solches Entgegenkommen forderte erst recht den Hohn und Übermut der antideutschen Nationalitäten heraus. In der That, überall erhoben triumphierend, spottend und unnachgiebig die Führer dieser Parteien nur um so zuversichtlicher ihre unbescheidenen Forderungen, als der Minister Graf Potocki sich den Fehler beigehen ließ, mit ihnen zu verhandeln. Er hätte sich dann auch nicht über die völlige Erfolglosigkeit dieser falschen Versöhnungspolitik, als über eine schmerzliche Erfahrung wundern sollen; denn es gehörte geringer Scharfsinn dazu, dieses Ende vorauszusehen. Erst jetzt geschah, was einzig hätte geschehen sollen: es wurden (21. Mai und 29. Juli) durch kaiserliche Verordnung sämtliche Landtage aufgelöst und Neuwahlen angeordnet. Unter dem Lärm des cisleithanischen Wahlkampfes, zu welchem die Deutschen sich allerorts mit dem größten Eifer rüsteten,

in dem vollen Bewußtsein, daß es sich für sie um eine Lebensfrage handle, brach plötzlich der deutsch-französische Krieg aus, der sofort aller Augen in Europa auf sich zog. Nicht zum wenigsten war man in Österreich auf den Ausgang desselben gespannt.

2. Kapitel. Frankreich von 1862—1870.

Napoleons demokratisches Prinzip. Seine Regierungsweise. Die nutzbringende Thätigkeit des napoleonischen Regiments im Innern. Die Opposition und die Wahlen. Auswärtige Politik. Die römische Frage. Umschwung in der öffentlichen Meinung. Der deutsche Krieg und die Franzosen. Napoleons Urteil. Armeereform. Pariser Weltausstellung. Attentat auf den Zaren Alexander II. Schlimme Anzeichen. Einige Zugeständnisse. Anfechtungen des persönlichen Regimes. Ministerwechsel. Napoleons Thronrede. Ministerium Ollivier. Jubel über dasselbe. Ernüchterung. Streben nach kriegerischen Verwickelungen.

Bald darauf, nachdem der preußische König Wilhelm feierlich bei seiner Krönung vor aller Welt den Satz nachdrucksam ausgesprochen hatte, daß er die königliche Gewalt als lediglich „von Gottes Gnaden“ empfangen betrachte, sagte Napoleon im bewußten Gegensatz dazu (am 14. Nov. 1861) und nicht ohne hämischen Seitenblick, daß er die Prärogative der Krone nicht als ein geheiligtes Pfand, das man nicht antasten dürfe, noch als eine Erbschaft seiner Väter, die er seinem Sohne unversehrt überliefern müsse, ansehe, sondern „als Erwählter des Volkes, als Repräsentant seiner Interessen werde ich stets jede unnütze Prärogative für das allgemeine Wohl ohne Bedauern aufgeben“. Lauter leere und unaufrichtige Worte, mit denen er die Franzosen bethören wollte: die einzige Wahrheit enthielt nur die Vorhersagung seines eigenen Geschickes, das er damals, immer noch auf der Höhe der Macht, noch nicht vorausahnte. Aber das dunkle Handwerk aller jener Machthaber, die trotz Herrlichkeit und Glanz ihres Glückes nicht von Herzen froh werden können, trieb der Kaiser mit einer unheimlichen Fieberhaftigkeit: wo auf der Welt Unfrieden und Verwirrung zu stiften war, hatte er seine Hände im Spiele. Er wußte warum. Um die unruhigen Geister im Innern zu bannen, die Unzufriedenheit mit den Zuständen des Landes und der Regierung nicht zum Worte kommen zu lassen, mischte er sich in allerlei auswärtige Händel und zog dadurch die Aufmerksamkeit der Franzosen von den eigenen wunden Stellen ab. Alle ließen sich freilich nicht täuschen. Obwohl der Kaiser auf die Partei der „disziplinierten Demokratie“, d. h. die Anhänger des cäsaristischen Regimes im gesetzgebenden Körper, im Senat, in der öffentlichen Meinung rechnen konnte, so fehlte

es doch nicht an Männern, die ihre Kniee nicht vor ihm beugten und zuweilen rücksichtslos auf die schweren Schäden des Staates hinwiesen. Denn die französischen Zustände waren trotz des brillanten Feuerwerks, mit dem sie der Kaiser von Zeit zu Zeit selbst beleuchtete oder von andern beleuchten ließ, keineswegs zufriedenstellend. Das Kaisertum beruhte auf dem absoluten Willen des Herrschers, die Freiheit war unterdrückt; sobald die alten Parteien irgendwie ihr Haupt erhoben, wurden sie verfolgt. „Das allgemeine Stimmrecht war eine bloße Regierungsmaschinerie, politische Vereine blieben verboten, die Presse war gefesselt.“ Dagegen verstand es Napoleon, selbst öffentliche Meinung zu machen; er hat zuerst den Dienst einer von der Regierung inspirierten Presse mit raffiniertem Talente organisiert und dadurch der Kunst der Staatsleitung ein neues, allerdings zweischneidiges Schwert als diplomatisches und politisches Werkzeug hinzugefügt.

Mit aller Anstrengung arbeitete diese Maschine, als zu Anfang des Jahres 1863 Neuwahlen bevorstanden, darauf hin, daß nach des Kaisers eigenem Ausspruche Männer gewählt würden, die „ohne Rückhalt das gegenwärtige System annehmen und fruchtlosen Kämpfen ernste Beratungen vorziehen“. Unleugbar hatte das Kaisertum manches erreicht: mit eiserner Hand hatte Napoleon die „Ordnung“ wiederhergestellt. Dafür waren ihm die Besitzenden und Erwerbenden dankbar; jene peinigte nicht mehr alle Tage das unbehagliche Gefühl einer gefährlichen Unsicherheit, und diese gaben sich mit dem Bewußtsein der Thätigkeit hin, daß dieselbe nicht durch plötzliche Zufälligkeiten jählings gestört werde. Der natürliche Reichtum Frankreichs, das anstellige Geschick, der nette Geschmack der Bevölkerung kam wieder zu voller Geltung. Handel und Industrie blühten auf und bezeugten laut ihre Zufriedenheit mit diesem fruchtbaren Aufschwung. In Paris entfaltete sich eine den Massen der Arbeiter lohnbringende Bauthätigkeit, welche der Hauptstadt ein wahrhaft fürstliches Aussehen gab. Diese Interessenpolitik hatte entschieden für die Regierung ihre günstige Seite; selbst ihre Gegner konnten die Errungenschaften nicht ableugnen. Allein das französische Volk war durch seine Geschichte zu sehr gewöhnt, an der Leitung seines öffentlichen Lebens teilzunehmen, als daß es sich den jetzigen Ausschluß davon ganz ruhig hätte gefallen lassen. Die städtischen Bevölkerungen zumal begnügten sich mit diesem Zustand der Dinge durchaus nicht. Davon legten die Wahlen und die Vorbereitung dazu ein unzweideutiges Zeugnis mit um so größerem Nachdruck ab, als die Regierung nicht nur ihren ganzen Einfluß zur Erzielung günstiger Wahlen geltend machte, sondern die „alten Parteien“ förmlich und öffentlich ächtete. Der Minister des Innern,

Persigny, erließ eine öffentliche Ansprache an das französische Volk (28. Mai), worin er gegen die Gegner der kaiserlichen Regierung die Anklage erhob, daß sie es jetzt zum ersten Male wagten, die Staatseinrichtungen anzugreifen. „Zu gemeinsamer Anstrengung verbündet, suchen die Männer von 1815, von 1830 und 1848 auf verschiedenen Punkten den guten Glauben des Landes zu überrumpeln, um gegen den Kaiser die Freiheiten zu kehren, welche er kürzlich gegeben hat.“ Besonders suchte man die Wahl des ehemaligen Ministers Thiers zu hintertreiben. Allein die großen Städte, Paris voran, ließen sich von den napoleonischen Regierungsmännern nicht leiten: sie wählten oppositionell. Das flache Land und die Masse der Gewerbetreibenden und Kapitalisten gab jedoch den Ausschlag. Während es die Opposition nur auf 34 Abgeordnete brachte, standen 249 auf der Seite der Regierung: noch brauchte sie also nichts zu besorgen, falls sich nicht recht schlimme Zwischenfälle ereigneten. Erst im November wurden die Kammern eröffnet. Der Kaiser legte in seiner Thronrede dem Ausfall der Wahlen, soweit sie die Opposition betrafen, nur den Wert „lokaler Meinungsverschiedenheiten“ bei; er wünsche sich Glück zum Ergebnis. Die so stark kritisierten „Expeditionen in die Ferne“ seien notwendig; Frankreichs Handel habe unabweisbar einen Besitz in den asiatischen Gewässern verlangt. Cochinchina, das erobert worden sei, gestatte, die gewaltigen Hülfsmittel jener Länder auszubeuten. In Mexiko betrachte die Bevölkerung die Franzosen als ihre Befreier. Mit dem „Triumph unserer Interessen“ würden diese Expeditionen endigen. Die polnische Frage und alle anderen Fragen aber, die Europa in Bewegung setzen, müsse man einem europäischen Kongreß unterbreiten; denn thatsächlich „haben die Verträge von 1815 aufgehört zu bestehen“. Nur durch einen Kongreß könne dem krankhaften und unsichern Zustand in Europa ohne Krieg ein Ende gemacht werden. Für dieses Mittel wolle der Kaiser im Einverständnis mit Frankreich eintreten. Allein das napoleonische Schiedsrichteramt, welches der Kongreß bedeutete, wurde von den europäischen Mächten mit Mißtrauen angesehen und schnell oder langsam abgelehnt. Der Kongreß kam zum Ärger des Kaisers nicht zustande, dagegen brach der deutsch-dänische Krieg bald darnach aus. Der französische Chauvinismus fast aller Parteien begehrte im Herzensgrund eine Einmischung des Kaisers zu gunsten Dänemarks, aber er widerstand beharrlich diesem populären Drängen; schon England, das sich in der Kongreßfrage so abweisend verhalten hatte, wollte er diesen Gefallen nicht thun.

Größere Sorge bereitete ihm die römische Frage. Noch standen französische Truppen in Rom, nach welchem die Italiener begehrten. Die

klerikale Partei zeigte sich für diesen der Kirche gewährten Schutz keineswegs so dankbar, als es die Regierung erwartete. Sie suchte den letzten Rest der gallikanischen Freiheit, nämlich die gallikanische Liturgie, zu beseitigen und durch die römische zu ersetzen, obwohl die Regierung sich dagegen erklärte. Die römische Encyklika vom Jahre 1864 fand wenigstens in ihrem ersten Teile nicht den kaiserlichen Beifall, da sie Aufstellungen enthalte, die den Grundsätzen zuwiderliefen, auf welchen die Verfassung des Kaiserreichs beruhe. Als nun der Kaiser die Veröffentlichung (5. Januar 1865) verbot, so wagten doch mehrere Bischöfe seinem Befehle zu trotzen. Mehr der Mäßigung der Regierung, als dem kühnen Eifer der Klerikalen war es zu danken, daß der Streit hierüber nicht um sich griff. Die Regierung wollte es mit dem Klerus nicht verderben, sonst würde im Augenblick die Opposition auch aus den Reihen der ländlichen Bevölkerung Zuzug empfangen haben: an Stoff hätte es nicht gefehlt. Verschiedene Regierungsvorlagen, die unerledigt blieben, begegneten selbst von seiten der Majoritäten entschiedenem Widerspruch, so das Gesetz über die Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichtes, die Vorlage über die Dezentralisation und größere Selbständigkeit der Gemeinden, die Vorlage über den Aufwand für öffentliche Arbeiten und den Verkauf von Staatswaldungen. Dieser Widerspruch und der Ausfall der Gemeindewahlen ließen deutlich erkennen, daß sich ein Umschwung in der öffentlichen Meinung allmählich vollzog, der nicht zu gunsten des Regimes gedeutet werden konnte. Man begann der kaiserlichen Diktatur satt zu werden und begehrte zur Ordnung auch ein gewisses Maß von Freiheit, insbesondere in Bezug auf die Selbstverwaltung. Aber die Regierung war nicht gesonnen, von ihrem System abzugehen. Ein kaiserliches Dekret wies z. B. die Beschlüsse des Generalrates des Seine- und Marnedepartements als Kompetenzüberschreitungen zurück (30. Aug. 1865) und verbot die eigenmächtige Veröffentlichung solcher Beschlüsse (20. Sept.). „Inmitten des stets wachsenden Gedeihens möchten unruhige Geister — sagte Napoleon in einer Thronrede vom 22. Jan. 1866 von dem Verlangen nach politischen Freiheiten — unter dem Vorwande, den freisinnigen Gang der Regierung zu beschleunigen, dieselbe in ihrer Bewegung hemmen, indem sie ihr jede Kraft und jede Initiative nehmen." „Nicht durch tägliche Erschütterung der Grundlagen beschleunigt man die Krönung des Gebäudes."

Wenn sich in diesen Angelegenheiten die Gegensätze nicht mehr zuspitzten, so lag der Grund hiefür in dem, was sich in Deutschland vorbereitete. Das französische Volk war gewöhnt, alle deutschen Fragen fast wie seine eigenen zu behandeln; jede Erstarkung der deutschen Nation

betrachtete man allgemein in Frankreich als das größte Übel. Als daher schicksalsschwanger das Jahr 1866 ins Land zog, verloren die Franzosen fast jede Aufmerksamkeit für ihre eigenen Sorgen. Mit verhaltenem Atem lauschte man der Kunde von den Vorgängen in Deutschland. Bald verlangte die öffentliche Meinung stürmisch die Einmischung, natürlich zu gunsten der alten Verwirrung und Zerrissenheit Deutschlands. Zu ihrem Wortführer warf sich der alte Deutschenfeind Thiers im gesetzgebenden Körper auf. Preußen, sagte er, bedrohe den europäischen Frieden, es wolle ein germanisches Reich in Berlin gründen; das sei gefährlich für ganz Europa und der Politik Frankreichs zuwider. So schnell ließ sich Napoleon, und noch dazu von einem Gegner, nicht fortreißen. Die öffentliche Meinung beruhigte er durch den erfolglosen Vorschlag eines Kongresses, natürlich unter französischer Leitung, aber schneller, als Napoleon dachte, brachen die Ereignisse herein, und der Krieg nahm einen von ihm unvermuteten Ausgang. Wie er bei den Friedensschlüssen seine Hände im Spiele hatte, ist oben gezeigt worden. Aber zweifellos bewies die Beschränkung des Einflusses, den man der kaiserlichen Politik in diesen europäischen Händeln noch einräumte, daß jene stolzen Tage einer unbestrittenen napoleonischen Suprematie sich ihrem Ende zuneigten. Nicht einmal das Königreich Italien, das doch unter der Sonne der kaiserlichen Gunst entstanden und gewachsen war, beugte sich dem Willen Napoleons unbedingt, wie viel weniger Preußen, das der eigenen Kraft seine neue Stellung verdankte. Die Franzosen hatten ein richtiges Gefühl von diesem Niedergang ihres Vorranges in Europa, und das erbitterte sie sehr. Aber auch die Nachrichten, welche von Mexiko kamen, ließen deutlich erkennen, daß die geträumten Lorbeeren nicht recht gediehen. Am vernünftigsten benahm sich noch der Kaiser selbst, indem er den Wandel der staatlichen Verhältnisse als die natürliche Lösung furchtbarer Probleme, die sich nicht unterdrücken lasse, hinstellte. Die Völker drängen zu großen Gestaltungen, in denen die kleineren Staaten verschwinden. Gegen ein solches Gesetz der Entwickelung, „eine Art providentieller Voraussicht der Weltgeschichte", lasse sich nicht ankämpfen. „Die Politik muß sich über engherzige und mißgünstige Vorurteile eines andern Zeitalters erheben." Solche weise Betrachtungen und Lehren fielen aber bei den übermütigen und neidischen Franzosen auf einen unfruchtbaren Boden; noch viel schlimmer war es, daß Napoleon selbst es nicht über sich vermochte, sie als unumstößliche Grundsätze seiner Politik festzuhalten.

Untrügliche Zeichen sprachen dafür, daß keineswegs die Völker, am wenigsten Deutschland, Frankreich die Ordnung ihrer nationalen An=

gelegenheiten überlassen würden. Die Hast, mit der man in Paris nach dem 1866er Kriege eine gründliche Armeereform durchzuführen sich wenigstens den Anschein gab, strafte die Aufrichtigkeit jener philosophischen Betrachtungen Lügen. Es fiel niemand ein, Frankreich angreifen zu wollen. Noch im Jahre 1866 setzte Kaiser Napoleon eine militärische Kommission nieder, mit der er selbst eine umfassende Armeereform entwarf. „Wir müssen — sagte er in seiner Thronrede vom 14. Febr. 1867 — uns dergestalt organisieren, daß wir unverwundbar sind." Solange es sich bloß um die vom Haß erzeugte Zustimmung zu solchen Vorschlägen handelte, mangelte es an Begeisterung und Jubel nicht, aber als die ernste Forderung Opfer auferlegte, erschien die ausweichende Kritik. Die allgemeine Wehrpflicht mit dem jeden einzelnen fassenden Dienst durfte, ein schlimmes Zeichen, die Regierung nicht verlangen. So zog sich die Regelung der Armeereform schon länger hinaus. Doch legte der neue Kriegsminister Niel tapfer Hand an: er suchte mit Eifer und noch größerem Lärm vorerst in der Bewaffnung der Armee Verbesserungen herbeizuführen. Vor allem sollte sie jetzt mit einem Hinterlader und zwar nach dem System Chassepot ausgerüstet, die Festungen in Stand gesetzt und das nötige Kriegsmaterial hergerichtet werden. Manches geschah, gar manches wurde unterlassen, obwohl Niel schon im Dezember behauptete: „Die Zeughäuser und die Magazine sind gefüllt, die Festungen sind bereits in einem bessern Zustande, und man arbeitet alle Tage weiter". Erst am 1. Februar 1868 konnte Napoleon das vielfach amendierte Armeegesetz sanktionieren. Im wesentlichen behielt dasselbe die Konskription als Grundlage bei. Die aktive Armee wurde einschließlich der Reserve auf 800000 Mann erhöht, bisher betrug sie 400000 Mann nebst 200000 Mann von sehr unsicherem Werte. Zu jenen 800000 Mann gesellte sich nun die Nationalgarde mit einem Bestande von ungefähr 400000 Mann, bestimmt, im Kriegsfalle den Dienst im Lande und in den Festungen zu übernehmen. Allerdings bis zur wirklichen Durchführung dieser gesetzlichen Bestimmung war noch ein weiter Schritt zu thun; es entsprach schon der Lärm, mit dem das alles in echt französischer Weise vor sich ging, nicht dem Ernst dieser Aufgabe. Und hinterher sollte es an den Tag kommen, daß der Spektakel gemacht worden war, um Unterlassungen und Unterschleife zu vertuschen.

Nicht minder als dieses immerhin einschneidende Armeegesetz nahmen noch andere Angelegenheiten die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch: darunter waren „schwarze Punkte", wie sich Napoleon selbst in einer Rede ausdrückte. Der schwärzeste wohl das völlige Mißlingen der mexi-

kanischen Expedition, die mit einer Treulosigkeit gegen den ins Verderben gehetzten Schützling Napoleons, den unglücklichen Kaiser Maximilian, abgeschlossen wurde. Auch die römische Frage blieb eine schmerzliche Stelle und zwang zu einer Expedition nach Rom zum Schutze des bedrängten Papstes. Die Luxemburger Frage schien eine Zeitlang auf einen Krieg hinauslaufen zu wollen.

Der geschickte kaiserliche Regisseur unterließ es allerdings nicht, auf Mittel zu sinnen, welche seinem Publikum doch in etwas den düstern Eindruck des Schauspieles benahmen. Zu diesem Zweck hatte er eine internationale Weltausstellung in Paris unternommen. Sie wurde am 1. April 1867 von ihm feierlich eröffnet und blendete durch ihren Glanz und ihre Großartigkeit. Aus allen Weltteilen waren Arbeiten eingeschickt worden; die Völker eilten herbei, um sich an dem Triumph der Arbeit zu ergötzen, und die Fürsten nicht bloß Europas — kamen doch selbst der türkische Sultan und der Vicekönig von Ägypten — stellten sich ein, den Glanz der Ausstellung zu vermehren. Feste folgten auf Feste, und das französische Volk gab sich dem stolzen Wonnegefühl hin, daß Paris in der That „die Hauptstadt der civilisierten Welt" sei. Indessen sollte selbst dieses friedliche Fest nicht ganz ohne Störung verlaufen. Der Umstand schon, daß dem russischen Kaiser Alexander aus nächster Nähe mehrfach Vive la Pologne zugerufen wurde, war eine Taktlosigkeit, mit der die sonst so höflichen Franzosen einen Gast ihres Landes und ihrer Hauptstadt nicht hätten beleidigen sollen. Allein dem Zaren war noch viel Schlimmeres beschieden. Als Napoleon ihm und dem preußischen Könige zu Ehren am 6. Juni eine große Truppenschau im Bois de Boulogne abhielt, da schoß der Pole Berezowsky auf den Zaren, glücklicherweise ohne ihn zu treffen; in tiefster Verstimmung verließ der gefährdete Monarch die Hauptstadt. Für Napoleon war dieses Attentat eine schwere Kränkung, die noch dadurch in nicht mißzuverstehender Weise gesteigert wurde, daß dem polnischen Fanatiker sich 36 Advokaten als Rechtsbeistände vor Gericht anboten, daß sein Verteidiger Arago sein Plaidoyer dazu benützte, Rußland vor ganz Europa wegen seines Verhaltens gegen Polen anzuklagen und daß Berezowsky zwar für schuldig erklärt wurde, aber unter Annahme mildernder Umstände. So fehlten auch diesem Feste die trüben Schatten nicht, das am 1. Juli jubelnd und feierlich nur dadurch geschlossen werden konnte, daß die an diesem Tage eingelaufene Meldung von der Erschießung Maximilians durch Juarez vorerst verschwiegen wurde. Umsonst suchte Napoleon nach dem Schlusse der Ausstellung durch neue Besuche und Begegnungen mit Monarchen und durch Reisen im Lande das Gespenst zu bannen, das ihn vorwurfs-

voll in dem unglücklichen Prinzen, dem Opfer seiner Politik und Treulosigkeit, in stillen Stunden anstarrte.

Die Stimmen, welche es in Frankreich offen auszusprechen wagten, daß das Kaiserreich nach seinen schweren Mißerfolgen in der auswärtigen Politik nicht mehr auf der früheren Höhe seiner Macht und seines Einflusses sich befinde, mehrten sich, und man konnte sie nicht widerlegen. Bedenklicher erschien der wachsende Unmut über das persönliche Regime, über den cäsaristischen Absolutismus des Kaisers. Wenn auch die Opposition im gesetzgebenden Körper dank der Wahlbeeinflussung seitens der Regierung der Zahl nach unbedeutend war, so trafen die heftigen Angriffe dieser unermüdlichen Minderheit doch sehr empfindlich. Zusammengesetzt aus Legitimisten, Orleanisten, Demokraten und Republikanern, war sie in dem, was sie wollte und erstrebte, naturgemäß im höchsten Grade uneinig; einmütig aber bekämpfte sie die Regierung, deckte sie die Schäden und Gebrechen des Regimes auf und begehrte für das Land eine Teilnahme an der Leitung des Staates. Dieser unentwegte Ansturm erschütterte doch die Stellung, welche der Kaiser an sich zu solchen Forderungen einnahm. Daß er wenn auch noch so geringe Zugeständnisse, wie durch das Gesetz vom 19. Januar 1867 über Preßfreiheit und Versammlungsrecht machte, mußte als ein Zeichen des Rückzuges oder wenigstens des Wankens angesehen werden. Weit entfernt aber, daß die öffentliche Meinung sich dadurch hätte milder oder dankbar stimmen lassen, benützte man diese eingeräumten oder vielmehr als abgedrungen erachteten Rechte lediglich zum Widerstand gegen die Regierung. Es entstanden antikaiserliche Blätter in Menge, und in den Versammlungen überschüttete man das Regime mit Hohn und Spott, gepaart mit einer wahrhaft zersetzenden Kritik. Und diesen Angriffen, z. B. den frechen Spöttereien und Verhöhnungen eines Rochefort in seiner „Lanterne“, jubelte man laut und ungescheut zu; in zahllosen Exemplaren wurde sie im ganzen Lande verbreitet und gelesen. Was die zahlreichen Anhänger des Kaisers dagegen thaten, nahm sich schwach und schlecht genug aus und rief nur neuen Widerspruch hervor. Offen wurde der 2. Dezember als ein Verbrechen hingestellt. Am Grabe des Abgeordneten Baudin, der am 3. Dezember 1851 im Barrikadenkampfe gefallen war, wurde am Allerseelentage 1868 eine Demonstration veranstaltet und, als die Polizei ungeschickt eingriff, zu einem Denkmal für den Gefallenen öffentlich gesammelt. Der Minister Pinard suchte diesem Treiben durch gerichtliche Verfolgungen entgegenzutreten, erlitt aber infolge der aggressiven Verteidigungsreden der Advokaten und sogar zweier freisprechenden Urteile der Gerichte eine solche Niederlage, daß ihn der Kaiser

seines Amtes enthob. Ja selbst im gesetzgebenden Körper, der doch von dem redegewandten „Vicekaiser" Rouher sich bisher so gefügig hatte leiten lassen, wuchs der Widerspruch und der Widerstand. Als man die willkürlichen Ausgaben des Seinepräfekten Haußmann, des gewaltthätigen Verschönerers der Hauptstadt, bestehend in 465 Millionen Franken, nachträglich bewilligen sollte, da brach die Opposition ohne Rücksicht los und deckte die schmähliche Finanzwirtschaft, die zum Bankerott führen müsse, so schonungslos auf, daß die Regierung, nur um das persönliche Ansehen des Kaisers nicht preisgeben zu müssen, den Seinepräfekten opferte. So schwül wurde die Atmosphäre, daß Napoleon es für notwendig hielt, da die Neuwahlen bevorstanden, in eigener Person gewissermaßen der Nation ins Gewissen zu reden und sie zum Dank gegen seine Regierung zu mahnen, „welche Frankreich 17 Jahre der Ruhe und stets wachsender Wohlfahrt gegeben hat". Die beiden Gesetze über die Presse und das Vereinswesen hätten zwei grundverschiedene Wirkungen hervorgebracht: in gewissen Kreisen seien künstlich Aufregungen, Ideen und Leidenschaften hervorgerufen worden, welche man für erloschen angesehen habe. Aber „je mehr sich abenteuerliche und auf Umsturz bedachte Geister bemühten, die öffentliche Ruhe zu stören, desto tiefer wurde diese Ruhe". (Thronrede 18. Jan. 1869.)

Nichtsdestoweniger täuschte sich der Kaiser, wenn er durch solche Worte die Geister bannen zu können glaubte. Zwar ging auch diesmal aus den Wahlen (23. Mai 1869) eine kaiserlich gesinnte Majorität hervor, allein die Opposition war erschrecklich gewachsen; über 3 Millionen Stimmen hatten sich für sie erklärt, und ihnen standen nicht ganz 4½ Millionen regierungsfreundliche entgegen. Dazu kam, daß wieder die größten Städte ohne Ausnahme die Regierungskandidaten verworfen und damit ohne Zweifel eine Änderung des imperialistischen Systems verlangt hatten. „Die Frage — so faßte eine hervorragende Zeitung, „Die Presse", das Wahlergebnis zusammen — ist auf den Boden des persönlichen Regimes gestellt, und niemand ist mehr imstande, sie von diesem zu entfernen. Wenn eine langunterdrückte Nation, wie die unsere, endlich zum Selbstbewußtsein erwacht und klar das Ziel vor Augen sieht, das sie erreichen will, so giebt es nichts, was ihrem souveränen Willen widerstehen könnte." In Paris und St. Etienne kam es wiederholt zu Unruhen. Der Kaiser, entschlossen, sich nichts abtrotzen zu lassen, berief den gesetzgebenden Körper zu einer außerordentlichen Sitzung (28. Juni). Als dieser der Minister Rouher nur die Aufgabe zuweisen wollte, die Wahlen zu prüfen, trat eine starke Mittelpartei hervor, welche ein verantwortliches Ministerium forderte. Der aalglatte Rouher suchte durch

die gewagtesten Wendungen sich dieser Gefahr zu entziehen; man ließ sich von ihm nicht fangen. Da griff der Kaiser selbst wieder persönlich ein, er versprach allerlei Reformen, „die mit den Grundlagen der Verfassung verträglich" seien, und wollte gerne einzelne seiner Prärogative im öffentlichen Interesse opfern, aber — ein verantwortliches Ministerium stellte er nicht in Aussicht. Der Wechsel des Ministeriums, welchen der Kaiser vornahm, befriedigte die öffentliche Meinung nicht, obwohl sie mit Wohlgefallen den zähen Vicekaiser Rouher endlich scheiden sah; denn der Wechsel der Personen bedeutete noch keine Änderung des Systems, und darüber täuschte sich niemand. Zwar stand in felsenfester Treue der servile Senat zum Kaiser, aber diese meinungslose Gesellschaft genoß kein Ansehen in der Öffentlichkeit. Während der gesetzgebende Körper vertagt war, wurde nun, um die Unsicherheit der Lage zu vermehren, der Kaiser todkrank, und sein prahlender Kriegsminister, der Marschall Niel, starb. Niemand konnte sagen, wie die Verhältnisse sich gestalten würden. Es war ein Glück, daß der Kaiser die schwere Krankheit überstand; er führte doch noch besser als seine Helfershelfer alle die Zügel der Regierung. Kaum genesen ergriff er sie wieder und eröffnete die Kammern am 29. November mit einer Thronrede. „Frankreich — sagte er — will die Freiheit, aber die Freiheit im Bunde mit der Ordnung. Für die Ordnung stehe ich ein. Unterstützen Sie mich, die Freiheit zu erhalten, und um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir uns gleichweit von der Reaktion und von revolutionären Theorieen fernhalten." „Die direktere Teilnahme des Landes an seinen eigenen Angelegenheiten wird dem Kaiserreich neue Kraft verleihen. Die gesetzgebenden Versammlungen tragen fortan eine größere Verantwortlichkeit." Aus diesen Worten klang etwas heraus, das wie der Wille aussah, den Wünschen des Landes entgegenzukommen. Vielleicht wurde der Kaiser in diesem Entschlusse noch bestärkt durch die Enthüllungen, welche die Wahlprüfung zu tage förderte: das Ministerium hatte sich die schamloseste Beeinflussung zu schulden kommen lassen. Da entließ noch vor Jahresschluß (27. Dez.) der Kaiser das Ministerium (Forcade-Magne) und beauftragte den Abgeordneten Emile Ollivier mit der Bildung eines neuen. Nach dem Charakter und der Vergangenheit dieses Mannes bedeutete seine Ernennung ein Einlenken in die parlamentarische Regierungsform. Von Haus aus ein Republikaner hatte er seit 9 Jahren als Abgeordneter der Regierung seine Hülfe versprochen, wenn sie es unternehmen würde, das Kaisertum mit dem Rechte der französischen Nation zu versöhnen. Und im Gegensatz zu dem allgemeinen Chauvinismus der Franzosen behandelte er die Konsolidierung der italienischen und deutschen Verhältnisse

als ein unzweifelhaftes Recht dieser Nationen. Da Ollivier sich zu Genossen Männer wählte, die sich durch nichts in der Öffentlichkeit bloßgestellt hatten, so gab sich das leicht erregbare französische Volk den weitgehendsten Hoffnungen auf Besserung der staatlichen und bürgerlichen Verhältnisse hin. „Mir erscheint der 2. Januar 1870 (an welchem das neue Ministerium ernannt wurde) — schrieb ein gründlicher Kenner seiner vaterländischen Geschichte — als der größte Tag, den Frankreich gesehen seit jener Nacht des 4. August 1789, der Todesnacht des Feudalstaates; nach achtzig langen Jahren blutiger Wirren und noch betrübenderer geistiger Wirren der Versöhnungstag und zugleich die Geburtsstunde des freien, modernen Staates." Selbst Männer wie Thiers, Guizot, Dufaure begrüßten das Ministerium Ollivier als ein glückverheißendes, zumal als er am 24. Februar (1870) über das verhaßte System der offiziellen Kandidaten den Stab gebrochen hatte und am 22. März der Kaiser in einem offenen Briefe an den Minister sich mit der Revision der Verfassung vom J. 1852 einverstanden erklärte. „Heute — schrieb er — nachdem eine Folge von Umgestaltungen die Herstellung einer konstitutionellen Regierung herbeigeführt hat in Harmonie mit den Grundlagen des Plebiszits, ist es nötig .... alle die Reformen anzunehmen, welche die konstitutionelle Regierung des Kaisertums fordert." Freilich schwand der Jubel bald dahin. Die Verantwortlichkeit der Minister wurde dahin beschränkt, daß „sie nur vom Kaiser abhängen" und das Grundprinzip der neuen Verfassung blieb das Plebiszit. Der Streit über die Bedeutung desselben, ob „dynastisches oder parlamentarisches Plebiszit", nahm bald die größten Dimensionen an; er ergriff nicht bloß die Parteien, sondern entzweite auch das Ministerium. Schon im April traten wegen unüberwindlicher Meinungsverschiedenheit zwei Minister (Buffet und Daru) aus demselben aus. Zwar ergab das Plebiszit vom 8. Mai, in welchem das Volk die neue Verfassung, unter den beiden Schlagwörtern: „Freiheit und Frieden" zusammengefaßt, gutgeheißen hatte, eine überwiegende Majorität (7½ Millionen gegen 1½), aber die verheißenen Güter wollten sich nicht einstellen. Ollivier war wie mit einem Schlage umgewandelt, er trennte sich von seinen früheren Freunden und von seiner früheren Gesinnung in geradezu herausfordernder Weise und verhinderte mit aller Kraft die Erfüllung der Freiheitshoffnungen, die man auf ihn gesetzt hatte. Mit dem Herzog v. Grammont aber, der am 15. Mai die auswärtigen Angelegenheiten übernahm, trat ein Mann ins Ministerium ein, der vom verheißenen Frieden geradezu das Gegenteil suchte; nicht so, als ob er seine Kriegsgelüste irgendwie offen zur Schau getragen hätte, vielmehr gab sich das

Ministerium gleisnerisch den Anschein friedfertigster Gesinnung. „Niemals war der Friede gesicherter als in diesem Augenblick", sagte noch am 30. Juni Ollivier. Aber dies geschah nur, um zu täuschen. Unter sich hatten die leitenden Männer Frankreichs den Entschluß gefaßt, den innern Verwickelungen durch einen großen Krieg ein Ende zu machen. Gewissenlos und dreist rissen sie die Gelegenheit dazu vom Zaune, gehetzt von dem verblendeten Gramont, der auf Grund seiner Erfahrungen als Botschafter in Wien nicht bloß Österreich in den Kampf hineinzuzerren hoffte, sondern auch den sichern Abfall Süddeutschlands vom Norden in Aussicht stellte (s. den deutsch-französischen Krieg vom Jahre 1870). Das Seltsamste bleibt an dieser raschen Wendung der Dinge der Wandel, dem dabei scheinbar oder wirklich Napoleon selbst unterlag. Schon der Umstand, daß er der napoleonischen Überlieferung untreu sich von dem absoluten Regime abdrängen ließ, legte die Vermutung nahe, daß er nicht mehr der Alte war. In der That entsanken ihm allmählich die Zügel der Regierung: seine Jahre nahmen zu, seine Körperkraft, an die sein abenteuerliches Leben starke Zumutungen gestellt hatte, begann ins Wanken zu geraten; eine schmerzhafte Krankheit nagte an ihm. Dazu kam der Ehrgeiz und das intrigante Wesen seiner Frau. Sie wollte im eigenen und im Interesse ihres einzigen Sohnes die Dynastie erhalten, den napoleonischen Thron gefestigt wissen. Daß in den letzten Jahren das Prestige des Kaiserreichs und der Dynastie an vielen Stellen Abbruch und Einbuße erlitten hatte, machte sie ihrem Manne zum Vorwurf, weil er nicht mehr wie ehedem Gewalt an Gewalt setzte, sich in das Spiel verhandelnder und vermittelnder Diplomatenkunst zu arg eingelassen, Gewehr bei Fuß eine unerhörte Machtverschiebung in Europa, insbesondere durch das Emporkommen der preußischen Macht und des Hohenzollernhauses, schweigend zugegeben habe. Nur in der Rückkehr zum schroffsten Absolutismus, zum gewaltthätigen imperialistischen System erblickte sie eine Gewähr für das Kaiserreich. Ob dabei der bigotte Haß gegen den Protestantismus mitsprach, der durch die Erhöhung der evangelischen preußischen Macht in der Seele der Kaiserin heftig erregt worden sei, wie behauptet wurde, vermögen wir nicht mit Bestimmtheit zu sagen. Daß aber Eugenie, eng verbunden mit den imperialistischen Chauvinisten, fortwährend zum Kriege wider Preußen getrieben und auch alle Mittel der Überredung bei ihrem widerwilligen Gatten angewendet hat, ist eine unwidersprechliche Thatsache.

3. Kapitel. Das Königreich Italien und Rom bis zum Jahre 1870.

Das neue Königreich und seine Aussichten. Venetien und Rom. Garibaldi. Sein sicilianischer Zug. Gefecht bei Aspromonte. Garibaldis Gefangennahme. Rom und die französische Regierung. Die römische Frage. Florenz die neue Hauptstadt und die Septemberkonvention. Abwendung des drohenden Bankerotts. Der Schrecken in Rom. Die Encyklika und der Syllabus. Ihre Wirkung. Versöhnungsversuche mit der Kurie. Italien und Preußen. Unterhandlungen. Custozza und Lissa. Vereinigung Venetiens mit Italien. Abzug der französischen Truppen aus Rom. Einziehung der Kirchengüter. Konspirationen mit den Unzufriedenen in Rom und Garibaldi. Sein Handstreich auf den Kirchenstaat. Französische Truppen in Civitavecchia. Gefecht bei Mentana. Beschämung der italienischen Regierung. Aussichten Italiens infolge des Vatikanums und des deutsch-französischen Kriegs. Unerwartet glücklicher Ausgang.

Das neue Königreich Italien war Anfang der sechziger Jahre in einem durchaus unfertigen Zustande. Aber diejenigen waren doch schlechte Propheten, welche geflissentlich es immer wieder aussprachen, daß dieses neue Italien sich zu keinem gedeihlichen Wachstum noch zu gesunden Zuständen entwickeln, sondern wohl oder übel wieder zerfallen werde. So schnell ordnen sich die staatlichen Verhältnisse nirgends, als ungeduldige Freunde meinen oder unversöhnliche Widersacher fürchten, daß gleichsam über Nacht ein Volk aus tausendjährigem Zerfall und dem größten politischen Elend aufersteht. Cavour, der rücksichtslos in Allem auf seine Ziele lossteuerte, starb bald, nachdem er den Grundstein zu seinem Neubau gelegt und ihn selbst bis zu einer gewissen Höhe bereits gefördert hatte; seine Nachfolger besaßen nicht das gleiche Genie, wenn auch denselben guten Willen wie er, das Heil des Staates zu verfolgen und ihm eine feste innere Ordnung zu geben. Die widerstrebendsten Kräfte hinderten den ruhigen Entwickelungsgang der Dinge. Auf der einen Seite standen die Heißsporne, an ihrer Spitze Garibaldi, welche am liebsten die ganze Welt in ein Feuermeer verwandelt hätten, nur um ungesäumt in den Besitz von Venedig und Rom zu gelangen. Daran aber dachten diese fanatischen Unitarier nicht, daß durch ihr tolles Treiben die Regierung der Gefahr ausgesetzt wurde, in einen doppelten und sicherlich unglücklichen Krieg mit Österreich einerseits und Frankreich andrerseits hineingezerrt zu werden. Daß der österreichische Kaiserstaat Venetien sich werde leichterdings oder gar ohne Schwertstreich entreißen lassen, daran war doch ebensowenig zu denken, als daß die Kriegsmacht Italiens trotz aller Garibaldianer und Freiwilligen sich träumen lassen durfte,

den Doppeladler Österreichs im Felde besiegen zu können. Napoleon aber war nicht gesonnen, Nizza um des patriotischen Eifers der Italiener willen herauszugeben oder den Papst und Rom zu opfern. So lange beide von den französischen Bajonetten beschützt wurden, war es geradezu wahnsinnig, sich in der Hoffnung zu wiegen, daß eines Morgens wie durch ein Wunder die italienische Königsfahne auf dem Kapitol flattern werde. Hatte doch die Regierung alle Mühe, in Neapel und Sicilien ihre Autorität aufrechtzuerhalten. Zahllose Banden hausten im Namen des vertriebenen Königs „Franz II." allerorten; sie stahlen, sengten, brannten und mordeten; daß sie ihrem gemeinschädlichen Thun und Treiben ein königstreues Mäntelchen umhängten, reichte nicht hin, ihre Verbrechen in einem milderen Lichte erscheinen zu lassen. Wenn die Regierung diese Gesellen wie Diebe und Mörder ansah und ihnen, wo sie derselben habhaft werden konnte, das Los gemeiner „Brigantis" bereitete, so war sie in ihrem vollen Rechte.

Für das neue Königreich war die gesamte Lage eine schwere Prüfung. Wenn es demselben gelang, aus diesem verworrenen Labyrinth den rettenden Ausweg zu finden, so lieferte sie damit den besten Beweis des Rechtes ihrer Existenz. Sehr verschiedenartige Tugenden mußten seine Leiter zu üben verstehen: Mäßigung, Geduld, Ausdauer und Thatkraft, falls sie sich über Wasser halten wollten. Garibaldi vor allem, getragen von der Volksgunst und fortgerissen von einer glühenden, durch keine politische Besonnenheit gezähmten Vaterlandsliebe, ließ sich zu unverantwortlichen Streichen hinreißen, welche der Regierung die ärgsten Verlegenheiten bereiteten und sie wider Willen zwangen, ihm das gefährliche Handwerk zu legen. Im Sommer 1862 war er in Sicilien gelandet und willens, von dort aus die Nation aufzuwiegeln und gegen Rom zu führen — ein wahnwitziges Unterfangen, das selbst die ergebensten Waffengenossen Garibaldis mißbilligten, und vor dem Regierung und Parlament eindringlichst warnten. Aber was half das einem so waghalsigen Hitzkopf gegenüber, wie es Garibaldi war, der weder auf Bitten noch Warnungen hörte? Anfang August begann er mit seinen Freiwilligen den Zug auf der Straße nach Messina; königliche Truppen folgten ihm, darauf angewiesen, ihm den Einzug in diese Stadt zu verwehren. Über Neapel und Sicilien wurde der Belagerungszustand verhängt. Garibaldi aber, der mit den königlichen Truppen zusammenzustoßen vermeiden wollte, zog in Catania ein und setzte von dort, entschlossen, „in Rom als Sieger einzuziehen oder unter seinen Mauern zu sterben", mit 2000 Freiwilligen nach der Südspitze des italienischen Festlandes über, wo er in Melito landete. Es war klar, daß die Regierung

um jeden Preis diesem sinnlosen Abenteuer sich entgegenstemmen mußte: sie konnte nicht länger Nachsicht und Geduld üben. General Cialdini, der den Oberbefehl über die königlichen Truppen führte, war des festen Willens, die ganze Schar mit ihrem Führer aufzuheben. Da Garibaldi auf Reggio, als er es von Cialdini besetzt sah, nicht losging, sondern sich in die Berge zurückzog, wurde ihm der Oberst Pallavicino mit seinen Piemontesen nachgeschickt, worauf es bei Aspromonte aus noch unaufgehellten Gründen, obwohl beiderseits Befehl gegeben war, jede Feindseligkeit zu vermeiden, doch zum Feuern kam. Einige von den Freiwilligen wurden dabei erschossen und Garibaldi, den eine Kugel verwundet hatte, mit den Seinen gefangen, auf einem Dampfer nach Spezzia gebracht und auf der Insel Palmeria auf dem Fort Varignano eingesperrt (3. Sept. 1862). Garibaldi verlor durch diesen unbesonnenen Streich viele Sympathieen in und außer Italien. Die Regierung aber war freilich weit entfernt, mit ihrem Vorgehen gegen Garibaldi andeuten zu wollen, daß sie auf Rom verzichte. Um jeden Zweifel darüber auszuschließen, erklärte sie am 10. September in Paris: „Die ganze Nation verlangt nach ihrer Hauptstadt". In Frankreich war man anders gesinnt: rundweg erklärte das Ministerium als Antwort auf dieses Begehren, daß in dieser Angelegenheit „jede Diskussion unnütz und jeder Versuch einer Vermittelung gewagt" sei; dessenungeachtet gestand auch der französische Minister wenigstens der englischen Regierung (Dep. vom 25. Nov.), „daß unsere Absicht immer noch die sei, der Besetzung Roms ein Ende zu machen, sobald wir es thun können, ohne den uns anvertrauten Interessen zu schaden". Mittelbar deutete der letzte Satz die Schwierigkeit, welche die römische Frage auch für Frankreich hatte, an; denn Napoleon hatte vor allem auf die Stimmung eines großen Teils der eigenen Bevölkerung Rücksicht zu nehmen; gut katholisch, wie sie war, nahm sie für den Papst lebhaft Partei und der Kaiser Napoleon hielt es nicht für geraten, sich durch eine Begünstigung der „italienischen Revolutionsregierung" — wie das neue Italien allgemein von den Katholiken gescholten wurde — allzuweit mit derselben einzulassen. War bisher die französische Regierung häufig in den Papst gedrungen, den ihm verbliebenen Rest des Kirchenstaates an die Sache der Kurie durch zeitgemäße Reformen zu ketten und einen Ausgleich mit dem Königreich Italien zu suchen, was stets von Rom aus abgelehnt wurde, so mutete sie von jetzt ab dem italienischen Ministerium zu, seinerseits Vorschläge darüber zu machen, wie dasselbe die schwebende Frage am besten zu regeln und den Papst versöhnen zu können meine. So sehr die heißblütige Aktionspartei auch drängte, die Regierung konnte unmöglich sich

überstürzen: sie hatte die Hände voll zu thun, die Verwaltung des schon Gewonnenen in Ordnung zu bringen und die vielen widerstrebenden Elemente zu zwingen, sich den Verhältnissen zu fügen. In den ehemaligen päpstlichen Landesteilen lehnte sich die Bevölkerung gegen die Konskription auf; das Brigantenunwesen im Neapolitanischen dauerte trotz Strenge und Militär, das dagegen aufgeboten wurde, immer noch fort; in Sicilien wollte es nicht gelingen, der anarchischen Umtriebe Herr zu werden. Dazu kam, daß die Staatseinnahmen mit den Ausgaben sich nicht in Einklang bringen lassen wollten: ein jährliches Defizit von 300 Millionen Franken gähnte wie ein alles verschlingender Abgrund der Regierung und dem Parlament entgegen; fürwahr keine günstige Lage, in der sich das junge Königreich befand.

Dennoch sollte es einen Schritt zur Besserung und Klärung vorwärts gehen. Warum Napoleon von freien Stücken im Juli 1864 auf die römische Frage zurückkam und die Räumung Roms in Aussicht stellte, falls Italien genügende Bürgschaften für die Sicherheit des Papstes zu bieten imstande sei, ist nicht mit aller Bestimmtheit anzugeben; aller Wahrscheinlichkeit nach ist der Grund in den anderweitigen politischen Verwickelungen Frankreichs zu suchen. Genug, die Verhandlungen zwischen Turin und Paris gerieten wieder und zwar auf französischen Antrieb hin in Fluß. Italien bot im wesentlichen dreierlei an: 1) die Respektierung des päpstlichen Gebietes, 2) die Einwilligung zur Bildung einer regelmäßigen päpstlichen Armee und 3) die Übernahme eines Teils der römischen Staatsschuld für das abgerissene Gebiet. Mit diesen schon öfter gemachten Anerbietungen war die kaiserliche Regierung nicht einverstanden, sie verlangte mehr. Nun schlug man auch die Verlegung der Hauptstadt von Turin nach Florenz vor. Darüber und über den Räumungstermin, d. h. den Zeitraum, innerhalb dessen Frankreich seine Truppen aus Rom zurückziehen sollte, schwebten längere und resultatlose Verhandlungen. Dem Könige Viktor Emanuel fiel es besonders aufs Herz, sein getreues Piemont, das seine Heimat und sein Stammland war, zu verlassen und Turin auf die Stufe einer Provinzialstadt herabzusetzen. Allein er konnte nach reiflichster Überlegung die Überzeugung nicht unterdrücken, daß dieses Opfer nicht zu umgehen sei. Nur dadurch, daß er in diesem Punkte der Regierung nachgab, kam die Konvention zwischen Frankreich und Italien am 15. September zum Abschluß. In derselben verpflichtet sich Italien, das gegenwärtige Gebiet des Papstes nicht anzugreifen, die Bildung einer päpstlichen Armee nicht zu verhindern und einen verhältnismäßigen Anteil der Schuld der früheren Kirchenstaaten auf sich zu nehmen (Art. 1, 3 und 4), während Frankreich ver=

spricht, innerhalb zweier Jahre seine Truppen nach Maßgabe der Reorganisation der päpstlichen Armee zurückzuziehen (Art. 2). In einem geheimen Protokoll wurde die Rechtsbeständigkeit der Konvention an die Bedingung geknüpft, daß der König von Italien innerhalb 6 Monaten seine Hauptstadt „in eine später durch den König zu bestimmende Stadt" verlege. In Turin erregte das Bekanntwerden der Konvention einen Aufstand. Der König, über die Ungeschicklichkeit des Ministeriums aufgebracht, entließ dasselbe und stellte den General La Marmora an die Spitze der Geschäfte. Es gelang diesem, Turin zu beruhigen und mit dem sofort einberufenen Parlament, welches übereinstimmend mit den Gesinnungen des Landes bewunderungswürdige Opferwilligkeit an den Tag legte, ein glückliches Abkommen zu treffen. Um den drohenden Staatsbankerott zu verhüten, bewilligte das Parlament auf die offene Darlegung des Finanzministers Sella hin die vorgelegten Steuergesetze und das Land wetteiferte förmlich darin, der Regierung ihre schweren Sorgen wegen der Finanznot zu erleichtern, ein Zeichen, daß die Hoffnungen derer, welche dem jungen Königreich keine Dauer zusprachen, kaum in Erfüllung gehen würden. Nebendem wurde beschlossen, daß die Residenz des Königs und der Sitz der Regierung nach Florenz zu verlegen sei. Selbst die Piemontesen ertrugen mit Resignation das unvermeidliche Geschick. Solche patriotische Einsicht und Gesinnungstüchtigkeit hatte niemand den Italienern zugetraut; das flößte Bewunderung und Beifall auf der einen, Schrecken und Entsetzen auf der andern Seite ein. Ein Volk, welches sich schwierigen Zeitläuften so gewachsen erwies aus Freude über seine gewonnene Einheit, war zweifellos stark und tüchtig genug, selbst die ernstesten Schicksalsproben zu bestehen.

In Rom wirkten diese Erfahrungen und Schlüsse niederschmetternd, man fühlte dort den Boden unter den Füßen wanken: offenbar waren die Tage der weltlichen Herrschaft gezählt. Das erschien um so sicherer, sobald Frankreich von der Kurie seine Hand abzog. Und letzteres stand demnächst bevor gemäß der Konvention, die ohne Wissen und Willen des Papstes abgeschlossen worden war. Wer sollte noch die Revolution bändigen und von der heiligen Stadt abhalten, wenn Napoleon es nicht mehr that? In Wahrheit erklärten die beiden katholischen Mächte Österreich und Spanien, daß sie nach dem Abzug der Franzosen nicht imstande seien, den Schutz des Papstes zu übernehmen. Trotzdem fügte man sich in Rom keineswegs mit Gelassenheit in das unabwendbare Geschick. Im Gegenteil, der Papst griff zu den alten Waffen und schleuderte von seinem Stuhl herab das Verdammungsurteil über Zeit und Welt, die im Irdischen und Himmlischen sich von der Wahrheit

entfernt habe und sich nicht scheue, an Altes und Ehrwürdiges die Hand anzulegen. Am 22. Dezember 1864 erließ Papst Pius IX. eine lange vorbereitete Encyklika an die gesamte katholische Christenheit der Erde, ein umfangreiches und schwer zu charakterisierendes Aktenstück. Im ersten Teil desselben verwarf und verdammte er die gesamte geschichtliche Entwickelung, welche seit der Reformation eingetreten war, den modernen Staat, den Wahnsinn der Gewissens- und Kultusfreiheit, den modernen Geist der Erziehung und des Unterrichts, das Einspruchsrecht des Staates gegen kirchliche Lehrsätze. Im zweiten Teil, dem Syllabus, wurden in ziemlich bunter Mischung die Irrlehren der Zeit, die der Papst verdammt, in 80 Sätzen aufgezählt; am wichtigsten sind diejenigen unter ihnen, in welchen es sich um das Verhältnis zwischen Kirche und Staat handelt. Alle mittelalterlichen Ansprüche sind wieder erhoben, jede Neuerung wird als gottlose Sünde hingestellt und verworfen. Die Völker außerhalb Italiens hörten diese scharfen Zornesworte mit Aufmerksamkeit, aber mit derjenigen unbeteiligter Zuschauer. Selbst da, wo die Ergebenheit gegen die römisch-katholische Kirche die gläubigen Massen beseelte, wie in Österreich und Spanien, und die katholische Kirche sich einer unangefochtenen Herrschaft erfreute, erkannte man, daß das Staatswesen sich vielfach auf den verdammten Irrwegen fortbewegte und entwickelte, sah man ein, daß eine Rückkehr zu dem päpstlichen Ideal durch die Thatsachen ausgeschlossen sei. Indem diese päpstliche Encyklika allem, was im Völkerleben geworden war, das Recht der Existenz absprach und von der Welt die Umkehr zu ausgelebten und abgethanen Lebensformen verlangte, schoß sie weit über das Ziel hinaus und vernichtete selbst ihre Wirkung. Ja, sie erregte sogar in den ergebenen Gemütern Zweifel darüber, ob auf diesem Wege das geistliche Oberhaupt der katholischen Kirche seines Hirtenamtes im rechten Sinne walte: die Maßlosigkeit solcher Forderungen stieß selbst die Freunde des päpstlichen Stuhles vor den Kopf. In Frankreich z. B. zeigte der Staat nicht wenig Lust, gegen die Encyklika sich zu verwahren. Jedenfalls traf sie dort am wenigsten, wohin sie zunächst gerichtet war: in Italien. Abgerechnet so laute Äußerungen der Mißbilligung, wie die öffentliche Verbrennung der Encyklika im Hofe der Universität zu Neapel, beruhigte man sich bald darüber. Die italienische Regierung ging sogar soweit, ihr die königliche Genehmigung der Veröffentlichung (Exequatur) zu erteilen „vorbehaltlich der Rechte des Staates und der Krone und ohne irgend einen der darin enthaltenen Vorschläge anzuerkennen, welche den Grundsätzen der Einrichtungen und der Gesetzgebung des Landes zuwider sind". Durch dieses kluge Verhalten brach sie dem feindlichen Geschoß vollends die Spitze ab.

Selbst in Rom fühlte man das. Am 6. März 1865 suchte daher der Papst durch ein eigenhändiges Schreiben an den König Viktor Emanuel eine Verständigung wenigstens in einzelnen Fragen anzubahnen, weil die Regierung gezeigt hatte, daß sie sich durch die Encyklika nicht hatte abhalten lassen, ihren Weg weiter zu verfolgen. Wichtige Vorlagen: die Einführung der Civilehe, die Abschaffung der Todesstrafe, die Aufhebung der Klöster, die Säkularisation der geistlichen Güter waren dem Parlamente gemacht, die Hauptstadt war infolge beleidigender Vorgänge rasch am 3. Februar nach Florenz verlegt worden. Weil man auch in Rom einsah, wie viel dabei auf dem Spiele stand, hatte sich der Papst an den König gewendet. Dieser zögerte nicht entgegenzukommen, soweit die Rücksicht auf den Staat es gestattete. Ein eigener Unterhändler, der Vertraute des Königs, Vegezzi, wurde nach Rom geschickt. Anfangs gewann die Hoffnung Raum, daß die Verhandlungen nicht erfolglos verlaufen würden, aber gar bald trat die Unversöhnlichkeit der Gegensätze zu Tag und man brach ab. Trotzdem ließ auch jetzt noch die italienische Regierung ihre Neigung zu einer Verständigung sehen, indem sie einer Anzahl von Bischöfen, die sie wegen Widerspenstigkeit aus ihren Diözesen hatte entfernen müssen, gestattete zurückzukehren: erwidert wurde dieses Entgegenkommen von der Kurie in keiner Beziehung. Die italienische Nation mußte sich in Geduld trösten, daß ihre „Geschicke sich erfüllen“ würden, wie ihr König sich auszudrücken pflegte.

Wie das geschehen sollte, mußte die Zukunft lehren. Ein Trost lag für Italien in der Wahrnehmung, daß ein benachbartes Land in der nämlichen Sorge um die Neugestaltung seiner politischen Verhältnisse schwebte: Deutschland. Die deutsche Frage stand seit geraumer Zeit auf der Tagesordnung und ihre Lösung erschien mindestens gleich schwierig. Hier und dort stand Österreich im Wege und war Willens, sowenig von Italien wie von Deutschland die Hand zu lassen, was im ersteren Lande das Haus Savoyen, im letzteren das Haus Hohenzollern mit allen Kräften erstrebte. Das gleiche Ziel, derselbe Gegner wiesen von selbst die beiden Regentenhäuser aufeinander an. Bismarck hatte zuerst den Hebel an diesem Punkte angesetzt und mit Italien Verbindungen angeknüpft, welche im Falle eines Krieges, auf den zumal in Deutschland seit dem schleswig-holsteinischen Kriege die Dinge mehr und mehr hinausliefen, zu gegenseitiger Unterstützung führen sollten. Es war das unmittelbar zuerst nach dem Gasteiner Vertrag geschehen. Als die italienische Regierung dennoch im nämlichen Augenblick von ihren Finanznöten gedrückt Ersparungen durch Verminderung der Ausgaben für das Heer erzielen wollte, machte sie Bismarck, dessen ahnungsvoller Geist die

entscheidenden Kämpfe der nächsten Zukunft voraussah, darauf aufmerksam, daß hiefür der gegenwärtige Zeitpunkt unrichtig gewählt sei. In Florenz ließ man sich diesen Wink ohne Widerspruch gefallen. Bereits war das Jahr 1866 ins Land gezogen; in der Luft häufte sich die Gewitterschwüle, deren Druck unschwer jedermann empfand. Anfangs April schickte La Marmora den General Govone nach Berlin, um thatsächlich, wenn auch nicht ausgesprochenermaßen, eine Allianz mit Preußen und die daraus sich ergebenden militärischen Maßnahmen zu verabreden. Obwohl Bismarck sich nur auf die Bedingung, Venetien zu erwerben, einließ, dagegen Wälschtirol nicht zugestand, so kam man doch überein. Den Italienern blieb nichts übrig, als damit zufrieden zu sein: sie konnten es desto mehr, als der jetzt ausbrechende Krieg ihnen durch ein glückliches Los die schöne Provinz Venetien in den Schoß warf, obschon sie zu Wasser und zu Land geschlagen wurden. Sie verdankten diesen unverdienten Glücksfall einzig den preußischen Siegen. Der Eigensinn La Marmoras brachte die begeisterten Italiener um die Ehre eines kriegerischen Erfolges. An Begeisterung und patriotischem Opfersinn hatte es allerdings die italienische Nation nicht fehlen lassen. Einstimmig wurden die Mittel für den Krieg gegen Österreich bewilligt. Neben der Armee sammelte sich ein Freiwilligenkorps von 20 Bataillonen unter General Garibaldi, und als nach den oben bereits geschilderten vergeblichen Versuchen, den Waffengang zwischen den beiden deutschen Großmächten zu verhindern, Preußen den Krieg erklärte, da folgte alsbald seitens Italien „getreu den Verpflichtungen" ebenfalls die Kriegserklärung. Die Niederlage von Custozza brachte Italien infolge seiner Waffenverbrüderung mit Preußen die Provinz Venetien, aber das Trentino konnte nicht erworben werden; Preußen ging nicht darauf ein, die verlorene Seeschlacht von Lissa rechtfertigte dies genügend: man sah in Florenz ein, daß die außerordentliche Gunst des Geschickes nicht durch übermäßige Forderungen verscherzt werden dürfe. Die Neuerwerbung vermehrte nur die Arbeit, während die übrigen Verhältnisse des Königreichs noch weit von der wünschenswerten Festigkeit entfernt waren.

Am meisten machte der unbotmäßige Süden der Regierung zu schaffen. Die extremsten Parteirichtungen verbanden sich dort zum gemeinsamen Kampf gegen sie. Mazzinisten und Brigantenbanden wagten es sogar, im September (1866) Palermo zu überrumpeln und dort eine eigene Regierung aufzurichten, die mit den Waffen niedergeschlagen werden mußte. Diese Störungen waren immerhin betrübender Art in einem Augenblick, wo die Nation sich beglückwünschen konnte, einen so bedeutungsvollen Schritt zu ihrer Einigung gethan zu haben, und mit dem König

über die Erwerbung Venetiens jubelte. Seine Worte, die er am 4. November den venetianischen Abgeordneten deshalb aussprach, flossen aus einem dankbewegten und zuversichtlichen Herzen: „Heute hat die Fremdherrschaft ein Ende. Italien ist gemacht, aber nicht vollendet. Die Italiener müssen es verteidigen und groß machen."

Die römische Frage sollte vorerst unerörtert bleiben; soviel es auf sie ankam, wollte die Regierung ihre vor Europa gegebene Zusage, sich nicht zwischen die Päpste und die Römer zu mischen, treulich halten, keine Agitationen in dieser Richtung dulden, sondern es „von der Wirksamkeit des Nationalprinzips erwarten, daß dieses den unfehlbaren Triumph der Rechte Italiens herbeiführe". Im Verfolg dieser Anschauungen versuchte der König nicht nur aufs neue mit der Kurie ins Benehmen zu treten, sondern er unterzeichnete auch am 7. Dezember eine Konvention mit Frankreich, welche den Anteil des Königreichs an der römischen Schuld regelte. Darnach hatte Italien für einmal eine Summe von rund 20½ Millionen Franken und eine jährliche Schuldenrente von rund 18½ Millionen Franken zu entrichten. Feierlich versicherte der König vor der ganzen Nation, daß seine Regierung das päpstliche Gebiet achten werde. Napoleon zog infolgedessen am 11. Dezember seine Truppen vollständig aus Rom zurück. Statt der französischen wurde die päpstliche Fahne auf der Engelsburg aufgezogen. Der Papst mochte nun zusehen, ob er aus eigener Kraft seine Selbständigkeit behaupten, der König Viktor Emanuel, ob er die leidenschaftliche Begierde vieler Tausende, welche um Rom stürmischer als um eine Braut warb, davon zurückhalten könne.

Thatsächlich wollte sich das Verhältnis zur Kurie nicht freundlicher gestalten, obwohl die italienische Regierung durch Tonello dies versuchen ließ. Im Grunde wollte der Papst von nichts anderem etwas wissen, als von der Rückgabe der geraubten Provinzen. Daran konnte niemand im Ernste denken. Und so nahm in Rom die Gereiztheit nur zu, als die italienische Regierung sich anschickte, endlich einmal mit dem Parlament ein Gesetz über die Verwendung der Kirchengüter zustande zu bringen. Dies war eine schwere Arbeit, welche fast ein halbes Jahr kostete und das Ministerium des besonnenen und gemäßigten Ricasoli zum Fall brachte. Nach verschiedenen Plänen und Entwürfen, die auftauchten und verworfen wurden, siegte Rattazzi, der neue Minister, mit seinem radikalen Vorschlag, das gesamte Kirchengut durch den Staat einzuziehen. Aus dem Kirchenvermögen sollten zuvörderst 400 Millionen zur Tilgung der Staatsschulden weggenommen werden; das übrige verwaltet der Staat und bestreitet daraus die kirchlichen Bedürfnisse, in-

sonderheit den Gehalt der gesamten Geistlichkeit. Dieses Gesetz fand Ende Juli die Genehmigung des Parlaments. Muß man zugeben, daß dasselbe immerhin der Meinung derjenigen am meisten entsprach, welche der Kirche und Kurie am feindseligsten gegenüberstanden, so kann man doch nicht in Abrede stellen, daß diese heikle Frage der Revision der Güter der toten Hand nur so befriedigend gelöst wurde. Wenigstens hätte Rattazzi allen Vorwürfen damit entgegnen können, daß man in früheren Zeiten, zur Zeit der deutschen Reformation, dann in der französischen Revolution und am Anfang des 19. Jahrhunderts, als man in Deutschland den kirchlichen Besitz säkularisierte, noch schonungsloser mit dem Kirchenvermögen umgegangen sei, als er es gethan habe. Gewissensbedenken hätten Rattazzi nicht abgehalten; vielleicht trug aber die Humanität des Zeitalters zur thunlichsten Milde bei, indem sie verbot, den Gewaltschritten wenigstens den Anstrich früherer Roheiten zu geben. Auch hätte König Viktor Emanuel kaum ein solches Verfahren mit seinem Namen gedeckt.

Allerdings war eigentlich sein Einfluß auf die Geschäfte nicht groß. Die Monarchie hing von der parlamentarischen Mehrheit, die in diesem Getriebe unfester Formen rasch wechselte, so völlig ab, daß sie dieser meistenteils auch die Verantwortlichkeit der Regierung und ihrer Maßnahmen zuschieben mußte. Deshalb lösten auch die Ministerien in rascher Folge einander ab. Es gab nicht lauter Männer von dem Schlage Rattazzis, der um die Mehrheiten warb, und statt von starken Grundsätzen sich lieber von dem Einflusse der eben mächtigen Parteien leiten ließ. Bei dem Kirchengütergesetz war ihm dies Verfahren zum Glücke ausgeschlagen; vermittelst der linken Parteien hatte er den Sieg davongetragen. Als nun fast gleichzeitig wieder der begehrliche Ruf nach Rom sich vernehmen ließ, der eben von jener Seite und der von ihr geführten Masse ertönte, da kam Rattazzi mit seinem Bestreben, es allen recht zu machen und das Unversöhnliche zu versöhnen, in die schwierigste Stellung.

In Rom selbst gab es eine große Partei solcher, welche mit dem päpstlichen Regiment unzufrieden die Vereinigung mit Italien sehnlichst wünschten. Im Vatikan wußte man das wohl, aber man fürchtete sich nicht, so lange man eine Truppe von 10000 Mann, die aus aller Herren Ländern geworben und bereit war, ihren Herrn zu verteidigen, zur Verfügung hatte. Allein Garibaldi stand mit den Unzufriedenen in Rom in Verbindung und plante im Verein mit ihnen der verhaßten päpstlichen Herrschaft gewaltsam ein Ende zu machen. Das lief freilich dem feierlich verpfändeten Wort des Königs zuwider; aber es handelte sich darum, ob Rattazzi für dasselbe mit gebührendem Ernste eintreten

und alle Umtriebe schon im Keime ersticken würde. Von Rattazzi war das nicht zu erwarten. Vielmehr begannen vor seinen Augen Agitationen, welche zu gefährlichen Ausschreitungen und aller Wahrscheinlichkeit nach zum Bruche mit Frankreich führen mußten. Bei Garibaldi waren auf seinem Eilande Caprera noch im Jahre 1866 Abgeordnete der römischen Aktionspartei erschienen, die ihn flehentlich baten, er möge Rom befreien. Das Naturell Garibaldis ließ solchen patriotischen Aufforderungen gegenüber wenig Bedenken zu: er betrachtete es nun einmal als seine Aufgabe, um jeden Preis der Nation auch noch ihre natürliche Hauptstadt zurückzugeben. Mit unwiderstehlicher Gewalt packte ihn jetzt wieder dieser Gedanke. Er verließ Caprera, zog nach Norditalien und wiegelte dort durch die leidenschaftlichsten Reden das Volk wider Papst und Klerus unter den Augen der Regierung auf. Sie wagte es nicht, dem Treiben Garibaldis ein Ende zu machen; nur ließ sie die italienische Flotte nach Gaeta segeln, um eine Landung Freiwilliger auf römischem Gebiete zu verhindern. In Frankreich betrachtete man diese Vorgänge mit berechtigtem Ärger: Napoleon konnte es nicht dulden, daß man so mit dem gegebenen Worte umspringe; auch seine Ehre war in dieser heikeln Angelegenheit mit im Spiele. Er warnte und drohte, ohne rechten Erfolg; Rattazzi suchte in Paris, wohin die große Ausstellung Fürsten und Völker der ganzen Welt versammelt hatte, zu beschwichtigen. Gegen Garibaldi und seinen wachsenden Anhang aber that er immer noch keinen entscheidenden Schritt. Erst als dieser im September 1867 sich sogar der römischen Grenze nahte und einzelne Freischaren schon dieselbe überschritten, wurde er am 24. September in Asinalunge gefangen genommen und nach Alessandria verbracht, von wo man ihn schon nach einigen Tagen nach Caprera entließ. Kriegsschiffe sollten ihn dort überwachen. Allein die Sache war schon zu weit vorgerückt. Die Verhaftung Garibaldis schürte erst recht jene patriotische Leidenschaft, deren Verkörperung und Held der revolutionäre General war. Durch ganz Italien erscholl wieder das Wort von der Befreiung Roms; ob diese Losung sich im Einklang mit den eingegangenen Verpflichtungen befand oder nicht, darum kümmerte sich die erregte Masse nicht. Rattazzi konnte die Geister, die er wenigstens stillschweigend hatte rufen lassen, jetzt nicht mehr bannen. Trotz der Kriegsschiffe, welche vor Caprera kreuzten, verstand es Garibaldi heimlich seine Insel auf einem Kahne zu verlassen. Als nun Rattazzi seine Entlassung nahm, ohne daß sich sofort ein Mann fand, der seine gefährliche Erbschaft übernehmen wollte, schoß die Bewegung erst recht ins Kraut. Garibaldi wagte es sogar, persönlich in Florenz zu erscheinen und von dort mit einem Extra-

zuge an die römische Grenze zu fahren (22. Oktober 1867). Zahlreiche Scharen und sein Sohn warteten dort auf ihn, ihren Übertritt auf das päpstliche Gebiet konnten die italienischen Regierungstruppen, von denen Rattazzi der Welt gesagt hatte, daß sie 50000 Mann betrügen, während sie nur 14000 Mann zählten, in ihrer langen Ausdehnung nicht leicht verhindern. Garibaldi setzte sich an die Spitze seiner Getreuen. In Rom brach ein Tumult aus, den die päpstliche Schar blutig niederdrückte. Garibaldi rückte weiter vor, am 26. Oktober erstürmte er Rotondo, das nur wenige Stunden von Rom entfernt war, am 29. stand er hart vor den Thoren der Stadt. Sie war verloren, wenn nicht im letzten Augenblick Frankreich dem Papste zu Hülfe kam. Diese letzte Hoffnung täuschte den hartbedrängten Pius nicht. Am 28. Oktober waren endlich nach manchem Schwanken in der Haltung der Regierung Napoleons französische Truppen vor Civitavecchia angelangt, am 30. zogen ihre Spitzen in Rom ein. Rom war gerettet, Garibaldi verloren. Auch die italienische Regierung trat jetzt, geführt von einem neuen Ministerium, gegen ihn in die Schranken. Regierungstruppen waren ihm auf römisches Gebiet gefolgt. Garibaldi mußte sich zurückziehen; er wollte dies nicht in der Richtung thun, wo diese standen. So fügte es sich, daß er bei Mentana mit der päpstlichen Armee, die ihm nachrückte und durch eine Brigade Franzosen verstärkt war, zusammenstieß. Die päpstlichen Truppen waren schon nahe daran zu unterliegen, als die Franzosen eingriffen und ihre neuen Hinterlader, die Chassepotgewehre, die „Wunder von Mentana wirkten“. Viele Garibaldianer fielen, der Rest wurde gefangengenommen und nach Rom geführt. Garibaldi selbst entzog sich im letzten Augenblick durch die Flucht diesem Geschick. An der Grenze aber wurde er verhaftet und wieder nach Varignano auf Palmiera gebracht.

Dem Kaiser Napoleon war die ganze Angelegenheit sehr unerwünscht gekommen; allein er konnte unmöglich dem Zuge Garibaldis regungslos zusehen. Die römische Frage war jetzt erst recht unerledigt. Napoleon ließ einen Teil seiner Truppen in Civitavecchia, das stark befestigt wurde. Sein Versuch, mit dem Mittel einer europäischen Konferenz zu helfen, verfing nur bei zwei Mächten, bei Spanien und Österreich, die übrigen lehnten die Zumutung ab, und die Konferenz wurde nicht gehalten. Für Italien lag freilich in dem Umstande, daß Napoleon den Papst vor den Überfällen eines leidenschaftlichen Patriotismus durch eine erneute Besatzungstruppe schützte, eine empfindliche Demütigung im Angesicht von ganz Europa. Von Frankreich hing Italien offenbar ab. Napoleons Wille hielt die Nation von Rom zurück; auf seinen

Befehl mußte sie sich die sonst so leichte Erfüllung ihres heißesten Wunsches versagen. Andrerseits gereichte es auch dem jungen Königreich zu keinem Ruhme, daß es nicht mit eigener Macht jene wilden und kopflos vorstürmenden Elemente im Zaum halten konnte, welche doch die Ehre der Regierung und ihre Autorität in heilloser Weise vor aller Welt bloßstellten. An dieser Schwäche war zum guten Teil die parlamentarische Regierungsform schuld: indem die Mehrheiten in der Kammer und das Übergewicht der Parteien rasch wechselten und in diesen wirbelnden Strudel fortwährend die Ministerien hineinzogen, konnte kaum, wie es notwendig gewesen wäre, die Regierung erstarken. Nichts ist für das öffentliche Wohl verderblicher, als der übermäßige Verbrauch der staatsmännischen Kräfte. Man darf nicht meinen, daß sie leicht zu beschaffen sind. Auch Italien hatte keinen Überfluß daran. Und gerade solche Männer, die befähigt waren, wie z. B. der Finanzminister Cambray-Digny, wurden gar oft gezwungen, vom Steuerruder des Staatswesens zurückzuweichen, weil den Parteien des Parlaments ihre Vorschläge mißfielen oder sie mußten, um sich zu halten, ihre bessere Einsicht verleugnen.

In einem Punkt aber hatte das junge Königreich entschieden Glück. Seine Gebrechen und Schäden wurden stets durch neue erschütternde Bewegungen, welche in den Vordergrund der Zeitereignisse traten, der Aufmerksamkeit entzogen. Und nicht genug damit: diese Bewegungen brachten Italien über sein Vermögen und eigenes Können ungeahnten Vorteil. Beim rechten Lichte betrachtet, verdankte es Frankreich den Besitz der Lombardei und Preußen den von Venetien. Schicksalsschwanger nahte das Jahr 1870: es barg in seinem Schoße zwei Ereignisse von unberechenbarer Tragweite: das vatikanische Konzil und den deutsch-französischen Krieg. Auf dem ersteren stellte das Papsttum mit einer unglaublichen Kühnheit eine Lehre auf, wornach die ganze Welt im letzten Grunde schweigend den Befehlen des römischen Statthalters Christi zu gehorchen hatte und jeder Widerspruch dagegen als ein Aufruhr gegen die höchste gottgesetzte Autorität gebrandmarkt wurde. Durch den deutsch-französischen Krieg aber suchte Napoleon die wankende Vorherrschaft Frankreichs in Europa wieder völlig herzustellen und Deutschland in den seit Jahrhunderten gewohnten Zustand politischer Schwäche zurückzuschleudern. Gehorsamte die katholische Welt widerspruchslos dem erweiterten, durch ein Konzil gutgeheißenen Machtanspruch des Papstes, so konnte dieser durch die Hinweisung, daß für die Unabhängigkeit seines Hirtenamtes seine weltliche Herrschaft eine unabweisliche Notwendigkeit, ein Gottesgesetz sei, von den katholischen Mächten schirmenden Beistand dringend heischen und diese der italienischen Sehnsucht nach ihrer Haupt-

stadt unmittelbar vor den Mauern derselben ein gebieterisches: „Bis hieher und nicht weiter!" zurufen. Und wenn Napoleon die deutsche Nation niederwarf, indem er Preußen schwächte, den deutschen Mittelstaaten böse Gesetze vorschrieb und sie vielleicht gar in ein dem Rheinbund ähnliches Abhängigkeitsverhältnis zwang, wer weiß, was dann mit Italien geschah, das schon mehreremale seine Abneigung gegen die wenig ehrenvolle französische Bevormundung hatte merken lassen? Die imperialistische Politik baute sich nicht auf die Tugend fester Grundsätze auf, sie wurde vielmehr geleitet von dem Gesichtspunkt und Streben nach Befestigung und Erweiterung ihrer Macht innerhalb und außerhalb Frankreichs. Wenn erst vollends, wie das bei dem zunehmenden Alter Napoleons sehr der Wahrscheinlichkeit entsprach, Eugenie mehr und mehr der französischen Staatsleitung sich bemächtigte, so hätte sich bei dem Charakter dieser kaiserlichen Frau die Welt nicht verwundern dürfen, wenn sie eines Tages mit der Botschaft überrascht worden wäre, daß der Cäsarismus und der Ultramontanismus sich verbunden hätten, gemeinsam die Vorherrschaft über die europäischen Völker zu üben. Es sollte nicht also kommen. Ein merkwürdiges Glück begünstigte die italienische Nation, welches wollte, daß ihr aus der gefahrdrohenden Verkettung dieser beiden Ereignisse kein Unheil, sondern ein besonderer Vorteil erwuchs. Denn der sehnlichste Wunsch der Patrioten wurde erfüllt. Ohne Opfer gelangte Italien in den Besitz von Rom. Die weltliche Herrschaft der Päpste sank dahin und auf dem Kapitol stieg lustig im Winde flatternd die Fahne des geeinigten Vaterlandes empor.

4. Kapitel. England von 1862—1870.

Wesen der englischen Politik und ihre Folgen. Lage im eigenen Lande. Das Wahlgesetz, Palmerstons Abneigung gegen eine Reform. Die Iren und die Fenier. Der Westburyskandal. Palmerstons Tod. Derby. Seine Reformbill ein Sprung ins Dunkle. Der Kanadaputsch und der Belagerungszustand in Irland. Greuelszenen von Manchester und London. Reformforderungen und die Regierung. Gladstone. Disraeli, Derbys Nachfolger. Gladstones Ministerium. Krieg mit Abessinien. Negus Theodor. Robert Napier englischer Befehlshaber. Vor Magdala. Erstürmung der Festung und Theodors Tod. Gladstone und seine Heilmittel. Bill vom 1. März 1869. Die irische Landfrage.

England trieb keine achtunggebietende Politik. Durch seinen weiten Besitz, durch seine Mittel und die dadurch bedingte Großmachtstellung zur Teilnahme, man darf sagen, an allen Welthändeln berufen, trat es nirgends mit der gebührenden Festigkeit auf. So lange es sich um

papierene Einsprüche und Proteste oder allenfalls um Kongreßvorschläge handelte, ließ es sich laut vernehmen. Aber einer Waffenthat, einer kriegerischen Verwickelung ging es scheu aus dem Wege, zumal wenn es sich um Verwickelungen auf dem europäischen Kontinente handelte. Vom englischen Gesichtspunkt aus mochte sich dieses ängstliche Vermeiden eines ernsten Zusammenstoßes allenfalls noch rechtfertigen lassen. Allein im Auslande schädigte es dadurch sein Ansehen selbst auf das empfindlichste, denn weder Freund noch Feind nahmen englische Einsprache ernst auf. So zog es sich Mißtrauen und Niederlagen allenthalben zu auf der Balkanhalbinsel, in Italien und selbst in dem befreundeten Dänemark, zu geschweigen von Preußen und Rußland. Am schlimmsten aber fuhr die englische Politik — man schalt sie ihres Eigennutzes halber eine Krämerpolitik — in dem nordamerikanischen Kriege: nicht nur daß Großbritannien vor dem drohenden Sternenbanner der Union seine Flaggen einziehen und in der Alabamafrage Ersatz leisten mußte, sondern schwachmütig ertrugen die Engländer auch die schwere Schädigung ihrer Baumwollindustrie durch den Secessionskrieg, ohne dem Süden zu Hülfe zu kommen. Die Not stieg infolge des Ausbleibens der Baumwolle in den zahlreichen Fabrikbezirken, welche arbeitslos dalagen, ganz außerordentlich, so daß dem augenblicklichen Elend nur durch die ausgiebigste Wohlthätigkeit gesteuert werden konnte.

Es war überhaupt ein Unglück für England, daß ein breiter und wohlsituierter Mittelstand fehlte. Der Minderheit übermäßig reicher Leute stand die große Masse der Arbeiterbevölkerung gegenüber, die nichts besaß und politisch wenig Rechte hatte. Trotz der wachsenden Bevölkerung blieb die Zahl der Wahlberechtigten auf den siebenten Teil der erwachsenen Männer beschränkt und die Versuche, eine Reform des Wahlgesetzes herbeizuführen, scheiterten an der Abneigung des alten Lords Palmerston, der von Neuerungen nichts wissen wollte. Dieser Widerstand des sonst allgemein hochgeachteten Staatsmannes gegen jede Reform bereitete seiner eigenen Partei die größte Verlegenheit. Sie sah ein, daß sie ohne eine Reformbill nicht mehr bestehen könne; aber zugleich konnte sie sich nicht verhehlen, daß selbst dieses Zugeständnis die gelichteten Reihen ihrer Anhänger nicht wieder ausfüllen würde. Ohne Zweifel waren die Tage der Whigs gezählt, sobald dem greisen Palmerston das Steuerruder aus den Händen sinken würde. Auch das stolze Albion hatte seine schmerzhaften Stellen.

Noch schlimmer sah es in Irland aus. Die Iren waren in ihrem eigenen Lande ohne Besitz und völlig verarmt, während der englische Adel und die anglikanische Hochkirche aus ihren großen Liegenschaften

in Irland glänzende Einkünfte bezogen. Es hätte in diesem Falle nicht der unermüdlichen Minierarbeit irischer Hetzer und ihrer Gegner, der Orangisten, bedurft, im Land und in den Herzen der unglücklichen Bevölkerung jedes Gefühl der Ruhe und Zufriedenheit zu ertöten. Viele zogen über den Ocean, um dort, wenn nicht ihr Glück, so doch ein besseres Los als das in der Heimat zu suchen. Aber diese selbst vergaßen sie auch in der Fremde nicht und, um die Herrschaft der Engländer über ihr Vaterland zu zerstören, gründeten sie unter dem Namen Fenier einen Geheimbund in Nordamerika, dem die englische Regierung durch die äußerste Wachsamkeit, durch zahlreiche Verhaftungen und durch die härtesten Strafen, z. B. Deportation auf 10 bis 20 Jahre, entgegenzuwirken sich angelegen sein ließ. Auch in Jamaika trat sie durch ihre Beamten mit einer von vielen Seiten arg getadelten Strenge auf: ein Negeraufstand wurde von dem Statthalter durch die Hinrichtung von 330 Negern unterdrückt, andere waren unbarmherzig, ja barbarisch gepeitscht, über 1000 Häuser dem Schrecken zu lieb eingeäschert worden. Dieses blutige Eingreifen der Regierung fand keineswegs allgemeine Billigung; denn sie hatte sich selbst manche Blößen gegeben, die nach weitverbreiteter Anschauung strenge Ahndung verdient hätten, so z. B. in Bezug auf die Verschwendung von Staatsgeldern. Der erklärlich vorzügliche Stand der englischen Finanzen vermochte den heillosen Unterschleif nicht zu rechtfertigen, der sicher nicht ohne die Mitwissenschaft des Lordkanzlers Westbury bei der Besetzung einflußreicher Stellen vor sich gegangen war. Das Unterhaus deckte diese Wirtschaft auf: es kam zu einem hitzigen Gefecht über den Westbury-Skandal, dessen Ende der erzwungene Rücktritt des Lordkanzlers war (Juli 1865).

Mit dem Tod des Lords Palmerston vollends am 18. Oktober 1865 war das Schicksal des Whigministeriums besiegelt. „Niemals", schrieb die Times, „gab es einen Staatsmann, der England wahrhafter repräsentiert hat als Lord Palmerston. . . . Frei und frank, von jovialem Naturell, ein heiterer Geselle mit wackern Leuten jedes Ranges und mit Politikern jeder Schattierung, war Palmerston minder gefesselt durch Parteibande. Seit 1807 war er Mitglied jeder Regierung." Wechselnd in der innern Politik je nach den Umständen, denen er sich anbequemte, habe er in Bezug auf die auswärtige Politik unerschütterlich an dem Satze festgehalten, daß sie unwandelbar sein müsse. Getragen von dem Patriotismus der Engländer hielt er diesen Standpunkt fest, demgemäß er meisterhaft und selbst von seinen Gegnern geachtet, ja anerkannt die Zügel der Regierung viele Jahre hindurch führte. Allerdings das Ausland, und zumal Deutschland, hatte häufig Ursache, mit

Palmerstons Politik unzufrieden zu sein. Nach seinem Tode versuchten die Whigs durch eine Wahlreformbill, der er stets Widerstand geleistet hatte, sich an der Regierung zu erhalten. Allein vergebens. Die Tories im Verein mit den sogenannten Adullamiten gingen zum Sturme vor und zwangen ihre Gegner, die Regierung niederzulegen (18. Juni 1866).

Earl Derby trat an die Spitze des neugebildeten Torykabinetts. Anfangs nicht gesonnen, die Reformbill in weitere Verhandlung zu ziehen, mußte das neue Ministerium doch bald dem Druck der öffentlichen Meinung nachgeben. Im Unterhause entbrannte ein heftiger Kampf, in welchem Derby sich nur durch Nachgiebigkeit halten konnte; er nannte das ganze Gesetz, welches mit den herkömmlichen Gepflogenheiten brach, einen Sprung ins Dunkle, das dadurch gewiß nicht heller wurde, daß die Bill im folgenden Jahre (1868) mit den entsprechenden Modifikationen auch auf Schottland und Irland ausgedehnt wurde. Im Grunde beruhte das neue Wahlgesetz auf einem gerechteren Prinzip als das vom Jahr 1832, nämlich darauf, die großen Städte mit ihrer zahlreichen Arbeiterschaft zu ihrem Rechte kommen zu lassen, dagegen denjenigen Orten mit weniger als 8000 Einwohnern, welche bisher zwei Mitglieder im Parlament besaßen, einen Sitz zu entziehen. Aber merkwürdig, das auf Grund dieses Gesetzes gewählte Haus zeigte, was seinen Charakter betraf, eigentlich keine Veränderung: das Unterhaus blieb trotz der numerischen Vermehrung aus den bisherigen Elementen, den höheren Schichten der Gesellschaft und des industriellen Lebens angehörig, zusammengesetzt, während weder ein Arbeiter noch einer der Advokaten, die sich der Bewegung der Arbeiter angeschlossen hatten, gewählt wurde; ja einige Radikale verloren sogar ihre Mandate trotz der Ausdehnung des Wahlrechts nach unten.

Währenddessen dauerte die Gefahr, welche England durch das Feniertum bedrohte, ungeschwächt fort ungeachtet der energischen Maßregeln, welche das Ministerium, unterstützt auch von den Whigs, dagegen ergriff. Schon 1866 (Juni) hatten die Fenier den freilich mißlungenen Versuch gemacht, von den Vereinigten Staaten aus in Kanada einzufallen; die Häupter dieses Putsches wurden ergriffen und hingerichtet. In Irland selbst, wo diese antienglische Verschwörung „zum Umsturz der königlichen Autorität, zur Konfiszierung des Eigentums und zur Errichtung einer Republik" ihren Sitz hatte, wurde die Habeas-Corpus-Akte suspendiert und die in Belagerungszustand versetzte grüne Insel unter die strengste polizeiliche Überwachung gestellt, um sofort jeder Erhebung begegnen zu können. Es zeugt von dem wahnwitzigen Fanatismus der Verschworenen, daß sie es gleichwohl wagten zu revoltieren. Nach einem Anschlag auf

Chester erhoben sie im März 1867 bei Dublin offen die Fahne des Aufstandes und als, wie vorauszusehen war, auch hier die Rädelsführer abgefangen und in englische Gefängnisse gelegt wurden, führte der fenische Entschluß, sie zu befreien, zu den Greuelscenen von Manchester und London. In jener Stadt griffen die Tollkühnen die Polizei auf der Straße an und in London sollte das Gefängnis von Clerkenwall in die Luft gesprengt werden; an beiden Orten forderte der fenische Frevel Opfer an Menschenleben. Ganz England wurde dadurch in die größte Aufregung versetzt, die sich nicht mit der Bestrafung der ertappten Verbrecher beruhigte, sondern einschneidendere Maßregeln nicht bloß zur Bestrafung der Übelthäter, sondern zur Beseitigung des Grundübels verlangte. Russel forderte im Oberhaus eine gründliche Darlegung des Eigentums und aller Einnahmequellen der Staatskirche in Irland, welche jährlich von dort Millionen bezog, und verlangte die Verwendung dieser Summen zum Besten der Insel, und John Stuart Mill legte in einer Broschüre dar, daß die Zustände Irlands nur durch eine radikale ökonomische und soziale Kur geheilt werden könnten und zwar dadurch, daß man den Iren das Recht auf ihren Grund und Boden zurückerstatte, d. h. die Pächter in freie Eigentümer umwandle. Theoretisch betrachtet wäre dies auch der wahrscheinlich einzig zum Ziele führende Weg; allein die praktische Durchführung so weitgehender Maßregeln, die bis heute noch nicht erfolgt ist, müßte auf Schwierigkeiten stoßen, die sich kaum vorher in ihrem ganzen Umfange erkennen lassen. Die Regierung hatte nicht den Willen, dies Wagnis zu unternehmen, weil sie hoffte, durch weniger problematische Mittel etwas zu erreichen. Zu diesen gehörte neben kleinen Verbesserungen in den Pachtverhältnissen die Gründung einer katholischen Universität, wodurch man die Geistlichkeit zu versöhnen und zu gewinnen glaubte. Da aber erhob sich eine gewaltige Opposition gegen die Regierung, von der wegen der Schwächlichkeit ihrer Maßnahmen selbst einzelne Tories abfielen. Geführt von Gladstone beschloß jene mit einer bedeutenden Majorität, „daß die Staatskirche von Irland als Staatskirche zu bestehen aufhöre“ und daß die Königin gebeten werden solle, „ihren Anteil an den Einkünften der Erzbistümer, Bistümer und anderer kirchlichen Würden und Pfründen in Irland dem Parlament zur Verfügung zu stellen“ (30. April 1868).

Kurz vorher hatte Derby, den bei seinem Alter die Parlamentskämpfe allzusehr angriffen, seinen Posten aufgegeben und an seine Stelle war als Ministerpräsident Disraeli, der fähigste unter seinen Amtsgenossen, getreten. Nur von kurzer Dauer wäre seine Amtsführung gewesen, wenn er sich durch den Ausfall der Abstimmung über den

Gladstone'schen Antrag hätte zum Rücktritt bestimmen lassen. Auch die Königin entschloß sich nicht dazu. Man wollte erst das Resultat der im November erfolgenden Wahlen abwarten. Die Opposition war über dies dem parlamentarischen Herkommen zuwiderlaufende Verhalten sehr entrüstet, begnügte sich aber damit, ihren Unwillen zu äußern und in einer Adresse die Königin zu bitten, sie möge während der gegenwärtigen Parlamentssession eine Verleihung von kirchlichen Ämtern und Pfründen in Irland nicht mehr eintreten lassen, um dadurch die Abschaffung der Staatskirche in Irland nicht zu erschweren. Die Königin sagte dies zu und so wurden alle Ernennungen bis zum 1. August 1869 suspendiert.

Den Neuwahlen gegenüber, aus denen eine liberale Majorität von 116 Stimmen hervorging, gab das Ministerium am 2. Dezember 1868 seine Entlassung und es wurde unter dem Präsidium Gladstones ein neues, liberales eingesetzt, da Lord Russel einen Sitz in demselben abgelehnt hatte. Selbst die Gegner mußten einräumen, daß das abtretende Kabinett sich manche Verdienste erworben hatte, so durch das Wahlgesetz, durch die Befreiung der Dissidenten von der Beisteuer für die anglikanische Staatskirche, durch die Fürsorge für den Verkehr, durch die Vollendung des unterseeischen Kabels nach Amerika.

Während dieser Vorgänge im Innern sah sich England zu einem Krieg mit Abessinien gezwungen. In diesem Lande hatte sich der Fürst Theodor die Alleinherrschaft unter dem Titel eines Negus angeeignet. Kaum war ihm dies gelungen, so zeigte er den eigenwilligen und rücksichtslosen Despoten gegen seine Unterthanen wie gegen die Fremden im Lande. In seinem Übermut ging er so weit, daß er den englischen Konsul Cameron und mehrere englische und schweizerische Missionäre ohne jeden Grund verhaften und in Festungen sperren ließ in der unzweifelhaften Absicht, sie umzubringen. Die englische Regierung konnte das nicht ruhig geschehen lassen. Zunächst bemühte sie sich, durch gütliche Worte die Freilassung der Gefangenen zu erwirken; allein diese hatten so wenig Erfolg wie die Drohungen. Die Ehre des Landes gebot daher an die Waffen zu appellieren, ein Unternehmen, das bei dem Klima und den eigenartigen Verhältnissen des feindlichen Landes die sorgfältigste Vorbereitung erforderte. Daran ließen es die klugen und praktischen Engländer nicht fehlen. 4000 Engländer und 8000 Sepoys wurden Ende 1867 auf das vortrefflichste und sorgsamste für den Feldzug ausgerüstet und Robert Napier zum Befehlshaber ernannt. Um jeden Verdacht zu beseitigen, als führe England einen Eroberungszug im Schilde, legte die Regierung freiwillig in Konstantinopel den Grund

ihres Vorgehens dar: man wolle nur an dem Negus Rache nehmen für das verletzte Völkerrecht. Napier landete in Zulla, südlich von Massaua, an der Küste des roten Meeres. Oberst Merewether, der die Vorhut kommandierte, marschierte in südlicher Richtung gegen Senafe, wo er große Vorräte erbeutete. Napier rückte ihm hieher nach und gleichzeitig wurden Adigiriat, die Hauptstadt von Agame, und Antalo eingenommen (Jan. und Febr. 1868). So war das englische Expeditionskorps nun im Besitze von drei Stützpunkten, von denen aus sie ihren Zug fortsetzen konnten. Am 26. Februar schloß Napier mit dem Fürsten von Tigre, Kasa mit Namen, bei einer persönlichen Zusammenkunft ein Bündnis und brach nun, im Rücken gedeckt, in der Mitte des Monats März auf, um durch die Talantaebene nach der stärksten Festung des Landes Magdala, wohin der Negus Theodor mit seinem Heere und den europäischen Gefangenen gezogen war, vorzurücken. Der Marsch stellte an Führer und Soldaten die größten Anforderungen, hohe Pässe waren zu erklimmen und tiefe Flußthäler zu überschreiten. Die Ausdauer der englischen Soldaten überwand diese Hindernisse, und der kurzsichtige Negus that nichts, sie unter Benützung der günstigen Terrainverhältnisse daran zu hindern. Am 10. April erfolgte der Zusammenstoß angesichts der Festung Magdala. Charles Staveley schlug den vierfach überlegenen Feind, als er ihn im Beschilothal angriff, so entscheidend, daß Theodor 800 Tote und noch einmal soviel Verwundete — fast die Hälfte seines Heeres — in den Händen des Siegers lassen mußte und sich schleunigst nach Magdala flüchtete. Am folgenden Tage begannen die Verhandlungen. Napier verlangte von dem Negus sofortige Auslieferung der Europäer und Übergabe von Magdala wie seiner eigenen Person. Die letztere Bedingung anzunehmen verbot dem Abessinier sein Stolz; er wollte lieber den Tod als diese Unehre wählen. Nachdem er am Ostersonntag freiwillig die Europäer, ihre Frauen und ihre Habe ins englische Lager geschickt und diejenigen seiner Leute, welche nicht aus freien Stücken bei ihm ausharren wollten, entlassen hatte, verschloß er mit 16 Getreuen, die bei ihm blieben, die Thore von Magdala und erwartete den Ansturm der Engländer. Als diese in die Festung eindrangen, gab sich der Negus selbst den Tod (13. April 1868). Napier zerstörte hierauf die Festung Magdala und marschierte des errungenen Erfolges froh am 17. an die Küste zurück. Am 1. Juni lichteten die englischen Schiffe die Anker zur Heimfahrt. England, sagte Disraeli, habe alle Ursache, auf die siegreiche Beendigung des abessinischen Feldzugs stolz zu sein. Napier erhielt zur Belohnung den Beinamen von Magdala, und England selbst vermochte nicht ganz den Selbstruhm zurückzuhalten, daß ein großer

Unterschied zwischen seinem abessinischen Feldzug und dem mexikanischen Unternehmen bestehe.

Gladstone mußte natürlicherweise den Hauptnachdruck seiner Thätigkeit darauf verlegen, daß, wie man von ihm erwartete, die irischen Verhältnisse eine durchgreifende Besserung erhielten. Allein er sollte bald erfahren, daß die Einlösung dieses Versprechens sich nicht so leicht bewerkstelligen lasse: er gewahrte, daß er in dem Augenblick, wo er den irischen Interessen seine Sorge und seinen Schutz widmete, andere Interessen auf das empfindlichste verletze und dadurch Mißstimmung und Widerspruch hervorrufe. Weit entfernt, daß die Mehrheit des Parlaments willig ihm gefolgt wäre, schlug der eine Teil derselben dieses, der andere jenes, d. h. das entgegengesetzte Heilmittel vor. Es war schon ein Erfolg zu nennen, daß der Premierminister seine Bill vom 1. März 1869 über die Entstaatlichung und Entpfründung der irischen Hochkirche nach stürmischen Verhandlungen durch ein Kompromiß mit dem Oberhaus am 26. Juli zum Gesetz erhoben sah. Der Inhalt desselben ist im wesentlichen folgender: Das Gesamteigentum der anglikanischen Kirche in Irland beträgt, die kirchlichen Gebäude abgerechnet, 16 Millionen Pfund Sterling. Davon soll sie 6 Millionen behalten und 10 Millionen herausgeben. Zwei Millionen sollen die Katholiken und Presbyterianer empfangen, die übrige Summe aber zu Wohlthätigkeitszwecken, Blindeninstituten, Spitälern u. s. w. verwendet werden. Daß man in den Kreisen der Hochkirche von diesem Ausschluß aus Irland und von der empfindlichen Verminderung des kirchlichen Vermögens nichts weniger als erbaut war, bedarf keines Beweises; aber auch die Iren legten geringe Freude darüber an den Tag; ihnen war das alles noch viel zu wenig. Die Hauptsache blieb zudem für sie die Landfrage. Allein selbst Gladstone konnte nicht daran denken, sich auf so radikale Änderungen, wie sie John Stuart Mill vorgeschlagen hatte, einzulassen; selbst der Antrag von John Bright, wornach Pächter durch eine Ablösungssumme ihren Grund und Boden als freies Eigentum sollten erwerben können, fand keine Gnade. Erst im Jahr 1870 (15. Februar) that man durch die irische Landbill einen freilich kleinen Schritt weiter. Nach derselben sollte das Pachtsystem, welches in der Grafschaft Ulster sich bewährt hatte, auf das ganze Land übertragen werden: wer ein Gut gepachtet hatte, sollte nicht durch willkürliche Kündigung des Pachts entsetzt werden können; trat nach Ablauf der Pachtzeit ein Wechsel ein, so mußte der Besitzer dem abziehenden Pächter seine Auslagen für Neubauten zurückerstatten; der Pächter sollte endlich bei der Erwerbung eigenen Landes vom Staat unterstützt werden. Die wahrhaft trostlosen Zustände

in Irland wurden durch dieses Gesetz nicht im mindesten geändert. Die Iren verharrten auf ihrem Standpunkt radikalster Forderungen und gewaltthätiger Bekämpfung des gesamten englischen Wesens. Während die einen Irland ganz losreißen und eine selbständige irische Republik herstellen wollten, verlangten die andern durch ihre Parlamentsmitglieder wenigstens die Autonomie im weitesten Sinne (home rule). Das Land kam dabei zu keiner Ruhe: lärmende Kundgebungen, fenische Anschläge, Überfälle und Ermordungen der Gutsherren hörten nicht auf. Die irische Frage war die wundeste Stelle am Staatskörper Großbritanniens.

5. Kapitel. Der polnische Aufstand.

Alexanders II. milde Behandlung der Polen. Aufstand des J. 1863. Rekrutierung. Centralausschuß in Warschau. Mieroslawski und Langiewicz. Diplomatische Verwendungen. Russische Entschiedenheit und Strenge. Vermittelungs- und Kongreßvorschläge. Der Henker von Wilna. Entdeckung des geheimen Revolutionsausschusses in Warschau. Ende des Aufstandes. Aufhebung der Leibeigenschaft und Wirkung derselben. Maßregeln gegen die katholische Kirche.

Im Jahre 1863 erhoben die Polen wieder einmal die Fahne des Aufstandes. Obwohl Zar Alexander II. dieses durch eigene Schuld unglückliche Volk milder als seine Vorgänger behandelte, so gelang es ihm dadurch doch nicht, den Geist der Unzufriedenheit und der Sehnsucht nach Selbständigkeit zu bannen. Daß man in Frankreich mit jedem neuen Erhebungsversuche sympathisierte, verstand sich gewissermaßen von selbst, zu wagen gab es dabei nichts. In Deutschland kam eigentlich nur Preußen in Frage, und die Bevölkerung hätte diese Angelegenheit als eine rein russische betrachtet, wenn nicht der so verhaßte Bismarck sich offen auf die Seite der russischen Regierung gestellt und gegen den Aufstand Partei ergriffen hätte. So wurde auch diese auswärtige Angelegenheit zu einem Anlaß, dem Minister seine Unfähigkeit zum Vorwurfe zu machen, während Bismarck unter dem Hinweis, welche Interessen bei der Polenfrage gerade für Preußen auf dem Spiele ständen, die deutsche Thorheit verspottete, welche auf ihre eigenen Kosten mit den Bestrebungen fremder Völker liebäugle.

Als im Januar 1863 in Polen die Rekrutierung stattfinden und laut kaiserlichen Befehls gerade derjenige Teil der Jugend, die Studentenschaft und andere, welche bisher von der Aushebung befreit waren, aber die Haupttruppe der unruhigen Köpfe in den großen Städten ausmachten, herangezogen werden sollte, wurde damit das Zeichen zum Aufstande

gegeben. Die meisten der Betroffenen waren dieser Maßregel durch die Flucht in Wälder und einsame Gegenden ausgewichen und organisierten sich dort zu kleinen Banden. In Warschau bildete sich alsbald ein geheimer Centralausschuß, welcher zum Diktator und Führer der Aufständischen Mieroslawsky ernannte. Indem der Ausschuß durch öffentliches Ausschreiben den Bauern den freien Besitz ihres Pachtlandes und den Mittellosen einen Grundbesitz von drei Morgen in Aussicht stellte, lockte er die Menge derselben zu den Waffen und schnell verbreitete sich der Aufstand in ganz Russisch-Polen. Denn kluger Weise warnte die geheime Regierung die Polen in Österreich und Preußen vor einer Teilnahme am Aufstand: der wahre Feind sei Rußland, es genüge, wenn sie durch Geldmittel die Sache ihrer Brüder unterstützen würden. Der österreichische Staat rührte sich deshalb auch nicht. Anders nahm Bismarck die Sache auf; trotz des Widerspruches seiner politischen Gegner wurde auf seine Veranlassung eine ziemlich bedeutende Armee (4 Korps unter Werder) an der Grenze zusammengezogen und mit Rußland eine Konvention zur gegenseitigen Unterstützung in der Bekämpfung des Aufstandes abgeschlossen (8. Febr. 1863). Frankreich und England machten deshalb Miene, Preußen in den Arm zu fallen, falls es zu entscheidungsvollen Kämpfen käme und dasselbe sich einmische; indessen brauchte Rußland keine fremde Hülfe.

Mieroslawski mußte nach einigen unglücklichen Gefechten das Land verlassen; nicht besser erging es seinem Nachfolger, dem jugendlichen Langiewicz. Die Lust der Bürger und Bauern, nach diesen Mißerfolgen viel zu wagen, nahm bedeutend ab. Dagegen entfaltete die geheime Regierung in Warschau eine unheimliche Thätigkeit; überall gegenwärtig und doch nirgends faßbar beunruhigte sie das Land durch Strafen, durch Steuereinziehungen, durch Ermordung von russischen Beamten unter den Augen der Polizei, welche ohnmächtig dieser Organisation gegenüberstand. Am meisten stützte den Aufstand die nicht grundlose Hoffnung, daß die Westmächte sich für Polen ins Mittel legen würden. In der That kam es zu einem Wechsel von allerlei diplomatischen Noten, in denen Rußland auf seine Zusagen von 1815 und darauf hingewiesen wurde, daß die sich wiederholenden polnischen Aufstände eine stetige Gefahr für den Frieden Europas seien. Allein Gortschakoff, des preußischen Beistandes sicher, ließ sich durch diese Ermahnungen nicht irre machen; der polnische Aufstand, sagte er, sei nicht Ursache, sondern Wirkung der revolutionären Atmosphäre in vielen europäischen Ländern. Der Zar, bisher zur Milde geneigt, griff nun zu unnachgiebiger Strenge. In allen Bezirken wurden Kriegsgerichte eingerichtet und Adel und Klerus scharf

beobachtet. Besondere Geschicklichkeit legte Murawiew in Lithauen an den Tag, die Aufständischen mürbe zu machen. Aber gerade diese Strenge vermehrte die Zahl der Unzufriedenen, die entschlossen waren, alles gegen diese Bedrückung einzusetzen. „Bis zu den Finnen und den Deutschen in den Ostseeprovinzen war alles zum Kampf und zu den größten Opfern bereit."

Abermals glaubten die Westmächte, sich für Polen verwenden zu müssen: England, wie immer entschlossen, es nur bei den Worten zu lassen, Österreich noch zurückhaltender, nur Napoleon that, als sei er, wenn es sein müsse, zum Krieg bereit. Am 27. Juni empfahlen die drei Mächte dem Zaren gemeinsam folgende Zugeständnisse: allgemeine Amnestie, eine polnische Volksvertretung, polnische Beamte, Religionsfreiheit, alleinigen Gebrauch der polnischen Sprache und ein neues Rekrutierungsgesetz. Für sich fügten Frankreich und England noch den Vorschlag bei, daß der Zar die Unterzeichner des Wiener Friedens von 1815 zu einem Kongreß zusammenberufen möge, um mit ihnen über jene sechs Forderungen zu beraten. Allein Gortschakoff wollte höchstens mit Preußen und Österreich in eine gemeinsame Beratung der polnischen Angelegenheiten eintreten; solange die Ordnung nicht wiederhergestellt sei, könne an Verhandlungen nicht gedacht werden; der polnische Aufstand habe seine Wurzeln im Ausland, besonders in dem Revolutionsausschuß zu Paris; mehr als der Zar könnten die fremden Mächte die Niederwerfung desselben fördern, wenn sie die Quelle des Aufruhrs in ihrem Lande verschütten würden. Auf diesem ablehnenden Standpunkt beharrte Gortschakoff einem wiederholten Versuch diplomatischer Einwirkung gegenüber.

Murawiew, der „Henker von Wilna", und Graf Berg setzten ihr System der Strenge unterdessen fort. Besonders der erstere legte eine entschiedene Erfindungsgabe an den Tag. Mit Gütereinziehung und unerschwinglichen Steuern traf er den Adel, durch Zahlung eines Kopfpreises für jeden Aufständischen Bürger und Bauern, den katholischen Klerus brandmarkte er durch seine Erlasse. Weniger erfolgreich war die Thätigkeit des Grafen Berg im eigentlichen Polen; da hier die russische Bevölkerung sehr dünn gesäet war, so fand er nicht die notwendigen Helfershelfer und Verräter. Trotz der grausamsten Bedrückungen und Strafen wollte es nicht gelingen, den geheimen Ausschuß in Warschau zu entdecken.

Erst 1864 traf diesen Schlag auf Schlag. Auf die Entdeckung des Hauptes folgte diejenige mehrerer Mitglieder des Ausschusses und der geheimen Druckerei. Damit war der Bewegung Seele und Kraft ge-

raubt. Der Adel, die Geistlichkeit, der Bauernstand unterwarfen sich. Fürst Czartoryski, das Haupt der flüchtigen Aristokraten, sagte sich von der Erhebung los. Zum Schluß begnadigte Graf Berg eine nicht sehr bedeutende Anzahl von Aufständischen, fünf Mitglieder der geheimen Regierung wurden mit dem Tod bestraft, sechzehn andere nach Sibirien verschickt. Schon am 2. März 1864 hatte der Zar die Aufhebung der Leibeigenschaft ausgesprochen, eine menschliche Maßregel, welche dem Bauernstand zu gute kam, den aber schon schwer genug geschädigten Adel mindestens um die Hälfte seiner bisherigen Jahreseinnahmen brachte. An sonstige Zugeständnisse wurde um so weniger gedacht, als schon während des Aufstandes die slawistische Partei die unerbittliche Russifizierung Polens verlangt hatte. Die polnischen Beamten wurden, soweit es möglich war, weggeräumt, die russische Sprache wenigstens zur offiziellen gemacht und der Gebrauch der polnischen eigentlich nur privatim noch gestattet. Da die russische Regierung nicht ohne Grund im Katholicismus einen starken Hort des polnisch-nationalen Bewußtseins erblickte, so war sie darauf bedacht, ihm in der empfindlichsten Weise Schaden zuzufügen. Viele Klöster hob sie auf und schaffte die Mönche und Nonnen über die Grenze. Das Klostervermögen zog die Regierung an sich, die Einkünfte der hohen Geistlichkeit beschnitt sie nach Kräften. Wenn es früher eine Zeit gegeben hatte, wo man durch Milde die Polen mit ihrem Geschicke versöhnen wollte (Wielopolski), so war dieselbe jetzt abgethan. Mit eiserner Faust hielt von nun an die russische Regierung alle unruhigen Geister nieder.

6. Kapitel. Der Bürgerkrieg in den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Spannung zwischen den Nord- und Südstaaten Nordamerikas. Die Sklavenfrage. Lincoln Präsident. Die Secessionsfrage. Die unabhängige Konföderation. Der Krieg. Die beiderseitigen Kräfte. Vergebliche Anstrengungen des Nordens. Schwankendes Kriegsglück zwischen Richmond und Washington, unentschiedener Kampf bei Richmond. Zurückdrängung der Nordtruppen und ihre Niederlage. Sieg von Antietam. Schlacht von Fredericksburg. Napoleons Einmischung und die Monroedoktrin. Ursprung der Alabamafrage. Energisches Auftreten der Union gegen England. Die Blokade. Ungeheure Anstrengungen beiderseits. Neue Kämpfe. General Grant. Joe Johnston. General Sherman. Vicksburgs Einnahme. General Rosencrans und Burnside. Lee. Schwere Kämpfe bei Chattanooga. Einnahme von Knoxville. Grant und Sherman Oberführer. Östlicher Kriegsschauplatz. Niederlage bei Chancellorsville und Fredericksburg. Lees

Vordringen. Washington in Gefahr. Schlacht bei Gettysburg. Lees Niederlage. Allmählicher Sieg des Nordens; Unnachgiebigkeit. Bundesbeschluß. Das Jahr 1864. Stoß ins Herz. Schlacht in der Wildnis. Kämpfe bei Atlanta, dem Thore des Südens. Shermans Marsch durch Georgien. Eroberung von Savannah. Das Jahr 1865. Die letzten Schläge. Lees Entmutigung und Waffenstreckung. Johnstons Kapitulation. Ende des Krieges. Präsidentenwahl. Aufhebung der Sklaverei. Lincolns Ermordung. Johnson. Davis. Im Frieden. Rekonstruktion. Alabamafrage.

Das Verhältnis zwischen den Nord- und Südstaaten der nordamerikanischen Union spitzte sich schon in den fünfziger Jahren so zu, daß man unschwer als Ende desselben einen Bürgerkrieg voraussehen konnte. Er wurzelte eigentlich in der Sklavenfrage. Die südlichen reichen Plantagenbesitzer wollten von einer Abschaffung der Sklaverei, welche die Republikaner des Nordens im Namen der Humanität, der Menschenrechte und des Christentums immer lauter forderten, nichts wissen, und solange es ihnen gelang, im Kongreß eine Mehrheit zu haben und sogar aus ihrer Mitte, wie es noch 1856 durch die Wahl Buchanans geschehen war, den Präsidenten hervorgehen zu lassen, war an eine Änderung dieses himmelschreienden Systems nicht zu denken. Als aber im Jahre 1860 die nördlichen Staaten die Wahl Lincolns, des Mannes „mit großem Herzen und klarem Kopf" durchsetzten, mußte die schwebende Frage — so oder so — zu einem endgültigen Austrag kommen.

Die Südstaaten waren zum Äußersten entschlossen: sie wollten sich lieber von der Union trennen als nachgeben. So gesellte sich zur Sklavenfrage noch die nach dem Rechte der Secession. Der Norden bestritt dies auf das heftigste und wollte diese Zerstörung der Vereinigten Staaten um keinen Preis geschehen lassen. Dennoch gründeten am 18. Februar 1861 die Staaten Süd-Karolina, Georgia, Florida, Alabama und Mississippi die unabhängige Konföderation in Montgomery und erwählten den früheren Kriegsminister der Union, Jefferson Davis, zu ihrem Präsidenten. Nach einem letzten fehlgeschlagenen Vermittelungsversuch blieb nur der Krieg als letzter Ausweg übrig. Er sollte länger und blutiger ausfallen, als man auf beiden Seiten erwartete; besonders im Norden glaubte man, mit dem Sonderbund viel leichter fertig zu werden, als es wirklich der Fall war. Aber die Südstaaten verfügten über die reichsten Mittel und tüchtige militärische Kräfte und riefen gleich von Anfang an alle menschlichen Leidenschaften auf. Die Blokade der südlichen Häfen längs des atlantischen Meeres hatte nicht sofort die erwünschte Hülfe. Im Felde erwiesen sich die sonderbündischen Generale schneidig und tollkühn; die gegen sie aufgebotenen Streitkräfte genügten nicht, solche Gegner zu

überwältigen und das weite Gebiet des Südens, was notwendig war, zu erobern. So verlief das Jahr 1861 nicht günstig für die Waffen der Bundesregierung. Auch im Jahre 1862 wollte sich, obwohl es einen Augenblick so geschienen hatte, noch kein rechter Erfolg trotz der riesenhaften Anstrengungen, die gemacht wurden, zeigen. Zwar schädigte die verschärfte Blokade den Süden auf das empfindlichste, denn sie verhinderte geradezu die Ausfuhr der Baumwolle, des Hauptartikels und Nahrungszweiges desselben, nach Europa. Es gelang auch den Bundessoldaten, einzelne Küstenplätze zu besetzen und sogar stellenweise in das Innere vorzurücken, ferner wurde Neu-Orleans von ihnen genommen und fast der ganze Mississippi gewonnen; allein auf dem entscheidenden Kriegsschauplatze zwischen Richmond und Washington schwankte das Kriegsglück bedenklich hin und her. Vom 26. Juni bis 3. Juli wurde in 7tägigen blutigen Kämpfen um Richmond gerungen, jedoch nur mit dem Erfolge beiderseitiger Erschöpfung. Mac Clellan, der Führer der Nordarmee, mußte einsehen lernen, daß es ihm nicht möglich sei, die sonderbündische Hauptstadt Richmond zu erobern, ein Ziel, dem er eben noch schon sehr nahe zu sein geglaubt hatte. Gerade dadurch, daß diese drohende Gefahr glücklich abgewendet wurde, wuchs nun den Secessionisten der Mut und das Selbstvertrauen bis auf das höchste, so daß sie ihrerseits sich jetzt der Hoffnung hingaben, durch die Anspannung aller Kräfte sogar die Bundeshauptstadt Washington in ihre Gewalt zu bekommen. In der That gewann es den Anschein, als ob diese hochfliegenden Erwartungen sich erfüllen sollten. Die Bundestruppen wurden bis an den Potomac zurückgedrängt und bei Manasses Junction und Bull Run geschlagen. Schon streiften einzelne secessionistische Abteilungen nach Maryland hinein. Indessen jetzt erfolgte ein Umschlag. Mac Clellan hatte sich wieder zusammengerafft und besiegte seine Feinde in der Schlacht von Antietam (16. Sept. 1862). Trotzdem war das Vertrauen in seine Tüchtigkeit, freilich mit Unrecht, erschüttert; die Republikaner wollten den demokratischen General beseitigt wissen und setzten dies wirklich durch. An seine Stelle trat Burnside, der seinem Vorgänger nicht gewachsen war und nur durch sein hastiges Zugreifen sich vor ihm auszeichnete. Am Rappahannock standen die Armeen sich gegenüber. Im Vertrauen auf seine numerische Überlegenheit brannte er vor Ungeduld, eine Schlacht zu liefern. Am 13. Dezember büßte er seine Unbesonnenheit durch den Verlust der mörderischen Schlacht von Fredericksburg. Der Winter brachte den Krieg für eine Zeitlang zum Stillstand. Burnside erhielt Hooker zum Nachfolger, der es für richtiger hielt, wieder der abwartenden Taktik Mac Clellans zu folgen.

Es lag ein Beweis von der Ausdauer und selbstbewußten Unerschrockenheit des Nordens darin, daß er unentwegt die Hoffnung und den unerschütterlichen Entschluß auch in diesen Zeitläuften festhielt, der Sonderbund müsse unter allen Umständen zum Gehorsam gezwungen werden, koste es auch, was es wolle. Als der französische Kaiser es für notwendig erachtete, sich auch in diese Angelegenheit einzumischen und seine Vermittelung zwischen dem Norden und Süden anzubieten, da wies dies getreu der Monroedoktrin der Unterstaatssekretär Seward mit einer Entschiedenheit, die nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig ließ, rundweg ab. Die Union im Kampfe mit einer frevelhaften Revolution begriffen, schrieb er im vollsten Einverständnis mit dem Kongreß nach Paris, müsse jeden Vermittelungsversuch als einen unfreundlichen Schritt betrachten, der nur dazu diene, die Rebellen zu ermutigen und die zu ihrer Unterdrückung notwendigen Opfer zu erhöhen (9. März 1863). Auch den Engländern gab man deutlich zu verstehen, daß man ihr eigennütziges Verhalten nicht ruhig hinzunehmen gesonnen sei. In Liverpool und anderen Häfen nämlich hatte der Sonderbund gleichsam unter den Augen der englischen Regierung Kaperschiffe bauen lassen oder fertige angekauft, welche, so besonders die „Alabama" unter dem Kapitän Semmes, eine ganze Anzahl Kauffahrteischiffe des Nordens aufbrachten und dadurch dem Handel desselben ungeheuren Schaden zufügten. Unumwunden ließ Seward dem Lord Russel erklären, daß England für diesen Schaden aufzukommen habe, und verlangte von der englischen Regierung, daß sie diesen Schiffen das Auslaufen verbiete; im Falle dies nicht geschehe, werde man Feindseligkeit mit Feindseligkeit erwidern. „Wenn die Lairdschen Panzerschiffe auslaufen — lautete kategorisch eine Depesche vom 24. August — so ist die Fortdauer des Friedens zwischen den Vereinigten Staaten und England eine Unmöglichkeit." Diese Drohung fand volle Beachtung: Lord Russel gab jetzt sein System der Ausflüchte auf und verbot ohne Umschweif das Auslaufen der Schiffe, was er auch der Unionsregierung mitzuteilen für gut fand. Die Erfahrungen des bisherigen Krieges hatten der Union gelehrt, daß bessere und nachhaltigere Erfolge gegen den Süden nur durch erneute und vermehrte Streitkräfte zu erreichen seien. Vor der Eröffnung des bevorstehenden 1863er Feldzuges wurden daher alle Bürger vom 20. bis 45. Lebensjahre zum Dienste mit den Waffen verpflichtet; außerdem wurde die Dienstpflicht auf drei Jahre festgesetzt. Der Süden hatte hauptsächlich durch die überlegene Tüchtigkeit seiner Führer dem Norden die Wagschale gehalten; allein des Gefühls konnte man sich dessenungeachtet dort nicht erwehren, daß das Verhältnis der Kräfte der beiden kriegführenden Parteien sich

immer ungünstiger für den Sonderbund gestalte. Die Blokade seiner Häfen schnitt dieselben von der Welt ab, die Baumwolle, der Hauptnahrungszweig, lag unbenutzt da, weil sie nicht ausgeführt werden konnte; die Lebensmittel, vor allem das Getreide, womit man auf die Fremde angewiesen war, fanden den Weg nicht mehr ins Land, so daß die Preise auf eine fast unerschwingliche Höhe stiegen. Schon begann es an Geld zu mangeln und doch sollten womöglich noch beträchtlichere Armeen ins Feld gestellt werden. Um die Lücken auszufüllen und die Truppen zu vermehren, war es notwendig, die ganze weiße Bevölkerung unter die Waffen zu rufen. Man sieht, daß der Süden an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angekommen war. Auf welche Seite sich das Kriegsglück neigen werde, war nicht zweifelhaft.

Wieder wurde auf mehreren Kriegsschauplätzen gekämpft: im Westen am Mississippi, im Centrum und am Rapidan und am Rappahannock. Am Mississippi nahmen Mac Clernand und Porter das Fort Hindman am 11. Januar 1863, um die Verbindung mit Memphis wiederherzustellen. General Grant erhielt den Oberbefehl über die Vicksburg gegenüber lagernde Armee und beabsichtigte, die Festung unangefochten liegen zu lassen und schnurgerade auf Jackson loszugehen, wo der sonderbündische General Joe Johnston sein Hauptquartier hatte. Aber verschiedene Versuche, über den breiten Strom mit seinem Heere zu setzen, gelangen nicht, bis ein Handstreich des Admirals Porter die glückliche Überfahrt ermöglichte. Joe Johnston wurde durch siegreiche Gefechte gezwungen, Jackson, das er mit seinen Truppen zu halten zu schwach war, aufzugeben und sich gegen Norden zurückzuziehen. General Sherman folgte ihm, um ihn an der Entsetzung Vicksburgs zu verhindern. Diese Festung wurde nach einem erfolglosen Sturm regelrecht belagert und eingeschlossen. Als jede Hoffnung auf Hülfe geschwunden war, übergab sie Pemberton am 4. Juli mit den 30000 Mann, die er bei sich hatte.

Die unmittelbare Folge dieser Übergabe war, daß nun auch der seit dem Jahresanfang eingeschlossene Port Hudson dem General Banks am 8. Juli die Thore öffnete und somit der ganze Strom in die Hände der Unionisten gelangte. Diese aber verwahrten den Strom durch Fahrzeuge und Geschwader in einer Art, daß das ganze rechts des Mississippi gelegene Gebiet des Sonderbundes fortan außer Stand war, mit der im Felde stehenden Armee sich irgend in Verbindung zu setzen. Dies war ein schwerer Schlag für die Sache des Südens.

Nicht so glücklich gestalteten sich anfangs im Centrum die Unternehmungen für die Union. Zwar trieb General Rosencrans nach viertägigem

Kampfe bei Murfreesborough am Stonefluß den General Bragg am 3. Jan. auf Chattanooga zurück, allein zu einem weiteren Vorteil über seinen Gegner vermochte er es nicht zu bringen, so daß die Bundesregierung in Washington sich veranlaßt sah, ihm im März Burnside zur Verstärkung zu schicken. Letzterer sollte durch Westvirginien nach Knoxville vordringen und sich mit Rosencrans vereinigen. Aber der schneidige General Lee warf sich zwischen beide und hielt den unfähigen Burnside ab weiter vorzurücken. Das freilich konnte er nicht auch wehren, daß Rosencrans Bragg zwang, Chattanooga zu räumen. Als ihm dann aber der erstere ungestüm nachdrang, wurde er am Chickamauga (19. u. 20. Sept.) so blutig abgewiesen, daß er bis nach Chattanooga zurückwich. Seine Lage wurde sehr bedenklich, denn Bragg folgte ihm in der Absicht, die Stadt wieder zu erobern. In Washington suchte man dies zu verhindern, indem man Grant hieher sandte, um der drohenden Gefahr zu steuern. Dieser wartete auf Sherman, welcher von Vicksburg über Memphis heranzog. Beide vereint griffen Bragg in seiner Verschanzung auf den Missionarybergen südlich von Chattanooga an (23.—25. Nov.), schlugen ihn und zwangen ihn, sich nach Dalton in Nordgeorgien schleunigst zurückzuziehen. Auch Knoxville gewann Sherman durch kühnen Anmarsch am 5. Dezember. Grant und Sherman hatten ruhmvolle Arbeit vollbracht, das ganze Volk der Republik spendete ihrer tapferen und siegreichen Kriegsführung lautes Lob und der Kongreß ernannte in Anerkennung ihrer Verdienste den ersteren zum Oberbefehlshaber aller Armeen, während Sherman das Kommando im Westen erhielt.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz schwankte das Kriegsglück unentschiedener hin und her. Am Rappahannock standen sich der unschlüssige Hooker und der entschlossene Lee gegenüber. Hookers Pläne trugen den Stempel seiner Persönlichkeit, unfertig und unklar verschuldeten sie schwere Verluste und Niederlagen. Zunächst schlug ihn selbst Lee am 2. und 3. Mai bei Chancellorsville, westlich von Fredericksburg, dann seinen Unterführer Sedgeville wenige Tage darnach bei Fredericksburg. Diesen Sieg hatte freilich Lee mit schweren Verlusten erkauft, Jackson war gefallen, allein das Unionsheer hatte noch weit schwereren Schaden erlitten und zudem mußte Hooker wieder über den Rappahannock zurückgehen. Ja durch kühne Handstreiche glückte es Lee und seinen Kampfgenossen, bis über den Potomac vorzudringen. Wieder schwebte Washington in ernster Gefahr. Hooker war nicht der Mann, die Hauptstadt davon zu befreien. General Meade wurde diese Aufgabe übertragen. In geringer Entfernung von Antietam bei Gettysburg

in Pennsylvanien stürzte er sich auf den Feind. Drei Tage lang, vom 1. bis 3. Juli, wütete die Schlacht, welche sich zur blutigsten im ganzen Krieg gestaltete. Der Verlust war auf beiden Seiten so ziemlich gleich: an 50000 Mann deckten die Wahlstatt. Aber der Sieg hatte sich der Unionsarmee zugewendet. Lee war geschlagen; es bekundete sein Feldherrntalent auf das unzweideutigste, daß er es trotz der schweren Niederlage verstand, einen wegen seiner Ordnung und Kühnheit vielgerühmten Rückzug über den Potomac auszuführen. Freilich konnte er hier noch nicht stehen bleiben; er wich hinter den Rappahannock und Rapidan zurück; zwischen beiden Flüssen setzte sich Meade fest und ließ sich aus dieser festen Stellung auch von Lee nicht wieder vertreiben. Trotzdem es nicht gelungen war, die von Beauregard verteidigte Stadt Charleston in Südkarolina zu nehmen, unterlag es doch keinem Zweifel, daß sich das Übergewicht mehr und mehr auf die Seite der Union neigte und daß die Lage des Südens immer bedenklicher wurde. In seiner Rede, womit er am 10. Dezember den Kongreß eröffnete, konnte Lincoln ohne Übertreibung behaupten, daß die Rebellion in die engste Umgrenzung zusammengedrängt worden sei, während in Richmond der Finanzminister Memminger zur selben Stunde die finanzielle Lage des Südens ohne Rückhalt als eine verzweifelte bezeichnete. Es kam nur darauf an, ob nicht dem grausamen Spiele seitens der Union schon jetzt aus eigenem Antriebe ein Ende gemacht würde. Die demokratische Partei suchte dies durch einen Aufstand des Pöbels in New-York und durch entsprechende Anträge im Kongreß vergebens herbeizuführen. Allein die Republikaner waren mit Lincoln entschlossen, auf kein Paktieren sich einzulassen und den rebellischen Süden zum unbedingten Gehorsam zu zwingen. Bis zur unbedingten Wiederherstellung der Bundesautorität über das ganze Nationalgebiet und solange noch ein Rebell in Waffen gegen den Bund stehe, solle und müsse der Krieg fortgesetzt werden — so lautete der Beschluß der Kongreßmehrheit und alle zur Unterdrückung der Rebellen erforderlichen Mittel an Mannschaften und Geld wurden der Regierung zur Verfügung gestellt. Aber es war gleichwohl noch nicht an ein baldiges Ende des Krieges zu denken. Der Süden wollte sich nicht leichten Kaufes ergeben: seine tüchtigen Feldherren standen noch ungebeugt da.

So brachte das Jahr 1864 nur neue Schlachten. Der Mississippi war von der Unionsarmee gewonnen, aber noch war das Centrum nicht in ihre Gewalt gebracht. Solange dem Sonderbund nicht auch Georgien, Nord- und Südkarolina und Virginien entrissen war, streckte er keineswegs die Waffen. General Grant faßte den Entschluß, den Stoß gegen das Herz des Feindes zu führen und die sonderbündische Hauptstadt

zu nehmen. Vor sich hatte er den mutigen Lee. Anfangs Mai setzte Grant über den Rapidan und ging auf Lee los. Sechs Tage lang (6.—12. Mai) kämpften beide hartnäckig miteinander: die Kämpfe führen zusammen den Namen der Schlacht in der Wildnis. Lee mußte hinter den Nord-Anna trotz aller Geschicklichkeit, mit der er manövriert hatte, und schließlich bis hinter den Chicahominy zurückweichen. Grant aber ging unmittelbar auf die befestigte Linie Petersburg-Richmond los, die Beauregard hielt, unterstützt von dem eilig herbeiziehenden Lee. Mancher kühne Angriff wurde nun hier gemacht, aber gering war der Erfolg, denn die Linie wurde mit dem Mut der Verzweiflung verteidigt. Grant konnte höchstens dadurch etwas erreichen, daß er in weitem Bogen einen Kreis um Richmond und Petersburg zog und so jeden Aus- und Eingang schloß. Allein dazu reichten seine Streitkräfte doch nicht hin. Es kam darauf an, ob nicht die anderen Unionsgenerale solche Vorteile davontrugen, daß sie schließlich an diesen entscheidenden Punkt herangezogen werden konnten. Sherman war im Mai mit der Westarmee von Chattanooga aufgebrochen, um nach Süden gegen Atlanta vorzurücken und Johnston von einem Zug nach Norden abzuhalten. Sherman warf sich am 20., 22. und 28. Juli auf den Feind in den Kämpfen bei Atlanta und erreichte es schließlich durch einen kühnen Angriff auf die nach dem Norden führende Eisenbahnlinie, daß General Hood, am 3. September bei Znesborough geschlagen, Atlanta freiwillig räumte. Atlanta war das Thor des Südens; sein Fall war ein schwerer Verlust, denn in der Stadt befanden sich bedeutende Waffenfabriken und Zeughäuser. Sherman begnügte sich aber mit diesem Erfolg noch nicht.

Er faßte den tollkühnen Plan, quer durch ganz Georgien bis an den Ozean zu marschieren und der Flotte die Hand zu reichen. Verderben und Untergang prophezeiten dem Waghalsigen die Feinde, mit banger Furcht warteten die Freunde, ob der Anschlag gelinge. Verwundete, Kranke und überflüssiges Gepäck hatte er nach Chattanooga schaffen lassen. Verwüstend und plündernd zog er durch das reiche Georgien. Am 15. November hatte er Atlanta verlassen. Nur geringe Reiterschwärme belästigten ihn zuweilen auf dem Marsche, schaden konnten sie ihm nicht. Zu beiden Seiten des Ogeecheeflusses über Milledgeville, die Hauptstadt Georgiens, zog er mit seinem Heere dahin. Am 10. Dezember stand er vor Savannah am Meer. Gelang es, den festen Platz zu stürmen, so war der Zug gelungen. Am 13. Dezember fiel in der That das Fort Mac Allister am Hafen. Sherman konnte dem Admiral Dahlgren die Hand reichen. Groß war der Jubel in der ganzen Republik. Am 21. Dezember wich der Südbundsgeneral Hardee aus

der Stadt Savannah, sie mit ihren Vorräten dem kühnen Gegner überlassend. Von nun an war es möglich, die letzte Stellung der Rebellion von zwei Seiten, von Norden und Süden zugleich, anzugreifen. Diesen Erfolg verdankte die Union dem kühnen General Sherman. Anfangs beabsichtigte Grant, ihn zur See nach Richmond-Petersburg heranzuziehen; allein Sherman wünschte lebhaft den Zug zu Land. Im Januar 1865 begann er den Vormarsch gegen den Norden. Der Feind hatte nicht mehr soviel Truppen, um seine beträchtliche Armee (80 bis 100000 Mann) aufhalten zu können: im Gegenteil gab er alle nebensächlichen Punkte auf, nur um noch einmal ein Heer unter Joe Johnston vereinigen zu können. So wurde Charleston, Georgetown und Wilmington aufgegeben. Sherman stand am 20. März bei Goldsboro an der Südgrenze von Südkarolina; die Generale Terry und Schofield vereinigten sich mit ihm. Nun begab sich Sherman zur Beratung des weiteren Feldzugsplanes in das Hauptquartier Grants am Jamesfluß. Sherman fiel die Aufgabe zu, eine Vereinigung der Truppen Lees und Johnstons, die letzten Hülfsmittel des Südbundes, zu verhindern. Wohl versuchte Lee dies in der Verzweiflung mehreremale vergebens; er selbst gestand es, daß die letzte Stunde des Widerstandes gekommen sei, besonders nachdem ihm der Reitergeneral Sheridan seine letzte Rückzugslinie abgeschnitten hatte. Am 2. April machte Grant den letzten Sturm auf die Befestigungen Lees; dieser konnte sie nicht mehr halten, sondern mußte mit seiner geschlagenen, entmutigten und in Auflösung begriffenen Truppe den Rückzug auf den Appomatox antreten; aber schon war Sheridan mit seinen Reitern dem fliehenden Heere auf den Fersen; Lee wurde zurückgeworfen und mußte, von allen Seiten eingeschlossen, am 9. April mit seinen 26000 Mann die Waffen strecken. Die Offiziere wurden bewaffnet entlassen, ebenso die Mannschaften; sie mußten der Union Treue schwören und durften unbehelligt in ihre Heimat zurückkehren. Sherman seinerseits war ebenfalls schon daran, Joe Johnston unter ähnlichen Bedingungen anzunehmen. Die überraschenden Ereignisse in Washington, die jetzt eintraten, verzögerten die Unterwerfung. Jedoch nur auf kurze Zeit. Am 26. April kapitulierte Johnston unter den gleichen Bedingungen wie Lee. 27000 Mann streckten mit ihm die Waffen. Damit hatte der blutige, fast vierjährige Krieg sein Ende erreicht; die Rebellion lag gebrochen und wehrlos am Boden. Mehr als eine halbe Million Soldaten waren gefallen, an zwei Millionen verwundet oder sonst krank geworden. Der Norden allein hatte $2^1/_2$ Milliarden Dollars für den Krieg aufgewendet, ungerechnet die freiwilligen Gaben und die wirtschaftliche Schädigung. Aber die

Union der Vereinigten Staaten war gegen die Rebellion und Secession gerettet und der schmachvollen Sklavenhalterei ein Ende gemacht, freilich nur für den Fall, daß die Partei der Republikaner die Oberhand in der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten behielt. So über allen Zweifel erhaben war das aber nicht. Die Freude am Sieg und die Hoffnung auf gesunde Verhältnisse wurde durch ein schmachvolles Verbrechen stark beeinträchtigt.

Im November 1864, noch während des Krieges, hatte die Präsidentenwahl stattgefunden. Die Republikaner, unter sich uneinig, stellten zwei Kandidaten auf, Lincoln und Fremont. Für diesen Fall wäre die Wahl des demokratischen Kandidaten Mac Clellan sicher gewesen; sie aber hätte nichts anderes bedeutet, als daß die Frucht des langen Krieges verloren worden wäre; denn die Demokraten wollten den friedlichen Ausgleich mit dem Süden, welcher nichts Geringeres in sich geschlossen hätte, als die Anerkennung der Sklaverei in den bisherigen Sklavenstaaten. Diese drohende Aussicht brachte die Abtrünnigen unter den Republikanern doch zur Besinnung, so daß sie, wenn auch mit widerstrebendem Grolle, von der Wahl ihres Kandidaten abstanden. So wurde denn der gemäßigte und besonnene Lincoln am 8. November wieder zum Präsidenten gewählt und zwar mit einer übergroßen Stimmenmehrheit der Staaten. Mit diesem Wahlsieg war jede Aussicht der Demokraten vernichtet; Lincoln führte, wenn auch in schonender Form, das Programm seiner Partei: Unterdrückung der Revolution und Abschaffung der Sklaverei aus, umsomehr als die Sonderbündischen in ihrer Verblendung auch jetzt trotz ihrer verzweifelten Lage gegen das Unvermeidliche sich sperrten und spreizten. Noch vor dem Falle von Richmond am 31. Januar 1865 wurde gesetzlich die Sklaverei aufgehoben. Am 9. April mußte sich Lee ergeben. Was nicht auf dem Wege eines ehrlichen Kampfes erreicht worden war, das sollte jetzt durch Verschwörung und Meuchelmord ermöglicht werden. Eine Anzahl von sonderbündischen Fanatikern hatte sich zu Washington im Hause einer Frau Surrat verschworen, den Norden seiner besten Generale und leitenden Staatsmänner auf meuchelmörderischem Wege zu berauben. Von ihnen allen erreichte aber nur der Mörder Lincolns sein Ziel. Als der Präsident am Charfreitag den 14. April abends in seiner Loge im Theater zu Washington sorglos saß, stürzte ein Schauspieler Wilkes Booth in die Loge und stieß dem Präsidenten mit den Worten: «sic semper tyrannis» einen Dolch ins Herz, dann sprang er auf die Bühne und entkam unter dem ersten Getümmel auf die Straße, wo er auf einem bereitgehaltenen Pferde davoneilte. Aber man setzte ihm unablässig nach und am 26. April

fiel er im Kampfe mit seinen Verfolgern. Auch Seward, der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, welcher in seinem Hause krank lag, wurde von einem Mitverschworenen überfallen, aber nur verwundet.

An dem Schicksal des Südens änderte diese verzweifelte und ruchlose That nichts, obwohl der Tod Lincolns für die Union ein schwerer Verlust war, denn dieser gemäßigte und gebildete Staatsmann hätte mit größerer Sicherheit die Republik durch die Wirren hindurchgeführt als irgend ein anderer. Gemäß der Verfassung hatte der Vicepräsident Andrew Johnson an seine Stelle zu treten. Er war aus Tenessee gebürtig und hatte sich vom Schneider zur ersten Stelle im Staat emporgearbeitet. Seine republikanische Gesinnung schien unanfechtbar zu sein, allein von der Mäßigung und Bildung Lincolns besaß er nichts, und bald sollte es sich zeigen, daß er die von seinem Vorgänger eingeschlagenen Bahnen in der Politik verließ. Bezeichnend genug ist es, daß die Union sich stark genug fühlte, gegen die Rebellion, ihre Häupter und Führer, eine bewundernswerte Milde zu üben. Mit Ausnahme des Unmenschen Wirz, der die in Andersonville zu Tausenden eingepferchten Kriegsgefangenen des Nordens mit Absicht hatte verhungern oder wie Sklaven mißhandeln oder wie wilde Tiere hatte niederschießen lassen und diese Unmenschlichkeit mit dem Tode durch den Strang büßen mußte, und außer dem Präsidenten des Südbundes, Jefferson Davis, der mit den zusammengerafften Schätzen nach Europa entfliehen wollte, aber eingeholt und ins Gefängnis geworfen wurde, geschah niemand ein Leid. Man wollte den Süden versöhnen. Freiheit und Gleichberechtigung für alle, auch für die Südstaaten.

Nachdem die Armeen aufgelöst und die Mannschaften in die Heimat entlassen waren, begann infolge erneuten Fleißes das Land bald wieder aufzublühen und sich durch die Sparsamkeit der Regierung und die Opferwilligkeit des Volkes die Schuldenlast zu vermindern. Selbst die Eigenwilligkeit des Präsidenten Johnson bei der Rekonstruktion der Union und der Gleichberechtigungsfrage auch der Schwarzen konnte die Entwickelung des öffentlichen Lebens und Rechtes nicht wesentlich aufhalten. Mit mannhafter Entschlossenheit leisteten ihm die Republikaner energischen Widerstand. Als derselbe infolge seiner Differenzen mit den vertretenden Körperschaften sich so weit hinreißen ließ, daß er ohne die Zustimmung des Senats den Kriegsminister Stanton von seiner Stelle entfernte, wurde er, womit ihm längst gedroht war, in den Anklagestand versetzt. Wenig nutzte es ihm, daß er mit einer sehr geringen Stimmenmehrheit freigesprochen wurde; denn gerichtet war er doch in aller Augen. Von allem Einflusse auf das Rekonstruktionswerk ausgeschlossen und selbst in

der Ernennung der Beamten beschränkt, mochte er wohl selbst mit Beklemmung das Ende seiner Amtsführung herbeisehnen. So lange er noch im Amte war, hielt der Kongreß das Heft fest in den Händen. Napoleon und England, welche beide die Zersplitterung der Republik gerne gesehen hätten, bekamen die feste Politik derselben zu verspüren. Gegen das mexikanische Kaisertum protestierte mit bedrohlichem Nachdrucke die Union auf Grund der Monroedoktrin. In England aber forderte der amerikanische Gesandte Schadenersatz für die Verluste, welche die Republik durch die in England gebauten und gekauften Kaperschiffe des Südens, insbesondere durch die „Alabama", erlitten hatte. Die „Alabamafrage" blieb jahrelang auf der Tagesordnung. Zeitweise spitzte sie sich so zu, daß ein Krieg zwischen England und der nordamerikanischen Republik auszubrechen schien. So weit wollten es die englischen Staatsmänner nicht kommen lassen, und auch Grant, der wegen seiner im Kriege bewiesenen Tapferkeit und Tüchtigkeit am 3. November 1868 an Johnsons Stelle zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt worden war, suchte den letzten Ausweg, einen Krieg, zu vermeiden. Nach einem in Washington am 8. Mai 1871 geschlossenen Vertrag sollte der Ausgleich dieser langwierigen Angelegenheit einem Schiedsgericht übertragen werden. Dasselbe trat am 17. Dezember desselben Jahres in Genf zusammen. Die zu weitgehenden Forderungen Amerikas, d. h. der sogenannte „mittelbare" Schadenersatz wurde im Prinzip als unberechtigt verworfen: betrug doch selbst die Forderung für den „unmittelbaren" Schaden, welchen die Union berechnete, 600 Millionen Sterling. Endlich beruhigte sich doch die letztere mit dem Urteil des Schiedsgerichtes, welches am 14. September der Republik einen Rechtsanspruch auf 15½ Millionen Dollars aussprach, und damit war auch diese Streitfrage zu gunsten der Vereinigten Staaten aus der Welt geschafft, die noch im gleichen Jahre die Genugthuung hatten, daß in dem Streite mit England über das Besitzrecht im S. Juan-Archipel durch den Schiedsspruch des Kaisers von Deutschland die Rechtmäßigkeit ihrer Forderung anerkannt wurde.

7. Kapitel. Die mexikanische Expedition.

Londoner Vertrag von 1861 betreffs der mexikanischen Republik und seine Folgen. Präliminarvertrag von Soledad. Napoleons Hinterlist und Plan. Expedition gegen Mexiko. Zweck derselben. Schwierigkeiten. Einnahme von Puebla. Räumung Mexikos. Einsetzung einer erblichen Monarchie. Wahl des österreichischen Erzherzogs Maximilian zum Kaiser. Schwerer Entschluß. General Bazaine. Juarez und der kleine Krieg. Maximilian Kaiser der Mexikaner. Die ersten Regierungsakte und Aussichten. Bazaines

Eroberungen. Juarez' und der Seinen Bedrängnis. Die nordamerikanische Union und ihr entschiedenes Auftreten. Ankündigung des Abzugs der französischen Truppen. Trostlose Lage Maximilians. Vergebliches Flehen seiner Gattin. Ihr Schicksal. Maximilian und Bazaine. Verzweifelte Versuche. Lopez' Verrat. Maximilians Tod.

Am 31. Oktober 1861 schlossen Frankreich, Spanien und England zu London einen Vertrag ab, wonach sie sich verpflichteten, gemeinsam die mexikanische Republik, in deren Wirren und Kämpfen zwischen den Präsidenten Miramon und Juarez vielfach das Eigentum europäischer Kaufleute beschädigt worden war, zu zwingen, für den Schadenersatz in jeder Richtung aufzukommen. Ausdrücklich schloß der Vertrag jeden weiteren Eingriff in die inneren Angelegenheiten des Landes aus: besonders solle es den Mexikanern überlassen bleiben, sich nach ihrem Gutdünken eine Regierungsform zu geben. Spanien hatte nun aus altem Groll sofort von Cuba aus die Hafenstadt Veracruz besetzt, die französischen und englischen Schiffe landeten erst darnach. Hatte man sich in Europa vorgestellt, daß man ohne große Anstrengungen mit der Republik fertig werden könne, so zeigte jetzt der Augenschein, daß man sich getäuscht habe. Aus diesem Grunde waren die Verbündeten geneigt, mit Juarez und seiner Republik Verhandlungen anzuknüpfen. Am 19. Februar 1862 wurde in der That der Präliminarvertrag von Soledad abgeschlossen, dem am 15. April in Orizaba die Abmachung eines definitiven Friedens folgen sollte. Allein unterdessen hatte die französische Politik eine Wendung genommen. Napoleon hatte schon von Anfang an die geheime Absicht, die mexikanische Angelegenheit zu einer Aktion im großen Stile aufzubauschen und dabei einen Gewinn für das französische Ansehen in der neuen Welt herauszuschlagen. Denn dadurch werde, wie er zuversichtlich hoffte, „der lateinischen Rasse jenseits des Ozeans ihre Stärke und ihr Prestige wiedergegeben".

Der mexikanische General Almonte, welcher zur monarchischen Partei, deren Präsident Miramon von Juarez gestürzt war, gehörte, hatte in Paris bei Napoleon gegen die bestehende Regierung geschürt und den Kaiser für einen bedeutsamen Plan — für eine kriegerische Expedition gegen Mexiko — zu gewinnen verstanden. Die Expedition sollte darnach zum Sturz der republikanischen Verfassung und zur Aufrichtung einer Monarchie benutzt werden: für den neuen Thron wurde der österreichische Erzherzog Maximilian in Aussicht genommen. Napoleon setzte sich insgeheim mit diesem ins Benehmen und stieß offenbar wenigstens auf keinen unüberwindlichen Widerstand. Daraufhin wurde der französische General Lorencez mit Verstärkungen und als Oberbefehlshaber

nach Mexiko geschickt; Almonte begleitete ihn. Als beide den verbündeten Mächten ohne Umschweif ihre Absichten auseinandersetzten, erklärten die Spanier und Engländer, daß sie Mexiko verlassen würden. Dies geschah auch, als am 20. April Lorencez den Vormarsch auf die mexikanische Hauptstadt begann. Vor Puebla aber erlitt am 5. Mai Lorencez eine Niederlage, die ihm bewies, daß seine Streitkräfte nicht hinreichend seien, Juarez zu Paaren zu treiben. Da die französische Regierung also notwendigerweise Verstärkungen schicken mußte, konnte die Bewilligung dazu vom gesetzgebenden Körper nur durch offene Darlegung der Absichten erlangt werden. Die Expedition hatte in Frankreich von Anfang an wenig Anklang gefunden; jetzt ließen sich dagegen laute Proteste vernehmen; allein die Regierung setzte doch ihren Willen durch, indem sie erklärte, die Ehre Frankreichs fordere dies Opfer und man werde nicht ruhen, bis die französische Fahne in der Hauptstadt Mexikos aufgepflanzt sei. Ein doppeltes bezweckte die französische Expedition ausgesprochenermaßen: durch die Errichtung eines von Frankreich gegründeten und abhängigen Thrones sollte die Republik der Vereinigten Staaten von Nordamerika verhindert werden, ihre Macht auf Mittelamerika und weiterhin auszudehnen. „Wir haben“, sagte Napoleon, „kein Interesse, daß sie sich des ganzen Golfs von Mexiko bemächtigt, von dort aus die Antillen und Südamerika beherrscht und über die Produkte der neuen Welt die alleinige Verfügung in die Hände bekommt.“ Die Frage war nur die, ob die Republik der Vereinigten Staaten trotz ihrer schwierigen Lage, in der sie sich damals infolge ihres Krieges mit den Südstaaten befand, dem kaiserlichen Zuruf: „Bis hieher und nicht weiter“ augenblicklich und gutwillig Folge leisten werde oder nicht. Es scheint, daß man sich in Paris die Sache doch leichter, als gut war, vorstellte. Obwohl nämlich der General Forey, welchem Napoleon nun die Leitung der Expedition übertrug, über 50000 französische Soldaten verfügte, so mußte er sich doch überzeugen, daß selbst diese beträchtlichen Streitkräfte nicht hinreichten, den Vormarsch gegen die Hauptstadt Mexikos zu beginnen. Den Herbst und einen Teil des Winters benutzte er zu den sorgsamsten Vorbereitungen seines Zuges: es war ihm klar, daß er keinem Mißerfolg sich aussetzen durfte. Erst im Februar 1863 brach der General von Orizaba auf. Sein nächstes Ziel war Puebla, welches genommen werden sollte. Allein die Mexikaner verteidigten diesen festen Platz mit der größten Tapferkeit und Ausdauer, so daß es nur mit Mühe und erst nach 2 Monaten gelang, die Übergabe zu erzwingen. Freilich zeigte sich bald darauf, zum Glück für die Franzosen, daß die Mexikaner sich hierbei schon verblutet hatten. Juarez räumte freiwillig die Hauptstadt, die er doch

nicht hätte halten können, um sich mit seinem Anhang in die Festung San Luis Potosi zu werfen. Forey hielt ungehindert am 10. Juni seinen Einzug in der Hauptstadt. Eine auf der Stelle eingesetzte Regentschaft rief 215 Notable des Landes zusammen, um über die künftige Regierungsform zu entscheiden. Schon nach vier Wochen, am 11. Juli, trat diese Versammlung zusammen und beschloß einstimmig, eine erbliche Monarchie einzuführen und den österreichischen Erzherzog Maximilian zum mexikanischen Kaiser zu erwählen. Eine Deputation machte sich sogleich nach Europa auf den Weg, um den Erzherzog zur Besteigung seines schnell und leicht gezimmerten Thrones einzuladen. Die Entscheidung fiel ihm nicht leicht; deshalb zögerte er mit seiner Zusage. Wohl lag für den thatkräftigen und begabten Prinzen in dem Angebot der Kaiserkrone etwas Verlockendes; einem Volke geordnete Verhältnisse zu schaffen, mußte ihm als eine schöne Lebensaufgabe, seines Eifers und Ehrgeizes würdig, erscheinen. Allein er konnte sich andererseits auch nicht verhehlen, daß seine Kandidatur nicht aus dem freien Volkswillen hervorgegangen und nur unter einem sehr fühlbaren Einfluß aufgestellt worden war. Auch der Umstand, daß die kaiserliche Partei hauptsächlich aus den Klerikalen bestand, welche die Veräußerung des Kirchengutes wieder aufzuheben bestrebt war, mußte ihm manches Bedenken erregen.

In Mexiko ging es unterdessen sehr bewegt zu. Die französische Armee mußte erst das ganze Land erobern. Mit dieser Thätigkeit wurde an Foreys Stelle der General Bazaine betraut (Oktober 1863). Wo die Franzosen hinkamen, ließen sie das Kaisertum proklamieren. Angesichts ihrer Waffen vollzog sich dies ohne Widerstand. Auch Juarez konnte sich in San Luis Potosi nicht mehr halten und zog ab. Aber woran am meisten gelegen gewesen wäre, ihn nämlich aus dem Lande zu verdrängen, das gelang nicht. Im ganzen Lande herrschte der kleine Krieg unter dem Schutze der hiefür günstigen Terrainverhältnisse. Bald da, bald dort brachen bewaffnete Banden hervor und überfielen ihre Feinde: das waren die Parteigänger Juarez'. Trotz der Fortschritte der Franzosen stellte sich nirgends Ordnung und Sicherheit ein. Juarez behauptete sich im Norden des Landes, das nicht einmal zur Hälfte im Besitze der Franzosen sich befand. Napoleon erkannte längst, daß er mit dieser Einmischung in die mexikanische Angelegenheit einen schweren Fehler begangen habe, und war deshalb bestrebt, sich möglichst bald wieder aus der Sache herauszuziehen. Das konnte nur geschehen, wenn sich Erzherzog Maximilian bereden ließ, nach Mexiko zu gehen und die Kaiserkrone anzunehmen. Er mochte dann sehen, wie er fertig werde.

In der That ging Maximilian in die ihm gestellte Falle dieser hinterlistigen und unehrlichen Politik.

Im Juni 1864 gelangte er nach einem Besuche in Paris und Rom, in welch letzterer Stadt ihm die Forderungen der Kurie die Augen über die Aussichtslosigkeit seiner Unternehmung hätten öffnen sollen, in sein neues Reich. Unleugbar machten die stattliche Erscheinung und das offene, leutselige Wesen des Erzherzogs, der mit seiner jugendlichen Gattin, der belgischen Königstochter Charlotte, in der guten Absicht gekommen war, einem unglücklichen Volke Glück und Frieden zu bringen, auf viele einen günstigen, gewinnenden Eindruck, der noch dadurch vermehrt wurde, daß seine ersten Regierungshandlungen unzweideutig erkennen ließen, er sei nicht willens, sich zum Werkzeug der klerikalen Partei herzugeben. Trotz der Einsprache des Nuntius verkündete er die volle Religionsfreiheit und bestätigte den Verkauf der Kirchengüter, der notwendig war, wenn das Land seinen ohnehin fast unerschwinglichen finanziellen Verpflichtungen gerecht werden sollte. Denn war auch ein gewisses finanzielles Abkommen durch die Hülfe Napoleons getroffen worden, so reichten selbst die französischen Millionen noch nicht hin, die täglichen Bedürfnisse zu befriedigen: ohne bedeutende Mittel hätte der Haushalt nicht geführt werden können. Es war ja sehr fraglich, ob sich die neue Monarchie über Wasser halten werde. Vorerst freilich, so lange französische Truppen und Gelder nachhalfen und der Republik der Vereinigten Staaten durch eigene Verwickelungen die Hände gebunden waren, schien die Sache eine gute Bahn gehen zu wollen. Bazaine, der dafür von seinem Herrn zum Marschall ernannt wurde, gewann mit seinen streifenden Truppen einen festen Platz nach dem anderen: Oaxaca im Süden, Mazatlan an der Westküste, Durango und Monterey im Norden, und der Präsident Juarez flüchtete sich mit seiner Regierung bis an die nördliche Grenze in das Städtchen Paso del Norte. Napoleon war entzückt über diese Nachrichten und Maximilian glaubte schon das Spiel gewonnen zu haben. Am 2. Oktober verkündete er seinen Unterthanen, daß der ehemalige Präsident das Land verlassen habe; wer fortan in seinem Namen noch kämpfe, müsse als Rebelle betrachtet und standrechtlich erschossen werden. Letztere Drohung war eine Unklugheit, die für den neuen Kaiser um so verhängnisvoller wurde, als er schon nach Verlauf einer Woche sie wirklich ausführte, indem er zwei juaristische Generale erschießen ließ. Das erboste die Gemüter aufs neue und entfremdete ihm viele, die schon auf dem Wege waren, sich zu fügen. Dazu kamen andere Schwierigkeiten. Die Schuldenlast wuchs mit der Finanznot; die inneren Verhältnisse nahmen keine geordnete

Gestalt an und die Klerikalen zogen sich mehr und mehr vom Kaiser zurück.

Das Allerschlimmste lag für ihn aber in der Haltung der Vereinigten Staaten. Der Norden hatte endlich in dreijährigem furchtbar blutigen Ringen den südlichen Sonderbund niedergekämpft und ihn zu unbedingter Unterwerfung gezwungen. Das Hochgefühl der Republik war durch diesen Sieg begreiflicherweise stark gestiegen und wollte jetzt erst recht keine importierte Monarchie als Nachbarin dulden. Das hatte selbst in der Zeit der Not schon das Repräsentantenhaus in Washington einstimmig ausgesprochen, daß es mit den Grundsätzen des amerikanischen Volkes unvereinbar sei, „eine in Amerika unter den Auspicien einer europäischen Macht auf den Trümmern der republikanischen Staatsform errichtete monarchische Regierung anzuerkennen“. In der That gelang es Maximilian so wenig als Napoleon, die Präsidenten Lincoln und Johnson zu bewegen, einen mexikanischen kaiserlichen Gesandten zu empfangen: nach wie vor betrachteten sie als das legitime Oberhaupt Mexikos den Präsidenten Juarez. Wirksamer trat die Republik nach dem gewonnenen Siege auf, als Napoleon in Washington wenigstens eine thatsächliche, wenn auch nicht prinzipielle Anerkennung des mexikanischen Kaisertums durchzusetzen sich bemühte und dafür das Angebot machte, die französischen Truppen in einer angemessenen Frist abzuberufen. Diese Bedingung wurde rückhaltlos abgelehnt. Am 6. Dezember 1865 erklärte der amerikanische Gesandte in Paris, die wahre Ursache der Unzufriedenheit seines Volkes sei, „daß die jetzt in Mexiko stehende französische Armee eine vom mexikanischen Volke begründete republikanische Regierung, mit der die Vereinigten Staaten auf das tiefste sympathisieren, angreift“, und 10 Tage darauf ließ die Union geradezu den Abzug der französischen Armee unter dem Hinweise drohender Verwickelungen fordern: die guten Beziehungen zu Frankreich, heißt es in dieser Depesche, würden in Gefahr geraten, „wenn Frankreich es nicht mit seinen Interessen und seiner Ehre vereinbar finden könnte, abzustehen von der ferneren bewaffneten Intervention“. Daß aber in diesem Falle Maximilians Thron und Sache verloren war, lag auf der Hand. Ihm selbst entging dies am wenigsten; aber seine ritterliche Denkungsart war unfähig, einen anderen Entschluß zu fassen, als um jeden Preis auf seinem Posten auszuharren. Er hätte es für feig und ehrlos angesehen, die Flinte wegzuwerfen nur um der eigenen Sicherheit willen. Als daher im Januar 1866 bei ihm der französische Gesandte Seillard mit der Anzeige erschien, daß Napoleon in 3 Abteilungen, und zwar im Herbst 1866, im Frühjahr und November 1867 seine Truppen

zurückziehen werde, da wandte er sich zunächst an seinen Bruder, den Kaiser Franz, mit der Bitte, sein Freiwilligenkorps durch regelmäßige Werbungen erhöhen und ergänzen zu dürfen; allein die Vereinigten Staaten legten dagegen energische Verwahrung in Wien ein und erreichten ihren Zweck. Nun machte sich die Kaiserin Charlotte selbst auf, um in Paris wenn möglich eine Änderung des Entschlusses herbeizuführen. Vierzehn Tage verweilte sie am französischen Hofe, aber Napoleon ließ sich nicht umstimmen: er fürchtete sich vor dem Druck der öffentlichen Meinung nicht weniger als vor einem Kriege mit der Union; und zugestanden muß werden, daß Frankreich für dies verfehlte Unternehmen seines Kaisers schon hinreichend schwere Opfer gebracht hatte. Die Kaiserin Charlotte mußte ohne Hülfe die französische Hauptstadt verlassen. Das einzige, was ihr Napoleon zu sagen wußte, bestand in dem eindringlichen Rat, daß sie ihren Gatten zur Abdankung bereden solle; seiner persönlichen Sicherheit wegen wolle man die Abberufung der ersten Abteilung der Truppen bis zum Frühjahr 1867 verschieben. Das war alles. Die unglückliche Fürstin wandte sich nun auch nach Rom, auch dort fand sie weder Trost noch Hülfe, nicht einmal eine aufrichtende Zusprache. Das Unglück der Zukunft stand riesengroß und unabwendbar vor ihr; das Geschick ihres Gemahls erschien ihr besiegelt; alles und er selbst war verloren. Dieses sichere Unglück zu erwarten, dazu reichten aber die Kräfte der Armen nicht mehr aus; die Verzweiflung deckte die Nacht des Wahnsinns auf ihren zerrütteten Geist. So verdüsterten Gemütes kehrte sie nach ihrem Lieblingsschlosse, dem herrlichen Miramare, zurück, von wo sie so hoffnungsfroh mit ihrem Gemahl ausgezogen war. Dieser Schlag hatte noch gefehlt, um das Maß des Elendes, dem der Kaiser rettungslos verfallen war, voll zu machen.

Im selben Augenblick, als die niederschmetternde Nachricht von dem Unglück seiner Gattin ihn traf, stellte sich bei Maximilian ein zweiter Bote Napoleons ein, der ihm empfahl, abzudanken und die Gründung einer Republik zu fördern. Auch die Union mischte sich mehr als vorher in die mexikanischen Angelegenheiten und es schien, als sei sie gesonnen, sogar mit den Waffen einzugreifen. Maximilian, von Napoleon verlassen, wollte die Regierung niederlegen. Man bewog ihn zu bleiben. Eine Notabelnversammlung bat ihn am 14. Januar 1867, das Land nicht seinem Geschicke zu überlassen, und obwohl oder vielleicht gerade weil Bazaine ihm ernstlich abriet, dies zu thun, entschloß er sich auszuhalten. Die Franzosen rüsteten sich schon lange zum Abzuge. Schon im Dezember des vergangenen Jahres hatte Bazaine die Franzosen, die im mexikanischen Freiwilligenkorps dienten, aufgefordert, mit ihm in die

Heimat zurückzukehren. Die französischen Truppen wurden in der Hauptstadt und auf dem Wege von ihr nach Veracruz zusammengezogen. Am 5. Februar 1867 verließ Bazaine die Hauptstadt und forderte den Kaiser noch einmal zur gemeinsamen Rückkehr auf. Lieber aber wollte er untergehen, als denen seine Rettung verdanken, die ihn so schmählich verraten und verführt hatten. Für die Juaristen war der Abzug der Franzosen das Signal, von allen Seiten gegen Mexiko selbst heranzurücken. Neue Hoffnung beseelte sie; die geringe kaiserliche Truppenmacht vermochte ihnen nicht Halt zu gebieten. Maximilian beauftragte nun seinen General Marquez, die Hauptstadt gegen den herbeiziehenden Porfirio Diaz zu verteidigen, während er selbst in Queretaro dem juaristischen General Escobedo sich entgegenwerfen wollte. Am 16. März verließen die letzten französischen Truppen den Hafen von Veracruz, Flüchtigen gleich waren sie froh, als niemand ihnen die schmachvolle Heimfahrt wehrte. Maximilian war unterdessen in Queretaro eingeschlossen, sein General Marquez wurde von Diaz geschlagen und am 2. April schon Puebla von den Juaristen besetzt. Die letzte Hoffnung für den Kaiser blieb nur noch die Flucht an die Küste und die Abfahrt in die alte Welt. Aber dieser letzte Ausweg, der noch offenstand und schließlich gewählt wurde, sollte von dem Unglücklichen nicht mehr eingeschlagen werden können. Einer seiner eigenen Obersten, Miguel Lopez, wollte sich den Judaslohn, den er sich durch den Verrat seines Herrn erwerben konnte, nicht entgehen lassen. Um 10000 Piaster verkaufte er ihn an Escobedo, indem er heimlich republikanische Truppen in die Stadt ließ. Auf dem Marktplatz derselben wurde Maximilian mit seinen Generalen Miramon und Meja umzingelt und gefangengenommen.

Das wahrhaft tragische Geschick des bedauernswerten Fürsten erregte das größte Mitleid in der ganzen Welt; denn die Juaristen machten kein Hehl aus ihrer Absicht, daß sie ihn erschießen wollten. Es baten für ihn die europäischen Mächte; aber selbst auf die Fürsprache des Präsidenten der Vereinigten Staaten hörten die erbitterten Gegner des Kaisers nicht. Er wurde vor ein Kriegsgericht gestellt, das ihn besonders wegen der Erschießung der zwei juaristischen Generale am 5. Oktober 1865 zum Tode verurteilte. Was er diesen gethan, sollte ihm selbst widerfahren. Am 19. Juni wurde in früher Morgenstunde auf dem Marktplatz von Queretaro an ihm und seinen beiden Genossen das Urteil vollzogen. Mit heldenhaftem Mut ging er in den Tod; sein letztes Wort galt seiner noch unglücklicheren Lebensgefährtin. Das Los des unglücklichen Fürsten wurde allgemein bedauert und Napoleon ebenso allgemein als der verantwortliche Urheber desselben verurteilt. Diesem verdienten Vorwurf

that der Ruhm, den sich Napoleon durch die internationale Weltausstellung in Paris gerade damals bereitete, keinen Abbruch; in die lärmenden Feste und fürstlichen Besuche fiel als trüber Schatten die Nachricht von dem Verrate in Mexiko. Der Leichnam des Hingerichteten wurde auf die Bitte seines kaiserlichen Bruders ausgeliefert. Der österreichische Admiral Tegethoff holte ihn auf demselben Schiffe ab, auf dem drei Jahre vorher das kaiserliche Ehepaar seinem Verderben entgegengefahren war. Am 18. Januar 1868 wurde Maximilian in Wien bei den Kapuzinern zur Ruhe bestattet.

In Mexiko gestalteten sich nach dem Sturz des Kaisertums die Verhältnisse nur langsam besser. Auch an Aufständen und Erhebungen fehlte es nicht. Aber Juarez, der noch zweimal zum Präsidenten gewählt wurde, behauptete sich doch bis zu seinem Tode am 18. Juli 1872.

8. Kapitel. Die Türkei und ihre Nebenländer bis zum Jahre 1870.

Die Lage der Türkei. Sultan Abdul Aziz. Aufstand in der Herzegowina und in Montenegro. Griechenland und König Otto. Verschwörung gegen den letzteren. Seine Entthronung. Georgios von Dänemark, griechischer König. Couza in Rumänien. Pariser Konferenz. Karl von Hohenzollern, erblicher Prinz von Rumänien. Die Kandioten. Schlimme Lage auf der Balkanhalbinsel. Türkische Reformvorschläge. Bruch mit Griechenland. Konferenz in Paris. Unterwerfung Kandias. Die Reise des Sultans an die westeuropäischen Höfe. Reformen. Thronrede des Sultans. Napoleons Einfluß. Rußland. Die Donaufürstentümer. Ermordung des Michael Obrenowitsch in Serbien. Sein Nachfolger Milan Obrenowitsch. Egypten und Ismail Pascha. Ismail Vizekönig. Protest des Sultans gegen ihn und Einschreiten. Eröffnung des Suezkanals.

Die Türkei befand sich dauernd in einem unheilvollen Zustand, aufrecht erhalten mehr durch die Eifersucht von Rußland und England — auch Napoleon hatte seine Hände im Spiel — als durch die eigene Kraft. Daran gebrach es vollständig, auch wenn zuweilen trügerische Anzeichen das Gegenteil zu beweisen schienen. So setzte man in den Sultan Abdul Aziz, welcher 1861 zur Regierung kam, große Hoffnungen, von denen keine sich erfüllte. Man glaubte, daß er, ein richtiger Alttürke, dem elenden Treiben seines Bruders und Vorgängers entsagen, eine geordnete Finanzwirtschaft einführen, alle Kräfte der Türkei zusammennehmen und ihr wieder eine geachtete Stellung zu verschaffen wissen werde. Nichts von dem geschah. Im Schuldenmachen und planlosen Verschwenden überbot er noch seinen deshalb verhaßten Bruder bei weitem und fügte dazu eine gemeine Habsucht, die sich nicht entblödete, zu seinem persön-

lichen Vorteil die Staatskasse zu leeren und zu gleichem Zwecke an den heillosesten Börsenspekulationen und -Operationen teilzunehmen, deren Opfer seine eigenen Unterthanen waren. Schulden auf Schulden wurden gemacht, so lange sich jemand fand, der Geld hergab. Alles wurde verpfändet, mit unerträglichen Steuern belegt oder monopolisiert. Die einträglichsten Betriebe konnten sich, auf diese Weise belastet, kaum mehr über Wasser halten. Der Staatsbankerott stand drohend vor der Thür schon in den 60er Jahren: die Mittel, mit denen man ihn noch aufhielt, konnten nicht mehr lange dauern. Kenner der Lage betrachteten es indessen schon als ein Wunder, daß man den unaufhaltbaren Prozeß so lange — die Erklärung des Staatsbankerottes erfolgte erst 1875 — hinauszuziehen verstand. Als ein Glück war diese schlechte Kunst nicht anzusehen. Sie zehrte nur die Säfte des gequälten Volkes fast nutzlos auf. Denn sehr viel von dem, was den Unterthanen abgepreßt wurde, verschwand in heimlichen Taschen. Wenn auch dazwischen ein Ansatz zu Reformen gemacht wurde, so wollte dies nicht viel sagen. Denn das Muster europäischer Staatseinrichtungen ließ sich selbst beim besten Willen nicht so ohne weiteres auf die aus den fremdartigsten Bevölkerungsmassen zusammengesetzte Türkei übertragen. Die zentrifugalen Kräfte, deren einzige Absicht in der Trennung und Losreißung bestand, mehrten sich und arbeiteten in verstärktem Maße an diesem Ziele.

Es dauerten nämlich die nationalen Erhebungsversuche der unterworfenen europäischen Völkerschaften mit wechselndem Erfolge fort. Im Jahre 1862 wurde ein Aufstand in der Herzegowina leicht niedergehalten und Montenegro aufs neue zum Gehorsam ohne Mühe zurückgebracht, nachdem ein Putsch in Belgrad nicht dazu geführt hatte, das ganze christliche Bulgarien, wie man in Cettinje erwartet hatte, unter die Waffen zu rufen. Vorerst blieb die Pforte noch Herr auf der Balkanhalbinsel.

Bedrohlicher gestalteten sich gleichzeitig für sie die Verhältnisse in Griechenland. Durch eine 30jährige milde, manchmal zu nachgiebige, immer aber auf das Wohl des Landes bedachte Regierung hatte König Otto die Herzen des hellenischen Volkes nicht gewinnen können, weil er dem ungestümen Drängen jener nicht Genüge that, welche um jeden Preis mit dem Kopf durch die Wand rennen und zur Erfüllung der nationalen Vergrößerungsträume durchaus einen Krieg bis aufs Messer mit der Türkei geführt wissen wollten. Abgesehen von seinen friedlichen Neigungen, mußte den König die Rücksicht auf die europäischen Großmächte von einem solchen tollkühnen und aussichtslosen Unterfangen abhalten. Allein damit rechneten die wahnwitzigen Hetzer nicht. Zuerst zettelten sie im Februar 1862 in Nauplia eine Militärrevolte an, der

man erst nach mehreren Wochen Herr wurde. Durch Vergeben und Vergessen hoffte der gutherzige König die Gemüter zu besänftigen. In der That schien dies zu gelingen, so daß Otto eine Rundreise im Spätherbst des Jahres durch den Peloponnes unternahm. Allein die Aktionspartei, nichts weniger als versöhnt, benützte die Abwesenheit des Königs, eine weitverzweigte Verschwörung zu stiften, die keinen anderen Zweck hatte, als ihn des Thrones zu entsetzen. Zuerst in Vonizza, dann in Patras, zuletzt in Athen standen die Verschworenen auf und bestellten eine provisorische Regierung, die zunächst den König Otto und seine Dynastie der Krone verlustig erklärte. Die Truppen hatten mit dem Volke fraternisiert; feige und undankbar wagte niemand in der griechischen Hauptstadt für die Sache des abwesenden Königs einzutreten. Dieser selbst war entschlossen, den Meuterern die Spitze zu bieten. Von Kalamata am südlichen Ende des Peloponnes fuhr er eiligst nach Athen zurück. Aber im Hafen Piräus angelangt, erfuhr er den Abfall des ganzen Volkes. Trotzdem hatte er die Absicht, nicht zu weichen. Die fremden Gesandten rieten ihm aber dringend davon ab, sich unter Lebensgefahr in die Hauptstadt zu begeben. Tief verletzt durch den schnöden Undank seines Volkes, dem er nach besten Kräften drei Jahrzehnte hindurch gedient hatte, gab er nach, um sich Leuten nicht aufzudrängen, die für den ernstesten Willen keine Anerkennung und von der zwingenden Macht gegebener Verhältnisse nicht das mindeste Verständnis besaßen. In einer Proklamation zeigte er den Hellenen seinen Entschluß, der rohen Gewalt einer sinnlosen Meuterei weichen und in sein Heimatland zurückkehren zu wollen, an; dann fuhr er von Salamis aus mit der Königin auf einem englischen Schiffe nach Triest. Die griechische Königskrone niederzulegen konnte ihm im Grunde nicht schwer fallen, denn sie war von Anfang an in Wahrheit eine Dornenkrone gewesen. Es kennzeichnet den undankbaren Charakter der Griechen, daß sie dem entthronten König nur lügnerische Vorwürfe über Mißregierung, Verletzung der Verfassung, Begünstigung der Fremden nachzusenden wußten: lauter unwahre Anklagen, die den grundlosen Aufstand in den Augen der Welt nicht zu rechtfertigen vermochten. Denn die neue Regierung, die doch eigentlich sofort auf die Türkei hätte losstürzen sollen, beschränkte sich, als sie das Risiko eines so tollen Wagnisses selbst überlegte und ein wenig über ihre Verantwortlichkeit wie über die Folgen dieses Schrittes nachdachte, darauf, auf die Suche nach einem neuen König zu gehen. Das war das Ende dieses feigen und aufrührerischen Lärms. Nun wurde von den beteiligten Großmächten ein englischer und ein russischer Kandidat gegeneinander ausgespielt, nämlich der Prinz Alfred von Eng-

land und der Herzog von Leuchtenberg, allein die Eifersucht beider Mächte ließ keinen von beiden zu: beide Kandidaturen wurden zurückgezogen, bis es der geschäftigen englischen Diplomatie gelang, die Großmächte zu bewegen, daß sie zur Wahl eines dänischen Prinzen ihre Zustimmung gaben. Dieser, Prinz Wilhelm, der Sohn des bald zum König von Dänemark erhobenen Christian IX., wurde nach dieser Genehmigung von der griechischen Nationalversammlung im Frühjahr 1863 zum griechischen König gewählt. Im Herbste hielt der 18jährige König unter dem Namen Georg I. seinen Einzug in Athen. Als Angebinde gab ihm bei seiner Thronbesteigung die englische Regierung die jonischen Inseln, welche bisher unter ihrer Schutzherrschaft gestanden hatten. Über die Proteste Bayerns und ihren eigenen Vertrag vom 7. Mai 1832 setzten sich die Schutzmächte England, Rußland und Frankreich ohne Bedenken hinweg: von ihren Gnaden war Georg König der Hellenen geworden. Davon aber, daß er die „große nationale Idee" ihrer Verwirklichung näher rücken und die Pforte mit Krieg überziehen werde, konnte im Ernste niemand reden. Den Griechen gegenüber erfreute sich der „kranke Mann" doch noch einer respektablen Gesundheit, um so mehr als das neue Königtum, noch schwächer als das vorhergegangene, nicht einmal im Innern eine wirkliche Ordnung schaffen konnte: desto größer war der Lärm der Parteien und um so rascher der Wechsel der Ministerien. Das beste Bild des kläglichen Zustandes, in welchem sich Griechenland auf lange Zeit befand, enthalten die Worte des Ministers Komunduros, der 1867 sein Amt mit folgenden Worten vor der Kammer antrat: „Die öffentliche Sicherheit ist nicht blühend, das Ansehen der Gesetze verbleicht, der finanzielle Zustand trauriger, als wir erwarten konnten, die Armee in vollständiger Mangelhaftigkeit".

Die griechische und die ganze orientalische Frage blieb somit vorerst ungelöst. Freilich ruhte der latente Abbröckelungsprozeß nicht, er vollzog sich nur recht langsam. In den ehemaligen Donaufürstentümern, d. h. in Rumänien, hauste der Fürst Couza durch seine liederliche Wirtschaft, die er führte, allmählich ab. Seine eigenen Unterthanen, denen seine Willkürherrschaft unerträglich wurde, verschworen sich gegen ihn und zwangen ihn, dem Thron zu entsagen und das Land zu räumen. Man wollte einen neuen Herrscher und ersah sich dazu den Grafen von Flandern, einen Bruder des belgischen Königs, aus. Allein dieser selbst lehnte die ihm angebotene Ehre ab und die Pforte protestierte dagegen, daß die Rumänen, ohne den Oberherrn, den Sultan, nur zu fragen, sich einen neuen Fürsten geben wollten. Der Einsprache der Türkei ungeachtet hielten sich die europäischen Großmächte für befugt, ein Wort in

diese Angelegenheiten dreinzureden; sie griffen zu dem beliebten Mittel einer Konferenz, die 1866 in Paris gehalten wurde und den Rumänen die Wahl eines Fürsten verstattete. Sie fiel auf den Prinzen Karl von Hohenzollern, der denn auch dem Rufe Folge leistete. Der anfängliche Protest der Türkei wurde von den Großmächten nicht beachtet, so wenig als ihre Drohung mit einer bewaffneten Intervention. Schließlich gab auch die Pforte ihre Zustimmung und Prinz Karl wurde allgemein als erblicher Fürst von Rumänien anerkannt.

Im selben Jahre 1866 beschlossen, ermutigt durch das Beispiel der Rumänen, die Kandioten, sich der türkischen Herrschaft zu entziehen und mit Griechenland zu vereinigen. Die ganze Insel Kandia erhob sich für diesen Gedanken, der natürlich in Griechenland mit Begeisterung begrüßt wurde. Mustapha Pascha, der früher Gouverneur auf Kandia gewesen war, sollte mit ansehnlichen Streitkräften dem Abfalle wehren. Allein trotz der Übermacht, welche Mustapha besaß, vermochte er die Flammen des Aufstandes nicht zu ersticken. Die Kandioten besaßen nicht bloß die Sympathieen der Griechen für ihre Sache, sondern auch Rußland erwärmte sich dafür. In Europa war man über die Angelegenheit geteilter Ansicht, aber in der Furcht, es möchte die orientalische Frage zu einem großen Brand ausarten, stimmte man allgemein überein. Die Türkei befand sich in einer schlimmen Lage, denn auf der ganzen Balkanhalbinsel wurde es mit einem Schlage wieder recht unruhig und ungemütlich. Die Montenegriner stellten trotzige Forderungen: die Pforte beschwichtigte sie mit dem Hafen von Novosella, durch den das Fürstentum mit dem Meer in Verbindung trat. Die Serbier verlangten die Räumung Belgrads und der Festungen Setislam, Temendria und Sabatz, und die Pforte gab nach, die türkischen Besatzungen zogen ab; nur sollte fortan neben der serbischen auch die türkische Fahne auf den Festungen gehißt werden. Aber beharrlich weigerte sie sich, Kandia freizugeben; der Wert dieser Insel für sie lag in der Bedeutung, welche derselben ihrer Lage nach in Bezug auf Griechenland und Afrika zukam. Da Mustapha mit den Aufständischen nicht fertig wurde, so schickte der Sultan im Sommer 1867 seinen besten General, Omer Pascha, nach Kandia. Aber obwohl dieser Sphakia, den Herd des Aufstandes, in seine Gewalt bekam und die Aufständischen durch Grausamkeit zu erschrecken suchte, die ganze Insel zu unterwerfen gelang ihm doch nicht. Die Aufständischen zogen sich in die Berge zurück, wo ihnen nicht beizukommen war. Da versuchte nach einer Reise des Großherrn an die abendländischen Höfe und besonders zur Pariser Weltausstellung Ali Pascha den Weg der Güte. Modernen Staatsideen zugethan, wollte

dieser türkische Minister im Verein mit seinem Gesinnungsgenossen Fuad Pascha den wankenden Grund des türkischen Staatswesens durch zeitgemäße Reformen festigen, insbesondere durch das Zugeständnis völliger Gleichberechtigung der Christen mit den Muhamedanern. Auch die Kandioten sollten durch diese und andere Anerbietungen gewonnen werden; so sollten Delegierte der christlichen und muselmännischen Bevölkerung nach Konstantinopel geschickt werden, um die Beschwerden der Inselbewohner vorzubringen. Allein sie schenkten denselben kein Gehör. Die Griechen sorgten dafür, daß sie auf ihrem Plane der Abtrennung von der Türkei beharrten: erklärte doch der Minister Delyannis ohne Umschweif, daß die Insel griechisch werden müsse. So dauerte der unerträgliche Zustand auf der Insel schon in das zweite Jahr hinein. Endlich riß der Pforte die Geduld. Sie erkannte, daß sie ihrem Ansehen ein energisches Auftreten schuldig sei und daß der Aufstand der Kandioten bloß durch energische Maßregeln gegen ihre Anstifter und Helfershelfer, die Griechen, bewältigt werden könne. Am 11. Dezember 1868 ließ sie daher durch ihren Gesandten ein energisches Ultimatum in Athen überreichen, in welchem alle und jede Unterstützung des Aufstandes strengstens untersagt wurde. Als die griechische Regierung nicht darauf einging, verließ der türkische Gesandte Athen, die türkischen Häfen wurden den griechischen Schiffen verschlossen und ein Ausschließungsbefehl aller griechischen Unterthanen aus der Türkei erlassen. Omer Pascha sollte von Larissa in Thessalien aus gegen Griechenland vorrücken. Wiederum hielt sich die europäische Diplomatie für verpflichtet, das Äußerste zu verhindern. Diesmal ging der Vorschlag einer Konferenz von Preußen aus, dem unter der Bedingung der Anerkennung ihrer Ansprüche auch die Pforte zustimmte. Sie trat am 9. Jan. 1869 in Paris zusammen. Die Pforte erhielt Recht; Griechenland mußte sich fügen und Kandia blieb unter türkischer Herrschaft. Die Häupter der Aufständischen ergaben sich zum Teil, so der alte Petropulakis, der nach Syra verbracht wurde; die Mitglieder der provisorischen Regierung wurden gefangengenommen, vier derselben fanden dabei den Tod.

Die schon erwähnte Reise des Sultans nach Wien, zur Pariser Weltausstellung und nach London — in Koblenz traf er mit dem preußischen König zusammen — war ein unerhörtes Ereignis. In ganz Europa glaubte man, daß damit für die Türkei eine neue Ära beginnen werde. In der That empfing der Oberherr die gewaltigsten Eindrücke von der westeuropäischen Kultur, die ihn dazu bestimmten, den Vorschlägen seiner reformfreundlichen Minister beizutreten. Man darf sagen, daß es an gutem Willen und, was in der Türkei gegenüber einer größtenteils am

Alten mit starrer Unbeweglichkeit hängenden Menge bei Neuerungen sehr erforderlich war, an Mut nicht fehlte. So hob ein Ferman vom 7. März 1868 den bisherigen Staatsrat auf und setzte einen obersten Verwaltungs- und einen Justizrat ein, deren Kompetenzen streng ausgeschieden wurden. Daß die Religion fortan keinen Unterschied mehr begründe, zeigte die Ernennung eines Christen, des Agathon Effendi, zum Minister der öffentlichen Arbeiten. Der Sultan bestrebte sich, die Formen des westeuropäischen Staatslebens in seinem Reiche allmählich einzubürgern. Sollte der neuernannte Staatsrat den Charakter einer konstitutionellen Körperschaft an sich tragen, so mußte das Staatsoberhaupt mit ihm in einen öffentlichen persönlichen Verkehr treten. In der That eröffnete der Sultan denselben am 10. Mai feierlich mit einer Art Thronrede und sprach darin seltsam-moderne Grundsätze aus. Der Staat habe zunächst die Pflicht, die persönliche Freiheit des einzelnen zu schützen, nicht aber dieselbe durch gewaltthätige Willkür zu verletzen. Allerdings darf „jeder seinem persönlichen Interesse nur in den Grenzen der gemeinsamen Interessen Genüge leisten". Reichtum der Bevölkerung und Wohlfahrt des Landes seien die wesentlichsten Bedingungen des Staates, der dazu mithelfen müsse durch den Schutz des Eigentums und durch eine redliche Verwaltung. Wenn die Türkei nicht an Grundsätzen und Gesetzen vergangener und überholter Zeiten zähe festgehalten hätte, so „müßten wir uns heute auf derselben Höhe befinden, welche die gebildetsten und bestverwalteten Staaten Europas einnehmen". Um die Lage des Landes zu verbessern, schreite er zu den gebotenen Reformen. Der Staatsrat solle allen Klassen der Unterthanen entnommen werden, der oberste Gerichtshof Recht sprechen ohne Ansehen der Person. In Bezug auf Religion folge jeder seiner Überzeugung und achte diejenige des andern. Man wunderte sich billig über einen solchen Freimut, der offen die Fehler aufdeckte und es sogar wagte, die Satzungen des Islam als veraltet zu bezeichnen. Die Trennung der Justiz von der Verwaltnng galt überall als eine Grundbedingung besserer Verhältnisse. In den Provinzen war sie schon durch die Vilajetverfassung unlängst eingeführt worden, nun wurde diese Trennung auch auf die Centralregierung des Reiches übertragen. Der Sultan, von kühnen Hoffnungen erfüllt, versprach sich von diesen Maßnahmen einen vielleicht zu raschen Aufschwung der Türkei. Als er zum Gouverneur des Libanon einen Katholiken ernannte, gab er diesen Erwartungen deutlichen Ausdruck. Seine Beamten, sagte er, sollen sich alle Mühe geben, „den Gang des Fortschritts zu beschleunigen. Ich mache keinen Unterschied zwischen meinen christlichen und meinen mohamedanischen Unterthanen. Wir müssen in

der Welt dieselbe Stellung einnehmen wie die Großmächte und in zehn Jahren eine größere Bahn durchschritten haben, als sie in einem halben Jahrhundert." Gewiß kühne Hoffnungen und Vorsätze, an deren Verwirklichung die redliche Absicht des Großherrn und seiner gleichgesinnten Berater fest und zuversichtlich glaubte. Als das Jahr darauf, im Mai 1869, der Sultan den Jahresbericht des Staatsrates entgegennahm, äußerte er sich zufrieden über den schon sichtbaren Erfolg. Die neuen Gesetze und Einrichtungen ließen bereits ihre segensreichen Wirkungen verspüren. Am besten beweise das die Befestigung und Hebung des Kredits, derselbe lasse einen augenscheinlichen Fortschritt nicht verkennen. Die glückliche Erfahrung treibe daher dazu an, mit den Reformen weiter zu fahren. Bald müsse alljährlich ein Budget über Einnahmen und Ausgaben erscheinen, die Armee und Flotte verbessert, die öffentliche Bildung weiter verbreitet, der Verkehr erleichtert, der Boden vernünftig ausgebeutet werden. Es blieb nicht bei bloßen Worten. Der Bau großer Eisenbahnen, welche die Hauptstadt mit dem Osten und dem Westen in Verbindung setzen sollten, wurde in Angriff genommen und ein allgemeines Unterrichtsgesetz erlassen (15. Sept. 1869).

Man kann nicht leugnen, daß thatsächlich in der Türkei einzelnes besser wurde, aber viel war es nicht. Es fehlte eben in diesem Staatswesen an allen Ecken und Enden. Zudem hörte man in Konstantinopel auf die verschiedensten Einflüsterungen mehr, als es eine Regierung thun durfte, die sich und ihr Land aufraffen, innerlich und äußerlich selbständiger machen wollte. Napoleon hatte die Beiziehung der Christen zur Staatsverwaltung anempfohlen; französisch waren die eben angeführten Reformen. Wer sich aber die Türkei nur oberflächlich ansah, mußte bekennen, daß sie nicht dazu angethan sei, sich plötzlich von einem so modernen Geist neubeleben zu lassen. Dazu kamen jene Reichsteile, deren einziges Dichten und Trachten darauf gerichtet war, sich möglichst bald loszureißen; das war für sie die einzige Reform, von der sie etwas hören wollten. Und wo solche Gelüste sich regten, hatte geschäftig Rußland seine Hände im Spiel und gab der türkischen Regierung den hinterlistigen Rat, diesen Provinzen eine größere Selbständigkeit zu gewähren, d. h. mit eigener Hand den Abfall vorzubereiten. Auch Napoleon hatte ein Interesse daran, die orientalische Frage in der Schwebe zu lassen, so daß es ihm möglich war, bei irgend einer Verwickelung mittelst derselben Rußland in Schach zu halten und zu beschäftigen. Das war nicht schwer. Denn auf der Balkanhalbinsel gährte und kochte es unausgesetzt. In Rumänien gab es eine Aktionspartei, welche Bulgarien an sich reißen wollte und welche bewaffnete Banden zu diesem Zwecke über die Donau schickte. Die französische und

russische Diplomatie war bei dieser Treiberei gleichzeitig und gleichmäßig beteiligt. Während die letztere sich gegen das Unternehmen aussprach, begünstigte die erstere dasselbe, um den Preußen ihre Sympathieen in Ungarn zu verderben. Als in Rumänien, wie das öfters vorkam, wieder einmal im Jahre 1868 Judenverfolgungen ausbrachen und Österreich wegen einiger Unterthanen, die in denselben beschädigt wurden, Einsprache erhob, wäre es wegen der gereizten Stimmung, die ohnehin zwischen Österreich und Rumänien bestand, beinahe zu einem Streit gekommen. Die Aufregung im Lande drängte förmlich zum Krieg und der Minister Bratiano schürte sie augenscheinlich, bis Preußen, auf das die Rumänen ihre Hoffnungen setzten, energisch sein Mißfallen an diesem Thun aussprach. Währenddem schaffte Midhat Pascha mit leichter Mühe Ordnung in Bulgarien.

In Serbien hatte Michael Obrenowitsch manche Erfolge davongetragen und dadurch das nationale Selbstbewußtsein der Serben bedeutend gehoben, besonders seit es ihm auch geglückt war, die türkische Besatzung aus Belgrad und einigen anderen Festungen hinauszudrängen. Die Oberhoheit der Pforte stand nur noch auf schwachen Füßen; zweifellos lag es in seiner Absicht, die letzten Reste derselben bei guter Gelegenheit zu beseitigen. Man begreift unter diesen Umständen kaum, daß sich Leute fanden, welche sich gegen diesen Fürsten verschworen; und es scheint über jeden Zweifel erhaben, daß es nur gedungene Mörder waren, welche den Fürsten Michael am 10. Juni 1868 im Park von Topschider bei Belgrad ermordeten. Wenn Alexander Karageorgiewitsch, der ehemalige Fürst von Serbien, sich die Hoffnung gemacht hatte, auf diesem Wege in seine frühere Stellung zurückzukehren, so täuschte er sich gründlich; denn die Thäter wurden sofort festgenommen und bald darnach hingerichtet; Karageorgiewitsch aber, der öffentlich als der Anstifter des Mordes gebrandmarkt, aber von Österreich nicht ausgeliefert wurde, wurde zu zwanzigjähriger Zuchthausstrafe verurteilt. Die Ordnung war im Lande durch diese Blutthat keinen Augenblick gestört. Nach der Ermordung des Fürsten Michael berief die Regentschaft, welche sich tags darauf gebildet hatte, die Skupschtina ein und diese erwählte den schon vorher von der Gemeindevertretung von Belgrad, hernach von allen Landesgemeinden und den Milizen ausgerufenen jungen Milan Obrenowitsch am 2. Juli zum Fürsten von Serbien. Dieser war zu Paris erzogen und der einzige Sprosse seiner Familie. Über seine Persönlichkeit ließ sich nicht viel sagen; besonders ernst schien er nicht angelegt zu sein. Da die Pforte seine Wahl anerkannte, so erhoben auch die Großmächte keinen Widerspruch. Milan führte im Geiste seines Oheims die Regierung.

Ohne aufzureizen, trug auch er die großserbischen Hoffnungen im Herzen.

Die meisten Sorgen bereitete dem Sultan ein mohamedanischer Vasall, Ismail Pascha von Egypten, ein geriebener und schlauer Mann, der mit unablässiger Ausdauer das eine Ziel verfolgte, Egypten der türkischen Herrschaft zu entziehen und selbständig zu stellen, es aber verstand, durch geschmeidiges, ja unterwürfiges Wesen seine Absicht zu verschleiern. Er war seinem Bruder 1863 in der Regierung gefolgt und hatte von diesem die Aufgabe geerbt, den von dem Franzosen Lesseps 1853 begonnenen Suezkanal seiner Vollendung entgegenzuführen. Die Voranschlagssumme des Baues war schon um das Doppelte überschritten. Trotz der schlechten Finanzlage strengte Ismail alle Kräfte an, die fehlenden Millionen herbeizuschaffen; denn er hoffte von diesem Unternehmen nicht bloß auf einen besonderen Vorteil für Egypten, sondern auch auf die Verwirklichung seiner Selbständigkeitspläne. Dem Sultan wußte er das so klug zu verbergen, daß derselbe ihm sogar auffällige Beweise seiner Huld gab; er verlieh ihm den Titel eines Vizekönigs, Khedive, räumte ihm ferner das Recht ein, die bisherige Erbfolgeordnung dahin zu ändern, daß von nun an der erstgeborene Sohn, nicht mehr der älteste Verwandte in der Regierung zu folgen habe, und gestattete ihm in einzelnen Fällen den diplomatischen Verkehr mit fremden Mächten. Frankreich bekam dadurch Oberwasser in Egypten. Der Hof, das Gesellschaftsleben, die staatlichen Einrichtungen wurden, soweit es irgend zulässig war, auf französischen Fuß gestellt, und zwar mit ungeheuren Kosten trotz der riesenhaft wachsenden Staatsschulden. Heer und Flotte vermehrte Ismail nach europäischem Muster. Gegen die Völkerschaften am oberen Nil unternahm er dann Kriegszüge, die wie die Vorübung zu einem großen Krieg aussahen. In Konstantinopel wurde man umsomehr auf dieses bedenkliche Treiben des Khedive aufmerksam, als sein Bruder Mustapha Fazyl, der sich durch die neue Erbfolgeordnung von der Herrschaft ausgeschlossen sah, die eindringlichsten und gehässigsten Anklagen gegen Ismail erhob. Dessenungeachtet entschloß sich die Pforte noch nicht, einzuschreiten oder nur Protest zu erheben. Erst als der Vizekönig, ohne zu fragen, im Sommer 1869 ebenfalls eine Reise an die europäischen Höfe unternahm und dabei wie ein völlig unabhängiger Herrscher mit auffälliger Mißachtung der türkischen Gesandten auftrat, wurde die türkische Regierung lebendig und wahrte in einem heftigen Depeschenwechsel ihre mißachteten Hoheitsrechte. „Das große Land Egypten“ — sagte die Note vom 3. August 1869 — bildet einen der wichtigsten Teile des Gebiets Sr. Maj. des Sultans.“ Dieser ist „nicht

gesonnen, auf irgend eines seiner Rechte oder Pflichten zu verzichten". Der Khedive habe den verlangten Aufschluß über den Zweck seiner europäischen Reise zu geben verweigert und zunächst zum großen Befremden der Pforte den griechischen König besucht. Der Khedive suchte diesen Vorwürfen gegenüber auszuweichen und als Zweck seiner Reise einzig die Einladung der europäischen Fürsten zur Eröffnung des Suezkanals hinzustellen. Aber diesmal ließ sich die türkische Regierung durch schöne Worte nicht hintergehen. Sie verlangte am 29. August die gewissenhafte Erfüllung der kaiserlichen Fermane. Dahin gehöre die augenblickliche Herabsetzung des egyptischen Heeres auf die vertragsmäßig festgesetzten 30000 Mann; ferner seien die 200000 Zündnadelgewehre, welche der Vizekönig in Europa und Amerika habe machen lassen, „sogleich an uns abzutreten" und „die gegenwärtig in Triest und in Frankreich im Bau begriffenen Panzerschiffe abzubestellen". Das jährliche Budget müsse dem Sultan vorgelegt und seine Einwilligung zu einer Anleihe erholt werden. Mit den auswärtigen Mächten dürfe der Khedive nur durch die „offizielle Vermittelung der osmanischen Gesandten" verhandeln.

Vorerst wollte es der Khedive zu keinem Bruche kommen lassen, da ihm alles daran lag, daß die feierliche Eröffnung des am 15. August vollendeten Suezkanals keine Störung erleide. Noch im Spätherbst dieses Jahres sollte sie stattfinden. Zuvor trat am 28. Oktober in Kairo eine internationale Konferenz zusammen, welche die Verkehrsbedingungen auf dem neuen Kanal regelte; unter diesen nahmen die erste Stelle die ein, daß die neue Wasserstraße für neutral erklärt und daß für alle Waren die Zollfreiheit ausgesprochen wurde. Trotz der hohen Abgabe für die Benutzung des Kanals (10 Fr. für die Tonne) nahm der Verkehr auf demselben äußerst rasch zu. Die Einweihung erfolgte unter großartigen, glänzenden und geräuschvollen Festlichkeiten am 16. November 1869. Von Frankreich nahm die Kaiserin Eugenie, welche den Mittelpunkt des Festes bildete, von Österreich der Kaiser selbst und außerdem noch der preußische Kronprinz teil. England, obwohl es offenbar den Kanal am meisten zu benützen hatte, hielt sich fern. Das Übergewicht Frankreichs beim Bau und der Einweihung des Kanals sagte der englischen Eifersucht nicht zu. Sie war es denn auch, die es bewirkte, daß der Khedive von Konstantinopel aus jetzt erst recht in die Enge getrieben wurde. Der englische Gesandte steifte die Pforte, unerschütterlich auf allen Forderungen ihrer Depesche vom 29. August stehen zu bleiben. Am 27. November schon stellte der Sultan dem Vizekönig sozusagen ein Ultimatum: „Du wirst deine Handlungen und dein Betragen dem formellen Wortlaute dieses meines kaiserlichen Fermans gemäß einrichten". Wollte

Ismail nicht Gewalt anwenden, so mußte er nachgeben, die Schiffe abbestellen und die Gewehre ausliefern. Er fügte sich aber nur für den Augenblick. Seine selbständigen Verhandlungen mit den europäischen Mächten gab er nicht auf. Beweglich wie er war, näherte er sich England, als Frankreichs Macht im 70er Krieg bis in das Mark hinein erschüttert war, und suchte sich mit Rußland, Italien und Deutschland gut zu stellen. Egypten blieb für die Türkei nicht minder ein wunder Punkt als wie die Balkanhalbinsel.

9. Kapitel. Die spanische Revolution.

Niedergang Spaniens. Ministerwechsel. Der Hof, die Bigotterie und die Sittenlosigkeit an demselben. Fortwährende Aufstände im Heere. Narvaez' Tod. Gonzales Bravo. Gefangennahme verdächtiger Generale. Ausweisung des Herzogs Montpensier. Großer Aufruhr des Admirals Topete in Cadix. Rückkehr der Generale. Ausbreitung des Aufstandes. Verhandlung Conchas mit den Rebellen. Treffen bei Alcolea. Madrids Übertritt zu den Aufständischen. Cartagena, Barcelona, Saragossa desgleichen. Isabellas Flucht. Serrano an der Spitze der provisorischen Regierung. Monarchie oder Republik? Aufhebung der Klöster, Einziehung des Kirchenvermögens. Wahlen zu den Cortes. Neue Verfassung. Aufstand auf Cuba. Don Karlos. Regentschaft. Die Karlisten und Don Karlos. Republikanische Aufstände. Thronkandidatur des Herzogs Thomas von Genua. Thronkandidatur des Prinzen Leopold von Hohenzollern. Französischer Protest. Herzog Amadeo von Aosta König von Spanien. Prims Ermordung.

Spanien bot Anfangs der sechziger Jahre trotz der scheinbaren Kraft, welche es in seinem kriegerischen Auftreten in Amerika und Afrika an den Tag legte, doch ein recht trauriges Bild dar. Die Auflösung des herrschenden Regimes schritt zusehends vorwärts. Alles arbeitete an derselben. Die Finanzen des Landes, schamlos und heuchlerisch vergeudet, befanden sich in einem sehr traurigen Zustande; während die Schulden täglich wuchsen, nahm der Kredit überall ab. Zahlreiche Parteien herrschten im Lande und vermehrten durch Haß und Streit die Unordnung. Als O'Donnell im Jahre 1863 dem Drucke Napoleons, von dem Spanien in seiner auswärtigen Politik sklavisch abhängig war, hatte weichen müssen, folgte rasch ein Ministerium dem andern, durch nichts anderes als durch Ehrgeiz zur Regierung getrieben und meist durch Rat- und Thatlosigkeit wieder von demselben verdrängt. Am schlimmsten stand es aber am Hofe. Dort verband sich Bigotterie und Pharisäismus mit einer Sittenlosigkeit, die sich zu der äußerlichen Frömmelei in einem seltsamen Gegensatze befand. Die Königin Isabella hatte keinen eigenen

Willen; was ihr Buhle Marfori wollte, geschah; nur mußte der Beichtvater der Königin, Claret, und ihre geistliche Freundin, die Nonne Patrocinia, zustimmen. Es schien die Frivolität vergangener Jahrhunderte am spanischen Hofe frei und dreist wieder aufzuleben. Um in nichts den früheren Zeiten nachzustehen, paarte diese Gesellschaft mit dem Eifer für klerikale und päpstliche Interessen auch die Verfolgungswut gegen die Protestanten, die man, so wenig es ihrer in Spanien waren, unablässig peinigte und verfolgte. Wer es wagte, gegen die Schandwirtschaft ein freies Wort zu sprechen, wurde gemaßregelt oder gestraft: der Historiker Emilio Castelar, ein Republikaner, büßte die Kühnheit furchtlosen Tadels mit dem Verluste seiner Professur an der Madrider Universität. Nichtsdestoweniger wucherte der revolutionäre Sinn immer weiter und ergriff, das allerschlimmste, die Armee. Sie glich einem Krater, in dessen Innern es fortwährend kochte. Bald da, bald dort wagten Erhebungsversuche, in welche die obersten Generale verflochten waren, sich hervor, und immer deutlicher vernahm man das Stichwort: die Königin muß abgesetzt werden. Noch gelang es die Putsche, welche zu diesem Zwecke schon häufig gewagt wurden, zu unterdrücken, aber sie blieben deshalb nicht ohne merkbaren Eindruck. Als am 10. Juni 1865 eine Militärrevolte in Valencia ausbrach, mußte die Regierung entdecken, daß zu den Verschworenen Männer aus dem ganzen Lande gehörten, und selbst so Hochgestellte wie der General Prim. So niederschlagend wirkte diese Erfahrung, daß das Ministerium (Narvaez) seine Entlassung gab und abermals O'Donnell die Regierung übernahm. Obwohl dieser energisch gegen die schreiendsten Mißbräuche vorging, den Beichtvater und die Nonne aus der Nähe der Königin verbannte, die Preßfreiheit wiederherstellte, das Königreich Italien anerkannte, so wollte doch die Ruhe nicht zurückkehren. Was O'Donnell auch gewährte, es genügte nicht mehr. Der unbehagliche Zustand wuchs zusehends. Schon wollte man nichts mehr von der Königin wissen, sondern Portugal mit Spanien vereinigen. Das war das Programm der größten Partei im Lande, der Progressionisten, die freilich mehr in den oberen Schichten der Gesellschaft ihre Anhänger hatte, während das Volk noch in dumpfer Unentschlossenheit den Vorgängen zusah und weder für die iberische Union noch eine andere Regierung sich erhitzte, d. h. überhaupt keine politische Gesinnung oder gar Überzeugungstreue besaß. Diese Teilnahmslosigkeit der unteren Massen war auch schuld daran, daß die Aktionspartei noch keine Erfolge hatte. Als im Januar 1866 General Prim sich mit einigen Regimentern erhob, fand sein Beispiel so wenig Anklang, daß er mit wenigen Getreuen (600) nach Portugal übertrat und sich hier ent-

waffnen ließ. Trotz der schweren Strafen, die man über die ertappten Teilnehmer verhängte, brach im Juni schon wieder ein Militäraufstand in Madrid und in Gerona aus. Der inzwischen wieder ans Ruder gekommene Narvaez unterdrückte ihn blutig und glaubte die Wurzel alles Übels dadurch auszureißen, daß er zu einer Regierungsform etwa im Geiste Philipps II. zurückkehrte. Despotismus, politische und religiöse Unduldsamkeit sollten die unruhigen und unzufriedenen Geister niederhalten. Fast gewann es den Anschein, als ob dieses Heilmittel das Richtige getroffen habe. Die Wahlen zu den Cortes fielen zu gunsten der Regierung aus (März 1867). Allein wer näher zusah, bemerkte deutlich, daß der scheinbar friedsame Zustand nur eine Galgenfrist war.

Im folgenden Jahre brach der Sturm los, als Narvaez, der mit eiserner Faust die Feinde der Regierung niederhielt, plötzlich starb. Mit ihm schied die letzte Stütze der Königin, die durch ihr Thun und Treiben die Achtung im Lande längst verscherzt hatte. Narvaez' Nachfolger, Gonzales Bravo, suchte seinen Vorfahren in der rücksichtslosen Strenge nachzuahmen, ja noch zu überbieten. Aber gerade dadurch schlug er dem Faß den Boden aus. Indem er mit einem großen Schlag alle Parteihäupter aufheben und so die Parteien selbst vernichten wollte, bewirkte er, daß diese allen Unterschied und trennenden Hader bei Seite setzten und sich gegen die Regierung verbündeten. Am 7. Juli ließ nämlich Bravo eine große Anzahl Generale, darunter Serrano, Dulce, Zavala, Cordova u. a., plötzlich verhaften und entweder in Festungen des Landes oder auf den balearischen und kanarischen Inseln gefangensetzen. Der Schwager der Königin, Herzog v. Montpensier, dem man zutraute, daß er unter Umständen sich von der Revolution auf den Schild erheben lasse, wurde des Landes verwiesen; er siedelte mit seiner Familie nach Lissabon unter energischem Protest gegen diese Gewaltmaßregel über. Der Minister kümmerte sich nicht darum, hatte er doch den Beifall Napoleons, welchem ein Orleans auf dem spanischen Throne im höchsten Grade mißfallen hätte. Deshalb war dem französischen Kaiser der Gedanke der Entthronung Isabellens keineswegs sympathisch; im Gegenteil, er wünschte ihren Thron befestigt zu sehen, weil er Spanien in seinen Zukunftsplänen als Verbündeten Frankreichs notwendig brauchte. Wenn Bravo gemeint hatte, dadurch die Lage zu bessern, so mußte er bald gewahren, wie gründlich er sich getäuscht habe. Die Führer der Oppositionsparteien (liberale Union, Progressisten und Demokraten) schlossen ein Bündnis in der Absicht loszuschlagen. Infolge davon eilten die verbannten Generale herbei: Prim kam von England, die übrigen Generale von ihren Haftplätzen nach Gibraltar.

Es war im September 1868. Während die Königin Isabella von St. Sebastian aus mit dem Kaiser Napoleon in Biarritz wegen einer Zusammenkunft unterhandelte, ergriff der Admiral Topete im Hafen der Stadt Cadix die Fahne des Aufruhrs und erließ eine geharnischte Anklageschrift gegen die Regierung in Form eines Aufrufes an die Bewohner von Cadix. „Unser unglückliches Vaterland — sagte er unter anderem — ist seit einer Reihe von Jahren der schrecklichsten Diktatur unterworfen; unser Staatsgrundgesetz ist verletzt, die Bürgerrechte sind verkannt und alle Bande vollständig zerrissen, welche ein Volk an den Thron fesseln und eine wahre konstitutionelle Monarchie bilden sollen." Diese müsse geschaffen, die Bürgerrechte hergestellt und „eine moralische und aufgeklärte finanzielle Verwaltung" eingeführt werden. Schon fand sich Prim bei Topete ein, welcher ohne große Schwierigkeit die Stadt Cadix gewann. Als Topete an das Land trat, wurde er mit dem Rufe empfangen: „Es lebe die Freiheit". „Es lebe die Freiheit und die Volksherrschaft" — wurde das Schlagwort, mit dem die Revolution ihren Beginn dem Lande meldete. Bald trafen auch Serrano, Dulce und die verbannten Generale in Cadix ein. Gemeinsam bildeten sie eine Junta und riefen alle Spanier auf, beizutreten. Alles, sagten sie, sei verderbt und tyrannisiert. Unordnung und Laster hätten sich verbunden. „Dieses Skandals ist genug." „Wir wollen eine provisorische Regierung, welche alle Kräfte des Landes darstellt, die Ordnung sichert und daß die allgemeine Abstimmung die Grundlage unserer socialen und politischen Erneuerung bilde." Der Aufruf fand Anklang, zumeist bei der Armee. In Sevilla erklärte sich die Besatzung für die Revolution und eine Junta, die sich bildete, erließ einen Aufruf im Geiste desjenigen von Cadix. „Es lebe die Freiheit, nieder mit der Dynastie!" Eine südliche Stadt um die andere schloß sich dem Rufe an und schon begann auch im Norden die Revolution Boden zu gewinnen. Isabella wurde durch diese Nachrichten in den größten Schrecken versetzt und gab dem Minister Bravo die Entlassung. Noch war Madrid nicht zur Revolution übergetreten; aber der neue Minister General Concha schenkte der Hauptstadt so geringes Vertrauen, daß er ungesäumt über sie und ganz Andalusien den Belagerungszustand verhängte. Unentschlossen schwankte die Königin in St. Sebastian zwischen der Wahl hin und her, ob sie nach Madrid zurückkehren oder bleiben solle. Sehr ratsam erschien das erstere nicht, da für die Sicherheit der Königin keine hinreichende Garantie gegeben werden konnte. Concha versuchte unterdessen mit den Aufständischen sich zu benehmen; allein die ersten Bedingungen, welche Serrano im Namen derselben stellte: die Entfernung

Marforis und die Abdankung der Königin zu gunsten des Prinzen von Asturien, wies die letztere mit Entrüstung zurück. Der Abfall der Truppen und der Flotte mehrte sich; dennoch war die Sache der Königin noch nicht verloren, wenn die königlichen Truppen einen Sieg über die Aufrührer davontrugen. In der That marschierte Serrano gegen Cordova, von wo ihm der königliche General Novaliches dem Quadalquivir entlang entgegenging. Am 28. September trafen die Gegner bei Alcolea, unfern von Cordova, aufeinander. In dem kurzen, aber blutigen Gefecht siegte Serrano. Infolge davon fiel auch die Hauptstadt von der Königin ab, nachdem es Prim mehrere Tage vorher gelungen war, Cartagena für die Revolution zu gewinnen. Barcelona und Saragossa folgten diesem Beispiele der Revolution, die sich überraschend schnell über das Land verbreitete, da die bisher königstreuen Generale überall den Mut verloren und jeden Widerstand aufgaben. Überall erscholl der Ruf, welcher „die Herrschaft der Nation, die Absetzung der Isabella von Bourbon und die Unfähigkeit aller Bourbonen, den Thron zu besteigen", nach dem Muster der Madrider Proklamation verlangte. Jetzt blieb auch der bisher hartnäckigen Königin keine Wahl mehr übrig. Mit ihren Günstlingen Marfori und P. Claret verließ sie Spanien und bezog das ihr von Napoleon eingeräumte Schloß in Pau, von wo sie sich bald nach Paris begab. Ihr Protest verhallte wirkungslos.

Für die Aufständischen begann jetzt erst der schwierige Teil der Arbeit. Als Serrano mit seinen siegreichen Truppen in Madrid einzog, wurde ihm die Bildung einer provisorischen Regierung übertragen, welche die Cortes zusammenberufen und mit ihnen eine endgültige Verfassung zustande bringen sollte. Die Frage war, ob Republik oder Monarchie, über deren Lösung sich jetzt schon geteilte Meinungen vernehmen ließen. Noch andere Forderungen kamen dazu, welche eine Wiederherstellung geordneter Zustände kaum erleichterten. Die einen verlangten dies, die anderen jenes. Man begehrte den Freihandel, die Aufhebung des Konkordates, die Gewissensfreiheit, die Abschaffung des Jesuitenordens, ja aller religiösen Genossenschaften. Es fehlte nicht an lebhaften Auftritten und lärmenden Kundgebungen. Nachdem das Volk sich der Revolution angeschlossen hatte, wollte es sich auch hören lassen und nicht blindlings den Generalen folgen. Viele und einander widersprechende Meinungen gab es. In der Hauptfrage herrschte die geringste Übereinstimmung. Während ein Teil der Generale, so Prim und Olozaga, sich öffentlich für die Monarchie erklärten, wollte Serrano, was auch Martos, der Führer der Demokraten, verlangte, die Entscheidung hierüber den gewählten Volksvertretern überlassen. Zwar seien auch sie, so lautete die

Erklärung Serranos und Topetes, Anhänger des parlamentarischen Systems mit einem konstitutionellen König, aber wenn die Nation die Republik vorzöge, so würden sie ihr folgen. Die provisorische Regierung ließ als solche die Frage unentschieden, suchte aber durch ihre Maßnahmen den Beweis zu liefern, daß sie ein neuer Geist beseele. So wurden alle Klöster, geistliche Genossenschaften und andere kirchliche Anstalten, welche auf Grund des Gesetzes vom 20. Juni 1837 gegründet waren, aufgehoben und ihr Eigentum vom Staat eingezogen; die älteren Klöster wurden auf die Hälfte herabgesetzt und ihnen die Aufnahme neuer Mitglieder verboten. In langatmigen Aufrufen an das Volk rechtfertigte die Regierung diese einschneidenden Maßnahmen. Auch das Ausland suchte sie durch breite Depeschen von dem Rechte des Aufstandes zu überzeugen. Einzelne Staaten, wie England, Frankreich und Portugal, traten auch unverzüglich mit ihr in Beziehungen und anerkannten damit die provisorische Regierung, während andere sich noch zurückhaltend benahmen.

Unterdessen nahte die Zeit der Wahlen. Die Parteien rüsteten sich hierfür und erließen ihre Aufrufe. Am 15. Januar 1869 war der große Wahltag. Auf den 11. Februar berief die Regierung die Cortes zusammen, um dem Lande eine Verfassung zu geben. Die Wahlen hatten den Unionisten und Progressisten, d. h. der Sache der konstitutionellen Monarchie, die ausschlaggebende Mehrheit verliehen. Es war also kein Zweifel, in welchem Sinne die neue Verfassung ausfallen würde, zumal die provisorische Regierung alsbald den Dank der Cortes entgegennehmen durfte und das Ministerium ohne Ausnahme im Amte verbleiben mußte. Die wesentlichen Bestimmungen der neuen Verfassung, welche nach langen Beratungen am 1. Juni angenommen wurde, sind folgende: die katholische Religion bleibt aufrechterhalten, dagegen wird der öffentlichen wie häuslichen Ausübung jedes anderen Kultus nichts in den Weg gelegt. Die Religion übt auf die bürgerlichen Rechte keinen Einfluß. Die Souveränität liegt in der Nation und alle Gewalten gehen vom Volke aus. Die Regierungsform in Spanien ist die Monarchie. Da diese Entscheidung vorauszusehen war, hatte die Regierung schon vorher, am 4. April, dem Könige Ferdinand von Portugal die spanische Krone anbieten lassen, die dieser aber sofort durch seinen Gesandten in aller Form zurückwies. Nun galt es einen neuen König zu suchen. Es war schon bezeichnend für die Stimmung im Land gewesen, daß der Antrag, alle Bourbonen vom Throne auszuschließen, mit großer Mehrheit abgelehnt worden war. Vielleicht trug zu dieser Haltung der Cortes nicht am wenigsten der Umstand bei, daß die Insel Cuba Miene machte, bei dieser Gelegenheit sich von Spanien loszureißen. Der Admiral Topete segelte nach Amerika, um die spanische

Autorität in dieser wichtigen Kolonie aufrechtzuerhalten. Schlimmer mochte es noch sein, daß Don Karlos VII., ein Enkel des Don Karlos, feierlich die Regierung des Landes als sein unbestreitbares Recht in Anspruch nahm, seine Anhänger sammelte und ausrüstete, d. h. für den Fall, daß man ihm die Krone verweigere, mit dem Bürgerkrieg drohte. Auch der Herzog von Montpensier kehrte nach Spanien zurück und wartete, freilich nicht zur Gewaltthat wie Don Karlos entschlossen, in Sevilla ab, ob ihm nicht der Gang der Dinge das spanische Königsdiadem in den Schoß legen werde. Don Karlos, dessen Auftreten und Anhang den ausgesprochensten Ultramontanismus verriet, hatte nicht die geringste Aussicht; aber auch Montpensier gab sich eiteln Hoffnungen hin, trotzdem er durch die Anerkennung der neuen Verfassung sich populär zu machen strebte. Die Cortes hatten keine Eile, die Königsfrage hastig zu lösen und setzten, um den Bestand der Verfassung nicht zu gefährden, im Mai 1869 eine Regentschaft ein.

Serrano, der zum Regenten ernannt wurde, während Prim die Präsidentschaft des Ministeriums und das Portefeuille des Krieges erhielt d. h. behielt, verkündete im Juli den Kriegszustand für ganz Spanien, um den Rüstungen und Umtrieben der Karlisten nachdrücklich begegnen zu können. Diese bemühten sich vergebens, einen befestigten Platz von Bedeutung in ihre Hände zu bekommen, auf den gestützt sie den Krieg in größerem Umfang hätten beginnen können: die Regierungstruppen waren ihren ungeordneten Schaaren überall auf den Fersen und zersprengten sie mit leichter Mühe, so daß der Kronprätendent Karlos an seinem Glück verzweifelte, das Land räumte und seinen verfrühten Hofstaat wieder auflöste. Auch republikanische Aufstände kamen in Catalonien und Andalusien vor. In Valencia, wo sich sogar republikanische Abgeordnete an der Erhebung beteiligten, entstand eine ernste Gefährdung des neuen Zustandes in Spanien. Mit dem Aufgebot ihrer ganzen Kraft warf sich die Regierung dem drohenden Unheil entgegen, so daß es ihr schließlich glückte, die Herrschaft zu behaupten. Diesen Erscheinungen gegenüber fühlten Regentschaft und Cortes die gesteigerte Pflicht, dem Land dauernde Einrichtungen zu geben. Die Königsfrage wurde wieder in Angriff genommen. Montpensier mußte mit Schmerzen gewahr werden, daß er auf die Krone nicht rechnen dürfe, denn bei einer Abstimmung waren die Stimmen von nur zwei Cortes auf ihn gefallen; dagegen stellten die vereinigten Progressisten und Demokraten den Herzog Thomas von Genua, den Neffen des italienischen Königs Viktor Emanuel, als Thronkandidaten auf. Allerdings die entsprechende Mehrheit von Cortes fand sich für diesen Vorschlag noch nicht und am italienischen

Königshof stieß derselbe, wenigstens seitens der Mutter des Prinzen, auf lebhaften Widerspruch. Die Verlegenheit wuchs dadurch und im Stillen regten sich ehrgeizige Pläne und Wünsche. Der Marschall Prim, dem manche geheime Bestrebungen zutrauten, leugnete dies feierlich; seine Bemühungen, sagte er den Cortes, Spanien einen König zu geben, seien bisher fruchtlos gewesen; er selbst hege keinen persönlichen Ehrgeiz. Da tauchte eine neue Kandidatur auf. Die unionistische Partei hatte im Auftrage Prims in Sigmaringen bei dem Prinzen Leopold von Hohenzollern, dem jüngeren Bruder des Fürsten Karl von Rumänien, anfragen lassen, ob er nicht geneigt sei, die spanische Krone anzunehmen (1. Juli 1870); worauf nach einigem Bedenken der Prinz eine bejahende Antwort gab, obschon der König von Preußen ihm abgeraten hatte. Es bestand demnach alle Aussicht, daß die Wahl der Cortes auf ihn fallen würde. Da protestierte plötzlich der französische Minister gegen diese Kandidatur im gesetzgebenden Körper mit der beigefügten Drohung, daß Frankreich dies nicht zulassen würde. Wie diese Kandidatur trotz der schon am 12. Juli erfolgten Verzichtleistung des hohenzollerischen Prinzen dennoch zum Kriege zwischen Deutschland und Frankreich führte, haben wir an einem andern Ort zu erzählen. Es verstrichen noch Monate, bis endlich ein erneuter Versuch am italienischen Hof von Erfolg gekrönt war. Der Herzog Amadeo von Aosta erklärte am 2. November (1870) sich bereit, spanischer König zu werden. Die Cortes wählten ihn und, noch ehe das Jahr zur Neige ging, landete der gewählte König in Cartagena. Am nämlichen Tag erlag der Marschall Prim den Wunden, die er in einem Mordanfall auf der Heimfahrt aus der Sitzung der Cortes erhalten hatte.

10. Kapitel. Das vatikanische Konzil.

Charakter des Papstes Pius IX. Das Dogma von der unbefleckten Empfängnis der Jungfrau Maria. Die Probe. Encyklika und Syllabus. Sein Entschluß. Ankündigung des Konzils. Aufnahme der Einladung. Heftiger Widerspruch und litterarischer Kampf. Die Bischöfe in Fulda versammelt. Ihr Hirtenbrief. Der Widerspruch der Universität Paris gegen die Unfehlbarkeit und der Bischof Dupanloup von Orleans. Verbot jeder Diskussion seitens der Kurie. Die österreichischen Bischöfe. Die Staatsgewalt und die Staaten. Der bayerische Minister Fürst Hohenlohe und sein Rundschreiben. Die verschiedene Aufnahme desselben. Eröffnung des Konzils. Geschäftsordnung. Zahl der anwesenden Würdenträger. Angriff auf die Geschäftsordnung durch Döllinger. Opposition des Bischofs Stroßmeyer. Der Katechismus des Konzils über Stellung des Papsttums und das Verhältnis der geistlichen und weltlichen Gewalt. Die Majorität und ihr Drängen. Warnungsbrief des Oratorianers Gratry, Döllinger. Warnungen

von Staatsmännern. Die Debatte über das Unfehlbarkeitsdogma in der Generalkongregation. Die Gegner. Scharfe Angriffe Dupanloups. Gewaltstreich der Konzilsmehrheit. Die Ermattung der Minderheit. Bitte um Vertagung. Abstimmung in der Generalkongregation und Abstimmung in der öffentlichen Sitzung. Die katholische Welt. Roms Eroberung während des Konzils. Vertagung des letzteren. Die ausnahmslose Annahme des Dogmas durch die Bischöfe und ihre Begründung. Abermaliger Hirtenbrief vom Grabe des heiligen Bonifazius. Opposition aus dem Priester- und Laienstand in Deutschland: in der Diözese Köln, in Breslau, Paderborn u. a. Das Placetum regium. Die Gemeinde Mering. Döllinger und Friedrich im Banne. Die altkatholische Bewegung.

Kein Papst hat größere innere Wandelungen durchgemacht als Pius IX. Anfangs eröffnete sein Pontifikat durch seine modernen Maßnahmen und patriotisch-nationalen Anwandelungen Aussichten, die geradezu eine völlige Umkehr der Kurie von ihren alten Anschauungen und Ansprüchen erwarten ließen. Aber diese Hoffnung mußte sich täuschen, denn sie verkannte das Wesen des Papsttums und die Unklarheit des Papstes, der mehrere Jahre mit Ideen ringen und sich tragen konnte, welche seiner eigensten Natur völlig widersprachen. Denn diese, nicht bloß voll Romantik, sondern voll schwärmerischer Mystik, hatte eine Richtung und Anlage, welche ihn nur zu bald dazu führen mußte, nicht bloß die mittelalterlichen Forderungen des Papsttums zu erneuern, sondern bis auf die Spitze zu steigern. Durch die Jungfrau Maria, die ihm nach seiner Meinung ihre besondere Gnade zugewendet hatte, hielt er sich dazu für befähigt, der Welt Offenbarungen zu machen, vor der selbst gläubige Katholiken bis in die innerste Seele hinein erschraken. Schon die Art und das alles Herkommen mißachtende Machtbewußtsein, womit er am 8. Dezember 1854 das Dogma von der unbefleckten Empfängnis der Jungfrau Maria (passivisch genommen) der katholischen Kirche vorgeschrieben hatte, erregte gerechtes Befremden, ja sogar Furcht in den kirchlichen Kreisen. Für ihn war diese Dogmatisierung nur die Probe für den Gehorsam, den man ihm leisten oder versagen werde. Die Bischöfe, die bei dieser Gelegenheit wie bei der großen Heiligsprechung 1862 um ihn versammelt waren, erwiesen sich über Erwarten willfährig. Diese Erfahrung trieb ihn oder vielmehr den Jesuitenorden, der einen bedingungslosen Einfluß auf Pius IX. ausüben durfte, unaufhaltsam auf seinen Bahnen fort. Im Jahre 1864 wagte man einen neuen Vorstoß: der Papst verkündete in einer Encyklika, der noch ein Syllabus angehängt war (vergleiche näheres darüber S. 103), dem modernen Staat wie der gesamten Gesellschaft sein Verdammungsurteil. Weil dagegen nur schwache Widerspruchsversuche gemacht wurden, die teilweise zu ihrem

eigenen Nachteile durchschimmern ließen, daß man den Papst nicht ganz ernst nehmen dürfe, erhoben wurden, statt daß ein einmütiger Protest der katholischen Welt seine laute und wirkungsvolle Einsprache vernehmen ließ, so wurde Pius IX. in seinem Vorhaben nur bestärkt. Schon hatte er den festen Entschluß gefaßt, nach 300jähriger Unterbrechung ein Konzil, die höchste Veranstaltung der Kirche, abzuhalten. In einer Allokution verkündigte er den zum Centenarium des Apostelfürsten S. Petrus versammelten Bischöfen, daß er ein allgemeines Konzil berufen werde, um den „vielen Übelständen, unter welchen die Kirche leidet", zu begegnen. Näheren Aufschluß über den Zweck der Versammlung gab er nicht. Er berief nun eine Anzahl von Theologen nach Rom, die unter dem Vorsitz von Kardinälen die Vorbereitungen und Vorberatungen zu treffen hatten. Je tiefer das Geheimnis war, in welches die ganze Angelegenheit gehüllt wurde, desto unruhiger begann jetzt die Welt zu werden. In Tagesblättern und Flugschriften der gebildeten christlichen Nationen wurde „für und wider" das päpstliche Unternehmen geschrieben mit eindringlichem Ernst, mit Leidenschaft und Erbitterung, mit jauchzender Zustimmung, mit nachdrucksamer Warnung, mit höhnender Geringschätzung.

Am 28. Juni 1868 kündigte ein Rundschreiben des Papstes die Eröffnung des Konzils für den 8. Dezember 1869 an, zu dem auch alle orientalischen Bischöfe und sogar alle Protestanten und Nichtkatholiken eingeladen wurden. Die ersteren, nämlich die Bischöfe des orientalischen Ritus, lehnten die Beteiligung ab, der Patriarch von Konstantinopel, weil die Einladung Grundsätze wiederhole, „welche dem Geist des Evangeliums und den Lehren der ökumenischen Konzile, sowie der heiligen Väter zuwider sind". Das gleiche thaten zum Teil in sehr scharfem Tone die Protestanten der verschiedenen christlichen Länder, und das mit um so größerem Rechte, als man auf eine eigentlich überflüssige Anfrage, ob es in Rom verstattet sein werde, zu sprechen und die Gründe der Trennung von der katholischen Kirche darzulegen, die Antwort gegeben hatte, man könne eine Verteidigung der bereits verurteilten Irrtümer nicht zulassen, aber die Protestanten würden in Rom (außerhalb des Konzils) Männer finden, denen sie mit vollem Vertrauen ihre Meinungen aussprechen könnten. Der preußische Oberkirchenrat erblickte in der päpstlichen Aufforderung an die evangelischen Christen, ihren Glauben zu verlassen und von der evangelischen Freiheit abzufallen, „einen unberechtigten Übergriff in unsere Kirche", der entschieden zurückgewiesen werden müsse. Dagegen beeilten sich in teilweise begeisterten Hirtenbriefen viele Bischöfe, ihre Diözesanen auf dies große und segensreiche Werk um so geflissentlicher und nachdrücklicher vorzubereiten, als sie selbst nicht wußten, worin das-

selbe bestand. Nur einzelne päpstliche Parteigänger, welche mehr als die Oberhirten der Kirche in die wahren römischen Absichten eingeweiht zu sein das Glück hatten, verrieten schon jetzt den eigentlichen Endzweck des Konzils, so z. B. das Organ des Jesuitenordens, die Civiltà cattolica, welche es als Wunsch aller Katholiken bezeichnete, daß vom Konzil die Lehren des Syllabus feierlich verkündigt und insbesondere die Unfehlbarkeit des Papstes von kurzer Hand durch Zuruf ausgesprochen werde. Es scheint dies zuvörderst ein Fühler, eine Weisung gewesen zu sein, wovon man am entscheidenden Orte die Hoffnung hegen mochte, daß dadurch aller Widerspruch von vorneherein erstickt würde. Das sollte sich freilich nicht erfüllen.

Aller Orten ließen sich Stimmen vernehmen, welche von der Definition der Unfehlbarkeit nichts wissen wollten, sie als eine Gefahr der Gewissen und der Staaten angriffen und als einen grundstürzenden Irrtum bekämpften. Als andererseits gegen solche Befürchtungen allerlei Verteidigungs- und Beschwichtigungsschriften sich wendeten, entstand dadurch ein litterarischer Kampf, der durch die ganze katholische Welt sich hinzog und von Tag zu Tag an Heftigkeit und Ausdehnung zunahm. Es bildeten sich förmliche Vereine von Katholiken z. B. in Koblenz und in Pforzheim zu dem Zweck der Abwehr. Sie deuteten darauf hin, daß eine für sich das Prädikat „Gläubige" allein in Anspruch nehmende Partei eifrigst bemüht sei, der Wirksamkeit des künftigen Konzils eine bestimmte und sehr bedenkliche Richtung anzuweisen. Zu diesem Behufe suche das bekannte Preßorgan derselben, die Civilta cattolica, durch allerlei Manöver, z. B. bestellte Zuschriften, den Anschein zu geben, als verlange die große Anzahl der Gläubigen sehnsüchtig die Dogmatisierung der Syllabuslehren und der päpstlichen Unfehlbarkeit — und zwar umsomehr, als die „liberalen" Katholiken gerade diese Befürchtung zweifellos hegten. Dies sei nicht unrichtig. Ein allgemeines Konzil, das veranstaltet werden solle, hätte viel wichtigere Dinge zu ordnen, als jene Dogmen zu proklamieren, z. B. die Wiederbelebung des kirchlichen Geistes in der Laienwelt, die Regelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat, zwischen Klerus und Laien u. a. Der Erzbischof von Köln sah sich, obwohl er nicht mit allen diesen ausgesprochenen Ansichten — durch eine eigene Eingabe wurden sie zu seiner Kenntnis gebracht — einverstanden war, doch bemüssigt, die gläubige Gesinnung, aus der sie entsprungen, anzuerkennen und zu versprechen, daß er in geeigneter Weise von den Mitteilungen Gebrauch machen werde. Unstreitig war den Bischöfen bei der ganzen Sache nicht recht geheuer zu Mut: denn wie die Angelegenheit bisher behandelt wurde, konnte sie weder mit Freude

noch mit Vertrauen erfüllen; andererseits wollten sie bei dem wachsenden Unmut in ihren Diözesen nicht noch Öl ins Feuer gießen. Neunzehn deutsche Bischöfe versammelten sich daher in Fulda und bemühten sich in einem gemeinsamen Hirtenbrief vom 6. September 1869, der bezeichnend genug für den ganzen Verlauf des Konzils ist, die Unruhe zu dämpfen und baten in einer gleichzeitigen Denkschrift inständig den Papst, er möge von den ihm zugeschriebenen Plänen abstehen, besonders seien sie nicht imstande, seine Unfehlbarkeit gutzuheißen. In dem erwähnten Hirtenbriefe setzten die Bischöfe zunächst die Wirkung auseinander, welche das päpstliche Ankündigungsschreiben in der katholischen Welt hervorgerufen habe; sie sei eine doppelte, Zustimmung auf der einen, Widerspruch und Furcht auf der andern Seite. Man spreche den Verdacht aus, daß der Papst unter dem Einflusse einer Partei das Konzil lediglich als Mittel benutzen wollte, „um die Macht des apostolischen Stuhles über Gebühr zu erhöhen, die alte und echte Verfassung der Kirche zu ändern, eine mit der christlichen Freiheit unverträgliche geistliche Herrschaft aufzurichten". Es werde, sagt man, „den Bischöfen selbst an der notwendigen Erkenntnis und Freimütigkeit fehlen"; „man stellt infolge davon sogar die Gültigkeit des Konzils und seiner Beschlüsse selbst in Frage". Von solchen Reden möchten sich die Gläubigen nicht irre führen lassen. „Nie und nimmer wird und kann ein allgemeines Konzil eine neue Lehre aussprechen, welche in der heiligen Schrift oder der apostolischen Überlieferung nicht enthalten ist." „Nie und nimmer wird und kann ein allgemeines Konzil Lehren verkünden, welche mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit, mit dem Rechte des Staates und seiner Obrigkeiten, mit der Gesittung und mit den wahren Interessen der Wissenschaft und dem Wohle der Völker im Widerspruch stehen." „Wir wissen es auf das bestimmteste, daß es der erklärte Wille des heiligen Vaters ist, weder der Freiheit noch der Zeit der Beratungen eine Schranke zu setzen." „Die Bischöfe . . . . werden auf dem allgemeinen Konzil der heiligsten aller ihrer Pflichten, der Pflicht, der Wahrheit Zeugnis zu geben, nie und nimmer vergessen.

Diese Versicherungen wirkten im ganzen deshalb nicht, weil von Rom aus nichts geschah, die Befürchtungen aus dem Wege zu räumen und Licht in die Sache zu bringen. Im Gegenteil, als die theologische Fakultät der Universität Paris ein ganzes Werk gegen die päpstliche Unfehlbarkeit veröffentlichte, als der Bischof Dupanloup von Orleans sich in drei öffentlichen Schreiben gegen die in Rom geplanten Dinge feierlich erklärte und dadurch die Gegenschriften dreier infallibilistisch gesinnten Standesgenossen, der Bischöfe von Versailles, Westminster und Mecheln,

hervorrief, da schnitt ein Verbot der Kurie die Fortsetzung dieses litterarischen Streites ab: sie wollte nicht, daß man außerhalb Rom und des Konzils dasjenige auf sein Recht öffentlich prüfe, was im Vatikan längst fest beschlossen war. Am bezeichnendsten drückt die wahre Sachlage ein Wort des Jesuiten Perrone aus: „Alle Dispositionen waren im voraus getroffen". Unter solchen Umständen durften selbst bittende und warnende Einsprachen nicht im mindesten auf Berücksichtigung rechnen. Auch die österreichischen Bischöfe unter dem Vorsitze des Kardinals Schwarzenberg verfaßten in Prag eine Denkschrift an den Papst, in welcher sie wie die deutschen Bischöfe von dem eingeschlagenen Verfahren abrieten. Vergeblich. Die Sache ging ungestört ihren Gang, wenn sich nicht in der allerletzten Stunde der geistlichen Gewalt die weltliche entgegenstellte.

Der staatlichen Gewalt hatte Pius IX. im Laufe seines Pontifikates schon viel zu bieten gewagt. In seiner Encyklika hatte er den modernen Staat sozusagen als etwas Gottfeindliches hingestellt und verdammt und nichts Geringeres als eine Rückkehr zu jenen mittelalterlichen Einrichtungen verlangt, welche dank der Schwäche der Fürsten der päpstlichen Anmaßung gestattete, sich nach Belieben in die Angelegenheiten der europäischen Völker zu mischen. Trotzdem hatten die Staatsmänner es nicht für geboten erachtet, solchen Ausschreitungen gegenüber aufzutreten. Indem sie sich auf den formellen Rechtsstandpunkt stellten, glaubten sie diesen An- und Aussprüchen so lange keine Bedeutung beilegen zu dürfen, als diese nichts als theoretische Darlegungen waren, die bei ihrem schnurgeraden Widerspruche gegen die Wirklichkeit nun und niemehr eine praktische Geltung erlangen würden. Diese Unterschätzung entsprang der Unkenntnis kirchlicher Dinge und dem herrschenden religiösen Indifferentismus in jenen leitenden, meist einseitig juristischen Kreisen. Es sollte sich der Welt bald zeigen, daß die Kirche, weit entfernt ihren Einfluß auf die Menschen allmählich eingebüßt zu haben, eine ungeahnte Gewalt über die Gemüter ausübte. Das wußten zwar die Staatsmänner nicht, aber die Jesuiten wußten es wohl, und darauf bauten sie ihre Pläne. Wenn nicht alle beteiligten europäischen Staaten einmütig zusammenstanden und von vorneherein Gewalt gegen Gewalt zu setzen sich entschlossen, so wurde in Rom, das sah man schon jetzt mit Sicherheit voraus, dem neunzehnten Jahrhundert und seinem Selbstruhme zum Trotz die Gewalt und Macht des Papstes in einer Weise festgestellt, die jeden Mißbrauch gestattet und, wenn es sein muß, jeden Übergriff auf das weltliche Gebiet ermöglicht. Diese drohende Gefahr hätten die Staatsmänner erkennen sollen und erkennen können, wenn nicht Gleich-

gültigkeit, Abneigung und Hochmut sie daran verhindert hätten. Am klarsten unter ihnen allen beurteilte der bayerische Minister Fürst Hohenlohe die römischen Absichten. Er erließ deshalb schon am 9. April 1869 ein Rundschreiben an alle europäischen Regierungen. Man wolle, so schrieb er in demselben, auf dem bevorstehenden Konzil in Rom die Unfehlbarkeit des Papstes beschließen. „Diese aber reicht weit über das rein religiöse Gebiet hinaus und ist hochpolitischer Natur, da hiemit auch die Gewalt der Päpste über alle Fürsten und Völker (auch die getrennten) in weltlichen Dingen entschieden und zum Glaubenssatz erhoben wäre.“ Der Syllabus, dessen Inhalt in bestimmte Beschlüsse (Lehren) umgewandelt werden solle, enthalte Artikel, welche gegen wichtige Axiome des Staatslebens, wie es sich bei allen Kulturvölkern gestaltet hat, gerichtet sei. So entstehe für die Regierungen die wichtige Frage, wie sie schon jetzt auf die bedenklichen Folgen hinzuweisen hätten, die eine solche Zerrüttung der Beziehungen von Staat und Kirche herbeiführen müsse. Es erscheine demgegenüber wohl zweckmäßig, daß die Regierungen gemeinschaftlich durch ihre Vertreter in Rom gegen solche Beschlüsse im voraus Verwahrung einlegten. Dieser Vorschlag bekundete das beste Verständnis der Sachlage, fand aber nicht die verdiente Unterstützung. Zwar nahmen ihn einzelne Regierungen wie die italienische, die preußische, die schweizerische günstig auf, aber zu einem thatkräftigen Entschluß brachten auch sie es nicht. Rat- und haltlos schaute die europäische Diplomatie dem Konzil entgegen. Der österreichische Kultusminister von Hasner nannte die bayerische Depesche „eine liberale Rakete“, während Graf Beust es für notwendig hielt, erst die Konzilsbeschlüsse abzuwarten. Die kaiserliche Regierung in Frankreich aber fürchtete, durch eine offene Stellungnahme es mit dem bei den Wahlen sehr einflußreichen Klerus zu verderben und wandte die äußerste Vorsicht an. Zunächst beauftragte sie ihren römischen Gesandten, sich nach dem Programm des Konzils zu erkundigen und beruhigte sich mit der Antwort des Staatssekretärs Kardinal Antonelli, welcher versicherte, daß kein Vorschlag in betreff der Erweiterung der Unfehlbarkeit des Papstes vorgelegt würde. So konnte denn der Siegelbewahrer Baroche auf eine Interpellation Olliviers im gesetzgebenden Körper die gedankenlose Antwort geben: „Nach dem Konzil werden die Rechte Frankreichs unversehrt sein“, und die Regierung entschloß sich, dem Konzil die Verantwortlichkeit für seine Beschlüsse zu überlassen. Auch die spanischen Minister wollten abwarten; treffe das Konzil Entscheidungen, welche den Grundsätzen der Verfassung von 1869 zuwiderlaufen, so wird die Regierung dieselben bekämpfen. Diese unsichere Haltung der Regierungen

bestärkte die Kurie in ihrem Vorhaben: zielbewußt ging sie auf ihrer Bahn weiter.

Es nahten die Wintermonate des Jahres 1869. Von allen Teilen der Erde her machten sich die katholischen Bischöfe auf den Weg zum Konzil. Am 2. Dezember fand eine Vorversammlung in der sixtinischen Kapelle statt, in welcher der Papst nach einer Ansprache die Beamten des Konzils vereidigte und die Geschäftsordnung desselben bekannt gegeben wurde. Darnach sollten dreierlei Versammlungen stattfinden und zwar 1) die Kommissionen (aus je 24 Mitgliedern bestehend), welche die Aufgabe hatten, die Konzilsbeschlüsse vorzubereiten und vorzuberaten, 2) die allgemeinen Versammlungen, in denen die Beschlüsse beraten und gefaßt und 3) die öffentlichen Versammlungen, in denen dieselben feierlich verkündet werden sollten. Das Recht, Vorlagen einzubringen, stand nur dem Papste zu, der auch Anträge, welche von Bischöfen gestellt waren, sogar gegen den Willen der Versammelten von der Besprechung zurückweisen konnte. Die Verhandlungen sollten geheim gehalten, jede Mitteilung an die Außenwelt und jede Beteiligung der öffentlichen Meinung grundsätzlich ausgeschlossen sein. Wer gegen diese Vorschriften sich verging, lud eine Todsünde auf sich. Trotzdem erschien in der Augsburger Allgemeinen Zeitung während der ganzen Dauer des Konzils eine Reihenfolge von Briefen seitens eines Eingeweihten (Quirinus nannte sich der Verfasser), welche die Welt von den römischen Vorgängen genau und zuverlässig unterrichteten.

Am 8. Dezember 1869 wurde das Konzil vom Papste eröffnet. Anwesend waren 719 Würdenträger der katholischen Kirche, deren Zahl noch bis auf 744 stieg. In der Peterskirche war eine eigene Konzilshalle hergerichtet, die sich aber sehr bald als zu klein und unakustisch erwies. Die Geschäftsordnung wurde alsbald heftig angegriffen sowohl von einer Anzahl deutsch-österreichischer Bischöfe, als besonders von dem Münchener Stiftspropst v. Döllinger, der schon vorher unter dem Namen „Janus" die römischen Konzilspläne einer einschneidenden Kritik unterworfen hatte. Es sei schon hier bemerkt, daß die von außen kommenden Stimmen in Rom nicht die mindeste Beachtung fanden, und daß sogar, was von der Minorität der Konzilsväter — denn der Papst hatte schon dank den trefflichen Einrichtungen der Kirche und in kluger Voraussicht dafür gesorgt, daß ihm eine geschlossene Majorität zur Verfügung stand — in irgendwelcher Form beantragt oder erbeten wurde, unberücksichtigt blieb. Die Vorlagen bestanden in sogenannten Schematen, welche nicht einmal den Bischöfen vollständig mitgeteilt wurden. Der Monat Dezember verstrich mit Generalversammlungen, ohne daß in den-

selben auch nur ein einziges Schema erledigt worden wäre. Die ganze Maschine arbeitete zum sichtlichen Ergötzen derer, die sie in Gang gesetzt hatten. Aber diejenigen, welche das Recht der Überzeugung und Wahrheit nicht mutwillig oder leichtfertig opfern wollten, sahen sich in einer nicht beneidenswerten Lage. „Die Entwürfe — klagt eine durch und durch katholische Stimme — sind zum voraus gemacht, die Geschäftsordnung ist aufgenötigt, die Ausschüsse sind gewählt vor jeder Beratung nach offiziellen Listen, durch eine disziplinierte Mehrheit, die abstimmt wie ein Mann. In diesen ist die Minderheit nicht vertreten; andere Beratungen, als die der Generalkongregationen, finden außerhalb der Ausschüsse nicht statt. Die Reden werden nur mit Mühe verstanden und Aufzeichnungen, die nachträglich eingesehen werden könnten, giebt es nicht. Dann ist den Vätern verboten, irgend etwas für das Konzil in Rom drucken zu lassen. Aus alledem sieht man, daß die Versammlung nicht berufen ist, um zu diskutieren, sondern um zu approbieren; sie ist bestimmt, die Macht, von der sie berufen worden ist, nicht zu ermäßigen, sondern zu erhöhen." Der Bischof Stroßmayer von Diakovar ließ sich trotzdem nicht abhalten, seine Stimme gegen die Mißbräuche zu erheben, aber er wurde daran in der gewaltthätigsten Weise gehindert. Herunter von der Rednerbühne! Der Ketzer! Wir verdammen ihn! — so lautete das wüste Geschrei dieser Väter, die eine abweichende Meinung nicht einmal anhören wollten. Sein von manchen Bischöfen gebilligter und schriftlich eingereichter Protest blieb wirkungslos.

Der im Februar 1870 verhandelte allgemeine Katechismus beruhte ganz auf den Sätzen der Bulle Unam sanctam des Papstes Bonifacius VIII., welche schon am 3. April 1869 zur größeren Deutlichkeit die Civilta cattolica ausgehoben und veröffentlicht hatte: „Die zwei Gewalten, die weltliche und die geistliche, sind in der Macht der Kirche, d. h. der des Papstes, welcher jene — die weltliche — durch Könige und andere, aber nach seinem Willen und so lange er sie duldet, verwalten läßt. Der geistlichen Macht steht es gemäß der von Gott an Petrus verliehenen Aufgabe und Machtvollkommenheit zu, die weltliche Gewalt einzusetzen und, falls sie nicht gut ist, zu richten." Diese Anschauungen erweiterte die allgemeine Katechismuslehre noch: „Der Papst hat nach ihr Herrschaft, Gerichtsbarkeit, Strafgewalt nicht bloß über die ganze Kirche, sondern über jeden Getauften. Die oberste Kirchengewalt entscheidet darüber, was die Fürsten und Regierenden bezüglich der bürgerlichen Gesellschaft und der öffentlichen Angelegenheiten zu thun oder zu lassen haben. Der Papst entscheidet in diesen Dingen nicht bloß als Inhaber des obersten Lehramtes, er hat auch das Recht, durch Zwang

und Strafe jeden, er sei Monarch oder Fürst oder einfacher Bürger, unter seinen Spruch anzuhalten.“ Das waren aber doch erst die Vorläufer dessen, was noch kommen sollte. Schon im Januar verlangte die Majorität die Annahme der Infallibilität womöglich ohne Diskussion. Die Minorität machte Gegenvorstellungen. Der Papst verhehlte gesprächsweise nicht, daß er die Meinung der ersteren billige.

Während so über den Hauptgegenstand die Anschauungen im Schoß des Konzils sehr auseinandergingen, entbrannte in der katholischen Welt aufs neue ein litterarischer Kampf. Der Oratorianer Gratry richtete eine Anzahl von offenen Warnungsbriefen an die Konzilsväter, Döllinger bekämpfte wiederholt in der Allgemeinen Zeitung das drohende Dogma mit den schärfsten Waffen seines kirchenhistorischen Wissens. Die Gemeinden wurden vielfach in den Streit hineingezogen; selbst die Staatsmänner erfaßte eine sichtliche Unruhe. Graf Beust ließ in aller Form die Kurie warnen, Beschlüsse zu fassen, welche in die Rechtssphäre des Staates übergriffen. Das französische Kabinett that ähnliche Schritte in Rom, welche von anderen Regierungen jetzt, wo es zu spät war, unterstützt wurden. Während Antonelli es verstand, diesen Mahnungen und Anfragen gegenüber die wahren Absichten der Kurie in ein unburchdringliches Geheimnis zu hüllen, bereitete der Papst in eigener Person den Hauptschlag. Am 6. März ließ er den Entwurf des Infallibilitätsdogmas dem Konzil vorlegen: ihre Bedenken darüber sollten die Väter dem Sekretär des Konzils bis zum 17. März schriftlich vorlegen.

Am 14. Mai begann die Debatte über diese Vorlage in der Generalkongregation. Es traten sattelfeste Vorkämpfer der neuen Lehre in hinreichendem Maße auf, von denen es einzelne sogar nicht verschmähten, mit wahrhaft unglaublichen Gründen die Wahrheit ihrer Sache darzuthun; aber es fehlten auch die Gegner nicht, welche mit ebensoviel Wärme als wuchtigen Beweisen die Vorlage bekämpften, Männer, die durch ihren Wandel wie durch ihr Wissen sich des verdientesten Ansehens in der christlichen Welt erfreuten: wie Hefele, Rauscher, Simor, Darboy, Stroßmayer, Schwarzenberg, Dupanloup: deutsche, österreichische, ungarische, französische Kirchenhirten. Dupanloup verlangte für eine solche Entscheidung die „moralische“ Einstimmigkeit. Man könne sich nicht majorisieren lassen bei einer Verteilung von Stimmen, wie sie das vatikanische Konzil aufweise, „wo man 276 italienische Bischöfe zählt, von denen 143 dem Kirchenstaat angehören; dann 43 Kardinäle, von denen 23 keine Bischöfe sind oder keinen bischöflichen Stuhl einnehmen; weiter 120 Erzbischöfe und Bischöfe in partibus; endlich 51 Äbte oder Ordensgenerale, während die Bischöfe aller katholischen Länder von

Europa, mit Ausnahme von Italien, die auf dem Konzil gegenwärtig sind, nur auf die Zahl von 265 sich belaufen, so daß alle die Patriarchen, Primate, Erzbischöfe und Diözesanbischöfe der ganzen Welt schon den italienischen Prälaten allein gegenüber in der Minderheit sind. Auf einem derart zusammengesetzten Konzil kann niemals die einfache Mehrheit entscheiden, umsoweniger, wenn auf demselben sich noch das persönliche Eingreifen des Papstes fühlbar macht, wenn der Freiheit der Bischöfe so viel beträchtliche Einschränkungen auferlegt werden, wenn die (Unfehlbarkeits-) Frage rücksichtslos und gewaltsam nur durch eine Art von Staatsstreich zur Beratung gebracht worden ist." Die Minderheit wehrte sich ehrlich und schickte Tag für Tag tüchtige Vorkämpfer in den Streit. Die ernsten nnd bitteren Wahrheiten, welche diese aussprachen, wurden den Gegnern immer unangenehmer. Auf ihre Überzahl bauend, beantragte und beschloß daher die Mehrheit den Schluß der Debatte am 3. Juni — ein neuer Gewaltstreich, der — es hatten für den Antrag über $^{9}/_{10}$ der versammelten Väter gestimmt — eine unzweideutige Probe jener Abstimmung war, in der das Konzil über die Lehre selbst zu entscheiden haben würde.

Für die Gegner des zu erwartenden Dogmas entstand nun die wichtige Frage, wie sie sich weiter verhalten sollten. Das tapferste, was ihnen auch von vielen Seiten zugemutet wurde, wäre gewesen, wenn sie sofort unter einmütigem Protest das Konzil verlassen hätten: man hätte auf die erlittene Vergewaltigung hin diesen Schritt der Minderheit als eine wohlbegründete Verteidigung gelten lassen müssen. Sie ermannte sich nicht dazu, sondern nahm an den weiteren völlig gleichgültigen Generalkongregationen auch ferner teil, wie wenn nichts vorgefallen wäre. Erst am 4. Juli trat sie bei dem Kardinal Rauscher zusammen, um einen Protest abzufassen, der, matt im Ausdruck und im Gedanken, nicht den Stempel entrüsteter Gewissen aufzeigte, sondern jene kleinlaute und schwachmütige Sprache führte, welche eine völlige Umkehr der Protestierenden schon jetzt mit Sicherheit voraussehen ließ. Bei dieser Sachlage war es begreiflich, daß der Übermut der Mehrheit bis zur Ungeduld ausartete. Sie begehrte den imponierenden und baldigen Schluß der Vorstellung. Auch die Minderheit sehnte sich aus Rom hinweg: niedergedrückt über das, was sie hier erlebt hatten, und voll banger Furcht vor dem Gedanken, welche Verwirrung dieses von ihnen ohne Erfolg bekämpfte Dogma in der katholischen Christenheit anrichten würde, litten sie noch unter der glühenden römischen Sommerhitze. Viele unter ihnen drückte bereits die Last der Jahre, weshalb sie um Vertagung des Konzils baten; aber mit unwürdigem Hohne wurde dies Gesuch abgelehnt. Das Dogma sollte

um jeden Preis angenommen werden. „Wenn die Unfehlbarkeit" — wagte ein päpstlicher Parteigänger zu witzeln — „nur in der Sonne reifen kann, wohlan, so wird man eben braten." Am 13. Juli wurde über die Unfehlbarkeit des Papstes in der Generalkongregation abgestimmt: dafür (placet) stimmten 451 Konzilsväter, dagegen (non placet) 88, dafür mit Vorbehalt (placet iuxta modum) 62. Die päpstliche Partei hatte einen glänzenden Sieg davongetragen; daß die Minderheit so gering sein werde, hatte niemand gedacht. Viele von ihnen reisten trostlos von Rom ab, ohne die öffentliche Sitzung, in der nach einer abermaligen Abstimmung der Papst das neue Dogma der gläubigen Welt verkünden sollte, abzuwarten; dieselbe fand schon am 18. Juli statt. Erschienen waren 535 Väter, an ihrer Spitze der Papst selbst. 533 derselben stimmten mit ja; nur 2 Bischöfe, ein Neapolitaner und ein Amerikaner, hatten den Mut, nein zu sagen. Ein rasendes Donnerwetter brauste über den Vatikan und die ewige Stadt dahin in dem Augenblick, als der Papst die Annahme der Lehre, die ihn für unfehlbar erklärte, sobald er vom Lehrstuhle herab (ex cathedra) sich vernehmen lasse, durch das Konzil verkündigte und dabei beteuerte: „Die höchste dem römischen Papst übertragene Autorität zerstört nicht, sondern baut auf, sie einigt in der Liebe und schützt und stärkt die Rechte der Bischöfe". Und in der vom gleichen Tag datierten Bulle Pastor aeternus, in welcher er der katholischen Welt das Geschehene verkündigt, heißt es: „Indem wir also an der vom Anfang des christlichen Glaubens her überkommenen Überlieferung treu festhalten, lehren wir . . . als einen von Gott geoffenbarten Lehrsatz: daß der römische Papst, wenn er von seinem Lehrstuhle herab spricht, d. h. wenn er in Ausübung seines Amtes als Hirte und Lehrer aller Christen kraft seiner höchsten apostolischen Gewalt eine von der gesamten Kirche festzuhaltende, den Glauben oder die Sitten betreffende Lehre entscheidet, vermöge des göttlichen, im hl. Petrus ihm verheißenen Beistandes jene Unfehlbarkeit besitzt, mit welcher der göttliche Erlöser seine Kirche in Entscheidung einer den Glauben oder die Sitten betreffenden Lehre ausgestattet wissen wollte; und daß daher solche Entscheidungen des Papstes aus sich selbst, nicht aber erst durch die Zustimmung der Kirche unabänderlich sind".

Hiermit war die Entscheidung getroffen. Die Tragweite dieser dem evangelischen Christen unfaßbaren Lehre ist, so leuchtet von selbst ein, geradezu unermeßlich und unberechenbar. Für unsere Darstellung beansprucht aber nur die Frage ein Interesse, wie die katholische Welt sich gegenüber dieser Lehrerklärung verhalten hat. Allerdings drängten während der Verkündigung des Dogmas sich jetzt plötzlich welterschütternde

Ereignisse — gleich jenem Gewitter — Schlag auf Schlag in den Vordergrund; aber selbst diese vermochten jene Frage nur für kurze Zeit hintanzustellen. Wenn man am 18. Juli in Rom voll Jubels sich des ungeheuren Sieges freute, so dauerte diese Freude nicht lange. Schnell rückte in unmittelbarer Folge jener unerwarteten Niederlagen, welche das deutsche Heer dem Kaiser Napoleon beibrachte, das Verhängnis an Rom und den Papst heran. Noch war das allerdings auf eine geringe Zahl zusammengeschrumpfte Konzil versammelt, da eroberten die italienischen Truppen mühelos Rom und machten durch ihren Einzug der weltlichen Herrschaft des Papstes ein Ende. Am 20. Oktober verfügte der Papst die Vertagung des Konzils auf unbestimmte Zeit.

Hatten bisher katholische Laien und Priester die Hoffnung gehegt, daß diejenigen der kirchlichen Oberhirten, welche gegen das Dogma gestimmt hatten, sich nicht beugen und auch ferner demselben ihre Anerkennung versagen würden, so täuschten sie sich gründlich. Der gesamte Episkopat der Welt unterwarf sich dem Ausspruche des Konzils. Roma locuta est. In Österreich verkündigten die Bischöfe insgesamt in Hirtenbriefen die Unfehlbarkeitslehre und schritten mit kirchlichen Strafen gegen diejenigen Lehrer und Geistlichen ein, welche sich weigerten, dieselbe anzunehmen. Es half nichts, daß die einzelnen Kronländer darauf hinwiesen, daß ohne die staatliche Genehmigung (Placetum regium) das Dogma nicht verkündigt werden dürfe; man achtete nicht darauf, daß der Staatskanzler Beust das Konkordat aufzukündigen drohte und die Drohung auch ausführte. Nicht anders erging es in Deutschland, das eine ansehnliche Anzahl widersprechender Bischöfe zum Konzil gesandt hatte. Ende August 1870 kamen ihrer 17 abermals am Grabe des h. Bonifazius zusammen und begründeten in einem gemeinsamen Hirtenbriefe ihre Umkehr und Unterwerfung also. In den allgemeinen Konzilien habe Gott von jeher die ewige und allein aus sich selbst unfehlbare Wahrheit geoffenbart. Ein solches Konzil sei auch das vatikanische gewesen, auf welchem das unfehlbare Lehramt der Kirche entschieden habe. „Der heilige Geist hat durch den Stellvertreter Christi und den mit ihm vereinigten Episkopat gesprochen, und daher müssen alle, die Bischöfe, Pfarrer und Gläubigen, diese Entscheidungen als göttlich geoffenbarte Wahrheiten mit festem Glauben annehmen.“ Es sei richtig und erklärlich, daß bei den Beratungen der nahezu 800 Konzilsväter auch Meinungsverschiedenheiten zu Tage getreten wären; aber deshalb könne die Gültigkeit der Konzilsbeschlüsse nicht bestritten werden, weil in der öffentlichen Sitzung das Dogma fast einstimmig angenommen worden sei. „Wir erklären, daß dieses Konzil ebensowenig wie irgend eine andere

allgemeine Kirchenversammlung eine neue von der alten abweichende Lehre aufgestellt oder geschaffen, sondern lediglich die alte in der Hinterlage des Glaubens enthaltene und treu gehütete Wahrheit entwickelt, erklärt und den Irrtümern der Zeit gegenüber ausdrücklich zu glauben vorgestellt hat." Dazu sind alle wahren Christen verpflichtet.

Allein gerade in Deutschland stieß dieses kategorische Gebot auf den ernstesten Widerstand. Waren auch trotz ihrer vorhergängigen anderen Meinungen die Bischöfe alle bereit, das sacrificium intellectus, das Opfer ihrer Einsicht, zu bringen, so fanden sich zahlreiche Männer im Priester- und Laienstand, welche einem solchen Vorbild ihrer Oberhirten zu folgen nicht gesonnen waren. Zweifellos mußten aus diesem Widerstreit schwere Wirren hervorgehen. Die kirchlichen Strafen genügten nicht, alle zum Gehorsam zu zwingen. Wenn die Bischöfe ihnen untergebene Geistliche ihres Amtes entsetzten, so blieb die Frage noch offen, ob der Staat die Gemaßregelten nicht im Rechte ihres Gewissens schützen werde; jedenfalls trat an ihn diese Entscheidung heran, wenn es sich um Lehrer an öffentlichen Schulen und um den Eingriff der Oberhirten in dies Gebiet handelte. Konflikt über Konflikt mußte kommen, das war vorauszusehen. In der That geschah dies auch. Zunächst in der Diözese Köln, wo der Erzbischof einen Pfarrer (Tangermann) absetzte, die Verlesung des Fuldaer Hirtenbriefes in den oberen Gymnasialklassen anordnete, die aber der Kultusminister verbot, und fünf Lehrer der Bonner Hochschule a sacris suspendierte, d. h. ihnen jede kirchliche Funktion verbot. Das Ministerium stellte sich nun zwar auf die Seite der suspendierten Professoren, aber der Erzbischof verbot den Studierenden den Besuch ihrer Vorlesungen. Dieselben Vorgänge fanden in den Bistümern Breslau, Paderborn, Ermeland statt. Die kirchlichen Oberhirten gaben nirgends nach, sondern verlangten bedingungslose Unterwerfung, und wo diese verweigert wurde, schreckten sie auch vor den äußersten Strafen, selbst nicht vor der großen Exkommunikation zurück. In Bayern warnte das Kultusministerium die Bischöfe davor, die Beschlüsse des Konzils ohne die königliche Bewilligung bekanntzumachen. Trotzdem hatten mehrere derselben den Mut, dies zu thun. Nur ein einziger, der Erzbischof von Bamberg, leistete den bestehenden Vorschriften so weit Folge, daß er um die königliche Erlaubnis zur Verkündigung einkam; als sie ihm verweigert wurde, verkündigte er trotzdem das Dogma und strafte die Widerstrebenden. Im Bistum Augsburg ereignete sich der Aufsehen erregende Fall, daß der größte Teil einer Gemeinde in Mering (Oberbayern) die über ihren Pfarrer, Namens Renftle, verhängte Amtsenthebung und Exkommunikation nicht anerkannte, so daß dieser in seinem

Amte blieb und seine Funktionen trotz seines Bischofs fortsetzte. Am meisten machten dem Erzbischof von München die beiden hervorragenden Führer in dem litterarischen Kampf gegen das Unfehlbarkeitsdogma, die Professoren der Theologie Döllinger und Friedrich, zu schaffen. Mit fulminanten Schriften traten sie abermals hervor, verweigerten die Unterwerfung und achteten selbst den großen Bann nicht, den außerdem Friedrich öffentlich für nichtig erklärte, entschlossen, sich nicht aus seinem Amte verdrängen zu lassen. Aus den Kreisen der Laien aber ließen sich immer mehr Stimmen vernehmen, die von der neuen Konzilslehre nichts wissen wollten. Als schon einzelnen unter den widersprechenden Katholiken vom vatikanisch gesinnten Klerus die Sakramente oder der letzte Trost verweigert wurde, spendeten die gemaßregelten Geistlichen diese kirchlichen Gnadenmittel, indem sie erklärten, daß nicht sie, sondern die Bischöfe vom alten katholischen Glauben abgefallen seien. So entstand die altkatholische Bewegung, die übrigens außer in Deutschland nur in Österreich und in der Schweiz besonders in den ersten Jahren die Gemüter auf das tiefste erregte und zur Organisation selbständiger Gemeinden führte.

Drittes Buch.

Der deutsch-französische Krieg.

---

1. Kapitel. Einleitung des Krieges. Die ersten deutschen Kämpfe.

1. Die Entstehung des Krieges. Das Ministerium Ollivier. Die kriegerische Stimmung in Frankreich. Die spanische Thronkandidatur des Prinzen von Hohenzollern. Französische Zumutungen dem preußischen Könige gegenüber. Krieg in Sicht. Die Stimmung in beiden Ländern.

Daß die öffentliche Meinung in Frankreich den durch den Krieg von 1866 geschaffenen neuen Zuständen Deutschlands mit höchster Mißgunst zusah, ist schon angedeutet worden. Die Regierung, mehr noch der Kaiser, hatte in der Presse und im gesetzgebenden Körper manches harte Wort deshalb hören müssen, daß sie nicht den Siegeslauf der Preußen gehemmt und ruhig zugesehen hatten, wie Österreich zuerst von ihm zu Boden geworfen und dann aus Deutschland hinausgedrängt worden war. Es lag klar vor aller Welt, daß die künstlichen Dämme, welche Napoleons Einspruch in der Mainlinie mitten durch Deutschland gezogen hatte, mit Naturnotwendigkeit eines Tages weggerissen sein würden, daß der norddeutsche Bund nur ein Provisorium sei und daß die geringste kriegerische Verwickelung die Scheidewand entfernen, ein einiges Deutschland unter Preußens Führung herstellen und so die nationale Frage lösen werde. Niemand sah das Alles klarer kommen als Napoleon. Aber seine Franzosen wollten das nicht einsehen oder vielmehr lieber mit dem Kopfe durch die Wand rennen. Gleichviel ob jetzt noch ohne eigene schwere Gefährdung dieser Gang der Dinge aufgehalten werden konnte oder nicht, die ungezügelte Volksleidenschaft polterte täglich die Forderung

in allen Tonarten hinaus: Wir wollen kein einiges Deutschland. Seine Stärke ist unsere Schwächung, sein Aufschwung unser Niedergang. Wir können als Nachbarnationen nicht in gleicher Stärke und Macht nebeneinander wohnen; eine solche Gestaltung der Verhältnisse widerspricht den französischen Traditionen seit den Tagen Ludwigs XIV. Wenn Frankreich, so lautete die allgemeine Anschauung, auch noch diesen Fehler macht, so ist sein Prestige dahin. Die „Rache für Sadowa" wurde so zu einem politischen Axiom in ganz Frankreich, gegen das auch nur einen leisen Einspruch zu erheben für die schwerste Ketzerei angesehen wurde. Öffentlich wagte dies nur ein Mann, Emil Ollivier, welcher mit seiner Ansicht von dem Rechte der nationalen Idee selbst unter seinen Gesinnungsgenossen allein dastund. „Alles, was man gegen Preußen unternimmt — sagte er — wird sein Werk erleichtern, statt es zu hindern; selbst ein neues Jena würde nichts daran ändern." Und ein ander Mal prophezeite er: „Der Tag wird kommen, früher oder später, aber unfehlbar, wo, nachdem der Südbund (?) sich nach preußischem System militärisch organisiert hat und der Nordbund endgültig eingerichtet ist, beide Teile sich nähern und über den Main hinüber sich die Hand reichen werden, trotz des Prager Friedens". Die deutsche Einheit sei als eine unwiderrufliche, vom Schicksal verhängte Thatsache (comme un fait irrévocable et fatal) anzusehen. In Deutschland, das von keinem Kriege etwas wissen und nur endlich einmal auch Herr in seinem eigenen Haus sein wollte, erregte und stärkte der Mut, mit welchem der französische Kammerredner diese Anschauung aussprach, die Hoffnung des Friedens. Vielleicht ließ die öffentliche Meinung in Frankreich sich doch dazu bestimmen, dem Nachbar Ruhe zu gönnen und seine Angelegenheiten nach seinem Gutdünken ordnen zu lassen. In der That gewann diese Aussicht an Boden, als der Kaiser, dem es in der innersten Seele vor einem Kriege mit Deutschland gruselte, ohne daß er aus Furcht vor dem französischen Chauvinismus und vor seiner eigenen Frau dies hätte aussprechen dürfen, Ollivier zur Bildung eines Ministeriums berief.

Nicht bloß für die innere, sondern auch für die auswärtige Politik Frankreichs schien damit eine neue Ära anbrechen zu wollen. Jene setzte sich nach Olliviers Vergangenheit die Aufgabe, die Freiheit mit dem Kaisertum zu versöhnen, d. h. an die Stelle des persönlichen das parlamentarische Regime zu setzen; wollte er dieses Werk durchführen, so brauchte er dazu Zeit, und Frankreich, mit sich beschäftigt, konnte sich nicht in auswärtige Verwickelungen und am wenigsten in einen Krieg einlassen, wodurch die Aufführung dieses Gebäudes gehindert worden wäre. In Frankreich jubelte man über die Wendung der Dinge, die

endlich, dank dem Entschlusse des Kaisers und der Wahl seines Ministeriums, nicht mehr ausbleiben konnte. Auch in Deutschland traute man Ollivier und dem Frieden, den er verheißen hatte. So wenig dachte man an eine Störung, daß alles seiner Arbeit oder seiner Erholung sorglos nachging, König Wilhelm begab sich — es war die Sommerszeit des Jahres 1870 herangekommen — seiner Gewohnheit gemäß ins Bad Ems, Bismarck suchte Erholung in seinem Varzin und auch die Generale Moltke und Roon schickten sich an, fern von Berlin in ländlicher Zurückgezogenheit einige Zeit auszuruhen; für den 3. August war die Enthüllung des Denkmals Friedrich Wilhelms III. in Berlin angesetzt. Noch am 30. Juni erklärte Ollivier: „Niemals war der Friede gesicherter, als in diesem Augenblick". Es dauerte kaum vier Wochen und die Brandfackel eines furchtbaren Krieges zwischen Deutschland und Frankreich loderte hoch zum Himmel empor. Die Gewissenlosigkeit des französischen Chauvinismus und der französischen Diplomatie verschuldete geflissentlich dies Unglück. Nicht zum mindesten Ollivier. So lange er als Abgeordneter dem kaiserlichen Regime gegenüberstand, hielt er demselben das Spiegelbild seiner Sünden mit der Miene eines Bußpredigers vor Augen und entwickelte er, ein zweiter Solon, die heilsamen Projekte, die Frankreich zum eigenen Wohl und Nutzen der Welt ausführen müsse. Als er aber selbst ans Ruder kam, da trat die Charakterlosigkeit dieses Redners, dem sonst die sittliche Entrüstung so gut zu Gesicht stand, offenkundig zu Tag. Denn in der innern Politik erwies er sich als ein vollständiger Windbeutel, der mit seinen Freiheitsverheißungen keinen Ernst zu machen wagte und sich schließlich nur durch unredliche, auf Täuschung berechnete Flunkereien von den Helfershelfern des Absolutismus unterschied. In der auswärtigen Politik aber stellte sich seine gleisnerische Heuchelei und verschlagene Unzuverlässigkeit baldigst als das heraus, was sie war. Seine Friedensschalmei, die er hatte ertönen lassen, sollte nur das deutsche Volk einschläfern. Um den innern Verlegenheiten, die seiner Charakterlosigkeit begegneten, zu entgehen, warf er sich der Kriegspartei in die Arme, welche in dem Herzog von Gramont ihr Haupt hatte und deren Seele die Kaiserin Eugenie war. Erst später wurde es durch Bismarcks Enthüllungen bekannt, daß seit dem Jahre 1866 ihn die französischen Sirenenstimmen zu bestricken suchten: gerne wollte man die Einigung Deutschlands geschehen lassen, wenn nur Bismarck sich herbeilasse, dies Zugeständnis zu erkaufen: etwa um den Preis von Belgien oder Luxemburg. Aber der eiserne Kanzler, der Gott fürchtete, blieb solchen Vorschlägen gegenüber kalt. Umsomehr haßte man ihn und dürstete nach Rache.

Dank der schamlosen Winkelzüge Olliviers standen die Dinge im Innern schlimmer als zuvor. Auf die frohe Hoffnung bei seinem Amtsantritt war rasch bittere Enttäuschung gefolgt; Verschwörungen und Komplotte beunruhigten die Gemüter; eine Mißernte stand in Aussicht; selbst in der Armee fraß der revolutionäre Geist um sich; bei dem Plesbiszit über die scheinliberale Verfassung hatten sich 47000 Stimmen aus der Marine und der Armee gegen die Regierung ausgesprochen. Eine solche Erscheinung bestimmt allezeit gewissenlose Diplomaten, zur eigenen Rettung an einen auswärtigen Krieg zu denken. Eine weitverzweigte, einflußreiche Partei hielt ihn schon lange für nötig. „Jetzt oder nie", lautete ihre Losung, obwohl sie sahen und wußten, daß man in Deutschland die Jahre her nicht ungenützt hatte verstreichen lassen. Der französische Militärbevollmächtigte Stoffel in Berlin hatte getreulich die unermüdlichen Anstrengungen der preußischen Heeresleitung, deren System nun auch in Süddeutschland eingeführt war, nach Paris gemeldet und vor einem Kriege gewarnt, für den man in Deutschland vollständig vorbereitet sei. Auf solche Warnung zu hören, waren die kaiserlichen Staatsmänner nicht entschlossen: sie wußten eine solche Frage besser zu beurteilen. Auch das französische Heer war ja nach dem herrschenden Lügensystem, wornach man sich gegenseitig hinter das Licht führte und halbe Maßregeln als fertige Einrichtungen hinstellte, vollständig kampfbereit: der Kriegsminister Leboeuf, darüber befragt, ob wirklich alles in Kriegsbereitschaft sei, warf sich siegesbewußt in die Brust und gab die stolze Antwort: „Wir sind erzbereit (archiprêts)". Bei Mentana hatte ja das Chassepotgewehr Wunder gewirkt, die jetzt auch die Preußen mit ihrem ungenügenden Zündnadelgewehr an sich erfahren sollten; französischer Erfindungsgeist hatte eine wahrhaftige Höllenmaschine, die Mitrailleuse, ersonnen, mit der man auf einmal ganze Reihen der Feinde niederschmettern konnte.

Zu alledem kamen Nachrichten aus Deutschland, die glückverheißend klangen: besonders im Süden war man nach den Berichten berufener und unberufener Beobachter der herrschenden Volksstimmung von der preußischen Art nicht erbaut: die alte Abneigung und der stille Ingrimm von 1866 seien noch nicht überwunden; der alte Geist deutscher Zwietracht regte sich nach ihren Beobachtungen wieder allerwärts: Ultramontane, Demokraten und Partikularisten reichten sich brüderlich die Hand zum Bunde, der preußischen Vorherrschaft jedes Hindernis entgegenzusetzen. Die Berichterstatter meldeten diese Anzeichen geflissentlich, denn solche Botschaft hörte man gerne. Ganz Unrecht hatten sie auch nicht; aber übertrieben waren diese Stimmungsberichte doch und verleiteten an der

Seine zu unrichtigen Schlußfolgerungen. Das zeigte sich bald hernach im entscheidenden Augenblick. Am meisten trug zu diesen falschen Rechnungen der schon erwähnte Herzog von Gramont bei. Er war mehrere Jahre Gesandter in Wien gewesen, bis er am 15. Mai 1870 die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten in Paris übernahm. In Wien beeinflußte Beusts Zorn und Groll gegen Preußen und Bismarck die leitenden Kreise; überall herrschte eine zum mindesten ungünstige Stimmung gegen Preußen, während rings in den österreichischen Ländern, bei den Czechen, Polen und Ungarn alles voll Sympathieen für Frankreich war. Besuchte in diesen Tagen der russische Kaiser Alexander II. den preußischen König in Bad Ems, so mußte diese Höflichkeit schon ein Bündnis bedeuten, und Graf Beust versäumte nicht, ein österreichisch-französisches Gegenbündnis in Aussicht zu stellen. Und der französische Gesandte that, leichtgläubig genug, in seinem Herzen noch einen Schritt weiter und betrachtete, was man wünschte, schon als fertige Thatsache.

Mit diesen Wahrnehmungen und Hoffnungen war Gramont nach Paris gekommen und trat seinen Posten als Minister des Auswärtigen an, brennend vor Begierde, die vermeintliche Gunst des Augenblicks zu nützen, Preußen in sein Nichts zurückzuschleudern und dem französischen Kaiserreich seinen stolzen Ruhm und sein früheres Übergewicht zurückzugeben. Allerdings galt es den Schein zu wahren und durch allerlei hinterlistige Schachzüge die Lage so zu gestalten, daß man Preußen ins Unrecht setzte. Wer kein Gewissen hat, findet ohne Schwierigkeit eine solche Gelegenheit.

In Spanien dachte man gerade damals (s. S. 159) daran, den hohenzollernschen Prinzen Leopold von Sigmaringen auf den verwaisten Thron zu heben; er war katholisch und stand mit der napoleonischen Dynastie noch in näherer verwandtschaftlicher Beziehung als mit dem preußischen Königshaus. Seine Mitteilung an den König von Preußen, daß er gesonnen sei, dem Rufe des spanischen Volkes mit Einwilligung seines Vaters Folge zu leisten, war ebenso ein Akt persönlicher Höflichkeit, wie die Abmahnung des Königs Wilhelm als ein rein persönlicher, wohlmeinender Rat anzusehen war. Trotzdem brachte es Gramont über sich, am 6. Juli im gesetzgebenden Körper die Sache so hinzustellen, als handle es sich um den ländergierigen Ehrgeiz der preußischen Dynastie, welche nach einer Macht strebe, wie sie einst der spanische Habsburger Karl V. besessen habe. Frankreich werde nicht dulden, „daß eine fremde Macht einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setze und dadurch zu unserm Schaden das gegenwärtige Gleich-

gewicht der Mächte in Unordnung bringe und die Interessen und die Ehre Frankreichs gefährde". „Stark durch Ihre Unterstützung und durch die der Nation würden wir unsere Pflicht ohne Zaudern und Schwachheit zu erfüllen wissen." Der tobende Lärm, mit dem die Kammer diese pöbelhafte, durch nichts angezeigte Kriegsdrohung begrüßte, belehrte den Minister, daß sie ohne Bedenken bereit sei, dem Kriege zuzustimmen. Die Presse stimmte in diesen Kriegsgesang mit lautem Gebrüll tapfer ein und ließ ihre frevelhaften renommistischen Fanfaren schmetternd ertönen. Der Pays schrieb schrieb am 8. Juli: „Das kaudinische Joch ist bereit für die Preußen; sie werden sich darunter beugen, und zwar ohne Kampf besiegt und entwaffnet, wenn sie es nicht wagen, einen Kampf anzunehmen, dessen Ausfall nicht zweifelhaft ist. Unser Kriegsgeschrei ist bis jetzt ohne Antwort geblieben. Das Echo des deutschen Rheins ist noch stumm. Hätte uns Preußen die Sprache gesprochen, die Frankreich redet, so wären wir schon längst unterwegs." Das Leibblatt des Ministers Ollivier, der Moniteur, ließ aber der gottlosen Clique vollends in die Karten blicken, als es zwei Tage nach Gramonts Rede versicherte, auch die Verzichtleistung des Prinzen Leopold könne an Frankreichs Entschluß nichts mehr ändern; man sei des Mißbrauches müde, den Preußen seit 4 Jahren mit der Langmut der großen Nation getrieben habe. Darnach war der Krieg eine bereits beschlossene Sache. In der That nützte es nichts mehr, daß am 12. Juli der Fürst Anton von Sigmaringen im Namen seines Sohnes von der Kandidatur auf die spanische Krone öffentlich zurücktrat. Preußen sollte nach dem französischen Willen entweder sich eine geradezu entehrende Demütigung auferlegen lassen und dadurch der künstlich erregten französischen Eitelkeit vor aller Welt eine kriecherische Genugthuung geben oder, wenn nicht, die racheschnaubende Wut der Franzosen zu kosten bekommen.

Im Auftrage seiner Regierung mußte alsbald der französische Gesandte in Berlin, Benedetti, nach Ems reisen und dem preußischen König das kecke Ansinnen stellen, dem Prinzen von Hohenzollern-Sigmaringen die Annahme der spanischen Königskrone zu verbieten. Obwohl es aller diplomatischen Gepflogenheit und Anständigkeit widersprach, einen im Bade weilenden Fürsten in dieser brüsken Art zu überfallen, so hielt der greise König doch an sich und verkehrte mit dem Gesandten in liebenswürdiger Ritterlichkeit. Er habe, sagte der König, kein Recht, dem Prinzen ein solches Verbot aufzuerlegen, aber er freue sich, daß er im Gefühle seiner Verantwortlichkeit vor ganz Europa freiwillig zurückgetreten sei. Diese ehrliche Antwort wirkte einen Augenblick auf die französischen Kriegshetzer im Ministerium so verblüffend, daß sie zauderten und

zweifelten, ob es doch nicht besser sei, das Schwert in der Scheide stecken zu lassen. Wer diese friedfertige Anwandelung wieder unterdrückte, durch welche Einflüsse der satanische Geist, der um jeden Preis den Krieg wollte, wieder die Oberhand gewann, läßt sich heute noch nicht genau sagen. Viele geheime Fäden liefen von mancherlei Seiten her in den Tuilerien zusammen. Im Dunkeln arbeiteten geschäftig die dienstbaren Geister finsterer Mächte, die, so viel an ihnen lag, auch dafür sorgten, daß ihre das Tageslicht scheuende Arbeit nicht so leicht offenbar werde. Genug, der Dämon war losgelassen und ruhte nicht mehr. Der Herzog von Gramont erklärte dem preußischen Gesandten in Paris, Freiherrn v. Werther, die Verzichtleistung des Prinzen Leopold genüge noch nicht; Frankreich sei dadurch verletzt, daß Preußen seine Einwilligung in die Kandidatur gegeben habe, ohne zuvor die französische Regierung um ihre Meinung zu fragen: die erfolgte Ablehnung ändere daran nichts. Frankreichs Ehre verlange dafür Sühnung und Genugthuung. Am besten könne dies durch einen Brief des Königs Wilhelm an Napoleon geschehen, worin er sich etwa also entschuldige: er bedaure, daß er die Kandidatur zugelassen habe; nimmermehr sei ihm dabei in den Sinn gekommen, den Interessen und der Würde Frankreichs zu nahe zu treten, und er werde niemals seine Zustimmung erteilen, falls die Kandidatur noch einmal auftauchen sollte. Der Gesandte lehnte es ab, seinem König eine solche Zumutung zu unterbreiten. Deshalb wurde Benedetti beauftragt, dem preußischen Könige in Ems mit dieser dreisten Forderung abermals auf den Leib zu rücken. Der Graf benahm sich und handelte ganz im Sinne seiner Auftraggeber. Männlich und ernst erklärte der von dem Gesandten auf dem Morgenspaziergang angefochtene Monarch, daß er die Verzichtleistung des Prinzen vollständig billige, aber die Demütigung, welche in der zugemuteten Entschuldigung liege, von sich weise (13. Juli). Als der Gesandte, damit noch nicht zufrieden, am nämlichen Tage noch, abends 6 Uhr, um eine neue Audienz nachsuchen ließ, wurde ihm durch einen Adjutanten die Antwort zu teil, daß der König seiner Willensäußerung nichts mehr hinzuzufügen habe.

Als die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ in einem Telegramm den kurzen Verlauf dieser weltgeschichtlichen Thatsache mitteilte, da durchzuckte die ganze deutsche Nation der Unwille über die welsche Anmaßung und lauten Beifall zollte sie dem würdevollen Betragen des Königs gegenüber solcher Dreistigkeit, entschlossen, mit ihm einzustehen für Deutschlands Ehre. In Frankreich aber vollzog sich ein Schauspiel, wie es schamloser die Welt noch nicht gesehen hatte. Alle Vernunft schien gewichen zu sein. Die Fieberhitze maßlosester Leidenschaft verrückte alle Köpfe: fast niemand mehr schien

vorhanden zu sein, der nur so viel Besonnenheit sich bewahrt hatte, daß er zu bedenken gab, man gehe einem Kampf auf Leben und Tod entgegen. Aber Sünde und Schuld verblendet allezeit. Der Minister Ollivier, bleich vor Wut und Schrecken, erklärte vor dem gesetzgebenden Körper, die preußische Regierung habe durch eine Depesche — gemeint war das einfache Telegramm über die Emser Vorgänge in der „Norddeutschen Allgemeinen“ — Frankreich vor Europa bloßgestellt und damit den Krieg unvermeidlich gemacht. Von Gambetta aufgefordert, die Beleidigung als solche durch Vorlage des Wortlautes zu beweisen, war er gar nicht imstande, dieser Anforderung nachzukommen, sondern er kündigte im Namen des Ministeriums, getragen von dem tobenden Beifall der gewissenlosen Kammermehrheit, den Krieg „mit leichtem Herzen“ an. Der Senat, aus kaiserlichen Sklaven bestehend, widerhallte das Kriegsgebrüll der Kammer, „bebend vor Unwillen und Zorn“. Umsonst hatte weitsichtig genug der Staatsmann und Historiker Thiers seine warnende Stimme erhoben: „Bedenken Sie, daß von Ihrer Entschließung das Schicksal des Landes und das Leben von Hunderttausenden abhängt“. Umsonst stand ihm mit guten Gründen die Linke, geführt von Gambetta, Jules Favre, Arago u. a. bei. Der Krieg wurde gefordert und der Kredit bewilligt. Die Presse, die Massen ergriff jetzt der Wahnsinn. „Preußen beschimpft uns; gehen wir also über den Rhein! die Soldaten von Jena sind bereit!“ riefen die Preßkosaken ins Land hinein. „Nach Berlin, nach Berlin!“ johlte der Pariser Janhagel durch die Straßen. Der Kaiser selbst gab die verpönte Marseillaise frei und fortwährend brauste das Sturmlied der Revolution durch Tag und Nacht. „Sire“ — sagte der Kammerpräsident dem Kaiser — „das Herz der Nation ist mit Ihnen und unserer tapfern Armee.“ Der Befehl zur Mobilmachung der Armee wurde gegeben und der Kaiser entschloß sich, das Oberkommando in dem Krieg gegen „Preußen“ selbst zu übernehmen.

Absichtlich redete man in Frankreich nur von „Preußen“, weil man hoffte, die übrigen deutschen Stämme, sicherlich aber einen Teil derselben von der Teilnahme am Krieg abziehen zu können. Thörichte Hoffnung! Was trennte, wurde in diesem Augenblick vergessen; Haß, Mißtrauen und Abneigung verstummten und aus allen Gauen vom Norden bis zum Süden stellte die Nation das Verlangen, gemeinsam gegen den alten Feind zusammenzustehen. Der Jubel, mit dem der von Ems heimkehrende, sehr ernst gestimmte König überall empfangen wurde, sagte ihm deutlich genug, daß mit ihm das ganze Volk fühle und gehen werde. Als der preußische König dem norddeutschen Bundesparlament am 19. Juli in einfacher und schlichter Weise darlegte, wie Frankreich einen ungerechten Krieg über

Deutschland geflissentlich heraufzubeschwören gesucht habe und hinzufügte: „Hat Deutschland derartige Vergewaltigungen seines Rechtes und seiner Ehre in früheren Jahrhunderten schweigend ertragen, so ertrug es sie nur, weil es in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es war“ — da entgegnete der Präsident Simson: „Ein Gedanke belebt alle deutschen Herzen. Wie zur Zeit der Befreiungskriege, so zwingt uns jetzt ein Napoleon zum heiligen Kampfe. Das deutsche Volk wird auf der Wahlstatt den Boden der Einigung finden. Es gilt die Freiheit, die Ruhe Europas und die Wohlfahrt der Völker.“

Noch kam es darauf an, ob die süddeutschen Regierungen den Kriegsfall als gegeben anerkennen würden. Die Franzosen hatten sich in den letzten Tagen alle Mühe gegeben, die Sache so zu drehen, als handle es sich um ein rein hohenzollernsches Interesse, das die anderen deutschen Regierungen nichts angehe. „Die deutschen Staaten“ — behauptete ein französisches Blatt mit größerer Zuversicht, als es selbst glaubte — „werden nicht daran denken, auf diesen Fall die Allianzverträge von 1866 und 1867 anzuwenden.“ Auch diese Rechnung erwies sich als grundfalsch. Die entscheidende Stimme lag bei Bayern; sein Vorgang mußte auch für die anderen maßgebend sein. Der jugendliche König Ludwig II. schwankte keinen Augenblick; ihm war es klar, daß der Kriegsfall gegeben sei, daß sein Heer mitzukämpfen habe in diesem Streit um deutsche Ehre und deutsches Recht. Schon am 16. Juli, also drei Tage bevor die französische Regierung in Berlin die offizielle Kriegserklärung überreichen ließ, hatte er opferbereit den Befehl gegeben, das bayerische Heer mobilzumachen. Freilich noch mußte der Landtag die Mittel hierzu bewilligen. Am 19. Juli, demselben Tag, an welchem das norddeutsche Parlament zum gleichen Zweck versammelt war, sollten auch in München die Mittel für den Krieg bewilligt werden. Im Ausschuß der Abgeordnetenkammer hatte sich eine Mehrheit dagegen ausgesprochen und die bewaffnete Neutralität beantragt. Wenn die sogenannte „patriotische“, d. h. ultramontane Partei, fest zusammenhielt, so unterlag die Regierung und die nationale Sache. Diese Schmach konnte aber doch eine Anzahl von „Patrioten“, deren Wortführer Professor Sepp war, nicht über das Herz bringen; sie vermochten der sophistischen Behauptung Jörgs, daß die Ursache des Krieges „außerhalb des Gebiets deutscher Ehre und Integrität“ liege, nicht beizupflichten. „Wir Bayern“ — rief Sepp — „haben nicht teilgenommen an der Leipziger Schlacht, aber da es sein muß, werden wir bei der neuen Nationalschlacht dabei sein. Gestern konnte man noch an das Wehe denken, das wir 1866 erfuhren, heute erwacht die Kriegslust gegen den Welschen in allen deutschen Männern

. . . Treten wir mutig ein für unser Vaterland, und Gott gebe den Waffen der Deutschen den Sieg.“ Als daraufhin in verfassungsmäßiger Mehrheit der Landtag die Kreditforderung der Regierung bewilligte, da erbrauste von den Straßen herauf tausendfältiger Jubelruf. Die Münchener Bevölkerung zog in hellen Haufen vor die Residenz ihres Königs, um ihm ihre Huldigung für seinen mannhaften deutschen Entschluß darzubringen, und dankbar telegraphierte der preußische König an Ludwig II.: „Ihre echt deutsche Haltung elektrisierte auch Ihr Volk. Ganz Deutschland steht zusammen wie nie zuvor.“ Und indem Ludwig antwortete: „Mit Begeisterung werden meine Truppen an der Seite ihrer ruhmgekrönten Waffengenossen für deutsches Recht und deutsche Ehre den Kampf aufnehmen. Möge er zum Wohle Deutschlands und zum Heile Bayerns enden“, gab er einer patriotischen Zuversicht ergreifenden Ausdruck, die sich nachher erfüllte. In Württemberg und Hessen-Darmstadt geschah das nämliche wie in München: die Volksvertretungen entschieden sich ohne Wanken für den Krieg und bewilligten die Mittel. Baden hatte von vornherein nichts anderes von sich erwarten lassen. Seit vier Jahren hatten dort Regierung und Volksvertretung eine durchaus nationale Politik geübt, was natürlicherweise dem Lande schon längst den französischen Zorn eingetragen hatte. Jetzt sollte das schöne Rheinland dafür büßen. Französischerseits dachte man zunächst hier die alten Greuel der Verwüstung zu erneuern. Um dies mit einem heuchlerischen Rechtsschein thun zu können, beschuldigte man die badische Regierung fälschlich, sie sei der Petersburger Konvention nicht beigetreten, wornach keine explodierenden Handgeschosse im Kriege verwendet werden dürfen. Umsomehr mußte Baden auf der Hut sein. Dem Entschluß, am nationalen Kriege teilzunehmen, folgte eine rasche That. Der Feind sollte nicht mit leichter Mühe seinen Fuß auf deutsche Erde setzen. Deshalb gab die Regierung den Befehl, ungesäumt die herrliche Rheinbrücke bei Kehl, ein stolzes Werk moderner Technik, zu sprengen. Gerade dadurch wurde selbst ein kurzer Einfall des Feindes rechtzeitig unmöglich gemacht.

So stand denn einmütig das deutsche Volk dem Feinde und einem verhängnisvollen Krieg gegenüber. Schnell eilten von allen Seiten die wehrpflichtigen Männer zu den Waffen. Mit Ruhe und Sicherheit vollzog sich die Rüstung. Nach preußischem Muster hatte man eifrigst in den übrigen Staaten das Heerwesen eingerichtet: diese Thätigkeit fand jetzt schon darin einen Lohn, daß die Bevölkerung, die militärische Ordnung bewundernd, mit größerer Beruhigung als sonst dem Kriege entgegenging. Überall regten sich auch außerhalb des Heeres ungezählte patriotische Herzen und Hände. Allenthalben wurden Vereine von

Männern und Frauen gegründet, die sich zur Aufgabe setzten, die mannigfache, schwere Not des Krieges zu mildern. Jünglinge und Männer, nicht zum Waffendienst berufen, nahmen das rote Genfer Kreuz, um auf den Schlachtfeldern und in den Spitälern den Samariterdienst an den verwundeten Brüdern zu übernehmen. Die Vaterlandsliebe erwachte überall. „Die Wacht am Rhein" wurde das Sturmlied des deutschen Heeres, ja des ganzen deutschen Volkes. Der Gedanke, daß es sich um einen heiligen Krieg handele, beseelte alle Volksschichten; mit freudiger Zustimmung wurde es daher allerwärts begrüßt, als der preußische König den Orden des eisernen Kreuzes für tapfere That erneuerte. In diesem Zeichen wollte man siegen. Der Ernst lehrte beten und trieb wieder zu Gott: Gottlosigkeit und Unglauben verstummte, der Name Gottes, bei dem allein das gerechte Gericht in diesem Kampfe zu suchen war, wurde wieder laut und inbrünstig angerufen und offen bekannt. Die Soldaten, Protestanten wie Katholiken, bereiteten sich zum furchtbaren Waffengang vor, indem sie durch Beichte und Abendmahl sich mit Gott versöhnten. Die allgemeinen Buß- und Bettage, welche überall in deutschen Landen gehalten wurden, offenbarten es, daß das deutsche Gemüt seine Rettung allein bei dem Allerhöchsten suche. „Katholiken und Protestanten, Schriftgläubige und philosophische Köpfe — alle die zahllosen persönlichen Glaubensbekenntnisse, die das freie Geistesleben unseres Volkes mit edler Duldsamkeit umschließt, beugten sich andächtig vor der göttlichen Vernunft, die über den Schrecken und Nöten dieser Tage sinnvoll waltet. Ohne den männlichen Glauben an das Ewige, das über die niederen Sorgen des Einzeldaseins hinausreicht, konnten unsere tapferen Heere nicht schlagen wie sie schlugen, nicht leiden wie sie litten."

Es war eine ernste und schwere, aber doch große und erhebende Zeit. Die Sorgen bannte das Gottvertrauen, den Leichtsinn und frivolen Triumphjubel vor dem Sieg das Bewußtsein, daß es „nicht mit unserer Macht gethan" sei.

2. Der Krieg. Französische Werbungen um Allianzen. Deutscher Ernst. Bismarcks Enthüllungen. Die beiden Armeen. Die ersten Augusttage. Das Gefecht von Saarbrücken. Das Treffen von Weißenburg. Die Schlachten von Wörth und auf den Spicherer Höhen. Erstes Ergebnis.

Auch jetzt noch suchte man von Frankreich aus die Welt glauben zu machen, daß Preußen allein die Schuld an dem Kriege trage. Mit dreister Stirne forderte Herzog von Gramont den Richterspruch der Gerechtigkeit in einem Rundschreiben an die europäischen Mächte heraus,

in welchem er sagte: „Wie auch das Loos der Schlachten fallen mag, wir erwarten unbesorgt das Urteil unserer Zeitgenossen wie das der Nachwelt". Diese prahlerische Zuversicht, die sich ihrer Sache wie des Rechts derselben völlig gewiß zu sein den Anschein gab, zielte versteckt allerdings noch auf etwas anderes: man hoffte auf Allianzen, mit deren Hilfe man Preußen um so sicherer niederschlagen konnte. Denn Preußen hatte nicht bloß das unschuldige Frankreich gereizt und verspottet, sondern war auch der Friedenstörer des ganzen europäischen Weltteils: wenigstens behauptete das Kaiser Napoleon unbedenklich in der Proklamation, die er am 23. Juli ergehen ließ. Seit dem Kriege von 1866 habe es den versöhnlichsten Gesinnungen der französischen Regierung, dem guten Willen und der Langmut derselben keine Rechnung getragen. Preußen habe durch seine gewaltsamen Eingriffe und Rüstungen aus Europa ein Feldlager gemacht. Durch den letzten spanischen Zwischenfall sei die Geduld des französischen Volkes erschöpft worden. Nicht „gegen Deutschland", sondern für „unsere Sicherheit" führe Napoleon Krieg. Er vertraue auf die Armee, zu der er auch seinen jungen Sohn mitnehmen werde. Ein großes Volk — schloß er ahnungslos, wie ein delphischer doppeldeutiger Orakelspruch, weissagend — welches eine gerechte Sache verteidigt, ist unbesiegbar." Auch in seiner Ansprache an die französische Armee that er so unschuldig wie ein Lamm und als verstünde sich infolgedessen der Sieg seiner Waffen von selbst. „Welches auch der Weg sein mag — rief er seinen Truppen zu —, den wir jenseits der Grenzen nehmen werden, wir werden auf ihm die ruhmvollen Spuren unserer Väter wiederfinden." Diese Siegesgewißheit stimmte aber nicht recht überein mit dem schon angedeuteten eifrigen Bestreben, mit dem man vom Anfange des Krieges an in Europa nach Bundesgenossen suchte. An bösem Willen gegen die sich vollziehende Neugestaltung Deutschlands und hauptsächlich gegen Preußen fehlte es an vielen Orten nicht.

Vor allem kam Österreich in Betracht, auf das man in Frankreich sicher rechnete. Soweit es sich dabei um die nichtdeutschen Nationalitäten und um den Grafen Beust handelte, war auch die vollkommenste Bereitwilligkeit vorhanden. Allein vom Willen bis zur That war glücklicherweise auch hier ein weiter Schritt. Abgesehen von der unleugbaren Thatsache, daß die österreichische Armee sich noch nicht im Zustande der Kriegsbereitschaft befand, galt es für die österreichische Diplomatie zwei Faktoren in Rechnung zu bringen, die nicht außer Ansatz gelassen werden durften: Italien und Rußland. Graf Beust wollte nur in Verbindung mit Italien, um nicht in eine Sackgasse zu geraten, auf eine Allianz mit Napoleon eingehen, der die römische Frage immer noch anders

ansah als Österreich, weil er Italien mißtraute und nicht die Lage von 1866 sich wiederholen lassen wollte. Schlimmer noch sah es mit Rußland aus, von dem Beust wohl mit gutem Grunde fürchtete, daß es durch eine Beteiligung Österreichs am Kriege sich sofort zum gleichen Schritt, aber in Verbindung mit Preußen, bewegen lassen werde. Diese schwerwiegenden Bedenken hemmten die Entschlüsse der österreichischen Diplomatie, und als dann in unerwarteter Schnelligkeit die Deutschen Sieg um Sieg über die Franzosen davontrugen, da verschwand jedes Einmischungsgelüste mit dem weichenden größeren Mut, der dazu nötig gewesen wäre. England spielte der alten vorsichtigen Politik getreu den unbeteiligten Zuschauer. So lange es nichts zu verdienen und zu riskieren gab, betrachtete dasselbe den siegreichen Einmarsch der Deutschen in Frankreich mit Wohlwollen. Als aber die Erfolge der deutschen Heere immer gewaltiger und folgenschwerer wurden, veranlaßte klug berechnender Eigennutz und erheuchelte Humanität die englische Regierung, allerlei wohlmeinende, auf die Schonung des Feindes zielende Ermahnungen an Bismarck, den leitenden Staatsmann, und durch diesen an den greisen König Wilhelm zu richten; beide jedoch zeigten nicht die geringste Lust, solchen Einmischungen einen Einfluß auf den ernsten Gang der Dinge zu gestatten. Erst hinterher ist bekannt geworden, wie energisch Bismarck jedes Dazwischentreten abwies, wodurch der mit blutigen Opfern errungene Kampfpreis hätte verkürzt werden können.

Es war freilich für die deutsche Sache ein nicht zu unterschätzendes Glück, daß jede fremde Einmischung unterblieb, daß die europäischen Mächte, die einen freiwillig, die anderen mehr aus Klugheit, dem Ringen der beiden Völker ruhig zusahen, und daß so Deutschland in der Lage war, mit Frankreich eine Abrechnung zu halten, durch die es der friedenstörenden großen Nation für hoffentlich unabsehbare Zeiten verwehrt wurde, die innere und äußere Entwickelung Deutschlands auf Schritt und Tritt zu hemmen und zu verwirren. Aber übersehen darf nicht werden, daß diesen glücklichen Umstand die diplomatische Klugheit Bismarcks wesentlich mit herbeigeführt hatte.

In Deutschland wußte man wohl, was auf dem Spiele stand, und daß es gelte, endlich einmal die Unabhängigkeit und den Einfluß zu gewinnen, wie ein Volk von der Größe und Bedeutung des deutschen sie mit vollem Rechte beanspruchen konnte. Mit Ernst und ohne Lärm rüstete sich das Heer zum blutigen Waffengang, durch bußfertige Einkehr in sich und durch gläubigen Aufblick zum gerechten Gott bereitete sich das Volk vor auf den Krieg. In allen deutschen Staaten wurde ein allgemeiner Buß- und Bettag angeordnet. In seiner Verordnung des-

selben sagte der fromme König von Preußen: „Ich bin gezwungen, infolge eines willkürlichen Angriffes das Schwert zu ziehen. . . . Es ist mir eine große Beruhigung vor Gott und den Menschen, daß ich dazu in keiner Weise Anlaß gegeben habe. Ich bin reinen Gewissens über den Ursprung dieses Krieges und der Gerechtigkeit unserer Sache vor Gott gewiß. . . . Ich ziehe aus im Aufblick zu dem allwissenden Gott und mit Anrufung seines allmächtigen Beistandes. . . Von Jugend auf habe ich vertrauen gelernt, daß an Gottes gnädiger Hülfe alles gelegen ist. . . Während des ganzen Krieges soll in allen öffentlichen Gottesdiensten besonders dafür gebetet werden, daß Gott uns in diesem Kampfe zum Siege führe, daß er uns Gnade gebe, auch gegen unsere Feinde uns als Christen zu verhalten und daß er uns zu einem die Ehre und Unabhängigkeit Deutschlands dauernd verbürgenden Frieden in Gnaden gelangen lasse." Und in der Proklamation, welche König Wilhelm am 25. Juli „an das deutsche Volk" erließ, spricht sich seine gottvertrauende Zuversicht noch bestimmter aus: „Die Liebe zu dem gemeinsamen Vaterlande, die einmütige Erhebung der deutschen Stämme und ihrer Fürsten hat alle Unterschiede und Gegensätze in sich geschlossen und versöhnt, und einig, wie kaum jemals zuvor, darf Deutschland in seiner Einmütigkeit wie in seinem Recht die Bürgschaft finden, daß der Krieg ihm den dauernden Frieden bringen und daß aus der blutigen Saat eine von Gott gesegnete Ernte deutscher Freiheit und Einigkeit sprießen werde."

Noch bevor der erste Schlag geführt wurde, bewies übrigens Bismarck die Gerechtigkeit der deutschen Sache auch dadurch, daß er den wahren Beweggrund der französischen Politik öffentlich in der ersten englischen Zeitung, der Times, vor Europa darlegte. Weil Preußen das französische Anerbieten von sich gewiesen habe, sich in Deutschland dadurch freie Hand zu schaffen, daß es dem Kaiser Napoleon — schon Jahre her spielten diese aufdringlichen Zumutungen — den Erwerb von Belgien und Luxemburg erleichtere und im Notfalle die Eroberung durch den Beistand seiner Waffen unterstütze, sei der französische Groll bis zu dieser Höhe gestiegen. Bismarck war in der Lage, diese schwere Anklage durch unumstößliche Beweise zu erhärten. Er hatte einen förmlichen Vertragsentwurf in den Händen, welcher aus dem Frühjahr 1869 stammte, von dem französischen Botschafter Benedetti eigenhändig geschrieben, an Bismarck übergeben und mit ihm besprochen worden war. Diese Thatsache stand über allen Zweifel fest. Dennoch machte die französische Diplomatie den schwächlichen Versuch sie zu entkräften, indem man sich bemühte, die nachteilige Wirkung dieser Enthüllungen durch allerlei

Windungen und Verdrehungen abzuschwächen. Allein Bismarck begegnete dieser schlechten Absicht durch weitere wuchtige Veröffentlichungen. Schon vor dem dänischen Kriege habe man französischerseits ihn zu einem Bündnisse Preußens mit dem Kaiserreich zu bereden gesucht „zum Zwecke beiderseitiger Vergrößerung“. Diese Vorschläge seien in den folgenden Jahren in verschiedenen Formen fortgesetzt worden und, obwohl es ihm nie zweifelhaft gewesen sei, daß er auf solche Anerbietungen nicht eingehen könne, habe er es im Interesse des Friedens für nützlich angesehen, den französischen Staatsmännern ihre Illusionen zu belassen, ohne sich irgendwie durch Zusagen zu verpflichten. Bismarck war seiner Sache so gewiß, daß er kühnlich behauptete, wenn diese seine Veröffentlichung unterblieben wäre, so hätte noch jetzt entweder vor oder nach der ersten Schlacht die französische Regierung Preußen das Anerbieten gemacht, „gemeinsam an der Spitze einer Million gerüsteter Streiter dem bisher unbewaffneten Europa gegenüber“ die Vorschläge Benedettis durchzuführen. Die französische Sache erlitt durch diese Enthüllungen gerade in diesem Augenblick eine schwere diplomatische und moralische Niederlage. Die besonnenen Leute in ganz Europa sahen jetzt den Handel mit ganz andern Augen an, denn die Franzosen waren vor aller Welt der Schuld am Kriege überführt. Die Ableugnungen Benedettis verstärkten nur diesen Eindruck, und als derselbe seine nicht wegzuleugnende Urheberschaft des erwähnten Vertragsentwurfes dadurch zu beschönigen und in ein anderes Licht zu rücken sich mühte, daß er behauptete, denselben „gewissermaßen unter dem Diktat Bismarcks“ niedergeschrieben zu haben, da rief diese lächerliche Ausflucht selbst in Frankreich nur Hohn und Spott hervor.

Dieser wichtige Federkrieg leitete den ernsten Waffentanz ein. Die preußische Heeresorganisation, in ganz Deutschland seit wenigen Jahren eingeführt, bewährte sich schon beim Aufmarsche der Truppen vorzüglich. Jedes Rädchen der Riesenmaschine fungierte mit der pünktlichsten Zuverlässigkeit. In der letzten Juliwoche zog, ungeachtet der erdrückenden Sommerhitze, das deutsche Heer ruhig, pünktlich und in musterhafter Ordnung über den Rhein an die deutschen Grenzen. Es war in drei Armeen geteilt, von denen die erste (61000 Mann stark) Steinmetz befehligte, sie bildete den rechten Flügel. Im Mittelpunkt stand die zweite Armee unter dem Befehl des Prinzen Friedrich Karl mit 206000 Mann, unter ihm befand sich auch der Kronprinz Albert von Sachsen mit dem sächsischen Armeekorps. Mit dieser zweiten Armee zog das deutsche Hauptquartier: der König Wilhelm von Preußen, welcher den Oberbefehl über die gesamte deutsche Heeresmacht führte, mit dem großen

Generalstab, an dessen Spitze General Moltke stand, der Bundeskanzler Graf Bismarck und der Kriegsminister v. Roon. Die dritte oder Südarmee, in der Stärke von 180000 Mann, schloß die süddeutschen Truppen in sich und wurde von dem preußischen Kronprinzen Friedrich Wilhelm, dem wie im böhmischen Feldzug General Blumenthal als Generalstabschef zur Seite war, geführt. Die französische Hauptarmee, welche den vielsagenden Namen Rheinarmee hatte, ungefähr 200000 Mann stark, sammelte sich um Metz unter dem von Mexiko her berühmten oder berüchtigten Marschall Bazaine, dem Marschall Canrobert und Bourbaki. Zu ihr gesellte sich mit seinem Sohne, dem kaiserlichen Knaben „Lulu", Napoleon, von seinem Kriegsminister, Marschall Leboeuf, begleitet. Auch der französische Kaiser übernahm den Oberbefehl, aber nur dem Namen nach; thatsächlich überließ er die Maßregeln seinen Generalen, da er sich die nötigen militärischen Kenntnisse nicht zutraute und sie wohl auch nicht besaß. Vor dieser Hauptarmee am rechten Flügel schob sich die Südarmee (100000 Mann) nach dem Elsaß herein unter dem vom italienischen Feldzuge des Jahres 1859 bekannten Marschall Mac Mahon: seine Vorhut befehligte Douay. Jener galt für den besten französischen General; ihm waren auch die schwarzen afrikanischen Soldaten, die Turkos und Spahis, und die Zuaven unterstellt, von denen man sich wahre Wunder versprach. Eine dritte Armee sollte sich erst im Lager Chalons sammeln. Außerdem lief eine französische Kriegsflotte von Cherbourg aus, um in der Nord- und Ostsee zu kreuzen, die Häfen zu blokieren und womöglich zu landen, während deutscherseits die Bewachung und der Schutz der Küsten dem General Vogel von Falckenstein übertragen war.

Eröffnet wurde der Krieg am 2. August durch den französischen Angriff auf die preußische Grenzstadt Saarbrücken, welche von einer (preußischen) Abteilung, etwa 1500 Mann stark, besetzt war. Ein ganzes Armeekorps zog unter General Frossard gegen sie von Metz aus heran; auch Napoleon begleitete mit seinem Sohne, der hier die Feuertaufe erhalten sollte, seine Truppen in der festen Überzeugung, durch einen glücklichen Anfang den günstigen Ausgang des Krieges gewissermaßen vorauszubestimmen. Gelang es nun auch in der That der unverhältnismäßigen französischen Überzahl, die kleine Schar des Feindes zurückzudrängen, so war es doch weit davon entfernt, daß diese etwa erschrocken und entsetzt die Flucht ergriffen hätte. Ihr Führer, Oberstlieutenant v. Pestel, hielt sich tapfer und mit zäher Ausdauer gegen den Feind, brachte diesem die gleichen Verluste, wie er sie selbst erlitt, bei und zog sich abends in der besten Ordnung zurück. Das war das Gefecht von

Saarbrücken, dessen Bahnhof die Franzosen in Brand geschossen hatten: auffallend genug, daß sie die Stadt nicht besetzten, sondern nur anschossen. Frossard triumphierte in einer Depesche an den Kaiser, die Feinde vertrieben zu haben, und Paris wurde über diesen „Sieg" ganz toll vor Freuden. „Saarbrücken", jubelten die prahlerischen Zeitungen, ist wieder eine französische Stadt geworden; Saarbrücken ist die erste Etappe, bald werden wir die letzte, Berlin, erreichen." „Wir haben das Land und gedenken darin bequem zu schlafen." Es erscholl ein Siegesjubel, wie wenn schon eine mörderische Schlacht gewonnen worden wäre: eine glänzende Beleuchtung feierte dieses glorreiche Ereignis in der Hauptstadt, der kaiserliche Namen wurde mit Bewunderung, mit Andacht, mit trunkener Verehrung seit langem wieder ausgesprochen oder laut kreischend ausgeschrieen. Es sollte das letzte Mal sein. Der Siegestaumel der Pariser und die verlogenen Siegesberichte hielten den Gang der Ereignisse nicht auf. In enger Fühlung miteinander schoben sich die drei deutschen Armeen gegen Westen vor. Schon am 3. August war vom deutschen Hauptquartier die Mitteilung an die Oberbefehlshaber ergangen, daß „die allgemeine Offensive" beabsichtigt sei. Man zog über die Grenze in Feindes Land.

Gleichzeitig besetzte der General Douay in Eile mit seiner Division, der Mac Mahon'schen Vorhut, die in der Kriegsgeschichte berühmten Weißenburger Linien, d. h. das hart an der pfälzischen Grenze gelegene elsässische Städtchen Weißenburg mit dem auf einer südlichen Anhöhe befestigten Schloß Geisberg. Die Franzosen hatten damit eine wohlverschanzte Stellung noch rechtzeitig eingenommen, über die, wie über die ganze Bewegung, kühne Reiterpatrouillen den Führer der deutschen Südarmee genaustens unterrichteten. In möglichster Geschlossenheit rückte die letztere, befehligt vom preußischen Kronprinzen Friedrich Wilhelm, gegen die Lauter südwärts vor. Am 4. August stießen die Feinde ernsthaft aufeinander. Die bayerische Division Bothmer geriet zuerst in unmittelbarer Nähe von Weißenburg an den Gegner und setzte den blutigen Kampf gegen die durch Wälle und Gräben gedeckten Franzosen trotz aller Verluste mit bewundernswerter Ausdauer fort, bis von allen Seiten zu ihrer Unterstützung preußische und andere bayerische Truppen heraneilten. Die überspannte französische Zuversicht, daß die Deutschen vor den wilden „Söhnen der Wüste" scheu zurückweichen würden, erfüllte sich nicht. Mit todesmutiger Begeisterung griffen die deutschen Soldaten an, indem die süddeutschen und norddeutschen Kampfesgenossen förmlich miteinander wetteiferten. Zuerst wurde der Bahnhof erstürmt. Schwieriger gestaltete sich die Eroberung der Stadt selbst, da die über die Gräben

führenden Brücken aufgezogen waren. Allein es gelang dem Mute einzelner, die Brückenpfeiler zu erklimmen und die Zugbrücken herabzulassen; so drangen teilweise unter harten Kämpfen die Braven in die Stadt selbst ein und machten hiebei 500 Gefangene. Die blutigste Arbeit aber kostete es, den Geisberg zu erstürmen. Denn während die französischen Truppen sich der vorzüglichsten natürlichen und künstlichen Deckung erfreuten, sahen sich die Angreifer auf freiem Felde und die steile Anhöhe hinan schutzlos den feindlichen Geschossen ausgesetzt. Schwere Opfer forderte ein solcher Angriff und nur langsam gelang es, vorzurücken, aber den Tapferen sank der Mut nicht. Als zur Infanterie sich auch die Artillerie gesellte, vermochten die französischen Bataillone sich nicht mehr zu halten. In eiliger Flucht zogen sie sich zurück. Das Schloß fiel in die Hände der Deutschen. Ihr Führer, der Kronprinz, beglückwünschte sie zu dem ersten Sieg, den sie auf französischem Boden davongetragen hatten; mit lautem Zuruf antworteten ihm die tapfern Truppen. Freilich war der Sieg mit schmerzlichen Opfern erkauft. Aber der Anfang war glückverheißend. In der deutschen Heimat atmete man hoffnungsfreudig und dankbar auf, als diese erste Botschaft über den Rhein kam. Während nun die deutschen Truppen vorwärts marschierten, wurden Turkos und andere Franzosen als Gefangene in deutsche Festungen abgeführt. Die Nachricht von dem Treffen bei Weißenburg überzeugte in Verbindung mit anderen Meldungen und Erfahrungen die französischen Heerführer, daß das deutsche Heer geschlossen zum Angriffe vorgehe, während sich das französische schon auf die Abwehr beschränken mußte.

Bereits zwei Tage darnach, am 6. August, erfolgte ein zweiter Schlag, stärker und blutiger als der vorhergehende. Es war die Schlacht bei Wörth oder bei Fröschweiler, wie sie die Franzosen nennen. Mac Mahon hatte eingesehen, daß er den General Douay bei Weißenburg allein und ohne Hülfe gelassen hatte. Ein zweites Mal wollte er einen solchen Fehler sich nicht zu Schulden kommen lassen. Nun zog er alle verfügbaren Truppenteile aus dem Elsaß hinter dem Sauerbach und zwar wieder in einem äußerst günstigen Höhenterrain zusammen. An dem genannten Bache lag Wörth in der Mitte seiner Stellung. Diese gestattete, da das Thal 1000 Schritte breit war, dem Feinde kaum eine Annäherung, weil die Infanterie hier „alle Vorteile ihres überlegenen Gewehres auszubeuten vermochte“. Wörth selbst bot für eine Verteidigung geräumige und geeignete Baulichkeiten und Fröschweiler, das höher gelegen den Knotenpunkt der ins Sauerthal herabführenden Straßen bildete, diente mit seiner Kirche und andern festen Gebäuden zu einem „burgartigen Rückhalt für die ganze Vertheidigungslinie. Außerdem hatten

es die Franzosen nicht versäumt, das Innere der Stellung durch geschickt angelegte Feldbefestigungen zu verstärken". Bereits vor Tagesanbruch (6. August) fanden lebhafte Vorposten-Plänkeleien statt. Beiderseits war man infolgedessen auf den Kampf gefaßt, der bald anbrach. Es standen 40000 Franzosen gegen 90000 Deutsche; unter den letzteren waren neben den bayerischen und preußischen Truppen jetzt auch Würtemberger, Hessen und Badener. Die Überlegenheit der Deutschen wurde übrigens reichlich aufgewogen durch die durchweg geschützte Stellung, die der Feind innehatte. Der „mit Hecken und Steinwällen, Gehöften und Plantagen dicht besäte Abhang" machte sie, zusammengehalten mit dem bessern französischen Gewehr und den Mitrailleusen, furchtbar. In der That gelang es den deutschen Truppen trotz Tapferkeit und Opfermut lange nicht über Wörth hinauszukommen. Noch um die Mittagsstunde des Tages schwankte die Entscheidung. Da erschien um 1 Uhr der Kronprinz auf den Höhen von Wörth und übernahm persönlich die Leitung der Schlacht. Immer heftiger wurden die Gefechte, in die sich nach und nach seine gesamte Armee auf der ganzen Linie verwickelt sah. Die Reserven wurden stetig geringer. An ein Abbrechen des Kampfes, wie es die deutsche Führung in den Vormittagsstunden noch beabsichtigt hatte, war nicht mehr zu denken: nun galt es mit aller Thatkraft den begonnenen Kampf aus- und durchzufechten. Bald glückte es dem 5. preußischen Armeekorps den Höhenrand zwischen Wörth und Fröschweiler zu nehmen. Fast gleichzeitig griff das 11. Korps den rechten Flügel der Franzosen mit Nachdruck an, die vergebens zwei Kürassierregimenter in den sichern Tod schickten, um die feindliche Kette zu durchbrechen. „Nur wenige Reiter mögen unversehrt die Armee wieder erreicht haben." Um Elsaßhausen wurde mit der größten Ausdauer lange Zeit von beiden Seiten gerungen, bis endlich das Dorf von den Preußen genommen war. Dadurch wurden die Franzosen auf den letzten und Hauptpunkt ihrer Stellung, auf Fröschweiler, zurückgeworfen. „Immer wünschenswerter wurde das Eintreten der deutschen Waffenbrüder mit ihren noch frischeren Kräften, um dem Sturm auf das letzte Bollwerk des Feindes den Erfolg zu sichern." Es griffen jetzt die Würtemberger und das 1. bayerische Armeekorps ein. In der vierten Nachmittagsstunde stand die Sache glücklich so, daß die ganze deutsche Schlachtlinie von allen Seiten auf Fröschweiler, ihr gemeinsames Ziel, losstürmte. Die Franzosen schienen nicht gewillt, sich leichten Kaufes diesen letzten Besitz des Tages entreißen zu lassen. Alle Kräfte setzte Mac Mahon ein; wie die glänzenden Reiterregimenter sich mutig geopfert hatten, opferte sich heldenkühn noch manche andere Abteilung. Dessenungeachtet konnte die Entscheidung nicht aufgehalten, nicht mehr

abgewendet werden. Als die Franzosen sahen, daß auch ihre einzige Rückzugslinie ernstlich bedroht sei, da gaben sie den weiteren Widerstand auf. Schon hatten die Umstände eine Gestalt angenommen, daß an einen geordneten Rückzug nicht mehr gedacht werden konnte. Die Ordnung der französischen Abteilungen war durch den Verzweiflungskampf in und um Fröschweiler auf das tiefste erschüttert. Und der nachdrängende Feind ließ den Weichenden und Fliehenden, selbst wenn sie die Absicht gehabt hätten, keine Zeit sich zu sammeln. Viele, die den Versuch dazu machten oder einen letzten Widerstand leisteten, wurden gefangen genommen. Der Kronprinz hatte den Befehl gegeben, mit allem Nachdruck den Feind zu verfolgen. Bedrängt und beschossen suchte daher bald jeder, so gut er konnte, sich zu retten und zunächst Reichshofen zu erreichen. Zahlreiche Flüchtlinge gerieten dabei in die Hände des Siegers, der auch noch Reichshofen nahm und erst durch die sinkende Nacht von der Fortsetzung der Verfolgung sich abhalten ließ. Als der Kronprinz gegen Abend über das Schlachtfeld ritt, tauschten Führer und Truppen freudigen Gruß über den erfochtenen Sieg. „Die ganze Gegend zwischen Morsbrunn und Langensulzbach, besonders aber die Straße von Fröschweiler nach Reichshofen, trug die Spuren des großartigen und entscheidenden Sieges, welcher jetzt in seinem ganzen Umfange bekannt wurde.“ Mac Mahons Armee war nahezu aufgelöst, die reichste Beute an Proviant, an Geschützen, selbst die Kriegskasse ließen die Fliehenden ihrem Gegner. Die Infanteristen hatten Gepäck und Kleidungsstücke weggeworfen, viele sogar ihre Gewehre. Ungefähr 200 Offiziere und 9000 Soldaten mußten sich in die Gefangenschaft ergeben. Adler, Fahnen, Geschütze, Pferde und Fahrzeuge in teilweise großer Anzahl hatten die Deutschen erobert. Wie heiß aber die Schlacht gewesen war, bezeugt auch die Verlustliste des Siegers, der 489 Offiziere und 10153 Soldaten eingebüßt hatte.

Was noch von Franzosen übrig geblieben war, setzte die Flucht auch in der Nacht fort, während die siegreiche Armee des Kronprinzen es nicht wagen konnte, zu nächtlicher Zeit in die Vogesenpässe vorzudringen. Abgesehen davon stellte sich auch das Ruhebedürfnis gebieterisch ein. Die Tapfern hatten durch ihre Leistungen in der ersten Augustwoche einen Rasttag wohl verdient. Das kam den Franzosen zu statten. Die Mac Mahon'sche Armee konnte so nach Zabern zurückgehen, wohin von allen Seiten die Versprengten herbeieilten. Aber kaum hatten sich die Deutschen die nötige Ruhe gegönnt, da suchten schon nach allen Richtungen ihre Reiterschwärme die Abzugslinie des Feindes zu erkundigen. Sehr bald war sie gefunden und die Fühlung mit dem weichenden Gegner wiederhergestellt.

Indessen war am 6. August noch ein zweiter Schlag von den Deutschen gegen die Franzosen geführt worden, ebenso unbeabsichtigt als der erste, aber mit der gleichen Wucht. Es war die Schlacht bei Spicheren. An diesem Orte befanden sich die Franzosen nicht bloß in gleich günstiger Stellung wie bei Wörth, sondern sie waren auch an Zahl überlegen. Seit Frossard die Nachricht von der Niederlage der französischen Waffen bei Weißenburg erhalten hatte, arbeitete er fieberhaft an der Befestigung seiner Stellung, um sich den Erfolg zu sichern. Die Spicherer Höhen, welche sich südlich von Saarbrücken, das Saarthal begrenzend und beherrschend, hinziehen, wurden in eine förmliche Festung umgewandelt. Bis in das Thal hinab ließ Frossard gedeckte Batterieen errichten. Das Terrain kam der wirksamsten Verteidigung schon an sich auf das bereitwilligste entgegen, dennoch half man noch auf künstlichem Wege nach. „Schützengräben und Batterieeinschnitte krönten den von der Spicherer Höhe nordöstlich auslaufenden Rücken, dessen felsige Hänge fast die Sturmfreiheit einer Festung gewähren. Den Nord- und Ostrand des durchaus massiv gebauten Ortes Stiring-Wendel flankieren in wirksamster Nähe die bastionsartig aus demselben vorspringenden Örtlichkeiten des Bahnhofes und der Eisenhütte. Auch auf dem waldfreien Kaninchenberge bei Forbach waren Schützengräben ausgehoben, welche eine Annäherung an diesen Ort von Nordwesten verhinderten." Es konnte keinem Zweifel unterworfen sein, daß nur ein Heer von der größten Zucht und einer unvergleichlichen Tapferkeit den Sturm auf solche Befestigungen wagen würde. Die 1. deutsche Armee unternahm, brennend vor Begierde, sich mit dem Feinde zu messen, dieses an Tollkühnheit grenzende Wagestück. Die 14. Division unter General von Kameke begann vom Saarbrückener Exerzierplatz aus den Versuch, die Höhen zu ersteigen, an welchem bald das ganze 7. Armeekorps unter General v. Zastrow Anteil nahm. Und diese Unterstützung, die noch durch das rechtzeitige Eingreifen der benachbarten vom Kanonendonner angezogenen Armeeteile wesentlich erhöht wurde, war unumgänglich notwendig, wenn die angreifende Division nicht vom feindlichen Feuer zerschmettert werden sollte. Erst um Mittag hatte sie den furchtbaren Kampf aufgenommen. Zweimal wurde der Angriff der Tapfern blutig zurückgeworfen. Von den Waldrändern und den Anhöhen herab prasselte Tod und Verderben auf die unverzagt Anstürmenden nieder. Ihre Reihen lichteten sich in entsetzlicher Weise, aber sie hielten unerschrocken Stand. Wütend wurde um Stiring-Wendel und den Roten Berg gekämpft. Die Artillerie ermöglichte mit nachdrucksvollster Wirksamkeit der Infanterie, wenn auch langsam, Fuß zu fassen. Es galt den Roten Berg zu erstürmen, eine Aufgabe, die dem General

v. François übertragen wurde. „Von Absatz zu Absatz mühsam emporsteigend, fest entschlossen, den Gegner mit Bajonett und Kolben zu erreichen, näherten sie sich mehr und mehr dem Höhenrande.“ Und oben angelangt, führte der General seine kleine Schar mit gezücktem Degen den Feinden entgegen. „Von fünf Kugeln durchlöchert, sank der tapfere General zu Boden. Das überwältigende Schnellfeuer der Franzosen machte ein weiteres Vorgehen unmöglich; aber unerschüttert verharrten die Überreste der fünf Kompagnieen bei ihrem sterbenden Führer.“ Gleichzeitig tobte der Kampf im Gifertwalde, wohin die Franzosen solche Kräfte warfen, daß die erschöpfte und munitionslose Mannschaft in der Front angegriffen und in der Flanke bedroht sich zurückziehen mußte, ohne daß der Feind wagte, über den Höhenrand zu gehen. Wohl mit gutem Grund. Denn allenthalben stellte sich auf deutscher Seite der Nachschub ein. Die Tapfern, die so lange standgehalten, spürten jetzt die Unterstützung, besonders auch der Artillerie. Von der 2. Armee traf General v. Alvensleben ein, ungefähr um die vierte Nachmittagsstunde. „Es entbrannte jetzt an dem Roten Berge sowie in dem Gifert- und Pfaffenwalde ein gewaltiger Kampf um den Besitz der Höhen.“ Zähe hielten die Franzosen aus und brachten manche preußische Abteilung eine Zeitlang in die schlimmste Lage. „Der Kampf wogte vielfach hin und her, je nachdem das fortgesetzte Auftreten frischer Truppen auf beiden Seiten hier oder dort Vorteile erringen und wieder verlieren ließ. Indessen machten die Preußen doch weitere Fortschritte. Sie warfen den Gegner von der höchsten Bergkuppe herunter und verdrängten ihn allmählich fast ganz aus dem Gifertwalde.“ Es war gegen 6 Uhr Abends. Etwas später gelang es auch, den Feind aus dem Pfaffenwalde völlig zu vertreiben. Nicht minder heiß tobte gleichzeitig der Kampf bei Stiring-Wendel. Durch einen allgemeinen Vorstoß glückte es hier gegen Abend den Franzosen, den rechten preußischen Flügel zum Zurückweichen zu bringen. Aber die Wucht, mit welcher seitwärts davon im Forbacher und Spicherer Walde die Franzosen zurückgestoßen wurden, kam den Bedrängten zu gut. Der augenblickliche Vorteil half den Franzosen für die Dauer nichts. Im Gegenteil, ihre Kraft ermattete fühlbar, während die Preußen in der Lage waren, noch frische Verstärkung ins Feld führen zu können. So wuchs für die Franzosen die Gefahr in kurzem außerordentlich, als bei Forbach ihre rückwärtigen Verbindungen durch preußische Abteilungen bedroht wurden. „Unter diesen bedenklichen Umständen gab General Frossard mit sinkender Sonne den Befehl zum Rückzuge.“ Da die Nacht eine Verfolgung nicht gestattete, so konnte sich der französische General in ziemlicher Ordnung zurückziehen; „es fielen

indessen 12—1500 unverwundete Gefangene, außerdem zahlreiche Verwundete und die auf dem Schlachtfeld zurückgelassenen Lagervorräte, am Tage nach der Schlacht auch die in Forbach aufgespeicherten großen Armeevorräte und ein Brückentrain in die Hände des Siegers". Dieser hatte naturgemäß größere Verluste als sein Gegner, nämlich an Toten und Verwundeten 220 Offiziere und 4648 Mann. Kein Wunder, denn an die Tapferkeit und den Heldenmut jedes einzelnen Soldaten stellte diese Schlacht fast übermenschliche Anforderungen. Es will etwas sagen, wenn die Kämpfenden den ganzen Tag in freiem Felde und die Höhen hinan ungedeckt dem Kugelregen sich preisgegeben sahen, mit dem der Feind aus gedeckter Stellung die Anstürmenden überschüttete.

So hatte die deutsche Armee in wenig Tagen drei große Siege davongetragen. Alle Erwartungen waren dadurch übertroffen, Furcht und Angst aus dem Herzen des deutschen Volkes genommen. Die Waffenbrüderschaft zwischen Norden und Süden hatte sich vorzüglich bewährt und Wunder von Tapferkeit gewirkt. Die deutsche Kriegszucht mit ihrem sittlichen Ernst, der alle von der höchsten Stelle bis zum gemeinen Manne herab durchdrang, gepaart mit der Unerschütterlichkeit auch des einfachen Soldaten in schwerster Not, der rasche Entschluß jedes Führers, sobald er durch den Donner der Geschütze auf die entbrannte Schlacht aufmerksam gemacht wurde, herbeizueilen und in den Kampf einzugreifen, stach auffallend von dem Bilde ab, das die französische Armee gewährte. Sie war im innersten Kerne faul und angefressen. Das ganze Soldatenhandwerk ruhte auf dem persönlichen Ehrgeiz, nicht auf Pflichtgefühl und Pflichttreue. Von den obersten Führern hatte jeder zunächst sich, statt die Sache im Auge. Die Lügen, mit denen die Armeeorganisation dem Lande Sand in die Augen gestreut hatte, kamen nun ans Licht. Die Ausbildung und Ausrüstung der Armee stand nicht auf jenem Höhepunkt, von dem man gelogen und geträumt hatte. Mochte sich auch der einzelne Soldat wacker schlagen, der einzelne Führer zähe aushalten, das drückende Gefühl, in der höchsten Not verlassen zu sein, raubte ihm bald die letzte Kraft. Während die deutschen Offiziere das eine Gebot hochhielten, mit ihren Truppen aller Anstrengung zum Trotz dahin zu eilen, wo der Kampf entbrannt war, schwankten die französischen Führer rat- und planlos hin und her, und wenn sie endlich einen Schritt thaten, so war der kostbare Augenblick versäumt: es war zu spät. Der General de Failly, welcher das 5. Armeekorps befehligte, stand am 6. August bei Bitsch, schwankend und unentschlossen, ob er bei Wörth oder bei den Spicherer Höhen eingreifen sollte. Als er sich endlich für ersteres entschied, konnte er keinen Ausschlag mehr geben. Ein Augenzeuge faßt

den Eindruck dieser ersten Schlachten so zusammen: die Deutschen „sind ihnen überlegen nicht nur in Zähigkeit und Ausdauer, auch an Wucht und Energie des Angriffs, an Ausbildung des einzelnen Soldaten, an Intelligenz und Hingabe der Offiziere und an großem Feldherrnsinn“. Und ein anderer urteilt: „Frankreich ist verloren, und um so mehr, je länger der Krieg dauert“. Über das ganze napoleonische System, dessen Wesen in Lüge und Leichtfertigkeit bestand und dessen Außenseite die französische Prahlerei mit bengalischem Feuerwerk zu beleuchten nicht abgelassen hatte, brach jetzt das Gericht herein. Napoleon fürchtete das seit langem und wußte es zu seinem Schrecken seit den letzten Tagen. Wenn auf blutigen Gefilden die Geschicke der Völker entschieden werden, dann fällt die Hülle von dem Trug und Blendwerk, mit dem sie sich und andere getäuscht haben. Im Vertrauen auf Gott, getrieben vom heiligsten Pflichtgefühl war das deutsche Heer ausgezogen, die heißen Gebete derer, die zu Hause blieben, begleiteten die streitbare, mannhafte Armee in ernster Erwartung des Segens von oben. Und als dieser in den ersten Siegen schon sich so wunderbar einstellte, da bezeugten dankbar Fürsten und Volk es: „Gott war mit uns“, allen auch hierin ein Muster der Demut und Bescheidenheit der Oberfeldherr der deutschen Wehrkraft, der greise Preußenkönig Wilhelm. Mac Mahon dagegen wußte nach der verlorenen Schlacht bei Wörth seinen Soldaten keinen anderen Trost zu spenden, als den frivolen: „Am Tage des 6. August hat das Schicksal euren Mut betrogen“.

2. Kapitel. Fortsetzung des Krieges.

1. Die Vorgänge in Paris. Der Kampf um Metz. Die Schlachten am 14., 16. und 18. August. Bazaine in Metz eingeschlossen. Napoleon entwischt.

Während diese entscheidenden Schlachten geschlagen wurden, die den Ausgang des Krieges unschwer ahnen ließen, ging es in der französischen Hauptstadt toller als je zu. Unter der Herrschaft der „ehrlichen Leute“ Ollivier-Gramont trieb die Lüge und Verblendung ein entsetzliches Spiel. Man hatte mit einer alles übersteigenden Dreistigkeit den Franzosen in allen Tonarten den unzweifelhaften Sieg vorherverkündigt und nun langten vom Kriegsschauplatz solche niederschmetternde Nachrichten ein, daß das Ministerium vor Scham und Furcht nicht den Mut fand, ehrlich die Wahrheit zu bekennen, sondern die hauptstädtische Bevölkerung durch neue Lügen täuschte und täuschen ließ. Es ist mehr als bezeichnend, daß am 6. August, an welchem bei Wörth und Spicheren die furchtbarsten Kämpfe stattfanden, unter den Augen der

Regierung von einem gewissenlosen Börsenspekulanten oder einer ganzen Clique dieser Leute folgende wahnwitzige Depesche in Paris verbreitet und anfangs geglaubt werden durfte: „Großer Sieg, 70000 Franzosen gegen 120000 Preußen, 25000 Gefangene, darunter Prinz Friedrich Karl, 75 Kanonen erbeutet, Landau in unsern Händen." Man kann sich die augenblickliche Wirkung dieser schamlosen Lüge kaum vorstellen. Ganz Paris schien vor Freude wahnsinnig geworden zu sein; nur denen, die am Ruder standen, bebte das Herz vor Angst. Bestürmt mit Fragen mußte das Ministerium das ernüchternde Geständnis ablegen, daß aus dem Hauptquartier keine Bestätigung dieser Allarmnachricht vorliege. Da erkannte man, daß Paris das Opfer einer gewissenlosen Bande von Börsenmännern geworden sei, die eine so ernste Zeit zu ihrem Vorteil auszubeuten kein Bedenken trug. Nun erfolgte an der Börse ein unerhörter Tumult, bei dem wenig fehlte, daß er nicht zu einem Aufstand ausgeartet wäre. Die Pariser fingen an zu ahnen, daß man sie zum besten habe und daß die Regierung dem Volke die Wahrheit vorenthalte. Ollivier suchte in dieser Not mit Hülfe der Presse, die er flehentlich anrief, die sich erhebende Unruhe zu beschwichtigen, und versprach, jede Nachricht, sie sei gut oder schlecht, umgehend öffentlich mitzuteilen. Trotzdem dauerte die Lüge noch fort. Denn auch die Oberfeldherren sagten nicht die volle Wahrheit, und Napoleon selbst suchte die Niederlagen als unbedeutender hinzustellen. In der Nacht vom 6. auf den 7. August telegraphierte der letztere von Metz aus nach Paris: Mac Mahon hat eine Schlacht verloren, Frossard ist an der Saar genötigt worden sich zurückzuziehen. Der Rückzug vollzog sich in guter Ordnung. Es kann noch alles wieder ins rechte Geleise kommen." Die Regierung suchte den Inhalt dieser auch nicht ganz wahren Depesche dadurch abzuschwächen, daß sie in ihrer Presse die Sache so darstellte, daß der Rückzug des französischen Heeres ein beabsichtigter war, um den Feind auf das ihm unbekannte Gebiet zu locken und ihm hier um so sicherer den Untergang zu bereiten. Aber das böse Gewissen trieb diese Menschen, die „mit leichtem Herzen" den furchtbaren Krieg angezettelt hatten, ruhelos umher. Sie nahmen ihre Zuflucht zur Kaiserin, um mit ihrer Unterstützung den nahenden Sturm zu beschwören. In einem Aufrufe an die Franzosen, in welchem sie alle guten Bürger aufforderte, „die Ordnung Frankreichs aufrecht zu erhalten", vertuschte auch sie die Wahrheit durch den Satz: „Unsere Waffen haben eine Niederlage erlitten". Einen Augenblick schien es, als ob sich die Bevölkerung beschwichtigen lasse. Allein je mehr die Einzelheiten der Schlachten und ihre Wirkungen bekannt wurden, um so unzufriedener geberdete sich die

öffentliche Meinung. Bereits erhoben einzelne hervorragende Zeitungen die bittersten Vorwürfe gegen die Regierung und schlugen Maßregeln vor, die nicht bloß das Vaterland von der jetzt unleugbaren „Invasion" der fremden Barbaren, die den geheiligten Boden Frankreichs mit ihren Füßen besudelten, erretten sollten, sondern auch unverkennbar ihre Spitze gegen die kaiserliche Dynastie wendeten. Der ganze Zorn aber ergoß sich zunächst über das Ministerium Ollivier, das trotz aller Manöver und Seitensprünge, die es in öffentlichen Ansprachen und Artikeln machte, den Boden unter seinen Füßen wanken spürte. Selbst so weit verstieg sich dieser alberne Phrasenmacher Ollivier daß er die Preußen als unersättliche Eroberer vor ganz Europa anklagte, gegen die alle Völker sich erheben müßten, um sie niederzuschlagen. „Wir appellieren mit Vertrauen an die Weisheit der Regierungen und der Völker, um Europa dem preußischen Despotismus zu entreißen, um uns zu helfen, sei es durch Allianzen, sei es durch Sympathieen, um das europäische Gleichgewicht zu retten." Von England, Dänemark, Schweden lägen schon Anzeichen für eine solche Wendung vor. Österreich und Italien hätten ihre Rüstungen begonnen. Der Kaiser von Rußland behandle den französischen Gesandten mit besonderem Wohlwollen und die russische Presse zeige eine den Preußen ungünstige Gesinnung. Mit solchen Aufschneidereien suchte das Ministerium sich zu helfen und durch die Vorspiegelung einer bevorstehenden Dazwischenkunft von ganz Europa den wachsenden Zorn der Franzosen gegen die eigene Regierung aufzuhalten. Aber diese Sprache half nichts: nur den Haß gegen die Deutschen, welche bisher friedlich in Paris und in ganz Frankreich gelebt hatten, rief sie in einem Maße wach, daß diesen Unglücklichen, plötzlich als Verräter gebrandmarkt und mißhandelt, nichts anderes zu thun übrig blieb, als über Hals und Kopf mit großem Verlust an ihrem Vermögen das ungastliche Land zu verlassen. Wie tief sank doch in kurzem die stolze „große Nation" herab. Schon am 12. August wurde die barbarische Ausweisung der Deutschen amtlich beschlossen und bald darauf durchgeführt.

Am 9. August waren die französischen Kammern zusammengetreten. Bereits am ersten Tage wankte das jämmerliche Ministerium Ollivier und verschwand ruhmlos, aber fluchbeladen von der Bildfläche. Am 10. August übernahm der von China her berüchtigte General Montauban, Graf von Palikao, die Leitung des neuen Ministeriums. Auch der Marschall Leboeuf mußte als Generalstabschef des kaiserlichen Oberbefehlshabers seine Stelle niederlegen. Indem aber Marschall Bazaine mit dem Oberbefehl über die Rheinarmee betraut wurde, erklärte Napoleon mit dieser Anordnung eigentlich selbst, daß er seine militärische

Rolle ausgespielt habe. Jedoch „ohne einen Sieg erfochten zu haben, konnte der Kaiser nicht nach Paris zurückkehren. . . Von schweren körperlichen Leiden heimgesucht, sah der hartgeprüfte Fürst, welcher schon jetzt in Frankreich nicht mehr herrschte und beim Heere nicht mehr befahl, sein Schicksal nicht minder von den Kämpfen im Felde, als von denen im Parlamente abhängig."

Unterdessen zogen die drei deutschen Heeressäulen unaufhaltsam vorwärts. Der preußische Kronprinz überstieg die Vogesen und seine Vorhut nahm am 12. August Nancy ein. Der Hauptteil der französischen Rheinarmee zog sich über die Mosel bei Metz zurück. Während ihr die deutsche Kavallerie fortwährend auf den Fersen folgte, wußte Bazaine nichts über die Stellung und die Absicht seines Gegners zu erfahren, der entschlossen war, bei der nächsten Gelegenheit die weichende feindliche Armee wieder zu fassen. Einen seltsameren Gegensatz, als die beiden streitenden Heere und, man kann auch sagen, die zwei im Kriege sich gegenüberstehenden Völker darboten, hat die Weltgeschichte kaum je gesehen. Von den Franzosen schien alle Vernunft gewichen zu sein, die kopflose Leidenschaft führte die Herrschaft. Auf deutscher Seite trug alles das Gepräge ernster Überlegung und entschlossenen, zielbewußten Handelns. Ein gutes Bewußtsein erfüllte Volk und Heer. Sonst nichts als das Recht und den Frieden suchte man auch durch den Krieg, welcher trotz der vielen Kränkungen, die seit Jahrhunderten die Franzosen der deutschen Nation zugefügt hatten, und trotz der schmachvollen Ausweisung der Deutschen aus Frankreich in diesen Tagen keinen grausamen Charakter annehmen sollte. Aber das stand fest, daß man die dem Vaterlande in schmachvoller Zeit entrissenen Provinzen Elsaß und Lothringen wieder nehmen werde. Die schon jetzt hier eingeführte Verwaltung ließ deutlich erkennen, daß sie nicht als ein vorübergehender Zustand betrachtet wurde. Zwar befand sich Straßburg noch in französischen Händen, aber die alte deutsche Stadt war schon von General Bayer eingeschlossen. Um und in Metz stand eine starke französische Armee, aber die deutsche Heeresleitung schickte sich eben an, die alte Festung mit Einsetzung ihrer ganzen Kraft wiederzugewinnen. Als König Wilhelm mit seinem Hauptquartier am 11. August über die französische Grenze ging, erließ er am gleichen Tage an die leidenschaftlich erregte feindliche Nation einen „männlichen und humanen" Aufruf, „des alten Soldatenkönigs würdig", wie eine englische Stimme ihn kennzeichnete: „Nachdem der Kaiser Napoleon — sagt er darin — die deutsche Nation, welche wünschte und noch wünscht, mit dem französischen Volke in Frieden zu leben, zu Wasser und zu Land angegriffen hat, habe ich

den Oberbefehl über die deutschen Armeen übernommen, um diesen Angriff zurückzuweisen. . . Ich führe Krieg mit den französischen Soldaten und nicht mit den Bürgern Frankreichs. Diese werden demnach fortfahren, einer vollkommenen Sicherheit ihrer Personen und ihres Eigentums zu genießen, und zwar so lange, als sie mich nicht selbst durch feindliche Unternehmungen gegen die deutschen Truppen des Rechts berauben werden, ihnen meinen Schutz ganz und voll angedeihen zu lassen.“ Dieses königliche Versprechen ist gewissenhaft gehalten worden, obwohl die deutsche Langmut durch hinterlistige, meuchelmörderische Angriffe oft auf eine harte Probe gestellt wurde. Die deutsche Manneszucht bewährte sich auch durch ihr Verhalten gegen die französische Bevölkerung während des ganzen Feldzuges. Wenn trotzdem hinterher allerlei Anschuldigungen, Verleumdungen, Verdächtigungen der gemeinsten Art über die deutschen Soldaten und ihr Benehmen in die Welt gesetzt wurden, so entstammten diese Anklagen der ohnmächtigen französischen Wut, die es in keinem Abschnitt dieser furchtbaren, aber wohlverdienten Heimsuchung wenigstens zu dem ersten Schritt sittlicher Läuterung zu bringen wußte, daß sie nämlich ihrer allerdings tiefgewurzelten Lügenhaftigkeit entsagt und der Wahrheit endlich einmal die Ehre gegeben hätte.

Bazaine stand mit den besten Truppen, die Frankreich besaß, vor Metz: 200000 Mann mit mehr als 500 Feldgeschützen. Im Lager von Chalons an der Marne sammelte Mac Mahon sein durch die Geschicke vom 4. und 6. August stark erschüttertes Heer und organisierte dasselbe, um dieses dem Feinde aufs neue und hoffentlich mit besserem Erfolge entgegenführen zu können. Offenbar mußte, da Metz und Chalons nicht zu weit voneinander entfernt liegen, die französische Heeresoberleitung die Frage erwägen, ob es nicht geraten sei, die Heere Bazaines und Mac Mahons auf einem Punkte zu einem Hauptschlage zu vereinigen. Allerdings, nachdem die deutsche Südarmee bereits bis Nancy vorgedrungen war, konnte kaum daran gedacht werden, das Heer Mac Mahons nach Metz heranzuziehen, sondern es mußte im Gegenteil Bazaines Heer sich auf Chalons zurückziehen. Länger als gut war, schwankte der letztere mit seiner Entscheidung. Es mag ihm schwer in den Sinn gegangen sein, die durch die Festung Metz so starke Mosellinie schon um des Eindruckes willen, den dieser erneute Rückzug auf Frankreich und auf Paris machte, kampflos aufzugeben, vielleicht spielten auch die zwischen den französischen Heerführern nicht ungewöhnlichen Eifersüchteleien mit oder allerlei politische Erwägungen und Pläne. Auch das mochte in Betracht kommen, daß Bazaine über die Stellung der deutschen Heere vollständig im Unklaren war: wie mit einer undurch-

dringlichen Wolke umgab die nach allen Seiten ausschwärmende deutsche Reiterei die ihr im Rücken folgende Hauptmasse und verdeckte alle vorbereitenden Maßnahmen. Mehrere kostbare Tage verstrichen, bis Bazaine sich entschloß, mit seinem Heere über Verdun zu Mac Mahon zu rücken und mit diesem gemeinsam die Maaslinie gegen die Deutschen zu verteidigen. In der Festung Metz wurde der General Coffinieres mit einer hinreichenden Besatzung zurückgelassen. Da sie mit den notwendigen Vorräten gut ausgestattet war, konnte sie eine längere Belagerung wohl aushalten. „Alle einsichtsvolleren Männer im französischen Heere waren wohl längst von der Notwendigkeit des weiteren Rückzuges und davon überzeugt, daß ein solcher bis Chalons führen mußte. Erschien aber ein Rückzug einmal unvermeidlich, so mußte jedes fernere Zaudern bei Metz verderblich werden, sobald die Spitzen der deutschen Heere die Mosel oberhalb des Platzes überschritten hatten."

Man war deutscherseits auf diese Absicht Bazaines wohl gefaßt und setzte alles daran, die Verbindung der beiden Heere, der Rheinarmee und derjenigen Mac Mahons, zu verhindern. Um dies auszuführen, mußte zweierlei geschehen: es mußte die Bazaine'sche Armee bei Metz so lange festgehalten werden, bis es gelungen war, ihr die Straße von Metz nach Verdun zu verlegen und dadurch die Vereinigung der beiden Marschälle zu vereiteln. Die erstere Aufgabe fiel dem General v. Steinmetz mit der 1. Armee, die letztere dem Prinzen Friedrich Karl mit der 2. Armee zu. Sollte der Plan gelingen, so mußten für den Prinzen Friedrich Karl, der einen weiten Weg zurückzulegen hatte, einige Tage gewonnen werden. Zu diesem Zwecke griffen die Generale v. d. Goltz und Zastrow auf dem rechten Moselufer die französischen Divisionen in dem Augenblicke an (14. August), als sie merkten, daß dieselben ihren Abmarsch bewerkstelligen wollten. Unterstützt von den Generalen v. Manteuffel, v. Glümer und v. Kameke, lieferten sie denselben bei Colombey=Borny und bei Nouilly eine blutige Schlacht, die erst am Nachmittag begann und bis in die sinkende Nacht hinein dauerte. Auch hier wieder wurden an die Tapferkeit und Ausdauer der preußischen Truppen die höchsten Anforderungen gestellt. Wie bisher, mußten sie ihre Angriffe über freies Feld hin machen, während die Franzosen sich in ihren Schützengräben bargen und aus ihrer gedeckten Stellung heraus die Anstürmenden mit ihren Geschossen überschütteten. So fielen denn bei Ars=Laquenexy, bei Colombey und Borny viele der Tapferen. Allein trotzdem drangen die Preußen vorwärts und warfen die Franzosen von Stellung zu Stellung zurück. Neben der Infanterie führte den Kampf die Artillerie, die mit zwei Übelständen

zu kämpfen hatte, mit dem widrigen Wind, der die feindlichen Abteilungen in die dichten Rauchwolken des Pulvers hüllte, und mit der sinkenden Sonne, welche die Artilleristen blendete, das Richten der Geschütze und das Schießen außerordentlich erschwerte. Als der Tag zu Ende ging, waren die Franzosen unter schweren Verlusten nach Metz hineingeworfen, die deutschen Truppen hatten das Schlachtfeld behauptet, und dies war genug erreicht an diesem Tage, der, wie das Generalstabswerk sich ausdrückt, eine „improvisierte Angriffsschlacht“ gebracht hatte. Die Preußen verloren in dieser Schlacht nahezu 5000 Mann, 222 Offiziere eingeschlossen, von den Franzosen waren gefallen oder verwundet 200 Offiziere und 3400 Mann. Auch der Marschall Bazaine hatte eine starke Quetschung erlitten, während der General Decaën an seiner Verwundung wenige Tage darnach verstarb. Es war fraglich, ob Bazaine des andern Tages, 15. Aug., noch im Stande war, mit seinem Heere den Rückzug auszuführen. „Die Verhältnisse, unter welchen der Sieg erfochten war, schlossen jede Verfolgung aus.“ Die Früchte des Sieges konnten nur geerntet werden, wenn die 2. Armee einen kräftigen Vorstoß gegen die Straßen von Metz nach Verdun ausführte. „In der That wurde durch die Schlacht bei Colombey-Nouilly der Abzug des Gegners auf Verdun so verzögert, daß es möglich wurde, durch die Schlacht bei Vionville-Mars la Tour jene Bewegung völlig zum Stillstand zu bringen und darauf in der Schlacht bei Gravelotte-St. Privat zu jenem umfassenden und entscheidenden Angriff vom Westen her vorzugehen. So bilden die Ereignisse des 14. August das erste Glied in der Reihe der großen Kämpfe um Metz, welche zunächst zur Einschließung und schließlich zur Waffenstreckung der französischen Hauptarmee führten.

Den folgenden Tag — es war der 15. August, der bislang mit so viel Pomp und Lärm gefeierte Napoleonstag — mußte es sich zeigen, ob Bazaine vor Metz bleiben oder sich zur Vereinigung mit Mac Mahon anschicken werde. Im deutschen Hauptquartier wurde für beide Fälle alle Vorsorge getroffen, denn man war entschlossen, dem Feinde an der Mosel und unter den Mauern von Metz eine Entscheidungsschlacht zu liefern. Zunächst nun ergaben die in der Morgenfrühe vorgenommenen Erforschungen, daß auf dem östlichen Moselufer keine französischen Truppen mehr standen. Diese Thatsache allein hätte schon auf die Absicht Bazaines, den Rückzug anzutreten, mit Recht schließen lassen, wenn nicht preußische Kavallerie die Meldung erstattet hätte, daß in der That westlich abziehende Truppenteile bemerklich wären. Es galt, sie, koste es was es wolle, auf- und festzuhalten. Um keinen Preis aber sollte die Bazaine'sche Hauptarmee den Abmarsch ausführen dürfen.

An die Maas führen von Metz, beziehungsweise von Gravelotte, wo sich die Hauptstraße teilt, zwei Straßen: die eine in fast gerader Richtung über Rezonville, Vionville und Mars la Tour, während die andere nördlich ausbiegend über Doncourt, Jarny und Etain sich hinzieht. Die Vorhut der deutschen 2. Armee war, wie gesagt, schon am 15. August am Feind, der durch Reiterregimenter die genannten Straßen auskundschaften ließ. Allein es handelte sich darum, mit der Hauptmasse schleunigst sich an die Straßen heranzumachen, und diese Anordnung, die getroffen war, legte den einzelnen Heeresteilen ganz außerordentliche Marschleistungen auf, wenn dieselben auf weiten Umwegen von der Mosel her rechtzeitig eintreffen und unter Umständen in die zu erwartenden Kämpfe eingreifen sollten. Auch am 16. schwankte Bazaine noch und verlor kostbare Stunden. Schon gab er sich dem verhängnisvollen Gedanken hin, daß es in der Absicht der Preußen liege, ihn von der Festung Metz abzudrängen. Das lähmte ihn in seinen Entschlüssen, so daß er den Marschbefehl wieder aufhob und erst am Nachmittag wiederholte. Diese Unschlüssigkeit verfehlte nicht, auch auf den Geist der Truppen eine schlimme Wirkung auszuüben: sie erschütterte das Vertrauen des Soldaten in die Führung. Als nun erst um die dritte Nachmittagsstunde aufgebrochen wurde, sahen sich die Franzosen allenthalben in den Kampf mit den sich von Stunde zu Stunde stärkenden und vermehrenden Truppen des Feindes verwickelt. Auch jetzt noch hafteten Bazaines Besorgnisse „hauptsächlich an dem eigenen linken Flügel und deshalb blieb er auch persönlich dort, um einem umfassenden Vorgehen der deutschen Heeresmacht in den Waldungen am linken Moselufer rechtzeitig begegnen zu können". Zwar waren auch diesmal die Franzosen an Zahl weit überlegen, aber diese Überlegenheit wogen die Preußen durch eine unvergleichliche Tapferkeit und Todesverachtung auf. Mit Todesverachtung packten sie die überlegensten Heeresabteilungen an und ließen sie der schwersten Opfer ungeachtet nicht mehr los. Wie ein Schnitter die Halme, so mähte der Tod ganze Reihen der Tapferen nieder. Bis zum gemeinen Manne herab beseelte alle der einzige Gedanke, den Feind nicht von der Stelle zu lassen. Die einzelnen Waffengattungen schienen sich überbieten zu wollen. Am meisten hatte die Kavallerie zu leisten und zu leiden. Die Infanteriemassen befanden sich noch auf dem Wege und die Abteilungen Fußvolks, welche zur Vorhut gehörten, gerieten mehr wie einmal in die schlimmste Lage, aus der sie nur dadurch befreit werden konnten, daß sich die Reiterei den anstürmenden Infanteriekolonnen, den Feuerschlünden der Artillerie mit Todesverachtung entgegenwarf und die Ungleichheiten des männer-

mordenden Kampfes möglichst gutmachte. Überhaupt kam während des ganzen Krieges die Kavallerie von beiden Seiten nicht mehr in gleicher Weise zur Verwendung wie vor Metz: mit Recht haben deshalb diese Reitergefechte, die zum Teil ganze Regimenter in wenigen Augenblicken verschlangen, in der neuen Kriegsgeschichte eine besondere Berühmtheit erlangt und sich verdient. Das 7. Kürassierregiment der Preußen schmolz bei einem solchem Angriff auf 7 Offiziere und 70 Mann, das 16. Ulanenregiment auf 6 Offiziere und 80 Mann zusammen. Sie achteten nicht des eigenen Lebens in treuer Pflichterfüllung und Aufopferung, wenn es galt, in der höchsten Not sich einzusetzen. Stundenlang vermochte dieser Heldensinn der Deutschen mitten in Tod und Verderben auszudauern. Das 3., 10. und das 8. Armeekorps, die Kavalleriebrigaden Bredow und Barby und die Gardedragoner, die Führer Alvensleben, Krantz, Schwarzkoppen, Stülpnagel, Rheinbaben, bedeckten sich mit unverwelklichem Kriegsruhm auf der ganzen Straßenlinie von Gravelotte bis Mars la Tour. Trotz des tapferen Widerstandes, den die Franzosen leisteten, wurde deutscherseits die Absicht des Tages erreicht. Sie waren nicht imstande, ihren Marsch auf Verdun auszuführen, denn die Deutschen gewannen, nachdem noch bis in den sinkenden Abend hinein ein furchtbarer Kampf um Flavigny gewütet hatte, die Orte insgesamt, die an der Straße lagen.

Allerdings einen abschließenden Erfolg hatte der 16. August noch nicht gebracht und konnte ihn auch nicht bringen. Den Franzosen stand noch der Ausweg nach dem Norden offen. „Die eigentliche Bedeutung des Tages liegt nicht in den taktischen Ergebnissen desselben. Eine unmittelbare Ausnutzung errungener Vorteile fand auf beiden Seiten nicht statt; denn keiner der kämpfenden Teile vermochte am Abend einen Schritt weit über das Schlachtfeld hinaus zu thun. Das Dunkel der Nacht hatte dem Kampfe ein Ende gemacht."

„Am folgenden Morgen zeigte es sich, daß die Deutschen das Schlachtfeld behauptet, die Franzosen ihre Stellungen geräumt hatten."

Es wäre nicht im Bereiche der Unmöglichkeit gelegen, daß Bazaine jetzt durch eine nordwestliche Ausbiegung seinen Rückzug hätte bewerkstelligen können. Allein sein Verhalten während des 16. August hat den Beweis geliefert, daß er dies nicht wollte, weil er von der irrtümlichen Voraussetzung ausging, daß das ganze Trachten der deutschen Heeresleitung darauf hinauslaufe, ihn von der Festung Metz, wie bemerkt, abzudrängen. Im deutschen Hauptquartier erleichterte die ziemlich sichere Erkenntnis der Auffassung des Gegners die Wahl der Maßnahmen. Auf der westlichen Mosellandschaft in der Richtung auf Metz zu mußte

die letzte Entscheidung fallen. Während zu diesem Zwecke am 17. August Bazaine alle seine Steitkräfte auf diesem Boden in enger Geschlossenheit sammelte, erging deutscherseits an die 1. Armee der Befehl, hinter dem 9. Korps über die Mosel zu folgen, und an die 2., sich an der Linie Gravelotte-Mars la Tour aufzustellen. Unternahm es unter diesen Umständen ein Teil der französischen, sich von der Hauptmasse loszulösen und nach dem Westen abzurücken, so konnte er von dem linken deutschen Flügel angegriffen und verfolgt werden. Geschah das nicht, wie es thatsächlich der Fall war, so lag es im Plan, Bazaines Gesamtarmee durch eine rechtsschwenkende Umgehung zu überflügeln und nach Metz hineinzuwerfen. Im französischen Heere sah es am 17. August schlimm genug aus. Niedergeschlagenheit und Unschlüssigkeit übten ihre niederdrückende Wirkung. „Das Selbstvertrauen der Truppen war, mindestens bei vielen, erschüttert.“ Der Oberbefehlshaber erließ folgende Anordnung: „Der stattgehabte große Munitionsverbrauch, sowie der Umstand, daß Lebensmittel auf mehrere Tage nicht vorhanden, verhindern uns, den Marsch anzutreten, welcher vorläufig festgesetzt war. Wir werden uns daher sogleich auf die Hochfläche von Plappeville zurückziehen.“ Diese Bewegung hielt Bazaine für geboten, „um in einer auf Metz gestützten uneinnehmbaren (inexpugnable) Stellung den Angriff zu erwarten“, indem er die Hoffnung hegte, daß sich „die Kraft des bereits durch die früheren Kämpfe geschwächten Heeres an dieser Stellung derartig brechen würde, daß am 19. oder 20. der Marsch nach der Maas ungehindert werde vor sich gehen können“.

Am Abend des 17. standen 6 deutsche Armeekorps und die Garde an der Metzer Straße zwischen Mars la Tour und Ars sur Moselle. Am 18. sollte der neue Angriff erfolgen. Auf dem rechten Flügel und im Centrum wollte man den Feind so lange beschäftigen, bis es der Garde und dem 12. (sächsischen) Armeekorps gelungen wäre, ihn zu umgehen und in der Flanke zu fassen. Das beste gedrängte Bild von diesem furchtbaren blutigen Augusttag entwirft der wenige Tage darnach im „Staatsanzeiger“ veröffentlichte Bericht: „Am Morgen des 18. stand die 1. Armee mit dem 7. Korps südlich von Gravelotte, dem 8. Korps und der 1. Kavalleriedivision südlich von Rezonville[1]). Diese Armee erhielt zunächst den Auftrag, im Bois de Vaux und bei Gravelotte die Deckung der Bewegung der 2. Armee gegen einen etwaigen Vorstoß des Feindes vor Metz zu übernehmen. Die 2. Armee rückte am Morgen

[1]) Das 1. Korps und die 3. Kavalleriedivision blieben Metz gegenüber auf dem rechten Moselufer.

mit Echelons (Stufen) vom linken Flügel gegen die nördliche Straße vor, rechts die Verbindung mit der ersten Armee unterhaltend. Das 12. Korps erhielt die Direktion von Mars la Tour auf Jarny, das Gardekorps, zwischen Mars la Tour und Vionville vorgehend, auf Doncourt, das 9. Korps westlich Rezonville die Straße überschreitend auf Caulre Ferme. Diese drei Korps bildeten die erste Linie; waren die angegebenen Punkte erreicht, so befand man sich im Besitz der nördlichen Hauptstraße. Sächsische und preußische Kavallerie gingen zur Aufklärung den Kolonnen voraus. Sobald es sich hiebei ergab, daß der Feind nicht im Abmarsch begriffen war, konnte derselbe nur noch vor Metz halten. Alsdann mußte mit diesen drei Korps eine große Rechtsschwenkung ausgeführt und mit beiden Armeen zum Angriff des Feindes geschritten werden. In zweiter Linie folgten das 10. und 13. Korps und als letzte Reserve das von Pont-à-Mousson seit 2 Uhr früh im Anmarsch auf Luxieres befindliche 2. Armeekorps. Um 10½ Uhr war man darüber im Klaren, daß der Feind den Abmarsch aufgegeben und auf dem letzten Höhenzuge vor Metz Position genommen habe. Die 2. Armee wurde angewiesen, die Rechtsschwenkung auszuführen und, rechts Verbindung mit der 1. Armee haltend, ihr Centrum und den linken Flügel auf Verneville und Amanvillers zu dirigieren. — Der allgemeine Angriff sollte nicht eher beginnen, als bis die Bewegung völlig durchgeführt war und die Front der starken Position gleichzeitig in der rechten Flanke angegriffen werden konnte. Das 9. Korps stieß zunächst auf vorgeschobene Abteilungen des Feindes. Gegen 12 Uhr zeigte Geschützfeuer aus der Nähe von Verneville an, daß das Korps daselbst im Gefecht sei. Infolgedessen wurde die 1. Armee angewiesen, durch Artilleriefeuer den vor ihrer Front auf den Höhen befindlichen Gegner einstweilen zu beschäftigen. Um ¾1 Uhr eröffnete sie eine langsame und gut gezielte Kanonade gegen die Höhen von Le Point du Jour, welche der Feind aus zahlreichen Batterieen erwiderte. Der Donner der Geschütze wurde übertönt durch das seltsame Geräusch der Mitrailleusen. Zwischen 2 und 3 Uhr begann der Infanteriekampf. Es stellte sich heraus, daß der Feind mit allen seinen Kräften auf dem Höhenzug, welcher sich von St. Marie aux Chênes, St. Ail, über das Bois de la Cusse nach dem Straßenknoten von Point du Jour erstreckt, Stellung genommen hatte. Die Position war eine außerordentlich starke, ihre Haltbarkeit noch durch fortifikatorische Werke und etagenweise Schützengräben vermehrt; an einzelnen Stellen hatte sie ein vollständig festungsähnliches Aussehen. Der Angriff auf dieselbe konnte nicht früher erfolgen, da die Armeeführung die schwierige Aufgabe hatte, ihre Maßregeln so einzurichten, daß die

gesamten Truppen sowohl zur Schlacht gegen Norden, wie gegen Osten bereit waren, und den Angriff in letzterer Direktion erst beginnen konnte, nachdem es sich herausgestellt, daß der Feind den Abmarsch aufgegeben habe. So war es auch nicht ausführbar, die Bewegung zur Umfassung des feindlichen rechten Flügels völlig durchzuführen, und blieb nichts anderes übrig, als die Front der formidablen Position anzugreifen. Lang und schwer wogte der Kampf an den verschiedenen Punkten. Auf dem linken Flügel kämpften die Sachsen und das Gardekorps um St. Marie aux Chênes, dann um den dahinter sich erhebenden steilen Hang von St. Privat la Montagne und um dieses Dorf, wie um Doncourt; rechts davon von St. Ail und weiter über Habonville, das Bois de la Cusse und Verneville bis über die nördlich von Metz nach Verdun führende Straße teils Garde, teils das 9. Armeekorps. Bei Gravelotte, im Bois de Vaux bis zur Mosel hin das 8. und 7. Korps und auch vom jenseitigen Moselufer her griff eine Brigade des ersten Armeekorps in das Gefecht ein. Ebenso beteiligten sich noch einzelne Abteilungen des 3. und 10. Korps. Feindlicherseits war die gesamte französische Hauptarmee engagiert, selbst die anfänglich zu See-Expeditionen bestimmten Truppen, mit Ausnahme der bei Metz nicht befindlichen Abteilungen Mac Mahons und des größeren Teils des Korps Failly. Der unübertrefflichen Bravour unserer Truppen gelang es bei einbrechender Dunkelheit, die Höhenpositionen zu erstürmen und den Feind aus der ganzen Linie zu werfen, wobei auf dem rechten Flügel noch das seit 2 Uhr früh im Marsche befindliche 2. Armeekorps in entscheidender Weise eingriff. Die Schlacht endete gegen 1/2 9 Uhr bei völliger Dunkelheit. Im Laufe der Nacht zogen sich die geworfenen feindlichen Truppen in das verschanzte Lager von Metz zurück; zahllose Verwundete und abgekommene Abteilungen derselben irrten noch in der Nähe des Schlachtfeldes umher." Noch in der Nacht vom 18. auf den 19. August schickte der König Wilhelm seiner Gemahlin folgende Siegesdepesche: „Die französische Armee in sehr starker Stellung westlich von Metz heute unter meiner Führung angegriffen, in neunstündiger Schlacht vollständig geschlagen, von ihren Verbindungen mit Paris abgeschnitten und gegen Metz zurückgeworfen." Diese Berichte lassen nur durchschimmern, was die deutschen Truppen an diesem furchtbaren Tage geleistet haben. Bazaine hatte, wie wir oben anführten, seine Stellung nicht mit Unrecht für uneinnehmbar gehalten — und dennoch warf ihn der todesmutige, wetteifernde Heroismus der norddeutschen Waffengenossen aus derselben heraus. Ein Berichterstatter der englischen „Daily News" schildert, was er an diesem Tage sah und erlebte, in folgenden Worten: „Von dem Hügel, auf dem ich stand, und

übersah man das weite Schlachtfeld. Links vor mir lag, mit Pappeln besetzt, mit seinen Dörfern der Weg nach Verdun und Paris, rechts hinter mir Gorze. Die großen Repräsentanten Preußens standen auf demselben Felde mit mir: der König, Bismarck, Moltke, Prinz Karl, Prinz Friedrich Karl, Prinz Adalbert und Oberst Krenski, auch Sheridan. Als ich kam, wurden die Franzosen gerade aus dem Teil von Gravelotte, der Malmaison heißt, trotz verzweifelter Gegenwehr vertrieben, sie zogen sich auf eine neue Position jenseits Gravelotte zurück. Die Felder vor dem Dorfe waren von preußischen Reserven gänzlich bedeckt und es marschierten endlose Kolonnen fortwährend vorwärts, verschwanden im Dorfe und erschienen auf der andern Seite mit flammenden Salven. Dieses zweite Schlachtfeld war weniger ausgedehnt und brachte die Kämpfenden in ein furchtbares Handgemenge. Seine Eigentümlichkeit besteht darin, daß es aus zwei Höhen mit einem Einschnitt dazwischen besteht. Diese holzbewachsene Schlucht ist über 100 Fuß tief und oben 6—900 Fuß breit. Die Seite der Schlucht nach Gravelotte zu, wo die Preußen standen, ist viel niedriger als die andere, welche allmählich hoch ansteigt. Von dieser ihrer beherrschenden Anhöhe aus hatten die Franzosen ihre Feinde bequem unter sich und unterhielten auf sie ein vernichtendes Feuer. Ihre Artillerie stand weit hinten auf der Metzer Straße zwischen den Pappeln; ihr Gebrüll hörte keinen Augenblick auf, und dazwischen klang der seltsam knatternde Laut der Mitrailleusen. Die preußische Artillerie stand nördlich und südlich vom Dorfe und warf ihre Feuergeschosse aufwärts. Die Franzosen hielten stand und starben; die Preußen stürmten vorwärts und starben — beide zu Hunderten, ja fast Tausenden. Die preußischen Verstärkungen kamen auf dem rechten Flügel aus dem Walde des Ognons in ununterbrochenem Zuge, 4 Stunden lang. Endlich feuerten die Franzosen zwischen 4 und 5 Uhr mit Granaten auf das Gehölz, und von da kamen die Kolonnen weniger dicht aus jener Gegend. Gegen 5 Uhr jedoch kam eine preußische Brigade von derselben Stelle her. Sofort marschierte sie im Sturmschritte dahin, wo ihre Dienste nötig waren. Sie ließ einen langen dunklen Streifen zurück — Gefallene! Ich sah den Verwundeten durchs Fernrohr zu, viele liefen vorwärts, um ihre Kompagnie wieder zu erreichen, manche fielen nieder, rückwärts kein einziger!" Ein anderer Augenzeuge spricht sich folgendermaßen unter anderm aus: „Die preußische Garde, dieser Verein der Blüte der Jugend Preußens von der Ostsee bis zum Rhein, hat hier am 18. August sich ihres alten Ruhmes wieder so recht würdig gezeigt. Freilich ungeheuer sind auch die Verluste, welche diese beiden Tage (16. und 18. Aug.) dem Heere Preußens kosteten, und man

kann für den 16. August über 17000 und für den 18. August an 15000 Mann rechnen, welche tot oder verwundet zusammensanken. . . . Die französische Armee (man muß auch dem Feinde volle Gerechtigkeit widerfahren lassen!) kämpft vortrefflich und verdient als Gegner die vollste Achtung. Aber unsere Führung, die stets die Truppen an der richtigen Stelle zu konzentrieren weiß, ist so vorzüglich und der Wille unserer Soldaten so unbeugsam, daß den Franzosen alle ihre trefflichen Stellungen, ihre Mitrailleusen, ihre vorzüglichen Chassepotgewehre und der Mut ihrer Soldaten und Offiziere nichts helfen, und sie immer und immer wieder als vollständig Besiegte die blutigen Schlachtfelder räumen müssen."

Nach drei blutigen Schlachttagen sah sich Bazaine gezwungen, hinter den Mauern der Festung Metz Zuflucht zu suchen. Das deutsche Generalstabswerk sagt: „Die Schlachten vom 14., 16. und 18. August stellen sich in ihrem inneren Zusammenhange und in ihren Folgen thatsächlich als die Vorbereitung, Einleitung und Durchführung einer einzigen großen Handlung dar, welche schließlich dazu führte, daß ein eiserner Ring um die französische Hauptarmee geschlossen wurde, den sie nur durch Niederlegung der Waffen wieder öffnen sollte. Die innere Verkettung der einzelnen Vorgänge und jenes Ergebnis der dreitägigen Kämpfe konnten freilich weder vorausbedacht noch in jedem Augenblick vollständig überblickt werden; doch zeigt sich auf deutscher Seite, bei manchen durch Ungewißheit über die gegnerischen Absichten hervorgerufenen Irrtümern, ein fortdauerndes lebhaftes Bestreben, die gegebenen Umstände so schnell und so gut als möglich auszunutzen, um das Gesetz des Handelns jederzeit zu geben, nicht zu empfangen . . . . Im übrigen wiederholen sich die charakteristischen Erscheinungen von Wörth und Spicheren, zum Teil in noch großartigerem Maßstabe, auch in den drei Schlachten vor Metz. Die beiden ersten derselben, welche sich sowohl in ihrer ursprünglichen Anlage, als auch in ihrem Verlaufe dem Zuthun der oberen Heeresleitung mehr oder weniger entziehen, sind ein beredtes Zeugnis von dem in allen Graden des deutschen Heeres herrschenden Geiste selbständiger Entschlußfassung. Die Absichten der obersten Heeresleitung werden den unteren Führern meist nur in allgemeinen Umrissen bekannt sein. Aber auch bei solcher unvollkommenen Kenntnis und deshalb zuweilen unter dem Eindrucke unrichtiger Voraussetzungen zögerten die deutschen Generale keinen Augenblick, die eigene Kraft und Verantwortung zur Verwirklichung dessen einzusetzen, was sie von ihrem Standpunkte aus als das Richtige erkannten."

Napoleon hatte sich noch rechtzeitig dem Lose seiner Armee entzogen und war zu Mac Mahon entkommen. Nun sollte auch Metz

das Schicksal der Festungen Straßburg und Bitsch eingeschlossen zu sein teilen. Dazu reichte eine geringere Heeresmacht hin, als diejenige war, welche die Schlachten vor Metz geschlagen hatte. Dadurch und weil ein neuer Abschnitt des Krieges begann, wurde eine andere Gliederung des Heeres notwendig. Unter dem Kommando des sächsischen Kronprinzen wurde aus den bei der Belagerung frei gewordenen Truppen eine neue Armee gebildet, während v. Steinmetz, der sich nicht immer strenge an die befohlenen Anordnungen gebunden und zu viel Leute eingesetzt hatte, seiner Stellung enthoben und zum Befehlshaber von Posen ernannt wurde. Prinz Friedrich Karl schloß Metz ein.

2. Mac Mahon in Chalons und Napoleon. Seine Aufgabe und sein Entschluß. Befehl der Regierung. Einnahme der Festung Marsal und Besetzung von Luneville. Rechtsschwenkung der deutschen Südarmee. Gefecht von Nouart. Die Schlacht bei Beaumont. Vor Sedan. Kampf um und in Bazeilles. Bei Balan, La Moncelle, Illy und Floing. Klarheit der deutschen Heeresleitung. Die weiße Fahne. König Wilhelm und Kaiser Napoleon. Abschluß der Kapitulation. Zahl der Gefangenen. Kriegsbeute. Abführung der Gefangenen nach Deutschland. Napoleon auf Wilhelmshöhe. Bazaines Ausbruchsversuche. Ausfallskampf bei Noisseville.

In das befestigte Lager von Chalons hatte sich Mac Mahon nach seinen Niederlagen im Elsaß zurückgezogen, um sein Heer wieder schlagfertig zu machen. Napoleon war von Metz aus unmittelbar nach der Katastrophe nicht ohne persönliche Gefahr zu ihm gestoßen. Das Kommando verblieb in den Händen des Herzogs von Magenta. Die Armee des preußischen Kronprinzen war langsam gefolgt, mehr um den Gegner zu beobachten, als ihn anzugreifen. Sie erreichte am 19. August die Maaslinie und trat wieder mit dem Feind in Fühlung. Für den Marschall Mac Mahon erwuchs jetzt eine doppelte Aufgabe. „Während er nämlich vorzugsweise dazu berufen blieb, Paris zu decken — schon fürchtete man den Ausbruch eines Aufstandes in der Hauptstadt und sandte den General Trochu dorthin als Befehlshaber mit 18 recht zuchtlosen Mobilbataillonen —, handelte es sich für ihn zugleich darum, der Rheinarmee die Hand zu reichen und mit vereinter Macht auf die Deutschen zu fallen und ihnen womöglich den bis jetzt eroberten Boden wieder abzuringen. Der einfachste und sicherste Weg zur Lösung der erstgenannten Aufgabe wäre wohl der Marsch bis in die Nähe der Hauptstadt gewesen, um gestützt auf die Befestigungen und reichen Hülfsquellen derselben unter möglichst günstigen Verhältnissen die Schlacht anzubieten.“ Selbst im Fall einer Niederlage wäre an eine Einschließung von Paris nicht zu denken gewesen. „Andrerseits machte aber ein solcher Rückzug die Lösung

der zweiten Aufgabe unmöglich." Mac Mahon, der sich „der Notwendigkeit bewußt war, die unter seinem Befehle stehende Armee dem Lande zu erhalten, war damals fest entschlossen, den Marsch nach Paris anzutreten, falls die Rheinarmee auch fernerhin bei Metz verharren und ein weiteres Vorrücken des Kronprinzen von Preußen die rechte Flanke der Armee von Chalons und damit zugleich die Hauptstadt bedrohen sollte". Wir wissen, daß infolge der erlittenen Niederlagen Bazaine nicht mehr ganz unabhängig in seinen Entschlüssen war. Eine starke feindliche Armee schloß ihn ein, deren festen Ring er durchbrechen mußte, bevor er sich mit Mac Mahon vereinigen konnte. Dieser schwankte, da ihm Bazaine auf seine Anfrage geantwortet hatte, er möge nach seinem eigenen Ermessen handeln. In seiner Verlegenheit wählte nun Mac Mahon einen Mittelweg, der die Entscheidung noch offen ließ, indem er beschloß, der deutschen Südarmee in nordwestlicher Richtung auszuweichen. Er brach also sein Lager am 20. August ab, setzte es in Flammen, und rückte am folgenden Tage nach Rheims, wo sich alsbald der Minister Rouher einfand mit der Aufforderung der Regierung, der Marschall solle schleunigst Bazaine zu Hülfe eilen. Dieser, besser unterrichtet von der Stellung der Feinde und der wahren Sachlage als der Ministerrat in Paris, setzte auseinander, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Vormarsch nach Osten sein Heer in unvermeidliches Mißgeschick stürzen müsse. Als aber von Bazaine am 22. Aug. die unbegreifliche Meldung, welche allerdings schon vom 19. Aug. stammte, eintraf: „Ich rechne immer noch darauf, die Richtung nach Norden zu nehmen und mich über Montmedy auf dem Wege von St. Menehould nach Chalons durchzuschlagen, wenn derselbe nicht stark besetzt ist. In diesem Falle werde ich auf Sedan und selbst auf Mezieres gehen, um Chalons zu erreichen" — da hielt es Mac Mahon für seine Pflicht, der Rheinarmee entgegenzugehen und ihr die Hand zu reichen. Er marschierte also nordwärts und erreichte am 24. August Rethel, um nun die Straße ostwärts mit der Richtung auf Stonne und Mouzon einzuschlagen. Aber weit entfernt alle seine Kräfte einzusetzen, vollzog Mac Mahon diesen Vormarsch mit einer solchen zaghaften Langsamkeit — seine Spitzen erreichten erst am 28. August Mouzon —, daß man nur zu deutlich sah, daß auch bei ihm Selbstvertrauen nnd entschlossene Thatkraft in bedenklicher Abnahme begriffen seien.

Der Kronprinz von Preußen war unterdessen nach der Einnahme der kleinen Festung Marsal und der Besetzung von Luneville über Bar le Duc, Vitry und Chalons bis nach Epernay vorgedrungen, rechts flankiert von der Maasarmee des sächsischen Kronprinzen, der nach einem

vergeblichen Versuche, Verdun zu überrumpeln, ebenfalls die Richtung nach Paris eingeschlagen hatte. Von Commercy aus gedachte der König mit dem Hauptquartier den voranziehenden Armeen zu folgen. Aber als die Absichten Mac Mahons immer deutlicher zu Tage traten, da vollzogen die ihm folgenden deutschen Heeresabteilungen eine Rechtsschwenkung, welche schon wegen der außerordentlichen Marschleistung der deutschen Soldaten allezeit gerechte Bewunderung der untadelhaften Manneszucht erwecken müßte. Aber es gelang noch mehr. In kurzen drei Tagen waren die Tapfern dem Feinde auf den Fersen (26.—29. Aug.). Mit dem Gefecht von Nouart, welches am 28. August die deutsche Vorhut dem Feinde lieferte, wurde jene Katastrophe eingeleitet, welche vor der Festung Sedan dem Heere Mac Mahons den Untergang bereitete. Schon jetzt konnte dieser die feste Absicht der deutschen Armee deutlich empfinden, daß sie ihm bei Stenay über die Maas zu setzen nicht gestatten wolle. Um so auffallender war der unbegreifliche Mangel an Vorsicht, den sich in solchen Lagen die französischen Heerführer zu Schulden kommen ließen. Dieselbe Sorglosigkeit herrschte auch hier. In der Gegend von Beaumont lagerte am 30. August das 5. französische Korps unter General de Failly, um seine ermüdete Mannschaft etwas ausruhen und abkochen zu lassen. „Vorposten waren anscheinend gar nicht oder wenigstens nicht in angemessener Weise zum Schutze der Ruhenden aufgestellt; einzelne Kavalleriepatrouillen, welche auf geringe Entfernungen über die Lager vorgingen, kehrten zurück, ohne die Annäherung deutscher Truppen wahrgenommen zu haben.“ Aber plötzlich um 12½ Uhr Mittags schlugen preußische Granaten „mitten in das sorglose Treiben hinein. Es war dem 4. Armeekorps gelungen, unbemerkt die Waldungen südlich von Beaumont zu durchschreiten und die französischen Lager zu überraschen“. Bald stießen das 12. und das 1. bayerische Armeekorps zum 4. und es entwickelte sich eine heftige Schlacht auf beiden Seiten. Bei la Thibaudine, Warniforet, la Harnoterie, bei Besace und Raucourt, im Bois de Givodeau, auf der Höhe von Yoncq und Mont de Brune wurde gekämpft, Beaumont genommen, der Feind zurückgeworfen. „Die Verluste der französischen Armee in der Schlacht bei Beaumont betrugen nach ihren eigenen Angaben 1800 Mann an Toten und Verwundeten; unter den 3000 Vermißten befanden sich mehr als 2000 unverwundete Gefangene. 42 Geschütze und zahlreiches Kriegsmaterial aller Art, welches in den überraschten Lagern zurückgelassen werden mußte, war in die Hände der Deutschen gefallen. Die Maasarmee erkaufte ihren glänzenden Sieg mit einem Verluste von ungefähr 3500 Mann; derselbe entfiel zum weit überwiegenden Teile auf das

4. Armeekorps, welches die Schlacht eröffnet und bis zum Ende derselben in erster Linie die Last des Kampfes getragen, aber auch die größten Erfolge errungen hatte." Das französische Heer zog sich in der Richtung auf Sedan zurück.

Napoleon wollte sich von seinem Heere nicht trennen und begab sich nach Sedan. Täuschte er sich selbst oder wollte er nur die französischen Soldaten täuschen, genug, er erließ am 31. August einen merkwürdigen Armeebefehl, in welchem er sagte: „Bisher hat ein Erfolg eure Anstrengungen nicht gekrönt; ich vernehme jedoch, daß die Armee des Marschalls Bazaine sich unter den Mauern von Metz wieder gekräftigt hat, und die des Marschalls de Mac Mahon ist gestern nur leicht angegriffen worden. Es ist daher keine Veranlassung vorhanden, den Mut sinken zu lassen. Wir haben den Feind verhindert, bis zur Hauptstadt vorzudringen, und ganz Frankreich erhebt sich, um die Eindringlinge zu verjagen. Unter so ernsten Verhältnissen habe ich, von der Kaiserin in Paris würdig vertreten, die Rolle des Soldaten der des Herrschers vorgezogen. Nichts werde ich scheuen, um unser Vaterland zu retten." Thatsächlich befand sich die französische Armee bereits in einer sehr gefährlichen Lage. Mac Mahon mochte wohl keinen Zweifel hegen, daß es ihm nicht mehr möglich sei, Metz zu entsetzen. Was er noch erreichen konnte, war nur ein Doppeltes, nämlich entweder durch einen Sieg sich den Rückzug nach Paris zu erwirken, oder mit seiner Armee über die belgische Grenze zu ziehen und auf neutralem Gebiet in Sicherheit zu bringen. Die Entscheidung darüber hing vom nächsten Tage ab. Auf dem rechten Maasufer schob sich bis Douzy die Maasarmee vor, während gleichzeitig der preußische Kronprinz über Raucourt und Remilly auf die Festung Sedan losmarschierte. Noch am 31. August versuchte eine bayerische Vorhut des Generals v. d. Tann bei Bazeilles den Übergang über die Maas vergebens zu erzwingen; aber in der Nacht setzten an verschiedenen Stellen deutsche Truppen über den Fluß und der Kronprinz von Sachsen marschierte auf der östlichen Seite von Sedan weiter in nördlicher Richtung.

Am 1. September wurde die folgenschwere Schlacht von Sedan geschlagen. „Die ganze Stellung (der Armee Mac Mahons) bildete einen Kreis oder richtiger eine Ellipse, deren Endpunkte im Norden durch das Dorf Illy und im Süden durch Bazeilles bezeichnet wurden, während die Seiten derselben ungefähr der Maas und einem kleinen östlich davon fließenden Wasser folgten. Auf der Westseite der Ellipse waren Balan, Sedan und Floing, auf der Ostseite Monvillers, la Moncelle, Daigny und Givonne, sowie die diese Orte umgebenden Höhen

besetzt; und wie die Maas einerseits ein sehr bedeutendes Annäherungshindernis bildete, so boten die am Wasserlaufe sich hinziehenden Höhen, sowie die daran liegenden Ortschaften ganz vorzügliche Stützpunkte." Von dem furchtbaren Schlachtengetümmel möge zunächst ein Teil des Briefes des greisen Heldenkönigs Wilhelm Zeugnis geben, den er am 3. September geschrieben hat: „Die Armee war am Abend des 31. Aug. und am 1. (Sept.) früh in den vorgeschriebenen Stellungen angelangt, rund um Sedan. Die Bayern hatten den linken Flügel bei Bazeilles an der Maas, daneben die Sachsen gegen Moncelle und Daigny, die Garde gegen Givonne noch im Anmarsch, das 5. und 11. Korps gegen St. Menges und Fleigneux. Da hier die Maas einen scharfen Bogen macht, so war von St. Menges bis Donchery kein Korps aufgestellt, in diesem Orte aber Würtemberger, die zugleich den Rücken gegen Ausfälle von Mezieres deckten. Kavalleriedivision Graf Stolberg in der Ebene von Donchery als rechter Flügel. In der Front gegen Sedan der Rest der Bayern. Der Kampf begann trotz dichten Nebels bei Bazeilles schon früh am Morgen, und es entspann sich nach und nach ein sehr heftiges Gefecht, wobei Haus für Haus genommen werden mußte, was fast den ganzen Tag dauerte und in welches eine Division des 4. Korps eingriff. Als ich um 8 Uhr auf der Front eintraf, begann die große Batterie gerade ihr Feuer gegen die Festungswerke. Auf allen Punkten entspann sich nun ein gewaltiger Geschützkampf, der stundenlang währte, und währenddessen von unserer Seite nach und nach Terrain gewonnen wurde. Sehr tief eingeschnittene Schluchten mit Wäldern erschwerten das Vordringen der Infanterie und begünstigten die Verteidigung. Die Dörfer Illy und Floing wurden genommen und zog sich allmählich der Feuerkreis immer enger um Sedan zusammen." Bis dieser kühne Kriegsplan ausgeführt war, bis rechts die Maasarmee kämpfend und marschierend Illy erreicht und am selben Punkte den Ring schließend von links im weiten Bogen das 5. und 11. Korps eintrafen, waren schon Ströme von Blut geflossen. Mit der Wut der Verzweiflung suchten sich die Franzosen der feindlichen Umklammerung zu entziehen und aus dem Ringe auszubrechen, so in vorgerückter Nachmittagstunde bei Balan, wo sie die Bayern zu werfen hofften. Es wiederholten sich jene Schlachtbilder, wie sie die vorhergehenden Kämpfe besonders vor Metz aufweisen. Die äußersten Anstrengungen auf beiden Seiten, eine unvergleichliche Tapferkeit im Angriff und im Widerstand, die Verachtung des eigenen Lebens, um den Erfolg zu sichern und die Absicht der Heeresleitung herbeizuführen. Auch vor Sedan opferten sich ohne Erfolg ganze französische Reiterregimenter: dichte Massen Kürassiere und Chasseurs

d'Afrique brausten gegen die dünne Linie der Deutschen heran, die in einer Entfernung von 150 Schritt auf die Anstürmenden ihre sichertreffenden Gewehrsalven abgaben, so daß in einem Augenblick die kühnen Schwadronen niedergeschmettert wie ein unentwirrbarer Knäuel sich im Staube wälzten. Die Kämpfe in Bazeilles und bei La Moncelle, an der oberen Givonne, bei Illy und Floing, auf den Höhen zwischen Daigny, Haybes und Fond de Givonne bilden die Abschnitte dieser Riesenschlacht, in welcher die Waffenbrüderschaft der Süd- und Norddeutschen sich noch blutiger und fester zusammenschloß. Die Einzelschlachten boten überall das gleiche Bild: auf deutscher Seite unaufhaltsames Vordringen ungescheut aller Opfer, auf der französischen Seite Kämpfe der Verzweiflung, bis Kraft und Mut zusammenbrachen. Dort Plan und Ordnung, hier Verwirrung bis zur Kopflosigkeit. Was man am meisten neben der Tapferkeit der Deutschen bewunderte, war die Klarheit, mit der der Schlachtendenker Moltke das meilenweite Kampfesfeld übersah. Die deutsche Heeresleitung bewies auch hier ihre geniale Auffassung und Umsicht, während die französische verhängnisvoll schwankte, ihre Absicht änderte, Befehle gab und, wenn sie in der Ausführung schon begriffen waren, dieselben wieder zurücknahm. Es war für das französische Heer ein schwerer Schlag, daß Mac Mahon schon in der Vormittagsstunde bei Bazeilles verwundet wurde und den Oberbefehl deshalb niederlegen mußte. Nachdem er kaum denselben dem General Ducrot übergeben und dieser den Rückzug nach Illy angeordnet hatte, beanspruchte der General Wimpffen, welcher eben aus Afrika auf dem Kriegsschauplatz angekommen war, auf Grund einer Regierungsverfügung die Oberleitung — ein seltsamer Ehrgeiz, der von geringem Verständnis zeugte. Er verwarf den Rückzugsplan Ducrots und befahl den Angriff. Dieser Wechsel der Anordnungen verwirrte die Generale und entmutigte die Soldaten. Ihre Durchbruchsversuche wurden abgewiesen und die weichenden Truppen immer enger in den Kessel um Sedan zusammengetrieben. Von allen Seiten eilten schon die entmutigten und aufgelösten Abteilungen in die Stadt. In derselben herrschte begreiflicherweise eine unbeschreibliche Unordnung und Verwirrung, denn jeder dachte nur mehr an seine Rettung. Um die unabweisliche Kapitulation zu beschleunigen, gab König Wilhelm um 4 Uhr nachmittags den Befehl, daß die gesamte, auf dem linken Maasufer verfügbare Artillerie ihr Feuer gegen Sedan vereinigen sollte. Es war ein entsetzlicher Augenblick, als diese Feuerschlünde sich öffneten. Schon schlugen in Sedan an einigen Stellen die Flammen empor, bis an das Festungsthor rückte eine bayerische Jägerabteilung vor, ohne einen namhaften Widerstand zu finden. „In

diesem Augenblicke zog der Feind die weiße Flagge auf und sein Feuer verstummte."

Napoleon hatte noch einmal eingegriffen. Um dem furchtbaren Elend ein Ende zu machen, gab er dem General Wimpffen den Befehl zu kapitulieren. Widerstrebend gehorchte er. König Wilhelm hatte bereits einen Offizier, Oberstlieutenant von Bronsart, mit der Aufforderung an den französischen Oberbefehlshaber sich zu ergeben abgesendet, als die weiße Fahne aufgezogen wurde. Bronsart kehrte um 7 Uhr mit dem kaiserlichen Adjutanten und einem Briefe des Kaisers zu König Wilhelm zurück. Napoleon schrieb an ihn die folgenden wenigen, aber denkwürdigen Worte: „Nachdem es mir nicht vergönnt war, in der Mitte meiner Truppen zu sterben, bleibt mir nichts übrig, als meinen Degen in die Hände Ew. Majestät zu legen". Der königliche Heldengreis verleugnete auch in diesem Augenblick nicht seinen ritterlichen Sinn. Indem er die Selbstauslieferung des französischen Kaisers, der den frevelhaften Krieg mit Deutschland und das ganze Elend desselben zu verantworten hatte, annahm, vermochte er es im Hinblick auf den raschen Wechsel irdischer Herrlichkeit nicht, sein Mitgefühl zu unterdrücken und die Umstände zu bedauern, „unter denen wir uns begegnen". „Was ich Alles empfand, — schrieb König Wilhelm damals an seine Gemahlin — nachdem ich noch vor 3 Jahren Napoleon auf dem Gipfel seiner Macht gesehen hatte, kann ich nicht beschreiben." Aber in Demut beugte er sich auch in diesem wunderbar glücklichen Augenblick vor dem, der auch die Geschicke der Völker lenkt wie Wasserbäche. „Ich beuge mich vor Gott, der allein mich, mein Heer und meine Mitverbündeten ausersehen hat, das Geschehene zu vollbringen, und uns zu Werkzeugen seines Willens bestellt hat. Nur in diesem Sinne vermag ich das Werk aufzufassen, um in Demut Gottes Führung und seine Gnade zu preisen."

Mit dem Abschluß der Kapitulation wurde deutscherseits Moltke, französischerseits Wimpffen betraut: auch Bismarck wohnte den Verhandlungen an, welche die ganze Nacht (vom 1. auf den 2. September) dauerten und in Donchery gepflogen wurden. Moltke verlangte, von Bismarck mit den stärksten Gründen unterstützt, daß die ganze Armee ihre Waffen niederlege und sich in die Gefangenschaft ergebe. Auf die Vorschläge Wimpffens, der Sieger möge sich mit dem Ehrenwort begnügen, daß keiner der Kapitulierenden in diesem Kriege mehr gegen Deutschland dienen werde, gingen die beiden deutschen Unterhändler nicht ein, sondern drohten mit der Fortsetzung der Feindseligkeiten am andern Morgen. Nachdem nun Wimpffen mit seinen Generalen einen Kriegsrat gehalten hatte, schickte er sich in das Unvermeidliche und unterzeichnete

um 6 Uhr morgens am 2. September die Kapitulationsurkunde. Die ganze Armee mußte sich darnach samt Waffen und Ausrüstung dem Sieger auf Gnade und Ungnade in Gefangenschaft ergeben: nur denjenigen Offizieren, welche schriftlich ihr Ehrenwort abgaben, daß sie bis zur Beendigung des Krieges weder gegen Deutschland kämpfen, noch in anderer Weise gegen dasselbe thätig sein würden, gestattete man „in Anerkennung der tapferen Verteidigung“, ihre Waffen und ihr persönliches Eigentum zu behalten und in die Heimat zurückzukehren.

Es war eine in der ganzen Kriegsgeschichte unerhörte Thatsache, daß eine so große Armee die Waffen streckte. Schon während der Schlacht waren 21000 Mann dem Feinde als Gefangene in die Hände gefallen; dazu kamen jetzt noch nach der Kapitulation 83000 Mann: außerdem fielen dem Sieger als Beute zu 1 Adler und 2 Fahnen, 419 Feldgeschütze und Mitrailleusen, 139 Festungsgeschütze, 1072 Fahrzeuge aller Art, 66000 Gewehre, 6000 Pferde. Die Franzosen hatten, zu den Gefangenen 3000 Tote, 14000 Verwundete und 3000 in Belgien Entwaffnete noch hinzugerechnet, vor Sedan eine Armee von 124000 Mann verloren. Auch die Deutschen hatten ihre Siege um Sedan teuer bezahlt, indem sie an Toten und Verwundeten 400 Offiziere und 8500 Mann einbüßten. Von den französischen Offizieren zogen die meisten unter den obwaltenden Umständen das Los der Gefangenschaft der Rückkehr in die Heimat vor. Und nun trat abermals eine Riesenaufgabe an die deutsche Heeresleitung heran, bei deren Bewältigung die Verwaltungseinrichtungen eine starke Probe zu bestehen hatten: es galt, abgesehen von der Fürsorge für die vielen Verwundeten und der Pflicht, die Gefallenen zu bestatten, auch noch den vielen Tausenden die Waffen abzunehmen, sie zu bewachen und zu verproviantieren, sie schnellstens nach Deutschland zu bringen und in den Festungen und Barackenlagern unterzubringen. Man sah, daß die Heeresleitung auch noch für andere Dinge rasch Sorge tragen mußte, und glänzend fürwahr löste sie auch diese Aufgabe. Das erste bayerische und ein norddeutsches Korps nahmen die Waffenstreckung des französischen Heeres vor, das auf zwei Eisenbahnlinien in kürzester Zeit nach Deutschland in die Gefangenschaft geführt wurde. Napoleon wurde ebenfalls in Gefangenschaft nach Deutschland abgeführt. Am Vormittag des 2. September war er zuerst mit Bismarck bei Donchery zusammengetroffen; in der ersten Nachmittagsstunde stand er seinem königlichen Gegner in dem Schlößchen Bellevue bei Frenois gegenüber. „Welch ein ergreifender Augenblick, der der Begegnung mit Napoleon! — sagt König Wilhelm in seiner Depesche an seine Gemahlin Augusta — Er war gebeugt, aber würdig in seiner Haltung. Ich habe ihm Wilhelms-

höhe bei Kassel zum Aufenthalt bestimmt." Daß ihm dieser reizende Ort angewiesen wurde, wollte anfangs vielen nicht in den Sinn. Aber bald bewunderten auch sie die Herzensgüte und Ritterlichkeit des greisen Helden, der es nicht über das Herz brachte, dem Feinde zu vergelten, wie er es verdient hatte.

Am 31. August und 1. September, während das Mac Mahon'sche Heer bei Sedan kämpfte und unterlag, hatte Bazaine versucht, aus Metz zu entkommen. Vom ersten Tage der Einschließung an hatte Prinz Friedrich Karl vorsorglich Anstalt getroffen, jedem Durchbruchsversuch des eingeschlossenen Feindes, auf welcher Seite er immer stattfinden mochte, mit Energie begegnen zu können. Bazaine that, was er konnte, um seine Absicht mit Erfolg gekrönt zu sehen. Allein die Belagerer überwachten mit unermüdlicher Aufmerksamkeit alle Bewegungen und Schachzüge des Marschalls und griffen seine Truppenteile, die sich zu weit heranwagten, allerorts mit Nachdruck an. Wohl hatte sich das französische Heer wieder soweit gestärkt, daß es einen Kampf aufnehmen konnte; aber seine Artilleriemunition reichte nur für eine Schlacht aus. So mußte er einen Durchbruchsversuch, den er am 26. August schon eingeleitet hatte, wieder aufgeben, und zwar auch deshalb, weil ihm keine Nachrichten über den Verbleib Mac Mahons zukamen. Erst als ihm am 27. August gemeldet wurde, daß die Armee Mac Mahons bei Stenay die Maas erreicht habe, faßte er seinen Entschluß, am 31. August „auf dem rechten Moselufer zwischen dem Fluß und der Straße nach Saarlouis vorzugehen". Allein das geräuschvolle Treiben bei der eingeschlossenen Armee hatte zu bald die Aufmerksamkeit der preußischen Vorposten erregt, so daß an eine Überraschung nicht zu denken war. Im Gegenteile, die Belagerer gewahrten die Zusammenziehung der Truppen auf dem rechten Moselufer und richteten sich darnach ein. General von Manteuffel nahm am 31. August Nachmittags den Kampf an, als die Franzosen gegen die Hochfläche von St. Barbe einen Vorstoß machten, obwohl er sich überlegenen Streitkräften des Feindes gegenübergestellt sah. Zuweilen mußten sich freilich die Belagerer zurückdrängen lassen, aber indem sie zähe aushielten, gewannen die benachbarten Truppen Zeit, herbeizueilen und durch ihre Hülfe das verlorene Terrain wiederzugewinnen. Bei Noisseville, Montoy, Poix und Servigny und Failly hatten die Preußen solche Angriffsstöße ihrer Gegner am 31. August auszuhalten. Allein der französische Oberbefehlshaber mußte den Tag mit der Überzeugung schließen, daß er am folgenden auf noch größere Schwierigkeiten stoßen würde. Zwar faßte er den Entschluß, den Angriff zu erneuern, aber indem er schon Bestimmungen für den Fall des Miß-

lingens traf, regte er „keineswegs die Unterführer zu thatkräftigem Handeln an“. Bei Noisseville hatte sich Marschall Leboeuf noch am Abend zurückziehen müssen. Bei Servigny behaupteten sich die Franzosen am Morgen des 1. September „nur mühsam unter dem Feuer der preußischen Batterieen; sämtliche Angriffe des 6. Korps gegen Failly wurden abgewiesen, der linke Flügel desselben über das Thal von Chieulles zurückgedrängt; angesichts der auf deutscher Seite noch fortdauernd eintreffenden Verstärkungen schwand jede Hoffnung auf Erfolg. Unter diesen Umständen erließ Marschall Bazaine mittags den Befehl zum allgemeinen Rückzuge unter die Mauern von Metz“. In ihrer Verblendung machten hinterher die Franzosen den unglücklichen Marschall zum Sündenbock ihrer Fehler und ihres Unglücks und verurteilten ihn zu strenger Strafe wegen seines Verhaltens vor Metz. Gerechter beurteilte ihn sein Gegner. Der Versuch durchzubrechen, sagt das deutsche Generalstabswerk, scheiterte „nicht wegen Mangels an gutem Willen ihres Oberfeldherrn, sondern an den wirksamen Gegenmaßregeln der Deutschen, vorzugsweise aber an dem heldenmütigen Widerstande der Ostpreußen unter General von Manteuffel“ und der tapfern Landwehrdivision des Generals von Kummer. Der deutsche Verlust betrug, die Offiziere eingerechnet, gegen 3000 Mann.

Es läßt sich vermuten, welchen Eindruck diese entsetzlichen Nachrichten besonders in der französischen Hauptstadt hervorrufen mußten. Solche Schläge hatten selbst die Bedenklichsten nicht gefürchtet. Schon marschierten die deutschen Heeressäulen gegen Paris vor. Die Stimmung war dort längst in Haß und Wut gegen Napoleon und seine Dynastie umgeschlagen: es bereitete sich ein Strafgericht über den Unglücklichen vor.

3. Kapitel. Der Zusammenbruch des Kaiserreichs und die ersten Zeiten der neuen Regierung bis zum Fall der Festung Metz.

1. Die Vorgänge in Paris. Vor der Katastrophe. Der Sturz des Kaiserreichs. Die neue Regierung. Laon kapituliert. Paris wird eingeschlossen. Erfolglose Unterhandlungen. Toul und Straßburg fallen. Gambetta und Moltke. Die Deutschen nehmen Orleans.

In Paris leitete Palikao das Ministerium und General Trochu war seit dem 17. August Gouverneur der Hauptstadt. Der letztere betrachtete es als seine Aufgabe, dieselbe in einen widerstandskräftigen Zustand zu versetzen, während der erstere das Verschweigungssystem seiner Vorgänger nachahmte und dadurch den Ausbruch der im Innern schon

wild gährenden Leidenschaften zurückhalten zu können vermeinte. Noch am 19. August behauptete er im gesetzgebenden Körper, über die Lage Bazaines vollständig im Dunkeln zu sein, da er von ihm keine Nachrichten empfangen habe. Trotzdem hatte er es sehr eilig, den Marschall Mac Mahon zu bestimmen, daß er nicht von Chalons nach Paris ziehe, sondern Bazaine die Hand reiche. „Wenn Sie Bazaine im Stiche lassen — telegraphierte Palikao am 22. August an ihn — ist die Revolution in Paris und Sie selbst werden von allen Kräften des Feindes angegriffen werden. Nach außen wird sich Paris verteidigen. Die Befestigungen sind vollendet.“ Die Schweigsamkeit der Regierung vermochte übrigens die hauptstädtische Bevölkerung nicht zu täuschen. In einer Art instinktiver Vorahnung dessen, was kommen werde, verließen schon jetzt die reichen Leute massenhaft die Stadt, aus welcher am 28. August auf Befehl Trochus alle noch zurückgebliebenen Deutschen ausgetrieben wurden. Eine dumpfe Ruhe lag auf allen Gemütern, man war auf nichts Gutes gefaßt, nachdem so lange Nachrichten vom Kriegsschauplatze fehlten. Da durcheilten dunkle Gerüchte die Stadt, aus Belgien trafen Depeschen ein, welche besagten, daß man an der Grenze mehrere Tage lang entsetzlichen und unaufhörlichen Kanonendonner vernommen habe. Es verhielt sich so; schon seit 48 Stunden war das Schicksal Frankreichs durch die Katastrophe von Sedan besiegelt, und doch verheimlichte Palikao noch am 3. September das Unglück, das ihm schon in seinem ganzen Umfange bekannt war. Erst am Abend desselben Tages ließ das Ministerium durch das „Journal offiziel“ etwas von Sedan verlautbaren, freilich ohne die volle Wahrheit einzugestehen: „Ein großes Unglück hat Frankreich betroffen. Nach dreitägigen heldenmütigen Kämpfen der Armee Mac Mahons gegen 300000 Feinde wurden 40000 Mann zu Gefangenen gemacht. General Wimpffen, welcher den Oberbefehl an Stelle des schwer verwundeten Mac Mahon übernommen hat, unterzeichnete die Kapitulation. . . . Der Kaiser ist in diesem Kampfe zum Gefangenen gemacht.“ Vor den Abgeordneten suchte Palikao den Eindruck dieser niederschmetternden Post durch den prahlerischen Hinweis, daß man in den nächsten Tagen 500000 Mann dem barbarischen Eindringling entgegenwerfen werde, abzuschwächen und bat um Vertagung. Allein Jules Favre brachte, bevor dieselbe beschlossen wurde, den Antrag ein, den Kaiser und seine Dynastie abzusetzen, ohne daß jemand auch nur ein Wort des Widerspruches gegen diesen Antrag vorzubringen wagte. Schweigend gingen die Abgeordneten in später Nachtstunde auseinander. Am folgenden Tage mußte sich das Geschick des Kaiserreichs entscheiden. Der Senat versammelte sich mittags zuerst, um über den

Antrag Jules Favres zu beraten, und verwarf, wie das bei seiner Zusammensetzung nicht anders zu erwarten war, denselben mit Entschiedenheit. Allein im gesetzgebenden Körper standen die Dinge ganz anders. Während die Abgeordneten sich zurückzogen, um über den erwähnten Antrag Favres, dann über einen des bekannten Thiers und endlich über einen Gesetzentwurf der Regierung zu beraten, erhob sich vor dem Hause ein furchtbarer Lärm. Der Pöbel und die Nationalgarden fraternisierten miteinander und drangen in das Sitzungsgebäude und in den Saal mit dem Rufe ein: Die Absetzung! Die Absetzung! Der Tumult im Hause wuchs immer mehr und selbst die Beschwichtigungsreden des jungen feurigen Abgeordneten Leon Gambetta nützten nichts mehr, so daß der Präsident Schneider sich genötigt sah, die Sitzung für geschlossen zu erklären. Unterdessen war die auf der Straße lärmende und die Republik ausrufende Pöbelmasse zu einem ungeheuren Strome angewachsen; von Favre geführt wälzte sie sich zum Stadthause, wo sich inzwischen die Deputierten der Stadt Paris, mit Ausnahme von Thiers, eingefunden hatten, und nun in schnellem Anlaufe eine neue Regierung, „die provisorische Regierung der nationalen Verteidigung“ eingesetzt wurde: Trochu an der Spitze, Favre, Jules Simon, Picard, Pelletan, Cremieux, Ferry, Glais-Bizoin, Gambetta, Rochefort, Arago, Garnier-Pages.

Ein einziger Windstoß hatte genügt, den Kaiserthron Napoleons zu Boden zu stürzen. Ohne Widerstand brach er zusammen, denn kein Mensch regte die Hand; ohne Blutvergießen siegte die Revolution des hauptstädtischen Pöbels. In Nacht und Nebel verließ die Kaiserin Eugenie den Schauplatz ihrer Herrlichkeit, den Louvre-Palast, von dem ritterlichen Amerikaner Zahnarzt Evans geleitet und beschützt, eilte sie aus Frankreich, um eine Zuflucht in England zu suchen, zur selben Zeit, als ihr Gemahl als Gefangener nach Deutschland eskortiert wurde. Wie hatte sich doch im Laufe von 6 Wochen wieder einmal das Blatt der Geschichte gewendet! Sic transit gloria mundi.

So hatte Frankreich durch den Willen der Hauptstadt eine neue Regierung, zusammengesetzt aus Advokaten, Journalisten, Parlamentariern. Kluger Rat war sehr teuer in dieser Not, sie heischte den Mut selbstloser That und den Bruch mit der Lüge und der Phrase. Allein gerade in diesem Punkte gab sie dem verjagten Regime nichts nach. Das Heldentum der Phrase zeichnete auch die Männer der neuen Gewalt aus. Getreu der Erbsünde aller französischen Regierungen begannen auch sie damit, den Mund recht voll zu nehmen: eine wahre Flut von Erlassen ergoß sich über das Land und Jules Favre, dem das Äußere zugeteilt wurde,

wußte seine Thätigkeit mit nichts anderem als mit folgenden lächerlichen Ruhmredereien an das Ausland zu eröffnen: „Die Dynastie ist gefallen, das freie Frankreich erhebt sich. Will der König von Preußen einen gottlosen Kampf fortsetzen, der für ihn ebenso verhängnisvoll sein wird als für uns? .... Wir werden nicht einen Zollbreit unseres Nationalgebietes, nicht einen Stein von unseren Festungen abgeben." Diese und andere beweglichen Worte erregten schädliches Bedenken gerade bei denen, an die sie gerichtet waren, und zerstörten durch ihren Wahnwitz die erhoffte Wirkung, daß sich eine europäische Macht zu einem Bündnis mit dem seinen friedensbrechenden Übermut büßenden Frankreich verleiten lassen werde. Denn als der alte schlaue Thiers eine Rundreise an die Höfe von London, Wien, St. Petersburg und Florenz übernahm, um an denselben für Allianzen zu werben, mußte er die betrübende Wahrnehmung machen, daß sich keine der Mächte in den blutigen Streit der kämpfenden Nationen mischen wollte und daß man der neuen Regierung noch zurückhaltender gegenüberstand als dem entschwundenen Kaisertum. „Herr Thiers — schrieb die vornehmste englische Zeitung — verlangt nicht mehr und nicht weniger, als daß das neutrale Europa eine Liga bildet, welche die Deutschen zum Rückzug aus Frankreich zwingt. Man kann die Thatsache nur erklären durch die Annahme, daß Thiers wie seine Regierung an fixen Ideen leidet."

Immer näher rückte unterdessen das Verhängnis gegen Paris selbst heran. Das deutsche Heer hatte sich nach den Schlachttagen bei Sedan nur die notwendigste Ruhe gegönnt und dann den Vormarsch gegen die feindliche Hauptstadt aufgenommen. Niemand hielt es mehr in seinem Laufe auf; denn was noch an militärischen Kräften vorhanden war, barg sich hinter den Mauern der Hauptstadt, um sie gegen die nordischen Barbaren zu vertheidigen: auch der General Vinoy that dies, welcher der Katastrophe von Sedan nicht durch sein Verdienst, sondern durch sein Glück entschlüpft war, und der greise Dichter Viktor Hugo, der aus der Verbannung zurückkehrte und, wie er bei seinem Empfange in unglaublich lächerlichen Phrasen ankündigte, gekommen war, um Paris, „die Stadt der Civilisation, den Lichtherd, das Centrum der Geister, Herzen und Seelen, das Hirn des universellen Gedankens" retten zu helfen.

Auf dem Vormarsche nach Paris schlossen deutsche Truppen die Festung Laon seit dem 8. September ein. Zwei Tage darnach streckte die Besatzung die Waffen unter den gleichen Bedingungen wie die Armee von Sedan. Während nun die Besitzergreifung vor sich gehen sollte,

wurde ein verruchtes Attentat ausgeführt, indem die Citadelle in die Luft gesprengt wurde. 30 deutsche Soldaten und 300 Mobilgardisten erlitten durch diesen verbrecherischen und sinnlosen Racheakt den Tod; unter den Verwundeten befand sich auch der Prinz Wilhelm von Mecklenburg. Solche Vorkommnisse waren geeignet den Deutschen Vorsicht in jeder Hinsicht gegenüber den Franzosen einzuschärfen und ihnen in nichts ein Vertrauen zu schenken. Am 17. September langten die ersten deutschen Truppen vor Paris an und sofort begann das großartige Unternehmen, die Riesenstadt von allen Seiten einzuschließen, eine Aufgabe, welche dem preußischen und sächsischen Kronprinzen mit ihren Armeen zufiel. Zwar versuchten die Franzosen unter dem wortbrüchigen General Ducrot — er hatte sich bei Sedan durch schriftliches Ehrenwort verpflichtet, in diesem Kriege nicht mehr die Waffen zu ergreifen — diesen Plan der Deutschen zu vereiteln, sie wurden jedoch in den Gefechten von Bicetre und Chatillon zurückgeworfen, so daß bereits am 19. September Paris umzingelt war.

In diesem Augenblick wandte sich wiederholt der Minister Jules Favre an den Grafen Bismarck, der im Hauptquartier von La Ferrieres war, mit der Bitte, ob er nicht zu einer Unterredung über die Bedingungen eines friedlichen Ausgleiches geneigt sei. Da deutscherseits die Beendigung des Krieges gerne gesehen worden wäre, so wurde jene Unterredung bewilligt und Jules Favre verhandelte in Montry und Ferrieres mit Bismarck. Der letztere ließ dabei keinen Zweifel darüber obwalten, daß man deutscherseits nach den Opfern und Erfolgen als die Grundlage eines Friedensschlusses von der französischen Regierung das Zugeständnis einer Gebietsabtretung von vorneherein verlangen müsse; dagegen lehnte diese Forderung Jules Favre als ungerechtfertigt durchaus ab und verstand sich nur dazu, die höchste Geldentschädigung (tant d'argent que nous avons) zu leisten. Bei diesem Gegensatz konnte fruchtbarerweise von einem Friedensschlusse weiter nicht die Rede sein; man beschränkte sich darauf, die Frage eines Waffenstillstandes zu erwägen, damit dem französischen Volke Gelegenheit geboten würde, die provisorische Regierung mit den notwendigen Vollmachten auszustatten. Dem deutschen Staatsmann erschien es in der That wünschenswert, eine definitive, von ganz Frankreich gebilligte Regierung vor sich zu haben, mit welcher völkerrechtliche Abmachungen getroffen werden konnten. Natürlich knüpfte Bismarck auch die Bewilligung eines Waffenstillstandes an Bedingungen, welche dem damaligen Stande der Dinge entsprachen und keineswegs hart zu nennen waren, wie das nach ihrem Bekanntwerden von der europäischen Presse anerkennend ausgesprochen wurde. Er verlangte die

Übergabe der Festungen Bitsch, Toul und Straßburg, von denen die beiden letzteren ihrem Falle schon nahe waren. Vor Metz sollte der Kriegszustand fortdauern. Selbst diese mäßigen Forderungen erachtete aber die französische Regierung für unannehmbar und beharrte in einem erneuten Aufruf bei ihrem Grundsatz: „Kein Zoll von unserem Gebiete, kein Stein von unseren Festungen"; ja die Regierungsdelegation von Tours, ein Ableger der Pariser Hauptregierung, verstieg sich zu der verleumderischen Ausstreuung, Preußen wolle den Krieg fortsetzen und Frankreich zu einer Macht zweiten Ranges erniedrigen. Wenn sie sich der Meinung hingab, durch jenen Entschluß die Bewunderung oder gar die Zustimmung der öffentlichen Meinung in Europa zu erwerben, so täuschte sie sich bitter. Im Gegenteil, indem Bismarck öffentlich den Sachverhalt darlegte, weckte er die allgemeine Überzeugung, daß nur verblendeter Starrsinn, der sich seiner furchtbaren Verantwortung nicht bewußt ist, darauf bestehen könne, selbst nicht einen zweifellos billigen Preis seiner Niederlagen an den Sieger zu bezahlen. „Wenn die Franzosen — schrieb die Times — bis zum traurigen Ende kämpfen wollen, müssen wir ihren Heroismus wohl schätzen, aber von allen Völkern welche so oft Länder für sich erobert haben, sollten sie die letzten sein, dergleichen als ein grausames und unerträgliches Verfahren zu bezeichnen." Der Krieg nahm also wieder seinen Fortgang.

Die Einschließungsarmee faßte ihre Aufgabe mit dem gewohnten Ernste an und sicherte ihre Stellungen durch Schanzarbeiten aller Art. In weitem Bogen umspannte sie die Weltstadt. Währenddem erfolgte in der zweiten Hälfte des Monats September der Fall der Festungen Toul und Straßburg. Toul, welches die Eisenbahnverbindung mit der deutschen Heimat sperrte, hatte der Großherzog Friedrich von Mecklenburg-Schwerin eingeschlossen und zu beschießen angefangen, als am 23. September nachmittags die weiße Fahne aufgezogen wurde. Die Besatzung ergab sich nach den Sedaner Bedingungen: sie bestand aus 109 Offizieren und 2240 Mann. Unter den ausgelieferten Beständen befand sich eine Standarte, ein Adler, 71 Festungsgeschütze und vieles andere. Straßburg, „der Schlüssel unseres Hauses", wie es Bismarck gegen Jules Favre genannt hatte, wurde seit dem 26. August von den deutschen Belagerungstruppen unter General von Werder in aller Form angegriffen und beschossen. Die Belagerungsarbeiten gingen rüstig weiter und immer näher schoben sich die Belagerer an die Stadt heran, die sich derselben durch wiederholte Ausfälle (unter ihnen war der nachdrucksamste derjenige vom 2. September) aber erfolglos zu erwehren bemühte. Mit der Dauer der Belagerung verstärkte sich die Heftigkeit der Beschießung. Obwohl

General Uhrich, der Kommandant der Festung, einsah, daß er sich nicht werde halten können, so wollte er sich doch nicht leichten Kaufes ergeben, sondern erst der äußersten Notwendigkeit fügen. Als nun am 27. September Bresche in den Hauptwall geschossen und diese selbst gangbar geworden war, ergab er sich in das Unvermeidliche und kapitulierte. Die Stadt hatte genug gelitten: 193722 schwere Schüsse waren seit Beginn der Belagerung gegen sie abgefeuert worden und hatten eine furchtbare Verheerung angerichtet. Die Übergabe erfolgte ebenfalls auf Grund der Bedingungen von Sedan. Gegen 500 Offiziere und Beamte, über 17000 Soldaten gerieten in Gefangenschaft. Mit der Stadt und Festung fielen auch die Barbestände der Staatsbanken (2 Mill. Fr.), etwa 1200 Geschützrohre, 800 Lafetten, über 20000 Handfeuerwaffen, ansehnliche Munitionsvorräte und andere reiche Kriegsbeute in die Hände des Siegers. Einschließlich der getöteten und verwundeten Einwohner betrug der Verlust der Belagerten 4300 Mann; die Belagerungstruppe hatte 39 Offiziere und 894 Mann eingebüßt.

Trotz dieser neuen und schweren Schläge beharrte die französische Regierung bei ihrem verderbenbringenden Vorsatz, weil sie von dem unsinnigen Hochmut beseelt war, daß die Ehre Frankreichs von anderer Beschaffenheit sei als die anderer Völker. Indem das Regierungsmitglied Leon Gambetta, welcher mittels Luftballon das umlagerte Paris verlassen hatte, öffentlich kundgab: „Auf so unverschämte Ansprüche (die Abtretung von Elsaß und Lothringen) antwortet man nur durch den Kampf bis auf das äußerste“, sprach er das Losungswort dieses erneuten Krieges aus, der aussichtslos und gegen den Willen des deutschen Siegers fortgesetzt wurde. Die Seele dieses neuen Kriegsabschnittes war Gambetta. Im Vordergrund seiner Pläne stand die Absicht, den Gürtel der Belagerer von Paris zu sprengen. Dieses Ziel sollte erreicht werden durch Ausfälle der Belagerer, die er durch die Schöpfung einer großen Volksarmee, welche gleichzeitig von verschiedenen Seiten gegen den barbarischen Eindringling heranrücken und sie zwischen zwei Feuer bringen sollte, wirksam unterstützen zu können hoffte. Auch der Armee Bazaines in Metz dachte er bei diesem Werke eine Rolle zu, die im ungünstigsten Falle wenigstens darin bestehen sollte, einen großen Teil der deutschen Heereskraft vor dieser Festung zurückzuhalten.

Zweifellos besaß Gambetta große Eigenschaften: eine haßerfüllte Begeisterung, eine die Massen fortreißende Beredsamkeit, unermüdliche Thatkraft und ein unleugbares Organisationstalent. Allein es stand ihm die klare, sachliche Berechnung eines Feindes gegenüber, der alle Schachzüge und Absichten des Diktators, der Gambetta thatsächlich war,

durchschaute und mit genialer Überlegenheit durchkreuzte. In Gambettas Rechnung figurierten viele imaginäre Werte, in der deutschen fand sich kein einziger solcher Posten. Gambetta war als Advokat und Parlamentarier zwar auf der Rednerbühne außerordentlich heimisch, aber die Welt des Krieges war ihm fremd. Die deutsche Heeresleitung dagegen besaß in Moltke einen Schlachtendenker, der alle Umstände zu erwägen und alle Möglichkeiten in Ansatz zu bringen wußte und dem ganzen Kriegszug den Stempel zielbewußter Planmäßigkeit bisher schon aufgedrückt hatte. Dazu kam noch, daß bei dem deutschen Heere alles auf sicheren und erprobten Einrichtungen beruhte, während Gambetta sich fast ausschließlich auf augenblickliche Eingebungen angewiesen sah. In der That beurteilte abgesehen von Deutschland, welches mit berechtigter Zuversicht den Gang der Dinge verfolgte, der europäische Zuschauerkreis den neuen Anlauf, den jetzt Frankreich nahm, in Anbetracht des Ausganges als eine Tollkühnheit, die nur neue Opfer forderte, die alte Schuld vergrößerte und schließlich sich den Kopf an der Wand einrennen mußte.

Betrachtet man nur den Aufruf, mit welchem Gambetta am 9. Oktober den Departements die Übernahme seiner und ihrer Aufgabe ankündigte, so erhellt, welche thörichte Vorstellungen diesen Kopf durchstürmten. Unumstößlich schien ihm der Satz zu sein, daß Paris uneinnehmbar sei: weder durch Gewalt oder Überraschung könne es erobert, noch durch den Hunger bezwungen werden. Der Krieg müsse aller Bürger einziger Gedanke sein. Noch fehle es Frankreich nicht an Mannschaften; dagegen an Waffen, welche mit den festen Plätzen dem Feinde in die Hände gefallen seien dank der unglaublichen Thorheit der vorigen Regierung, gebreche es; indessen würden die abgeschlossenen Lieferungsverträge zur Folge haben, „alle in der ganzen Welt verfügbaren Gewehre uns zu sichern". „Der Himmel wird aufhören, unsere Gegner zu begünstigen. Die Herbstregen werden kommen, und zurückgehalten bei Paris, weit entfernt von ihrer Heimat, beunruhigt von uns, werden die Feinde dezimiert werden durch unsere Waffen, durch den Hunger, durch die Natur." Ganz so blindlings, als Gambetta erwartete, folgte ihm trotz solcher Prophezeiungen seine Nation nicht. In Toulouse bildete sich eine „Liga des Südens" auf eigene Faust und in Marseille warf sich Esquiros zum Diktator auf. Dennoch gelang es Gambetta allmählich die Gewalt in seiner Hand zusammenzufassen, freilich nicht unbehindert von den Deutschen. Denn schon am 5. Oktober war General v. d. Tann mit seinem 1. bayerischen Armeekorps von Paris weg an die Loire entsendet worden, um den neugebildeten Feldtruppen zu begegnen. Am 10. Oktbr. traf er bei Artenay

auf den Feind unter General de la Motterouge und schlug ihn derart, daß er sich fliehend zurückzog. Des andern Tags beschloß daher v. d. Tann, die Stadt der Jeanne d'Arc, Orleans, mit Gewalt zu nehmen. Den ganzen Tag bis zur Abendstunde wurde gekämpft, bis es den Braven mit einem Verluste von 900 Mann glückte, die Stadt zu erstürmen und eine ansehnliche Anzahl von Gefangenen (1800) und reiche Beute an Eisenbahnmaterial (10 Lokomotiven und 60 Eisenbahnwagen) zu machen. Mit Orleans fiel die Loirelinie in die Gewalt der Deutschen. Gambetta setzte auf diese Niederlage hin alsbald den General de la Motterouge ab und an seine Stelle den General Aurelle de Paladines ein. Nach dem Norden Frankreichs sandte er, um dort die Streitkräfte zu organisieren, den aus Metz entkommenen General Bourbaki mit dem Sitz in Lille, den früheren Polizeipräfekt von Paris, Keratry, in die Bretagne. Den italienischen General und Demagogen Garibaldi, welcher aus republikanischem Fanatismus sich in diesen Streit, der ihn nichts anging, mischen zu müssen glaubte, betraute er mit der Errichtung von Freischaren in den Vogesen. Fieberhaft arbeitete Gambetta daran, die Mittel für die Befreiung von Paris zu beschaffen. Hätte er nur redlicherweise die Wahrheit dem französischen Volk, dem er schwere Opfer zumutete, bekannt; statt dessen aber übertraf er die Napoleonische Regierung an Lügenhaftigkeit. Es wäre mehr als ein Wunder gewesen, wenn die republikanischen Lügen bessere Früchte getragen hätten, als die kaiserlichen.

2. Paris in den letzten Septembertagen und im Oktober. Gefecht bei Chevilly, bei Bagneux, La Malmaison und bei Le Bourget. Die Kapitulation von Soissons und Metz.

Die Deutschen unternahmen, vorerst damit zufrieden Paris rings eingeschlossen zu haben, keinen gewaltsamen Angriff auf die Stadt, sondern verstärkten mit Eifer ihre eigenen Stellungen. Auch die Belagerten benutzten die Zeit dazu, ihre Verschanzungen weiter auszubauen und ihre ungeschulten Mannschaften, so gut es ging, auszubilden. Der Belagerungskrieg stellt an eine Armee ganz andere Aufgaben, als der Krieg im freien Feld. Geduld und Ausdauer gehören dazu, stille zu sitzen und trotz der lange sich hinziehenden Zeit nicht zu erschlaffen; der Dienst auf den Vorposten, in den Laufgräben und Verschanzungen, bei Tag und Nacht und jedem Unwetter ist beschwerlich und erfordert die größte Wachsamkeit und soldatische Zucht. Wenn, wie es gewöhnlich der Fall sein wird, die Gegend rings um den belagerten Platz verheert und ausgeplündert angetroffen wird, so bereitet die Unterbringung und Verpflegung

der Truppen die größten Schwierigkeiten. Mit allen diesen Übelständen hatte das deutsche Heer zu kämpfen und wurde ihrer Herr trotz der weiten Entfernung von der Heimat und der riesigen Masse von Leuten, die zu versorgen und zu verpflegen waren. Im allgemeinen biwakierten „nur die äußersten Vorposten; an vielen Stellen wurden selbst für die Feldwachen Baracken erbaut. Um die Vorposten rechtzeitig unterstützen zu können, ließ es sich allerdings nicht vermeiden, auch solche Dörfer zu belegen, welche sich im Feuerbereiche des Festungswerkes befanden". Es dauerte freilich einige Zeit, bis die Zufuhr von Lebensmitteln in ein regelmäßiges Geleise gebracht war. Anfangs gab es manche Stockung. Die entwichene Bevölkerung hatte fast alles Vieh weggetrieben und von den Vorräten das, was sie nicht mitnehmen konnte, vernichtet. So blieb nichts übrig, als das Heer aus Deutschland selbst zu versorgen, indem die Eisenbahnverbindung mit der Heimat so in den Stand gesetzt und betrieben wurde, daß sie den ganzen Lebensbedarf des Heeres herbeischaffen konnte. Auch das gelang den Anstrengungen und der Pflichttreue derer, denen diese Vorsorge oblag.

In Paris ging es unterdessen kunterbunt zu. Man lärmte, stritt, brüstete sich und zweifelte, brannte vor Thatendurst und war tapfer über die Maßen in den Zeitungen, auf den Straßen und in den Kaffeehäusern. Felsenfest baute man auf die Unüberwindlichkeit der Stadt und erwartete mit Ungeduld den baldigen Vernichtungstag der frevelhaften Belagerer. Oben und unten herrschte thörichte Verblendung und eitler Selbstruhm. Trochu ließ fortwährend von den Forts aus auf die Belagerungslinie schießen, nur um durch den Kanonendonner die Pariser glauben zu machen, daß etwas im Werke sei. Er selbst war wohl keineswegs darüber im Zweifel befangen, daß mit diesen Scheinmanövern nichts als die Munition nutzlos vergeudet würde. Den Mut nach bester Einsicht zu handeln besaß er nicht. Auch die Ausfälle, welche er bald nach der Einschließung zu unternehmen begann, geschahen mehr, um dem Pariser Pöbel etwas vorzuspiegeln, als in dem Glauben an einen Erfolg. Nach kleinen Vorpostenplänkeleien am 23. September wurde am 30. ein heftiger Ausfall gegen Süden von Vinoy bei Chevilly unternommen. Scheinangriffe auf dem linken Bievre- und rechten Seineufer sollten die Absicht verdecken und unterstützen. Aber der Angriff scheiterte an dem Schnellfeuer des 6. Armeekorps, so daß der Rückzug der Franzosen bald in wilde Flucht ausartete. Gleichwohl brachte es Trochu, ein Phrasenheld wie die andern — die Pariser nannten ihn spottweise Trop-lu —, fertig, am 1. Oktober dem davongelaufenen 13. Armeekorps seinen und des Vaterlandes Dank für seine ausgezeichnete Tapferkeit auszusprechen und die Deutschen zu ver-

dächtigen, als wollten sie „die Ehre der Nation niederdrücken und sie selbst vernichten".

Nach einer kurzen Pause fand am 13. Oktbr. abermals ein Ausfall statt, ebenfalls geleitet von Vinoy, und zwar gegen Südwesten auf die Stellung der Bayern bei Bagneux. Bei dieser Gelegenheit schossen die Franzosen mutwilligerweise das schöne Schloß St. Cloud, welches die Deutschen bisher rücksichtsvoll verschont hatten, in Brand und brachen nach dieser Heldenthat das Gefecht unbelästigt vom Feinde ab. Von da an trat in dem Verfahren der Pariser Generale insofern eine Änderung ein, als sie nunmehr den Gedanken eines Durchbruchs ernster ins Auge faßten, weil sie die ganz richtige Überzeugung gewonnen hatten, daß es seitens der Deutschen auf die Aushungerung der Hauptstadt abgesehen sei. Zu dem ersten derartigen Versuche wählten sie die westliche Richtung über den Mont Valerien hinaus; derselbe fand am 21. Oktober bei La Malmaison in einer Stärke von 10000 Mann mit 120 Feldgeschützen statt, wurde aber vom 5. Armeekorps kräftig abgeschlagen. Mehr Glück schien den Belagerten eine Woche darauf an einem anderen Punkte zu lächeln, indem sie sich das östlich von St. Denis gelegene Dorf Le Bourget zum Angriff ausersahen. Am 28. Oktober in der frühesten Morgenstunde führte gegen dieses Dorf, das vom Gardekorps nur mit einer Kompagnie besetzt war, der General Bellemare das „Freikorps der Presse" heran und zwang die schwache preußische Abteilung sich zurückzuziehen. Alsbald richteten sie sich dort zur Verteidigung ein und verbarrikadierten die Straßen. Die Deutschen versuchten am folgenden Tage den Gegner durch Artillerie aus dem Dorfe erfolglos zu vertreiben. Da gab der sächsische Kronprinz dem Gardekorps den Befehl, dasselbe um jeden Preis zu nehmen. Es war ein blutiger Tag, der 30. Oktober: denn die Angreifer hatten nicht nur das Feuer aus Le Bourget, sondern auch aus den Forts rechts und links davon auszuhalten. Trotzdem drang das tapfere Königin-Elisabeth-Regiment in das Dorf ein, in welchem sich ein furchtbarer Häuser- und Straßenkampf entwickelte; viele Tapfere starben den Heldentod, aber durch ihr Beispiel entflammten sie den Mut der Ihrigen aufs höchste. Diese trieben denn auch mit einem Verluste von 500 Mann die Franzosen aus dem Dorfe hinaus und machten über 1200 Gefangene.

Auch im Festungskrieg verfolgte während dieses Zeitraumes die Franzosen das Unglück. Die auf der Linie von Paris nach Belgien gelegene Festung Soissons war seit dem Vormarsche der Deutschen nach der Hauptstadt zuerst von einer kleinen Abteilung beobachtet, später von einer größeren Truppenmasse allmählich eingeschlossen und endlich

auf ausdrücklichen Befehl aus dem Hauptquartier seit dem 11. Oktober unter dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin beschossen. Am 16. Oktober ergab sich der Festungskommandant. Man darf sich nicht wundern, daß dasselbe Mißgeschick die Franzosen allenthalben heimsuchte, weil überall der gleiche Geist der Zuchtlosigkeit die Herrschaft an sich gerissen hatte. Das deutsche Generalstabswerk kennzeichnet diese sittliche Auflösung mit den paar Worten, die sie der Besatzung der gefallenen Festung widmet: „Die etwa 4800 Köpfe zählende kriegsgefangene Besatzung marschierte, großenteils berauscht und in ziemlich aufgelöster Ordnung, zum Rheimserthore hinaus".

Wenige Tage darauf sollte sich das Schicksal der Festung Metz erfüllen. Es war leicht zu begreifen, daß das französische Volk Blicke voller Hoffnung dorthin richtete. Die einzige regelrechte Armee, über die Frankreich noch verfügte, stand an der Mosel: allerdings vom Feinde eingeschlossen, aber wie die Lügendepeschen verbreiteten, immer noch in einer Verfassung, die nach Belieben einen Durchbruch gestattete. Bedenklich mußte es dabei allerdings erscheinen, daß Bazaine sich, obschon er angeblich konnte, nicht die Freiheit gab. Vielleicht — so vermutete man — hielten ihn politische Rücksichten davon ab, dies zu thun, da er als ein ergebener Diener der kaiserlichen Dynastie immer gegolten hatte, und deshalb die letzte Armee Frankreichs dazu verwenden wollte, für den Kaiser zu retten, was noch zu retten war. In der That schickte Bazaine im Interesse der Dynastie einen Unterhändler ins feindliche Hauptquartier und an die Kaiserin Eugenie nach England. Allein nicht die Erfolglosigkeit dieser Sendung, sondern seine eigene Lage verhinderte ihn an dem Gebrauch der Freiheit, die er thatsächlich nicht besaß. Nach seinem vergeblichen Durchbruchsversuch bei Noisseville gab er sich einem beobachtenden Zuwarten hin, ob sich nicht doch irgendwo eine günstige Gelegenheit darbiete. Die Einschließungsarmee hatte keine leichte Aufgabe, indem die Unbilden der Witterung, das Lagern auf einem ungesunden Boden, der soeben der Schauplatz mörderischer Schlachten gewesen, unausgesetzte Verschanzungsarbeiten und anstrengender Wachtdienst bei Tag und Nacht zu ertragen waren. Aber auch im aufreibenden Festungskrieg bestand sie die Probe ihrer Tüchtigkeit. Ihr Führer Prinz Friedrich Karl hoffte schon Anfang September den Marschall Bazaine dadurch zur Übergabe zu bewegen, daß er eine Anzahl Gefangener von der Chalonsarmee in die Festung sandte, um durch sie unbezweifelten Bericht über das Schicksal derselben erstatten zu lassen, ohne jedoch etwas mit diesem Schritt zu erzielen. Bazaine veröffentlichte zwar diese Meldung, aber zugleich kündigte er auch an, daß seine Rheinarmee nach wie vor ihre Pflicht zu

erfüllen und „das Vaterland gegen den eingedrungenen Feind und die öffentliche Ordnung gegen schlechte Leidenschaften zu verteidigen“ habe. Diesem Vorsatze gegenüber blieb der deutschen Armee nichts übrig, als ihre Stellung so einzurichten, daß der voraussichtliche Verzweiflungsversuch des Feindes, sich zu befreien, keinen glücklichen Ausgang haben konnte. In der That machte derselbe am 22., 23. und 27. September abermals Ausfallsgefechte in verschiedenen Richtungen, die nur den Erfolg hatten, daß es den Franzosen gelang, in einzelnen Ortschaften Lebensmittel zu erbeuten, die sie sehr wohl brauchen konnten. Es wurde dafür gesorgt, daß in Zukunft nicht einmal dieser kleine Vorteil mehr von ihnen erreicht werden konnte. Am 7. Oktober, nachdem General Bourbaki abermals im Auftrage Bazaines bei der Kaiserin in England gewesen war, ohne etwas Nennenswertes auszurichten, und der Marschall seinen unabänderlichen Entschluß nur unter der Bedingung freien Abzugs für seine ganze Armee zu kapitulieren wiederholt hatte, versuchte er wieder durch einen unvermuteten Vorstoß nach Norden seine Vorräte zu ergänzen, wurde jedoch bei Bellevue nach zähem und blutigem Ringen zurückgeworfen. (Deutscher Verlust gegen 1700 M.)

Schon machte sich infolge der längeren Dauer der Belagerung der zunehmende Mangel an Lebensmitteln in der Festung recht fühlbar. Dessenungeachtet sprach sich ein von Bazaine abgehaltener Kriegsrat am 10. Oktober noch dahin aus, daß die Rheinarmee durch Ausharren dem bedrängten Vaterlande den besten Dienst erweise; nur müsse man mit dem Feinde in Unterhandlungen treten, um von ihm ehrenvolle Kapitulationsbedingungen zu erhalten; verweigere er diese, so müsse ein letzter Versuch durchzubrechen gemacht werden, bevor die letzten Vorräte aufgebraucht seien. Man verhandelte also. Die Verhandlungen zogen sich aber deshalb in die Länge, weil Graf Bismarck sichere Garantieen darüber verlangte, wer denn einen bindenden Vertrag abzuschließen berechtigt sei. Da Bazaine erklärte, durch seinen Eid dem Kaiser und der Regentschaft verpflichtet zu sein, so wurde im Einverständnis mit dem Marschall der General Boyer nach England zur Kaiserin Eugenie gesandt. Aber auch sie wollte in keine Abtretung einwilligen, während deutscherseits dies Zugeständnis als die Voraussetzung jeder Abmachung angesehen wurde. In Metz gestalteten sich unterdessen die Verhältnisse immer drückender; die deutsche Heeresleitung wurde durch französische Soldaten, die sich zahlreich beim Kartoffelsuchen gefangennehmen ließen, davon unterrichtet. Dazu kam noch, daß Bürger und Soldaten sich zusammenzurotten begannen und der Marschall kaum mehr imstande war, die Unzufriedenen im Zaum zu halten. Mit Eilschritten

rückte die Not heran: man mußte seit dem 20. Oktober die Rationen der Soldaten beschränken, man mußte, um dem Fleischmangel zu begegnen, Pferde schlachten, endlich zeigte der Festungskommandant dem Marschall an, daß die Vorräte der Stadt schon in den nächsten Tagen erschöpft sein würden. Noch immer vermeinte Bazaine, den freien Abzug bei der unvermeidlichen Kapitulation vom Feinde erwirken zu können, bis ihm zuletzt der drohende Hunger die traurige Überzeugung beibrachte, daß er sich bedingungslos übergeben müsse. Am 27. Oktober abends wurde die Kapitulation unterzeichnet, wonach die Rheinarmee für kriegsgefangen erklärt und die Festung mit allen Vorräten und Waffen dem Sieger ausgeliefert wurde. Die Offiziere durften, wenn sie in die Gefangenschaft gingen, ihre Degen behalten oder gegen schriftliches Ehrenwort nach Frankreich zurückkehren. Am 28. Oktober wurde das glückliche Ereignis durch Prinz Friedrich Karl öffentlich bekannt gemacht; König Wilhelm ernannte ihn und den Kronprinzen Friedrich in dankbarer Anerkennung der Verdienste der ganzen Armee „vom General bis zum Soldaten“ zu Generalfeldmarschällen und erhob den General v. Moltke in den Grafenstand. Marschall Bazaine wählte die Gefangenschaft in Kassel. Die Rheinarmee zählte, die Verwundeten und Offiziere eingerechnet, 173000 Mann. Außerdem fielen dem Sieger 56 kaiserliche Adler, 622 Feld-, 876 Festungsgeschütze, 137000 Chassepot- und 123000 andere Gewehre nebst ansehnlicher Munition in die Hände. Auch die Deutschen hatten dieses feste Bollwerk Frankreichs nicht leichten Kaufes gewonnen. Durch den überaus strengen Dienst und durch Krankheiten waren ihre Reihen beträchtlich gelichtet und in den Kämpfen um die Festung 240 Offiziere und 5500 Soldaten, tot oder verwundet, verloren worden. Für die französische Nation bedeutete der Fall von Metz einen außerordentlich schweren Schlag. Die einzige regelmäßige Armee war nun auch verloren und in feindliche Gefangenschaft geraten und der Feind hatte einen neuen, äußerst wichtigen Stützpunkt gewonnen, das zweite der berühmten Ausfallsthore Frankreichs gegen den östlichen Nachbar. Wie dieser bisher sich schon gestellt hatte, ließ er befürchten, daß er die schöne Festung überhaupt nicht mehr herausgeben werde. So hatte er ein neues schwerwiegendes Pfandstück in der Hand. Sein Übergewicht wuchs damit aufs neue. War es nicht am besten, bei der zunehmenden Aussichtslosigkeit den Frieden zu schließen, welchen im stillen schon viele begehrten? Der vor Leidenschaft zitternde Diktator Frankreichs und nun zugleich sein Peiniger, Gambetta, wollte es nicht.

4. Kapitel. Die Versuche Paris zu entsetzen.

1. General v. d. Tann. Kapitulation von Verdun. Die Vorgänge an der Loire. Coulmiers. Beaune la Rolande. Villepion. Loigny. Die Wiedereinnahme von Orleans. Schlacht von Beaugency. Die Entsatzversuche von Westen her und die Schlacht von Le Mans. Die letzten Gefechte der zweiten Armee.

Nach der Einnahme von Orleans sollte der bayerische General womöglich die französische Regierungsabteilung aus Tours vertreiben und die in Bourges aufgehäuften Vorräte (hauptsächlich in Geschützen und Munition bestehend) wegnehmen. Allein da v. d. Tann sich überzeugte, daß die ihm gegenüberstehenden Streitkräfte sich rasch und ansehnlich vermehrten und daß Bourges zu stark befestigt und durch keinen Überfall zu gewinnen war, so beschränkte er sich darauf den in Besitz genommenen Loireabschnitt zu behaupten. Ein Teil der hiezu nicht erforderlichen Truppen sollte zunächst die bei Chateaudun und Chartres in beträchtlichen Massen auftretenden Freischaren zerstreuen. In der That nahm die 22. Division am 18. Oktober Chateaudun ein und bestrafte die Stadt, weil die Bewohner am Kampfe teilgenommen hatten, mit einer beträchtlichen Kontribution. Am 20. Oktober mußte auch Chartres den Deutschen die Thore öffnen.

Es war freilich zu befürchten, daß demnächst an der Loire die in der Bildung begriffene französische Südarmee erscheinen und alles daransetzen werde, der Hauptstadt Hülfe zu bringen. Dies Ziel zu erreichen, spannte Gambetta alle Kräfte an und zweifellos konnte v. d. Tann mit der Zahl seiner Truppen eine große Armee kaum auf die Länge von ihrem Marsch gegen Paris abhalten. Allein schon durfte man im Hauptquartier zu Versailles mit dem Falle von Metz rechnen, durch den die Belagerungsarmee verfügbar wurde und einem von Süden unternommenen Entsatzversuche von Paris sich entgegenstellen konnte. Als in der letzten Oktoberwoche Metz fiel, wurde die 1. Armee (früher unter Steinmetz) wiederhergestellt und ihr Führer, General v. Manteuffel, beauftragt die Festungen Diedenhofen, Montmedy und Verdun zu belagern und mit allen übrigen Truppen in die Gegend zwischen St. Quentin und Compiegne vorzurücken; Prinz Friedrich Karl aber sollte sich gegen die mittlere Loire mit der 2. Armee aufmachen. Die Festung Verdun hatten am 24. August die Sachsen vergebens zu überrumpeln versucht; seitdem war dieselbe anfangs nur beobachtet, erst später förmlich belagert worden. Ein unentschiedener Festungskrieg im kleinen mit Ausfällen der Belagerten, mit Schanzarbeiten und Beschießung seitens der

Belagerer zog sich bis Ende Oktober hin, wo von Metz her Verstärkungen und Belagerungsgeschütze (120) herangenommen werden konnten. Daraufhin sah sich der Festungskommandant veranlaßt in Verhandlungen einzutreten und am 8. November die Festung dem Feinde zu übergeben.

Unterdessen hatte Gambetta, der mit der unbeschränkten Gewalt eines Diktators in Tours schaltete und waltete, eine Streitmacht von 600 000 Mann mit 1400 Geschützen zusammengerafft, welche vom Süden und Westen her auf Paris losrücken sollte und zwar womöglich vor dem Eintreffen des Prinzen Friedrich Karl. Wäre die französische Armee ebenso geschult als zahlreich gewesen, so hätten die deutschen Truppen, die allerdings durch den Großherzog von Mecklenburg-Schwerin eine Verstärkung erhalten hatten, nicht vermocht auf allen bedrohten Punkten sich dem Feinde entgegenzustellen. General v. d. Tann fühlte seit den ersten Novembertagen das starke Anwachsen der feindlichen Truppen an der Loire in der Richtung auf Orleans und entschloß sich nach mehreren Vorpostengefechten (so besonders bei Marchénoir am 7. November) nicht bei Orleans den Kampf aufzunehmen, sondern seine Truppen westlich dieser Stadt bei Coulmiers zusammenzuziehen. Am 9. November kam es hier zu einem blutigen Gefecht, in welchem 20 000 Deutsche sich gegen 70 000 Franzosen heldenmütig zur Wehr setzten, so daß es der Übermacht nicht gelang dem Feinde eine Niederlage beizubringen. Zwar mußte v. d. Tann sich zurückziehen und Orleans aufgeben, aber dies geschah mit Ordnung und Ruhe: nur die beiden Feldlazarette mit 450 kranken und verwundeten Soldaten in Orleans mußte man zurücklassen.

Schon der Umstand, daß die Franzosen keine Miene machten ihren bei Coulmiers errungenen Vorteil auszunützen, bewies deutlich genug, wie gering derselbe von ihnen selbst angeschlagen wurde. Dennoch beeilte sich Prinz Friedrich Karl auf das höchste die gefährdete Stellung des Generals v. d. Tann zu erreichen und sich in weitem Bogen der französischen Armee entgegenzustellen. Bei der letzteren trug nicht nur alles ein unfertiges Gepräge, sondern wirkten auch einander entgegenstehende Ansichten und Absichten sehr störend. Während der Obergeneral d'Aurelle langsam Boden gewinnen wollte, vermeinte der Diktator Gambetta durch gewaltsame Stöße wie eine Windsbraut ohne Rast und Ruhe den Feind werfen zu können und riß, als jener dagegen wohlbegründeten Einwand geltend machte, nun auch die Leitung des Kriegszuges selbst an sich. Bei Beaune la Rolande ließ er am 28. November mit Übermacht angreifen; aber die Deutschen warfen die Feinde zurück, die jetzt einsehen mußten, daß ein Vorgehen auf Paris in nordöstlicher Richtung nicht möglich sei. Deshalb probierten sie von da ab dies mehr westlich am

1. und 2. Dezember. Am 1. Dezember versetzten sie den Bayern einen unerheblichen Stoß bei Villepion, der aber in den Augen Gambettas eine so ausschlagende Bedeutung besaß, daß er in hochtönenden Phrasen dem französischen Volke den bevorstehenden Untergang der deutschen Barbaren verkündigte. Aber schon am andern Tage mußten die Franzosen bei Loigny und Poupry trotz der größten Anstrengung erfahren, daß ihr heißer Wunsch, nach dem Norden vorzudringen, kaum in Erfüllung gehen werde. Vielmehr schickten die Deutschen sich an, jetzt zum Angriff überzugehen und das verlorene Orleans wiederzugewinnen. Zwei Tage lang wurde blutig um den Besitz der Stadt gerungen: bei Chilleurs aux Bois, bei La Tour, bei Artenay und Chevilly, bei Donzy und Trogny, bei Vaumainbert und St. Loup, bei Cercottes, bei Boulay und La Borde. Es war eine Schlacht im großen Stil, deren Bedeutung auf beiden Seiten vollständig verstanden und gewürdigt wurde. Selbst Gambetta eilte mittels eines Eisenbahnzuges von Tours heran, kehrte aber, als einige Granatschüsse gegen ihn gerichtet wurden, schleunigst wieder um. General d'Aurelle erkannte, daß die Schlacht verloren und Orleans nicht mehr zu halten sei; weshalb er den Rückzug anordnete. Orleans war wieder in die Hände der Deutschen gefallen. „Die Einbuße der französischen Armee betrug mehr als 20 000 Mann, darunter ungefähr 18000 Gefangene. Außerdem waren 74 Geschütze und vier auf der Loire zurückgelassene Kanonenboote in die Hände der Deutschen gefallen, welche ihren entscheidenden Erfolg mit einem Gesamtverlust von 1700 Mann erkauft hatten." Diese Kämpfe entschieden das Geschick der Loirearmee, der Improvisation Gambettas, der schon im Siegestaumel geschwelgt und geglaubt hatte, im Walde von Fontainebleau einem Teile der Pariser Armee (Ausfall Ducrots 29. Novbr. bis 2. Dezbr. siehe weiter unten) die Hände reichen und gemeinsam den verhaßten Feind vernichten zu können. Aber wie ganz anders war es gekommen! Auf die kurze Hoffnung folgte eine vollständige Enttäuschung. Der Bischof Dupanloup von Orleans, welcher den geringen Erfolg Chanzys laut als den Tag des Umschwunges gleich Gambetta gefeiert hatte, mußte den Sieger zurückkehren sehen und war unter militärische Aufsicht gestellt, während die Trümmer des geschlagenen und zersprengten Heeres südwärts flohen. In echt französischer Manier, die stets einen Sündenbock nötig hatte, machte Gambetta den General Aurelle de Paladines für die fehlgeschlagene Unternehmung verantwortlich, wogegen der angeschuldigte und tapfere Führer lebhaften Widerspruch erhob und sein Kommando niederlegte. Gambetta aber blieb wie vom Wahnsinn getrieben; ohne Zaudern und Überlegung schmiedete er neue, gleich ver-

hängnisvolle Pläne, um die Not der französischen Nation gewissenlos zu vergrößern. Auf Gut und Blut seiner Landsleute, die an dem rasenden Gewalthaber zum Teil schon irre wurden, nahm er keine Rücksicht; eine Aushebung folgte der andern; Knaben, noch nicht fähig die Waffen zu tragen, und Männer, die den Strapazen eines Krieges nicht mehr gewachsen waren, mußten die Waffen ergreifen und sollten ohne Übung und Verständnis der Waffen der geschulten feindlichen Armee entgegengehen. Wer sich sträubte oder verwahrte, wurde mit harten Strafen verfolgt: es gab keinen Widerspruch, keine Einrede gegen den Allmächtigen, der seine Gewalt nur seiner Anmaßung verdankte und jenem unglückseligen Eigendünkel der Franzosen, der nicht in sich gehen wollte und vermeinte, über den barbarischen Eindringling, der es wagte den „heiligen" Boden Frankreichs zu beflecken, doch noch ein furchtbares Strafgericht verhängen zu können. Durch Gambettas Anordnung wurde nun die Südarmee, soweit sie sich wieder gesammelt und durch Zuzüge ergänzt hatte, in zwei Hälften geteilt, von denen die eine unter Bourbaki, der vom nördlichen Kriegsschauplatz abberufen wurde, östlich und die andere unter Chanzy westlich an der unteren und mittleren Loire auf den Feind losgehen sollte. Der Volkskrieg war das Schlagwort, mit dem Gambetta seine Landsleute zu neuen Opfern fortriß oder zwang.

Daß auch die deutschen Truppen unter dem Winter, durch die anstrengenden Märsche, durch die fortgesetzten Kämpfe mit dem an Zahl weit überlegenen Feinde viel zu leiden hatten, bedarf kaum der Erwähnung: allein sie ertrugen mit musterhafter Ausdauer ihr schweres Los. Die neuen Erfolge erhöhten den Mut und stärkten den Entschluß, dem Feinde nicht zu weichen. Den rechten Flügel derselben kommandierte der Großherzog von Mecklenburg, während Friedrich Karl gegen Bourbaki in der Richtung auf Vierzon und Bourges vorrückte und ihn zurückdrängte. Der Großherzog hatte schon am 7. Dez. bei Meung ein Gefecht zu bestehen, dem vom 8.—10. Dezember die entscheidende Schlacht von Beaugency und Cravant folgte. Um jeden Preis wollte Chanzy in Übereinstimmung mit Gambetta, der wieder einen Besuch im Feldlager abstattete, den Feind an weiterem Vorrücken auf Tours verhindern; gleichzeitig sollte Prinz Friedrich Karl von seiner Verbindung mit dem Großherzog abgedrängt werden. Allein diese Absicht wurde keineswegs erreicht, denn die Truppen des letzteren hielten wacker stand und Prinz Friedrich Karl beging mit nichten den Fehler, seine Fühlung mit demselben aufzugeben, vielmehr schickte er ihm rechtzeitig die nötige Unterstützung und löste einen Teil der überangestrengten Truppen ab. Dagegen wartete Chanzy vergebens darauf, daß Bourbaki in die Kämpfe

eingreife, und entschloß sich zum Rückzug, den die Beschaffenheit seiner Truppen gebieterisch verlangte. „Namentlich in dem Gelände südlich des Waldes von Marchénoir wurden mehrere Tausend Nachzügler von den Deutschen aufgegriffen, die Straßen waren bedeckt mit Massen weggeworfener Waffen und einer Menge stehengebliebener Wagen; auf den Feldern lagen Leichen von Menschen und Pferden unbeerdigt, in den Ortschaften Tausende von Verwundeten ohne genügende Pflege." Am 12. Dezember meldete ein Telegramm des Königs nach Deutschland, wo man mit Sorgen auf Nachrichten von der Loire wartete, folgendes: „Nach den viertägigen Gefechten um Beaugency herum, die jedesmal siegreich für uns endigten, wenn auch bei der Übermacht des Feindes kein bedeutendes Terrain gewonnen wurde, ist der Feind heute unerwartet gegen Blois und Tours abgezogen". Es war Zeit, daß wenigstens für einen Teil der deutschen Truppen jetzt einige Ruhe eintrat. Das erste bayerische Armeekorps, die 17. und 22. Infanteriedivision hatten viel gelitten und Großes geleistet. Ihr Werk vollendeten andere ihrer tapferen Genossen. Am 13. Dezember wurde Blois besetzt und bald darauf auch Tours. Bis zum 17. Dezember war auch aus der Gegend bis Bourges und Nevers die Bourbaki'sche Armee verdrängt und damit die Absicht die französische Loirearmee von Paris fernzuhalten erreicht. „In und bei Orleans konnte nun den Hauptkräften der 2. Armee nach wochenlanger und angestrengtester Thätigkeit einige Ruhe gewährt werden, um sie nach jeder Richtung hin instand zu setzen, dem Feinde mit erneuter Kraft entgegenzutreten, sollte er nochmals von Süden her einen Entsatz von Paris versuchen." Auch v. d. Tann zog um Weihnachten in Orleans ein, um seinen Braven einige Ruhe zu gönnen. „Durch die fortgesetzten Kämpfe und Strapazen war der Effektivstand der Infanterie verringert, die Pferde waren angegriffen, Bekleidung und Ausrüstung reparaturbedürftig; besonders hatte das Schuhzeug der Infanterie bei den starken, in Schnee- und Regenwetter und in der letzten Zeit häufig auf grundlosen Wegen ausgeführten Märschen in nachteiligster Weise gelitten." Schlimmer noch sah es bei den Franzosen aus. Der Schrecken bemächtigte sich der Gemüter. Wer fliehen konnte, floh weit von dannen. Das Elend hielt in allen Formen seinen Einzug, so daß die unglücklichen Bewohner gar oft auf das Mitleid der deutschen Soldaten angewiesen waren: umsomehr als um die Jahreswende sich der Winter mit einer in jenen Gegenden unerhörten Strenge einstellte und die Regierung, d. h. der Diktator Gambetta, in seiner Wut und Verblendung auch jetzt noch an nichts anderes dachte, als an den Krieg bis aufs Messer.

Chanzy war von der Loire in das Sarthegebiet mit den Trümmern seiner Armee gezogen, um zu der Westarmee, die man bildete, zu stoßen. So sollte vom Westen her, womöglich mit besserem Erfolge, Paris befreit werden. Dieser Plan zwang die Armee des Prinzen Friedrich Karl und des Großherzogs von Mecklenburg die kurze Rast wieder abzubrechen: dem ersteren ward befohlen auf Le Mans vorzurücken. Am 6. Januar 1871 ereilten die Deutschen den französischen Führer Chanzy und lieferten ihm die Gefechte bei La Fourche, bei Azay, St. Amand, Epuisay, Sargé, Vancé, Conneré, Thorigné, Ardenay, Chahaignes und Brives — die Vorboten der dreitägigen Schlacht um Le Mans vom 10. bis 13. Januar, welche mit einem blutigen Straßenkampf in dieser Stadt und der Niederlage Chanzys erst am späten Abend endigte. Die französische Armee befand sich darnach in vollständiger Auflösung, was nicht zu verwundern war, da die Unglücklichen sich nur durch die äußersten Gewaltmittel zum Kampfe hatten treiben lassen. „Der französische Oberbefehlshaber hatte bereits am Morgen (13. Jan.) um 8 Uhr, nachdem der Admiral Jauréguiberry gemeldet, daß alle Versuche, die Truppen wieder vorzuführen, gescheitert und die letzten Reserven zertrümmert seien, den Befehl zum allgemeinen Rückzug gegeben." Ihrer unvergleichlichen Manneszucht verdankten die Deutschen diese neuen und blutigen Siege. „Die siebentägigen Kämpfe hatten der Armee etwa 200 Offiziere und 3200 Mann gekostet. Viele Kompagnieen wurden durch Feldwebel geführt. Bei dem unausgesetzten Vorgehen war es schwer, Ersatz an Mannschaft und Material nachzuschaffen. In diesen Tagen, in denen der Winter in ganzer Strenge auftrat, Schneetreiben und Glatteis die Bewegung hemmten, marschierte ein Teil der Infanterie in leinenen Beinkleidern und gerissenem Schuhwerk. Die Offiziere waren nicht besser daran. Schon seit lange entbehrten sie ihr Gepäck, da das Fuhrwerk auf den schlechten Wegen nicht hatte folgen können. Aber der gute Wille, die Ausdauer und die Mannszucht der Truppen überwanden alle Schwierigkeiten, die in ununterbrochener Reihe sich entgegenstellten." Wiederum war es den Tapferen geglückt einen ruhmvollen Sieg davonzutragen. Über 20000 Gefangene, 17 Geschütze, 2 Fahnen und reiches Kriegsmaterial hatten sie dem Feinde entrissen. Wenn Chanzy auch jetzt noch glaubte, durch eine nördliche Ausweichung von Evreux aus Paris zu Hülfe kommen zu können, so sollte er bald erfahren, wie falsch er gerechnet habe. Es fehlte ihm vor allem an Soldaten, auf die er sich noch hätte verlassen können. Wer von ihnen eine Gelegenheit fand auszureißen, warf die Waffen von sich und eilte in die Heimat. Allerdings fielen noch Gefechte bei Chassillé,

Beaumont sur Sarthe, St. Jean sur Erve, Sille le Guillaume und Alençon vor, aber sie glichen dem letzten Aufflackern eines erlöschenden Lichtes (13.—18. Januar). Chanzy selbst mußte dies zugestehen. Er machte seiner Armee bittere Vorwürfe wegen ihrer „schmählichen Schwäche und ihrer unerklärlichen Panik.“ Die zweite Armee war zersprengt und aufgelöst. Chanzy zog sich nach Laval zurück. Die Loirearmee war dahin.

2. Bis zum Jahresschluß. Die französische Nordarmee. Schlacht von Amiens. Die Übergabe der Nordfestungen und die Schlacht an der Hallue. Das neue Jahr. Die Schlacht von Bapaume. Übergabe der Festungen Rocroy und Perrone. Die Schlacht von St. Quentin.

An der belgischen Grenze gab es eine Reihe von Festungen, welche geeignet waren, den zum Entsatze der Hauptstadt im Norden sich bildenden Streitkräften als Sammel- und Stützpunkte zu dienen. Die deutsche Heeresleitung hatte daher denselben bereits seit längerer Zeit ihre Aufmerksamkeit geschenkt und vollends nach dem Falle von Metz eine starke Heeresabteilung (im ganzen die frühere 1. Armee) unter General von Manteuffel damit beauftragt, erstens jene festen Plätze, unter denen zunächst La Fere, Diedenhofen und Montmedy gemeint waren, zur Kapitulation zu zwingen und außerdem etwa aus dem Nordwesten anrückenden Massen rechtzeitig entgegenzutreten. Thatsächlich hatte Gambetta auch die Bildung einer Nordarmee, zuerst unter Bourbaki, dann später unter Faidherbe befohlen. Bald zeigte es sich, daß dieselbe hauptsächlich in Rouen, Amiens und Lille sich sammelte, woraus dem deutschen Führer die Aufgabe erwuchs, dorthin seinen Angriff zu richten und zwar in erster Linie gegen Amiens, wo nach den eingelaufenen Kundschaftsberichten Bourbaki seine hauptsächlichen Streitkräfte zusammenzog und sich auf eine hartnäckige Verteidigung einrichtete. Die Schlacht bei Amiens am 27. November bewies die Richtigkeit dieser Annahme. Allen getroffenen Maßregeln zum Trotz wurde an diesem Tage der linke Flügel des französischen Heeres so entscheidend geschlagen, daß Bourbaki noch während der Nacht den Befehl zum allgemeinen Rückzug gab und Amiens räumte. Die deutsche Armee hatte in der Schlacht 1300 Mann verloren, die französische gegen 1400 Mann und etwa 1000 Vermißte. Schlimmer war für die letztere, daß auch hier der erste Schlag die Bande der Ordnung auflöste. Nur mit Mühe, so schreibt der nachmalige Oberfeldherr der Nordarmee Faidherbe selbst, sei es gelungen, die während der Nacht in Amiens eingetroffenen Truppen in Ordnung über die Somme zurückzuführen, da ein Teil der Nationalgarde seine Waffen zerstörte und

nach der Heimat entfloh. Am Tage der Schlacht von Amiens streckte auch die kleine Festung La Fere die Waffen. Die ausschwärmenden und streifenden Reiterpatrouillen brachten kaum eine Woche darnach eine andere unerwartete Nachricht, nämlich, daß der Feind auch die alte Hauptstadt der Normandie, Rouen, aufgegeben habe; und so konnte General v. Goeben in derselben am 5. Dezember seinen Einzug halten. Damit „hatte die 1. Armee die ihr gestellte Aufgabe in erfolgreicher Weise gelöst“. Im weiteren hatte sie sich darauf zu beschränken, die Gegend zu durchstreifen und die sich sammelnden Massen zu zerstreuen. Allein man wurde bald gewahr, daß der französische Norden den Gedanken an einen erneuten Widerstand noch nicht aufgegeben habe. Die Bevölkerung griff zu den Waffen und rief den kleinen Krieg ins Leben. Am 5. Dezbr. widersetzten sich die Bewohner von St. Quentin mit bewaffneter Hand der Zerstörung einer Eisenbahnlinie. Am 9. desselben Monats wurde die kleine deutsche Besatzung von Ham nächtlicherweile überfallen und gefangen: damit war der Beweis geliefert, daß in dieser Gegend der Versuch eines neuen Widerstandes im größeren Stile unmittelbar bevorstehe, welchem ernstlich und rechtzeitig begegnet werden mußte. Bevor es dazu kam, kapitulierten die Festungen Diedenhofen und Montmedy, die erstere am 24. November mit 199 Geschützen, vielen Waffen und 4000 Mann, die letztere am 14. Dezember. Acht Tage darauf wurde es nun notwendig, gegen zwei französische Armeekorps, die sich im Felde zeigten, vorzugehen. Ohne Säumnis that dies General von Manteuffel und lieferte dem Feinde die zweitägige Schlacht an der Hallue am 23. und 24. Dezember. Die Franzosen leisteten unter ihrem neuen Führer Faidherbe verzweifelten Widerstand. „Es war eine traurig unvergeßliche Nacht, diese Nacht vom 23. auf den 24. — schrieb ein deutscher Kämpfer in die Heimat — bitterkalt, wir selbst aber müde zum Umfallen und hungrig. Stroh und ein abgerissener Zaun brannten hellauf; wir saßen fast inmitten der Flammen und rösteten an unsern Säbeln einzelne Stücke alten Brotes. Drüben lag der Waldberg, den zu stürmen wir umsonst versucht hatten; dann und wann ein Schuß, eine Granate sauste herüber: aber wir achteten ihrer nicht. So kam der 24., der «heilige Abend».“ 900 Tote und Verwundete zählten die Deutschen, als dieser zweite Tag sich neigte. Aber der Feind war bezwungen, Faidherbe mußte den Rückzug antreten. Am 2. Jan. 1871 fiel die nordwestlich gelegene Festung Mezieres.

Gleichzeitig fanden an der Somme vom 2.—3. Januar die Gefechte von Sapignies und die Schlacht von Bapaume statt. Die Deutschen hatten westlich von St. Quentin die Festung Peronne eingeschlossen,

welche Faidherbe zu entsetzen trachtete. Mit schweren Verlusten auf beiden Seiten (deutscherseits über 800, französischerseits über 2000 Mann) wurde gekämpft. Faidherbe erreichte keineswegs seine Absicht. „Die Kämpfe des Tages sowie die strenge Kälte der darauf folgenden Nacht hatten die zum Teil noch wenig kriegsgewohnten französischen Truppen in so hohem Grade erschöpft, daß ihr Oberbefehlshaber es vorzog, den Rückzug anzutreten.“ Währenddessen gerieten die Feinde auch südlich von Rouen auf der Linie Elboeuf und La Bouille an der Seine in den Gefechten bei Robert le Diable und Maison Brulet (4. Jan.) aneinander, ohne daß es den Franzosen gelungen wäre, Boden zu fassen. Am 5. Januar gewann General Senden durch einen Handstreich die Festung Rocroy und am 9. mußte die Festung Peronne, welche reiche Vorräte an Waffen, Munition und Lebensmitteln barg, ihre Thore öffnen. Am 7. Januar übergab der bisherige Führer der 1. Armee, General v. Manteuffel, den Oberbefehl an General v. Goeben, um erhaltener Weisung gemäß sich nach dem südöstlichen Kriegsschauplatz zu begeben. Noch einmal versuchte Faidherbe gegen den neuen Oberkommandanten sein Glück, aber schon die Gefechte vom 18. Januar bei Tertry und Poeuilly zeigten ihm, daß er nichts erreichen werde und am folgenden Tage griff ihn Goeben bei St. Quentin an und schlug ihn nach heißem Kampfe. Die Deutschen verloren 2400 Mann, die Franzosen nach ihrer Angabe 3000 Mann. „In St. Quentin und den umliegenden Ortschaften wurden allein an Verwundeten 3000 Mann aufgefunden und die Zahl der unverwundeten Gefangenen überstieg 9000. Sechs Geschütze waren in die Hände der Krieger gefallen“. Quentin hatten die Deutschen erstürmt. In Auflösung flohen die Franzosen. Winter und Wetter, Hunger und schlechte Kleidung brachten über sie Elend genug. Ihr Anblick war Entsetzen erregend. „Tausende von jungen Leuten schleppten sich mühsam fort“ — berichtet ein Augenzeuge. „Keiner sprach ein Wort. Sie hatten nicht die Kraft dazu, von Zeit zu Zeit erhoben sie den Kopf und warfen einen verzweifelten Blick nach der Stadt. Man sah einige, die unfähig waren noch länger zu marschieren, umfallen und sich in den Schmutz niederlegen. . . . Die einen waren barfuß, die anderen in Holzschuhen, noch andere trugen einen Holzschuh und einen ledernen Schuh.“ Trotz dieser handgreiflichen Thatsachen, welche durch ihre Wucht auch der Bevölkerung den letzten Mut raubten, wagte es Gambetta, der jetzt in Lille, wie kurz vorher bei Chanzy in Laval erschienen war, den Augenzeugen dieses grauenhaften Elendes zu sagen: „Der Feind ist besiegt. Deutschland entvölkert sich. Seine ganze Bevölkerung ist unter den Waffen. Bei ihnen ist

der Gedanke abgestorben, der Handel null, der Ruin überall. Wenn die Preußen noch drei Monate auf französischem Boden bleiben, so sind sie verloren. Durch alle möglichen Opfer müssen wir sie festhalten, um sie desto sicherer zu verderben." Nur mit dem innigsten Bedauern kann man ein Volk betrachten, dessen Geschick in die Hände eines so gewissenlosen und rasenden Lügners gelegt war. Die Nordarmee war tot, und die Lügenreden Gambettas konnten sie nicht mehr ins Leben zurückrufen. Nachdem am 25. Januar auch die Festung Longwy kapituliert hatte, waren die nördlichen Landschaften, wenige Orte ausgenommen, in den Händen der Deutschen. Auch von dort her war für die Befreiung von Paris nichts mehr zu hoffen.

5. Kapitel. Die französische Hauptstadt.

Paris in den zwei letzten Monaten des Jahres 1870 und im Januar 1871. Waffenstillstandsverhandlungen. Schlacht von Villiers. Die Beschießung von Paris.

Wir wollen Gambetta das Zeugnis nicht versagen, daß er alle Kräfte seiner Nation anzuspannen wußte, um den Feind zu schlagen und die Hauptstadt zu befreien, indem er eine unerbittliche Strenge anwandte und außerdem sich nicht scheute, durch lügenhafte Ausstreuungen den Opfermut zu begeistern und zu betrügen. Obwohl es den Pariser Generalen nicht gelungen war, auch nur in einem einzigen ihrer Ausfallsgefechte einen nennenswerten Vorteil zu erringen oder gar an irgend einem Punkte den Belagerungsring zu öffnen, wußte Gambetta dennoch dem Lande von erfolgreichen Thaten der Belagerten zu erzählen. Demgegenüber verfehlte Bismarck nicht, die wahre Sachlage in folgenden kurzen und markigen Worten Freund und Feind zu enthüllen: „Es ist wohl nicht nötig zu erwähnen, daß die von Tours verbreiteten Gerüchte über siegreiche Gefechte der Franzosen erfunden und nur auf Stärkung der schwachen Gemüter in Frankreich berechnet sind. Unsere Cernierungstruppen halten genau die Stellungen inne, die sie am 19. September erreicht haben." Die deutsche Heeresleitung sorgte dafür, daß sich an diesem Sachverhalt nichts änderte. Während die sich bildenden Entsatzarmeen im Süden, Westen und Norden erfolgreich von einem Vormarsch auf Paris abgehalten wurden, konnte die Hauptstadt selbst sich ihrer Belagerer nicht erwehren. In Versailles, dem deutschen Hauptquartier, hatte man allerdings nicht erwartet, daß Paris genügend mit Lebensmitteln versehen sei, um Monate lang eine so ungeheuere Menschenmasse ernähren zu können. Deshalb mußten die Belagerer endlich

darauf Bedacht nehmen, eine Beschießung der Riesenstadt vorzubereiten, ein Unternehmen, dessen Ausführung Zeit und Arbeit augenscheinlich erheischte. Wohl kannte man in Deutschland, wo man den Kriegsereignissen mit der größten Spannung folgte, diese Absicht, aber verwöhnt von den raschen Erfolgen verstanden viele nicht, warum Wochen um Wochen verrannen, ohne daß das Bombardement eröffnet wurde, und gaben ihrer Ungeduld in der Presse Ausdruck. Die Gemüter zu beruhigen und aufzuklären, erschien nun eine sachliche Darlegung der Verhältnisse im „Staatsanzeiger", welche ihren Zweck erreichte. Die Vorbereitungen zum Bombardement, hieß es darin, wie zum förmlichen Angriff erfordern einen Aufwand von Zeit und Kraft, von welchem der Laie sich nur schwer einen zutreffenden Begriff zu bilden vermöge. Zudem beharrte auch hier die Oberleitung auf ihrem sittlich-ernsten Grundsatz, den Verlust an Menschenleben zu vermeiden, soweit dies nur immer geschehen konnte. Was sie wollte und unerbittlich forderte, war nichts anderes, als daß der Feind, der den Frieden gebrochen hatte, sich nun auch in sein durch schwere Niederlagen besiegeltes Geschick ergebe und dem Wahne entsage, als werde das siegreiche deutsche Heer allen Opfern und Erfolgen zum Hohne sich gewissermaßen von dem niedergeworfenen Feinde die Friedensbedingungen vorschreiben lassen. Hätten die französischen Machthaber diese wahnwitzige Meinung bei Zeiten aufgegeben, so hätten sie ihrem eigenen Volke den größten Dienst erwiesen. Denn Tollheit und Verbissenheit, welche jetzt herrschten, konnten den sicheren Ausgang der Dinge nicht abwenden. Es ist unglaublich, welche Pläne und Vorschläge die erhitzte Fieberphantasie krankhafter Menschen damals in Paris zu tage förderte: man träumte von einer Höllenmaschine, die mit einem Schlage das ganze Belagerungsheer vernichten sollte, man sammelte für den Ankauf eines Gewehres, mit welchem der König Wilhelm erschossen werden sollte, man wollte ein Freiwilligenkorps von 10000 Mann organisieren, das in Deutschland einfallen, die französischen Gefangenen befreien und mit ihnen das ganze Land verwüsten sollte. Wer dagegen ein vernünftiges Wort sprach, wurde ein Verräter gescholten. Nicht genug. Es gab Leute in Paris, die entschlossen waren, die offenbare Not zu ihrem Vorteil zu benutzen und die Gewalt an sich zu reißen. Schon stieg im Hintergrund das Schreckgespenst der Kommune, d. h. des besitzlosen, beutegierigen Pöbels herauf, welcher der Regierung nach dem Leben trachtete. Zwar wurde noch ein meuterischer Überfall vereitelt, der von einer solchen Bande auf die Mitglieder der Regierung im Stadthause geplant wurde, allein die Thatsache selbst sprach deutlich aus, wie trostlos die Lage sei. Für so gefährdet hielt sich die Regie-

rung, daß sie die hauptstädtische Bevölkerung über die Vertrauensfrage abstimmen ließ; die Abstimmung fiel zu ihren Gunsten aus. Es geschah dies am 3. November, gerade in der Zeit, als der geschäftige Thiers mit Bismarck über die Bedingungen eines Waffenstillstandes unterhandelte. Denn trotz allen Stolzes mußte sich die Regierung gestehen, daß die Lebensmittel knapper zu werden begannen. Thiers suchte nun einen Waffenstillstand zu dem Zwecke herbeizuführen, daß die Hauptstadt mit neuen Vorräten versehen werde, um die Entscheidung weiter hinauszuschieben und den Feind dadurch mürbe zu machen. Deutscherseits war man dem Abschlusse nicht abgeneigt, aber Bismarck verlangte Garantieen und vor allem auch, daß die Zeit — etwa 4 Wochen — benutzt werde, „die Wahlen und die Konstituierung der nationalen Vertretung vorzunehmen". Auf solche Zumutungen einzugehen, weigerten sich aber Thiers und seine Auftraggeber. Auf diese Weise konnten die Verhandlungen zu keinem Ziele führen. Bismarck schilderte in einem Rundschreiben an die europäischen Mächte, von denen einzelne zum Teil aus erheuchelter Menschlichkeit, zum Teil aus Neid sich mit der Friedenspalme dem Sieger nähern und ihm Milde anraten zu müssen glaubten, den ganzen Verlauf der vergeblichen Verhandlungen und faßte den Eindruck derselben also zusammen: „Der Verlauf der Verhandlungen hat mir die Überzeugung hinterlassen, daß es den jetzigen Machthabern in Frankreich von Anfang an nicht ernst gewesen ist, die Stimme der französischen Nation durch freie Wahl einer dieselbe vertretenden Versammlung zum Ausdruck gelangen zu lassen, und daß es ebensowenig in ihrer Absicht gelegen, einen Waffenstillstand zustande zu bringen, sondern daß sie eine Bedingung, von deren Unannehmbarkeit sie überzeugt sein mußten, nur darum gestellt haben, um den neutralen Mächten, auf deren Unterstützung sie hoffen, nicht eine abweisende Antwort zu geben."

Man kann sagen, daß die öffentliche Meinung in Europa, soweit sie urteilsfähig und unparteiisch war, sich mehr und mehr auf die Seite der Deutschen stellte. Der englische Geschichtsforscher Carlyle sprach es offen aus: „Nach 400jähriger Mißhandlung hat endlich Deutschland das große Glück, den Feind auf den Boden geworfen zu haben. Ich würde rückhaltlos die Deutschen für ein Volk von Thoren ansehen, wenn sie jetzt die Gelegenheit nicht wahrnehmen würden, zwischen sich und dem gefährlichen Nachbar einen schützenden Grenzzaun zu ziehen." Man wisse, „daß die Ehre der Franzosen allein durch ihre aufrichtige und tiefe Reue gerettet werden kann und den ernsten Entschluß, nie wieder so wie bisher zu handeln". Aber „ich muß bekennen, Frankreich sieht gegenwärtig mehr und mehr wahnsinnig, verächtlich, tadelnswert, erbärmlich,

ja verabscheuungswürdig aus; es weigert sich, die Geschichte zu erkennen, die greifbar vor seinen Augen sich vollzieht, und die Strafe zu sehen, die es sich selbst zugezogen". Ähnlich äußerten sich andere hervorragende Männer, während gegenteilige Anschauungen, wie z. B. die der irischen Akademie zu Dublin, welche alle gelehrten Körperschaften der civilisierten Welt aufforderte, gegen die Bedrohung der wissenschaftlichen und Kunstschätze von Paris Protest einzulegen, sich nur vereinzelt ans Licht wagten.

Am Gang der Dinge änderte weder das eine noch das andere etwas. Paris verstockte sich gegen alle Gründe der Vernunft, obwohl diese genußsüchtige und wohllebige Stadt schon zu empfinden begann, was Entbehren, Versagen und Hungern heißt. Seit dem 12. November fehlte das frische Rindfleisch, die Bevölkerung mußte sich an Stelle desselben mit Pferde-, Maulthier- und Eselfleisch begnügen. Es kam noch ärger; um den Hunger zu stillen, mußten die meisten wilden Thiere des jardin des plantes in das Schlachthaus wandern; ja sogar die häßlichen Ratten und Katzen kamen später noch an die Reihe. Aber vorerst gab man die Hoffnung noch nicht auf.

Während Ende November die Loirearmee sich anstrengte, gegen Paris vorzudringen, bereiteten gleichzeitig in der Hauptstadt die Generale Trochu, Ducrot und Thomas einen gewaltigen Ausstoß gegen Süden vor. Schon am 27. November wurden die Belagerer im Südosten und Osten heftig von den Forts aus beschossen und man merkte gleichzeitig, daß ein starker Verkehr auf der Eisenbahn nach Osten herrsche. Ducrot sollte mit seiner über 100000 Mann zählenden Armee den Ausfall unternehmen, während General Vinoy durch Scheinangriffe die Nebenfronten an der Unterstützung hinderte. Vier Tage lang, vom 29. Nov. bis 2. Dezember, wurde blutig gerungen. Bei L'Hay und Choisy (südlich) begann zunächst das Spiel: die Franzosen wurden mit schweren Verlusten zurückgewiesen. Am folgenden Tage griffen sie die Würtemberger am Mont Mesly an; aber es gelang ihnen nicht dieselben zu werfen, während gleichzeitig im Norden die Belagerten einen Vorteil errangen, indem sie Epinai gewannen, dasselbe aber gegen Abend preußischen Schützen, die mit Hurrahruf von allen Seiten in das Dorf eindrangen, wieder überlassen mußten. Unterdessen erfolgte der wuchtigste Stoß in östlicher Richtung gegen die Würtemberger. Schon in früher Morgenstunde waren, gedeckt durch ein heftiges Geschützfeuer vom Mont Avron, Fort Nogent und Faisanderie, zwei französische Armeekorps über die Marne gesetzt und hatten einen Angriff gegen Villiers begonnen. Um Villiers und Champigny wurde blutig und unentschieden von den Franzosen und Würtembergern und Sachsen gerungen. Die Deutschen

richteten sich für eine Erneuerung des Kampfes ein, die ersteren erkannten zwar jetzt schon, daß ihr Durchbruchsversuch völlig mißlungen sei, aber man getraute sich nicht, schon jetzt die Truppen in die Stadt zurückzuführen, aus Furcht vor der Bevölkerung. Ihr hatte man wieder einmal zu viel versprochen; „Sieg oder Untergang" lautete Ducrots Wahlspruch in seiner Ansprache an seine Armee: „Was mich betrifft, so bin ich entschlossen und ich schwöre es euch und der ganzen Nation, nur tot oder siegreich nach Paris zurückzukehren. Ihr könnt mich fallen, werdet mich aber nicht zurückweichen sehen." Die Pariser hätten den prahlerischen General mit seinen eigenen Worten verhöhnt und verspottet, wenn er so schleunig zurückgekehrt wäre. So beschloß er zu bleiben, den gewonnenen Abschnitt zu befestigen und einen neuen Waffengang zu wagen, zu welchem ihn übrigens die Deutschen auch gegen seinen Willen gezwungen haben würden, denn der Kronprinz von Sachsen hatte den Befehl gegeben, den Feind über die Marne zurückzuwerfen. So wurde am 2. Dezember die Schlacht erneuert. Am frühen Morgen schon eröffneten die Sachsen und Würtemberger auf die Ortschaften Bry sur Marne und Champigny, welche die Franzosen besetzt hatten, ihre Angriffe und nahmen sie mit stürmender Hand. Aber General Ducrot warf die Hauptmasse seiner Armee auf die bedrohten Punkte und suchte sie ihnen wieder zu entreißen. Trotz der feindlichen Übermacht standen mit zäher Tapferkeit und unter schweren Verlusten die deutschen Soldaten fest. Als die Nacht dem blutigen Werke ein Ende machte, teilten sich die Feinde in den Besitz der beiden Dörfer. Die Übergänge über die Marne befanden sich noch in den Händen der Franzosen. Nach einigem Schwanken sah sich aber General Ducrot durch die völlige Erschöpfung seiner Truppen und in der Besorgnis, durch frische Streitkräfte der Deutschen gegen die Marne gedrängt zu werden, veranlaßt, seine Truppen auf das rechte Marneufer zurückzunehmen. Zur Beschönigung verkündigte er, daß der Kampf nur unterbrochen, nicht aufgegeben sei, jedoch nahm er vorsichtigerweise seinen Aufenthalt auf dem Mont Valerien; den Parisern wollte er nicht unter die Augen gehen. „Der Gesamtverlust in der zweitägigen Schlacht und in den Nebengefechten betrug auf deutscher Seite gegen 6200, auf französischer Seite über 12000 Mann." Gleichzeitig hatten so an der Loire und Paris die französischen Truppen unglücklich gekämpft, die angestrengten Entsatzversuche waren unwiderleglich gescheitert. Dennoch konnte es sich Gambetta nicht versagen, seinen Landsleuten einen flüchtigen Siegestraum vorzulügen. „Das auf einen Augenblick verschleierte Genie Frankreichs erscheint wieder. Der Eindringling ist jetzt auf dem Wege, wo ihn das Feuer unserer aufgestandenen

Bevölkerung erwartet." Es gehört auch eine Art Mut dazu, der Wahrheit auf eine solche Art ins Angesicht zu schlagen.

Nach dem Ausfall von Villiers wagte Trochu mehrere Wochen lang nichts mehr gegen die Deutschen zu thun, außer daß er täglich ihre erreichbaren Stellungen mit einem wahren Granatenregen überschütten ließ, mehr in der Absicht dadurch die Pariser Bevölkerung zu beruhigen, d. h. zu täuschen, als um dem Feinde zu schaden. „Je mehr die Hoffnung auf Entsatz von außen her schwand, desto ausgiebigeren Gebrauch machte der Platz von seiner Artillerie, fast als wolle man mit der Munition aufräumen. Der Erfolg entsprach indes dem Aufwande an Mitteln in keiner Weise. . . . Nur mit der gleichen Waffe konnte dem Belagerer begegnet werden." Schon seit einiger Zeit wurde mit bewundernswerter Energie rings um die Riesenstadt an der Vorbereitung der Beschießung gearbeitet, die erst dann unternommen werden sollte, wenn man mit Grund auf einen Erfolg rechnen konnte. So lange mußten Freund und Feind, Zweifler und Ungeduldige warten. Vorher noch unterbrach ein Ausfallsgefecht die Arbeit des Belagerers an einer Stelle bei Le Bourget im Nordosten der Stadt. Am 21. Dezember eröffneten die Franzosen aus erbauten Batterieen und gepanzerten Eisenbahnwagen gegen dieses Dorf ein heftiges Geschützfeuer, unter dessen Schutz Infanteriemassen stürmend vorgingen. Aber preußische Garde erwartete den Feind und zwang ihn hier, wie westlich davon in Stains, noch im Laufe des Vormittags zurückzuweichen. Kaum waren die Weihnachtstage vorüber, da erfuhr man in Deutschland, daß jetzt nach wochenlanger Arbeit eine solche Anzahl von schweren Festungsgeschützen vor Paris aufgestellt sei, wie sie vielleicht noch niemals um einen befestigten Platz vereinigt war. Es galt zunächst die Einleitung der Beschießung durch das Bombardement des Mont Avron und seiner Nebenforts. Vom 27.—29. Dezember dauerte dasselbe mit einem solchen Erfolge, daß die Franzosen die Befestigung räumten. Der Anfang war also glückverheißend für die Deutschen. Am 31. Dezember und 1. Januar wurde die Beschießung der feindlichen Stellungen vor der Nordfront unternommen, die der Ostfront fortgesetzt und am 5. Januar eröffneten die im Süden erbauten Batterieen ihr furchtbares Feuer gegen die Forts Issy, Vanves und Montrouge, gegen die Verschanzungen von Villejuif, gegen Point du Jour und die Kanonenboote auf der Seine. Schon am folgenden Tag erwiderten die Forts das feindliche Feuer schwächer und schwächer und bald schwiegen sie ganz. Es war kein Wunder, denn die deutschen Riesengeschütze arbeiteten mit einer furchtbaren Wirkung. Auf den Forts und in den Verschanzungen konnte sich kein Soldat mehr halten, die

Gebäude wurden in Brand geschossen, der Aufenthalt sogar in den südlichen Stadtteilen erwies sich schon als so gefährlich, daß die Bewohner in das Innere flohen. In Paris wuchs die bedenkliche Stimmung mit der steigenden Gefahr. Die Faubourgs St. Germain und Italie, Place de St. Germain und Jardin des Plantes lagen im Bereiche der deutschen Kugeln und trugen schon die Zeichen ihrer Zerstörung. So empfanden jetzt fühlbar genug die Pariser die Schrecknisse der Beschießung, zu denen sich die Not des Hungers mehr und mehr gesellte. Um die Einwohner nicht verhungern zu lassen, mußte die Kriegsleitung einen Teil ihrer Mehlvorräte und Pferde hergeben. Der Winter überstieg an Strenge das gewohnte Maß bei weitem und doch mangelte es an Brennmaterial, hauptsächlich an Kohlen. Die Stadt des „Lichtes" mußte deshalb auf die Gasbeleuchtung verzichten und sich mit Petroleum begnügen. Eine unheimliche Stimmung bemächtigte sich der Gemüter, welche sich gegen die Regierung kehrte. Die Machthaber hatten der Bevölkerung so oft schon die Unüberwindlichkeit der Hauptstadt vorgespiegelt; in ihrer Wut forderte diese nun von ihnen Schlachten und Siege, während Frost, Krankheit und Desertion die Stärke der Ausfallsarmee um ein Drittel vermindert hatten. Die Regierungsmitglieder wußten sich nicht zu raten und zu helfen, weil alle einsichtigen Offiziere darin übereinstimmten, daß ohne die Unterstützung eines Entsatzheeres alle Ausfälle aussichtslos wären. Dennoch bestand Jules Favre der Bevölkerung halber darauf und so wurde denn ein Massenausfall gegen Montretout, Garches und Buzanval beschlossen — ein letzter Verzweiflungsversuch.

Bevor wir jedoch den Erfolg dieses Unternehmens schildern, müssen wir eines Ereignisses mitten im Feindesland gedenken, wodurch die deutsche Frage, welche so viele Jahre lang in weiter Ferne geschwebt hatte, nun unverhofft schnell ihre endgültige Lösung fand.

6. Kapitel. Die Erneuerung des deutschen Kaisertums.

Der Gedanke der Erneuerung des deutschen Kaisertums. Die Verhandlungen der Regierungen. Die Volksvertretung. Der neue deutsche Kaiser. Seine Proklamation.

Die Errichtung des norddeutschen Bundes war den Franzosen von Anfang an ein Dorn im Auge gewesen. Die Ausdehnung seiner Verfassung über die Mainlinie hinüber auf die süddeutschen Staaten zu verhindern, bildete seit 1866 das hauptsächlichste Bestreben der französischen Politik. Zweifellos hätte der Bonapartismus, wie wir gesehen haben, gegen die Regelung der deutschen Verhältnisse nichts eingewendet,

wenn Preußen sich dazu verstanden hätte, sich die kaiserliche Bewilligung durch Zusagen, welche auf eine Vergrößerung Frankreichs hinausliefen, zu erkaufen. Aber davon wollte der verantwortliche Leiter der auswärtigen Angelegenheiten, Bismarck, in seinem unerschütterlichen Patriotismus nichts wissen. Aus diesem Grunde begann die französische Diplomatie ihr unlauteres Spiel, das auf den Krieg zielte. Preußen sollte gezüchtigt, die Lösung der deutschen Frage auf unabsehbare Zeiten hinausgeschoben werden. Als nun aber der französischen Berechnung zuwider die süddeutschen Staaten einmütig zum Norden standen und der Friedensbrecher Schlag auf Schlag erlitt, da erwachte im deutschen Volke die Sehnsucht, die im Kriege geschaffene und durch blutige Opfer besiegelte Einheit der deutschen Stämme für alle Zeiten zu sichern und das Deutsche Reich und die kaiserliche Würde dauernd zu erneuern. Schon seit den letzten Septembertagen fanden im Süden allerlei Kundgebungen statt, welche die Überbrückung der Mainlinie verlangten, welche einen dauernden Zusammenschluß des im Kriege geeinten deutschen Volkes und zum äußern Zeichen dessen die Erneuerung der Kaiserwürde laut begehrten. Allerdings fehlte es auch an Elementen nicht, welchen diese Einigung nicht nach dem Sinne war: sie setzten sich hauptsächlich aus Partikularisten, Ultramontanen und Demokraten zusammen. Allein die ablehnende Haltung dieser Parteien vermochte es nicht, die öffentliche patriotische Stimmung zurückzudämmen, welche es vielmehr bewirkte, daß die süddeutschen Regierungen unter sich wegen der deutschen Verfassungsfrage ins Benehmen traten und Verhandlungen mit der norddeutschen Bundesregierung in Versailles anknüpften. Am meisten Abneigung zeigte die patriotische d. h. ultramontane Partei in Bayern, die freilich bei der Abstimmung über den Kriegsfall am 19. Juli sich in zwei Teile gespalten hatte, von denen der unversöhnliche trotz der Erhebung, welche die Ereignisse in jedem vaterländisch gesinnten Herzen hervorgerufen hatten, kühl, ja kalt blieb. Was sie am meisten fürchtete, um nicht zu sagen, haßte, das war ein preußischer evangelischer Kaiser, obwohl sie es nicht wagte, diese Empfindung offen auszusprechen. Soweit es auf diese Unversöhnlichen ankam, so waren sie sicher Willens, den Eintritt Bayerns in den neudeutschen Bund zu verhindern. Für die Regierung erwuchs aus dieser Sachlage keine geringe Schwierigkeit. Sie konnte die verfassungsmäßig notwendige Zweidrittel-Majorität der Kammer nur dadurch zu erlangen hoffen, daß sie ihre Bevollmächtigten beauftragte, möglichst weitgehende Ansprüche (Reservatrechte) für Bayern zu stellen. Diese Forderungen erleichterten die Verhandlungen keineswegs: mancherlei Anschauungen kreuzten sich deshalb auch in Versailles innerhalb der

leitenden Kreise, ohne daß es bis heute trotz mancher Enthüllungen möglich wäre, hierüber ganz klar zu sehen. Förderlich war, daß Baden und Hessen am 15. November ihre Annahme der norddeutschen Bundesverfassung erklärten. Am 23. folgte Bayern, welchem in Bezug auf das Heer-, das Eisenbahn- und Verkehrswesen u. a. gewisse Vorbehalte eingeräumt wurden. In der zweiten Kammer zogen die Gegner der nationalen Einigung diese Angelegenheit noch bis in das neue Jahr hinüber; aber schließlich erlitten doch auch hier ultramontaner Haß und demokratische Verbohrtheit ihre verdiente Niederlage. Am 25. November schloß sich auch Würtemberg dem Vorgange Bayerns an. Die Nachricht hievon rief überall in Deutschland, wo man, der alten Zerrissenheit müde, ein einiges und starkes Vaterland ersehnte, lauten Jubel wach, der sich noch steigerte, als man erfuhr, daß König Ludwig II. von Bayern in einem Briefe vom 4. Dezember sämtliche Fürsten Deutschlands ersuchte das Deutsche Reich und die deutsche Kaiserwürde dadurch wiederherzustellen, daß dem preußischen König in erblicher Weise der Titel eines deutschen Kaisers übertragen werde. Dieser Vorschlag fand Annahme und so wurde mitten im Kriege das große nationale Werk der Einigung Deutschlands vollbracht. Fortan — hieß es in der Adresse des norddeutschen Parlamentes an den greisen König Wilhelm — darf nicht mehr auf die Schwäche Deutschlands gerechnet werden. Als am 18. Dezember der Präsident des Parlaments Dr. Simson die Adresse in Versailles überreichte, sprach er die sichere Hoffnung der Nation aus, „daß Kaiser und Reich im Geiste einer neuen lebensvollen Gegenwart wieder aufgerichtet und ihr, wenn Gott ferner hilft und Segen giebt, in beiden die Gewißheit von Einheit und Macht, von Recht und Gesetz, von Freiheit und Frieden zu teil werde“. Demütig und bescheiden wie in allen Siegen blieb auch in dieser Erhöhung König Wilhelm. In der einmütigen Stimme der deutschen Fürsten und in dem damit übereinstimmenden Wunsche der deutschen Nation erkenne er den Ruf der Vorsehung, dem er mit Vertrauen auf Gottes Segen folgen dürfe. Die feierliche Proklamation des neuen Kaisers sollte am 18. Januar, dem preußischen Krönungsfesttag, im Königsschloß zu Versailles stattfinden, dort, wo seit Jahrhunderten die französischen Diplomaten ihre verderblichen Pläne gegen Deutschland geschmiedet hatten und zahlreiche Gemälde in den Prunksälen an deutsche Niederlagen und an französischen Übermut prahlerisch erinnerten. In der Mitte des langen Spiegelsaales (der Gallerie des Glaces) war ein Altar errichtet. Soweit es die Kriegslage gestattete, waren Vertreter des deutschen Heeres und die Fahnen und Standarten deutscher Regimenter hierher berufen worden, um Zeugen

des welthistorischen Augenblicks zu sein. Im Hofe des Schlosses hielt das 7. Königsgrenadierregiment, welches beim Sturm auf Weißenburg zuerst den feindlichen Boden betreten hatte, die Ehrenwache. Zuerst sollte Gott die Ehre gegeben werden, indem ein feierlicher Gottesdienst mit Predigt über die Psalmworte (21, 4. 5. 12.) abgehalten wurde: „Du überschüttest ihn mit Segen und setzest eine goldene Krone auf sein Haupt. Groß ist sein Ruhm durch deine Hülfe; Würde und Hoheit legest du auf ihn. Du machst ihn zum Segen für und für; denn der König vertrauet auf den Herrn. Sie gedachten dir Übles zu thun und machten Anschläge, aber sie konnten sie nicht ausführen." Hierauf bestieg der vierundsiebenzigjährige Monarch die Estrade mit festem Schritt und verkündete laut, daß er die ihm von Fürsten und Volk gebotene deutsche Kaiserwürde hiermit für sich und sein Haus annehme. Dann gab er dem Kanzler den Befehl, seine Proklamation an die deutsche Nation zu verlesen; sie lautete also: „Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen, verkünden hiermit: Nachdem die deutschen Fürsten und freien Städte den einmütigen Ruf an uns gerichtet haben, mit Herstellung des deutschen Reiches die seit mehr denn 60 Jahren ruhende Kaiserwürde zu erneuern und zu übernehmen, und nachdem in der Verfassung des deutschen Bundes die entsprechenden Bestimmungen vorhergesehen sind, bekunden wir hiermit, daß wir es als Pflicht gegen das gesamte Vaterland betrachten, diesem Rufe der verbündeten deutschen Fürsten und freien Städte Folge zu leisten und die deutsche Kaiserwürde anzunehmen. Demgemäß werden wir und unsere Nachfolger in der Krone Preußens fortan den Kaisertitel in allen unsern Beziehungen und Angelegenheiten des deutschen Reiches führen und hoffen zu Gott, daß es der deutschen Nation gegeben sein werde, unter dem Wahrzeichen ihrer alten Herrlichkeit das Vaterland einer segensreichen Zukunft entgegenzuführen. Wir übernehmen die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands zu stützen und die Kraft des Volkes zu stärken. Wir nehmen sie an in der Hoffnung, daß es dem deutschen Volke vergönnt sein werde, den Lohn seiner heißen und opferwilligen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterlande die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherheit gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren werden. Uns aber und unsern Nachfolgern in der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des deutschen Reiches zu sein, nicht in kriegerischen Eroberungen, sondern in den Werken des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung." Hierauf

brachte der Großherzog von Baden dem Kaiser von Deutschland ein Hoch aus, das von der Versammlung mit brausendem Zuruf begleitet wurde. Alles stand unter dem Eindruck des feierlichen Augenblickes. Ein deutscher Kaiser war wieder auf Erden. Aus den Augen des tiefbewegten Heldenkaisers quollen Thränen, sie galten dem Herrn der Heerscharen, durch dessen Gnade ihm ein solches Vollmaß des Erfolges geschenkt worden war. Seine wunderbare Führung hatte ihn bis hierher geleitet, wo er mitten im Feindesland die Hoffnung seiner ganzen Nation in ungeahnter Weise erfüllen sollte. Sie galten auch dem Opfermut des deutschen Heeres, dem er in einer Proklamation tiefgerührt mit folgenden Worten seinen Dank ausdrückte: „Eure Tapferkeit und Ausdauer in diesem Kriege hat das Werk der innern Einigung Deutschlands beschleunigt, ein Erfolg, den ihr mit Einsetzung eures Blutes und Lebens erkämpft habt.“

Freilich, noch war der blutige Kampf nicht ausgefochten, noch rollten die eisernen Würfel. Aber die letzte Entscheidung stand unmittelbar bevor; sie konnte, wie die Dinge lagen, nicht mehr zweifelhaft sein.

7. Kapitel. In der Peripherie. Paris in den letzten Zügen. Kapitulation und Waffenstillstand. Der Kampf im Südosten.

1. Zur See. Englische Neutralität. Im Südosten Frankreichs. Garibaldi und die Freischärler. Vor Belfort und um Dijon. Kommunistische Regungen.

Wir haben mit einigen Strichen noch die am weitesten vom Mittelpunkt des Krieges entfernt liegenden Ereignisse zu zeichnen: zunächst die Vorkommnisse auf der See. Frankreich besaß eine größere und ältere Flotte als Deutschland, d. h. der junge norddeutsche Bund, und es war selbstverständlich, daß diese gegen die deutschen Küsten in der Nord- und Ostsee sich wenden werde. Die Nordseeküsten wurden französischerseits noch im Juli in den Blokadezustand erklärt. Die deutsche Flotte sammelte sich daher in Wilhelmshafen mit der Absicht, sobald gleiche feindliche Streitkräfte in Sicht kämen, mit diesen den Kampf aufzunehmen. Gleichzeitig geschah alles zum Schutze der Küsten, was geschehen konnte: die Seezeichen wurden allenthalben beseitigt, Torpedos gelegt, die Küstenbefestigungen vervollständigt. In Dänemark, von dem man anfänglich befürchtet hatte, es werde sich auf die Seite Frankreichs schlagen, siegte nach den ersten Landschlachten zwischen den kriegführenden Nationen der Entschluß, sich neutral zu verhalten. Mitte August nun stellte sich die französische Flotte bei Helgoland auf und erklärte die Ausdehnung der Blokade auch auf die Ostsee, aber sie richtete wenig aus und mußte sich

im ganzen darauf beschränken, Handelsschiffe abzufangen. Schlimmer war es, daß England seine Neutralität so auffaßte, daß es ihm verstattet sei, trotz derselben den Franzosen Waffen und Kriegsmaterial aller Art zu liefern. Die fieberhafte Thätigkeit englischer Fabriken für die französische Armee blieb in Deutschland kein Geheimnis. Der Unwille über diese unedle Krämerpolitik äußerte sich in lauter Sprache und bewirkte eine energische Vorstellung des norddeutschen Gesandten in London. Recht viel richtete er damit nicht aus; Bismarck hatte also gewiß recht, wenn er England nicht viel gute Gesinnungen zutraute. Man sah eben wieder, wessen sich Deutschland zu versehen hatte. Seine Siege, seine Kraftentfaltung wollten fast keiner der alten europäischen Großmächte passen. Es war gut, daß eine höhere Macht auf seiner Seite stand.

Als das französische Kaisertum im September gestürzt und die Republik aufgerichtet war, gebot die Not, alle Kräfte zum Schutz der Hauptstadt zu sammeln. Am 8. September erhielt die Nordseeflotte unter Viceadmiral Fourichon den Befehl, nach Frankreich zurückzukehren: er dampfte nach Cherbourg ab. Die Ostseeflotte unter Graf Bouet-Willaumez versuchte noch einen Angriff auf Kolberg, erlitt aber bei Arkona durch einen Sturm erheblichen Schaden und zog sich ebenfalls nach Cherbourg zurück. Seit dieser Zeit erschien kein französisches Kriegsschiff mehr in der Ostsee. Dagegen kreuzten auf der Nordsee von Cherbourg und Dünkirchen aus abwechselnd französische Dampfer, offenbar nur, um die deutsche Flotte zu beobachten. Trat diese auch nicht mehr in Thätigkeit, so hielt sie doch aufmerksame Wacht auf ihrem Posten. In den westindischen Gewässern kam es am 9. Nov. zwischen zwei Kriegsfahrzeugen der beiden Völker zu einem kurzen Kampfe, in welchem das deutsche Kanonenboot wacker und erfolgreich focht.

Nach dem Falle von Straßburg war dem General v. Werder mit seinem (14.) Armeekorps die Aufgabe zugewiesen worden, die elsässischen Festungen Schlettstadt, Neubreisach und Belfort zu erobern und die Gebirgslandschaften des Jura und der Vogesen von dem bunten und gefährlichen Gemisch der Feinde, aus Mobilgardisten, Franktireurs und anderen Elementen bestehend, zu säubern. Die Festung Langres diente diesen Scharen, die mehr den Namen Banden verdient hätten, als Stützpunkt. Die Örtlichkeit und die Bevölkerung stand in ihrem Bunde. Der kleine Krieg lebte hier auf und bereitete den Deutschen, welche an Zahl viel geringer waren, harte Arbeit. Zwar schlugen badische und preußische Truppen in den Tagen vom 6.—10. Oktober bei St. Dié, Etival, Nompatelize, Rambervillers die tollen Haufen, und die Festung

Schlettstadt wurde am 24. Oktober zur Übergabe gezwungen, aber die Ostarmee, welche General Cambriel, der bei Sedan verwundet worden war, in Lyon bildete, wuchs sozusagen über Nacht ins ungeheure. Die Reisläufer aus allen Windrichtungen eilten herbei, um hier gegen die Deutschen den Mut ihrer demokratischen Gesinnung zu beweisen: nicht bloß Arbeiterscharen aus den südfranzösischen Städten, sondern auch Italiener, Spanier, Polen, der alte Demokrat Garibaldi mit seinen Söhnen Menotti und Riccioti und seinem Schwiegersohn Canzio, die Polen Bosak-Hauke, Dombrowski und andere, welche alle von Begierde brannten, der Sache der Demokratie gegen die monarchischen Horden der deutschen Barbaren zum Siege zu verhelfen und, wenn möglich, die rote Republik von hier aus über ganz Europa auszubreiten.

Es hatte noch gefehlt, daß solche unberufene Freibeuter sich in diesen blutigen Völkerstreit einmischten. Zugleich ist allerdings nichts bezeichnender für den Wahnwitz der Regierung eines Gambetta, als der Glaube, daß ähnliche Kräfte dem Geschicke Frankreichs hülfreich beizuspringen vermöchten. So folgten denn den wilden Afrikanern des Kaisertums die nach Tyrannenblut lechzenden Freischärler der Republik als würdige Kampfgenossen und Spießgesellen. Der alte Garibaldi wurde auf einem französischen Schiffe feierlich von Caprera abgeholt und über Marseille nach Tours geleitet, wo ihm am 11. Oktober Gambetta die Organisierung von fremden und einheimischen Franktireurs und den Oberbefehl darüber übertrug. Massenhaft strömten ihm die gesinnungsverwandten Elemente zu, mit denen er hoffte, in Deutschland einbrechen zu können. Stand diese Aussicht auch in weiter Ferne, so brachte doch der Kampf gegen die zahlreichen Scharen den deutschen Truppen schwere Tage, Gefahren, Strapazen und Entbehrungen in Menge. Alle Vorteile waren auf feindlicher Seite, der Krieg nahm den regellosesten und wildesten Charakter an, wie er eben durch diese „unangreifbaren Banden“ bedingt war, die, überall und nirgends, auftauchten. Dazu kam der strenge Winter, der Mangel an Lebensmitteln in dem ausgehungerten Land und die Unterbrechung der Eisenbahnlinien, auf deren Zufuhr aus der Heimat die deutschen Truppen fast ausschließlich angewiesen waren. Allein die Kriegszucht der deutschen Soldaten bewährte sich auch hier im alten Burgunderlande, das im Laufe der Zeit so oft schon der Schauplatz gewaltiger Kämpfe gewesen war, und zielbewußt handelten ihre tapferen Führer. Schritt für Schritt drangen sie vor. Nach heftigen Kämpfen am Flusse Ognon, bei Rioz, Etuz und Gray gelang es am 31. Oktober die alte burgundische Hauptstadt Dijon zu nehmen und

damit die Einschließung von Belfort vorzubereiten. Am 3. November vollzog sie General von Treskow. Der Kommandant dieser Festung wurde zur Übergabe aufgefordert; aber er dachte nicht daran, sie schon jetzt zu übergeben. Im Gegenteil hielt er durch häufige Ausfälle den Belagerer in Atem, während die übrigen deutschen Feldtruppen Mühe genug hatten, die „Feinde ringsum" von den nahen Grenzen des Vaterlandes zurückzuhalten. Dijon mußte wiederholt geräumt werden und Ricciotì überfiel nächtlicherweile die kleine Besatzung von Chatillon an der Seine (20. Nov.), wobei eine Anzahl deutscher Landwehrmänner ihren Tod fanden. Diese vorübergehenden Erfolge zeigten nur die Gefahr und den harten Stand, den die deutschen Truppen hatten: viel schlimmer hätte die Lage sich gestalten müssen, wenn nicht im ganzen südlichen Frankreich der kommunistische Revolutionsgeist bereits das Haupt erhoben, der Regierung Gambettas vielfach den Gehorsam verweigert und so die zweifellos vorhandene Kraft des Angriffs geschwächt und gelähmt hätte. Die unruhigen, von den Leiden des Krieges hart betroffenen Arbeiterbevölkerungen, noch dazu aufgeregt durch wütende Demagogen, eröffneten hier ein Vorspiel jenes blutigen Dramas, das bald darauf von der hauptstädtischen Bevölkerung aufgeführt wurde. Man wollte von der Centralregierung nichts mehr wissen und richtete unabhängig von ihr republikanische Gemeinwesen ein. Es bildete sich in Lyon eine Kommune und eine „Liga des Südens", welche die letzte Ordnung aufzulösen drohte. Gambetta wandte alle Beschwichtigungsmittel und Überredungskünste an, um diesen Geist zu bannen. In Lyon wurde von einer sozialdemokratischen Bande der Kommandant eines Bataillons der Nationalgarde, welcher sich ihr widersetzte, zum Tod verurteilt und erschossen. Gambetta eilte selbst herbei, um das Ansehen der Regierung wiederherzustellen und die Frevler zu strafen, jedoch mußte er die äußerste Vorsicht gegenüber der rasenden Menge gebrauchen und durfte es nicht wagen, die rote Fahne auf dem Stadthause entfernen zu lassen. Das waren Anzeichen, die nichts Ersprießliches hoffen ließen.

2. Letzter Ausfall der Pariser Armee und die Schlacht am Mont Valerien. Die Kapitulation von Paris und der Waffenstillstand.

Nur wer mit sehenden Augen blind sein wollte, konnte sich über das Schicksal der französischen Hauptstadt noch täuschen oder andere täuschen wollen. In Paris allerdings feierte die selbstmörderische Lüge bis zum letzten Augenblick ihre schamlosen Orgien. Unter dem Donner der deutschen Kanonen und bei dem sich täglich steigernden Elend der

Belagerung wagte es noch, natürlich im Auftrage der Machthaber, eine Zeitung, der hauptstädtischen Bevölkerung vorzuspiegeln: „Nancy bedroht, Belfort besetzt, Baden angegriffen, Hamburg auf dem Punkt bombardiert zu werden, das ist die Antwort Frankreichs auf die Beschießung von Paris. Die Stunde hat geschlagen; die in die Enge getriebenen Preußen hoffen Zuflucht in Paris zu finden, das ist ihre letzte Hoffnung." Man glaubte diesen lächerlichen Lügenbotschaften nicht mehr, aber in ihrer Not und Wut verlangte die Bevölkerung Thaten von der Regierung und den Generalen, die man schon laut und lauter Verräter und Feiglinge schalt. Diese konnten sich dem wahnwitzigen Ansinnen, dessen ganze Verantwortung sie selbst verschuldet hatten, nicht mehr entziehen, obwohl ihnen das Herz schauderte. Einen Tag nach der feierlichen Kaiserproklamation zu Versailles sollte der letzte große Ausfall in der Richtung auf dieses deutsch-kaiserliche Hauptquartier ausgeführt werden. Vinoy und Ducrot führten in zwei Kolonnen am Morgen des 19. Januar die 90000 Mann starke Ausfallsarmee aus Paris, während Trochu ihre Stöße vom Mont Valerien unterstützen sollte. Dichter Nebel lag über der Stadt und dem Gefilde; dennoch gelang den Franzosen nirgends eine Überrumpelung, weil die Deutschen wachsam auf ihren Posten standen. Auf der Linie Buzanval, la Bergerie, Garches, Montretout entbrannte ein blutiger Kampf: auf die Bergerie richtete der Feind die nachdrücklichsten und lebhaftesten Angriffe, denen hauptsächlich das 4. und 5. Armeekorps zu begegnen hatte. Auch diesmal bestanden die deutschen Soldaten die Probe der Schlacht. „General Trochu, welcher dem Kampfe um die Höhe von Garches beigewohnt hatte, war schon nachmittags zu der Überzeugung gelangt, daß der Durchbruchsversuch auf der ganzen Front gescheitert und eine weitere Fortsetzung des Kampfes bei der namentlich unter den Nationalgarden eingerissenen Zuchtlosigkeit völlig aussichtslos sei." So wurde denn der Rückzug angeordnet. Während die Deutschen über 600 Mann eingebüßt hatten, bezifferte sich der französische Verlust fast auf das zehnfache. Und dieser Schlag fiel mit den betrübenden Nachrichten zusammen, die vom Norden, Westen und Süden einliefen und das Unglück der französischen Waffen meldeten. Zudem dauerte die Beschießung der Hauptstadt nicht bloß fort, sondern wurde besonders im Norden bei St. Denis mit allem Nachdrucke gesteigert. Jetzt erst begann der Mut der Lüge zu weichen. Ob man wollte oder nicht, die Regierung mußte daran glauben, daß es auch für das stolze und frevelhafte Babel keine andere Rettung mehr gebe als die Kapitulation. Unmännlich genug wollte jetzt Trochu seinen Posten verlassen, aber die Regierung willigte nicht ein.

Man redete noch einmal von einem Ausfall und zwar in Masse; aber sobald man den Gedanken auf seinen Erfolg prüfte, verzagten alle. Der Pöbel, den es nach J. Favres Ausspruch in Paris nicht gab, erhob jetzt sein Haupt kecker und trotziger als zuvor. Am 22. Jan. suchte er das Rathaus zu stürmen; nur mit Mühe konnte die Meuterei niedergeschlagen werden. Am folgenden Tag legte J. Favre dem unglückseligen Diktator gegenüber ein offenes Bekenntnis über die Sachlage ab, indem er ihm schrieb: „Das Drama geht zu Ende. Von der Katastrophe kann uns nichts mehr befreien", und eilte, „den Tod im Herzen", am Abend des gleichen Tages nach Versailles, um die Unterhandlungen wegen der Übergabe der Hauptstadt anzuknüpfen. Vor der Meute des Pariser Pöbels fürchteten sich die Regierungsmänner nun viel mehr, als vor den nordischen Barbaren; diese Angst beflügelte ihre Schritte. Wehe ihnen, wenn die Vorräte ganz erschöpft waren und der Hunger die letzten Bande der Scheu und Ordnung zerriß! Es handelte sich nur noch um einige wenige Tage; deshalb kam man leicht zum Abschluß. Schon am 26. Januar nachts 12 Uhr wurden die Feindseligkeiten eingestellt und alle Zufuhren nach der Hauptstadt freigegeben. Zwei Tage darauf (28. Jan.) wurde im deutschen Hauptquartier ein dreiwöchentlicher Waffenstillstand (bis zum 19. Februar) unterzeichnet. Paris kapitulierte, nachdem es 132 Tage lang eingeschlossen war. Die Bedingungen lauteten: Die Linientruppen der Hauptstadt sind kriegsgefangen und liefern ihre Waffen ab mit Ausnahme von 12000 Mann, welche die Aufrechthaltung der Ordnung übernehmen. Die Nationalgarde wird nicht entwaffnet. Paris zahlt eine Kriegskontribution von 200 Millionen Franken. Die Deutschen besetzen alle Forts und halten die Einschließung aufrecht. Ohne Erlaubnis des deutschen Kommandos darf Niemand die Stadt verlassen. Lebensmittel dürfen eingeführt werden, nicht aber Waffen und Munition. In 14 Tagen soll eine aus freien Wahlen hervorgegangene konstituierende Nationalversammlung in Bordeaux zusammentreten, um über die Friedenspräliminarien zu beraten. Auf den südöstlichen Kriegsschauplatz und Belfort bezieht sich der Waffenstillstand nicht.

Ohne Zwischenfall vollzog sich am 29. Januar die Besetzung der Forts und der Stadt St. Denis. Die Kriegsbeute war fast unermeßlich: 602 Feldgeschütze, 1362 Festungsgeschütze, 177000 Gewehre und ungeheure Munitionsmassen.

Nun brach in der Presse abermals ein Sturm der Entrüstung los gegen die „Diktatur der Unfähigkeit", welche mit ihren Zigeunern und Abenteurern das Blut und Gut des französischen Volkes verschleudert

habe. Aber es gab viele Leute in Paris, welche selbst diesen traurigen Ausgang mit einer gewissen Befriedigung ansahen. Nun war doch die Gefangenschaft, in der sie sich befunden hatten, aufgehoben und leicht wurde es ihnen gemacht, in Scharen die Hauptstadt zu verlassen: sie ahnten nichts Gutes. Dagegen versetzte die Kapitulation der Hauptstadt den Diktator Gambetta und seinen Anhang in die größte Wut. Er forderte von der Regierung Rechenschaft und erklärte, den Krieg bis aufs äußerste fortsetzen zu wollen. Allein die Ereignisse, die gerade in diesen Tagen auf dem südöstlichen Kriegsschauplatze vor sich gingen (s. nächsten Abschnitt), zwangen endlich auch den Rasenden, Vernunft anzunehmen. Während aber die Pariser Regierung eine unbeschränkte Wahl für die Constituante ausschrieb, vermaß er sich, die Bonapartisten vom Wahlrecht auszuschließen, was jedoch auf Bismarcks Einspruch hin für ungültig erklärt wurde. Zu toll hatte es Gambetta getrieben, als daß ein jäher Umschlag der Stimmung gegen ihn ausbleiben konnte. Das Schicksal der Bourbaki'schen Armee besiegelte auch das seinige. Gambetta war nicht der Mann, diesem Verdammungsurteil Trotz zu bieten, am 6. Februar legte er sein Amt nieder und eilte nach Spanien, um dort in Sicherheit des Ausganges der Dinge zu harren.

Die offene Frage war zunächst die nach der künftigen Regierungsform Frankreichs. Sowohl die orleanistischen Prinzen wie der gefangene Napoleon suchten durch Proklamationen auf das Volk und die Wahlen einzuwirken. „Nur eine aus der Volkssouveränität entsprungene Regierung — erklärte der letztere —, welche über den Egoismus der Parteien sich zu erheben vermag, kann eure Wunden heilen, eure Herzen der Hoffnung, die entweihten (!) Kirchen euren Gebeten wieder eröffnen und die Einigkeit, die Arbeit und den Frieden in den Schoß des Vaterlandes zurückführen." Er sollte es bald erfahren, daß für ihn und seine Dynastie das Spiel verloren war. Das Resultat der am 8. Februar erfolgten Wahlen zur Nationalversammlung ließ auf den ersten Blick keinen Zweifel darüber aufkommen, daß an eine Wiederherstellung des napoleonischen Kaisertums nicht zu denken war. Die Pariser Bevölkerung zeichnete sich durch eine äußerst radikale Wahl aus: Viktor Hugo, Delescluze, Ledru-Rollin, Locroy, Floquet, Louis Blanc, Rochefort waren unter ihren Auserkorenen. „Es lebe die Weltrepublik", hörte man in diesen Tagen zu Paris häufig von ganzen Horden, selbst von Bataillonen der Nationalgarde lärmend und — drohend ausrufen. Die Internationale war das neue Schlagwort des Pariser Pöbels, den kein Unglück läuterte und zur Besinnung brachte.

3. Der südöstliche Kriegsschauplatz. Werder. Schlacht bei Nuits. Bourbaki. Schlacht bei Hericourt. Garibaldi in und bei Dijon. Manteuffel gegen Bourbaki. Rückzug der französischen Armee auf Pontarlier. Die letzten Gefechte. Der Vertrag von Verrieres. Übertritt der Franzosen auf schweizerisches Gebiet. Belagerung der Festung Belfort und Übergabe.

In den Waffenstillstand von Paris war der südöstliche Kriegsschauplatz nicht eingeschlossen worden. Die französischen Regierungsmänner wollten es absichtlich nicht anders. Es mochte ja wohl sein, daß sie in ihrer Tollheit glaubten, dort noch einen Vorteil davontragen zu können; in der That aber sollten sie nur erreichen, daß dem grauenhaften französischen Hochmut auch an dieser Stelle, wo sich ihre letzten verfügbaren Kräfte befanden, seine verdiente Strafe zuteil wurde. Seit Anfang November war die Festung Belfort von den Deutschen eingeschlossen. Welchen harten Stand das tapfere Armeekorps Werders dort gegen die allenthalben andrängenden Freibeuterscharen hatte, ist schon geschildert worden. Die Verhältnisse gestatteten der deutschen Heeresleitung nicht, schon jetzt größere Truppenmassen hierher zu werfen. Werder, der in Dijon sein Hauptquartier hatte, mußte von diesem Orte aus im November und Dezember in vielen kleineren Gefechten den Feind von weiterem Vordringen abhalten. Aber um die Mitte des letzteren Monats gestaltete sich die Lage für ihn ungünstiger. Garibaldi suchte von Autun aus in Verbindung mit dem General Cremer die Deutschen zurückzutreiben und dann Dijon zu entsetzen. Bei Nuits südlich von Dijon erfolgte am 18. Dezember ein heftiger Zusammenstoß. Badische Truppen griffen den überlegenen und durch Befestigungen wohlgeschützten Gegner mit einer solchen Todesverachtung an, daß derselbe sich am Abend genötigt sah, das Städtchen zu räumen. Mehr als 2000 Mann hatten die Franzosen verloren, auch die Einbuße der Deutschen erreichte fast die Höhe von 1000 Mann. Und noch nicht war man am Ende.

Denn Bourbaki, der sich nach der zweiten Eroberung von Orleans nach Bourges zurückgezogen hatte, erhielt jetzt von Gambetta den Befehl, sich mit seiner Armee auf Werder zu werfen. Die weitgehendsten Hoffnungen wurden an diesen Schachzug geknüpft; man dachte nicht bloß Werder zu überrumpeln und Belfort zu befreien, sondern auch über den Rhein vorzudringen, in Deutschland einzufallen und alles zu Grunde zu richten. In ihrer Fieberhitze träumten Gambetta und sein wahnwitziger Anhang von dem Gelingen dieser letzten Verzweiflungsthat. Jedoch Werder war mit seiner tapferen Schar nicht gewillt, diese Träume zur That werden zu lassen und Ruhm und Ehre, die sie schon gewonnen hatten, zu opfern: er hatte freilich der Bourbaki'schen Armee, welche mindestens 150 000 Mann stark über Besançon gegen Montbeliard vor=

rücken wollte, nur 45000 Mann entgegenzustellen, aber er that dies am rechten Ort und zur rechten Zeit. Kaum war ihm nämlich die Absicht Bourbakis klar geworden, als er ungesäumt Dijon, in welches Garibaldi nun einmarschierte, aufgab, und in Eilmärschen über Vesoul auf Belfort, dessen Belagerung und Beschießung unterdessen energisch vorbereitet worden war, heraneilte. Bei Villersexel am Ognon wehrte er sich tapfer gegen Bourbaki'sche Vortruppen am 9. Januar 1871 und bei Hericourt versperrte er drei kalte und schreckliche Tage lang (15. bis 17. Januar) dem Feinde den Vormarsch auf die Festung mit einem Heldenmut sondergleichen, so daß man ihn mit Leonidas und seiner tapfern Schar am Engpaß von Thermopylä verglichen hat. „Drei Tage haben die deutschen Krieger hier nicht nur wie die Helden gekämpft, sondern auch gewacht, gehungert, gefroren, gedurstet, gelitten und überstanden, was je einem Heere geboten worden ist." Es galt Zeit zu gewinnen für den General Manteuffel, der mit einem Hülfsheer vom Nordwesten heranzog. Der Sieg von Hericourt, den Werder erfochten, steht an Bedeutung mit den größten Schlachten dieses blutigen Krieges auf gleicher Linie, denn dadurch wurde eine schwere Gefahr vom Südwesten Deutschlands glücklich abgewendet. Man begreift die freudige Aufnahme, welche die Nachricht von diesem Sieg in Versailles gerade am Tage der Kaiserproklamation hervorrief. „Bourbaki hat — so schrieb Kaiser Wilhelm seiner Gemahlin am 18. Januar telegraphisch — nach dreitägiger Schlacht sich vor dem Werder'schen heldenmütigen Widerstande zurückgezogen. Werder gebührt die höchste Anerkennung und seinen tapfern Truppen." Bourbaki selbst erkannte, daß er mit seinen ermüdeten, hungernden und frierenden Soldaten den Durchbruch durch die deutschen Linien nicht mehr erzwingen könne, zumal als er über das Herannahen Manteuffels genau unterrichtet war, und entschloß sich schweren Herzens zum Rückzug. Die Verluste der Franzosen an Toten und Verwundeten betrugen mindestens 8000 Mann, die der Deutschen über 1600 Mann. Zwar verschleierte der französische Befehlshaber in seinem Telegramm an die Regierung seine Niederlage noch, so gut es ging, mit den Worten: „Wenn der Feind sich entschlösse uns zu folgen, so würde ich darüber entzückt sein, vielleicht bietet er uns so die Gelegenheit, mit ihm unter weit günstigeren Bedingungen die Partie von neuem zu spielen", allein in seinem Innern war er sich klar darüber, daß er die Partie bereits endgültig verloren habe. Der Feind saß ihm auf den Fersen und es blieb ihm nichts mehr übrig, als sich womöglich vor dem Untergang zu retten. Er wollte sich über Besançon nach Lyon zurückziehen. Aber schon war es zu spät dazu.

Manteuffel kam mit zwei Armeekorps heran. Vor Dijon ließ er mit nur zwei Regimentern den General Kettler zurück, um den italienischen Freischärler Garibaldi, der auffallend stille geworden war, zu beobachten und, wenn nötig, in Schach zu halten. Bei Talant, Fontaine les Dijon und Messigny am 21. Januar, bei Pouilly zwei Tage darnach gerieten die beiden Feinde aneinander. Garibaldi verfügte über weit größere Massen als Kettler. Der Italiener geberdete sich wie toll, er verletzte die Genfer Konvention und unweit einer Fabrik bei Pouilly fanden Mannschaften der Brigade Ricciotti Garibaldi die einzige Fahne, „welche die deutsche Armee in diesem Kriege verloren hat, mit Blut getränkt und zerschossen unter einem Haufen von Leichen“ — aber er vermochte dem schwächeren Feinde nichts anzuhaben, dem es bei seinen geringen Streitkräften allerdings auch nicht gelingen konnte, das befestigte Dijon an sich zu reißen. Garibaldi vermeinte schon damit eine Heldenthat ausgeführt zu haben; in echt welscher Prahlerei beglückwünschte er „die jungen Söhne der Freiheit, daß sie eine ruhmreiche Seite in den Jahrbüchern der Republik beschrieben und die kriegerischsten Truppen der Welt besiegt hätten“, ohne zu merken, daß Kettler seinen Auftrag, ihn festzuhalten, mit Erfolg gelöst hatte. Denn auf diese Weise rückte Manteuffel unbehindert auf Bourbaki heran, stellte mit Werder die Verbindung her und faßte bald den Entschluß, den Feind in einem halben Bogen, der nur nach der Schweizer Seite geöffnet war, zu umzingeln. Je näher die beiden Armeen aneinander rückten, desto häufiger kam es an den Berührungspunkten zu Gefechten, so bei Salins, bei Busy und Vorges. Bald sah Bourbaki ein, daß ihm nur noch die Wahl freistehe zwischen einem Durchbruchsversuche gegen Auxonne (w.) und dem Rückzug auf Pontarlier (s.-ö.). Da aber bei der Ermattung der Truppen und dem einreißenden Mangel an Zucht der kühnere Ausweg keine Aussicht auf Erfolg bot, so entschied er sich für den Rückzug auf Pontarlier. Während nun sogar noch der Oberbefehl bei der französischen Armee nutzlos gewechselt wurde und Bourbaki eine Selbstmordkomödie spielte, verlegte ihr Manteuffel den Weg nach dem Süden und zwang nach mehreren Gefechten in den letzten Januartagen bei Chaffois und Sombacourt, bei Frasne und Vaux, sowie bei Pontarlier la Cluse und Oye am 1. Februar die Franzosen, welche schon große Massen Gefangener in den Händen des Feindes ließen, auf das Gebiet der Schweiz überzutreten, da sonst eine Kapitulation, der von Sedan ganz gleich, unvermeidlich gewesen wäre. Clinchant — so hieß der neue Oberbefehlshaber — erbat von dem Schweizer General Herzog für „eine brave und befreundete Armee, die unter dem Zwange

des Unglücks auf dem Boden der (schweizerischen) Republik Zuflucht sucht", Nahrung und Obdach. Es wurde zu Verrieres deshalb ein Vertrag (1. Febr.) abgeschlossen, wornach die französische Armee ihre Waffen abzuliefern hatte und dann über die Grenze gehen durfte. 85000 Mann fanden so in der Schweiz ihre Rettung. Es war höchste Zeit und das Bild, welches diese Armee bot, grauenhaft. Die Welt habe, hieß es in Schweizer Zeitungen, Gleiches nicht mehr gesehen seit dem Rückzug aus Rußland im Jahre 1812. „In den Straßen und Vorstädten — schrieb ein Augenzeuge aus Pontarlier — wälzte sich ein Strom von Infanterie, von Soldaten aller Waffengattungen und aller Kostüme, Uniformen konnte man sie nicht mehr nennen. . . . Da und dort sank ein Pferd zu Boden, um nicht mehr aufzustehen. . . . Eine große Anzahl Soldaten, ja selbst Offiziere waren nur mit Holzschuhen versehen, und das waren noch nicht die Unglücklichsten. Ein arabischer Soldat hatte die Füße mit Lumpen umhüllt, viele andere schleppten sich mit verwundeten bloßen Füßen vorwärts. Keine entfaltete Fahne, keine Musik, nicht einmal ein Tambour, von Zeit zu Zeit ein Trompetensignal, Zuaven ohne ihren Fez, Jäger von Vincennes, einige Turkos, dann viele Linieninfanterie, Freiwillige, Wagen mit Mauleseln bespannt, eiserne Bettstellen, Verwundete mit sich führend, Fourgons mit Pferdegeschirren, Kürassen, zerfetzten Kaputen beladen kamen von verschiedenen Seiten her durcheinander nach Pontarlier gefahren u. s. w." „Das ist also die vierte französische Armee, welche zum Weiterkampfe unfähig gemacht ist" — konnte Kaiser Wilhelm am 1. Februar nach Berlin berichten und schon zwei Tage darauf: „Garibaldi, der sich in Dijon in der Gefahr befand umzingelt zu werden, ist diesem Schicksal nur durch eiligen Rückzug entgangen." Er fühlte, daß er seine klägliche Rolle ausgespielt habe, und legte den Oberbefehl über die Vogesenarmee nieder, „da er seine Mission(!) als beendigt ansehe".

Noch trotzte Belfort seinem Geschicke, aber augenscheinlich dauerte dieser Widerstand nicht mehr lange. Die Belagerungsgeschütze arbeiteten seit dem 20. Januar, an welch letzterem Tage Le Haut Taillis weggenommen wurde, während am folgenden das befestigte Dorf Perouse erstürmt wurde. Dem folgte die Aushebung von Laufgräben und nach einem vergeblichen Sturmversuche thatsächlich die Besetzung der Forts des Hautes und des Basses Perches am 8. Februar. Dessenungeachtet wehrte sich der Festungskommandant Denfert mit der größten Entschiedenheit dagegen, den Platz zu übergeben, indem er der Zähigkeit der Belagerer eine außerordentliche Hartnäckigkeit der Verteidigung entgegensetzte und es dem Feinde im Verein mit der Jahreszeit schwer genug machte, ihm

näher und näher zu rücken. Erst als die französische Regierung selbst ihn aufforderte, die Thore zu öffnen, entschloß er sich dazu. Man darf sagen, der Kampf um Belfort endigte in würdiger Weise den großen blutigen Krieg. Die deutsche Heeresleitung versagte dem tapferen Verteidiger Denfert ihre Anerkennung nicht, sondern stellte ihm die günstige Bedingung, daß er bewaffnet mit seinen Truppen die Festung verlassen durfte. Am 17. und 18. Februar zogen die Franzosen in einzelnen Abteilungen nach dem Westen ab, mit der letzten der Oberst Denfert. Sie hatten von etwa 18000 Mann mehr als den vierten Teil verloren, während den Deutschen die Belagerung über 2100 Mann gekostet hatte. „Die Stadt bot ein Bild der Verwüstung dar, namentlich der südliche Teil sowie die Vorstädte de Montbeliard und le Fourneau. 34 Häuser waren vom Feuer zerstört, die meisten beschädigt worden. Von den Festungswerken hatte besonders das Schloß gelitten, zu dessen oberen Geschützaufstellungen man nur noch mittelst Leitern gelangen konnte.“

8. Kapitel. Das Ende des Krieges. Die Greuel der Kommune. Die Heimkehr des Kaisers und des deutschen Heeres.

Die Nationalversammlung und die Friedenspräliminarien. Der Einmarsch deutscher Truppen in Paris. Die Kommune. Der Kampf um die Hauptstadt. Sieg der Nationalregierung. Der Friede von Frankfurt. Der erste Reichstag.

Während die Würfel des Krieges zum letzten Male im Südosten Frankreichs rollten, hatten die allgemeinen Wahlen zur Nationalversammlung stattgefunden und diese trat am 13. Februar in Bordeaux zusammen. Nachdem Garibaldi, über den kühlen Empfang als Abgeordneter von Nizza betroffen, sein Mandat niedergelegt und Frankreich verlassen hatte, wurde am 17. Februar Thiers zum „Chef der ausführenden Gewalt der französischen Republik“ ernannt und Jules Favre nach Versailles geschickt, um die Verlängerung des Waffenstillstandes zu erwirken. Thiers bezeichnete es als seine einzige Aufgabe, dem Lande den Frieden wiederzugeben, den Kredit wieder aufzurichten und die Arbeit zu reorganisieren. Die konstitutionelle Frage zu stellen sei nicht an der Zeit, solange „Frankreich sich unter dem Drucke des Feindes windet“. Zu diesem Behufe wurde Thiers mit hinreichender Vollmacht nach Versailles von der Nationalversammlung abgeordnet. Am 21. Februar traf er dort ein und am 26. schon waren die Friedenspräliminarien, welche noch der Bestätigung der Nationalversammlung bedurften, zum

Abschlusse gebracht. Mit freudigem Danke gegen Gott meldete der greise Kaiser Wilhelm diese Nachricht in die Heimat. Die leitenden Männer der französischen Nationalversammlung verhehlten sich nicht, daß sie, so schwer ihnen das auch vorkam, in eine Gebietsabtretung willigen müßten. Wenn sie sich alle Mühe gaben, dieselbe möglichst zu beschränken, so verargte dies ihnen niemand; andererseits konnte man dem Reichskanzler Bismarck keinen Vorwurf daraus machen, daß er die schweren Opfer des deutschen Volkes nicht fruchtlos gebracht wissen und dem Feinde die Erneuerung eines Krieges, soviel an ihm lag, erschweren wollte. Deshalb bestand er auf der Abtretung von Elsaß und (Deutsch-) Lothringen mit Metz und Diedenhofen, ebenso auf dem Einzug deutscher Truppen in Paris. Der alte und schlaue Thiers wandte alle Fechterkünste und Sprünge an, um die Stellung seines großen Gegners zu verändern: er bot die Schleifung der Grenzfestungen an, er schlug ein europäisches Schiedsgericht zur Entscheidung über die Abtretungsfrage vor, er hob den moralischen Eindruck hervor, welchen die Hochherzigkeit des Siegers auf ganz Europa machen müsse. Bismarck ließ sich nicht erweichen; nur in dem einen Punkte gab er nach, daß die Festung Belfort an Frankreich zurückgegeben werden solle, weil er dadurch die Friedensunterhandlungen nicht gefährdet wissen wollte.

Für den alten Thiers war es schwer genug, seinen Auftraggebern zu beweisen, daß er nur der zwingenden Notwendigkeit gewichen sei. Die Nationalversammlung stimmte zu. So gingen denn die Dinge ihren Gang. Am nämlichen 1. März, an welchem die Nationalversammlung einstimmig die Absetzung der napoleonischen Dynastie, welche „für den Ruin, die Invasion und die Zerstückelung Frankreichs" verantwortlich gemacht wurde, beschloß, hielten 30000 Mann der deutschen Armee, Preußen und Bayern, ihren Einzug in Paris.

Sie zogen laut Vereinbarung, nachdem sie bei Longchamps von Kaiser Wilhelm begrüßt waren, durch den Triumphbogen die elyseischen Felder hinunter auf den Platz de la Concorde und kehrten am 3. März in ihre Quartiere zurück. Mehr wollte man nicht. „Unsere braven Truppen hatten Besseres verdient, als daß sie am Schlusse eines so ruhmreichen Feldzuges in die inneren Kämpfe der Hauptstadt verwickelt oder zum Polizeidienst gegenüber gewissen Schichten der Pariser Bevölkerung hätten gebraucht werden sollen." Im deutschen Hauptquartier sah man deutlich das Herannahen böser Unruhen in Paris voraus.

Am 2. März konnte Kaiser Wilhelm folgende Botschaft in die Heimat schicken, welche in ganz Deutschland mit innigem Danke gegen Gott und freudigem Jubel aufgenommen wurde: „Soeben habe ich den

Friedensschluß (die Präliminarien) ratifiziert, nachdem er schon gestern in Bordeaux von der Nationalversammlung angenommen worden ist. So weit also ist das große Werk vollendet, welches durch siebenmonatliche siegreiche Kämpfe errungen wurde, dank der Tapferkeit, Hingebung und Ausdauer des unvergleichlichen Heeres in allen seinen Teilen und der Opferfreudigkeit des Vaterlandes. Der Herr der Heerscharen hat überall unsere Unternehmungen gesegnet und daher diesen ehrenvollen Frieden in seiner Gnade gelingen lassen. Ihm sei die Ehre! Der Armee und dem Vaterlande mit tieferregtem Herzen meinen Dank."

Während nun die Abgeordneten von Elsaß-Lothringen aus der Nationalversammlung austraten, indem sie „einen Vertrag für null und nichtig" erklärten, „der ohne unsere Zustimmung über uns verfügt" und Napoleon unter Berufung an das gesamte Volk gegen den Beschluß der Nationalversammlung protestierte, räumten die deutschen Truppen allmählich die links der Seine gelegenen Pariser Forts. Schon aber hob der böse Geist der kommunistischen Geheimbünde sein Haupt hoch in Paris empor. Ein Teil der Nationalgarde belegte am 7. März 40 Kanonen mit Beschlag und führte sie auf den Montmartre, angeblich um sie vor den Preußen zu retten, thatsächlich, um sie alsbald gegen Paris zu richten. Weit entfernt, sich von dem Gouverneur General Vinoy durch gütliche Zusprache zur Vernunft bringen zu lassen, schien der größte Teil der Nationalgarde entschlossen, sich jetzt zum Herrn der Lage zu machen, an ihrer Spitze die berüchtigten Wühler und Demagogen Blanqui, Rochefort und Rigault. Sie hatte sich bereits vollständig zu einer selbständigen Macht organisiert, erbaute Barrikaden, verlangte das Recht, ihre Offiziere zu wählen, riß alle Geschütze, deren sie habhaft werden konnte, an sich und verlangte, daß die militärische Gewalt der Municipalität von Paris untergeordnet werde. Als nun zur Antwort darauf Vinoy mehrere der radikalsten Zeitungen unterdrückte, erließ das Centralcomite der Nationalgarde einen Aufruf an die Armee, worin die Regierung unter den heftigsten Vorwürfen beschuldigt wurde, den Bürgerkrieg anzuzetteln. Das Pariser Volk wolle nichts als seine Waffen behalten, seine Führer wählen und sie absetzen, wenn sie sein Vertrauen nicht mehr haben. Die Armee soll so schnell als möglich nach Hause zurückkehren, um „den Familien ihre Herzen, der Arbeit die Arme zurückzugeben".

Zweifellos mußte es unter diesen Umständen zu einem Zusammenstoß kommen. Es war schon bedenklich, daß die Regierung nicht rasch dareinfuhr, denn mit jedem versäumten Tage wuchs die Stärke ihres Widerparts. Als sie sich nun endlich am 18. März entschloß, den

Montmartre zu besetzen, da unterlag sie. Ihre Truppen mußten sich zurückziehen, während dagegen die Kommune — so nannte sich der Aufstand — die Gewalt völlig in die Hände bekam, die gefangenen Generale Lecomte und Thomas kurzer Hand erschießen ließ und sich des Stadthauses bemächtigte. So ohnmächtig fühlte sich die Regierung, daß sie den schmählichen Entschluß faßte, die Hauptstadt ganz aufzugeben und in Versailles, wohin sie vorsichtshalber gleich nach dem Friedensschlusse ihren Sitz verlegt hatte, die Truppen zusammenzuziehen. Es vollzog sich nun vor den Augen der barbarischen Horden des Nordens ein unerhörtes Schauspiel: Franzosen begannen angesichts des Feindes mit Franzosen einen mörderischen Kampf, die eben erst befreite Hauptstadt wurde abermals von den Schrecknissen eines wütenden Krieges, eines Bürgerkrieges, heimgesucht. Um die Deutschen von der Parteinahme für die Regierung abzuhalten, erklärte das Centralcomite des Aufstandes, daß es den Frieden anerkenne. Für die deutsche Heeresleitung bestund überhaupt keine Veranlassung, sich in den Streit zu mischen; ruhig sah sie es an, daß die Kommune sich aller Forts, welche eben die deutschen Truppen verlassen hatten, bemächtigte und eine Gewaltherrschaft schlimmster Art ausübte. Nur die Rückbeförderung der gefangenen Franzosen aus Deutschland wurde für einige Zeit aufgeschoben. Seit Beginn April unternahmen nun die Pariser förmliche Angriffe auf die Regierung in Versailles, ohne viel Glück zu haben. Um sich dafür zu rächen, versetzte die Kommune Thiers und die Minister in den Anklagezustand und zog bis zum Urteilsspruch ihr Vermögen ein, das Kirchenvermögen wurde als Nationaleigentum ebenfalls eingezogen. Gerade gegen die Kirche wendete sich wie in den Schreckenstagen von 1793 der grimmigste Haß dieser wüsten Umsturzmänner. Der Erzbischof Darboy von Paris wurde mit einer Anzahl seiner Kleriker gefangen genommen als Geiseln für den von der Nationalregierung zurückgehaltenen Blanqui. Was diese Kommunisten, Socialdemokraten und Demagogen wollten, zeigte sich erst nach und nach. Zuerst empörte sie nur die Beschränkung des Wahlrechts und der Autonomie der Gemeinden. Aber bald gewann das Programm der Internationale die Oberhand: von Grund aus sollten alle Verhältnisse und öffentlichen Einrichtungen zerstört und die Ordnungen dieses weltverbessernden Systems an ihre Stelle gerückt werden. Unreife und verkommene Menschen rissen die Gewalt an sich, wie der Lieutenant Lullier, der Apothekergehülfe Eudes, der verdorbene Student Vaillant u. a. und forderten die Wahl eines Gemeinderates, in dessen Hand die gesamte Verwaltung liegen sollte. „Die Klub- und Straßendemagogie und mit ihr die Tausende und Abertausende verlorener

Existenzen, welche eine Weltstadt birgt, verlangten die Kommune als das einzige Mittel, sich an der Macht zu erhalten. Das Kleinbürgertum forderte sie als das Recht, seine eigenen Angelegenheiten zu ordnen. . . . Und endlich der Arbeiterstand rief nach der Kommune als nach dem Gebilde der Zukunft." Aber noch war nicht ganz Paris für dieses Ideal begeistert. Ein Teil der Nationalgarde verlangte eine Versöhnung mit der Nationalversammlung und organisierte sich zur Herstellung der Ordnung. Aber sie fanden nicht die gehörige Unterstützung in dem saumseligen Versailles. Deshalb siegte die Kommune in Paris am Wahltag den 26. März. Der Gemeinderat mit dem Centralkomitee der Nationalgarde vereinigte von da an alle zweifelhaften Leute der Hauptstadt, die zum großen Teil schon Strafen aller Art zu bestehen gehabt hatten: Internationale, Jakobiner und Terroristen. „Dieser Regierung fehlte es an Einheit und fester Organisation, den meisten Mitgliedern an Gehorsam, Pflichtgefühl und Sachkenntnis. . . Zerstört war viel, geschaffen gar nichts." Das Schreckenssystem des Jahres 1793 war das Muster, welches sich die Kommunards nahmen. Vor ihnen gab es kein Recht, keine Sicherheit, kein Eigentum. Sie drangen in die Häuser ein und suchten nach Verdächtigen, sie setzten Beamte ein und ab nach Belieben, sie verlängerten die Zahlungsfristen und verfügten Schuldentilgungen. Natürlich durfte es in dem modernen Babel auch nicht an den Dienerinnen der Sinnlichkeit und Ausschweifung fehlen. „Selbst ein Armeekorps aus Lustdirnen, Weibern der Halle und gefallenen Frauen wurde errichtet, eine wahre Kohorte von Megären."

Am 19. April veröffentlichte die Kommune ihr „Testament", d. h. ihr Programm, nachdem sie sechs Tage zuvor beschlossen hatte, daß „die Kaisersäule vom Vendomeplatz, ein Denkmal der Barbarei, ein Sinnbild der brutalen Gewalt und falschen Ruhmes 2c.", zerstört werden solle. Der wesentliche Inhalt des Testamentes, das den übrigen Kommunen Frankreichs zum Muster dienen sollte, ist folgender: Diejenigen, welche Frankreich an den Rand des Verderbens gebracht haben, schicken sich jetzt an, die Hauptstadt aufs neue zu belagern und zu beschießen, weil die Pariser Bevölkerung die Autonomie aller Gemeinden verlangt. Diese schließt in sich die ganze Verwaltung auf allen Gebieten durch gewählte Beamte, die Organisation der städtischen Verteidigung und der Nationalgarde. Die neue Ära ist das „Ende der alten Regierungs- und Kirchenwelt, des Soldatentums, des Beamtentums, der Ausbeutung des Börsenspiels, der Monopole und Privilegien, welchen das Proletariat seine Sklaverei, das Vaterland sein Unglück und Verderben zuzuschreiben hat." „Der zwischen Paris und Versailles begonnene Kampf ist einer von jenen, die

nicht durch trügerische Kompromisse beschlossen werden können." „Was uns betrifft, uns Bürger von Paris, so haben wir die Aufgabe, die moderne Revolution, die umfassendste und furchtbarste von allen, welche jemals die Geschichte geschmückt haben, durchzuführen. Wir haben die Pflicht zu kämpfen und zu siegen." Mac Mahon, dem die Nationalregierung den Oberbefehl über ihre sämtlichen Truppen übertragen hatte, bereitete unterdessen eine förmliche Belagerung der aufständischen Hauptstadt vor, wobei ihm die einreißende Verwirrung und Uneinigkeit unter den leitenden Männern zu gute kam. Trotzdem gelang es ihm weder leicht noch schnell vorzudringen, aber er entschloß sich, nötigenfalls vor einer erneuten Beschießung von Paris nicht zurückzuschrecken, worauf die Kommune mit dem Beschlusse antwortete, unter Umständen alle öffentlichen Gebäude in Brand zu stecken. „Wenn wir wirklich sterben müssen, so wollen wir der Freiheit ein ihr würdiges Leichenbegängnis veranstalten!" „Die Forts können — drohte das demagogische Blatt Cri du Peuple — nacheinander genommen werden. Auch die Wälle können fallen. Gleichwohl wird kein Soldat nach Paris hineinkommen. Wenn Herr Thiers ein Chemiker ist, wird er uns verstehen. Möge denn die Versailler Armee wissen, daß Paris, ehe es sich ergiebt, zu allem entschlossen ist." In der That, der letzte Akt dieses unheilvollen Dramas entwickelte sich schauderhaft. Alle bösen Leidenschaften schienen losgelassen und die Wütenden waren entschlossen, sich von den Trümmern der Hauptstadt begraben zu lassen. Lange leisteten sie hartnäckigen Widerstand und machten mit bewunderungswürdiger Tapferkeit den Truppen der Nationalregierung jeden Zoll Boden streitig. Erst am 22. Mai rückten dieselben durch alle Thore in die Hauptstadt ein und die Kommunisten, überzeugt, daß die Rache sie ereile, hielten nun ihr fürchterliches Versprechen. Mit Feuer und Schwert wüteten sie innerhalb der Teile der Stadt, die noch in ihrem Besitze waren. Der Erzbischof und die übrigen „Geiseln" wurden ermordet, wer nur im geringsten verdächtig erschien, mußte sterben. Planmäßig wurden „die verdächtigen Häuser und die öffentlichen Gebäude" in Brand gesteckt: die Tuilerien, das Finanzministerium, das Stadthaus, der Rechnungshof, ein Teil des Louvre, der Luxembourg und viele andere Gebäude wurden von wütenden Weibern mit Petroleum beschüttet und eingeäschert. Währenddessen rückten die Regierungstruppen immer weiter vor und drängten die Aufständischen in den äußersten östlichen Winkel der Ringmauer, von wo kein Entrinnen mehr möglich war, weil die deutsche Armee hier stand und niemand entweichen ließ. Die Truppen waren durch die Unthaten der Kommunards auf das höchste gereizt. Bei dem letzten Barrikadenkampfe

machten sie buchstäblich alles nieder, was ihnen in den Weg kam. Um die Mittagszeit des 28. Mai fiel der letzte Führer der Kommune, Delescluze, auf einer Barrikade. So wurde endlich nach langen Wochen die Regierung des Aufstandes Herr.

Von den Gefangenen wurden ungezählte infolge kriegsgerichtlichen Spruches zum Tode verurteilt und erschossen, andere mit schwerer Gefängnisstrafe geahndet und wieder andere nach den überseeischen Verbrecherkolonieen gebracht. Auch drei „Petroleusen" wurden am Leben bestraft. Lange noch dauerten die Einziehungen, Untersuchungen und Bestrafungen fort. Die Zahl derer, die gefangen genommen wurden, wird auf 30000 angegeben, diejenige der Gefallenen auf 14000. Die Herrschaft der Kommune in Paris war nicht bloß für Frankreich von Bedeutung, denn es handelte sich nicht allein um französische Umstürzler. Die Internationale von ganz Europa vielmehr gab hier ihr erstes lehrreiches Debut und zeigte für jeden sichtbar, was man von Leuten erwarten müsse, die allen Glauben an Gott und die Ewigkeit weit von sich geworfen haben. Für sie gab es keine Rücksicht auf Pflicht und Gewissen; das Leben, das Eigentum, das Recht derer, die nicht zu ihnen halten, gilt nichts in ihren Augen: Mord und Todschlag sind ihre Heilmittel, um die Gesellschaft zu bessern; Umsturz, Zerstörung und Vernichtung, Schändung alles Heiligen die wahren Äußerungen ihrer Gesinnung: so war es bei der Schreckensherrschaft eines Robespierre im Jahr 1793 gewesen, das gleiche Gesicht zeigt die Pariser Kommune des Jahres 1871, und die nämliche Gestalt werden diese gottvergessenen Lügenpropheten an sich tragen, wo und wann sie auftreten mögen.

Der im März zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossene Präliminarfrieden enthielt mancherlei Bestimmungen, über deren Vollzug sich Bevollmächtigte von beiden Seiten schlüssig zu machen hatten. Wiederholt gerieten die Verhandlungen ins Stocken. Da nahm der Reichskanzler Fürst Bismarck die Sache selbst in die Hand und führte mit den französischen Ministern Jules Favre und Pouyer-Quertier in Frankfurt am Main den Abschluß des definitiven Friedens herbei, am 10. Mai, zu einer Zeit, wo die französische Nationalregierung noch nicht den Aufstand bewältigt hatte. Fünf Milliarden Franken mußte Frankreich an Deutschland zahlen, Elsaß-Lothringen abtreten und sich eine Okkupationstruppe in den östlichen Departements gefallen lassen, bis die Entschädigungssumme erstattet war. Schon im März war der greise Heldenkaiser, überall mit Jubel begrüßt, heimgekehrt. Mit Frohlocken wurden die Tapfern empfangen, welche von dem blutigen Kriege wohlbehalten nach Hause kehrten und mit Wehmut und Dank dachte man derer, die draußen

in fremder Erde vom feindlichen Geschoß getroffen oder von einer tückischen Krankheit dahingerafft ruhten. Nicht vergebens waren die schweren und teuren Opfer gebracht. Deutschland war wieder einig und das Kaisertum wieder erstanden. Nun galt es, das Reich auszubauen und mit neuem Eifer die Werke des Friedens, die der Krieg vielfach gestört und unterbrochen hatte, wieder aufzunehmen. Am 21. März schon war der erste Reichstag in Berlin zusammengetreten, um die Gesetze zu schaffen, welche die Neugestaltung Deutschlands erforderte, welche die Sorge für die Invaliden und den Dank der Nation gegen die tapfern Heerführer und Staatsmänner zum Ausdruck bringen sollten. Bei der feierlichen Eröffnung konnte Kaiser Wilhelm mit Dank gegen Gott rühmen: „Wir haben erreicht, was seit der Zeit unserer Väter für Deutschland erstrebt wurde: die Einheit und deren organische Gestaltung, die Sicherung unserer Grenzen, die Unabhängigkeit unserer nationalen Rechtsentwickelung ... Das neue Deutschland, wie es aus der Feuerprobe des gegenwärtigen Krieges hervorgegangen ist, wird ein zuverlässiger Bürge des europäischen Friedens sein, weil es stark und selbstbewußt genug ist, um sich die Ordnung seiner eigenen Angelegenheiten als sein ausschließliches, aber auch ausreichendes Erbteil zu bewahren ... Möge die Aufgabe des deutschen Volkes fortan darin beschlossen sein, sich in dem Wettkampfe um die Güter des Friedens als Sieger zu beweisen. Das walte Gott!"

Viertes Buch.

Das erste Jahrzehnt nach der Wiederaufrichtung des deutschen Reiches in Deutschland und außerhalb desselben.

---

1. Kapitel. Der Kulturkampf.

Das neue Kaisertum und der Papst. Bildung der Centrumspartei und der Abgeordnete Windthorst. Die Reichstagsadresse und die Verfassungsdebatte. Bischöflicher Widerstand gegen die Staatsgewalt. Bismarck und die Centrumspartei. Aufhebung der katholischen Abteilung im preußischen Kultusministerium. Der Kanzelparagraph. Mühler und Falk. Das Schulaufsichtsgesetz. Kardinal Hohenlohe. Bismarck und Pius IX. Ausweisung der Jesuiten aus Deutschland und der Papst. Die Maigesetze und ihr wesentlicher Inhalt. Der Papst und Kaiser Wilhelm. Strafen gegen Geistliche. Civilehe. Expatriierungsgesetz. Attentat auf Bismarck. Das Sperrgesetz. Der kirchliche Notstand.

Nun war das deutsche Kaisertum doch wieder erstanden. Weder in Paris noch in Rom hatte man mit einem solchen Ausgang der Dinge gerechnet, als man d o r t sich entschloß, dem übermütigen Preußen den Herrn zu zeigen, und h i e r das Konzil zusammenberief, sicherlich nicht in der einzigen Absicht, die Gewalt des Papstes innerhalb der katholischen Kirche zu erhöhen. Es trat wieder einmal die alte Wahrheit in ihre volle Erscheinung: „Ihr gedachtet es böse zu machen, Gott aber hat es gut gemacht". N a p o l e o n s Kaiserthron und Krone lag zerbrochen im Staube, und bevor das Konzil seinen offiziellen Schluß erreicht hatte, war dem Papsttum der Rest seiner weltlichen Herrschaft entrissen und Rom die Hauptstadt des völlig geeinigten Königreichs Italien geworden.

Die römische Diplomatie hätte ihre altberühmte Klugheit und schlangenartige Gewandtheit mit Vorbedacht von sich werfen müssen, wenn sie nicht trotz allen inneren Widerstrebens das neue Kaisertum, obwohl es evangelisch war, sich günstig zu stimmen versucht hätte. Falls der als christlich gesinnter Monarch bekannte Kaiser Wilhelm sich dazu verstanden hätte, mit der deutschen Wehrkraft, welche eben Frankreich besiegt hatte, das italienische Heer aus Rom herauszujagen und Rom dem Papste zurückzuerstatten, so hätte man ihm das evangelische Bekenntnis wenigstens für eine Zeitlang nachsehen können. In der That hatte es den Anschein, als ob der Papst jetzt seine ganze Hoffnung auf Preußen, auf Deutschland setze. Schon im Oktober 1870 hatte Pius IX. sich darüber in aller Form zu vergewissern gesucht, ob er der Verwendung und des Schutzes des Königs Wilhelm für alle Fälle sicher sei. Eine Zeitlang erwartete man sogar den Besuch des päpstlichen Staatssekretärs Antonelli im deutschen Heerlager zu Versailles; und kam auch dieser nicht, so erschien doch der Posener Erzbischof Ledochowski und bat für den Papst um Hülfe. Daß der polnische Prälat dabei nicht lediglich einer persönlichen Eingebung folgte, bewies die mehr als in einem Punkte auffällige Gratulation, welche Pius IX. schon am 6. März 1871 an Kaiser Wilhelm richtete und worin er die Hoffnung aussprach, daß das neue deutsche Kaisertum ganz Europa zum Segen gereichen und die Rechte und Freiheiten der katholischen Kirche in seinen Schutz nehmen werde. Vorerst also nahm man in Rom an dem evangelischen Kaisertum keinen Anstoß; wenigstens war man klug genug, die alte schroffe Verwerfung der Reformation und des evangelischen Glaubens nicht aufzufrischen. Allerdings wäre es voreilig gewesen, dies als eine Sinnesänderung anzusehen. Ein paar Jahre später, als die Hoffnungen Roms auf die deutschen Bajonette geschwunden waren, erschien der alte Haß wieder auf der Bildfläche; da waren dem Papst die evangelischen Gotteshäuser und Versammlungen nur Stätten, „wo man den Anspruch erhebt, Gott mit ketzerischem Dienste zu verehren, der doch nichts als eine Rebellion gegen Gott selbst ist". Viele der siegesgewissesten Ultramontanen träumten schon von einem baldigen Triumph der Kirche über die ketzerische Revolution und sprachen es offen aus, daß der Auflösungsprozeß des Protestantismus längst begonnen habe. Daher kam jene in Wort und Schrift kecker denn je auftretende Feindseligkeit gegen alles, was den protestantischen Namen trug, und verschärfte in unheilvoller, geflissentlicher Weise die Gegensätze. Zweifellos hätte Kaiser Wilhelm und sein Kanzler ein gutes Einvernehmen mit dem Oberhaupte der katholischen Kirche freudig begrüßt.

Allein es gab in Deutschland selbst Leute, welchen das evangelische Kaisertum in innerster Seele zuwider und verhaßt war und die mit ihm keinen wahren Frieden aufkommen lassen wollten. Der frühere hannoveranische Minister Windthorst hatte schon im norddeutschen Reichstag einen Bund zwischen Welfentum und Ultramontanismus hergestellt. Ein geriebener und talentierter Staatsmann, wie er war, konnte er sich keinen Augenblick einem Zweifel darüber hingeben, daß er mit seinem welfischen Hasse in Deutschland wenig oder nichts ausrichten werde; anders aber stellte sich die Aussicht, wenn er sein Welfentum hinter den Ultramontanismus zurückrückte, wenn es ihm gelang, sich zum Vorkämpfer des Katholizismus aufzuschwingen und das Führeramt über jene zahlreichen Scharen zu gewinnen, welche willenlos der Geistlichkeit folgten und deren Leidenschaften gegen alles „Lutherische" jeden Augenblick leicht aufzustacheln waren. Gewiß, Windthorst verrechnete sich nicht. Es glückte ihm, unter einer andern Firma und wirksamer seine welfische Gesinnung zum Ausdruck zu bringen, indem er eine staatsfeindliche Partei, welche entschlossen ihren schärfsten Angriff zunächst gegen das protestantische Preußen richtete, unter seinem Kommando schuf und so den ruhigen Gang der Entwickelung im neuen deutschen Reich auf Schritt und Tritt hemmte und störte. Viele von denen, die dem alten Welfen Heeresfolge leisteten, durchschauten die wahren Beweggründe ihres Führers nicht und nur wenige derselben hatten, wie der überzeugungstreue Abgeordnete Peter Reichensperger es anfangs offen aussprach, die schlimme, aber richtige Ahnung, daß eine katholisch-konfessionelle Partei „ein großes Unglück für uns Katholiken" wäre. Unablässig und erfolgreich wirkte Windthorst für dieses Unglück. Er brachte die Centrumspartei — so benannt nach ihrem Platze im Abgeordnetenhaus — schnell zustande, indem er 56 katholische Abgeordnete des preußischen Landtages am 18. Februar 1871 zu einer Adresse vereinigte, in welcher Kaiser Wilhelm schlechtweg gebeten wurde, „als eine der ersten Thaten kaiserlicher Weisheit und Gerechtigkeit" „die notwendige Wiederaufrichtung der weltlichen Herrschaft des römischen Stuhles" vorzunehmen. Niemanden als Windthorst war es klarer, daß diese Zumutung selbst beim besten Willen unausführbar war, — welcher rein katholische Staat rührte denn die Hände? — aber gerade darauf rechnete er. Wenn die Regierung sein Ansinnen zurückwies, so geschah dies aus protestantischer Abneigung, und um so sicherer mußte sich eine oppositionelle Partei um ihn scharen, welche die katholische Fahne schwang. Im Reichstag, der am 21. März 1871 eröffnet wurde, war die „katholische", die Centrumspartei schon auf dem Plan, freilich noch nicht in der vom Gründer und Führer er-

hofften Stärke (63 an der Zahl). Desto rühriger trat Windthorst auf. Dem von dem Feldzug gegen Frankreich zurückgekehrten Kaiser Wilhelm wollte auf seine maßvolle und echt fromme Eröffnungsrede der erste Reichstag des wieder geeinigten deutschen Volkes einen wohlverdienten, einmütigen Willkomm in einer Adresse entbieten, die von allen Abgeordneten ohne Bedenken gutgeheißen werden konnte. Alle waren damit einverstanden, nur die klerikale Partei d. h. vor allem ihr Führer nicht. Deshalb trennte sich die überwiegende Mehrheit von ihr und, um jeder Zweideutigkeit aus dem Wege zu gehen, betonte sie in der Adresse nachdrucksamst: Deutschland fordert im Verkehr mit fremden Völkern für seine Bürger nicht mehr als „die Achtung, welche Sitte und Recht gewährleisten, und gönnt, unbeirrt durch Abneigung oder Zuneigung, jeder Nation die Wege, jedem Staate die beste Form seiner Gestaltung nach eigener Weise zu finden. Die Tage der Einmischung in das innere Leben anderer Völker werden, so hoffen wir, unter keinem Vorwande und in keiner Form wiederkehren." Die Debatte, die sich an die Beschlußfassung über diese Adresse geknüpft hatte, war nur das Vorspiel des ersten großen Kampfes, der alsbald gelegentlich der Verfassungsfrage des neuen Reiches zwischen der Mehrheit und dem streitlustigen Centrum losbrach. Jene hatte die Absicht, die mit den süddeutschen Staaten geschlossenen Verträge mit der Verfassung des norddeutschen Bundes ohne sachliche Änderungen zu verschmelzen, während das Centrum beantragte, die sogenannten Grundrechte: Preßfreiheit, Versammlungsrecht (ohne obrigkeitliche Genehmigung), Vereinsfreiheit und Selbständigkeit der Kirchen, in die Verfassung aufzunehmen. An und für sich wäre dagegen nichts einzuwenden gewesen, aber man merkte die staatsfeindliche Absicht, die hinter dem Antrage steckte. „Der Kern des Antrages — setzte der Historiker Treitschke auseinander — ist die Bestimmung, daß die katholische Kirche ihre Angelegenheiten selbst verwaltet", worin bei der Unsicherheit des staatskirchlichen Rechtes eine große Gefahr bestehe. „Wenn die katholische Kirche", fuhr er fort, „ihre Angelegenheiten selbst ordnet, so bietet dies Recht jedem Bischof in einem kleinen Staate mit katholischer Bevölkerung eine mächtige Handhabe zur Opposition gegen die Regierung." Man erinnerte sich des weiteren noch daran, was katholischerseits unter den Grundrechten der Kirche den Aussprüchen des Syllabus gemäß zu verstehen sei. Dort ist der Katholizismus „als einzige Staatsreligion mit Ausschluß aller andern Kulte" verlangt und verworfen, daß „in gewissen katholischen Ländern" auch andern Kulten die freie Religionsübung zugestanden ist. Wie die Dinge damals lagen, wollte die überwiegende Mehrzahl der deutschen Volksvertreter keinesfalls eine derartige Stärkung

der römischen Kirchengewalt und deshalb wurden die Centrumsanträge verworfen.

Bestimmend wirkte bei dieser Ablehnung auch die schroffe Art mit, in welcher die deutschen Bischöfe gegen Geistliche und Lehrer, die das Unfehlbarkeitsdogma nicht annahmen, rücksichtslos vorgingen (s. S. 172), und die Erwartung, daß sich unter der Führung jener widerstrebenden Elemente innerhalb der katholischen Kirche selbst eine Reformpartei, die gegen die Allgewalt des unfehlbaren Papstes mit der Macht des verletzten Gewissens und den Mitteln der historischen Wissenschaft ankämpft, bilden werde. Hatte doch der Münchener Theologe Döllinger feierlich und öffentlich erklärt, daß „diese Lehre (die Dekrete des Konzils v. 18. Juli 1870), an deren Folge das alte deutsche Reich zu Grunde gegangen sei, falls sie bei dem katholischen Teil der deutschen Nation herrschen würde, sofort auch den Keim eines unheilbaren Siechtums in das eben erbaute neue Reich verpflanzen würde". Diese Befürchtung wurde von vielen geteilt. Während nun auf dem „Altkatholiken"-Kongreß zu München im September 1871 sich diejenigen zusammenschlossen, welche die neue römische Kirche verwarfen und den Infallibilisten das Recht bestritten, sich künftig noch die katholische Kirche zu nennen, schwiegen auch die Verfechter des Konzils und des Papstes nicht. Obwohl dieser kirchliche Streit an und für sich noch nicht dazu angethan war, die Staatsgewalt zur Stellungnahme zu veranlassen, so wurde sie doch dazu herausgefordert, als die bayerischen Bischöfe ohne Rücksicht auf das Recht der Krone, das placetum regium, das Dogma öffentlich verkündigten (S. 172), als bayerische und preußische Bischöfe die Widersprechenden straften und exkommunizierten. Durch dieses Vorgehen mußte das Ansehen der Staatsgewalt empfindlich geschädigt werden, wenn sie nicht die Kraft besaß, ihre Autorität zu wahren. In Deutschland gab naturgemäß doch das Verhalten Preußens in diesem Kampfe den Ausschlag.

Bismarck stand von Anfang an den dogmatischen Entscheidungen des römischen Konzils kühl bis ans Herz hinan gegenüber. Mit schärfster Logik zwischen Geistlichem und Weltlichem scheidend, richtete sich von Anfang an seine einzige Sorge nur darauf, jede Schädigung des staatlichen Ansehens durch dieselben abzuhalten; sonst erschien es ihm gleichgültig, was zu lehren und festzustellen die römische Kirche für gut fand. Ernster aber stimmte ihn die Bildung der katholischen Centrumspartei. Gewohnt den Dingen auf den Grund zu gehen, ließ er ungesäumt durch den Gesandten in Rom anfragen, ob man dort die Haltung und das Bestreben der katholischen Partei mißbillige. Obwohl ihm bejahend geantwortet wurde, stellte sich doch bald heraus, daß diese Antwort unaufrichtig ge-

wesen war. Eine solche Doppelzüngigkeit behagte dem Wesen des Reichskanzlers nicht. Wenn es nicht anders ging, so zog er den offenen Krieg einer zweideutigen Unsicherheit vor. In der Kreuzzeitung erschien am 19. Juni 1871 ein Artikel, der allgemein Bismarck zugeschrieben und als eine Kriegserklärung gegen die Centrumspartei angesehen wurde. Kurzweg bezeichnete er darin die neue Partei als die „Bundesgenossin des römischen Jesuitismus", ins Leben gerufen, „um das Zustandekommen der Einheit Deutschlands und die Begründung des deutschen Reiches zu verhindern". . . . „Allerdings hatte es den Anschein, als ob selbst der römische Stuhl die Neubildung des deutschen Reiches mit Zustimmung und Hoffnung begrüßte; allerdings versicherten die Wortführer jener Partei, daß sie der vollendeten Thatsache gegenüber ihren früheren Widerstand aufgeben und fortan ebenso gute deutsche Patrioten sein würden, als irgend jemand sonst. Doch waren dies alles leider Worte, denen die Thatsachen wenig entsprachen." Niemals werde die Regierung die Hand dazu bieten, eine Partei zu stärken, „welche kein anderes Ziel verfolgt, als die alten, lange begrabenen Ansprüche des Papsttums neu zu beleben und nicht allein den Streit der Konfessionen, sondern auch den Kampf der geistlichen und weltlichen Gewalt wiederum wachzurufen." Wenn es nicht anders gehe, werde die Regierung entschlossen den Angriff beginnen. Die Centrumspartei ließ sich durch diese energische Sprache weder bekehren noch abschrecken, und sie hatte Grund zum Trotz. Der Staatssekretär Antonelli ermutigte auf briefliche Anfrage mittelbar dazu, indem er seine dem Gesandten Taufkirchen gegebene Versicherung von der Mißbilligung der Centrumspartei in Abrede stellte und sogar andeutete, daß an maßgebender Stelle das Bestreben der katholischen Abgeordneten, das Wohl der Kirche zu fördern und die Rechte des heiligen Stuhles zu schützen, nichts weniger als tadelnswert erfunden werde. Einen Vorteil hatte diese Aufklärung und dieser Umschwung der Dinge: dem Versteckspiel und der bedenklichen Zweideutigkeit war dadurch ein Ende gemacht. In ihren Organen ließ die Centrumspartei alsbald verkündigen, daß sie sich im völligen Einverständnis mit der römischen Politik wisse.

Bismarck handelte den veränderten Umständen entsprechend. Zunächst hob er die katholische Abteilung im Kultusministerium auf. Und als nun die preußischen Bischöfe das Staatsministerium in einer unmittelbaren Eingabe an den König vom 7. Sept. beschuldigten, daß dasselbe die ganze gegenwärtige katholische Kirche als recht- und schutzlos ansehe, da wurde ihnen am 18. Oktbr. die Antwort, daß sich in dem Verhalten der Regierung gegen die katholische Kirche nichts geändert habe: aber

innerhalb der Kirche hätten Vorgänge stattgefunden, welche die guten Beziehungen derselben zum Staate zu stören geeignet seien. Dadurch ließ sich die ultramontane Partei nicht beschwichtigen. Hell loderten die Flammen des Kampfes überall empor; in der Presse, in Versammlungen, auch auf den Kanzeln redeten die hohen und niederen Parteigänger derselben eine heftige, herausfordernde Sprache. Man drohte und schimpfte ohne Scheu und Furcht. Dieses tumultuarische Treiben erreichte hauptsächlich in Bayern eine bedenkliche Höhe, wo der Minister Lutz bei der Zusammensetzung der Kammer nicht erwarten durfte, der ultramontanen Hetzerei irgendwie beizukommen. Deshalb suchte er durch das Reich der Sturmflut einen Damm entgegenzusetzen und beantragte beim Bundesrat einen Zusatz zum Strafgesetz — den sog. Kanzelparagraphen —, welcher den Mißbrauch des geistlichen Amtes und der Kanzel zu politischen Wühlereien, die den öffentlichen Frieden gefährden, unter eine Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren stellte. Es ist leicht einzusehen, daß dadurch die Heißsporne sich erst recht gereizt fühlten und besonders in den Kammern die Ministerien mit wahren Hagelschauern von Vorwürfen überhäuften. Die Minister aber wehrten sich nicht nur energisch dagegen, sondern sie wandten gegen dieses Treiben alle erlaubten Mittel an; dahin gehörten in erster Linie die Anerkennung der Altkatholiken als kirchliche Gemeinschaft. Und auch auf anderen Wegen suchte man die kirchliche Gewalt zu beschränken, durch Maßnahmen, welche freilich die evangelische Kirche ebenso trafen und deshalb von vielen Evangelischen als unverschuldete Heimsuchungen mit scheelen Augen angesehen wurden: am meisten galt dies von dem neuen preußischen Schulaufsichtsgesetz, das zu vertreten Aufgabe des Unterrichtsministers v. Mühler gewesen wäre. Durch dasselbe wollte der Staat die Leitung des gesamten Schul- und Unterrichtswesens in seine Hand nehmen und vor allem die Volksschule der Abhängigkeit von der Kirche entziehen, ohne den Einfluß derselben auf die religiöse und sittliche Erziehung der Jugend zu beschränken oder zu ändern. Dasselbe widersprach den Anschauungen Mühlers so sehr, daß er lieber seine Entlassung nahm. An seine Stelle trat Minister Falk (Jan. 1872). Dieser, unterstützt von Bismarck selbst, setzte nach heftigem Kampfe, in welchem der Kanzler den Abgeordneten Windthorst von der Centrumspartei zu trennen suchte, wogegen ihn diese durch Mallinkrodt als die „Perle von Meppen" pries, das Gesetz durch. Soviel war klar, die ultramontanen Elemente in ganz Deutschland jubelten dem schlauen Welfen als ihren Führer zu und die Oberhirten, wie der Feldpropst Namszanowsky und der Bischof Krementz von Ermeland, zeigten durch ihr Beispiel, daß man der staatlichen Gewalt jeden Wider-

stand zu leisten wage. Merkwürdig dagegen mußte es erscheinen, daß der preußische Episkopat in Fulda beschloß, sich dem Schulaufsichtsgesetz zu fügen und „auch zu gunsten der im Prinzipe von der Kirche losgerissenen Volksschule seine Pflichten treu zu erfüllen".

Noch einmal unternahm es Bismarck, durch Verständigung mit Rom selbst eine Wendung der Dinge zum Besseren herbeizuführen, obwohl es soviel als sicher war, daß die Opposition durch römische Winke und Einflüsse geschürt werde. Er brachte den Kardinal Hohenlohe, den Bruder des früheren bayerischen Ministerpräsidenten, als deutschen Botschafter beim Papste selbst in Vorschlag. Allein Pius IX., der gänzlich unter der jesuitischen Herrschaft stand, lehnte diesen Botschafter ab, weil er nicht in das Horn der Loyolisten blies, und die römische Diplomatie sah sich nicht einmal bewogen, das Amtsgeheimnis über die geführten Verhandlungen zu beobachten. Als nun Bismarck, durch die Ablehnung und noch mehr durch die Indiskretion sehr gereizt, am 14. Mai 1872 im Reichstag den Vorgang zur Sprache brachte und seine Herzensmeinung mit den Worten klar aussprach: „Nach Canossa gehen wir nicht, weder in staatlicher noch kirchlicher Beziehung", da machte der Papst seinem Herzen am 24. Juni in einer Ansprache an den deutschen Leseverein durch die Beschuldigung Luft: „Wir haben es mit einer Verfolgung zu thun, die seit langem vorbereitet, jetzt ausgebrochen ist; es ist der erste Minister einer mächtigen Regierung, der nach seinen siegreichen Erfolgen im Felde sich an die Spitze der Verfolgung gestellt hat." Ja, er ging soweit, dafür dem deutschen Reich ein nahes Gericht in Aussicht zu stellen: „Wer weiß, ob nicht bald sich das Steinchen von der Höhe loslöst, das den Fuß des Kolosses zertrümmert".

Wohl kannte man in Deutschland den Grund, aus welchem der Papst sich zu so verwegener Bitterkeit hinreißen ließ. Seine Lieblinge, die Jesuiten, hatte mittlerweile nämlich ein furchtbarer deutscher Schlag getroffen. Die öffentliche Meinung in Deutschland verlangte seit längerer Zeit so laut und nachdrücklich die Ausweisung dieses Ordens aus dem ganzen Reichsgebiete, daß aus den Reihen der Abgeordneten Anträge in diesem Sinne eingebracht wurden. Nach verschiedenen Verhandlungen wurde ein Gesetz beschlossen und am 4. Juli 1872 genehmigt, wornach der Orden der Gesellschaft Jesu und die ihm verwandten Orden und Kongregationen vom Gebiet des deutschen Reiches ausgeschlossen wurden. Etwa 800 Ordensangehörige traf diese Maßregel; der größte Teil der Nation sah diese Friedensstörer gerne den deutschen Boden räumen, auf dem sie im Laufe der Zeiten schon so viel Unheil angestellt hatten. Als verwandte Orden wurden die vom heiligen Geist und vom Herzen Jesu

und die Redemptoristen gesetzlich erklärt; sie teilten das Schicksal der Jünger des Spaniers Ignaz Loyola.

In Pius IX. hielt die Vernunft nicht die Leidenschaftlichkeit in Schranken. Er glaubte felsenfest daran, daß er bestimmt sei, das Papsttum zu einem unerreichten Triumph zu führen. Was von den Staaten und Staatsmännern geschah, sich ihres Lebens zu erwehren und seinen papalen Ansprüchen entgegenzutreten, galt ihm als ein höllisches Unterfangen, seinen Siegeslauf zu hemmen. Deshalb fuhr er bei jeder Gelegenheit ohne Maß und Ziel heraus. Daß man in Deutschland wagte, seine Getreuesten, die Jesuiten, so schonungslos anzutasten, versetzte ihn in heftigen Zorn, den er nicht zurückhalten konnte. In seiner Ansprache an die Kardinäle (22. Dez. 1872) brach er los. Nachdem er „das verruchte Attentat" der Italiener auf Rom wieder verdammt hatte, kennzeichnete er die deutsche Kirchenpolitik mit folgenden Worten: „Männer, die nicht nur unsere heiligste Religion nicht bekennen, sondern sie nicht einmal kennen, maßen sich die Macht an, die Dogmen und Rechte der katholischen Kirche zu bestimmen. Und während sie dieselbe hartnäckig drücken, stehen sie unverschämterweise (impudenter) nicht an, zu behaupten, daß sie derselben keinen Schaden zufügen; ja, indem sie zum Unrecht Verleumdung und Hohn hinzufügen, scheuen sie sich nicht, die hereinbrechende Verfolgung den Katholiken in die Schuhe zu schieben, weil ihre Oberhirten mitsamt der Geistlichkeit und dem gläubigen Volke sich weigern, die Gesetze des weltlichen Kaisertums und die Genehmigungen (placeta) desselben den heiligen Vorschriften Gottes und der Kirche vorzuziehen, und es deshalb verschmähen, von ihrer kirchlichen Pflicht abzufallen." Eine solche maßlose Sprache konnte nicht beruhigen, sondern nur aufstacheln. In den leitenden Kreisen Deutschlands faßte man jetzt erst recht den Entschluß, diesem trotzigen Auftreten keine Nachgiebigkeit, sondern die Strenge des weltlichen Armes entgegenzusetzen. Es muß konstatiert werden, daß die päpstliche Heftigkeit nur Öl ins Feuer goß und dem ausgebrochenen Streit jene Schärfe beimischte, die damals und hinterher von vielen Seiten mit Recht bedauert wurde.

Zunächst brach die Reichsregierung den diplomatischen Verkehr mit der Kurie ab (30. Dez. 1872), dann folgten im preußischen Abgeordnetenhause die Falk'schen Gesetzesvorlagen, welche lange und heftige Kämpfe hervorriefen. Mehrfach nahm der Kanzler selbst an den Debatten teil, indem er die Centrumspartei mit schonungslosestem Ingrimm angriff und ihr vorwarf, sie wolle im letzten Grunde nichts als den Bürgerkrieg. So sehr man außerhalb des Centrums für den Schutz der staatlichen Gewalt eingenommen war, so tauchten doch allerlei Bedenken

auf. Die einen sprachen ihre Abneigung gegen Ausnahmsgesetze offen aus, die anderen, hauptsächlich Konservative, beklagten die Mitleidenschaft, in welche die evangelische Kirche unverdientermaßen mit hineingezogen würde. Dagegen wurde geltend gemacht, es handele sich „bei dem Kampfe der Regierung gegen Rom zugleich um so unzweifelhafte Interessen der gesamten evangelischen Kirche, daß alle untergeordneten Bedenken zurücktreten müßten gegenüber der Pflicht, die Regierung des Königs auf dem schwierigen Wege zu stützen". Manche derselben wandten sich dennoch damals von Bismarck ab; aber wie so oft, steigerte auch diesmal der Widerspruch seine Beharrlichkeit. Und sie trug den Sieg davon. Am 11. Mai 1873 genehmigte der König die Gesetzesvorschläge, die sogenannten „Maigesetze". Das erste Gesetz über die Grenzen des Rechts zum Gebrauche kirchlicher Straf- und Zuchtmittel schied von der kirchlichen Disziplinargewalt alles aus, was nicht dem rein religiösen Gebiet angehört oder irgendwie dem bürgerlichen Namen des Bestraften nahetritt. Das zweite Gesetz stellte die Forderungen über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen auf. Im wesentlichen besagten sie Folgendes: Die Verwaltung eines geistlichen Amtes darf nur einem Deutschen übertragen werden, der ein deutsches Gymnasium absolviert, drei Jahre auf einer deutschen Staatsuniversität Theologie studiert und eine wissenschaftliche Staatsprüfung über Philosophie, Geschichte, deutsche Litteratur und die klassischen Sprachen bestanden hat. Die kirchlichen Bildungsanstalten für die Geistlichen, wie Seminare und Konvikte, unterstehen der Aufsicht des Staates. Die geistlichen Oberen müssen diejenigen, denen sie ein kirchliches Amt anvertrauen wollen, dem Oberpräsidenten anzeigen, welcher gegen die Anstellung unter Angabe der Gründe Einspruch erheben kann. Innerhalb eines Jahres muß jede erledigte Pfarrstelle wieder besetzt werden. Die Verfehlungen gegen diese Vorschriften sind mit empfindlichen Strafen belegt. Das dritte Gesetz erleichterte den Austritt aus einer Kirchengemeinschaft dahin, daß dazu die einfache Erklärung des Austretenden vor dem Richter seines Wohnsitzes genügte. Das vierte Gesetz regelte die kirchliche Disziplinargewalt gegen Geistliche und errichtete einen königlichen Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten. Darnach dürfen nur deutsche kirchliche Oberbehörden die Disziplinargewalt ausüben. Körperliche Züchtigung ist verboten, nur eine Verweisung auf drei Monate in eine Demeritenanstalt ist gestattet. Diese Anstalten stehen unter staatlicher Aufsicht. Wird eine Geldstrafe von mehr als 20 Thalern oder eine Verweisungsstrafe von länger als 14 Tagen verhängt, so muß davon dem Oberpräsidenten Anzeige erstattet werden. Die Entfernung aus dem Amt darf nur nach einem ordentlich durch-

geführten Prozeßverfahren erfolgen. Berufung kann der Betroffene an den königlichen Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten ergreifen, welcher die verhängte Strafe je nach Befund aufhebt. Kirchendiener, welche sich gegen die Staatsgesetze oder Verordnungen über das geistliche Amt verfehlen, können des Amtes vom Staate entsetzt werden, wenn ihr Verbleiben in demselben mit der öffentlichen Ordnung unverträglich ist. Das zweite und vierte Gesetz waren am einschneidendsten und riefen den hitzigsten Widerspruch der Centrumspartei hervor. Um ihrem Vorwurf zu begegnen, daß die Gesetze eine Verfassungsverletzung enthielten, wurden zwei Zusätze zur Verfassung dahin gehend beschlossen, daß die Religionsgemeinschaften trotz der selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten den Gesetzen und der Aufsicht des Staates unterworfen seien.

Es war vorauszusehen, daß auch noch von anderer Seite wegen dieser Gesetze Einwendungen und Widersprüche erhoben würden. Der preußische Staat wartete sie ruhig ab und erkannte sogar den Professor Reinkens als Bischof der Altkatholiken an. Selbst der Papst mischte sich ein, indem er am 7. August 1873 sich unmittelbar an den König in einem Briefe wandte. Er höre, schrieb er, daß der König das Verfahren seiner Regierung nicht billige und die Härte der Maßregeln wider die katholische Religion nicht gutheiße. Diese Maßregeln hätten thatsächlich keine andere Wirkung als diejenige, den eigenen Thron des Königs zu untergraben. Der Papst habe das Amt und den Beruf, allen die Wahrheit freimütig zu sagen, auch denen, die nicht Katholiken sind. Denn jeder, welcher die Taufe empfangen hat, gehört in irgend einer Beziehung oder auf irgend eine Weise dem Papste an. Aus mehr als einem Grunde sah sich Kaiser Wilhelm bewogen, auf diesen Brief zu antworten; er that es am 3. September. Der Papst, hieß es in seinem Schreiben, sei nicht der Wahrheit gemäß berichtet, wenn er vermute, es mangle den Maßnahmen der Regierung seine königliche Billigung. In Preußen habe sich eine politische Partei gebildet, welche den alten konfessionellen Frieden durch staatsfeindliche Umtriebe zu stören suche. Und dieser Bewegung hätten sich höhere katholische Geistliche bis zur offenen Auflehnung gegen die Gesetze angeschlossen. „Ich bin mir bewußt, daß ich über die Erfüllung meiner königlichen Pflicht Gott Rechenschaft schuldig bin und ich werde Ordnung und Gesetz in meinen Staaten jeder Anfechtung gegenüber aufrechthalten“ — auch gegen die Geistlichen. Er hoffe daher, daß der Papst seine Autorität anwenden werde, dieser Verhetzung ein Ende zu machen. Die Äußerung im päpstlichen Schreiben, daß jeder, der die Taufe empfangen habe, dem Papst angehöre, dürfe er nicht mit Stillschweigen übergehen. „Der evangelische Glaube, zu dem

ich mich gleich meinen Vorfahren und mit der Mehrheit meiner Unterthanen bekenne, gestattet uns nicht, in dem Verhältnis zu Gott einen andern Vermittler als unsern Herrn Jesum Christum anzunehmen." Diese feste, würdige und echt christliche Entgegnung machte weit über Deutschland hinaus einen tiefen Eindruck. In Rom freilich brachte sie keine Sinnesänderung hervor, im Gegenteil, der geflissentlich gesteifte Machtdünkel führte dazu, daß der Papst einen immer schärferen Ton anschlug und schließlich ohne Bedenken vor der ganzen Welt die preußischen Gesetze sogar für null und nichtig erklärte (Encyklika v. 5. Februar 1875): „Denn in diesen Gesetzen wurde Richtern aus dem Laienstande die Macht beigelegt, die Bischöfe und andere geistliche Vorgesetzte ihrer Würde und ihrer Amtsgewalt zu entkleiden". Um die Pflicht seines Amtes zu erfüllen, erkläre er „durch dieses Schreiben ganz offen allen, welche es angeht, und dem katholischen Erdkreise, daß jene Gesetze ungültig sind".

Die preußischen Bischöfe beharrten auf ihrem Widerspruche gegen die Maigesetze, entschlossen, „ihre rechtmäßige Freiheit und auch das kleinste ihrer kirchlichen Rechte unerschrocken und standhaft durch alle rechtmäßigen Mittel zu verteidigen" und sich nicht „aus freien Stücken derartigen Gesetzen zu unterwerfen, dieselben anzuerkennen und zu befolgen". Sie lehnten es ab, von ihren Seminarien die Oberpräsidenten zu unterrichten, und mußten dafür die Schließung derselben hinnehmen. Sie weigerten sich, die befohlene Anzeige von der Anstellung ihrer Geistlichen zu erstatten und wurden dafür mit Geldstrafe geahndet. Als in Breslau von dem Fürstbischof der Domherr v. Richthofen, weil er zu den Altkatholiken übertrat, exkommuniziert worden war, erließ der Kultusminister an den ersteren eine Verordnung, wornach der Exkommunizierte nach wie vor in allen seinen Bezügen und Ehren zu verbleiben und den Beratungen des Domkapitels anzuwohnen habe, widrigenfalls seien dieselben rechtsungültig. Darauf erklärte das bischöfliche Amtsblatt mit kurzen Worten, daß das Domkapitel das Reskript einfach ignorieren werde. Am unbotmäßigsten geberdete sich der Erzbischof Ledochowsky, so daß ihn die Regierung aufforderte, sein Amt niederzulegen. Als er darauf nicht einging, eröffnete der königliche Gerichtshof das Verfahren gegen ihn, aber er leistete der Vorladung keine Folge. Deshalb wurde er gefänglich eingezogen und durch Richterspruch vom 15. April 1874 seines Amtes entsetzt. Auch der Bischof von Trier und der Erzbischof von Köln wurden gefänglich eingezogen. Da vorauszusehen war, daß auf diese Weise bald eine Anzahl bischöflicher Sitze erledigt sein würde, so wurde die Frage der Verwaltung dieser Stellen wie erledigter Pfarreien

gesetzlich geregelt, um thunlichst die aus der ganzen Lage erwachsenden Schwierigkeiten zu vermeiden.

Am schlimmsten standen die Aussichten für den Staat in Beziehung auf die Ehe. In Deutschland wurde seit unvordenklichen Zeiten die Ehe auch rechtlich geschlossen durch die kirchliche Trauung, und die Geistlichen führten einzig und allein die Register der öffentlichen Beurkundung des Personenstandes. Es drohten nun zweierlei Gefahren, welche rechtzeitig abgewendet werden mußten, nämlich daß nicht durch Geistliche, denen die staatliche Anerkennung fehlte, Ehen eingesegnet würden, welche der Staat nicht als rechtsgültig ansehen durfte, und zweitens daß infolge eintretenden Mangels an Pfarrern in vielen Gemeinden überhaupt Ehen nicht mehr geschlossen werden könnten. Als Hülfsmittel dagegen bot sich die obligatorische Civilehe dar. Obwohl sie in katholischen Ländern, wie z. B. in Frankreich, längst eingeführt war, holte die Centrumspartei und was zu ihr gehörte aus der dogmatischen Rüstkammer die ihr entgegenstehende Lehre vom Sakrament der Ehe hervor. Aber auch in evangelischen Kreisen regten sich allerlei Bedenken gegen die Civilehe, selbst bei Kaiser Wilhelm und seinem Kanzler. Allein die Notlage des Staates zwang dazu sich zu fügen. Durch ein Gesetz vom 9. März 1874 wurde zunächst in Preußen die Civilehe und die Führung der Standesregister durch eigene, nichtgeistliche Beamte eingeführt und 1875 (16. Februar) auf das ganze Reich ausgedehnt. Es unterlag keinem Zweifel, daß viele kirchenfeindliche Elemente dieses Gesetz deshalb befürworteten, weil sie sich von demselben eine Schädigung des ihnen verhaßten christlichen Glaubens und der Kirche überhaupt versprachen. In der That unterließen besonders in großen Städten viele von nun an, die Einsegnung der Ehe und die Taufe zu begehren. An sich konnte die evangelische Kirche zwischen diesem offenen Unglauben und dem erzwungenen, widerwilligen Empfang der Gnadengüter einen wesentlichen Unterschied nicht erblicken; aber es entstand für sie die ernste Aufgabe, um so fleißiger den Verlorenen und Verirrten nachzugehen, und so empfing sie aus dieser scheinbaren Schädigung nur einen verstärkten Antrieb, ihres heiligen Amtes zu walten. Um übrigens jede irrige Meinung abzuschneiden, als beabsichtige man durch dieses Gesetz den Abfall von der Kirche zu fördern, wurde auf Veranlassung des Kaisers selbst ein Artikel (§ 82) aufgenommen, welcher lautete: „Die kirchlichen Verpflichtungen in Beziehung auf Taufe und Trauung werden durch dieses Gesetz nicht berührt". Noch ein anderes Gesetz sah sich die Reichsregierung zu geben bewogen: das Expatriierungsgesetz vom 25. April 1874, wornach ein nicht anerkannter oder seines Amtes entsetzter Geistliche sich an einem

bestimmten, ihm staatlich angewiesenen Ort aufzuhalten habe. Ungehorsam führte den Verlust der Staatsangehörigkeit herbei.

Erregte schon die Einbringung und Beratung aller dieser Gesetze großen Lärm, so steigerte sich die Wut und Treiberei erst recht bei ihrer Ausführung. Maßlos war die Sprache der ultramontanen Führer und Hetzer in der Presse, in den Vereinen, überall wo sie die Bevölkerung aufzuwiegeln die Gelegenheit wahrnahmen. Man redete dem gemeinen Manne die unglaublichsten und unerhörtesten Dinge ein, so daß ein bedrohlicher Geist immer weiter um sich griff und gefährliche Erbitterung und Verblendung die Gemüter ergriff. Es konnte daher nicht wundernehmen, daß diese Aussaat auch ihre Früchte zeitigte. Unleugbar war dies der Fall bei dem Böttchergesellen Kullmann aus Magdeburg, welcher in der Mittagsstunde des 13. Juli 1874 auf den im Bade Kissingen weilenden Reichskanzler Bismarck einen Pistolenschuß abfeuerte und ihn an der Hand verwundete. Der Verbrecher, welcher durch die ultramontanen Hetzereien zu seiner Frevelthat verleitet worden war, gab selbst an, daß er den Kanzler „wegen der Maigesetze" und wegen seines Verhaltens gegen „seine" Partei habe töten wollen. Der Irregeleitete wurde auf 14 Jahre ins Zuchthaus gesperrt. In ganz Deutschland jubelte man, daß der große Staatsmann durch „Gottes Allmacht und Gnade" dem Tode entgangen war, und die gerechte Entrüstung über diejenigen, welche die moralische Verantwortung für diese gottlose That trugen, machte sich in lauter Anschuldigung gegen den Ultramontanismus allerwärts Luft; ja Bismarck selbst schleuderte der Centrumspartei im Reichstag am 4. Dezember frei und offen den Vorwurf ins Gesicht: „Mögen Sie sich lossagen von diesem Mörder, wie Sie wollen, er hängt sich an Ihre Rockschöße fest. Er nennt Sie seine Fraktion." Die Regierung sah sich daher gedrungen, der ultramontanen Presse scharf auf die Finger zu sehen. Und doch mehrten sich die Zeichen der Widerspenstigkeit gegen Gesetz und Obrigkeit und der Feindschaft gegen das neue Reich. Dessenungeachtet hielt es der Papst noch für erlaubt, mit seiner Encyklika (5. Februar 1875, S. 283) Öl in das schon hoch genug lodernde Feuer zu gießen und die Gesetze unter heftigen Anklagen gegen die Regierung und, was mit ihr zusammenging, für ungültig zu erklären. Der preußische Staat antwortete mit dem Sperrgesetz, wornach er jede Leistung an kirchliche Personen einstellte, die sich nicht klar und offen den Staatsgesetzen unterwürfen. Noch andere Gesetze folgten: das Gesetz über die Beschränkung der Orden und über die Vermögensverwaltung katholischer Gemeinden. Man wollte mit dem ersten dem Überhandnehmen der Orden und Klöster einen Damm entgegensetzen. Mit diesen beiden Gesetzen

schloß teils das Reich teils der preußische Staat den Schutzwall, den man gegen den Übermut und die Übergriffe des Ultramontanismus aufwerfen zu müssen glaubte. Staatlicherseits gab man sich dabei der Hoffnung hin, daß allmählich der Friede wiederkehren, die gemäßigten Elemente sich eines Bessern besinnen und ihren Widerstand gegen Reich und Staat aufgeben würden.

Diese Aussicht stand freilich noch in weiter Ferne. Das zeigte der oft unglaublich rohe Ton der ultramontanen Presse; das bewiesen die Verkündigungen und Handlungen der Bischöfe, von denen mancher seines Amtes entsetzt oder sonst bestraft werden mußte. Gerade die Oberhirten gaben ein böses, nicht zu rechtfertigendes Beispiel. So hielt es der Bischof von Münster für erlaubt, bei seiner Flucht ins Ausland sogar einen großen Teil des Kirchenvermögens mit sich zu nehmen, so daß er wegen Unterschlagung verurteilt wurde. Es ist nicht zu leugnen, daß die kirchlichen Verhältnisse eine wahrhaft betrübende Gestalt annahmen. Bis auf vier waren alle preußischen Bistümer ohne Oberhaupt, viele Pfarreien entbehrten ihrer Seelsorger. Der junge Klerus zumal überbot sich förmlich an Ungehorsam und Zuchtlosigkeit und drängte sich zu einem oft recht wohlfeilen Martyrium, das in diesen „diokletianischen" Verfolgungen ohne zu große persönliche Gefahr erworben werden konnte. Auffallend blieb für den ernsten Christen zu beobachten, wie wenig sich Papst, Bischöfe und Klerus um die kirchliche Not, die aus ihrem Verhalten entsprang, bekümmerten, mit welcher Gleichgültigkeit sie es ansahen, daß ganze Gemeinden verwaisten, daß Ungezählte des Trostes, der Gnadenmittel, der Segnungen, welche die Kirche zu spenden hat, entbehren mußten. Es offenbarte sich eben hier wieder einmal eine Seite des römischen Kirchenwesens, die ihm nicht zum Ruhm gereicht, daß es nämlich der Hierarchie viel mehr auf Macht und Herrschaft ankommt, als auf den Dienst an den Menschenseelen für das Reich Gottes unter allen Umständen. Nur verhältnismäßig wenige Geistliche hielten auf ihren Posten aus und suchten sich mit dem Staat und seinen Gesetzen zu vertragen. Erschwert wurde diesen ihre Stellung durch den ultramontanen Vorwurf, daß sie der Kirche die Treue gebrochen hätten, und durch den Hohn, mit dem man sie als „Staatskatholiken" brandmarkte. Alles in allem genommen, wuchs der kirchliche Notstand mit jedem Tage, und es war nicht abzusehen, wie und wann man aus dieser Sackgasse herauskommen werde.

2. Kapitel. Der innere Ausbau des Reiches.

Bismarck und die Parteien. Elsaß-Lothringen. Die gesetzgeberische Thätigkeit in Neudeutschland. Verwendung der Kriegsentschädigung. Das Münzgesetz. Das Militärgesetz und das Septennat. Die neuen Justizgesetze. Reibungen mit dem Reichskanzler. Veränderungen im preußischen Ministerium. Die Matrikularbeiträge und die Reichseinnahmen. Das Freihandelssystem. Das finanzpolitische Problem. Delbrücks Rücktritt. Reichseisenbahnen. Der Arnimprozeß.

Wie waren doch die Urteile über Bismarck in Deutschland im Laufe von zehn Jahren ins Gegenteil umgeschlagen! Aus dem „bestgehaßten" Junker war der große Staatsmann und Führer geworden, zu dem der größte Teil der Nation mit unbedingtem Vertrauen emporsah. Wer diesen Umschwung bloß mit der Anbetung des Erfolges erklären wollte, würde ungerecht urteilen. Es kam vielmehr daher, daß dem deutschen Volk sich mehr und mehr Gelegenheit bot, der ganzen Persönlichkeit dieses einzigartigen Mannes auf den Grund zu sehen und ihn nach allen Richtungen vollauf zu würdigen. Sein gigantischer Geist, getragen von einer gleich starken Willenskraft, hatte für sich und unentwegt durch äußere Einwirkung den Weg gefunden und gebahnt, der Nation eine ihrer würdige staatliche Lebensform zu geben und den Feinden ringsum wieder Achtung vor dem deutschen Namen abgezwungen; selbst seine Gegner wagten das nicht zu leugnen und beugten sich vor seinem Genie. Was aber noch mehr sagte, das war die immer klarer zu Tage tretende Thatsache, daß sein ganzes Thun und Denken getragen und durchdrungen war von einem nie zur Seite gesetzten sittlichen Ernst, von dem zwingenden Gebot der Pflicht und dem ungetrübten Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit vor Gott und Menschen. Nichts an ihm gemahnte an die Leichtfertigkeit, Unaufrichtigkeit und Doppelzüngigkeit des diplomatischen Handwerksgebrauches. Die öffentliche Wohlfahrt (die salus publica) und die nationale Einheit und Stärke Deutschlands bildeten die Richtpunkte, nach denen er unverrückten Auges seinen Lauf nahm, und das Ziel seines Ehrgeizes. Deshalb unterstützte auch seit dem großen Kriege die aus den verschiedensten Parteien zusammengesetzte Mehrheit im Reichs- und Landtag seine Politik, bekämpfte mit ihm die Gegner und förderte ihn in seinem Streben, das Reich auszubauen. Es muß bedauert werden, daß später dieses schöne Verhältnis öfter gestört wurde, ohne daß wir uns soweit in die Geschichte der Parteien einlassen könnten, zu untersuchen, wen immer die Schuld traf. Vorerst aber ging man mit gutem Willen an die gewaltige, mannigfache Arbeit.

Zunächst handelte es sich darum, **Elsaß-Lothringen**, die wiedergewonnenen deutschen Lande, dem Reiche in nützlichster Weise einzugliedern. Sie mit einem der deutschen Staaten, etwa mit Preußen, zu vereinigen, ging aus mancherlei Gründen nicht an. Deshalb erhielten die neuerworbenen Provinzen die Stellung eines Reichslandes, das vom **Kaiser** regiert und unmittelbar dem Reichskanzler unterstellt war. Naturgemäß mußte für die Übergangszeit die Regierung in Form einer Diktatur ausgeübt werden; darin stimmten die maßgebenden Parteien überein, während die Stimmen über den Endtermin derselben auseinandergingen. **Bismarcks** Voraussicht erwies sich auch in diesem Punkte mit der Annahme als die richtige, daß der Umwandelungsprozeß nicht so glatt verlaufen, die Bevölkerung sich kaum so rasch mit den neuen Verhältnissen befreunden und es der Reichsregierung nicht möglich werde, dem Ausnahmezustand durch die Einführung der Reichsverfassung ein baldiges Ende zu bereiten. Die Landesverwaltung wurde einem Oberpräsidenten, v. **Möller**, übertragen. Dieser suchte mit seinen Beamten nach Kräften das Beste des Landes. Gelang dies nicht in allen Fällen, so trugen daran mancherlei Umstände die Schuld. Der Übergang an Deutschland schädigte zweifellos manche Interessen, besonders der Industrie, zerriß viele Familienbande und widerstritt den französischen Sympathieen hauptsächlich der städtischen Bevölkerungen. Wo diese sich zu absichtlichem Widerstreben verstieg, da mußte die Milde zurücktreten und der Strenge Platz machen. Als in mehreren Städten, wie Straßburg und Metz, die Gemeindeverwaltung reichsfeindliche Gesinnungen offen bekundete, statt sich auf die Besorgung ihrer Geschäfte zu beschränken, wurde sie aufgelöst und dieselbe einem kaiserlichen Beamten übertragen. Durch den Friedensvertrag wurde jedem Bewohner von Elsaß-Lothringen das Recht zugesprochen, die französische Staatsangehörigkeit beizubehalten, wovon etwa 160 000 Gebrauch machten. Da nun gerade diese, pochend auf ihre französische Nationalität, es für gut fanden, ihre antideutsche Gesinnung stets zur Schau zu tragen, die Behörden und ihre Verfügungen zu mißachten und sich gegen alles aufzulehnen, so bestimmte die Regierung, daß die Optanten insgesamt bis zum 1. Oktober 1873 nach Frankreich auszuwandern hätten. Diese Maßregel kam den meisten völlig unerwartet; sie waren naiv genug zu glauben, daß die deutsche Geduld unerschöpflich sei. Wie sehr sie sich verrechnet hatten, bewies die weitere Maßnahme, daß nach Ablauf des Termins die Gültigkeit der Option für aufgehoben erklärt wurde. Über 100 000 Optanten waren im Lande verblieben und mußten sich nun dazu bequemen, die Pflichten der Reichsangehörigkeit in ihrem vollen Umfange auf sich zu nehmen. Daneben versäumte die

Reichsregierung nichts in der Fürsorge für die Wohlfahrt des Landes, zunächst auch in Bezug auf den Volksunterricht und die Heranbildung eines deutsch gesinnten Lehrerstandes. Auch die Universität Straßburg, welche am 1. Mai 1872 in außerordentlich feierlicher Weise eingeweiht wurde, sollte wieder eine Pflegestätte deutschen Geistes werden und dazu beitragen, die Herzen allmählich dem alten Mutterlande wieder zuzuführen. Solche Einrichtungen mußten getroffen werden, weil die französischen Neigungen der Bevölkerung in ihrer Feindseligkeit noch gesteigert wurden durch das grollende Widerstreben des einflußreichen und wühlenden Ultramontanismus. Bei den Reichstagswahlen, an denen im Februar 1874 sich die Reichslande zum ersten Male beteiligen durften, wurden mit großer Mehrheit 10 ultramontane und 5 französisch gesinnte Abgeordnete gewählt. Dieses Ergebnis zeigte ziffernmäßig, wie fruchtlos bisher die Bemühungen, den Sinn der Bevölkerung zum Bessern zu wenden, gewesen waren, und es wurden viele Stimmen laut, welche größere Strenge anrieten. Allein Bismarck ließ sich dadurch nicht irre machen, den rechten Mittelweg beizubehalten. Deshalb gewährte die Reichsregierung den Elsäßern und Lothringern sogar die Wahl eines Landesausschusses, dem das Recht zustand, unter gewissen Beschränkungen über die Angelegenheiten des Landes zu beraten und zu beschließen. Durch Beweise des Vertrauens wollte man die Gemüter milder stimmen; ein solcher Beweis war auch der Besuch, welchen der greise Kaiser den Reichslanden im Jahre 1876 abstattete. Der freundliche Empfang, den ihm die Bevölkerung an vielen Orten bereitete, wurde als ein günstiges Zeichen aufgenommen. Und in der That fiel die zweite Reichstagswahl im Jahr 1877 schon besser aus. Es blieb gleichwohl noch viel zu thun und zu wünschen übrig. Jedenfalls hat sich längst Freund und Feind davon überzeugt, daß Deutschland fest entschlossen ist, sich dieses alte deutsche Land niemals wieder entreißen zu lassen. Auf Möller folgte als Statthalter der bekannte General von Manteuffel und diesem der deutsche Botschafter in Paris Fürst Hohenlohe.

Es versteht sich ganz von selbst, daß an das neue Reich umfassende Aufgaben herantraten, denn ein Neubau, wie er war, erforderte er im Innern eine entsprechende, bis ins einzelnste gehende Einrichtung. Sie herzustellen kostete Arbeit, Sorgfalt und Umsicht. Gesetz um Gesetz mußte geschaffen werden. Wenn dabei manche nicht ohne Spott oder Tadel bemerkt haben, daß die Gesetzgebungsmaschine zu viel, weil unausgesetzt, arbeite, so bezeugten sie eigentlich damit nur ihr geringes Verständnis vom Wesen des Staates und den Bedürfnissen einer großen, urplötzlich geeinten Nation. Nichts bietet ein größeres Interesse, als zu beobachten,

mit welchem Eifer die Hände sich regten, den Ausbau des Reiches vorzunehmen und gründlich durchzuführen, und wie hervorragend der Reichskanzler auch an dieser Thätigkeit sich beteiligte. Ja man darf sagen, sein Beispiel wirkte anregend, anfeuernd und fruchtbringend nach den verschiedensten Seiten hin; die Kräfte und der Fleiß schienen sich zu verdoppeln bei seinen Beamten, beim Bundesrat und der Volksvertretung. Denn gerade auch der letzteren, dem Reichstag, kann man das Zeugnis nicht versagen, daß er, weit entfernt sich bloß ins Schlepptau nehmen oder schieben zu lassen, es an eigener Initiative nicht fehlen ließ, ferner daß er eine Arbeitskraft, Fruchtbarkeit und Sachkenntnis unausgesetzt an den Tag legte, wie sich dessen kein zweiter europäischer gesetzgebender Körper in höherem Grade rühmen konnte. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Abgeordneten dieses Ehrenamtes mit seinen Opfern und Anstrengungen ohne Entgelt, ohne Diäten walteten. Der Zahlung solcher Entschädigungen widersetzte sich Bismarck je und je mit unnachgiebiger Hartnäckigkeit.

Der große Krieg hatte tiefe Wunden geschlagen. Es war natürlich, daß die französische Kriegsentschädigung nicht bloß dazu benutzt wurde, den einzelnen Staaten ihre Kriegsauslagen zurückzuerstatten und die Mittel zur Wiederherstellung der nötigen Bestände des Heeres zu gewähren, sondern man sorgte auch für die irgendwie durch den Krieg hart Betroffenen gleich im ersten Reichstage in einer Weise, daß Kaiser Wilhelm in seiner Schlußrede am 15. Juni 1871 rühmen konnte, der Reichstag habe mit freigebiger Hand zu heilen versucht, was sich auf diese Weise wieder gut machen lasse. Für die Deutschen, welche aus Frankreich ausgetrieben worden waren, wurde ein Unterstützungszuschuß von 6 Millionen Mark, den beschädigten Rhedern eine Summe von 17 Millionen Mark bewilligt, ferner 116 Millionen für die Kriegsschäden in Kehl, Altbreisach, Saarbrücken und in den elsässischen Gemeinden und für Rückerstattung der elsässischen Kriegsleistungen gewährt. Den Reservisten und Landwehrmännern, welchen infolge ihrer Einberufung zum Heeresdienst ein geschäftlicher Nachteil erwachsen war, wurden 12 Millionen ausgeworfen, um ihnen eine Beihülfe für die Wiederaufnahme ihrer Geschäfte zu verschaffen. Weitere 12 Millionen wurden als Dotationen den Heerführern zugesprochen, „welche das deutsche Heer zu seinen Thaten erzogen, dasselbe von Sieg zu Sieg geführt und die glorreichen Errungenschaften des Krieges sichergestellt haben“: es waren 28 Generale und ein Staatsmann (Delbrück). Natürlicherweise vergaß man die im Kriege untauglich gewordenen und die Hinterbliebenen der Gefallenen nicht, indem ein Militärpensionsgesetz erlassen wurde,

dem zufolge ein Reichsinvalidenfond von 560 Millionen Mark zur Bestreitung der Pensionen aus der französischen Kriegsentschädigung entnommen wurde (23. Mai 1873). Ingleichen wurden große Summen zum Ankaufe und Ausbau von Reichseisenbahnen (die elsaß-lothringischen Bahnen) verwendet und 120 Millionen als Reichskriegsschatz im Juliusturm der Festung Spandau aufgespeichert. 350 Millionen wurden für Festungs- und Kasernenbauten und 66 Millionen als erste Abschlagszahlung für die Ausbildung der deutschen Marine bewilligt.

Nichts beleuchtete die Trostlosigkeit der glücklich überwundenen deutschen Zerrissenheit mehr als die mosaikartige Verschiedenheit in so praktischen und zum täglichen Leben notwendigen Dingen wie Geld, Maß und Gewicht. Schon im Bauernkrieg des unglücklichen Jahres 1525 hatten hellsehende Köpfe eine einheitliche Regelung in diesen und anderen Beziehungen für ganz Deutschland verlangt. Sie war jetzt ein unabweisbares Bedürfnis und der materielle Ausdruck der errungenen nationalen Einigung. Von guter, ahnungsvoller Bedeutung war schon die Arbeit des Zollparlamentes gewesen, als dasselbe durch ein Gesetz ein einheitliches Maß und Gewicht, dem das allein praktische Dezimalsystem zu Grunde lag, für das ganze Zollvereinsgebiet eingeführt hatte. Das Gewicht hatte seine Basis im Gramm, das Maß im Meter (feste) und im Liter (flüssige Körper). Dem folgte die nun noch einschneidendere Regelung des, man kann sagen, verrotteten Münzwesens mit seinen zahlreichen unpraktischen Geldsorten. Als einheitliches nationales Münzsystem wurde die ausschließliche Goldwährung eingeführt und mit der Prägung der zehnteiligen Goldkronen (10 und 20 Mark) schon 1872 begonnen. Die neue Silbermünze sollte nur Scheidemünze sein und nicht zur Zahlung größerer Beträge — nur bis zu 20 Mark — verwendet werden. Neben den Silbermünzen wurde noch kleineres Geld in Kupfer und Nickel (Pfennige) geprägt. Das Münzgesetz vom 30. Juni 1873 regelte die ganze Angelegenheit. Die Schwierigkeit der Übergangszeit erforderte viel Umsicht seitens der staatlichen Organe, die damit betraut waren, die alten Landmünzen allmählich dem Verkehr zu entziehen und die neuen Reichsmünzen demselben zuzuführen. Es gelang ohne Störung. Ein Münzsystem nach dem andern verschwand vom Schauplatz. Mit dem Jahre 1876 war die neue Münze in ganz Deutschland eingeführt. Auch das Staats- und Banknotenwesen erfuhr eine durchgreifende Änderung, die zunächst dahin zielte, das Kursieren des massenhaften und verschiedenartigsten Papiergeldes zu beschränken, die mannigfaltigen, umlaufenden Banknoten allmählich zu beseitigen, und an die Stelle des Staatspapiergeldes die Reichskassenscheine zu setzen. Auch die preußische Bank

wurde aufgehoben und eine mit ihren Nebenstellen und Agenturen sich über das ganze Reich verzweigende Reichsbank mit besonderer Einrichtung geschaffen. Nicht geringe Schwierigkeiten bot die Papiergeldfrage, welche in vereinter und angestrengter Arbeit Reichsregierung und Reichstag erfolgreich lösten. Dazu kamen, abgesehen von der aus dem Kulturkampf erwachsenden Gesetzgebung, noch mancherlei Anfänge, Ansätze und kleinere Gesetzesvorlagen, die hier nicht aufzuzählen sind. Als daher namens des Kaisers Fürst Bismarck den deutschen Reichstag am 25. Juni 1873 schloß, konnte die Schlußrede den Boten des deutschen Volkes das ehrenvolle Zeugnis ausstellen, daß sie sich „zum Teil unter schwierigen Umständen der weitern Ausbildung unserer verfassungsmäßigen Institutionen und der Lösung der Aufgaben, welche uns der Krieg hinterlassen hat, mit hingebender Anstrengung gewidmet haben".

Der neue Reichstag brachte in Bezug auf die Parteien schon manche Verschiebung, insbesondere trat die Centrumspartei mit einer auffälligen Vermehrung ihrer Kräfte ein, indem sich 101 Abgeordnete zu ihr bekannten. Mit allen Mitteln hatte sie ihre Gesinnungsgenossen zu sammeln verstanden und hauptsächlich in Bayern über die andern Parteien einen unerwarteten Sieg davongetragen: von 48 Abgeordneten aus diesem süddeutschen Königreiche gehörten diesmal nicht weniger als 32 der ultramontanen Partei an, ein Wahlergebnis, in welchem man ebenso den Ausdruck der Gesinnung gegen das Reich, wie gegen das Ministerium Lutz und den Kulturkampf erblicken mußte. Machten trotzdem die regierungsfeindlichen Parteien nicht die Mehrheit des Reichstages aus, so besaßen sie doch die Gewalt, den Gang der Geschäfte zu erschweren, was sich schon bei der ersten und wichtigsten Gesetzesvorlage, dem Militärgesetz, offenbarte. Darnach sollte die Präsenzziffer des deutschen Heeres für alle Zeit auf 401 000 Mann festgesetzt werden. Voraussichtlich hatten die verschiedenen Parteien an einer solchen Forderung, die unleugbar große Opfer kostete, allerlei Ausstellungen zu machen. Damit aber war nichts gedient, so wenig als mit den Versuchen durch kleine Abstriche und Minderungen einige Ersparungen zu machen. Die Hauptfrage bestand vielmehr darin, ob diese Forderung der Reichsregierung einer unzweifelhaften Notwendigkeit entsprang und ob man dieselbe dauernd (für alle Zeit) bewilligen solle. Am letzteren nahmen diejenigen Abgeordneten Anstoß, welche in einer solchen Bewilligung eine Schmälerung der Rechte der Volksvertretung erblickten. Da erhob sich der „große Schweiger" Feldmarschall Moltke, konservativer Abgeordneter, um in scharfen Zügen ein überzeugendes Bild von der Stellung des neuen Reiches inmitten der europäischen Staaten zu entwerfen und zugleich

die unzweideutigste Versicherung der deutschen Friedensabsicht durch den Mund des berufensten Kriegsmannes abzugeben: „Vielleicht daß eine spätere Generation, für welche wir im voraus die Lasten mittragen, hoffen darf, aus den Zuständen des bewaffneten Friedens herauszugelangen, . . . Uns, sage ich, blüht diese Aussicht nicht. Ein großes weltgeschichtliches Ereignis, wie die Aufrichtung des deutschen Reiches, vollzieht sich kaum in einer kurzen Zeit. Was wir in einem halben Jahre mit den Waffen errungen haben, das mögen wir ein halbes Jahrhundert mit den Waffen schützen, damit es uns nicht wieder entrissen werde. . . . Es kann der Beste nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Aber ich denke, wir werden der Welt zeigen, daß wir eine mächtige Nation geworden und eine friedliebende geblieben sind, eine Nation, welche den Krieg nicht braucht, um Ruhm zu erwerben, und die ihn nicht will, um Eroberungen zu machen. . . . Ich hoffe, wir werden eine Reihe von Jahren nicht nur Frieden halten, sondern auch Frieden gebieten. Vielleicht überzeugt sich dann die Welt, daß ein mächtiges Deutschland in Mitte von Europa die größte Bürgschaft ist für den Frieden desselben. Aber um Frieden zu gebieten, muß man zum Kriege gerüstet sein, und ich meine, wir stehen vor der Entscheidung, entweder zu sagen, daß bei den politischen Verhältnissen Europas wir eines starken und kriegsbereiten Heeres nicht bedürfen, oder aber zu bewilligen, was dafür nötig ist.“ (16. Februar 1874.) Als dennoch die Regierungsvorlage nicht durchdringen wollte, da erschien auch noch der kranke Reichskanzler mit der Erklärung auf dem Plan, daß sich der Kaiser keine Verstümmelung der Forderung gefallen lassen und lieber den Reichstag auflösen werde. Schicke dann das Volk keine feste und zuverlässige Mehrheit der Volksvertretung, auf die sich die Regierung stützen könne, so werde er, der Reichskanzler, seine Entlassung nehmen. Es ist ihm aus dieser Drohung der Vorwurf gemacht worden, daß er es damit nur auf eine Bismarckpartei sans phrase abgesehen habe. Einer solchen Unterstellung war kein Glaube beizumessen. Sicherlich aber durfte man einem Manne von seiner Erfahrung, Einsicht und guter Absicht gegenüber den beginnenden Nörgeleien vermeintlicher Parteiweisheit und selbstgefälliger Rechthaberei seinen beharrlichen Eigenwillen doch zu gute halten. Nicht ohne den Druck der öffentlichen Meinung kam hierauf der nationalliberale Kompromißantrag, die Forderung auf sieben Jahre zu bewilligen — das sogenannte Septennat — zur Annahme; als Ergänzung hierzu ist das Anfang 1875 genehmigte Landsturmgesetz zu erwähnen. Bei dieser Gelegenheit trat, was für die Geschichte der Reichstagsparteien angemerkt zu werden verdient, das erste Anzeichen von einer sich vorbereitenden

Scheidung der nationalliberalen und der Fortschrittspartei zu Tage: von der letzteren hat ein beträchtlicher Teil auch gegen das Septennat gestimmt.

Gleich schwierig war die Frage der Justizgesetzgebung. Wie die Dinge auf diesem Gebiete lagen, konnten sie nicht fortdauern. Noch schlimmer als auf dem Gebiete des Strafrechtes und Civilprozesses, wo doch die Einzelstaaten wenigstens für sich im Laufe des Jahrhunderts eine Einheit geschaffen und zum Teil sehr Tüchtiges geleistet hatten, stand es mit dem bürgerlichen Recht. Üppig wie Unkraut wucherte da die verworrene Buntscheckigkeit des alten deutschen Reiches mit seinen hundertfachen Reichsständen und ebensovielen Rechtsgebieten fort, ein Zustand, für den das Dichterwort ohne Einschränkung galt: „Es erben sich Gesetz' und Rechte wie eine ew'ge Krankheit fort". Abhülfe war schon im norddeutschen Reichstag 1869 verlangt und diese Forderung im Reichstag von 1871 wiederholt worden. Der Lösung dieser großartigen Fragen standen weit mehr politische als wissenschaftliche und praktische Schwierigkeiten entgegen. Denn es handelte sich um eine Erweiterung der Kompetenz des Reiches und eine Beschränkung der Kompetenz der Einzelstaaten: davon wollten aber die Partikularisten, als welche sich erklärlicherweise mehr und mehr die Ultramontanen aufspielten, nichts wissen: auch einzelne Staatsmänner, wie die Justizminister Fäustle von Bayern und Mittnacht von Würtemberg, sprachen offen ihre Bedenken wohl mit Rücksicht auf die Stimmung in ihren Staaten aus. Bismarck gab deshalb den Gedanken nicht auf. Vielmehr lud er die sämtlichen deutschen Justizminister zu einer Konferenz nach Berlin im Dezember 1872 ein, um mit ihnen über ein oberstes Reichsgericht und eine Gerichtsorganisation zu beraten. Aber obwohl Bayern sich nur zu einem Reichsrechtshof für die Auslegung streitiger Reichsgesetze verstehen wollte, gewann doch die Einsicht von der Notwendigkeit der geplanten Einrichtungen so sehr die Oberhand, daß Bayern auch im Bundesrat überstimmt worden wäre. Dieser Niederlage wollte sich selbst die darüber gefragte bayerische Kammer nicht aussetzen und gab ihre Zustimmung. So konnte denn auch im Bundesrat die Abstimmung über die vorzunehmende Organisation und Umgestaltung des gesamten Rechts- und Gerichtswesens nicht mehr zweifelhaft sein. Am 12. Dezember 1873 stimmte mit Ausnahme der beiden Mecklenburg und der beiden Reuß der ganze Bundesrat dafür. Zur Verabfassung eines bürgerlichen Rechtsbuches wurde eine aus Richtern und Rechtslehrern bestehende 11köpfige Kommission am 22. Juni 1874 einberufen, welche sich in 14jähriger Arbeit mit ihrer Aufgabe hingebungsvoll befaßte und den Entwurf eines bürgerlichen deutschen Rechtes im Jahre 1888 der Öffent-

lichkeit übergab, die bis zur endgültigen Beschlußfassung durch Reichstag, Bundesrat und Kaiser daran Kritik üben soll.

Die Herstellung einer einheitlichen Justizgesetzgebung und Gerichtsorganisation erforderte nicht den gleichen Aufwand an Zeit und Vorarbeit. Zuerst wurde eine Civilprozeßordnung, dann eine Strafprozeßordnung und endlich ein Gerichtsverfassungsgesetz dem Reichstage im Entwurfe vorgelegt. Bei dem Strafprozeß sollten die Schwurgerichte fallen, wogegen aber die süddeutschen Abgeordneten energischen Einspruch erhoben. Bei dem Gerichtsorganisationsgesetz enthielt man sich weise jeder vermeidlichen Beschränkung der Justizhoheit der Partikularstaaten und überließ ihnen auch andere weniger wichtige Dinge zu ordnen, wie die Einteilung der Gerichtssprengel u. a. Auch über die Zuständigkeit des Reichsgerichtes und der obersten (Partikular-) Landesgerichte einigte man sich. Nachdem nun eine eigene Justizkommission die drei Gesetzesentwürfe einer äußerst fleißigen Prüfung und z. T. Abänderung unterworfen und vor der dritten Lesung mit dem Bundesrat lange und eingehende Kompromißverhandlungen gepflogen hatte, in denen bald der eine bald der andere Teil nachgab, so kamen nach viel Arbeit, Kampf und Streit die deutschen Justizgesetze 1876 zur Annahme mit der Bestimmung, daß dieselben am 1. Oktober 1879 im ganzen Reiche in Kraft treten sollten. Die Natur von Kompromißabstimmungen bringt es jeder Zeit mit sich, daß manches Prinzip von der einen oder anderen Seite ganz oder teilweise geopfert werden muß. Das war auch hier der Fall. Aber die Fortschrittspartei machte darüber der nationalliberalen so bittere Vorwürfe, daß die Kluft zwischen beiden zusehends größer wurde. Dieser Zwist rückte mählich den Schwerpunkt des Reichstages von den liberalen Parteien fort und mehr nach rechts hinüber. — Es muß noch erwähnt werden, daß 1874 ein Preßgesetz und 1876 eine Novelle zum Strafgesetzbuch zur Annahme kam, wodurch in gewissen Fällen der zu großen Milde der Richter, welche ihnen Bismarck öffentlich zum Vorwurfe machte, durch strengere Strafbestimmungen eine Schranke gezogen werden sollte. Die Haltung, welche bei der Debatte über das Preßgesetz und über das Militärgesetz, wie wir sahen, ein Teil der nationalliberalen und die ganze Fortschrittspartei annahm, veränderte auch die Stimmung und Stellung des Reichskanzlers ihnen gegenüber. Nicht gewohnt mit seinen Anschauungen zurückzuhalten, erklärte er während der Militärdebatte von seinem Krankenlager aus, daß „die Stärke und Stellung der Fortschrittspartei und des mit ihr gehenden Teiles der Nationalliberalen die Lage unhaltbar machten“. 50 bis 60 reichstreue Wahlkreise seien durch Abgeordnete vertreten, welche gegen die Reichs-

regierung arbeiten, und zwar zu einer Zeit, wo die reichsfeindlichen Parteien so stark seien, daß die Majoritäten an und für sich schwankend würden.

Dieser rückhaltlose Vorwurf, den der Reichskanzler erhob, stammte nicht ausschließlich aus der damaligen Lage. Schon vor dem Schlusse des Reichstages 1873 war noch ein Antrag auf Abschaffung der Zeitungssteuer (Notpreßgesetz) eingebracht worden, worüber Bismarck, weil es gegen die Verabredung verstieß, sehr aufgebracht war. Als nun gar der Abgeordnete Lasker die Gelegenheit benutzte zu äußern, daß man es dem Reichstag nicht verdenken dürfe, wenn er aus eigener Initiative hervorgegangene Anträge erledigen wolle, „in denen einmal von Rechten des Volkes die Rede ist, nachdem wir uns monatelang mit finanziellen Vorlagen beschäftigt haben", da nannte der Kanzler diese Erwähnung der Volksrechte eine deklamatorische Abschweifung, „Reminiszenzen aus der vergangenen Zeit". Auch er gehöre zum Volk und ebensogut der Kaiser selbst. „Diese Reden vom Volksrecht sind gewisse, alte traditionelle Gewohnheiten und Tendenzen von solchen, die sich liberal nennen, aber nicht einmal immer sind."

Auch innerhalb des preußischen Staates fehlte es nicht an Reibungen, welche den Fürsten Bismarck in Mitleidenschaft zogen. Um die vorgeschlagene Verwaltungsreform nebst der neuen Kreisordnung auch im Herrenhaus durchzusetzen, wurde von dem Minister Eulenburg ein Pairschub verlangt und erreicht, wodurch seinen Reformplänen die gesetzlich notwendige Zustimmung des Herrenhauses gesichert war. Ob die Vorlagen und diese Maßnahme sich der vollständigen Billigung Bismarcks, der zugleich auch Vorsitzender des preußischen Ministeriums war, erfreute oder nicht, ist nicht ganz ersichtlich. Genug, Bismarck legte Ende des Jahres 1872 den Vorsitz im Ministerium nieder. Bald darauf schied der preußische Handelsminister v. Itzenplitz aus seiner Stellung aus, als er zur Erweiterung des preußischen Eisenbahnnetzes eine bedeutende Forderung stellte, und bei dieser Gelegenheit schwere Vorwürfe gegen die Konzessionsausnützung einzelner Unternehmer (Strousberg u. a.) von Lasker erhoben wurden. Eine staatlicherseits eingesetzte Kommission untersuchte die Mißstände, die gesetzlich im Jahre 1876 beseitigt wurden. In die Angelegenheit war besonders der Geheimerat Wagener verflochten, gegen den mannigfache Beschuldigungen erhoben wurden, ohne daß die Untersuchung ihm ein strafbares Vorgehen nachweisen konnte. Trotzdem sah er sich veranlaßt, seinen Abschied zu nehmen. Das gleiche that auch der verdiente Kriegsminister Roon aus Altersrücksichten. Als zu seinem Nachfolger General Kameke ernannt wurde, übernahm Bis-

marck im November 1873 wieder den Vorsitz des auch sonst veränderten Ministeriums, welches die Verwaltungsreform fortsetzte und eine vollständige Synodalordnung (ohne den Landtag, allein durch den König als summus episcopus) für die östlichen Provinzen erließ. In einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Reiche standen diese Maßnahmen nicht. Es kann auch nicht angegeben werden, in welchem Maße der Reichskanzler persönlichen Anteil daran nahm.

Seine meisten Sorgen galten dem Reiche. Als Realpolitiker, der er war, bekümmerte es ihn, daß dasselbe noch nicht finanziell unabhängig dastand, sondern wenigstens zum Teil aus den Taschen der Einzelstaaten lebte. In diesem Verhältnis erblickte er keine Gewährleistung des festen Bestandes seiner Schöpfung, eher das Gegenteil. Bislang reichten die Reichseinnahmen nicht hin, die hohen Ausgaben zu decken. Was daran fehlte, mußten die Einzelstaaten in Form von Matrikularbeiträgen beisteuern, welche für dieselben eine erhebliche und nicht immer gleichmäßige Belastung ausmachten. Diesem Zustande wollte der Reichskanzler nicht bloß ein Ende machen, sondern womöglich die Reichseinnahmen so steigern, daß sich noch ein Überschuß ergebe, der an die Einzelstaaten hinausbezahlt werden könne. Dies zu erreichen gab es keinen andern Weg als die Erhöhung und Vermehrung der indirekten Steuern, der Zölle und Verbrauchssteuern. Allein die Majorität des Reichstages zeigte nicht die nötige Bereitwilligkeit, diesen Weg zu betreten: im Gegenteil, man willigte vorerst nicht nur nicht ein, sondern verlangte noch die Abschaffung der Salzsteuer, welche ungerechterweise den armen Mann am meisten treffe. Darauf ging Bismarck und der Bundesrat nicht ein (1873). Offenbar erforderte die Absicht des Reichskanzlers eine geraume Zeit der Vorbereitung und des eindringlichen Studiums des gesamten Finanz- und Steuerwesens; dazu kam er aber, da er vollauf zu thun hatte, nicht in dem Umfange, wie er es bei seiner gewissenhaften Art, jeden Stoff vollständig zu durchdringen, sich selbst zur Pflicht machte. Aus mancher seiner Äußerungen in den nächsten Jahren konnte man übrigens merken, daß er auch in dieser Beziehung sich keine Ruhe gönne und sich mit dieser Frage angelegentlich beschäftige.

Nicht bloß in Deutschland, sondern auch anderwärts herrschte damals das Freihandelssystem: noch im Jahre 1873 hatte der Bundesrat dem Reichstag eine Vorlage Delbrücks im freihändlerischen Sinne zugehen lassen, wornach die Eisenzölle ganz abgeschafft werden sollten. Allein es zeigte sich bei der Beratung, daß innerhalb der Volksvertretung und auch weiterer Kreise des Volkes eine Strömung vorhanden sei, welche nichts weniger als von einer Beharrung bei dem Freihandelssystem etwas

wissen wollte. So geschah es schon damals, daß statt der sofortigen Aufhebung des Eisenzolles (wenigstens auf Fabrikate) nur eine allmähliche Verminderung beschlossen wurde. Mehr noch, es mehrten sich die Stimmen, welche verlangten, daß die deutsche Industrie durch Schutzzölle (Eingangszölle auf ausländische Fabrikate) geschützt werden müsse. Denn thatsächlich wurde der deutsche Markt infolge des Freihandelssystems mit fremden Waren (Erzeugnissen) überschwemmt und die deutsche Industrie geriet durch diese Konkurrenz, der gegenüber sie machtlos war, in eine unleugbare Notlage: ihre Warenvorräte mehrten sich und fanden nicht entsprechenden Absatz, so daß allerwärts laute Klagen über Geschäftsrückgang und Überproduktion zu vernehmen waren. Am schwersten getroffen wurde in dieser Beziehung die gesamte Eisenindustrie. Daher wandte sich der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller an den Reichstag um Abhülfe und Schutz. Allein so unsicher war noch die Haltung und Anschauung des Reichstages in dieser Frage, daß er es für geraten hielt, nach einer eingehenden Erörterung Delbrücks über die Petition zur einfachen Tagesordnung überzugehen (7. Dez. 1875).

Allerdings liefen dunkle Gerüchte über die Sinnesänderung Bismarcks in Bezug auf Zollsachen und Zollpolitik um, aber Beweise konnten dafür nicht beigebracht werden. Viel eher durfte die zuvorkommende Art, mit der er dem Reichstag „in letzter und unanfechtbarer Instanz" das Recht zusprach, die Mittel „für unser Staatswesen" zu finden, als ein klarer Beweis dafür ausgelegt werden, daß er den finanzpolitischen Anschauungen der Reichstagsmehrheit nach wie vor beipflichte. Trotzdem behielt der Reichskanzler die Lösung des Problems, wie die Reichseinnahmen erheblich vermehrt werden könnten, unverrückt als die Aufgabe von Reichsregierung und Reichstag im Auge und, wie man ihn kannte, scheute er nach gewonnener Einsicht nicht davor zurück, mit seinen eigenen Anschauungen gründlich und ehrlich zu brechen. Es läßt sich leicht erraten, daß Wissenschaft und Praxis sich auf das ernsteste mit dieser Frage beschäftigten; denn alle reichstreuen Elemente waren mit dem Bismarck'schen Gesichtspunkte einverstanden. So lange einzig die Industrie gleichsam zwei Mücken mit einem Schlage treffen wollte, indem sie die Einführung hoher Zölle zugleich für ihren Schutz, wie für die Vermehrung der Einnahmen des Reiches verlangte, gewann sie wenig Bundesgenossen aus anderen Berufskreisen. Aber diese Interessenpolitik wirkte als Beispiel, indem man die Finanzpolitik durch die Brille des eigenen Berufes zu betrachten begann. Die Landwirtschaft rührte sich, indem eine Anzahl von Großgrundbesitzern sich unter dem Namen „Steuer- und Wirtschaftsreformer" zu einer eigenen Partei —

kurzweg als Agrarpartei bezeichnet — zusammenschloß (13. Febr. 1876). Ihr Programm verlangte Entlastung des überbürdeten Grundbesitzes und der redlichen Arbeit, die Beseitigung aller Schutzzölle und die Erhebung der Verbrauchssteuern nach dem Werte der Waren, ferner eine Börsensteuer, Reform der Aktiengesetzgebung, Revision der Gewerbeordnung und des Freizügigkeitsgesetzes u. a. Ernstlich müsse dafür gesorgt werden, sagten sie, daß „der redliche Erwerb und die Arbeit ihren gedeihlichen Nahrungsraum, sowie das deutsche Volk seinen religiösen Frieden wieder finde". Es liegt auf der Hand, daß diese Partei mit den Grundsätzen der bisherigen wirtschaftlichen Politik entschieden brechen und aufräumen wollte. Die Frage wurde nur um so verwickelter, je verschiedener die Interessen waren, die gleichsam einen Kampf gegeneinander begannen. Vorerst mußte man abwarten, ob der Reichskanzler solchen Anschauungen sich günstig erweisen werde. Die gleich anfangs gegen ihn erhobene Beschuldigung, daß er mit den Reformern in einem geheimen Bunde stehe, wollte noch nicht viel beweisen; auffälliger war schon, daß am 25. April 1876 der verdiente Präsident des Reichskanzleramtes v. Delbrück, wenn auch aus Gesundheitsrücksichten, seine Entlassung nahm. Die öffentliche Meinung wollte, obwohl sie zugab, daß Delbrück im Dienste des Reiches durch unermüdliche Arbeit viel Kraft verbraucht hatte, nicht glauben, daß Abspannung und Ermüdung allein ihn zu seinem Schritte bewogen hätten. Geschäftig konstruierte sie einen Widerstreit zwischen ihm und Bismarck in Bezug auf die Wirtschaftspolitik, eine Annahme, die damals noch keinen rechten greifbaren Grund aufzuweisen hatte. Wahrscheinlich dagegen ist, daß der Plan Bismarcks, sämtliche Bahnen in Deutschland, auch die Staatsbahnen, für das Reich zu erwerben und dadurch die Reichsgewalt zu stärken, nicht die Zustimmung Delbrücks erlangte.

Schon der Versuch, ein allgemeines Eisenbahngesetz, welches dem Reich die Oberaufsicht über sämtliche deutsche Eisenbahnen eingeräumt hätte, zuwege zu bringen, war mißlungen. Dennoch sprach Ende 1875 Bismarck den Gedanken aus, sämtliche Bahnen für das Reich zu erwerben und mit den preußischen Staatsbahnen den Anfang zu machen. Aber davon wollte man in den Einzelstaaten nichts wissen, sowohl seitens der Regierungen wie der Volksvertretungen. Ziemlich gleichzeitig kam Anfang 1876 die Sache in den Abgeordnetenhäusern von Bayern, Sachsen und Würtemberg zur Sprache und stieß hier auf den entschiedensten Widerspruch, während die preußischen Kammern in ihrer Mehrheit dem Plane Bismarcks geneigt waren. Unter diesen Umständen sah sich aber der Reichskanzler bewogen, seine Absicht aufzugeben. Und doch hatte

der Versuch eine praktische Folge. Die Einzelstaaten begannen, die Privatbahnen für sich anzukaufen, auch in Preußen geschah dies, wo Maybach ins Handelsministerium eintrat und die Verstaatlichung mit Energie und Sachkenntnis durchführte.

Man sieht, daß nicht alles glatt verlief; naturgemäß konnte es auch nicht so gehen. Der Aufgaben waren es sehr viele und nicht minder der widerstrebenden Kräfte und der sich kreuzenden Anschauungen und Interessen. Übrigens lautete Bismarcks Grundsatz: Biegen oder brechen; mit eiserner Festigkeit drückte er auf seine Gegner jeder Art. Diese Erfahrung mußte auch der deutsche Botschafter in Paris, der Graf Harry von Arnim, machen. Derselbe hatte sich auf seinem wichtigen Posten schon seit längerer Zeit allerlei Eigenmächtigkeiten erlaubt und statt seinen Anweisungen gemäß, die er vom Reichskanzler erhielt, entsprechend vorzugehen, Politik auf eigene Faust getrieben. Er erlaubte sich dies besonders in der Haltung gegenüber der Regierung Thiers'. Während Bismarck denselben an seinem Teile aus den triftigsten Gründen zu halten und zu unterstützen bemüht war, stellte sich Arnim, von der sicheren Annahme geleitet, daß der Bonapartismus in kurzem über die republikanische Regierung den Sieg davontragen und wieder zur Herrschaft über Frankreich gelangen werde, in ein auffällig freundliches Verhältnis zu den Führern der imperialistischen Partei. Darüber war es die Jahre her schon zu manchen schriftlichen Reibungen zwischen Kanzler und Botschafter gekommen, ohne daß sich der letztere durch die amtlichen Weisungen und Verweise dazu bestimmen ließ, gehorsamer zu werden. Diese Widerspenstigkeit hatte ihren Grund in der Selbstüberschätzung Arnims, welcher vermeinte, das diplomatische Handwerk besser als Bismarck zu verstehen, und in der darauf begründeten und von einer gewissen Clique genährten Hoffnung desselben, daß er über kurz oder lang zum Posten des Reichskanzlers selbst emporsteigen werde. Allein es sollte anders kommen. Bismarcks Geduld riß und Arnim wurde vom Kaiser nach Konstantinopel als Botschafter versetzt. Statt sich nun dadurch zur Besonnenheit mahnen zu lassen, veranlaßte er in österreichischen und preußischen Blättern die Veröffentlichung von Aktenstücken aus dem Jahre 1870, durch die er den Beweis liefern wollte, daß er in der Infallibilitäts- und Konzilsfrage viel klarer gesehen habe als Bismarck. Eine solche in der preußischen Beamtengeschichte unerhörte Auflehnung gegen den Vorgesetzten konnte nicht geduldet werden; vielmehr wurde Arnim am 15. Mai 1874 zur Strafe in den Ruhestand versetzt. Indessen fand bald darauf sein Nachfolger in Paris, der frühere bayerische Ministerpräsident Fürst Hohenlohe, daß Arnim aus dem Botschafter-

archiv diplomatische Papiere mit sich genommen habe, deren Rückgabe alsbald das Reichskanzleramt verlangte. Weil nun Arnim diesem Befehle nur mit Auswahl nachkam, indem er behauptete, die von ihm nicht zurückgegebenen Schriftstücke seien sein Privateigentum, so belangte ihn Bismarck gerichtlich. Arnims Verhaftung im Oktober 1874 schien anfangs zu ungunsten des Reichskanzlers ausfallen zu wollen; denn die öffentliche Meinung ergriff für den Beklagten Partei, von dem sie annahm, er sei nur ein Opfer der Leidenschaftlichkeit des Reichskanzlers geworden. Allein die öffentliche Gerichtsverhandlung wendete das Blatt mit einem Schlage, indem sie die intrigante, unverständige und eingebildete Haltung Arnims nicht weniger als die sachliche, uneigennützige und wahrhaft versöhnliche Politik Bismarcks Freund und Feind gegenüber in das hellste Licht setzte. Das auswärtige Amt hatte „reine Wäsche" und Arnim wurde zuerst zu drei, dann von der Berufungsinstanz zu neun Monaten Gefängnis wegen Beiseiteschaffung amtlicher Urkunden verurteilt und bald darauf nach einer Disziplinaruntersuchung mit Dienstesentlassung bestraft. Unterdessen hatte sich der Verurteilte ins Ausland begeben und veröffentlichte dort eine anonyme Schrift Pro nihilo, als deren Verfasser er sofort allgemein bezeichnet und aufs neue wegen Landesverrat, Majestätsbeleidigung und Beleidigung des Reichskanzlers angeklagt wurde. Der Prozeß endigte abermals mit einer Verurteilung Arnims zu fünf Jahren Zuchthaus (1876). Gebrochen an Leib und Seele starb er nach einigen Jahren in Nizza, ein Opfer seiner eigenen Schuld.

Fleckenlos stand Bismarck — diesen Beweis erbrachte diese tragische Angelegenheit — in seinem ganzen Thun und Wesen da. Dennoch ruhte die Verleumdung nicht. Selbst soweit verstiegen sich elende Neider und Verkleinerer, die Anschuldigung auszustreuen, als benütze er seine amtliche Stellung zu unsauberer Teilnahme an allerlei Gründungsgeschäften. Unmöglich konnte sich der Kanzler solchen Schimpf gefallen lassen, umsoweniger, als hinter diesem unehrlichen Getriebe die gemeine Absicht steckte, ihn auf diese Weise zu Tode zu ärgern. Die gerichtliche Untersuchung legte den Ungrund dieser Anschuldigungen vollständig klar und bewies, wie rein und blank der Ehrenschild des Kanzlers sei. Heute noch muß bedauert werden, daß sich selbst konservative Kreise verleiten ließen, solchen gemeinen Anschuldigungen nicht von vorneherein jeden Glauben zu verweigern. Daß ihm gerade von dieser Seite her ein solches Mißtrauen begegnen konnte, erbitterte ihn auf das höchste und trennte ihn weiter von seinen ehemaligen Gesinnungs- und Parteigenossen, als ihm lieb und für die Folge zuträglich war.

3. Kapitel. Die Gründungsperiode und die Sozialdemokratie.

Der Milliardensegen und seine Folgen. Die Steigerung der Produktion. Die Landwirtschaft und das Kapital. Die Aktienunternehmungen und die Gründungen. Der „Krach“ des Jahres 1873. Die Sozialdemokratie. Lassalle und sein System. Die Erweiterung zur Internationale. Das praktische Christentum in Bezug auf die Arbeiterfrage. Die Richtungen innerhalb der Sozialdemokratie und ihre Einigungspunkte. Die Reichstagsparteien und die Arbeiterfrage. Gesetzliche Regelungsversuche. Kirchliche Aufgabe.

Der „Milliardensegen“, d. h. die bedeutende Kriegsentschädigung, welche Frankreich an Deutschland zahlen mußte und überraschend schnell zahlen konnte, ergoß viel Geld über Deutschland und hatte bedeutende wirtschaftliche Veränderungen um so mehr zur Folge, als die neu geeinigte Nation alle ihre Kräfte regte, um auch auf dem Gebiete des Handels und der Arbeit ihre Stellung zu gewinnen und zu verbessern. Während des Krieges waren manche Industriezweige, in welchen ehedem die Franzosen den Weltmarkt beherrscht hatten, fast ganz außer Thätigkeit gesetzt worden, und in Deutschland und Österreich warf man sich mit um so größerem Erfolge auf sie, als die unsinnige Deutschenaustreibung und -Hetze viele tüchtige Arbeiter in die Heimat zurückleitete. Dieser industrielle Aufschwung machte sich auch auf anderen Gebieten geltend. Die gesamte deutsche Armee mußte ihre Bestände erneuern und wiederherstellen, denn der Krieg hatte viel Material jeder Art verschlungen. Zudem war die Kriegsleitung eifrigst bedacht, die gewonnenen Erfahrungen zur Verbesserung alles dessen, was in die Waffentechnik einschlug, zu verwerten und eine Reihe von Festungen im Lande und hauptsächlich an der Westgrenze den modernen Anforderungen gemäß auszubauen und zu vervollkommnen. In ungeahnter Weise war außerdem klar geworden, welche Rolle im Kriege den Eisenbahnen zufalle. Während die Heeresverwaltung die Vermehrung derselben aus strategischen Rücksichten möglichst förderte, verlangten Handel und Gewerbe das gleiche im eigenen Interesse. Der Eisenbahnbau steigerte sich in Deutschland und den meisten europäischen Ländern in wenig Jahren über die Maßen und brachte den weitesten Kreisen der Bevölkerung Beschäftigung vollauf, nicht am geringsten der Eisenindustrie und Maschinentechnik. Wer verdienen wollte, konnte verdienen, denn die Löhne stiegen und das Vermögen wuchs. Aber das Geld wurde billiger und sank im Werte. Zum letzteren trug wesentlich auch der Umstand bei, daß die deutschen Staaten mittels ihres Kriegsentschädigungsanteiles die Staatsschulden tilgten und dadurch in den Privatbesitz große Kapitalien zurückgeführt wurden.

Dieses flüssig gewordene Geld wurde aber keineswegs der Landwirtschaft zugewendet; die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse schlugen vielmehr sehr zum Nachteile derselben aus, weil die Steigerung der Löhne in der Industrie dem flachen Land die billigen Arbeitskräfte entzog und sie haufenweise in die Städte lockte, wo hoher Lohn und anmutender Lebensgenuß winkte und reizte. In dem Maße aber, in welchem der Ertrag der Landwirtschaft zurückging, zog sich von ihr auch das Kapital zurück, welches, in industriellen Unternehmungen angelegt, höhere Renten abwarf. Allein es zeigte sich bald, daß der große Überfluß an Geld hier schlimme Früchte zeitigte. Fabriken über Fabriken wurden gegründet, die bestehenden planlos erweitert und um enorme Preise von ihren Besitzern an Aktiengesellschaften veräußert. Die Gründungen aller Art schossen wie Pilze aus dem Boden. Die Börse, welche später einmal der Minister Maybach einen „Giftbaum" nannte, trug das ihre dazu bei, diese ganze ungesunde Bewegung zu einer recht gefährlichen Krankheit auszubilden, indem sie durch das Emporschnellen der Kurse für diese teilweise recht zweifelhaften Gründungen Stimmung machte und Vertrauen erweckte, während die Gründer sich möglichst rasch ihrer Papiere entledigten und ihren ungerechten Gewinn in Sicherheit brachten. Die Folgen dieser wahrhaft bedenklichen Verhältnisse erschienen bald auf der Bildfläche: auf der einen Seite Überproduktion an Fabrikaten aller Art, für die es keinen Absatz gab, und auf der anderen Seite der drohende Bankerott. Dieser, in der Börsensprache „Krach" genannt, erfolgte im Jahre 1873 zunächst in Wien, wo eben eine Weltausstellung, die an Großartigkeit alle ihre Vorgängerinnen in Schatten stellte, stattfand. Die meisten der Unternehmungen konnten sich nicht halten, die Papiere sanken rasend im Wert, Millionen wurden sozusagen über Nacht verloren, indem die Aktiengesellschaften ihre Zahlungen einstellen mußten und „verkrachten". Die Verluste für Österreich allein wurden ungefähr auf die Höhe jener Summe geschätzt, welche Frankreich an Deutschland als Kriegsentschädigung zu bezahlen hatte. Und diese wirtschaftliche Krisis beschränkte sich keineswegs auf die habsburgische Monarchie, wenn sie auch dort den größten Schaden anrichtete. Auch in Deutschland machte sie sich sehr fühlbar, indem der industrielle Aufschwung mit einem Male sich ins Gegenteil verkehrte und sehr zahlreiche Fabriken und Unternehmungen entweder ihre Produktion bedeutend zu beschränken oder gar ihre Arbeit ganz einzustellen gezwungen waren.

Es läßt sich leicht ermessen, daß dieser Schlag die schlimmsten Wirkungen nach sich ziehen mußte nicht bloß für die besitzenden, sondern ebenso für die arbeitenden Klassen, deren Lebsucht und Ansprüche mit

dem wachsenden Verdienste rasch in die Höhe gegangen waren. Nun plötzlich sahen sich große Massen derselben entweder ganz außer Arbeit und Erwerb gesetzt oder ihre Löhne wurden beträchtlich gekürzt und herabgedrückt. Kein Wunder, wenn sie, unfähig und nicht gewillt, diese Erscheinungen in ihrem logischen Verlaufe zu betrachten, ihre Herzen und Ohren jenen verführerischen Lehren öffneten, welche die Sozialdemokratie geflissentlich ausstreute und die darin gipfelten, daß das wirtschaftliche System mitsamt der Produktionsweise und die ganze bestehende Gesellschaftsordnung gar nichts tauge, sondern lediglich dazu diene, die arbeitende Klasse auszubeuten und um den Lohn ihres Schweißes zu betrügen. So begann durch die anwachsende Unzufriedenheit der arbeitenden Bevölkerung der Weizen der Sozialdemokratie zu blühen.

Als der eigentliche theoretische Begründer der Sozialdemokratie ist der im Jahre 1864 im Duell gefallene Schriftsteller Ferdinand Lassalle zu betrachten, welcher die Arbeiterfrage vom sozialen auf das politische Gebiet hinüberspielte. Er verlangte in erster Linie für die Arbeiter ohne Ausnahme das Wahlrecht, damit sie in der Volksvertretung ihre Angelegenheiten selbst wahrnehmen und den Staat zwingen könnten, die Privatindustrie gänzlich abzuschaffen und an ihre Stelle die genossenschaftliche Produktionsweise zu setzen. Lassalle dachte sich diese neue Einrichtung so, daß sich Arbeitergenossenschaften zu bilden hätten und für sie der Staat die Zinsgarantie übernehmen müßte. Nur so werde der Arbeiter, wie sich gebühre, zum Arbeitslohn auch den Unternehmergewinn erhalten. Die Konsequenzen dieser Theorie zog Lassalle, dem es hauptsächlich um eine Kritik der Schulze-Delitzsch'schen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, auf dem Prinzip der freiwilligen Vereinigung der Arbeiterbevölkerung zu Kredit-, Rohstoff-, Konsum-, Krankenpflege-, Magazinsvereinen und Genossenschaften zum gemeinsamen Betriebe beruhend, zu thun war, nicht selbst, aber sie ergaben sich ohne Mühe auch für unbedeutendere Köpfe als er war, sobald sie nur daran dachten, wohin diese Forderungen schon bei dem ersten Versuche, sie in die Wirklichkeit umzusetzen, führen würden. Der Volksstaat mußte auf dieser Grundlage unvermeidlich entstehen und in ihm die Masse der Arbeiterbevölkerung die Herrschaft gewinnen. Dabei wurde alsbald thatsächlich unter Arbeit im eigentlichen Sinne nur die Thätigkeit mit der Hand angesehen und jede andere Beschäftigung, wenn nicht gebrandmarkt, so doch als minderwertig mißachtet. Ein Zug ins Niedere und Rohe haftete an den Theorieen an sich schon, den die Praxis erst recht nicht verleugnete. Denn die Prediger der neuen Lehre fanden ein williges Gehör bei den begehrlichen Massen, welche leicht den Glauben an eine

höhere Weltordnung von sich warfen und den ihr betrügerischerweise vorenthaltenen Anteil an den Gütern der Erde zu fordern begannen. Mit der Zunahme des Unglaubens wuchs der Abscheu gegen das Bestehende in Staat, Kirche und Gesellschaft, mit einem Worte: jener entsetzliche Geist der Verneinung, dessen höchste Begierde ist, zu zerstören und zu vernichten.

Wenn solche Lehren einmal Wurzel auf weiten Strecken geschlagen haben, so folgen die Thaten bälder nach, als manche vermuten. Während des deutsch-französischen Krieges ergab sich bereits eine recht augenfällige Probe davon in der Pariser Kommune mit ihren schauderhaften Greueln und Frevelthaten. Man hätte denken sollen, daß von solchen Früchten und Auswüchsen einer Lehre, welche die wahre Volksbeglückung zu bringen mit stolzen Worten verhieß, sich gerade die Führer lossagen würden, um ihre wahren Absichten zu verbergen. Allein das geschah keineswegs. Im Gegenteile, die Sozialdemokraten aller Länder jubelten über die Heldenthaten der Kommunisten. Der sozialdemokratische Abgeordnete Bebel sagte im ersten Reichstag von der Kommune: „Das ist nur ein kleines Vorpostengefecht in dem großen Kriege, den das Proletariat gegen alle Paläste führen wird". Der Leipziger „Volksstaat" wagte zu schreiben: „Wir sind und erklären uns solidarisch mit der Kommune; wir sind bereit, jederzeit und gegen jedermann ihre Tendenzen zu vertreten". Die spanischen Sozialisten erkoren sich das bezeichnende Wort: «Abbajo el essistente» (Nieder mit dem Bestehenden) zu ihrem Wahlspruch. Indem die Sozialdemokraten ungescheut ihre Herzensgedanken aussprachen, wurde man gewahr, daß die Sozialdemokratie sich bereits zu einer internationalen Gefahr ausgebildet hatte. Diese überraschenden Wahrnehmungen mahnten zur Vorsicht und Umkehr. Man fühlte in weiten Kreisen, daß dieser Same auf dem Boden der Glaubenslosigkeit und unkirchlichen Gesinnung, welche mit der Bildung alle Bedürfnisse des inneren Menschen abthun oder befriedigen zu können gewähnt hatte, aufgegangen sei. Deshalb stieg der Gottesglaube wieder im Werte, umsomehr als hervorragende Zeitgenossen sich offen und ohne Scheu zu ihm bekannten. Wir erinnern nur an die kindlich demütige Frömmigkeit und Gottesfurcht des deutschen Kaisers Wilhelm oder an das Bekenntnis eines Staatsmannes wie Bismarck zum praktischen Christentum. Dieses läßt eine Lehre vom Staats- und Gesellschaftsleben, wie es die sozialdemokratischen Volksverführer der „Internationale" anstreben, nimmermehr zu, aber es gebietet auch dem Höchsten die Bruder- und Nächstenliebe selbst dem Geringsten zu beweisen, seine Not sich zu Herzen gehen zu lassen und die Ungleichheiten des Lebens, soviel in

menschlicher Kraft liegt, auszugleichen. Indem die leitenden Männer des wieder aufgerichteten deutschen Reiches sich auf den christlichen Standpunkt stellten, übernahmen sie auch die Pflicht, die Fürsorge für die zahlreiche arbeitende Bevölkerung sich angelegen sein zu lassen und dahin zu trachten, daß ihre Lage verbessert werde. Mit einem Worte, die berechtigten Forderungen der Arbeiter durften nicht mehr ungehört im Winde verhallen, sondern sie mußten geprüft und Mittel zu ihrer Befriedigung gesucht werden. Indem das deutsche Reich von seinem Entstehen an diese Aufgabe ergriff, hat es unentwegt und Schritt für Schritt vorwärts gehend den kühnen Versuch gemacht, das soziale Problem, wenn nicht zu lösen, so doch seiner Lösung entgegenzuführen, ein Unternehmen, das einzigartig in der Weltgeschichte dasteht und an welches vorher niemals ein Staat heranzutreten gewagt hat. Gelang es bis jetzt trotzdem nicht, die Sozialdemokratie mit ihren grundstürzenden Irrtümern gänzlich zu beseitigen, so ist doch gegen die brausenden Fluten derselben, die vor zwei Dezennien über alle Ordnung hereinzubrechen und sie zu zerstören drohten, ein schützender Damm aufgeworfen worden. Schon für diesen Erfolg mußte man dankbar sein. Die Sozialdemokratie hat allerdings in der Breite, nicht aber in der Tiefe zugenommen; ihre klingenden und blendenden Phrasen haben viele Herzen verkehrt und verdorben, ohne den Grund des Staates erschüttern zu können. Mit der Kelle in der einen, mit dem Schwerte in der andern Hand muß diesem Feinde entgegengegangen werden. Der Staat ist es sich selber schuldig, jeden Angriff wider Gesetz und Ordnung mit starker Hand abzuwehren und die Übelthäter zu strafen, allein er darf es auch nicht versäumen, helfend, heilend und entgegenkommend dem Arbeiterstande zu zeigen, daß er ein Herz für ihn hat. Dieser Richtschnur ist man seitdem im wesentlichen gefolgt und mit Recht. So regelte schon der erste Reichstag (1871) durch ein Gesetz die Haftpflicht der Eisenbahnen, Bergwerke und Fabriken für jeden Schaden, den die beschäftigten Personen im Betriebe erlitten. Und doch gewann sich dieses Gesetz nicht die allgemeine Zustimmung der Arbeiterkreise, weil es dem Verunglückten (Beschädigten) die Pflicht des Beweises auferlegte, daß er nicht selbst durch Unvorsichtigkeit das Unglück verschuldet habe. Übrigens bezog sich diese Bestimmung auf die Eisenbahnen nicht.

Auch andere Zeichen wohlwollender Gesinnung waren vorhanden. Abgesehen davon, daß das allgemeine Wahlrecht (vom 25. Lebensjahre an) für den deutschen Reichstag eingeführt wurde, ließ man der Bewegung in einem gewissen Sinne trotz der maßlosen Sprache der sozialdemokratischen Presse freien Lauf, eine Nachsicht, die von mancher Seite getadelt wurde.

Wahrscheinlich rechnete die Reichsregierung mit dem Umstande, daß innerhalb des sozialdemokratischen Lagers sich zwei Richtungen gegenüberstanden und einander heftig befehdeten: die Eisenacher Ehrlichen mit den Führern Bebel und Liebknecht, deren Organ der Leipziger „Volksstaat" war, und der Allgemeine deutsche Arbeiterverein, den Schweitzer, dann Hasenclever und Hasselmann befehligten: ihr Organ war der Berliner „Neue Sozialdemokrat". Wenn auf diese Uneinigkeit die Hoffnung einer zersetzenden Wirkung gebaut worden war, so täuschte dieselbe. Denn bei den Reichstagswahlen im Januar 1874 gingen 10 Sozialdemokraten als Abgeordnete aus der Wahlurne hervor, und auf dem Kongreß zu Gotha vereinigten sich sogar die beiden feindlichen Richtungen zu einem gemeinsamen Programm (23.—26. Mai 1875). In demselben wurde ausgesprochen, daß die Arbeiterklasse die Arbeit vom Monopol der Kapitalistenklasse befreien und „das gesamte Arbeitsprodukt bei allgemeiner Arbeitspflicht nach gleichem Recht, jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen" zu eigen machen müsse, ferner daß „die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit" erstrebe. Zu diesem Behufe verlangte die Partei, „obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, aber sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt", die Herstellung des Staates auf durchweg demokratischer Grundlage, z. B. das allgemeine und direkte Wahlrecht für jeden Staatsangehörigen vom 20. Jahr an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Auf solche unverständige, ja rabiate Forderungen konnte man nicht eingehen, weder die Reichsregierung noch der Reichstag. Was gesetzlich geordnet werden konnte, versuchte man; allerdings einigten sich die Anschauungen der verschiedenen Reichsparteien nur selten, schon deshalb nicht, weil die Interessen auch der Arbeitgeber Berücksichtigung forderten und ihre Vertretung fanden. Im ganzen vermied es aber die Mehrheit im Reichstag, Vorschlägen ihre Zustimmung zu geben, welche der Arbeiterstand als Belästigung hätte empfinden können, wie die Einführung von Arbeitsbüchern u. a. Sogar ein Gesetzesentwurf der Regierung vom Jahre 1874, der den Kontraktbruch (hauptsächlich durch die sich mehrenden Strikes) unter kriminelle Strafe gestellt hätte, scheiterte an der Abneigung der Majorität, welche nur eine Civilklage des Arbeitgebers gegen den Kontraktbrüchigen zulassen wollte. Nicht mehr Gnade fand eine Novelle zum Strafgesetzbuch, wodurch die sozialdemokratische und die ultramontane

Hetzerei in der Presse oder in Reden gegen den Staat und seine Gesetze und Verordnungen, gegen die Institute der Ehe, der Familie und des Eigentums, ferner die Teilnahme an einer geheimen Verbindung u. a. mit Festungshaft bestraft werden sollte. Bei der Beratung dieser Vorlage bewiesen die Reden, welche gehalten wurden, wie weit die Auffassungen über die Entwickelung der Sozialdemokratie auseinandergingen. Während Lasker von der nationalliberalen Partei die Hoffnung aussprach, daß durch die Teilnahme der sozialdemokratischen Abgeordneten an den gesetzgeberischen Arbeiten ihr Sinn gemildert und auf das praktisch Erreichbare gerichtet werde, und er deshalb dem Gesetzesentwurf nicht zustimmte, weil er von demselben eine Gefährdung des Versammlungs- und Vereinsrechtes, der Presse und der öffentlichen Erörterung überhaupt befürchtete, entwarf Minister Graf Eulenburg ein Bild von den grundstürzenden Absichten der Sozialdemokratie, denen der Staat bei Zeiten begegnen müsse, und der Reichskanzler legte eindringlich dar, daß die ganze Bewegung zu leicht genommen und unterschätzt werde, den Gegengründen gegen die Utopien der sozialistischen Lehre müsse ein größeres Gewicht und eine größere Publizität verschafft werden. Die Verbreitung und Besprechung durch die Presse werde „das Gute haben, daß die sozialistischen Gebilde in ihrer Unausführbarkeit und verbrecherischen Thorheit werden erkannt werden". Dennoch wurde das Gesetz abgelehnt. Dagegen kam 1876 ein neues Hülfskassengesetz zustande, auf dem Grundsatze fußend, daß jeder Arbeiter einer Krankenkasse angehören müsse, daß ihm aber die Wahl (in Bezug auf die freien Kassen) einzuräumen sei.

Geändert wurde dadurch am Stand der Sache wenig oder gar nichts. Die Arbeiter standen und blieben zum großen Teil im Banne der sozialdemokratischen Lehren, welche von den Agitatoren in Wort und Schrift unermüdlich ausgestreut wurden. Was man von seiten der Gegner wider sie vorbrachte, übte nicht die gleiche Anziehungskraft aus und wurde von den entschlossenen Vorkämpfern auf jede Weise widersprochen, verhöhnt und als falsch hingestellt. Es ist gar nicht zu leugnen, daß der theoretisierende und kirchenfeindliche Liberalismus der sozialdemokratischen Wucherpflanze den Boden bereitet hatte. Seine Verachtung der Kirche mit ihrem Glauben öffnete der Gottesleugnung Thür und Thor, seine übertriebene Verherrlichung einseitiger Verstandesbildung hatte die gefährlichste Halbbildung in den unteren Volksschichten weit verbreitet. Auf diesem Grunde bauten die Apostel der Sozialdemokratie weiter: Glauben und Kirche, Gott und die Ewigkeit wurden als schreckenerregende Ammenmärchen von ihnen verlacht und bewitzelt. Das Unkraut ging in vielen Herzen rasch auf, besonders der Leichtsinn und die Genuß-

sucht der Jugend jubelte solchen Anschauungen zu. Die Einsichtigen erkannten längst den Zusammenhang und Verlauf der Dinge. Wenn aber noch vor kurzem ihre Mahnungen zur Umkehr fast überall mit Geringschätzung und Achselzucken abgelehnt worden waren, so lehrte jetzt ein Blick in die sozialdemokratischen Zeitungen, wie thöricht dies Verhalten gewesen war. Mit Bangen legten wahre Volksfreunde sich die Frage vor, ob es wohl möglich sei, dem großen Abfall noch jetzt zu begegnen. Jedenfalls fiel der Kirche die Aufgabe zu, zu sammeln und zu suchen, was verloren war. So erwuchs aus der sittlichen und geistlichen Not der christlichen Liebesthätigkeit ein außerordentlicher starker Antrieb zu erneuter Thätigkeit für das Reich Gottes.

4. Kapitel. Frankreich unter den Präsidenten Thiers und Mac Mahon.

1. Thiers. Seine Anleihen und die Zahlung der Kriegsentschädigung. Die Parteien. Aussichten der Monarchie. Die Verfassungsfrage. Die Republik des Herrn Thiers. Der Konflikt. Thiers nimmt seine Entlassung. Mac Mahon wird Präsident. Bazaines Prozeß. Napoleons Tod. Die Restauration des legitimen Königtums und die ultramontanen Hoffnungen. Die Fusion und Graf Chambord. Das Septennat. Der Sturz des Ministeriums Broglie. Das Ministerium Cissey. Wallon. Das Ministerium Buffet. Auflösung der Nationalversammlung.

Die provisorische Regierung in Frankreich hatte eine böse Erbschaft angetreten. Durch das napoleonische Lügensystem war die öffentliche Moral bis in ihre innersten Winkel hinein verdorben und vergiftet worden, und auch die Opposition wählte in ihrem Kampfe gegen dasselbe die gleichen Mittel statt die Wahrheit, die allein frei macht. Phrase hier und Phrase dort, Täuschung und Selbstverblendung, Trug und Schein allerwärts. Darum fehlten die großen und starken Charaktere, deren Frankreich in seinem doppelten Unglück jetzt dringend bedurft hätte. Wie wenig die Helden der Phrase, welche die Leitung der Geschicke des Landes für ihre Aufgabe ansahen, kräftig und männlich zu handeln verstanden, das zeigte sich am lehrreichsten im Kampf der neuen Regierung mit der Kommune, über die sie nur sehr schwer Herr zu werden vermochte. Ein Glück war es noch, daß Thiers von den Ereignissen an die Spitze des Staates gehoben wurde: denn er besaß am meisten Weltkenntnis und Erfahrung, Gewandtheit und Geschäftstüchtigkeit, so daß er unter der Masse dieser Advokaten und Journalisten, welche sich an das Staatsruder gedrängt hatten, der einzige Staatsmann genannt

werden konnte, obschon es auch ihm an Charakter und Gesinnungsstärke gebrach. Er wußte doch, wo und wie die Arbeit anzufangen sei. Die erste und notwendigste Aufgabe der Regierung erblickte er darin, die Kriegsentschädigung möglichst rasch an den Sieger abzutragen und durch die Wiederherstellung einer geordneten Finanzwirtschaft das gesunkene Vertrauen der Nation wieder zu beleben und aufzurichten. Man kann nicht umhin zuzugestehen, daß er diese Aufgabe mit außerordentlicher Klugheit gelöst hat, ja daß die unerwarteten Erfolge seiner finanziellen Operationen alle Welt in Staunen versetzten.

Die Verpflichtungen, denen die Regierung nachzukommen hatte, waren fast ungeheure. Zu den 5 Milliarden Kriegsentschädigung an die Deutschen kamen noch 3 Milliarden, welche der Staat den Gemeinden schuldete, und andere 3 Milliarden, die der Krieg schon verschlungen hatte. Thiers nahm sich vor, an den französischen Patriotismus zunächst mit einer Anleihe von $2^1/_2$ Milliarden zu appellieren, der Erfolg übertraf alle Erwartungen. Die Anleihe wurde zu 5 % mit einem Kurse von $82^1/_2$ aufgelegt und an einem Tage (27. Juni 1871) doppelt überzeichnet. Man sah, daß Frankreich eine wohlhabende Nation trotz des großen hereingebrochenen Unglückes noch war und im gerechten Stolz über seinen Erfolg durfte Thiers triumphieren: „Solche Hülfsquellen beweisen, daß Frankreich immer eine große Nation bleibt“. Mittels seiner Zahlung, die er Deutschland nun leisten konnte, bewirkte er, daß im September die deutschen Truppen aus den Forts von Paris und den der Hauptstadt zunächst gelegenen vier Departements zurückgezogen wurden. Schon im März des folgenden Jahres hatte er volle zwei Milliarden zurückbezahlt und dadurch neue Räumungszugeständnisse erreicht. Mit dem Erfolg wuchs der Mut. Thiers legte am 28. Juli 1872 eine neue Anleihe von drei Milliarden auf (zu 5 % im Kurse von $84^1/_2$) und sie wurde vierzehnfach überzeichnet. Diese glänzenden Operationen setzten Thiers in Stand, bis zum 5. September 1873 die ganze Schuld an Deutschland abzutragen und so schon vor dem ursprünglich festgesetzten Termin (2. März 1874) Frankreich von den deutschen Besatzungstruppen zu befreien. Unleugbar erwarb er sich damit ein großes Verdienst um sein Vaterland und es müßte wunder nehmen, daß er dadurch nicht seine Stellung äußerst gefestigt hätte, wüßte man nicht, wie heftig die Parteien sich auch jetzt bekämpften und miteinander um die endgültige Regierungsform wütend und erbittert haderten.

Zweifellos war die Mehrheit der Abgeordneten nicht republikanisch gesinnt, aber es herrschte unter diesen keine Einigkeit. Von den Bonapartisten war gar nicht zu reden, denn gegen einen Versuch, das

napoleonische Regime zu erneuern, hätte sich zornig das ganze Land erhoben; aber auch die Anhänger der königlichen Monarchie verminderten ihr Gewicht durch ihre Uneinigkeit und mehr noch durch den unnachgiebigen Sinn des Kronprätendenten, des Grafen von Chambord, dem wenigstens ein Teil der Orleanisten als König Heinrich V. seine Stimme geben wollte unter der Bedingung, daß er die Nachfolge des Grafen von Paris und die Trikolore als Farbe Frankreichs anerkenne. Allein der Graf Chambord wollte von Zugeständnissen und Kompromissen, hartköpfig wie er war, nichts wissen: am allerwenigsten aber davon, daß das alte bourbonische Lilienbanner geopfert werde. Denn „Ein Opfer kann ich nicht bringen, das meiner Ehre . . . Ich kann nicht davon abstehen, das Banner Heinrichs IV., Franz I. und der Jungfrau von Orleans hochzuhalten. Unter diesem Banner ist die nationale Einheit hergestellt worden . . . Dieses Banner wird auch die neue Barbarei besiegen, von der die Welt bedroht ist . . . Heinrich V. kann das weiße Banner Heinrichs IV. nicht verlassen“, rief er den Franzosen in einer Ansprache vom 5. Juli 1871 zu. Mit dieser allerdings ehrlichen Erklärung schnitt er sich selbst jede Aussicht auf die Krone ab, denn von seiner Fahne wollte das moderne Frankreich nichts wissen, sie galt als das Symbol der Reaktion, als der Inbegriff alles dessen, was die Revolution abgeschafft hatte. Diese Auffassung wurde in den Augen der Gegner dadurch bestätigt, daß die legitimistische Partei in der Nationalversammlung den Antrag stellte, Frankreich solle die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes, wenn nötig, mit den Waffen erzwingen. Es kam zu stürmischen Auftritten bei der Debatte über diese Frage und der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Jules Favre, nahm zornig seine Entlassung. Dadurch und durch andere Vorfälle spitzten sich die Gegensätze immer mehr zu.

Während die Linke immer wieder behauptete, daß diese Nationalversammlung mit dem Friedensschlusse ihr Mandat erfüllt habe, sprach es die Rechte bei jeder Gelegenheit aus, daß es für sie eine französische Republik nicht gebe. Thiers hatte einen schweren Stand; aber das Glück war ihm günstig insofern, als niemand in Abrede stellen konnte, daß er allein „der Mann der Lage“ sei, und aus diesem Grunde geschah es, daß er eigentlich gegen den Willen der sich bekämpfenden Parteien in den letzten Tagen des Monats August 1871 zum „Präsidenten der französischen Republik“ ernannt wurde, ohne daß die Verfassungsfrage selbst irgendwie geordnet war. Man hat daher ganz treffend diese Art von Regierungsform die „Republik des Herrn Thiers“ genannt. Das Land, welches Friede und Ruhe verlangte und durch Thiers auch

erhielt, begnügte sich selbst mit dieser recht unvollkommenen staatlichen Form.

Aber es liegt auf der Hand, daß dieser Zustand nicht von langer Dauer sein konnte. Man wußte nicht, wo und wie. Thiers selbst sah sich gezwungen, bei den verschiedenen notwendigen Vorlagen bald mit dieser, bald mit jener Partei zu verhandeln und, um die widerstrebenden Elemente zusammenzuhalten, in die Regierung Parteimänner der verschiedensten Richtung zu berufen. Wie also keine feste Majorität in der Nationalversammlung hinter ihm stand, so schillerten auch seine Ministerien in allen Farben, weil er selbst bestrebt war, die „konservative Republik" zusammenzuzimmern durch Schaffung einer großen Mittelpartei aus den gemäßigten Elementen der monarchischen und republikanischen Partei. Dieser Gedanke hatte in der Ausführung große Schwierigkeiten zu bestehen. Zwar kamen die Orleanisten demselben dadurch entgegen, daß sie jedes Prätendententum in Abrede stellten und Thiers erstattete ihnen dadurch seinen Dank, daß er die Aufhebung der Verbannungsgesetze gegen die königlichen Familien durchsetzte — nur mußten die zu Abgeordneten gewählten Prinzen Aumale und Joinville versprechen, ihre Mandate nicht auszuüben —, aber der linken gemäßigten Seite fehlte es an einem klaren einheitlichen Ziel; viele Mitglieder derselben hätten unter Umständen sich auch mit der Monarchie zufrieden gegeben. Trotzdem hegte Thiers die feste Überzeugung, daß die Republik den einzigen Ausweg aus allen Wirrsalen gewähre und steuerte, so gut er konnte, im ganzen aber von keiner Seite entschieden unterstützt, auf dieses Ziel los.

Im November 1872 stellte er nun in einer Botschaft diese Forderung offen vor die Kammer hin und rief dadurch den lautesten Widerspruch der Rechten hervor, welche vor allem verlangte, daß der Präsident selbst mehr zurücktreten und sein Ministerium die Geschäfte unter eigener Verantwortlichkeit führen lassen solle: es war, als ob man die Persönlichkeit Thiers gefürchtet hätte, dessen Gewandtheit und Thatkraft allerdings keiner von den Abgeordneten gewachsen war. Mit diesem Schachzug wurde die Hauptfrage, welche Thiers gestellt hatte, auf die Seite gerückt. Obwohl derselbe dies mit Mißbehagen bemerkte, so gab er die Sache doch nicht auf, sondern suchte sie durch Unterhandlungen und Zugeständnisse zu retten. In der That leistete die Nationalversammlung das freilich recht weitsichtige Versprechen, nicht auseinanderzugehen, bevor sie ein Verfassungsgesetz gegeben habe. Indessen was hatte dieses Gelöbnis bei dem Umstande zu bedeuten, daß der Nationalversammlung allein das Recht zustand, ihre Auflösung auszusprechen?

Durch einen an sich unbedeutenden Vorfall sollte eine unvermutete Entscheidung herbeigeführt werden. Von klerikal gesinnten Bürgern der Stadt Lyon, wo die Radikalen das Heft in den Händen hatten, wurde gegen den Gemeinderat und die Gemeindeverfassung Verwahrung bei der Nationalversammlung eingelegt. In der Debatte darüber kam es nun zu solch heftigen Auftritten, daß der Präsident der Nationalversammlung, Grevy, der unentwegt zu Thiers hielt, sein Amt niederlegte. Buffet, Mitglied der Rechten, wurde jetzt auf den Präsidentenstuhl erhoben und die Hoffnung der Monarchisten stieg. Die Pariser Bevölkerung aber wählte bei einer Neuwahl einen Radikalen, und Thiers nahm statt aus dem rechten Centrum ein Ministerium aus dem linken. Der Entscheidungskampf mußte nun erfolgen. In geschlossener Einheit liefen die Monarchisten, denen sich noch einige Überläufer aus dem linken Centrum zugesellten, gegen Thiers im Mai 1873 Sturm. Als dieser sein Verfassungsprojekt wieder vorlegen ließ, lehnte es die Mehrheit ab, dasselbe nur anzuhören, und brachte eine Interpellation über die Zusammensetzung des neuen Ministeriums ein. Thiers selbst verteidigte seine Wahl, konnte jedoch nicht verhindern, daß ihm ein Mißtrauensvotum von einer Mehrheit mit 16 Stimmen erteilt wurde. Daraufhin gab Thiers mit seinem Ministerium seine Entlassung, welche von seinen Gegnern mit Jubel angenommen wurde. Der Herzog Broglie, welcher den ganzen Feldzug gegen Thiers geleitet hatte, hatte auch schon einen Präsidenten in Bereitschaft. Noch in der Nacht des 24. Mai, an welchem Thiers abtrat, wurde ein neuer Präsident gewählt in der Person des Marschalls Mac Mahon.

Thiers konnte mit dem guten Bewußtsein zurücktreten, sich unbestreitbare Verdienste um sein Vaterland erworben zu haben. So gut als es ging, hatte er dasselbe wieder aufgerichtet und dem französischen Namen auch dem Auslande gegenüber wieder Achtung zu verschaffen sich bestrebt. Wenn manche dunkle Flecken noch vorhanden waren, so darf die Schuld dafür nicht ihm in die Schuhe geschoben werden. Es ist bezeichnend für den französischen Charakter, daß das große Unglück die Leidenschaften nicht mäßigte, sondern steigerte. Welch ein betrübendes Schauspiel bot die französische Nation der Welt, indem Regierung und Kommune vor den Augen des Siegers einen blutigen Krieg führten, der alle Greuel eines Bürgerkrieges aufwies! Wie beschämend war es für ein gesittetes Volk, daß die Deutschenhetze auch nach dem Friedensschlusse nicht nur nicht aufhörte, sondern sogar zunahm und daß diese widerlichen und sinnlosen Ausbrüche der Volksleidenschaft nur wegen der Großmut der deutschen Regierung keine schlimmen Folgen nach sich zogen!

Indem sie hochherzig die Augen zudrückte, stützte sie Thiers' Regierung mehr, als es irgend eine französische Partei that. Mehr als einmal mußte es der greise Staatsmann erleben, daß der Haß und Widerstreit der Parteien seine Pläne durchkreuzte und ihn zwang, mit der Niederlegung seines Amtes zu drohen. Als er die allgemeine Wehrpflicht in einer ziemlich abgeschwächten Form einführen wollte, bewies die Nation, daß sie nicht gesonnen sei, die damit verbundenen schweren Opfer freudig zu bringen. Als er daran dachte, die allgemeine Schulpflicht durch eine Gesetzesvorlage zu verlangen, da erhob sich gegen diese Forderung alles, was ultramontan hieß. Auch seine schutzzöllnerischen Neigungen wurden lebhaft bekämpft. Es gehörte viel guter Wille dazu, unter solchen Umständen auszuharren. Thiers brachte dieses Opfer, bis er sah, daß er der Wut der monarchischen Partei notwendig weichen müsse. Ob der Besiegte von Wörth und Sedan der Mann war, Thiers zu ersetzen und das Steuerruder auf stürmisch bewegter See mit Geschick zu führen, mußte die Zukunft lehren. Es war ein eigentümlicher Zufall, daß, während Mac Mahon zum Oberhaupt der Nation erwählt wurde, sein Schicksals- und Standesgenosse, der Besiegte von Metz, Marschall Bazaine, wegen „Verrates“ in Untersuchung genommen und prozessiert wurde. Der französische Hochmut wollte es nicht glauben oder zugeben, daß die deutsche Tapferkeit und Tüchtigkeit über französische Prahlerei und Leichtfertigkeit hatte notwendig siegen müssen; ohne Selbsterkenntnis, wie die Nation auch nach den furchtbaren Schlägen blieb, ging sie nicht in sich, sondern man suchte nach einem Sündenbock, der alle Schuld an dem erlittenen Unheil habe, und die leidenschaftlich erregte öffentliche Meinung bezeichnete bald den Marschall Bazaine als solchen so laut, daß die Regierung schwach genug war, einen Prozeß sich aufhalsen zu lassen, welcher die Achtung vor dem französischen Volke schwer schädigen mußte. Nach langen Verhandlungen, bei denen der Herzog von Aumale den Vorsitz führte, wurde Marschall Bazaine am 10. Dezember 1873 von dem Kriegsgericht zum Tod und zur Absetzung verurteilt, indessen der Gnade seines ehemaligen Kameraden empfohlen. Mac Mahon verwandelte denn auch die Todesstrafe in eine zwanzigjährige Festungshaft, welche er auf der Insel St. Marguerite, Cannes gegenüber, bestehen sollte, seine Familie durfte sein Geschick teilen. Seine Gemahlin, eine reiche Mexikanerin, brachte es dann zu wege, gemeinsam mit ihrem Bruder ihrem Gatten zur Flucht zu verhelfen. Im August 1874 entkam er auf einem genuesischen Schiff und begab sich nach Spanien.

Sein ehemaliger Herr, der Kaiser Napoleon III., war unterdessen am 9. Januar 1873 zu Chiselhurst in England infolge einer Operation

gestorben. Sein Tod machte auf die Nation, die er 18 Jahre lang nach seinem Willen gelenkt hatte, keinen Eindruck. Vorerst war die napoleonische Familie aus Frankreich verbannt. Aber es muß doch angemerkt werden, daß die bonapartistische Partei damals schon wieder 30 Abgeordnetensitze innehatte und daß die Monarchisten nur mit ihrer Hülfe den Sturz Thiers' hatten herbeiführen können. Kein Wunder, daß die alten Imperialisten trotz der herrschenden Ungunst der Zeit für ihre Sache und Dynastie wieder Hoffnung zu fassen begannen. Vielleicht stellte sich das Glück wieder auf Umwegen ein. Alles, was die Republik haßte, vereinigte sich vorerst, wie es den Anschein nahm, zur Wiederherstellung des legitimen Königtums. Die Zeit war günstig, und der neue Präsident sollte dazu die Hand bieten.

Dieser, ein Mann von beschränktem Geist und von keiner ausgesprochenen politischen Gesinnung, konnte als eine Drahtpuppe in den Händen des geriebenen Meisters in der Verstellungskunst, des Herzogs v. Broglie, um so mehr angesehen werden, als die Gattin des Präsidenten eine ebenso ausgesprochene als thätige Parteigängerin des Ultramontanismus war. Mit ihr im Bunde hoffte die ultramontane Partei den Präsidenten zu ihrem gefügigen Werkzeuge zu machen und ihre großen Pläne durchzusetzen: es sollte nicht bloß der republikanischen Staatsform der Garaus gemacht und das Königtum hergestellt, sondern die katholische Kirche samt ihrem Oberhaupt zu neuer Macht und Herrlichkeit emporgehoben werden. Mit allen Mitteln äußerer Frömmigkeit, mit Wallfahrten und Bittgängen, mit Wunderthaten und Kirchenbauten wurde der Feldzug in Scene gesetzt. Zunächst sollte die Kirche in Frankreich die unbeschränkte Herrschaft wiedergewinnen und als die Retterin aus aller Not und als die Wiederbringerin der verlorenen Provinzen und des verlorenen Ruhmes gefeiert werden, während zu gleicher Zeit in Deutschland der Staat die Kirche verfolgte. Gelang das Vorspiel, so konnte es nicht fehlen, daß mit der Zeit die Gesinnungsgenossen aller europäischen Staaten und besonders Deutschlands sich dem wiedergeborenen Frankreich zuwenden und in ihm den Hort und Schutz ihres Ideals erblicken würden. Mit der Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes, mit der verdienten Züchtigung des abtrünnigen Italiens flocht sich dann zu einem Hoffnungskranze die Erschütterung, wenn nicht die Vernichtung des verhaßten deutschen Reiches und seines evangelischen Kaisertums zusammen. Bis diese überschwenglichen Träume sich verwirklichen ließen, hatte es allerdings noch gute Wege. Zunächst mußte vor der erhofften Wiederherstellung des Königtums eine Vorfrage erledigt

werden, ob die beiden bourbonischen Linien sich zu gemeinsamer That vereinigen würden.

Und es wiesen viele Anzeichen darauf hin. Der Graf von Paris stattete am 5. August 1873 dem Haupte der Legitimisten, dem Grafen Chambord, einen Besuch in seiner Residenz Frohsdorf bei Wien ab, und nach den ersten Nachrichten über die stattgehabten Besprechungen schien eine Übereinstimmung, Fusion hieß man es, über alle wichtigen Fragen erzielt worden zu sein. Allein es stellte sich bald heraus, indem man wiederholt in Frohsdorf durch Abgeordnete anfragen ließ, daß diese Einigung wohl von beiden Seiten gewünscht, aber noch keineswegs hergestellt sei. Bei dem ganzen Wesen des Grafen von Chambord mußte man, wenn man sich nicht optimistischen Meinungen hingab, sich auf Schwierigkeiten und Widerspruch gefaßt machen. Da legte sich die monarchistische Partei, die sogenannten Fusionisten, selbst ins Mittel, indem sie eine Parteiversammlung beriefen, welche ein gemeinsames, auch den zukünftigen König verpflichtendes Programm festsetzte (22. Okt. 1873). Darnach sollte Heinrich V. auf den Thron berufen und die konstitutionelle Erbmonarchie (mit dem Successionsrecht der Orleans) hergestellt werden. Ferner wurden garantiert die bürgerliche und religiöse Freiheit, die Gleichheit vor dem Gesetze, das Steuerbewilligungsrecht der Volksvertretung, die Freiheit der Presse u. a. Nach dem letzten Artikel des Programms „wird die dreifarbige Fahne beibehalten; es wird daran nichts geändert werden dürfen ohne die Übereinstimmung des Königs und der Nationalvertretung“. Zunächst wollte man nun für dieses Programm, das die beiden Parteien der Rechten angenommen hatten, das linke Centrum in der Kammer ganz oder teilweise gewinnen. Allein schon dieser Versuch mißlang vollständig. Noch peinlicher aber gestaltete sich für die Fusionisten mit all ihren Plänen, Wünschen und Hoffnungen die Lage, als der Graf Chambord, der mit seiner Gattin bereits auf dem Wege nach Paris war, in einem Brief vom 27. Oktober seinen jeden Kompromiß ablehnenden Standpunkt offen und ehrlich darlegte. Er könne, so schrieb er, nicht darein willigen, daß er legitimer König der Revolution werde. Von seinen früheren Erklärungen dürfe er nichts zurücknehmen. Seine Ehre verbiete es ihm, die weiße, die glorreiche Fahne von Ivry zu verleugnen und auf Bürgschaften und Bedingungen einzugehen. „Ich will ganz und gar derselbe bleiben.“ So nahe am Ziele ihrer Wünsche mußte die monarchistische Partei auf diesen Brief hin selbst öffentlich erklären, daß es ihr nicht gelungen sei, „sich auf der Grundlage repräsentativer Staatseinrichtungen mit dem Oberhaupte des Hauses Bourbon in Übereinstimmung zu bringen“. Der

Plan der Wiederherstellung des Königtums war somit gescheitert. Überrascht hörte man in ganz Europa von dieser unerwarteten Wendung der Dinge. Wie die Sache lag, hatte man allgemein geglaubt, daß das Königtum wie nach Napoleons I. Sturz jetzt zum zweiten Mal seinen Einzug in Frankreich halten werde.

Mit einem Schlage änderte sich dadurch die ganze Lage: die Mehrheit vom 24. Mai 1873 war gesprengt. Selbstverständlich mußte auch die „Fusion" in die Brüche gehen, denn die Orleanisten konnten es den Legitimisten nicht verzeihen, daß ihnen der harte Sinn ihres Oberhauptes einen solchen Streich gespielt hatte. Zwischen beiden Richtungen trat eine sich bald steigernde Spannung und Entfremdung ein, welche die Aussicht der monarchischen Sache bedeutend herabdrückte. Um so notwendiger erschien es jetzt für den Bestand des Staates in der Weise etwas zu thun, daß wenigstens die Amtsgewalt des Präsidenten gesichert würde. Broglie, der in allen Sätteln gerechte Minister, steuerte auf dies Ziel deshalb mit unentwegter Ausdauer zu, weil er dabei den Hintergedanken hegte, auf dem Umwege eines orleanistischen Präsidenten, der dem Marschall Mac Mahon folgen könnte, die Monarchie zurückzuführen. Sei es daß die Legitimisten den Plan nicht durchschauten, oder daß sie darin das kleinere Übel erblickten, genug, sie leisteten mit den Bonapartisten, welche vorerst einer abwartenden Politik huldigten, dem schlauen Broglie Heeresfolge, so daß nach vielen Kämpfen und Schwankungen am 19. Nov. (1873) die Amtsgewalt des Präsidenten auf 7 Jahre erstreckt wurde: das sogenannte Septennat Mac Mahons, bei dem sich übrigens jede der Majoritätsparteien etwas anderes dachte.

Das wurde bald in der gegen Broglie, sein Ministerium und die Gesetzesvorlagen desselben hervortretenden Feindschaft recht deutlich. Broglie wollte allmählich die Verfassungsgesetze einbringen. Aber schon mit seinem Wahlgesetz hatte er Unglück, indem bei der Beratung die Absicht von Rechts und Links immer klarer wurde, ihn zu stürzen. Mehrere Male war er dieser Gefahr schon dadurch entgangen, daß er trotzig mit seiner Entlassung gedroht hatte. Aber es war doch fraglich, ob dieses Hausmittel nicht einmal seine Wirkung versagen werde. Die Stimmung war gegenwärtig schon sehr gereizt gegen ihn und sie nahm an Leidenschaftlichkeit noch zu, als er am 15. Mai 1874 einen Gesetzesentwurf über die Bildung einer ersten Kammer (grand conseil) einbrachte, deren Präsident, falls Mac Mahon mit Tod abginge oder seine Entlassung gäbe, „alle dem Staatsoberhaupte zustehenden Rechte" bis auf weiteres ausüben sollte. Schweigend vernahm die Kammer die Vorlage, welche die Abgeordneten allgemein so auffaßten, daß der Minister den Herzog

von Aumale zum Präsidenten des „großen Rates“ ernennen wolle, um ihn dann zum Präsidenten der Republik zu machen. Dann sei die Herstellung der Monarchie nur eine Frage der Zeit. Dazu wollte aber weder die Linke noch die legitimistische Partei die Hand bieten, wovon sich der Minister bereits bei der Abstimmung über eine Formfrage überzeugen konnte, so daß er jetzt Ernst machte und mit seinem ganzen Ministerium die Entlassung wirklich nahm. Nicht ohne Grund jubelte Thiers, daß das Land die Herstellung der Monarchie nicht wolle, sondern die „konservative Republik“, welche alle Parteien in eine einzige, die große Partei „der guten Bürger“, vereinigt. Diese eine große Partei bildete sich zwar niemals, aber ohne Zweifel ging unter dem Eindrucke der letzten Erlebnisse die Stimmung für die monarchischen Parteien zurück, während zumal die Bonapartisten im Preise stiegen. Gehörten doch von dem neuen Ministerium des Generals Cissey drei Mitglieder fast ausgesprochenerweise zur bonapartistischen Partei. Rouher, der „Vicekaiser“ von ehedem, glaubte schon die Stunde nahe, wo der Napoleonismus seine Rückkehr nach Frankreich unter dem Jubel der Bevölkerung feiern werde, und veranstaltete deshalb Anfang 1874 ein großes Huldigungsfest, als der kaiserliche Prinz, allerdings vorerst noch in der Verbannung, die Volljährigkeit erreichte. Gegen 6000 Franzosen waren über den Kanal gezogen, um daran teilzunehmen. Stellten sich auch die herrschenden Parteien in Paris so, als ob sie von diesem Festgepränge keine Notiz zu nehmen brauchten, so graute ihnen in Wahrheit doch vor der Möglichkeit der Wiederherstellung des Kaisertums. Man erkannte, daß es Eile habe aus dem gefährlichen Provisorium herauszukommen und die Republik wenigstens unter Dach zu bringen. Aber durch nichts wurde die Zerfahrenheit der Parteien und die Verworrenheit der Verhältnisse in ein deutlicheres Licht gesetzt, als durch die mißlungenen Versuche, welche in dieser Richtung angestellt wurden. Gerade die Mittelparteien hatten am wenigsten ein festes Ziel im Auge, sie selbst wurden am meisten von dem wechselnden Ausfalle ihrer Abstimmungen überrascht; wie Treibeis verschoben sich über Nacht ihre einzelnen Gruppen. In der That, man mußte Frankreich bedauern, dessen Mangel nicht bloß an politischen Charakteren, sondern auch an regierungsfähigen Männern sich immer fühlbarer machte. In ihrer Ratlosigkeit vertagte sich bald nach dem Sturze des Ministeriums Broglie die Kammer auf volle vier Monate, um bei ihrem Zusammentritt im November (1874) nur die einzige Entdeckung zu machen, daß man immer noch auf dem alten Fleck stehe. Es möchten sich doch, ermahnte daher Mac Mahon die Nationalversammlung, „alle Männer von gutem Willen“ ohne Unterschied zusammen-

scharen, um den Gang der Regierung zu sichern und die regelmäßige Wirksamkeit der öffentlichen Gewalten zu garantieren, d. h. er verlangte endlich einmal die Verfassungsfrage zu ordnen, welche nun schon seit fast zwei Jahren in der Kammer und in Ausschüssen hin- und hergezerrt wurde, ohne daß man zu einem Resultat gelangte.

Da brachte endlich ein Zufall einen wesentlichen Fortschritt. Unter der Führung des Abgeordneten Wallon löste sich von dem rechten Centrum ein kleiner Bruchteil ab und ging zu den Republikanern über, bei denen durch die Einlenkung Gambettas jetzt auch mehr Einigkeit herrschte. So wurde denn mit der Mehrheit einer einzigen Stimme auf Wallons Antrag beschlossen, daß der „Präsident der Republik" auf sieben Jahre ernannt sei und hernach wieder gewählt werden könne. Darin lag eine Anerkennung der republikanischen Verfassung im allgemeinen und so unbestimmt diese Erklärung an sich auch sein und so wenig sie allen genügen mochte, so wurde sie doch zum Ausgangspunkte neuer Beschlüsse, für die sich eine mehr und mehr zunehmende Mehrheit bildete. Deshalb wurde denn auch nach manchem Kampfe das Senatsgesetz glücklich durch ein Kompromiß in Sicherheit gebracht, wornach der Senat aus 300 zum geringeren Teil (75) von der Nationalversammlung, zum größeren (225) von den Generalräten zu wählenden Mitgliedern zu bestehen habe. Das Ministerium Cissey fiel und der bisherige Präsident der Nationalversammlung Buffet trat an die Spitze des neuen, aus gemäßigten Männern zusammengesetzten Ministeriums. Nachdem die Kammer im Laufe des Jahres 1875 noch verschiedene Gesetze: ein Unterrichtsgesetz (mit Unterrichtsfreiheit), ein Gesetz über die Rechte der Kammern und des Präsidenten, ein neues Wahlgesetz (Einzelwahl, nicht Listenwahl) vollendet hatte und die Senatswahlen vollzogen waren, löste sich die Nationalversammlung am 31. Dez. 1875 auf. Seit dem Kriege war sie am Ruder gewesen. Nur notdürftig hatte sie den Staat wieder aufgerichtet und unter vielem Lärm und Mißhelligkeiten aller Art die Verhältnisse leidlich geordnet. Die Leidenschaften zu besänftigen war ihr wenig gelungen: die eine Leidenschaft aber, den Rachegedanken, hatten alle Parteien fast ausnahmslos geschürt.

Die Langmut Deutschlands ertrug mit Ruhe dies wüste Geschrei und ließ sich auch durch so manche andere Rohheit, welche diese Gesinnung zeitigte, nicht stören. Aber wenn es die Not gebot, so verfehlte der deutsche Reichskanzler nicht, durch einen kalten Wasserstrahl in der Presse oder sonst auf eine Weise die erhitzten Gemüter abzukühlen. Die Vermehrung der französischen Streitkräfte ließ er ruhig geschehen; aber als Frankreich überall Pferde ankaufte und dadurch die Furcht erregte,

als ob Krieg in Sicht sei, da verbot er die Pferdeausfuhr aus Deutschland und erklärte vor aller Welt, daß Deutschland an keinen Krieg denke, aber für alle Fälle hinlänglich gerüstet sei.

2. Die Wahlen und die Niederlage Buffets. Mac Mahon. Das Ministerium Dufaure und Jules Simon. Die ultramontane Agitation für den Papst. Ministerium Broglie. Die Kammerauflösung. Das Ministerium Dufaure und der Ausfall der Senatswahlen. Mac Mahons Abdankung. Grevys Wahl zum Präsidenten der Republik.

Mac Mahon war im Herzen gut monarchistisch gesinnt, aber diese Gesinnung öffentlich und unmittelbar einzugestehen, durfte er schon aus dem Grunde nicht wagen, als die sogenannten monarchischen Parteien, die altköniglichen und die bonapartistisch-kaiserliche, zu einander paßten wie Wasser und Feuer. Beim rechten Lichte betrachtet, wollte doch die Mehrheit des französischen Volkes von keiner derselben etwas wissen: sie hatten beide schlimm genug gehaust: eine „konservative" Republik nach Thiers' Ausspruch erschien als die lebensfähigste Verfassungsform, welche noch am ehesten die so notwendige Ruhe dem Lande zu verschaffen geeignet sei. Im Jahre 1876 standen die Wahlen bevor; Buffet wandte alle Mittel, die ihm sein Amt darbot, dazu an, die Wahl republikanischer Abgeordneter zu verhindern. Allein er erlitt eine schwere Niederlage, indem die Mehrzahl der gewählten Abgeordneten Republikaner, allerdings verschiedener Schattierung, waren und sich noch dazu zu einem Ganzen, dem sogenannten linken Centrum, zusammenschlossen. Was dieses Centrum, in welchem Gambetta alsbald einen starken Einfluß gewann, wollte, sprach es unverhohlen aus; es sollten vor allem die antirepublikanisch gesinnten, sehr zahlreichen Beamten aus ihren Stellungen entfernt und das katholische Unterrichtsgesetz wieder aufgehoben werden. Buffet erkannte die Unmöglichkeit sich zu halten und nahm seine Entlassung. Aber auch Mac Mahon war in eine Sackgasse geraten, aus der herauszukommen er sich mehrere Jahre lang alle erdenkliche, aber vergebliche Mühe gab. Die ganze Zeit seiner Amtsführung — bis 1879 — ist angefüllt mit den eiteln Versuchen bei den Ministerwechseln, zu denen er sich gezwungen sah, möglichst die republikanischen Elemente hintanzuhalten. Wie die Dinge nun aber lagen, war dies nicht auszuführen. Hätte Mac Mahon staatsmännische Einsicht im hinlänglichen Maße besessen, so würde er sich die vergebliche Liebesmühe, gegen den Strom zu schwimmen, und dem Land ein unausgesetztes Kommen und Gehen neuer Minister erspart haben. Das Ministerium Dufaure, welches zunächst ans Ruder kam, konnte jenes republikanische Programm noch nicht so rasch, als es wünschte,

verwirklichen, weil im Senat die antirepublikanischen Mitglieder die Mehrheit besaßen. Naturgemäß gestaltete sich zunächst das Verhältnis beider Kammern sehr unerquicklich: was auch auf der Tagesordnung stehen mochte, sei es die Unterrichtsfrage oder die Amnestiefrage oder das Kultusbudget, überall setzte es heftigen Widerspruch, und die Geister platzten in leidenschaftlicher Weise auseinander. Nun suchte Mac Mahon durch partielle Ministerwechsel zu helfen, so durch den Eintritt von Jules Simon an Dufaures Stelle, welch ersterer aber Gambetta und seinem Anhang kaum genehmer war als den monarchistisch gesinnten Senatoren. Geflissentlich warfen gerade jetzt die Ultramontanen einen neuen Zankapfel in die ohnehin genug verworrenen Verhältnisse herein, indem sie in aller Form von der Regierung verlangten, sie solle dem äußerst bedrängten Papst gegen die italienische Vergewaltigung beispringen. Von der Geistlichkeit wurde, um einen Druck auf die „Regierung auszuüben", die ihr ergebene, äußerst zahlreiche Landbevölkerung mit allen Mitteln aufgeregt. Dieses Treiben führte wiederum zu stürmischen Auftritten in der Kammer: Jules Simon geriet hierbei zwischen zwei Feuer und machtlos, wie er gegen die Angriffe von links und rechts dastand, mußte er das Feld räumen. Daß in dieser Lage Mac Mahon abermals zu einem Ministerium Broglie zurückgriff, vorgeblich weil es sowohl Dufaure als Jules Simon nicht gelungen sei, die Mehrheit der Kammer zu gewinnen, lieferte einen unwiderleglichen Beweis von der Unfähigkeit des Präsidenten, nicht minder die sofortige Vertagung der Kammer. Wenn Broglie die ihm dadurch gewährte Zeit fleißig dazu benutzte, möglichst die Republikaner aus den Staatsämtern zu entfernen, so verschlimmerte er dadurch nur die Lage und steigerte die Erbitterung. Als die Kammer wieder zusammentrat, schleuderte ihre Mehrheit dem Ministerium den Vorwurf ins Gesicht, daß es „eine Gefahr für die Ordnung und den Frieden" sei. Dennoch wollte Mac Mahon nicht nachgeben und löste wieder die Kammer auf (Juni 1877). Während der nun folgenden Wahlbewegung starb Thiers, der noch auf dem Totenbette die Republik für die gegenwärtig einzig richtige Staatsform Frankreichs erklärt hatte, am 3. Sept. (1877) und Gambetta gab, zum Präsidenten selbst emporgreifend, die denselben persönlich anpackende Wahlparole aus, daß er sich entweder dem Volkswillen beugen oder abdanken müsse (se soumettre ou se démettre). Das Wahlergebnis vermehrte die monarchischen Parteien, insbesondere die bonapartistische, ohne daß die Republikaner die Mehrheit verloren. Mac Mahon entließ angesichts dessen das Ministerium Broglie und wollte es mit einem Fachministerium versuchen. Aber da die Kammer darauf nicht mehr einging,

fügte sich Mac Mahon und berief abermals ein Ministerium Dufaure, das eine unerwartet bedeutende Stütze dadurch erhielt, daß bei den Ergänzungswahlen für den Senat fast ausschließlich Republikaner gewählt wurden. Diese Wendung der Dinge hatte der kurzsichtige Mac Mahon nicht geahnt. Nun besaßen die Republikaner in beiden Körperschaften der Volksvertretung die Mehrheit. Obwohl das nicht nach seinem Sinne war, so wollte er doch nicht von seinem Präsidentenstuhl herabsteigen; aller trüben Erfahrungen ungeachtet, erschien ihm das Regieren so süß. Erst als er gelegentlich der Beamtenpurifikation im republikanischen Sinne abermals zögerte und Bedenken zeigte, und Dufaure mit allen seinen Amtsgenossen mit Amtsniederlegung drohte, da schickte er sich am 30. Januar 1879 in das Unvermeidliche und legte seine Stelle als Präsident der Republik nieder, sich mit dem Gedanken tröstend, „während der 53 Jahre, die ich dem Dienste des Landes als Soldat oder Bürger gewidmet habe, stets von den Gefühlen der Ehre und Pflicht und der unbedingten Hingebung an das Vaterland geleitet gewesen zu sein“. Es lag keine Nötigung vor, diesem Ruhme zu widersprechen; aber auf die Frage, ob der Marschall Kraft und Fähigkeit besaß, an der Spitze eines so großen Staates zu stehen, der eben eine furchtbare Katastrophe erlebt hatte und zur Ordnung seiner tief erschütterten und äußerst verwirrten Verhältnisse einer starken Hand bedurfte, muß man unbedingt mit Nein antworten. Sein Rücktritt wurde von wenigen bedauert; er hatte sich in keinem der großen Parteilager einen Dank verdient. Mit großer Mehrheit wurde nun der alte Parlamentarier Jules Grevy zum Präsidenten der französischen Republik gewählt. Auch er mußte sich erst die Sporen eines Staatsmannes verdienen; bisher war er meist nur in der Opposition zumal gegen die Regierung Napoleons gestanden.

5. Kapitel. Die Kurie und das geeinigte Italien.

Die Einnahme von Rom. Die Garantiegesetze und der Papst. Der Gefangene im Vatikan. Das Klostergesetz. Die Parteien im Parlament und das Ministerium Minghetti. Depretis und Nicotera. Crispis Eintritt ins Ministerium. Der Tod Viktor Emanuels und des Papstes Pius IX.

War die italienische Nation von Napoleon gezwungen worden, gleichsam vor den Thoren der ewigen Stadt Halt zu machen, so wandte sich unverhofft das Blatt, als die französischen Niederlagen durch die deutschen Waffen (1870) es notwendig machten, alle verfügbaren Streitkräfte nach Frankreich gegen den Feind zu rufen. Auch die französische Besatzungstruppe im Kirchenstaat wurde abberufen. Damit aber war das Geschick

der weltlichen Herrschaft des Papstes besiegelt. Das italienische Volk verlangte seine völlige Einigung und verlangte Rom, die „Lösung der römischen Frage in Gemäßheit der nationalen Wünsche". Ob sie wollte oder nicht, die Regierung mußte dem Drucke der öffentlichen Meinung nachgeben, was ihr durch den Zusammenbruch des französischen Kaisertums wesentlich erleichtert wurde.

Am 8. September rückten italienische Truppen über die Grenzen des Kirchenstaates und König Viktor Emanuel sandte den Grafen Ponza di San Martino an Pius IX., um ihm den Schritt „als eine unabweisbare Notwendigkeit für die Sicherheit Italiens und des heiligen Stuhles" darzustellen und Verhandlungen über das künftige Verhältnis des Papstes zum geeinigten Italien zu führen. Aber Pius lehnte die Vorschläge als „eines anhänglichen Sohnes, der sich des katholischen Glaubens rühmt und auf Loyalität hält, nicht würdig" ab. Die Truppen rückten infolgedessen immer näher an die Hauptstadt heran, die sie zur Übergabe vergeblich aufforderten. Nachdem hierauf bei der Porta Pia Bresche in die Mauer geschossen war, zog sich die aus einigen tausend Soldaten, fast lauter Fremden, bestehende päpstliche Armee auf Befehl des Papstes zurück und die italienischen Truppen besetzten Rom. Am 2. Oktober erfolgte die allgemeine Abstimmung im Kirchenstaat über die Einverleibungsfrage, welche eine außerordentliche Mehrheit zu gunsten der nationalen Sache ergab. Am 8. Oktober wurde alsdann vom Könige die feierliche Einverleibung Roms in das Königreich Italien ausgesprochen und bald darauf ein die persönliche Unabhängigkeit des Papstes gewährleistendes Gesetz nicht ohne Widerspruch erlassen. Nach demselben ist der Papst für seine Person unverletzlich und genießt in ganz Italien die Rechte eines Souveräns. Italien zahlt demselben eine jährliche Civilliste von $3^1/_4$ Million L. aus. In die päpstlichen Residenzen, den Vatikan und Lateran, darf die italienische Regierung nicht einrücken. Allein es war vorauszusehen, daß die Kurie nimmermehr auf dieses Anerbieten eingehen werde. Schon am 2. März 1871 erklärte der Papst brieflich seinem Generalvikar Patrizi, die sogenannten Garantieen seien für ihn völlig unannehmbar, und am 15. Mai verkündigte er allen Bischöfen der Welt durch eine Encyklika seinen feierlichen Entschluß, sich nie und nimmer mit der „subalpinen Regierung" versöhnen zu wollen; denn die weltliche Herrschaft sei dem Papst durch einen besonderen Ratschluß der göttlichen Vorsehung verliehen worden, und sie sei notwendig, damit der römische Papst, nie einem Fürsten oder einer weltlichen Macht unterworfen, seines obersten Hirtenamtes, das ihm Christus übertragen habe, mit vollster Freiheit walten könne. So schnitt Pius IX., der

sich geflissentlich als Gefangenen betrachtete und durch diese Rolle auf die katholischen Gemüter der Welt wirken wollte, jede Verbindung mit dem neuen Italien ab. Persönlich nahm Viktor Emanuel diesen Zustand nicht leicht: er war gewillt, dem Papste jede Rücksicht angedeihen zu lassen: zunächst hielt er sich sogar von Rom fern, das er erst im Dezember 1870 gelegentlich einer großen Überschwemmung für einen einzigen Tag besuchte. Aber was auch die italienische Regierung oder der König thun mochte, im Vatikan verhärtete sich die Feindschaft unter dem Einflusse der Jesuiten und jener Scharen von Gläubigen, welche aus allen Ländern nach Rom strömten, um dem „gefangenen“ Papste ihre Sympathieen zu bezeigen, täglich mehr und der alternde Pius versäumte keine dieser zahlreichen Gelegenheiten, seine volle Zornesschale über das gottlose Italien und andere ihm „widerwärtige Regierungen auszuschütten“. Grausig fürwahr waren die Ausdrücke, mit denen er seine Gegner belegte; aber eine solche maßlose Heftigkeit verfehlte durchaus ihren Zweck; bei denen, welchen das geistliche Amt als ein Dienst im Namen Christi an der Menschheit gilt, erregten sie das schmerzliche Gefühl, daß man im haßerfüllten Vatikan das große Gebot des Heilandes, auch die Feinde zu lieben, gänzlich vergessen habe. Selbst gemäßigte Stimmen warfen die Frage auf, ob die italienische Nation sich dieses Treiben immer gefallen lassen dürfe: „Alles fragt sich, schrieb ein Römer, ob es denn länger zu ertragen sei, daß der Papst, so oft es ihm beliebt, Tausende von Personen aus der untersten Volksklasse um sich versammelt, sie mit aufrührerischen Reden aufstachelt, Haß und Verachtung gegen König und Regierung unter sie aussäet und hernach dem Herrn Thiers durch den Kardinal Bonnechose erklären läßt, es falle ihm gar nicht ein, Rom zu verlassen.“ Am besten wäre es, wenn er nach Avignon auswanderte, dann hätten ihn doch die Franzosen und könnten mit ihm anfangen, was ihnen gut dünke. Es konnte nicht wunder nehmen, daß das Beispiel dieses grimmigen Hasses, welches das Oberhaupt der katholischen Kirche gab, weithin wirkte. Die ultramontanen Parteigänger sammelten überall ihre Scharen, die hetzten und schürten, und erzeugten dadurch ein Gefühl von einem drohenden Religionskrieg in allen europäischen Ländern mit katholischer Bevölkerung: die „Periode der Aktion“ hatte es der Papst genannt. Wenn diesem Treiben die Regierungen entgegentraten, so konnten sie sich darauf berufen, daß sie den Bestand des Staates zu verteidigen hatten.

Als eine solche Verteidigungsmaßregel betrachtete die italienische Regierung auch die Aufhebung der Klöster und Orden in Rom, denn sie, insbesondere der Jesuitenorden, bildeten sozusagen die Leibwache

des Papstes. Es fragte sich, in welchem Sinne man diese Maßregel durchführen solle. Die linke Seite des Parlamentes verlangte, daß die Regierung radikal vorgehe, wozu sich dieselbe aus verschiedenen Gründen nicht verstehen wollte. Es kam zu langwierigen Verhandlungen und Redekämpfen. In dem Grundsatze, daß die Klöster (207) aufzuheben seien, stimmten zwar alle Parteien von Anfang an überein; ihr Vermögen sollte in drei Fonds für Hospitäler, Schulen und Pfarreien gesammelt werden; aber darüber, was mit den Ordensleitungen, den Generalaten, zu geschehen habe, gingen die Meinungen sehr auseinander. Durch das Eintreten des ehemaligen Ministerpräsidenten Ricasoli für die Regierung erhielt jedoch schließlich die Bestimmung die Mehrheit der Abgeordneten, daß die gegenwärtigen Ordensgenerale für die Dauer ihres Amtes im Besitze der Generalatshäuser bleiben und von dem Ertrage der Klöster (Klostergüter) dem heiligen Vater 400 000 Fr. als jährliche Rente überwiesen werden sollten, damit er die Vertretung der geistlichen Genossenschaften des Auslandes beim heiligen Stuhl (d. h. die Generalate) davon bestreiten könne. Dagegen fand der Antrag Mancinis, den Jesuitenorden aus Italien auszuweisen, nicht die gesetzliche Zustimmung, nur wurde der Jesuitengeneral von der den übrigen Generalaten gewährten Wohlthat ausgeschlossen.

Im Vatikan hatte dieses Klostergesetz schon lange, bevor es zum Beschlusse erhoben war, die größte Erbitterung erregt. Der Papst erblickte darin eine heimtückische Fortsetzung des Raubes, den man an ihm begangen hatte, und eine Verkümmerung seines obersten Apostelamtes; das Gesetz, sagte er, verfolge eine verbrecherische Absicht und er müsse dieses verruchte Attentat mit der Autorität der heiligen Apostel Petrus und Paulus und mit seiner eigenen verwünschen. Wir sahen schon, daß diese Zornesausbrüche den Gang der Dinge nicht aufzuhalten vermochten; und auch das änderte nichts mehr an der Sache, daß nach dem Zustandekommen des Gesetzes der Papst über alle, die sich daran beteiligt hatten, die größere Exkommunikation und alle kirchlichen Strafen aussprach. Das Gesetz wurde durchgeführt, und die im Vatikan erhoffte Einsprache dagegen seitens der katholischen Mächte erfolgte nicht. Im Gegenteile, Viktor Emanuel, der im Herbste 1873 einen Besuch in Wien und Berlin machte, wurde auch am österreichischen Kaiserhofe mit aller Auszeichnung und Freundlichkeit aufgenommen. Die Wahrnehmung, die der König auf dieser Reise machte, daß das neue Italien im Auslande Sympathieen genieße, bestärkten ihn in seiner Haltung gegen die Kurie. Er ertrug mit Stillschweigen jede Verunglimpfung und hielt sich strenge an die von der nationalen Vertretung geschaffenen Gesetze.

Wo es nur möglich war, wurden diese mit Milde und Schonung durchgeführt, ohne daß dadurch auf klerikaler Seite auch nur im mindesten der Sinn gemildert worden wäre. Diese Haltung fand deshalb in den Reihen der Volksvertreter nicht immer Billigung. Die Opposition klagte die Regierung der Schwäche an und diese sah sich gar oft verlassen. Ein Schulgesetz, welches 1874 von ihr vorgelegt wurde und den Schulzwang forderte, wurde abgelehnt.

Unter den Abgeordneten bestanden große Unterschiede in Anschauungen und Zielen. Abgesehen von den stark republikanischen Grundsätzen, welche die linke Seite des Parlaments beherrschten, lagen die Vertreter des Südens und Nordens im Banne ihrer provinzialen Bestrebungen und Wünsche. Die Gesichtspunkte der ehemaligen Kleinstaaterei verschwanden doch nicht über Nacht und erzeugten oft Gegensätze, welche das Regiment erschwerten. Die Oberitaliener wollten den Vorteil ihrer Heimat; die Toskanesen, gekränkt dadurch, daß Florenz als Hauptstadt abgesetzt und dazu Rom erwählt worden war, ließen häufig den Aufschwung zu nationaler Beurteilung der Dinge vermissen; die Neapolitaner, hauptsächlich aus Republikanern bestehend, begünstigten selbstverständlich das Südländische und ihre Landsleute. Diese Verhältnisse machten dem Ministerium oft das Leben sauer. Dennoch hielt sich Minghetti drei Jahre, von 1873—1876, am Ruder, indem er sich auf die nationale Mittelpartei, die Consorteria, stützte. Allein diese Partei erwies sich häufig als unzuverlässig und stand selten in den Hauptfragen aus den oben angeführten Gründen zusammen. Um so mehr wuchsen die Aussichten der linken Partei. Zwar gelang es Minghetti, sein Militärgesetz, welches, dem deutschen nachgebildet, die allgemeine Wehrpflicht vollständig einführte, 1875 durchzubringen und auch in der Verstaatlichungsfrage der Eisenbahnen, hauptsächlich der oberitalienischen, einen bedeutenden Schritt vorwärts zu thun sowohl in nationalökonomischer als militärisch-strategischer Hinsicht, auch fortgesetzt gute Beziehungen mit Österreich und Deutschland, welch letztere General La Marmora durch seine gegen Preußen gerichtete Schrift: „Etwas mehr Licht über die Ereignisse von 1866" vergebens zu stören suchte, zu unterhalten — aber er mußte doch dem Drucke der linken Partei 1876 weichen, welche mit aller Anstrengung die Regierung an sich reißen wollte. Der König gab nach, weil er durch den Eintritt von Männern mit republikanischen Grundanschauungen in die Regierung hoffte, den Kreis der Freunde der nationalen Monarchie erweitert zu sehen. Er täuschte sich darin nicht, als er Depretis zur Regierung berief und mit demselben Männer wie Nicotera, Mancini und andere, lauter Mitglieder der Linken, an die Geschäfte kamen. Auch bei

ihnen bewährte sich die alte Erfahrung, daß die Schärfe der oppositionellen Anschauungen sich bedeutend abschleift, wenn die Träger derselben selbst an das Steuerruder des Staates treten. Bald schon hieß es von dem neuen Ministerium: „Die Linke hat sich, seit sie Regierung ist, sehr gemäßigt und die Rechte ist weit davon entfernt, so bald wieder an die Spitze der Regierung zu gelangen".

Gegen die Kurie und ihre Parteigänger gingen sie allerdings schärfer vor wie Minghetti. Das früher zum Fall gebrachte Schulgesetz wurde nun angenommen. Die dem Papst für den Verlust des Kirchenstaates ausgesetzte, von ihm aber entrüstet zurückgewiesene jährliche Rente von 3¼ Mill. Fr. erklärte Depretis für verfallen. Die Prozessionen außerhalb der Kirchen, wenn nicht vorher die Geistlichkeit um die Erlaubnis ihrer Abhaltung die bürgerlichen Behörden gebeten hatte, wurden verboten. Ja, die Regierung, obwohl sie sich den Fehlgriff zu schulden kommen ließ, eine von Pöbelhaufen in Bologna beschimpfte italienische Katholikenversammlung aufzuheben, gewann bei der im November 1876 stattgefundenen Abgeordnetenwahl eine so überwältigend große Mehrheit, daß der König im Senat einen Pairschub vornahm, durch den sein Ministerium auch in dieser ersten Kammer die Mehrheit gewann. Nur deshalb hatte das Ministerium Anfechtungen zu leiden, weil es zu einseitig aus südländischen Elementen zusammengesetzt war. Dem Streben des Kammerpräsidenten Crispi, eines alten Vorkämpfers für die Einheit der Nation von sehr radikaler Färbung, glückte es nun bald, seinen Eintritt gewissermaßen zu erzwingen, nachdem er vorher durch eine Reise nach Gastein, wo Bismarck weilte, und nach Berlin sich die Gewißheit verschafft hatte, daß man an seiner Person in den Kreisen der Diplomatie keinen Anstoß nehme, obwohl er sich sogar dem Verdachte irredentistischer Neigungen durch seine Vergangenheit ausgesetzt hatte. Auch mit diesem Manne sollte, sobald er in die Regierung eintrat, eine merkwürdige Veränderung vor sich gehen: in der praktischen Thätigkeit eines Ministers warf er die früheren radikalen Schrullen von sich, er wurde zum treuen Hüter des nationalen Königtums und schwang sich in der auswärtigen Politik zu einer Auffassung der Verhältnisse empor, welche Italien in die engste Verbindung mit Deutschland und Österreich zu rücken berufen war. Hörte man doch schon bei seinem Amtsantritt von einem Gerüchte, daß er ein Bündnis zu schließen beabsichtige, dessen Spitze gegen Frankreich gerichtet sei. Obwohl dies damals thatsächlich noch nicht der Fall war, so steckte sich doch von Anfang an Crispis einflußreiche, wenn auch zuweilen unterbrochene Regierung dieses Ziel — zum Wohle des italienischen Staates, der aus

dieser sich gestaltenden Verbindung im Innern und nach außen fördernde Lebenskraft zog.

Es war ein merkwürdiges Zusammentreffen, daß am Beginne des Jahres 1878 rasch nacheinander der König Viktor Emanuel und der Papst Pius IX. aus dem Leben abberufen wurden. Dem Könige war es gelungen, vielleicht mehr noch durch das Glück der Umstände als durch eigene Thatkraft, der italienischen Nation ihre lang ersehnte Einheit zu geben. Er führte das italienische Volk von Turin nach Florenz, von Florenz nach Rom: ein Glück, um dessentwillen er gepriesen und gefeiert wurde, zu dem er aber noch Leutseligkeit und persönliche Güte hinzufügte, wodurch er nicht zum wenigsten die monarchische Sache förderte und ausgesprochene Republikaner zu sich herüberzog. Selbst dem unbeugsamen Papste rang er sterbend den Bannstrahl halb und halb aus den Händen, indem er dem Tode nahe noch einmal klar und deutlich aussprach, wie er gedacht und gehandelt habe: „Ich sterbe als Katholik; ich hatte vor der Person Sr. Heiligkeit stets Hochachtung und Ehrfurcht, und ich bedaure aufrichtig, wenn irgend eine meiner Handlungen persönlich dem heil. Vater Schmerz bereitet haben sollte. Aber in allen meinen Handlungen habe ich stets das Bewußtsein gehabt, meine Pflichten als Bürger und Fürst zu erfüllen, und nichts gegen die Religion meiner Väter zu unternehmen." Dem Sterbenden sandte daraufhin der Papst seinen Segen und die geweihte Hostie. Viktor Emanuel schied am 9. Januar und wurde am 17. vom ganzen italienischen Volke betrauert im Pantheon begraben: 13 niedere Kleriker durften ihm das letzte Geleite geben, ein feierliches Totenamt aber versagte die Kirche.

Nur 4 Wochen darnach, am 17. Februar, starb auch Papst Pius nach kurzer Krankheit. Der Übergang beider Gewalten vollzog sich ohne jede Störung. Prinz Humbert (Umberto) I. folgte seinem Vater in der Regierung Italiens. Die Papstwahl, welche der unversöhnliche Teil der Kardinäle gerne außerhalb Italiens vorgenommen hätte, fand in Rom, von niemand behindert, statt und gab den Kardinal Pecci (geb. 1810) der katholischen Kirche als neues Oberhaupt.

6. Kapitel. Österreich.

Das Ministerium Hohenwart und der czechische Ausgleich. Entlassung des Ministeriums und des Reichskanzlers Beust. Andrassy Reichskanzler. Die Dreikaiserzusammenkunft in Berlin und ihre Bedeutung. Das Ministerium Auersperg und die Wahlreform zum Reichstag. Die Aufhebung des Konkordates und die konfessionellen Gesetze. Die Folgen des Kraches.

Der Ministerwechsel in Ungarn. Die österreichische Politik im russisch-türkischen Krieg. Auerspergs und Andrassys Rücktritt.

Angesichts der Weltereignisse in den Jahren 1870 und 1871 verstummte in Österreich der Nationalitätenstreit und staatsrechtliche Hader eine Zeitlang. Mit verhaltenem Atem und geteilten Gefühlen schauten die Völkerschaften der Monarchie dem großartigen Drama zu: das Jahr 1866 war noch nicht vergessen. Aber bald rangen sich die rechten Gefühle doch durch. Die Deutsch-Österreicher konnten das stammesverwandtschaftliche Gefühl nicht unterdrücken, freuten sich deshalb über die deutsche Kraft und die Siege der deutschen Waffen und die glorreichen Folgen für den deutschen Namen; die Slaven und Czechen ärgerten sich über diese Erfolge des ihnen verhaßten Germanentums. Wie die Regierung sich stellte und warum sie ihre Neutralitätspolitik einschlug, ist schon oben erzählt worden (S. 185). Kaum war das Jahr 1871 angebrochen, da ging der Ausgleichslärm in Österreich wieder los.

Am 7. Februar wurde vom Kaiser das Ministerium Hohenwart ernannt, das seine vorher unbekannte Herzenspolitik dadurch verriet, daß es den Deutsch-Österreichern jede freudige Kundgebung über die deutschen Siege strengstens verbot. Bald wurde es auch klar, daß das Ministerium einen Ausgleich mit den Czechen herbeiführen wolle. Ohne Verfassungsänderung konnte dies nicht geschehen. Deshalb mußten Neuwahlen angeordnet werden, von deren Ergebnis die Verwirklichung des czechischen Ausgleichs abhing. Die Deutschen, welche erkannten, daß es sich um die Wahrung ihrer Rechte und die Verteidigung ihrer Existenz handelte, nahmen den Wahlkampf mit dem höchsten Feuereifer auf. Es stehe, hieß es in ihren Wahlaufrufen, auf dem Spiel alles, „was unserm Volk heilig und teuer ist. . . . Vom Staatsbestand bis zur Kindererziehung: Alles wird bedroht von einer Hochflut der Bildungs- und Freiheitfeindlichkeit, die mit ihren verheerenden Wogen zerbrechen, zerstückeln, fortschwemmen müßte die stolzen Schöpfungen deutscher Kraft und deutschen Fleißes, wenn sie nicht gleich der einst Europa bedrohenden Türkenflut an der unerschütterlichen Standhaftigkeit der deutschen Bürgerherzen scheitert". Aber obwohl die Deutschen mannhaft zusammenstanden, verkündete das Ministerium durch ein kaiserliches Schreiben die Anerkennung eines besonderen böhmischen Staatsrechts. Erlangte ein solches Staatsrecht Gesetzeskraft, dann waren die Deutsch-Böhmen verloren, im eigenen Land hatten sie dann nichts mehr zu sagen und kein Recht mehr zu beanspruchen. Die Aufregung über diese Aussicht ergriff allenthalben die Deutschen in der Monarchie, um so mehr als die Czechenführer in so-

genannten „Fundamentalartikeln" die Grundzüge ihres Staatsrechtsideals öffentlich aufzeigten. Diese Rückhaltlosigkeit klärte die Lage, indem man den Führern der böhmischen Nation auseinandersetzte, daß ihr Programm sich nicht nach Belieben über den allgemeinen Rechtsboden aller Österreicher, die Verfassung, hinwegsetzen dürfe. Da sie auf eine solche Beschränkung nicht eingehen wollten, erkannte der Kaiser, was für Begehren hinter dem berühmten czechischen Ausgleich verborgen lägen, und entließ das Ministerium Hohenwart.

Auch der Kanzler Beust, welcher in dieser Angelegenheit mit Festigkeit das Recht der Verfassung gewahrt hatte, wurde seiner Stelle enthoben und zum Botschafter in London ernannt. Die Deutsch-Österreicher waren über diese Verfügung gerade in diesem Augenblick sehr betroffen, in Deutschland dagegen begrüßte man seine Entfernung aus dem ersten Amte der habsburgischen Monarchie. Bei seiner Vergangenheit und seinem persönlichen Haß gegen Bismarck war er nicht geeignet, ein besseres politisches Verhältnis zwischen den beiden Nachbarreichen herzustellen, wie es die Wohlfahrt beider dringend erheischte. Graf Andrassy wurde zum Nachfolger Beusts bestellt: auch der neue Kanzler stand auf dem Boden der Verfassung und war den Deutschen wohlgesinnt.

Die Wirkung dieser Veränderungen offenbarte sich zunächst in der auswärtigen Politik. Es war für ganz Europa vorteilhaft, wenn vor aller Welt recht auffällig bekundet wurde, daß man den Frieden wolle und daß die Mächtigen zur Erhaltung zusammenständen. Als eine solche Kundgebung wurde allgemein die Zusammenkunft der drei Kaiser von Deutschland, Österreich und Rußland betrachtet, welche im September 1872 zu Berlin stattfand und an welcher auch die Kanzler der drei Reiche teilnahmen. Es bedurfte nicht des Abschlusses verbriefter Bündnisse; zu denjenigen, welche gerne die Ruhe der europäischen Welt gestört hätten, redete das Ereignis an sich schon eine kaum mißverständliche Sprache. Auch nach einer andern Seite war der Besuch des österreichischen Kaisers in Berlin eine erfreuliche Erscheinung: er bekundete dadurch in feierlicher Weise die aufrichtige Anerkennung der neugeschaffenen Verhältnisse und Stellung Deutschlands. Indem der Kaiser alle Erlebnisse der jüngsten Vergangenheit vergaß, zeigte er nicht bloß einen Zug von Gesinnung, der ihm alle Ehre machte, sondern er bahnte auch dadurch eine neue Zeit an in der politischen Stellung und Entwickelung Österreichs, welche, wie sich in den folgenden Jahren immer deutlicher erwies, dem Kaiserstaat und dem neuen Deutschland zum Segen gereichte. Dadurch daß die österreichische Politik nach außen feste Stellung nahm

und volle Klarheit gewann, verloren die inneren Kämpfe, so heftig sie auch toben mochten, doch ihre zerstörende Wirkung.

In Cisleithanien stand an der Spitze der Geschäfte das verfassungstreue Ministerium Auersperg, das es sich angelegen sein ließ, den zerbröckelnden föderalistischen Strebungen Einhalt zu gebieten. Zu diesem Zweck erschien ihm mit Recht eine Reform der Wahl in die oberste Vertretung der Gesamtmonarchie, den Reichstag, notwendig. Bisher gingen die Abgeordneten zu demselben aus den Wahlen der Einzellandtage hervor, welche natürlich ihre Gegner, z. B. die Deutschen in Böhmen, durch Mehrheitsbeschluß vom Reichstag ausschlossen. Diesem Zustand der Vergewaltigung mußte ein Ende gemacht werden. Mit Umsicht und großer Mühe setzte Auersperg im Jahre 1873 die geplante Wahlreform glücklich durch; man kann kühnlich sagen, daß er dadurch sich um Österreich ein großes Verdienst erworben hat, weil er die Einheit dieses mosaikartigen Staates dadurch wesentlich befestigte.

Die Kämpfe gingen trotzdem nie ganz aus. Es konnte nicht anders sein, als daß das Verfahren des Papstes, welcher 1868 in aller Form die konfessionellen österreichischen Gesetze verdammt und für nichtig erklärt hatte, und das vatikanische Konzil mit seinem Unfehlbarkeitsdogma das Verhalten der österreichischen Regierung gegen die Kurie wesentlich beeinflussen und bedeutend verändern mußten. Dazu hatte der heftige Protest einzelner Bischöfe und der aufwieglerische Ton, welchen verschiedene klerikale Hetzer und Führer in den Landtagen und sonst anzuschlagen wagten, nahe gelegt, das Ansehen und das Recht des Staates nachdrucksam zu wahren. Schon 1871 hatte der Kaiser das im Jahre 1855 mit Rom geschlossene Konkordat für aufgehoben erklärt, aber in den Wirren der Ausgleichsstreitigkeiten hatte man keine Zeit gefunden, das so geschaffene Verhältnis zwischen Kirche und Staat gesetzlich zu regeln. Das war doch unerläßlich. Erst 1874 geschah dies, indem die Regierung dem Reichsrat vier hierauf bezügliche Entwürfe in Vorlage brachte. Der erste derselben hatte die Regelung der äußeren Verhältnisse der katholischen Kirche zum Inhalt: sein erster Artikel lautete: „Das Patent vom 5. Nov. 1855 (eben das Konkordat) ist seinem vollen Inhalt nach aufgehoben". Der zweite Entwurf betraf die äußeren Rechtsverhältnisse der klösterlichen Genossenschaften, der dritte handelte von den Beiträgen des Pfründenvermögens zum Religionsfond behufs Deckung der Bedürfnisse des katholischen Kultus und der vierte von der gesetzlichen Anerkennung von Religionsgesellschaften. Diese Gesetzesvorlagen und die ihnen beigegebenen Begründungen ließen über allen Zweifel erkennen, daß Österreich den Übergriffen des Klerikalismus gegenüber die Wege anderer modernen

Staaten zu gehen fest entschlossen sei und eine solche Verletzung, wie sie das Vorgehen des Papstes gegen die Verfassung des Jahres 1868 zugefügt hatte, nicht ruhig und ungestraft hinzunehmen gewillt sei. In der That bewirkte dieses feste Auftreten in Rom eine gewisse Zurückhaltung; man erkannte dort, daß man den Bogen nicht zu straff anspannen und durch zu große Schärfe einen Bruch mit dem gut katholischen Österreich und seinem Kaiserhaus heraufbeschwören dürfe. Dahin wäre es aber bei der zielbewußten, unerschrockenen Haltung der Regierung, insbesondere des Ministerpräsidenten Fürst Auersperg gekommen, wenn etwa der Papst soweit gegangen wäre, den Widerstand gegen die Gesetze in seiner bekannten schroffen Weise gutzuheißen; hatte doch bereits der Abgeordnete P. Greuter, einer der polterndsten Fanatiker, zu drohen gewagt, daß Tyrol den neuen Gesetzen niemals Gehorsam leisten werde. Durch das Zureden der ruhiger denkenden österreichischen Kirchenfürsten, wie des Kardinals Rauscher, ließ sich der Papst offenbar bestimmen, daß er nicht wiederum mit einer Nichtigkeitserklärung der Gesetze auftrat. Deshalb begnügte er sich, in einer Encyklika die Bischöfe aufzufordern, sie sollten einmütig zusammenstehen und dies schwere Unglück von der Kirche abwenden. Allein diese Aufforderung fruchtete so wenig als die Brandreden einzelner Abgeordneter im Reichstag und vieler klerikaler Führer in den veranstalteten Protestversammlungen. Die Vorlagen erhielten Gesetzeskraft mit Ausnahme des zweiten, des Klostergesetzes, welches der Reichstag dermaßen verschärfte, daß es die Regierung zurückzog.

Überhaupt war es deutlich zu merken, daß man dem Kaiserstaat nicht mit derjenigen klerikalen Anmaßung entgegenzutreten wagte als dem evangelischen Preußen. Gerade die Bischöfe wirkten in Österreich begütigend und beschwichtigend nach oben und unten, je nachdem es not that. Darum legten sich die schäumenden Wogen wider Erwarten schnell; die Bischöfe gaben eine ihren Standpunkt wahrende Erklärung ab, die Regierung führte die Gesetze so schonend als möglich aus und der kluge Nuntius Jacobini ebnete nach Kräften den Boden zu einem möglichst ungestörten Einvernehmen.

Die innere Entwickelung Österreichs war außerdem genug Schwankungen ausgesetzt. Die Folgen des unheilvollen Kraches vom Jahr 1873, dessen schon in einem andern Zusammenhange gedacht worden ist, lagen schwer auf allen Kreisen der Bevölkerung: Verarmung und Not hatten viele Stätten heimgesucht, wo ehedem Wohlleben, Pracht, Sinneslust und Sittenlosigkeit ihr Paradies aufgeschlagen hatten; infolge der Überproduktion herrschte Mangel an Arbeit und Geschäftsstille; ungezählte

Hände feierten. Auch auf den Staatshaushalt übte dieser trostlose Zustand seine verderbliche Wirkung aus. In Ungarn, wo Deak mit seinen Gesinnungsgenossen am Ruder saß, wuchs von Jahr zu Jahr das Defizit bis zu einer Höhe, daß er sich 1875 ratlos, wie er war, gezwungen fühlte, die Regierung andern Händen zu überlassen. Es folgte ihm der vielgewandte Tisza, welcher glaubte, Ungarn dadurch seinen finanziellen Nöten entreißen zu können, daß er noch mehr, als schon bisher geschehen, die Lasten auf den Rücken Österreichs, d. h. der cisleithanischen Reichshälfte, abzuwälzen bestrebt war. Allein die Österreicher zeigten sich nicht gewillt, ihre Pflichten zu gunsten Ungarns abermals erhöhen, ihre Rechte dagegen verkümmern zu lassen. Aus dieser Sackgasse schien es fast keinen Ausweg zu geben: über zwei Jahre dauerten die Verhandlungen zwischen den beiden Reichshälften. Wenn die Anforderungen an den Staatssäckel befriedigt werden mußten, so konnte dies nur geschehen, wie auch anderwärts, durch Vermehrung der indirekten Steuern. Indem man also verschiedene Artikel wie Kaffee, Petroleum und anderes mit hohen Eingangszöllen belegte, die industriellen Erzeugnisse zum Schutz der einheimischen Industrie und im Interesse des Staates ebenfalls bei der Einfuhr stark mit Zöllen belastete, wandte man sich in Österreich zu einer ähnlichen Finanzpolitik wie in Deutschland.

Diese häuslichen Sorgen wurden gar bald zurückgedrängt durch den russisch-türkischen Krieg, der im Jahre 1877 ausbrach, und den Kaiserstaat wegen der Nachbarschaft und seiner slavischen Bevölkerung unmittelbar berührte. Es war keine leichte Aufgabe für Andrassy, in diesem Streit den rechten Weg zu finden. Der schlechte Stand der Staatsfinanzen verbot ihm zwar die Teilnahme am Krieg, aber die 15 Millionen slavischer Bevölkerung, welche nach Rußland als dem Hort des Panslavismus hinüberschielten und sich am liebsten vom Hause Habsburg losgerissen hätten, geboten dem Kanzler, auf der Wacht zu sein. Die Neutralität, welche Andrassy wählte, bedeutete daher keineswegs, daß er müßig oder träumend die Hände in den Schoß legte. Als Rußland der Pforte den Vertrag von St. Stefano auferlegt hatte, verlangte gerade auch Andrassy nachdrücklich die Revision desselben durch die europäischen Großmächte. In Berlin verlangte und erlangte er denn auch das Zugeständnis der Besetzung von Bosnien und der Herzegowina, was von seinem Standpunkt aus, trotz aller Bemängelungen, die er gerade in Österreich fand, eine politische Notwendigkeit war. Überzeugen ließen sich davon nicht alle; man nörgelte vor allem daran herum, daß die Volksvertretung einfach vor eine vollendete Thatsache gestellt worden sei und Ja und Amen, ob sie wolle oder nicht, sagen

müsse, ein Vorwurf, der gegen Auersperg verschiedene Male ohne eigentliche Berechtigung erhoben wurde und ihn, der längst der ewigen föderalistischen Streitigkeiten und Ansprüche überdrüssig geworden war, veranlaßte, im Februar 1879 seine Entlassung zu nehmen. Das Ausscheiden dieses streng an der Verfassung festhaltenden und seinen Grundsätzen getreuen Staatsmannes schwellte wieder die Hoffnung jener politischen Treiber, die davon schwärmten, daß „das historische Österreich ein durch feierliche Verträge in fortgesetzter Rechtsentwickelung unter dem Szepter der erlauchten habsburgisch-lothringischen Dynastie zu einem Reiche sich ausgestaltender Staatsverband" zu werden bestimmt sei. Man sieht, die Ausgleichsbestrebungen, d. h. die Auflösungstendenzen schossen wieder üppig ins Kraut. Zum Heile des Kaiserstaats gereicht aber dieser immer wieder belebte Zerbröckelungsprozeß nicht. Männer von Charakter konnten ihn nicht unterstützen und deshalb ging auch Andrassy seine Wege und legte das Reichskanzleramt nieder, das er mit Mut, Kraft und Erfolg geführt hatte. Schlimm genug war es, daß es so kommen mußte. Es unterlag keinem Zweifel, daß die Verfassungspartei stark in der Abnahme begriffen war, daß also in den weiten Kreisen des Reiches der Zug zur Einheit und damit zur Stärkung und Befestigung stark nachließ. Übrigens trug die Verfassungspartei durch den Mangel an Zusammenhalt und durch ihr geringes Verständnis viel zu dieser unerfreulichen Entwickelung bei.

7. Kapitel. Spanien.

König Amadeo und das Ministerium Serrano. Haltung des Adels und verschiedener Offiziere. Die Wahl zu den Cortes und Castelar. Das Ministerium Zorilla. Günstige Anzeichen. Zwischenfälle und Auflösung der Cortes. Don Karlos, die karlistische Erhebung. Serrano. Das Gefecht bei Oroquieta. Flucht des Don Karlos. Vertrag von Amorevieta. Erneute Verwirrung in der Kammer. Attentat auf den König. Seine trostlose Lage. Schwere Fehler. Abdankungsgedanken. Abdankung. Die Republik. Sieg der Föderalisten. Castelar. Rückkehr des Don Karlos und Erneuerung des Aufstandes. Serranos Gewaltstreich. Karlistischer Sieg bei Estella. Der deutsche Korrespondent Schmidt und die deutsche Reichsregierung. Abwirtschaftung der Republik. Alfonso König von Spanien. Erdrückung des Karlistenaufstandes.

Nach langem Bedenken hatte der italienische Prinz, Viktor Emanuels Sohn, Amadeo die spanische Königskrone angenommen. Mit den besten Absichten fuhr er über das Meer: er wollte seiner neuen Heimat Frieden und Ordnung bringen. Als er aber den Fuß ans

Land setzte, wurde sein voraussichtlich tüchtigster Berater, Prim, von den Kugeln feindlicher Parteigänger durchbohrt. Das war kein gutes Vorzeichen. In der That schien es, als ob das Land zu keiner Ruhe kommen sollte. Nirgends standen sich mehr und zu jeder Gewaltthat entschlossenere Parteien gegenüber als in Spanien. Wenn in diesem Höllenbreughel einer Herr werden wollte, so mußte er mit rücksichtsloser Energie eingreifen und mit weiser Umsicht das Ruder des Staates führen. Bei vielen guten Eigenschaften war Amadeo nicht der Mann dazu; jung und mit den Verhältnissen des Landes, dessen Krone er angenommen hatte, unbekannt, mußte er sich bald sagen, daß seine Kräfte kaum ausreichen würden für die Aufgabe, die er sich gestellt sah. Marschall Serrano trat an die Spitze des ersten Ministeriums des neuen Königs, welchen die Hauptstadt Madrid wegen seiner Einfachheit und Pflichttreue in kurzer Zeit schätzte und hochhielt. Nur der Adel hielt sich vom Hofe des Fremdlings fern und gefiel sich in unehrerbietiger Haltung gegen den König. Wenn er sich auch Manns genug war, solche Kundgebungen mit stillschweigendem Lächeln geschehen zu lassen, so mußte ihn die Eidesweigerung, welche sich alsbald eine Anzahl von Offizieren aller Grade, darunter auch der Herzog von Montpensier, zu schulden kommen ließ, ernster stimmen. Allerdings wurde Serrano mit diesen Leuten durch entschiedene Strenge rasch fertig; allein schon die Wahl zu den Cortes erwies, daß des Königs Thron nichts weniger als auf dem festen Boden der Nation stehe: von einer Mehrheit für die Regierung konnte nicht geredet werden. Und in den Cortes griff, angesichts des ganzen Landes, der Geschichtsprofessor Castelar, ein begabter Redner, aber ein theoretischer Politiker, welchem als Ideal die Republik und die republikanische Verfassung als das einzige Glück Spaniens erschien, die neue Dynastie ohne Rücksicht und Verstand an; ja er wagte es sogar, den Antrag einzubringen, die Wahl Amadeos wieder aufzuheben. Ließ sich zu dieser verächtlichen Komödie die Mehrzahl der Abgeordneten auch nicht bereit finden, so sagte dieser Vorfall doch sehr viel und trug nicht dazu bei, die Lage des Königs und des Landes zu befestigen. Serrano, welcher vermeint hatte, mit Hülfe der sog. Unionisten, der Urheber der Vertreibung der Königin Isabella, regieren zu können, mußte einsehen, daß diese mosaikartige Vereinigung nicht vorhalte und keineswegs die Regierung zu führen imstande sei. So gab er denn nach halbjährigen Bemühungen seine wohlgemeinte Absicht auf, und Zorilla, ein Demokrat, übernahm mit einer Anzahl von Gesinnungsgenossen im ehrlichen Einverständnisse des Königs, welcher meinte, seinen Willen dem des Landes unterordnen zu sollen, die Regierung. Fast schien es, als sollten sich

von nun an trotz der Ränke der Karlisten und der Geistlichkeit, sowie der Republikaner die Dinge besser anlassen. Der König unternahm eine Reise in die nördlichen Provinzen, welche mit Recht als die schwierigsten galten, und wurde fast überall wider Erwarten mit Begeisterung aufgenommen. Die Opposition wagte sich nicht an die königliche Person heran, und auch sonst sprachen manche Anzeichen, wie die achtfache Überzeichnung eines von der Regierung aufgelegten Staatsanleihens, für eine günstige Wendung.

Aber kaum waren im Herbst 1871 die Cortes wieder zusammengetreten, so begann das alte verwerfliche Ränkespiel der Parteien. Sagasta, den demokratischen Ideen Zorillas abgeneigt, eröffnete den Kampf, der damit endete, daß zum größten Unglück wieder ein neues Ministerium dem Könige aufgehalst wurde, das, fast aus lauter unfähigen Köpfen zusammengesetzt, nach kurzem Bestande vom Volkswitze weggefegt wurde. Nach kurzer Zwischenregierung Sagastas und vielem Lärm in der Kammer sah sich der König veranlaßt die Cortes aufzulösen und eine Neuwahl anzuordnen (Februar 1872). Alle Parteien rüsteten sich für die Neuwahl, die Karlisten, indem sie die Wähler aufforderten, ein „rein" spanisches Königtum durch den Sturz Amadeos zu begründen: „der Herzog von Madrid (d. h. der Prätendent Don Karlos) hat gesprochen — schloß ihr Aufruf — Wähler an die Urnen! später, wohin Gott uns ruft!" Aber da der Wahlerfolg trotz der Vereinigung der Republikaner mit den Karlisten die Sache des Prätendenten im Stiche ließ, so beschloß dieser, zu den Waffen zu greifen. „Der Herzog von Madrid — verkündigte er den Spaniern in einem feierlichen Aufruf — kommt nicht, um einen langen Bürgerkrieg zu entzünden; durch einen kurzen und entscheidenden Kampf hofft er das Vaterland zu retten." Um die Verwirung noch zu vergrößern, sprach sich zur nämlichen Zeit der Herzog von Montpensier für seinen Neffen Alfons von Paris aus. Karlos aber begnügte sich keineswegs mit leeren, aus der Ferne gesprochenen Worten: seine Parteigänger erhoben die Fahne des Aufruhrs und begannen mit dem Losungsworte: „Nieder mit den Fremdlingen, es lebe Spanien" unter der Führung des Generals Diaz de Rada den Bürgerkrieg.

Diesem drohenden Unheil gegenüber wurde der Hader der zahlreichen Parteien doch etwas stiller. Während Marschall Serrano den Oberbefehl über die königlichen Truppen übernahm und in Navarra einrückte, stellte sich Don Karlos in Person an die Spitze seiner Getreuen (1873) mit den Worten: „Spanier, ich bin in eurer Mitte. Ich will mein Leben eurem Glücke weihen. Ihr alle seid die Opfer einer kühnen Minderheit,

die euch das Joch eines Fremden auferlegte ... Einigen wir uns unter dem Rufe: Nieder mit den Fremden! und das Gebrüll des spanischen Löwen wird die Männer der Revolution, wird die Schleppträger Italiens erschrecken.“ Serrano säuberte aber bald Biscaya nnd Navarra von dem karlistischen Gesindel. Nach einem Treffen bei Oroquieta, in welchem General Moriones die Banden des Prätendenten auseinandergejagt hatte, flüchtete dieser mit seinem Obergeneral auf den sicheren Boden Frankreichs.

Ohne Haupt und Herrn legten allmählich die Getreuen des Don Karlos ihre Waffen nieder; nur um Bilbao stand noch ein Trupp derselben. Dorthin wandte sich nun Serrano und schloß mit dem Reste der Aufständischen den Vertrag von Amorevieta auf Grund völliger Amnestie, eine Schwäche, die er noch dadurch erhöhte, daß den zu Don Karlos abgefallenen spanischen Offizieren sogar ihre Chargen in der Armee wieder zugesprochen wurden.

Nachdem die Flamme des Aufstandes so schnell ausgelöscht war, konnte der Lärm in der Kammer wieder losgehen. Thatsächlich mußte auch das Ministerium Sagasta infolge enthüllter schmachvoller Wahlbeeinflussung, unehrlicher Polizeispitzelei und gewissenloser Verwendung öffentlicher Gelder seine Entlassung einreichen (22. Mai 1872); ihm folgte das Ministerium Serrano-Topete, das schnell durch den Vertrag von Amorevieta wegen seiner unerlaubten Rehabilitierung eidbrüchiger Offiziere zum Falle kam. Unterdessen schürten und hetzten allerorts die Partei- und Bandenführer aufs neue. In Catalonien ergriff Tristany, ein Genosse Karlos', wieder die Fahne des Aufstands, Montpensier erließ mit einer Anzahl von Anhängern abermals einen Aufruf zu gunsten des Prinzen Alfons, während wiederum Zorilla die Zügel der Regierung ergriff und feierlich verkündete, daß er mit Hülfe der progressistisch-demokratisch-radikalen Partei einzig der Verfassung gemäß regieren und sich die Wahrung der Freiheit und die Befestigung der Dynastie zur Aufgabe machen werde. Warum zu diesem Zwecke die Auflösung der Cortes notwendig war, konnte niemand einsehen: aber sie geschah doch. Die fortdauernde Erregung infolge der Neuwahlen war an sich schon bedenklich und gefährlich; es konnte sich niemand wundern, daß sie sich bis zum Wahnwitz des Attentates steigerte. Als in der Nacht des 19. Juli 1872 das Königspaar von einem Garten in seinen Palast zurückkehrte, wurde auf dasselbe von fünf Meuchelmördern geschossen, glücklicherweise ohne zu treffen. Nichts beleuchtete die Zustände heller, als die Thatsache, daß die eingeleitete Untersuchung völlig resultatlos verlief, obwohl zwei der Beteiligten gefangen

genommen worden waren. Was half es, daß die Parteien auch diesen Anlaß benützten, sich gegenseitig zu verklagen und einander das fluchwürdige Verbrechen in die Schuhe zu schieben? Diese ruhe- und ziellosen Parteien selbst waren das größte Unglück für das arme Land, das von ihnen hin- und hergezerrt wurde und von einer Aufregung in die andere verfiel. Der moderne Parlamentarismus hat sich vielfach bloßgestellt, nirgends aber mehr als in Spanien, wo Rechthaber, Heuchler und Unmenschen sich daran zu erfreuen schienen, einen Sturm nach dem andern zu erregen. Die verwegenste Gewissenlosigkeit wetteiferte mit bodenloser Unwissenheit in politischen Dingen, gemeinster Ehrgeiz mit sinnlosem Eigendünkel. Der König erfuhr die Wahrheit nicht und wußte nicht, wem er trauen und glauben sollte. Daß ihm niemand die Wahrheit sagte und keine Partei in unentwegter Treue sich zu ihm stellte, war ein Unrecht, das die ganze Nation an ihm und an sich beging. Durch die fortwährenden Wahlen wurden die Fehler eher vergrößert als verringert, denn sie verwirrten die Köpfe und die Lage. Amadeo mochte nach dem Attentat auf ihn und seine Gemahlin meinen, daß die allgemeine Entrüstung seine Stellung befestige; hieß es ja doch, daß die ganze karlistische Erhebung „so ziemlich“ zu Ende sei, und die im August erfolgten Neuwahlen schienen der Regierung günstig zu sein. Allein während in den Cortes der alte Streit erneuert und im Hader um oft haarsträubend radikale Gesetzentwürfe die kostbare Zeit vergeudet wurde, fanatisierte die Geistlichkeit die Menge gegen den fremden Eindringling und fachte dadurch wirksamer, als alle Aufrufe des Prätendenten es vermocht hätten, die karlistische Rebellion wieder an. Es fehlte nur noch ein solcher Mißgriff, wie ihn die Regierung, d. h. der König auf ihren Vorschlag beging, daß man den General Hidalgo, einen Meuterer vom Jahre 1866, zum Chef der Militärdivision in den baskischen Provinzen ernannte und dadurch das ganze Artillerieoffizierskorps der Armee, zu dem Hidalgo einst gehört hatte, dazu reizte, gegen die Ernennung dieses eidbrüchigen und verhaßten Unmenschen aufzutreten, indem Hunderte ihre Entlassung verlangten.

Man konnte es dem Könige nicht zum Vorwurfe anrechnen, wenn er unter diesen Umständen mit sich zu Rate darüber zu gehen begann, ob er dieser Dornenkrone nicht entsagen solle. Er hatte gehofft, das Vertrauen und die Liebe des spanischen Volkes zu erwerben, als er sich nach langem Bedenken entschied sein König zu werden. Aber verlassen und einsam stand er auf seinem Platze; um keinen Zoll breit war er trotz seiner besten Absichten vorwärts gekommen. Der Versuch, den er gemacht hatte — er konnte es sich nicht verhehlen — mußte als mißlungen be-

zeichnet werden, und es war doch mehr als fragwürdig, ob es sich für ihn verlohne, die aussichtslose Probe fortzusetzen; denn zweifellos, angesteckt von dem eigentlich nicht verlockenden Beispiel der französischen Nation, drängte eine gewichtige Anzahl von Spaniern, wenn auch nicht die Mehrzahl, zur republikanischen Verfassung hin. Sein Vater, an den er sich wandte, bestärkte ihn in dem Entschlusse, der schon seit geraumer Zeit seine Seele beschäftigte, freiwillig abzudanken. „Mein lieber Sohn! — schrieb ihm Viktor Emanuel am 5. Febr. 1873 — Die Erfüllung einer freiwillig übernommenen Pflicht kann keineswegs die Ausdauer in einem unmöglichen Opfer fordern. Wir sind nicht geneigt, den Gedanken an deine Thronentsagung, den du schon seit einiger Zeit gehegt hast, zu mißbilligen. Besser durch freiwilligen Rücktritt sich dauernde und dankbare Zuneigung der edlen spanischen Nation bewahren, als all den ungewissen Wendungen des Schicksals inmitten der schwankenden Bewegungen aufgeregter Parteien ausgesetzt bleiben; besser bescheiden in das Privatleben zurücktreten, als die Gefahr laufen, die Heiligkeit geschworener Eide zu verletzen." So legte denn Amadeo am 12. Febr. die Krone nieder. Er habe umsonst versucht, erklärte er in seiner Botschaft, dem tosenden Kampfe Einhalt zu thun und ein Mittel für die vielen Übel zu finden, aber sich überzeugen müssen, daß seine Anstrengungen vergeblich, seine Absichten unausführbar seien. Deshalb entsage er der Krone, nicht aber der Liebe zu dem Lande.

Auf diese Weise brach er ein unhaltbares Verhältnis ab. Bezeichnend genug nahmen die Cortes einstimmig seine Abdankung an: man kenne seinen festen Charakter, hieß es, und versuche deshalb nicht ihn in seinem unwiderruflichen Entschlusse wankend zu machen. Noch in der Nacht reiste Amadeo mit seiner Gemahlin nach Lissabon. Der kurze Königstraum war verflogen.

Dies Ereignis war doch für viele, besonders konservative Kreise, selbst Abgeordnete, so überraschend hereingebrochen, daß sie verblüfft nicht wußten, was nun zu thun sei. So konnte es geschehen, daß noch am Tage der Abdankung Amadeos von einer ungeahnt großen Mehrheit der Cortes die Einführung der republikanischen Staatsform beschlossen wurde. Dadurch war aber nur scheinbar die erste Schwierigkeit hinweggeräumt. Denn im modernen Staatsleben bezeichnet der Begriff Republik keineswegs etwas über allen Zweifel Erhabenes. Zwei Arten dieser Volksherrschaft haben sich im Laufe der Zeiten herausgebildet: die konservative Republik, wie sie Thiers in Frankreich eingeführt hatte, welche möglichst an das Bestehende anknüpfen und den Staat über die Klippen und Gefahren einer der Vernichtung desselben fast gleichkommen-

den Krisis hinweghelfen will, und die demokratisch-föderalistische Republik, deren Ziel darauf hinausläuft, den Einzelgemeinden des Staates eine möglichst weitgehende Selbständigkeit, besonders in inneren Fragen, zu verleihen und sie nur zu einem lockeren Staatsganzen, hauptsächlich nach außen, zu verknüpfen. Als Muster konnten in dieser Beziehung die Vereinigten Staaten von Nordamerika angesehen werden, aber auch die Pariser Kommune — gewiß kein sehr einladendes Beispiel — hatte wenigstens angeblich dieses Ziel verfolgt. Als der schlimmste Ausgang der Sache mußte es von vorneherein erscheinen, wenn etwa die beiden Arten zum Versuche zugelassen würden; denn abgesehen von den Folgen, die ein solcher Zwiespalt nach sich ziehen mußte, konnte es in diesem Augenblicke der inneren Erschütterung, ja Zerrüttung für Spanien nichts Unheilvolleres geben, als wenn die föderalistische Form die Zersplitterung des Staates noch erhöhte.

Zunächst wurde von den Cortes eine vorläufige Regierung bestellt, in welcher Männer von föderalistischer Gesinnung, wie Figueras, Pi y Margall, Castelar einen Platz erhielten. Ihr zur Seite stand gleichsam zur Überwachung in Vertretung der Nation eine Permanenzkommission, die, wie sich alsbald ergab, von Serrano beeinflußt, die konservative Republik anstrebte. Dieser Widerstreit der Anschauungen machte sich in den leidenschaftlichsten Kämpfen zwischen Regierung und Kommission geltend und artete in Bälde so aus, daß ein blutiger Straßenkampf in der Hauptstadt auszubrechen drohte. Dieser Gefahr beugte Figueras allerdings durch einen Gewaltstreich vor, indem er im letzten Augenblicke die Kommission auseinanderjagte und eine Anzahl ihrer Mitglieder, deren er habhaft werden konnte, verhaften ließ; die übrigen flohen ins Ausland, darunter auch Serrano. Der ganze Vorgang bedeutete nichts anderes als den Sieg der Föderalisten. Diese, wenn auch nicht immer eines Herzens, behaupteten also einstweilen das Feld und legten den abermals neugewählten Cortes einen Verfassungsentwurf von föderalistischen Grundgedanken vor, dessen Verfasser Castelar war. Von diesem zwar wohlmeinenden, aber unpraktischen Theoretiker durfte man nichts anderes erwarten, als daß er das Kind mit dem Bade ausschütten würde. Was ihm als beglückendes Ideal vorschwebte, sollte über Nacht in Spanien eingeführt werden, ohne Rücksicht, ob der Boden hierfür geeignet und bereitet war oder nicht. Mußte man schon staunen, daß der föderalistische Grundgedanke mit seiner Selbständigkeit des einzelnen, der Gemeinde, des Einzelstaates und des Bundesstaates strenge durchgeführt wurde, so wußte man nicht mehr, was man sagen sollte über die vollständige Freigebung jeder Religion und Religions-

übung und über die Trennung der Kirche vom Staate. Wie sollten in einem Lande, in welchem bislang eine fast unbeschränkte Priesterherrschaft die Zügel geführt und die katholische Glaubenseinheit mit fanatischem Hasse gehütet hatte, plötzlich die Geister reif sein für eine so weitgehende Duldung und Gewissensfreiheit? Nichts ist bezeichnender, als daß an dem Tage, an welchem dieser Entwurf vorgelegt wurde, Don Karlos aufs neue über die spanische Grenze gezogen kam, um abermals den Bürgerkrieg zu beginnen, und daß gleichzeitig in erster Linie die südlichen Städte die in Aussicht genommene Autonomie schon als zu Recht bestehend ansahen und ohne Rücksicht auf die Regierung in Madrid sich auf eigene Faust organisierten. Die Verwirrung stieg außerordentlich, da die Regierung in der unvernünftigsten Weise die Armee durch Aufhebung des Eides verwirrt hatte. In der That wurde sie auch nicht überall Herr. Da und dort, z. B. in Barcelona und Kartagena, wurde die rote Internationale eingeführt, die ihr Haupt drohend erhob, während die Karlisten in den baskischen Provinzen unleugbare Fortschritte machten und in Estella ihr „königliches“ Hauptquartier aufschlugen. Nun erkannte zu seinem Schrecken sogar Castelar, der unterdessen zum Präsidenten der Republik gewählt worden war, daß man jetzt nicht die Zeit mit ideal-freisinnigen Verfassungsentwürfen und Erörterungen vergeuden dürfe, sondern dem Lande Ordnung und Frieden um jeden Preis geben müsse. Man konnte sich kaum eine größere Ironie des Schicksals denken, als daß gerade dieser Freiheitsschwärmer es erleben mußte, wie ihm zur Wiederherstellung der Ordnung von den Cortes freie Gewalt, d. h. die Diktatur übertragen wurde (Sept. 1873). So rasch war er bekehrt worden, daß er mit ruhigem Blute „für ganz Spanien die konstitutionellen Garantieen“ aufhob.

Spanien schwebte in der größten Gefahr. Die Perle der überseeischen Besitzungen Spaniens, die Insel Kuba, hatte ebenfalls die Fahne des Aufruhrs erhoben und wurde dabei wenn nicht von der Regierung, so doch von Bürgern der Vereinigten Staaten Nordamerikas durch Waffenzufuhr unterstützt. Beinahe wäre die spanische Regierung, welche ein amerikanisches Schiff „Virginius“ weggenommen hatte, auch noch mit der Union in einen Krieg geraten: durch Auslieferung des Schiffes wurde der Streit geschlichtet. Schlimmer stand es mit dem karlistischen Aufstande. Die Regierungstruppen unter Moriones erlitten sogar solche Schlappen, daß sie sich vor ihren Feinden zurückziehen mußten. Das reichte hin, den Diktator in Mißkredit zu bringen. Als die Cortes zusammentraten (Januar 1874), sah Castelar sich von seinen ehemaligen Freunden verlassen, denen er nicht radikal genug vorgegangen war. Als

diese sich eben anschickten, die Regierung durch Castelars Verdrängung an sich zu reißen, da drang General Pavia mit Soldaten in den Sitzungssaal und jagte die Abgeordneten auseinander. Hinter dem ganzen unblutigen Staatsstreich stand als geheimer Anstifter Serrano, der auch sofort die Regierung ergriff, lediglich aus Ehrgeiz. Denn um keines Haares Breite änderten sich durch ihn die Dinge. Auch er regierte als Diktator und hatte noch weniger Glück gegen die Karlisten als Castelar. Die Truppenmacht des Don Karlos hatte sich durch Zulauf von allen Seiten sehr vergrößert und war im Umgang mit den Waffen kriegsgeübter geworden. Den Regierungstruppen wollte es nirgends gelingen, über sie irgend einen Vorteil davonzutragen; dagegen wurde Marschall Concha, dem Serrano aufgetragen hatte, Estella, den Waffenplatz und das Hauptquartier der Karlisten, anzugreifen, gänzlich geschlagen. Der Jubel des Prätendenten war grenzenlos: nun richtete er in den Nordprovinzen des Landes eine förmliche Regierung ein, und vielleicht hoffte er, schon in Bälde durch die Anerkennung einzelner europäischer Staaten der Madrider Regierung den empfindlichsten Stoß versetzen zu können. Aber es sollte doch anders kommen. Bei dem Sturme auf Estella befand sich auch als Zeitungskorrespondent ein ehemaliger preußischer Hauptmann, Namens Schmidt, der den Karlisten in die Hände fiel. Obwohl er am Kampfe nicht beteiligt war, wurde er als Preuße und Protestant kurzweg erschossen, nachdem man ihn noch vorher gezwungen hatte, den katholischen Glauben anzunehmen. Daraufhin sandte die deutsche Reichsregierung nicht nur einige Kanonenboote in die biskayischen Gewässer, um den Karlisten die Zufuhr von Waffen abzuschneiden, sondern Fürst Bismarck erwirkte auch die Anerkennung der Regierung Serranos seitens fast aller europäischen Kabinette — mehr ein Nachteil für Don Karlos, als ein Vorteil für Serrano, dem es nicht glückte, dem grausamen Prätendenten und seiner barbarischen Bande einen entscheidenden Schlag zu versetzen. Diese Ohnmacht sollte dem ehrgeizigen Marschall dasselbe Los bereiten, wie er es anderen, z. B. Castelar unter den gleichen Umständen bereitet hatte. Noch vor Ablauf des Jahres 1874 erreichte ihn sein Schicksal.

Die vertriebene Königin Isabella hatte einen Sohn, Alfonso mit Namen, der im Auslande herangewachsen, in der Kriegsschule zu Woolwich erzogen und eben großjährig geworden war. Die Republik hatte abgewirtschaftet: die föderalistische wie die konservative, Castelar so gut als Serrano. Auf den jungen Prinzen richteten sich die Augen derer, welche in der Wiederherstellung der Monarchie das einzige Heilmittel für die allerdings fast unerträglichen Übelstände erblickten. Auf

eine Anfrage asturischer Granden erklärte er sich bereit, dem Rufe der Nation zu folgen. Zuerst erhoben sich zwei Bataillone unter Martinez Campos für Alfonso, ihnen folgten alsbald die Madrider Truppen, so daß Serrano aus freien Stücken die Regierung niederlegte und ins Ausland ging. In den ersten Januartagen 1875 hielt Alfonso seinen feierlichen Einzug in Madrid und erlangte sogleich die Anerkennung aller europäischen Staaten.

Der junge König, geleitet von Canovas del Castillo, erkannte es als seine erste Aufgabe, dem Karlistenkrieg ein Ende zu machen. Mit der größten Energie setzte er hierfür alle verfügbaren Kräfte des Landes ein. Zunächst wurde mit Nachdruck der Aufstand in Catalonien und Aragonien niedergetreten und hierauf die ganze Truppenmacht gegen Don Karlos im Norden geführt. Schritt für Schritt gelang es ihr, Boden zu gewinnen durch zielbewußte und einheitliche Maßnahmen. Der junge König erschien selbst bei seiner Armee und hatte die Freude, bald nach seiner Ankunft (19. Februar 1876) das Hauptbollwerk des Prätendenten, Estella, fallen zu sehen. Mit diesem Schlage waren die Tage des letzteren gezählt. Seine letzten Verzweiflungsversuche blieben ohne jeden Erfolg, so daß er am 28. Februar den Boden seiner Unthaten verließ und nach Frankreich übertrat und seine Anhänger ihrem Schicksal überließ. Soweit es irgend thunlich war, gewährte ihnen die Regierung Verzeihung. Dennoch wurden mehr als 10000 Personen aus dem Lande verwiesen und das Vermögen einer gleichen Anzahl mit Beschlag belegt. Die alten Vorrechte der baskischen Provinzen, Fueros genannt, wurden geschont, ausgenommen in den Fällen, wo dieselben sich nicht im Einklange mit den Interessen des ganzen Landes befanden. Länger — bis zum Jahre 1878 — dauerte der Aufstand auf Kuba, wo derselbe mehr sich selbst erschöpfte, als daß die Generalkapitäne ihn niederzudrücken vermocht hätten. Nach den langen verhängnisvollen Wirren eines blutigen Bürgerkrieges, nach wüsten parlamentarischen Kämpfen hatte nun Spanien wieder Ruhe und eine feste Regierung gefunden, indem die konstitutionelle Monarchie eingeführt wurde, ohne freilich den Fanatismus des römischen Klerus brechen zu können. Denn selbst die zugesicherte Duldung Andersgläubiger wurde nicht gehalten: fanatisch wie immer wurden diese von Priestern und Volk behandelt, die wenigen Protestanten, welche zerstreut im Lande lebten, waren keinen Augenblick ihres Lebens sicher, selbst ihre Kinder wurden aus den Schulen verwiesen, damit sie nicht das Gift der Ketzerei auf die anderen übertrügen. Sogar die Toten ließ man nicht ruhen: die Regierung sah ruhig zu, wenn die Bischöfe beerdigte Ketzer wieder aus der geweihten Erde ausgraben ließen. Die römische Un-

duldsamkeit hat sich nirgends in hellerem Lichte gezeigt als in Spanien: man weiß, was man von ihr erwarten muß, wo sie die Macht in den Händen hält.

8. Kapitel. Die englische Politik, England in Afrika und Asien. Der englisch-afghanische Krieg.

Gladstone und Disraeli. Protest gegen Republikanismus und Ultramontanismus. Die Schwäche in der äußeren Politik. Die Pontusfrage. San-Juan-Inseln. Das englische Landheer. Der Aschantikrieg. Der Sklavenmarkt in Sansibar. Der Zulukrieg. Tod des Prinzen Napoleon. Livingstone. Reise des englischen Prinzen nach Indien. Der indische Kaisertitel. Suezkanalaktien. Der englisch-afghanische Krieg. England und Rußland in Centralasien.

Die englische Politik behielt ihren Charakter und beide einander ablösende Führer bei, sowohl im Innern als nach außen. Im Innern blieb die brennende Frage die irische; an ihr schieden sich die Geister. Gladstone suchte, als Minister und als Parteiführer im ganzen den modernen liberalen Ideen huldigend, den Iren noch weiter entgegenzukommen, ohne daß er dabei vom Glücke sonderlich begünstigt worden wäre. Seine irische Universitätsbill, wodurch er das Privilegium des anglikanischen Trinity College brechen und den irischen Katholiken und Presbyterianern das Recht einer unabhängigen Universitätsbildung einräumen wollte, genügte keiner Partei, am wenigsten den katholischen Bischöfen, und brachte ihn schließlich doch zum Falle, indem er 1874 die Neuwahlen gar nicht mehr abwartete, sondern seine Entlassung nahm. Sein Nachfolger war wieder Disraeli, der seinem Gegner zu viel Energie in der innern und zu wenig in der äußern Politik vorwarf. Er habe geduldet, daß einzelne seiner Anhänger mit offenen Angriffen auf alterprobte englische Einrichtungen, auf Königtum und Oberhaus vorgegangen seien, während andere Irland eine ungebührliche Selbständigkeit einräumen und die Kirche zu einer Art Privateinrichtung herabdrücken möchten. Ob dieser Vorwurf durchaus das Richtige traf, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls ist wahr, daß eine republikanisch sich gebärdende Horde besonders in Irland mit aller Dreistigkeit und Schamlosigkeit in zahlreichen Meetings gegen die Monarchie loszog, wodurch der größte Teil des englischen Volkes sich auf das tiefste beleidigt fühlte. Gerade dieser Umstand hatte der konservativen Partei bei den Wahlen die Mehrheit verschafft. Nicht minder reizte die Maßlosigkeit der irischen Katholiken und ihrer Geistlichkeit, die dem Entgegenkommen

Gladstones wie zum Hohne mit neuen übertriebenen Forderungen dankte. Das englische Volk erblickte in dem Übermut der Ultramontanen und ihrer Parteigänger, der sogenannten Ritualisten, eine drohende Gefahr für sein protestantisches Bekenntnis und erhob sich allenthalben zu lauter Einsprache. Eine so große Bewegung im antirömischen Sinn bemächtigte sich des ganzen Landes, daß es eine Zeitlang den Anschein gewann, als werde ein ähnlicher Kulturkampf wie in Deutschland auch auf dem Inselreich entbrennen. Selbst Gladstone fühlte sich veranlaßt, der römischen Anmaßung durch eine geharnischte Schrift gegen das Vatikanum entgegenzutreten. Die Bedeutung dieser Bewegung schlug der bekannte Vorkämpfer gegen Rom, Döllinger, so hoch an, daß er glaubte, sie könne zur Wiedervereinigung der christlichen Kirchen, vorerst wenigstens der englischen Hochkirche, der niederländischen Jansenisten und der deutschen Altkatholiken, führen: eine Hoffnung, die sich nicht verwirklichte.

In der auswärtigen Politik hatte thatsächlich England unter Gladstone wenig Thatkraft und Beharrlichkeit gezeigt, mindestens soweit sie sich auf die europäischen Angelegenheiten bezog. Unter dem Scheine der Neutralität mischte man sich in alles und schrak doch vor jeder entschlossenen That zurück, wie sie der einmal eingenommene Standpunkt und männliche Entschiedenheit gebot. Diese Unzuverlässigkeit, von schlimmem Eigennutz eingegeben, zeitigte ihre Früchte, indem dadurch die Achtung des englischen Namens bei den Völkern sichtlich herabgedrückt wurde. Besonders in Deutschland erzeugte die Rolle, welche England im deutsch-französischen Kriege spielte, eine tiefe Erbitterung, so daß während desselben eine deutsche Zeitung den Engländern in gerechter Entrüstung die zornigen Worte zurief: „Bindet euch Besen vom Ginsterbusch der Plantagenets und verkauft euren Shakespeare an den Käskrämer, wenn ihr die Enkel eurer Ahnen nicht mehr zu sein gewillt seid". Bismarck vor allem wies alle englischen Vermittelungsversuche und Humanitätsheucheleien von kurzer Hand weit von sich.

Im Grunde lag darin eine Demütigung, eine Beiseitesetzung; sie war wohl verdient. Es folgten noch andere, weit empfindlichere: so von seiten Rußlands in der sogenannten Pontusfrage. Durch den XIV. Artikel des Pariser Vertrages vom Jahre 1856 war Rußland jede freie Bewegung auf dem Schwarzen Meere untersagt. Unter der Gunst der Verhältnisse — es war im Jahr 1871 — erklärten plötzlich die russischen Staatsmänner rundweg, daß sie sich an jene Bestimmung nicht mehr halten würden. Der Kaiser, schrieb Gortschakoff 31. Oktober 1870, kann nicht zugeben, „daß die Sicherheit Rußlands von einer Fiktion abhänge, welche die Probe der Zeit nicht bestanden hat", weshalb er sich

„nicht mehr länger an die Verpflichtungen des Vertrages vom 30. März 1856, insoweit dieselben seine Souveränitätsrechte im Schwarzen Meere einschränken, gebunden erachten kann". Lord Granville legte nun zwar gegen dieses eigenmächtige und vertragswidrige Verfahren Einspruch ein, dennoch aber räumte er in der nach London einberufenen Pontuskonferenz der russischen Macht schwächlich genug ein Recht ein, das diese schon aus eigener Kraft sich angeeignet hatte, und auf das zu verzichten sie sich keinesfalls von England hätte bewegen lassen (1871). Auch der Alabamastreit war nicht dazu angethan, das Ansehen Englands zu erhöhen. Daß es dabei den Kürzeren zog, ist schon gezeigt worden (S. 133). Im Zusammenhange damit stand die Eigentumsfrage über die San-Juan-Inselgruppe, zwischen dem nordamerikanischen Festlande und Vancouver gelegen. Beide Staaten, die Union wie England, nahmen dieselben als ihr Eigentum in Anspruch. Da sie selbst sich nicht einigen konnten, so vereinbarten sie, die Entscheidung des deutschen Kaisers anzurufen, welcher denn auch am 21. Oktober 1872 seinen Schiedsspruch zu gunsten der Union abgab.

Sieht man näher zu, warum sich England in den auswärtigen Angelegenheiten eine so schwächliche, oft zu beschämenden Demütigungen führende Haltung zu Schulden kommen ließ, so bieten sich bald die Erklärungsgründe von selbst dar. Zunächst befand sich die Armee in einem Zustand der Unzulänglichkeit, die von vorneherein die Möglichkeit abschnitt, sich mit irgend einem Landheere der europäischen Großstaaten in einen ungleichen Kampf einzulassen. Der Offiziersstellenkauf und das Werbesystem waren Krebsschäden, deren Heilung der Oberbefehlshaber der englischen Armee, der Herzog von Cambridge, in mehreren Denkschriften verlangte, ohne irgendwie eine durchgreifende, zweckentsprechende Besserung veranlassen zu können. Zudem hatte England genug zu thun, um seine Seeherrschaft aufrechtzuerhalten und den Anfechtungen derselben bald da bald dort mit dem gehörigen Nachdruck zu begegnen. In diesem Punkte durfte sich die Nation keine Schwäche merken lassen. Und sie that es auch nicht. Wo ihre Seemacht und ihre Herrschaft über die entlegensten Völker im geringsten in Frage gestellt oder nur angetastet wurde, da ergriff Regierung und Volk mit fester Eintracht die schärfsten Maßregeln.

England hatte seit langer Zeit an der afrikanischen Goldküste Besitzungen erworben und Befestigungen angelegt; neben ihnen besaßen die Holländer Niederlassungen. Die friedlichen Stämme der Fanti im Hinterlande der Küste standen zum Teil unter englischem, zum Teil unter holländischem Schutz und standen mit den Europäern in einem ziemlich aus-

gedehnten Handelsverhältnis. Der kriegerische und volkreiche Stamm der Aschanti aber sah die Herrschaft der Europäer an der Küste ungern und beunruhigte seit langem die den letzteren freundlich gesinnten Fantistämme, ohne sich gerade zu Feindseligkeiten mit den Europäern selbst hinreißen zu lassen. Als nun aber durch einen Vertrag die Holländer die sämtlichen Küstenforts den Engländern gegen den Verzicht des englischen Schutzrechtes auf Sumatra einräumten (1872), kam es bald zu Reibereien und Gewaltthaten. Die Engländer beanspruchten nämlich auch die Schutzherrschaft über das Gebiet von Elmina, worin die Aschanti einen ungebührlichen Übergriff erblickten, da Elmina von jeher ihr Ausfuhrhafen gewesen war. Ein großes Heer der Aschanti, zu welchem sich auch andere von ihnen aufgewiegelte Stämme gesellt hatten, zog nun heran, schlug die kleine englische Besatzungstruppe und die mit ihr verbündeten Fanti und nahm Elmina in Besitz im Frühjahr 1873. Obwohl nun zwar die Engländer Elmina von ihrem Fort Coast Castle beschossen, vermochten sie doch der Übermacht der Feinde wegen nichts Nachdrückliches auszurichten und mußten das Eintreffen von Truppenverstärkungen abwarten. Im Oktober brachte sie Wolseley aus England und beschloß, alsbald zum Angriff überzugehen. Vor der überlegenen Führung und Bewaffnung der englischen Truppen mußte sich der Befehlshaber der Aschanti bis in die Hauptstadt Kumasi zurückziehen. Wolseley folgte ihm bis zum Grenzflusse Prah und ließ sich selbst durch die Anerbietungen, welche der König der Aschanti Kofi Kalkali durch gefangene Missionäre machen ließ, nicht vom Vorrücken abhalten. Er that gut daran, denn Kalkali hatte es nur auf Täuschungen abgesehen. Die Engländer, auf der Hut gegen jede Hinterlist, schlugen trotz ihrer Minderzahl zweimal, im Januar und Februar 1874, die Aschanti und rückten in die verlassene und größtenteils ausgebrannte Hauptstadt derselben ein. Der König war geflohen und weigerte sich anfangs, auf Unterhandlungen einzugehen. Zur Strafe dafür wurde Kumasi vollständig den Flammen preisgegeben. Erst allmählich siegte bei Kalkali die Einsicht, daß er sich unterwerfen müsse. Er gab also endlich nach, entsagte seinen Ansprüchen auf Elmina und das ganze englische Schutzgebiet und verpflichtete sich, 50000 Unzen Gold als Kriegsentschädigung zu zahlen und die greulichen Menschenopfer abzuschaffen. Die Engländer bewilligten ihm freien Verkehr mit der Küste und die Anlegung eines Verbindungswegs mit seiner Hauptstadt. Als Wolseley im März 1874 mit seinen Tapferen in die Heimat zurückkehrte, wurden sie mit großen Ehren empfangen. „Der Mut“, sagte die Königin in der Thronrede vom 19. März, „die Mannszucht und Ausdauer, welche von meinen Streitkräften an den Tag gelegt wurden, sowie

die Thatkraft, mit welcher die Expedition geleitet wurde, haben unter schwierigen Verhältnissen den alten Ruf der englischen Waffen glänzend bethätigt".

Auch an der Ostküste von Afrika sah sich England fast gleichzeitig zum Einschreiten bewogen. Obwohl die Regierung mit dem Sultan von Sansibar einen Vertrag geschlossen hatte, wornach derselbe die Verpflichtung übernahm, in seiner Hauptstadt fernerhin die Abhaltung von Sklavenmärkten nicht mehr zu gestatten, blieb doch wie zum Hohne dieser Greuel im Schwange. Deshalb wurde Anfang des Jahres 1873 ein außerordentlicher Gesandter, Sir Bartle Frere, zum Sultan geschickt mit der Aufgabe, ihn an den Vertrag nachdrücklich zu erinnern. Da dies aber nichts fruchtete, erschien von Indien aus ein englisches Geschwader und zwang den Widerspenstigen, in aller Form die Verpflichtung anzuerkennen, so daß jetzt wenigstens nicht mehr in seiner Hauptstadt und gleichsam mit seiner Genehmigung dieser entsetzliche Handel betrieben wurde.

Mehrere Jahre darnach wußte England auch in Südafrika sein Ansehen wieder geltend zu machen und seine Herrschaft auszubreiten, ein Grundsatz, an dem Disraeli unentwegt festhielt, wodurch aber auch naturgemäß manche Verwickelungen herbeigeführt wurden. Die Verhältnisse in dem südafrikanischen Kapland verwirrten sich in der Mitte der siebenziger Jahre der Art, daß die englische Regierung den Entschluß faßte, mit fester Hand, was freilich vielfach getadelt und als schmählicher Eigennutz gescholten wurde, zuzugreifen, indem sie annahm, daß die Nähe der Transvaalrepublik nicht geeignet sei, den Geist der Zwietracht und Widerspenstigkeit des Kaplandes, welcher viel zu schaffen machte, zu besänftigen. Es erschien daher als einziger Ausweg, die Transvaalrepublik in Besitz zu nehmen. Am 12. April 1877 kam Shepstone in die Hauptstadt Pretoria und erklärte im Namen und Auftrag seiner Regierung die Republik als englisches Eigentum, ohne auf die Proteste des Präsidenten und des Volksrates zu hören. Die Republik mußte sich in ihr Schicksal ergeben, obwohl die „Boeren" es an keinem Versuche, sich ihre Freiheit zu erhalten, fehlen ließen. Zu diesem Zwecke begab sich der Präsident Krüger selbst nach London, aber er erreichte nichts. Als dann 1880 und 1881 die Boeren die Waffen ergriffen, gelang es ihrem Führer Joubert zwar, aus den meisten Städten die englischen Truppen zu verdrängen und sogar dem Gouverneur von Natal, Colley, mehrere empfindliche Niederlagen beizubringen, aber schließlich mußten sie sich doch zu Friedensverhandlungen bequemen, welche zur Anerkennung der englischen Oberhoheit führten, während den Boeren die unbeschränkte

Selbstverwaltung zugestanden wurde. Seitdem hat in Pretoria ein englischer Resident seinen Sitz aufgeschlagen. Noch einmal, in den Jahren 1883 bis 1885, kam es zu Mißhelligkeiten. Im Jahre 1883 war Krüger abermals nach London gereist, um die Rücknahme der englischen Oberhoheit und die Genehmigung der Gründung einer südafrikanischen Republik zu erlangen. Allerdings gestand sie diese Forderung mit einzelnen Einschränkungen zu; jedoch ließ sie durch Warren das Gebiet zwischen der südafrikanischen Republik und dem Flusse Molopo (Britisch-Betschuanaland) in Besitz nehmen, nachdem die Boeren mit der Republik Oranje 1884 ein Schutz- und Trutzbündnis abgeschlossen hatten. Mit diesen Bemerkungen sind wir anderen Vorkommnissen bereits vorausgeeilt.

Diese Vorgänge hatten schon längst den Zorn der benachbarten eingeborenen Stämme um so mehr erregt, als sie für ihre Unabhängigkeit fürchteten und nicht gesonnen waren, sich mühe- und kampflos das britische Joch aufhalsen zu lassen. Sichere Anzeichen deuteten darauf hin, daß die Engländer das fruchtbare Küstengebiet zwischen Port Natal und Delagoabai ebenfalls sich aneignen wollten. Dagegen erhoben sich mit den Waffen in der Hand die kriegerischen Zulus, geführt von ihrem entschlossenen und grausamen Könige Cetewayo, der mit einer gut geschulten und bewaffneten Armee die Feindseligkeiten gegen die Briten begann. Der schon erwähnte Bartle Frere nahm den Kampf ungeachtet seiner dem Feinde bei weitem nicht gewachsenen Streitkräfte auf und mußte es bitter büßen. Die Engländer erlitten anfangs schwere Verluste und arge Drangsal. Bartle Freres Truppen und Talent reichten nicht hin, ihn zu zähmen. Da wurde Garnet Wolseley, der die Aschanti besiegt hatte, mit dem Oberbefehl und einer genügenden Anzahl von Truppen nach Südafrika geschickt. Dem Feldzuge hatte sich der junge Prinz Napoleon, des verstorbenen gleichnamigen Kaisers Sohn und die letzte Hoffnung seiner Mutter Eugenie und der bonapartistischen Partei, angeschlossen. Bei einem Aufklärungsritt, an dem er unter Chelmsford teilnahm, fiel er in einen Hinterhalt und wurde zum unsäglichen Schmerz seiner Mutter und der bonapartistischen Partei von den Zulus entsetzlich verstümmelt und ermordet (1879). Die alsbald erhobene Anschuldigung, daß die sorglose Führung den Tod des Prinzen verschuldet habe, scheint der Begründung nicht ganz zu entbehren. Bei Ulundi kam es darnach zum entscheidenden Kampfe, in welchem die Zulus vollständig geschlagen und in die Flucht gejagt wurden. Cetewayo eilte mit dem Reste seines Heeres in eine im Wald versteckte Zufluchtsstätte, Kraal genannt. Allein seine Feinde verfolgten ihn und schlossen ihn ein. Er mußte sich ergeben und wurde als Gefangener nach der

Kapstadt geschafft. Sein Land wurde britisches Eigentum, und die Häuptlinge der mit ihm verbundenen Stämme erkannten die Oberhoheit Englands an. Was an ihm lag, that Wolseley mit Umsicht und Strenge, die Herrschaft seiner Königin in den neugewonnenen Länderstrecken zu sichern und geordnete Verhältnisse herzustellen. Bis das Jahr 1879 sein Ende erreichte, war ihm dies so ziemlich gelungen.

Cetewayo saß unterdessen gefangen in der Kapstadt. Erst 1882 entschloß sich die englische Regierung ihm gegenüber zu einem andern Verfahren. Er sollte unter englischer Oberhoheit wieder sein Land erhalten. Deshalb wurde er nach London gebracht, wo er einen Vertrag unterzeichnete, dem zufolge er in Ulundi einen englischen Residenten annehmen wollte. Allein Cetewayo, in sein Reich zurückgeführt, fand nur Haß und Abneigung vor. Eine Empörung verjagte ihn, und bald darauf wurde sein Sohn zum König ausgerufen, der mit den Nachbarboeren sich vertrug und das Gebiet für die Gründung einer neuen Republik abtrat. In England regte sich manchmal der Unwille über die wechselnde Taktik der Regierung diesen Verwirrungen gegenüber. Nicht jedesmal ging sie mit entschlossener Energie vor, allein nur aus dem Grunde, weil man nicht zu große Opfer bringen und sich nicht an zu vielen Stellen in Streitigkeiten einlassen wollte. Durch Beharrlichkeit und Geduld suchte sie ihre Ziele zu erreichen. Auch in Südafrika, man kann es nicht leugnen, wächst langsam aber sicher Englands Macht und Einfluß.

Unerwähnt darf an diesem Orte übrigens nicht die Thatsache bleiben, daß England auch hervorragende Männer stellte, die es sich zur Aufgabe machten, den „dunkeln Erdteil" zu erforschen. In erster Linie ist hier der kühne Forscher und Missionar David Livingstone zu nennen. Indessen soll von ihm und denen, welche in der Erforschung Afrikas in seine Fußstapfen traten, erst bei der deutschen Kolonialpolitik weiter unten berichtet werden.

Auf allen Weltteilen hatte England Besitzungen und zwar vielfach von sehr großer Ausdehnung und Bedeutung. Aber sie alle übertraf das britisch-indische Reich, das zu einem unmittelbar staatlichen Besitz erst infolge der Indiabill 1858 durch die Aufhebung der ostindischen Kompagnie geworden war. Seitdem wandte die englische Regierung alle Mittel an, das weite Reich zu fördern und auf eine höhere Stufe der Kultur zu heben. Weit entfernt davon, Indien etwa nach dem Kolonialprinzip früherer Jahrhunderte auszubeuten und sonst um das Schicksal der Bewohner sich nicht zu kümmern, übernahm sie alle Pflichten des neuen Verhältnisses und begründete so thatsächlich eine

bald sichtbare Entwickelung der Wohlfahrt. Und da, wo diese durch unvorhergesehene und von Menschen unabwendbare Ereignisse, wie durch Mißwachs, gestört wurde, trat sie mit Thatkraft ein, dem Übel so weit als möglich vorzubeugen, indem sie nach Kräften dem Massenelend steuerte, so in den Hungersnöten, welche schlechte Ernten herbeiführten. Besonders das Torykabinet Disraelis entfaltete eine bemerkbare Rührigkeit für Indien. Um vollends der indischen Bevölkerung einen handgreiflichen Beweis des königlichen Wohlwollens zu geben, mußte sogar der Prinz von Wales in Vertretung seiner königlichen Mutter eine Reise nach Ostindien unternehmen, um durch seinen Aufenthalt die Sympathieen für England zu gewinnen und zu vermehren. Sechs Monate lang, vom November 1875 bis zum April des folgenden Jahres, weilte der Prinz in Indien, besuchte die wichtigsten Städte und Provinzen und verkehrte mit den einflußreichsten Eingeborenen. Die Maßregel übte die günstigste Wirkung aus und befestigte das Ansehen der königlichen Macht; überall fand der Königssohn und künftige Herrscher günstige Aufnahme. Allein Disraeli war mit diesem Erfolge keineswegs zufrieden. Das neue Verhältnis sollte auch durch einen glänzenden, der Macht entsprechenden Titel bezeichnet und gleichsam besiegelt werden. Deshalb setzte der Minister trotz des Widerwillens eines sehr beträchtlichen Teiles der englischen Nation und des Parlaments ein Gesetz durch, wornach die Königin fürderhin in Bezug auf das indische Reich den Kaisertitel führen dürfe. Selbst die greise Königin, doch sonst gerade nicht von hervorstechender Ehrsucht beseelt, war über diese ruhmvolle Bezeichnung sehr entzückt und erstattete ihrem Minister dadurch ihren Dank, daß sie denselben zum Earl von Beaconsfield erhob. Derselbe Staatsmann hatte sich schon kurz vorher ein von den Engländern sehr hoch angeschlagenes Verdienst erworben, indem er sich durch einen schlauen Schachzug den wichtigsten Punkt der Verbindungslinie zwischen England und Indien dadurch sicherte, daß er in aller Stille alle Suezkanalaktien, deren man habhaft werden konnte, aufkaufen ließ (1875). Bis die Franzosen es nur merkten, waren sie auf diese Weise um ihr Übergewicht in Ägypten, das sie wie ein altes historisches Recht ansahen, gebracht und die schon genügend große Macht Englands auf dem Mittelländischen Meer um ein bedeutendes gesteigert.

Viel weniger vorteilhaft standen für England die Dinge in Centralasien. Langsam, aber sicher und zielbewußt dehnte Rußland seine Macht aus und drang Schritt für Schritt nach dem Süden vor, den Besitz und die Machtstellung Englands in Indien ohne Zweifel dadurch im hohen Grade bedrohend. Die englische Politik trug aber auch in

der centralasiatischen Angelegenheit das Gepräge der Unbestimmtheit und schwankender Unentschlossenheit an sich und leistete dadurch den unverkennbaren Absichten Rußlands nur Vorschub, statt ihnen von Anfang an mit unbeugsamem Widerstand zu begegnen. Erst als Rußland immer näher an Afghanistan sein Machtgebiet heranrückte und in diesem Lande selbst, welches allmählich allein das russische Gebiet vom indisch-britischen Reiche trennte, Einfluß zu gewinnen suchte, erkannte man in England, daß es höchste Zeit sei, durch gütige oder gewaltsame Mittel diesen gefährlichen Fortschritt zu verhindern. Um keinen Preis durfte Rußland in Afghanistan Fuß fassen. Es war aber keine leichte Sache mehr, ihm dies zu wehren.

Als im Jahre 1862 Dost Mohamed, der das zerfallende Afghanenreich wieder gefestigt und ihm Herat einverleibt hatte, hochbetagt starb, brachen die herkömmlichen Thronstreitigkeiten aus, obwohl der sterbende Emir seinen Sohn Schir Ali zum Nachfolger bestimmt hatte. Sechs volle Jahre wütete ein unheilvoller Bruderkrieg, in welchem sich besonders Schir Alis Sohn, Jakub Chan, durch Tapferkeit und Umsicht um die Sache seines Vaters verdient gemacht hatte. Allein merkwürdigerweise gerade diese Tüchtigkeit seines Sohnes, der seine selbständige Natur auch darin nicht verleugnete, daß er seinen Haß gegen die Engländer offen zur Schau trug, erweckte den Verdacht und vielleicht auch die Eifersucht Schir Alis. Letzterer schloß 1868 mit England ein Schutz- und Trutzbündnis. Dieser Schritt seines Vaters und dessen öffentlich bekannte Absicht, seinen Sohn von der Thronfolge auszuschließen, brachten Jakub Chan so auf, daß er die Fahne der Empörung ergriff. Viele Afghanen, denen die Engländer verhaßt waren, schlossen sich ihm an, als er von Kabul sich aufmachte, um Herat für sich zu gewinnen. Es gelang auch. Die Engländer, welche Jakub Chans Gesinnung kannten, erachteten es für geboten, sich in den Streit zu mischen, weil sie nicht ohne Grund befürchteten, daß der aufständische Prinz bei den Russen seinen Hinterhalt suchen möchte. Aber sie thaten das doch wieder in recht lauer und unentschiedener Weise, indem sie sich auf eine allerdings erkleckliche Geldunterstützung Schir Alis beschränkten und dadurch in letzterem das Vertrauen auf die englische Aufrichtigkeit nicht im notwendigen Maße befestigten. So trat eine merkliche Spannung zwischen Schir Ali und den Engländern ein, welche der indische Vicekönig Lord Lytton vergebens zu beseitigen suchte. Ja Schir Ali trat jetzt selbst in geheime Verhandlungen mit der russischen Regierung und alle erneuten Versuche der Engländer, den Emir wieder auf ihre Seite zu ziehen, blieben erfolglos. Im Gegenteil, während

eine russische Gesandtschaft in Kabul mit auffallender Ehrerbietung und Freundlichkeit aufgenommen wurde, weigerte sich Schir Ali, englische Gesandte nach seiner Hauptstadt ziehen zu lassen und sie ebenfalls zu empfangen. Eine solche Beleidigung konnte sich England nicht gefallen lassen schon mit Rücksicht auf die indische Bevölkerung. Deshalb wurde der Krieg gegen Afghanistan beschlossen im Jahre 1878.

Es wurde eine Streitmacht von fast 40000 Mann aufgeboten, deren dritter Teil aus europäischen Truppen bestand. In drei Säulen, die aber miteinander Fühlung suchen sollten, wollte man in Afghanistan einrücken. General Browne führte den Oberbefehl. Der linke Flügel der englischen Armee sollte unter General Stewart durch den Bolanpaß über Ketta nach Kandahar vordringen, das Centrum durch den Cheiberpaß und der rechte Flügel durch das Karumthal Kabul zu gewinnen suchen. Bei Beginn der Feindseligkeiten ließ der Emir den „heiligen Krieg“ gegen die Ungläubigen ausrufen, um die Wut seiner Unterthanen gegen die englischen Eindringlinge auf das höchste zu reizen, zugleich verlangte er von der russischen Gesandtschaft, die noch in Kabul verweilte, eine militärische Unterstützung durch 30000 Mann. Unterdessen waren die Engländer schon siegreich in das Land eingerückt, und die Russen beschränkten sich auf gute Ratschläge. Der haltlose Emir nun übergab seinem Sohne Jakub Chan den Oberbefehl und verließ seine Hauptstadt Kabul mit der ausgesprochenen Absicht, nach Petersburg zu gehen und die Entscheidung des Kaisers anzurufen.

Inzwischen zog General Browne in Dschellalabad ein, und einer seiner Befehlshaber nahm den Peiwarpaß weg. Auch Mattunda wurde besetzt, nicht ohne blutigen Kampf. Ja man beschuldigte die Engländer sogar der völkerrechtswidrigen Grausamkeit, Gefangene erschossen zu haben. Sicher ist, daß die Wut beiderseits den höchsten Grad erreichte und daß sich die Afghanen durch nichts einschüchtern oder abschrecken ließen. Obwohl die Engländer auch manche Schlappen erlitten, so behielten sie im ganzen doch überall die Oberhand. Im Januar 1879 besetzten sie Kandahar. Eben wollten die englischen Truppen die Winterquartiere beziehen, als die Nachricht eintraf, daß der Emir Schir Ali nach qualvollen Leiden in Masari-Scheri gestorben sei.

Die ungeregelte Thronfolgerfrage beschwor wiederum Parteiungen und blutige Kämpfe herauf. Die Afghanen wandten ihre eigenen Waffen gegeneinander. Die rohe Gewalt herrschte. In der Hauptstadt geriet sogar die russische Gesandtschaft in Lebensgefahr. Endlich ging aus diesem Knäuel unheilvoller Verwirrungen Jakub Chan siegreich als Emir hervor. Der Krieg dauerte fort, obwohl man sich von beiden Seiten in

Unterhandlungen eingelassen hatte. Die Engländer hätten ein gutes Einvernehmen mit dem neuen Emir gerne hergestellt: die in das feindliche Land weit vorgerückten Truppen hielten nur mit den größten Schwierigkeiten ihre Verbindung mit Indien aufrecht. Der hinterlistige Jakub Chan, welcher dies wohl wußte, suchte die Engländer durch seine heuchlerischen Unterhandlungen zu täuschen, ja er trieb die Sache soweit, daß er sogar im englischen Lager erschien und die englischen Friedensbedingungen — Friede zu Gundamak — scheinbar willig sich mitteilen ließ. In England jubelte man schon, als ob der Friede bereits abgeschlossen wäre, und pries die Weisheit der englischen Diplomatie. Major Cavagnari wurde als Gesandter vom indischen Vizekönig nach Kabul gesandt und vom Emir auf das ehrenvollste empfangen. Aber es lauerte Verrat im Hinterhalt. In Kabul brach ein Aufstand aus, der sich unmittelbar gegen Cavagnari und seine Begleitung richtete. Die tobende Menge griff den Gesandten in seinem Hause an, steckte dasselbe in Brand und tötete ihn mit seinen Leuten. Wenn auch ein Einverständnis des Emirs nicht nachgewiesen werden konnte, so traute die englische Regierung doch dem verschlagenen Fürsten nicht mehr und forderte strenge und schnelle Sühnung für die unerhörte Blutthat. General Roberts erstürmte Kabul und ließ nach einem summarischen Verfahren über die Rädelsführer vier angesehene Afghanen, nämlich einen Prinzen, zwei Generale und den ersten Mullah (Priester) der Hauptstadt, aufhängen. Aber nicht so leicht war es, des Landes und der immer wieder auftauchenden afghanischen Truppen trotz der besseren Bewaffnung und der überlegenen Taktik Herr zu werden. Die Massen ersetzten die geringere Kriegskenntnis auf Seite der Afghanen. Ungeheure Summen und viele Opfer an Menschenleben hatte den Engländern schon der Krieg gekostet, und sein Ende war immer noch nicht abzusehen.

Gladstone, der in jener Zeit wieder einmal an das Staatsruder gekommen war, verlegte sich auf das Verhandeln. Der unzuverlässige Jakub Chan wurde auf die Seite geschoben und der Prätendent Abdurrahman als Emir anerkannt. Gladstone wollte möglichst bald und ehrenvoll den ganzen Handel beendigen und Afghanistan räumen. Aber gegen die Abmachungen zwischen Abdurrahman und den Engländern lehnte sich Ejub Chan, ein Bruder Jakub Chans, auf, welcher in Herat sofort auf eigene Faust seine Herrschaft aufrichtete, willens, das Emirat von Afghanistan an sich zu reißen. Entschlossen rückte er gegen Kandahar heran, jeder Tag verstärkte seine Macht, indem ihm von allen Seiten Streitgenossen zuzogen. Und das Glück gesellte sich zu ihm. Drei Meilen vor Kandahar, bei Kuschk-i-nakhud, brachte er den Eng-

ländern eine schwere Niederlage bei, versäumte es aber, den Fliehenden nachzusetzen und Kandahar zu überrumpeln. Dieser Fehler rächte sich bitter, als sich Ejub Chan zu einer regelrechten Belagerung von Kandahar entschloß, denn die Engländer hatten die Zeit klug ausgenutzt und alle Vorbereitungen getroffen. Bei Pir-Paiwal schlug General Roberts, der zum Entsatze von Kandahar herbeieilte, Ejub Chan so auf das Haupt, daß dieser in wilder Hast das Schlachtfeld verließ, seine ganze Sache verloren gab und in Persien eine Zuflucht suchte. Gladstone hielt es nun für an der Zeit, aus dem afghanischen Kriege sich herauszuziehen, indem er die Zumutung von sich wies, Herat zu nehmen. Den Tadel, den man wegen dieses angeblichen Versäumnisses auf den Minister häufte, verdiente er vielleicht nicht ganz; denn sobald England Miene gemacht hätte, Herat zu nehmen, würde Rußland seine Zuschauerrolle aufgegeben und sofort bewaffneten Protest erhoben haben. Diese Gefahr wagte Gladstone nicht heraufzubeschwören. Der Friede von Gundamak, welcher den Engländern immerhin ein gewisses Übergewicht in Afghanistan einräumte, trat in sein Recht. Gladstone zog die englischen Truppen zurück; aber jedermann hatte den Eindruck, daß diese Verlegenheitspolitik am wenigsten den Russen imponieren würde. Im Gegenteil mußte der Mangel an Mut, den dieser Friedensschluß nicht zu verbergen vermochte, die russische Begehrlichkeit reizen.

Bald zeigte es sich. Aus Furcht vor den Russen hatten die Engländer nicht gewagt, die Hand auf Herat zu legen. Die Russen aber fürchteten sich nicht, Merw, den Schlüssel zu Afghanistan, wegzunehmen und durch die Unterwerfung der Turkmenen ihr Gebiet bis unmittelbar an die afghanische Grenze auszudehnen. Der russische General Skobelew schlug die Turkmenen am 26. März 1881 so entscheidend, daß sie jeden Widerstand aufgaben und durch kaiserlichen Ukas das Land der Tekke-Turkmenen als „transkaspisches Gebiet“ dem russischen Reiche einverleibt wurde. Über die Beunruhigung, welche der englische Minister über dieses Vordringen zeigte, setzten die Russen sich leicht hinweg; indem sie nur hervorhoben, daß die Grenze (insbesondere nach Osten hin) noch nicht feststehe, ließen sie auch wohl durchblicken, daß die Feststellung dieser Angelegenheit einzig Rußland und Persien angehe. Als nun England durch geheime Agenten in Merw gegen Rußland schüren ließ, erreichte es das Gegenteil. Am 12. Februar 1884 erschienen 4 Chane mit 24 Ältesten bei dem russischen General Komaroff und leisteten dem Zaren den Eid der Treue, überzeugt, daß nur die russische Regierung im Stande sei, in Merw die Ordnung aufrechtzuerhalten. Während die englische Diplomatie sich darüber in Klagen und Vorwürfen erging,

fuhren die Russen fort zu handeln und verstanden sich nur sehr langsam dazu, eine gemeinsame Grenzregelungskommission anzuerkennen. Dies Zugeständnis bezeichnete aber nicht im mindesten eine Nachgiebigkeit. Die Russen wichen keinen Schritt breit zurück, mit den Waffen in der Hand führten sie ihre Sache, was einen erneuten Konflikt mit England heraufbeschwor. Es schien zu einem Kriege zu kommen. Aber die Engländer drohten nur, und Rußland zeigte nicht die geringste Anwandelung von Furcht. Man vertrug sich friedlich über die Grenzfrage. Aber Rußland hatte doch seinen Willen fast ganz durchgesetzt. Merw verblieb ihm. Näher und näher rückt es an Indien heran: es bleibt fraglich, ob Afghanistan ein neutrales trennendes Gebiet zwischen den beiden mit Haß und Neid gegeneinander erfüllten und um die Herrschaft über den fast unerstrecklichen asiatischen Weltteil ringenden Großmächten für die Dauer bilden und so dem indisch-britischen Reiche eine schützende Vormauer abgeben werde, wie die Engländer hoffen. Es ist nicht zu sagen; die ganze asiatische Frage geht als ein ungelöstes Rätsel der Zukunft entgegen. Mit zermalmender Wucht werden wohl einmal in Asien Rußland und England aufeinanderstoßen. Sollen wir den Russen das Übergewicht wünschen? Was man auch mit Recht gegen England und seine Politik vorbringen mag, das Eine darf nicht geleugnet werden, daß die englische Nation eine Kulturträgerin ist und die eroberten Länderstriche geistig und sittlich zu heben sich bemüht. Rußland trauen wir nicht dieselbe Absicht und Fähigkeit zu.

9. Kapitel. Rußlands innere Entwickelung und seine asiatischen Pläne.

Rußland. Die Reformen. Finanzen. Aufhebung der Leibeigenschaft. Die nihilistische Bewegung. Die Russifizierung. Verhalten gegen Deutschland. Der Krieg mit Chiwa und die russische Ausbreitung in Mittelasien. Aussicht in die Zukunft.

Rußland war seit 1856 in ein neues Stadium getreten, in das Stadium der Reformen. Dieselben übten ihre unleugbar heilsame Wirkung aus, aber sie hatten auch böse Erscheinungen zur Folge, welche teilweise zu einer schweren Gefahr für das Reich und die Monarchie sich auswuchsen. Der weisen Bemühung Kaiser Alexanders II. und seiner Regierung gelang es, in vielen Dingen die dringend nötige Ordnung zu schaffen, vor allem auf dem Gebiete der Finanzen durch Sparsamkeit und eine haushälterische Verwaltung, im Gerichtswesen und durch die Gewährung der Selbstverwaltung in einzelnen größeren Städten, sowie

durch die Einführung von Kreis- und Provinzialvertretungen. Seit dem Anfang der siebenziger Jahre gedieh dieser Fortschritt sogar schon soweit, daß das jährliche Defizit aus dem Budget verschwand und sich allmählich selbst ein Überschuß der Staatseinnahmen über die Ausgaben ergab. Dieser erfreuliche Zuwachs wurde dazu benutzt, dem Handel und Verkehrswesen unter die Arme zu greifen, indem rasch die Eisenbahnlinien vermehrt und das Telegraphennetz vergrößert wurde. Seit 1871 verbindet ein Kabel Rußland sogar mit China und Japan. Der Verbreitung einer allgemeinen Schulbildung, soweit dies die kolossalen und ungleichartigen Verhältnisse des weiten Reiches zuließen, widmete die Regierung umsomehr ihre Aufmerksamkeit, als damit in engem Zusammenhang ihr Plan stand, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen. Vom menschlichen Standpunkt aus wurde auch im Ausland mit Freuden der hochherzige Entschluß des Kaisers begrüßt, die Leibeigenschaft durch Verselbständigung der fast zahllosen ackerbautreibenden Bevölkerung aufzuheben. Um den Boden zu befreien, d. h. ihn der Bauernschaft zu eigen zu geben, dazu brauchte man allerdings viel Geld. In der That gestaltete sich daher dieser Umwandelungsprozeß schwierig genug. Die Ablösungskosten, obwohl der Schätzungswert der Güter sehr niedrig gegriffen wurde, z. B. in Polen höchstens auf die Hälfte, waren in vielen Fällen derart, daß die Bauern sie nicht erschwingen konnten und ihre Lage trotz der Verbesserung recht gedrückt blieb. Die Zahl dieser Leute belief sich auf Millionen.

Dieser Notstand schloß eine um so größere Gefahr in sich, als er mit anderen schlimmen Erscheinungen zusammentraf. Die auch in Rußland zu schneller Blüte aufsteigende Industrie zog unter der massenhaften Arbeiterbevölkerung sozialdemokratische und nihilistische Bestrebungen groß, die sich gegen alles Bestehende mit schärfster Verneinung zu wenden begannen, und nicht bloß zu Geheimbündeleien und Verschwörungen führten, sondern auch zu Verbrechen gegen die staatliche Ordnung und ihre Träger. Und je strenger und aufmerksamer die Regierung dagegen auftrat, desto erfinderischer und desto verwegener erwies sich diese Verbindung, der wahre Krebsschaden Rußlands. Schon beunruhigte sie Volk und Regierung durch Brandstiftungen, Morde und Mordanschläge auf hochgestellte Personen, besonders der Polizei. Und weit entfernt, daß schwere Haft, Verbannung und blutige Hinrichtung den verbrecherischen Keim auszurotten imstande gewesen wären, entzündeten die gerichtlichen Verhandlungen erst recht den Funken des verbrecherischen Fanatismus zu neuen Frevelthaten, bei denen die Thäter ohne jede Rücksicht auf sich und die Folgen für ihr eigenes Leben nur das Ziel im Auge hatten,

ihr Opfer zum Falle zu bringen. Eine unheimliche Angst vor dieser im Dunkeln schleichenden und geradezu ungreifbaren Mörderbande erfaßte die Gemüter; man sah das rasche Anwachsen dieser höllischen Verbindung und befürchtete das Schlimmste von ihr. Wie berechtigt diese Annahme sei, sollte eine nahe Zukunft lehren. Die Regierung suchte zwar dem Übel beizukommen, aber sie kam dabei um keinen Schritt vorwärts. Denn was die ganze, mehr und mehr erstarkende Bewegung eigentlich wollte, konnte kein Mensch angeben. Auch die Zugeständnisse an die modernen Bestrebungen, welche der Kaiser in seiner Geneigtheit für Reformen machte, befriedigten diese Sippe, deren Ziel lediglich der Umsturz zu sein schien, keineswegs. So ergab sich mit einer gewissen Folgerichtigkeit nicht bloß eine angstvolle Unruhe, sondern auch ein unsicheres und planloses Umhertasten nach Heilmitteln, die aus diesem Grunde oft nicht bloß eine gute Wirkung versagten, sondern sogar noch das Übel vermehrten. Dahin gehörte die hartherzige Russifizierungspolitik, zu welcher sich die Regierung durch die panslawistische Partei verleiten ließ.

Der ungeheure russische Staatskörper ist nicht nur aus verschiedenen Nationalitäten, sondern auch aus verschiedenartigen Rassen zusammengesetzt. Nur tolle Wut kann sich dem Glauben hingeben, daß man von oben herab diese Massen zu einem Gusse zusammenschmelzen und alle zu Slawen und Russen umstempeln kann. Dennoch verfolgte die russische Regierung seit den sechziger Jahren diese unheilvolle Bahn, auf der nichts erreicht wurde, als daß man dem Staatswesen eine neue Menge von Unzufriedenen und Zornigen erweckte und die zunehmende Erbitterung noch vergrößerte. Zunächst hatten die Polen, wenn auch nicht ohne eigenes Verschulden, allerlei Qualen auszuhalten: durch vollständige Russifizierung sollte ihnen der letzte Rest ihres reizbaren nationalen Bewußtseins entrissen werden; ihre Sprache wurde verpönt, die Leitung der katholischen Kirche nach der kaiserlichen Hauptstadt verlegt, das Kirchengut eingezogen, um die Geistlichen zu Staatsdienern zu machen, und schließlich auch das Konkordat mit der päpstlichen Kurie 1866 aufgehoben. Der polnische Adel, dem die letzte Erhebung schon so außerordentlich mitgespielt hatte, und dem aus der Bauernbefreiung ungeheure Einbußen erwachsen waren, wurde durch die Revision der Adelsdiplome aufs neue geschädigt, ja der niedere fast gänzlich vernichtet. Selbst die griechisch-unierte Kirche fand keine Gnade vor der russischen Unifizierungswut: sie sollte das mit Rom im 16. Jahrhundert geschlossene Bündnis lösen und einfach zur echten orthodoxen Kirche des Zaren zurückkehren. Mit rücksichtsloser Gewaltthätigkeit suchte man diese Wiedervereinigung zu erzwingen. Es verstand sich unter solchen Verhältnissen

von selbst, daß man mit den übrigen christlichen Bekenntnissen erst recht kein Federlesens machte. Die evangelischen Bewohner der Ostseeprovinzen, ihrer Abstammung nach meist Deutsche, mußten sich alle erdenklichen Peinigungen gefallen lassen: ihr Glaube, ihre Sprache, ihre Nationalität war den Stockrussen ein Greuel. Weder Bitten noch Proteste fruchteten etwas. Im Gegenteil, man befürchtete für die Zukunft sogar eine Verschärfung dieser gehässigen Maßregeln, sobald einmal der Großfürst-Thronfolger an das Regiment kommen würde. Forderungen wie die des esthländischen Landtages, daß man ihnen „die Freiheit des religiösen Bekenntnisses ohne allen Gewissenszwang, das Recht eigener Fortentwickelung auf den gegebenen Grundlagen deutscher Nationalität, einheimischer Verwaltung und Rechtspflege" zurückgeben möge, konnten nur die gegenteilige Wirkung hervorrufen. Selbst die stammverwandten Ruthenen oder Kleinrussen schonte der panslawistische Fanatismus nicht: sie sprachen ihre eigene Sprache, die der russischen verwandt war, und hatten es im Laufe der Zeiten zu einer achtungswerteren Litteratur gebracht als die Russen. Nun sollte mit einem Schlag diese Sprache auf die Seite geschoben, der Druck, wie die Verbreitung ruthenischer Schriften mit einem einzigen Federstrich verboten sein. Wenn solche Gewaltstreiche nicht erbittert hätten, so hätte die ganze Masse der betroffenen Völkerschaften ohne Verstand und Empfindung sein müssen.

Die Russifizierung verletzte auch außerhalb des Reiches, z. B. das deutsche Volk mit dem harten Verfahren gegen die Ostseeprovinzen. Dieses freilich durfte sich nicht laut äußern wegen der Verdienste, die sich der russische Kaiser um Deutschland in dem ernsten Streite desselben mit Frankreich erworben hatte. Des Zaren wohlwollende Haltung, welche keineswegs von der stockrussischen Partei geteilt oder nur gebilligt wurde, hatte die Kriegs- und Rachegelüste, die bei einzelnen Staatsmännern europäischer Staaten, z. B. in Österreich, unzweifelhaft vorhanden waren, respektvoll niedergehalten; denn Alexander II. war ohne Frage entschlossen, einem jeden, der sich hätte anschicken wollen, den Franzosen beizustehen, sofort und energisch in den Arm zu fallen. Preußen sollte, so lautete die Ansicht des russischen Kaisers, um keinen Preis daran gehindert werden, die Früchte seiner Siege zu ernten und die deutsche Frage zu lösen. „Preußen, schrieb Kaiser Wilhelm seinem kaiserlichen Neffen, „wird es niemals vergessen, daß es Ihnen zu danken ist, wenn der Krieg nicht die äußersten Dimensionen angenommen hat." Zum Dank dafür konnte der Zar von der deutschen Politik erwarten, daß man ihm freie Hand lassen werde. Das geschah auch.

Seit geraumer Zeit suchte Rußland in Mittelasien seine Macht kräftigst auszubreiten und machte gegenüber dem scheel dareinsehenden England kein Hehl daraus. Schon 1865 hatte Gortschakoff dargelegt, daß im Interesse der Selbsterhaltung Rußland gegen Turkestan eine gesicherte Grenzlinie suchen müsse, da die unruhigen Nomadenstämme fortwährend die Ruhe und Sicherheit beeinträchtigten. Es müsse den asiatischen Völkern klar gemacht werden, daß es für sie weit vorteilhafter sei, den Handel der Karawanen zu begünstigen oder sicherzustellen, als dieselben auszuplündern. Die kriegerischen Stämme an seiner Grenze müsse also Rußland sich einverleiben und ackerbautreibende, friedliche Völkerschaften zu seinen Nachbarn machen. Diesen einzigen Zweck hätten die russischen militärischen Operationen. Die mißtrauische Eifersucht der Engländer wurde durch diese so friedlich klingenden Versicherungen nur wenig beschwichtigt, weil ihnen fortwährende Grenzverschiebungen der Russen zur Seite liefen, weil die letzteren sich fast immer zur fortschreitenden Ausdehnung ihres Verteidigungssystems und allmählich auch ihres Gebietes gedrängt glaubten. Dieses System war doch, was man auch sagen mochte, auf Machterweiterung und Eroberung gerichtet, sobald sich die „friedlichen" Nachbarn in Buchara, Kokan und Chiwa irgend etwas zu Schulden kommen ließen, was den Russen nicht gefiel. Die tägliche Berührung brachte notwendigerweise mancherlei Reibungen mit sich. Insbesondere that der Chan von Chiwa, dem die Russen unangenehm waren, als fürchte er sich wenig, in der übertriebenen Hoffnung, von allen Seiten, von England und der Türkei, ebenso von seinen Nachbarstämmen unterstützt zu werden, wenn Rußland ihn anzutasten wage. Diese trügerische Zuversicht verleitete ihn auch zu allerlei Übergriffen: russische Reisende und Kaufleute, die in sein Gebiet kamen, behandelte er auf schmähliche, Leben und Eigentum bedrohende Weise. Außerdem hatte er gefangene Russen gekauft, sie zu Sklaven gemacht und sich geweigert, sie herauszugeben. Die russische Regierung war nicht gesonnen, ein solches Benehmen stillschweigend zu ertragen. Aber der Chan Seid Mehemmed Rehim, immer noch von dem Wahne erfüllt, daß ihm Hülfe von allen Seiten zuströme, eröffnete selbst die Feindseligkeiten, während die russische Regierung durch einen eigenen Gesandten beruhigende Erklärungen in London abgeben ließ (1872). Im Frühjahr 1873 begann der Krieg, mit dessen Leitung der General Kaufmann betraut war. Drei mächtige Heeressäulen marschierten getrennt gegen Chiwa vor. Der Weg führte durch weite Wüstenländereien und stellte an die Ausdauer der Soldaten fast übermenschliche Anforderungen. Unerträgliche Hitze, Wasserlosigkeit und Überfälle der Eingeborenen schienen das Unternehmen fast

unmöglich machen zu wollen, aber mit bewundernswürdiger Zähigkeit ertrugen die Soldaten alle Leiden und Anstrengungen. Nach fast dreimonatlichem Marsche erreichten sie das feindliche Land, besiegten den Chan, der sich ihnen bei Chodschaili entgegenstellte, und zogen gegen die Hauptstadt, welche sich nach einem heftigen Bombardement ergeben mußte. Am 10. Juni hielt General Kaufmann seinen Einzug. Der Chan war vorher geflohen, kehrte aber zurück und schloß am 24. Juli mit den Russen Frieden, in welchem er die Oberhoheit des Zaren anerkannte, demselben das ganze Gebiet am rechten Ufer des Amu-Darja abtrat und das ausschließliche Schiffahrtsrecht auf diesem Fluß den Russen einräumte. Außerdem erhielten die letzteren die Befugnis, auf dem linken Ufer Landungsplätze und Handelsfaktoreien nach Belieben anzulegen und überall in Chiwa frei und ungehindert Handel zu treiben. Die Sklaverei in Chiwa wurde aufgehoben. Als Kriegsentschädigung mußte der Chan 2 Millionen Rubel zahlen.

Die russische Machtvermehrung in Centralasien hatte damit noch keineswegs ihr Ende erreicht. 1874 dehnte General Lamakin das russische Gebiet bis an die persische Grenze aus und richtete die transkaspische Provinz ein. Im folgenden Jahre erhob sich die Bevölkerung des Chanats Kokan gegen den russischen Einfluß, verjagte ihren Chan und nötigte den russischen Gesandten zur Flucht. Aber General Kaufmann rückte in das Land ein, besiegte den neuen Chan (Nasreddin), nötigte ihn, sich zu unterwerfen und große Gebietsteile abzutreten. Darüber empört, erhoben zwei Häuptlinge nacheinander gegen Nasreddin die Fahne des Aufruhrs, den die Russen niederschlugen. Am 2. März 1876 erschien nun ein kaiserliches Ukas, in welchem die Einverleibung des ganzen Chanats Kokan in das russische Reich ausgesprochen wurde. Mit dieser Erwerbung schloß vorerst Rußland die Reihe seiner Eroberungen in Centralasien.

England sah die russischen Fortschritte nicht ohne Beklemmung, denn die Zahl der unabhängigen Stämme, die noch zwischen dem englischen und russischen Gebiete vorhanden waren, hatten sich von Jahr zu Jahr verringert: die neutrale Zone ganz verschwinden zu lassen, wäre England nicht gewillt gewesen. Thatsächlich hielt es die russische Politik auch für angezeigt, einen Stillstand eintreten zu lassen, und wetteiferte nur darin mit dem englischen Kabinett, jene unabhängigen Völkerschaften durch friedliche Mittel, Verträge und Hülfsgelder, für sich zu gewinnen. Abgeschlossen ist die Machtfrage zwischen England und Rußland auf dem mittelasiatischen Boden noch nicht. Aber dies ist nicht der einzige Punkt, auf welchem beide Mächte zusammenzustoßen in Gefahr stehen. Mindestens

gleich gefährlich ist die orientalische Frage für beide. Fast schien es damals, als ob sie zwischen ihnen den Kampf, der in Asien vermieden worden war, heraufbeschwören werde. Wir haben über die Verwickelungen, welche Rußland auf der Balkanhalbinsel mittelbar und unmittelbar herbeiführte, an einer andern Stelle zu berichten. Sie gipfelten schließlich in einem Krieg, welcher zwischen Rußland und der Türkei ausbrach; es fehlte wenig, so hätte auch England daran teilgenommen. Für die innere Geschichte Rußlands hatte dieser Krieg insofern eine nicht zu unterschätzende Bedeutung, als dadurch die nihilistische Bewegung auf einige Zeit zum Stillstand gebracht wurde. So sehr nahm der Verlauf der kriegerischen Aktion die Aufmerksamkeit von ganz Rußland in Anspruch. Freilich die Erwartung, daß das giftige Unkraut indessen aussterben werde, erfüllte sich nicht. Gleich nach dem Kriege schoß es um so üppiger und gefährlicher empor.

10. Kapitel. Die Türkei und die Wirren auf der Balkanhalbinsel.

1. Der Sultan Abdul Aziz. Sein Wesen. Der russische Gesandte Ignatieff. Drohender Aufstand in der Herzegowina und in Bosnien. Die europäischen Großmächte. Mahmud Nedim. Eine Note der europäischen Großmächte. Antwort der Christen und ihre Forderungen. Neuer Aufstand und Ausdehnung desselben. Bulgarien. Türkische Grausamkeit. Bulgarian atrocities. Konsulnmord in Saloniki. Aufregung in Rußland. Das Berliner Memorandum. Die Auflehnung wider Abdul Aziz. Verschwörung und Entthronung. Murad V. Sultan. Abdul Azizs Ermordung. Überfall eines Tscherkessen. Der serbisch-türkische Krieg. Gefechte bei Babina, Glava und Vrbitza. Belagerung von Alexinatz. Waffenstillstand. Murads Absetzung. Abdul Hamid Sultan. Serbien ein Königreich. Englische Reformforderungen. Russische Ungeduld. Verhandlung in Livadia. Waffenstillstand. Krieg in Sicht. Englischer Konferenzvorschlag. Konferenz in Konstantinopel. Türkische Verfassung. Weigerung der Pforte. Vereitelung der Konferenz. England und Rußland. Friedlichere Aussichten. Kriegserklärung. Die englische Neutralität.

Daß die Türkei, wenigstens in Europa, noch vorhanden war, konnte nicht dem Sultan Abdul Aziz als Verdienst angerechnet werden. Dieser hinterlistige, habsüchtige, launenhafte und ränkeschmiedende Großherr that wenig, was seinem Reiche frommte. Aber dieses hatte zwei tüchtige Stützen in den beiden befreundeten und sich ergänzenden Staatsmännern Fuad Pascha und Ali Pascha, welche das hartbedrängte Staatsschiff durch die sich von allen Seiten türmenden Wogen, so gut es möglich war, hindurchsteuerten. Als sie rasch nacheinander, der erstere 1869,

der andere 1871, gestorben waren, empfand man erst recht ihren Wert. Der Großherr trat mit einem Plan, die Thronfolge zu ordnen, hervor, worein Ali Pascha nie gewilligt hätte. Als er schließlich doch davon abstand, so geschah dies nur infolge der eindringlichen Warnungen der europäischen Großmächte, mit denen er es nicht zu verderben wagte. Auf die Einreden seiner obersten Diener hätte er sicherlich nicht gehorcht. Im Gegenteil, nach Laune und Willkür wechselte er sie; keiner seiner Großveziere blieb lange im Amte. In seinem sinnlosen Machtdünkel schickte er einen um den andern weg, unbekümmert um die immer düsterer sich gestaltenden Verhältnisse. Man kann sagen, je entsetzlicher und unheilvoller die Lage wurde, desto willkürlicher und verkehrter trat er auf. Selbst die Engländer scheute er sich nicht vor den Kopf zu stoßen, obwohl von ihrer Gnade zumeist die Frage des Staatsbankerottes abhing. Wie ein unberechenbarer Narr wechselte er Gedanken, Absichten, Ansichten, Maßnahmen, keinem trauend, von niemand für zuverlässig gehalten. Der einzige russische Gesandte General Ignatieff verstand es noch am ehesten, mit allen despotischen Launen des Großherrn rechnend, sich einen ziemlich dauernden Einfluß unbegreiflicherweise zu verschaffen, obwohl die russische Politik doch auf nichts hinzielte, was den Bestand der Türkei irgend hätte festigen können; dagegen war sie, wenn sie auch ihre letzte Absicht schlau zu verschleiern wußte, auf die Zersetzung und den Verfall der Türkei mehr als je bedacht. Der beschränkte Großherr schien von dem allem nichts zu merken. Die Zersetzung und Abbröckelung hatte längst begonnen. Die schlechte Verwaltung zeigte sich nicht nur auf dem Gebiete der Finanzen und des Rechtes, sondern auch in der Behandlung der christlichen Unterthanen. Laute und berechtigte Klagen waren schon oft erhoben worden, aber wenn man sie auch für den Augenblick hörte, für die Dauer wurde doch nichts ernstlich gebessert. In den europäischen Gebietsteilen, wo russische Wühlerei die Unzufriedenheit auf mancherlei Weise schürte und man am liebsten das Joch der verhaßten Türken schon längst gerne vom Nacken geschüttelt hätte, wuchs der Unwille über die Plackereien und schlechte Wirtschaft immer höher, bis er da und dort in offene Auflehnung und Empörung umschlug.

Zuerst war das in der Herzegowina, Albanien und gleich darauf in Bosnien der Fall. Die eingeborenen muselmännischen Begs hatten sich schwere Gewaltthaten zu Schulden kommen lassen. Trotz der Mißernte wurde der Zehnte rücksichtslos eingetrieben, und wer sich dagegen und gegen die harten Frohnden sperrte, von den Soldaten verhaftet und ins Gefängnis geworfen. Viele Eingeborene flüchteten, besonders Greise, Weiber und Kinder, mit ihrer Habe in die Berge, sogar bis nach

Montenegro hinüber, während die Männer in bewaffneten Haufen sich sammelten. Als die Türken noch die verlassenen Wohnungen da und dort anzündeten, erhoben sich die Christen allerwärts. Nun wollte die Regierung einlenken, aber es war schon zu spät. Sie hatte den Fanatismus der Muhamedaner großgezogen und das Vertrauen der Christen verscherzt. Nicht bloß im Lande ergriffen alle die Waffen, sondern es eilten auch zahlreiche Freunde der Aufständischen aus Serbien und Montenegro herbei. Es hätte der Brand die ganze Balkanhalbinsel, auf welcher reichlicher Stoff vorhanden war, ergreifen können. Deshalb legte sich die europäische Diplomatie ins Mittel, allerdings mit jener ihr eigentümlichen Uneinigkeit, welche das Schlimmste im Gefolge haben konnte. Während Rußland fast drohte, Österreich eindringlich warnte, verhielt sich England möglichst lau gegenüber den gerechten Klagen der Aufständischen. Endlich kam man doch wenigstens soweit, daß die Türkei die besten Versicherungen gab und einschneidende Reformen versprach für den Fall, daß die Waffen niedergelegt würden. Die Konsuln der drei Großmächte Deutschland, Österreich und Italien suchten daraufhin beide Teile, die Regierung und die Aufständischen, zu verpflichten; die letzteren sollten in Mostar dem türkischen Bevollmächtigten Server Pascha ihre Beschwerden vortragen. Aber sie erschienen nicht einmal, sondern erklärten rundweg, daß sie ohne die Garantie der Großmächte keiner Versprechung der Regierung mehr glauben könnten und deshalb ihre Waffen nicht niederlegen würden. „Unter der türkischen Peitsche können und wollen wir nicht leben; wir sind Menschen und kein Vieh; wollt ihr uns nicht helfen, so könnt ihr uns doch nicht zwingen, in die Sklaverei zurückzukehren; lebend werden wir nicht in die Hände unserer Feinde fallen.“ Die Sehnsucht nach einer anderen Herrschaft sprachen sie damit unzweideutig aus, und alle Welt argwöhnte dahinter russischen Einfluß. Darauf aber wollte die Türkei nicht eingehen und zwar weil, auf die unbestimmte Haltung Englands sich steifend, plötzlich die Unnachgiebigkeit am goldenen Horn die Oberhand gewann, indem der Großherr, welcher gerade in diesem wichtigen Augenblick mit nervöser Geschwindigkeit seine Ratgeber wieder wechselte, seinen säbelrasselnden Günstling Mahmud Nedim an die Spitze der Regierung berief. Deshalb war jetzt erst recht das Eingreifen der Großmächte und ihr Einstehen für die wirkliche Durchführung der abermals in feierlichen Iraden versprochenen Reformen notwendig, denn Nedim erfreute sich des wohlbegründeten Rufes eines geriebenen Heuchlers, der durch allerlei Spiegelfechtereien Zeit zu gewinnen suche. Österreich entschloß sich, durch seine unmittelbare Nachbarschaft veranlaßt, aber auch aus freimütig ausgesprochenem Mitgefühl und gestützt auf

das Dreikaiserbündnis, energisch vorzugehen: der Friede, so vielfach gefährdet, solle erhalten, d. h. voll und ganz herbeigeführt werden. Man schritt wieder zu einer europäischen Aktion gegen die Türkei.

Am 30. Dezember 1875 stimmte Deutschland und schließlich auch Rußland, das anfangs viel weiter gehende Forderungen gestellt hatte, einer Note des Grafen Andrassy bei, welche der hohen Pforte überreicht werden sollte. Die Hoffnungen, heißt es in diesem Schriftstück, auf die Beseitigung weiterer Verwickelungen seien getäuscht worden. „Einerseits scheinen die von der Pforte veröffentlichten Reformen nicht die Beschwichtigung des Volkes in den aufständischen Provinzen ins Auge gefaßt zu haben und auch nicht zur Erreichung des wesentlichen Zweckes zu genügen. Andererseits ist es den türkischen Waffen nicht geglückt, dem Aufstand ein Ziel zu setzen." Folgende Forderungen stellte und begründete die Note: erstens Religionsfreiheit, zweitens Gleichheit vor dem Gesetz, drittens Aufhebung der Verpachtung der Steuern und namentlich der Zehnten, viertens die Verwendung eines Teils der Auflagen zu Zwecken der aufständischen Provinzen und anderes. Die Pforte machte eine recht saure Miene zu dieser Einmischung in ihre häuslichen Angelegenheiten, aber angesichts der Thatsachen, daß alle europäischen Großmächte — selbst England trat zögernd zwar, aber endlich doch dem gemeinsamen Schritte bei — diese Forderungen stellten und unterstützten, erschien eine Ablehnung nicht mehr angezeigt. Nicht ohne schlaue Ziererei sagte die Pforte am 13. Februar 1876 ihre Zustimmung zu.

Indessen nahmen die Aufständischen die dargebotene Hand nicht an. „Wir benötigen eine rasche und entschiedene Hülfe von seiten der Großmächte, mit einer anderen ist uns nicht gedient. Sind die Mächte nicht in der Lage, uns eine solche Hülfe zu gewähren, so mögen sie uns unserm Schicksal überlassen", erklärten die Bosniaken. Noch schärfer und bestimmter sprachen sich die Herzegowiner aus, indem sie ein Drittel des Bodens als Eigentum verlangten, um leben zu können. Die Armee müsse auf einige von Rußland und Österreich zu überwachende Garnisonen beschränkt werden und die Regierung die eingeäscherten Gebäude wieder aufbauen. Ferner forderten sie eine Verfassung (uprava) und die Überwachung ihrer Steuerverwendung durch die genannten beiden Mächte. „Das herzegowinisch-christliche Volk wird die Waffen nicht niederlegen, so lange sie nicht zuerst alle Muhamedaner niedergelegt haben, und bis die versprochenen Reformen gänzlich durchgeführt sind." Selbst ein russischer Agent, Namens Wesselitzky, der übrigens mit den schwergeprüften und höchsterbitterten Glaubensgenossen völlig einverstanden war,

vermochte sie nicht umzustimmen. Deshalb dauerte der unsichere Zustand fort, ja bald darauf brach der Aufstand aufs neue wieder aus. Muktar Pascha, welcher die Festung Niksich verproviantieren wollte, wurde im Dugapaß von den Aufständischen, denen sich eine große Anzahl Montenegriner zugesellt hatten, geschlagen. Darüber war Abdul Aziz so erzürnt, daß er Montenegro den Krieg erklären wollte, wovon ihn die Einsprache der Großmächte nicht ohne Mühe abbrachte. Indessen wuchs auch in Serbien die Gährung: man wollte den Brüdern im gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Gegner Beistand leisten, auch in Rumänien wollte man das.

Da brach am 4. Mai (1876) auch in Bulgarien ein Aufstand aus, der sich wie auf ein gegebenes Zeichen sofort bis zum Rhodopegebirge ausdehnte. Eine geheime „bulgarische Nationalregierung" forderte alles auf, die Waffen zu ergreifen, da die Stunde der Erlösung geschlagen habe. Diejenigen, welche Alters wegen nicht mehr Waffendienste thun könnten, sollten Geld zum Triumph der großen Sache beitragen. Jeder, der dem Feinde Vorschub leiste, werde mit dem Tode bestraft. In hellen Flammen wütete der Bürgerkrieg und wurde mit unerhörter Grausamkeit geführt, wie sonst nirgends auf der ganzen Balkanhalbinsel, und das will viel sagen. Die bewaffnete moslemitische Bevölkerung wetteiferte mit den Soldaten, den sogenannten Baschi-Bozuks, in tierischer Wildheit und schonungsloser Blutgier. Weder Alter, noch Geschlecht fand Erbarmen; was den Wüterichen von Lebenden unter die Hände kam, wurde ermordet. Ganze Dörfer und Städte verwandelten diese entmenschten Henkersknechte in einen einzigen Kirchhof. Alle Leidenschaften waren aufgestanden; zur Mordgier gesellte sich Wollust, Rachsucht und die Gier nach dem Eigentum der Christen. Die Stadt Batak, welche 6500 Einwohner zählte, büßte an dem einzigen Würgetag, dem 9. Mai, davon 4500 Personen ein. Das Blut der Erschlagenen rief laut um Rache zum Himmel empor. In England bemächtigte sich aller Kälte der Regierung zum Trotz eine tiefgehende Erbitterung der Massen, die in zahlreichen Entrüstungsmeetings ihr Verdammungsurteil über diese Greuelthaten: «Bulgarian atrocities» aussprachen und von ihrer Regierung energisches Einschreiten forderten. In der That erhob sie auch Einspruch bei der Pforte; aber sie that es nicht schnell und nachdrucksam genug. Indessen dauerte das Unglück fort. In der Hafenstadt Saloniki wurden sogar die zwei Konsuln von Deutschland und Frankreich öffentlich vom Pöbel erschlagen, als sie einen Aufstand, der wegen eines mit Gewalt zum Islam bekehrten bulgarischen Mädchens zwischen Christen und Türken ausgebrochen war, beschwichtigen wollten. Selbst

in Konstantinopel unmittelbar unter den Augen der Regierungsgewalt und angesichts der Gesamtheit der europäischen christlichen Gesandten gestaltete sich die Lage so gefährlich, daß man jeden Augenblick den Ausbruch des Fanatismus befürchten mußte, und deshalb auf Antrag des Botschafters Elliot die englische Mittelmeerflotte in die Besikabai beordert wurde.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß es doch soweit nicht hätte kommen können, wenn die europäischen Mächte, insbesondere England, sich besser vor Augen gehalten hätten, was ihre Christenpflicht von ihnen erforderte. Aber der leidige Widerstand zwischen Rußland und England ließ Dinge geschehen, die um jeden Preis hätten verhindert werden sollen und auch verhindert werden konnten. Wie man die Lage auch ansehen mag, jedenfalls begreift man, daß die öffentliche Meinung in Rußland immer lauter sich erhob und Rache verlangte für ihre so blutig bedrängten Stammes- und Glaubensgenossen, gleichviel ob dabei Eroberungsgedanken mitunterliefen oder nicht. Englands unchristliches und neidvolles Zögern war kaum imstande, den Unwillen der Russen soweit zurückzudämmen, daß sie nicht doch noch zu den Waffen griffen. Es kam bald an den Tag. Die Ereignisse drängten sich wie die Wogen des sturmerregten Meeres.

Die russische Regierung sah ein, daß sie der erbitterten Stimmung über die türkischen Greuel Rechnung tragen und über die Dezembernote Andrassys hinausgehen müsse. Gelegentlich einer Reise des Zaren nach Deutschland versammelten sich am 11. Mai die drei Reichskanzler Gortschakoff, Andrassy und Bismarck in Berlin zu einer Besprechung ihres ferneren Verhaltens. Die trüben Nachrichten der letzten Tage nötigten zu einem solchen gemeinsamen Vorgehen. Aus ihren Beratungen ging das sogenannte Berliner Memorandum hervor, dem sich ungesäumt Italien und Frankreich anschlossen, während wieder England aus Eifersucht gegen Rußland schmählich zurücktrat. „Die drei kaiserlichen Höfe“, heißt es darin, „erachten sich für berufen, im Einverständnis mit den übrigen christlichen Mächten den Gefahren, welche die politische Lage der Türkei im Gefolge haben könnte, zu steuern.“ Dazu sei die Entsendung von Kriegsschiffen an die bedrohten Punkte notwendig, welche im Notfalle zur Aufrechthaltung der Ordnung gemeinsam vorgehen müßten. Die Vorschläge der Dezembernote seien wirkungslos geblieben. „Es ist ganz natürlich, daß die Christen der aufständischen Provinzen Bedenken tragen, sich dem durch einen hartnäckigen Kampf erbitterten Feinde gutwillig auszuliefern, nachdem sie gesehen haben, wie man in einer friedlichen Stadt unter den Augen der ohnmächtigen Re-

gierung selbst die Vertreter zweier auswärtiger Nationen ums Leben brachte." Zunächst müsse auf einen zweimonatlichen Waffenstillstand gedrungen werden, um eine unmittelbare Verständigung zwischen der Pforte und den Vertretern der Aufständischen anzubahnen. Diese könne durch folgende Ausgangspunkte herbeigeführt werden: 1) Gewährung der Mittel für den Wiederaufbau der Häuser und Kirchen, 2) Einsetzung einer Reformkommission, 3) Verminderung der Truppen in Stambul, 4) die Christen bleiben wie die Muselmänner unter den Waffen. Sollten die Verhandlungen auf dieser Grundlage zu keinem Ergebnis führen, „so würden die drei kaiserlichen Höfe nach gemeinsamer Verständigung ihrem diplomatischen Vorgehen wirksamere Maßregeln hinzuzufügen haben, wie sie im allgemeinen Interesse und zur Vermeidung des Weitergreifens der Empörung geboten erscheinen." Diese Drohung war wohl am Platze, denn die Verwirrung in der Türkei begann alles Maß zu übersteigen.

In der Hauptstadt Stambul deuteten alle Anzeichen auf einen nahe bevorstehenden Umsturz. Die Aufregung der Bevölkerung steigerte sich und dehnte sich aus von Tag zu Tag. Man betrachtete die ganze Lage, in welche die Türkei geraten war, als ein schweres Unglück, an dem der unfähige und erbärmliche Sultan Abdul Aziz einzig und allein die Schuld trage. Seine Absicht, die Erbfolge zu ändern, seine Wollust, seine unersättliche Habgier, seine Unthätigkeit und sein planloses Wechseln der leitenden Staatsmänner: das alles machte man ihm zum Vorwurf. Er sei, schuldigte ihn ein anonymes, an die europäischen Mächte gerichtetes Memorandum an, ein elender Narr, der durch seine Verschwendung, Grausamkeit und Verfolgungswut das ganze osmanische Reich in den Abgrund des Jammers gestürzt habe. Am allerübelsten waren ihm die Softas, die Koranstudenten Stambuls, und die Geistlichkeit gesinnt. Weil er nur von Reformen gesprochen und ihre Durchführung sich hatte zumuten lassen, galt er ihnen als ein Abtrünniger von Muhameds wahrer Religion und als ein feiger Schwächling, der sich zum Sklaven der Europäer erniedrige. Auf solche offen verbreitete Anschuldigungen hörte der fanatische Pöbel um so geflissentlicher, als der Sultan Murad und seine zunächst zur Thronfolge berechtigten Brüder hatte verhaften lassen, während er selbst sich scheu in seinem Palaste Dolma-Bagdsche eingeschlossen hielt. Schon hatte die Bewegung den Erfolg aufzuweisen, daß Abdul Aziz dem Drucke nachgebend ein neues Ministerium und einen neuen Scheich ül Islam, den höchsten geistlichen Würdenträger, berufen hatte. Aber diese Gesellschaft hegte ihm wenig freundliche Gesinnungen: ihr geheimes Programm lautete auf

Absetzung des Sultans, sobald der Scheich ül Islam im Namen Allahs und seines Propheten es zugab, daß der Sultan durch seine Unfähigkeit, durch seine wahnsinnige Verschwendung das Reich an den Rand des Abgrundes gebracht habe. Die öffentliche Meinung sprach sich längst dahin aus, der Scheich ül Islam brauchte sie nur zu sanktionieren und das that er, als die beiden Häupter der Verschwörung Midhat und Avni Pascha unter sich einig waren. Als der letztere, welcher Kriegsminister war, am 29. Mai (1876) vom Großherrn in seinen Palast berufen wurde, verweigerte er den Gehorsam und schritt mit seinen Genossen, den übrigen Ministern, in der Nacht zur Ausführung des Plans. In der mitternächtigen Stunde wurde Murad Effendi halb mit Gewalt aus dem Serail geholt und in einem Boot in das Seraskierat übergesetzt. Gleichzeitig zog Avni mit Truppen, welche für die Verschwörung gewonnen waren, vor den Palast Dolma-Bagdsche, kündigte dem Sultan Abdul Aziz seine Absetzung an und verhaftete ihn. Am Morgen wurde Murad V. als Sultan ausgerufen, und die hauptstädtische Bevölkerung jubelte ihm einmütig zu, da er Sparsamkeit versprach, die Minister in ihrem Amte beließ und eine Reihe von Maßnahmen „für das moralische und materielle Wohlergehen und das Heil des Landes und aller Unterthanen" in Aussicht stellte. Der abgesetzte Sultan wurde auf seinen Wunsch nach Tscheragan verbracht, von wo am 4. Juni die staunende Welt die Nachricht empfing, daß er sich mittels einer Schere die Adern an beiden Armen geöffnet habe und infolge davon gestorben sei. Neunzehn Ärzte bestätigten diesen Selbstmord in einem Protokoll, dessen vorsichtige Erklärung nur dazu beitrug, dieselbe als unstichhaltig zu bezweifeln. Jedermann glaubte, daß der Sultan gewaltsam ermordet worden sei; und dies wird auch der Wahrheit entsprechen.

Der neue Sultan war von Anfang an nur eine Drahtpuppe in den Händen seiner Minister, die ihn auf den Thron gesetzt hatten. Gemütsleidend und kaum zurechnungsfähig, konnte er die Regierungsgeschäfte nicht führen, zumal in einer so verwirrten, schlimmen Zeit. Die Minister handelten also für ihn, was um so bedenklicher und schwieriger war, da sie durchaus in ihren Ansichten nicht übereinstimmten und Englands Sonderstellung das Gewicht des europäischen Mahnschreibens nicht verstärkte, sondern abschwächte. Deshalb verlegte sich auch Murads Regierung auf das Lavieren, indem sie versprach, was sie nicht halten wollte oder konnte, und trotz aller Geschäftigkeit nichts that. So wandten sich die Dinge nicht um Haaresbreite zum Bessern. Auf der Balkanhalbinsel herrschte der Aufstand nach wie vor: wenn auch die Erhebung der Bulgaren durch Ströme von Blut erstickt zu sein schien, so wurde jetzt die

Haltung Serbiens ungeachtet aller friedlichen Versicherungen immer bedenklicher und zweideutiger. Auch in Stambul klärte sich die Lage keineswegs. Der Sultan verfiel in unheilbaren Wahnsinn, und unter den leitenden Staatsmännern traten die Gegensätze immer schärfer hervor. Der Reorganisationsentwurf Midhats, der reformfreundlich gesinnt war, stieß auf den heftigsten Widerspruch. Im Grunde wollten die Türken von einer Gleichberechtigung der Christen mit den Muhamedanern nichts wissen, und doch drehte sich um diesen einen Punkt das Ganze. Da überraschte wieder ein unvorhergesehenes Ereignis alle Welt. In der Nacht vom 15. auf den 16. Juni überfiel ein Tscherkessenoberst, Namens Hassan, die zu einer Beratung bei Midhat versammelten Minister und schoß unter sie. Es entstand ein blutiges Ringen, in welchem Avni und Raschid, sowie zwei Soldaten getötet und Kaisarly und der Meuchler schwer verwundet wurden. Letzterer starb des andern Tages, wie man sagt, durch den Strang, ohne über den Beweggrund und den Anstifter seiner That auch nur ein Wort auszusagen. Die Sache des Staats und der Ordnung wurde dadurch nicht gefördert.

Unterdessen hatten sich Serbien und Montenegro für den Krieg vollständig gerüstet und die beiden Fürsten ein Bündnis miteinander geschlossen: Nikita sollte die Herzegowina, Milan Bosnien erhalten laut Erklärung der Aufständischen. Auf diese Weise wurde die Flamme des Aufstandes entzündet. Am 1. Juli begannen die neuen Feindseligkeiten, d. h. der serbisch-türkische Krieg.

In die serbische Armee waren sehr viele Russen eingetreten, den Oberbefehl über dieselben erhielt von Milan der russische General Tschernajeff, der am 3. Juli 1876, als er über die Grenze zog, einen bezeichnenden Aufruf an die „Völker des Balkans" ergehen ließ. „Wir kämpfen", sagte er, „für die heilige Idee des Slawentums, für die goldene Freiheit, für das orthodoxe Kreuz, an welchem der Welterlöser siegend starb, für Haus und Herd, für die Civilisation . . . Der Finger Gottes zeigt euch den Weg des Ruhmes. Wir werden nicht unterliegen, und sollte uns das wandelbare Glück verlassen, so wird dieser heilige Boden mit dem teuren Blute des russischen Brudervolkes getränkt." Aber trotz der Russen und ihrer Begeisterung, die sie mitbrachten, wollten die großen Siege und Thaten sich bei dem christlich-serbischen Heere nicht einstellen. Die türkischen Soldaten, an Ausdauer und Strapazen aller Art gewöhnt und jetzt auch fanatisiert, waren den an den Krieg ungewöhnten Freiwilligen und ungeübten Serben durchaus gewachsen. Schon am 18. Juli mußte Tschernajeff, der bei Babina-Glava eine Schlappe davongetragen hatte, das türkische Gebiet räumen und sich

nach Serbien zurückziehen. Glücklicher waren zwar die Montenegriner, welche bei Vrbitza (Vutschidol) Mukhtar Pascha entschieden auf das Haupt schlugen (28. Juli), so daß er nach Trebinje fliehen mußte, allein Nikita versäumte seinen Sieg auszunützen. Seit Anfang August stand eine türkische Armee von 150000 Mann unter Abdul Kerim an der serbischen Grenze, das Land fest umschließend. Verwüstend und verheerend drangen die Türken in dasselbe ein, erstürmten das tapfer verteidigte Knjaschewatz und rückten endlich vor das befestigte Alexinatz. Neun Tage lang verteidigten die Serben ihre Stellung, welche die Türken trotz verzweifelter Anstrengung nicht nehmen konnten. Es trat nun eine Ruhepause ein, um neue Streitkräfte heranzuziehen, mittels deren Abdul Kerim am 1. September den Sturm auf Alexinatz erneuerte; aber auch jetzt glückte es ihm nicht, die feindliche Stellung zu nehmen. Nach langwierigen Verhandlungen zwischen den Großmächten und der Pforte kam es nun am 15. September zu einem neuntägigen Waffenstillstand auf dem serbischen und montenegrinischen Kriegsschauplatz, den wir benützen, um von einigen Zwischenfällen zu berichten, die in diesem Zusammenhange erwähnt werden müssen.

Es war vorauszusehen, daß die Tage der Regierung Murads nicht von langer Dauer sein würden. In einer solchen Zeit bedurfte das Reich ein regierungsfähiges Haupt, schon wegen der Zwietracht der Minister. Midhat sprach das offen aus, und der englische Botschafter Elliot pflichtete ihm bei. Der Scheich ül Islam sanktionierte auch diesmal den allerdings unabweisbaren Schritt. Der Erlaß des Oberpriesters hatte folgende lakonische Form: „Frage: Wenn der Herrscher der Gläubigen sich im Zustande der Geistesabwesenheit befindet, welcher ihn verhindert, die Leitung der Angelegenheiten des Staates und der Religion zu führen, und wenn die vom Gesetz des Cheri festgesetzte Frist von $2^1/_2$ Monat verstrichen ist, ohne daß eine Heilung eingetreten wäre, darf man den Kranken durch seinen gesetzlichen Nachfolger ersetzen? Ja oder Nein? Antwort: das Gesetz sagt — Ja." Murads Bruder, Abdul Hamid, wurde an die Stelle des Unglücklichen gesetzt (1. Sept.), weil er infolge seiner schweren Krankheit „unmöglich die Zügel der Regierung länger in Händen" habe behalten können. Die Türkei hatte nun wenigstens einen zurechnungsfähigen Sultan. Auch in Serbien erfolgte eine Veränderung nicht in der Person des Fürsten, sondern in der Rangerhöhung desselben. Den ersten Tag der Waffenruhe benützte nämlich Tschernajeff, um den Fürsten Milan im Namen der serbischen Armee, welche „nicht nur für die Vereinigung und Befreiung der serbischen Länder, sondern auch für die Integrität des heutigen Serbien

trotz der Forderungen der Pforte" kämpfe, zum König auszurufen. Das Land gab seine Zustimmung, während Österreich erklärte, es werde niemals seine Zustimmung dazu geben.

Während der Waffenruhe, welche um mehrere Tage verlängert wurde, spannte die englische Diplomatie alle Segel auf, die Pforte zur Annahme von Vorschlägen, welche zum Abschluß eines Friedens führen konnten, zu bewegen. Denn das englische Volk protestierte angesichts der bulgarischen Greuel, welche amtlich untersucht worden waren, laut gegen jede weitere Beschützung der türkischen Macht, die sich solche Schandthaten habe zu Schulden kommen lassen. Im wesentlichen schlug England vor, für Serbien und Montenegro den Stand vor dem Krieg wiederherzustellen. In Bosnien und in der Herzogewina solle die „lokale Autonomie" eingeführt werden, ebenso in Bulgarien, um „der Bevölkerung eine Kontrolle über ihre eigenen Lokalbeamten und eine Garantie gegen Ausübung willkürlicher Autorität zu gewähren". Diese Vorschläge genügten niemandem. Am wenigsten wollte die Pforte von einer Gewährung irgendwelcher Autonomie etwas wissen, weil sie die Bildung tributärer Staaten befürchtete. Um also auszuweichen, beschloß sie einen aus 30 Moslemin und 30 Christen zusammengesetzten Reformrat einzuberufen, welcher für das ganze Reich geltende Reformen beraten und durchführen sollte. Dieser schlaue Schachzug sollte die englische Zumutung auf die lange Bank schieben, allein er vermochte den Gang der Dinge nicht mehr, wie man in Konstantinopel gerechnet hatte, aufzuhalten. Die Serben hatten die Feindseligkeiten schon wieder eröffnet.

Das russische Volk, d. h. die weitverbreitete panslawistische Partei, war kaum mehr im Zügel zu halten. Von Anfang an waren ganze Scharen dem serbischen Heere zugeeilt, um in demselben den Krieg mitzumachen, und dieser Zuzug steigerte sich mit der Zeit mehr und mehr. In den russischen Städten waren Aktionskomitees errichtet worden, welche für die kämpfenden Brüder Geld, Lebensmittel, Verbandzeug und anderes sammelten. Die panslawistische Presse forderte immer ungestümer die Regierung auf, die bedrängten Stammes- und Glaubensgenossen nicht im Stiche zu lassen und zu verraten. Unter solchen Umständen begann auch die Regierung und der Zar die Geduld zu verlieren, nachdem ihre Vorschläge eines gemeinsamen Eingreifens der Großmächte in die türkischen Wirren, ja sogar nur einer energischen Flottendemonstration nicht den gewünschten Beifall fanden, obwohl Rußland wiederholt erklärte, daß es für sich an keine Erwerbung denke. Während die Pforte sich durch allerlei Ausflüchte und geschickte Windungen und Wendungen einer ehrlichen Handlung, die ihren guten Willen gezeigt hätte, entzog, stachelten die Ulemas, die

Geistlichen, die Leidenschaften der Moslemin im ganzen Reiche auf das höchste auf, so daß sie den Krieg gegen die Aufständischen lediglich noch als einen Glaubenskrieg ansahen. Etwas Erhabeneres und Herrlicheres giebt es aber für den Bekenner des Islam nach der Lehre Muhameds nicht, als gegen die Ungläubigen zu ziehen und sie mit der Schärfe des Schwerts zu vertilgen. Der russische Kaiser war nicht gesonnen, diesem Treiben länger zuzuschauen. „Ich weiß“, sagte er in einer öffentlichen Rede in Moskau, „daß mit mir ganz Rußland den lebhaftesten Teil hat an den Leiden unserer Glaubens- und Namensbrüder.“ Er möchte zwar russisches Blut schonen, aber wenn die Pforte nicht feste Garantieen biete, sei er entschlossen, selbständig zu handeln. Vorerst berief er für den 2. Oktober nach Livadia in der Krim, wo er weilte, den Reichskanzler Gortschakoff und Ignatieff, den russischen Botschafter bei der Pforte; auch die Botschafter von Österreich, England und Deutschland fanden sich ein. Die russischen Staatsmänner legten den entschiedenen Willen des Zaren dar, daß er niemehr die Niederwerfung der Serben gestatten werde; schließe die Türkei nicht in kürzester Zeit einen billigen Frieden, so sehe er sich gezwungen, den Krieg zu beginnen.

Diese offene Drohung bewirkte, daß nun die englische Regierung alle Mittel anwandte, die Pforte wenigstens zur Bewilligung eines mehrmonatlichen Waffenstillstands zu zwingen; denn ein bewaffnetes Eingreifen Rußlands wollte sie um jeden Preis verhindern, weil sie davon für den Bestand der europäischen Türkei das Schlimmste besorgte. Durch eine Sprache, die auch des drohenden Beigeschmackes nicht entbehrte, brachte es denn auch Elliot, der englische Botschafter, in wenig Tagen in Stambul dahin, daß die Pforte sich auf einen Waffenstillstand bis zum 15. März 1877 einließ und einen Abriß derjenigen Reformen, die während der Zeit der Waffenruhe eingeführt werden sollten, den Großmächten übergab. Allein die russische Regierung erklärte mit gutem Grunde, daß der Waffenstillstand zu lang sei, weil die Serben und Montenegriner nicht die Mittel hätten, so lange unter den Waffen zu bleiben, und daß die öffentliche Meinung in Rußland durch dieses Hinziehen zum höchsten gereizt werde. Der Zar ließ daher, nachdem bereits in Serbien der Krieg wieder entbrannt war, am 30. Oktober durch seinen Botschafter das Ultimatum stellen: wenn die Pforte nicht innerhalb zweier Tage einen sechs- bis achtwöchentlichen Waffenstillstand bewillige, so werde er mit den Waffen eingreifen. Die türkische Regierung erkannte den Ernst dieser Sprache und gab nach. Es wurde ein sechswöchentlicher Waffenstillstand geschlossen. Den Serben kam derselbe sehr zu statten, denn am 23. Oktober waren sie bei Djunis, dessen Höhen Abdul Kerim mit stürmender

Hand genommen hatte, auf das Haupt geschlagen worden. Anders stand es bei den Montenegrinern. Nikita hatte wieder in glücklichen Gefechten die Türken besiegt. Wie ernst übrigens der Zar die Lage auffaßte, ging am besten aus seinem Befehl vom 13. November hervor, wornach er sechs Armeekorps im südlichen Rußland mobil machen ließ. Auf die Türkei sollte diese Demonstration „Krieg in Sicht" einen Druck ausüben.

Viel guten Willen besaßen die leitenden Staatsmänner der Pforte zwar nicht, allein die Verhältnisse waren ohne Zweifel sehr mißlich, die gewöhnlichen Hausmittel der türkischen Diplomatie durften nicht mehr angewendet werden. Daß die Großmächte sich zu Vormündern der Türkei aufwarfen, ihr förmlich Vorschriften über die Behandlung ihrer aufständischen Unterthanen machten und ihr nun sogar mit kriegerischem Eingreifen gedroht wurde, falls sie ihre Angelegenheiten nicht binnen kurzer Frist in einer Europa genehmen Weise regeln werde, mußte den türkischen Stolz auf das tiefste verletzen. Mit dem Ansehen einer solchen Regierung sei es, so sagten sich der Sultan und die Minister, nach außen vorbei, und ihre Autorität im Innern werde bis auf den Grund erschüttert. Nachdem aber die Ereignisse einmal die sonst so indolente muselmännische Bevölkerung aus ihrer Gleichgültigkeit aufgerüttelt und einzelne Staatsmänner den schlummernden religiösen Fanatismus absichtlich und erfolgreich wachgerufen hatten, fehlte es nicht an verwegenen Menschen, welche diese Erniedrigung an den verantwortlichen Leitern des Staates blutig gerächt hätten. Der Tscherkessenoberst Hassan hatte gezeigt, wessen man sich zu versehen habe, und die schnell nacheinander erfolgten Absetzungen der Sultane, verbunden mit dem nicht aufgeklärten Tode Abdul Azizs, gaben ein schlimmes Beispiel. Die Furcht lehrte also Vorsicht, und die große Begabung zu List und Ränken trieb zu neuem Ränkespiel. Vielleicht gelang es auf diesem Wege abermals, die junge Eintracht der Großmächte wieder zu sprengen, England wider Rußland auszuspielen und so im Trüben zu fischen und wenigstens den Schein der Unabhängigkeit zu wahren. Gleich die Schwierigkeit, auf welche die Vorfragen über eine abzuhaltende Konferenz der Großmächte stießen, ermutigte diese Absicht, nicht minder die weitauseinandergehende Stimmung gegen die Türkei in den verschiedenen europäischen Staaten.

Rußland drängte zu schleunigem Vorgehen, aber die Meinungen über das Wie einigten sich erst nach geschäftigen Unterhandlungen auf den englischen Vorschlag vom 10. November. Darnach sollte eine Konferenz von Bevollmächtigten der Großmächte in Konstantinopel stattfinden, deren Verhandlungen auf Grund folgender Sätze geführt werden

sollten. Die Unabhängigkeit und Integrität der Türkei bleibt unangetastet; keine der Mächte sucht eine Gebietsvergrößerung auf Kosten des ottomanischen Reiches; die Pacifizierung der aufständischen Provinzen soll stattfinden unter Wiederherstellung des vorigen Standes für Serbien und Montenegro, durch lokale Autonomie für Bosnien, die Herzegowina und Bulgarien. In den drei letzteren Gebieten soll eine europäische Sicherheitswache von 6000 Mann aufgestellt werden.

In der That tagte zunächst eine Vorkonferenz vom 12.—20. Dez. in Konstantinopel, und die in erster Linie beteiligten Mächte Rußland, England und Österreich einigten sich; das erstere hatte dabei am meisten nachgegeben, weil es ihm sehr am Herzen lag, eine gemeinsame Grundlage für die Konferenz zustande zu bringen. Deutschland unterstützte fortwährend die russische Politik, ohne sich irgendwie für diese orientalischen Händel verpflichten zu lassen, für welche Bismarck nicht die Knochen eines einzigen pommerischen Grenadiers auf das Spiel setzen zu wollen erklärte. Österreich, wenngleich mehr an der Sache beteiligt, ließ sich weder durch die Zuneigung der Ungarn für die Türken, noch durch die slawophilen Böhmen von seinem ehrlichen Streben, diesen unseligen Wirren ein Ende zu machen, irgendwie abbringen.

Die Pforte selbst aber durchkreuzte in hinterlistiger Weise die Bemühungen der europäischen Diplomatie. Am nämlichen Tage und zur gleichen Stunde (23. Dez.), als die europäische Konferenz selbst eröffnet werden sollte, verkündete Savfet Pascha unter Kanonendonner, daß der Sultan seinem Reiche eine Verfassung gegeben habe. Die Konferenz war damit eigentlich gegenstandslos geworden durch einen Schachzug der Pforte, der einer Verhöhnung merkwürdig ähnlich sah. Die Verfassung, welche in einem „Hat" des Sultans dem ganzen Reiche verkündigt wurde, sollte ein „deliberativ-konstitutionelles System" mit einem Parlament einführen. Die wesentlichen Grundzüge derselben bestanden in folgendem: Das ottomanische Reich, dessen unabhängiger Herrscher der Sultan ist, beruht auf seiner Unteilbarkeit. Obwohl dem Islam allein das Recht der Staatsreligion zukommt, so genießen doch die anderen anerkannten Religionsgenossenschaften freie Ausübung ihres Bekenntnisses. Allen Ottomanen ist die Freiheit der Presse, das Versammlungs- und Petitionsrecht gewährt. Die Minister sind verantwortlich. Eingeführt wird ein Zweikammersystem, bestehend aus dem Senat, welchen der Sultan ernennt, und aus den Abgeordneten, welche vom Volke gewählt werden. Beide Kammern vereinigen sich jedes Jahr zu einer viermonatlichen Sitzung am 1. November. In jeder Provinz wird ein Generalrat gewählt, der die Angelegenheiten der Provinz zu beraten

und zu überwachen hat. Die Gemeinden verwalten sich selbst durch ihre aus freier Wahl hervorgehenden Vertreter. Mit diesem Schriftwerk in der Hand traten die türkischen Staatsmänner von nun an allen Vorschlägen der Konferenz entgegen.

Schon am 1. Januar des neuen Jahres (1877) erklärten daher die Bevollmächtigten der sechs europäischen Großmächte, sie müßten ihre Arbeit als beendigt ansehen, falls die Pforte fortfahre, ihre Vorschläge abzulehnen. Ignatieff drohte sogar mit seiner ungesäumten Abreise. Aber trotzdem lehnte die Pforte sieben Punkte der Vorschläge rundweg ab, darunter die einer Grenzberichtigung für Serbien und Montenegro, sowie die Gewährung von Garantieen. Man hätte erwarten sollen, daß diese Haltung auf der Stelle den Bruch herbeiführen würde und die Langmut der Großmächte erschöpft hätte. Es geschah noch nicht. Ihre Friedensliebe unzweifelhaft an den Tag zu legen, ließen sie sich sogar auf eine Milderung ihrer Vorschläge ein. Allein die Türken schienen wie mit Blindheit geschlagen zu sein. Als der Großvezier den aus 200 Würdenträgern zusammengesetzten Pfortenrat berief und demselben als die unausbleibliche Folge der Ablehnung auch der gemilderten Vorschläge einen schweren Krieg, der ohne Bundesgenossen geführt werden müsse, in Aussicht stellte, stimmten doch alle einmütig und mit dem Rufe: „Lieber den Tod als die Entehrung!“ für die Ablehnung. Die Konferenz erklärte daraufhin ihre Auflösung, und Ignatieff lud in der feierlichen Schlußsitzung die ganze Verantwortlichkeit für die Folgen ihres Starrsinns auf die Pforte.

Es war nun an den Großmächten die Reihe, weitere Handlungen vorzunehmen. Aber kaum ließ sich vermuten, daß sie über gemeinsame Schritte der That sich einigen würden. Deutschland, Frankreich und Italien dachten von vorneherein nicht daran, sich an einem Kriege irgendwie zu beteiligen, Österreich wollte warten, bis es zu einem ernsten Schritt durch die Gefährdung seiner Interessen gezwungen würde. So drehte sich die Frage wieder nur um Rußland und England. Trotz des Vorgefallenen blieb die Eifersucht zwischen beiden Staaten bestehen. Daß England an einem Kriege gegen die Türkei sich beteiligen würde, daran war keinen Augenblick zu denken. Rußland aber konnte nicht mehr zurückweichen: das russische Volk wollte den Krieg gegen die starrköpfige Türkei, welche die Geduld Europas auf eine so harte Probe gestellt hatte. Wie aber, wenn England etwa auch jetzt noch gegen eine russische Einmischung mit den Waffen Widerspruch erhoben hätte? Zu viel englische Interessen standen auf dem Spiel, als daß die Regierung der Königin den Russen die Geschicke der Türkei in die Hände hätte

legen können und dürfen; man versah sich von der russischen Regierung nichts Gutes. Diese aber bemühte sich, in dem unabwendbaren Kampfe mit der Türkei die Einmischung jeder europäischen Großmacht zu ihren Gunsten hintanzuhalten und sich gewissermaßen als Vollstreckerin des europäischen Machtwillens hinzustellen. Durch Gesandte und Noten erklärte die russische Regierung ihre Uneigennützigkeit; aber England war nicht zu gewinnen.

Unterdessen schien es, als komme die Pforte allein mit den Aufständischen zu einem Abschlusse. Am 28. Februar (1877) brachte sie einen Frieden mit Serbien zuwege, während Montenegro noch nicht die volle Geneigtheit zu einer Verständigung zeigte, jedoch unüberwindlich waren die Schwierigkeiten nicht. Auch jetzt noch konnte die Gefahr eines großen Krieges beschworen werden, wenn die Türkei den Großmächten, insbesondere Rußland, einige Genugthuung zu geben gewillt war. Im Namen der Großmächte wandte sich Rußland noch einmal an die Türkei am 31. März. Die Vereinbarungen, welche die Pforte mit Serbien geschlossen habe und mit Montenegro noch abschließen werde, betrachteten die Mächte, so sprach sich die russische Note aus, als einen Schritt vorwärts zu der Beruhigung, welche der Gegenstand ihrer gemeinsamen Wünsche sei. Die Pforte möge daher ihre Armee auf den Friedensfuß stellen, die Reformen verwirklichen und die Lage ihrer christlichen Bevölkerung so verbessern, wie es ganz Europa verlange. Die Gesandten der Mächte und eigene Lokalagenten würden darüber wachen, daß die Pforte ihre Zusagen erfülle. Für den Fall aber, daß ihre Hoffnungen abermals getäuscht würden, müßten sich die Mächte vorbehalten, „die Mittel in Erwägung zu ziehen, welche sie für die geeignetsten ansehen, um die Wohlfahrt der christlichen Völkerschaften und die Interessen des allgemeinen Friedens sicherzustellen“. Außerdem erklärte der russische Bevollmächtigte noch, wenn die Pforte die Ratschläge Europas annehme, so möge sie einen besonderen Gesandten nach Petersburg schicken, um über die Abrüstung (Rußlands und der Türkei) zu verhandeln. Eindringlich ließen die Mächte die Pforte ermahnen, sich zu fügen, aber sie predigten tauben Ohren. Damit waren die Würfel gefallen: am 24. April erklärte der Zar Alexander der Pforte feierlich den Krieg. Sie hat „uns in die Notwendigkeit versetzt, zur Waffengewalt unsere Zuflucht zu nehmen“. „Indem mein kaiserlicher Herr — schrieb Gortschakoff an die europäischen Kabinette — diesen Schritt thut, erfüllt er eine Pflicht, welche ihm durch die Interessen Rußlands auferlegt ist, dessen friedliche Entwickelung durch die bestehenden Wirren im Orient gehemmt wird. Seine Majestät hat die Überzeugung, zu gleicher Zeit den Anschauungen

Europas zu entsprechen". In Bezug auf England stand das keineswegs fest: doch die englischen Staatsmänner hatten nicht das Herz, offen auf die Seite der Türkei zu treten, wie es ihr geheimer Wunsch war. Sie erklärten vielmehr, sich neutral zu verhalten, solange es sich nur um türkische Interessen handele; sollten aber auch Interessen in Gefahr kommen, welche England verteidigen müsse, so würde es dies mit allem Nachdruck thun. Diese „Interessen" zählte Derby in einer Depesche der russischen Regierung vom 6. Mai auf: Den Versuch, den Suezkanal zu blockieren, würde England als eine Bedrohung Indiens und als eine schwere Beschädigung des Welthandels betrachten; es könnte ferner nicht gleichgültig zusehen, wenn Konstantinopel von seinen jetzigen Besitzern in andere Hände übergehen sollte. Die bestehende Vereinbarung über die Schiffahrt auf der Donau und in der Dardanellenstraße darf nicht in Frage gestellt werden. Empfindlich war nur der zweite Punkt für Rußland: das kategorische Verbot, von Konstantinopel die Hände zu lassen. Allein Rußland war froh, daß England sich vorerst nicht einmischte. Wie weit die Dinge gedeihen würden, mußte der Krieg zeigen. Kommt Zeit, kommt Rat — dachten die russischen Staatsmänner.

11. Kapitel. Russisch-türkischer Krieg.

1. Rumänischer Vertrag mit Rußland. Unabhängigkeitserklärung Rumäniens. Eroberung der Dobrudscha. Übergang über die Donau. Günstiger Anfang für die Russen. Türkische Vorbereitung. Einnahme von Tirnowa durch Gurko. Einnahme des Haintiöipasses und des Schipkapasses. Nikopolis. Glänzende Aussichten für die russischen Waffen. Wendung des Kriegsglücks. Osman Pascha. Plewna. Russische Mißerfolge. Gurkos Niederlage. Rückverlegung des russischen Hauptquartiers. Türkischer Kriegsplan. Skobeleff im Schipkapaß. Errettung. Rumänien. Karl Oberbefehlshaber vor Plewna. Eroberung von Lowtscha. Die blutigen Tage vom 7. bis 14. September. Neuer Plan vor Plewna. Ein- und Abschließung. Entsatzversuche. Hunger und Kälte. Durchbruchsversuch Osmans. Übergabe. Türkische Bitte um Frieden. Suleiman und Gurko. Über den Balkan. Vor Sofia. Wessali Pascha im Schipkapaß. Wessalis Waffenstreckung. Letzte Schläge.

Am Tage der Kriegserklärung (24. April 1877) stand die russische Armee bereits am Pruth, welcher Fluß die Grenze bildete zwischen Rußland und Rumänien, das zur Türkei sich im Verhältnis der Tributpflichtigkeit befand und im Sultan wie Serbien und Montenegro widerwillig seinen Oberherrn anerkennen mußte. Dennoch hatte der rumänische Fürst Karl schon am 16. April einen Vertrag mit dem Zaren ab-

geschlossen, wornach der russischen Armee freier Durchzug durch das rumänische Gebiet zugestanden wurde. Er konnte nicht anders, auch wenn er gewollt hätte. Im Augenblick blieb er noch unbeteiligt am Kriege. Als aber am 8. Mai von Widdin aus das rumänische Kalafat beschossen wurde, und nachdem schon mehrfach an der unteren Donau gleiches geschehen war, vergalt auch Rumänien Böses mit Bösem. Am 21. Mai erklärte es seine Unabhängigkeit. Es war vorauszusehen, daß es über kurz oder lang unmittelbar am Kriege teilnehmen werde, sobald die Not an den Mann ging.

Den Oberbefehl über seine Armee hatte der Zar seinem Bruder, dem Großfürsten Nikolaus, übertragen, auf dessen Feldherrntalent ganz Rußland die größten Hoffnungen setzte. Gleichwohl traf auch der Zar bei der Armee ein, um den Mut seiner Soldaten zu entflammen. In Kaukasien schickte sich gleichzeitig eine zweite Armee an, in das Gebiet des Feindes einzudringen. Wir verfolgen aber zunächst die Vorgänge auf dem europäischen Kriegsschauplatz.

Hier faßte die russische Heeresleitung sofort die Absicht ins Auge, die Donau zu gewinnen und den Übergang über dieselbe zu erzwingen. Eine Abteilung der Armee erhielt den Befehl, Galatz und Braila zu besetzen und möglichst rasch in die Dobrudscha einzudringen. Der General Zimmermann löste in kaum mehr als 6 Wochen diese Aufgabe, indem er ohne bedeutende Kämpfe bis zur Linie Küstendsche-Tschernawoda — dem alten Trajanswalle — vorrückte und hier, wie ihm aufgetragen war, Halt machte. Die Hauptarmee durchquerte indessen nicht ohne Mühe und durch die schlechten Wege mannigfach aufgehalten Rumänien. Ihr Richtpunkt war Simnitza; dort, der türkischen Stadt Sistowa gegenüber, sollte sie über die Donau setzen. Große Anstrengungen, ihr den Übergang zu wehren, machten die Türken in ihrer unbegreiflichen Saumseligkeit nicht. Zwar fuhr ihre Donauflottille auf dem Strome wachehaltend herum; aber schon zweimal hatte sie das Unglück gehabt, durch russische Torpedos und Strandbatterieen argen Schaden zu erleiden. Indessen näherten sich die Russen ziemlich langsam dem Strome. Erst am 27. Juni versuchten sie über denselben zu setzen. Es gelang wider Erwarten schnell, so daß noch am gleichen Tage Sistowa genommen und eine Brücke über die Donau geschlagen werden konnte. Schleunigst drangen über dieselbe starke Heeresabteilungen in Bulgarien ein, das der Kaiser in einem Aufrufe aufforderte, sich zu erheben und dem russischen Heere anzuschließen. Er werde für eine geordnete Verwaltung sorgen, was er auch in wenig Tagen that, als er das Haupt der panslawistischen Partei, den Fürsten Tscherkasky,

mit diesem wichtigen Auftrage betraute, einen Mann, von dem zu erwarten stand, daß er an seinem Teil die Verwaltung in einer Weise führen würde, die einen Übergang zur dauernden Einverleibung Bulgariens bestens vorbereitete. Die Dinge ließen sich für die Russen recht günstig an.

Die elende türkische Wirtschaft zeigte sich im Kriege erst recht. Die Armee war nichts weniger als vorbereitet, in der Verwaltung der Armee, die wie die andern Ministerien mit verderbenbringender Schnelligkeit von einer Hand in die andere übergegangen war, herrschte keine Ordnung, kein Verständnis, kein klarer, einheitlicher Wille. Die Generale draußen im Felde waren untereinander uneinig und eifersüchtig. So hatte es kommen können, daß im Herzen von Bulgarien nur ungenügende Streitkräfte vorhanden waren, die mit Nachdruck und Erfolg den Vormarsch der Russen nicht aufhalten konnten. In Widdin und in Rustschuk, also rechts und links von der Straße, welche das russische Heer über Tirnowa zum Balkan einschlug, standen weit getrennt voneinander etwa 120000 türkische Soldaten. Es erschien fast unbegreiflich, daß sie sich nicht rührten: vielleicht hielten sie sich selbst noch nicht für hinlänglich kampfbereit.

Während nun mit hinreichenden Kräften sich die russische Armee gegen diese ihre Flanken bedrohenden feindlichen Abteilungen deckte, sollte General Gurko so rasch als möglich mit der Kavallerie Tirnowa überrumpeln und einen Balkanpaß erstürmen. Am 7. Juli schon nahm er in der That die alte Bulgarenhauptstadt Tirnowa ein und bereitete sich vor, den zweiten Teil seiner Aufgabe zu erfüllen. Er that dies, indem er am 13. Juli mit einem fliegenden Reiterkorps den Hainkiöipaß in leichtem Ansturm nahm und bis in das Tundschathal vorrückte; dann aber gegen Westen sich wandte und den für einen Truppenmarsch tauglicheren Schipkapaß vom Süden her angriff, während gleichzeitig General Mirski vom Norden her ihn unterstützen sollte. Nach dreitägigen, mit wechselndem Glücke geführten Kämpfen mußte der Verteidiger des Passes, Mehmet Pascha, die Nutzlosigkeit weiteren Widerstandes einsehen. Um sich nicht ergeben zu müssen, entzog er sich auf Schleichwegen den Siegern, nicht ohne vorher seinen Namen durch die schmachvolle Verstümmelung gefallener Feinde selbst zu schänden. Die russische Hauptmacht, welche am 16. Juli die Festung Nikopolis samt der Besatzung zur Übergabe genötigt hatte, rückte schleunig ihrer mutigen Vorhut nach. In Süd-Bulgarien und Stambul ergriff Furcht und Entsetzen die türkische Bevölkerung bei der Nachricht, daß die Russen schon den Balkan überstiegen hätten. Man hatte geglaubt, daß dieses

Gebirg eine unüberwindliche Schutzmauer bilden werde; nun auch sie gefallen, wer war imstande, den Feind aufzuhalten, wenn er entschlossen über Adrianopel auf Stambul zueilte und über die türkische Hauptstadt jenes Geschick verhängte, das jedes echt russische Herz schon seit langen, langen Jahren als höchstes Glück für den russischen Staat herbeiwünschte? Suleiman Pascha, der in Südbulgarien kommandierte, hatte es nicht zuwege gebracht, den General Gurko mit seinen fliegenden Scharen von den Pässen des Balkans zu verjagen; und wenn auch jetzt fast die ganze türkische Mannschaft, welche gegen Montenegro stand, das als treuester Freund der Russen den Krieg wieder erneuert hatte, nach Südbulgarien zog, so erschien es doch fraglich, ob sie dem siegreichen Feind ein gebieterisches Halt zuzurufen stark genug wäre, abgesehen davon, daß dieser Zuzug unter den obwaltenden Umständen wahrscheinlich zu spät ankam. Alle Zeichen und Berechnungen sprachen somit dafür, daß das Los der Türkei bereits besiegelt sei.

Und doch sollte es nicht so kommen, noch stand ein Turm felsenfest, noch kämpfte unerschrocken ein Held für den Sultan, für die Türkei: Osman Pascha. Es fehlte viel davon, daß schon jetzt das russische Heer den Vormarsch gegen Stambul hätte unternehmen können. Rechts und links saßen in seinen Flanken von der Donau bis an den Balkan — also noch in Nordbulgarien — türkische Streitkräfte, die den Feind festhielten, und die er nicht im Rücken lassen konnte. Das galt vor allem von Osman Pascha, dem Kommandanten der Festung Widdin. Dieser hatte seinen festen Platz an der Donau verlassen und hatte sich unmittelbar an der langen Linie, in welcher die russische Armee von Sistowa bis zum Schipkapaß auseinanderstand, in der offenen Stadt Plewna festgesetzt und nach türkischer Art sofort verschanzt. Die Russen erkannten die Absicht des feindlichen Feldherrn und setzten die glänzendste Tapferkeit ein, denselben von sich abzuschütteln und aus der sie gefährdenden Position hinauszuwerfen. Aber es gelang allen Opfern zum Trotz und mehrtägiger, gewaltiger und blutiger Angriffe ungeachtet nicht. Im Gegenteil, Osman Pascha verstärkte seine Verschanzungen, zog in dieselben auch die nördlich und östlich von Plewna gelegenen Anhöhen herein und besetzte sogar Lowtscha, südöstlich von Plewna. Die russische Heeresleitung, durch dieses unvermutete Hindernis aufs höchste erbittert und in allen ihren Berechnungen gestört, machte die außerordentlichsten Anstrengungen, die Scharte auszuwetzen und den lästigen Gegner zu überwinden. Sie zog alle bereitstehenden Heeresabteilungen schleunig heran und befahl am 30. Juli einen neuen Angriff, der mit unvergleichlichem Mut ausgeführt wurde, aber trotzdem ohne Glück endete. Mit schweren

Verlusten wurde das russische Heer von Osman Pascha abgeschlagen: Plewna blieb nach wie vor in seinem Besitz, und er arbeitete rastlos, es mit jedem Tag uneinnehmbarer zu machen. Diese überraschende Wendung der Dinge hätte schon genügt, das ganze Kriegsbild wesentlich zu verändern. Allein das Unglück war nicht allein gekommen.

Am gleichen Tage wurde auch Gurko am Südabhange des Balkans gänzlich geschlagen. Mit großer Kühnheit war er dem Hauptheere vorausgeeilt und hatte die Türken überrascht und überrumpelt. Sollte er die erlangten Vorteile auch unangefochten behalten, so mußten ihm rasch bedeutende Nachschübe von Truppen folgen, welche in die gewonnenen Positionen einrückten und sie gegen alle Angriffe verteidigten. Es war doch nicht anzunehmen, daß Suleiman Pascha, wenn er sich von der allerersten Überraschung erholt hatte, nicht versuchen würde, das Verlorene wiederzugewinnen, und das um so mehr, als er hörte, wie Osman die Russen bei Plewna aufhielt, und spürte, daß seinem Gegner Gurko infolge davon nicht die notwendige Verstärkung zugeschickt wurde. Dieser räumte ja, — ein sicheres Zeichen seiner veränderten Lage, — fast von selbst das Tundscha-Thal und mußte sich wenige Tage darnach von Suleiman gedrängt bis Eski-Sagra zurückziehen. Schon fürchtete man den Verlust des Schipkapasses. Das russische Hauptquartier, das bereits in Tirnowa seinen Sitz genommen hatte, mußte wieder rückwärts an die Donau verlegt werden. Ganz Europa horchte auf bei dieser unerwarteten Kunde. Man war mehr als überrascht; anfangs glaubte man, daß die Russen in kurzen Tagen vor der feindlichen Hauptstadt stehen, dem Türken die letzten Waffen aus den Händen winden und die christlichen Brüder befreien würden. Der Türke, dessen Ende man als unmittelbar bevorstehend ansah, lebte wieder auf und faßte neuen Mut, biß sich wie ein angeschossener Eber in das Fleisch seines Angreifers ein und drohte ihn entsetzlich zuzurichten. Verjüngt und kerngesund erschien der kranke Mann auf einmal. Die Russen, erbittert über die Niederlagen, brannten von wütender Begierde, die Kraft Osmans vor Plewna zu brechen. Es stand alles auf dem Spiel: der Kriegsruhm der russischen Waffen, die Ehrfurcht Europas. Zum Zorn gesellte sich der Stachel verletzten Ehrgeizes. Also wurden übermenschliche Anstrengungen gemacht. Aber es verging der Monat August, ohne daß sie ihm auch nur einen Schritt weit Boden abgewannen. Blutig wurden die Stürme, die sie auf sein befestigtes Lager machten, von ihm abgeschlagen.

Blutig ging es in der gleichen Zeit im Balkangebirge her. Osmans glänzende Tapferkeit wirkte anfeuernd und belebend. Auch hier ermannten sich die Türken und faßten Mut und Selbstvertrauen. Sulei-

man hatte von Stambul den Befehl erhalten, um jeden Preis den Schipkapaß wieder zu nehmen, über das Gebirge vorzudringen und im Verein mit Osman und Mehemed Ali, der, ein Magdeburger, Detroit mit Namen, den Oberbefehl an Kerims Stelle erhalten hatte, die russische Armee über die Donau zu werfen. So leicht und schnell, wie man jetzt in Stambul träumte, ging dies freilich nicht. Die Russen hatten zwar alle Positionen bis auf den Schipkapaß aufgegeben, aber die ihn besetzt hielten, waren trotz ihrer geringen Anzahl entschlossen, denselben bis auf den letzten Mann zu verteidigen. Ein junger Reitergeneral Skobeleff, der schon in diesem Feldzuge durch seine verwegene Tapferkeit von sich reden gemacht hatte, befehligte die russische Abteilung, welche nicht mehr als 4000 Mann zählte. Am 21. August griff sie mit fast zehnfacher Überlegenheit Suleiman an. Skobeleff zog sich vor ihm auf den höchsten Punkt, den Nikolausberg, zurück, auf dem er sechstägigen Angriffen mit einer unvergleichlichen Unerschrockenheit trotzte, obwohl seine tapfere Schar bald zu einem winzigen Häuflein von 150 Mann zusammengeschmolzen war, das schließlich erdrückt worden wäre, wenn den Bedrängten nicht in der höchsten Not Radetzky von Gabrowa aus Hülfe gebracht hätte. Suleiman hatte in den Kämpfen fast 8000 Mann, die Russen die Hälfte verloren. Der Schipkapaß blieb in den Händen der Russen, ein Trost für sie in der unerfreulichen Lage, in der sie sich unleugbar befanden. Auch auf dem asiatischen Kriegsschauplatz war eine jähe und schmerzliche Wendung erfolgt.

Die russische Eitelkeit fühlte sich durch diese Ereignisse tief getroffen und verletzt. Nicht bloß die panslawistischen Schreier, sondern auch der Kaiser, der Hof und das Heer hatten gehofft, leicht mit der altersschwachen Türkei fertig zu werden, und die anfänglichen Erfolge ließen erwarten, daß man sie mit dem ersten Stoß wie eine morschgewordene Hütte zusammenwerfen werde. Darum hatte man verhältnismäßig wenige Armeekorps mobilisiert, hatte weder von den Serben noch den Rumänen, welche gerne an diesem Befreiungskriege vom Joch der Ungläubigen teilgenommen hätten, etwas wissen wollen: Rußland wollte den Ruhm, den Feind des Kreuzes und der slawischen Rasse niedergeworfen und gezüchtigt zu haben, mit niemand teilen. Dieser Stolz legte sich nun: man fing an, es billiger zu geben. Nun aber stand dieser Lorbeer noch im weiten Feld, und das kriegerische Ansehen Rußlands war in Europa durch die bisherigen Ereignisse nichts weniger als gehoben worden. Man sah im russischen Hauptquartier ein, daß man nicht nur neue Truppen aus dem Reiche heranziehen müsse, sondern daß es auch geraten sei, die dargebotene Hand des Rumänenfürsten Karl nicht länger zurückzuweisen und seine

Waffengenossenschaft, die unter Umständen sehr wertvoll werden konnte, anzunehmen. Er war ja dazu bereit und, was noch mehr sagen wollte, bereit mit seinem Heere. Am 24. August rückte denn derselbe über die Donau, vereinigte sich mit dem russischen Heere vor Plewna und erhielt vom Zaren sogar den Oberbefehl über die vereinigten Russen und Rumänen, die etwa 80000 Mann ausmachten. Auch Serbien traf, allerdings etwas zaghaft, Vorbereitungen, abermals loszuschlagen, den Montenegrinern gleich, die seit dem Anfang des Krieges sich nicht ohne Erfolg mit den Türken herumbissen.

Am 3. September gelang es den vereinigten Truppen, Lowtscha zu nehmen, das Osman nicht mehr halten konnte; aber ihre erneuten Angriffe auf Plewna in den blutigen Tagen vom 7. bis 14. September hatten keinen andern Erfolg, als daß 16000 Mann verloren gingen. „Die Kaltblütigkeit der Verteidiger und die Todesverachtung der Angreifer verdienen die gleiche Anerkennung. Aber die Überzahl der Einen wird durch die ausgezeichnete Position der Andern ausgeglichen" — urteilte ein Augenzeuge. Es war klar, daß der bisherige Weg, mit stürmender Hand anzugreifen, zu keinem Ziele führen würde: man trug nur schwere Verluste davon, ohne dem Feinde einen nennenswerten Schaden zuzufügen. Der ruhmvolle Verteidiger der Festung Sebastopol, Totleben, welchen, weil er Deutscher von Geburt war, slawischer Neid bis jetzt vom Kriegsschauplatz ferngehalten hatte, sollte nun bessern Rat schaffen und die uneinnehmbare Burg Plewna, zu welcher sie türkische Kunst ausgebaut hatte, bezwingen. Er wurde deshalb herbeigeholt und dem Fürsten Karl als Generalstabschef beigegeben. Alsbald wechselte er die Methode. Osman Pascha sollte vollständig eingeschlossen, jeden Zuzuges und aller Zuflucht beraubt und so allmählich zur Übergabe gezwungen werden, d. h. Totleben wollte es vor Plewna so machen, wie es die Deutschen vor sieben Jahren mit Metz und seinem Befehlshaber Bazaine gemacht hatten. Dazu war zähe Ausdauer erforderlich, wovon bis jetzt der ungeduldige russische Stolz nichts hatte wissen wollen. Die schnellen Erfolge der ersten Zeit hatte die Strategen der Straße und Presse verwöhnt. Schon an den Rand des Verderbens gedrängt, hatte aber die von ihnen verachtete Türkei einen unvergleichlichen Helden in ihrem Osman gefunden. Leichten Kaufes würde er sich nicht ergeben, das hatte er schon gezeigt, und Totleben rechnete mit seinem Gegner, wie es seine Tüchtigkeit verdiente. Wenn man ihn nicht von der Außenwelt gänzlich abschloß, so kam man ihm nicht bei. Darum richtete Totleben in erster Linie darauf sein Augenmerk, indem er einerseits Osmans Verbindung mit Sofia durch den General Gurko zerstören ließ und

andererseits dafür sorgte, daß die türkische Armee im Osten von Plewna über den Lomfluß zurückgedrängt wurde. Die Pforte erkannte deutlich, wie viel Uhr es geschlagen habe und machte die äußersten Anstrengungen, ihre Widerstandskraft zu stärken. Die Christen des Reiches sollten unter die Waffen treten, alle Bekenner des Islam zum heiligen Kampfe gerufen werden, Maßregeln, die nicht zur Ausführung kamen und auch im entgegengesetzten Falle kaum mehr einen Ausschlag gegeben hätten. Die Frage war nur die, ob und wie lange sich der heldenkühne Osman Pascha noch in Plewna halten könne. Was sonst von türkischen Truppen und Generalen im Felde stand, leistete wenig Bedeutendes und nichts Entscheidendes.

In Plewna gingen die Lebensmittel auf die Neige. Gegen den Hunger hilft keine Tapferkeit. Langsam, aber sicher schnitt Totleben seinem Gegner jede Verbindung nach außen, zuletzt auch die nach Widdin ab. Die Versuche, von Sofia aus den Belagerungsgürtel zu sprengen, vereitelten die Russen, indem sie zum Angriff übergingen, die letzten türkischen Stützpunkte nördlich des Balkans Orchanie und Etropol wegnahmen und nun sogar gegen Sofia vorrückten. Von Südosten her bemühte sich Suleiman Pascha, dem bedrängten Osman Luft zu machen, allein er kam nicht über Elena hinaus, obwohl er dasselbe einnahm. Deshalb war um so weniger an ein Entrinnen aus Plewna zu denken, als Totleben starke Heeresmassen, zuletzt auch noch die Garde, zu seinem Werke herangezogen hatte. Zum Hunger gesellte sich in den Dezembertagen auch noch die Kälte; es fehlte in der improvisierten Festung an Brennmaterialien. Dem eingeschlossenen Feldherrn war es klar, daß seine Zeit gekommen sei und daß er sich nicht mehr halten könne. Allein er wollte sich nicht ohne einen letzten todesmutigen Kampf vor dem harten Geschick beugen, sondern mit seiner ganzen Armee das Wagnis, sich nach Nordwesten hin durchzuschlagen, wenigstens versuchen. Gelang auch dieser letzte Wurf nicht, so hatte er doch seine Ehre bewahrt und trotzte selbst dem Feinde Achtung vor einer solchen echt soldatischen Haltung ab. Am 10. Dezember that er diesen Schritt, zu dem er seine Vorbereitungen entschlossen, sorgsam und in aller Stille getroffen hatte. Die Russen hatten freilich gemerkt, was er im Schilde führe und sich darauf eingerichtet. Ein englischer Gewährsmann schildert die Katastrophe, deren Augenzeuge er war, mit folgenden Worten: „Die türkische Armee bestand aus 40000 Mann und 60 Kanonen. Seit drei Tagen wußten die Russen, daß Osmans Nahrungsmittel aufgezehrt seien und daß er einen Ausfall vorbereite. Sie erfuhren, daß er seine Armee nahe bei der Brücke über den Widfluß zusammenziehe. General Skobeleff be-

stätigte diese Nachricht. Während der Nacht bemerkte er, daß die Türken die Krischinaredoute aufgegeben hatten. Um 7 Uhr morgens überschritten die Türken den Widfluß und stürzten sich auf die Russen mit solcher Heftigkeit, daß sie in einigen Minuten das sibirische Grenadierregiment vernichteten und eine ganze Batterie eroberten. Die Türken kamen nun jedoch unter das Feuer von hundert Kanonen. Andere russische Regimenter griffen in den Kampf ein. Ein viertelstündiger Bajonettkampf und ein entsetzliches Gemetzel folgte. Endlich wurden die Türken über den Fluß zurückgetrieben. Dort dauerte der Kampf bis Mittag fort. Plötzlich wurde das Feuern auf beiden Seiten eingestellt. Nach kaum einer halben Stunde erschien ein Parlamentär, welcher meldete, Osman Pascha wolle kapitulieren. Kurz darauf kam Tefik Bey und berichtete uns, daß Osman verwundet sei. Die Bedingungen der Übergabe wurden in einer halben Stunde abgeschlossen. Die Übergabe war eine bedingungslose. Eine halbe Stunde darauf hatten die Türken die Waffen niedergelegt. Der Durchbruchsversuch Osmans war glänzend, aber ihn durchzuführen unmöglich." 44000 Mann, darunter 8 Paschas und gegen 2000 Offiziere gerieten in die russische Gefangenschaft. Die Sieger zollten dem unterlegenen Feind die gebührende Achtung. Der Großfürst Nikolaus empfing den türkischen Feldherrn, der nur leicht am Schenkel verwundet war, mit Worten uneingeschränkter Anerkennung seiner Tapferkeit und sein Gefolge sprach laut seine Bewunderung aus. Auch der Zar hielt mit seiner Achtung nicht zurück; er ließ dem gefangenen General alle militärischen Ehren erweisen und gab ihm seinen Säbel mit der Erlaubnis, ihn in Rußland tragen zu dürfen, zurück.

Der Schlag, welcher die Türkei mit dem Falle von Plewna getroffen, konnte nicht mehr gut gemacht werden; auch auf dem asiatischen Kriegsschauplatz hatten Sieg und Erfolg, wie wir noch sehen werden, sich wieder auf die Seite der Russen gewendet. Unschwer war es vorauszusehen, daß die Türkei, ihres tapfersten Feldherrn und seiner tüchtigen Armee beraubt, unterliegen werde. Auch auf russischer Seite gab man sich jetzt über den Ausgang keiner Sorge mehr hin. Der Zar verließ seine Armee und kehrte nach Petersburg zurück. Die Rumänen, welchen an dem Siege von Plewna ein unleugbarer Anteil zukam, sollten die Schlußszene des blutigen Dramas nicht mitmachen, sondern die russische Besatzung in Nikopolis ablösen. Der König Milan von Serbien aber berechnete mit Schlauheit, daß es für ihn von Vorteil sein müsse, wenigstens noch seinen guten Willen zu zeigen, und erklärte jetzt der Türkei den Krieg. Wenn nicht auch die Griechen jetzt losschlugen, welche schon die ganze Zeit her drohten und rüsteten, weil sie bei einer etwaigen

Erbteilung der Türkei nicht leer ausgehen wollten, so wurden sie an diesem Schritt nur durch das Verhalten der russischen Regierung verhindert, welche von ihnen nichts wissen wollte. Der Starrsinn der Pforte war nun gebrochen, sie ging die Großmächte, deren Ratschläge sie vorher stets mißachtet hatte, um ihre Vermittelung an. Das Land, hieß es in dem Rundschreiben an die europäischen Höfe, sei mit seinen Hülfsquellen noch nicht zu Ende und bereit, für seine Unabhängigkeit und Integrität alles zu opfern. Aber die Pforte wünsche das Blutvergießen zu beendigen und rufe den Gerechtigkeitssinn der Großmächte an. Eine Vermittelung auf der Grundlage der Integrität des türkischen Reiches konnte eigentlich keine Großmacht unternehmen. Deutschland sagte es ohne Umschweif heraus, daß sich die Pforte unmittelbar an den Zaren wenden müsse, eine Ansicht, die auch von den übrigen Mächten geteilt wurde. Nur England zeigte sich wieder in seiner alten Geschäftigkeit, aber der Kanzler Gortschakoff verstand die Kunst geschickten Ausweichens und höflicher Verzögerung in einem hohen Grade. Rußland wollte — und nach den Opfern, die es gebracht hatte, war das begreiflich — keine fremde Einmischung und keine Unterhandlung auf Grund von Bedingungen, welche unannehmbar waren. Vielmehr erneuerte es seine Anstrengungen, indem Truppen auf Truppen für die Fortsetzung des Krieges nachgeschoben wurden.

Ein harter Winter war hereingebrochen und furchtbare Schneestürme hatten die Balkanpässe, durch welche das russische Heer ziehen mußte, fast unwegsam gemacht. Im Süden des Gebirges hielten noch 25 türkische Bataillone den Ausgang des Schipkapasses besetzt, während Suleiman mit wenigstens dreimal so viel Soldaten in Sofia stand und ein neues Heer zu bilden suchte. General Gurko erhielt den Auftrag, gegen Suleiman zu rücken. Radetzky sollte mit Skobeleff den Schipkapaß freimachen, um dadurch dem russischen Heere die Bahn für den Vormarsch auf Adrianopel zu brechen. Aus Nordbulgarien hatte die Pforte ihre Truppen schon zurückgezogen. Gurkos Truppen hatten fast Übermenschliches zu leisten. Durch das Gebirge mußten mit Hauen und Beilen von den Werkleuten Bahnen gemacht und für die Geschütze und Wagen das Geleise gehauen werden: heftige Schneestürme erschwerten die Arbeit und vereitelten sie beinahe. Die Wege wurden zudem glatt wie ein Eisspiegel. Viele Soldaten gingen durch die Kälte und die Anstrengungen zu Grunde. Aber dessenungeachtet drang Gurkos Heer in drei Säulen über den Balkan zwischen Sofia und Slatiza; noch ehe das Jahr geendet, standen die Russen am Südabhange und schlugen die Türken, welche nichts gethan hatten, ihnen den Übergang zu verwehren,

am 31. Dezember bei Taschkessen. Dem fliehenden Feinde setzte Gurko unverzüglich des anderen Tages nach und rückte über den zugefrorenen Isker bis vor Sofia, das nicht befestigt war. Suleiman hatte schon zur Genüge gezeigt, daß er kein Osman Pascha sei. Ohne Schwertstreich räumte er nächtlicherweile die wichtige Stellung, so daß Gurko am 5. Januar ungehindert in Sofia seinen Einzug halten konnte.

Unterdessen schickte sich auch die russische Hauptmacht an, über den Balkan zu steigen. Zuvor aber mußte Wessali Pascha, der mit 32000 Mann den südlichen Ausgang des Schipkapasses noch verschloß, beseitigt werden. Zu dem Ende sollte derselbe durch die Generale Skobeleff und Mirski, die Auftrag erhielten, auf Seitenwegen über das Gebirge zu gehen, im Rücken, also von Süden her, angegriffen werden, während gleichzeitig Radetzky vom Schipkapaß selbst aus das türkische Lager zu bestürmen hatte. Auch dieser Operationsplan forderte von den russischen Soldaten und ihren Führern die pünktliche Überwindung großer Schwierigkeiten; es gelang ihrer Ausdauer, so daß am 9. Januar 1878 der türkische Feldherr, zwischen zwei Feuer genommen, die Nutzlosigkeit jedes weiteren Widerstandes einsah und mit seinen Truppen die Waffen streckte. Als vollends nun rechts schwenkend Gurko von Sofia aus zuerst am 13. Januar Tatar-Basardschick genommen und seinen Gegner Suleiman genötigt hatte, Philippopel preiszugeben und sich in das Despotogebirge zu flüchten, als endlich auch Fuad Pascha am 17. sich einer Katastrophe bei Markowo nur durch schleunige Flucht entzog, da hinderte keine feldtüchtige türkische Armee mehr das russische Heer auf Adrianopel loszugehen und auch dieser Stadt, dem letzten Bollwerk der Türkei vor Stambul, ein unschwer vorauszusehendes Geschick zu bereiten. Wie mit einem eisernen Hammer hatten die Russen die türkischen Heere zerschlagen. Nach ihrem ersten Mißerfolg hatte man diesen Ausgang nicht mehr erwartet, am wenigsten in England, dessen Staatsmänner sich noch bis vor kurzem den trügerischsten Vorstellungen über die Widerstandsfähigkeit der Türkei hingaben. Der russische Oberfeldherr, Großfürst Nikolaus, schlug sein Hauptquartier in Kasanlik auf; die türkische Bevölkerung floh in hellen Haufen aus Südbulgarien. Die panslawistische Partei aber überschritt in ihrem Siegestaumel alle Grenzen der Mäßigung. Der Pariser Frieden, polterte sie, müsse durch einen neuen ersetzt werden, den der Zar in Stambul diktiere. Ob diese ausgesprochenen und die nicht ausgesprochenen Hoffnungen in Erfüllung gehen würden, ließ sich bei ruhiger Betrachtung der Lage noch nicht mit solcher Zuversichtlichkeit aussprechen. Bevor wir aber die Dinge weiter verfolgen, müssen wir einen Blick auf den asiatischen Kriegsschauplatz werfen und über die

Ereignisse, die sich dort bis zu dieser Frist zugetragen haben, in Kürze berichten.

2. Der Krieg in Armenien. Kriegsplan. Anfängliche Erfolge der Russen. Aufhebung der Belagerung von Kars und Rückzug der Russen. Langer Stillstand. Kizil-Tepe. Kampf auf dem Berge Awlier. Wiedereinnahme von Bajesid und Sturm auf Kars. Vor Erzerum.

Rußland eröffnete gleichzeitig mit dem europäischen Kriegszug auch einen Kampf in Asien gegen die Türken. In Alexandropol, am Südabhange des Kaukasus, war auf kaiserlichen Befehl ein Heer mit der Bestimmung zusammengezogen worden, in Armenien einzufallen. Den Oberbefehl über dasselbe führte der Großfürst Michael Nikolajewitsch. Eine vierfache Aufgabe war ihm hier gestellt: eine Heeressäule sollte die am schwarzen Meere gelegene Festung Batum nehmen, eine zweite Abteilung Ardagan überrumpeln, die Hauptarmee unter Loris-Melikoff gegen Kars und sein linker Flügel gegen Bajesid vorgehen. Diese Unternehmungen glückten keineswegs alle und nicht auf einen Schlag. Von der Seeseite aus wiegelten die Türken die tscherkessischen Stämme im Kaukasus, welche die russische Herrschaft nur widerwillig ertrugen, auf, so daß die Bewegung des russischen in seinem Rücken beunruhigten Heeres gelähmt und Batum überhaupt nicht erreicht wurde. Dagegen gelang es den Russen, schon am 29. April 1877 Stadt und Festung Bajesid ohne Schwertstreich zu gewinnen und Kars zu belagern. Am 16. Mai erstürmten sie das befestigte Lager der Türken bei Ardagan und nahmen die Stadt in Besitz. Langsamer schritt die Belagerung der Festung Kars vorwärts, denn es verstrich viel Zeit, bis das notwendige Belagerungsgeschütz herbeigeschafft wurde. Währenddessen sammelte der türkische Oberfeldherr Mukhtar Pascha ein Heer in Erzerum, um mit demselben Kars zu entsetzen. Schon zog er heran und Loris-Melikoff mußte sich anschicken, die türkische Hauptmacht bei Siwin anzugreifen. Allein die Türken hatten sich unvermutet zu energischer Kraftentfaltung aufgerafft. Ferik Pascha verjagte am 17. Juni die Russen aus Bajesid und schloß die kleine Besatzung, welche sich in die Citadelle geworfen hatte, ein. Mehrere Tage darauf schlug Mukhtar eine russische Heeresabteilung, die gegen ihn einen Vorstoß unternommen hatte, drängte sie nach Seidejkan zurück und zwang sie zum Rückzug über den Soghanlu-Dagh. Auch bei Siwin erlitten die Russen eine empfindliche Schlappe am 25. Juni. Unstreitig hatte sich das Blatt zu ihren Ungunsten gewendet. Es erwies sich als unmöglich, den nachdrängenden Mukhtar Pascha zurückzuschlagen und von dem Entsatz der Festung Kars abzu-

halten. Deshalb erschien es als das geringere Übel, freiwillig diese Belagerung aufzugeben, anstatt sich einer schweren Niederlage auszusetzen. Der Großfürst Michael gab daher den Befehl zum Rückzug auf das russische Gebiet. Dort wollte er neue Verstärkungen abwarten und hernach wieder zum Angriff vorgehen. Nur Ardagan blieb in den Händen der Russen. Es standen also die Dinge auf dem armenischen Kriegsschauplatz im Juni keineswegs für die russischen Waffen erfreulich.

Und lange Zeit blieben sie fast regungslos auf diesem Standpunkte. Beiderseits begnügte man sich, den Gegner zu beobachten, sich eine möglichst gute Stellung auszuwählen und dieselbe zu verschanzen. Mukhtar lag wohlbefestigt bei Kars, ihm gegenüber richtete sich auf den Höhen von Kizil-Tepe (Kisil-Tapa) Loris-Melikoff in einem festen Lager ein, von dem aus er am 18. August einen Angriff auf den Feind unternahm, der jedoch denselben abwies. Um sich zu rächen, ging acht Tage später Mukhtar zum Angriff über und erstürmte am 26. August das russische Lager von Kizil-Tepe. Nun trat wieder eine Pause ein, in der man sich gegenseitig unbehelligt ließ. Die Russen benutzten die Frist sich zu verstärken. Erst im Oktober regte sich wieder kriegerisches Leben. Mit wechselndem Erfolge kämpfte man auf beiten Seiten in den ersten Tagen des Oktobers. Und am 14. neigte sich das Zünglein der Wage den Russen zu. Ihr Oberbefehlshaber holte zu einem wohl vorbereiteten, entscheidenden Schlage aus. In doppelter Überlegenheit gab er den Befehl, Mukhtars Lager auf dem Berge Awlier zu stürmen. Zähe widerstanden die Türken, aber schließlich wurden ihre Reihen durchbrochen. Der eine Teil unter Mukhtar selbst floh, nachdem er gänzlich geschlagen war, eilig nach Kars, während der andere Teil, 10000 Mann, unter Omer Pascha sich ergeben mußte.

Erst jetzt vermochte die russische Heeresleitung wieder die alten Feldzugspläne aufzunehmen und das Verlorene wiederzugewinnen. Zunächst kam Bajesid an die Reihe, das am 29. Oktober abermals in ihre Hände geriet. Außerdem richteten sie ihr Augenmerk auf Kars und Erzerum. Das erstere belagerten sie, das zweite suchten sie am 9. November vergeblich zu überrumpeln. Die Festung Kars aber ging ihrem unvermeidlichen Geschick entgegen. Am 18. November erlag sie dem Sturme der Russen, von dem ein englischer Augenzeuge folgende Schilderung entwirft: „In tiefster Stille nahmen die russischen Truppen ihre Positionen ein; Lasareff, der Befehlshaber der 40. Division, bildete den rechten Flügel und griff das Fort Hafiz Pascha an; Graf Grabbe mit einem Regiment der Moskauer Grenadiere und einem Regiment der 39. Division

ging im Centrum gegen die Khanli Tabia und Suwari Tabia, sowie gegen die Türme und Citadelle vor, während die Ardagan'sche Brigade und die Moskauer Grenadiere das Fort Inglis angriffen. Am 17. abends begann der Angriff; früh morgens ergab sich die Citadelle, dann folgten die drei Türme. Die andern Forts hielten bis 8 Uhr früh aus. 20 Bataillone flohen gegen Erzerum, wurden jedoch von den Dragonern und Kosaken eingeholt. Die Türken legten die Waffen nieder und wurden als Gefangene zurückgeführt. Die Stadt, die ganze Festung mit 300 Kanonen, Vorräten, Munition fielen fast unbeschädigt in die russischen Hände. Die Türken verloren 5000 Todte und Verwundete und 10000 Gefangene; die russischen Verluste betrugen 2700 Mann. Die Russen machten nur geringe Beute und schonten Wehrlose, Weiber und Kinder. Loris-Melikoff leitete die Schlacht und zog in Kars um 11 Uhr vormittags ein."

Vor Erzerum wurde kein gleich entscheidender Sieg davongetragen. Zwar nahm der russische General Heimann ein Fort der Stadt in der Nacht vom 9. auf den 10. November weg, aber er wurde am Morgen des andern Tages wieder aus demselben herausgeworfen. Die schlechte Jahreszeit stellte von jetzt ab die kriegerische Thätigkeit fast ganz ein. Die Russen hatten allerdings mit größter Mühe und nach den stärksten Anstrengungen sich das Übergewicht verschafft; aber glänzende Vorteile hatten sie doch nicht errungen. Den Ausschlag gab auch nicht das armenische Kriegsfeld. Der Erfolg des Kriegszuges in Bulgarien entschied diesen Völkerstreit.

3. Vormarsch der Russen auf Adrianopel. Das Verhalten der Engländer. Verhandlungen der Türken und Russen. Räumung Adrianopels. Die englische und die russische Regierung. Griechische Kriegserklärung. Aufstand auf Kreta. Friedensneigungen. Friede von St. Stefano und seine Bedingungen. Mißfallen der europäischen Mächte an den Bedingungen. Englands Einsprache und Drohungen. Europäischer Kongreß in Berlin. Bismarck Vorsitzender. Prompte Verhandlungen. Verstimmung über die Ergebnisse bei den Panslawisten. Englands geheimer Vertrag mit der Türkei. Englische Besetzung der Insel Cypern. Gladstone und die orientalische Frage. Berliner Nachkonferenz. Griechenland und Montenegro. Die Flottendemonstration der europäischen Großmächte. Entscheidung Europas über die griechische Grenzberichtigung.

In Nordbulgarien blieb eine starke russische Truppenmacht als Besatzung zurück, der sich die serbische Armee, welche am 11. Januar 1878 Nisch zur Übergabe gezwungen hatte, anschloß. In breitem Aufmarsch wälzte sich das russische Heer südlich vom Balkan seinem nächsten Ziele,

Adrianopel, entgegen. Die Türken hatten dem nahenden Feinde keine frischen Truppen mehr entgegenzustellen. Ihre besten Kräfte waren in Gefangenschaft geraten, verwundet, gefallen. Was sonst noch an Soldaten vorhanden war, wurde mit fieberhafter Eile zum Schutze der Hauptstadt zusammengerafft: es waren höchstens 110000 Mann. Bisher hatte sich die Türkei immer auf England verlassen und im Stillen die feste Hoffnung gehegt, dasselbe werde ihm in der höchsten Not bewaffneten Beistand leisten. Diese Annahme schien um so begründeter, als die englische Diplomatie eine unvergleichliche Rührigkeit, wenigstens mit Vorschlägen, Einwänden und andern papiernen Maßnahmen entfaltet und sich, wie wir gesehen, stets mehr auf die türkische Seite gehalten oder wenigstens jede energische Maßregel der Russen zu vereiteln gesucht hatte. Aber von dem Mute, jetzt eine entschlossene That zu wagen, ließen jene berechnenden Leute wenig spüren. Die Türken waren darüber mit Recht erbittert und deshalb entschloß sich die Pforte, lieber unmittelbar mit dem Sieger selbst zu verhandeln, als noch länger durch die mattherzigen Vertröstungen Englands sich hinhalten zu lassen. Der Sultan wandte sich an den Zar und im russischen Hauptquartier zu Kasanlik trafen türkische Unterhändler ein. Der kommandierende Großfürst, welchem der Zar die Vollmacht zum Abschlusse eines Waffenstillstandes übertragen hatte, erklärte denselben, daß er erst in Adrianopel verhandeln wolle. Den Türken blieb unter diesen verzweifelten Umständen nichts übrig, als Adrianopel zu räumen, in welchem am 21. Januar die Russen einrückten. Die Haltung Englands war bis jetzt zum mindesten unwürdig und zweideutig, man könnte fast sagen schmachvoll gewesen. Sicherlich hätte die Pforte längst schon sich dem Willen Europas und dem unabänderlichen Geschick des Krieges gefügt, wenn nicht das Gebahren des englischen Ministeriums sie im Widerstand bestärkt hätte. Das Schlimmste war, daß dieses Ministerium nicht einmal unter sich darüber einig war, was es thun solle. Und doch hatte es angesichts von ganz Europa unleugbare Verpflichtungen übernommen. In dem Augenblick, als Beaconsfield vom Parlament einen außerordentlichen Kredit für Rüstungszwecke verlangte, verließen ihn einige seiner Amtsgenossen. Erst als in Adrianopel die verlassene Pforte notgedrungen am 31. Januar 1878 Friedenspräliminarien von weittragender Bedeutung unterzeichnet hatte, erwachte das öffentliche Gewissen in England. In stürmisch erregten Versammlungen legte die Bevölkerung Verwahrung gegen das Ansinnen ein, den Russen unverwehrt und unangefochten die Türkei preiszugeben. Man wünsche den Frieden, aber er müsse mit der Ehre und den Interessen des britischen Reiches vereinbar sein. Durch diesen Druck von außen gestärkt, faßte

die Regierung ein Herz, den halben Maßregeln zu entsagen; es war höchste Zeit, wenn die Engländer ja noch ein Wort dareinreden und das Äußerste von der Türkei abwenden wollten. Schritt für Schritt drang auch während der Verhandlungen die russische Armee gegen Stambul vor. Schon hatte der Oberfeldherr derselben sein Hauptquartier bis in die Nähe der türkischen Hauptstadt, nach St. Stefano, vorgeschoben und Gortschakoff hatte Europa verkündigt, daß er angesichts der Absicht der britischen Regierung, einen Teil der englischen Flotte nach Konstantinopel zu entsenden, um „Leben und Sicherheit der englischen Unterthanen zu schützen", zu gleichem Zwecke einen Teil des russischen Heeres dort einrücken lassen werde. Erst diese Drohung bestimmte die englische Regierung zu einem energischen Auftreten. Ohne Umschweif verlangte sie nun, daß Rußland weder die Provinz Gallipoli besetze noch jenseits der Dardanellen auf der asiatischen Seite Truppen einrücken lasse: unter dieser Bedingung verpflichtete sich England das gleiche zu thun.

Unterdessen hatte es bereits den Anschein gewonnen, als ergebe sich die Türkei ganz und gar dem Willen Rußlands. Vom Sieger ließ sich schließlich Besseres erwarten, als von einem so zweifelhaften Freund, wie es bisher England gewesen war. Außerdem legten neuauftauchende Verlegenheiten einen solchen Entschluß recht nahe. Die griechische Regierung erklärte nämlich am 1. Februar der Pforte den Krieg und ließ in Thessalien, Epirus und Macedonien 12000 Mann einrücken, und auf der Insel Kreta brach ein Aufstand aus. Sicherte sich die Pforte, wie einzelne türkische Staatsmänner es geradezu verlangten, die russische Freundschaft, so konnte sie wenigstens sich dieser kleinen Feinde erwehren, welche jetzt im Trüben fischen wollten. Auch Rußland sehnte sich nach Frieden: der Krieg hatte die ohnehin schlechten Finanzen des Reiches fast der Erschöpfung nahe gebracht, und Rumänien, welches in der höchsten Verlegenheit so wichtige Dienste geleistet hatte, war durch die Zumutung, für seine Opfer noch Bessarabien abzutreten und dafür die wertlosere Dobrudscha anzunehmen, so tief gekränkt worden, daß es feierlich erklärte, auf diesen Tausch nie freiwillig eingehen zu wollen. Diese Verhältnisse mußten auch Rußland gegen die Türkei milder stimmen; ja es war schon aus dem Gesichtspunkt, jede Einmischung Dritter abzuschneiden, das geratenste, bald ein Abkommen zu treffen, das den Krieg beendigte, und bezüglich der Friedensbedingungen Europa vor eine vollendete Thatsache zu stellen. In der That überraschten die kriegführenden Mächte die Welt am 3. Februar durch den Frieden von St. Stefano, den hauptsächlich so unvermutet schnell der geriebene russische Gesandte Ignatieff zustande gebracht hatte.

Im wesentlichen bestimmte derselbe folgendes. Die Türkei anerkennt die Unabhängigkeit von Serbien und Montenegro und bewilligt beiden Fürstentümern eine ihnen vorteilhafte Grenzberichtigung. Die Bulgarei wird ein selbständiges, aber tributpflichtiges Fürstentum mit einem vom Volke zu erwählenden und von der Pforte zu bestätigenden christlichen Fürsten, der keiner der regierenden europäischen Dynastieen entnommen werden darf. Die Grenzen des neuen Staates sollen durch eine türkisch-russische Kommission später festgesetzt werden, bis dahin bleibt eine russische Besatzungstruppe in der Bulgarei. Alle Festungen an der Donau werden geschleift. In der Herzegowina und Bosnien sollen die Vorschläge ausgeführt werden, welche die europäischen Mächte auf der Konferenz in Konstantinopel gemacht haben. In den Provinzen Thessalien, Epirus und Macedonien, ebenso auf Kreta sollen Reformen eingeführt werden, welche den Einwohnern eine Teilnahme an der Verwaltung einräumen; sogar für Armenien, welches der Sieger der Türkei zurückgiebt, werden ähnliche Besserungen der Verhältnisse bewilligt. Ingleichen wurde eine Kriegsentschädigung von 1410 Millionen Rubel festgesetzt. In Anbetracht der finanziellen Not der Türkei nimmt der Zar an Zahlungsstatt gewisse Gebietsabtretungen südlich der Dobrudscha und in Armenien Batum, Ardagan, Kars und Bajesid an. Die Dardanellen und der Bosporus bleiben in Friedens- und Kriegszeiten den Handelsschiffen neutraler Staaten, die von russischen Häfen kommen oder dorthin gehen, offen. Die russische Armee räumt die europäische Türkei, ausgenommen Bulgarien, ebenso Armenien innerhalb bestimmter Fristen.

Obwohl Rußland in diesem Vertrag seinen innersten Herzenswünschen Zaum und Zügel angelegt und für die Träume der starken panslawistischen Partei von dem Zusammenbruch der türkischen Herrschaft in Europa die Erfüllung nicht gebracht hatte, so befriedigte der Vertrag doch keineswegs die Staatsmänner Europas. Andrassy in Österreich fand an den Bestimmungen über das Schicksal der Herzegowina und Bosniens so wenig Geschmack, daß er sich, allerdings nicht ohne Widerspruch einzelner Volksvertreter, einen recht ansehnlichen Kredit bewilligen ließ, um für alle Fälle freie Hand zu haben und gerüstet zu sein. Wenn Rumänien, das den Russen opferwillige Waffengenossenschaft geleistet hatte, sich unwillig zeigte, daß man ihm über seinen Kopf hinweg zum Danke für seinen Beistand eine gute Provinz nehmen und eine schlechtere dafür aufnötigen wollte, so war dieses Gefühl so begreiflich, wie der laute Protest seiner Regierung, welche in einer umfangreichen Denkschrift die Verwendung der Großmächte in Anspruch nahm. Am ungehaltensten

geberdeten sich die englischen Staatsmänner. Rußland hatte versprochen, nur zum Schutz der schwer gedrückten christlichen Bevölkerung in den Krieg ziehen und seine Macht nicht vergrößern zu wollen. Nun aber wurde Rußland durch die Vertragsbestimmungen eine thatsächliche Oberherrschaft auf der Balkanhalbinsel stillschweigend zugebilligt, indem es jederzeit die Bevölkerung daran erinnern konnte, daß sie durch russische Waffen vom Joch der Türken befreit worden sei und ihrem Befreier allen Dank schulde. Dadurch, daß der Vertrag ein unabhängiges Bulgarien schuf, dessen Grenzen, wenn es auch noch nicht ausgesprochen war, von der Donau und dem schwarzen Meer weitweg über den Balkan reichen würden, erlitt der türkische Besitzstand in Europa eine ungeheure Einbuße und der Rest seiner Herrschaft wurde in zwei Teile auseinandergerissen. Wie sollte sie da noch lebensfähig bleiben? „Durch die Artikel, welche eine neue Bulgarei begründen", so setzte Salisbury in einem Rundschreiben auseinander, „wird unter dem Einfluß und der Leitung Rußlands ein starker slawischer Staat geschaffen, welcher wichtige Häfen an den Ufern des schwarzen Meeres und des Archipels besitzt, und es wird dadurch dieser Macht ein vorwiegender Einfluß auf politische und Handelsverhältnisse auf jenen Meeren übertragen." Gewiß trafen diese englischen Bedenken das Richtige. Allein hatte nicht die englische thatenlose Zauderpolitik die Türkei selbst in die Arme seiner Besieger getrieben und wer in Europa sollte sich gerade dafür ereifern, daß den Besiegten kein Leids geschehe oder ihre Mißwirtschaft erhalten bleibe? England hätte es freilich am liebsten gesehen, daß irgend eine Macht für seine Interessen die Kastanien aus dem Feuer geholt hätte. Weil sich aber niemand dazu bereit fand, so mußten die englischen Staatsmänner sich nun schon entschließen, gegen Rußland selbst ein- und aufzutreten. Der Vertrag von St. Stefano trieb sie endlich dazu, mit einer entschiedenen Sprache herauszutreten und, wenn es sein mußte, ihren Worten Kraft und Nachdruck durch die That zu geben. Sie verlangten nun, daß der ganze Vertrag in allen seinen Bestimmungen der Prüfung und Entscheidung der europäischen Mächte vorgelegt werde, und schritten zu den umfassendsten kriegerischen Rüstungen, welche keinen Zweifel mehr darüber verstatteten, daß England vor dem Kriege nicht zurückscheue.

Während nun diese Veranstaltungen mit allem Ernste betrieben wurden, dauerten die Verhandlungen zwischen Rußland und England fort. Das erstere lehnte einen europäischen Kongreß nicht ab, aber es wollte sich nicht unter die Diktatur Europas stellen. Sollte es sich von den unbeteiligten Zuschauern die Friedensbedingungen diktieren lassen, nachdem es den Feind allein niedergeworfen, und sollte es sich um die

Früchte seines blutigen Sieges bringen lassen, nachdem es so schwere Opfer gebracht hatte? Daß sich der ganze Stolz der Russen gegen solche Zumutungen aufbäumte, mußte man begreiflich finden; andererseits legte die Gefahr eines neuen Krieges, dessen Ausgang nicht vorherzusehen war, nüchterne Erwägung um so näher, als die russischen Finanzen sehr erschöpft und die Verluste im Krieg an Menschen und Kriegsmaterial bedeutend genug waren. England dagegen verfügte über geradezu unerschöpfliche Hülfsquellen, über eine großartige Flotte und über Heereskräfte, die nicht unterschätzt werden durften. Im Bewußtsein dieser Machtmittel wich die englische Regierung nicht mehr von der Forderung zurück, daß Rußland entweder sich nachgiebig erzeige oder einen neuen Krieg wage. Diese Festigkeit trug den Sieg davon. Schuwaloff, der russische Gesandte in London, wußte in den Maitagen den Zaren und die Regierung dahin umzustimmen, daß sie die Zustimmung zu einem europäischen Kongreß, der in Berlin unter dem Vorsitze des Fürsten Bismarck tagen sollte, endlich gaben.

Am 13. Juni wurde der Kongreß in Berlin eröffnet. Es hing von ihm viel ab; wenn keine Verständigung zwischen den beiden eifersüchtigen Mächten England und Rußland erzielt wurde, so drohte ein Krieg auszubrechen, von dem zu fürchten war, daß er in seine blutigen Kreise wenigstens halb Europa hineinziehen werde. Denn die orientalische Frage ist die gefährlichste Stelle am ganzen Leibe des europäischen Weltteils: bei ihrer endgültigen Lösung stehen mehr Interessen auf dem Spiel, als man glauben sollte. Wenn irgendwer imstande war, die Verhandlungen noch zu einem friedlichen Ende zu leiten, so war es einzig in Europa der erprobteste Meister in der Staatskunst und in den Verhandlungen über strittige Völkerfragen. Ein richtiges Gefühl hatte daher den Kabinetten die Wahl des Fürsten Bismarck zum Kongreßvorsitzenden nahegelegt. Er, der ehrliche Makler und aufrichtige Friedensfreund, betrachtete die Angelegenheit von seinem erhöhten Standpunkt mit überlegener Übersicht und gerechter Besonnenheit. Den Streit aus dem Wege zu räumen und den Frieden zu stiften hielt er für eine so schöne und würdige Aufgabe, daß ihn die Mühe und Arbeit nicht verdroß, welche ihm das Vermittleramt auferlegte. Er bewies auch so recht seine bewährte Kunst, hielt strenge die großen und kleinen Fragen auseinander, bemühte sich, die schroffen Gegensätze zu mildern und die Parteien einander zu nähern. Auf diese Weise überzeugte er alle von seiner redlichen Absicht, zu versöhnen und der Welt einen neuen Krieg zu ersparen, und stimmte zur Nachgiebigkeit und Versöhnlichkeit die Gegner sogar in Fragen um, an

welchen als an den gefährlichsten Klippen vielleicht sonst der Kongreß gescheitert wäre.

Es war eine erlauchte Versammlung der ersten Staatsmänner, welche Europa nach der deutschen Reichshauptstadt entsandte. Von Rußland kam der alte Reichskanzler Gortschakoff, der Botschafter in London Schuwaloff und Baron Oubril; von England: Lord Beaconsfield, Salisbury und Lord Russel; von Österreich: Andrassy, Karolyi und Haymerle; von Frankreich: Waddington und Graf St. Vallier; von Italien: Graf Corti und Launay; von Deutschland: Fürst Bismarck, Bülow und Fürst Hohenlohe; von der Türkei: Karatheodory, Mehemet Ali und Sadullak Bey. Offenbar mußte Rußland sich entschließen, von den Vertragsbestimmungen, die es in St. Stefano getroffen hatte, manche fallen zu lassen, schon um die feierlichen Versprechungen wenigstens halbweg einzulösen, die es wiederholt vor ganz Europa gegeben, daß es, wie Gortschakoff in einer der Sitzungen feierlich erklärte, „Wahrheit gewesen, als Rußland sowohl vor als nach dem Kriege versicherte, daß es nur, um den Christen des Orients zu helfen, sich erhoben hat, daß es keinen selbstsüchtigen heimlichen Zweck verfolgte und daß, nachdem es in einem Kriege, der lediglich für das Christentum und die Civilisation unternommen wurde, es sich auch imstande zeigt, Opfer für die Wiederherstellung des Friedens zu bringen“. Diese Umstimmung und versöhnliche Haltung verdankte man hauptsächlich der eindringlichen Einsprache Schuwaloffs und der Friedensliebe des Zaren selber, während der Reichskanzler Gortschakoff lange Zeit und hartnäckig auf seinem Standpunkt geblieben war, keine Zugeständnisse zu machen und sich von Europa, das müßig dem Kriege zugesehen habe, keine Einrede gefallen zu lassen. Zunächst wurde die bulgarische Frage erledigt. Das neue selbständige Bulgarien wurde auf das eigentliche nördlich des Balkans gelegene Bulgarien beschränkt. Das südliche Bulgarien erhielt den Namen Ostrumelien, dem seine eigene Verwaltung, jedoch unter der Oberhoheit des Sultans, dessen Truppen die Besatzung bilden, bewilligt wurde. Auf diesem Wege sollte wenigstens südlich vom Balkan der Zusammenhang der europäisch-türkischen Besitzungen aufrechterhalten werden. Dagegen sollen zwar die Donaufestungen und Varna geschleift werden, aber in den Besitz des bulgarischen Fürstentums übergehen, welchem auch die Stadt Sofia zugesprochen wurde.

Ein zweiter wichtiger Punkt bestand darin, daß trotz der Einsprache der Türkei vom Kongreß Österreich die Besetzung und Verwaltung Bosniens und der Herzegowina übertragen wurde, da die Türkei nicht in der Lage sei, die Ordnung in diesen Provinzen aufrechtzuer-

halten. Es liege im öffentlichen Interesse Europas, diese Provinzen unter den unmittelbaren Schutz eines mächtigen Staates zu stellen; dieser Staat könne nur Österreich sein, der unmittelbare Nachbar dieser Provinzen, dem dadurch die Aufgabe zufalle, den Aufstand zu bewältigen. Obwohl die Pforte sich sperrte, so mußte sie doch „diese Annexion zur linken Hand" zugestehen.

Am 29. Juni beschloß der Kongreß, Griechenland in Thessalien und Epirus, hier mit der Stadt Janina, einzelne Gebietserwerbungen zu bewilligen, und in den ersten Julitagen ordnete er die Angelegenheiten in Bezug auf Rumänien, Serbien und Montenegro. Rumänien mußte sich den Eintausch der Dobrudscha gegen Bessarabien vor dem europäischen Tribunal gefallen lassen: aber es erhielt noch dazu einen Landstrich von Silistria bis Mangalia am schwarzen Meere und die Schlangeninsel. Serbien erhielt Nisch, Montenegro Niksich und Podgoritza bis Antivari, aber keinen Hafen an der Adria. Die Unabhängigkeit der drei Fürstentümer von der Türkei wurde eingeräumt und ihnen die Gleichstellung aller Religionen auferlegt. In Asien mußte die Pforte an Rußland die Gebiete von Ardagan, Kars und Batum mit dem Hafen abtreten.

Damit war nach vierwöchentlicher, angestrengter Thätigkeit der europäische Kongreß zu einem Ergebnis gekommen, das den Frieden sicherte und wenn auch nicht die völlige Lösung der orientalischen Frage herbeiführte, so sie doch vertagte. In Rußland allerdings zeigte sich die panslawistische Partei über den Kongreß sehr ungehalten; öffentlich schalt sie die Nachgiebigkeit der russischen Staatsmänner. Der Kongreß wurde eine freche Verhöhnung Rußlands genannt, dem man eine Narrenkappe mit Schellen aufgesetzt habe, eine Verschwörung gegen das Russenvolk unter Beteiligung seiner eigenen Vertreter. Rußlands Diplomatie sei gefährlicher als der Nihilismus. Diese Wutausbrüche begreift man, wenn man sich an die hochfliegenden Hoffnungen erinnert, welche die Planslawisten auf den Krieg gesetzt: sie änderten indessen nichts an den Thatsachen. Das gelang auch der Pforte nicht, welche sich den Bestimmungen des Berliner Kongresses durch Einwände, Bedenken und Verschleppung zu entziehen suchte. Am wenigsten richtete sie mit diesem gewohnten Versteckspiel gegenüber Österreich etwas aus: das letztere ließ, als es verstimmt die Absicht merkte, kurzer Hand 100000 Mann in Bosnien und der Herzegowina einrücken.

Englands Uneigennützigkeit war nicht dazu angethan, daß es über der Not, in der sich die Türkei befand, seinen Vorteil vergessen hätte. Die türkische Schaukelpolitik, die sich heute an Rußland, morgen an

England anlehnte und das eine gegen das andere auszuspielen und zu gebrauchen strebte, flößte zu wenig Vertrauen ein und die berechnenden Engländer fanden es daher geraten, sich ihre Dienste nicht bloß mit dankbaren Worten belohnen zu lassen. Wenn das Damoklesschwert, das über der Türkei schwebte, diesmal noch beseitigt wurde, so verdankte sie diese Errettung doch im Grunde dem späten, aber dann um so nachdrücklicheren Eingreifen der englischen Regierung. Ohne ihren ernsten Zuruf: Bis hierher und nicht weiter, hätten die Russen kaum vor den Thoren Stambuls Halt gemacht. Und wer will wissen, was dann geschehen wäre? Liebe trieb die Engländer nicht zu dieser wirksamen Einsprache, sondern die Wahrnehmung des eigensten Interesses, der feste Entschluß, ihr Übergewicht im mittelländischen Meer auf keinen Fall herabdrücken zu lassen. Rußland war und blieb Englands gefährlicher Rivale nicht bloß in Europa. Daher erheischte es die Pflicht der Selbsterhaltung, sich gegen den Gegner überall und auf alle Weise vorzusehen. Darum schloß England am 4. Juni 1878 mit der Türkei einen vorerst geheimen Vertrag, wornach der letzteren der Besitz von Kleinasien, Syrien und Mesopotamien mit der Verpflichtung garantiert wurde, jeden weiteren Eingriff Rußlands in türkisches Gebiet mit den Waffen zu verwehren. Um dies jeden Augenblick ausführen zu können, sollte England von der Pforte die Verwaltung und Besetzung der Insel Cypern übertragen werden. Damit verstärkte sich die englische Macht im mittelländischen Meer um ein Bedeutendes. Während noch der Berliner Kongreß tagte, nahm England (11. Juli) Besitz von der Insel. Die überraschte Welt bewunderte die englische Schlauheit.

Trotzdem folgte im Jahre 1880 der orientalischen Tragödie noch ein Satyrspiel, das einen Augenblick eine bedrohliche Wendung zu nehmen schien. Die Türkei beeilte sich keineswegs, aus freien Stücken die Vertragsbestimmungen der Berliner Konferenz in Ausführung zu bringen, besonders wo es sich um kleinere Mächte handelte, wie Griechenland und Montenegro. Die Pforte schob die diesen zugestandene Grenzberichtigung auf die lange Bank und regte sich nicht, obwohl die Vertreter dieser Staaten laute Verwahrung einlegten. Vielleicht hätte diese schon oft erprobte Politik wieder ihre Früchte getragen, wenn nicht in England Gladstone an die Regierung gekommen wäre. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger war er der Pforte mehr feindlich, als freundlich gesinnt. Wozu sollte man ihren Besitz in Europa, der nicht mehr haltbar und zu rechtfertigen war, mit künstlichen Mitteln schirmen? Nach seiner Meinung mochten sich die Balkanstaaten in ihr Erbe teilen; selbst dagegen hätte er wenig erinnert, wenn auch Rußland sich irgend eine

Entschädigung verschaffte. Nur gegen das eine sprach er sich feierlich aus, daß Österreich etwa daran denke, über Mitrovitza nach Salonichi, also an das ägäische Meer, vorzudringen. Sein brüskes: „Hände weg!“ und seine veränderte Haltung konnten die erst mit Mühe beigelegte Angelegenheit wieder aufs neue aufrühren. Und Griechenland wehrte sich energisch gegen die Behandlung, die es von Seiten der Türkei erfuhr, ja es rief die Einsprache der europäischen Großmächte an, die es für angezeigt hielten, in einer zu Berlin im Juni 1880 tagenden Nachkonferenz die Türkei zur Ordnung zu zwingen. Auf derselben wurde sogar über die Konferenzbeschlüsse hinaus auf Frankreichs Antrag dem griechischen Staate ganz Thessalien mit Larissa und ein beträchtlicher Teil von Epirus mit Janina und Metzowo zugesprochen; jedoch legte die Pforte Verwahrung ein, entschlossen nur der Gewalt zu weichen. Sie anzuwenden hatten aber die Großmächte keine Lust, und so hing die griechische Angelegenheit in der Luft.

Dagegen führte das gleiche Verhalten der Pforte in der montenegrinischen Grenzberichtigungsangelegenheit zu einer imposanten und schließlich doch so lächerlichen Kundgebung der Großmächte. Montenegro sollte die Stadt Dulcigno und ein schmales Gebiet bis an die Bojanamündung erhalten, aber die Türkei gab nichts her. Da sandten auf Englands Vorschlag die sechs europäischen Großmächte eine Anzahl von Kriegsschiffen ins adriatische Meer und drohten mit Gewalt. Wäre nur die Einigkeit derselben nicht so gering gewesen, daß der ganze Apparat nichts nützte und die Türkei desselben im Angesicht der Welt eine Zeitlang spotten durfte! Erst als die Engländer heftig erzürnt über diese Schmach drohten, im Notfalle sogar allein vorgehen zu wollen, übergab der Sultan die Stadt Dulcigno am 27. November an Montenegro, dazu durch das vereinigte diplomatische Vorgehen von Frankreich und Deutschland bestimmt. Auf diese Weise wurde nun auch die sogenannte europäische Flottendemonstration und die in demselben verkörperte Harmonie der europäischen Großmächte vor dem fast unausbleiblichen Fluche der Lächerlichkeit bewahrt.

Griechenland hatte zwar seinen Anspruchsschein auf die ihm zugebilligte Vergrößerung in der Tasche, aber die Türkei machte keine Miene, die Abtretung zuzugestehen. Auf den kriegerischen Lärm und die Kriegsrüstungen der Griechen gab die Türkei nichts und auf ein Wiedererwachen philhellenischer Begeisterung in Europa, von welcher ehedem das griechische Volk sich getragen fühlte, durften sie nicht rechnen. Am wenigsten war etwa von den Großmächten ein thätiges Eingreifen zu erwarten, denn ihnen allen, vorab auch England, war die Lust vergangen, zum zweiten-

mal das Possenspiel einer gemeinsamen „Demonstration" aufzuführen. Um nun aber doch die Angelegenheit aus der Welt zu schaffen, nahm die deutsche Reichsregierung die Vermittelung auf englische Anregung hin in die Hand. Griechenland sollte Thessalien, aber von Epirus nur den südlichen Teil bis zum Golf von Arta, also ohne Janina, erhalten. Die Türkei nahm diesen Vorschlag ohne Weigerung an und Griechenland mußte sich dieser „Entscheidung Europas" fügen.

12. Kapitel. Die Korruption und der Nihilismus in Rußland.

Das Anwachsen der nihilistischen Bewegung. Vera Sassulitsch. Attentate. Unterschleife und ihr moralischer Hintergrund. Die Rekrutierungskreise des Nihilismus. Die Attentate auf den Zaren. Seine Ermordung.

Der Krieg gegen die Türkei schaffte in dem Fortgang der nihilistischen Bewegung nur eine kurze Unterbrechung. Noch vor dem Friedensschlusse verübte ein junges Frauenzimmer, Vera Sassulitsch, ein Attentat gegen den Stadthauptmann von Petersburg, General Trepoff, indem sie in seinem Amtszimmer zwei Pistolenschüsse auf ihn abgab. Nichts bezeichnete die in Rußland herrschende Stimmung mehr, als daß die Verbrecherin von den Geschworenen, die über sie abzuurteilen hatten, freigesprochen wurde. Bald darauf (April 1878) wurde auf einen Polizeibeamten in Kiew zu gleicher Zeit von drei Personen geschossen, und keiner derselben konnte die Polizei habhaft werden, weil die Verbrecher von der Bevölkerung förmlich in Schutz genommen wurden. Allenthalben erschienen auch Aufrufe an das Volk, in denen jedem Verräter an der heiligen Sache mit dem Tode gedroht wurde. Die Polizei konnte trotz ihrer unermüdlichen Nachforschungen die Häupter der Verschwörung nicht entdecken, ja sie goß durch ihren Übereifer häufig Öl ins Feuer, indem sie zu willkürlichen Verhaftungen schritt, die nichts als neue Unruhen erzeugten, wie z. B. die Studentenunruhen in Kiew.

Der Ausgang des Krieges rief, wie wir gesehen haben (S. 398), den lautesten Unwillen der Panslawisten hervor. Indem die Regierung dem unbotmäßigen Treiben dieser Partei scharf entgegentrat und dem Führer derselben, dem greisen Aksakoff, das Handwerk legte und ihn aus Moskau verwies, ergriff weite Kreise eine tiefe Verstimmung, welche zur Teilnahme an geheimen Verbindungen und staatsgefährlichen Verschwörungen erst recht geneigt machte. Der Kampf gegen den Staat und die bestehende Ordnung nahm zu. Der Chef der geheimen Kanzlei des Kaisers, Mesenzoff, wurde ermordet, und abermals gelang es nicht, den Thäter zu entdecken, obwohl Untersuchungen angestellt und Verhaf-

tungen vorgenommen wurden, welche bis nach Archangel hinaufreichten. Um wirksamer gegen die Verbrechen auftreten und eine entsprechende Bestrafung der Verbrecher, welche die Geschworenengerichte nicht sicher vornahmen, herbeiführen zu können, wurde durch einen kaiserlichen Ukas die Aburteilung von politischen Verbrechen den Militärgerichten übertragen. Die Geduld der Regierung sei endlich erschöpft und werde fortan mit unbeugsamer Strenge Leute verfolgen, welche die ruhige und rechtmäßige Entwickelung des Staatslebens stören. Alle Stände müßten mit der Regierung zusammenwirken, um das Übel auszurotten, das in falschen Lehren wurzele; das russische Volk solle durch die That beweisen, daß in seiner Mitte derartige Verbrechen keinen Platz haben, und der Regierung helfen, den gemeinschaftlichen Feind auszurotten. Nichts ist nun bezeichnender für die Beschaffenheit der russischen Zustände, als daß diese Aufforderung der Regierung auf den unfruchtbarsten Boden fiel und ungehört verhallte; ja daß man sich dabei, allerdings in einer seltsamen Verquickung der panslawistischen und nihilistischen Tendenzen, die doch fürwahr nichts gemeinsam hatten, den Thronfolger als im Gegensatz zu den Anschauungen seines milderen und weicheren Vaters dachte. Soweit es sich um das Stockrussentum und um den Haß gegen das Fremde, insbesondere das Germanentum, handelte, befand sich die Volksmeinung mit ihrer Annahme von den Anschauungen des Großfürsten keineswegs im Irrtum. Die Rückwirkung dieser gegensätzlichen Anschauungen mußte eine schlimme sein, den Ungehorsam und die Unbotmäßigkeit steifen und steigern. In der That, der Geist der Revolution hatte fast die ganze Gesellschaft erfaßt. „Es lebe die Verfassung, es lebe die Freiheit, nieder mit dem Despotismus, es lebe der Thronfolger!“ — das waren die Schlagwörter, mit welchen urteilslos lärmende Massen selbst in der Hauptstadt hervorzutreten wagten, zumeist geführt von Studenten, welche ohne viel Umstände auch auf die Polizei einschlugen. Mochte man noch so viele der unruhigen Geister hart strafen, die Gefängnisse mit Verdächtigen, mit Schuldigen und Unschuldigen vollpfropfen oder sie haufenweise nach Sibirien verschicken, es erschienen immer wieder neue und vermehrte Gesinnungsgenossen alsbald auf dem Plan; sie drängten sich wie besinnungslos zur Strafe, zum Martyrium heran. Es war keine Schande, sondern eine Ehre, zu der wachsenden Zahl dieser politischen Verbrecher zu gehören.

Dies alles deutete auf einen bösen pathologischen Zustand der russischen Gesellschaft überhaupt: der ganze russische Staatskörper war voller Geschwüre, ungesund an allen Stellen, Offiziere und Beamte feil und käuflich. Die Unterschlagungen bildeten ein schlimmes stehendes Kapitel

in der Armee und der Verwaltung. Wie faul in dieser Beziehung die Verhältnisse waren, beweist der Umstand, daß die Unredlichkeit bis in die höchsten Kreise sich eingeschlichen hatte. Um Geld zu machen, scheute man kein Mittel und schlug jedes Bedenken, die Verpflichtungen der Ehre, des Amtes und — der Geburt in den Wind. Als in Odessa ein großer Betrug von Armeelieferanten an den Tag gekommen war, stellte man den Prozeß ein, weil durch die Untersuchung sehr hohe, ja höchste Offiziere und Beamte bloßgestellt wurden. Es fehlte eben an dem rechten sittlichen Halt, an der nötigen Pflichttreue gerade da, wo man mit gutem Beispiel hätte vorangehen und eine Stütze des Staates abgeben sollen. Rasch folgten sich die Attentate. Selbst der Kaiser wurde bei einem Spaziergang in der Hauptstadt angeschossen (14. April 1878), ein Verbrechen, dem noch im nämlichen Jahre ein zweites folgte. So oft die Regierung in öffentlichen Erlassen mit strengen Strafen drohte, ließ das unentdeckbare Revolutionskomitee eine geharnischte Gegenerklärung im Druck ausgehen. Man fand sie angeschlagen an den Laternenpfählen; am Kopfe trugen sie als Titelbild Dolch und Revolver und die Überschrift: „Bewaffnet euch, Brüder, zum Tod des Zaren!" „Nieder mit Tschinowiks und Gensdarmen!" Wenn Rußland nicht dem „moralischen und materiellen Bankerott" gewaltsam entgegengetrieben werden solle, so müsse man es von seinen „inneren Türken" befreien. Wahres und Falsches mischte sich grauenerregend untereinander: man verlangte Unverletzlichkeit der Personen und Häuser gegenüber der polizeilichen Willkür, Anerkennung der Nationalitäten, Glaubensfreiheit für alle Bekenntnisse, Preß-, Lehr-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit; Selbständigkeit der Gemeinden und Landschaften; Verantwortlichkeit der Beamten; Untersuchung der Lage und Not des Volkes; allgemeine Verzeihung für alle politischen Verbrecher. Gerade der Umstand, daß manche dieser Forderungen nicht unberechtigt genannt werden konnten, sicherte ihnen den Beifall der weitesten Kreise. Und das Bedenklichste an dieser fast lawinenartig anwachsenden, unheimlichen Bewegung war, daß sich ihre Teilnehmer nicht etwa ausschließlich oder nur vorzugsweise aus verkommenen Leuten, die nichts zu verlieren haben und den Umsturz aus Gewinnsucht herbeiwünschen, rekrutierten; im Gegenteil, die Nihilisten gehörten zumeist den besseren Gesellschaftsklassen, den Gebildeten, an. Ja man sollte es nicht glauben, besonders der Offiziersstand, der durch Eid und Beruf gebunden die unerschütterlichste Stütze des Kaisers und seiner Regierung hätte sein sollen, lieferte erschreckend viel Mitverschworene. So oft man irgendwo einer Abzweigung der Verschwörung auf die Spur kam, befanden sich Offiziere darunter.

Gerade die Armee sah sich das Revolutionskomitee als Arbeitsfeld ihrer Wühlarbeit aus, in die Reihen des Heeres sollte der Ungehorsam, die Widerspenstigkeit, der Geist des Aufruhrs getragen und dasselbe auf diese Weise zum Bundesgenossen des Umsturzes gewonnen werden. Offen wurde dieser Gedanke in einem Aufruf vom 20. April 1879 ausgesprochen. „Es giebt“, heißt es darin, „eine Kraft in Rußland, welche der Sache der Freiheit dienen und ihr zum beschleunigten Siege verhelfen könnte, und diese Kraft ist — die Armee. Auch sie mußte erst vor kurzem alle Leiden des gegenwärtigen Regierungssystems in Rußland erdulden. Unsere Armee sieht hungernde Bauern, Defizite, die Sklaverei des Volkes, staatliche Betrügereien, Jesuiten in der Schule und die Herrschaft von Spionen... Die Helden von Schipka und die Märtyrer des Balkan-Überganges werden zu schändlichen Bestrafungen armer Bauern und hungernder Arbeiter verwendet .... Dem Offizier, welcher bei dem fürchterlichen Angriff auf Plewna dem Tode entronnen, kann es zufallen, auf seine bei einer Straßenkundgebung des unzufriedenen Volkes beteiligte Schwester zu schießen, oder über den Grabhügel seines infolge Angeberei der niederträchtigen geheimen Polizei füsilierten Bruders zu schreiten. Welch' eine entsetzliche Lage! Der Despotismus muß früher oder später fallen; von allen ehrenhaften und denkenden Männern in der Armee hängt es ab, das Ende desselben zu beschleunigen.“ Mit solchen aufreizenden Worten nahm man die Mitwirkung der Armee bei dem Umsturz in Anspruch. Zu gleicher Zeit wurden unter der Landbevölkerung geflissentlich Gerüchte über eine neue Landverteilung und über eine Vergrößerung der Bodenanteile zu gunsten der Bauern verbreitet, um falsche Hoffnungen zu erwecken und, sobald ihre Trüglichkeit sich offenbarte, dies auf Rechnung des Zaren und seiner Berater zu setzen.

Auf gänzliche Verhetzung war es abgesehen. Die Sprache der revolutionären Aufrufe nahm einen geradezu teuflischen Ton an. Die Regierung Alexanders II. wurde beschuldigt, von Anfang an eine Lüge gewesen zu sein. „Alexander II. ist ein Unterdrücker des Rechtes der Nation, die Hauptstütze des Rückschrittes, der Haupturheber der gerichtlichen Morde. Vierzehn Hinrichtungen lasten auf seinem Gewissen. Hunderte von Duldern schreien nach Rache. Er verdient zu sterben für all das Blut, das er vergossen, für die Leiden, die er zugefügt hat.“ Und frech genug trafen diese Entsetzlichen auch Anstalten, ihre Drohung auszuführen: der Winterpalast sollte mit dem Zaren und seiner Familie in die Luft gesprengt werden. Thatsächlich wurde der furchtbare Anschlag ausgeführt, aber ohne den erwünschten Erfolg, indem eine Dynamitsprengung unter dem Speisesaal des Palastes erfolgte. Die Gewölbe des

Erdgeschosses sowie der Wachtstube wurden dabei durchschlagen. Das letzte Ziel, welches diese Schreckensmänner verfolgten, war die Anarchie; kein Stein sollte auf dem andern bleiben, wenn sie auch ihre Absicht bemäntelten und nur von einer konstituierenden Nationalversammlung sprachen. Mit einzelnen Reformen, mit Verbesserungen der Zustände, die wirklich eine gründliche Änderung erheischten, waren diese Menschen nicht mehr zufriedenzustellen. Mit höllischer Vernichtungswut strebten sie einen alles verzehrenden Feuerbrand anzuschüren und sich in Strömen von Blut zu baden, d. h. eine Orgie aufzuführen, welche das Schreckenssystem eines Robespierre und seiner Henkersbande noch in den Schatten gestellt hätte. Es war gewiß nur zu billigen, wenn die Regierung sich mit allen Mitteln waffnete und das Übel auszureuten suchte, allein es wollte die größte Rührigkeit und Wachsamkeit nicht frommen. Die Nihilisten waren nicht minder auf der Hut; wo sie ertappt wurden, wehrten sie sich verzweifelt, und waren sie überwunden und verhaftet, so vermochte ihnen nichts ihr schauerliches Geheimnis zu entreißen; mit einer unheimlichen Ergebung zogen sie den entehrendsten Tod durch den Strang der Schande des Verrates vor. Endlich kam es zum äußersten. Am 13. März 1881 wurde der Zar Alexander II. während einer Spazierfahrt mitten in seiner Hauptstadt durch eine Bombe getötet. Die Umstände dieser verbrecherischen That sind so bezeichnend, daß sie erzählt werden müssen.

Obwohl der Zar dringend gewarnt worden war, an diesem Tag — es war ein Sonntag — seinen Palast zu verlassen, begab er sich zur Wachtparade und von da zur Großfürstin Katharina, bei welcher er so lange blieb, bis er das Frühstück eingenommen hatte. „Gegen halb 2 Uhr verließ er das Palais, um sich nach Hause zu begeben, und wählte hiezu den Weg am Kanal. Als er etwa bei der Mitte des Palaisparkes angelangt war, erfolgte eine starke Explosion, welche den Wagen des Kaisers arg beschädigte. Der Zar stieg sofort aus und antwortete dem herbeieilenden Offizier auf seine Frage, ob er verwundet sei, mit vollkommener Ruhe: Gott sei Dank, ich bin unverletzt; ängstige dich nicht. Ich muß nach den Verwundeten sehen. Viele Soldaten der Eskorte und zufällig anwesende Civilpersonen lagen verwundet umher. Der Zar ordnete zunächst an, daß für die verwundeten Kosaken Fürsorge getroffen werde, und erblickte wenige Schritte von sich den Verbrecher, der von einer großen Menschenmenge umzingelt war. Ein Soldat vom Garderegiment hielt denselben fest und umklammerte seine Arme, denn in der einen Hand hatte derselbe einen Dolch, in der andern einen Revolver. Der Verbrecher, mit Namen Russaloff, war 21 Jahre alt und in den letzten Jahren Hörer an der Bergakademie. Der Zar trat in voller

Ruhe an ihn heran und befahl, ihn abzuführen, worauf er zu Fuß den Heimweg antrat. Nach wenigen Schritten warf ein anderer junger Mann dem Zaren einen Gegenstand vor die Füße, durch dessen Explosion die Nächststehenden zu Boden geworfen wurden, während auf der andern Seite des Kanals die Fensterscheiben zersprangen. Der Knall wurde in der ganzen Stadt gehört. Als der Dampf sich verzogen hatte, lag der Kaiser im Blut am Boden, um ihn herum viele Verwundete. Auch der Verbrecher war gestürzt; er war unverletzt und wurde von der wutschnaubenden Menge festgenommen. Nur mit Mühe gelang es der Polizei, ihn dem Zorn der Menge zu entreißen. Der Zar war schwer verwundet und ohne Besinnung; er wurde in den Schlitten des Stadthauptmanns Fedoroff gelegt, der ihn in seine Arme nahm, das bleiche, blutüberströmte Haupt desselben an seine Brust legend. So führte man den Schwerverwundeten in das Winterpalais. Als er ausgekleidet wurde, erwiesen sich die Wunden als äußerst schrecklich. Das eine Bein war bis zur Höhe des Oberschenkels, das andere bis zur Hälfte des Schienbeines zerschmettert, der Unterleib aufgerissen, das Gesicht verletzt. Seine Beine hingen nur noch an zerrissenen Muskeln; das Blut floß in Strömen von dem ganzen Körper herab. Infolge der Belebungsversuche öffnete der Zar noch einmal die Augen und ein Priester reichte ihm schnell das heilige Sakrament. Bald darauf stockte der Herzschlag und der Atem. Weinend und betend kniete die ganze kaiserliche Familie um das Sterbelager und eine angstvolle Menge umstand den Palast. Es war 3 Uhr 40 Minuten, als sich die kaiserliche Flagge auf dem Palais auf Halbmast senkte zum Zeichen, daß der Tod des Zaren eingetreten sei. Ein General verkündigte der Menge das traurige Ereignis. Alle hörten entblößten Hauptes zu und schlugen das Kreuzeszeichen zum Andenken an den unvergeßlichen Verstorbenen." Die Ermordung des Zaren rief in ganz Europa Trauer und Teilnahme hervor. Alexander II., „der gütige, menschenfreundliche Herrscher, der Befreier der russischen Bauern", hatte am wenigsten einen solchen schmachvollen Dank verdient. Daß sich an ihn ein Mörder heranwagte, warf ein schlimmes Licht auf die sittlichen Zustände des heiligen Rußlands. „Was in Rußland während seiner Regierung Gutes geschaffen worden ist, kann fast durchweg auf ihn persönlich zurückgeführt werden; während die politischen Fehler, die Vergehen und Mißstände und Sünden seiner Zeit, der überwiegenden Mehrzahl nach, auf Rechnung der Verhältnisse und schlechter Ratgeber zu schieben sind." Ein wirkliches Verdienst hat er sich durch die Aufhebung der Leibeigenschaft und seine Reformen auf dem Gebiet der Gerichtsbarkeit erworben, wodurch Rußland in den Jahren 1858—1866 einen un-

leugbaren Fortschritt zu machen imstande war. Für Deutschland, insbesondere für den Kaiser Wilhelm hegte er die freundlichste Gesinnung, die im deutsch-französischen Krieg durch die wohlwollendste Haltung sich bewährt hat. Der neue Zar Alexander III., der unter so unsäglich traurigen Umständen den väterlichen Thron bestieg, hegte andere Gefühle: mit der ganzen russischen Jugend stand er während des erwähnten Völkerstreites auf der Seite der Franzosen. Auch den Reformen seines Vaters gegenüber nahm er eine ziemlich kühle Haltung ein, während er der panslawistischen Idee und Partei sich sehr ergeben zeigte. Nachdem er nun selbst an die Spitze des gewaltigen Reiches getreten war, mußte es offenbar werden, ob er wirklich den Weg seines Vaters verlassen, oder ob er mit den Vorstellungen seiner Vergangenheit brechen wolle; noch mehr aber, ob seine Haltung die unversöhnlichen Feinde seines Vaters zu ihm herüberführen werde. Das Augenmerk des Nihilismus ist auf etwas ganz anderes gerichtet als auf die Ziele des Panslawismus: Jener ist ein Feind der staatlichen Ordnung überhaupt, nicht bloß der autokratischen Regierungsform, dieser ein haßerfüllter Widersacher der überlegenen westeuropäischen Gesittung und Bildung, hauptsächlich des überlegenen Germanentums. Das Stockrussentum zerrt nach Osten, während Peter der Große seinem Volke die Augen nach Westen wendete. Der Panslawismus bedeutet also die Störung eines historischen Prozesses; er besänftigt nicht, sondern er reizt die verderblichen Leidenschaften. Es wird sich zeigen müssen, ob die veränderte Haltung des Zaren Rußland in der innern und äußern Politik zum Heile ausschlug, ob der Nihilismus von seinem teuflischen Werke abließ und der Panslawismus die Entwickelung Rußlands förderte oder nicht.

Fünftes Buch.

Die außerdeutschen Staaten in den achtziger Jahren.

1. Kapitel. Frankreich.

Grevys erstes Auftreten. Die Beamtenpurifikation und die Amnestiefrage. Die Reform des Unterrichtswesens und die Austreibung der Jesuiten. Die Italiener und die Franzosen in Tunis. Der Bardovertrag. Der Aufstand in Südtunis und der französische Sieg. Das Ministerium Gambetta. Gambettas Amtsniederlegung und Tod. Ferry und die Kolonialpolitik. Die Expedition nach Tongking. Krieg mit China. Ferrys Sturz. Der Friedensschluß. Madagaskar. Die Radikalen. Grevys Amtsniederlegung. Carnot Präsident. Boulanger. Die Energie der Regierung. Der Erfolg der Weltausstellung.

Grevy war nicht mehr in den Jahren und zu reich an Erfahrungen, als daß er mit der übereifrigen Hitze eines Parteimannes die Regierung ergriffen hätte. Der Kammer, deren Präsident jetzt Gambetta wurde, gebrach es nicht an einem linken Flügel radikaler Parteimänner, die über Hals und Kopf ins Zeug gingen. Ihren drängenden Forderungen gegenüber mußte der neue Präsident besonders dann mit Vorsicht vorgehen, wenn dieselben eine nach seiner Überzeugung offenbare Gefahr für den Bestand der Republik in sich schlossen. Das war oft genug der Fall. So verschieden auch die grundsätzlichen Anschauungen und der Lebensgang Thiers' und Grevys gewesen sein mochten, so mußte doch der letztere einsehen, daß es am ratsamsten und nutzbringendsten für ihn und den Staat sei, auf den von Thiers eingeschlagenen Wegen weiter zu wandeln. Aber Grevy besaß nicht die Kraft und Zähigkeit wie Thiers, dem auch im Alter die Frische und Beweglichkeit der Jugend geblieben war, diesen Kurs einzuhalten, gegenüber den mit Hast anstürmenden Elementen von der linken Seite her und insbesondere nicht

gegenüber Gambetta, dem es darauf ankam, sich mehr und mehr in den Vordergrund zu schieben und den Präsidenten zu verdunkeln. Grevy ließ sich, obwohl er das ungeduldige Drängen des Sturmes spürte, dadurch nicht verstimmen: er gab selbst dann nach, wenn die Mehrheit der Volksvertretung etwas verlangte, was seiner Überzeugung zuwiderlief und nicht mehr verhindert werden konnte. Das war der Fall in den Fragen der Beamtenpurifikation und der Amnestie der am Kommuneaufstand Beteiligten. In jeder der beiden Angelegenheiten wollte der Präsident mit Klugheit und Vorsicht ein extremes Verfahren vermeiden, allein es rückte langsam, aber recht fühlbar das Schwergewicht des Einflusses und der Entscheidungen immer mehr nach links: hauptsächlich durch das Zuthun Gambettas.

Diese Verschiebung trat am deutlichsten in den rasch wechselnden Ministerien zu Tage; Schritt für Schritt gewann die linke Seite die Vorhand. Nach Dufaure kam Waddington, auf Waddington folgte Freycinet, der letztere ein Gesinnungsgenosse Gambettas, wie dieser durch seine Thätigkeit vom großen Kriege her bekannt und dem Rachegedanken ergeben, aber mit mehr Schlauheit als Gambetta. Alle Beamten, welche sich irgendwie einer antirepublikanischen Handlung schuldig machten, wurden wo möglich abgesetzt. Des Guten geschah in dieser Beziehung manchmal zu viel; aber die extremen Parteien wurden nicht müde, zu drängen und anzuklagen. Ebenso verhielten sie sich in der Amnestiefrage. Schon waren die meisten der am Aufstande Beteiligten vom Präsidenten, der im Gebrauch des ihm zugestandenen Begnadigungsrechtes nicht kargte, wieder in die Freiheit und in ihre Rechte eingesetzt, aber das genügte den Radikalen nicht: alle ohne Ausnahme sollten begnadigt werden, mochte das Verbrechen, wegen dessen sie verurteilt worden waren, noch so schwer gewesen sein. Mit Hülfe der gewöhnlichen Aufreizungsmittel wurde so lange geschürt und unablässig getrotzt, bis der Widerstand der Regierung und des Präsidenten hauptsächlich noch durch das nachdrucksvolle Eintreten Gambettas für die Forderung gebrochen war. Die rabiatesten und gefährlichsten Schreier kehrten zurück und zwar nicht mit dem guten Willen, sich ruhig und dadurch der Begnadigung würdig zu erweisen. Meistenteils traten sie sofort offen als Anhänger der Sozialdemokratie oder verwandter Bestrebungen auf. Zur Befestigung der Republik dienten diese Elemente nicht, aber die Regierung gab doch nach.

Auch durch die von dem Unterrichtsminister Ferry unternommene Reform des Unterrichtswesens wurde viel Staub aufgewirbelt. Unter Napoleon hatte die katholische Kirche fast das ganze Unterrichts-

wesen an sich gerissen. Der Staat kümmerte sich sehr wenig um diesen Zweig seiner Verwaltung. Nun sollte die Schule dem Staat zurückgegeben und der Kirche genommen werden. Sie aber wehrte sich mit allen Kräften dagegen. Der Weg, den man einschlug, war folgender: Die Oberaufsicht und das Prüfungswesen wurde ganz und gar in die Hände eines aus weltlichen Fachmännern bestehenden obersten Unterrichtsrates gestellt. Den neuen katholischen Universitäten, welche vorsorglich errichtet worden waren, wurde jedes Prüfungs- und Promotionsrecht entzogen. Alle Mittelschulen wurden für Staatsanstalten erklärt und den Mitgliedern solcher Orden, welche staatlich nicht anerkannt waren, die Leitung, ja selbst die Unterrichtserteilung verboten. In erster Linie sollte mit dieser Verfügung der Jesuitenorden getroffen werden, der im ganzen Lande verbreitet war und eine umfassende Thätigkeit auf dem Gebiete der Schule entfaltete. Es ließ sich unschwer voraussehen, daß sich gegen diese Maßregeln die ganze klerikale Partei wie ein Mann erheben werde: die Regierung mußte sogar gewahren, daß die Mehrheit des Senats sich nicht auf ihre Seite stellte. Aber trotzdem entschloß sich Freycinet, das Äußerste zu thun: der Jesuitenorden sollte den bestehenden Gesetzen gemäß aus dem Lande vertrieben, den übrigen Orden nur dann der längere Aufenthalt gestattet werden, wenn sie um ihre Anerkennung nachsuchen würden: drei Monate waren die für beide Maßnahmen gesetzte Frist. Von vielen Seiten fürchtete man das Schlimmste, denn die Jesuiten räumten keinenfalls freiwillig ihre Niederlassungen. Deshalb mußte die Regierung gewaltsam vorgehen. In der That mußten am 30. Juni 1880, dem letzten Termin, überall in Frankreich von den Polizeibehörden die Jesuiten mit Gewalt aus ihren Häusern entfernt werden. Unter Verwahrung fügten sie sich aber und verließen das Land, dessen Bevölkerung fast nirgends für die Ausgewiesenen Partei ergriff. Auch die übrigen Kongregationen teilten das Schicksal der Jesuiten etwas später, da sie nicht in voller Unzweideutigkeit den Anforderungen der Regierung Genüge leisteten. Sie selbst blieb aber doch von der heftigen Bewegung nicht unberührt. Freycinet mußte weichen und Ferry trat an die Spitze des Ministeriums. Wenn auch durch diese Maßnahmen die Macht der Kirche auf einzelnen Gebieten herabgedrückt wurde, dieselbe ganz zu brechen, wie die heftigsten Radikalen Lust zeigten, das war in einem so durch und durch katholischen Lande wie Frankreich nicht möglich; wohl auch aus dem Grunde, weil die französische Geistlichkeit immer eine starke nationale Gesinnung an den Tag legte, unbekümmert um die wechselnde Regierungsform. Als im Jahre 1886 ein Gesetz den Volksschulunterricht gänzlich den Geistlichen nahm und in die Hände weltlicher

Lehrer legte und durch andere Maßnahmen den Einfluß der Geistlichkeit beschränken wollte, ermahnte der greise Kardinal Guibert, Erzbischof von Paris, den Präsidenten mit eindringlich milden Worten, nicht auf diesem Wege fortzufahren, da die Regierung dadurch ihren Bestand und den des Staates gefährde. Die katholische Geistlichkeit habe der Republik keinen Widerstand geleistet, dennoch verfolge man dieselbe unaufhörlich. Der Präsident möge diesem Gebaren Einhalt thun, „um den öffentlichen Frieden zu sichern und den Frieden in die Gemüter zurückzuführen.“ „Es ist nicht unsere Art, uns der Empörung als Waffe zu bedienen.“ Verfolge man die Kirche, so arbeite man an der Untergrabung des öffentlichen Gebäudes. „Die Kirche hat andere Gefahren, andere Stürme durchgemacht, und doch lebt sie noch im Herzen Frankreichs.“

In der auswärtigen Politik trat insoferne der Rachegedanke zeitweilig etwas zurück, als französische Staatsmänner glaubten, den Verlust ihrer beiden östlichen Provinzen durch anderweitige Erwerbungen gutmachen zu können. Für den Fall des Gelingens hätte auf diesem Wege der verletzten Eitelkeit der ruhmsüchtigen Nation eine Genugthuung verschafft werden können. Möglicherweise bot sich dazu am Nordrand von Afrika, wo Frankreich schon Algier besaß, eine passende Gelegenheit. An Algier grenzt Tunis, woselbst ein schwacher Bey den in großer Anzahl angesiedelten Italienern einen großen Einfluß auf die Regierung zum Ärger der Franzosen gestattete. Bereits seit geraumer Zeit rieben sich die Generalkonsule der beiden Staaten Italien und Frankreich unausgesetzt aneinander, und die französische Regierung hatte zur Aufrechthaltung ihres Ansehens in Tunis im Jahre 1880 zwei Panzerschiffe dorthin geschickt, um den Bey und seinen Minister einzuschüchtern. Es sollten bald weitere Maßregeln folgen. Die Krumirs, eine räuberische Völkerschaft, welche zwar zum Herrschaftsgebiet des Beys von Tunis gehörte, aber sich wenig um ihn kümmerte, hatten es sich vielfach zu schulden kommen lassen, in das algerische Nachbarland einzufallen, dort zu rauben, zu plündern, das Vieh fortzutreiben und die menschlichen Niederlassungen zu zerstören. Jetzt schien es, getragen von der öffentlichen Meinung, der französischen Regierung sehr willkommen, sich wegen dieser Einfälle am Bey von Tunis reiben und rächen zu können. Mit der der französischen Nation eigenen Erregung wurden hastige Vorbereitungen zur Züchtigung der Krumirs getroffen mit dem bestimmten Hintergedanken, in Tunis selbst einzurücken. Obwohl der Bey gegen dieses Vorgehen Verwahrung einlegte, so konnte er doch die französischen Truppen nicht am Vorrücken verhindern und, bevor man sich versah, war der ganze nördliche Teil des Landes besetzt, mit Ausnahme der Haupt-

stadt Tunis. Da erschien am 12. Mai 1881 der französische General Breard im Bardo, dem Residenzschlosse des Beys, und erzwang von dem erschrockenen Fürsten die Anerkennung des sogenannten Bardovertrages, der kurz und gut nichts anderes enthielt als das französische Protektorat über Tunis und die Einsetzung eines französischen Ministerresidenten in der Hauptstadt. Die europäischen Mächte kümmerten sich um diesen Gewaltstreich recht wenig, Italien aber erhob Einspruch gegen den Vertrag; das gleiche that auch die Pforte, deren Hoheitsrechte über Tunis dadurch vollständig außer acht gelassen waren. Die französische Regierung ließ sich dadurch in der Ausführung des Vertrages nicht irre machen. Dessenungeachtet glückte die Sache doch nicht sofort mit einem Schlage. Verschiedene tunesische Stämme, besonders im Süden, erhoben sich in wildem Aufruhr gegen die Fremdherrschaft der Ungläubigen und erforderten bedeutende Anstrengungen seitens der Franzosen, wollte man die Unbotmäßigen zu Paaren treiben. Mehr Mannschaften, als man geahnt hatte, waren dazu nötig, und viele Opfer fielen dem mörderischen Klima zur Beute, bevor es dem General Saussier gelang durchzudringen. Nachdem er im Oktober die heilige Stadt Kahiruan erobert und die südlichen Stämme niedergeworfen hatte, erlosch das Feuer des Aufstandes, und Frankreich blieb zum Ärger der Italiener im Besitz seiner angemaßten Rechte in Tunis. Trotzdem war man in Frankreich wenigstens mit dem Verlaufe der ganzen Angelegenheit nicht recht zufrieden; gegen das Ministerium wurde der nicht ganz unbegründete Vorwurf erhoben, wenig Geschicklichkeit und Umsicht dabei an den Tag gelegt und insofern schwere Opfer unnötigerweise verschuldet zu haben. Ferry trat deshalb zurück und Gambetta mußte nun gegen seinen Willen — er hätte gerne eine günstigere Zeit abgewartet — die Führung der Geschäfte übernehmen.

Gleich im Anfang seiner Amtsthätigkeit erlitt er eine empfindliche Niederlage durch die englische Regierung, welche seine Vorschläge in betreff Ägyptens nicht annahm: sie liefen auf ein Kondominat beider Mächte über das Nilland hinaus. Lord Granville verstand es, Frankreich völlig auf die Seite zu schieben und dadurch die weitaussehenden Pläne Gambettas zu durchkreuzen. Auch über seiner innern Politik waltete ein Unstern. Sein Programm lautete Stärkung der Autorität der Regierung und Verstaatlichung der Eisenbahnen. Aber gerade weil er dadurch einem wirklichen Krebsschaden auf den Leib rückte, erhob sich das ganze Heer derjenigen gegen ihn, die durch seine einschneidenden Maßregeln sich in ihrem Einfluß und ihren Vorrechten bedroht fühlten. Besonders zog er sich durch seine Absicht, die großen

Bahnen für den Staat zu erwerben, den grimmigen Haß der Großkapitalisten zu, denen er mit der Verstaatlichung eine reichliche Einnahmequelle abgegraben hatte. Als daher die neue Kammer im Januar 1882 zusammentrat, stieß seine Vorlage einer Wahlreform durch das sogenannte Listenskrutinium auf einen so unerwarteten Widerstand, daß nicht viel mehr als der dritte Teil der Abgeordneten dafür stimmte. Diese schroffe Stellungnahme der Kammer hatte nicht bloß in der Vorlage ihren Grund, sondern noch vielmehr in der Befürchtung, die sie wegen der einschneidenden Pläne Gambettas hegte. Alle, die dadurch eine Verletzung ihrer Rechte und Erträgnisse besorgten, machte er sich zu Gegnern, und wie weit diese Verbindung reichte, zeigte das Ergebnis der Abstimmung. Gambetta sah sich infolge dieses Mißtrauensvotums genötigt, seine Entlassung zu nehmen. Daß er so kurz am Ruder war, kam für die Franzosen selbst, unter denen er unstreitig sich durch seine politische Befähigung auszeichnete, recht unvermutet; für ihn, den ehrgeizigen und immer drängenden Streber, war es ein harter Schlag. Schon so nahe gerückt der höchsten Gewalt, nach welcher er mit allen Kräften seines heißblütigen Naturells strebte, sah er sich plötzlich wieder weit zurückgeworfen. Allerdings, wenn er sich selbst geprüft hätte, würde er sich haben sagen müssen, daß er nur erntete, was er so oft gesäet und andern bereitet hatte. Zurückgetreten griff er sofort wieder zu diesem Mittel. Aus Ärger über sein Mißgeschick stellte Gambetta seinem Nachfolger Freycinet ein Bein, so daß derselbe nach wenigen Monaten abtreten mußte. Man sah, dem Ehrgeizigen stand seine Person doch über dem Vaterland. Seine Umtriebe richteten heillosen Schaden und Verwirrung an; sie erinnerten an die Ränkesucht des Atheners Alcibiades. Da traf ihn ein Unglück. Am 27. November 1882 wurde er durch einen Pistolenschuß anscheinend leicht verwundet: aller Wahrscheinlichkeit nach gelegentlich eines unsaubern Streites mit einer Geliebten, deren er sich entledigen wollte, weil sie ihm im Wege stand bei der Verbindung mit einer vornehmen Dame. Am letzten Tage des Jahres erlag er den Folgen des leichten Schusses. Merkwürdig, daß nicht einmal das französische Volk ihn sonderlich betrauerte. Das Gefühl, daß er bei seinem Ehrgeiz und seiner rücksichtslosen Energie wiederum allzuleicht die Existenz der Nation aufs Spiel hätte setzen können, überwog allzusehr. Zweifellos lag es nicht in seiner Natur, nach den zahllosen Opfern zu fragen, wenn er einen kühnen Entschluß gefaßt hatte: im großen Krieg hatte er dafür den untrüglichsten Beweis geliefert. Seitdem beherrschte ihn ganz und gar der Gedanke, Rache für die erlittene Niederlage und die Wegnahme von Elsaß und Lothringen an Deutschland zu nehmen. Auf

dies Ziel liefen, man darf sagen, alle seine Gedanken hinaus. Ob er dabei etwas anderes erreicht hätte als eine zweite Niederwerfung Frankreichs, soll nicht zu erörtern versucht werden. Aber sicher hätte er nicht geruht, bis die Flammen eines furchtbaren Krieges zwischen den beiden Nationen abermals zum Himmel emporgeschlagen wären. Davor bewahrte sein Tod. Daß er ein Mann von seltenen Gaben gewesen ist, hat jedermann anerkannt. Aber es fehlte ihm das Gleichgewicht der Selbstbeherrschung, die Stärke sittlichen Charakters und der Schmuck eines reinen Lebens. Eine Lücke entstand nur insofern, als er der befähigtste Kopf in Frankreich gewesen und weil vor seinem grimmigen Hasse sich insbesondere die Napoleoniden mit Recht fürchteten. Jerome Napoleon wähnte sogar, daß mit dem Tod dieses Feindes schon die Zeit für seine Rückkehr gekommen sei und auch die Bourbonen rührten sich wieder; aber der Aufruf jenes lächerlichen Prätendenten, den er an die Nation richtete, wurde allgemein verspottet und als am 24. August 1883 der Graf Chambord starb, erhielt die bourbonische Familie im Grafen von Paris ein Oberhaupt, das hinter dem letzteren noch weit zurückstand. Dennoch glaubte die französische Kammer die entstandene Beängstigung dadurch beseitigen zu sollen, daß sie die orleanistischen Prinzen aus der Armee entfernte und des Landes verwies.

Als das Bedeutendste, was in Frankreich nach Gambettas Tod und gewissermaßen in seinem Geiste geschah, ist die von Ferry eingeschlagene Kolonialpolitik zu nennen. Einerseits reizte dazu der Erfolg in Tunis, andererseits das Bestreben, sozusagen den Verlustkonto auf diesem Wege zu decken. Frankreich besaß Cochinchina in Hinterindien und hatte sich eine Oberherrschaft in Anam zu erzwingen verstanden. Von diesem gegebenen Punkte aus wollte Ferry, der seinen Ehrgeiz darein setzte, durch eine solche Machtentfaltung den Nationalstolz seiner Landsleute zu kitzeln, das metallreiche Tongking erobern. Tongking war von Anam abhängig: daß dem Herrscher von Anam diese französische Sucht, sich auszubreiten und sein eigenes Machtgebiet zu verkleinern, sehr mißfiel, ist leicht zu erraten. Aber mit ihm glaubten die Franzosen unschwer fertig zu werden. Bedenklicher hätte es erscheinen sollen, daß die Chinesen, bei denen die Franzosen seit den Greueln Palikaos das schlimmste Andenken hinterlassen hatten, ihre Nachbarschaft nicht wollten und keinenfalls sich geneigt erzeigten, die Ausbreitung französischer Hoheit unmittelbar bis an ihre Grenzen ohne Versuch der Abwehr zuzulassen. Allein diese Erwägungen schlug Ferry in den Wind. Er glaubte dies Mittel zur Befestigung seiner Stellung nicht unbenützt lassen zu dürfen. Deshalb griff er zu: die Erwerbung eines von der

Phantasie so überreich geschilderten Landes mit 15 Millionen Einwohnern mußte einen tiefen Eindruck machen. Die Verhältnisse begünstigten seine Berechnung. In Hanoi, dem einzigen Platz, den die Franzosen in Tongking besaßen, wurde der Kommandant Riviere überfallen und getötet. Dem Minister Ferry war es ein Leichtes, durch diese Thatsache das französische Blut in Wallung zu bringen: die Ehre der Nation, sagte er, sei verletzt und schreie um Rache. Die Kammer ließ sich durch diesen Aufruf ohne Mühe bestimmen, in einen Feldzug zu willigen und die Mittel hiefür zu gewähren. Aber bald wurde klar, daß die Eroberung des großen und weitentfernten Landes mit sehr bedeutenden Schwierigkeiten verbunden war. Die Tongkingesen ergaben sich nicht von selbst: ihre zahlreichen Städte mußten eine um die andere erst erobert werden; auf dem roten Fluß, der mitten durch das Land fließt, trieben die sogenannten Schwarzflaggen ihr räuberisches Handwerk und thaten den französischen Heeresabteilungen Abbruch, wo sie nur konnten; in den Grenzprovinzen verstärkten zahlreiche Chinesen, scheinbar Freiwillige, aller Wahrscheinlichkeit nach aber reguläre chinesische Soldaten, den Widerstand der Tongkingesen. Obwohl China offiziell noch nicht am Kriege teilnahm, so protestierte es doch gegen die Eroberung von Tongking und verlangte wenigstens die Herstellung eines neutralen Zwischengebietes. Auf dies Verlangen ging Frankreich nicht ein. Man wollte um so weniger nachgeben, als man den Verdacht hegte, daß England seine Hände im Spiele habe und in China gegen Frankreich schüre. Wenn nur die französischen Waffen eine schnelle Entscheidung herbeizuführen vermocht hätten! Allein die französische Regierung machte in Tongking den nämlichen Fehler, wie kurz vorher in Tunis. Nur tropfenweise erfolgten die Truppensendungen, die um so schwieriger wurden, als sie unpopulär zu werden begannen. Jede neuangekommene Abteilung wurde in kurzem von dem mörderischen Klima in Verbindung mit den übermäßigen Anstrengungen verkleinert. Dazu kam die Uneinigkeit unter den Befehlshabern, ein französisches Erbübel, das der Republik ebenso eigen war wie dem Kaiserreich. Erst als der Admiral Courbet, Ende 1883, zum Oberbefehlshaber aller französischen Streitkräfte ernannt wurde, nahm der Krieg eine Wendung zum Bessern. Es gelang ihm, die wichtige Stadt Sontay zu erobern und durch Strenge den Hetzereien der Mandarinen wirksam zu begegnen: zugleich mußte er freilich sehen, daß die chinesische Regierung jetzt offen in den Krieg eintrat. Sofort entschloß er sich seinerseits, zum Angriff überzugehen. Zwar glückte ihm der Handstreich auf die Insel Formosa nicht, jedoch schoß er die chinesischen Arsenale von Fu-Tscheu zusammen und besetzte die Fischerinseln, Vorteile von einiger, aber von keiner großen

Bedeutung. Nur durch die Möglichkeit eines Einfalles in China selbst konnte etwas Wesentliches erreicht werden. In der That schien diese Aussicht sehr nahe gerückt, als Courbet unweit der chinesischen Grenze den festen Platz Langson in seine Hände bekam. Durch diese Errungenschaft wurde auch dem allgemeinen Unwillen, mit dem sich die französische Nation gegen die opfervolle und deshalb mißliebige Unternehmung laut und immer lauter aussprach, ein kurzer Stillstand geboten. Allein das Entsetzen war um so größer, als bald vom Kriegsschauplatz die bestürzende Nachricht eintraf, daß Langson wieder hatte geräumt werden müssen. Unter dem erschütternden Eindruck dieser Nachricht erfolgte der Sturz des Ministeriums Ferry, dem man das ganze Unheil in die Schuhe schob, obschon er weitaus der vernünftigste Minister der ganzen Republik war. Und doch stand zwei Tage darnach zur allgemeinen Überraschung der Friede mit China in sicherer Aussicht. Es scheint, daß die chinesische Regierung nicht genug Lust oder Mut hatte, wegen Tongking einen längern Krieg, dessen Ausgang nicht vorherzusehen war, zu wagen. Augenscheinlich riet der genaue Kenner europäischer Verhältnisse, der chinesische Gesandte in London Tsung-Li-Yemen, davon ab. Am 4. April 1885 wurde bereits der Friede geschlossen. Frankreich blieb dadurch im Besitze von Tongking, einer Erwerbung, die vorerst großen Aufwand erfordern sollte, ohne viel einzutragen. Viele Millionen hatte sie schon verzehrt, ungerechnet die großen Verluste an Menschenleben. Neben Tongking hatten die Franzosen auch auf die afrikanische Insel Madagaskar ihr Augenmerk gerichtet und sich dort unter dem Widerspruche der Engländer festgesetzt, ohne daß diese Besitzergreifung indessen zu einer ernsten Verwickelung mit denselben geführt hätte.

Die scheinbaren Erfolge nach außen vermochten nicht die innern Schäden zu bessern oder nur zu verdecken. Sie kosteten dem Lande ungeheure Summen und trotz seines sprüchwörtlichen Reichtums begann sein Staatshaushalt unter den fortgesetzten Defizits, die sich Jahr um Jahr herausstellten, empfindlich zu leiden. Die Erwerbsfähigkeit Frankreichs ging eher rückwärts als vorwärts, wenn der nationale Chauvinismus diese Thatsache auch nicht zugestehen wollte. Auf dem Gebiete des Welthandels, auf dem es vordem in so üppiger Blüte gestanden war, war es vielfach von anderen Ländern, nicht zum mindesten von Deutschland, überflügelt worden. Der unausgesetzte Hader der Parteien übt erfahrungsgemäß keinen fördernden Einfluß auf die wirtschaftliche Entwickelung eines Landes. Diesen Hader hatte auch Ferry trotz aller Geschicklichkeit, mit welcher er arbeitete, nicht bannen können. Vielen erschien es wie ein Verrat an der Sache des Vaterlandes, daß er das unfrucht-

bare, ja gefährliche Geschrei nach Rache nicht mitmachte, ja sogar mißachtete. Er glaubte nicht mit Unrecht, durch positive und praktische Thätigkeit seinem Vaterlande mehr zu dienen, als durch die Steigerung unglückseliger Leidenschaften. Seine Kolonialpolitik fand gerade deshalb eine wachsende Anfechtung, weil seine Gegner, die Hetzer von links und rechts, darin einen Blitzableiter für den Revanchechauvinismus erblickten. Daß Ferry so ziemlich in die Bahnen Thiers' und der konservativen Republik das Staatsschiff zurückzuleiten suchte, vergaben ihm hauptsächlich die Radikalen der linken Seite nicht. Diesen Leuten konnte in der sogenannten Demokratisierung des Landes kein Genüge geschehen: vom Geiste des Konvents erfüllt, begeisterten sie sich für eine möglichst völlige Gleichmacherei auf allen Gebieten, gleichviel, ob die Sache sich vor der Vernunft rechtfertigte oder nicht. So wurde, um nur ein Beispiel anzuführen, die Einrichtung des einjährig-freiwilligen Heeresdienstes wieder abgeschafft, weil dieselbe angeblich eine Rechtsungleichheit und ein Vorrecht der Begüterten enthalten sollte. Auch das Lieblingskind des verstorbenen Gambetta, das sog. Listenskrutinium, wurde legitimiert, dessen erste Anwendung aber diese Theoretiker zu ihrem Schrecken dahin belehrte, daß dasselbe hauptsächlich den monarchischen Parteien zum Vorteile ausschlug. Sie erholten sich etwas, als im Jahre 1885 dessenungeachtet der alternde Grevy mit großer Mehrheit wieder zum Präsidenten gewählt wurde. So erschien seine Persönlichkeit inmitten des unaufhörlichen Ministerwechsels als der einzige feste Punkt der Republik. Sehr fest stand allerdings auch dieser Hort nicht, denn Grevy verlor immer mehr bei seinem zunehmenden Alter die notwendige Thatkraft und Selbständigkeit. Im Elysée herrschten andere Elemente, wenigstens hinter den Koulissen, unter ihnen vor allen Grevys Schwiegersohn Wilson, ein durch und durch unsauberer Geselle, von dem es sich bald herausstellte, daß er die Stellung seines Schwiegervaters zu allerlei niederträchtigen Handlungen benutzte und aufs tiefste schädigte. Im Jahre 1887 erfolgte die Katastrophe. Durch einen Skandalprozeß wurde das Gebahren Wilsons aufgedeckt, und da für ihn sein Schwiegervater Partei ergriffen hatte, so sah sich Grevy, obwohl er mit der größten Zähigkeit widerstrebte, dennoch zuletzt gezwungen, seine Präsidentschaft niederzulegen.

Wenn es das Unglück wollte, so konnte dieser Rücktritt Grevys, obwohl er, genau angesehen, wenig geleistet hatte, doch Frankreich geradezu an den Rand des Verderbens drängen. Unter keinen Umständen hatte sich der alte Präsident dazu verleiten lassen, in die Regierung die Radikalen aufzunehmen, wenn auch gerade sie aus Zorn darüber ein Ministerium nach dem anderen stürzten. Jetzt handelte es sich nicht mehr

um die Frage, erledigte Ministerposten zu besetzen, sondern dem Staate wieder ein Oberhaupt zu geben. Ferry wäre der geeignetste Mann gewesen, wenn er nicht das Verbrechen ruhiger Staatsleitung und eines anständigen Verhaltens gegen Deutschland auf sich geladen gehabt hätte. Dies wog so schwer, daß bei der Wahl schließlich ein bis dahin wenig genannter Mann, aber der Träger eines berühmten oder berüchtigten französischen Namens, Carnot, die Mehrzahl der Stimmen auf sich vereinigte. Es mußte sich gleich bei seinem Amtsantritt zeigen, ob er den wild anstürmenden Elementen die Zügel überlassen werde oder nicht. Die Radikalen hofften darauf, und der General Boulanger, der seit 1886 eine Zeitlang Kriegsminister gewesen war, wiegte sich im Traume des Besitzes der höchsten Macht. Dieser gefährliche Schwindler hatte beinahe schon einen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich heraufbeschworen. Er gebärdete sich als den leibhaftigen Träger des Rachegedankens, reizte durch gefährliche Maßnahmen sogar das langmütige Deutschland, suchte Rußland um jeden Preis zu einem Freundschaftsbündnis mit Frankreich herüberzuziehen und spielte sich in komödiantenhafter Geckerei vor den Augen der Pariser Bevölkerung als der Mann des Heils, der Befreiung und der Zukunft auf. Aber gerade durch die Geflissentlichkeit, mit der er sich, wie ein Theaterheld, vordrängte und auf den Gassen zeigte, durch seine Unverschämtheit, mit der er that, als sei er der Inbegriff der Regierung, ja sogar des Staates, erweckte er sich Gegner allerorten. Zunächst wurde er durch vereinte Kräfte aus der Stelle des Kriegsministers verdrängt und als Armeekorpskommandant nach Clermont versetzt und, als er dort seine Umtriebe fortsetzte und sich schwere Verletzungen wider die militärische Unterordnung zu schulden kommen ließ, prozessiert und seiner militärischen Würde entkleidet. Mit Hülfe von eitlen Thoren und Strebern (der wahnwitzigen „Patriotenliga") und einigen ehrgeizigen Frauen trieb er seine volksaufwiegelnden Gaukeleien noch eine Zeitlang, rief große Spektakelszenen in der Kammer hervor und lärmte in der Presse und in Versammlungen. Aber sein leichtfertiger Charakter, seine eitle Renommisterei und sein Mangel an wirklichem Mut brachten ihn doch nach und nach auch in den Augen der Menge um allen Kredit. Und wie er sich nun den Anschein gab, als wolle er gegen die von ihm aller Schlechtigkeiten beschuldigte Regierung etwas Ernstliches vornehmen, da ermannte sich dieselbe (Minister Constans), den Machereien des Ruhestörers und seines Anhangs das Handwerk zu legen. Einige seiner Anhänger wurden verhaftet, während er noch Gelegenheit fand, ins Ausland zu fliehen. Seitdem hat dieser Abenteurer seine Rolle ausgespielt. Es ist freilich für die französischen

Zustände bezeichnend und für die Nation wenig schmeichelhaft, daß sie sich mehrere Jahre von einem solchen Menschen täuschen und irreführen ließ. Mehrere Male hätte wenig gefehlt, daß es durch ihn zum Kriege mit Deutschland gekommen wäre, obwohl es sich herausstellte, daß gerade im entscheidenden Augenblick, wo er als Kriegsminister that, als habe er alle Vorbereitungen für einen so gefährlichen Waffengang getroffen, alle seine Versicherungen auf Lug und Trug beruhten. Man muß ein Volk bedauern, mit dessen Wohl und Wehe ein so gewissenloses Spiel getrieben wird. Es war mehr der deutschen Geduld und dem Glück als französischem Scharfsinne zuzuschreiben, daß der Bösewicht entlarvt wurde. Frankreich braucht den Frieden so gut als irgend ein Volk, und im Grunde will auch der größte Teil der Franzosen den Frieden. Aber gerade jene ruhelosen Köpfe und gefährlichen Abenteurer, welche wenig zu verlieren haben und von einer Katastrophe für sich alles zu gewinnen hoffen, haben noch viel zu viel Macht und Einfluß.

Die von Boulanger heraufbeschworenen Wirren hatten wenigstens das Gute zur Folge, daß der neue Präsident es unterließ, mit dem Feuer der leicht entzündlichen Volksleidenschaften zu scherzen und für die Erhaltung des Friedens sich mehr zu begeistern, als er außerdem gethan haben würde. Selbst die Radikalen, Floquet und Freycinet — letzterer wurde Kriegsminister —, begannen von den Rachewegen abzulenken, besonders im Kampfe mit dem Boulangismus. Zudem beabsichtigten gerade die Republikaner, das hundertjährige Jubelfest der französischen Revolution vor und mit der Welt in feierlichster Weise zu begehen. Da war es nötig, die milden Töne friedfertiger Gesinnung anzuschlagen und alles zu vermeiden, was die großartig geplante Feierlichkeit einer Weltausstellung hätte stören können; fehlte es ja im Innern an unangenehmen Zwischenfällen nicht, indem zwei wirtschaftliche Krisen, der Panamakrach und der Kupferkrach, ungeheure Verluste an Vermögen herbeiführten. Dennoch wurden bei dem guten Willen, der wieder einmal die ganze Nation begeisterte, alle diese Schwierigkeiten überwunden und ein Fest gefeiert, dem allgemeine Anerkennung gespendet wurde. Zwar nahmen die monarchischen Staaten an dieser Revolutionsjubelfeier nicht offiziell teil, aber aus allen Ländern der Welt, auch aus Deutschland, pilgerten ungezählte Scharen von Besuchern nach Paris, um den Glanz, den Reichtum und den Geschmack der Ausstellung zu bewundern. Die Pariser jubelten fast wie Kinder über den alle Erwartungen übertreffenden Verlauf und Erfolg ihres Festes. Das stolze Bewußtsein, ein Mittelpunkt, wenn nicht die Hauptstadt der Civilisation zu sein, erhob sie wieder einmal auf jene Höhe der Größe, von der sie

ehedem auf die gesamte Menschheit herabzuschauen gewöhnt waren. Niemand, am wenigsten die Deutschen, mißgönnte ihnen den schönen Triumph, den ihre Technik, ihre Industrie und ihr Handel feierten. Im Gegenteil, man freute sich wahrzunehmen, wie viele Talente der Arbeit und des Schaffens Frankreich auch jetzt noch besaß. Man will die französische Nation mit ihrer schöpferischen Tüchtigkeit, mit ihrer Geschicklichkeit und ihrem feinen Geschmack unter den civilisierten Völkern nicht vermissen, denn manche edle Fähigkeit würde dadurch brach liegen. Aber man wünscht, daß sie ihre guten Eigenschaften wie ein friedliches Licht leuchten und walten lassen unter den Völkern. Niemand wird sie stören, wenn sie selbst soviel Gewalt über sich und Selbstbeherrschung üben, daß sie ihre Nachbarn in Ruhe lassen und in die Rechte derselben nicht durch Kränkungen und Kriege eingreifen. Ob sie zu dieser Besinnung kommen und Frieden halten werden, kann nicht mit Bestimmtheit gesagt werden. Für Deutschland und seine Entwickelung würde es ein Glück sein, wenn in Frankreich diese Einsicht die Herrschaft gewänne. Ob dies geschieht, darüber müssen freilich immer wieder auch die ruhigsten Beobachter in Zweifel geraten, wenn man sieht, mit welcher Geflissentlichkeit und mit welchen Lobhudeleien die Franzosen alles erheben, was slawisch oder czechisch heißt, wie keine Gelegenheit versäumt wird, in auffälliger Weise mit lärmenden Auftritten und hohlen Worten Verbrüderungsfestlichkeiten mit jenen Stämmen zu begehen. Die Art vollends, mit der sie sich — auch ihre Regierung ist davon nicht auszunehmen — an die Russen und selbst an den Zaren herandrängen, um das widernatürliche Bündnis zwischen dem freiheitsstolzen Frankreich und dem autokratischen Rußland endlich einmal zustande zu bringen, flößt vor dem Charakter der Franzosen geringe Achtung ein. Ihr Stolz sollte sie davor bewahren, sich selbst wegzuwerfen und mit erniedrigenden Schmeicheleien sich an eine Macht heranzudrängen, deren innerstes Wesen das reinste Widerspiel ihrer eigenen Prinzipien bildet.

2. Kapitel. Österreich.

2. Das deutsch-österreichische Bündnis. Das Ministerium Taaffe und die Schwenkung in der innern Politik. Die Polen und Klerikalen. Die Bauernvereine und der deutsche Schulverein. Die Anarchisten und das Sozialistengesetz. Der Widerspruch zwischen der äußern und innern Politik des Kaiserstaates. Schweres Unglück des Kaiserhauses. Tod des Kronprinzen Rudolf.

Einen glücklichen Tag in der österreichischen Geschichte bezeichnete der 21. September 1879, an welchem Bismarck in Wien er-

schien und mit Österreich ein Schutzbündnis schloß, durch welches die auswärtige Politik des Kaiserstaates die klarste Richtung und größte Festigkeit erhielt. Den besten Beweis hierfür lieferte die Thatsache, daß das Bündnis mit den Jahren sich sichtlich gefestigt und von Tag zu Tag inniger gestaltet hat. Als im Jahre 1881 die Führung der auswärtigen Geschäfte des Kaiserstaates an den Botschafter am russischen Hofe, den Grafen Kalnoky, überging, schlug dieser so wenig eine neue Marschrichtung ein, daß er vielmehr mit voller Hingabe gerade die Beziehungen zum Deutschen Reich pflegte und vertiefte. Da das Bündnis, dem bald auch Italien beitrat, zur Aufrechthaltung des europäischen Friedens geschlossen wurde, so galt es vor allem, die österreichische Heeresmacht auf die entsprechende Höhe zu bringen, um jederzeit friedensfeindlichen Bestrebungen mit Achtung gebietendem Nachdruck begegnen zu können. Auch in dieser Beziehung hat Kalnoky seine Schuldigkeit gethan. So ist dieses Bündnis zu einem entscheidenden Faktor in Europa geworden, wie es einen überraschenden Wendepunkt in der österreichischen Geschichte bildet. Daß Kaiser Franz sich dazu entschlossen hat, muß ihm hoch angerechnet werden. Machte er doch dadurch einer mehr als hundertjährigen Politik der Spannung zwischen seinem Haus und Preußen ein Ende. Wieviel Unheil aus jenem unglückseligen Verhältnis für Deutschland und Österreich entstanden war, braucht nicht erst gesagt zu werden. Das deutsche Element hatte daraus innerhalb der europäischen Staaten nur den Nachteil gezogen, daß es nicht zu der ihm gebührenden Geltung gelangte. Die Herstellung eines geeinigten Deutschen Reiches war daran immer gescheitert und der deutsche Name und das deutsche Wort genossen infolgedessen nirgends mehr wirklich Achtung und Ansehen. Das politische Schwergewicht lag bei andern Völkern und Staaten, bei Frankreich oder Rußland. In Deutschland hatte dieser Zustand halt- und machtlos die kleineren Staaten bald auf diese, bald auf jene Seite gezerrt, in Österreich aber den deutschfeindlichen Sinn der Slawen und Ungarn außerordentlich gesteift. Durch den Zusammenschluß beider Reiche mußte darum ihre innere Entwickelung gefördert und ihre Bedeutung nach außen wesentlich erhöht werden. Das erstere trifft vor allem für Österreich zu, das gegenüber seinen zentrifugalen Kräften einen Einigungspunkt bedarf, welchen vermöge seiner kulturellen Stellung einzig und allein das deutsche Element abgeben kann. Wenn das von den Czechen und Polen nicht zugegeben wird, so beweist dieser Widerspruch nichts gegen die Richtigkeit der Thatsache und gegen die geschichtliche Folgerung derselben. Die politische Stellung des Kaiserstaates unter den europäischen Großmächten ist dank dem bei Slawen und Czechen ver-

haßten Bündnis mit Deutschland stärker, als sie es jemals gewesen ist. Aus der Rückwirkung davon wird auch die innere Kraft des Reiches, das sind wir überzeugt, derart erhöht werden, daß es schließlich auch die innern Krisen überwindet, die ihm der Hader seiner Völkerschaften unaufhörlich bereitet, vielleicht zuweilen auch eine allzufein ausgesponnene Staatskunst, die allen Ansprüchen gerecht werden will und, weil eines festen Standpunktes entbehrend, die Schwierigkeiten vergrößert.

Eine solche Politik schlug Taaffe ein, welcher 1879 an das Ruder kam und auf andern, viel verschlungeneren Pfaden zu wandeln begann, als sein zielbewußterer Vorgänger. Taaffe wollte zwar an der Verfassung nicht rütteln, aber ihrem Geiste entgegen die widersprechendsten Gegensätze versöhnen, er wollte eine Regierung „über den Parteien" bilden, ohne zu bedenken, daß ihm nur die Wahl zwischen Föderalismus und Einheit freistand, daß sich Wasser und Feuer nicht vereinigen lassen. Gleich anfangs glückte es ihm scheinbar, die Czechen zu versöhnen und nach zwölfjähriger Enthaltung zum Eintritt in den Reichsrat zu bestimmen, allein alsbald zeigte es sich, daß dieselben diesen Schritt nur unter der Voraussetzung oder, wenn man will, unter der Bedingung gethan hatten, daß jetzt ihr böhmisches Staatsrecht im Galopp zur Anerkennung gelange. Davon konnte keine Rede sein, worüber natürlich dieselben sehr erzürnt waren und heftige Anklagen gegen Taaffe richteten. Dieser zerriß auch die Verfassungspartei dank ihrer Uneinigkeit und Kurzsichtigkeit und schuf eine aus den eigenartigsten Kameraderieen zusammengesetzte Mittelpartei, welche einen ausgesprochenen Zug zum Föderalismus nicht verwischen, noch wegleugnen konnte. Die einzelnen Bestandteile dieser Partei hatten ihre eigenen Wünsche und Forderungen, welche gewissermaßen den Kaufpreis der Zugehörigkeit bildeten. Zunächst traten die Czechen mit ihrer Sprachforderung hervor, wodurch das Deutsche möglichst zurückgedrängt, wenn nicht allmählich verdrängt werden sollte. Die Czechisierung der Mittelschulen und der Prager Universität verlangten sie zuerst und setzten sie mit Taaffes Hülfe durch, der wenigstens eine Zweiteilung der letzteren zuließ und auf dem Wege seiner „Gleichberechtigung der Nationen" durch sein berüchtigtes Sprachenzwangsgesetz vom 27. April 1880 fortfuhr. Demselben gemäß mußte von nun an jede Eingabe an die Gerichts- und Verwaltungsbehörden in derselben Sprache, in der sie geschrieben war, beantwortet werden. Die Czechen jubelten über diesen Sieg, die Deutsch-Böhmen äußerten über diese Zurücksetzung ihren ganzen Unwillen. Bewirkt wurde dadurch eine solche Gereiztheit zwischen beiden Nationalitäten, daß es wiederholt zu empörenden Gewaltthätigkeiten kam. Die Czechen „duldeten" in Prag

die Errichtung eines Schillermonumentes nicht, czechische Studenten, unterstützt vom Pöbel der Hauptstadt, fielen unausgesetzt die deutschen Studenten an und mißhandelten sie in brutaler Weise; dasselbe Schicksal hatten deutsche Turner bei einem Ausfluge. „Man will uns" — klagte deshalb ein Abgeordneter in öffentlicher Sitzung — „der eigenen Heimat entfremden, man will uns Deutsche in Böhmen zu Staatsbürgern zweiter Klasse, man will uns zu Heloten des Slawentums machen." Daß die Deutschen eine solche Behandlung in Österreich, an dessen Geschichte und Entwickelung ihnen der Hauptanteil zugeschrieben werden muß, erfahren durften, war ein schlimmes Zeichen; bezeichnender aber war noch die Thatsache, daß ein amtliches Verbot der deutschen Presse, welche dagegen in gerechter Entrüstung Verwahrung einlegte, den Mund verschloß. Und dennoch verdiente sich diese Staatskunst so wenig Dank, daß die Czechen aus ihren Sympathieen für Rußland kein Hehl machten. Die czechische Begehrlichkeit hätte ganz anders niedergehalten werden müssen; so reizten sie nur die andern Stämme und Parteien, die Polen in der Weise, daß sie, d. h. die Großgrundbesitzer, welche den Ausschlag gaben, bei der unabweislichen Regelung der Grundsteuer der ihnen zukommenden Steuerpflicht und Steueraufteilung sich mit Hülfe ihrer Parteigenossen geradezu entzogen, die Klerikalen, indem sie einen Angriff auf die achtjährige Schulzeit veranstalteten. Natürlich setzte man sich dagegen zur Wehr. Der Lärm und die Verwirrung wurde dadurch nur größer. Es entstanden überall Bauernvereine, welche wegen der ungerechten Steuerverteilung sich energisch rührten, es entstand der deutsche Schulverein, um die deutsche Schule, wo immer sie gefährdet war, zu schützen und zu erhalten. Diese Absicht bezog sich hauptsächlich auch auf die sächsisch-deutschen Bewohner Siebenbürgens, welche seit Jahrhunderten aller Anfechtungen ungeachtet an deutscher Sitte und Sprache festgehalten hatten. Auch jetzt kämpften sie mit dem größten Eifer gegen die Verdrängung ihres Deutschtums, welchem durch das ungarische Sprachengesetz v. J. 1879 die höchste Gefahr drohte. Sollte doch nach demselben innerhalb einiger Jahre in allen Schulen der Krone des h. Stephan in magyarischer Sprache gelehrt werden, selbst in den reindeutschen Gebieten; ingleichen wurde auch die magyarische Sprache 1881 als ausschließliche Gerichtssprache eingeführt. In Deutsch-Österreich und in Deutschland fand daher der deutsche Schulverein Beifall und Unterstützung. Man wollte nicht mit verschränkten Händen dieser Vergewaltigung zusehen. Man darf behaupten, daß diese thätige Teilnahme und jene zähe Ausdauer die Milderung herbeiführte, welche Tisza den allzuhitzigen Chauvinisten des Magyarentums auferlegte, indem er die deutsche Sprache zum obligatorischen Gegen-

stand in den höhern Schulen machte und die verlangte Schließung der deutschen Theater in Pest und andern Städten des Königreichs nicht gewährte. Mehr Zugeständnisse ließ sich allerdings auch Tisza weder von den siebenbürgischen Sachsen noch durch den deutschen Schulverein ablocken. Seine Nachgiebigkeit war sicherlich keine ganz freiwillige gewesen: außer den notwendigen Rücksichten auf das Reichsganze zwang ihn auch der Unmut dazu, mit dem sich die Kroaten gegen das magyarische Sprachengesetz erhoben. Wie die Kroaten, zeigten sich auch die Rumänen widerspenstig. Hüben und drüben rührten und regten sich die Nationalitäten. Auch die Ruthenen, Slowenen und Italiener des Kaiserstaates erhoben ihr Haupt, um für sich etwas herauszuschlagen. Ein trübes Bild entfalten jene Jahre vor unsern Augen, das noch verdüstert wird durch die schwarzen Schatten des Anarchismus, der in Wien schwere Verbrechen gezeitigt hat.

Schon wiederholt waren Angriffe auf Polizeibeamte und Straßenexcesse vorgekommen und von einer geheimen Bande Drohungen gegen öffentliche Persönlichkeiten laut ausgestoßen worden, so daß kein Zweifel darüber mehr entstehen konnte, daß in Wien ein Hauptherd des grundstürzenden Anarchismus sich befinde. Im Sommer 1882 wurde ein Schuhmacher, das Jahr darauf der Polizeibeamte Hlubek und wenige Wochen darnach der Polizeibeamte Bösch ermordet. Auch in Agram, Pest, Graz, Linz und Klagenfurt sah sich die Bevölkerung durch anarchistische Verbrechen in Schrecken versetzt. Zwar gelang es der Polizei, die Mörder der erwähnten Wiener Polizeibeamten in zwei verworfenen Menschen, die noch dazu auch in mehreren deutschen Städten Mordthaten verübt hatten, zu entdecken und zur verdienten Strafe heranzuziehen, allein damit war der Gefahr weiterer Verbrechen noch nicht vorgebeugt. Zu diesem Zwecke mußten andere Maßregeln ergriffen werden. Deshalb brachte die Regierung 1885 ein Sozialistengesetz und in Verbindung mit demselben ein Dynamitgesetz in Vorlage, das erstere war „gegen gemeingefährliche sozialistische Bestrebungen" gerichtet; das letztere rückte mit Strafbestimmungen „gegen den gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen und die gemeingefährliche Gebarung mit denselben" ins Feld. Diese Gesetze, welche den deutschen gleichen Inhalts aus den Jahren 1878 und 1884 nachgebildet waren, sollten nach der ausdrücklichen Erklärung der Regierung durchaus nicht „den innerhalb der gesetzlichen Schranken sich bewegenden Bestrebungen nach Reformen, welche die arbeitenden Klassen betreffen, entgegentreten", aber in Österreich konnte man sich so wenig als wie in Deutschland eine Leben und Sicherheit gefährdende Verbrecherbande über den Kopf wachsen lassen. Diesen

Standpunkt teilten alle besonnenen Leute; die Regierung stieß darum auch auf keinen Widerstand mit ihren gesetzlichen Vorschlägen.

Auch in anderen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Angelegenheiten, in der Regelung des Verkehrswesens, insbesondere des Eisenbahnwesens, in den Finanzen des Reiches wäre mancher Fortschritt zu verzeichnen, der wesentlich der Regierung gutgeschrieben werden muß; denn sie beschränkte sich rühmlicherweise nicht darauf, bloß den lauten Forderungen der zahlreichen Nationalitäten ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Die politischen Parteien befaßten sich fast alle mit diesen Angelegenheiten ohnehin mehr als gut und notwendig war, und bewiesen dadurch handgreiflich ihre Befähigung, das Wohl des Kaiserstaates zu fördern. Wenn inmitten dieser leidenschaftlichen Treibereien, denen nirgends ein Ziel, ja fast kein Ruhepunkt bestimmt zu sein schien, der Staat dennoch nicht rückwärts ging, wenn selbst im Innern mancher gedeihliche Fortschritt gemacht wurde, so geschah dies lediglich durch die Umsicht der Regierung und durch die unerschütterliche Ausdauer des Kaisers, der sich vor allem von dem einen festen Punkt, von seinem Bündnisse mit Deutschland und Italien, um keine Linie abbringen ließ. Würden die österreichischen Völker es einsehen, welche Gewähr für den Kaiserstaat in demselben gegeben ist, so müßte ihr einmütiges Bestreben sich zu ihrem eigenen Frommen darauf richten, den schädlichen Widerspruch zwischen der äußeren Politik, die wesentlich durch das Bündnis mit dem Deutschen Reich bestimmt ist, und der inneren, welche bei vielen einen verbissen deutschfeindlichen Charakter trägt, aus der Welt zu schaffen. Gelöst muß dieser gordische Knoten werden; aber wer vermag zu sagen auf welche Weise, ob durch den Sieg der Vernunft friedlich oder durch eine gewaltsame Katastrophe? Das Schicksal des Reiches hängt davon ab. Zu seinem Frommen gereichen jene unablässigen, auf Sonderrechte rücksichtslos zielenden Anstrengungen so wenig, wie die Abneigung gegen alles, was deutsch ist und deutsch heißt, also gegen die deutsche Kultur. Sucht die Mehrheit der Völkerschaften den Kaiserstaat aus dieser geistigen Atmosphäre herauszuzerren, so zieht sie denselben abwärts, in das Dunkel der Unwissenheit und des Rückschrittes. Hören die eigennützigen Streitigkeiten um alle erdenklichen Einzelrechte nicht bald auf, so wird das höhere und notwendigere Recht des Ganzen gefährdet und die Einheit gelockert. Bis jetzt zeigt sich keine Aussicht auf Besserung in dieser Beziehung. Mit Bedauern gewahrt man das in Deutschland.

Ein schwerer Unglücksschlag traf das Kaiserhaus und mit ihm die Völker der Monarchie am 30. Januar 1889. Der einzige Sohn des Kaisers und der Kronprinz des Reiches, Rudolf, dem nachgerühmt

wurde, daß er mit vielen Gaben ausgestattet sei, wurde an diesem Tage zusammen mit einer Dame aus der Wiener Aristokratie in seinem Jagdschloß Meierling, unfern der Hauptstadt, tot aufgefunden. Ein tiefes Dunkel liegt bis heute über dieser schmerzlichen Thatsache und vielerlei, sich teilweise geradezu widersprechende Gerüchte sind darüber allenthalben innerhalb und außerhalb Österreichs verbreitet. Der mit einer belgischen Königstochter verheiratete Kronprinz und Vater eines Töchterchens scheint in seiner Ehe und in seinem häuslichen Leben nicht sein Glück und in der treuen Erfüllung seiner Pflichten, auf die ihn sein künftiger hoher Beruf so ernst und eindringlich hinwies, keine Befriedigung gefunden zu haben. Wie er auch gestorben sein mag, es war schon längst eine traurige Thatsache, daß er vom rechten Wege weit abgekommen war, und daß er sich weder durch die Ermahnungen seines Vaters, noch durch die Bitten seiner Gattin, weder durch die Erinnerung an das, was er seinem Kinde schuldig war, noch an die Pflichten gegen seine Völker auf den rechten Pfad zurückführen ließ. Solche Beispiele sollten die Großen der Erde nicht geben, zumal in unseren Tagen, wo eine dämonische Macht von unten herauf das Bestehende, die ganze Weltordnung zu zerstören sich verschworen hat.

3. Kapitel. England und der ägyptische Aufstand.

Parnell und seine Agitation. Die Landliga. Gladstones Maßnahmen. Der Mord des irischen Staatssekretärs. Die radikale und gemäßigte Partei. Die Vorgänge in Ägypten. Die Mißwirtschaft Ismails und seine Absetzung. Tewfik Khedive. Die nationale Partei und Arabi. Die englisch-französische Einsprache. Das Gemetzel in Alexandria. Beschießung der Stadt. Niederlage und Gefangennahme Arabis. Erneuter Aufstand im Sudan. Der Mahdi. Osman Digma. Hicks Paschas Untergang. Gordons Entsendung nach Chartum. Seine verzweifelte Lage. Chartums Fall und Gordons Untergang. Mahdis Tod.

Der Pfahl im Fleische Englands ist Irland und die irische Frage. Das alte Unrecht wurzelt tief und noch tiefer der irische Haß, der sich fast nicht mehr versöhnen lassen will. Solche Erscheinungen tauchen in der Menschengeschichte zuweilen auf: Wenn Unrecht und Haß durch das Alter steinhart geworden sind, weicht schier kein Heilmittel mehr diese verhärtete Masse auf, das Vertrauen dringt nicht mehr ein und findet keinen Glauben mehr. Seit 1879 erschien an der Spitze der irischen Homerulepartei Parnell, ein wetterharter, schneidiger, ebenso überlegter als entschlossen verwegener Führer. Er verstand es, dadurch die ganze

Frage in ein neues Stadium zu rücken, daß er mit schlauer Berechnung den greifbarsten und augenfälligsten Punkt derselben, nämlich die Notlage der irischen Pächter, in die Mitte rückte. Wenn er unermüdlich in Versammlungen, die er im ganzen Lande hielt, die schlechte Ernte schilderte, mit grellen Farben die Not, den Mangel, die Mittellosigkeit des einzelnen Pächters malte, dann brachte er den Massen ihre Lage erst recht zum Bewußtsein und rührte ihren Groll bis in die Tiefe ihrer Herzen auf. Jetzt erst erkannten sie ihr Unglück in seinem ganzen Umfang. Auf ihrem heimatlichen Boden recht- und besitzlos, waren sie verdammt, jahraus, jahrein im Schweiße ihres Angesichtes sich zu schinden und zu plagen, nicht für sich und ihre Kinder, sondern — ein zum Himmel schreiendes Unrecht — um den prassenden anglikanischen Gutsherren, die ohne Recht den irischen Grund sich angeeignet hätten, einen übergroßen Pachtszins entrichten zu können. Sie sollten, so riet er ihnen, die Zahlung verweigern; verjage man sie dann aus ihren gepachteten Höfen, so solle kein Ire mehr den Pacht übernehmen und auf diese Weise die Besitzer entweder zum Verkauf der Güter oder zur Ermäßigung des Pachtschillings gezwungen werden. Diese Vorschläge zündeten in den Herzen der Unzufriedenen, und indem sie befolgt wurden, trat ein Zustand der Verwirrung und der Unordnung auf der grünen Insel ein, der dem Bürgerkrieg auf ein Haar glich. Die Besitzer riefen die Staatshülfe an, und bald standen ungefähr 30000 Soldaten im Lande, ohne dem Übel eigentlich steuern zu können. Denn über das ganze Land verbreitete sich auch eine große nationale Verbindung, die sogenannte Landliga, deren Mitglieder wie Stahl und Eisen zusammenhielten und sich mutig und schlau je nach den Umständen unterstützten und den Maßregeln der Regierung, den milden wie den strengen, fast jede Wirkung raubten.

Gladstone, der seit 1881 mit seiner Partei wieder an die Regierung gekommen war, versuchte anfangs die Lage durch mildere Maßnahmen, z. B. durch die Aufhebung der Zwangsbill zur Unterdrückung der Unruhen und durch Beschränkung der Pächteraustreibung, zu bessern. Als aber dieser letztere Antrag die gesetzliche Genehmigung nicht fand, verschlimmerte sich die Lage. Immer fester zog Parnell die irische Bevölkerung, die ihn wie ihren Heiland verehrte, an sich, und die Zustände nahmen infolgedessen einen wahrhaft gefährlichen Charakter an. Wie mit einem Netz überzog die Verschwörung, denn als solche war doch die Landliga zu bezeichnen, das ganze Land. Todesurteile wurden ausgesprochen und auch ausgeführt, wie an dem Lord Mountmorris, ohne daß man der Thäter habhaft werden konnte. Die Besitzer schwebten in steter Todes-

furcht. Von der Polizei geschützt, durften sie doch nicht wagen ihre Schlösser zu verlassen, es sei denn, daß sie Wege fanden nach England zu flüchten. Wehe dem Pächter, der Miene machte, dem Gebote der Landliga zuwider seinen Pachtzins zu zahlen! In aller Form geächtet, konnte er keinen Abnehmer und keinen Arbeiter mehr finden. Man nannte dies Verfahren „Boykottieren", nach einem Pächter, dem Kapitän Boykott, der auf diese Weise gezwungen wurde, die Bewirtschaftung seines Pachthofes aufzugeben.

Als nun aber die irischen Verbrecher durch ihre rabiaten Landsleute in Amerika, unter denen der großmäulige O'Donnovan Rossa durch die Frechheit seiner öffentlichen Drohungen besonders hervorragte, auch auf England übergriffen und Brandstiftungen und Dynamitattentate in London, in Liverpool, Glasgow und Birmingham alles in Schrecken versetzten, da sah auch Gladstone ein, daß die Sicherheit der Personen und des Eigentums einen energischen Schutz verlange. Jeder Verdächtige sollte nach einer neuen Zwangsbill, die zum Gesetz erhoben wurde, verhaftet werden dürfen und das Waffentragen verboten sein. Andererseits sprang die „Landbill" den Pächtern durch die Vorschrift bei, daß sie vor dem Grafschaftsrichter die Herabsetzung eines übermäßigen Pachtschillings fordern durften. Dennoch brachte weder das eine noch das andere Gesetz auch nur im mindesten eine sichtliche Wirkung hervor. Im Gegenteil, in Dublin erhob eine Versammlung, die sich den Namen irische Nationalkonvention beilegte, offen die Fahne der Revolution, indem der Beschluß gefaßt wurde, Irland müsse sich von Großbritannien losreißen, die Fremden aus dem Lande jagen und wieder einen selbständigen Staat bilden. Auf diese Herausforderung antwortete die Regierung mit der Verhaftung Parnells und anderer Häupter der Verschwörung, ohne jedoch unerschütterlich auf der Strenge zu beharren. Gladstone wußte offenbar nicht recht, was er wollte: deshalb schwankte er unbestimmt zwischen Strenge und Nachgiebigkeit hin und her. Da er sich einbildete, die Freilassung der irischen Führer würde begütigend auf das irische Volk wirken, so entließ er Parnell und seine Genossen bald wieder aus der Haft. Kaum war dies geschehen, als der Staatssekretär für Irland, Lord Cavendish, mit dem Unterstaatssekretär Bourke bei einem Spaziergang im Phönixpark zu Dublin am hellen Tage (6. Mai 1882) von zwei Mördern getötet wurden, welche unangefochten in einer Droschke entkamen und trotz aller Bemühung der Polizei erst nach Jahresfrist zu entdecken waren. Und Mord auf Mord folgte diesem Verbrechen. Diese Schandthaten wurden ausgeführt von den „Unbesieglichen", die vor nichts zurückscheuten und jeden Verräter mit dem Tode

bedrohten. Ihr Haupt war die geheimnisvolle „Numero Eins“, die auf den unbedingten Gehorsam der Verschworenen rechnen zu dürfen schien und von der Polizei um keinen Preis gefunden werden konnte, vielleicht deshalb, weil dieser Bösewicht überhaupt nicht in England, sondern in Amerika lebte, von wo aus die fürchterlichsten Verbrechen angestiftet und vorbereitet wurden, um England zu ruinieren. Wohl darf angenommen werden, daß Parnell mit diesen Greuelthaten, gegen die er sich öffentlich verwahrte, nicht einverstanden war, aber die moralische Mitschuld konnte er nicht von sich wälzen: durch seine Hetzereien hatte er diese Mörderbande, die ihm jetzt über den Kopf gewachsen war, herangezogen. Wenn er nicht die Iren und sich selbst zu Grunde richten und eine Blutschuld sondergleichen auf sich laden wollte, mußte er sich von diesen Mördern und Dynamitarden lossagen.

Indem er also eine neue Landliga gründete, die auf gesetzlichem Wege die Zustände in Irland zu bessern sich vorsetzte, that er diesen entscheidenden Schritt und ermöglichte es so einerseits der Regierung, gesetzliche Mittel zu versuchen und den Vernünftigen unter den Iren, die noch nicht dem Verbrecherwahnsinn verfallen waren, wieder einzulenken. Parnell hatte trotz dieses scheinbaren Zurückweichens schon viel erreicht. Die Höhe des Pachtschillings war durchschnittlich um ein Fünftel des früheren Betrages gesunken; ferner hatte das Pachtrückstandsgesetz Tausenden von Pächtern einen bedeutenden Erlaß der Rückstände, welche sie drückten, gewährt, lauter Vorteile für die irische Bevölkerung, von denen Parnell nicht ohne Grund behaupten konnte, daß man sie seinen Bemühungen zu danken habe. Es lag also in der Natur der Dinge, daß Parnell der populärste Mann auf der grünen Insel war, auf dessen Wort fast die ganze Bevölkerung mit verhaltenem Atem lauschte und auf dessen Wink nur Parnelliten in das Parlament wählte. Auf diese Weise wuchs auch sein Einfluß im Unterhaus, und er gab mit seinen Anhängern, wie er selbstbewußt sich rühmte, geradezu den Ausschlag, ob die Tories oder die Whigs an die Regierung kommen sollten. Parnell hat diese Stellung, so gut er konnte, in den folgenden Jahren zum Vorteil seiner Landsleute ausgenützt. Indem er sich mit seinen 85 Genossen nach den Wahlen des Jahres 1885 auf die Seite der Tories stellte, brachte er das Ministerium Gladstone zum Falle, und Salisbury übernahm die Regierung. Wurde dadurch die irische Frage nicht aus der Welt geschafft, so trat sie, indem viele der schreiendsten Übelstände beseitigt wurden, doch zeitweilig in den Hintergrund. Es hing nur von Parnell ab, jeden Augenblick sie wieder in den Vordergrund zu stellen; die Verkehrtheit der irischen Besitz- und Güterverteilungs-

verhältnisse waren, wie nicht leicht etwas anderes, zu einem wirkungsvollen Agitationsmittel geeignet.

Fast gleichzeitig mit dieser inneren Bewegung wurde England durch die Vorgänge in Ägypten, welche sich so gestalteten, daß ein bewaffnetes Eingreifen seitens der großbritannischen Regierung notwendig wurde, in Atem gehalten. Frankreich und England wetteiferten um das Übergewicht des Einflusses in diesem Nilland. Diejenige Großmacht, welche in diesem Wettstreit den Sieg davontrug, konnte, ja mußte auch als die Vormacht auf dem Mittelländischen Meere angesehen werden. Frankreich betrachtete es seit den Zeiten Napoleons I. sozusagen als sein historisches Vorrecht, die erste Rolle in Ägypten zu spielen. Allerdings herrschte hier nur ein Unterkönig, ein Khedive, welcher der Oberherrlichkeit des türkischen Sultans unterworfen war, aber der Rückgang der türkischen Macht äußerte sich auch in der Lockerung oder wenigstens abnehmenden Bedeutung dieses Abhängigkeitsverhältnisses. Der Khedive suchte sich in seinem Drange nach Selbständigkeit dadurch zu fördern, daß er europäischem Einflusse sich hingab. Frankreich hatte unter Napoleon III. nichts versäumt, dieser Neigung entgegenzukommen und hauptsächlich dem stetigen Geldbedürfnis des luxuriösen ägyptischen Hofes mit französischem Gelde beizuspringen, das ja auch in Verbindung mit dem Talent Lesseps in erster Linie die Durchstechung der Landenge von Suez ermöglicht hatte. England hatte es nicht vermocht, dem französischen Übergewicht in Ägypten Abbruch zu thun, obwohl es diesen Vorrang mit Neid betrachtete und sich dem Khedive durch Gewährung von Geldmitteln ebenfalls angenehm zu machen suchte. Für alle Fälle bahnte man sich so bei Zeiten den Weg nach Ägypten. Der Rückschlag der französischen Niederlagen im Jahre 1870 und der folgenden republikanischen Mißwirtschaft wurde gar bald auch am Nil empfunden. Die englische Schlauheit brachte unter der Hand durch den Aufkauf der Suezkanalaktien das Eigentumsrecht an dieser wichtigen Verkehrsstraße an sich und verpflichtete sich den Khedive in seinen wachsenden finanziellen Nöten immer wieder aufs neue. Ismail, der Khedive, war ja ein Verschwender, dem das Geld, es mochte sein so viel es wollte, unter den Fingern zerrann. Seine Schuldenlast und seine Verpflichtungen wuchsen übermäßig an, so daß er schon im Jahre 1875 die Engländer um Rat und Hülfe anrief. Als verschiedene Vorschläge sich als unausführbar erwiesen, legten sich die europäischen Gläubiger, insbesondere die englischen und französischen, selbst ins Mittel, um eine Ordnung in die ägyptischen Finanzen zu bringen; aber vergebens. Deshalb erzwang die englische und französische Regierung schließlich die Niedersetzung einer

europäischen Kommission, welche das ganze ägyptische Finanz- und Steuerwesen überwachte und den Khedive auch nötigte, zur Schuldenzahlung die Domänen herzugeben. Natürlich legte diese Überwachungskommission den Nachdruck auf die Befriedigung der Forderungen der europäischen Gläubiger, während das Land selbst sich mit dem Reste begnügen mußte.

Dieses Mißverhältnis erzeugte Unwillen: besonders die ägyptischen Offiziere fühlten sich benachteiligt und blickten mit Zorn auf die fremden Sachwalter im Lande, die nach Gutdünken und zu ihrem eigenen Vorteile schalteten und walteten. Es war ganz folgerichtig, daß dieser Unmut seine Spitze gegen den Khedive richtete, dem man die Schuld zumaß, die Interessen des Landes und der Bevölkerung den Fremden aufgeopfert zu haben. So entstand selbst in diesem zurückgebliebenen Lande und innerhalb einer wenig gebildeten Bevölkerung eine Art Nationalpartei, welche es sich vorsetzte, die Europäer zu verdrängen und den unwürdigen Khedive abzusetzen. Ohne Gewalt war dies nicht durchzuführen, und deshalb verschwor sich eine Anzahl ägyptischer Offiziere, an deren Spitze ein Oberstlieutenant, Namens Arabi, stand, zu diesem Zwecke. Vorsichtig gingen sie ans Werk. Da sie die Bevölkerung auf ihrer Seite hatten, mußte der Khedive ihren Vorschlägen, welche zunächst darauf hinausliefen, die Befugnisse der von Frankreich und England bestellten Kommissäre zu beschneiden, nachgeben. Schritt für Schritt gewann diese Partei an Boden. Schon hatten sie es dahin gebracht, daß einzig aus entschiedenen Anhängern der Nationalpartei ein Ministerium gebildet werden sollte. Dadurch setzte sich Ismail zwischen zwei Stühle. Die europäischen Großmächte legten Verwahrung dagegen ein, daß die Interessen der Gläubiger, wie es augenscheinlich beabsichtigt war, auf die Seite geschoben würden, und England und Frankreich forderten sogar die Pforte auf, den Khedive abzusetzen. Der Sultan willigte ein und Ismail fügte sich dem Urteilsspruche des Großherrn ohne Widerstreben 1879. Er zog nach Neapel. Jedoch brachte auch das Regiment seines Sohnes und Nachfolgers, Tewfik Pascha, wenig Besserung; der Einfluß der Fremden, der Steuerdruck, unter dem die einheimische Bevölkerung seufzte, und die geheime Minenarbeit Arabis dauerten fort.

Als nun letzterer mit ein paar vertrauten Kameraden (Ali Fehmi und Abdullah) plötzlich verhaftet wurde, brach eine militärische Meuterei aus, durch welche der neue Khedive, um größeres Unheil zu verhüten, sich zwingen ließ, die Gefangenen wieder zu entlassen. Arabi war nun erst recht Herr der Lage und nützte sie im Sinne der Nationalpartei aus (Ende 1881). Die Fremden sollten verdrängt und die Einheimischen in die Regierung und an die maßgebenden Stellen

gebracht werden. Diese Absichten konnten nur verwirklicht werden, wenn man unbedenklich vorging. Arabi war nicht der Mann, der von Bedenklichkeiten sich leiten oder gar zurückhalten ließ. Schnell entschlossen wagte er es, dem Khedive und den Großmächten, die hinter ihm standen, Trotz zu bieten. Mit 4000 Mann umstellte er den Palast seines Herrn am hellen Tage und erzwang sich von ihm die Zustimmung zu seinen Vorschlägen. Eine Nationalversammlung wurde einberufen, die aber Forderungen stellte, welche der Khedive nicht erfüllen konnte, weil die Großmächte Verwahrung dagegen einlegten. Dadurch steigerte sich die Verwirrung. Während sich Arabi immer drohender gebärdete, sprachen die englische und französische Regierung dem Khedive in einer gemeinsamen Note die Gewährleistung seines Thrones unter allen Umständen aus, eine Einmischung in die ägyptischen Angelegenheiten, gegen welche wieder die Pforte protestierte. Währenddem schritt die Nationalpartei kühn voran. Sie bewirkte es, daß Arabi zum Kriegsminister erhoben wurde. Sein Verhältnis zum Vicekönig wurde dadurch nicht besser, denn er übte über den letzteren eine Art Gewaltherrschaft aus, der Tewfik begreiflicherweise, wo er konnte, widerstrebte. Je mehr die Wege und Absichten beider auseinandergingen, desto schlimmer wurde die Lage. Während der schlaue Arabi schon aus islamitischem Fanatismus die Hülfe der Pforte ansprach, suchte der schwache Vicekönig seine Zuflucht bei den Generalkonsuln Frankreichs und Englands. Und doch stimmten auch diese beiden Großmächte in ihren Plänen nicht überein. Frankreich wollte aus Gründen, die ihm seine afrikanische Politik nahe legte, jede Einmischung des Sultans hintanhalten, wogegen England auch hier seine bekannte Scheu, sich kriegerischen Verwickelungen auszusetzen, an den Tag legte. Allein die Dinge waren bereits so weit gediehen, daß die beiden Großmächte ihren ganzen Einfluß und ihre Achtung verscherzt hätten, wenn sie nicht Ernst gezeigt hätten. Sie entschlossen sich also gemeinsam ein Panzergeschwader vor Alexandria zu legen und stellten nach der Ankunft desselben am 25. Mai 1882 die Forderung, daß Arabi entlassen und seine bedeutendsten Anhänger verhaftet würden. Die Nachricht von dieser drohenden Forderung rief eine tiefgehende Aufregung unter der ägyptischen Bevölkerung zu gunsten Arabis hervor: Absendungen von Ulemas, von Kaufleuten und anderen bestürmten den Khedive, Arabi im Amte zu behalten. Tewfik, an sich schon haltlos, gab wieder nach und zwar um so eher, als auch die Pforte für den meuterischen Offizier eintrat. Der Fanatismus der muhamedanischen Bevölkerung stieg dadurch immer höher. Man achtete auf das Panzergeschwader so wenig, daß am 11. Juni angesichts desselben der Pöbel von Alexandria

über die Europäer in der Stadt herfiel und viele derselben niedermetzelte. Angst und Schrecken ergriff die sehr zahlreichen Europäer in Ägypten; sie glaubten ihres Lebens nicht mehr sicher zu sein, und wer konnte, wanderte über Hals und Kopf aus. Diese Vorgänge gleichsam unter ihren Augen mußten die beiden Großmächte auf das tiefste verletzen und beschämen. Jetzt mußten sie gemeinsam und energisch einschreiten, so dachte man allenthalben in Europa; allein es geschah nicht. Die beiden Großmächte konnten sich nicht einmal zu einem Einverständnis in diesem Augenblick aufschwingen. In Frankreich war Gambetta, der schneidig vorgegangen wäre, von einem raschen Tode hingerafft worden, und sein Nachfolger Freycinet wollte sich nicht zu weit einlassen. Ihm genügte es, eine Botschafterkonferenz, die auch trotz des Einspruches der Pforte am 22. Juni in Konstantinopel eröffnet wurde, ihre voraussichtlich erfolglose Probe machen zu lassen. Die englische Regierung aber empfand voll und ganz, was für sie auf dem Spiele stand, wenn sie nicht rechtzeitig noch den drohenden Gefahren vorbeugen würde. Von Arabi war das schlimmste zu befürchten, selbst die Vernichtung des Suezkanals. Zu lange hatte man ihn gewähren und seine Macht wachsen lassen. Schon hatte er Alexandria befestigt. Als daher in England die öffentliche Meinung ein bewaffnetes Eingreifen forderte, gab die Regierung, da Frankreich die Teilnahme ablehnte, dem Admiral Seymour den Befehl, einzuschreiten.

Zunächst verlangte Seymour gebieterisch die Wegräumung der Geschütze und Hafenbefestigungen und, als Arabi darauf nicht einging, beschoß er am 11. Juli Alexandria und drang in den Hafen ein. Es war klar, daß sich die Stadt nicht lange halten konnte; deshalb ließ sich Arabi in Verhandlungen wegen der Übergabe ein, die er aber nur angeknüpft hatte, um sich mit seinen Truppen aus dem Staube zu machen und die Stadt ihrem Schicksal, das doch gerade er heraufbeschworen hatte, zu überlassen. Das Bombardement dauerte fort. Während desselben verübten die Pöbelhaufen in den Straßen und Häusern an den noch vorhandenen Europäern blutige Greuelthaten, die erst durch die gelandeten englischen Matrosen beendigt wurden. Da nun aber Arabi sich in die Nähe von Kairo zurückgezogen und sich dort befestigt hatte, mußte gegen ihn der Krieg fortgesetzt werden, weil er trotz seiner durch den Khedive ausgesprochenen Absetzung die Waffen nicht niederlegte. Abermals ersuchte England die französische Regierung um ihre Mithülfe; aber die Kammer machte sie durch Verweigerung der Mittel unmöglich. Im letzten Grunde war diese Ablehnung England nicht einmal sehr unangenehm, denn dadurch gewann es freie Hand. Es war entschlossen,

diesmal nicht bloß halbe Arbeit zu machen. Bis übrigens der Vormarsch gegen Arabi begonnen werden konnte, verfloß der ganze Monat August.

Erst nachdem die englischen und indischen Truppen eingetroffen waren, rückte General Wolseley vor. Von Ismailia, am Suezkanal, aus drang der englische Führer wider Arabis Erwarten vor und nötigte ihn so, seine mittlerweile stark befestigte Stellung aufzugeben. Trotzdem hatte es den Anschein, als ob der letztere seinen Feinden einen hartnäckigen Widerstand entgegensetzen würde, da er die englische Vorhut mit Lebhaftigkeit angriff. Dieser Mut hielt jedoch nicht lange nach. Als Wolseley das feindliche Lager angriff, stob beim ersten Anprall die ägyptische Armee wie Spreu auseinander (13. September), und Arabi ergab sich des andern Tages dem Engländer. Bald darauf wurde er mit den Haupträdelsführern vor ein Kriegsgericht gestellt und zum Tode verurteilt, jedoch die Strafe in Verbannung nach Ceylon umgewandelt. Die englischen Waffen behaupteten also das Feld. Aber bis zur Herstellung einer gesicherten Ordnung war immer noch ein weiter Schritt. Allerlei zentrifugale Kräfte verhinderten oder verzögerten ein schnelles Durchgreifen, zumal auch die französische Regierung, welcher die andauernde Besetzung Ägyptens durch englische Truppen gar nicht zusagte, die Räumung des Landes forderte. Aber vorerst konnten die Engländer nicht daran denken, diesem französischen Wunsch entgegenzukommen, wenn sie nicht den alten Zustand zurückkehren lassen wollten. Deshalb beharrten sie bei der vorläufigen Besetzung des Landes und zwar umsomehr, als unter der Hut der englischen Truppen die von dem englischen Bevollmächtigten Dufferin entworfene und vom Khedive angenommene Verfassung eingeführt werden sollte. Die Franzosen empfanden diesen Ausgang als eine Schmälerung ihres Einflusses und schmollten darüber, ohne jedoch daran auch nur das mindeste ändern zu können.

Übrigens machte Ägypten den Engländern jetzt erst recht zu schaffen. Im Süden von Ägypten, im Sudan, hatte sich ein Muhamedaner, Mahdi genannt, erhoben und die Bevölkerung für seine national-religiösen Pläne zu begeistern gewußt. Krieg gegen die fremden und ungläubigen Eindringlinge war auch sein Losungswort, wodurch er die ganze Provinz fast mit einem Schlage unter die Waffen brachte. Mahdi war ein gefährlicherer Fanatiker als Arabi, denn zu größerem Mute gesellte er weit bedeutendere Kräfte, als jener zur Verfügung hatte. Dazu konnte er bei der weiten Entfernung von den großen Verkehrsstraßen nur viel schwerer gefaßt werden. Den Engländern kam nichts ungelegener, als diese neue Überraschung; und doch konnten sie sich gerade jetzt, wo sie die Herren in Ägypten zu spielen mit so viel Ernst und Nachdruck

angefangen hatten, der Pflicht, die Autorität aufrecht zu erhalten, gar nicht entziehen. Obwohl englische Offiziere mit ägyptischen und englischen Truppen sich so rasch als möglich nach dem Sudan aufmachten, so konnte der Oberbefehlshaber derselben, Hicks Pascha, doch nicht verhindern, daß am 17. Februar 1883 El Obeid, die Hauptstadt von Kordofan, sich dem Mahdi ergab. Zwar gelang es ihm, nach bedeutenden Anstrengungen im April die Provinz Senaar zu säubern, aber der Aufstand breitete sich rasch in andere Gegenden aus. Ein Beduinenführer, Osman Digma, erhob die Waffen und schlug die gegen ihn gesandten Truppenteile. Dadurch mutig gemacht, erließ Mahdi einen Aufruf an alle Ägypter, sich ihm anzuschließen und mit seiner Hülfe die Fremdherrschaft zu brechen. Wenn nun auch diese Absicht insbesondere durch die Geistlichkeit (Ulemas), welche den Mahdi in einem Gegenaufruf als falschen Propheten brandmarkte, vereitelt wurde, so war doch die Kriegsstärke desselben bedeutend genug, um in den ersten Novembertagen dem gegen El Obeid anrückenden Hicks Pascha eine vernichtende Niederlage zu bereiten. Er wurde in einem Engpasse überfallen und mit seinen Offizieren und fast seiner ganzen Mannschaft niedergehauen. Die Tapferen mußten die alte Scheu der englischen Diplomatie vor opferfreudiger Thatkraft mit dem Leben büßen. Es war infolgedessen nicht zu verwundern, daß sich die Ägypter bitter über die englische Regierung beschwerten und aus ihrer mißtrauischen Abneigung gegen die zweifelhafte Freundschaft und eigennützige Bevormundung derselben kein Hehl machten. Aus eigener Kraft konnte Ägypten unmöglich den Sudan zurückerobern, und die Engländer wollten es nicht thun.

Noch lagen in der abgefallenen Provinz von den Aufständischen umschlossen und bedrängt eine Anzahl kleiner ägyptischer Truppenabteilungen. Wenn man ihnen nicht mit gehöriger Truppenmacht zu Hülfe eilte, so waren sie rettungslos verloren; dennoch fühlte man in London wenig Erbarmen. Die steinerne Haltung Gladstones wurde erst etwas erschüttert, als die öffentliche Meinung von fast ganz Europa ihre Mißbilligung darüber laut und eindringlich aussprach. In Ägypten herrschte ein Zustand unbeschreiblicher Verwirrung; man war keinen Augenblick mehr sicher, daß auch Oberägypten zum Mahdi abfalle. Jetzt erst rührte sich Gladstone und entsandte den früheren Generalgouverneur von Sudan, den schneidigen und unerschrockenen Gordon, zwar ohne Truppen, aber mit reichen Geldmitteln nach Chartum, um diese Stadt zu retten. Gleichzeitig drang der englische General Graham von Suakin an der Küste des Roten Meeres gegen Osman Digma vor, den er am Brunnen El Teb schlug (1884). Aber da Baker Pascha, ein Eng-

länder, welcher Tokar entsetzen wollte, eine schwere Niederlage erlitt, wurde der Vormarsch Grahams aufgehalten, und Osman Digma gewann Zeit, Sinkat zu erobern und dort ein entsetzliches Blutbad anzurichten. Unterdessen war Gordon glücklich nach Chartum gelangt, wo er durch Milde und Güte die Bewohner für sich zu gewinnen suchte, während er den Mahdi in aller Form zum Sultan von Kordofan ernannte, welche Ernennung, bezeichnend genug, dieser rundweg ablehnte. Was er war oder werden wollte, brauchte er nicht der Gnade Englands zu verdanken. Vorerst war er ja Gordon durchaus überlegen. Denn obschon Graham verschiedene Vorteile davontrug, änderte sich das Machtverhältnis in keiner Weise. Gordon vermochte es sogar nicht abzuwenden, daß ihn Mahdi in Chartum einschloß. Alle Energie fruchtete nichts. Seine Truppen standen nicht mit Unrecht im dringenden Verdacht, es mit dem Mahdi zu halten, und rings um die Stadt stand alles auf des letzteren Seite. Was nützten dem heldenmütigen Manne die Weisungen des englischen Ministeriums, sich aus der Schlinge zu ziehen? Beim besten Willen hätte er es nicht vermocht, obschon Gladstone und Granville dem Parlament wiederholt erklärten, daß er sich gar nicht in Gefahr befinde. Währenddessen fiel die Stadt Berber in die Hände der Spießgesellen Mahdis, und Gladstone veranstaltete, um das drängende Frankreich etwas zu beschwichtigen, eine Konferenz in London, auf der hauptsächlich die Regelung der schlimmen ägyptischen Finanzverhältnisse herbeigeführt werden sollte. Man einigte sich aber wieder nicht. Gordon war in der Zwischenzeit mit bewundernswerter Ausdauer bemüht gewesen, sich nach Kräften zu wehren und sich die Scharen des Mahdi vom Leibe zu halten. Seine mannhaften Anstrengungen entbehrten auch keineswegs jedes Erfolges; allein es war doch klar, daß dadurch die Katastrophe nur hinausgeschoben wurde. Kam nicht schleunigste Hülfe, so war sein Schicksal besiegelt. Gladstone schämte sich freilich gar nichts zu thun, vielmehr gab er den Obersten Stewart und Wilson den Auftrag, den Nil hinaufzufahren und Gordon zu entsetzen. Aber es zeigte sich, daß der Nil der vielen Wasserfälle halber nicht fahrbar sei. Und als nun trotzdem Wilson, meistens den weiten Landweg benützend, alle Schwierigkeiten überwand und im Januar 1885 bis Chartum vordrang, mußte er zu seinem Schmerz erfahren, daß zwei Tage vor seiner Ankunft Gordon im Kampfe mit Mahdi, dem Verräter die Stadt geöffnet hatten, gefallen war. Die Nachricht davon rief in England einen tiefen, fast erschütternden Eindruck hervor. Es fehlte nicht an harten und verdienten Vorwürfen gegen Gladstone, dessen Stellung infolge davon und aus anderen Ur=

sachen so unhaltbar wurde, daß er sich vom Amte zurückzog. Das neue Ministerium wollte nun dem beleidigten Gefühl der Nation eine Genugthuung gewähren und den Aufständischen die Gewalt zeigen. Aber die englischen Generale erklärten, daß dazu ungeheure Anstrengungen notwendig wären, ohne im geringsten den Erfolg verbürgen zu können. Es wurde daher beschlossen, den Vormarsch auf Chartum aufzugeben, dagegen Suakin zu behalten; die Truppen sollten sich bis Wady-Halfa und Assuan zurückziehen und dort stehen bleiben, um ein weiteres Vorrücken des Aufstandes nach Ägypten abzuschneiden. Das war nicht mehr nötig, weil das Feuer des Aufruhrs von selbst erlosch, nachdem im Juni 1885 der Mahdi durch einen jähen Tod von den Blattern hinweggerafft wurde. In England war man froh, dieser Sorge enthoben zu sein. Die Lösung der ägyptischen Frage zog sich allerdings noch eine Zeitlang hin, aber sie gelang schließlich doch nach verschiedenen Anläufen und erneuten Ansätzen. Der englische Einfluß dauerte dadurch im Nillande fort.

4. Kapitel. Das neue Königreich Italien und seine Stellung in Europa. Die Kurie.

König Humberts Thronbesteigung und seine Regierungsgrundsätze. Crispi. Wandel der auswärtigen Politik. Humberts Besuch in Wien. Der Dreibund und die Vertragsbestimmungen desselben. Die Kolonialpolitik und die Besetzung von Massauah am Roten Meer. Die innere Politik. Papst Leo XIII., seine Charakteristik.

König Humbert folgte ohne jede Störung seinem Vater in der Regierung des geeinigten Italien, der beste Beweis dafür, daß es mit der Behauptung, als sei das italienische Volk schon des neuen Zustandes der Dinge überdrüssig geworden, nichts auf sich hatte. Auch die europäischen Mächte hatten keinen Anlaß, sich mit der vollzogenen Einigung Italiens unzufrieden zu erweisen; das Recht des italienischen Volkes, sich in einen großen nationalen Staatskörper nach mehr als tausendjährigem vergeblichem Ringen nach diesem Ziele zusammenzuschließen, bestritt jetzt keiner der europäischen Staatsmänner mehr. Der italienische Staat hatte nichts gethan, was ihm hätte zum Vorwurf gemacht werden können, wie sehr auch die Kurie, der neue Papst Leo XIII. nicht minder wie sein Vorgänger Pius IX., fortfuhr, diese sakrilegische That vor der ganzen Welt zu brandmarken und zu verdammen. Als Humbert den Thron bestieg, ließen ihm mehrere europäische Großstaaten durch eigene Gesandte ihre Glückwünsche aussprechen; Kaiser Wilhelm I.

sandte sogar seinen Sohn, den Kronprinzen, zu diesem Zwecke nach Rom, eine Aufmerksamkeit, die bei der lebhaften Gemütsart dieser Südländer die lauteste und freudigste Anerkennung in ganz Italien hervorrief und zur Stärkung des monarchischen Gedankens nicht wenig beitrug. König Humbert bestrebte sich von Anfang an mit redlichem Fleiße seinem Volke zu dienen und es einer glücklichen Zukunft entgegenzuführen. Den vielfach unfertigen Zuständen gegenüber legte er, jede Übereilung und Gewaltsamkeit vermeidend, Besonnenheit und Mäßigung an den Tag. Treu den Grundsätzen seines vom Volke erkorenen Vaters achtete er sorgsam auf die Verfassung und die in derselben ihm zugewiesenen Pflichten, wie auf die dem Volke eingeräumten Rechte. Wo sich ihm bereitwillige Hände, den Staat nach innen auszubauen und ihm nach außen zur Achtung in Europa zu verhelfen, entgegenstreckten, nahm er sie ohne Vorurteil an. So versöhnte er manchen alten Gegner des Königtums und zog ihn zu thätiger Mitarbeit heran; so gelang es ihm allen Widersachern zum Trotz, die Liebe zum Königtum in den Herzen mehr und mehr zu befestigen und Italien allmählich unter den europäischen Völkern eine neue, auf vollständiger Anerkennung seiner Selbständigkeit beruhende Stellung zu sichern. Nicht wenig trug dazu bei die Verehrung, welche das Königspaar sich durch seine Volksfreundlichkeit und Leutseligkeit zu gewinnen wußte. Als im Jahre 1884 die Cholera von Frankreich aus eingeschleppt wurde, im ganzen Lande viele Opfer wegraffte und unter der Bevölkerung Angst, Schrecken und Verwirrung verbreitete, besonders in Neapel, da begab sich der König ohne Furcht an den Hauptherd der Seuche, besuchte die Spitäler, traf selbst Anordnungen und richtete durch freundliche Zusprache den gesunkenen Mut der entsetzlich leidenden Bevölkerung wieder auf. Ganz Italien jauchzte ihm zu, der solchermaßen als einen wahren Vater des Vaterlandes sich gezeigt habe.

Diese Befestigung des königlichen Ansehens entzog der immer noch vorhandenen republikanischen Partei, die mit Vorliebe nach Frankreich hinüberschielte, sichtlich den Boden und überzeugte die Redlichen unter ihnen von dem Segen der monarchischen Verfassung. Als das beste Beispiel von Männern dieser Art mag der alte Freiheitskämpfer Crispi angeführt werden, der aus seinem Gesinnungswechsel gar kein Hehl machte. Man darf sich unter diesen Umständen nicht über den wachsenden Einfluß dieses Mannes wundern, der nach Minghetti und Depretis sogar an die Spitze der Regierung berufen wurde. Wenn ihm wegen seines unleugbaren Gesinnungswechsels Vorwürfe gemacht wurden, so wies er mit Fug und Recht darauf hin, daß die Verhältnisse diesen

Wandel bedingt hätten. „Viele haben sich, sagte er, zur Monarchie bekehrt, welche sie früher als unverträglich mit der Freiheit ansahen: andere, welche die Monarchie hauptsächlich als Damm gegen die Revolution befürworteten, haben allmählich die Ideen der letzteren angenommen. Männer von ganz gemäßigten Ansichten haben sich sogar dazu verstanden, die Vervollkommnungsfähigkeit der Verfassung anzuerkennen. Wir müssen aus der Vergangenheit nicht bloß Anlaß zur Selbstgefälligkeit, sondern auch Belehrung für die Gegenwart schöpfen.“ Man sieht hier den Gesichtspunkt einer praktischen Politik vertreten, einen Standpunkt, durch den sich Crispi die Achtung und Freundschaft des deutschen Reichskanzlers Bismarck verschaffte.

Diese Realpolitik machte sich seit mehreren Jahren in Italien geltend, besonders auch in den auswärtigen Angelegenheiten. Es war nicht zu leugnen, daß Frankreich den Einigungsbestrebungen Italiens großen Vorschub geleistet hatte, aber es hatte sich auch dafür durch die Erwerbung von Nizza und Savoyen bezahlt gemacht. Wenn nun die französische Republik der Meinung lebte, daß Italien sich fortwährend von Frankreich ins Schlepptau nehmen lassen müsse, so übersah sie dabei nicht nur den Unterschied der Verfassungen, sondern auch den wichtigen Punkt, daß die geleistete Unterstützung bezahlt worden war, daß ferner Italien von Frankreich unter den obwaltenden Umständen wenig Förderung zu erhoffen hatte, ja sogar in Gefahr schwebte, von ihm bei Gelegenheit in den Rachekrieg, mit dem Italien nichts gemein hatte, hineingezogen zu werden. Die italienischen Interessen wiesen vielmehr auf ein gutes Einvernehmen mit den Zentralmächten um so mehr hin, als Frankreich sich beigehen ließ, in Tunis Italien in recht brüsker Weise zu behandeln und auf die Seite zu schieben. Dem verletzenden Eindruck dieser Thatsache war es zum großen Teil zuzuschreiben, daß die weiter sehenden italienischen Diplomaten den Anschluß an Deutschland und Österreich zu suchen begannen. Mochten die Irridentisten, welche Welschtirol und Triest stürmisch verlangten, dazu sagen, was sie wollten, die Regierung und der König kehrten sich nicht daran, und wenn jene sich wider Gesetz und staatliche Gewalt aufzulehnen wagten, ließ man sie den starken Arm fühlen. Seit 1881 kehrte sich Italien offenbar unter Crispis Einfluß zu Deutschland und Österreich. Im Herbste 1881 besuchte König Humbert mit seiner Gemahlin und begleitet von zwei Ministern den österreichischen Kaiser in Wien; dieser Besuch mußte als ein förmlicher Absagebrief an den Irridentismus und als die feierliche Erklärung des Anschlusses an Österreich und Deutschland aufgefaßt werden. Ob schon damals der Dreibund in aller Form und bis in die Einzelheit der gegenseitigen

Verpflichtungen hinein verbrieft wurde oder nicht, läßt sich nicht angeben. Erst im Jahre 1887 wurde bekannt, daß dem Bündnis ein formeller Vertrag nicht fehle. Österreich war darnach verpflichtet, eine wohlwollende Neutralität zu bewahren, wenn Italien in einen Krieg mit Frankreich verwickelt würde. Das gleiche versprach Italien im Falle eines Krieges zwischen Österreich und Rußland. Die Interessen Italiens im Mittelländischen Meer verpflichtete sich im weitern Österreich nach Kräften zu fördern und auf der Balkanhalbinsel nichts ohne Einverständnis mit dem benachbarten Königreiche zu unternehmen. In dem Vertrage mit Deutschland wurde auch die nationale Selbständigkeit Italiens gewährleistet und der Charakter des Bündnisses dahin bestimmt, daß dadurch der europäische Frieden geschützt werden solle. Sollte Frankreich Italien oder Deutschland angreifen, so würden beide Staaten sofort mit ihrer ganzen Macht den Krieg aufnehmen. Sollten Frankreich und Rußland Österreich oder Deutschland oder beiden Staaten den Krieg erklären, so verpflichteten sich die drei Bundesmächte, denselben gemeinsam zu führen. Wer hätte es noch vor wenigen Dezennien geahnt, daß eine solche Verbindung der mitteleuropäischen Mächte geschlossen würde, und zwar nicht zum Zweck der Eroberung, sondern zum Schutze des Friedens? Zumal auch der junge italienische Einheitsstaat bedurfte den Frieden, um sich entwickeln und erstarken und den Werken des Friedens nachgehen zu können.

Als ein solches Friedenswerk ist trotz des scheinbaren Gegenteils die Kolonialpolitik zu betrachten, welche Italien seit Anfang der achtziger Jahre zu betreiben anfing. Der erste Versuch in Tunis festen Fuß zu fassen war dank der französischen Eifersucht und Rücksichtslosigkeit gänzlich fehlgeschlagen. Dennoch mußte Italien auch ferner auf überseeische Erwerbungen seine Aufmerksamkeit richten, weil die steigende Übervölkerung dazu zwang, den überschüssigen Massen eine Heimstätte draußen zu gewinnen, um sie nicht für das eigene Volk verloren gehen zu lassen. Eine günstige Gelegenheit schien sich 1885 zu bieten, als die ägyptische Herrschaft im Sudan zusammenbrach und einzelne Hafenstädte am Roten Meer gleichsam herrenlos geworden waren, weil der Sultan es ablehnte, nach dem Wunsche der Engländer sie zu besetzen. Da erbot sich Italien hierzu aus freien Stücken und begegnete in London mit seiner Absicht einer wohlgefälligen Zustimmung, ohne daß man sich englischerseits auf den weiteren italienischen Vorschlag eines verbündeten Zusammengehens eingelassen hätte. Italien ging also allein und selbständig vor und besetzte verschiedene Hafenorte, unter denen Massauah und Beilul die bedeutendsten waren. Für Italien wäre es von größtem Nutzen gewesen,

wenn sich England zu gemeinsamer Thätigkeit mit ihm entschlossen hätte. Da dies aber in London nicht geschah und die Engländer nach dem Falle von Chartum sich auf das eigentliche Ägypten zurückzogen, geriet das italienische Unternehmen in manche Bedrängnis. Es fehlte dem Besitz an einem Hinterland, welches eine wirtschaftliche Ausnützung gestattete. Unter diesen Verhältnissen sind die Italiener fortwährend auf die Verteidigung ihrer Plätze gegen die feindseligen Nachbarn, unter denen Abessinien voransteht, angewiesen. Bis jetzt hat sonach dieser Erwerb zwar viele Opfer an Menschen und Geld gekostet — so im Jahre 1887, wo drei Kompagnieen von den Abessiniern förmlich aufgerieben wurden, — aber nur sehr geringe Erträgnisse abgeworfen. Dennoch handeln die Italiener vernünftig, daß sie diesen Besitz nicht mehr aufgeben. Große Staaten dürfen sich nicht verleiten lassen, keine Aussaat auf Hoffnung zu machen. Die Zukunft bringt vielleicht doch die Früchte, die der Gegenwart versagt sind. Auch im Innern machte Italien seit dem Jahre 1870 merkliche Fortschritte zum Guten. Es klärten sich die Parteigegensätze vielfach auf, so daß der Regierung mehr und mehr eine zuverlässige Mehrheit in der Volksvertretung erwuchs, manche veralteten Meinungen und Bestrebungen überwunden und Verwaltung und Gerichtswesen gesetzlich verbessert wurden. Auch die finanziellen Verhältnisse gesundeten langsam, obwohl die durch den Dreibund auferlegte, durchgreifende Reform des Heereswesens große Ausgaben notwendig machte. Das italienische Volk begriff im ganzen bald, daß dieser Aufwand notwendig sei und dem Staate zu gut komme, nach außen und nach innen, und daß auf einem starken Heere zuletzt seine nationale Selbständigkeit und Unabhängigkeit beruhe. Vor allem wird dadurch jede weitere Erörterung seines Besitzes der Hauptstadt abgeschnitten und hintangehalten. Mit seinem vollen patriotischen Nachdruck hat es Crispi im Jahre 1888 laut ausgesprochen, daß das geeinigte Italien eine sogenannte „römische Frage" nicht mehr kenne und Rom nie mehr aufgeben werde. Auch der junge deutsche Kaiser Wilhelm II. feierte bei seinem Besuche, den er im gleichen Jahre dem italienischen Königspaar im Quirinal abstattete, die Unantastbarkeit Roms mit den unzweideutigen Worten: «Roma intangibile».

Im Vatikan versöhnte man sich mit diesem Gedanken freilich nicht. Leo XIII. übertrifft seinen Vorgänger weit an Weltkenntnis, Weltbildung und Charakter: er weiß es, daß durch unnachgiebige Schroffheit nichts, durch Entgegenkommen viel erreicht wird; aber durch diese klügere Auffassung läßt er sich nicht verleiten, von den pontifikalen Forderungen auch nur um eines Fingers Breite abzuweichen oder in irgend einem

Punkte die übertriebenen Ansprüche seines Vorgängers zu mißbilligen. Dagegen hält er sich von allgemeinen Aussprüchen und Ansprüchen, die gleichsam der ganzen Welt gelten, vorsichtig zurück und faßt die einzelnen Staaten und ihr Verhältnis zur katholischen Kirche ins Auge, indem er mit ihnen ein Einvernehmen herzustellen sucht, einen modus vivendi, wie man diese Art von Kompromiß-Politik genannt hat. Auf diese Weise gestaltete sich das Verhalten der Kurie sehr verschieden, je nach Lage der Dinge in den verschiedenen Staaten: bald unerbittlich und streng ablehnend wie gegen Italien, bald beharrend und die katholische Partei ermutigend wie in Deutschland, bald versöhnlich und nachsichtig wie in Frankreich. Man kann nicht leugnen, daß dieses Gebaren viel dazu beigetragen hat, die erschütterte Autorität des päpstlichen Stuhles wieder wesentlich zu befestigen. Die Regierungen konnten angesichts ihrer katholischen Unterthanen nicht anders, als eine ähnliche Taktik einschlagen, und suchten sich mit der Kurie soweit zu vertragen, als es ging. Unstreitig ist dadurch ihr Ansehen wieder sehr gestiegen, man verhandelt mit ihr von Fall zu Fall wie mit einer Großmacht, mit der man es nicht so leicht bis zu einem Krieg treibt. So geschah es, daß der Kulturkampf, dessen man allenthalben müde geworden war, nach und nach eingestellt wurde, ohne daß der große Prinzipienstreit zu einem Austrag gekommen wäre. Er kann also wieder einmal entbrennen, unter der Asche glimmt die Flamme fort. So lange Leo lebt, steht dies jedoch nicht zu befürchten, weil er so klug ist, den Streit zu vermeiden, und weil sein persönliches Verhalten ihm manche Freunde gewonnen hat, insbesondere seine Liberalität, mit der er die sonst strengstens verschlossenen archivalischen Schätze des Vatikans der historischen Forschung geöffnet hat. Unerschütterlich aber hält er wie Pius IX. an dem Protest gegen Italien und die Besitzergreifung Roms fest. Auch er nennt sich den Gefangenen und der Freiheit Beraubten und erwartet den Tag, wo über die italienische Regierung für ihren Frevel die Strafe des Himmels hereinbrechen wird, scheinbar mit felsenfester Zuversicht. Von Zeit zu Zeit verkündigt er dies den Gläubigen seiner Kirche, ohne daß, wie er es wünscht, etwa irgend eine der Regierungen sich anschickte, die römische „Frage" anzurühren. Als im Jahre 1884 der spanische, klerikal gesinnte Kultusminister Pidal sich einmal beigehen ließ, die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papsttums öffentlich für eine Notwendigkeit zu erklären, da legte die italienische Regierung eine solche energische und erfolgreiche Verwahrung ein, daß Spanien ausdrücklich sich von dieser Auffassung des Ministers lossagte. Es besteht, menschlichem Ermessen nach, auch nicht die geringste Aussicht, daß der jetzige Zustand der Dinge zu gunsten

des Papsttums wieder geändert wird. An den oft wiederholten Ausspruch, daß der Papst durch den Verlust des weltlichen Regiments in der Ausübung seines Amtes behindert werde, glaubt man nicht. Daß der sehr schlecht geleitete Kirchenstaat aufgehört hat und in den italienischen nationalen Einheitsstaat, dessen Verwirklichung die Päpste mehr als 1000 Jahre zu hintertreiben wußten, einbezogen worden ist, darum ist es wahrlich nicht schade. Auch das Papsttum wird sich dem historischen Gesetz des Wandels der irdischen Dinge wohl oder übel fügen müssen. Die evangelischen Christen begreifen es nicht, daß das Herz der Hierarchie so fest an diesen weltlichen Gütern hängt.

5. Kapitel. Spanien.

König Alfonso und das monarchische Prinzip. Die Feinde des Königtums und die strenge Haltung des Königs. „Die schwarze Hand". Beziehungen zum Ausland. Der Tod des Königs. Die Regentschaft der Königin-Witwe Maria Christine. Putsch des Herzogs von Sevilla. Der Streit wegen der Karolineninseln. Schiedsspruch des Papstes.

Dem jungen König Alfonso gelang es allmählich und nicht ohne Kampf und Widerspruch, das monarchische Prinzip in Spanien wieder zu Ansehen zu bringen. Den Karlistenkrieg hatte er ziemlich schnell beendigt, aber der Geist der Auflehnung ward dadurch nicht vollständig gebannt. Die Neigung zur Demokratie und die Sympathie für den Republikanismus steckte, wie überhaupt den romanischen Völkern, so auch den Spaniern noch stark in den Gliedern, obwohl die Reihen der republikanisch Gesinnten sich, wenn auch nicht auffällig, lichteten, so doch in keinem Falle verstärkten. Der monarchische Gedanke war dank jener Kräftigung, welche derselbe durch die jüngste deutsche und speziell preußische Geschichte empfangen hatte, auch bei den Romanen wieder tiefer in die Volksseele eingedrungen: verglich man die Bedeutung, Macht und Stellung der Staaten, Deutschlands und Frankreichs, welche die beiden Systeme darstellten, so konnte die Wahl niemandem schwer fallen; umsoweniger, wenn, wie es auch bei Alfonso der Fall war, die gewinnenden Eigenschaften eines männlichen Charakters sich Achtung erzwangen. Der junge König wußte Festigkeit und Ernst mit Milde und Freundlichkeit zu verbinden. Wo es not that, trat er ohne ängstliche Sorge um sich mit ritterlichem Mut den Feinden und den Gefahren entgegen. Ein solches Benehmen machte zumal auf die Spanier unverkennbaren Eindruck und wirkte auf ihre sprüchwörtliche Charaktereigenschaft, den Stolz, indem sie sahen, daß man auch außerhalb des Landes ihren König deshalb ehrte und schätzte.

Zunächst rückte Alfonso dem verrotteten politischen Parteiwesen im Heer, das seit einem halben Jahrhundert zu einer wahren Geißel des Landes geworden war, auf den Leib, indem er nur unbedingt verläßlichen Männern wichtige Posten anvertraute und andererseits mit strengen Strafen einschritt, wo Offiziere und Soldaten politische Kundgebungen wagten. Er werde, sagte er öffentlich vor einer Offiziersversammlung, künftighin keine Amnestie gewähren und nie seine Zustimmung zur Wiedereinsetzung militärischer Rebellen in ihren Rang erteilen. Das beständige System der Begnadigung und der Straflosigkeit, welche bisher alle Meuterer in Spanien fanden, sei die Ursache der wiederholten Pronunziamentos, und er sei fest entschlossen, diesem Treiben ein Ende zu machen. Mit Recht mißtraute er den Karlisten und den Republikanern im Heer. Als im Jahre 1883 die Garnison der an der portugiesischen Grenze gelegenen Festung Badajoz meuterte und auf eigene Faust die Republik ausrief, schritt er unerbittlich gegen die Schuldigen ein und überzeugte sich auf einer Rundreise durch die großen Städte des Landes selbst von der Gesinnung der Bevölkerung. Konnte es nicht anders sein, so verhängte er den Belagerungszustand über das ganze Land oder einzelne Provinzen, so z. B. über Catalonien, als dort wegen des Handelsvertrages mit Frankreich die Industriellen in Verbindung mit den Arbeitern förmlich die Arbeit unter dem Vorgeben niederlegten, daß eben jener Vertrag die ganze Industrie zu Grunde richte. Die feste Haltung der Regierung brachte die Unbotmäßigen wieder zur Besinnung. Auch gegen die Karlisten, die noch zahlreiche Anhänger in einzelnen Landesteilen und hauptsächlich unter der Geistlichkeit zählten, blieb er auf der Hut, indem er eine ansehnliche Truppenmacht zur Hand hielt, um erneute Erhebungsversuche sofort niederzudrücken. Diese Wachsamkeit äußerte ihre Wirkung bis nach Rom. In einem Rundschreiben verbot der Papst denjenigen spanischen Bischöfen, welche offen oder heimlich für die Karlisten konspirierten, dieses Treiben. Es war an der Zeit, daß diesem Unfug gesteuert wurde, denn an Elementen des Umsturzes war ohnehin in Spanien kein Mangel. Während die Karlisten ihren Hauptherd hauptsächlich im Norden, in den baskischen Provinzen, hatten, war eine sozialdemokratische Verbindung, die sogenannte „schwarze Hand" — mano negra — über die andern Landesteile — man zählte fast 300 Gruppen — ausgebreitet; seinen Sitz hatte dieser Bund in Xeres. Über seine Absicht sprach derselbe sich selbst also aus: „Da keine der heutigen Gesellschaften die soziale Frage zu lösen verstehe, so strebe die schwarze Hand eine allgemeine Revolution an, welche alle Standesunterschiede aufheben und eine gleichmäßigere Verteilung der irdischen Güter

herbeiführen werde". Sobald die Regierung sichere Kunde von dieser Gesellschaft hatte, griff sie kraftvoll ein: sieben der Rädelsführer wurden sogar mit dem Tode bestraft, da ihnen gemeingefährliche Verbindung mit auswärtigen Anarchisten nachgewiesen werden konnte. Die ruhig und vernünftig Gesinnten unter den Einwohnern dankten ihrem Könige dafür, daß er solchen friedenstörenden Umtrieben ein rasches Ende setzte; sie freuten sich auch darüber, daß er bemüht war, die Stellung Spaniens nach außen zu verbessern. Die Tage, wo einst Spanien zu den ersten Mächten Europas gehört hatte, waren aus der Erinnerung des Volkes noch nicht ganz entschwunden. Der innere friedlose Zustand hatte die Einbuße an Bedeutung und Macht verschuldet. Dem Könige lag es darum am Herzen, auch in dieser Beziehung eine Besserung anzubahnen. Von diesem Beweggrunde geleitet, unternahm er daher eine Reise nach Österreich, Deutschland und Frankreich im Herbst 1883. Die pöbelhafte Behandlung, welche ihm seitens des Pariser Janhagels widerfuhr, weil er in Berlin freundliche Aufnahme und Auszeichnung empfangen hatte, stärkte ebenso die monarchische Gesinnung des spanischen Volkes, wie der bald darauf erfolgte Gegenbesuch, welchen dem König in seiner Hauptstadt der ritterliche deutsche Kronprinz mitten im Winter abstattete. Das zeigte sich, als Alfonso während der Choleraepidemie des Jahres 1885 entgegen dem Willen seiner Minister sich nach dem schwer heimgesuchten Aranjuez begab und von der dankbaren Bevölkerung mit lautem Jubel empfangen wurde. Seine Minister mochten wohl aus Besorgnis der Reise des Königs, weil seine Gesundheit schon bedenklich erschüttert war, widerstrebt haben. Der junge und thatkräftige Monarch litt an der Schwindsucht, die ihn wider Erwarten schnell zum Unglück für sein Land und seine Familie am 25. November 1885 hinwegraffte. Er hinterließ seine Witwe, die österreichische Prinzessin Christine, mit zwei Töchterlein und der Aussicht auf ein drittes Kind, welches, ein Knabe, dem der Name des Vaters gegeben wurde, im Mai 1886 zur Welt kam. Die Königin-Witwe übernahm die Regentschaft unter recht schwierigen Umständen. Die Aussaat ihres zu früh verschiedenen Gatten hatte noch keine tiefen Wurzeln schlagen können. Er hatte gethan, was bei den verworrenen Verhältnissen in einer kurzen Zeit geschehen konnte; er hatte durch Pflichttreue ein gutes Beispiel gegeben, der Monarchie wieder Achtung verschafft, die Parteien, so gut es ging, versöhnt, den Geist des Offizierskorps für das Königtum verpflichtet; allein, ob diese heilsamen Bestrebungen von Dauer und Kraft sein würden, das war die Frage. Man muß übrigens gestehen, daß sich die junge Regentin mit Geschick und Verständnis ihrer schwierigen Aufgabe unterzog und noch

unterzieht. Es ist ihr gelungen, den Thron ihres Mannes und ihres Söhnleins zu bewahren und die Regierung in gedeihlicher Weise weiter zu führen. Ganz leicht war ihr diese Aufgabe nicht immer gemacht, aber die königliche Frau benahm sich klug und sogar entschieden, sobald sich vor ihr Hemmnisse auftürmten. Kaum daß sie die Regierung übernommen hatte, versuchte ein Vetter ihres verstorbenen Mannes, der Herzog von Sevilla, als Befehlshaber der Schloßwache die Königin aufzuheben und die vertriebene Königin Isabella auf den Thron zu setzen. Glücklicherweise war der Anschlag rechtzeitig verraten und der treulose Herzog büßte seine unritterliche und verräterische Absicht mit der Verbannung auf die balearischen Inseln. Auch andere militärische und karlistische Erhebungsversuche hatten kein Glück, so ein republikanischer Putsch in der Hauptstadt selbst (Sept. 1886), der keinen Anklang fand und zuletzt nur dazu diente, die Beliebtheit der Königin zu steigern.

Fast gleichzeitig mit dem Tode Alfonsos XII. schien ein schlimmer Streit zwischen Spanien und Deutschland ausbrechen zu wollen wegen der Karolineninseln. Das deutsche Kanonenboot „Iltis" hatte am 25. August 1885 auf einer zur Karolinengruppe gehörigen Insel Yap die deutsche Flagge angesichts zweier spanischer Kriegsschiffe, welche zwar von ihrer Regierung den Auftrag der Besitzergreifung hatten, ihn aber nicht ausführten, gehißt. Diese Thatsache allein, verbunden mit der falschen Vorstellung, daß Spanien ein altbegründetes Recht auf die Inseln habe, genügte dem Pöbel von Madrid, sich in rohester Weise an dem deutschen Gesandtschaftsgebäude zu vergreifen und dadurch die Regierung, die ja den Glauben an diese Ansprüche teilte, in eine recht mißliche Lage zu versetzen. Da der deutsche Reichskanzler, noch dazu unterstützt von der englischen Regierung, die völlige Hinfälligkeit der von der spanischen Diplomatie ins Feld geführten Gründe schlagend nachwies und trotzdem die spanischen Staatsmänner von ihrer Forderung nicht abstehen wollten, so sah es einen Augenblick fast aus, als solle wegen dieser Angelegenheit ein Krieg zwischen Deutschland und Spanien entbrennen. Dem Fürsten Bismarck aber war der Gegenstand einen solchen Preis nicht wert, weshalb er den Vorschlag machte, die Angelegenheit dem schiedsrichterlichen Spruch des Papstes zu unterbreiten, ein Schritt, der in den meisten Kreisen Deutschlands viel Bedenken erregte und sogar vielfach Tadel fand. Die Entscheidung der Kurie, die sich nicht auf Rechtspunkte stützen konnte, sondern mehr die Billigkeit und Großmut Deutschlands in Anspruch nahm, fiel zu gunsten Spaniens aus. Die Inseln wurden für spanisches Eigentum erklärt, und Spanien verpflichtete sich, eine geordnete Verwaltung auf denselben einzuführen, wo-

gegen Deutschland das Recht freien Handels und der Errichtung einer Kohlen- und Schiffsstation auf den Karolinen zugesprochen wurde. Dadurch war dieser Streitfall aus dem Wege geräumt, der weniger an sich als durch die Form des Ausgleiches, welche Bismarck zu wählen für gut fand, großes Aufsehen in Europa und zumal in Deutschland erregte.

Ob Spanien in der ruhigen und gedeihlichen Entwickelung, deren sich das Land gegenwärtig ohne Zweifel erfreut, verharren wird oder nicht, läßt sich mit völliger Gewißheit nicht voraussagen. Bleibt die Monarchie in Kraft und Ansehen, so wird Spanien allmählich gesunden und glücklichen Verhältnissen entgegengehen; gelingt es aber den republikanischen und karlistischen Hetzern, wieder einmal Oberwasser zu gewinnen, so würde das Land aufs neue den verderblichsten Wirren preisgegeben.

6. Kapitel. Rußland unter Alexander III.

Alexander III. und sein System. Sein erster Erlaß. Die innere Politik und die Strafpolizei. Der Zusammenhang des Nihilismus mit diesem System. Schloß Gatschina und die Kaiserkrönung im Kreml zu Moskau. Die Abneigung gegen Deutschland und die äußere Politik. Die Kaiserzusammenkunft in Danzig. Die Verstimmung gegen Deutschland und Österreich. Giers. Der Dreibund. Die bulgarischen Verwickelungen. Ausblick.

Das furchtbare Ereignis, welches Alexander III. auf den Thron seines Vaters rief, verdüsterte seinen ohnehin schon zu schwermütiger Lebensauffassung geneigten Sinn noch mehr. Ein fröhliches Herz war ihm nicht gegeben. Alles, was sein Vater that sowohl in Bezug auf ein milderes Regiment über seine Unterthanen, als auch in seiner auswärtigen Politik, besonders Deutschland gegenüber, fand im Sohne keinen freudigen Widerhall, sondern sogar Widerspruch. Man konnte zwar hoffen, daß der Zar anders denken werde, als der Kronprinz gedacht hatte, aber diese Hoffnung ist nicht in Erfüllung gegangen. Es kann freilich nicht geleugnet werden, daß Alexander III. sehr schwer zu beurteilen ist. Seine verschlossene Natur hat sich infolge der bitteren Erfahrungen und Gefährdungen seines Lebens nur noch mehr abgeschlossen und zurückgezogen, sein Ernst ist noch düsterer und sein Wille noch unbeugsamer geworden. Die schauderhafte Ermordung seines Vaters sah er nicht als eine für sich zu beurteilende Greuelthat ruchloser Verbrecher, sondern als eine Folge der väterlichen Nachgiebigkeit gegen die Forderungen seiner Unterthanen an. Alexander III. wollte deshalb nicht in den gleichen Fehler verfallen, die Zügel sollten wieder straffer ange-

zogen, keine neuen Zugeständnisse an die Masse, welche freiere Bewegung verlangte, gemacht werden. Zum altrussischen System des patriarchalischen Absolutismus lenkte er zurück, weil er nur darin das wahre Heil erblickte.

Kurz nach seinem Regierungsantritt sprach er diese Absicht in seinem Erlaß vom 11. Mai 1881 offen aus. „In unserer großen Betrübnis, sagte er, befiehlt uns Gottes Stimme, fest die Zügel der Regierung zu halten in der Zuversicht auf die göttliche Vorsehung und in dem Glauben an die Kraft und die Wahrheit der selbstherrscherlichen Gewalt, welche wir berufen sind, zu befestigen und zu bewahren vor jeder Anfechtung zum Wohle des Volkes." Man war sich in Rußland über den Sinn dieser Worte klar. Der zu Zugeständnissen geneigte Minister Loris-Melikoff forderte seine Entlassung, „Rußland kennt jetzt seine Zukunft", oder „das Ende der Übergangszeit ist gekommen," verkündigten öffentliche Stimmen. Selbst der in allen Sätteln gerechte und intrigante „Vater der Lüge", Ignatieff, jener russische Staatsmann, der von seiner Thätigkeit als Botschafter am goldenen Horne her so berüchtigt war, brachte es nicht fertig, länger als einige Monate auf dem entscheidenden Posten eines Ministers des Innern auszuhalten. Auf den Zaren machte das keinen Eindruck, weder jetzt noch später; sein Ohr besaßen andere Leute, an ihrer Spitze der Altrusse Katkoff, der mit seinen Gesinnungsgenossen alles daransetzte, den Kaiser in seinen Gesinnungen und Ansichten zu bestärken. In zwei Begriffe lassen sich diese zusammenfassen, nämlich Panslawismus und starrer Absolutismus. Der letztere war zunächst für die innere Politik entscheidend. Das ganze russische Volk, soweit es sich zu äußern imstande war, verlangte laut einschneidende Reformen auf allen Gebieten, vor allem in Bezug auf die Willkürherrschaft der Polizei und der Beamten im gesamten öffentlichen und privaten Leben. Derjenige Teil der russischen Bevölkerung, welcher gemäßigt denkt, erwartete diese Umgestaltung in der Richtung der zivilisierten westeuropäischen Völker. Reformen durch unzweideutige Gesetze sollten aber doch nicht als unbillige und unberechtigte Forderungen verschrieen und verdammt werden, um so weniger wenn sie nur dazu dienen, endlich einmal den so dringend notwendigen Rechtsschutz herzustellen. Die kaiserliche Selbstherrschaft bedeutet in der alltäglichen Praxis nichts anderes als die Knute, die Willkür, die Gewissenlosigkeit derer, welche die ausführenden Organe des wirklichen oder vermeintlichen kaiserlichen Willens sind. Harte Strafen, grausame Mißhandlungen, unbarmherzige Verschleppungen nach Sibirien sind die Mittel dieser Gewaltmenschen im Amte, gegen die es kein Recht, keinen Schutz, keine Kontrolle, keine Be-

rufung giebt. Wer sich rührt, verschlimmert nur sein Los; in Gefängnis und Einsamkeit, aus denen kein Notschrei den Weg zu andern Menschen findet, verschwinden die Unglücklichen. In den Kerkern, auf den Wegen nach dem unermeßlichen Gefängnisraum, welcher Sibirien heißt, in den Bergwerken dieses eisigen Landes schmachten und verschmachten sie. Nur selten und für einige Augenblicke lüftet sich der schwere Vorhang, welcher über diese erbarmungswürdigen Vorgänge mit größter Sorgfalt gebreitet ist, und jedesmal ertönt vom europäischen Westen her ein Schrei des Entsetzens, der Anklage, der Verdammung. Allein gerade der Kaiser will bis auf diesen Tag von solchen Einsprachen, Bitten, Vorstellungen und Verurteilungen nichts wissen, er erblickt in ihnen nur unbefugte Eingriffe in seine Machtsphäre, die er zornig von sich weist. Es mag sein, daß er von vielen Greueln, die geschehen, keine Kenntnis hat und nie etwas erfährt; allein die Verantwortung hiefür kommt doch ihm als dem unerbittlichen Träger dieses ganzen Systems vor Gott und Menschen zu; die Peinigungen und Unthaten geschehen in seinem Namen und müssen daher auf seine Rechnung gesetzt werden. Reicht doch das schon hin, was vor seinen Augen und auf seinen ausdrücklichen Befehl hin gethan wird, um das ganze System als verwerflich erscheinen zu lassen: die gewaltthätige Russifizierung der Ostseeprovinzen und ihrer deutschen Einwohner, die heillosen Judenverfolgungen, das widerliche Verbot, daß Angehörige fremder Nationen keine Scholle russischen Bodens mehr besitzen sollen. Alle diese Dinge riechen nach einem Barbarentum, das in der modern-christlichen Welt immer lautern Widerspruch hervorrufen muß und schließlich nur zum Verderben seiner Urheber ausschlägt. So verbrecherisch und verdammenswert der Nihilismus ist, so wird es doch begreiflich, daß eine solche Giftpflanze unter diesen traurigen Umständen, unter diesen rechtlosen Verhältnissen entstehen und mit wahrhaft entsetzlicher Fruchtbarkeit fortwuchern kann: die unbarmherzige, grausame und gewaltthätige Willkürherrschaft ist sein Nährboden. Sie drängt mit jedem neuen Gewaltstreich immer neue Massen in das Lager der Unzufriedenen, Erbitterten, um Glück und Gesundheit Betrogenen hinüber, Leute, denen an sich jeder Funke revolutionärer Gesinnung abgeht, wie z. B. den deutsch-evangelischen Bewohnern der Ostseeprovinzen, die aber mit Gewalt zu der Ansicht getrieben werden, daß das Recht in Rußland keine Heimstätte mehr hat, sondern mit Füßen getreten wird. Diese Erkenntnis in Verbindung mit der Verzweifelung baut die Stufen zu den furchtbarsten Entschlüssen und zu den gottvergessenen Verbrechen, deren Schauplatz seit Jahren der russische Boden war und ist. Die Härte des Regiments ruft den verbrecherischen Gegendruck entschlossener Fanatiker hervor; gegen die

Gewalt wird Gewalt gesetzt; wo kein Recht gewährt wird, erstirbt die Stimme und das Bewußtsein der Verantwortlichkeit und erscheint wildes Märtyrertum, das vor nichts zurückscheut und ohne Unterlaß auf Tod und Verderben sinnt. Der Nihilismus hat allen Entdeckungen, Strafen und Hinrichtungen zum Trotz seit dem Regierungsantritt Alexanders III. nicht ab-, sondern zugenommen. Auf das erwähnte Manifest des Zaren vom 11. Mai 1881 antwortete schon nach 3 Tagen die in undurchdringlichem Geheimnis waltende Fehme des nihilistischen Exekutivkomitees: „Die Befreiung des russischen Volkes wird kommen, weil sie kommen muß". Keinen Schritt ist der Nihilismus seitdem zurückgewichen; man wird seiner nicht habhaft, und jede Lücke, die der Arm der Polizei etwa zu schlagen das Glück hat, ist sofort zwei- und dreifach wieder ausgefüllt. Der Kaiser befindet sich in einer bedauernswerten Lage, weil er mit den Seinen fast nirgends seines Lebens sicher ist und schon die entsetzlichsten Anschläge hat über sich ergehen lassen müssen, in denen ihn nur eine höhere Hand vor dem Untergange behüten konnte und bisher behütet hat. Die mannigfachsten Vorsichtsmaßregeln, die getroffen wurden, werden durch die teufelische Hinterlist, die hier waltet, wirkungslos gemacht; wie ein unheimliches Gespenst verfolgt der Nihilismus den Kaiser bis in den sichersten und festesten Aufenthaltsort hinein. Aus diesem Grunde hat Alexander III. eine große, leicht begreifliche Scheu vor der Öffentlichkeit. Bereits wenige Wochen nach seiner Thronbesteigung zog er sich auf das feste und einsame Jagdschloß **Gatschina** in der Nähe der Hauptstadt zurück, das er nur selten und dann unter dem Aufgebot ungezählter Wächter und Beschirmer verläßt, so z. B. als er im Jahre 1883 mit unerhörter Pracht und zahlreichen Festlichkeiten im **Kreml** zu **Moskau** mit seiner Gemahlin die feierliche **Kaiserkrönung** vornahm.

Gerade diese Feierlichkeit vollzog sich so recht als ein Ausdruck seiner **altrussischen** Gesinnung. Rußland soll in jeder Beziehung sich selbst gehören, in nichts vom Ausland und zumal von dem verhaßten Deutschland abhängig sein. Ob Rußland kulturell bereits auf einer solchen Höhe der Entwickelung angelangt ist, daß es auf eigenen Füßen stehen kann und keiner Anregung und Förderung mehr bedarf, das ist allerdings eine Frage, die der Zar weder selbst stellt, noch zu stellen erlaubt. Kraft seiner Machtvollkommenheit will er es so — zum Ergötzen der Stockrussen, denen alles, was deutsch ist und heißt, seit langem aus natürlicher Abneigung gegen geistige Überlegenheit in der Seele verleidet ist. Diesen blinden Slawen bereitet es allerdings eine unbeschreibliche Freude, daß auch das Schiff des Kaisers in ihrem Fahrwasser segelt. Sie bejubelten es, als die an Preußen erinnernden Uniformsstücke sämtlich

aus der Armee entfernt und dagegen die herrliche Lammfellmütze, dieses schöne Symbol altrussischen Wesens, wieder eingeführt wurde; sie fallen in ihrer Presse täglich gegen Deutschland her und sind glücklich, sich in den Gefühlen der Abneigung mit dem Kaiser eins zu wissen; sie können es kaum erwarten, obwohl sie für ihren Zornesmut keinen vernünftigen Grund anzuführen wissen, bis die Züge ihrer Kosaken über die deutsche Erde wie alles vertilgende Heuschreckenschwärme herfallen dürfen und vertrösten sich einstweilen mit dem Vergnügen, mit den revanchelustigen Franzosen zu liebäugeln, und etwa bei einem überschäumenden Gelage, wie es der Erstürmer des Schipkapasses, Skobeleff, in Paris that, den gemeinsamen Vertilgungszug gegen die verhaßte germanische Rasse in Aussicht zu stellen und unter wildem Gejohle zu feiern. So weit sind nun freilich die Dinge noch nicht gediehen, aber es unterliegt keinem Zweifel, daß Alexander III. der russischen Politik, hauptsächlich gegenüber Deutschland, eine völlig neue Wendung gegeben hat. Damit wurde ein altes historisches Freundschaftsband gelöst.

Noch im Jahre 1870/71 hatte sein Vater Alexander II. dem um seine Einigung mit Frankreich ringenden Deutschland ein wertvolles Wohlwollen bewiesen. Deutschland vollzog seine Wiederaufrichtung, und es hatte den Anschein, als ob die lang bestehende Freundschaft zwischen Rußland und Preußen nun auch auf das neue deutsche Reich übergehen sollte. Wider Erwarten aber erschütterte der Krieg, den Rußland in den Jahren 1877 und 1878 mit den Türken führte, die alte, von Bismarck als „turmhoch“ geschilderte Freundschaft. Zunächst trug Gortschakoff eine unverhohlene Mißstimmung gegen Bismarck zur Schau, was allerdings bei Lebzeiten Alexanders II. noch keine praktische Bedeutung hatte, da die beiden Kaiser ihre persönlich herzlichen Beziehungen dadurch nicht stören ließen. Als aber Alexander III. seinem Vater folgte, da wandte sich, wie zu befürchten stand, das Blatt. Alexander III. und Gortschakoff ließen ihre Meinung deutlich genug merken, daß das deutsche Reich im russisch-türkischen Kriege jenes wertvolle Wohlwollen nicht erwidert habe und an der Verkürzung Rußlands und seiner berechtigten Ansprüche durch den Berliner Kongreß hauptsächlich schuld sei. Trotzdem fand es der Zar nach seiner Thronbesteigung doch für gut, mit seiner Gesinnung zurückzuhalten, ja sogar am 11. September 1881 mit dem greisen Kaiser Wilhelm I. in Danzig zusammenzukommen. Aber die Eindrücke dieser friedsamen Begegnung hielten dank des Einflusses, den die panslawistischen Hetzer und ihre Presse bei dem Kaiser besaßen, nicht lange nach. Man predigte ohne Unterlaß Mißtrauen gegen Deutschland und stellte, unterstützt von hohen Ohrenbläsern, die

Bismarck'sche Politik als den Ausbund der Untreue, Falschheit und Doppelzüngigkeit dar, während Österreich mit Spott und Hohn übergossen und ihm mit ungescheuter Deutlichkeit eine derbe Züchtigung in nahe Aussicht gestellt wurde. An und für sich wären diese journalistischen Rempeleien und Keckheiten kaum ernst genommen worden, wenn nicht bekannt geworden wäre, daß eine starke Kriegspartei ungestüm zum Kriege drängte, und wenn nicht Truppen auf Truppen im russischen Westen hart an den Grenzen von Deutschland und Österreich angesammelt worden wären und zur Wachsamkeit und Vorsicht gemahnt hätten. Weder in Deutschland noch in Österreich trug man Lust, sich von Rußland plötzlich überrumpeln zu lassen. Das unheimliche, ja drohende Verhalten der russischen auswärtigen Politik veranlaßte in erster Linie das Bündnis zwischen Österreich und Deutschland, aus welchem in Bälde der Dreibund herauswuchs. So naturgemäß dieser Zusammenschluß war, so verstimmt zeigte man sich darüber mit Unrecht in Rußland, ein sicherer Beweis dafür, daß es der russischen Politik überhaupt an Klarheit und Sicherheit fehlte. Sonst hätten die Staatsmänner, hätte der alte, auch zur deutschfeindlichen Partei gehörige Kanzler Gortschakoff doch voraussehen müssen, daß man in Deutschland der veränderten Haltung Rußlands bei Zeiten Rechnung tragen und mit dem gleichen Maße vergelten werde.

Übrigens schien sich das Verhältnis bessern zu wollen, als 1883 Giers ganz und gar mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten vom Zaren betraut wurde, und als bald darauf die Dinge in Asien sich zu einem Konflikt zwischen Rußland und England auszuwachsen drohten; die Russen lenkten deshalb etwas ein, um freie Hand im Osten zu haben. Aber als die Gefahr eines Krieges mit England wenigstens für den Augenblick wieder beschworen war, gewahrte man, daß das ganze Verhältnis noch so ziemlich auf dem alten Fleck stand, weil Giers weder nach oben, noch in Bezug auf die panslawistischen Kreise eines irgendwie maßgebenden Einflusses sich zu rühmen hatte. Gerade in Sachen der auswärtigen Politik behielt sich der Zar die letzte und ausschlaggebende Entscheidung vor; er ist nun aber, man kann sich darüber nicht täuschen, ein Gefühlspolitiker. Niemand kommt häufiger auf falsche Bahnen, als wer in den großen Fragen des Völkerverkehrs nicht einzig den klar abwägenden Verstand entscheiden läßt. Der mit ihm groß gewordenen Abneigung gegen Deutschland und wohl auch gegen Österreich ist Alexander III. noch nie ganz Herr geworden, wiewohl er gar oft deswegen mit sich gekämpft und sich zuweilen alle Mühe gegeben haben mag, diese Stimmung zu überwinden. Sobald nur eine Kleinigkeit dazwischentrat,

siegte wieder das alte Gefühl der Antipathie und des Mißtrauens. Er wähnte, daß zumal Bismarck ihm in allem im Wege stehe, in erster Linie auf der Balkanhalbinsel, wo entgegen dem russischen Willen sich die Bulgaren in dem deutschen Prinzen Alexander von Battenberg einen Fürsten gegeben hatten, der von Anfang an in den Augen des Zaren kein rechtes Wohlgefallen fand. Obschon sich Deutschland des tapferen Fürsten in keiner Weise annahm, so galt doch die Erhebung desselben in Petersburg als eine unmittelbar gegen Rußland gerichtete Hinterlist des deutschen Reichskanzlers, von dem man auch behauptete, daß er Österreich zu dem gebieterischen Ausspruch verleitet habe, daß es ein bewaffnetes Auftreten Rußlands auf der Balkanhalbinsel nicht dulden werde. Deshalb gab auch der Zar nicht eher nach, als bis dank den russischen Wühlereien der Battenberger Bulgarien räumte, freilich ohne daß es gelang, einen russischen Kandidaten an seine Stelle zu setzen. Dieser mißglückte Versuch erbitterte den Zaren erst recht und zwar wieder gegen Deutschland, dem es sehr gleichgültig war, wem das zweifelhafte Glück zuteil wurde, Fürst der Bulgaren zu sein. Die Gereiztheit trat unter anderem in dem kaiserlichen Ukas zu Tage (1887), durch welchen der Verkauf oder die Vererbung von russischem Grund und Boden an Nichtrussen verboten wurde. Von Deutschland blieb die Antwort nicht aus, indem in aller Form ein offener Kampf gegen den russischen Kredit eröffnet wurde. Empfindlich traf dieser harte Schlag und vermehrte die Spannung, von der man allgemein befürchtete, daß sie zum Kriege führen müsse. Da kam Alexander III. im Herbst 1887 auf dem Rückwege von Kopenhagen, mehr gezwungen als freiwillig, an den Berliner Hof zu Besuch und wurde nun von Bismarck überzeugt, daß er durch gefälschte Aktenstücke über die deutsche Politik in Bezug auf die bulgarische Frage hintergangen und zu einem unbegründeten Verdacht gegen Deutschland verleitet worden sei. Merkwürdigerweise machten diese Enthüllungen zwar augenblicklich einen mächtigen Eindruck auf den Zaren und die öffentliche Meinung in Rußland, jedoch wurde es bald klar, daß diese Wirkung durchaus nicht nachhaltig sei. Zur Liebe kann man niemand zwingen, auch den Zaren nicht. Er verzeiht Deutschland nicht, daß es sich für alle Fälle mit Österreich verbunden hat; er erblickt einen Akt hervorragender Feindseligkeit darin, daß das letztere durchaus nicht darauf verzichtet, auf der Balkanhalbinsel ein Wort mitzureden. Was auch geschieht, nichts reicht hin, ihn zu erwärmen. Konnte doch selbst der Besuch, den der jugendliche deutsche Kaiser Wilhelm II. zuerst gleich nach seiner Thronbesteigung am russischen Hofe machte (1888), eine irgend ersichtliche Wendung zum Besseren nicht herbeiführen. Deutschland will

mit Rußland keinen Krieg führen, weil es dazu einen vernünftigen Grund nicht hat. Wollen wir hoffen, daß die panslawistische Verbissenheit sich nicht soweit versteigt, daß sie einen Krieg anschürt. Auf der Hut müssen die Deutschen sein, denn die Leidenschaft des französischen Chauvinismus setzt alles daran, Rußland in einen gemeinsamen Krieg mit Deutschland zu verwickeln.

7. Kapitel. Die bulgarische Erhebung.

Prinz Alexander von Battenberg, Fürst von Bulgarien. Die großbulgarische Partei und Ostrumelien. Der Staatsstreich. Die russische Bevormundung. Die Revolution in Ostrumelien. Bedrohliche Lage. Der serbisch-bulgarische Krieg. Die Kämpfe bei Slivnitza, Erstürmung des Dragomanpasses, die Eroberung von Zaribrod. Die Kämpfe bei Pirot. Der Friede. Die russischen Wühlereien. Alexanders feste Haltung. Die Verschwörung in Sofia. Die Entfernung und Rückkehr Alexanders. Seine Abdankung. General Kaulbars. Prinz Ferdinand von Koburg, Fürst von Bulgarien.

Im Berliner Vertrag war bestimmt worden, daß Bulgarien von nun ab, allerdings unter türkischer Oberhoheit, ein selbständiges Fürstentum bilden sollte, etwa so, wie bisher Serbien und Rumänien es gewesen, denen im gleichen Vertrag ihre vollständige Unabhängigkeit eingeräumt worden war. Die Bulgaren sollten eine Verfassung und eine Volksvertretung bekommen und sich einen Fürsten wählen. Unter der Aufsicht des russischen Generalgouverneurs vollzog sich das leicht und schnell. Der Prinz Alexander von Battenberg, ein deutscher Lieutenant und naher Verwandter des russischen Kaiserhauses, wurde 1879 zum Fürsten gewählt und zog in russischer Generalsuniform in Tirnowa ein. Es schien alles glatt und trefflich gehen zu wollen. Wäre nur nicht die starke großbulgarische Partei gewesen, die dem Berliner Vertrage zuwider von einer unbändigen Begierde brannte, auch Ostrumelien vom türkischen Joche zu befreien. Der Fürst wollte von dieser Forderung, welche er mit dem Vertrag und seinem Eide nicht vereinbaren konnte, nichts wissen und widerstand. Allein damit begannen die Mißhelligkeiten; die wie der Fürst gesinnten Ministerien wurden heftig befehdet; statt daß man das neue Staatswesen unter Dach gebracht und im Innern zweckentsprechend eingerichtet hätte, stritt man unaufhörlich, zuweilen in der gröblichsten Weise. Der Fürst mußte erkennen, daß er eine schwere Aufgabe damit übernommen habe, die Bulgaren geordneten Zuständen entgegenzuführen. Auch an geeigneten und zuverlässigen Beamten fehlte es. Dessenungeachtet verzweifelte er nicht, sondern ging Schritt für Schritt

vorwärts, weil er die richtige Empfindung hatte, daß das bulgarische Volk hinter ihm stehe.

Als die Parteien es zu weit trieben, entschloß er sich, einen entscheidenden Schritt zu thun. Im Mai 1881 erklärte er in einem öffentlichen Aufruf: „Ich arbeitete in aufrichtigster Weise und gestattete alle Versuche zur Organisation einer regelrechten Entwickelung im Fürstentume. Leider täuschten alle Versuche meine Hoffnungen; Bulgarien ist heute diskreditiert nach außen und desorganisiert im Innern. . . . . Wenn der gegenwärtige Zustand sich nicht ändert, bin ich entschlossen, den Thron zu verlassen". Dieses Ultimatum wirkte; nach seinem Wunsche wurde dem Fürsten auf 7 Jahre eine außerordentliche Vollmacht zur Einführung neuer Institutionen, wie eines Staatsrates, zur Herstellung von Verbesserungen in allen Zweigen der innern Verwaltung und zur Sicherung eines geregelten Geschäftsganges zugestanden. An sich war dieser kühne Schritt ein Gewaltstreich, allein die Umstände machten ihn nötig. Es gelang ihm nun doch, der radikalen Partei Herr zu werden und manche gute Einrichtung zu treffen, so die Herstellung einer Nationalgarde.

Nur ein Übelstand machte sich immer merklicher. Der Fürst war zu sehr vom russischen Einflusse abhängig. Im ganzen Lande wimmelte es von Russen: im Heere hatten sie die meisten Offiziersstellen inne und in der Verwaltung die obersten Ämter. Diese offene Bevormundung fühlten die Bulgaren, auch die gemäßigten, immer drückender, und deshalb ertrugen sie diese Art russischer Freundschaftsbezeigung nur mit wachsendem Widerwillen. Es wurde immer klarer, daß es zu einem Bruch kommen werde. Wie sollte sich dabei der Fürst verhalten, der zu gut wußte, daß er es mit seinem Gönner, dem Zaren, nicht verderben dürfe? Als im Herbste 1883 die liberale und konservative Partei einmütig baten, Alexander möge die suspendierte Verfassung wiederherstellen, gab er dem Lande zu liebe nach, allein sein Verhältnis zum Zaren, welcher die höchsten Ansprüche auf die Dankbarkeit des bulgarischen Volkes erhob, mußte dadurch eine Trübung erleiden. In der That legte eine Anzahl hoher Beamten und Offiziere russischer Abkunft sofort ihre Stellen nieder und kehrte in ihre Heimat zurück. Am Zarenhofe gab man allerdings die Partie noch nicht verloren, sondern schickte einen Spezialgesandten, den Oberst Kaulbars, nach Sofia, welcher mit dem Fürsten Alexander eine Militärkonvention abschloß. Dieser Vertrag war eine unglückselige Abmachung, durch welche neben der fürstlichen Regierung eine Art russische Nebenregierung hergestellt wurde, so daß der Kampf unschwer vorauszusehen war. Nur gezwungen hatte der Fürst eingewilligt, aber was sollte er anders thun, wenn er sein Land, das „durch

den Willen des mächtigen orthodoxen Rußland befreite Bulgarien", nicht den unheilvollsten Wirren preisgeben wollte? Die Unbändigkeit der Radikalen machte ihm ohnedies Mühe genug. Blind und tollkühn hätte er nach ihrer Meinung schon längst Ostrumelien an sich reißen sollen. So gut es ging, wich er diesem Drängen aus, von dem er voraussah, daß es zunächst ihm selbst zum Bösen ausschlagen müsse.

Da traf ihn im September 1885 wie ein Blitzstrahl aus heiterem Himmel die Nachricht, daß in Ostrumelien eine Revolution ausgebrochen sei. Der türkische Gouverneur war gefangen genommen und eine provisorische Regierung errichtet worden, welche sich unverzüglich an den Fürsten Alexander um Schutz wendete. Nun vermeinte derselbe nicht länger Widerstand leisten zu dürfen; er selbst sprach feierlich die vollzogene Vereinigung der beiden Bulgarien aus und erklärte sich als Fürst derselben „ohne eine feindliche Absicht gegen die ottomanische Regierung, deren Suzeränität ich anerkenne". Allein mit dieser Versicherung begnügte sich die Pforte keineswegs, sondern legte gegen die eigenmächtige Verletzung des Berliner Vertrages Verwahrung ein. Die Großmächte ihrerseits waren mit dem Vorgehen der Bulgaren um so weniger einverstanden, als sie fürchteten, das böse Beispiel werde ansteckend wirken und so aufs neue die Balkanhalbinsel der Schauplatz von kriegerischen Verwickelungen werden. Mit eindringlicher Warnung wandten sich daher ihre Botschafter am goldenen Horn an die Bulgaren, Serben und Griechen, sich zu mäßigen. Dennoch nahmen die Dinge schnell einen sehr ernsthaften Charakter an. Die russischen Offiziere traten insgesamt aus der bulgarischen Armee aus, der König Milan von Serbien wies einen Gesandten des Fürsten Alexander ab, und der letztere wurde vom Zaren auffällig aus den Listen der russischen Armee gestrichen. Ja Serbien erklärte am 13. November 1885 an Bulgarien den Krieg, weil bulgarische Truppen ein auf serbischem Boden stehendes serbisches Bataillon angegriffen hätten. Die Verletzung der Verträge seitens Bulgariens zwinge ihn, so verkündigte Milan seinem Volke, zu zeigen, daß er gegenüber der Störung des Gleichgewichts der Balkanvölker nicht gleichgültig bleiben könne. Bulgarien sei jederzeit ein schlechter Nachbar gewesen: es habe gegen Serbien ungerechtfertigte Zollmaßregeln ergriffen, sich gewaltthätig Bregovo angeeignet und gerichtlich verurteilte Landesverräter in ihren aufständischen Unternehmungen bestärkt. Ungesäumt ließ er nun seine Truppen in Bulgarien einrücken.

Die Lage schien für den Alexander sehr bedenklich werden zu sollen. Als er sich an den Sultan um Hülfe wandte und versprach, seine Truppen aus Ostrumelien zurückzuziehen, erhielt er eine abweisende Antwort. So

sah er sich denn gezwungen, allein und auf seine Verantwortung hin den Krieg zu führen. Es war freilich nicht der Krieg, vor dem er sich fürchtete, als vielmehr die von Serbien vor ganz Europa erhobene Beschuldigung, daß er diese Lage einzig und allein verschuldet habe. Mit Nachdruck ließ er gegen diesen Vorwurf bei den Großmächten protestieren, während er zugleich zu seinen Truppen eilte und sich mit großer Unerschrockenheit den serbischen Eindringlingen entgegenwarf. Von diesen stand eine Division an der Donau bei Slivnitza und griff am 17. November die Bulgaren an, aber sie mußte sich vor dem tapferen Widerstande derselben zurückziehen. An den beiden folgenden Tagen ging nun Alexander zum Angriff über und schlug seine Feinde in die Flucht, am 22. erstürmte er den Dragomanpaß und eroberte am 24. Zaribrod. Die Niederlage der Serben war eine so vollständige, daß nicht nur diese Division, sondern alle übrigen Truppenteile schleunigst den bulgarischen Boden räumten. Von seiten der Türkei und der Großmächte suchte man nun zu beschwichtigen und dem Blutvergießen ein Ende zu machen, allein Fürst Alexander hielt es für seine Ehrenpflicht, sich an dem serbischen Frevler zu rächen und ihm eine gründliche Lektion zu erteilen. So kam es in den Tagen vom 26. bis 28. November abermals zu Kämpfen und zwar auf serbischem Gebiet bei Pirot. Alexander schlug wiederum seinen Gegner und hielt seinen Einzug in die Stadt. Als hier nun ein österreichischer Gesandter mit der Drohung erschien, daß sein Kaiser im Falle weiteren Vorrückens der Bulgaren den Serben bewaffnete Hülfe leisten werde, da gab Alexander nach und willigte notgedrungen in die Waffenstillstandsverhandlungen ein, welche bezeichnenderweise von einer internationalen Militärkommission geführt werden mußten, weil die beiden Gegner in ihrem Hasse zu einer Verständigung unfähig gewesen wären. Erst am 3. März 1886 kam der Frieden zustande. Alexander mußte einfach, ohne jede Entschädigung, den serbischen Boden verlassen.

Was man auch über die Veranlassung und die Urheber des Krieges denken mochte, Alexander war mit seinen Bulgaren ehrenvoll aus diesem Kampfe hervorgegangen. Entschlossen und umsichtig hatte er seine Truppen geführt, als tapfere und geschulte Soldaten hatten sie sich gezeigt. Mochte auch der Zar es offen rühmen, daß die Bulgaren ihre treffliche militärische Ausbildung den russischen Offizieren zu verdanken hätten, und besaß sogar Alexander die Höflichkeit oder Selbstverleugnung, eine ähnliche Anerkennung auszusprechen, so war sich doch alle Welt darüber klar, daß zumeist dem jungen schneidigen Fürsten der Sieg zum Verdienste angerechnet werden müsse. Dagegen kam den Russen ein anderes

Verdienst unzweifelhaft zu. Der Krieg selbst war im letzten Grund auf die russische Hetzerei und Wühlerei unter den Bulgaren zurückzuführen. Daß durch den Berliner Vertrag Bulgarien in zwei Teile zerrissen und Ostrumelien wieder völlig der türkischen Herrschaft ausgeliefert worden war, das gehörte zu den Punkten jener Abmachung, worüber die Russen als eine Zertrümmerung ihres Befreiungswerkes heftig sich erzürnten. Was offen nicht geschehen durfte, sollte nun durch geheime Wühlereien zustande gebracht werden. Die Rumelioten sollten zur Auflehnung gegen die Türkenherrschaft getrieben werden und schließlich ihre Zuflucht bei dem edelmütigen Befreier, dem Zaren, suchen. Die erstere Absicht gelang vollständig, aber im zweiten Punkte verrechnete sich die russische Politik. Die Bulgaren wollten nicht den Herrn wechseln, sondern ein selbständiges Volk werden. Sie hatten die russischen Offiziere, Beamten und Agenten herzlich satt. „Bulgarien für Bulgarien", das war das Losungswort einer starken Partei diesseits und jenseits des Balkans. Als daher Fürst Alexander merkte, wie sein Volk in der Mehrheit gesinnt sei, stellte er sich entschlossen an die Spitze der Bewegung; und mit einem unerwarteten Erfolge führte er sie zum Ziele. Nicht nur, daß er die Serben besiegte — er zähmte auch seine Bulgaren, daß sie im Siegestaumel sich nicht zu einer einzigen unbesonnenen Handlung hinreißen ließen. Sein Wort, das er beim Beginne der Bewegung gegeben, daß er selbst für die Aufrechthaltung der Ruhe und der Sicherheit der Einwohner jeder Nationalität und Religion die Gewährleistung übernehme, löste er glänzend ein. Ganz Europa bewunderte den mannhaften Helden; nur der Zar grollte ihm unerbittlich und unversöhnlich. Aber auch Fürst Alexander blieb standhaft, als die Großmächte in endlosen Verhandlungen über die Stellung Ostrumeliens hin- und herstritten und ihm durch russischen Einfluß eine möglichst unwürdige Lage zugedacht wurde, indem er Abmachungen verwarf, welche die Einheit Bulgariens in Frage stellten und gegen seine persönliche Ehre und Unabhängigkeit gerichtet waren.

Solcher männlichen Festigkeit gegenüber gab es nur ein Mittel: den Verrat. In der That gelang es, unzufriedene Offiziere, einige Truppenteile und die Junkerschule zu Sofia durch Bestechung zu einer feigen Verschwörung zu verleiten. Nächtlicherweile überfielen die Meuterer am 21. Aug. 1886 den Fürsten in seiner Wohnung und brachten ihn über die Grenze auf russisches Gebiet. Wie wenig Anklang dieser schmähliche Überfall im bulgarischen Volk fand, zeigte sich, als die Kunde davon ins Land drang. Man verwünschte und verdammte die feigen Verschwörer. Von allen Seiten zogen die Truppen gegen Sofia heran, um an den Elenden, die sich die Gewalt angemaßt, Rache zu nehmen.

Überwältigt und eingeschlossen mußten sie sich ergeben, währenddem das bulgarische Volk seinen Fürsten aufforderte zurückzukehren. Unverweilt folgte er dem Rufe, überall mit begeistertem Jubel aufgenommen, freilich nicht um zu bleiben, sondern nur um eine geordnete Regentschaft einzusetzen. „Ich kann nicht in Bulgarien bleiben — sagte er seinen Offizieren in Sofia —, der Zar will es nicht. Ich bin genötigt meinen Thron zu verlassen. . . Thäte ich es nicht, so würde Rußland das Land besetzen lassen.“ Aber erst nachdem ihm die feierliche Zusage gemacht war, daß der Zar die Unabhängigkeit Bulgariens nicht antasten werde, dankte er ab und verließ begleitet von den Segenswünschen man darf sagen des ganzen bulgarischen Volkes das Land, dem er ritterlich gedient hat.

Für ihn zog nun als russischer Bevollmächtigter der General Kaulbars ein, um eine russische Partei zu bilden. Infolge seines ungeschickten Benehmens aber erreichte er nur soviel, daß er bald die Vergeblichkeit seiner Bemühungen aufgab und sich aus dem Staube machte. Die russische Zumutung, eine dunkle Persönlichkeit, den ehemaligen Fürsten von Mingrelien, als ihr Oberhaupt zu wählen, lehnten die Bulgaren mit Entschiedenheit ab, da sie es für ihrer unwürdig ansahen, sich zu willenlosen Werkzeugen der Machtsprüche des Zaren herzugeben. Die kurze Dauer der Schule, welche die Bulgaren unter dem Fürsten Alexander durchgemacht haben, hat doch hingereicht, unter ihnen feste und unabhängige Charaktere heranzubilden, welche im Geiste ihres heldenhaften Fürsten die Zügel führen. Wiederholt haben sie versucht, ihn zur Rückkehr auf den Thron zu bewegen. Nachdem er dazu sich nicht bestimmen lassen konnte, wählten die Bulgaren 1887 den Prinzen Ferdinand von Koburg zum Fürsten. Obwohl die Großmächte ihre Einwilligung nicht gaben, hielt dieser doch seinen Einzug in Sofia, wo er seitdem dank der Uneinigkeit der Großmächte oder vielleicht weil keine derselben, nicht einmal die russische, die Hand an den leicht entzündlichen Stoff der bulgarischen d. h. orientalischen Frage legen will, so gut es geht, seine Herrschaft führt. Mit dem Prinzen von Battenberg hält Ferdinand einen Vergleich nicht aus, wenn schon zugestanden werden muß, daß er mit Ausdauer den vielen Schwierigkeiten seiner Stellung Trotz bietet.

Sechstes Buch.

Deutschlands innere und äußere Entwickelung bis zum Tod seiner zwei ersten Kaiser und dem Rücktritt seines ersten Reichskanzlers.

---

1. Kapitel. Wandelung in der inneren, insbesondere in der Wirtschaftspolitik.

Das Dreikaiserbündnis. Die Reichsfinanzen und die Reichsministerien. Das oberste Reichsgericht. Das Problem der Reichsfinanzen und das Tabakmonopol. Freihandel und Schutzzoll. Die nationalliberale Partei und der Umschlag in der Haltung des Kanzlers. Die Attentate auf den Kaiser Wilhelm. Das Sozialistengesetz und seine erste Anwendung. Des Kanzlers Reformprogramm. Das Jahr 1879. Das Centrum und die nationalliberale Partei. Kulturkampf. Falk. Die Krisis.

Das junge deutsche Reich, im Innern mit der Einrichtung und Ordnung seiner Angelegenheiten beschäftigt, von außen durch die Strömungen der europäischen Staatenpolitik vielfach berührt, bedurfte einer kräftigen und umsichtigen Leitung, wenn sein Bestand nicht von einem Tag auf den andern in Frage gestellt werden sollte. Mit wachsamem Blicke stand Bismarck am Steuerruder, und nirgends im weiten Umkreise entging etwas seinem scharfen Auge. Er wollte den Frieden für Deutschland und, soviel er dazu beitragen konnte, auch für Europa. Bei den Franzosen war noch immer der Rachegedanke, das Revanchegelüste das lebendigste Gefühl, das sie beseelte. Bismarck hielt es für seine Pflicht, sie auf keine Weise zu reizen, und mit vornehmem Schweigen ertrug er manche Ausschreitung jener verblendeten Stimmung. Aber sollten unvorhergesehene Ereignisse die mit Mühe verhaltenen Leidenschaften zum Ausbruche bringen, so wollte er nicht unvorbereitet sein.

Aus Liebe zum Frieden zugleich und aus kluger Vorsicht stiftete er das Dreikaiserbündnis, das durch seine Macht, die es vorstellte, den Frieden in Europa zu wahren imstande war oder den mutwilligen Störenfried, wer es auch sein sollte, von vornherein in eine ungünstige Lage versetzte. So faßte der Reichskanzler dies Bündnis auf, das von den russischen Staatsmännern freilich mit dem Hintergedanken eingegangen wurde, sich dadurch auch für ihre orientalische Politik eine nicht unwesentliche Stütze zu schaffen. Deutschland war allerdings nicht gesonnen, über den Bereich seiner Lebensinteressen hinaus sich irgendwo und irgendwie einzulassen.

Diese hatten ihren Schwerpunkt zunächst im Innern, im Ausbau des Reiches. Im Vordergrund stand die finanzielle Frage. Ohne Geld konnte das Reich nicht bestehen, seine großen und sich erweiternden Aufgaben verlangten reichliche Mittel. Bisher erschien das Reich lediglich als Kostgänger der Einzelstaaten. Durch die sogenannten Matrikularbeiträge führten diese dem Reiche die meisten Mittel für jene Einrichtungen zu, welche ihm die Verfassung zuwies, in erster Linie für das Heer. Dieses Verhältnis schloß eine für die Dauer unerträgliche Abhängigkeit des Reiches ein, das dadurch in allen seinen Maßnahmen behindert und beschränkt wurde: denn es war noch weit davon entfernt, daß der engherzige Partikularismus, der in den verschiedenartigsten Beweggründen Quelle und Zufluß hatte, verschwunden gewesen wäre. Das Reich, wenn es bestehen und gedeihen sollte, mußte finanziell unabhängig gemacht werden: es mußten ihm gehörige Einnahmen, eigene Reichsfinanzen beschafft werden, mittels deren es seine von der Reichsregierung wie dem Reichstag für nötig erachteten Ausgaben sozusagen aus eigener Tasche bestreiten konnte. Im Zusammenhange damit und ihr vorausgehend tauchte eine andere Frage auf.

Der Reichskanzler war der einzige verantwortliche Reichsbeamte: alle Angelegenheiten, alle Aufgaben lagen in letzter Instanz in seiner Hand und unter seiner Verantwortlichkeit. Aber diese Last wurde selbst für die Schultern eines solchen Geistesriesen, wie es Bismarck war, zu schwer, und bei seinem zunehmenden Alter wurden durch die Überbürdung die Geschäfte doch manchmal länger hingehalten, als förderlich war; seine geschäftigen Gegner redeten sogar von einer schädlichen Stauung des Geschäftsganges. Zudem wollte die Nation ihre politische Gestaltung nicht bloß auf die Kraft und Lebensdauer selbst dieses einzigartigen Mitbegründers gesichert wissen. „Wir müssen offen gestehen, daß unser verfassungsmäßiger Zustand im deutschen Reiche geradezu auf der körperlichen Beschaffenheit des Reichskanzlers balanciert.“ Von vielen

Seiten dachte man daher an die Errichtung von verantwortlichen Reichsministerien, von denen die nationalen Geschäfte selbständig erledigt werden sollten. Dieser Gedanke hatte seine vollständige Berechtigung und würde die noch recht unvollkommene Reichsverfassung um ein gutes Stück auf der Bahn vorwärts gebracht haben. Allein er stieß damals und nachher immer wieder auf hartnäckigen Widerspruch; die feinen, im letzten Grunde des Herzens einer fröhlichen Blüte des Reiches nicht ganz hold gesinnten Politiker, Staatsmänner, Theoretiker oder wie man sie sonst heißen mag, erblickten darin einen Schritt zum Einheitsstaat, ein unitarisches Unterfangen, eine Schädigung der Selbständigkeit der Einzelstaaten, eine Verletzung der Versailler Verträge und was sonst noch alles, worüber ihnen eine Gänsehaut aufstand; deshalb wollten sie von Reichsministerien nichts wissen. Bismarck, der seine Leute kannte, unterstützte daher diese an sich vernünftige Forderung nicht, weil er nicht wollte, daß die ruhige Entwickelung gestört und die Empfindlichkeit, welche einmal vorhanden war, irgendwie gereizt werde. „Es ist verführerisch, sagte er im Reichstag, sich ein Reichsministerium zu denken, das in den Grenzen der Verfassung und mit der Verantwortlichkeit waltet wie ein Ministerium im Einzelstaat. Aber die Macht der Stammeseinheit, die Macht des Partikularismus ist bei uns immer sehr stark geblieben. . . Überlassen Sie unsern Kindern auch noch eine Aufgabe." Wie richtig der Kanzler urteilte, zeigte gleich die Frage, wo das durch die Justizgesetze neugeschaffene Reichsgericht seinen Sitz aufschlagen sollte. Obwohl gewichtige Gründe, welche Bismarck dem Reichstage auseinandersetzte, dafür sprachen, das oberste Reichsgericht nach Berlin zu verlegen, so wählte doch der Bundesrat und das Parlament mit Mehrheit die Stadt Leipzig, und der Kanzler widerstand diesem Verlangen, welches für ihn doch nur eine untergeordnete Bedeutung hatte, nicht. Das Nächstliegende und Erreichbare zu erstreben, hielt er für seine Pflicht und Aufgabe, indem er, der unübertreffliche Meister, mit den Menschen und Dingen, wie sie einmal waren, rechnete. Man kann kühnlich behaupten, daß noch selten ein Staatsmann die Gesetze historischer Entwickelung und Ausreifung höher geachtet und ruhiger hat walten lassen wie er. Selbst augenblickliche Verstimmung und begreifliche Zorneserregung überwand er in der Anerkennung dieser Macht immer wieder und kehrte dann mit neuer Kraft und neuem Mut zu dem, was sachlich notwendig und ausführbar war, zurück.

Die oben erwähnte Frage über die Regelung der Matrikularbeiträge und die finanzielle Sicherstellung des Reiches führte aber geraden Weges dazu, die wirtschaftliche Lage Deutschlands, das Steuer-

und Zollwesen, also die gesamten Quellen des Staatshaushaltes und das vorhandene System einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Bis jetzt hatte der vielbeschäftigte Reichskanzler keine Zeit gehabt, sich diesen Angelegenheiten eingehender zu widmen; die Verhältnisse und insbesondere das jährlich wiederkehrende Defizit im Reichshaushalt drängten ihn, bei seiner Stellung und Gewissenhaftigkeit nun auch diesen Dingen mit den eigenen Augen auf den Grund zu sehen. In Deutschland gab es zweierlei Steuern: direkte und indirekte. Jene flossen den Einzelstaaten zu, diese dem Reiche. An eine Erhöhung der ersteren zu denken, verboten schwerwiegende politische Gründe; die Vermehrung und Erhöhung der letzteren bekämpften verschiedene Parteien und ihre Vorstreiter, die einen, weil dadurch die Hauptlast auf das Volk, die Armen, die niedern Schichten, abgewälzt würde, die andern aus anderen Gründen, mit denen man nicht immer offen hervortrat. Bismarck erwog alle Gründe bei sich und fand, daß man mit indirekten Steuern bloß bei solchen Gegenständen einsetzen könne, die nicht unbedingt zum Leben notwendig seien, also bei Luxusgegenständen, die der weitesten Verbreitung sich erfreuten und deshalb einen ergiebigen Ertrag für das Reich liefern konnten. Als der geeignetste Gegenstand erschien ihm alsbald der Tabak. In keinem Lande der Welt wird, so darf man kühnlich behaupten, mehr geraucht als in Deutschland. Dieses Genußmittel tüchtig „bluten“ zu lassen, d. h. für die Reichskasse heranzuziehen, gab es zwei Wege: eine hohe Tabaksteuer mit Einschluß des importierten Tabaks und das Tabakmonopol. In mehreren Staaten, in Österreich, Italien, Frankreich, bestand schon das letztere und warf sehr bedeutende Einkünfte ab, die bei dem ungeheuren Verbrauch in Deutschland voraussichtlich noch weit übertroffen werden mußten. Allein der Tabakmonopolsgedanke fand lebhafte Anfechtung, sobald er nur von ferne aufgetaucht war, was schon seit 1872 durch eine Vorlage an den Reichstag geschehen war. Seitdem beschäftigte sich die öffentliche Meinung unausgesetzt mit dieser Sache. Abgesehen davon, daß man dem Staate, dem Reiche die Fähigkeit, eine schmackhafte und allen wechselnden Ansprüchen genügende Ware zu liefern, absprach, wiesen die Gegner darauf hin, daß eine weitverzweigte, viele Menschen nährende Industrie nicht mit einem Schlage vernichtet und vom Reich an sich gerissen werden dürfe. Es sei überhaupt nicht Sache des Staates, selbst als Erwerber aufzutreten und als Mitbewerber in den Kampf der Arbeit und Produktion einzutreten. Aus verschiedenen Versuchen, welche der Reichskanzler ungesäumt anstellte, mußte er abnehmen, daß es ihm nicht gelingen werde, in nächster Zeit das Tabakmonopol durchzusetzen. Daher war er gezwungen, nach andern Mitteln aus-

zuschauen, mittels deren er den Reichsfinanzen auf die Beine helfen konnte. Denn ohne Zweifel ergab die reichlichste Tabaksteuer nicht die erforderliche Summe, und bei der Auswahl neuer Gegenstände war Vorsicht dringend geboten.

Dieser Standpunkt führte nun folgerichtig den Kanzler dazu, sich die Frage vorzulegen, ob das bisherige wirtschaftliche System, das System des Verkehrs mit den übrigen Völkern auf einer richtigen Grundlage beruhe oder nicht. Das Reich hatte bislang im ganzen und großen dem Freihandelsystem gehuldigt und der preußische Minister Delbrück diesen Standpunkt als den richtigen vertreten. Man lebte der Anschauung, daß die deutsche Tüchtigkeit auch auf industriellem Gebiete jeden Wettbewerb ertragen und sogar überwinden könne. Erzeugnisse ausländischer Industrie zahlten daher in Deutschland nur in einzelnen Fällen einen Eingangszoll, unter gleichen Verhältnissen wie die deutschen Erzeugnisse bezogen sie den deutschen Markt und drängten die letzteren aus den natürlichen Ursachen, daß sie entweder ihr Rohmaterial oder die Arbeitskräfte billiger beschafften, vielfach zurück. Solange die Schwindeljahre bis zum verhängnisvollen Krach von 1873 gedauert hatten, fühlte man allerdings wenig von dieser bedenklichen Lage. Aber seitdem waren schlimme Jahre gefolgt, in denen ganze Geschäftszweige empfindlich zurückgingen: so z. B. die Eisen- und Spinnereiindustrie. Nicht besser gebettet war die Landwirtschaft, deren Ertrag in einem unleugbaren Rückgange begriffen war und Arbeit, Mühe und Kosten nicht mehr genügend lohnte. Die Vertreter dieser Erwerbszweige rührten sich daher in der Presse, auf Versammlungen, durch Eingaben an Reichstag und Reichsregierung und Resolutionen tapfer. Je mehr sie es thaten, desto lebhafter und genauer richtete sich die allgemeine Aufmerksamkeit auf die einschlägigen Fragen. Die Bevölkerung schien sich in zwei Lager teilen zu wollen. Die Freihändler kämpften mit dem größten Eifer gegen jeden Schutzzoll als gegen einen vorsündflutlichen Rückschritt; die Schutzzöllner prophezeiten den Nieder- und Untergang der vaterländischen Industrie und des deutschen Wohlstandes, wenn nichts geschehe, der verderblichen Konkurrenz des Auslandes zu steuern. Daß das Reich, daß der verantwortliche Reichskanzler sich auf ihre Seite schlage und demnach entsprechende Maßregeln treffe, forderte und erwartete jede der beiden Parteirichtungen. Bismarck hatte sich noch für keine der einander bekämpfenden Ansichten irgendwie ausgesprochen oder gar verpflichtet. Er schwieg auch jetzt noch immer. Unheimlich lange zog er sich in sein Tuskulum nach Varzin zurück. Man sollte bald genug erfahren, daß er seine Einsamkeit dazu benützte, mit vollster Hin-

gebung die wirtschaftliche Frage zu studieren und eine selbständige Meinung zu gewinnen. Gelegentlich des Besuches, den der Führer der nationalliberalen Partei, von Bennigsen, beim Reichskanzler in Varzin machte, erfuhr man, zu welchen Ergebnissen vorerst die Erwägungen des letzteren geführt hätten. Er wollte, daß ihm der Reichstag einen Mehrbetrag von 200 bis 300 Millionen Mark mittels indirekter Steuern gewähre, um so nicht nur die selbständige finanzielle Stellung des Reiches herstellen, sondern auch noch den Einzelstaaten die etwa sich ergebenden Überschüsse hinausbezahlen zu können. Als das geeignete Mittel hierfür bezeichnete er wiederum in erster Reihe den Tabak, wobei er die Frage, ob Tabakmonopol oder -steuer offen ließ; auch von einer Übertragung der gesamten Stempelsteuer an das Reich, von der Einführung einer ausgiebigen Börsensteuer und anderen Plänen sprach er damals. Diese Absicht zu erreichen und noch andere schwebende Angelegenheiten zu regeln, sollte ihm eine starke Mehrheit des Reichstages behülflich sein. Man sieht, in welchem Zusammenhange er die ganze wirtschaftliche Frage auffaßte. Obwohl je und je der Reichskanzler jede Zumutung einer parlamentarischen Regierung mit vollem Nachdruck ablehnte, so gewann es doch damals den Anschein, als ob er unter der Bedingung, von der größten Partei des Reichstages, der nationalliberalen, geschlossen unterstützt zu werden, die Aufnahme mehrerer der hervorragenden Wortführer derselben als Minister annehmen würde. Im stillen wurde damals mancher Hoffnungstraum geträumt, keiner aber verwirklichte sich.

Der Reichskanzler mußte gewahr werden, daß seine Pläne in der vorliegenden Form vom Reichstag nicht angenommen würden und daß hierzu auch nicht die nationalliberale Partei stark genug sei. Immer lauter aber verlangte die öffentliche Meinung eine durchgreifende wirtschaftliche Reform; selbst der kräftigste Widerspruch der Widersacher konnte die Überzeugung nicht mehr hintanhalten, daß man bei dem bisherigen System nicht verharren dürfe. Als im Februar 1878 der Reichskanzler dem Reichstage seine Steuervorlagen zustellte, ergab sich, daß die Mehrheit des Reichstages ihm zu folgen nicht gesonnen sei. Selbst einzelne Minister wichen in ihren Anschauungen vom Reichskanzler ab, so daß plötzlich drei derselben ihre Entlassung nahmen, darunter der Finanzminister Camphausen, der durch den Berliner Bürgermeister Hobrecht, für den das Finanzfach ein ganz neues Feld war, ersetzt wurde. Die ganze Lage veränderte sich dadurch. Eine freie wirtschaftliche Vereinigung, die sich unter der Führung des Würtembergers von Varnbüler bildete, rückte mit dem Entwurfe eines neuen Zolltarifs heraus, welcher der gefährdeten Industrie zu Hülfe eilen wollte und auch dem Reiche eine be-

deutende Einnahme in Aussicht stellte. Der Reichskanzler wäre nicht der Mann gewesen, der er war, wenn er nicht angesichts der finanziellen Lage des Reiches und der drängenden Industrie sich hätte bestimmen lassen, ihre Klagen amtlich zu untersuchen und hierfür eine eigene Kommission einzusetzen. Wollte er doch selbst darüber klar werden, ob die Schilderungen über die Not der Industrie einen Grund hätten oder nicht. Theorieen zu liebe oder um nicht inkonsequent zu erscheinen, beharrte er niemals bei hergebrachten Anschauungen. Die Rücksicht auf die öffentliche Wohlfahrt, die salus publica, wie er später selbst einmal sagte, diente ihm zum Leitstern in seinem verantwortungsvollen Amte; Schulansichten und Lehrmeinungen, für wie unanfechtbar sie auch galten, mußten sich bei ihm jederzeit der höheren Sorge, die er trug, unterordnen. Versagte ihm die Mehrheit des Reichstages die Mittel, die er darbot, so zögerte er nicht, ganz ohne Furcht, daß man ihn etwa als Schutzzöllner, als Agrarier oder sonst was verschrie, die Zollfrage in der von ihm als am förderlichsten angesehenen Weise zu regeln. Das Reich stand ihm dabei immer in erster Linie. Vermochte er aber zugleich wirksam berechtigten Interessen der schaffenden und erwerbenden Volkskreise die Hand zu reichen, so bestärkte ihn dies in seinem Entschlusse, die Sache tapfer anzugreifen und mit rastloser Thätigkeit auf sein Ziel loszugehen. Unstreitig stand der Reichskanzler im Begriff, einen gänzlichen Umschlag des wirtschaftlichen Systems in Deutschland herbeizuführen.

Da störte im Laufe des Sommers 1878 ein zwiefaches entsetzliches Verbrechen seine stille Vorbereitungsarbeit und nötigte ihn, sie für eine kurze Zeit hinter einer anderen, welche die Umstände dringlicher machten, zurücktreten zu lassen. Am 11. Mai nämlich, als der greise Kaiser Wilhelm mit seiner Tochter, der Großherzogin von Baden, unter den Linden in Berlin spazieren fuhr, gab ein verkommener Mensch, Namens Hödel, auf ihn mehrere Revolverschüsse ab, von denen glücklicherweise keiner traf. Ging schon damals ein Schrei des Entsetzens durch die ganze Nation, so steigerte sich die allgemeine Erbitterung noch bedeutend, als am 2. Juni abermals unter den Linden ein Posener Dr. Nobiling aus einem Doppelgewehr mit Schroten zweimal auf den vorüberfahrenden Kaiser schoß. Leider blieb er diesmal nicht unverletzt, sondern er wurde am Hals, am Kopf und am Arm verwundet, was bei seinem hohen Alter leicht zum schlimmsten führen konnte. Jedoch überwand die staunenswert gute Gesundheit des greisen Herrn die Folgen dieser teuflischen Anschläge, die er zudem mit jener echt christlichen Demut und Sanftmut ertrug, die ihn in allen Lagen des Lebens auszeichnete. „Die Vorsehung

ließ zu — sagte er, kaum genesen, nach Berlin zurückkehrend und die Staatsgeschäfte wieder übernehmend —, daß mich so Schweres treffe. In meiner Errettung fand ich die Mahnung, mich zu prüfen, ob ich meinen Lebensgang so eingerichtet, meine Pflichten so erfüllt habe, daß ich wert war, gerettet zu werden. Wenn ich die kurze mir noch zugemessene Zeit ungetrübt verlebe, so ist es der Wille der Vorsehung; wenn es anders kommen sollte, so ist es auch der Wille der Vorsehung." In dem glaubensstarken Bewußtsein, daß sein Leben in Gottes Hand stehe, und daß ihn kein Unglück von ungefähr treffen könne, wurzelte auch nach diesen traurigen Erlebnissen seine mannhafte Furchtlosigkeit. Ohne Scheu und Angst, mit der Sorglosigkeit eines guten Gewissens verkehrte er nach wie vorher allen Bösewichtern zum Trotz in seiner Hauptstadt und überall, wohin ihn sein Weg führte, unter den Menschen. Aber das deutsche Volk war allerorten empört über die Schmach, die seiner Ehre durch die Verbrecher zugefügt worden war. Es giebt wenig Herrscher in der Weltgeschichte, die dank ihrer untadelhaften Haltung und ob ihrer persönlichen Tugenden sich so viel Liebe und Achtung errungen haben, wie Kaiser Wilhelm. Selbst seine Gegner, sogar die Franzosen, die wegen der erlittenen Niederlagen mit Groll und Erbitterung von allem, was deutsch war, sprachen, brachten es nicht über sich, dieser majestätischen Mannesgestalt anders als mit den Ausdrücken der Ehrerbietung Erwähnung zu thun. Um Deutschland aber hatte er sich unvergleichliche Verdienste erworben, und sein Wandel, seine Denk- und Gesinnungsweise, seine Leutseligkeit verbunden mit seinem würdevollen Greisenalter ließen ihn dem deutschen Volke wie einen jener verehrungswürdigen Patriarchen der alttestamentlichen Geschichte, wie einen wahrhaften Volksvater voll Liebe, Güte und Sorge erscheinen, so daß man glaubte, vor ihm verliere selbst der Wahnsinn des Verbrechens seinen traurigen Mut. Wenn dem nicht so war, so hatte dies seinen unleugbaren Grund in der Glauben und Gewissen systematisch ertötenden Verhetzung, deren sich die sozialdemokratische Irrlehre mit aller Geflissentlichkeit schuldig gemacht hatte. Mochten die sozialdemokratischen Führer entrüstet Verwahrung dagegen einlegen, daß man die beiden Verbrechen auf ihre Rechnung setzte, es konnte nicht in Abrede gestellt werden, daß die Feindschaft, die sie gegen alles Bestehende predigten, in aufgeregten Köpfen leicht jene entsetzliche Wildheit zeitigen mußte, die jeder moralischen Verantwortlichkeit hohnlachend ohne Bedenken und auch ohne Sinn zum Mordwerkzeug griff. Der Zusammenhang beider Verbrecher mit der Sozialdemokratie wurde außerdem durch unzweideutige Belege erwiesen.

Deshalb mußte etwas geschehen, dem Umsichgreifen einer Partei zu wehren, die solche Leidenschaften und Verbrechen hervorrief. Das Reich konnte nicht warten, bis der Umsturz in aller Form vorbereitet war. Die irrtümliche, aber gerade in Deutschland weitverbreitete Lehre des Gehenlassens konnte angesichts des Geschehenen nicht aufrechterhalten werden. Gleichviel ob durch gesetzliche Beschränkungen der Sozialdemokratismus, der bereits die weitesten Kreise des Arbeitervolkes verblendet hatte, noch zurückgedämmt werden konnte oder nicht, das Reich mußte um seiner Ehre willen etwas gegen ihn thun, es mußte ein gesetzliches Verbot gegen die Umsturzideen eingelegt und eine Handhabe gegen Handlungen geschaffen werden, welche als Vorbereitungen des Umsturzes zu erachten waren.

Schon nach dem ersten Attentat hatte der Reichskanzler dem Reichstag in aller Eile einen Gesetzesentwurf über die Abwehr der sozialdemokratischen Ausschreitungen vorgelegt und betont, daß ihm die Absicht ferne liege, das Vereins- und Versammlungsrecht und das Recht freier Meinungsäußerung allgemeinen dauernden Beschränkungen zu unterwerfen; aber das öffentliche Wohl erfordere, dem fortgesetzten Mißbrauch, den die Sozialdemokraten mit diesen Freiheiten trieben, Schranken zu setzen und den Bestrebungen Raum zu verschaffen, welche darauf gerichtet seien, durch Aufklärung, Belehrung, Stärkung des Sinnes für Recht und Sitte und wirtschaftliche Verbesserungen die Wurzeln des Übels zu beseitigen. Dieser erste Entwurf wurde indessen abgelehnt und deshalb der Reichstag, als am 2. Juni das zweite Attentat erfolgt war, aufgelöst. Der neue Reichstag, dessen Zusammensetzung einen beträchtlichen Rückgang der nationalliberalen Partei aufwies, nahm am 19. Oktober 1878 ein zweites umgearbeitetes Sozialistengesetz mit bedeutender Mehrheit an. Das wesentliche dieses Gesetzes bestand darin, daß Vereine, welche sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen, auf Untergrabung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen dienen, verboten und daß die Vereinskassen von der Polizei mit Beschlag belegt wurden. Die sozialdemokratische Presse und die ihr zur Seite gehende Flugschriftenlitteratur wurden unter strenge Aufsicht genommen und wo nötig verboten und unterdrückt; Versammlungen, in denen umstürzlerische Gedanken zur Aussprache gelangen, sollten von den aufsichtführenden Polizeiorganen sofort aufgelöst werden. Auch einzelnen Personen, wie Buchdruckern, Wirten, Buchhändlern, welche die verpönten Absichten fördern, konnte der Betrieb ihres Geschäftes eingestellt und agitatorischen Hetzern der Aufenthalt an einem bestimmten Ort untersagt, ja sogar über besondere Hauptherde der Sozialdemokratie der sogenannte

kleine Belagerungszustand verhängt werden. Das Gesetz sollte vorerst, um seine Wirkung zu erproben, eine Gültigkeitsdauer von $2^1/_2$ Jahren haben. Bis übrigens dasselbe zur Annahme gelangte, wurden erregte und sich heftig bekämpfende Debatten im Reichstag geführt. Insbesondere zeigte es sich, daß ein tiefer Riß die bisher tonangebende nationalliberale Partei spaltete: die linke Seite derselben, geführt von dem Abgeordneten Lasker, wollte nichts von Ausnahmegesetzen wissen, die sie ein zweischneidiges Schwert nannte. So tiefgehend gestaltete sich diese Meinungsverschiedenheit, daß ein Teil der Partei sich von der Hauptmasse in der Folge lossagte (Secession) und schließlich die Regierung ihr vielfach verändertes Gesetz nur mit Hülfe der Konservativen und der verbleibenden Nationalliberalen durchsetzen konnte. Es war dadurch klar geworden, wo der Reichskanzler die nötige Unterstützung für seine Pläne zu suchen habe. Übrigens zeigte sich die sozialdemokratische Partei keineswegs durch diesen Schlag, der nach ihr geführt wurde, entmutigt. Es klang nichts weniger als hoffnungslos, daß das Centralkomitee dem Gesetze mit der Verkündigung der Selbstauflösung voraneilte: „Es wird also in wenig Tagen keine organisierte Gesamtpartei mit einer einheitlichen Leitung mehr bestehen. Damit tritt die Bewegung in ein neues Stadium. Wenn die Presse geknebelt sein wird und Versammlungen ins Bereich der Sage gehören werden —, dann ist nur die persönliche Propaganda der Anhänger des Sozialismus übrig. . . Die Macht der freien Rede liegt in Banden. Aber noch ist die Familie, die gemeinsame Werkstätte, der Freundeskreis den Arbeitern gelassen . . . zur Aufklärung und Verständigung über gemeinsame Ideen und Interessen. . . In den fünfzehn Jahren ihrer Thätigkeit ward die Partei geschult genug, um schließlich alle Klippen überwinden zu können . . . Schulter an Schulter könnt ihr in nächster Zeit nicht mehr stehen. Eine neue Zeit — eine neue Kampfart — das sagt alles.“ Aber auch die Regierungen waren entschlossen, der drohenden Gefahr mit Entschiedenheit zu begegnen. Am 28. Nov. wurde über Berlin der kleine Belagerungszustand ausgesprochen und eine Anzahl von sozialdemokratischen Agitatoren aus der Hauptstadt ausgewiesen. Bezeichnend genug ermahnten dieselben beim Scheiden ihre Anhänger, sich ruhig zu verhalten: „Keine Gewaltthätigkeiten! achtet die Gesetze, verteidigt aber innerhalb des Rahmens derselben eure Rechte!“ Obwohl überall das Gesetz rasche und nachdrückliche Anwendung fand, wurde doch infolge der ausgegebenen Weisung nirgends die Ruhe gestört.

Der Reichskanzler hatte auch in dieser ihn betrübenden Zeit die wirtschaftliche Frage nicht aus den Augen gelassen, sondern er suchte ihrer mit seiner ganzen Kraft Herr zu werden. Alle Mittel, welche seine

Erkenntnis zu klären und auszureifen imstande waren, wandte er an. Die Beschlüsse des deutschen Handelstages fesselten ihn nicht weniger, als die einzelnen Flug- und Streitschriften, welche über diesen Gegenstand in Menge erschienen. Infolge davon neigte sich das Zünglein der Wage bei ihm mehr und mehr der Ansicht zu, daß der allgemeine Zolltarif im Sinne eines größeren Schutzes deutscher Industrie verbessert werden müsse, weshalb er beim Bundesrat die Niedersetzung einer Kommission unter Beiziehung von Sachverständigen beantragte. Unterdessen nahmen seine Anschauungen eine ganz feste Gestalt an, welche sich zu einem vollständigen Zoll- und Steuer-Reformprogramm in dem Schreiben auswuchs, das er am 15. Dezember 1878 an den Bundesrat ergehen ließ. Dieses Schriftstück enthielt den völligen Bruch mit dem Freihandelssystem, das ja radikal in Deutschland nicht bestand, denn der Tarif des Zollvereins enthielt neben den reinen Finanzzöllen eine Reihe von mäßigen Schutzzöllen für bestimmte Industriezweige und bezeichnete den möglichen Übergang zum Schutzzollsystem. Den Wandel kennzeichnen am besten einzelne Sätze dieses wichtigen Programms. „Es beruht nicht auf Zufall, daß andere Großstaaten, zumal solche mit weit vorgeschrittener politischer und wirtschaftlicher Entwickelung, die Deckung ihrer Ausgaben vorzugsweise in dem Ertrage der Zölle und indirekten Steuern suchen . . . Ich lasse dahingestellt, ob ein Zustand vollkommener gegenseitiger Freiheit des internationalen Verkehrs, wie ihn die Theorie des Freihandels als Ziel vor Augen hat, dem Interesse Deutschlands entsprechen würde. Solange aber die meisten der Länder, auf welche wir mit unserm Verkehr angewiesen sind, sich mit Zollschranken umgeben und die Tendenz zur Erhöhung derselben noch im Steigen begriffen ist, erscheint es mir gerechtfertigt und im wirtschaftlichen Interesse geboten, uns in der Befriedigung unserer finanziellen Bedürfnisse nicht durch die Besorgnisse einschränken zu lassen, daß durch dieselben deutsche Produkte eine geringe Bevorzugung vor ausländischen erfahren . . . “ Zwar verhehlte er sich nicht, daß ein solches die nationale Produktion begünstigende Zollsystem eben nur den schaffenden Kreisen zu gute komme; aber er erhoffte, daß infolge des sich hebenden Volkswohlstandes die Gesamtheit der nicht produzierenden Minderheit, d. h. der Beamtenwelt gegenüber die entstehenden Härten ausgleichen werde durch Gehaltserhöhungen, „falls sich in der That eine Erhöhung der Preise der Lebensbedürfnisse aus der Ausdehnung der Zollpflichtigkeit auf die Gesamteinfuhr ergeben sollte“. Die Rückkehr zur allgemeinen Zollpflicht entspreche auch der jetzigen Lage der deutschen handelspolitischen Welt. Österreich sei nicht darauf eingegangen, einen neuen Tarifvertrag zu vereinbaren,

beziehungsweise den bisherigen zu verlängern. Deshalb müsse der deutsche Zolltarif selbständig neugestaltet, d. h. ein Zollsystem geschaffen werden, „welches die gesamte inländische Produktion der ausländischen gegenüber in die möglich günstigste Lage bringt". Auch die Handelsverträge mit der Schweiz und Belgien kündigte aus diesen Gesichtspunkten die Reichsregierung.

Das Jahr 1879 mußte die Entscheidung auf dem wirtschaftlichen Gebiete bringen.

Der Reichstag wurde am 12. Februar durch den Kaiser mit einer Thronrede eröffnet, welche es ohne Umschweif aussprach, daß die Reichsregierung die bisherige Zollgesetzgebung für irrtümlich und verderblich ansehe; diese müsse vielmehr zu den bewährten Grundsätzen zurückkehren, „auf welchen die gedeihliche Wirksamkeit des Zollvereins fast ein halbes Jahrhundert beruht hat, und welche in unserer Handespolitik seit dem Jahre 1865 in wesentlichen Teilen verlassen worden sind. Ich vermag nicht zu erkennen, daß thatsächliche Erfolge dieser Wendung unserer Zollpolitik zur Seite gestanden haben".

In der Bevölkerung wurde dadurch erst recht das Verlangen nach Schutz und Schutzzoll wachgerufen; selbst solche Kreise, die bisher nicht daran gedacht hatten, erhoben jetzt ihre Stimme. Wer sich nicht rühre, diese Überzeugung durchdrang die Volksschichten, der bekomme nichts, und Bismarck hatte dem Führer der Agrarier, Freiherrn von Thüngen, geradezu erklärt, daß die Landwirtschaft sich nicht genügend gerührt habe. Im Reichstag aber mußte die ganz veränderte Stellung des Reichskanzlers auch die Stellung der Parteien und ihr bisheriges Verhältnis verschieben. Selbst der gemäßigte Teil der nationalliberalen Partei war nun allerdings nicht gesonnen, die neuen Anschauungen des Kanzlers unbesehen in den Kauf zu nehmen, während der linke Flügel derselben unter Lasker mit scharfen Angriffen, die mit gewohnter Wucht vom Kanzler abgeschlagen wurden, vorging. Versagte ihm die bisher seine hauptsächlichste Stütze bildende nationalliberale Partei ihre Heeresfolge, so ließ sich Bismarck dadurch keineswegs bestimmen, den einmal eingeschlagenen Weg zu verlassen. Wenn es nötig war, nahm er die Bundesgenossenschaft von jeder Seite an; höher als Personen und Parteien stand ihm die Sache. Ihr zu lieb opferte er rücksichtslos alte Genossen, Parteiführer und Kollegen. Dieses Benehmen ist ihm viel verübelt und vielfach getadelt worden; allein daran kehrte er sich nicht. Hochaufgerichteten Hauptes schritt er durch die Reihen, und wo eine Bereitwilligkeit ihm zu Willen zu sein sich zeigte, da begann er anzuknüpfen. Man würde ihm unrecht thun, wenn man

darin einen Charakterfehler erblicken, ihn, wie seine Gegner gethan, der Treulosigkeit zeihen wollte. Seine lange politische Erfahrung lehrte ihn, daß die doktrinäre Rechthaberei der Deutschen in vielen Dingen nicht zu bessern noch zu überwinden sei. In praktischen Fragen aber hat doch die nüchterne Erwägung dessen, was frommt und nützt, und zwar nicht bloß im einseitigen Interesse, die letzte Entscheidung zu treffen. Die deutsche Neigung zur Theorie und theoretischen Konstruktion liegt in der stets wachsenden allgemeinen Bildung und in der Wertschätzung wissenschaftlicher Behandlung jedes Gegenstandes begründet. Allein praktische Angelegenheiten vertragen es nicht, lediglich unter den theoretisch-wissenschaftlichen Gesichtspunkt genommen zu werden; losgelöst vom Leben, von der Wirklichkeit und Alltäglichkeit geraten sie in eine fremde Atmosphäre, in ein unrichtiges Licht. Man kann das Freihandelssystem kühnlich die idealste Wirtschaftsform nennen. Aber eine Nation, die noch in den Anfangsstadien wirtschaftlicher und nationaler Entwickelung sich befindet und zudem im Verkehr mit Ländern und Völkern steht, welche ihr Interesse höher als die Theorie stellen, darf sich den Luxus des Freihandels nicht gestatten. Mit einem gewissen Eigennutz mußte das junge Reich den Gesichtspunkt seiner wirtschaftlichen Erstarkung in erster Linie ausschlaggebend sein lassen. Dem nationalen Wohlstand im Zusammenhang mit dem nationalen Bestand war eine sichere und dauerhafte Grundlage zu geben. Und das geschah durch die von Bismarck jetzt ergriffene Schutzzollpolitik mit unzweifelhaftem Erfolge. Was auch geklagt und genörgelt werden mochte, die neue Ära brachte, wenn man die Summen zusammenzählt, keinen Rückgang der nationalen Arbeit und des Vermögens. Es ist, langsam zwar, aber unstreitig besser geworden, und was an schlimmen Folgen der neuen Aera prophezeit wurde, ist zum Glück nicht eingetroffen. Bismarcks hellsehender Geist hat diesen Gang der Dinge ohne Zweifel klar vorausgesehen und deshalb mit unerschütterlicher Zuversicht seinen Weg eingeschlagen. Diese felsenfeste Überzeugung hat ihn auch, nachdem er sie einmal gewonnen hatte, mit einer selbst an ihm fast unbegreiflichen Rücksichtslosigkeit auftreten lassen. Er wollte die Zeit nicht damit nutzlos vergeuden, diejenigen Freunde, die ihm bisher am nächsten gestanden, zu überzeugen oder zu überreden, was ihm doch voraussichtlich nicht gelungen wäre. Deshalb nahm er die Unterstützung bisheriger Gegner an. Im Centrum, seit der letzten Reichstagswahl der stärksten Partei im Reichstag, saßen viele Freunde des Schutzzolls. Als zunächst die erhöhten Eisen- und Getreidezölle zum Beschlusse erhoben werden sollten, bestand die dafür stimmende Mehrheit aus den Konservativen und dem Centrum. Der Kanzler mußte nun

sozusagen zwischen Centrum und Nationalliberalen wählen; die letzteren verlangten von ihm konstitutionelle Garantieen, insbesondere die Gewährleistung, daß der Reichstag über den Mehrertrag der Zölle und Steuern zu bestimmen habe; sie wollten nicht die hohen Summen gewähren, die er bedingungslos verlangte. Das Centrum dagegen forderte die Beibehaltung der Matrikularbeiträge der Einzelstaaten und die Rückerstattung derselben aus den Überschüssen: dort also ein Bestreben, die Kraft des Reiches und insonderheit des Reichstages zu stärken, hier das Bestreben, die Selbständigkeit der Einzelstaaten möglichst unberührt zu lassen. Und die letztere bot noch mehr: nicht bloß die Schutzzölle, sondern auch die Finanzzölle. Der große Realpolitiker hegte keinen Zweifel, welche der dargebotenen Hände er ergreifen solle: er wählte das Centrum. Diese alle Welt überraschende Verständigung konnte naturgemäß sich in ihren Wirkungen nicht allein auf das wirtschaftliche Gebiet beschränken. Das Centrum, an dessen Spitze der vielgewandte Welfe Windthorst stand, forderte auch seinen Preis, welcher, mit kurzen Worten gesagt, in der Aussicht auf die gänzliche Beseitigung des Kulturkampfes bestand.

So schnellen Schrittes marschierte nun sicherlich Bismarck nicht auf das Ziel los, welches die katholische Partei ihm setzen wollte, aber er trug kein Bedenken, den zerrütteten kirchlichen Frieden, soviel an ihm lag, wiederherzustellen, weil er hoffen durfte, daß sich mit dem neuen Papst, Leo XIII., dessen friedlichere Gesinnung sehr gerühmt wurde, und der an Einsicht, Klugheit und Selbständigkeit seinen Vorgänger weit überragte, leichter ein Einvernehmen herstellen lasse. Gleich bei seiner Besteigung des Stuhles Petri hatte der neue Papst einen anderen Ton, als Pius IX. gewohnt war, gegen Deutschland angeschlagen. Indem er selbst seine Erwählung zum Oberhaupte der katholischen Kirche dem Kaiser mitteilte, bemerkte er, wie die Katholiken ihr Glaube zur Treue gegen die Obrigkeit verpflichte, und rief dadurch die kaiserliche Antwort hervor, daß man die zuversichtliche Hoffnung hege, er werde die Geistlichkeit zum Gehorsam gegen die Gesetze dringend ermahnen. Eine Änderung der Kirchengesetze, um welche der Papst in einem neuen Briefe ersuchte, lehnte zwar der seinen Vater vertretende Kronprinz ab, aber er versprach, die aus dem tausendjährigen Prinzipienstreite sich ergebenden Schwierigkeiten im versöhnlichen Geiste zu behandeln und sogar sich in vertrauliche Erörterungen einzulassen. Diese fanden thatsächlich in Kissingen zwischen dem päpstlichen Nuntius Masella und Bismarck, der dort zur Kur verweilte, im Juli vorerst ohne Erfolg statt. Allein diese Vorgänge zeigten schon deutlich, daß der Wind von einer anderen Richtung komme. Der Kultusminister Falk hatte damit nichts zu schaffen.

Mit ihm, der mit seinem System stehen oder fallen wollte, konnte diese Veränderung in der politischen Haltung nicht durchgeführt werden. Da das für die Beteiligten auf der Hand lag, so nahm Falk seine Entlassung; das gleiche thaten Hobrecht und Friedenthal. Die Mehrheit des Reichstages gewährte die Erhöhung der Eisen- und Getreidezölle, ingleichen eine hohe Tabaksteuer. Auch 15 Nationalliberale hatten für den Zolltarif gestimmt und traten aus der Partei aus. Zum Nachfolger des Kultusministers Falk wurde der Oberpräsident von Schlesien, v. Puttkamer, ernannt, der nach seinem eigenen Geständnis in vielen wesentlichen politischen und kirchlichen Punkten mit seinem Vorgänger nicht übereinstimmte. Es war offenbar, daß die deutsche Politik in neue Bahnen eingelenkt hatte. Bismarck, welcher früher keine Zeit gehabt hatte, sich mit den wirtschaftlichen Angelegenheiten zu befassen, hatte eine neue Steuer- und Zollpolitik aufgenommen, von der er hoffte, daß dadurch das Reich in seiner Selbständigkeit gefestigt und der nationale Wohlstand wesentlich gefördert werde. Man darf sagen, der größere Teil des deutschen Volkes sah vertrauensvoll diesen Wechsel sich vollziehen und hegte mit dem genialen Kanzler die zuversichtliche Hoffnung, daß derselbe ihm zum Heile dienen werde — allen schlimmen Prophezeiungen zum Trotz. Denn daran fehlte es so wenig als an Agitationen, von denen wohl dem von Forckenbeck im Mai 1879 nach Berlin zusammenberufenen Städtetag die meiste Bedeutung beizulegen war. Auf demselben wurde mit großer Mehrheit behauptet, daß die Eingangszölle auf Getreide, Vieh und Fleisch den Preis der Lebensmittel verteuern, daß dadurch die Leistungsfähigkeit der arbeitenden Klasse und die Entfaltung der Industrie herabgedrückt und die Entwickelung der Handelsthätigkeit der städtischen Bevölkerungen vermindert werde, Anschauungen, welche nichts weniger als allgemein geteilt wurden. Es waren auf dem Tage nur 72 Städte vertreten. Die öffentliche Meinung neigte sich auch keineswegs diesen Anschauungen zu: sie beharrte in ihrem Vertrauen. In freudiger und dankbarer Stimmung wurde im nämlichen entscheidungsvollen Jahre überall im Vaterlande und wo sonst auf der Welt deutschgesinnte Herzen weilten, das goldene Hochzeitsfest gefeiert, welches Kaiser Wilhelm I. mit seiner Gemahlin am 11. Juni 1879 beging.

2. Kapitel. Die Ära der Schutzzollpolitik und die Sozialpolitik des Reiches.

Neue Steuervorlagen. Verstaatlichung der Eisenbahnen. Der Eintritt der freien Städte Hamburg und Bremen in den deutschen Zollverein. Das

neue System und seine Gegner. Bismarck Handelsminister. Puttkamer und Bötticher. Die kaiserliche Botschaft und Bismarck. Rückgang des Kulturkampfes. Das Krankenkassengesetz. Die Unfallsversicherung und die Alters- und Invaliditätsversicherung. Die parteipolitische Lage und der Reichskanzler. Bismarcks siebenzigster Geburtstag.

Bei seinen Finanzreformen wußte sich Bismarck im Einklange mit den Einzelstaaten, deren Finanzminister sich bei zwei Zusammenkünften, 1879 in Heidelberg und 1880 in Koburg, einstimmig für das System der indirekten Steuern ausgesprochen hatten. Es schwebte ihm dabei auch die möglichste Erleichterung oder Steuerbefreiung der Massen, d. h. derjenigen Bevölkerungsschichten vor, deren Einkommen auf den Kopf jährlich 420 bis 1200 Mark betrug, wie sich das aus dem dem preußischen Abgeordnetenhaus vorgelegten Gesetzesentwurf über die Verwendung der Beträge, welche aus dem Überschusse der künftigen indirekten Reichssteuern den Einzelstaaten zu überweisen seien, ergab. Auch die Kommunalverbände sollten bedacht werden. Hierzu hätten bedeutende, sehr bedeutende Mittel flüssig gemacht werden müssen, weshalb Bismarck bereits im Jahre 1880 mit neuen Steuervorlagen vor den Reichstag trat: sie bezweckten Erhöhung der Brausteuer, Einführung einer Stempelsteuer und einer Wehrsteuer. Diese Vorlagen fanden keine Gnade, auch nicht seitens der konservativen Partei. Einer ihrer Wortführer (von Kardorff) tadelte nicht ohne Berechtigung die Stück für Stück anrückenden Steuern; die Regierung möge vielmehr ein klares und bestimmtes Programm vorlegen, in welchem sie sich auch genauestens über ihre Stellung zu der Frage der Erleichterung der direkten Steuern aussprechen solle. Erst dann hätten die Steuervorlagen, wenn sie als ein geordnetes und untrennbares Ganze eingebracht würden, Aussicht auf Annahme, im gegenteiligen Falle aber müsse die Regierung fest entschlossen sein, den Reichstag aufzulösen und sich an das Land zu wenden. Allein so richtig diese Bemerkung an sich sein mochte, so wollte sich die Regierung auf diesen gewagten Schritt nicht einlassen.

Der Gedanke, das gesamte deutsche Eisenbahnwesen in die Hände des Reiches zu bringen, war im Reichstag, wie wir gesehen haben, auf unüberwindliche Hindernisse gestoßen. Desto mehr Boden gewann die Ansicht, daß der Staat das wichtigste Verkehrsmittel, die Eisenbahnen, möglichst in seine eigene Hand und Verwaltung nehmen müsse, um es nicht zu einem Gegenstand der gewinnsuchenden Privatspekulationen werden zu lassen. In Preußen wie in den übrigen Staaten wurde in der That die Verstaatlichung der Eisenbahnen mit Nachdruck in Angriff genommen: in Preußen durch ein Gesetz vom 15. Februar 1879.

Bismarck, der auch in dieser Angelegenheit die öffentliche Meinung mehr zu sich herüberzog, als daß er sich von ihr hätte schieben lassen, verfolgte dabei noch einen andern, man darf sagen sehr löblichen Plan: eine Regelung der Gütertarife im vaterländischen Interesse. Bisher gewährten die Privatbahnen und wohl auch Staatsbahnen fremdländischen, oft von weither kommenden Erzeugnissen, z. B. Getreide, Holz und anderen, bedeutende Tarifvergünstigungen, die im Grunde doch eine Ungerechtigkeit enthielten gegen die einheimische Produktion. Denn diese wurde durch die so erleichterte Konkurrenz des Auslandes geschädigt und mußte gar häufig für geringe Wegstrecken nicht nur die gleichen, sondern oft höhere Tarifsätze bezahlen als jene. Huldigte nun Bismarck einmal dem Grundsatze der Schutzzollpolitik, so mußte er folgerichtig dem bisher üblichen Tarifwesen, das jene Maßnahmen gekreuzt hätte, zu Leibe gehen. Indessen stieß er damit sogar schon im Bundesrat auf Widerstand, was nicht hinderte, daß er später doch seine Absicht erreichte und zwar, wie zugegeben werden muß, nicht zum Schaden der deutschen Arbeit.

Auch sonst gab es mancherlei Reibungen, und Bismarck griff dabei wiederholt zu dem Auskunftsmittel, seine Entlassung zu verlangen, um auf die widerstrebenden Elemente, wer sie auch jeweils sein mochten, einen meist wirksamen Druck auszuüben. Denn der alte Kaiser Wilhelm ließ darüber keinen Zweifel aufkommen, daß er sich von seinem bewährten Ratgeber unter keinen Umständen trennen werde, eine Absicht, die er deutlich und laut kund that, indem er einmal auf ein solches Gesuch den kurzen, aber unzweideutigen Vermerk setzte: „Niemals". Einen Konflikt gab es, zunächst mit dem bayerischen Gesandten, als der Kanzler ebenfalls wieder im Verfolg seiner Schutzzollpolitik den Vorsatz faßte, die beiden freien Städte Hamburg und Bremen mit ihren Gebieten zum Eintritt in den Zollverein zu veranlassen, was schon in der Reichsverfassung vorgesehen war. Beide Städte genossen bisher das Recht der Freihafenstellung. Ihre Kaufleute hatten also keinen Eingangszoll für ihre Waren zu entrichten. Und die Handelspartei in den beiden Städten wollte deshalb auch nicht daran gehen, dieses Recht aufzugeben, während die Partei der konsumierenden und gewerbetreibenden Bevölkerung aus begreiflichen Gründen den Eintritt wollte. Indessen konnte man die Städte nicht gegen ihren Willen dazu zwingen, und in der That lehnten die Senate derselben das Ansinnen ab. Bismarck aber wollte ihren Widerstand brechen, zunächst, indem er die Hamburger Vorstadt St. Pauli dem Zollverein einverleiben wollte. Aber der Reichstag gab dazu seine Zustimmung nicht (Mai 1879) und ebensowenig zu der sogenannten

Elbakte, wonach von nun an die Zollpflicht auch auf dem Wasser unmittelbar an der Zollgrenze beginnen sollte, während bisher die Übung bestanden hatte, daß die Waren erst in dem Augenblick zollpflichtig wurden, wo man sie ans Land brachte. Gleichwohl wich der Reichskanzler nicht von seinem Vorhaben, das gerade im Reichstag wiederholt zu heftigen Kämpfen führte, so z. B. als er den Antrag stellte, die Zollvereinsniederlage und das Hauptzollamt in Hamburg aufzuheben oder Altona und einen kleinen Teil von St. Pauli in den Zollverein aufzunehmen oder die Zollinie auf der Elbe nach Kuxhafen zu verlegen. Indessen vollzog sich in der Hamburger Bürgerschaft mehr und mehr ein Sinneswechsel zu gunsten der Eintrittsfrage, weil dort die Empfindung sich geltend machte, daß Bismarck lediglich von seinem großartigen nationalen Standpunkt aus diesen Eintritt fordere. Auf eine Anfrage, welche Hamburger Bürger an ihn richteten, bestätigte seine Antwort vom 20. November 1880 vollständig diese Auffassung. Die nationale Gesinnung, die ihr Schreiben bekunde, sagte er ihnen, freue ihn und leite auch ihn in seiner Amtsführung. „Als erste Aufgabe des Reichskanzlers betrachte ich die Befestigung der nationalen Einheit im Sinne der Reichsverfassung und die Förderung derselben auf allen Gebieten der Politik, auch auf dem wirtschaftlichen." Würde Hamburg freiwillig den Zollanschluß beantragen, so werde er das größte Entgegenkommen des Reiches befürworten. „Das Reich hat auch seinerseits an der Vollendung seiner nationalen Zolleinheit und an der Erhaltung und gedeihlichen Entwickelung seiner größten Handelsstadt ein so zweifelloses Interesse, daß seine ausgiebige Unterstützung der Anlagen, welche der Zollanschluß bedingt, gerechtfertigt und geboten erscheint." Solche Worte verfehlten ihre gute Wirkung nicht. Es kam bald darauf, am 25. Mai 1881, zu einer Vereinbarung zwischen Hamburg und der Reichsregierung. Nach derselben sollte vom 1. Oktober 1888 an die Hansestadt in das Reichszollgebiet mit Ausnahme eines entsprechend großen Bezirks, welcher Freigebiet bleibt, eintreten. Die für den Export arbeitenden Großbetriebe, welchen Zollfreiheit zugestanden wird, bleiben auf diesen Bezirk beschränkt. Die Zollverwaltung wird von hamburgischen Beamten ausgeübt und eine Revision des Zollregulativs vorgenommen. Das deutsche Reich zahlt zu den Kosten der Bauten, Anlagen, Einrichtungen und Expropriationen, welche durch den Zollanschluß Hamburgs und die mit demselben verbundene Umgestaltung der bestehenden Handels- und Verkehrsanlagen veranlaßt werden, einen Beitrag bis zur Maximalsumme von 40 Millionen Mark. Die Bürgerschaft der Stadt und der Reichstag stimmten zu, und so wurde diese Frage im Sinne des Reichskanzlers entschieden. Bremen

folgte dem Beispiele Hamburgs und trat ebenfalls gegen einen Reichsbeitrag von 12 Millionen in den Zollverein ein.

Alle diese und ähnliche Maßnahmen ernteten lauten Beifall und nicht minder heftigen Tadel. Die Freihandelspartei verminderte sich zwar augenfällig, aber sie verstummte keineswegs. Es ließ sich ja gegen das ganze System eine fast endlose Reihe ihm schnurstracks entgegenlaufender Theorieen aufstellen; man konnte behaupten, daß die indirekte Steuer ungerecht sei, weil sie den Vermöglichen nicht höher belaste als den Unvermöglichen; man konnte mit einem Schein von Grund z. B. den Getreidezöllen vorwerfen, daß sie dem „armen Mann", d. h. dem, der von der Hand in den Mund lebt, das Brot verteuern, und was sonst noch alles an Einwänden, die, einseitig angesehen, eine bestechliche Wirkung übten, sich vernehmen ließ. Aber man that damit doch unrecht, indem man geflissentlich oder unbewußt verkannte, daß der Reichskanzler nicht bloß sein nationales Einigungswerk vollenden wollte, sondern daß bei ihm mit der Sorge für die Kraft und den Bestand des Reiches die Sorge für die Förderung der deutschen Arbeit und ihres Ertrags zusammenfiel. Auch hierin beging man ein Unrecht, daß, so oft die Erörterung oder die Praxis eine Maßregel als mangelhaft, als verbesserungsbedürftig oder gar als unzweckmäßig erwies, mit einem förmlichen Triumphgeschrei es verkündigte, der Beweis von der Verkehrtheit des ganzen Systems sei jetzt unwiderleglich erbracht. Stand man denn nicht vor völlig neuen Einrichtungen und führt der Weg zum Richtigen, im staatlichen Leben so gut als im gewöhnlichen, nicht großenteils durch den Irrtum hindurch? Warum soll im Staatshaushalt sich manche Maßregel praktisch nicht bewähren? Und wenn dieser Fall eintritt, warum soll dieser Irrtum nicht offen einbekannt und die verbessernde Hand angelegt werden dürfen, was doch im Privatleben und im einfachsten Haushalt fast alltäglich vorkommt? Das Problem, alle Vorteile eines wirtschaftlichen Systems mit denjenigen seines Gegenteils, etwa des Freihandelssystems mit dem der Schutzzollpolitik zu vereinigen, wird niemals gelöst werden können. Auch der Wunsch, alle Ungleichheiten, Härten und Schädigungen im Widerstreit von Interessen, die nach Millionen zählen, zu beseitigen, läßt sich nie verwirklichen. Die wahre staatsmännische Weisheit kann kein Bedenken tragen, den Beweisen des Lebens nachzuspüren und ihnen nachzugeben. Und Bismarck handelte nach dieser erhabenen Regel. So wurde, weil es besser war, durch sogenannte Zollnovellen der Flachszoll wieder aufgehoben und den Mühlbesitzern die zollfreie Wiederausfuhr ausländischen Getreides, das mit inländischem gemischt war, gestattet (1880). Dagegen scheiterten

schon damals, wie später, die Angriffe der sogenannten Bimetallisten auf die Münzgesetzgebung. Um ganz die Fäden aller einschlägigen Fragen in den eigenen Händen zu haben, übernahm der Reichskanzler sogar noch das Handelsministerium (1880).

In das Bereich dieses Amtes gehörten noch viele Angelegenheiten, welche mit den finanziellen und sozialen Fragen enge zusammenhingen: vor allem das Gewerbe. Gegen die bestehende Gewerbefreiheit wurde vielfach Sturm gelaufen auch im Reichstag, wo von Abgeordneten Entwürfe zur Beschränkung des Hausierhandels, zur Einrichtung von Innungen, zur Verschärfung der Strafen gegen den Wucher und andere eingebracht wurden. Allein diese schwerwiegenden Fragen waren noch nicht spruchreif und wurden meist einer späteren Zeit zur Lösung aufbehalten. Es überstieg selbst die unvergleichliche Arbeitskraft Bismarcks, die hundertfachen, stürmisch sich andrängenden Fragen zu überschauen, mit klarem Urteil zu durchdringen und zu entscheiden. Davon aber sich in allen Dingen eine selbsteigene Kenntnis zu verschaffen und sein Urteil zu bilden, ging er jetzt erst recht nicht mehr ab. Seine Gewissenhaftigkeit und seine Vaterlandsliebe machten ihm dies Verhalten zu einer heiligen Pflicht, die er mit dem ganzen Ehrgeiz seiner Seele festhielt. Wenn dabei naturgemäß manche Angelegenheit langsamer von der Stelle rückte, wenn er gleichzeitig viele Männer, die neben und unter ihm im Dienste des Staates und des Reiches standen, aufbrauchte, so mag das nicht verschwiegen, aber auch zu keinem Gegenstand der Anklage erhoben werden. Er hat keinen Tag, keine Stunde gefeiert, und was er that, that er geleitet von dem idealen Vorsatz, die öffentliche Wohlfahrt zu fördern — die öffentliche Wohlfahrt in ihrem weitesten Sinne, in der umfassendsten Bedeutung des Wortes genommen.

Puttkamer war, wie schon gesagt worden ist, an die Spitze des Kultusministeriums getreten; durch das Juligesetz vom Jahre 1880 wurden der katholischen Kirche manche Vergünstigungen eingeräumt, welche bewiesen, daß die Regierung gesonnen sei, die Härte der Maigesetze zu mildern. Trotzdem erwarb man sich den Dank des Centrums nicht; im Gegenteil kündigte Windthorst an, daß seine Partei auf dem Boden des parlamentarischen Kampfes verharre, bis alle ihre Forderungen bewilligt seien. Die Regierung ließ sich dadurch nicht irre machen, sondern führte das Gesetz mit Wohlwollen aus, so daß die eingetretene Seelsorgernot fast gänzlich gehoben wurde. Nur ein geringer Bruchteil der Pfarreien entbehrte noch der Seelsorge (etwa 3 Prozent); die Regierung legte Wert darauf, auch ohne die Unterstützung des Centrums dem geistlichen Notstand ein Ende zu machen, sie wollte „eine Annäherung und

Verständigung versuchen", aber durchaus nicht „einem ununterbrochenen Sturmlauf gegen die Gesetzgebung" weichen. Windthorst hätte sich gerne als den Erretter der katholischen Kirche, als den heiligen Georg, der den Drachen, Kulturkampf genannt, mit dem Schwert getötet habe, aufgespielt, die preußische Regierung aber wollte eine Verständigung mit Rom, mit dem Papst. In der That begann auch die Kurie ihren Standpunkt zu wechseln, indem sie einigen Domkapiteln gestattete, an Stelle der verstorbenen Bischöfe Verweser zu erwählen, die dann auch von der Regierung mit Erlassung des Eides bestätigt wurden. Ferner einigten sich die Kurie und der preußische Staat über die Besetzung des bischöflichen Stuhles in Trier, und nach einigen Verhandlungen wurde sogar der Entschluß gefaßt, mit dem Vatikan wieder die regelmäßigen Beziehungen durch eine preußische Gesandtschaft herzustellen. Schon aus diesen Schritten ersieht man, daß die Kirchenpolitik unter Falks Nachfolger eine veränderte Richtung einschlug. Nicht zum mindesten aus dem Grund, um die Kirche zur Bekämpfung des größten Übels, der Sozialdemokratie, heranzuziehen.

Unleugbar war die Gefahr, welche die Sozialdemokratie dem Staate bereitete, im Wachsen. Es war nicht gelungen, ihrer Ausbreitung durch das Sozialistengesetz Einhalt zu thun. Im stillen eroberte sie nun die Massen der Arbeiterbevölkerung für sich. Die Strafen und Verfolgungen wollten nicht verfangen; die Bewegung nahm eher zu als ab. Der Staat, das Reich mußte etwas Positives thun, die Lage der Arbeiterbevölkerung zu regeln und zu bessern besonders in der Richtung, daß man auf gesetzlichem Wege die Errichtung obligatorischer Invaliden- und Altersversorgungskassen für Fabrikarbeiter herbeiführte. Schon verlautete allerlei von diesen Absichten des Reichskanzlers, welchen alsbald von vielen Seiten Beifall gezollt wurde. Denn die Einsicht, daß man den sozialdemokratischen Wühlereien durch die Ordnung der Lage des Arbeiterstandes und eine weise Fürsorge für denselben Vorwand und Berechtigung entziehen müsse, hatte sich längst um so breitere Bahn gebrochen, als die soziale Frage von vielen Seiten zum Gegenstand ernstesten Nachdenkens gemacht worden war. Praktisch suchte sie der Hofprediger Stöcker in Berlin durch Gründung einer eigenen christlich-sozialen Partei zu lösen, welche die berechtigten Forderungen des sozialdemokratischen Programmes anerkennend den Grundsatz christlichen Erbarmens in den Mittelpunkt der Heilmittel gestellt und dem Arbeiter-, auch dem durch die moderne Produktionsweise arg gefährdeten Handwerkerstande ausreichenden Schutz gegen Ausbeutung und Lieblosigkeit gewährt wissen wollte. Unleugbar enthielt dieses Programm eine ganze Reihe trefflicher Vorschläge; aber

unsere Arbeiterwelt selbst ist schon viel zu weit von christlicher Weltanschauung und Lebensführung zum Unglauben verführt worden, als daß gehofft werden durfte, es werde sich die Menge dieser christlichen Partei zuwenden. Auch hatte sie das Unglück, daß sich ihr unlautere Elemente beimischten, welche dem guten Rufe der Sache schwere Wunden schlugen. Und verkannt darf nicht werden, daß Stöcker, dessen Begabung selbst seine Gegner nicht in Abrede stellten, sich gerade in den Augen christlich gesinnter Männer dadurch sehr schädigte, daß er seit dem Jahre 1880 seine Kräfte auch der antisemitischen Bewegung widmete. In stürmischen Versammlungen und durch eine wilde Hetze wurden die schlimmsten Leidenschaften gegen das Judentum wachgerufen, so daß es nicht wundernehmen konnte, wenn es bald darauf in mehreren Orten Pommerns und Westpreußens zu den gröbsten Exzessen kam, gegen welche die Regierung mit entschiedener Strenge vorgehen mußte. Verschärft man den leider vorhandenen Haß des Besitzlosen gegen den Besitz noch durch die Beimischung des religiösen und Rassenhasses, so kann nichts Gutes entstehen. Dem Evangelium der Liebe aber läuft ein solches Unterfangen schnurstracks zuwider: man mehrt nur die sozialen Übel und Schäden.

Genug derselben gab es, und die Führer der Sozialdemokratie sorgten dafür, daß die Unzufriedenheit in den Arbeiterkreisen nicht ab-, sondern zunahm. Im August 1880 wurde auf Schloß Wyden in der Nähe von Winterthur ein geheimer Kongreß abgehalten, auf dem es sich zeigte, daß das Sozialistengesetz der Partei mit nichten die Wurzeln abzuschneiden vermocht hatte. Wenn auch der Anarchist Most aus der Partei ausgeschlossen wurde, so faßte man doch den Beschluß, von nun an mit allen Mitteln, auch ungesetzlichen, zu Werk zu gehen, weil das genannte Gesetz jede Agitation verbiete und so die Sozialdemokratie rechtlos gemacht auch an keine Rücksichten gebunden sei. Solchen Erscheinungen gegenüber konnte und wollte die Reichsregierung nicht auf ihre Zwangsmittel gegen diese umstürzlerische Partei verzichten; aber sie sagte sich auch, daß damit von ihrer Seite noch nicht alles gethan sei, daß vielmehr durch eine schaffende, helfende und heilende Thätigkeit die Ungleichheiten des Lebens gemildert, die bestehenden Übelstände möglichst beseitigt und den berechtigten Forderungen des Arbeiterstandes zumal ein freundliches Gehör geschenkt werden müsse. Man darf sagen, eine ungeheuer schwierige, großartige Arbeit setzte sich damit der Reichskanzler vor, als er mit seinen sozialpolitischen Plänen auftrat und sie im Verein mit Herrn von Bötticher, welcher zum Präsidenten des Reichskanzleramtes ernannt wurde, weil ihn jener für den geeigneten Mann, seine Absichten durchführen zu helfen, ansah, mit kühnem Mute in Angriff nahm. In

der preußischen Thronrede vom 28. Oktober 1880 und in der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 ist dieses Programm mit festen Strichen gezeichnet; beide Kundgebungen bilden die hervorragendsten Marksteine in der ganzen innern Reichsgeschichte seit jener Zeit, so daß sie näher beschrieben werden müssen. In der Thronrede wurde verheißen, daß „die aus dem Ertrage neuer oder erhöhter Reichssteuern an Preußen zu überweisenden Geldsummen ausschließlich und unverkürzt zur Erleichterung der direkten Besteuerung, insbesondere durch Überweisung der Hälfte des Ertrags der Grund- und Gebäudesteuer zur Erleichterung der Kommunalsteuern verwandt werden sollen". Die Verwaltungsreform soll fortgesetzt und ausgedehnt, den Hinterbliebenen der Volksschullehrer eine höhere Pension gewährt werden. Zum Schlusse forderte die Rede die Abgeordneten auf, „an ihrem Teile an der Durchführung der wirtschaftlichen Reform mitzuwirken, welche für das ganze Reich in Angriff genommen ist". Diese Reform müsse hauptsächlich, so erklärte die kaiserliche Botschaft, in der Heilung der sozialen Schäden sich bethätigen. Durch Unterdrückung allein könne dies nicht geschehen, sondern durch die positive Förderung des Wohles der Arbeiter. „Wir halten es für unsere kaiserliche Pflicht, dem Reichstage diese Aufgaben von neuem ans Herz zu legen, und würden mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterland neue und dauernde Bürgschaften seines innern Friedens und den Hülfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen." Deshalb werde zur Vorlage kommen ein Gesetz über die Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle, ferner eine Vorlage über die gleichmäßige Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens. Aber auch für die, welche durch Alter oder Invalidität unfähig würden, müsse man staatlicherseits besser sorgen als bisher. Diese Fürsorge sei eine schwierige, indessen auch eine der höchsten Aufgaben jeden Gemeinwesens, „welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht". Wohl verhehlte sich der Kaiser nicht, daß dieses Werk nicht in einer kurzen Frist zu bewältigen sei, aber er habe sich vor Gott und Menschen für verpflichtet gehalten, dasselbe ohne Rücksicht auf den unmittelbaren Erfolg anzuregen. Diese Botschaft, die schon damals ihrer ungewöhnlichen Form halber großes Aufsehen erregte, verdiente zunächst als ein herrliches Zeugnis der edeln, wahrhaft christlichen Gesinnung des Kaisers gepriesen zu werden, den alle bösen Erfahrungen seines Lebens, auch die schändlichen Attentate, nicht bestimmen konnten, der Not der kleinsten seiner Unterthanen seine väter-

liche Sorge zu entziehen. Zugleich bekundete sie die völlige Übereinstimmung des Kaisers mit der neuen Richtung der Politik, welche der Kanzler eingeschlagen hatte, auf die feierlichste Weise. Jedermann wußte es nun sicher, daß der Kaiser die sozialpolitischen Pläne seines ersten Ratgebers zu seinen eigenen gemacht habe, und daß er die zuversichtliche Hoffnung hege, gerade auf diesem Wege die Aufgaben des praktischen Christentums im deutschen Reiche ihrer Verwirklichung zuzuführen. Gegenüber den Anfechtungen, welche Bismarck mit seiner Steuerreform und dieser Sozialpolitik im Reichstag und in der Presse auszuhalten hatte, enthielt dieses kaiserliche Wort für ihn die stärkste Ermutigung, auszuharren und fortzufahren, allen den Vorwürfen zum Trotz, daß er sich selbst ungetreu geworden sei und mit seinen eigenen früheren Anschauungen gebrochen habe.

Wie ihn diese Zusprache seines Herrn stärkte und hob, erkannte man aus den zahlreichen Redekämpfen, in denen er sich mit fast jugendlichem Mute im Reichstag mit seinen Gegnern maß, seine Politik rechtfertigte und laut zugab, daß er zu besserer Erkenntnis gelangt ohne Zögern falsche Anschauungen über Bord werfe, weil er kein Doktrinär sei, keiner Partei sich ergebe und nur einem Polarsterne zusteure: dem Wohle der Nation. Gerade in jenen Kämpfen, in welchen er alten Freunden absagte, ohne der neuen Bundesgenossen schon sicher zu sein, gewann seine Erscheinung wieder so recht das Ansehen des Riesen, der im stolzen Gefühl seiner Kraft und getragen von seiner Überzeugung furchtlos die Feinde besteht und zuversichtlich auf den Sieg seiner gerechten Sache hofft. „Die freihändlerischen Fraktionen — sagte er in seiner Reichstagsrede vom 28. November 1881 — wollen mir einfach verbieten, nach meiner Überzeugung Vorlagen zu machen, sie wollen, ich soll mit meinen Vorlagen als Knecht in Parteidienste treten von irgend einer Fraktion. Sie sind alle meine lieben Freunde, sobald ich einen Pakt mit ihnen schließen will und meine Person und meinen Einfluß zur Verfügung einer Fraktion stelle. Sie haben mich aber alle angefeindet bis aufs Blut, von den Konservativen bis zu den äußersten Liberalen, das Centrum nicht ausgeschlossen, sobald ich ihnen den Willen nicht thue." Und am folgenden Tag setzte er auseinander, die ersten fünfzehn Jahre seiner ministeriellen Thätigkeit seien von der auswärtigen Politik in Anspruch genommen gewesen, seitdem aber kümmere er sich auch um die innere Politik des Reiches, weil er gefunden habe, daß, „wenn ich bis dahin in verba magistri geschworen hatte, die thatsächlichen Resultate den Voraussetzungen nicht entsprechen. Ich habe den Eindruck gehabt, daß wir unter dem seit 1865 eingeführten Freihandelssystem der Aus-

zehrung verfielen, die durch den Blutzufluß der Fünfmilliardenkontribution einige Zeit aufgehalten wurde, und daß es notwendig sei, hier eine Remedur eintreten zu lassen". Man solle ihm, äußerte er bald darnach, nicht den Vorwurf machen, daß er die Parteien nicht zum Heile des Ganzen zu nützen wisse. „Ich sehe acht oder zehn größere oder kleinere Fraktionen. Wenn nun meine Überzeugung mit einer dieser Fraktionen vollständig übereinstimmte, so würde ich mich gern der Fraktion anschließen und würde aus meinem Herzen keine Mördergrube machen, vorausgesetzt, daß ich voraussähe, mit dieser Fraktion kann ich mein Jahrhundert in die Schranken fordern, und die ist stark genug, um mit ihr das deutsche Reich zu festigen, auszubilden, zu regieren. Wo ist denn aber die Fraktion, an deren Spitze oder, wie Sie sagen würden, in deren Gefolge ich dies leisten kann?"

Dieser Erfahrung entsprang auch der Wechsel, den er in seiner Stellung zu den Parteien reichlich oft vornahm, und jetzt, da ihn die liberale Seite des Reichstages verließ, sein Entschluß mit dem Centrum sich besser zu stellen oder richtiger den Kulturkampf zu beendigen und dadurch die Centrumspartei für sich zu gewinnen, wie er dies am 30. November 1881 vor dem Reichstag ohne Umschweif aussprach. „Wir wünschen, daß wir nicht bloß im Reiche, welches keinen Kulturkampf hat, sondern auch in den einzelnen Bundesstaaten dem Frieden näher und näher kommen und zwar so nahe, wie es irgend mit der traditionellen und seit Jahrhunderten den Gegenstand des Kampfes bildenden staatlichen Unabhängigkeit, auf welcher der Staat bestehen muß, verträglich ist. Diese Quadratur des Zirkels wird sich in Vollkommenheit niemals lösen lassen und hat sich nie lösen lassen, aber wir hoffen, daß ein für beide Teile annehmbarer modus vivendi durch eine direkte Vertretung bei Rom möglich und nützlich ist." Wiederholt muß werden, daß sein Vorgehen darauf hinauslief, durch unmittelbare Verhandlungen mit der Kurie auf das Centrum einen Druck auszuüben, denn wenn er sich auch der ultramontanen Partei näherte, so war er keineswegs gesonnen mit Sack und Pack in ihr Lager überzugehen.

Die preußische Regierung legte schon seit geraumer Zeit einen viel ernsteren Willen, den Kulturkampf zu beendigen, an den Tag, als dem Centrum willkommen war, dessen erregteste Führer den stillen Wunsch hegten, die Regierung zu einem Gange nach Canossa zu zwingen und dadurch einen unvergleichlichen Triumph zu feiern. So standen aber die Verhältnisse keineswegs. Aus dem Kampfe zog keine der streitenden Parteien einen ausschlaggebenden Vorteil. Dem Staate war es nicht gelungen, einen unzweifelhaften Sieg über die katholische Kirche davon=

zutragen; die Achtung aber vor ihrer Macht, welche diese sich ertrotzt hatte, wurde reichlich aufgewogen durch die moralische Einbuße, die sie erlitten, und den Schaden, den sie rücksichtslos gestiftet hatte. Viele allerdings, denen kirchliches Wesen und vornehmlich die geschlossene Macht des katholischen Kirchentums unbekannte Dinge sind, behaupteten mit um so größerer Zuversicht, der Staat, wenn er nur nicht nachgebe, werde durch den Wall von Gesetzen, den er aufgeführt habe, zuletzt doch den Widerstand der Kirche brechen. Es kam nur darauf an, ob dem Staate nicht das Bedenken aufstieg, ob er an seinem Teile die Verantwortung tragen könne für den geistlichen Notstand, der geschaffen worden war, nachdem die Hierarchie that, als kümmere sie das gar nicht. Man erinnere sich nur daran, daß auf dem preußischen Thron ein Greis saß, dem das Christentum, der christliche Glaube und christliches Leben ein heiliger Ernst war, dem es in der Seele wehe that, daß so viele seiner Unterthanen infolge des Kampfes die Tröstungen und den Segen des Christentums entbehren mußten. Soviel an ihm selbst lag, wollte er Nachgiebigkeit geübt wissen. Wenn seine Regierung aus solchen Erwägungen eingelenkt hat, so gereichte ihr dies eher zum Lobe als zum Vorwurf. Die katholische Kirche hat trotz ihres scheinbaren Erfolges den starken Arm des Staates schmerzlich genug empfunden, und mochten die Agitatoren sich auch recht siegesstolz gebärden, die versöhnliche Gesinnung des neuen Papstes, der viel mehr Einsicht besaß als sein Vorgänger, bewies mehr als alle Tiraden, wie hoch er den Frieden schätze. Am bezeichnendsten sprach sich diese Gesinnung in der Thatsache aus, daß der Papst zeitweise einen förmlichen Briefwechsel mit Kaiser Wilhelm unterhielt, welcher neben den Unterhandlungen zwischen der preußischen Regierung und der Kurie herlief. Am 3. Dezember 1882 wandte sich Leo XIII. in einem äußerst versöhnlichen Schreiben an den Kaiser, worin er seiner Befriedigung über die Wiederherstellung und Wirksamkeit der preußischen Gesandtschaft Ausdruck verlieh. Der Kaiser gab in seiner Entgegnung vom 22. Dezember der Hoffnung Raum, daß das Entgegenkommen seiner Regierung von Rom aus durch eine entsprechende Annäherung, insbesondere in Bezug auf die Anzeigepflicht (der zu ernennenden Geistlichen) erwidert werde. Darin würde er einen klaren Beweis der friedlichen Absicht erblicken und die Kampfgesetze im Landtag einer wiederholten Erwägung unterziehen lassen. Allein päpstlicherseits knüpfte man die Gestattung der Anzeigepflicht an die Bedingung, daß vorher die freie Ausübung der kirchlichen Gerichtsbarkeit und die Freiheit der Erziehung des Klerus gewährleistet sein müsse. Die Regierung verlangte dagegen als den schlagenden Beweis des friedlichen Entgegenkommens das

sofortige Zugeständnis der Anzeigepflicht und erklärte nun, allein vorgehen zu wollen. Durch Gesetz vom 25. Juni 1883 geschah dies auch. In demselben wurde die Anzeigepflicht für Hülfsgeistliche und die Zuständigkeit des Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten in Bezug auf diese Anzeigepflicht aufgehoben. Das Centrum erblickte darin in gewohnter Weise nichts als einen schwächlichen Rückzug und verkündigte, daß man nun daran gehen werde, den Kampf um die Schule zu beginnen. Die Kurie nahm ohne Bemerkung die gebotene Vergünstigung an und beauftragte die Bischöfe, in diesem Sinne zu handeln. Fast schien es, als begnüge sich schon damit die Regierung. Noch im Laufe des Jahres nämlich wurde der abgesetzte Bischof von Limburg wieder eingesetzt und den Bischöfen von Kulm, Ermland und Hildesheim, die im Kulturkampf ihr Amt nicht verloren hatten, die Staatsleistung wieder bewilligt. Ja am 17. Dezember 1883 stattete der deutsche Kronprinz, der die Königshöfe von Madrid und Rom im Auftrage seines Vaters besuchte, dem Papste im Vatikan einen feierlichen Besuch ab. Alle diese Dinge machten auf die Centrumspartei nur einen geringen Eindruck, von einer dankbaren Anerkennung dessen, was die Regierung that, ließ sie wenig verspüren. Ihre Führer, vorab Windthorst, kamen nur entgegen, soweit sie sich gut bezahlt sahen, und bei jeder, auch der unpassendsten Gelegenheit hoben sie hervor, daß der Urquell aller betrübenden Zeiterscheinungen im Kulturkampfe zu suchen sei. Das geschah natürlich erst recht in allen Tonarten, sobald man auf die Sozialdemokratie und die soziale Frage zu reden kam. Deutlich erhellt daraus, wie zweifelhaft für die Regierung die verhältnismäßig bessere Stellung des Centrums ihr gegenüber immerhin blieb: eine zuverlässige Stütze gab sie nicht ab. Diese Erfahrung blieb dem Reichskanzler zu wiederholten Malen nicht erspart, so als er 1882 dem Reichstag abermals einen Entwurf wegen des Tabakmonopols vorlegte, das nebst anderweitigen Zollerhöhungen wiederum mit bedeutender Majorität abgelehnt wurde. Erregt schilderte er damals die Notwendigkeit, neue Einnahmsquellen zu schaffen, d. h. die Notwendigkeit seiner finanzpolitischen Maßnahmen, noch erregter legte er dar, daß es notwendig sei, „dem Staate ein paar Tropfen sozialen Öls im Rezepte beizusetzen". Mit dem Worte Sozialismus könne man niemand mehr, am wenigsten der Reichsregierung, Schrecken einjagen. Eine wahre Sisyphusarbeit werde ihm durch den Fraktionsgeist bereitet, von der er nur aus Pflichtgefühl und Treue gegen seinen kaiserlichen Herrn nicht abstehe. Die Thätigkeit im Reichstage leide unter dem Marasmus des Fraktionsgeistes. „Seien Sie einig und lassen Sie den nationalen Gedanken vor Europa leuchten; er ist augenblicklich in der Verfinsterung

begriffen." Wir lassen es unentschieden, ob der Kanzler mit seinen Anklagen doch nicht manchmal zu weit ging. Jedenfalls strebte er dem Ziele zu, die indirekten Reichssteuern zu vermehren und die direkten der Einzelstaaten dadurch zu vermindern. Diese steuerpolitische Anschauung erfreute sich aber nicht des Beifalls der Reichstagsmehrheit, und billig darf man zweifeln, ob die Abschaffung oder möglichste Verminderung aller direkten Steuern als das höchste Ziel einer wahren Finanzpolitik anzusehen ist. Hatte Bismarck bisher wenigstens schon das eine erreicht, daß er das Reich finanziell unabhängig von den Einzelstaaten stellte, so war kaum anzunehmen, daß die ihm vorschwebende Absicht, durch die Entwickelung seines indirekten Steuersystems sogar die Einzelstaaten in eine finanzielle Abhängigkeit vom Reiche zu bringen, auf eine zustimmende Unterstützung rechnen dürfe: vom Centrum konnte sie am wenigsten erwartet werden. Je mehr der Reichskanzler sich von dieser unüberwindlichen Schwierigkeit überzeugte, desto unwilliger ertrug er den Einspruch des Reichstages und der Volksvertretung überhaupt. Es war in jenen Tagen, wo er mehrfach die Gelegenheit ergriff, mit scharfen Worten auseinanderzusetzen, daß in Deutschland durch die bestehende Verfassung ein „parlamentarisches" Regime ausgeschlossen sei, Andeutungen, welche bewiesen, daß die jeweiligen und wechselnden Mehrheitsabstimmungen ihn niemals vermögen würden, die Pläne, deren Ausführung er für heilsam und nützlich ansah, aufzugeben.

Dagegen wurde ein wesentlicher Fortschritt auf dem Wege der Sozialgesetzgebung durch das Krankenkassengesetz gemacht, welches der Reichstag am 31. Mai 1883 annahm. Um dem erkrankten Arbeiter die nötige ärztliche Behandlung, die Arzneimittel und die Fortdauer seines Lohnes (für die ersten 13 Wochen) zu gewähren, wurden diese Krankenkassen, und zwar entweder als Ortskrankenkassen oder als Fabrik-, Bau- und Innungskrankenkassen, errichtet. Noch harrte das Unfalls-, sowie das Alters- und Invalidenversicherungsgesetz der Erledigung, obwohl der Reichstag sich alle Mühe gab, den schwierigen Stoff zu bewältigen. Wie sehr dem alten Kaiser gerade diese gesetzlichen Einrichtungen für den Arbeiterstand am Herzen lagen, das ging am besten aus der Botschaft hervor, mit welcher er sich neuerdings am 14. April 1883 an die Reichsboten wandte und es ihnen empfahl, diese wirksamen Reformen auf sozialpolitischem Gebiet baldigst zur Reife zu bringen. „Unsere kaiserlichen Pflichten gebieten uns, kein in unserer Macht stehendes Mittel zu versäumen, um die Besserung der Lage der Arbeiter und den Frieden der Berufsklassen untereinander zu fördern, so lange uns Gott Kraft giebt zu wirken." Am 21. Juni 1884 wurde zunächst das Unfallsgesetz

vom Reichstag nach langen Beratungen angenommen. Im Falle der Beschädigung erhält der verunglückte industrielle Arbeiter nach der 13. Woche aus der Kasse der zu Berufsgenossenschaften vereinigten Unternehmer eine entsprechende Entschädigung, welche gesetzlich geregelt und durch eine Untersuchung des Unfalls, wobei auch Arbeitervertreter mitwirken, festgestellt wird. Eine Versicherung in Privatgesellschaften wurde ausgeschlossen, ein Reichszuschuß im Benötigungsfalle in Aussicht gestellt. Eine Ausdehnung der Unfallversicherung auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter konnte die Reichsregierung nicht durchsetzen, nur die Arbeiter in den Transportgewerben wurden im Jahre 1884 noch unter das Gesetz einbezogen. Das dritte Gesetz über die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter aber brauchte noch lange Zeit, bis es nach vielen Kämpfen und Anfechtungen endlich zum Beschluß erhoben wurde und mit dem 1. Januar 1891 ins Leben trat. Die emsige Sorge der Regierung wirkte übrigens auch auf die Parteien, indem sie, je nach ihrem Standpunkte, Anträge zum Schutz der Arbeiter, für einen Normalarbeitstag, auf das Verbot der Sonntagsarbeit und die Beschränkung der Beschäftigung von Frauen und Kindern in den Fabriken oder, um den Handwerkerstand zu heben, Anträge auf Wiedereinführung des Befähigungsnachweises einbrachten. Lauter Anläufe, welche wohl im Sinne der kaiserlichen Botschaft gemacht sein mochten und die Absicht aussprachen, zur Lösung der sozialen Frage beitragen zu wollen, die aber durchaus nicht über Nacht zum Ziele führen konnten. Der Widerstreit der Anschauungen und die Unmöglichkeit, das unvollkommene irdische Leben nach idealen Lehrmeinungen zu ordnen, verhinderte meistens die Ausführung solcher Vorschläge. Aber diese Versuche machten doch einen erhebenden Eindruck, insofern sie den guten Willen fast aller Kreise des deutschen Volkes verrieten, der Not der Minderbemittelten und Hülfsbedürftigen beizuspringen und die Lebenslage der arbeitenden, vom Glücke am wenigsten bedachten Klassen freundlicher und sorgenfreier zu gestalten. Eine ungeheure Aufgabe hatte sich damit der Kaiser und die Reichsregierung zum Ziele gesetzt; noch niemals war ein solches Wagnis unternommen worden. Es wird nicht ausbleiben, daß mancher Fehlgriff gethan wird, daß manche gute Absicht sich nicht verwirklichen läßt, daß der beste Wille nicht alle Schwierigkeiten beheben, nicht alle Ungleichheiten des Lebens ebnen kann — aber trotzdem ist das Unternehmen ein Werk wahrhaftiger Nächstenliebe, würdig eines Reiches und eines Volkes, welches sich, auf christlicher Grundlage erbaut, sein Leben nach christlichen Grundsätzen einrichten will. Wenn der greise Kaiser Wilhelm nur dieses eine Werk ins Leben gerufen, nur diese kühne und schöne That

vollbracht hätte, schon dadurch würde er sich unvergänglichen Ruhm erworben haben.

Allerdings darauf kam es dem weisen und demütigen Herrscher nicht an; was er that, that er aus dem Antrieb seines frommen Herzens und um seines Gewissens willen; am schmerzlichsten empfand er es, daß trotz seines guten Willens die Arbeiterwelt sich nicht von den Irrlehren der Sozialdemokratie abbringen ließ. Ihr Einfluß nahm unleugbar nur zu. Gegen alle sozialpolitischen Gesetze wandten sich ihre Vorfechter im Reichstag; keines derselben billigten sie; was auch geschehen mochte, sie erklärten es für ungenügend und unzureichend. Diese Erscheinung war erklärlich, denn die Agitatoren und Hetzer der Partei wollten die Überzeugung nicht aufkommen lassen, daß außer ihnen jemand ein Herz für den großen Arbeiterstand habe. Würde die Erkenntnis von den guten Absichten die weiten Kreise desselben erfassen, so wäre es um die Herrschaft der Führer und um ihren Götzen, den Volksstaat, geschehen gewesen. Daher setzten sie mit aller Gewalt und einer rücksichtslosen und schlagfertigen Beredsamkeit auf der Rednerbühne des Reichstages und, soweit es ging, in ihrer Presse den Kampf fort, während die Reichsregierung unter diesen Umständen auf ihr Kampfesmittel, das Sozialistengesetz, nicht verzichtete und dasselbe im Reichstage allen Angriffen und Bedenken zum Trotz immer wieder erneuern ließ.

Billig hätte man meinen sollen, daß der von der Sozialdemokratie drohenden Gefahr gegenüber die staatserhaltenden Parteien sich enger aneinandergeschlossen und der Regierung eine starke, sie unterstützende Mehrheit zur Verfügung gestellt hätten. Auch der Reichskanzler hegte diesen Wunsch. Aber Parteigeist, Rechthaberei, Eifersucht und persönliche Verbitterung verhinderten diesen in weiten Volkskreisen lebhaft gewünschten Krystallisationsprozeß. Den Verhandlungen im Reichstag fehlte vielfach der große Zug, der begeisterte Schwung. Kleinliche Gesichtspunkte traten einer freien Auffassung störend in den Weg. Eitelkeit und Eigennutz verfolgten persönliche Interessen, statt daß man sich, wie der Reichskanzler, das öffentliche Wohl zum obersten Gesetz und zur einzigen Richtschnur gemacht hätte. Kein Wunder war es, daß diese Verhältnisse den vielbeschäftigten und rastlos arbeitenden Kanzler verstimmten und erregten, daß er sich dadurch gekränkt fühlte und sein Zorn sich häufig in bittern Ausfällen und überaus gereizten Angriffen Luft machte, daß aber auch seine Handlungsweise fast notgedrungen gar oft den Charakter der Konsequenz verlor. Um die Geschäfte zu führen, seine Pläne zu fördern und die Staatsmaschine nicht einrosten zu lassen, mußte er die Unterstützung nehmen, wo man sie ihm in jedem einzelnen Falle bot. Daraus erklärt

sich das zwischen dem Kanzler und den Parteien fast von Tag zu Tag wechselnde Verhältnis. Das Centrum war unersättlich. Kaum winkte das Ende des Kulturkampfes, als schon Windthorst den Kampf um die Schule ankündigte. Er brauchte ein neues Zug- und Kampfmittel, da die alten zu versagen begannen. Dank den Bemühungen der Regierung wurden die erledigten Bischofstühle wieder besetzt, bis auf den von Posen, wohin der trotzende Ledochowski schon aus dem Grunde niemals zurückkehren durfte, als derselbe als ein Hauptförderer der national-polnischen Hetzerei angesehen werden mußte, und Bismarck sich eben anschickte, dieser deutschfeindlichen Wühlerei durch die Ausweisung der nicht in Preußen heimatberechtigten Polen die Spitze abzubrechen. Natürlich stellte die ultramontane Partei auch diese Maßregel als eine Feindseligkeit gegen die Katholiken hin, ohne aber mit diesem Fechterstreich nur das mindeste zu erreichen. Die nationalliberale Partei entbehrte einer starken zielbewußten Führung. Als sie seit 1884 unter Miquels Leitung sich mehr nach rechts wandte, gewann sie wieder mehr Fühlung mit Bismarck, der seinerseits nicht säumte, sich wieder freundlicher zu ihr zu stellen. In dem sogenannten Heidelberger Programm vom 23. März 1884 erhielt dieses neue Verhältnis einen öffentlichen Ausdruck. Dasselbe bekannte sich im großen und ganzen zur Politik des Reichskanzlers, zur „Kräftigung des Reiches und Förderung der gemeinsamen Angelegenheiten des deutschen Volkes“, insbesondere für die Erhaltung einer starken Heeresmacht und die Verbesserung der sozialen Lage der arbeitenden Klassen. Diese Zustimmung zur Politik des Kanzlers, welche eine Neubelebung der nationalliberalen Partei zum Zweck hatte, übte auf der andern Seite eine trennende Wirkung aus. Die Sezessionisten schlossen sich unmittelbar darnach mit der Fortschrittspartei zur deutsch-freisinnigen Partei zusammen, welche nun erst recht unter Richters Führung in einen scharfen und unheilvollen Gegensatz zu Bismarck trat. Das Tafeltuch zwischen ihnen, dem Reichskanzler und den Deutsch-freisinnigen, wurde alsbald auseinandergeschnitten, als ersterem das Repräsentantenhaus von Washington nach dem in Amerika erfolgten Tode des Abgeordneten Lasker zumutete, eine subjektiv gefärbte und überschwengliche Beileidsadresse dem Reichstag zu übermitteln. Er lehnte es ab, den „Briefträger“ zu machen für eine Gesinnungsverherrlichung, welche seinen Anschauungen schnurgerade zuwiderlief. Mehr als je schien es sein Grundsatz zu sein: wer nicht für mich ist, ist wider mich. In der ganzen Linksschwenkung der deutschfreisinnigen Partei sah er nichts anderes als eine vaterlandsfeindliche, demokratische Gesinnungsbethätigung, die er oft und leidenschaftlich angriff und bloßstellte. Dies führte zu manchen erregten Kämpfen im

Reichstag, welche der Entwickelung des Reiches nicht förderlich waren, und die im Volke eine nicht immer für den Reichskanzler günstige Beurteilung erfuhren. Aber dieser mangelnde Beifall bei Einzelheiten that der großen Verehrung keinen Abbruch, mit der die Nation Leben und Thaten des großen Staatsmannes zu betrachten gewohnt war. Als er am 1. April 1885 seinen siebenzigsten Geburtstag feierte, nahm sie diese Gelegenheit wahr, ihm Huldigungen darzubringen, wie sie noch kein Staatsmann erfahren hatte. Zu dem Nationalgeschenk von 2¾ Millionen Mark, welche durch öffentliche Sammlungen aufgebracht worden waren, gesellte sich der Jubel des deutschen Volkes, das von den Bergen bis zum Meer diesen Festtag mitfeierte und den Wunsch laut und tausendstimmig aussprach, daß die göttliche Gnade dem deutschen Vaterland diesen starken Hort und Wächter seiner Ehre und Wohlfahrt noch viele Jahre erhalten möge. Nach menschlichem Ermessen durfte man diese Hoffnung auch kühnlich hegen. Trotz seines Alters und seiner aufreibenden Thätigkeit erfreute sich der Kanzler der ungebrochenen Kraft des Körpers und des Geistes, die er seinem kaiserlichen Herrn und dem Vaterlande bis an sein Ende zu widmen gerade bei dieser feierlichen Gelegenheit versprach.

3. Kapitel. Zur auswärtigen Politik. Einige wichtige Ereignisse im Innern.

1. Deutschlands Stellung in Europa. Die Verstimmung in Rußland. Kaiserbegegnungen in Gastein und Alexandrowo. Gortschakoff und Bismarck. Die Grundlegung des Dreibundes und seine Bedeutung. Die ersten Wirkungen desselben. Bismarcks Verhalten gegen Frankreich und Rußland. Dreikaiserzusammenkunft in Skiernivice. Die Folgen derselben. Die Unberechenbarkeit der russischen Politik. Krieg in Sicht. Schnäbelefall. Enteignungsukas. Bismarcks Feldzug durch die Presse. Der Zar in Berlin und Bismarck. Die Glanzrede des letzteren im Reichstag Februar 1888.

Das Verhältnis des deutschen Reiches zu den übrigen europäischen Mächten erlitt ohne Schuld seitens der deutschen Politik eine wesentliche Wendung zum Schlimmern etwa seit dem Jahre 1879. Frankreich schaute mit unentwegtem, schlecht verhaltenem Zorn auf seinen Besieger, dem die furchtbare Niederlage doppelt heimzuzahlen als heißesten Wunsch die französische Volksseele hegte. Diese haßerfüllte Stimmung ertrug man in Deutschland mit Stillschweigen und nicht ohne Bedauern darüber, daß die Selbsterkenntnis bei den Franzosen durchaus keinen Eingang finden wollte. Auch sonst hatte sich Deutschland keines besonderen Wohlwollens zu erfreuen. Neid und Mißtrauen herrschte gegen die durch eigene Kraft

neu geeinigte Nation. „Darüber dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben: — sagte einmal Feldmarschall Moltke in einer Reichstagsrede — wir haben seit unseren glücklichen Kriegen an Achtung überall, an Liebe nirgends gewonnen. Nach allen Seiten stoßen wir auf das Mißtrauen, daß Deutschland, nachdem es mächtig geworden, in Zukunft ein unbequemer Nachbar sein könnte. . . Aber ich denke, wir werden der Welt zeigen, daß wir eine mächtige Nation geworden und eine friedliebende geblieben, eine Nation, welche den Krieg nicht braucht, um Ruhm zu erwerben, und die ihn nicht will, um Eroberungen zu machen.“ Dieser ehrlichen und festen Absicht wollte man nicht trauen. In allem, was Bismarck, der entschlossene Staatsmann, that, und geschah es auch zur Erhaltung des Friedens, argwöhnte man geheime und schlechte Hintergedanken, nicht am wenigsten in den Kreisen seiner Zunftgenossen, wo man mit neidvollen Augen das in ganz Europa geltende Ansehen des deutschen Diplomaten betrachtete.

Zwischen Deutschland und Rußland, insbesondere zwischen dem preußischen und russischen Herrscherhause bestand eine alte und erprobte Freundschaft, von der freilich der Kanzler Gortschakoff behauptete, sie sei von Bismarck auf dem Berliner Kongreß nicht gehalten, sondern gröblich verletzt worden, indem er den russischen Interessen nicht die erhoffte und verdiente Förderung habe zu teil werden lassen. Diese Beschuldigung enthielt nur insofern ein Körnchen Wahrheit, als Bismarck mit Erfolg einen europäischen Krieg zu verhindern bemüht gewesen war, der ohne Zweifel ausgebrochen sein würde, wenn Rußland von den Vertragsbestimmungen von St. Stefano nicht soviel zurückgenommen hätte, als in erster Linie die sehr gereizte Eifersucht Englands zu beschwichtigen unabweislich war. Allein Gortschakoff, der niemals eine besondere Neigung zu Deutschland und Preußen besessen hatte, verschloß sich absichtlich dieser Erkenntnis, weil es ihm dienlich erschien, der wieder einmal recht reichlichen Unzufriedenheit des russischen Volkes eine Ablenkung nach außen zu geben, ein beliebtes Hausmittel einer despotischen Politik. In der That glückte auch diesmal dieser Kniff, denn der ganze Chor der russischen Presse gebärdete sich wie toll und drohte mit einem Vernichtungskrieg gegen das verhaßte Germanentum, dem ja alles, was slawisch heißt, von Herzen feind ist und bleibt. Bismarck ließ sich durch diese Schachzüge nicht einschüchtern, sondern diente seinem Gegner mit zwei Gegenzügen, indem er einerseits eine Zusammenkunft seines Kaisers mit dem österreichischen in Gastein (Herbst 1879) herbeiführte, andererseits den Kaiser Wilhelm bestimmte, seiner unwandelbaren persönlichen Freundschaft mit Kaiser Alexander II. einen öffent-

lichen Ausdruck dadurch zu geben, daß er den Feldmarschall von Manteuffel nach Warschau, wo Alexander eben Herbstmanöver abhielt, mit dem Auftrage abschickte, den Zaren zu einer persönlichen Begegnung in der russischen Grenzstation Alexandrowo einzuladen. Als aber trotz dieser Zusammenkunft Gortschakoff in Baden-Baden einem französischen Interviewer versicherte, daß er „eine innige Liebe zu Frankreich hege“ und daß er nie eine anhaltende Schwächung desselben zugeben würde, Aussprüche, die wie Ankündigungen einer gallo-russischen Allianz sich ausnahmen und so das reizbare Gefühl der Franzosen noch mehr aufstacheln mußten, da that Bismarck einen Schritt, der das größte Aufsehen erregte und das Verhältnis der europäischen Staaten zu einander für lange Zeiten in neue Bahnen lenkte. Er ging nach Wien, um mit dem Kaiser und Andrassy den Grund zu einem Schutz- und Trutzbund zu legen, der bald zu einem mitteleuropäischen Dreibund sich ausgestalten und eine machtvolle Gewähr des europäischen Friedens bieten sollte, ein Zusammenschluß ohne Herausforderung, aber eine Warnung für jeden Friedensstörer.

Dieses Bündnis, welches Bismarck zunächst mit Österreich vorbereitete und anbahnte, wurde gerade in Deutschland mit lautem Beifall begrüßt. Es regten sich, zumal im Süden, die Gefühle der Stammesverwandtschaft, die Erinnerungen an die Jahrhunderte bestandene Verbindung, und man freute sich, daß Bismarck selbst, nachdem er die deutsche Frage gelöst hatte, das Gedächtnis des Zerwürfnisses auslöschte und das natürliche Freundschaftsverhältnis wiederherstellte. So leicht, als es auf den ersten Blick scheint, fiel ihm dies freilich nicht. Die frischen Wunden waren noch nicht ganz vernarbt; besonders die slawischen Völkerschaften des Kaiserstaates hatten an dem Zusammengehen aus mancherlei Gründen des Hasses keine rechte Freude; ihr Herz und ihre Liebe wollten von Deutschland und Deutschtum nichts wissen. Dazu war ja sonnenklar, daß das Bündnis, wir sagen nicht, seine Spitze gegen Rußland richtete, aber doch für dasselbe wie eine Warnungstafel sich ausnahm, Österreich besonders auf der Balkaninsel nicht mit so wenig Rücksicht zu behandeln als bisher. Zugleich bedeutete aber das Bündnis trotz allem doch eine Abwendung der deutschen Politik von Rußland. Sie wollte freilich dem alten Kaiser Wilhelm nur schwer eingehen, so daß es dem Kanzler Mühe kostete, die Zustimmung desselben zu gewinnen. Allein der Hinweis, daß die unausgesetzten Hetzereien der Panslawisten und die Herausforderungen Gortschakoffs diese Maßregel erfordert hätten, vermochten ihn allmählich zu beruhigen und zu überzeugen. Man darf auch getrost behaupten, daß Bismarck gegen Rußland keinen feindlichen

Hintergedanken hatte; er wollte nur den Launen einer unberechenbaren und darum beunruhigenden Politik ein Ziel setzen und Deutschland die ihm gebührende Achtung gebieterisch erzwingen. Auch Österreich sollte zu seinem Rechte kommen und Italien einer Politik zugeführt werden, die seinen Interessen und seiner Stellung entsprach. Oder mußte es nicht schon als ein großer Gewinn bezeichnet werden, daß Österreich und Italien dem alten Hader entsagten und sich nachbarlich die Hände reichten und dadurch jenen störenden Wühlereien irridentistischer Fanatiker ein Ende machten? Als König Humbert im Oktober 1881 den Kaiser in Wien besuchte, wurde er von Hof und Bürgerschaft mit aufrichtiger Herzlichkeit aufgenommen, und in Italien lernten wenigstens die nationalen Kreise den Wert der neuen Freundschaft immer mehr schätzen, so daß nicht ohne Bemühung Bismarcks das beabsichtigte Bündnis förmlich und feierlich zustande kam, wie dies der italienische Minister Mancini im März 1883 unverhüllt der Kammer mitteilte.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß Bismarck mit diesem Bund eine staatsmännische That von ganz hervorragendem Werte vollbracht hat. Jetzt erst recht mußte es den Friedensfeinden als ein gefährliches Wagnis vorkommen, die Ordnung zu stören und die Verantwortung dafür auf sich zu nehmen. Daß Gambetta, der das französische Rachegelüste sozusagen in sich verkörperte, gerade jetzt zum erstenmal mit seiner Politik eine gründliche Niederlage erlitt, daß Italien der französischen Anmaßung mit mehr Festigkeit und Selbstbewußtsein gegenübertrat, daß der neue russische Minister des Auswärtigen, v. Giers, sich wieder freundlicher zu Deutschland stellte, durfte man doch als die ersten guten Wirkungen des Dreibundes ansehen. Weiterhin sah man aber, wie kleinere Staaten sich in ein Vertrauensverhältnis zu den Vertragsmächten zu setzen strebten. Serbien neigte sich offen zu Österreich und Rumänien suchte unverhohlen einen Rückhalt im Dreibund. Selbst der spanische König Alfonso legte durch seine Reise nach Wien und Berlin deutlich genug dar, daß er für sich und sein Land in dem Zusammengehen mit den monarchischen Mächten mehr Heil erblicke als in dem Liebäugeln mit dem republikanischen Frankreich. Gerade die pöbelhafte Behandlung, der er sich auf seiner Rückreise in Paris ausgesetzt sah, und die Brandreden, welche Skobeleff und andere russische Generale wider Deutschland ungestraft halten durften, bewiesen durch den unmächtigen Zorn, der sich hier Luft machte, die Stärke der neugeschaffenen Lage.

In dem Bewußtsein dieser starken Stellung zeigte die deutsche Politik, soweit es ging, Entgegenkommen gegen alle Mächte. Gegenüber Frankreich übersah Deutschland gar manche kränkende Äußerung; ja

Bismarck suchte bei jeder sich bietenden Gelegenheit den französischen Wünschen und Bestrebungen entgegenzukommen, so indem er auf der zu Berlin 1884 abgehaltenen Kongokonferenz für Frankreich einen überaus günstigen Vertrag mit der Gesellschaft und die Anerkennung der von dem französischen Forschungsreisenden Brazza gemachten Eroberungen erwirkte. Rußland aber oder besser dem russischen Kaiser, der schwer zu ergründen und noch schwerer zu behandeln war, widmete er jede Rücksicht: er schonte seine Empfindlichkeit und schmeichelte seiner Voreingenommenheit manchmal sogar in einer Weise, daß die öffentliche Meinung in Deutschland nicht mit ihm einverstanden war, ja er suchte auch Österreich wieder demselben zu nähern, so indem er im September 1884 eine Dreikaiserzusammenkunft in Skiernivice herbeiführte. Fast schien es, als sei es ihm geglückt, dadurch auch der russischen Politik eine völlig neue Wendung zu geben; aber es schien nur so. Denn wie Frankreich seinem Hasse gegen Deutschland unter keiner Bedingung entsagt, was der jähe Sturz des angeblich deutschfreundlichen Ferry (1885) zur Genüge bewies, so bleibt Rußland, wenigstens so lange Alexander III. regiert, unberechenbar in seiner Politik. Jedes Entgegenkommen wird fast als selbstverständlich hingenommen; der Auslieferungsvertrag, welchen Preußen und Bayern (1886) man darf sagen nur dem Zaren zu lieb in Beziehung auf die Nihilisten abschloß, fand wenig Dank, das Stockrussentum durfte nach wie vor seine wahnwitzige Verfolgung und Verlästerung alles Deutschen und aller Deutschen in Rußland fortsetzen. Es gehörte eine wahre Lammsgeduld dazu, diese Launen zu ertragen, diesem kränkenden Mißverhältnis gegenüber sich stillschweigend zu verhalten. Das Maß konnte freilich einmal übervoll werden. Im Jahre 1887 ließen sich die Dinge in der That so an, daß ein Krieg gegen Frankreich und Rußland zugleich auszubrechen drohte. In Frankreich erzeugte die durch deutsche Grenzbeamte vorgenommene Verhaftung eines gewerbsmäßigen Spions, mit Namen Schnäbele, eine solche Fieberhitze, daß die Entscheidung, ob Krieg oder Frieden, dank den Treibereien Boulangers nur mehr an einem dünnen Faden hing; und Rußland bekundete wieder einmal seine rücksichtslose Feindschaft gegen Deutschland durch einen Ukas, welcher allen in den Westprovinzen ansässigen Ausländern — in Frage kamen nur Deutsche — gebot, innerhalb 3 Jahren ihr Grundeigentum an Russen zu verkaufen. Während Bismarck die Hetzereien der französischen Kriegspartei schonungslos in der Presse aufdeckte und die Aufregung wegen des Schnäbelefalles durch eine unparteiische Untersuchung, sowie durch seine Ritterlichkeit in ihrer ganzen Hohlheit bloßstellte und entwaffnete, ging er der russischen Politik in gleicher Weise

durch die Veröffentlichung einer Anzahl von Aktenstücken auf den Leib, durch welche nachgewiesen wurde, daß Gortschakoff schon im Jahre 1877, also vor dem Kriege, Österreich durch einen Vertrag Bosnien zugestanden habe, daß also der Vorwurf einer von Deutschland herbeigeführten Schmälerung der russischen Ansprüche auf der Balkanhalbinsel widersinnig und den Thatsachen widersprechend sei. Und als im November desselben Jahres 1887 der Zar einige Tage in Berlin weilte, wies ihm Bismarck überzeugend nach, daß die geheimen, angeblich deutschen Aktenstücke des Inhalts, daß Deutschland im stillen in allen Dingen gegen den russischen Einfluß auf der Balkanhalbinsel arbeite, welche dem Zaren in die Hand gespielt worden waren, frivole, nichtswürdige Fälschungen seien. Erst als selbst dieser Wahrheitsbeweis doch nicht die erwartete dauernd günstige Wirkung ausübte und die russische Politik nicht umstimmte, da veröffentlichte er den Wortlaut des deutsch-österreichischen Bündnisses und hielt im Reichstag jene Rede am 7. Februar 1888, in der er vor aller Welt zwar seine Friedensliebe mit unübertrefflicher Kraft und überwältigender Klarheit darlegte, zugleich aber auch seinen ganzen Mut bezeugte in dem gewaltigen Wort: „Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt". Keine Rede, die jemals der gewaltige Kanzler gehalten hat, kam an Wucht und Wirkung dieser gleich. Während sie in allen Schichten des deutschen Volkes eine ungeheure, zu neuen Opfern für das Heer bereite Begeisterung hervorrief und mit sieghafter Gewalt seinen nörgelnden und feilschenden Gegnern und ihren Parteien eine schwere Niederlage beibrachte, beruhigte oder schüchterte sie nach außen ein, weil man erkannte, daß einer solchen Entschlossenheit eines großen Volkes in Europa kein Feind gewachsen sei. Die Neuforderung für das Heer, 700000 „Triarier", genehmigte der Reichstag einstimmig und gab damit die rechte Antwort auf die Vertrauensfrage des Kaisers und seines Kanzlers. Es erhellte wie ein freundlich strahlender Sonnenblick diese Haltung der Nation die letzte Abendstunde des greisen Kaisers Wilhelm I. Bevor wir seinen Hingang schildern, tragen wir noch einzelne Bemerkungen über innere Vorkommnisse in Deutschland nach und skizzieren die kolonialpolitische Entwickelung des Reiches.

2. Braunschweiger Erbfolge. Prinz Albrecht von Preußen Regent in Braunschweig. Tod König Ludwigs II. von Bayern, Luitpold Prinzregent. Die Ausweisung aus Polen und die Germanisationsversuche daselbst. Die Steuer- und Wirtschaftspolitik.

Auf die Geschichte der deutschen Einzelstaaten kann nicht näher eingegangen werden; jedoch mehrere besonders hervortretende Begebnisse

dürfen nicht unerwähnt bleiben: zunächst die Erbfolgeangelegenheit in Braunschweig. In diesem Herzogtum starb am 18. Oktober 1884 mit dem Herzog Wilhelm von Braunschweig die welfisch-braunschweigische Linie aus. Nach den Hausgesetzen war zweifellos zur Nachfolge der Herzog von Cumberland, Sohn des durch den 66er Krieg aus Hannover vertriebenen Königs Georg, berechtigt. Allein die hannoveranischen Welfen erfreuten sich seit langem keiner Sympathie in Deutschland, ja nicht einmal in Hannover, wo sich die geringe Anzahl von Anhängern des Königshauses zu einer einflußlosen Welfenpartei zusammengeschlossen hatte, welche sich der falschen Hoffnung hingab, daß ihre Königsfamilie wieder in den Besitz des ehemaligen Königreichs gesetzt werden müsse, und welche deshalb den gegenwärtigen Besitzstand des preußischen Königs als nicht zu Recht bestehend ansah. In solchen Anschauungen lebte auch Georg und sein Sohn im Exil und sie ließen sich, soweit die Mittel reichten, manche Zettelungen, insbesondere mit Frankreich, zu schulden kommen. Als nun jetzt trotzdem der Herzog glaubte, er brauche nur von Braunschweig Besitz zu ergreifen, ohne die bestehenden Verhältnisse in Deutschland und speziell in Hannover anzuerkennen, da mußte er eine schwere Täuschung erfahren. Zunächst ergriff der Kaiser im Namen des Reiches die Militärhoheit in Braunschweig, und während gleichzeitig eine Regentschaft die Regierung übernahm, übergab Preußen dem Bundesrat die Erbfolgefrage zur Entscheidung, mit dem Antrag auszusprechen, daß „die Regierung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig mit dem inneren Frieden und der Sicherheit des Reiches nicht verträglich sei“; zahlreiche Aktenstücke und Urkunden lieferten den Beweis für die Richtigkeit dieser Befürchtung. Der Bundesrat trat diesem Antrage bei und daraufhin wählte die braunschweigische Landesversammlung den preußischen Prinzen Albrecht zum Regenten (1885). Das Erbfolgerecht der Welfen in Braunschweig wurde damit nicht beseitigt; zwar dem Herzog von Cumberland ist dauernd dasselbe abgesprochen, aber nicht seinen Nachkommen, falls sie genügende Garantie geben, niemals ihre Ansprüche auf Hannover geltend zu machen. Ob das jemals geschehen wird, vermag niemand mit Sicherheit zu sagen.

Ein Regierungswechsel ganz anderer Art erfolgte in Bayern. König Ludwig II., der sich schon seit Jahren fast ganz in die Einsamkeit und auf seine mit seltener Pracht erbauten Schlösser zurückgezogen hatte, zeigte mehr und mehr die Spuren geistiger Umnachtung; derselben Krankheit war schon seit längerer Zeit sein Bruder Otto verfallen. Verschiedene Gründe zwangen dazu, dem unhaltbaren Zustande endlich zu begegnen. Und so erklärte denn des Königs Oheim Luitpold unter gleichzeitiger

Veröffentlichung des von vier Irrenärzten abgegebenen Gutachtens am 10. Juni 1886, daß er in Gemäßheit der Verfassung und als Ottos Stellvertreter die Regentschaft übernommen habe. Schon drei Tage darnach machte der unglückliche König seinem Leben selbst ein Ende, indem er zuerst den Irrenarzt Gudden und dann sich selbst im Starnbergersee ertränkte. Sein trauriges Geschick fand allgemeine Teilnahme in Deutschland. Zu früh des Vaters beraubt und zur Herrschaft gelangt, fand er weder in sich selbst das nötige Maß, seine zu Extravaganzen neigende Natur zu zähmen, noch verstattete er anderen, ihn zu dieser Beschränkung anzuhalten. Dadurch, daß der lebenserfahrene Prinz Luitpold mit fester Hand die Zügel der Regierung ergriff, wurde das bayerische Land vor einer tieferen Erschütterung bewahrt und die Treue des Prinzregenten gegen Kaiser und Reich gewährleistete von vorneherein die Unantastbarkeit der Verträge, auf denen das neue Reich beruhte.

Im Reich arbeitete die gestaltende Kraft der Regierung, des Kanzlers und des Reichstages unablässig weiter. Energisch und unerbittlich in einem gewissen Sinne war auch die innere Politik Bismarcks von jeher gewesen, so daß es nicht wundernehmen konnte, wenn sie häufig auf Widerspruch stieß. Als am 1. Dezember 1885 die polnische Fraktion in Verbindung mit gesinnungsverwandten Elementen des Reichstags den Kanzler darüber interpellierte, daß „in den letzten Monaten viele tausende von fremden Unterthanen, namentlich aus den östlichen Provinzen des preußischen Staates ausgewiesen oder für die nächste Zeit damit bedroht wurden", da verwahrte sich eine kaiserliche Botschaft gegen diese Einmischung des Reichstags in die Befugnisse der Hoheitsrechte der einzelnen deutschen Fürsten, und Bismarck lehnte in schroffer Form die Beantwortung der Interpellation ab, nicht willens, die zur Germanisation der polnischen Provinzen für nötig erachteten Maßregeln aufhalten zu lassen. Im Gegenteil, schon im nächsten Jahre ließ er, von jeher ein Feind der Schwärmerei für die polnisch-nationalen Bestrebungen, die eine Zeitlang in Deutschland sehr im Schwange gewesen waren und einmal von ihm im Reichstag herb getadelt wurden, sich von der preußischen Abgeordnetenkammer 100 Millionen Mark bewilligen, um damit polnische Rittergüter ankaufen und deutsche Bauern und Arbeiter ansiedeln zu können, richtete deutsche Schulen ein und stellte deutsche Lehrer auf, alles aus dem Gesichtspunkt, der Zurückdrängung des Deutschtums durch allerlei Einflüsse einen starken Damm entgegenzusetzen.

Die Wirtschaftspolitik fuhr in dem seit 1879 eingeschlagenen Geleise fort und bemühte sich der unter den verschiedenen ungünstigen Verhältnissen, zu denen auch die Konkurrenz mit Amerika und Osteuropa

gehörte, schwer leidenden Landwirtschaft hülfreich beizuspringen. Deshalb erfuhren die Getreide- und Viehzölle wieder eine wesentliche Erhöhung, obwohl die Oppositionsparteien fortwährend den Vorwurf erhoben, daß durch diese Maßnahmen nichts bezweckt werde, als daß man dem armen Manne das Brot, die Lebensmittel verteuere und einzelnen reichen Großgrundbesitzern damit die Taschen fülle. Indessen diese Ein- und Vorwürfe litten zum mindesten an Übertreibung und verfehlten vollständig ihr Ziel, so daß die Reichstagsmehrheit zum Teil noch über die Vorschläge der Reichsregierung hinausging, indem sie zum Beispiel den Getreidezoll auf 3 Mark für den Doppelzentner (Weizen und Roggen) und später noch höher festsetzte. Die preußische Regierung mußte sich freilich den Antrag Hüenes gefallen lassen, einen Teil der aus den landwirtschaftlichen Zöllen erwachsenden Überschüsse den Kommunen zu überweisen. Auch sonst suchte Bismarck die Reichseinnahmen zu erhöhen und womöglich zugleich die deutsche Arbeit zu unterstützen, z. B. durch die Holzzölle, durch den Zoll auf Wein. Die Börse mußte wenigstens insofern „bluten", als jedes Geldgeschäft nur vermittels einer fixierten Stempelgebühr vollzogen werden durfte; der Branntwein, dessen Monopolisierung keinen Anklang fand, wurde stark besteuert, ingleichen der Zucker. Alle diese Steuern kamen erst nach vielfachen Anträgen der Regierung und Verbesserungsanträgen einzelner Parteien zustande; man kämpfte für und wider und einigte sich schließlich durch Nachgeben von jeder Seite. Daß die gesamte Wirtschafts- und Steuerpolitik Bismarcks von Anfang an heftige Anfeindungen erlitt, war begreiflich, ebenso daß manche Änderungen sich bald als notwendig herausstellten. Die Fragen auf dem Wirtschafts- und Steuergebiet lassen sich nicht durch Schulmeinungen lösen, sondern unterstehen vielmehr der praktischen Erfahrung und dem Wechsel der Verhältnisse; eben deshalb befinden sie sich in einem stetigen Fluß und was gestern gut und praktisch war, kann morgen sich als unhaltbar herausstellen. Den Haushalt eines großen Reiches und das gesamte Erwerbsleben einer Nation in einer über jede Anfechtung erhabenen Weise zu regeln und zu schützen, gehört zu den für menschliche Kräfte unmöglichen Dingen. Demjenigen Staatsmann, welcher den Verhältnissen Entsprechendes und deshalb Vorteilhaftes zu schaffen weiß, gebührt Lob und Anerkennung. Was man auch sagen mag, so viel bleibt gewiß, daß Bismarck durch seine Wirtschaftspolitik die Finanzkraft der Nation nicht rückwärts, sondern vorwärts gebracht hat und daß seine Steuerpolitik immerhin die notwendigen Leistungen für das Reich nicht als einseitige und ungerechte Lasten bloß einzelnen Teilen des Volkes auferlegte.

4. Kapitel. Die deutsche Kolonialpolitik und Afrika.

1. Die Pioniere im dunkeln Erdteil.

Afrika im Altertum. Die Verheerung des Islams. Afrika im Zeitalter der Entdeckungen. Die Engländer und Napoleon. Die Nilquellen. Die christliche Mission. Livingstone. Seine Entdeckungsreisen in das Innere von Südafrika. Livingstone verschollen. Die Expeditionen zu seiner Auffindung. Stanley. Livingstones Auffindung, seine letzte Reise, sein Tod. Stanleys große Entdeckungsfahrt auf dem Kongo. Der belgische König Leopold. Stanley und de Brazza. Kongokonferenz in Berlin und der Kongostaat. Die deutschen Afrikaforscher Pogge und Wißmann. Die erste Durchquerung Afrikas unter deutscher Flagge. Pogges Tod. Wißmanns zweite Fahrt durch Afrika. Wolfs Reise. Wißmann Reichskommissar. Emin Pascha Statthalter in der Äquatorialprovinz. Seine Lage durch den Mahdiaufstand. Seine Ausdauer in der Not. Die Expedition zu Emins Rettung und Stanley. Emins ablehnende Haltung. Die Meuterei gegen Emin. Gemeinsamer Marsch zur Ostküste. Emins deutsche Bestallung.

Bis auf den heutigen Tag nennt man Afrika den „dunkeln Erdteil“ und will damit sagen, daß derselbe vor den übrigen den europäischen Kulturvölkern in ein fast undurchdringliches Geheimnis gehüllt war, das sich erst allmählich zu lichten beginnt. Seltsam freilich, daß gerade dieser Erdteil, der zusammen mit Europa und Asien die „alte Welt“ bildete, diesem Lose unterworfen war, obwohl der Nordosten desselben, das untere Nilland, zu den ältesten Kulturstätten der Erde gehört und die wichtige Etappe ausmachte, auf welcher die erwachende Bildung des menschlichen Geschlechts von seiner Urheimat nach Europa herüberschritt; seltsam genug, obwohl die antike Bildung nach ihrer Blütezeit gerade am Nordsaume Afrikas einen schönen Nachsommer feierte und sich schließlich in der christlichen Kultur fortsetzte. Allerdings tiefer in das Innere hinein haben sich auch damals diese Stätten nicht zu erstrecken und auszubreiten vermocht. Die libysche Wüste, welche in entsetzlicher Breite hinter dem gesegneten Küstenland fast von der Ost- bis zur Westgrenze sich ausdehnt, schob sich mit ihrem öden unwirtlichen Sand wie ein Riegel vor die Thüre des Hauses. Man ließ sich durch die Schrecknisse der Wüste einschüchtern und zu der Meinung verleiten, daß sie endlos und undurchdringlich sei. Wie die Gewalt der erobernden Waffen vor ihr Halt machte, so trugen auch die Sendboten der Kultur und des Christentums keine Sehnsucht, den Schleier zu lüften. Vielleicht hätte doch später einmal ein kühner Mann diesen Bann mutig zerrissen, aber die göttliche Vorsehung ließ es zu, daß von dieser Stätte der Leuchter ganz hinweggestoßen wurde. Die brausende Sturmflut des verheerenden Islams

verschlang nicht nur die asiatischen Christenländer, sie fegte auch die friedlichen und blühenden afrikanischen Heimstätten der Gesittung und Bildung von Alexandria bis an die Säulen des Herkules vielfach buchstäblich vom Erdboden weg, ja sie brach mit verderbendem Tosen in die pyrenäische Halbinsel ein. Selbst ein Teil der mittelländischen Inseln und einzelne Küstenstriche Italiens und der Balkanhalbinsel kamen in die Gewalt der Araber. Trotz einzelner Ausnahmserscheinungen sind diese keine Kulturträger zu nennen. Das Christentum allein ist berufen, mit dem Evangelium der Menschheit wahre Bildung und Gesittung zu bringen. Nirgends hat sich das deutlicher bewahrheitet als in Afrika. Wo der Araber herrschte und herrscht, da waltet Schlechtigkeit und Gewinnsucht auf der einen, unbeschreibliches Elend und erbarmungswürdige Sklaverei auf der andern Seite. In Afrika haben sie wie nirgends ihr schamloses Werk seit Jahrhunderten getrieben, begünstigt von der Dunkelheit, die bis auf unsere Zeit rabenschwarz über diesen Weltteil ausgebreitet war.

Denn auch das Zeitalter der Entdeckungen brachte Afrika nicht den Lichtstrahl der Kultur; die Portugiesen und die Holländer fuhren um den ganzen Weltteil teilnahmslos herum, atemlos dem ostindischen Wunderlande zustrebend und nur an einzelnen Küstenstationen kurze Rast suchend. Erst die Engländer verschmähten größere Küstenstriche des Erdteils nicht, setzten sich fest und ergriffen Besitz davon, besonders im Süden. Napoleon aber erkannte, daß der erdrückenden Herrschaft der Engländer zur See und ihrer alles verschlingenden Kolonialmacht von Afrika aus begegnet werden müßte, weshalb er Ägypten zu erobern suchte. Die Gelehrtenkarawane, die ihn zur Erforschung des alten Pharaonenlandes begleiten mußte, hat durch ihr treffliches Werk: «la description de l'Égypte» nicht nur den Grund zur ägyptologischen Wissenschaft gelegt, sondern das Augenmerk auf den uralten Segensstrom des Landes gerichtet, dessen Quellen aus dem geheimnisvollen Innern floßen, ohne daß jemand wußte, woher sie kamen. Man darf behaupten, daß die Erforschung des Nils und seines Ursprungs zum guten Teil der Wissenschaft den Anstoß gegeben hat, in den dunkeln Schoß des Erdteils einzudringen. Anderntteils allerdings trieb auch der christliche Glaubenseifer dazu an, in diese gottverlassenen unermeßlichen Länder das Wort des Welterlösers hineinzutragen. Unter den Männern der Wissenschaft nennen wir Barth, Rohlfs, Schweinfurth, Junker; unter den Missionaren leuchtet über alle weit hervor der unerschrockene Schotte Livingstone.

Im Jahre 1840 segelte dieser kühne Pionier des Christentums als Missionar nach Südafrika; volle 33 Jahre hat er von da an als

Missionar und als Forschungsreisender mit unerhörter Ausdauer sich der Aufgabe gewidmet, die völlig unbekannte südafrikanische Welt bis an den Äquator aufzuschließen. Wie nicht leicht einer verstand er es, das Mißtrauen der schwarzen Bevölkerung zu überwinden, sich in ihre Sprachen und Gewohnheiten einzuleben, den schweren Gefahren, die von Menschen, Tieren und Klima ihm fast täglich drohten, zu begegnen. In Kuruman mitten unter den Kaffern legte er zunächst eine Missionsstation an, bekehrte ihren Häuptling und drang dann von da aus seit dem Jahre 1849 unaufhaltsam gegen den Norden vor. Er entdeckte den Ngamisee und gelangte auf seiner ersten Reise zu dem Betschuanenstamme der Bajeije. Er drang auf der zweiten Reise bis zum Sambesifluß im Lande der Makololo vor, um in ihrer Hauptstadt Linyati den Entschluß zu fassen, von hier aus einen Weg nach der Westküste zu bahnen. Mit einem wahren Todesmut führte er diese gewagte Reise aus und erreichte nach unsäglichen Anstrengungen und Gefahren die portugiesische Küstenstadt Loanda. Kaum vom Fieber genesen, trat er die Rückreise durch die nämlichen Länderstriche nach Linyati, woher er gekommen war, an und beschloß von dort jetzt auch die Ostküste aufzusuchen. Am 3. November 1855 brach er auf, entdeckte die großen Wasserfälle des Sambesi und erreichte, der erste Europäer, der aus dem Innern Afrikas kam, über Kilimane Mauritius, die englische Insel ostwärts von Madagaskar. In England, wohin er zu kurzer Rast sich begab, wie ein Triumphator aufgenommen, veröffentlichte er sein erstes Reisewerk, das wie alle seine Aufzeichnungen durch seine gewissenhafte Sorgfalt und Zuverlässigkeit, durch die durchsichtige Klarheit und die überzeugende Wahrhaftigkeit den Leser gewann und das gewaltigste Aufsehen hervorrief. Dann machte er sich zu neuen Entdeckungsfahrten auf: er befuhr den für unwegsam erklärten Schirefluß und den Schirwasee, und erreichte am 16. September 1859 den Njassasee, auf dessen Erforschung er zwei volle Jahre verwandte. Im Jahre 1863 kehrte er noch einmal für kurze Zeit an denselben zurück. Abermals kam er dann in die Heimat, wo er mit noch größerem Jubel als das erstemal aufgenommen wurde. Livingstone war allmählich aus einem Missionar der kühnste Afrikaforscher geworden, der so weite Gebiete des dunkeln Erdteils aufschloß wie vor ihm und nach ihm kein zweiter. Nun sollte er gleichsam im Auftrag seiner ganzen Nation die Wasserscheide zwischen den Hauptströmen Kongo, Sambesi und Nil auffinden und bis an den Nordrand des Tanganjikasees vordringen; gelang es ihm, diese Riesenaufgabe zu lösen, so war sozusagen der Kern von Innerafrika bloßgelegt. Mit dem ganzen Mut, dessen er fähig war, machte er sich

alsbald an diese Arbeit; es verging ein Jahr, ohne daß man etwas von ihm hörte. Da erschienen plötzlich in Sansibar Leute aus seiner Begleitung und meldeten, Livingstone sei in einem Anfall der wilden Mazitu erschlagen worden, nur ihnen sei es geglückt zu entkommen. Allein man traute den zu Lügen so geneigten Negern nicht recht und das englische Volk hielt es mit Recht für eine Ehrenpflicht, sich mit dieser unverbürgten Märe nicht zu begnügen. Mit Grund vermutete man, die verschmitzten Begleiter hätten ihn treulos im Stiche gelassen: die Vermutung sollte sich als wahr erweisen. Als der Lieutenant Young 1867 nach dem Njassasee mit einer Expedition zur Auffindung Livingstones geschickt wurde, erfuhr er dort, daß derselbe noch lebe. Ja Livingstone selbst schickte ein Lebenszeichen nach Sansibar, einen Brief, in welchem er schrieb, daß er auf der Wanderung vom Njassasee nach dem Tanganjikasee große Wasserläufe entdeckt habe. Dann trat wieder tiefe Stille ein und allerlei Gerüchte beunruhigten die gebildete Welt über das Schicksal des unvergleichlichen Mannes. Da schickte die englische Regierung im Jahre 1871 eine zweite Expedition aus, ihn zu suchen; aber als sie in Sansibar ankam, hatte Stanley, Berichterstatter der großen nordamerikanischen Zeitung „New-York-Herald" im Auftrag und auf Kosten seines Verlegers dies Werk schon vollbracht und bei dieser Gelegenheit seinen Ruf als hervorragender Afrikaforscher begründet.

Stanley darf in den meisten Dingen als das Gegenteil Livingstones betrachtet werden; er vereinigt die Vorzüge mit den Mängeln eines Zeitungsschreibers in sich. Arbeitsam, schnell entschlossen, rasch auch entfernte Gegenstände überschauend, erscheint er in allen Sätteln gerecht; aber die rechte Gründlichkeit fehlt ihm, von Renommisterei ist er durchaus nicht frei, schnelle Erfolge sucht er hastig einzuheimsen und bei einer nicht geringen Eitelkeit und hochgradigen Ruhmsucht entbehrt er die Gerechtigkeit im Urteil über andere. Mehr noch trat das dem Deutschen Emin gegenüber, von dem wir noch zu erzählen haben, als bei Livingstone zu Tage. Von Bagamojo aus suchte Stanley zunächst den Tanganjikasee zu erreichen, wo er den ergrauten Livingstone in ziemlich hülfloser Lage am 3. November 1871 in Udschidschi fand. Ein verdienstlicher Erfolg, für Stanley selbst um so bedeutungsvoller, als er während der Zeit, die er mit Livingstone in Udschidschi zubrachte, vollständig in das Geheimnis der Afrikaforschung eingeweiht und dadurch zum glücklichen Erben der reichen, einzigartigen Erfahrungen Livingstones eingesetzt wurde. Nach viermonatlichem Beisammensein trennten sich beide. Stanley kehrte in die zivilisierte Welt zurück, Livingstone beharrte in der Wildnis bei seiner Arbeit. Er glaubte nahe an dem

Ziel zu sein, die Frage nach den Quellen des Nils und des Kongo zu lösen. Aber ihm selbst ward vorher sein Ziel gesetzt. Im April 1873 starb er auf dem Felde seiner Ehre.

„Ich will dem Rest der Mysterien den Schleier entreißen", schrieb nun der triumphierende Stanley, der mit übertreibender Ruhmrederei ganz Europa durchzog. Es konnte nicht geleugnet werden, daß er das Zeug zu einem Afrikaforscher besaß; Livingstone hatte ihn dazu gemacht. Er brannte von Thatendurst. Seine amerikanische Zeitung und die englische Daily Telegraph boten ihm die Mittel für seine kühnen Pläne, den ganzen Kongo zu erforschen. Mit seiner ganzen Thatkraft ging er ans Werk (Nov. 1874). Er drang unter Kämpfen bis zum Viktoriasee, von da bis zum Albertsee vor, umschiffte als der erste im Jahre 1876 den ganzen Tanganjikasee und ging nun dem Kongostrom auf den Leib, dessen unerforschten, von keinem Weißen noch befahrenen Lauf er neun Monate lang unter den größten Strapazen und Fährlichkeiten, die ihm die wilden Anwohner und nicht minder die Wasserfälle bereiteten, beharrlich bis an die Mündung verfolgte. Über seine zahlreichen Abenteuer und Kämpfe hat er selbst vollauf Bericht erstattet; im Gegensatz zu Livingstone griff er, wo es nur möglich war, mit rücksichtsloser Gewalt zu und an. Im August 1877 vollendete er seine neunmonatliche Kongoreise. Seine Schilderungen, die er von dem Naturreichtum des Stromgebietes und von der Schiffbarkeit des mittleren Laufes des Flusses entwarf, wurden in ganz Europa mit Staunen vernommen und sollten im raschen Verlaufe zur Gründung des Kongostaates führen.

Zu diesem Entschlusse trug nicht wenig der unter den europäischen Völkern neu erwachte Eifer für Kolonisationen bei; es ging durch die Massen ein Gefühl, das verschiedenen Beweggründen entstammend doch auf das Streben in die weite Welt, auf den Eifer, überseeische Gebiete zu gewinnen, hinauslief, ohne daß man ihm den Vorwurf kosmopolitischer Verflüchtigung hätte machen können. Unter den gekrönten Häuptern stand in dieser Beziehung der belgische König Leopold voran, dem es als ein verdienstliches und königlicher Unterstützung würdiges Werk erschien, das Flußgebiet des Kongo dem Weltverkehr und der Civilisation zu erschließen.

Er bewilligte zunächst die beträchtlichen Mittel für die Erbauung einer Straße auf dem nördlichen Kongoufer von der Station Vivi bis Leopoldville, die in den Jahren 1879 bis 1881 fertiggestellt wurde. Zwischen Stanley, dem der König die Mittel zur Verfügung gestellt hatte, und einem unerschrockenen französischen Offizier, de Brazza mit

Namen, der am oberen Ogowe eine Station angelegt hatte, dann bis an den mittleren Kongo vorgedrungen war und in der Nähe des Stanley-Pools die Station Brazzaville gegründet hatte, entbrannte ein heißer Wettstreit, weil der erstere befürchtete, sein kühner Rivale könnte ihm zuvorkommen und den Kongofluß zu einem französischen Strome machen. In der That die französischen Sendboten gaben an Eifer und Rührigkeit dem Amerikaner nichts nach; mit stürmischer Eile erwarben sie die ihnen zugänglichen Gebiete. Auch bei den Engländern und Portugiesen regte sich alsbald ein starker Appetit nach einem Stück vom Kongo. Um es darüber zu keinem Streit kommen zu lassen, lud Deutschland die Mächte zu einer Konferenz nach Berlin ein, welche dort vom 15. November 1884 bis zum 26. Februar 1885 tagte und die Grenzen des Kongostaates unter nicht geringem Entgegenkommen gegen die französischen Ansprüche festsetzte. Frankreich erwarb dadurch besonders mit Bismarcks Hülfe eine große und wertvolle Kolonialprovinz. Der belgische König wurde zum Souverän des Kongostaates ernannt, der für immer neutral erklärt wurde und in welchem alle Nationen das gleiche Recht der Schiffahrt und des Handels genießen sollten.

Das Interesse, welches der dunkle Erdteil auf sich gezogen hatte, war und blieb im Wachsen. Auch unter den Deutschen war ein mächtiger Drang nach Afrika schon länger vorhanden. Unter den Pionieren deutscher Abkunft sind besonders Pogge und Wißmann zu nennen, welche in den Jahren 1881 und 1882 gemeinsam Afrika von Westen nach Osten durchzogen; indem sie von San Paolo de Loanda aufbrachen und „unter deutscher Flagge" den Erdteil durchquerten. Sie kamen durch das Gebiet der Kioqueneger bis an den großen Kassaistrom, dann zu den Baschilange, Bassange, den Bene-Ki; dann trennten sich die beiden Reisenden. Wißmann drang bis zum Tanganjikasee vor, kämpfte mit den Waha, besuchte den „afrikanischen Napoleon" Mirambo, dann den „Herrn von Centralafrika" Tippu Tip in Tabora und erblickte im November 1882 nach unsäglichen Anstrengungen das östliche Meer, den indischen Ocean. Mit geringen Mitteln, welche ihm die afrikanische Gesellschaft in Berlin gewährte, hatte er wahrhaft Erstaunliches geleistet und als der erste die deutsche Flagge von einer Küste Afrikas zur andern getragen.

Sein Gefährte Pogge war im Innern des Weltteils verblieben und starb bald darauf infolge der übermäßigen Strapazen. Wißmann, dessen Name mit Ehren überall genannt wurde, übernahm kurz vorher vom belgischen König den Auftrag, das südliche Kongobecken und besonders den Lauf des Kassai zu erforschen; zugleich sollte er sich nach

seinem verschollenen Genossen Pogge umsehen, den er auch schwerkrank auffand. Diese zweite Expedition Wißmanns war nach den Mitteln, der Ausrüstung und der Begleitung die größte, welche bisher in das Innere Afrikas unternommen worden war. Wiederum war Loanda der Ausgangspunkt; manche Wege, die er einschlug, hatte er schon begangen, aber auch neue Gebiete oder unbekannte Völkerschaften entdeckte er oder einer seiner Begleiter. Während Wißmann die Station Luluaburg erbaute, drang sein Gefährte Wolf zu den bis dahin unbekannten Bakuba vor, bei denen er auf eine nicht unbedeutende und durchaus eigenartige Kultur stieß, denn sie trieben geordneten Ackerbau und wohnten in sauberen Häusern und Ortschaften. Auch das Nachbarvolk der Bakuba, die zwerghaften Batua, lernte er kennen. Wißmann befuhr dann den Fluß Lulua und den Kassaistrom, wobei er mit den wilden Bassongo-Mino einen blutigen Strauß zu bestehen hatte, und gelangte nach Kassaimouth am Kongo, wo er zu seiner Freude erfuhr, daß ein Kongostaat gegründet worden sei und ferner, daß auch das deutsche Reich sich zu thatkräftiger Unterstützung der deutschen Kolonialunternehmungen entschlossen habe. Während nun Dr. Wolf an Stelle Wißmanns, der zur Wiederherstellung seiner Gesundheit sich rasch nach Madeira begeben mußte, die Führung der Expedition überkam und den Sankurufluß erforschte, rüstete sich Wißmann, nachdem er sich erholt hatte, abermals im Auftrag des belgischen Königs zu einer dritten Reise und zwar in die südöstlichen Gebiete des Kongostaates, und löste seine Aufgabe mit der an ihm gewohnten Umsicht und Tüchtigkeit. So hatte er ein zweitesmal Afrika, diesmal von der Kongo- bis zu der Sambesimündung, durchquert. Seine hart angegriffene Gesundheit nötigte ihn jetzt zu einer längeren Ruhepause im Winter 1887 auf 1888. Als er dann genesen war und nach Deutschland zurückkehrte, sollte er die Führung der zur Rettung Emin Paschas auszusendenden Expedition übernehmen, allein die Reichsregierung nahm den erfahrenen Mann in ihren unmittelbaren Dienst, um ihn als Reichskommissar nach Ostafrika zu entsenden, eine Aufgabe Wißmanns, von der bald zu berichten sein wird.

Mit Emin Pascha tritt neben Livingstone der merkwürdigste Afrikaforscher in unseren Gesichtskreis. So wenig wie der Engländer Livingstone hatte er ursprünglich Afrika als Forscher aufgesucht. Erst die wunderbarsten Lebensschicksale haben ihn, einen Mediziner aus Schlesien Namens Eduard Schnitzer, auf diese Bahn gebracht. Nach weiten Reisen durch Kleinasien, Syrien und Arabien, zu denen ihn seine Liebe zu den Naturwissenschaften bestimmt hatte, übernahm er die Stelle eines ägyptischen Militärarztes bei dem durch sein tragisches Geschick nachher

so berühmt gewordenen Oberst Gordon in Chartum, der die bedeutenden Kenntnisse und Fähigkeiten desselben bald schätzen lernte und als Generalgouverneur des ganzen ägyptischen Sudan Emin zum Statthalter der Äquatorialprovinz ernannte. In Lado am Nil schlug nun Emin seine Residenz auf und kultivierte die Provinz in einer Weise, wie man es nicht für möglich gehalten hatte: man konnte „abgesehen von den wilden Tieren, durch das ganze Gebiet reisen ohne eine andere Waffe als den Spazierstock". Verbrechen waren fast unbekannt, ein wohlorganisierter Postverkehr bestand, die Produkte des Landes gediehen unter der vernünftigen Pflege, zu der er selbst anleitete. Unter seinem Regiment atmete die vorher unaufhörlich und grausam gequälte Bevölkerung frei und glücklich auf. Als aber 1882 der Mahdiaufstand ausbrach, Gordon in seiner Stadt Chartum gefallen war und die Sturmflut des fanatischen Krieges auch gegen ihn heranbrauste, da wurde seine Lage immer schwieriger. Er hatte Lado aufgeben müssen und sich mit den Europäern Casati und Junker, die zu ihm gekommen waren, nach Wadelai unterhalb des Albertsees 1885 zurückgezogen, wo er jeder Verbindung mit Europa beraubt, aber fest entschlossen war, weder seinen Posten schmachvoll im Stiche zu lassen, noch sein Gebiet aufzugeben. Durch Junker, der mit einer wahren Todesverachtung sich zur Ostküste durchschlug, ließ er diesen Entschluß und die Bitte um Waffen, Munition und Lebensmittel bekannt machen. Allein in Ägypten, dessen Beamter doch Emin Pascha war, redete man sich anfänglich darauf hinaus, daß man den Sudan preisgegeben habe: erst später wirkte das Schamgefühl wenigstens soviel, daß die Regierung 200000 Mark für den „Getreuen" bezahlte, während englische Kaufleute mehr als das Dreifache zur Rettung Emins, d. h. seiner zu erhoffenden Warenvorräte (Elephantenzähne u. a.) zusammenschossen. Auch die Aussicht auf die Äquatorialprovinz spielte bei dem hochherzigen Mitleid dieser berechnenden Geschäftsleute eine bewegende Rolle. Stanley sollte die Expedition übernehmen.

Mit Blitzesschnelle stellte dieser sich zur Verfügung: galt es doch abermals eine kühne Rettungsthat zu bewerkstelligen, neuen Ruhm zu ernten und für sich und seine Auftraggeber ein brillantes Geschäft zu machen. Allen Einwänden und Abreden zum Trotz wählte er nicht den vernünftigen kürzeren Weg von der Ostküste, sondern den weit längeren von der Westküste aus, von wo er am 19. März 1887 den Kongo hinauffuhr. Fast schien es, als liege ihm das Feld seiner früheren Thaten, auf dem er wieder Lorbeeren zu pflücken hoffte, weit mehr am Herzen als das Geschick des bedrängten Emin. Sein Zug, der dem

Aruwimifluß entlang unmittelbar auf den centralafrikanischen Urwald lossteuerte, zerstreute jeden Zweifel darüber. In dem Dunkel desselben warteten Entbehrungen, Heimsuchungen, Abenteuer aller Art auf ihn und seine Genossen; mit schonungsloser Rücksichtslosigkeit gegen alles und alle gewappnet, gegen die Eingeborenen ohne Erbarmen wütend — „die Winchestergewehre arbeiteten vorzüglich", schreibt er selbst — überwand er die Schwierigkeiten und traf am 29. April 1888 auf Emin Pascha, der verhältnismäßig noch weit besser daran war als sein „völlig abgerissener Erretter", den er erst mit dem Allernotwendigsten an Schuhen, Kleidern, Wäsche und Lebensmitteln versehen mußte. Trotzdem that Stanley, als sei nur er in der Lage, Emin aus seiner Not zu befreien, weshalb er ihn um jeden Preis für seine englischen Auftraggeber — sie hatten eine britisch-ostafrikanische Gesellschaft gegründet — zu gewinnen und ihn zur Anlegung einer Festung am nordöstlichen Gestade des Tanganjikasees zu bestimmen suchte. Diese eigennützige Absicht der Rettung durchschaute Emin alsbald und weigerte sich, darauf einzugehen. Während nun Stanley sich abermals in das Innere von Afrika verzog, um seine unter dem Major Bartelott in Jambuja zurückgelassene Nachhut abzuholen, sah sich Emin aufs neue seinem Schicksal überlassen. Über Bartelott war unterdessen eine wie es scheint durch seine Grausamkeit veranlaßte Katastrophe hereingebrochen, so daß Stanley von ihm, der ermordet worden war, nichts mehr auffand. Unterdessen hatte auch Emin ein schweres Geschick getroffen, indem sich seine ägyptische Mannschaft wider ihn empörte und ihn in einer seiner wenigen Stationen, die er noch besaß, in Dufile, gefangen nahm, um ihm und dem von Stanley zurückgelassenen Jephson den Prozeß zu machen. Allein seine Gerechtigkeitsliebe und Unantastbarkeit rettete ihm das Leben; sogar die Rebellen mußten beschämt gestehen, daß sie keine Schuld an ihm fänden. Gleichwohl behielten sie ihn in Haft, bis die Mahdisten sich gegen sie heranwälzten, so daß sie nun froh sein mußten, in Emin einen Führer zu besitzen, der dem andrängenden Feinde Halt gebot. Freilich seine Hülfsmittel waren fast gänzlich erschöpft, so daß er sich gezwungen sah, sich trotz seines Widerwillens mit dem wieder nahenden Stanley in Unterhandlungen einzulassen (Februar 1889). Es wurde endlich gemeinsamer Abmarsch nach der Ostküste verabredet, wobei Emin, dem daran gelegen war, möglichst alle seine Ägypter mit sich zu führen, von Stanley, dem ihre Anzahl zu groß und das Warten auf die Zerstreuten zu lang war, sich manche Rücksichtslosigkeit gefallen lassen mußte. Nach einem beschwerlichen Zug langten sie am 10. November in Mpuapua, der deutschen Station, an, wo die lange Vermißten von

Schmidt im Namen des Reichskommissars bewillkommnet wurden. Am 4. Dezember hielt die Karawane in der deutschen Hauptstation Bagamojo ihren Einzug. Bei dem Empfangsfest stürzte der kurzsichtige Emin von einer Veranda herab und verletzte sich so schwer, daß er längere Zeit in Todesgefahr schwebte. Stanley eilte währenddem Europa zu, um der überlaute Herold seiner Ruhmesthaten zu sein, Emin herabzusetzen und gegen die deutschen Kolonialunternehmungen im Interesse Englands Stimmung zu machen. Die öffentliche Meinung wurde sich über den Wert und die Bedeutung Stanleys und Emin Paschas allmählich klar: Stanley hat durch seine maßlose Eitelkeit und zum Teil seine Ungründlichkeit vielfach seine Verdienste selbst herabgedrückt und durch seine Parteigängerei die deutschen Sympathieen verloren. Emin Pascha aber verzichtete auf einen europäischen Triumphzug im Stile eines Reklamehelden. Er trat in die Dienste seines Vaterlandes und unternahm genesen einen Zug in den Westen des Viktoriasees, um dort den deutschen Besitz zu befestigen und das Gebiet der Kultur durch Arbeit und Fleiß zuzuführen. Schon am 20. April 1890 brach er auf.

Nachdem wir die historische Skizze über die Erforschung des dunkeln Erdteiles vorausgeschickt haben, wenden wir uns einer Schilderung der jungen deutschen Kolonisationsbestrebungen zu, welche zwar nicht auf Afrika beschränkt blieben, aber doch in diesem Weltteil am meisten Fuß faßten.

2. Die deutsche Kolonialpolitik.

Die Blüte des deutschen Handels und Gewerbes Ende des Mittelalters. Versäumnisse und Folgen. Das neue Reich und die kolonialpolitische Idee, das naturgemäße Entstehen derselben. Die Samoavorlage. Das Verhalten der Engländer in der Südsee. Zwingende Gründe. Einwände gegen die Kolonialpolitik. Das entscheidungsvolle Jahr. Schutzherrschaft in Westafrika. Anzeige an die Großmächte. Die Weißbücher. Bismarcks diplomatischer Sieg. Die Südsee. Flaggenhissung auf Nord-Neuguinea. Aufstand in Kamerun. Der Protest des Sultans von Sansibar. Die deutsche Antwort. Vertrag. Die Kolonialpolitik im Reichstag. Kamerundampfer. Postdampfervorlage.

Würden die Weltvölker alle auf der gleichen Stufe der Gesittung und Bildung, der Arbeitsthätigkeit und -fähigkeit stehen, so würde sich von selbst ein freier Verkehr unter ihnen auf der Grundlage der Gleichberechtigung herausgebildet haben. Dies ist aber thatsächlich nicht der Fall; im Gegenteil, weite Völkergebiete und Länderstriche, ja ganze Weltteile sind in allem, was menschliche Kultur heißt, weit, sogar gänz-

lich zurückgeblieben. Diese nun in den Kreis der Kultur hereinzuziehen, ist das charakteristische Bestreben der modernen Zeit; mit andern Worten, alle strebsamen und mächtigen Völker suchen sich solche Gebiete zu sichern, um den Reichtum ihrer besonderen Naturprodukte sich nutzbar zu machen und andererseits allmählich an ihnen Absatzgebiete für die eigenen Natur- oder Kunstprodukte zu gewinnen. Schon das Altertum, hauptsächlich das phönizische und griechische, kennt diese Bestrebungen. Seit der Entdeckung neuer Weltteile aber haben dieselben einen nie geahnten Umfang angenommen; es entstand ein förmlicher Wettstreit unter den civilisierten Völkern, an dem neu sich erschließenden Weltbesitz sich einen Anteil zu sichern. Die entscheidende Zeit war das Zeitalter der Entdeckungen, dessen Beginn wohl auf das Jahr 1492 zu setzen ist. Der deutsche Bürgerstand hatte sich durch seine Schaffensfreudigkeit und Tüchtigkeit in der mittleren Zeit eine hervorragende Stellung unter den europäischen Völkern errungen. Sein Handel blühte und reichte vom Süden Europas bis in den hohen Norden hinauf; die Erzeugnisse seiner kunstfertigen Thätigkeit waren allenthalben geschätzt und vermehrten sich durch bahnbrechende Erfindungen, die zu machen deutscher Geist so glücklich war. Es waren also sozusagen alle bürgerlichen Bedingungen für eine erfolgreiche Teilnahme an der anhebenden kulturellen Welteroberung gegeben. Was geschah nun aber? Die deutsche Kaisermacht vergeudete in einer engherzigen und kurzsichtigen Hauspolitik ihre Kräfte und ließ die weitschauenden Handelshäuser der Reichsstädte, wie die Welser, Fugger, Hirschvogel u. a., die alsbald sich anschickten, Schiffe auszurüsten und nach den neu entdeckten Ländern und auf den Ocean auszusenden, jämmerlich im Stich. So wurden jene Weltfirmen gezwungen, zuerst bei fremden Potentaten um teuern, ja fast unerschwinglichen Schutz zu betteln und bald hernach den Versuch überseeischer Erwerbungen überhaupt gänzlich aufzugeben. An Unternehmungsgeist und Wagemut fehlte es damals dem kraftvoll thätigen deutschen Bürgerstand nicht, aber die deutschen Kaiser ermangelten jedes Verständnisses ihrer Pflicht in dieser Beziehung. Was daraus folgte, ist männiglich bekannt. Der deutsche Welthandel schrumpfte rasch fast in nichts zusammen, die Gewerbthätigkeit ging ihrem Verfalle entgegen, das nationale Vermögen nahm ab und die Welt wurde vergeben, ohne daß die Deutschen einen Anteil erhielten. Jahrhundertelang dauerte dieser Jammerstand. Und wohin auch die überschüssigen oder unternehmenden Kräfte des deutschen Volkes sich wandten, da waren sie nur Gäste und Abhängige im fremden Hause, deren Fleiß man rücksichtslos ausbeutete oder die sich bei den kläglichen politischen Verhältnissen des Heimatlandes vom fremden Volkstum auf-

saugen ließen. Die Klagen darüber wurden seit langem in Deutschland vernommen.

Als das neue deutsche Reich wieder aufgerichtet war, erwachte sofort die Hoffnung auf eine Besserung auch dieser traurigen Verhältnisse. Es war keine thörichte und chauvinistische Schwärmerei, die diese Erwartung hegte, sondern eine sehr berechtigte und reale Erwägung. Die Unterlassungssünden der Vergangenheit mußten auch in dieser Beziehung wieder gut gemacht werden. Der deutsche Kaufmann durfte mit Grund darauf rechnen, daß das Reich ihn nicht in seiner Isolierung draußen schaffen, kämpfen und bangen lassen werde und die deutsche Geschäftswelt in der Heimat durfte fest erwarten, daß ihr neue und eigene Zufuhr- und Absatzgebiete erschlossen würden. Der Wege und Vorschläge zu diesem Ziele gab es manche, allein die Überlegung führte doch immer zu dem Ergebnis, daß es am besten sei, sich in der Welt nach Ländern, die sozusagen noch nicht vergeben waren, also nach einem eigenen Besitz umzusehen; mit andern Worten: den Versuch zu wagen, überseeische Besitzungen, Kolonieen zu erwerben. So drängte sich im Volksbewußtsein von selbst der Gedanke einer einzuschlagenden Kolonialpolitik immermehr in den Vordergrund, ohne daß es dazu einer künstlichen Verleitung und dergleichen, was oft behauptet wurde, bedurft hätte. Natürlich fand auch dieser Gedanke, sobald er sich hervorwagte, seine unerbittlichen Kritiker und Verurteiler. Und als vollends im Reichstag der Kanzler gewissermaßen den ersten Fühler ausstreckte, um die Volksvertretung zu sondieren, da erlitt er bezeichnend genug alsbald eine unverdiente Niederlage, über die man in den weitesten Kreisen ihren Ursachern mit Fug und Recht heftig zürnte, in der Samoavorlage.

Auf Samoa und andern Inselgruppen der Südsee bestanden bereits deutsche, im Aufschwunge begriffene Niederlassungen. Die Handelsbeziehungen mit dieser Weltgegend verhießen eine günstige Ausgestaltung. Da geriet das Hamburger Haus Godeffroy, welches auf Samoa ausgedehnte Ländereien erworben hatte, in eine finanzielle Notlage. In der Erkenntnis nun, daß der Verzicht auf die Erhaltung dieser Ländereien in deutschem Besitz das Ansehen und die kommerzielle Stellung Deutschlands in der ganzen Südsee herabdrücken würde, gründete sich 1880 zur Übernahme eine deutsche Südseehandelsgesellschaft mit einem Kapital von 10 Millionen Mark; das Reich sollte auf 20 Jahre eine Zinsgarantie übernehmen, welche aber den Betrag von 300000 Mark jährlich nicht überschreiten dürfe. Der Reichskanzler brachte im wohlerwogenen Interesse, das er dem deutschen Handel widmete und den zu unterstützen er für eine Pflicht des Reiches ansah, den entsprechenden

Antrag im Reichstag ein; allein mit der geringen Mehrheit von 16 Stimmen wurde derselbe abgelehnt (April 1880). Nicht bloß der Kanzler, sondern auch der größte Teil des deutschen Volkes war erstaunt über diese wenig verständnisvolle, knauserige Haltung der Volksvertretung, welche allerdings zu dieser prinzipiell so wichtigen Abstimmung sich wieder einmal nicht vollzählig (240 Mitglieder) zusammengefunden hatte; sonst wäre überhaupt der Entscheid anders ausgefallen. Kein Wunder aber, daß Bismarck klagte, diese Abstimmung habe gezeigt, daß es ihm an einem Rückhalt seitens der Nation mangele. Dagegen suchte nun England ganz geräuschlos die unabhängigen Gebiete der Südsee, auf welchen sich bis dahin der deutsche Handel ungehindert hatte entfalten können und die man als ein günstiges Feld auch für deutsche Kolonisationsbestrebungen ansehen durfte, als natürliche Domänen Australiens in Anspruch zu nehmen.

Hätte Bismarck den Gefühlen einen wesentlichen Einfluß auf seine Thätigkeit verstattet, so hätte seine Verstimmung ihn bewegen müssen, sich weiterer Versuche zu enthalten. Allein er war gewohnt, durch die thatsächlichen Verhältnisse, vor allem durch die Rücksicht auf das, was dem deutschen Reich und Volke frommte, sich leiten zu lassen. Der deutsche Handel konnte den Schutz des Reiches nicht entbehren, und der jährlichen Auswanderung tüchtiger Kräfte in fremde Länder durfte der Kanzler nicht länger mit verschränkten Armen zusehen. Durch die maßlose Schutzpolitik, welche die nordamerikanische Union trieb, wurde zudem die Einwanderung in dieses Gebiet sehr erschwert. Allerdings gab es in Südamerika noch Platz für Auswanderer; allein auch hier traten sie in fremde Staatsverbände ein, die sie allmählich verschlangen. Diese Beobachtungen gingen weder an den Regierungen, noch an den weiten Volkskreisen Deutschlands wirkungslos vorüber, sie forderten gebieterisch die Erwägung, ob man denn wegen jenes ersten Fehlers für alle Zeiten auf jeden kolonialpolitischen Gedanken verzichten solle. Die Antwort konnte um so weniger bejahend ausfallen, als sich durch das Mißgeschick der Samoavorlage mutige Firmen der deutschen Seestädte Hamburg und Bremen nicht hatten vergrämen lassen, sondern in der Hoffnung auf bessere Einsicht da und dort Besitzungen erworben hatten.

Die Gegner jeder Kolonialpolitik wurden allerdings nicht müde, auf alle Weise ein solches Unterfangen in Mißkredit zu bringen; sie wiesen nicht ohne Grund auf die schweren Opfer an Gut und Blut hin, die man bringen müsse; die Länder, welche die alten Kolonialmächte noch übrig gelassen, eigentlich verschmäht hätten, seien wasserarm und meist im tropischen Klima gelegen; der Aufenthalt bringe dem Europäer

den sichern Tod; an Ackerbaukolonieen, die einzig in Frage kommen könnten, sei nirgendsmehr zu denken. Allein der größere Teil des deutschen Volkes ließ sich auch durch diese nicht durchaus unstichhaltigen Einwände von seiner „Kolonialschwärmerei“ keineswegs heilen. Und Bismarck entschloß sich mit festen, aber bedächtigen Schritten dem Zuge des Volkes zu folgen.

Das Jahr 1884 brachte diese Entscheidung. Vorerst handelte es sich für den Kanzler nur darum, die von Deutschen erworbenen Gebiete unter die Schutzherrschaft des Reiches zu nehmen und dadurch vor allem dem neidischen England klar zu zeigen, daß Deutschland sich nicht sozusagen in seine Grenzen bannen lasse oder seine unternehmenden Bürger den Chikanen fremder Nationalangehörigen, sogar wenn diese Bürger des stolzen Albions wären, schutzlos preisgebe. Die deutschen Erwerbungen trugen von nun an nicht mehr einen rein privaten Charakter; in allen Fragen, in denen die Besitzer mit Ausländern in Berührung kamen, trat an ihre Stelle Kaiser und Reich mit ihrer schwerwiegenden Autorität. Die Notwendigkeit dieses politischen Eingreifens hatten insbesondere die Hamburger dem Kanzler in überzeugender Weise dargelegt. Die ersten Schritte, welche geschahen, bestanden darin, daß das Reich im Interesse der Togogebiete und der Biafrabai in Westafrika (Kamerun) mit Spanien einen Vertrag abschloß, worin dieses die Errichtung einer Marine- und Kohlenstation auf der ihm gehörigen Insel Fernando Po zugestand.

Der erste deutsche Forscher, der auf Kamerun aufmerksam gemacht hat, war der unermüdliche Eduard Robert Flegel, welcher im Jahre 1879 jene Teile Afrikas durchwanderte und in der Berliner geographischen Gesellschaft mit den eindringlichen Worten darauf hinwies: „Die reichen Gebiete südlich vom Benue auszubeuten, dem Vordringen der Fellata ein Ziel zu setzen und die volkreichen Gegenden vor allmählicher Entvölkerung durch blutige Kriege zu bewahren, die Menschen daselbst zur Arbeit heranzuziehen, und dies alles nicht bloß aus philanthropischer Absicht, sondern zum eigenen Nutzen nicht minder wie zu dem des Vaterlandes, das wäre eine Aufgabe, würdig für Männer unserer Tage. Ein solches Unternehmen könnte freilich nur von einem Volke durchgeführt werden, welches feste Rückhalte in blühenden Kolonieen an der Westküste besäße“. Das, wozu er hiermit Deutschland ermahnte, geschah bald darauf; noch vor seinem frühzeitigen Tode, der ihn 1886 auf seinem afrikanischen Arbeitsfeld ereilte, wurde der Anfang gemacht. Es erhielt nämlich der deutsche Generalkonsul und berühmte Forschungsreisende Dr. Nachtigal 1884 den Auftrag, die ihm gut dünkenden Freundschafts-, Handels- und Schutzverträge ungesäumt abzuschließen.

Nachtigal vollzog diesen Befehl so rasch und durchgreifend, daß er den englischen Agenten, welche zu gleichem Zwecke sich eingefunden hatten, glücklich zuvorkam und durch seine mit den Häuptlingen abgeschlossenen Verträge den ganzen Küstenstrich an der Biafrabai unter deutsche Schutzherrschaft stellte. In Kamerun wurde nun auf das Drängen der Hamburger Firmen zwar ein „Gouverneur" eingesetzt, dagegen vorläufig die Verwaltung den Besitzern selbst überlassen, ein Zustand, der noch nicht als eine endgültige Regelung betrachtet werden konnte, den aber Bismarck vorsichtshalber wählte, um dem Reiche nicht zu große Kosten aufzuerlegen. In einer Note an die Großmächte zeigte er diesen an, daß „die Regierung Sr. Majestät des Kaisers zur wirksameren Wahrung des deutschen Handels an der Westküste Afrikas einige Gebiete dieser Küste unter ihren Schutz genommen habe": es waren an der Sklavenküste das Togogebiet mit den Häfen Lome und Bagida, in der Biafrabai die Gebiete von Bimbia, Kamerun, Malimba (ausgenommen der nördliche Teil), Klein-Batanga, Plantation und Criby, südlich das Küstengebiet zwischen Kap Frio und dem Oranjefluß, ausgenommen die Walfischbai (insſ. Angra-Pequena). Die englische Regierung hatte anfangs Miene gemacht, als wolle sie das deutsche Protektorat über Angra-Pequena nicht anerkennen; allein, die Festigkeit Bismarcks überwand diese Einspruchsversuche so siegreich, daß Granville sich am 22. Sept. 1884 bewogen fühlte, Deutschland als Englands Nachbar in Westafrika zu begrüßen, nur die Oberhoheit über die Walfischbai zu beanspruchen und die Regelung der strittigen Besitzansprüche einer gemischten Kommission zu übertragen. Auch in Bezug auf die Ansprüche deutscher Reichsangehörigen, welche auf den Fidschi-Inselgruppen seit 1874 Ländereien erworben hatten und mit dem Gouverneur von Neu-Süd-Wales in Streit geraten waren, gestand Granville die kommissarische Untersuchung zu (Weißbuch vom 20. Jan. 1885).

Man freute sich in Deutschland allgemein über diesen Erfolg, den Bismarcks Staatskunst über die englische Zähigkeit und Anmaßung mit zielbewußter Sicherheit davongetragen hatte. In „Weißbüchern", welche dem Reichstag vorgelegt wurden, veröffentlichte der Reichskanzler die Urkunden über die von ihm unternommenen Handlungen. Ein solches Weißbuch vom 13. Dezember 1884 legte dar, daß Bismarck auch dem deutschen Handel auf den weitverzweigten Inselgruppen der Südsee seine Fürsorge zugewandt hatte. In Apia war ein kaiserliches Konsulat schon errichtet, dem in nächster Zeit ein Beamter zur Vertretung der deutschen Interessen in Neu-Britannien und Neu-Irland beigegeben werden sollte mit dem Auftrage, unterstützt durch ein kaiserliches Kriegsschiff „die

Rechte und Interessen des deutschen Handelsstandes gegen Benachteiligung und Vergewaltigungen zu schützen". Gerade in der Südsee galt es die Augen offen zu halten. Obwohl hier viel herrenloses Land vorhanden war und selbst die englische Regierung (Meade) zugeben mußte, daß „weder in Neu-Guinea, noch im neubritannischen Archipel irgend welche nennenswerte englische Niederlassungen bestünden", so erwachte doch englischerseits das Verlangen nach dem Besitz dieser Gebiete in dem Augenblick, wo Deutschland darnach seine Hand ausstreckte. Aber man ließ sich durch die englischen Einwürfe, Interpellationen und sonstigen diplomatischen Kunststücke nicht irre machen, sondern die deutsche Flagge wurde im Laufe des Jahres 1884 an drei Stellen der Nordküste von Neu-Guinea und an zehn Stellen in Neubritannien, Neu-Irland und Sableland gehißt. Darüber kam es zu einem heftigen diplomatischen Streit zwischen Deutschland und England, der indessen durch gütliche Verträge, in denen die beiderseitigen Interessensphären am Golf von Guinea und auf Neu-Guinea abgegrenzt wurden, seine Begleichung fand. England mußte vor allem sich zu der Erkenntnis bequemen, daß Deutschland eine gleichberechtigte Kolonialmacht geworden sei und daß es in der Lage sei, an mehr als an einem Punkte der Weltpolitik den englischen Interessen entgegenzuwirken, falls die englischen Staatsmänner der jung aufstrebenden deutschen Kolonialmacht etwa irgendwo draußen im Ozean Schwierigkeiten in den Weg zu werfen für gut ansehen würden. Der Reichskanzler verlangte die gegenseitige Anerkennung auf dem Boden der Gleichberechtigung nach seinem offen ausgesprochenen Grundsatz: do ut des.

Ließ die Beilegung dieser Reibungen, sowie der auch glücklich geschlichtete Karolinenstreit (s. Spanien) die staatsmännische Größe Bismarcks in vollstem Lichte erscheinen, so bewiesen diese Vorgänge doch auch, daß die Kolonialpolitik mit mancherlei Verwickelungen verbunden sei und zu Konflikten mit anderen Mächten leicht führen könne, überhaupt Anforderungen an die Nation stelle, vor denen man nach dem ersten Schritt nicht mehr zurückweichen dürfe.

Die Proben blieben nicht aus. Schon Ende 1884 hatten in Kamerun sich aufrührerische Neger gegen die Europäer empört, den König Bell verjagt, Belltown niedergebrannt und den Beamten des Wörmann'schen Geschäftes, Pantenius, ermordet. Daraufhin landete die Mannschaft zweier deutschen Kriegsschiffe mit vier Schiffen, schlug die Aufständischen, von denen 30 getötet und viele verwundet wurden, und stellte die Ordnung wieder her. Größerer Anstrengung bedurfte man in Ostafrika, wo der Sultan von Sansibar, von dem englischen Konsul

geschürt, feierlich dagegen protestierte, daß die ostafrikanische Gesellschaft Verträge mit den eingeborenen Fürsten der Landschaften Usagara, Useguha, Nguru und Ukami an der Festlandsküste abgeschlossen und sie unter deutsche Schutzherrschaft gestellt habe, während doch ihm die Oberhoheit über diese Gebiete zustehe. Zur Bekräftigung dieser Verwahrung schickte er alsbald eine Expedition von 600 Mann gegen den Sultan von Witu, der mit Deutschland ein Freundschaftsbündnis eingegangen hatte. Man war in Berlin nicht willens, sich in der Weise herausfordern zu lassen, und um der Welt zu zeigen, daß das Reich auch in Kolonialangelegenheiten sich nicht mit halben Maßregeln abgebe, wurde sofort ein aus 5 Korvetten bestehendes Geschwader vor Sansibar entsandt. Die Wirkung folgte sofort. Der Sultan erkannte ohne jede Einschränkung das deutsche Protektorat über alle genannten Gebiete, einschließlich Witu, an und versprach ungesäumt aus letzterem seine Truppen zurückzuziehen (August 1885). Im Oktober räumte er auch der Gesellschaft den Hafen von Dares=Salam ein unter Vorbehalt seiner Oberhoheit und am 20. Dezember wurde ein Freundschafts=, Handels= und Schiffahrtsvertrag zwischen dem deutschen Reiche und dem Sultan unterzeichnet. Auch sonst hatte in Ausübung des ihr vom Kaiser am 3. März 1885 erteilten Schutzbriefes die ostafrikanische Gesellschaft noch Erwerbungen gemacht: der Großsultan der Somalis sicherte ihr durch Vertrag das Handelsmonopol an der ganzen Küste von der Sansibargrenze an bis Ras Ulula. Sie erwarb ferner die Landschaft Usaramo, das Kilimandscharogebiet und die Landschaft Uhehe. Man muß gestehen, kühn und erfolgreich setzten die Kolonialunternehmungen ein, am glücklichsten die ostafrikanische Gesellschaft, deren weite Gebiete nutzbringende Ausbeute verhießen.

Es war nur die Frage, ob die Gegner der Kolonialpolitik dem Drucke der öffentlichen Meinung nachgeben, ihren Widerstand im Reichstag und ihre engherzigen Nergeleien gegenüber den finanziellen Vorlagen aufgeben würden. Manche Befürchtungen wurden laut; allein diesmal siegte doch die Wucht der Thatsachen. Zunächst, es waren eben die Nachrichten von den Gefechten in Kamerun eingelaufen, setzte Bismarck in einer seiner denkwürdigsten Reden seine ganze Persönlichkeit für die Sache ein. Wenn die Regierung, sagte er am 10. Januar 1885, nicht vom Reichstag eine freie, von einer gewissen nationalen Begeisterung getragene Unterstützung erhalte, so sei ihr die Kolonialpolitik unmöglich gemacht. Er sollte sich diesmal trotz der Gegenreden, die eben gehalten werden mußten, nicht getäuscht sehen; denn mit überaus großer Mehrheit bewilligte der Reichstag die Mittel für einen Kamerundampfer und die Kolonialbeamten. Schon ziemlich ernüchtert erschien diese Begeiste=

rung bei der sog. Postdampfervorlage, die aber doch die Genehmigung erhielt und zwar so, daß der Kanzler zur Einrichtung und Unterhaltung von regelmäßigen Postdampfschiffverbindungen mit Ostasien und Australien den geeigneten deutschen Unternehmern eine jährliche Beihülfe bis zu 4 Millionen Mark leisten dürfe und ferner, daß eine Zweiglinie zu dieser Hauptlinie von Triest über Brindisi nach Alexandrien mit einer Jahresunterstützung im höchsten Betrag von 400000 Mark eingerichtet werden solle. Schon am 30. Juni des folgenden Jahres wurde die neue Reichslinie eröffnet, indem der erste deutsche Postdampfer von Bremerhaven an diesem Tage nach Ostasien in See stach.

3. Schutzbrief für die Salomonsinseln. Die ostafrikanische Gesellschaft. Vertrag mit dem Sultan von Sansibar. Der erste Schritt. Die Entdecker des Kilimandscharo. Baron v. d. Decken. Die erste Expedition der ostafrikanischen Gesellschaft. Reichard auf seiner Rückkehr. Karl Peters. Seine erste Unternehmung. Neue Expedition mit mehreren Genossen. Deutsche Missionsstationen. Der Aufstand in Ostafrika. Der Widerstand der Deutschen. Buschiri. Ein entscheidender Augenblick. Die Sklavenfrage. Wißmanns Bestallung als Reichskommissar und die deutsche Schutztruppe. Die ersten Feindseligkeiten. Gravenreuth im Kampfe mit den Mafiti bei Jombo. Buschiris Niederlage und Tod. Bana Heri und seine Unterwerfung. Wißmanns Rückkehr nach Deutschland. Der Vertrag mit England über die Interessensphären in Afrika. Helgoland.

Das Jahr 1886 verlief in der Kolonialpolitik unter ruhiger Fortbewegung auf der eingeschlagenen Bahn. Mit Spanien vertrug sich das Reich durch Anrufung und Unterwerfung unter den Schiedsspruch des Papstes; mit England wurde sowohl in der Südsee als in Westafrika ein friedliches Abkommen getroffen über Handelsfreiheit und Abgrenzung der beiderseitigen Machtsphäre, bezüglich der Südsee am 10. April, bezüglich Westafrikas am 2. August. Infolge des ersteren Vertrages erteilte der Kaiser am 13. Dezember der Neu-Guinea-Gesellschaft einen Schutzbrief für die in der deutschen Rechtssphäre gelegenen Inseln der Salomonsgruppe: die Bougainville-, Choiseul- und Isabelinsel, auf welchen ein Kriegsschiff die deutsche Flagge hißte. Es stellte sich aber immer deutlicher heraus, daß den Erwerbungen in Ostafrika die meiste Bedeutung und Aussicht für die Zukunft zukam. Allerdings waren die Verhältnisse dort noch wenig geordnet. Die ostafrikanische Gesellschaft hatte mit einer großen Anzahl der eingeborenen Häuptlinge Verträge abgeschlossen, während der Sultan der Insel Sansibar behauptete, daß ihm die ganze Küste vom Kap Delgado an und das ganze Hinterland

bis zum großen Tanganjika- und zum Nyassasee gehöre. Worin aber bestand diese Herrschaft, ihr Recht und ihre Übung? Darin, daß er, soweit sein Arm reichte, den Negerstämmen Tribut abnahm und ihre Gebiete mit seinen Arabern zu schmählichen Sklavenjagden benützte; sonst that dieser würdige Herrscher nichts. Deshalb konnte es nicht wundern, daß die Negerstämme sich so bereit zu Verträgen mit den Deutschen zeigten, weil sie die richtige Empfindung hatten, dadurch von ihrem Peiniger und seinen Helfershelfern befreit zu werden. Den Deutschen kam es darauf an, mit dem Sultan wenn möglich ein gütliches Abkommen zu treffen, dessen Vermittelung nach dem zwischen der englischen und deutschen Regierung Anfang November 1886 getroffenen Vertrage die erstere übernahm. Zunächst wurde das Hoheitsgebiet des Sultans abgegrenzt, indem seine Herrschaft über Sansibar und Pemba, Lamu und Mafia und die benachbarten kleineren Inseln anerkannt wurde. An der Küste wurde ihm die Linie vom Kap Delgado bis Kipini und landeinwärts ein 10 Seemeilen breiter Küstensaum zu-, das übrige Hinterland abgesprochen. Den Deutschen wurde der festländische Besitz vom Kap Delgado und dem Hafen Wanga bis zu den Seen, einschließlich des südlichen Teiles des Viktoria-Nyanzasees, zugesprochen; ferner die Berglandschaft von Usambara und das Kilimandscharogebiet zum größeren Teil. Die Zölle in den beiden Häfen Dares-Salam und Pangani verpachtete der Sultan an die ostafrikanische Gesellschaft. Dieser Vertrag bot den Deutschen zweifellos viele Vorteile und bedeutete deshalb einen nennenswerten Fortschritt. Ihn durchzusetzen bedurfte es des freundlichen Entgegenkommens, das die englische Regierung seit längerem gegenüber der deutschen Kolonialpolitik beobachtete, und eines starken deutschen Geschwaders, das der größeren Deutlichkeit halber vor Sansibar erschien. Die Erledigung dieser Vorfragen ebnete erst die Bahn zur Hauptsache, zum kulturellen Erschließen der gewonnenen Gebiete, wozu in ersterer Linie sehr beträchtliche und gesicherte Mittel erforderlich sind. Man begrüßte es deshalb allgemein in Deutschland, daß die beiden bisher konkurrierenden Kolonialgesellschaften sich im Jahre 1887 zu einer kapitalkräftigen Gesellschaft für Ostafrika zusammenschlossen. So war der Grund zu einer hoffnungsvollen, des deutschen Namens würdigen Kulturarbeit politisch und finanziell gerade an diesem wichtigsten Punkte gelegt.

Allerdings, man stand erst am Anfang. Und doch wie saure Arbeit war schon bis dahin geleistet worden! Den Weg zu den großen Binnenseen des schwarzen Erdteils hatten der Welt die mutigen deutschen Missionäre Krapf und Rebmann gezeigt, die nämlichen, welche auch die äquatorialen Schneeberge, vor allem den gewaltigen Kilimandscharo,

entdeckten. Es war in den Jahren 1848 und 1849 gewesen. Die Engländer erklärten damals die Beschreibungen dieser Männer für Phantasiebilder; in diesen Himmelsgegenden gebe es keinen Schnee. Allein Anfang der sechziger Jahre unternahm der deutsche Baron von der Decken eine Forschungsreise in das nämliche Gebiet und fand die Aussagen seiner Vorläufer vollauf bestätigt, leider sollte er mitten aus seiner mutvollen Thätigkeit durch den Tod herausgerissen werden, den er 1865 durch einen meuchlerischen Somali erlitt. 1880 sandte, unterstützt vom belgischen König, die ostafrikanische Gesellschaft eine Expedition, bestehend aus Dr. Böhm, Dr. Kaiser und Reichard, zur Erforschung von Ostafrika aus: sie sollten zwischen dem Tanganjikasee und dem Hauptthandelsplatz der schändlischen arabischen Sklavenhändlerstation Tabora eine wissenschaftliche Station errichten. Todesmutig drangen sie unter vielen Kämpfen, unter unsäglichen Entbehrungen und Strapazen immer tiefer in das Innere ein, aber Kaiser und Böhm erlagen, und P. Reichard mußte seinen ganzen Mannesmut aufbieten, sich mit den Seinen bis zur Küste durchzuschlagen. Im August 1885 langte er glücklich in Sansibar an.

Welche Überraschung hatte sich ihm in Usagara geboten! Als er 1880 ausgezogen war, bestand keine Aussicht, daß das deutsche Reich je in fremden Ländern seine Flaggen hissen lassen werde, und als nun Reichard 1885 in Usagara bei der Station Kiora anlangte, da flatterten die deutschen Farben lustig auf dem Faktoreigebäude im Winde, so daß er erstaunt fragte, was das zu bedeuten habe, und über den Sachverhalt belehrt in den Ruf ausbrach: „Gott sei Dank, daß Deutschland sich aufgerafft hat“.

Aus sehr bescheidenen Anfängen war das ostafrikanische Unternehmen hervorgegangen. Im Jahre 1884 hatte ein junger schneidiger Gelehrter, Dr. Karl Peters, welcher nach dem Besuch mehrerer Universitäten in London das englische Kolonialwesen studierte, einen Verein für deutsche Kolonisation in Berlin gegründet und sich an patriotische Männer mit einem Aufruf zur Unterstützung kolonialer Unternehmungen gewendet. Als die zu einer Expedition erforderlichen Mittel zusammengebracht waren, entschied ein Beschluß der Gesellschaft, es solle zunächst Usagara in Ostafrika erforscht werden. Peters mit seinem Freunde Dr. Jühlke und dem Grafen Pfeil, jungen, entschlossenen Männern, fuhr in aller Stille und unter Geheimhaltung des Planes nach Sansibar. Auch hier bewahrten sie ihr Geheimnis, trafen rasch die Vorbereitungen und fuhren am 10. November 1884 nach Saadani ans Festland hinüber. Mit bewundernswerter Klugheit und Umsicht drang die Karawane ins Innere

vor, mit den Häuptlingen wurden Freundschaftsbündnisse geschlossen, Ländereien erworben und die deutsche Flagge gehißt; die Neger zeigten sich überall freundlich und bereitwillig. In Muinin-Sagara gründete Graf Pfeil die erste Station, während Peters und Jühlke durch Ukami ziehend bei der französischen Missionsstation Bagamojo wieder die Küste erreichten. In die Heimat zurückgekehrt hatte er die Genugthuung seine Erwartungen durch einen kaiserlichen Schutzbrief für die Landschaften Usagara, Nguru, Useguha und Ukami bestätigt zu sehen. Zu neuen kühneren Plänen ermutigte den Rastlosen diese Anerkennung: es sollte, um allen, in erster Linie den neidvollen Engländern zuvorzukommen, so schnell als möglich bis zu den großen Binnenseen und an die Grenzen des Kongostaates vorgedrungen werden. Peters' Genossen entfalteten daraufhin eine fast fieberhafte Thätigkeit: Jühlke und Weiß drangen zum Kilimandscharo vor und erwarben in 10 Verträgen 1500 Quadratmeilen des schönsten und fruchtbarsten Landes, andere Expeditionen schwärmten im Norden bis über das Kap Guardafui hinaus, Lieutenant Schmidt erwarb die wertvolle Landschaft Usaramo, wobei er mit nicht weniger als 24 Häuptlingen Verträge abschloß und gemeinsam mit Dr. Hentschel ein gefährliches Abenteuer zu bestehen hatte. Schwer verwundet war er dem Tode nahe und genas erst nach Monaten. Bei einer Fahrt ins Wituland fanden Lieutenant Güntter und Jühlke den Tod, der erstere durch Ertrinken, der letztere durch einen feigen Meuchelmord. Daß das zweideutige Verhalten, besonders des Sultans von Sansibar, ein energisches Auftreten zur Pflicht machte und zu der Flottendemonstration des Jahres 1885 führte, ist schon erzählt worden. Gerade dieses entschiedene Auftreten des deutschen Reiches verfehlte auch nicht auf die arabische wie auf die Suaheli-Bevölkerung einen tiefen Eindruck.

Dadurch trat eine ruhigere Zeit ein, welche — was doch die Hauptsache blieb — friedliche Arbeit gestattete. Es galt zunächst Stationen, die Ausgangs- und Stützpunkte der Kultur, anzulegen: in den Jahren 1885 bis 1888 wurden 17 gegründet, dazu bestimmt, Versuche mit dem Boden und den auf ihm gedeihenden Kulturgewächsen anzustellen, ferner Handelsfaktoreien und Erziehungsanstalten für die einheimische Bevölkerung zu werden. Ohne das Christentum, d. h. ohne Missionsthätigkeit können selbstverständlich die Neger für die Gesittung nicht dauernd gewonnen werden. Zwar bestanden schon englische und französische Missionsstationen mit verschiedenen Erziehungsprinzipien, allein die Deutschen sahen ein, daß auch sie die Pflicht hätten, am Missionswerk thätigen Anteil zu nehmen. Es wurden drei evangelische Missionshäuser gebaut, das

bedeutendste in Dares-Salam, und eine katholische Benediktinerstation in Pugu.

Wir haben oben gesehen, daß der Sultan von Sansibar genötigt wurde, die Zollverwaltung an den Küstenplätzen auf dem Festland der ostafrikanischen Gesellschaft zu überlassen. Schon bei der Übernahme zeigte sich an manchen Punkten ein entschiedener Widerstand, der sich allmählich zu einem wohlorganisierten Aufstand auswuchs. Nicht die einheimische Bevölkerung, sondern die arabischen Sklavenhändler erregten denselben, weil sie die begründete Besorgnis hegten, daß die Deutschen ihr schändliches Handwerk nicht länger dulden würden. Durch Lügen und Bestechungen hetzten diese würdigen Bekenner des Islams die Neger, die sie heimlich bewaffneten, gegen die deutschen Beamten und ihre Häuser auf. Die Lage wurde immer unheimlicher, bis sich endlich die Deutschen an manchen Orten regelrecht eingeschlossen sahen. Im September 1888 brach der Aufstand aus. In Kilwa-Kiwindsche wurden Hessel und Krieger überfallen und getötet. In Bagamojo wehrte sich von Gravenreuth, ein schneidiger bayerischer Offizier, der in den Dienst der ostafrikanischen Gesellschaft getreten war, mit Glück und verjagte die Aufständischen. In Dares-Salam hielt Leue die Ordnung aufrecht. England und Deutschland verhängten nun über die Seeplätze die Blockade, um den Sklavenhandel gründlich auszurotten. Um so wilder flammte die Wut der Sklavenhändler und der von ihnen geschürte Aufstand landeinwärts auf. Die Angriffe, deren Leiter der reiche Araber Buschiri war, richteten sich hauptsächlich gegen Bagamojo und Dares-Salam. Gegenüber der Masse ihrer Gegner mußten die Deutschen sich auf die Verteidigung beschränken und ihre Stationshäuser zu kleinen Festungen umgestalten. Tag für Tag gab es heftige Kämpfe. Soweit es ging, kam den Belagerten das Feuer der am Strande liegenden deutschen Kriegsschiffe zu Hülfe. Fast nur übermenschlicher Anstrengung gelang es, den Angriff von Dares-Salam nach einem wilden Gefecht abzuschlagen. Die Vertriebenen warfen sich dann mit schamloser Wut auf die schutzlose Missionsstation Pugu und zerstörten dieselbe bis auf den Grund.

Offenbar war die deutsche Kolonialpolitik abermals an einem entscheidenden Wendepunkt angelangt. Man erkannte, es genügte nicht, sich für die Beseitigung des Sklavenhandels, wofür mit großem Erfolg der französische Kardinal Lavigerie allerorten in Europa thätig war, auszusprechen und diesen Greuel an den Küstenplätzen durch Kriegsschiffe zu verhindern; es genügte nicht, mit Beifall zuzuschauen, wie kühne deutsche Männer in den dunkeln Erdteil immer tiefer eindrangen, mit

den einheimischen Häuptlingen Bruderschaft machten und die deutsche Flagge hißten; es genügte auch nicht jetzt, wo die Sklavenhändler in wütender Verzweiflung einen Kampf auf Leben und Tod mit der Handvoll „Agenten" der ostafrikanischen Gesellschaft begonnen hatten und fanatische Massen gegen die jungen und kleinen Stationen heranführten, die mutvollen Verteidiger nur in den Küstenplätzen durch die kreuzenden deutschen Kriegsschiffe, so gut es ging, zu unterstützen — es mußte mehr geschehen, das Reich mußte auf dem Festlande selbst eingreifen, die Schutzherrschaft, welche es übernommen, mußte durch eine wirksame Schutztruppe ausgeübt werden. Die tapferen Pioniere des deutschen Kolonialgedankens jetzt im Stiche zu lassen, wäre eine Verleugnung der deutschen Ehre gewesen. Gleichviel, ob man sich einen anderen, vielleicht weniger kostspieligen Verlauf der nun einmal begonnenen Kolonialpolitik gedacht, erhofft hatte oder nicht — die Opfer mußten gebracht werden. Selbst in solchen Volkskreisen, in denen man sich der „Kolonialschwärmerei" gegenüber sehr frostig verhalten, verschloß man sich diesen zwingenden Gründen nicht.

Bedächtig und aufmerksam war der ganzen Bewegung und Unternehmung schon bisher der Reichskanzler, dem das Geschick es beschied, das deutsche Volk in vielfach neue Wege einzuführen und einzuweisen, gefolgt. Mit seinem gewohnten Fleiße bewältigte er auch dieses neue Arbeitsgebiet. Stets durch seine Generalkonsule in Sansibar, Rohlfs und dann Michahelles, auf dem Laufenden erhalten, war er von der Notlage, in die durch den Ansturm der arabischen Sklavenhändler die deutschen Ansiedler in Ostafrika geraten waren, genau unterrichtet. In der Sklavenfrage nahm er den christlichen Standpunkt ein, daß die Lösung derselben eine civilisatorische Aufgabe unseres Jahrhunderts sei, ohne zu übersehen, daß es nur dem gemeinsamen Wirken der beteiligten civilisierten Nationen gelingen könne, jenen traurigen Zuständen allmählich ein Ende zu machen. Wenige Tage, nachdem er in diesem Sinne mit England den Blockadevertrag abgeschlossen hatte (3. Nov. 1888), betonte es nachdrucksamst eine kaiserliche Thronrede als die Aufgabe des deutschen Reiches, den afrikanischen Weltteil „für christliche Gesinnung zu gewinnen". Der Reichskanzler legte dem Reichstag in einer eindringlichen Rede den Entwickelungsgang der Kolonialpolitik dar und begründete die Notwendigkeit einer opferbereiten Unterstützung. Nichts bewies wieder mehr, daß er von der Zustimmung der Nation getragen war, als die überaus große Mehrheit, mit welcher der Reichstag die geforderten 2 Millionen Mark „zur Unterdrückung des Sklavenhandels und zum Schutze der deutschen Interessen in Ostafrika" bewilligte.

Und nun wurde rasch und energisch in die ostafrikanischen Händel eingegriffen. Wißmann, ein junger preußischer Offizier, der, wie erzählt, zweimal Afrika durchquert und mit scharfem Auge durchforscht hatte, wurde alsbald zum „Reichskommissar" von Ostafrika mit weitgehenden Vollmachten und dem Auftrage, den Aufstand niederzuschlagen, ernannt. Schon aus den Vorbereitungen, die er traf, ersah man seine Vertrautheit mit den Verhältnissen, mit Land und Leuten, mit dem Klima und der Witterung u. s. w. Mit gutem Vorbedacht wurde auf alle diese ausschlaggebenden Dinge Rücksicht genommen, die notwendigen Anschaffungen und Zurüstungen gemacht, eine entsprechende Anzahl von Offizieren, Unteroffizieren und Ärzten gewonnen. Diese sollten eine aus Sudannegern, dem brauchbarsten afrikanischen Soldatenmaterial, gebildete Truppe, für die auch noch Somalis und Zulus angeworben wurden, einüben und für den Kriegszug ausbilden. Als Wißmann ankam, überzeugte er sich durch eine Küstenfahrt, daß er sich auf einen hartnäckigen Widerstand gefaßt machen müsse. Buschiri hatte sich 1½ Stunden landeinwärts von Bagamojo verschanzt und ließ dem neuen Reichskommissar wissen, er werde ihn und die Deutschen, wie bisher alle Weiße, aus dem Lande hinauswerfen. Am 8. Mai eröffnete Wißmann den Feldzug mit einem wohlvorbereiteten Angriff auf Buschiris Lager, das mit stürmender Hand siegreich genommen wurde. Buschiri entkam. Durch fliegende Kolonnen säuberte nun Wißmann die Umgebung von Bagamojo und Dares-Salam, dann wurde Pangani, der Hauptherd des Aufstandes, und Tanga eingenommen. Wesentlich erleichtert wurde diese Thätigkeit dadurch, daß die einheimische Bevölkerung, sobald sie sich von dem Terrorismus der Araber befreit sah, in den Deutschen Befreier erblickte und ihre Maßregeln unterstützte. Die am weitesten ins Innere vorgeschobene Station war Mpuapua; nach seiner Niederlage war Buschiri gegen sie herangezogen und hatte sie zerstört, dem einen Beamten die Kehle durchschnitten, den anderen verjagt. Wißmann entschloß sich zunächst, die zur Station führende Karawanenstraße freizumachen, indem er mit seiner geübten Truppe im September dorthin aufbrach, auf dem Wege zwei arabische Lager zerstörte und in Mpuapua eine Militärkolonie anlegte zur Sicherung der ins Innere führenden Karawanenstraßen.

Währenddem hatte Gravenreuth, der von Wißmann zur Beaufsichtigung der Küste zurückgelassen worden war, mit dem verschlagenen Buschiri viel Arbeit. Dieser hatte es verstanden, den kriegerischen und beutegierigen Stamm der Mafiti durch Versprechungen und Aussicht auf reiche Beute zur Gefolgschaft zu bewegen. Mit ihnen drang er ver-

wüstend in Usaramo ein; Gravenreuth zog ihm entschlossen entgegen. Bei Jombo in der Nähe von Bagamojo stieß er auf den vielfach überlegenen Feind, den er nur durch die äußerste Tapferkeit überwältigen konnte. Auch diesmal entkam Buschiri, der sich nun wieder nach Pangani wendete und die Waseguha aufwiegelte. Allein seine Tage waren gezählt. Lieutenant Schmidt schlug ihn und stürmte sein Lager. Jetzt verlor er seinen Anhang; seine arabischen Stammesgenossen verließen ihn feige und die Landeseingeborenen, welche bisher nur aus Furcht sich vor dem grausamen Bedränger gebeugt hatten, nahmen ihn gefangen und lieferten ihn den Deutschen aus. Nach kriegsrichterlichem Spruch wurde er am 15. Dezember in Pangani aufgehängt.

Es schien, als sei man des ganzen Aufstandes Herr geworden. Aber noch galt es einen zweiten, wie Buschiri fanatischen Araber, den „Sultan von Useguha", wie er sich selbst nannte, niederzuschlagen. Bana Heri waltete in dem zwischen Bagamojo und Pangani gelegenen Küstendorf Saadani. Seit Beginn des Aufstandes diente es allen fanatischen und flüchtigen Parteigängern desselben als Zufluchtsstätte; wiederholt war es in Brand geschossen worden, immer wieder erhob es sich aus dem Staube. Mit Buschiri hatte Bana Heri gemeinsame Sache gemacht, den Aufstand verbreitet, und als er sich an der Küste nicht mehr sicher fühlte, sich ins Innere des Landes zurückgezogen, wo er, durch den undurchdringlichen „Busch" gedeckt, da und dort wohlverwahrte und verborgene Befestigungen (Bomas) anlegte. Da war es sehr schwer, ihn nur zu finden. Dennoch entschloß sich Wißmann gerade in den Tagen, als Buschiris Glücksstern rasch erbleichte und erstarb, ihn aufzuspüren. Mitten in einem dichten Urwald lauerte er in einem stark befestigten Lager, Mlembule genannt. Aufgefunden schlug er die Angriffe der kleinen Abteilungen, die zuerst gegen ihn anrückten, ab; Wißmann marschierte nun selbst mit seiner ganzen Truppe gegen ihn und hatte einen gefährlichen und erbitterten Kampf mit ihm zu bestehen. Zwar gelang es nach heißer Anstrengung das Lager zu erstürmen, allein Bana Heri war in andere seiner Befestigungen entkommen. Erst als diese ebenfalls erstürmt waren, ergab er sich und gelobte von nun an den Deutschen treuen Dienst leisten zu wollen. Im Mai 1890 wandte sich nun Wißmann gegen die südlichen Hafenstädte und nahm Kilwa und Lindi, die er sofort befestigen ließ. Nach heißer Arbeit kehrte dann der mutvolle Kämpfer nach Deutschland zurück, um sich von den unsäglichen Anstrengungen, welche seine Gesundheit arg erschüttert hatten, wieder zu erholen.

In derselben Zeit, während Wißmann auf der Heimfahrt begriffen war, that die deutsche Reichsregierung in Bezug auf Kolonialangelegenheit einen bedeutungsvollen, auf unabsehbare Zeiten wirksamen Schritt. Nach dem Rücktritte Bismarcks von allen seinen Ämtern, wovon noch erzählt werden wird, trat der neue Reichskanzler General v. Caprivi mit England in Bezug auf die Kolonialangelegenheiten in Unterhandlungen, deren Ergebnis ein Vertrag vom 17. Juni 1890 war und wesentlich in folgendem bestand. Die deutsche ostafrikanische Interessensphäre wird begrenzt im Süden durch eine Linie, die von der Mündung des Rokura im Westen des Nyassasees bis zur Mündung des Kilambo im Süden des Tanganjikasees führt; im Norden durch eine Linie, welche längs dem ersten Grad s. Br. vom Westufer des Viktoria Nyanza bis zum Kongostaat läuft und den Berg Mfumbiro südlich umgeht. Zwischen dem Nyassasee und dem Kongostaat und dem Tanganjikasee, sowie auf letzterem selbst verkehren deutsche und englische Unterthanen und Waren abgabefrei. In den beiderseitigen Interessensphären genießen die Missionen beider Staaten Kultus- und Unterrichtsfreiheit, die Angehörigen beider Nationen die gleichen Rechte in Bezug auf Niederlassung und Handel. Der Sultan von Sansibar tritt seine Hoheitsrechte über den an die ostafrikanische Gesellschaft verpachteten Küstenstrich endgültig an Deutschland gegen vier Millionen Mark ab (vollzogen durch Vertrag vom 17. Oktober 1890). Die Interessensphären zwischen England und Deutschland in Südwestafrika und dem Togogebiet werden für immer abgegrenzt. Deutschland tritt seine Schutzherrschaft über Witu und Somaliland an England ab und gestattet, daß das letztere das Protektorat über das Sultanat Sansibar übernimmt. England tritt an Deutschland die Insel Helgoland in der Nordsee ab.

Die durch Bismarcks Rücktritt schon erregte und geteilte öffentliche Meinung geriet über diesen Vertrag erst recht in Wallung; viele leidenschaftliche Stimmen ließen sich in Versammlungen und der Presse vernehmen, man habe sich von dem listigen England übervorteilen lassen, ihm gegen den wertlosen Sandhaufen der dem Meere verfallenen Nordseeinsel die wertvollsten Länderstriche in Afrika geopfert und anderes mehr. Diese Angriffe halten einer ruhigen Erwägung nicht stand. Es ist für Deutschland von zweifellosem Vorteil, sich mit England gerade in der Kolonialfrage für unabsehbare Zeit auf guten Fuß gestellt zu haben. Deutschland besitzt in seinen ostafrikanischen Erwerbungen so ausgedehnte Gebiete, daß es einer langen Zeitdauer bedarf, dieselben im vollen Sinn für die Kultur zu gewinnen. Gerade in der Verbindung mit der alten Kolonial- und Seemacht wird es Deutschland gelingen, wirklich dem

dunkeln Erdteil den Segen der Bildung und Gesittung zuzuwenden und ihn zu einer Quelle lohnender Arbeit für deutsche Kraft umzugestalten. Es will uns bedünken, daß das deutsche Volk Grund hat, diese definitive Regelung wichtiger Besitz- und Machtfragen als einen glücklichen Griff der Reichspolitik und als einen festen Grundstein seiner Kolonialpolitik zu betrachten. Die friedliche Erwerbung von Helgoland schmeichelt nicht nur dem Nationalgefühl, sondern ist nach dem Urteil von kundigen Seeoffizieren von nicht zu unterschätzendem Wert als Bollwerk der Elbe- und Wesermündung. Mit freudiger Genugthuung ergriff der jugendliche Kaiser selbst Besitz von dem Eilande. Langsam, aber zweifellos wird auch das deutsche Kolonialwesen gedeihen.

5. Kapitel. Der Tod der beiden ersten Kaiser Deutschlands.

Kaiser Wilhelm I. einem Patriarchen gleich. Sein wunderbarer Lebensgang. Sein Regierungsantritt im vorgerückten Alter. Verfassungskonflikt. Umschwung und glorreicher Sieg. Sein Glück und seine Demut im Krieg. Ein Hort des europäischen Friedens. Seine Pflichttreue und Sorge für den Arbeiterstand. Die Krankheit des Kronprinzen. Kaiser Wilhelms Tod. Kaiser Friedrich. Seine Rückkehr nach Deutschland. Schwankungen. Puttkamers Entlassung. Kaiser Friedrichs Tod. Der ärztliche Streit. Eine ernste Probe.

Wie ein Patriarch stand Kaiser Wilhelm I. unter seinem Volk; seit langem hatte die Welt keine erhabenere und ehrwürdigere Herrschererscheinung gesehen. Jahr um Jahr ward seinem hohen Alter zugelegt, und es schien, als gelte auch von ihm, was die heilige Schrift von dem greisen Führer des israelitischen Volkes berichtet: „Seine Augen waren nicht dunkel geworden und seine Kraft war nicht verfallen". Mit unermüdlicher Gewissenhaftigkeit verwaltete er das hohe Amt eines Völkerhirten und erfüllte die schweren Pflichten desselben, obwohl die Last der Jahre schon weit über das gewöhnliche Maß hinausging. Sein starker Vorsatz: „Ich habe keine Zeit müde zu sein" bannte die Ermattung und sein felsenfestes Gottvertrauen durfte recht sichtlich die Nähe dessen empfinden, dessen Kraft in den Schwachen mächtig ist. — Ein wunderbarer Lebensgang war ihm beschieden gewesen. Er stand schon in den sechziger Jahren, als er für seinen königlichen Bruder die Regierung zuerst stellvertretend übernahm und bald darauf dem gestorbenen auf dem Throne nachfolgte. Es waren schwere Tage für ihn. Das Elend der politischen Verhältnisse empfanden Fürsten und Volk immer drückender, die deutsche Frage war so und so oft zu lösen versucht worden und jeder Anlauf

fehlgeschlagen. Österreich wollte das aufstrebende Preußen nicht als gleichberechtigte Macht in Deutschland gelten lassen, die Mittelstaaten träumten von dem seligen Zustand einer Trias, die auswärtigen Mächte wollten kein einiges und starkes Deutschland, der französische Kaiser stand auf der Höhe seiner Macht und begünstigte die ihm förderliche deutsche Verwirrung und Uneinigkeit. Zudem sahen die Volkskreise in Deutschland mit geringem Vertrauen zu den Regierungen empor; die preußische Regierung zumal genoß wegen ihrer Politik seit dem denkwürdigen Jahr 1848 allenthalben ein tiefgehendes Mißtrauen, auch im eigenen Lande. Als der neue König in allein richtiger Würdigung der Lage als das notwendigste Mittel, aus dem Wirrsal der deutschen Zustände herauszukommen, eine durchgreifende Reorganisation seines Heeres in Angriff nahm, führte der unnachgiebige Widerspruch der preußischen Abgeordnetenkammer den Verfassungsstreit herbei, der jahrelang sich hinzog. Und als Wilhelm nun den Bundestagsgesandten von Bismarck an die Spitze der Regierung berief, da schüttelten selbst bedächtige Männer darüber den Kopf, daß die königliche Wahl auf den verhaßten Junker hatte fallen können. Und doch, wie sollte die allgemeine Anschauung sich getäuscht sehen! Allerdings auf andern Wegen, als sie geglaubt hatte, führte kein anderer als dieser mit Haß und Mißtrauen empfangene Bismarck die Lösung der deutschen Frage herbei, ein Meister der Staatskunst, in felsenfester Treue seinem königlichen Herrn ergeben und unverrückt sein Ziel, die Einigung Deutschlands, im Auge behaltend, zuerst, indem er das halbwiderstrebende Österreich krampfhaft heranzog, mit Preußen gemeinsam den langjährigen Frevelmut der Dänen durch ruhmvolle Waffenthaten zu bestrafen und Schleswig-Holstein von dem Joch derselben zu befreien, dann, indem er Österreich selbst in einem unvermutet siegreichen und raschen Waffengange, dem die europäischen Mächte verdutzt zuschauten, weil sie solche Erfolge nicht für möglich gehalten, zwang, endlich einmal eine Neuordnung Deutschlands und die preußische Führung zuzulassen.

Diesen Erfolg nach außen vervollständigte der Umschlag der öffentlichen Stimmung im Innern: das Mißtrauen begann zu weichen; man erkannte, daß die Heeresreorganisation, an der König Wilhelm gegen die Volksvertretung festgehalten hatte, nicht ein eitles Soldatenspiel gewesen, sondern das einzige Mittel, dem deutschen Wort und Namen Achtung vor Europa zu verschaffen; man erkannte, daß seinem verhaßten und angefochtenen Minister das hohe Ziel vorschwebe, das deutsche Volk zu Ehren und Macht zu bringen. Und über Erwarten rasch sollte das Werk vollendet werden dank der Eifersucht und Mißgunst der französischen Nation, welche, gewöhnt, Deutschland zu verachten und zu mißhandeln,

ihren schwankenden und Verderben ahnenden Kaiser zu einem ungerechten Krieg wider das Nachbarvolk zwang. 73 Jahre war damals König Wilhelm alt, als er an der Spitze des deutschen Heerbannes über den Rhein gegen die Franzosen auszog, um die Horden Napoleons, die bis von Afrika herbeigeholt waren, von deutscher Erde abzuhalten. Die Segenswünsche und Gebete des ganzen Volkes begleiteten den ehrwürdigen Führer. Schlag auf Schlag erfolgte unter seinem Kommando; der Kaiserthron Napoleons brach zusammen; er selbst mußte sich mit vielen Tausenden seiner Soldaten in die Gefangenschaft ergeben. Auch der zornige Widerstand der Republik, welche schnell gezimmert wurde, half wenig. Die eingeschlossene Hauptstadt des Landes konnte nicht entsetzt, die Fesseln, in die sie geschlagen war, konnten nicht gebrochen werden. Ein Kriegsglück, das in der Geschichte seinesgleichen kaum findet, war dem deutschen Heere beschieden, und jeden Sieg nahm sein greiser königlicher Führer in christlicher Demut als eine Gnade Gottes hin, der auch in den Wettern der Schlachten seine Gerechtigkeit offenbart. Die Demut und Tapferkeit des Königs aber bezwangen vollends die deutschen Herzen; allen erschien er als der von Gott erkorene Führer des deutschen Volkes; und so wurde ihm denn mitten im Feindesland im Schlosse zu Versailles, wo jeder Ort an feindlichen Übermut und deutsche Erniedrigung erinnerte, auf das greise Haupt die deutsche Kaiserkrone gesetzt.

Er war entschlossen, soviel an ihm lag, das neue Reich zu einem Tempel der Gottesfurcht und frommen Sitte, zu einem Hort und Schirm des Friedens und zu einer Stätte der Volkswohlfahrt zu machen. Siebzehn volle Jahre hat er unentwegt und unermüdlich für dieses Ziel gearbeitet: es gelang ihm im Verein mit seinem Kanzler, den verbündeten Regierungen und der Volksvertretung das neue Gebäude unter Dach zu bringen und wohnlich einzurichten. Mehr als einmal stiegen schwere Gewitterwolken am europäischen Himmel herauf und drohten sich in einem unheilvollen Kriegswetter zu entladen; aber Kaiser Wilhelm wirkte, wo und wie er konnte, für die Erhaltung des Friedens. So verklärt und majestätisch zeigte sich das Bild des verehrungswürdigen Herrschers, daß selbst seine Feinde, die er in blutigem Strauße niedergeworfen hatte, nicht umhin konnten, von ihm mit Hochachtung und Anerkennung zu sprechen.

Nur einen Gegner schien selbst seine sittliche Hoheit nicht überwinden zu können, jene von den sozialdemokratischen und anarchistischen Wahnideen verblendeten und um den letzten Rest des Gewissens gebrachten Fanatiker, welche teuflisch ihm nach dem Leben trachteten und mehrfach wider ihn ihre ruchlosen Hände ausstreckten. Zu keiner Zeit aber hat

er mehr als in solchen Heimsuchungen unerschütterlich den Glauben an Gottes Güte und Macht über alle bösen Anschläge festgehalten: „unser Leben steht in Gottes Hand", so daß er seinen ganzen Seelenfrieden und seine männliche Unerschrockenheit bewahrend nach wie vor furchtlos seine Straße zog. Ja, was noch mehr sagen will, jene verbrecherischen Anschläge wider sein Leben vermochten ihn nicht von seinem Entschlusse abzubringen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für den Arbeiterstand zu sorgen. Die sozialpolitische Gesetzgebung, welche das Reich unter seiner Regierung unternahm, um das Los der arbeitenden und größtenteils unbemittelten Arbeiterbevölkerung zu verbessern und zu lindern, betrachtete er als eine ihm von Gott besonders gesetzte Aufgabe, deren Lösung seiner christlichen Gesinnung ein aufrichtiges Bedürfnis war, auch aus dem Grunde, weil die äußere Not und die ihr entspringende Erbitterung die Massen atheistischen Verführern preisgab und sie von Gott und dem christlichen Glauben abwandte. Man mag sagen, was man will: die neue Sozialgesetzgebung ist eine Aussaat auf Hoffnung, ein Werk, auf dem ein Segen ruhen muß, weil sie aus der Gesinnung echter Christen- und Menschenliebe hervorgegangen ist, wie sie gerade dem frommen Kaiser Wilhelm eigen war.

Dieser Hoffnung lebte er selbst am meisten aller trüben Erfahrungen ungeachtet, welche niemals sein festes Gottvertrauen zu erschüttern vermochten. Indem er überhaupt von dem Standpunkt christlicher Glaubensgewißheit sein Leben, seinen Beruf, die Welt und Weltdinge ansah, gewann er jene hochragende, männliche Haltung, die ihn im Glück mit Demut, im Leid mit Geduld und Ergebung wappnete. Denn es fehlte ihm auch an Leid nicht. Einen düstern Schatten verbreitete über seinen Lebensabend die schwere Krankheit, der sein ruhmreicher einziger Sohn, der Kronprinz Friedrich, seit dem Jahre 1887 verfallen war. Ein Kehlkopfleiden hatte dem heldenhaften, kraftstrotzenden Manne, dem Stolze der Nation seit dem französischen Krieg, die Stimme geraubt und keine Kunst der nicht einmal übereinstimmenden Ärzte war imstande, dem um sich fressenden Übel Einhalt zu thun. Seinen letzten Winter brachte der Schwerleidende an der Riviera in San Remo zu. Es stellte sich bald heraus, daß die angewandten Mittel keine Erleichterung brachten; um den Erstickungstod abzuwenden, mußte am 9. Februar 1888 der Luftröhrenschnitt ausgeführt werden. Wer will sagen, welcher Schmerz dem greisen Vater durch die Seele ging, als die Hoffnung seines Lebens, als sein Sohn rettungslos dahinwelkte: seit einem Jahre hatte er ihn nicht mehr gesehen; er sollte ihn überhaupt nicht mehr sehen! Seine eigenen Tage waren gezählt, ohne daß jemand an sein nahes Ende dachte. Am 3. März fuhr

Kaiser Wilhelm zum letztenmal aus; man hörte den folgenden Tag, daß eine leichte Erkältung ihn im Zimmer halte. Erst am 7. begann die ganze Nation Schlimmes zu ahnen, weil die Bulletins der Leibärzte von zunehmender Schwäche berichteten. Solche Anfälle waren in den letzten Jahren öfter über ihn gekommen, aber immer wieder hatte sie seine kerngesunde Natur überwunden. Diesmal sollte es anders kommen; der Tod nahte sich ihm Schritt für Schritt. Er fand ihn weder unvorbereitet noch zaghaft. Kaiser Wilhelm hatte sein Haus bestellt und war bereit, dem Rufe seines Herrn zu folgen. Fromm, wie er gelebt, so starb er. Nachdem er seine Seele Gott befohlen, seinem treuen Diener Bismarck seinen Dank ausgesprochen, seinem Enkel, dem Prinzen Wilhelm, sein politisches Vermächtnis eröffnet, die Seinen alle gesegnet und von den getreuen Gefährten seines reichen Lebenswerkes Abschied genommen hatte, schlief er unter den Gebeten seines Beichtvaters sanft und selig am 9. März 1888 um ½9 Uhr vormittags ein.

Die ganze Nation versetzte sein Tod in unbeschreibliche Trauer, an welcher, man darf es behaupten, alle zivilisierten Völker der Welt, sich vor der Hoheit des Verstorbenen in Ehrfurcht beugend, teilnahmen. „Mögen — sagte der Reichskanzler mit thränenerstickter Stimme im Reichstage — die heldenmütige Tapferkeit, das nationale, hochgespannte Ehrgefühl und vor allen Dingen die treue, arbeitsame Pflichterfüllung im Dienste des Vaterlandes und die Liebe zum Vaterlande, die in unserm dahingeschiedenen Herrn verkörpert waren, ein unzerstörbares Erbteil unserer Nation sein." Neben seinen Eltern wurde er beigesetzt. So lange es ein deutsches Gedenken giebt, wird die herrliche Heldengestalt dieses ruhmreichen und ehrwürdigen Herrschers, der seinem Volke Einheit, Macht und Ansehen wiedergegeben hat, wie ein strahlender Stern am Himmel der nationalen Geschichte leuchten.

Auf die Todesnachricht hin reiste, seine schwere Krankheit nicht achtend, sein Sohn und Nachfolger, Kaiser Friedrich, alsbald in die Heimat zurück. Sein Zustand ließ keine lange Lebensdauer mehr erwarten. Trotzdem ergriffen seine Hände die Zügel der Regierung. Mit Angst und Sorgen schaute das deutsche Volk nach Charlottenburg, wo der kranke Kaiser seine Residenz aufgeschlagen hatte, mehr bekümmert um die schwere Krankheit als um die vorwitzigen Ausstreuungen solcher Parteimänner, die ihm andere Anschauungen, als sie sein Vater und dessen Vertrauensmänner gehegt, zuschrieben. Daß ein solcher Zwiespalt vielen schon aus Haß gegen Bismarck sehr willkommen gewesen wäre, ja, daß ihn herbeizuführen schonungslose Versuche bei dem todkranken Kaiser gemacht worden sind, ist als sicher anzunehmen. Eine Zeitlang

verbreiteten die Zeitungen sogar die Meldung, daß der Reichskanzler zurücktreten wolle; ganz fern lag ihm wohl dieser Gedanke nicht. Es mochte ihm nicht leicht sein, gegenüber von Einflüssen auf den Kaiser, die zum mindesten seinen Anschauungen schnurstracks entgegenliefen, auf seinem Posten auszuhalten. Er that es dennoch, obwohl am 7. Juni das Gesetz, welches die preußischen Legislaturperioden verlängerten, unter abnormalen Umständen die königliche Sanktion erhielt und veröffentlicht wurde; er that es auch, als der von den Freisinnigen heftig gehaßte und wegen Wahlbeeinflussungen angegriffene Minister v. Puttkamer zum Rücktritt gezwungen wurde. Von den Vorgängen im geheimen, den Einflüsterungen und Einflüssen, welche sich laut den umlaufenden Gerüchten an den todkranken Kaiser erbarmungslos herandrängten, würde schon deshalb, weil die genaue Kenntnis davon mangelt, keine Notiz zu nehmen sein, wäre nicht des allgemeinen Unwillens Erwähnung zu thun, der sich äußerte, da man die entsetzlichen Schmerzen des Kaisers durch diese Aufregungen noch steigerte und den rettungslos dem Tode Verfallenen nicht ruhig sterben ließ. Und schon war jede Aussicht auf Besserung und Errettung gänzlich ausgeschlossen. Am 15. Juni in der letzten Vormittagsstunde hauchte der Dulder seine Seele aus. Sein Heldentum in den Wettern des Krieges hatte er auch in den Stürmen der furchtbaren Krankheit, die ihn zu Tod peinigte, bewahrt und bewährt, getreu seinem Worte: „Lerne zu leiden". So war nach 99tägiger Regierung dem greisen Vater der Sohn, der noch vor Jahresfrist das Bild strotzender Manneskraft bot, im Tode gefolgt. Das deutsche Volk wurde durch diesen erneuten Schlag in abermalige tiefe Trauer versetzt, denn Kaiser Friedrich genoß durch seinen glorreichen Anteil am nationalen Kriege eine außerordentliche Verehrung in allen Kreisen, am meisten bei jenen, die unter seiner Führung gekämpft hatten und das Lob des volkstümlichen Helden nicht genug zu verkündigen wußten. Er vor allen hat in der drangvollen Zeit die letzte Spannung zwischen Süd und Nord durch seine gewinnende Liebenswürdigkeit hinweggeräumt und so auf besondere Weise die Einigung Deutschlands mitbegründen helfen. Die Trauer um ihn bekam noch einen sehr bitteren Beigeschmack durch den ärztlichen Streit, der mit Heftigkeit über dem frischen Grabe des Kaisers ausbrach. Hervorragende deutsche Ärzte behaupteten, und wohl nicht ohne Grund, daß der verantwortliche Arzt, der Engländer Mackenzie, ein ränkesüchtiger und eitler Mensch, die Krankheit nicht recht erkannt oder zur Zeit, wo eine Rettung noch möglich war, ihren wahren Charakter verschweigend nicht die unerläßlichen Maßregeln ergriffen habe. Die Leidenschaftlichkeit, mit der diese Polemik von beiden Seiten geführt wurde,

konnte man wohl begreifen, aber sie nützte nichts und gereichte niemanden zum Trost in diesen schweren Tagen, welche die ersten zwei Kaiser des neuen Reiches rasch hinwegrissen. Nun mußte sich zeigen, ob dieser Schlag die innere Entwickelung desselben und seine Stellung nach außen irgendwie erschüttern oder stören werde, eine erste und ernste Probe auf die Festigkeit des Gebäudes. Es war ein stärkender Trost zu sehen, daß diese Probe günstig ausfiel. Triumphierend durften es patriotische Herzen aussprechen: „Das Reich muß uns doch bleiben".

6. Kapitel. Kaiser Wilhelms II. erste Regierungszeit und Bismarcks Rücktritt.

Kaiser Wilhelm II. Sein Wesen. Die feierliche Kundgebung der deutschen Fürsten. Die erste Thronrede des jungen Kaisers. Seine Reisen an die europäischen Höfe. Die russische Gesinnung. Der Geffckenprozeß. Das Tagebuch und sein Grundton. Die deutsch-freisinnige Ausbeutung desselben und der Zorn des Kanzlers. Sein Immediatbericht an den Kaiser. Geffcken. Der Ausgang. Der große Streik der deutschen Bergwerkarbeiter. Der Kaiser und die Abordnungen. Die Beilegung. Versuch des Vertragsbruches. Strenge der Regierung. Schlußstein der Bismarckischen Sozialreform. Die Arbeiterschutzgesetzgebung. Differenzen zwischen Kaiser und Kanzler. Das Sozialistengesetz, seine Ablehnung. Die kaiserlichen Erlasse. Die wachsende Verstimmung. Bismarcks Entlassung. Seine bleibende Größe und Bedeutung.

Der junge Kaiser Wilhelm II., welcher 29 Jahre alt seinem Großvater und Vater folgte, erfreute sich schon als Prinz hohen Lobes. Er hatte im Elternhause eine vorzügliche Erziehung genossen, hatte das Gymnasium in Kassel besucht und absolviert und darnach fleißige Studien an mehreren Hochschulen gemacht. Im Heeresdienst, in welchem er durch sämtliche Grade bis zum Generalmajor aufgestiegen war, zeichnete er sich durch die Gewissenhaftigkeit aus, mit der er die Obliegenheiten seiner Stellungen erfüllte; sein Wesen trug den Stempel ernster sittlicher Lebensführung; ungescheut bekannte er sich mit seiner jugendlichen Gattin zum christlichen Glauben. Diejenigen, welche ihn aus näherem Umgange kannten, rühmten ihm ein selbständiges, in eifriger Arbeit errungenes Urteil nach. Weit entfernt bloß die Vorrechte eines Herrschers genießen und der hohen Stellung sich behaglich erfreuen zu wollen, werde er es sich angelegen sein lassen, selbst die Regierung zu führen. Ein Hohenzoller durch und durch, freudigen Stolzes auf sein ruhmreiches Ahnengeschlecht hatte er sich, so war es bekannt geworden, den großen Kurfürsten, Friedrich den Großen und seinen Großvater, Wilhelm den Sieg-

reichen, zu seinen Vorbildern erwählt. Alles das erweckte Vertrauen auf den jungen Herrscher. Nur eine Befürchtung ließ sich da und dort vernehmen, daß er nämlich bei seiner ausgesprochenen Vorliebe für das Heer und den Kriegsdienst etwa nach kriegerischem Ruhme dürsten und deshalb von der Grundregel seines Großvaters, den europäischen Frieden zu schirmen, leicht abweichen möchte. Das deutsche Volk zollte ihm Dank, daß er diese irrige Meinung zu zerstreuen baldigst die Gelegenheit wahrnahm: man sollte sofort sehen, daß er eine großartigere und erhabenere Auffassung von seinem Berufe in sich trug als die, sich in blutigen Unternehmungen zu tummeln.

Es war ein kluger Gedanke, in einer feierlichen Kundgebung der Welt zu zeigen, daß das neue Reich festgefügt, seine Einheit durch den Tod der Kaiser nicht erschüttert und Fürsten und Volk entschlossen seien, die Machtstellung Deutschlands kraftvoll aufrechtzuerhalten. Mit freudiger Genugthuung begrüßten es daher alle patriotischen Herzen, daß wenige Tage nach Kaiser Friedrichs Tod die deutschen Bundesfürsten, unter ihnen der greise Prinzregent von Bayern, der König von Sachsen, der Thronfolger von Würtemberg u. d. a. nach Berlin eilten, um bei der Eröffnung des Reichstags am 25. Juni 1888 durch den Kaiser durch ihre Anwesenheit ein unzweideutiges Zeugnis von der deutschen Einigkeit und unentwegten Treue abzulegen, eine wahrhaft patriotische That. Die Thronrede selbst sprach in markigen Worten den Gedanken aus, daß die deutsche Politik die bewährte Bahn zielbewußt einhalten werde. „Ich bin entschlossen, dieselben Wege zu wandeln, auf denen mein Großvater das Vertrauen der Bundesgenossen, die Liebe des deutschen Volkes und die wohlwollende Anerkennung des Auslandes gewonnen hat.“ In Treue werde er die Reichsverfassung wahren und schirmen und die Reichsgesetzgebung im Sinne seines Großvaters fortführen. Insbesondere eigne er sich die Botschaft desselben vom 17. November 1881 an, um der Arbeiterbevölkerung jenen Schutz zu verschaffen, den die Gesetzgebung „im Anschlusse an die Grundsätze der christlichen Sittenlehre den Schwachen und Bedrängten im Kampfe um das Dasein gewähren kann“, voller Hoffnung, daß es gelingen werde, „auf diesem Wege der Ausgleichung ungesunder gesellschaftlicher Gegensätze näher zu kommen“. „In der auswärtigen Politik bin ich entschlossen, Frieden zu halten mit jedermann, soviel an mir liegt.“ „Ich werde mich niemals in Versuchung führen lassen, dem Lande die Wohlthaten des Friedens zu verkümmern, wenn der Krieg nicht eine durch den Angriff auf das Reich oder auf dessen Verbündete uns aufgedrungene Notwendigkeit ist.“ Besonders herzlich gedachte die Rede sodann des stammverwandten Österreichs; „in dem

Defensivbunde mit demselben erblicke ich eine Grundlage des europäischen Gleichgewichts, sowie ein Vermächtnis der deutschen Geschichte, dessen Inhalt heute von der öffentlichen Meinung des gesamten deutschen Volkes getragen wird und dem herkömmlichen europäischen Völkerrechte entspricht, wie es bis 1866 in unbestrittener Geltung war". Auch des Bundes mit Italien, das die gleichen nationalen Bedürfnisse habe wie Deutschland, wurde Erwähnung gethan und betont, daß der Dreibund kein Hindernis bilde für „die sorgfältige Pflege meiner persönlichen Freundschaft für den Kaiser von Rußland und der seit hundert Jahren bestehenden friedlichen Beziehungen zu dem russischen Nachbarreiche". „Im Vertrauen auf Gott und auf die Wehrhaftigkeit unseres Volkes — so schloß der kaiserliche Redner — hege ich die Zuversicht, daß es uns für absehbare Zeit vergönnt sein werde, in friedlicher Arbeit zu wahren und zu befestigen, was unter der Leitung meiner beiden Vorgänger auf dem Throne kämpfend erstritten wurde." Die Grundzüge dieser kaiserlichen Programmrede entsprachen der Gesinnung des deutschen Volkes; bestimmt und klar drückten sie die Wünsche und Bestrebungen der allgemeinen Stimmung aus und stärkten das zuversichtliche Vertrauen auf den dauernden Bestand der Dinge.

Daß von nun an die Person des Kaisers, der bei seiner Arbeitskraft und -lust sich thätig erzeigen wollte, mehr in den Vordergrund trat, als es vordem der Fall gewesen, daß er mit seinen eigenen bestimmten Anschauungen in vielen Angelegenheiten nicht zurückhielt, war natürlich genug. Vor allem erntete er den Beifall der Nation dadurch, daß er mit den fürstlichen Häuptern der europäischen Staaten durch seine Besuche, die er alsbald machte, in einen persönlichen Verkehr sich setzte. So besuchte er schon im Juli und zwar zuerst den russischen Kaiser in Petersburg, um an seinem Teile den fortdauernden deutschfeindlichen Wühlereien der panslawistischen Presse soweit als möglich durch den persönlichen Meinungsaustausch den Boden zu entziehen. Im Oktober treffen wir den Kaiser auf der Fahrt über München nach Wien zum Kaiser Franz Joseph und nach Rom zum Könige von Italien. Die Rücksicht auf die deutschen Katholiken veranlaßte ihn, auch dem Oberhaupte der katholischen Kirche, dem Papste Leo XIII., einen ehrerbietigen Besuch abzustatten. Wie in München den Prinzregenten, so besuchte der Kaiser nach und nach auch die übrigen deutschen Bundesfürsten in ihren Hauptstädten. Überall an den Höfen wurde der jugendliche Herrscher herzlich, von seiten der Bevölkerung begeistert empfangen; nur der russische Hof schien sich etwas zurückhaltend benommen zu haben, während die russischen Zeitungen sich darin gefielen, den Kaiserbesuch als

einen demütigen Annäherungsversuch hinzustellen, wofür sie allerdings Bismarck in seiner bekannten prompten Weise bediente; die Initiative zu dem Besuche sei natürlich von Berlin ausgegangen, aber wenn man daraus folgere, daß man in Berlin ein stärkeres Annäherungsgefühl empfinde als in Petersburg, so verrate das nur die Überschätzung asiatischen Hochmutes und asiatischer Unwissenheit. Wir übergehen die Gegenbesuche und die Besuche, die der Kaiser im nächsten Jahr, z. B. in London und dann sogar beim Sultan in Konstantinopel machte; nur sei noch erwähnt, daß im August 1890 nach Bismarcks Rücktritt Kaiser Wilhelm den Zaren abermals und zwar in Narwa besuchte, was Bismarck widerraten hatte und was in Deutschland mit geteilten Gefühlen betrachtet wurde, denn von einem aufrichtigen russischen Entgegenkommen war nirgends etwas zu sehen oder zu spüren, weder seitens des Zaren, dessen kalte Verschlossenheit keinen Umschlag seiner Gesinnung andeutete, noch seitens der Presse, die mit den Franzosen liebäugelte und immer that, als ob das ganze Germanentum nur noch so lange existieren werde, als es der moskowitischen Gnade und Langmut gefalle. Das deutsche Volk verzagte trotz dieses eiteln Hochmutes nicht; es will keinen Krieg, auch nicht mit den Russen; aber die es hassen, mögen jenes geharnischte Wort Bismarcks nicht vergessen: „Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt“.

Wir müssen nun noch einmal auf das Jahr 1888 zurückgreifen. Kurz nach dem Regierungsantritt des jungen Kaisers, nachdem sich alles friedlich anzulassen schien, erregte eine Veröffentlichung in einer deutschen Zeitung den Zorn des Kanzlers in einem unerhörten Maße und verleitete ihn zu Fehlgriffen, die wohl den ersten Keim zu jener bedauernswerten Spannung mit dem Kaiser legten, aus denen hernach in Verbindung mit andern Meinungsverschiedenheiten die völlige Entfremdung entstanden ist: wir meinen den Geffckenprozeß. Die demselben zugrunde liegende Thatsache war folgende:

Das Oktoberheft der „Deutschen Rundschau“ brachte ohne Angabe des Einsenders Auszüge aus dem Tagebuch, welches der Kaiser Friedrich während des deutsch-französischen Krieges geführt hatte. Es war bekannt, daß der Kronprinz, der als solcher keinen Anteil an den politischen Geschäften hatte, in manchen Angelegenheiten eine andere Meinung hegte als sein königlicher Vater und dessen Reichskanzler. Daß in Kürze die deutsche Frage vollständig gelöst werden müsse, galt dem fürstlichen Schriftsteller schon seit dem Jahre 1866 als eine unumstößliche Thatsache. Als dann der große Krieg ausbrach, glaubte er, daß die Zeit gekommen sei und rasch der entscheidende Schritt geschehen müsse, vielleicht sogar mit

Anwendung eines starken Druckes gegen diejenigen deutschen Fürsten, welche eben mit voller Überzeugung und Bereitwilligkeit in den Krieg gegen den Erbfeind eingetreten waren und ihre Truppen einmütig zum Kampfe gestellt hatten. In den kurzen Ruhepausen des Krieges sprach der Kronprinz auch dem Kanzler gegenüber seine Meinung aus, forderte wohl auch ein rascheres Losgehen auf jenes Ziel, nämlich Wiederherstellung des deutschen Kaisertums, während der Kanzler, ein Feind von Überstürzungen und ein Realpolitiker, der je und je nur das Erreichbare für erstrebenswert hielt, das raschere Tempo, das der Kronprinz wollte, bekämpfte, jeden Druck auf die Bundesgenossen schlechtweg verwarf und hierfür auch die Zustimmung des Königs gewann. Dieser Widerspruch mit vielerlei Bemerkungen über die Erlebnisse, rasche Urteile, Empfindungen des Augenblickes kamen in dem Tagebuch zum Ausdruck, welches nimmermehr für die Veröffentlichung bestimmt war und jetzt schon, wo man sozusagen immer noch im Flusse der Ereignisse stand und die beteiligte Generation noch am Leben war, bei manchem schnell hingeworfenen, harten Worte über noch lebende Personen, über Maßnahmen und Einrichtungen, die seinen Beifall nicht gefunden, störend wirken, da und dort verletzen mußte und folglich nicht zum Vorteil des Reiches und seiner Entwickelung dienen konnte. Zweifellos enthielten auch diese im Gedränge weltgeschichtlicher Ereignisse sorglos gezeichneten Stimmungsbilder Unrichtiges und Schiefes, manche Eingebung des Augenblicks, die kein objektives Urteil abgeben konnte, weil sie schon die nächste Zeit richtig stellte. Ein gewisser Grundton beherrschte allerdings die Aufzeichnungen: die Meinungsverschiedenheit mit dem Kanzler und seiner Politik. Sie trat recht augenfällig zu Tage in Aussprüchen, wie der folgende, welcher schon vor der ersten Schlacht niedergeschrieben war: „Unser Hauptgedanke ist, wie man nach erkämpftem Frieden den freisinnigen Ausbau Deutschlands weiterführt“, ein Gedanke, den Friedrich am Tage nach Sedan wiederholte, indem er seine ganze Hoffnung auf den Ernst des Volkes setzte und seine Pflicht für den freisinnigen Ausbau des staatlichen und nationalen Lebens einzutreten mit Nachdruck betonte. Und nach dem Krieg — Aufzeichnung vom 7. März 1871 — ist er mit dem Erreichten so wenig zufrieden, daß er an der Aufrichtigkeit der Staatsmänner und Fürsten für den freiheitlichen Ausbau des Reiches zweifelt, daß er glaubt, nur eine neue Zeit, die einst mit ihm rechne, werde solches erleben, denn die Erfahrungen, welche er seit zehn Jahren gesammelt, könnten nicht umsonst gewonnen sein. Er baue auf die Nation und erhoffe von ihr einen starken Anhalt an seine freisinnigen Gesinnungen, zumal er der erste Fürst sein werde, der den verfassungs=

mäßigen Einrichtungen ohne Rückhalt ehrlich zugethan vor sein Volk zu treten habe. Man erkennt leicht, daß schon an sich solche scharf pointierte Äußerungen das leicht erregbare Gemüt des Kanzlers in Wallung zu versetzen geeignet waren. Gesteigert aber wurden seine zornmütigen Empfindungen hauptsächlich durch die Thatsache, daß die Zeitungen der freisinnigen Partei nun in vollem Chor den eben verstorbenen Kaiser gegen den ihnen verhaßten Reichskanzler mit herausfordernder Absichtlichkeit ausspielten. Die deutsch-freisinnige Partei, jubelten die einen, brauche nun keinen Wahlaufruf mehr, sie könne vielmehr das Tagebuch als ihr Programm bezeichnen. Das Verdienst der Wiederaufrichtung des deutschen Kaiserthrones gebühre dem Verstorbenen zuallererst, stichelten die andern; niemand könne sich dem Eindruck entziehen, „daß Kaiser Friedrich den ihm bisher vorenthaltenen Ruhm beanspruchen durfte, der Bannerträger der Kaiseridee gewesen zu sein und entschiedener als irgend ein Deutscher im Hauptquartier für die Wiederaufrichtung des Kaiserthrones gekämpft zu haben". Und angesichts der verfehlten politischen Entwickelung, welche Deutschland durch die Schuld des Reichskanzlers und entgegen den Grundanschauungen Friedrichs eingeschlagen habe, brach man um so wehmutsvoller in die Klage über den Toten aus: „Es ist Kaiser Friedrich nicht vergönnt gewesen, den ersehnten freiheitlichen und freisinnigen Ausbau des deutschen Reiches zu erleben. Aber als ein heiliges Vermächtnis sollte das gesamte deutsche Volk an Haupt und Gliedern jenes unerfüllt gebliebene Programm des edeln Toten betrachten: Furchtlos und beharrlich vorwärts."

Diese Nadelstiche reizten den Reichskanzler; er empfand die Äußerungen als Hohn und Spott auf sein Lebenswerk, als unerhörte Kränkungen seiner redlichen Absichten. Es war ihm nicht gegeben, solches ruhig von hohnlachenden Gegnern hinzunehmen, obwohl er sich sagen mußte, daß bei seiner Abwehr die Person des Kaisers nicht glimpflich wegkomme, daß dem hochgehaltenen Andenken desselben in den Augen der Nation Abbruch gethan und der kaiserliche Sohn hierdurch in seinen natürlichen Gefühlen empfindlich getroffen werde. Bismarck hielt also nicht an sich, sondern erbat sich in einer Eingabe vom Kaiser die Erlaubnis, die Rundschau und den Urheber der Veröffentlichung gerichtlich zu verfolgen. Dieser Bericht an den Kaiser wurde schon nach wenig Tagen ohne Not im „Reichsanzeiger" veröffentlicht und erregte als ein großer Mißgriff auch bei den Verehrern Bismarcks schwere Bedenken. Zunächst erklärte er darin das Tagebuch in der vorliegenden Form für unecht, indem er mit zersetzender Kritik verschiedene Unrichtigkeiten nachwies. Mehr noch. Das Verhältnis des Kronprinzen zu seinem Vater,

wenigstens was die großen Staatsgeschäfte anbelangte, erschien in einem nicht günstigen Lichte; der Vater mißtraute dem Sohne. Einen Satz, wie den folgenden, hätte der Reichskanzler niemals vor der ganzen Welt und zumal dem Kaiser gegenüber aussprechen sollen: „Ich besaß nicht die Erlaubnis des Königs, über intimere Fragen unserer Politik mit S. K. Hoheit (zur Zeit des franz. Krieges) zu sprechen, weil Seine M. einerseits Indiskretionen an dem von französischen Sympathieen erfüllten englischen Hof fürchteten, andererseits Schädigungen unserer Beziehungen zu den deutschen Bundesgenossen wegen der zu weit gesteckten Ziele und der Gewaltsamkeit der Mittel, die S. K. H. von politischen Ratgebern zweifelhafter Befähigung empfohlen waren“.

Das Geheimnis über den Einsender des Tagebuches löste sich bald; der frühere Professor Dr. Geffcken erschien unter der Anklage und wurde verhaftet. Geffcken, der das Vertrauen des verstorbenen Kaisers besessen hatte, gehörte seit langer Zeit zu den Gegnern der Bismarckschen Politik, die er besonders in englischen Blättern zu bekämpfen und herunterzureißen liebte. Er war ein Mann von mäßiger politischer Bildung, aber voll dünkelhafter Eitelkeit und verstand es, sich wichtig zu machen und den Schein zu erwecken, als besitze er ein hohes Maß von staatsmännischer Befähigung, obwohl er im Grunde nichts war als ein unbedeutender Nergler und Kritikaster. Das Reichsgericht führte die Verhandlung; der Strafantrag lautete auf Landesverrat. Allein der Angeklagte wurde freigesprochen, weil nicht erwiesen wurde, daß er mit bewußter Absichtlichkeit Nachrichten veröffentlicht habe, welche dem Wohl des Reiches in seinem Verhältnis zu anderen Regierungen abträglich werden konnten. Was Einsichtige vorausgesehen hatten, war also erfolgt; es fehlte der Beweis für die Anklage. Geffcken hatte sich allerdings eines unwürdigen Vertrauensbruches schuldig gemacht, allein es stellte sich heraus, daß die Veröffentlichung thatsächlich einem Tagebuche des Kronprinzen entnommen war und daß dieser selbst dem Angeklagten eine Abschrift desselben gegeben hatte. Von welcher Seite man auch diese mißliche Sache ansah, man konnte nicht umhin zu bekennen, daß der Prozeß am besten unterblieben wäre. Als dann noch das ganze Aktenmaterial im Reichsanzeiger veröffentlicht wurde und eine hervorragende Zeitung Auszüge aus nicht zur Sache gehörigen Privatbriefen indiskreterweise brachte, wurde der erste Fehlgriff dadurch nichts weniger als gut gemacht. —

Das Jahr 1889 könnte man das Jahr der großen Streike nennen. Solche Ausdehnung hatten die Arbeitseinstellungen noch niemals angenommen. Seit dem Jahre 1888 war in ganz Europa und zumal in

Deutschland eine außerordentliche Steigerung in Produktion und Konsumtion bemerkbar; die Kurse aller Industriepapiere, namentlich auch der Bergwerke, stiegen höher und höher. Die Preise der Erzeugnisse zogen beträchtlich an. Die Gesellschaften waren in der Lage, ihren Aktionären bedeutende, oft hohe Dividenden auszuzahlen: besonders auch die Bergbaugesellschaften. Die Bergarbeiter sahen und lasen diese Dinge und glaubten ein Recht auf bessere Löhnungen und auf die Abstellung mancher Übelstände zu haben, welche thatsächlich nicht abgeleugnet werden konnten, z. B. das sog. Nullen, die Überschichten u. a. Würde ein den Forderungen des Sittengesetzes entsprechendes Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen und der Billigkeit noch Raum gegeben sein, so würden solche Angelegenheiten sich durch ein gütliches Einvernehmen beilegen lassen; allein jene Brücke der Verständigung ist bereits abgebrochen, ohne daß man einen der beiden Teile von Schuld freisprechen könnte. Ohne ein Wort schreitet man zur Gewalt und Nötigung. Ein solches Mittel sind die Arbeitseinstellungen, die wie auf ein gegebenes Zeichen ohne die vertragsmäßig festgestellte Kündigung erfolgen. Die Arbeitermassen, sich ihrer Kraft wohl bewußt, vermögen dadurch eine namenlose Verwirrung im Arbeitsleben hervorzurufen, namentlich wenn plötzlich Tausende und Abertausende von Händen feiern und wenn, wie bei den Bergwerkarbeitern, sich die Arbeit auf einen so unentbehrlichen Artikel, wie die Kohlen, bezieht. Dann ist mit einemmale die ganze Industrie in Mitleidenschaft gezogen, ja unter Umständen vor eine Katastrophe gestellt.

Wenige Tage, nachdem der Kaiser bei der Eröffnung der Unfallverhütungsausstellung diesem Beweis der Bestrebungen, dem gewerblichen Arbeiter gegen die Gefahren seines Berufes erhöhte Sicherheit zu gewähren, die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Bevölkerung durch organische Maßnahmen zu heben und dem Gedanken thatkräftiger Nächstenliebe auch in unsern öffentlich-rechtlichen Einrichtungen Ausdruck zu geben, hohes Lob gespendet und sich mit voller Überzeugung zur Notwendigkeit der Lösung der sozialen Aufgaben bekannt hatte, brach im Ruhrgebiet ein großer Streik der Bergarbeiter aus (2. Mai). Nach 8 Tagen belief sich die Anzahl der Ausständigen schon auf mehr als 100000. Bei Gelsenkirchen kam es zu einem Exzeß, so daß die Soldaten feuerten: 3 Tote und 4 Verwundete wurden vom Platze getragen. Sonst fand keine Ruhestörung statt, nachdem der Kaiser sich persönlich ins Mittel legte. Er empfing eine Abordnung der Streikenden, die als ihre hauptsächlichste Forderung die achtstündige Schicht hinstellten und verlangten, daß die Arbeitgeber mit ihnen in Unterhandlungen treten sollten.

Der Kaiser entgegnete ihnen, daß der Empfang seine Gesinnung gegen die Arbeiter bekunde; sie hätten sich aber durch den Vertragsbruch (Niederlegung der Arbeit ohne Kündigung) ins Unrecht gesetzt; ferner seien die Arbeiter, welche nicht streiken wollten, mit Gewalt oder durch Drohungen von der Arbeit abgehalten worden. Ihre Forderungen würden von der Regierung sorgfältig geprüft werden. Vor Ausschreitungen warne er eindrücklich; wer sich wider die öffentliche Ordnung und Ruhe auflehne, werde seine ganze Strenge zu erfahren haben. Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Hammacher, Vorstand des Vereins für bergbauliche Interessen im Rheinland, setzte hierauf mit der Abordnung eine Reihe von Vertragspunkten fest, auf Grund deren er die Vermittelung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern übernehmen wollte. Es war hohe Zeit, denn der Streik ergriff auch die Bergwerksbezirke in Oberschlesien und an der Saar. Hätte nicht der Kaiser sich der Sache angenommen, so hing die Entscheidung nur von der Frage ab, wer von beiden Teilen vermöge seiner größeren Mittel länger aushalten konnte. Es war doch ein Segen jenes Eingreifens in die sozialpolitischen Verhältnisse von oben herab, daß ausgleichend gewirkt und dem Zerwürfnis Einhalt geboten wurde. Wie der Kaiser der Abordnung der Arbeiter mit allem Nachdruck seine Ansichten kundgethan hatte, so that er es auch den Abgeordneten der Bergwerkbesitzer gegenüber am 16. Mai. Bei der sittlichen Verpflichtung der Arbeitgeber, sich in möglichst naher Fühlung mit den Arbeitern zu erhalten, setzte die kaiserliche Rede ein. Sie sollten dafür Sorge tragen, daß den Arbeitern Gelegenheit gegeben werde, ihre Wünsche vorzubringen und sich die Pflicht der Fürsorge für ihre Arbeiter vor Augen halten, damit nicht ganze Provinzen wieder in solche Schwierigkeiten verwickelt würden. Daß sich jedermann einen möglichst günstigen Lebensunterhalt erwerben wolle, sei natürlich. Die Arbeiter wissen, wie das Verhältnis des Lohnes zu dem Gewinne der Gesellschaften stehe; und wenn sie mehr oder weniger daran teilhaben wollten, so sei das erklärlich. Es entsprach den kaiserlichen Absichten die erwähnte Vermittelung vollständig. Nahmen auch nicht alle Zechen die vorgeschlagenen Punkte ausnahmslos an, so waren die Abweichungen doch von keiner großen Bedeutung. Merkwürdigerweise ergaben die Verhandlungen und Untersuchungen, daß die Arbeitseinstellung nicht infolge sozialdemokratischer Aufhetzungen geschehen war, ferner daß sie auch nicht durch die sog. „Hungerlöhne" veranlaßt wurde: vielmehr erschien als tiefster Beweggrund das Machtgefühl der Arbeiter, der Versuch, sich korporative Rechte zu erkämpfen. An dem Verlangen, daß Arbeiterausschüsse mit gewissen autoritativen Befugnissen eingesetzt werden

sollten, hielten sie mit derselben Zähigkeit fest, als sich die Grubenbesitzer dagegen sperrten. In der Erkenntnis, daß gerade hier der springende Punkt zu suchen sei, eignete sich die Regierung diese Forderung zu weiterer Prüfung an. Wie wenig übrigens die Arbeitgeber Ursache hatten, lediglich den Arbeitern in solchen Streitigkeiten alle Schuld zuzuschieben, zeigte sich noch im Herbste dieses Jahres. Unter den vereinbarten Punkten sprach einer aus, daß den Bergleuten wegen der Arbeitseinstellung nach Wiederaufnahme der Arbeit keinerlei Nachteil seitens der Grubenverwaltungen zugefügt werden solle; dessenungeachtet verabredeten die westfälischen Zechen, die Rädelsführer des Streikes zu entlassen und auf keiner Zeche mehr anzunehmen. Aber diesem hinterlistigen und groben Vertragsbruch begegneten die Regierungsbehörden mit gebührender Strenge. Die Besitzenden sollten kein größeres Recht als die Besitzlosen haben. Nur dann, wenn die Regierungen sich auf den Standpunkt des Rechts stellen und diesem ihren starken Arm ohne Ansehen der Personen leihen, können drohende Katastrophen abgewendet werden. Ob es möglich ist, die soziale Frage friedlich zu lösen, wer will das sagen? Jeder ehrliche Versuch in dieser Beziehung verdient schon Anerkennung. In Deutschland läßt man es sicherlich an ernster Bemühung nicht fehlen.

Das Jahr der Ausstände reifte auch eines der schwierigsten Werke der sozialen Reform: das Invaliditäts- und Altersversorgungsgesetz. Im sozialpolitischen Programme Bismarcks bildete es den Schlußstein; es war überhaupt das letzte Gesetz, das dieser einzigartige Staatsmann vorlegte, vertrat und durchbrachte. Es erschien ihm nicht möglich, noch weiter in der Lösung der sozialen Frage zu gehen: einmal müsse man Halt machen, um nicht der Begehrlichkeit der Sozialdemokraten immer neue Nahrung zu geben; zufrieden mache man sie doch so wenig als dankbar. So dachte der Reichskanzler. Anders dachte sein junger kaiserlicher Herr; so führte diese Frage wesentlich zu dem entscheidenden Punkte, wo die Wege beider auseinandergehen sollten. Zunächst handelte es sich um die Inangriffnahme einer Arbeiterschutzgesetzgebung, d. h. um gesetzliche Vorschriften gegen Überanstrengung der Arbeiter, also die Frage nach der Sonntagsruhe, Frauen- und Kinderarbeit. Der Kaiser wollte diesen durch besondere Fabrikinspektoren zu kontrollierenden Schutz der Arbeiter um so mehr, als ihn andere Staaten schon eingeführt hatten. Warum Bismarck an dieser Stelle einhalten wollte, ist sachlich nicht zu erklären. Nach Bismarcks Rücktritt widersprach allerdings eine Zeitung dieser Auffassung; stets habe er auch für den Arbeiterschutz gewirkt. Es scheint diese Behauptung unrichtig zu sein. Unleugbar lagen gerade auf diesem Gebiete recht schlimme Mißstände in Deutschland vor, deren Be-

seitigung keineswegs als ein Einlenken ins sozialdemokratische Fahrwasser gedeutet werden konnte. Kinder und Frauen bedurften gegenüber mancher Herzlosigkeit gewinnsüchtiger Fabrikanten einen Rechtsschutz. Daß die „Perle der Tage", der Sonntag, in Deutschland so geheiligt wurde, wie es christliche Zucht und Sitte gebot, konnte man nicht behaupten. Hat auch eine gesetzliche Regelung der Sonntagsruhe bedeutende Schwierigkeiten zu überwinden, so muß sie doch einmal erfolgen. Schon vor mehreren Jahren hatte Bismarck hierin einen Standpunkt eingenommen, den viele nicht begriffen, mochte er auch sonst bei seinem Urteile über die Sozialdemokraten recht haben. Er blieb dabei: Weiteres Entgegenkommen werde nur für Schwäche angesehen; die Gesinnung der Verblendeten vermöge man nicht zu ändern, das ließen die Parteiführer, deren Herrschaft darauf beruhe, daß die von ihnen geleiteten und mißleiteten Massen unzufrieden bleiben, nicht zu. „Täuschen wir uns — hatte er dem Reichstage am 23. Mai 1889 zugerufen — doch darüber nicht, daß wir mit der Sozialdemokratie nicht wie mit einer landsmannschaftlichen Partei in ruhiger Diskussion sind; sie lebt mit uns im Kriege." Auf dieser Auffassung fußend legte er im Januar 1890 dem Reichstage, in welchem noch die Kartellparteien vom Jahr 1887 die Majorität besaßen, das Sozialistengesetz zur Erneuerung, d. h. zur dauernden Festsetzung vor. Angesichts der unumstößlichen Thatsache, daß dieses Gesetz mit allen seinen Strafen die Sozialdemokratie nicht zurückgedrängt hatte, zweifelte man allenthalben daran, ob man mit diesem Mittel dem um sich fressenden Übel zu steuern vermöge. Die Ausweisungsbefugnis, welche das Gesetz der Regierung einräumte, wollten selbst entschiedene Anhänger derselben nicht mehr gewähren. Obwohl dem Reichskanzler diese Stimmung des Reichstages nicht unbekannt war, erschien er diesmal nicht vor demselben, um sein gewaltiges Wort in die Wagschale zu werfen und seine Vorlage zu retten. Damit war ihr das Urteil gesprochen; am 25. Januar 1890 lehnte der Reichstag das ganze Gesetz ab.

Der Kaiser selbst stand offenbar nicht hinter seinem Kanzler, sondern war der Ansicht und des Willens, in der Arbeiterfrage den bisherigen Versuchen neue hinzuzufügen. Die Selbständigkeit seines Wesens trat also sogar dem erprobten Diener seines Hauses gegenüber unverdeckt und überraschend an den Tag, indem er am 5. Februar seine Aufsehen erregenden Erlasse erstens an den Reichskanzler und zweitens an die Minister für öffentliche Arbeiten und für Handel und Gewerbe ergehen ließ. In dem ersten beauftragte er den Reichskanzler, zunächst in Frankreich, England, Belgien und der Schweiz anzufragen, ob die Regierungen dieser Länder geneigt wären, „mit uns in Unterhandlungen zu treten

behufs einer internationalen Verständigung über die Möglichkeit, denjenigen Bedürfnissen und Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, welche in den Ausständen der letzten Jahre und anderweit zu Tage getreten sind": es sollte also eine internationale Konferenz einberufen werden, wie sie schon die Schweiz geplant hatte. In dem zweiten Erlaß zeichnete der Kaiser seine Stellung zur Arbeiterfrage folgendermaßen. Die bis jetzt zur Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes getroffenen gesetzlichen Maßregeln seien zur Lösung der sozialen Frage noch nicht hinreichend. Neben dem weiteren Ausbau der Arbeiter-Versicherungsgesetzgebung müßten die Vorschriften der Gewerbeordnung über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter, ihre Klagen und Wünsche einer Prüfung unterzogen, es müsse ferner die Dauer und Art der Arbeit geregelt werden, daß „die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihre gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben". Um den Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu stiften und zu pflegen, sei den Arbeitern eine gesetzliche Vertretung derart einzuräumen, daß sie an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten und zur Wahrung ihrer Interessen bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern und mit den Organen der Regierung teilhätten. Die staatlichen Bergwerke sollen in Bezug auf Fürsorge für die Arbeiter zu Musteranstalten gemacht werden. Zur Vorberatung dieser Maßregeln sei der Staatsrat und eine Anzahl von ihm zu wählender Sachverständigen einzuberufen. Diese Erlasse erregten durch ihre Form wie durch ihren Inhalt das größte Aufsehen; man erkannte, daß der Kaiser unaufhaltsam vorwärtsgehen und der sozialen Frage scharf auf den Leib rücken wolle; diese Taktik war eine neue, eine andere als die des Reichskanzlers. Schon fragte man sich, ob der alte Kanzler, dessen eiserner Wille die Welt so oft in Staunen gesetzt, und der gewohnt war, mit unentwegtem Widerstand an dem festzuhalten, was er als das Richtige erkannt hatte, seinem jugendlichen Herrn zu lieb seinen Standpunkt aufgeben werde. Man konnte es nicht mit Bestimmtheit sagen; aber leicht entschloß sich der Gewaltige keinenfalls: er überlegte und zögerte.

Die Reichstagswahl, welche im Februar vor sich ging, fiel ungünstig aus; die Kartellparteien verloren ihre Majorität. Der Reichskanzler suchte deshalb Fühlung mit dem Centrum und empfing den Führer desselben, Windthorst, ohne Wissen des Kaisers, an sich gewiß nichts Verfängliches oder Unrechtes. Dieser aber hielt diesen Schritt Bismarck als einen unstatthaften vor, während der Kanzler es verweigerte, seinen Verkehr mit Abgeordneten unter Aufsicht stellen zu lassen. Die Spannung

wuchs. — Es erhoben sich öffentliche Stimmen, welche die Befürchtung aussprachen, daß die innere Gesetzgebung Preußens mehr und mehr versumpfe. Auf keinem Gebiet geschehe etwas Praktisches mehr; ungenutzt vergehe eine Session des Abgeordnetenhauses nach der andern, obwohl dasselbe über fähige Kräfte verfüge. So ganz aus der Luft waren diese Klagen nicht gegriffen. Das Alter ging doch auch an dem eisenfesten Reichskanzler nicht spurlos vorüber und die Last seines Amtes nahm eher zu als ab. Er wollte zudem alles selber thun, wodurch manche Stockung in den Geschäften eintrat, obwohl er unermüdlich in Friedrichsruh, wo er seiner Gesundheit und der Ruhe halber sich größtenteils aufhielt, der Arbeit oblag. Dem Kaiser, der von Begierde zu schaffen brannte, erschien diese Verlangsamung unleidlich, unerträglich. Der große Altersunterschied beider Männer und die dadurch bedingten Anschauungen wirkten wie bei einer ebenso gearteten Ehe störend, verstimmend. — Der Staatsrat, welchen der Kaiser zur Beratung über die Maßregeln für den Arbeiterschutz einberufen hatte, war zusammengetreten und beriet, allein Bismarck nahm, wie bekannt wurde, keinen aktiven Anteil an den Beratungen, sondern hörte schweigend zu. — Am 15. März begann die internationale Arbeiterschutzkonferenz; folgende Staaten hatten Vertreter zu derselben entsandt: Belgien, Dänemark, England, Frankreich, Italien, Luxemburg, Holland, Österreich, Portugal, Spanien, Schweden und Norwegen und die Schweiz; den Vorsitz führte der vor 14 Tagen an Bismarcks Stelle zum Minister für Handel und Gewerbe ernannte von Berlepsch; der Reichskanzler fehlte. Man war allenthalben darüber erstaunt. Bereits schwirrte das Gerücht durch die Luft, Bismarck habe um seine Entlassung nachgesucht. Man wußte nicht, sollte man das, was allen noch vor kurzem unmöglich erschien, für möglich halten. Soviel fühlten alle, daß die Dinge zu einer Entscheidung drängten. Vielleicht gab einer von beiden, der Kanzler oder der Kaiser, noch im letzten Augenblick nach. Es kam anders. Bismarck wußte, daß es sich um die Frage seines Einflusses, seiner durch Kampf und Sieg errungenen Machtstellung auch unter dem jungen Kaiser handelte: voll und ganz wollte er der sein und bleiben, der er unter Wilhelm I. gewesen war; und weil er befürchtete, daß sich amtliche oder nichtamtliche Personen zwischen ihn und seinen kaiserlichen Herrn drängen wollten, so wagte er in alter Entschlossenheit den Vorstoß. In einer Kabinetsordre des Königs Friedrich Wilhelm IV. vom 8. September 1852 war angeordnet, daß der Verkehr der Minister mit dem König nur unter Beteiligung oder Mitwissenschaft des Ministerpräsidenten stattzufinden habe, um dem letzteren eine allgemeine Übersicht über die verschiedenen Zweige der inneren

Verwaltung und eine einheitliche Leitung derselben zu gewähren. Der Kanzler brachte diese Verordnung in Erinnerung und forderte die strenge Einhaltung derselben. Als nun der König — es handelte sich zunächst um eine staatsrechtliche preußische Angelegenheit — die Aufhebung dieser Vorschrift verlangte, da weigerte sich Fürst Bismarck, diesen Antrag zu stellen. Der Bruch war damit herbeigeführt. Am 18. März reichte Bismarck seine Entlassung ein, der Kaiser gewährte dieselbe am 20. desselben Monats. Schweigend hörte das preußische Abgeordnetenhaus die Botschaft an, mit staunendem Schweigen vernahm das deutsche Volk, vernahm die ganze Welt diese Kunde. Man mußte sich erst besinnen, ob man die Nachricht glauben könne.

Und doch verhielt es sich so. Der kundige Steuermann, in dessen Händen das deutsche Volk seine Geschicke sicher geborgen wußte, verließ seinen Posten, der Gewaltige, auf dessen Wort Europa zum Teil voll Verehrung und Vertrauen, zum Teil voll Haß und Furcht horchte, schied aus seinem Amte, der getreue Ratgeber verließ den Kaiser, halb freiwillig, halb gezwungen. In schmerzvollster Bewegung verließ er die Stätte seiner Wirksamkeit, verließ er die Hauptstadt des Reiches, zu dessen Aufbau er die Grundsteine herbeigewälzt, das er auf- und eingerichtet hatte in langen Jahren treuer und oft heißer Arbeit, seinen Rücktritt selbst einem Leichenbegängnisse vergleichend.

Bis zu diesem Ereignis mußte der Verfasser seine Geschichte führen; es ist die äußerste Grenze, denn kaum sind zwei Jahre verflossen, daß dies geschehen ist; noch heute stehen wir unter dem Eindruck jener Thatsache, und wo die Wirkungen eines bedeutungsvollen Vorganges noch nicht übersehen werden können, muß die Geschichte Halt machen und der Zeit ihr Recht lassen. Ein seltsamer Zufall hat es gefügt, daß die Zeiten, deren Verlauf wir geschildert haben, anheben mit dem Eintritt Bismarcks in das preußische Ministerium und schließen mit seinem Abschied als Reichskanzler. Wie ein roter Faden zieht sich während des ganzen Zeitraumes sein Name durch die deutsche, durch die europäische Geschichte und erklingt aus den fernsten Weltgegenden, aus Afrika, aus der Südsee, aus Amerika. Diese Machtstellung war nicht von vornherein gegeben, sondern er mußte sie erst selbst schaffen; sein Weg war ein Gang aus der Niederung auf die Höhe. Mit Ärger und Bitterkeit sahen ihn seine Volks- und Landesgenossen einst kommen, mit Wehmut, aber mit vollem Dank sah ihn das deutsche Volk aus dem Amte scheiden. Wie elend und trübselig waren die Verhältnisse in Preußen, in Deutschland gewesen, als ihn König Wilhelm als seinen Berater berief; eine dumpfe Befürchtung des Volkes, daß er die unselige

Verwirrung trostlos steigern werde, empfing ihn. Und doch war er allein der Mann, sein Volk aus dem Labyrinth seiner düstern Geschichte glücklich heraus- und einer bessern Zukunft entgegenzuführen. Über alle Mittel des Geistes und der Kraft, die zu dem schier unmöglich scheinenden Werke nötig waren, verfügte er, jeden Augenblick scharf erspähend und klug ausnützend. Nicht wie eine reife Frucht fiel ihm der Erfolg in den Schoß. Starke Geduld, männliche Beharrlichkeit, unermüdliche Arbeit, kluges Abwarten und unerschrocken eingreifende Entschlossenheit mußte er im Wechsel der Umstände üben, und er verstand das wie keiner. Seine verblüffende Offenheit, der die zünftigen Staatsmänner mißtrauten, erregte die Bewunderung des Volkes. Er war kein Feind friedlicher und sanfter Mittel, wenn sie zum Zwecke führten; er stellte jederzeit das Erreichbare über das Wünschenswerte; wo er Nachgiebigkeit für dienlich hielt, verschmähte er sie nicht; aber wenn er erkannte, daß nur die Gewalt zum Ziele führe, dann appellierte er unerschrocken und furchtlos an sie, dann wuchs, wo es auch war, im Rat oder im Krieg, seine Gestalt ins Riesengroße, dann schlug er wie ein gewaltiger Siegfried auf seine Gegner ein, mochten sie sein wer sie wollten, Volksvertreter oder Zeitungsschreiber, Staatsmänner oder Fürsten, Geringere oder Größere.

Bismarck war ein Gewaltsmensch wie alle jene Genies, die irgendwo und -wie umgestaltend und weithin wirkend in der Welt aufgestanden sind. Den gordischen Knoten der deutschen Jämmerlichkeit konnte man nicht aufknüpfen und entwirren, er mußte mit dem Schwerte durchhauen werden, und Bismarck trug kein Bedenken, heldenhaft diese That mit Blut und Eisen zu vollziehen, weil er eingesehen hatte, daß sonst nichts zu helfen vermöge. Aber nichts geschah unüberlegt, tollkühn, unvorbereitet. Als er Österreich angriff, waren die preußischen Waffen so gerüstet, daß sie den Sieg gewannen; als die Franzosen die deutsche Einigung zu hindern einen frevelhaften Krieg vom Zaune rissen, mußten sie zu ihrem Verderben erfahren, daß Deutschland den entscheidenden Kampf in größerer Bereitschaft aufnahm als sie, die tollkühnen Herausforderer. Mehr als für die militärische Bereitschaft hatte er damals für die Richtigstellung der politischen Uhr zu sorgen. In dieser Kunst, der schwierigsten von allen, war er ein unerreichter Meister, der mit genialer Berechnung alle Faktoren in Ansatz zu bringen wußte, ohne das geringste zu übersehen. Die schleswig-holsteinische Frage, in der sich die ganze deutsche Frage allmählich als eingeschlossen erwies, stellte an ihn — seine erste Probe — ungeheure Anforderungen; er selbst hat nachher bekannt, daß diese diplomatische Arbeit für ihn am schwierigsten war. Bei allen europäischen Mächten, bei Frankreich, Rußland, Eng-

land, Österreich und Italien wechselnde Stimmung, schwankende Politik. So sah er sich auf sich selbst gestellt. Es war nicht etwa zumeist das Glück, das ihn in diesen Irrgängen mißlichster Umstände die rechte Bahn finden ließ, sondern vielmehr sein eminenter Geist, gepaart mit seiner unerschütterlichen Gesinnung. Freunde hat keiner seiner politischen Schritte und Züge gleich von Anfang an gehabt; alle Spielarten der Empfindungen, vielleicht das Wohlwollen ausgenommen, regten sich vernehmlich, so oft er mit neuer kühner That auf der Weltbühne erschien. Und wie wußte er sie zu bezwingen, die einen zu bewunderndem Beifall emporreißend, die andern zu zornigem Schweigen niederdrückend. Nicht der Erfolg, der zufällige, übte diese Wirkung, sondern die sich aufdrängende Erkenntnis, daß er ihn durch die Kraft des Denkens und Arbeitens errungen habe. Die solide preußische Art überhaupt, die Beamtentüchtigkeit insbesondere potenzierte sich in ihm auf den höchsten Grad. Dem Zufall, der Gunst der Verhältnisse, schläfriger Vertrauensseligkeit hat er nie etwas vertraut; in allem, selbst im kleinsten, setzte er seine volle Arbeitskraft ein. Deshalb genügte es ihm nicht, das Reich aufgerichtet zu haben; unerschütterlich im Grunde, festgefügt in den Mauern, wohnlich in seinen Räumen sollte es dastehen. Ob man alle Mittel, die er anwendete, gutheißt oder nicht, die Anerkennung wird ihm nicht versagt werden können, daß er dies Ziel unverrückt im Auge hatte und rastlos immerdar verfolgte. Er hat Deutschland in den Sattel gehoben, ihm Achtung verschafft nach außen, dasselbe zu einem Friedenshort in Europa gemacht. Seine Verdienste kann nur der Undank oder Haß und Neid schmälern wollen. Wenn je die Geschichte einem hervorragenden Manne den Ruhm der Größe zuerkannt hat, so verdient dieser unvergleichliche Held diesen Ehrentitel. So steht er im Andenken seines Volkes, so in den Tafeln der Geschichte.

Daran ändern die menschlichen Mängel, die ihm anhaften und daran erinnern, daß auch dieser Heros ein Sterblicher ist, nicht das Geringste. Was auch der Grund seines Rücktrittes gewesen sein mag, welche Vorgänge sich hinter den Kulissen abgespielt und die bekannten, von uns erzählten Differenzen erweitert und gesteigert haben mögen, ob Bismarck hernach grollend und unmutig manches harte Wort, das besser zurückgehalten worden wäre, gesprochen hat: alles das berührt seine Größe und sein Verdienst nicht; die Erregung, ja die Gereiztheit wird ihm die Geschichte verzeihen, sie als nebensächliche Stimmungen vergessen. Im Grunde läuft die Differenz, welche Kaiser und Kanzler schied, nicht auf verschiedene Meinungen über das Ziel, sondern über die Mittel und Wege zum gleichen Ziele hinaus. Die Größe des

Vaterlandes und seine Wohlfahrt ist beiden das unverrückbare Ziel. Man mag sagen, was man will, der junge Kaiser gleicht in vielem dem alten Kanzler: beiden sind der starke Wille, die unermüdliche Schaffenslust, der Wunsch persönlichen Eingreifens und redliche Absicht in gleichem Maße eigen. In dieser Ähnlichkeit des Wesens liegt vielleicht der innerste Grund der Trennung. Die Nation sah zum größten Teil mit schmerzlichem Bedauern den bewährten Staatsmann zurücktreten; sie hatte gehofft, daß seine reichen Erfahrungen, sein erprobter Blick und Rat Kaiser und Reich zur Seite stehen bis zu seinem Ende. Ohne das persönliche Einverständnis war aber dieses Zusammenwirken nicht denkbar, eher unersprießlich, ja bedenklich. Wir bekennen es, daß uns der Charakter des Kaisers, seine männliche Gesinnung, sein sittlicher Ernst, sein rastloser Fleiß Vertrauen einflößt, und zuversichtlich hegen wir die Überzeugung, daß es ihm gelingen wird, die Größe des Vaterlandes zu erhalten und zu fördern. Möge Gottes Huld auch ferner über dem Kaiser und Reich, über Fürsten und Volk walten!

Namen- und Ortsregister.

C. F. Winter'sche Buchdruckerei.